

Manfred Weißbecker

Geschichte & Gesellschaft

**Vorträge,
Aufsätze,
Rezensionen
1980-1989**

Jena 2025

Manfred Weißbecker

**Vorträge,
Aufsätze, Rezensionen
1980-1989**

Jena 2025

Inhaltsverzeichnis

Der Faschismus in der Gegenwart	5
Braune Spuren beim Start in die „goldenen Zwanziger“	28
Neofaschismus – bedrohte Gegenwart.....	31
Aggressiv und reaktionär – Kainsmale des deutschen Imperialismus	35
Flucht nach Weimar	37
Am historischen Wendepunkt	60
Die braune Saat hat in der BRD fruchtbaren Boden	64
Geschichtliche Erfahrungen sind produktiv und nutzbar	65
Vorwort	66
Vorbemerkung	67
Grundelemente, Entwicklungstendenzen und Wirkungen der faschistischen Ideologie.	68
Generalangriff der Reaktion auf Fortschritt und Frieden.....	76
Die nichtproletarischen Demokraten im Kampf gegen Faschismus und Krieg (1933 bis 1945)	77
Behördenschutz für Alt- und Neonazis	129
Erschreckende Potentiale	131
Antikommunistische Verblendung der Jugend	132
Parole vom vierten Reich.....	133
Die „ernsteste, brennendste und wichtigste Aufgabe“	134
Wahlen auf dem Weg in Diktatur und Krieg	136
Erpresserische Förderung faschistischer Formationen	137
Historische Variante des Reagan-Hochrüstungskurses.....	139
Aufruf zur Bildung der „Antifaschistischen Aktion“	141
Gemeinsamer Kampf war das dringende Gebot der Stunde	143
„Preußenschlag“ war ein Anschlag auf die Demokratie	145
Der Fall Potempa war nur der Anfang	147
Flammender Appell wider den Faschismus	149
Die Naziartei auf dem Wege zur Macht.....	150
Thälmanns Ruf: Krieg dem imperialistischen Kriege!	154
Die Monopole drängten zur faschistischen Diktatur.....	156
Kriegsspiel gegen die Weimarer Republik	158
Antibolschewistische Liga (AL) 1918-1919.....	160
Bayerischer Ordnungsblock (BOB) 1920-1923.....	171
Bayerische Volkspartei (BVP) 1918-1933	175
Bund der Auslandsdeutschen (BdA) 1919-1939	206
Bund der Saarvereine (BSv) 1920-1935	215
Bund Deutscher Osten (BDO) 1933-1937 (1945)	220
Bund Deutscher Westen (BDW) 1933-1937	228
Deutsche Freiheitspartei (DFp) 1937-1941.....	230
Geschichte, Gegenwart und Zukunft	234
Rezension	236
Vorwort	238

Kriege in der Geschichte – Geschichte für den Frieden	239
Antifaschismus und Friedenskampf.....	248
Wesen und Erscheinungsformen des Faschismus.....	255
Wir verwirklichen das revolutionäre Erbe von Karl und Rosa.....	262
Faschismus – zum Zweck des Profits an die Macht geschoben	264
Weiche für Eroberungen war gestellt.....	266
Als der Reichstag in Flammen stand	268
Millionen Widerstanden. Demagogie und Nazi-Terror	270
Faschistische Bücherverbrennung.....	272
Faschismus – Wahrheit und Fälschung.....	273
Deutsche Vaterlandspartei (DVLP) 1917-1918.....	275
Deutschsoziale Partei (DtsP) 1921-1928	288
Deutschsozialistische Partei (DsP) 1919-1922	290
Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP) 1922-1933.....	293
Vor 65 Jahren: Nationalversammlung kontra Rätemacht	302
Rezension	305
Annotation.....	308
Rezension	309
Der 20. Juli 1944: eine patriotische Tat von historischem Rang	312
Kampfgemeinschaft Revolutionäre Nationalsozialisten (KG) 1930-1937/38	314
Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft (Korag) 1922-1936	321
Monarchistische Organisationen 1918/19-1933/34	328
Nationaldemokratische Partei (NDP) 1918-1922/23	332
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 1919-1945	334
Reichsarbeitsgemeinschaft deutscher Föderalisten (RdF) 1926-1935.....	396
Reichsgruppe Industrie (RI) 1933-1945	402
Reichshammerbund (Rh) 1910/12-1920.....	413
Wir handeln getreu dem Schwur: Alles für den Frieden	416
Rezension	418
Rezension	421
Dreiste Fälschungen im Dienste der NATO-Hochrüstung	423
Laudatio auf Herrn Otto Wolff von Amerongen	425
Thule-Gesellschaft (ThG) 1918-1933/34.....	428
Unabhängige Nationalsozialistische Partei Deutschlands (UNS) 1926-1927	432
Volksbund „Rettet die Ehre“ (VRE) (gegr. 1919)	434
Wirtschaftspolitische Gesellschaft (WPG) 1922-1945.....	437
Zweckverband der freien Deutschtumsvereine (ZfD) 1922-1932/33	440
Kriegsideologie und Friedensdemagogie in der NSDAP 1919-1933	444
Vorwort	462
Die nationalistisch-revanchistische „Deutschtumspolitik“ in der Geschichte des deutschen Imperialismus – Thesen.....	463
Rezension	475
Das interdisziplinäre wissenschaftliche Leben stärker entfalten	477

Das Nürnberger Tribunal der friedliebenden Völker	479
Rezension	481
Die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft.....	484
Andreas Hillgruber und das Jahr 1945.....	501
Vom ersten zum zweiten Weltkrieg.....	502
Berlin – eine schwierige Stadt für den deutschen Faschismus	511
Rezension	514
Rezension	517
Partner der Wissenschaftler	518
Laudatio für Prof. Dr. phil. habil. et. Dr. h. c. Günther Drefahl	520
Rezension	523
Laudatio für Prof. em. Dr. Dr. h. c. Helmut Ridder.....	526
Rezension	531
Geschichtswissenschaft und Friedensforschung.....	534
„Das Übermaß der Chancen für die Bourgeoisie führte 1933 zur Niederlage aller nichtfaschistischen Kräfte“	540
Laudatio für Prof. em. Dr. phil. Dr. h.c. Wolfgang Ruge	546
Der deutsche Faschismus als Gegenstand geschichtswissenschaftlicher Forschungen in der DDR – unter Berücksichtigung historisch-pädagogischer Fragestellungen	549
Der deutsche Faschismus und seine Kritik in der Publizistik Johannes R. Bechers.....	560
„Ertön o Wort, das gleich zur Tat gerinnt!“	568
Über ein Buch von Kurt Gossweiler	573
Rezension	576
Rezension	578
Faschismusforschung in der DDR	582
Die NSDAP – eine Massenpartei für den Krieg der Eliten.....	595
Faschismusforschung heute	603
Rezension	606
Vorbemerkung	609
Parlamentarismus und Demokratie im Verständnis proletarischer Massen in Deutschland 1918/19	610
„Die Partei als Rückgrat der inneren Front“	615
Vorwort	634
Rezension	635
Vorwort	638
1918-1939-1949: Jahrhundertschritte deutscher Geschichte	639
Zwischen den Klassen.....	648
Rezension	650
Kleinliche Gängelei macht die Wissenschaft steril.....	652
Personenregister	653

Der Faschismus in der Gegenwart

Grundlagen – Erscheinungsformen – Aktivitäten – Organisationen¹

Wie die Geschichte unserer Epoche zeigt, bemühten sich die herrschenden Kreise imperialistischer Länder immer wieder, aus dem ständig dichter und komplizierten werdenden Geflecht ihrer inneren Widersprüche sowie aus ihren vielfältigen Krisen mit vielfältigen und unterschiedlichen Mitteln herauszukommen, vor allem mit Hilfe eines aufgeblähten Rüstungsapparates, aggressiver Politik und militärischer Abenteuer. In den einzelnen Perioden der allgemeinen Krise des Kapitalismus hat sich dieser Drang des Monopolkapitals gesetzmäßig verstärkt. Dies ging stets mit Versuchen unterschiedlichster Art zur Stabilisierung seiner innenpolitischen Machtpositionen und zu antidemokratischen, autoritären Modifikationen seiner Herrschaftsform Hand in Hand. In der Regel erwiesen sich die Phasen akuter Krisen und sich zuspitzender Klassenkämpfe als Zeiten einer außerordentlich menschenfeindlichen, militanten und extrem reaktionären Negation des gesamten gesellschaftlichen Fortschritts und selbst der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, d. h. eines stärkeren Hervortretens organisierter ultrarechter und faschistischer Kräfte.

Auch in der Gegenwart, die in den imperialistischen Staaten durch eine ganz besondere Art der Verflechtung von allgemeiner und zyklischer Krise gekennzeichnet ist², versuchen einflußreiche staatsmonopolistische Gruppen, mit militaristischen³ und rechtsextremistischen⁴ Mitteln der Vertiefung der allgemeinen Krise zu entgehen. Sie fördern mit allen zur Verfügung stehenden Kräften – und dazu gehören auch ihre Parteien und sonstigen gesellschaftlichen Organisationen – die Entwicklung des militärisch-industriellen Komplexes, sie forcieren die Aufrüstung, sie bekämpfen die bisherigen Ergebnisse des Ringens der sozialistischen Staaten und der progressiven Kräfte um die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz sowie der politischen und militärischen Entspannung. Sie unternehmen alle Anstrengungen, um das Wachstum des Sozialismus zu stoppen und um die Entwicklung der anderen Hauptströme des revolutionären Prozesses zu behindern. Ihr Ziel ist es, aus der historischen Defensive herauszukommen und verlorene Einflußgebiete wieder zu gewinnen.⁵ Die von der Krise des Kapitals hervorgerufenen inneren Schwierigkeiten stimulieren die Bemühungen der aggressivsten Kreise der Monopolbourgeoisie, das Wettrüsten auszudehnen, internationale Konflikte zuzuspitzen, zu den Bedingungen der Periode des „Kalten Krieges“ zurückzukehren und die Politik der Entspannung zu bremsen, zu stören und sogar rückgängig zu machen. All das bedeutet zwangsläufig nicht nur eine Zuspitzung in den internationalen Beziehungen und in den ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Sozialismus und Imperialismus⁶, sondern auch eine Verschärfung der Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Monopolgruppen und deren politischen Repräsentanten.

Diese und viele andere Faktoren tragen wesentlich zur wachsenden Differenzierung in der Monopolbourgeoisie bei, die heute rechtsextremistischen und sogar offen faschistischen Kräften wieder erheblich breiteren Raum in der politischen Organisation der imperialistischen Gesellschaft⁷ – und damit

¹ Der Beitrag, dessen Erarbeitung im März 1978 abgeschlossen wurde, stellt eine Weiterführung und Ergänzung folgender Artikel des Verfassers dar: Wesen und Erscheinungsformen des gegenwärtigen Faschismus, in: IP W-Berichte, 8/1975; Extrem reaktionäre Organisationen und werktätige Massen, in: ZfG, 3/1977; Extrem reaktionäre Organisationen und die Realität der Gefahr des Faschismus in der Gegenwart, in: Gegen Imperialismus und bürgerliche Ideologie. Wiss. Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena 1977.

² Siehe Erich Honecker, Bericht des Zentralkomitees an den IX. Parteitag der SED, Berlin 1976, S. 23.

³ Siehe Albrecht Charisius/Klaus Engelhardt, Militarismus heute – Hauptfeind von Entspannung und Sicherheit, in: Einheit, 6/1977, S. 729 ff.; Horst Fiedler, Wesen und Erscheinungsform des Militarismus der Gegenwart, in: IPW-Berichte, 8/1977, S. 9 ff.

⁴ Siehe Ludwig Elm, Der „neue“ Konservatismus. Zur Ideologie und Politik einer reaktionären Strömung in der BRD, Berlin 1974, S. 66 ff.

⁵ Siehe Erich Honecker, Die Aufgaben der Partei bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED, in: Neues Deutschland, vom 18./19.2.1978.

⁶ Siehe Kurt Hager, Der IX. Parteitag und die Gesellschaftswissenschaften. Rede auf der Konferenz der Gesellschaftswissenschaftler der DDR am 25. und 26. November 1976 in Berlin, Berlin 1976, S. 24.

⁷ Siehe W. E. Gulijew, Der imperialistische Staat in der Gegenwart, Berlin 1976, S. 45 ff. – Zur Diskussion der sowjetischen Gesellschaftswissenschaftler über den Begriff s. N. I. Asarow/J. M. Penkow, Die politische Organisation der Gesellschaft (Literaturübersicht), in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswiss. Beiträge, 5/1973, S. 501 ff.

auch im Feld der bürgerlichen Parteien und Interessenorganisationen – als in den ersten beiden Jahrzehnten nach 1945 bietet. Manchen Teilen der Monopolbourgeoisie erscheint der Faschismus – natürlich modernisiert und modifiziert – wieder als ein möglicher Ausweg aus einer Situation, in der sie ihre Macht und die Höhe des Profits ernsthaft gefährdet sehen. Diese Erscheinung – die nicht überschätzt, vor allem aber auch nicht unterschätzt werden darf – steht nicht im Widerspruch zur allgemein anerkannten Tatsache, daß insgesamt das „Klima“ unserer Zeit für den Faschismus ungünstig geworden ist. Die Wurzeln der noch immer bestehenden Gefahr des Faschismus liegen in der weiteren Existenz des Imperialismus, in seinem Profit- und Expansionsstreben und in seiner unveränderten grundsätzlichen Fortschrittsfeindlichkeit. Diese Gefahr resultiert aber auch aus den durch dieses „Klima“ nicht veränderten akuten kapitalistischen Krisenprozessen auf wirtschaftlichem, sozialem, politischem und ideologischem Gebiet. Sie bedroht den Frieden und die von den Kräften des Sozialismus bisher erreichten Fortschritte im Entspannungsprozeß sowie den sozialen Fortschritt der Menschen in vielen Teilen der Welt. Rasche Wendungen in der Politik und Herrschaftsmethodik des Imperialismus sind keinesfalls auszuschließen.

1. Kampf gegen Faschismus und Reaktion ist ein Gebot der Zeit

In zahlreichen Dokumenten der internationalen Arbeiterbewegung⁸ ist bereits von dem Wiederaufstehen des Faschismus und vor neofaschistischen Gefahren gewarnt, ist zu großer Wachsamkeit aufgerufen und die Notwendigkeit hervorgehoben worden, bereits den Anfängen zu wehren und die Versuche der Erneuerung des Faschismus bereits im Keime zu ersticken. Aus der Fülle der Analysen und Appelle seien hier nur einige herausgegriffen:

Im Frühjahr 1973 fanden sich in Essen (BRD) Vertreter von kommunistischen und Arbeiterparteien aus 21 kapitalistischen Ländern zu einem wissenschaftlichen Symposium zusammen, das dem Thema „Der gegenwärtige Faschismus und die Realität seiner Gefahr“ gewidmet war.⁹ K. I. Sarodov, Chefredakteur der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, erklärte in seinem Referat, daß in den kommenden Jahren der revolutionären Arbeiterbewegung und ihren Verbündeten ein beharrlicher Kampf gegen den Imperialismus, gegen die Reaktion und den Faschismus bevorsteht.¹⁰ Das Ergebnis der Diskussion wurde in eindringlichen Worten zusammengefaßt: „Eine Verstärkung des Kampfes gegen den Faschismus, den Neofaschismus und die Reaktion ist ein Gebot der Zeit.“¹¹

Im Oktober 1973 machte der Weltkongreß der Friedenskräfte in Moskau mit großem Ernst auf den besorgniserregenden Widerstand des imperialistischen Militär-Industrie-Komplexes sowie der offenen faschistischen und rassistischen Regimes gegen die vom XXIV. Parteitag der KPdSU eingeleitete weltweite Friedensoffensive aufmerksam. Im Kommuniqué wurde besonders auf den faschistischen Putsch vom 11. September 1973 in Chile verwiesen, der gezeigt hat, „welche große Gefahr die Politik der imperialistischen, reaktionären Kräfte für die Völker darstellt, die den Weg der Freiheit, der selbständigen, unabhängigen politischen und sozialen Entwicklung gewählt haben. Der Sturz der legitimen Regierung der Unidad Popular unter Salvador Allende erinnert daran, daß die internationalen Monopole, die Kräfte der äußeren und inneren Reaktion bereit sind, zu einem beliebigen Zeitpunkt zum Gegenangriff überzugehen, der den bewaffneten Umsturz, die Errichtung einer Militärdiktatur und die blutige Abrechnung mit dem Volk einschließt.“¹² Die Teilnehmer eines internationalen Rundtischgesprächs, das im April 1974 am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED stattfand und an dem Vertreter der wissenschaftlichen Institute von zehn Bruderparteien teilnahmen, riefen zum verstärkten Kampf gegen Faschismus und Neofaschismus auf.¹³

⁸ Siehe vor allem: Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969. Dokumente, Berlin 1969, S. 40 f.

⁹ Siehe Der gegenwärtige Faschismus und die Realität seiner Gefahr, (im folgenden: Der gegenwärtige Faschismus), in: PFS, 4/1973, S. 471 ff.; 5/1973, S. 619 ff.

¹⁰ Ebenda, 4/1973, S. 482.

¹¹ Ebenda, 5/1973, S. 646 (Hervorhebung von mir – M. W.).

¹² Neues Deutschland, vom 4.11.1973.

¹³ Siehe BzG, 4/1974, S. 690 f.

Auch die Konferenz der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas, die Anfang 1974 in Brüssel tagte, wies auf die sich erheblich verstärkenden „autoritären Tendenzen“ in der Großbourgeoisie hin, die Ausdruck der um sich greifenden Krisen des Kapitalismus seien.¹⁴ Mit Nachdruck unterstrichen die Teilnehmer der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas Ende Juni 1976 ihre gemeinsame Forderung, „den Faschismus auszurotten, sein Wiedererstehen – in offener oder getarnter Form – zu verhindern, die Organisation und Aktivität faschistischer und neofaschistischer Terrororganisationen und Gruppen sowie rassistische Propaganda und Aktivitäten zu bekämpfen ...“¹⁵

Gerade durch den Putsch vom 11. September 1973 und die weitere Entwicklung in Chile sind die Probleme des Faschismus wieder stärker in das Bewußtsein der Völker gedrungen. In vielen imperialistischen Ländern tauchte angesichts der Krisenerscheinungen auf ökonomischen und politischem Gebiet die Frage auf, ob der Faschismus und „chilenische Lösungen“ auch woanders möglich seien.¹⁶ Mit Recht schlußfolgerte der sowjetische Gesellschaftswissenschaftler A. I. Sobolev aus dem Fall Chile: „Obwohl die Möglichkeiten des bürgerlichen Liberalismus noch nicht ausgeschöpft sind, tritt doch heute der Kampf zwischen den beiden Varianten des Ausweges aus der Krise, die die kapitalistische Gesellschaft jetzt erfaßt hat, an die erste Stelle: zwischen der demokratisch-revolutionären und der reaktionär-faschistischen Variante.“¹⁷

Die Vertreter von Friedensbewegungen, politischen Parteien und Massenbewegungen, internationalen und nationalen Organisationen, Delegierte aus 125 Ländern aller Kontinente und 50 internationalen Organisationen, die sich im Mai 1977 zur Weltversammlung der Erbauer des Friedens in Warschau vereinten, klagten die aggressivsten Kreise des internationalen Monopolkapitals an, „in der gegenwärtigen schweren Wirtschaftskrise und Depression des kapitalistischen Systems ... zum Faschismus Zuflucht“ zu nehmen. Gegen bagatellisierende und die Gefährlichkeit des Faschismus unterschätzende Gedanken gerichtet, erklärten sie: „Faschismus und Neofaschismus treten heute in vielfältigen neuen Formen auf, ohne daß sich, wenn sie zur Macht gelangt sind, ihr Charakter als offen terroristische Diktatur der aggressivsten und reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals geändert hätte.“ In ihrem Appell an alle Völker der Erde entwickelten sie gleichzeitig eine umfassende und differenzierte Taktik des antifaschistischen Kampfes, indem sie forderten,¹⁸

- „– auf nationaler und internationaler Ebene alle offenen und versteckten Methoden der Propagierung der faschistischen Ideologie zu entlarven;
- in jedem Land eine geschlossene antifaschistische Bewegung zu schaffen, in die alle Menschen guten Willens einbezogen sind, ungeachtet ihrer sozialen Stellung, ihrer politischen Überzeugung und ihrer Weltanschauung;
- die Praktiken reaktionärer Diktaturen, die faschistische Methoden der Gewalt und Unterdrückung anwenden, zu verurteilen;
- wachsam zu sein und das Wiedererstehen neofaschistischer Gruppierungen und andere Aktivitäten rechtsextremer Kräfte, die in zunehmendem Maße Gewalt und Terror praktizieren, zu entlarven;
- die faschistischen Regimes weiter international zu isolieren, um den antifaschistischen Kampf wirksam zu unterstützen, den die Völker dieser Länder unter den Bedingungen des Terrors führen; besonders wichtig ist es, alle Formen der Wirtschafts- und Militärhilfe zu entlarven, um die Regierungen, die sie gewähren, zu deren Einstellung zu zwingen;
- die Anstrengungen zu verstärken, um den Kämpfern gegen Faschismus und den Opfern faschistischer Regimes materielle und moralische Unterstützung zuteil werden zu lassen. Angesichts der

¹⁴ Neues Deutschland, vom 1.2.1974.

¹⁵ Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa. Dokument der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, in: Einheit, 8/1976, S. 853.

¹⁶ Siehe Der BRD-Imperialismus und das militärfaschistische Regime in Chile, in: IPW-Berichte, 5/1974, S. 46 f.

¹⁷ A. I. Sobolew, Was Chile lehrt, Teil I, in: horizont, 21/1974, S. 25.

¹⁸ Wir rufen alle Nationen und Völker. Appell der Warschauer Weltversammlung der Erbauer des Friedens. Zit. nach die tat, vom 20.5.1977, S. 16.

Macht der multilateralen Monopole kommt dabei der internationalen Solidarität der Gewerkschaften besondere Bedeutung zu.“

Die in den genannten und in vielen weiteren Dokumenten entwickelte Strategie und Taktik der revolutionären Kräfte in aller Welt gehen davon aus, daß die Gefahr des Faschismus als real eingeschätzt werden muß und daß es folglich darauf ankommt, die allgemeinen Aufgaben des Kampfes gegen Imperialismus und Militarismus mit den spezifischen Aufgaben des antifaschistischen Kampfes zu verbinden. Das schließt die Notwendigkeit ein, alle Erscheinungsformen und Entwicklungstendenzen des gegenwärtigen Faschismus sorgfältig zu analysieren, die Erfahrungen und Lehren des bisherigen Kampfes gegen den Faschismus zu verallgemeinern, wobei in der Faschismusanalyse durch die Kommunistische Internationale in den 20er und 30er Jahren¹⁹ ein festes marxistisch-leninistisches Fundament gelegt wurde.

Auf dieser Grundlage und in unmittelbarer Anlehnung an die Ausführungen Georgi Dimitroffs wurde von Sarodov die bisher umfassendste Definition des gegenwärtigen Faschismus vorgelegt: Dieser sei der „Faschismus, der sich den Bedingungen der gegenwärtigen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der neuen Kräftegruppierung innerhalb der kapitalistischen Welt und in der internationalen Arena anpaßt. Das ist ein Ausdruck des Strebens der reaktionärsten Elemente des Monopolkapitals, den nicht umkehrbaren Prozeß des Zerfalls der alten Ordnung nicht einfach durch Verletzungen der demokratischen Rechte und Freiheiten, durch brutale Polizeirepressalien und Verfolgungen, durch arbeiterfeindliche Gesetzgebung, sondern auch durch Errichtung einer offen terroristischen, konterrevolutionären Diktatur aufzuhalten. Das ist ein Faschismus, der in der Regel dem USA-Imperialismus dienstbar ist.“²⁰

2. Geschlagen, aber immer noch gefährlich

Die Situation des gegenwärtigen Faschismus wird weitgehend dadurch charakterisiert, daß es ihm nach seiner totalen Niederlage im Jahre 1945

- in keinem der imperialistischen Hauptländer gelungen ist, erneut an die Macht zu kommen, selbst nicht in der Zeit des „Kalten Krieges“;
- nur möglich war, an der Peripherie des imperialistischen Weltsystems alte faschistische Diktaturen aufrechtzuerhalten und neue zu errichten;
- schwer möglich – aber nicht unmöglich – ist, erneut eine breite und willkürliche manipulierbare Massenbasis aus verblendeten und fanatisierten Angehörigen der ländlichen und städtischen Mittelschichten aufzubauen;
- trotz verschiedener Manöver nur in relativ wenigen Fällen gelingt, sich in den Augen der Volksmassen von den Verbrechen des historisch diskreditierten Faschismus der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, dem „traditionellen“ Faschismus, zu distanzieren.

Darin kommt zum Ausdruck, daß der Imperialismus in wachsendem Maße dem Zwang unterliegt, sich an die neuen äußeren und inneren Existenzbedingungen anzupassen, die mit dem Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung und der werktätigen Massen gegen ihn entstanden sind. Der Anpassungsprozeß, der mit zu den entscheidenden Kennzeichen des heutigen Imperialismus gehört,²¹ vollzieht sich allerdings nicht im Wesen des Imperialismus, sondern lediglich im Bereich seiner Formen, im Mechanismus seines Funktionierens, wodurch er einen sehr widerspruchsvollen Charakter erhält. Die dialektische Einheit von Anpassungszwang und Widerstand gegen diesen besitzt prägenden Charakter für die imperialistische Politik. So versucht der Imperialismus selbst die neuen, durch die erzwungene Anerkennung vieler Prinzipien der friedlichen Koexistenz gekennzeich-

¹⁹ Siehe Erwin Lewin, Zur Faschismus-Analyse durch die Kommunistische Internationale (1922-1933), in: BzG, 1/1970, S. 44 ff.; Elfriede Lewerenz, Zu einigen Fragen der Faschismus-Analyse der Kommunistischen Internationale in Vorbereitung des VII. Weltkongresses (1933-1935) in: Ebenda, 5/1971, S. 733 ff. Siehe auch den Beitrag von Elfriede Lewerenz im vorliegenden Bd., S. 21 ff.

²⁰ Der gegenwärtige Faschismus, in: PFS, 5/1973, S. 644.

²¹ Lutz Maier, Dialektik der Anpassung. Zu einigen neuen Problemen der Imperialismus-Analyse, in: Einheit, 4/1972, S. 514.

neten Bedingungen für die Sammlung seiner eigenen Kräfte und für die Rückgewinnung verlorener Positionen zu mißbrauchen. Vor allem seine aggressivsten Kreise leisten erheblichen, militanten Widerstand gegen die Fortsetzung der Entspannung, verschärfen das Wettrüsten, wenden sich gegen die Materialisierung der Entspannung durch Rüstungsbegrenzung und Abrüstung und „entfachen eine zügellose antikommunistische und antisowjetische Hetze“.²²

Das komplizierte, für den gegenwärtigen Imperialismus jedoch so charakteristische dialektische Wechselverhältnis zwischen solchen Faktoren, die das „Klima“ für den Faschismus ungünstig gestalten, und jenen Faktoren, die ein Anwachsen der realen Gefahren des Faschismus mit sich bringen, durchzieht die gesamte bisherige Geschichte des Faschismus. Der Drang nach Faschismus gehörte und gehört zum reaktionären Wesen der Monopolbourgeoisie, wenn auch heute die Mittel und Realisierungsformen zum Teil andere als in der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus sind. Der Faschismus – gleich ob als politische Strömung oder als offen terroristische Herrschaftsform – war und ist eine Form des Reagierens des Finanzkapitals und insbesondere seiner reaktionärsten, seiner aggressivsten Teile auf die veränderten Bedingungen des Klassenkampfes, seitdem sich die allgemeine Krise des Kapitalismus entfaltet und der Niedergangsprozeß des kapitalistischen Systems eingesetzt hat, seitdem die Menschheit mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus eingetreten ist.

Im Unterschied zur gegenwärtigen Situation stellten in der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus die Entstehung und Entfaltung des Faschismus *eine* der möglichen Antworten des gesamten Monopolkapitals, der gesamten herrschenden Klasse, auf die neuen Bedingungen des Klassenkampfes nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und nach dem Eintritt in die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus dar. Sie verkörperten zugleich *die* Antwort der jeweils reaktionärsten Kräfte der herrschenden Klassen.²³ Der „traditionelle“ Faschismus war daher sowohl Ausdruck von monopolbourgeoisien Gesamtinteressen als auch spezifischer Interessenvertreter jeweils bestimmter Gruppen bzw. Fraktionen der Monopolbourgeoisie, deren profitgefährdete ökonomische Situation und aggressive politische Konzeption ein extrem reaktionäres Verhältnis zur Arbeiterklasse, ihren politischen Organisationen und zu den bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsformen bedingten. Insbesondere die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft der DDR hat im einzelnen belegt, welche Teile der deutschen Monopolbourgeoisie besonders den Nationalsozialismus und die faschistische Hitlerdiktatur förderten und unterstützten.²⁴ Gleiches für den gegenwärtigen Faschismus zu untersuchen – darauf sei hier am Rande verwiesen –, ist angesichts des Wirkens von USA- und BRD-Monopolen in Chile und zugunsten zahlreicher neofaschistischer Gruppierungen eine bedeutsame Aufgabe der marxistischen Gesellschaftswissenschaftler, ungeachtet der zweifellos schwierigen Quellsituation. Von noch größerer Bedeutung ist es aber, die Identität und Wesensgleichheit der monopolkapitalistischen Interessen und des Faschismus nachzuweisen sowie zu analysieren, unter welchen historisch-konkreten Entwicklungsbedingungen faschistische Kräfte und Ideen gleich fauligen Blasen aus dem Sumpf des Imperialismus an die Oberfläche gelangen können.

Der Imperialismus konnte zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Geschicke der meisten Völker auf der Erde bestimmen. Seine Gesetzmäßigkeiten waren im Grunde identisch mit denen der Weltentwicklung. Nach dem ersten Weltkrieg und der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vollzog sich die Entwicklung des Imperialismus zumindest noch im eigenen Herrschaftsbereich „gewissermaßen nach der Logik der dem Imperialismus eigenen Gesetze“.²⁵ Das hieß beispielsweise für den deutschen Imperialismus, als strategisches Ziel die völlige, allerdings nur schrittweise zu erreichende Revision der Ergebnisse des verlorenen ersten Weltkrieges und darauf aufbauend seine Vorherrschaft in Europa

²² Siehe Kurt Hager, Der IX. Parteitag und die Gesellschaftswissenschaften. Rede auf der Konferenz der Gesellschaftswissenschaftler der DDR am 25. und 26. November 1976 in Berlin, Berlin 1976, S. 23.

²³ Siehe Manfred Weißbecker, Entteufelung der braunen Barbarei. Zu einigen neueren Tendenzen der Geschichtsschreibung der BRD über Faschismus und faschistische Führer, Berlin 1975, S. 25.

²⁴ Siehe die Literaturhinweise in: Ebenda, S. 104.

²⁵ Siehe Maier, S. 514.

und in großen Teilen der Welt ins Auge fassen zu können, wobei eine wesentliche Voraussetzung darin bestand, die Ergebnisse der Novemberrevolution, d. h. die von der Arbeiterklasse erkämpften demokratischen Rechte und Freiheiten, zu liquidieren. Dieses strategische Konzept führte zur Verschärfung der inneren und äußeren Widersprüche, zur stetigen Rechtsentwicklung in der Weimarer Republik, zur faschistischen Diktatur und schließlich zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges. Obwohl der faschistische deutsche Imperialismus scheiterte – gesetzmäßig scheitern mußte an der überlegenen Macht des Sozialismus und am antifaschistischen Kampf der in der Antihitlerkoalition zusammengeschlossenen Völker –, entsprach die Revanchekonzeption des BRD-Imperialismus nach der Restauration der Macht der Monopole und des Militarismus in mancherlei Hinsicht diesem „Modell“ der 20er und 30er Jahre, besonders gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik.

Allerdings zeigte sich bald, daß einer solchen möglichen Entwicklung noch weniger eine schicksalhafte Unvermeidbarkeit als in der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus anhaftete. Der Imperialismus entwickelte sich nach dem Ende des zweiten Weltkrieges unter Einwirkung des immer stärker werdenden weltweiten revolutionären Prozesses, dessen Hauptkraft das nach dem Sieg über den Faschismus im zweiten Weltkrieg entstandene sozialistische Weltsystem ist. In der Gegenwart ist daher der Faschismus immer weniger allein *eine* oder gar *die* einzige Antwort bzw. Variante imperialistischer Politik. Die historische Situation des Imperialismus hat sich entscheidend verändert: Seine Möglichkeiten, unterschiedliche Herrschaftssysteme zu organisieren, sind eingeschränkt. Die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus setzte ihm deutliche Grenzen, sich durch modifizierte Praktiken in der Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeption sowie in der Regulierung von Herrschaftsverhältnissen der veränderten Situation anzupassen. Der Imperialismus kann sich weder weitgehende parlamentarisch-demokratische Methoden leisten²⁶ noch ohne weiteres und ohne größere Risiken zu offen faschistischen Regierungsformen übergehen. Er sieht sich gezwungen, neue Kombinationsformen beider Grundmethoden bourgeoiser Herrschaft zu suchen. Zu welchen politischen Herrschaftsformen und -methoden dabei die Monopolbourgeoisie greift, ist heute angesichts des veränderten Kräfteverhältnisses weniger denn je in ihr alleiniges Belieben gestellt. Auf diese Entscheidung wirken viele innere und äußere Faktoren ein, insbesondere die Stärke, Kampfbereitschaft und Aktionen der Arbeiterklasse in diesen Ländern.

Mit den Veränderungen in den Existenzbedingungen des Imperialismus sowie im Kräfteverhältnis zwischen Imperialismus und Sozialismus haben sich gleichzeitig auch die Gewichte von Faschismus und Antifaschismus in beträchtlichen Maße zugunsten des letzteren verschoben. Vor allem aus diesen Gründen nehmen in der Taktik der herrschenden Klasse die Bemühungen einen gewichtigen Platz ein, die in den kapitalistischen Hauptländern bestehenden bürgerlich-demokratischen Formen der Herrschaft sozusagen unterhalb der Schwelle des Übergangs zum Faschismus einzuschränken, die bürgerlich-parlamentarische Demokratie bis zu ihrer äußersten Grenze autoritär zu gestalten.²⁷ Die politische Ordnung der meisten imperialistischen Länder kann heute als „eingeschränkte bürgerliche Demokratie“ charakterisiert werden.²⁸ Horst Stuckmann, der die Rechtsentwicklung in der BRD als das brennendste Problem betrachtet, hinter dem der Neofaschismus als reale Gefahr heraufziehe, spricht in diesem Zusammenhang von einer „fortgesetzte(n) Reduzierung der Demokratie“,

²⁶ Rechte und rechtsextremistische Ideologen der BRD bekämpfen eine Politik nach Willy Brandts Formel „mehr Demokratie wagen“ von 1969 auch mit der Begründung, sie sei eine „Strategie der Systemüberwindung“. Siehe Helmut Schelsky, Die Strategie der „Systemüberwindung“, in: Schelsky, Systemüberwindung, Demokratisierung und Gewaltenteilung – Grundsatzkonflikte der Bundesrepublik, o. O. 1973, S. 19 ff. – Bei einem anderen bürgerlichen Ideologen des Konservatismus mündeten die gleichen Gedanken in die ungeheuerlich-demagogische Formel: „Die Gesellschaft ist um so fortschrittlicher, überlebensfähiger, je mehr reaktionäre Elemente in ihr wirksam werden“ (Deutsche Zeitung/Christ und Welt, vom 11.6.1976).

²⁷ Siehe Hermann Kahn, Vor uns die guten Jahre. Ein realistisches Modell unserer Zukunft, Wien/München/Zürich/Innsbruck 1977. – Kahn schlußfolgert aus seinen Analysen, daß künftig einige der sogenannten Demokratien westlicher Prägung „voraussichtlich eher autoritäre als echt parlamentarische Regierungen haben“ werden (S. 281) und eine „zunehmende Fähigkeit ... zu Gewalt und Zerstörung“ entwickeln (S. 250). Siehe auch Ekkehard Lieberam, Krise der Regierbarkeit – ein neues Thema bürgerlicher Staatsideologie, Berlin 1977.

²⁸ Der politische Mechanismus der Monopoldiktatur, Berlin 1977, S. 26 ff.

die jedoch selbst noch nicht neofaschistisch sei.²⁹ Die Tendenz zur verstärkten Anwendung konservativ-autoritärer Herrschaftsmethoden kann in bestimmten Situationen durchaus in den Faschismus umschlagen. Die reaktionärsten Kräfte versuchen, dem Faschismus günstige Entwicklungsbedingungen für den Fall zu schaffen, daß auf ihn zurückgegriffen und er aus der Reservestellung in die vorderste Front geholt werden muß. Gegenwärtig ist das jedoch noch nicht dominierend, im Gegenteil: Der Imperialismus bemüht sich sogar recht intensiv darum, die noch existierenden faschistischen Regimes ähnlich wie seit 1974 in Griechenland und in Spanien seit 1976/77 ohne wirklich antiimperialistische, revolutionäre Veränderungen abzubauen. Mit diesen als „Demokratisierung“ gepriesenen Veränderungen soll gewährleistet werden, daß der von der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten angestrebte und in vieler Hinsicht unvermeidliche Sturz faschistischer Diktaturen unter Kontrolle gehalten werden kann, die monopolkapitalistischen Machtpositionen als Ganzes nicht gefährdet und nicht zu einer Stärkung der Kräfte des historischen Fortschritts, vor allem der Kommunisten, führt.

Mit einer solchen strategisch-gesellschaftspolitischen Konzeption, die zwar grundsätzlich der historischen Defensivposition des Imperialismus entspringt, die aber dennoch eng mit offensiven Aktionen gegen die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen verbunden sein kann, verändert sich natürlich die Rolle der extrem reaktionären Kräfte und Organisationen innerhalb der politischen Organisation der Gesellschaft und des bürgerlichen Parteien- und Verbändesystems.³⁰ Aus den ehemaligen partei- und organisationspolitischen Trägern der faschistischen Diktatur entwickeln sich angepaßte neofaschistische Organisationen, die trotz ihres mitunter zu verzeichnenden Übergangs auf scheinbar „gemäßigte“ Positionen die objektive Diskrepanz zwischen den Interessen der herrschenden Klasse und denen der Volksmassen widerspiegeln.

Darin liegt eine wesentliche Ursache für ihren schwindenden Einfluß unter den Massen, für ihre zunehmende Zersplitterung sowie für die wachsende Brutalisierung ihres Auftretens. Daß es sich dabei nicht um Besonderheiten in der Entwicklung jener Staaten handelt, die bis in die jüngste Zeit hinein faschistisch beherrscht wurden; geht aus der Gleichartigkeit dieser Erscheinungen und Tendenzen in allen imperialistischen Ländern hervor.

3. Vielfältige Erscheinungsformen des Faschismus unserer Tage

Um das Wesen des gegenwärtigen Faschismus richtig und vollständig erfassen zu können, müssen seine „traditionellen“ und seine neuen Erscheinungsformen und seine Organisationen analysiert werden. Dem sollen die folgenden Abschnitte dienen.

a) Faschistische Diktaturen

Die erste Erscheinungsform des Faschismus der Nachkriegszeit bilden die bereits in der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus errichteten Diktaturen, die nach 1945 noch für mehrere Jahrzehnte, seit Mitte der 70er Jahre jedoch nicht länger aufrechterhalten werden konnten. Die Geschichte der Endphase des Faschismus in Portugal und Spanien läßt interessante Schlußfolgerungen zu unserem Thema zu.

Als 1968 in Portugal Caetano an die Stelle Salazars trat, gab er sich bewußt „modern“, „liberal“ und „reformerisch“; er kehrte aber angesichts der Niederlagen im aussichtslosen Kolonialkrieg und des wachsenden Volkswiderstandes bald zu den alten brutalen Mitteln der Herrschaft zurück. Von Dauer blieb lediglich die Namensänderung für die faschistische Partei und für die berüchtigte politische Polizei³¹, bis die demokratische Bewegung der Streitkräfte und die unter Führung der Portugiesischen Kommunistischen Partei bestehenden fortschrittlichen Kräfte dem Faschismus ein Ende bereiteten. Da die Widersprüche mit einer solchen „Modernisierung“ des Regimes nicht beseitigt wur-

²⁹ Horst Stuckmann, Rechtsentwicklung und Neofaschismus in der BRD, in: Kurt Gossweiler, Faschismus und antifaschistischer Kampf, Frankfurt a. M. 1978, S. 63, S. 48.

³⁰ Siehe Weißbecker, Extrem reaktionäre Organisationen, S. 282 f.

³¹ Die Gestapo des faschistischen Regimes, Policía Intelligencia del Estado (PIDE) = Geheime Staatspolizei, wurde 1969 umbenannt in „Generaldirektion für Sicherheit“. Die Militärjunta Chiles folgte diesem Beispiel und gab ihrer Gestapo den Namen DINA (Dirección de Informaciones Nacional = Nationale Informationszentrale).

den, blieb nur ihre Lösung durch eine revolutionäre Explosion, die zu weitgehenden Veränderungen antifaschistischen und sogar antiimperialistischen Charakters führte.

Die revolutionären Ereignisse im Nachbarland Portugal und nachdrückliche „Empfehlungen“ vor allem aus den USA trugen entscheidend dazu bei, daß bestimmte Teile der herrschenden Klasse Spaniens nach dem Tode Francos hartnäckig die allmähliche „Modernisierung“ der franquistischen Diktatur betrieben.

Da das franquistische Regime dem wachsenden Widerstand und dem Druck der antifaschistisch-demokratischen Kräfte mit verstärktem Terror, aber auch mit einer Orientierung auf eine enge Anlehnung an die EWG und die USA und mit dem Anschein von Veränderungen in Richtung Demokratie begegnen wollte, entstand eine komplizierte und widersprüchliche Situation.

Als Hauptblock der Ultrarechten trat die 1975 gegründete „Volksallianz“ in Erscheinung, als deren Führer u. a. sechs ehemalige Minister Francos fungierten. Die in dieser Allianz vertretenen reaktionären spanischen Parteien beschlossen im März 1977 auf ihrem ersten Kongreß in Madrid weitere Schritte zur Umwandlung in eine einheitliche Rechtspartei. Die Formierung neuer bürgerlicher und reformistischer Parteien im Rahmen der Vorbereitung der ersten Parlamentswahlen vom Juni 1977 sollte dem großen Einfluß der Arbeiterkommissionen und der Kommunistischen Partei Spaniens entgegenwirken.

Gleichzeitig wurden seitens der Regierung Reste der „Falange“ (bzw. der aus ihr hervorgegangenen franquistischen Sammlungsbewegung „Movimiento“), die sich häufig und in Anlehnung an den letzten Aufenthaltsort Hitlers als „Bunker“ bezeichnen, sowie neue rechtsextremistische und faschistische Organisationen unterstützt bzw. unzureichend bekämpft. Als „Apostolische Antikommunistische Allianz“, „Christkönigskämpfer“ („Guerilleros de Christo Rey“), „Kommando Adolf Hitler“, „Bund der Veteranen des Bürgerkriegs“ (mit etwa 400.000 Mitgliedern), „Kommando für den Kampf gegen den Marxismus“, „Neue Kraft“ („Fuerza Nueva“), „Nationale Bruderschaft der Garde Francos“, „Nationale Spanische Union“, „Comunion Tradicionalista“, „Frente Anticomunista Español“ usw. starteten diese faschistischen Organisationen eine Terrorwelle nach der anderen. Ihr Interesse war und ist es, „eine Schreckensstimmung zu schaffen und massive Gewaltverbrechen zu provozieren ...; einen Hexenkesel von Untaten und Gegenreaktionen zu schaffen, so zum Schluß die spanische Armee eingreift und die Ordnung wieder herstellt – so nahe der alten Ordnung wie nur möglich“.³²

Ähnliches gilt auch für Portugal, wo in den drei Jahren nach dem Sturz der faschistischen Diktatur zwar eine demokratische Ordnung hergestellt werden konnte,³³ rechtsgerichtete und faschistische Organisationen aber provokatorische Kampagnen gegen die Arbeiterbewegung, die Streitkräfte und alle fortschrittlichen Kräfte durchführen. Insbesondere das revanchistisch-kolonialistische Demokratisch-Soziale Zentrum (CDS) betreibt mit seinen Aktionen einen Kurs auf die Errichtung einer neuen reaktionären Diktatur,³⁴ unterstützt von solchen noch weiter rechts stehenden Organisationen wie dem 5000 Mitglieder umfassenden „Portugiesischen Befreiungsheer“ (ELP), dem „Komitee für die Verteidigung der Freiheit“ (CDL) und der von General Kaúlza de Arriaga geleiteten „Unabhängigen Bewegung des nationalen Wiederaufbaus“ (MIRN).

Anfang 1977 hob der Generalsekretär der Portugiesischen Kommunistischen Partei, Álvaro Cunhal, hervor, daß die „faschistische Verschwörung“ weiterwühle. Das Zentralorgan der PKP, „Avante“, stellte im Februar 1978 fest, daß sich die faschistische Reaktion aufs neue vereinigt und alle Kräfte mobilisiert, „so daß die davon ausgehende Gefahr in Portugal realere Gestalt annehmen könnte“. Gleichzeitig verwies „Avante“ auf den Antikommunismus und Antisowjetismus als entscheidende ideologische „Substanz der faschistischen Propaganda“.³⁵

³² Zu dieser Einschätzung gelangte die schwedische großbürgerliche Zeitung „Dagens Nyheter“. Zit. nach Junge Welt, vom 29./30.1.1977.

³³ Siehe die Einschätzung der Situation durch Álvaro Cunhal auf dem VIII. Parteitag der PKP in Lissabon, in: Neues Deutschland, vom 12.11.1976.

³⁴ Siehe Neues Deutschland, vom 5.3.1976.

³⁵ Ebenda, vom 24.2.1978.

Die zweite Erscheinungsform verkörpern die nach 1945 entstandenen faschistischen Diktaturen. Dazu gehört vor allem seit dem 11. September 1973 das Pinochet-Regime in Chile, dazu sind auch einige andere Militärdiktaturen³⁶ in Lateinamerika³⁷ zu zählen. Wie auch in der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus, gibt es in der Gegenwart mehrere Ursachen für die Errichtung neuer faschistischer Machtstrukturen. Dabei ragen aber vor allem drei Ursachenkomplexe heraus, die sehr eng miteinander verknüpft sind, zugleich aber nicht unwesentliche Unterschiede in den einzelnen terroristischen Herrschaftsformen bedingen:

1. Die Errichtung eines faschistischen Regimes erfolgt vor allem mit dem Ziel, den in der Aktions-einheit der Arbeiterklasse und in der antiimperialistischen Volksfront zusammengeführten Kräfte in entscheidenden Phasen des Klassenkampfes den Weg zum Fortschritt zu verlegen. In Situationen, die eine reale Bedrohung der Macht der Monopolbourgeoisie darstellen, klammern sich ihre reaktionärsten und aggressivsten Kräfte wie Ertrinkende an den Strohalm der anscheinend gebotenen Möglichkeit, mit Hilfe des Faschismus die eigenen Positionen retten und in einer Offensive der Gewalt die historische Defensivposition des Imperialismus überwinden zu können. Dabei stimmen die Interessen der jeweiligen nationalstaatlich organisierten Großbourgeoisie gewöhnlich mit denen des Weltimperialismus überein, vor allem dann, wenn letzterer an der strategischen Position des jeweiligen Landes besonders interessiert ist. So war es in Chile 1973 und in Griechenland 1967.

Mehr und mehr offenbart sich in der jüngsten Geschichte, daß die Initiative für faschistische Umsturzversuche beim USA-Imperialismus liegt, der sich zur Realisierung seiner antikommunistischen und entspannungsfeindlichen Pläne auf die jeweilige innere Reaktion eines Landes stützt. Auf diesen neuen Aspekt in der Geschichte des Faschismus verwies P. Mavromatis, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Griechenlands, während des Essener Symposiums, als er erklärte, daß Griechenland bereits vor der Errichtung der Militärdiktatur zu einem wichtigen Stützpunkt in der Globalstrategie des USA-Imperialismus gegen die sozialistischen Länder und den nationalen Befreiungskampf der Völker geworden sei. Die demokratische Bewegung des griechischen Volkes habe diese Pläne gefährdet: „Der im April 1967 mit Hilfe von Amerikanern verübte militär-faschistische Putsch sollte garantieren, daß Griechenland weiterhin ein Sprungbrett für die imperialistische Aggression bleibt.“³⁸

Auch in Chile zeigte es sich, daß maßgebliche Kräfte des Weltimperialismus nicht davor zurückschrecken, die Anwendung brutalster Gewalt und die Liquidierung der bürgerlichen Demokratie zu initiieren und nach Kräften zu unterstützen, wenn es um die Existenz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung überhaupt oder wenn es darum geht, das Ausbrechen des einen oder anderen Landes aus dem imperialistischen System zu verhindern.

2. Die Hinwendung zu neuen faschistischen bzw. halbfaschistischen Herrschaftsformen erfolgt gleichzeitig in der Absicht, eigene hegemoniale Ansprüche, darunter ökonomische Expansionsge-lüste, durchzusetzen.³⁹ Dieses enge Wechselverhältnis zwischen dem Hauptwiderspruch Kapital und Arbeit und dem Gegensatz zwischen dem Monopolkapital und den Volksmassen einerseits sowie den Gegensätzen innerimperialistischer Natur andererseits, das 1933 für die Errichtung der hitlerfaschistischen Diktatur in Deutschland ausschlaggebend war, dürfte z. B. auch bei der Faschisierung in Brasilien eine große Rolle gespielt haben. Konkurrenz und Rivalität schließen die bewußte Anlehnung an das internationale Monopolkapital, insbesondere der USA, nicht aus, da in der Regel die eigenen Pläne nicht ohne Unterstützung durch das Auslandskapital, nicht ohne das Hereinholen multinationaler Monopole, realisiert werden können. So sucht das Monopolkapital in Brasilien mit Unterstützung der USA die traditionelle Auseinandersetzung mit Argentinien, um die Hegemonie in Südamerika zu seinen Gunsten zu entscheiden und en eigenen „Subimperialismus“ zu entwickeln.

³⁶ Zum Problem der Unterscheidung zwischen faschistischen Regimes und Militärdiktaturen siehe die grundsätzlichen Äußerungen über „Militär und Faschismus“ bei Gossweiler, S. 18 ff.

³⁷ Siehe dazu den Beitrag von Eberhard Hackethal im vorliegenden Band, S. 237 ff.

³⁸ Siehe Der gegenwärtige Faschismus, in: PFS, 5/1973, S. 620.

³⁹ Siehe Die revolutionären Erfahrungen der Kommunisten. Die Besonderheiten der gegenwärtigen Etappe des antiimperialistischen Kampfes in Lateinamerika, in: PFS, 5/1974, S. 676.

3. Faschistoide Regimes konnten sich schließlich dort entwickeln, wo Sicherung und Maximierung des Profits sehr eng mit dem verzweifelten, zum Teil auch militärischen Ringen der herrschenden Klasse um die Aufrechterhaltung des Rassismus und kolonialer Praktiken verbunden ist. So haben die herrschenden Kreise in Südafrika einen „schleichenden Faschismus“ in Gang gesetzt, mit dessen Hilfe seit 1948 durch die Nationalistische Partei ein umfangreiches Repressionssystem zur Unterdrückung, Ausbeutung und Entrechtung der zahlenmäßig überwiegenden afrikanischen Bevölkerung sowie des „weißen“ Proletariats geschaffen worden ist. Die illegale Kommunistische Partei Südafrikas verdeutlicht die Besonderheiten des Faschismus in ihrem Lande, wenn sie erklärt: „Das, was gegenwärtig im Lande geschieht, ist nicht einfach das Produkt der 25jährigen Regierungszeit einer äußerst gefährlichen Partei faschistischer Prägung. Das ist auch das Ergebnis jahrhundertelanger Aggression, Annexion, Aussiedlung der afrikanischen Stammbevölkerung und ihrer brutalen Ausbeutung durch den niederländischen und britischen Kolonialismus. Nur unter den Bedingungen, da der gewaltigen Mehrheit des Volkes alle demokratischen und Bürgerrechte versagt waren, konnte die neonazistische Nationalistische Partei an die Macht gelangen.“⁴⁰

Die Existenz und die Existenzformen der neuen faschistischen oder halbfaschistischen Regimes, deren Politik und Situation hier nicht im einzelnen dargestellt werden können und brauchen, verdeutlichen die Dialektik von offensiv-terroristischen Aktionen und historischer Defensivposition des Imperialismus. Gravierend zeigt sich das in der Tatsache, daß diese Regimes kaum über Versuche und Ansätze zur Bildung von systemstabilisierenden Parteien und Verbänden hinausgekommen sind. Die faschistische Militär-Junta Chiles konnte sich zwar bei der Vorbereitung und Durchführung ihres Putsches vom 11. September 1973 auf einige Organisationen stützen –, z. B. „Vaterland und Freiheit“ (Patria y Libertad), das katholische „Werk Gottes“ (Opus dei), die ultrarechte „Nationalpartei Chiles“ und teilweise auch auf die „Christdemokratische Partei“ –, mußte aber Schritt für Schritt selbst die rechtsgerichteten Parteien und Verbände zurückdrängen.

Die gleichen Erfahrungen mußten die griechischen Obristen in den Jahren ihrer faschistischen Diktatur 1967 bis 1974 machen. Auch ihnen gelang es nicht, eine oder mehrere Organisationen mit Masseneinfluß aufzubauen. Das nicht nur für den griechischen, sondern für den gegenwärtigen Faschismus überhaupt charakteristische Merkmal des Kollaborationismus⁴¹ und der Unterordnung unter die Interessen des Weltimperialismus, insbesondere des USA-Imperialismus, stieß auf den Widerstand aller antifaschistischen, aber auch patriotischen Kräfte.

Etwas anders gestaltet sich die Situation rechtsextremistischer Organisationen in einigen lateinamerikanischen Ländern, in denen sich einige reaktionäre Militärdiktaturen schrittweise faschisiert haben. In Brasilien, Uruguay, Paraguay und anderen Staaten sind Parteien zugelassen und werden gewisse Spielregeln des bürgerlichen Parlamentarismus praktiziert. Um den Charakter dieser Zerrbilder bürgerlichen Parlamentarismus zu verdeutlichen, sei hier nur darauf verwiesen, daß bis 1976 in Paraguay die „Asociación Nacional Republicana“, die sogenannte Colorado-Partei des Diktators Stroessner, entsprechend der Wahlgesetzgebung automatisch 20 von den 30 Senatorensitzen und 40 der 60 Abgeordnetenmandate erhielt.⁴² Gleichzeitig besorgen ultrarechte Organisationen wie die brasilianischen „Todesschwadronen“ das terroristische Geschäft des Faschismus.

b) Rechtsextremistische Potentiale und Faschisierungsprozesse

Die in einer ganzen Reihe von imperialistischen Ländern zu beobachtende Rechtsentwicklung sowie die auch zu verzeichnende allmähliche Transformation von bürgerlich-demokratischen in konservativ-autoritäre Regimes und faschistische Diktaturen belegen ebenfalls die Gefährlichkeit des gegenwärtigen Faschismus. Sie machen aber zugleich deutlich, daß Wendungen nach rechts, Faschisierungsprozesse und die Errichtung faschistischer Diktaturen nicht nur mit dem Entstehen und Anwachs-

⁴⁰ Der gegenwärtige Faschismus in: PFS, 5/1973, S. 625.

⁴¹ Siehe Konstantin Zarodov, Suščnost' neofašizma i nekotorye voprosy taktiki kommunističeskogo dviženija, in: Sovremennij fašizm: ego oblič'e i borba s nim, Prag 1975, S. 14.

⁴² Siehe Neues Deutschland, vom 21./22.8.1976. Ob die Anwendung parlamentarischer Mittel auch zur Zersetzung faschistischer und faschistoider Herrschaftsformen beiträgt, wird beispielsweise die weitere Entwicklung in Brasilien erkennen lassen.

sen faschistischer Organisationen verbunden sind. Für den Faschismus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg war die Parallelität zweier Prozesse im Bereich der Exekutive charakteristisch. Im Rahmen der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der Verschmelzung des Apparats der Monopole und des Staates, vollzog sich zum einen ein Prozeß der Faschisierung des Staates und zum anderen ein Prozeß der Verstaatlichung der faschistischen Partei. Heute besteht die Faschisierung imperialistischer Länder angesichts der neuen Situation für die faschistischen Parteien, die ihnen – wenigstens bisher – kaum den Aufbau von Massenorganisationen erlaubt, in geringerem Maße als früher im Zusammenwachsen von Staats- bzw. staatsmonopolistischem Apparat mit Parteien und Organisationen faschistischer Prägung. Vielmehr ist „der Staatsmechanismus selbst zu einem gewaltigen Inkubator faschistischer Bazillen geworden“, d. h.: „Der Staat faschisiert die Gesellschaft.“⁴³ Die neuen faschistischen Regimes sind in der Regel auch nicht an ein Einparteiensystem gebunden. Oft wird versucht, ohne Parteien auszukommen bzw. das Parteienwesen völlig zu liquidieren.

Wenn nach den Erscheinungsformen des gegenwärtigen Faschismus gefragt wird, darf das starke rechtsextremistische Potential nicht außer Betracht bleiben, das in einer Reihe von Instrumenten monopolbourgeoiser Herrschaft und gesellschaftlicher Organisationen nichtfaschistischer Länder existiert. Dieses Potential – es enthält neben dem Konservatismus, dem Revanchismus und dem Rassismus die *dritte* Erscheinungsform des gegenwärtigen Faschismus – ist vor allem in den Führungsschichten der Armee und der Polizei, der Justiz und der Staatsbürokratie sowie in den rechten bürgerlichen Parteien fast aller hochentwickelten imperialistischen Länder zu finden. Nicht zufällig werden vor allem im Offizierskorps imperialistischer Länder prophylaktische Überlegungen für eine „chilenische Lösung“, d. h. für einen Putsch der reaktionären Militärs im Fall sich zuspitzender innenpolitischer Krisen, angestellt. Beispiele dafür sind aus Italien, aber auch aus der BRD und aus anderen Ländern bekannt. Antikommunistische und antisowjetische „Traditionspflege“ bietet dabei oft den Rahmen für die Erfassung größerer Teile von Soldaten und ehemaligen Militärangehörigen in einer Vielzahl von Organisationen, die für sich genommen in ihrer großen Mehrheit nicht direkt als faschistisch charakterisiert werden können. Mit Abscheu werden in allen Teilen der Welt die antisemitischen und rassistischen Exzesse von Offizieren der Bundeswehr zur Kenntnis genommen, wird gegen die faktische Straffreiheit für jene protestiert, die „symbolische Judenverbrennungen“ organisierten, den faschistischen Gruß „Heil Hitler“ bei Wachablösungen verwandten oder sogenannte Kameradschaftstreffen der SS-Traditionsverbände besuchten und unterstützten. Mit Empörung reagiert die demokratische Weltöffentlichkeit auch auf den Polizeischutz für neofaschistische Kundgebungen und Demonstrationen, selbst wenn deren Teilnehmer solche unmenschlichen Parolen verbreiten wie „Rotfront verrecke“, „Fegt das rote Gesindel weg“ und „Die Roten breiten sich nicht aus, hast Du Zyklon B im Haus“.⁴⁴ In ähnlicher Weise findet entschiedene Ablehnung, daß die Justizbehörden der BRD die Verfolgung und Verurteilung von Nazi- und Kriegsverbrechern mehr be- und verhindern als betreiben.

Als Wegbereiter und in gewissen Hinsicht auch als ideologischen Reflex dieser Erscheinungsform des gegenwärtigen Faschismus muß auch die wachsende Zahl von Versuchen zur Rehabilitierung und erneuten Verherrlichung des Hitlerfaschismus und seinen Führer betrachtet werden. Gerade in den BRD häufen sich in den letzten Jahren die Bestrebungen, die toten „Helden“ des Antikommunismus und Antisowjetismus zu neuem Leben zu erwecken und mit ihnen Politik gegen den historischen Fortschritt zu betreiben. Es ist offensichtlich, daß auch die propagandistische „Vermarktung“ der Geschichte des Faschismus, die sogenannte Hitler-Renaissance und die gesamte „Welle der Gegenaufklärung“,⁴⁵ die werktätigen Massen zu einer breiten Zustimmung für die konservativ-autoritäre Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten führen soll. Daher verbreiteten die Massenmedien solche Denkschablonen wie: Wer die Arbeitslosigkeit beseitigt, wer Ordnung und Sicherheit gewährt, wer den „Terrorismus“ bekämpft sehen wolle, der müsse sich auch für den

⁴³ W. E. Gulijew, Demokratie und Imperialismus, Berlin 1972, S. 177.

⁴⁴ die tat, vom 10.3.1978, S. 2; siehe auch Dietrich Gayko, Das Anwachsen des Neonazismus – Ausdruck gefährlicher Rechtstendenzen in der BRD, in: IPW-Berichte, 1/1978, S. 51.

⁴⁵ Siehe Stuckmann in: Gossweiler, S. 62.

„starken Staat“, für einen „starken Mann“ engagieren. Andererseits soll dem Leitbild eines obrigkeitstgläubigen und -hörigen Untertanen erneut Geltung verschafft werden, nicht zuletzt durch die skandalöse Praxis des Berufsverbots.⁴⁶

Die große „Welle“ von Büchern, Filmen, Schallplatten und Illustrierten-Serien ist inhaltlich sehr differenziert und reicht von partieller Rechtfertigung des „Dritten Reiches“ über die „Entteufelung“ des Faschismus bis zur Glorifizierung des Nazismus, von der Bagatellisierung der faschistischen Verbrechen bis zu deren völliger Leugnung. Diese „Welle“ ist wesentlich mehr als eine politische Randerscheinung, von der viele Politiker der BRD gern sprechen; in ihrem Resultat soll der Faschismus wieder als „denkbar, akzeptabel, ja, als Ausweg aus der Krisenmisere erscheinen“.⁴⁷

Das Potential den reaktionärsten Kräfte befindet sich in der BRD also nicht nun bei den offen neonazistischen Organisationen, sondern auch – wie H. Adler und H. Pötschke zutreffend feststellen – im „organisierten landsmannschaftlichen Revanchismus, in vielfältigen rechtsextremen Interessenverbänden und ‚Freundeskreisen‘, im höheren Offizierskorps der Bundeswehr und nicht zuletzt in den von F. J. Strauß geführten CSU sowie in Kreisen der CDU“.⁴⁸ Daß extrem reaktionäre Tendenzen in den bürgerlichen Parteien, besonders bei deren rechtem Flügel, um sich greifen, ermöglicht es den faschistischen Kräften in einigen Ländern, die konservativen und militant antikommunistischen Parteien offen oder verschleiert zu unterstützen.

Zum rechtsextremistischen Potential, das für die Faschisierungsprozesse von wesentlicher Bedeutung ist, gehört nicht zuletzt auch die Anwendung faschistischer Methoden und Praktiken in bestimmten Bereichen imperialistischer Politik. So sind die grausame amerikanische Kriegführung in Indochina⁴⁹ und bestimmte terroristische Züge in den Aggressions- und Annexionspolitik Israels gegenüber den arabischen Ländern und dem Volk von Palästina mit den faschistischen Methoden der totalen Kriegführung Hitlerdeutschlands vergleichbar. Faschistischen Charakter hatte gleichermaßen die blutige Liquidierung von einer halben Million indonesischer Kommunisten oder die Unterdrückung nationaler oder rassischer Minderheiten in mehreren kapitalistischen Ländern. Dabei ist nicht nur an die berüchtigte Apartheidpolitik in Südafrika, sondern auch an die barbarische Behandlung der Indios in Brasilien oder den farbigen Bürger (zehn Prozent der Bevölkerung!) in den USA zu denken. Teilweise bedient sich das imperialistische Herrschaftssystem auf Einzelgebieten – insbesondere gegenüber nationalen Minderheiten – faschistischer Methoden, wenngleich die Gesamtheit des Systems nicht als faschistisch bezeichnet werden kann.

c) Faschistische Organisationen und Bewegungen⁵⁰

Am weitesten ist der gegenwärtige Faschismus in seiner vierten Erscheinungsform verbreitet, d. h. in Gestalt der in fast allen imperialistischen Ländern mit „parlamentarischer“ Herrschaftsform bestehenden Organisationen und Bewegungen faschistischen Typs. Die politische und soziale Funktion dieser Organisationen⁵¹ ist überall gleich: Sie bilden ein zusätzliches und den staatsmonopolisti-

⁴⁶ Siehe Ludwig Elm, Berufsverbot im Bildungswesen. Zu aktuellen antidemokratischen Bestrebungen in Schule und Hochschule der BRD, hrsg. vom Institut für Hochschulbildung, Berlin 1974.

⁴⁷ die tat, vom 9.9.1977, S. 11.

⁴⁸ H. Adler/H. Pötschke, Neofaschistische Aktivitäten in Westeuropa, in: IPW-Berichte, 12/1974, S. 43.

⁴⁹ Der demokratische USA-Senator McGovern bezeichnete die massiven Bombardements auf wehrlose Bauern in Vietnam, Laos und Kambodscha als moralische Niederlage der USA und erklärte: „Es ist der barbarischste Akt, der seit dem Tod von Adolf Hitler von irgendeiner modernen Macht verübt wurde“ (zit. nach R. Lettau, Täglicher Faschismus. Amerikanische Evidenz aus 6 Monaten, Leipzig 1973, S. 201).

⁵⁰ Siehe dazu die im Anhang zu diesem Beitrag enthaltene Zusammenstellung (S. 232 ff.) der bekanntesten rechtsextremistischen und faschistischen Organisationen, wobei im wesentlichen von den Einschätzungen der kommunistischen Parteien der betreffenden Länder ausgegangen worden ist.

⁵¹ Siehe Der gegenwärtige Faschismus in: PFS, 5/1973; A. Galkin, Der Faschismus erleidet Niederlagen, die Gefahr des Rechtsradikalismus bleibt, in: PFS, 12/1974, S. 1609; Hans Pirsch/Karlfried Pröger/Max Schmidt, Monopolherrschaft und Neonazismus in Westdeutschland, Berlin 1969; Reinhard Kühnl u. a., Die KPD. Struktur, Ideologie und Funktion der neofaschistischen Partei, Frankfurt a. M. 1969; Manfred Weißbecker Die historisch-politische Funktion des Neonazismus und der Nationaldemokratischen Partei in Westdeutschland, in: ZfG, 7/1968; derselbe, Wesen und Erscheinungsformen des gegenwärtigen Faschismus, IPW-Berichte 8/1975.

schen Machtmechanismus ergänzendes Pressionsmittel gegenüber der Arbeiterklasse; sie werden von der Monopolbourgeoisie zur Rechtfertigung ihres gegen die Demokratie und den historischen Fortschritt gerichteten Autoritarismus benötigt und stellen eine Reserve für den Fall dar, daß die Aufrechterhaltung der Reste bürgerlicher Demokratie dem Monopolkapital als ungeeignet zur Sicherung seiner Macht erscheint. Sowohl in ihrer Existenz als auch in den Funktionen dieser rechts-extremistischen, faschistischen Organisationen widerspiegelt sich das menschen- und menschen-rechtsfeindliche Wesen des Imperialismus ganz offen.

In der BRD hat sich als offen neofaschistische Organisation Ende 1964 die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (KPD) konstituiert und entfaltet.⁵² Nach zeitweiligen Mißerfolgen und Rückschlägen bei den Bundestags- und Landtagswahlen seit 1969 konnte diese Partei in den letzten Jahren ihre Mitgliederzahl auf etwa 15.000 erhöhen. Nach offiziellen Angaben der Bonner Regierung existierten 1975 insgesamt 148 solcher rechtsextremistischen und neonazistischen Organisationen sowie 121 nazistische Presseorgane mit jährlich mehr als 11,6 Millionen Exemplaren. In Wirklichkeit liegen diese Zahlen sicher noch etwas höher.⁵³ Vorsichtige Schätzungen ergeben eine Zahl von etwa 600 rechtsextremistischen Organisationen. Wenn im Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz für 1977 nur die Zahl von 93 Organisationen mit 17.800 aktiven Mitgliedern genannt ist⁵⁴, dann liegt dem die regierungsoffizielle Linie zugrunde, Rechtsextremismus und Neonazismus als einen lediglich von den Linken aufgebauten „braunen Popanz“ und demgegenüber die „Gefahr“ des „Linksextremismus“ als die Hauptgefahr für den Bestand der Bundesrepublik darzustellen.

Unter den offen und unverhüllt neonazistischen Organisationen gibt es gegenwärtig drei Richtungen. Die erste – repräsentiert von der KPD – unterliegt einem Prozeß der Umformierung und Umorientierung. Nach Vorstellung des KPD-Bundesvorstandes soll die „Partei der KPD-Wähler“ in eine „Kaderpartei“ und „Kampfgemeinschaft“ umgewandelt werden, wobei heute schon die „Jungen Nationaldemokraten“ den eigentlichen und aktiven Kern der KPD bilden.⁵⁵ Die JN bemühen sich nicht ohne Erfolg auch um die Gewinnung arbeitsloser Jugendlicher.⁵⁶ Eine zweite große Gruppe offen neonazistischer Organisationen bildet die 1972 von Gerhard Frey gegründete Sammelbewegung „National-Freiheitliche Rechte“, die vor allem publizistisch wirksam ist. Zu ihr gehören solche Organisationen wie die „Deutsche Volksunion“, der „Jugendbund Adler“, die „Aktion Oder-Neiße“ (AKON), der „Deutsche Block“, der „Arbeitskreis Volkstreuer Verbände“, der „Stahlhelm-Kampfbund für Europa“, die „Wiking Jugend“ u. a. m.⁵⁷ Neben den beiden genannten Richtungen hat sich in den letzten Jahren eine weitere herausgebildet. Sie wird häufig als „neuer Rechtsextremismus“ bezeichnet und umfaßt solche Organisationen, die hauptsächlich terroristische Aktionen unternehmen und sich mehr oder weniger als Vortrupp einer neuen NSDAP verstehen. Dazu zählen die „Deutsche Bürgerinitiative“ des ehemaligen Rechtsanwaltes Manfred Roeder, die „Bürger- und Bauerninitiative“ des Journalisten Thies Christophersen, der „Kampfbund Deutscher Soldaten“ des Verlegers Erwin Schönborn, die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ in Nürnberg. Ähnliche Nazi-Kampfgruppen gibt es bereits ebenfalls in Mainz und in Schleswig. Am auffälligsten tritt zur Zeit die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ hervor, die von dem ehemaligen Bundeswehrleutnant Michael Kühnen geleitet wird. Dieser Kühnen – um nur eine seiner Aktionen zu erwähnen – legte am 16. Oktober 1977 im Nürnberger Justizgebäude Kränze nieder und klebte Plakate mit folgendem Text: „Am 16. Oktober 1946 ermordete das jüdisch-bolschewistische Untermenschentum die deutsche Reichsregierung. Sie starb mit den Worten: Es lebe Deutschland. Ihr Leben, ihr Tod – unserer Verpflichtung. Der Kampf beginnt.“⁵⁸ Dafür erhielt Kühnen eine Freiheitsstrafe, die jedoch zur „Bewährung“

⁵² Siehe vor allem Kühnl u. a.

⁵³ Siehe dazu auch Georg Herde, *Entspannungsfeindliche Organisationen in der BRD*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/1977, S. 552 ff.

⁵⁴ Siehe *Frankfurter Rundschau*, vom 4.8.1977.

⁵⁵ Ebenda, vom 21.3.1978.

⁵⁶ *Süddeutsche Zeitung*, vom 2.5.1978.

⁵⁷ Siehe Jörg Berlin u. a., *Neofaschismus in der Bundesrepublik. Aktivität, Ideologie und Funktion rechtsextremer Gruppen*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/1978, S. 530.

⁵⁸ *Zit. nach die tat*, vom 21.7.1978 S. 4.

ausgesetzt wurde. Dazu verfügte der Richter, Kühnen solle zur Bewährung 80 Stunden in einem Kinderheim Dienste leisten. Welch eine Strafe: Der Faschist erhält so Gelegenheit, seine neonazistische Ideologie sogar unter Kindern zu verbreiten!

Die französische „Ordre Nouveau“ agierte bis zu ihrem Verbot in aller Öffentlichkeit mit gleichen sozialdemagogischen, zum Teil sogar scheinbar antikapitalistischen Parolen wie ihre Vorgänger. In England forderte 1974 der Vorsitzende des Verbandes britischer Militärfreiwilliger, Paul A. Daniels, die Machtübernahme durch General Walter Walker, der bis 1972 Kommandeur der NATO-Streitkräfte in Nordeuropa war, während gleichzeitig neofaschistische Organisationen wie die unter Oberst David Stirling Konzeptionen über den Einsatz paramilitärischer Verbände gegen streikende Arbeiter ausarbeiteten. In den letzten Jahren trat die neofaschistische und rassistische „National Front“ als aktivste und größte Organisation in den Vordergrund. In Kommunalwahlen erhielt sie teilweise bis zu 19 Prozent der Stimmen.

Zu den größten der gegenwärtig existierenden faschistischen Organisationen gehört die Movimento Sociale Italiano (MSI), die in Verbindung mit rund 250 rechtsradikalen Terrorgruppen eine „Strategie der Spannungen“ verfolgt, um mit Morden, Bombenanschlägen und provokatorischen Ausschreitungen (von 1969 bis 1976 allein in Rom über 1500) ein Klima der Unsicherheit zu schaffen, demokratische Reformen zu torpedieren und die Apenninen-Halbinsel für einen neuen „starken Mann“ reif zu machen. Eine der ersten größeren Aktionen, ein Bombenattentat in der Landwirtschaftsbank an der Mailänder Piazza Fontana im Dezember 1969, forderte 17 Tote und weit über 50 Verletzte. Die Tat wurde nächst anarchistischen Gruppen zugeschrieben. Hohe Beamte der italienischen Polizei lenkten die Fahndung bewußt in eine falsche Richtung, während der militärische Geheimdienst SID drei Attentätern zur Flucht ins Ausland verhalf. Erst Anfang 1977 wurden sieben führende Neofaschisten wegen ihrer Urheberschaft und Beteiligung an diesem Verbrechen vor Gericht gestellt.⁵⁹

An der „Strategie der Spannungen“ hat auch die Wahlniederlage vom 20. Juni 1976 nichts geändert.⁶⁰ Zwar bemühten sich, als Reaktion auf den Stimmenrückgang von 9,2 auf 6,4 Prozent, einige Führer der MSI um die Gründung einer neuen Rechtspartei bzw. um die Umwandlung der MSI in eine Partei von „gemäßigten Neofaschisten“. Aber die sich selbst als „nationale Demokraten“ bezeichnenden „gemäßigten“ faschistischen Kräfte um Covelli und Manco sind inzwischen aus der MSI ausgeschlossen worden.⁶¹ Auf dem 11. Parteitag der MSI im Januar 1977 propagierten Almirante und Romualdi, zwei alte Faschisten, eine „chilenische Lösung“ für Italien. Mit frenetischem Beifall feierten die Delegierten in Hochrufen Pinochet, Franco, Vorster, Jan Smith und andere faschistisch-rassistische „Führer“. Die Verfassungswidrigkeit der MSI als Nachfolgeorganisation der Nationalen Faschistischen Partei Mussolinis ist offensichtlich. Trotz nachdrücklicher Forderungen der Mehrheit der Bevölkerung wurde sie dennoch bis heute nicht verboten.

Die neofaschistischen Organisationen zielen, wie sich am italienischen Beispiel besonders deutlich erkennen läßt, durchaus auch auf die Regierungsgewalt. So erklärte Almirante, die „nationale Rechte“ in Italien sei bereit, „diesen Staat zu ersetzen“.⁶² Die Strategie der neofaschistischen „Machteroberung“ bewegt sich in drei Richtungen. Sie verfolgt einmal das Ziel, eine große Rechtskoalition zu formieren, zum anderen ist sie selbst an der Gewinnung einer möglichst großen Zahl von Wählerstimmen interessiert, um mit den Christdemokraten gemeinsam regieren zu können. Schließlich setzte sie auch auf die Vorbereitung und Durchführung eines Staatsstreichs im geheimen Einverständnis mit bestimmten Kräften des Staatsapparats, wie der Versuch vom 9. Dezember 1970 gezeigt hat und jüngste Enthüllungen über Absichten und Verbindungen der Neofaschisten erneut zeigen.

Das politisch-ideologische Kettenglied aller ihrer Bestrebungen ist ein militanter Antikommunismus. Almirante verband seine Bereitschaftserklärung zur Übernahme des Staates durch die „natio-

⁵⁹ Siehe ebenda, vom 28.1.1977.

⁶⁰ Siehe Hermann Mierecker, Die Unterstützung des USA-Imperialismus für die Putschpläne der italienischen Neofaschisten, in: Militärwesen, 2/1977, S. 26 ff.

⁶¹ Siehe Neues Deutschland, vom 12.1.1977.

⁶² Zit. nach Karin Priester, Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen, Köln 1972, S. 7.

nale Rechte“ mit der Aufforderung an die italienische Jugend, sich auf eine direkte, auch physische Auseinandersetzung mit den Kommunisten vorzubereiten.⁶³ „Il Borghese“, eines der rund 60 neofaschistischen Blätter in Italien, druckte am 29. Mai 1969, was der MSI-Senator Mario Tedeschi auf einer Tagung der „Gruppi di Azione Nazionale“ erklärt hatte: „Ruiniert mit allen Mitteln jene, die dem Kommunismus und einer Konzilsrepublik freundlich gegenüberstehen ... Ich kann hier nicht deutlicher werden, aber jeder, der diese Arbeit leisten will, und ebenso unsere Gruppen wissen sehr gut, was getan werden muß ... Den unblutigen Späßen ziehen wir die blutigen Bomben vor. Von jetzt an muß sich jeder, der ernsthaft Antikommunismus betreiben will, außerhalb des Systems und gegen das Regime stellen.“⁶⁴

Das Beispiel des italienischen Neofaschismus verdeutlicht ferner, wie die „Strategie der Spannungen“ von der MSI mit dem Versuch verbunden wird, die eigenen Terroraktionen als Taten der „Linken“ erscheinen zu lassen und die Politik der Italienischen Kommunistischen Partei zu verunglimpfen.⁶⁵ Unmittelbar nach dem Anschlag auf den Brenner-Express verkündete Almirante, dieser sei von „roten Terroristen“ durchgeführt worden. Der von ihm benannte Kronzeuge war allerdings, wie rasch enthüllt werden konnte, bestochen. Eine Million Lire hatte er ausbezahlt bekommen, weitere zehn Millionen waren zugesagt.⁶⁶

Es ist ferner nachweisbar, daß die Neofaschisten eigene Anhänger vorwiegend in linksradikale Organisationen geschleust haben. So trat an der Universität Rom eine Gruppe als „nazistisch-maoistische Bewegung“ auf und propagierte als Losungen „Hitler und Mao im gemeinsamen Kampf vereint“ und „Es lebe die faschistische Diktatur des Proletariats“.⁶⁷ Spektakuläre Aktionen neo- und profaschistischen Charakters starten vor allem die „Roten Brigaden“, die im Frühjahr 1978 Aldo Moro, den Vorsitzenden der Christdemokratischen Partei, entführten und ermordeten.

Diese Kräfte leisten nicht nur der Politik konservativ-autoritärer Kräfte, sondern auch dem allgemeinen Bemühen imperialistischer Ideologen Vorschub, den historisch diskreditierten Faschismus im Sinne ihres Antikommunismus und Antisowjetismus zu nutzen, indem sie undifferenziert trotz-kistisch-abenteuerliche Gruppen und wirklich revolutionäre Kräfte mit dem Etikett „linksfaschistisch“ diffamieren.

So vielfältig wie die Erscheinungsformen des gegenwärtigen Faschismus sind auch die der extrem reaktionären Organisationen. Nach Angaben eines sowjetischen Gesellschaftswissenschaftlers treiben diese in etwa 60 Ländern des imperialistischen Teils der Welt ihr Unwesen.⁶⁸ Das ist ein objektiv gegebener Tatbestand, der nicht bagatellisiert oder geleugnet werden kann. Bürgerliche Ideologen versuchen dies dennoch immer wieder, indem sie insbesondere den Faschismusbegriff in Frage stellen. Unter Verwendung merkwürdiger Kriterien⁶⁹ vergleichen sie den gegenwärtigen Faschismus ausschließlich mit den Regimen in Italien unter Mussolini und im „Dritten Reich“, um schlußfolgern zu können, die „Epoche des Faschismus“ sei 1945 zu Ende gegangen, und deshalb könne es heute gar keinen Faschismus mehr geben. Während einige bürgerliche Historiker diese Argumentation durch die Behauptung zu schützen versuchen, der deutsche Faschismus sei überhaupt nur als „Hitlerismus“ zu begreifen, verweisen andere auf das Beispiel der Nationalen Faschistischen Partei

⁶³ Siehe Frankfurter Rundschau, vom 7.6.1972.

⁶⁴ Zit. nach Hermann Mierecker, Die Verschwörungen der Movimento Sociale Italiano – die neofaschistische Gefahr in Italien, Teil 2, in: Militärwesen, 1/1974, S. 39.

⁶⁵ Mierecker spricht in diesem Zusammenhang sogar von der „Neuaufgabe der hitlerfaschistischen Reichstagsbrandstrategie“ (Mierecker, Die Unterstützung, S. 31).

⁶⁶ Mierecker, Die Verschwörungen, S. 39.

⁶⁷ Siehe Neues Deutschland, vom 14.8.1974.

⁶⁸ Siehe G. Filatow, Fragen der Geschichte des Faschismus und die Gegenwart, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswiss. Beiträge, 5/1977, S. 472.

⁶⁹ Solche Kriterien werden vor allem von Vertretern der antikommunistischen Totalitarismuskritik zweckbestimmt verwendet. U. a. spricht auch Nolte von sechs sogenannten „Fundamentalmerkmalen“ des Faschismus und meint damit: Antimarkxismus, Antiliberalismus, Führerprinzip, Parteiarmee, tendenzieller Antikonservatismus und Totalitätsanspruch (siehe Ernst Nolte, Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen, München 1966, S. 315).

in Italien und der NSDAP in Deutschland, die Massenorganisationen waren. Die geringere Größe und Anziehungskraft der heutigen faschistischen Organisationen wird als Beweis für die These angeführt, daß es *nur* noch „Polizei- und Militärdiktaturen“, aber keinen Faschismus mehr geben könne.

Gegen solche Auffassungen wenden sich die kommunistischen Parteien vieler Länder. Sie berufen sich u. a. auf die grundlegenden Analysen des Faschismus durch den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und auf Georgi Dimitroff, der erklärte, daß der Faschismus nicht in erster Linie durch das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein einer Massenpartei definiert wird, sondern durch seinen Klassencharakter sowie durch die Ablösung der Staatsform der bürgerlichen Demokratie durch die offene terroristische Diktatur.⁷⁰

In seinen „Gedanken zum Faschismus im heutigen Lateinamerika“ betonte Rodney Arismendi, der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei Uruguays, daß die Charakterisierung verschiedener Herrschaftssysteme in Südamerika als faschistische Diktaturen „keine rein verbale oder emotionale“ Angelegenheit sei.⁷¹ Die Existenz einer Massenpartei gehöre nicht zu den Kriterien des Faschismus, sondern verkörpere nationale und historisch-konkrete Besonderheiten. Die Feststellung einiger Theoretiker, daß nur von Faschismus gesprochen werden könne, wenn gleichzeitig die Existenz einer entsprechenden Massenpartei nachgewiesen werde, ist – so erklärte Arismendi – „dogmatisch, da sie verlangt, daß sich ein historisches Ereignis bei gleichem Inhalt in den gleichen Formen wiederholt“.⁷²

Die außerordentlich große Vielfalt erweist sich in der Gegenwart als ein wesentliches Merkmal faschistischer Kräfte im Rahmen des organisierten Rechtsextremismus. Im Vergleich zur ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus existieren zweifellos weniger Organisationen, die als politische Parteien im üblichen Sinne bezeichnet werden können. Es entsprach der Taktik der Faschisten, sich nach 1945 in illegalen Gruppen zu organisieren und „Gelegenheitsparteien“ zu schaffen, „deren demokratische Fassade den Untergrundorganisationen nutzen konnte“.⁷³ Da, wo sich die Faschisten direkt parteipolitisch organisieren konnten, verfügen sie – mit Ausnahme der MSI und einigen wenigen anderen – über keinen Massenanhang. Dagegen besitzen solche Organisationen einen größeren Einfluß, in denen sich konservativ-autoritäre und faschistische Kräfte des Rechtsextremismus vereinigt haben. Die ersteren distanzieren sich in der Regel, wenn auch mehr vordergründig, von einem offenen Bekenntnis zum Faschismus. Über eine gewisse Massenbasis verfügen auch solche Verbände, die vorgeben, keine politischen Ziele zu verfolgen und sich zumeist speziellen Aufgaben, wie z. B. der Sammlung und „Betreuung“ von ehemaligen Militärangehörigen, widmen. Die meisten rechtsextremistisch-faschistischen Organisationen sind kleine Zirkel und Aktionsgruppen, die oft Namen und Strukturen ändern. Sie konzentrieren sich auf die Vorbereitung und Durchführung terroristischer Aktionen und arbeiten eng mit den imperialistischen Geheimdienstzentralen, in wachsenden Maße auch mit der kriminellen Unterwelt, zusammen.

Offensichtlich vollziehen sich gegenwärtig wichtige Prozesse der Konzentration und der Sammlung des organisatorisch zersplitterten Potentials dieser Kräfte. Dabei überwiegt zur Zeit das Bestreben, über Vereinbarungen, Absprachen und Kompromisse zwischen den unterschiedlichsten Gruppen zum Ziel zu gelangen. Während sich in Großbritannien die „National Front“ als dominierende Organisation durchgesetzt zu haben scheint, läßt sich in der BRD noch nicht erkennen, ob und zugunsten welcher Organisation sich der Konzentrationsprozeß auswirken wird. Gegenwärtig bestimmen Verfilzung, Umgruppierung und Neuformierung der faschistischen Kräfte das Bild, die mit der Anpassung der „traditionalistisch“, d. h. auf eine einfache Fortführung des Modells der 20er und 30er Jahre orientierten Gruppen an die neuen Existenzbedingungen des Imperialismus verbunden sind. Dabei geben sich die meisten legalen politischen Organisationen noch als „gemäßigt“, sie wollen sich nicht „in die braune Ecke“ stellen lassen und suchen nach neuen Formen einer Zusammenarbeit

⁷⁰ VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen, Berlin 1975, S. 93 ff.

⁷¹ Rodney Arismendi, Einige Gedanken zum Faschismus im heutigen Lateinamerika, in: Einheit, 2/1977, S. 215.

⁷² Ebenda, S. 217.

⁷³ die tat, vom 24.3.1978, S. 16.

mit den konservativen Parteien.⁷⁴ Generell gilt jedoch, daß sich alle Organisationen der extrem reaktionären Kräfte des Imperialismus bemühen, mit den Mitteln des Antikommunismus und Antisowjetismus, mit militaristischer Abenteuerlichkeit und entspannungsfeindlicher Politik, mit sozialer Demagogie und vor allem mit Hilfe terroristischer Aktionen die ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten voll zu nutzen.

d) Internationale Aktivitäten des Neofaschismus

Schließlich sind Faschismus und Neofaschismus *fünfte* in einer internationalen Erscheinungsform anzutreffen. Allerdings hat sich der Faschismus hier eine außerordentlich komplizierte und im einzelnen schwer zu erhellende Gestalt gegeben. Viele Aktionen der Neofaschisten – einschließlich der Errichtung faschistischer Diktaturen – sind das Werk oder sind zumindest stark beeinflusst von den großen Geheimdiensten, insbesondere der amerikanischen CIA, von den multinationalen Monopolen und von internationalen Organisationen der imperialistischen Welt wie dem Oberkommando der NATO. Mit Recht ist behauptet worden, daß die faschistische Gefahr nicht so sehr in den Überbleibseln des alten Faschismus und nicht einmal in den neuen faschistischen Banden besteht: „Die zunehmende Gefahr wird durch eine Verbindung zwischen den Banden und den imperialistischen Weltzentralen, den Geheimdiensten, dem Oberkommando der NATO, dem gesamten Apparat heraufbeschworen.“⁷⁵

Anders als in der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus verbinden sich die extrem reaktionären Organisationen in geheimen, aber relativ stabilen internationalen Vereinigungen. In den 50er Jahren formierte sich die „Schwarze Internationale“.⁷⁶ Deren extremste Kräfte schufen 1951 die „Europäische Neue Ordnung“ (NOE), die gegenwärtig wieder stärker in den Vordergrund tritt und die Tätigkeit der verschiedenen subversiven Zentralen zu koordinieren versucht. Ihr Sitz befindet sich in Lausanne, ihr Gründer und Sekretär ist der schweizerische Faschist und ehemalige SS-Mann Guy Gaston Amandruz. Die „Neue Ordnung“ stützt sich auf angeschlossene Gruppen in Italien – hier hat sie bisher den größten Einfluß erreicht –, Frankreich, Belgien, Österreich und in einigen anderen Ländern. Inzwischen sollen mehrere Kongresse stattgefunden haben.⁷⁷ In München trafen sich während der Olympischen Spiele am 16. und 17. September 1972 etwa 600 bis 1000 Faschisten, organisiert von den in der BRD legal erscheinenden faschistischen Zeitschriften „Mut“ und „Nation Europa“. Dieses größte Faschistentreffen der Nachkriegszeit, bei dem u. a. 40 Gruppen aus Italien vertreten waren, konzentrierte sich auf Fragen der Terrorisierung Italiens als dem „schwächsten Glied“ der EWG.⁷⁸

Auf der internationalen Szene der Faschisten spielt auch der spanische Zirkel der Freunde Europas (CEDADE) eine große Rolle. Im Jahre 1962 gründete der englische Faschist Colin Jordan, der zu den Führern der „Schwarzen Internationale“ gehörte und schon vor 1945 von sich reden gemacht hatte, die „World Union of National Socialists“ (WUNS), die ihre Stützpunkte in Frankreich, Belgien, der BRD, den USA, Australien, Argentinien und Chile aufbauen konnte. Sie arbeitet eng mit der chilenischen Geheimpolizei und der „Antikommunistischen Allianz Argentinien“ (AAA) zusammen.⁷⁹ Mitte Juli 1976 fand in Barcelona ein Treffen von Vertretern faschistischer Organisationen aus 15 Ländern statt. Alles spricht dafür, daß bei dieser Gelegenheit eine operative Neugründung der „Schwarzen Internationale“ erfolgte und die Verbindungen zur argentinischen AAA sowie zu den brasilianischen „Todesschwadronen“ gefestigt wurden. „Das läßt von nun an auch eine Neuauf-
lage des rechten Terrors auf europäischer Ebene befürchten“, schrieb dazu die antifaschistische Wochenzeitung der BRD, „die tat“.⁸⁰ Die zahlreichen koordinierten Aktionen der neofaschistischen

⁷⁴ Siehe A. Galkin, *Sovremennij fašizm: ego istoki i charakter*, in: *Meždunarodnaja žizn*, 9/1974.

⁷⁵ I. Trofimowa, *Die Verschwörung der Reaktion in Italien*, in: *Neue Zeit*, 13/1971, S. 21.

⁷⁶ Siehe Ernst Genri, *Černý Internacional*, in: *Literaturnaja gaseta*, 33/1973, S. 14.

⁷⁷ Ebenda.

⁷⁸ Siehe *Volkswacht*, vom 4.9.1974, die einen Artikel „In den Bierkellern Hitlers“ aus der italienischen Wochenzeitung „Epoca“ zitiert.

⁷⁹ Siehe *die tat*, vom 28.1.1977.

⁸⁰ Ebenda.

Kräfte in Italien und anderen Ländern während der letzten Jahre und Monate bestätigen diese Befürchtung voll und ganz.

Obwohl sich die Mehrheit der Monopolbourgeoisie nicht mit den gegenwärtigen faschistischen Organisationen identifiziert und die Positionen der sogenannten Rosen-und-Schwert-Philosophie⁸¹ vertritt, erfreuen sich die Regimes und Organisationen des gegenwärtigen Faschismus großer materieller, ideeller und rechtlicher Unterstützung. Vor allem dient ihnen jede Art von Abbau der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, jeder Schritt zu einer weiteren Beschneidung sozialer Erregenschaften und politischer Freiheiten, jede „Tendenzwende“ und Schwenkung nach rechts. Solche Schritte, die in der Regel für sich genommen nicht faschistisch sind, begünstigen objektiv die dem Imperialismus wesenseigenen Tendenzen zum Faschismus. In ihrem schließlichen Ergebnis können⁸² die bestehenden Formen monopolbourgeoiser Machtausübung durch reaktionär-terroristische und faschistische ersetzt werden. Die Methoden und Instrumente gewaltsamer Unterdrückung aller sozialistischen und demokratischen Kräfte stehen stets präventiv bereit. Der vorsorgliche Ausbau und die Perfektionierung eines terroristischen Apparates sowie faschistische Erscheinungen in Politik und Ideologie des staatsmonopolistischen Kapitalismus gehören auch heute zu den Voraussetzungen flexiblerer Varianten imperialistischer Herrschaftsausübung.

Die Realität der Gefahr des Faschismus beginnt bereits dort, wo schrittweise reaktionäre Modifikationen der imperialistischen Herrschaft zuungunsten der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen vorgenommen werden, nicht erst dort, wo er sich wie in Chile Pinochets erneut als Herrschaftsform etabliert oder wo er sich in Parteien und großen Massenorganisationen formiert hat. Sie ist bereits in der Duldung und Förderung der vielen kleinen rechtsextremistischen Organisationen zu sehen. Darüber hinaus ist sie auch in der sinnentstellenden Nutzung parlamentarischer Methoden, in ihrer teilweisen Aufhebung und in ihrer brutalen antikomunistischen Verkehrung in das Gegenteil bürgerlich-demokratischer Prinzipien von Recht und Gesetz zu spüren. Die Realität der Gefahr des Faschismus darf also nicht einzig und allein in der Existenz großer rechtsextremistischer Massenparteien gesehen werden und auch nicht nur dort, wo in bestimmten Situationen das „latente faschistische Potential großer Bevölkerungsteile“⁸³, also eine faschistische Massenbasis, mobilisiert werden kann. Seine Möglichkeiten der politischen Massenbeeinflussung sind zwar eingeschränkter als in früheren Jahrzehnten, aber noch nicht erschöpft. Ähnlich wie durch die These, der Faschismus sei eine Diktatur des Mittelstandes bzw. des Lumpenproletariats, und wie durch die Behauptung, der Faschismus sei eine völlig eigenständige gesellschaftliche Kraft, die mit dem Monopolkapital nichts zu tun habe, allenfalls unter bestimmten Bedingungen ein „Bündnis“ mit Teilen der Großbourgeoisie schließe, wird auch durch die Überbetonung des partei- und organisationspolitischen Faktors als Kriterium einer Charakterisierung des Faschismus dessen Klassenwesen negiert und – wichtiger noch – der antifaschistische Kampf, der nur als antiimperialistischer Kampf den Gesetzmäßigkeiten der geschichtlichen Entwicklung entsprechen und zum Sieg der Kräfte des Friedens, des sozialen und gesellschaftlichen Fortschritts führen kann, desorientiert.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihre Verbündeten gehen in ihrer antiimperialistischen Strategie und Taktik mit Recht davon aus, daß unter dem zugunsten des Sozialismus gegenüber dem Imperialismus veränderten Kräfteverhältnis der Faschismus, welcher insbesondere in Europa seine größten Niederlagen erlitten hat, zwar daran gehindert werden kann, erneut sein Haupt zu erheben,⁸⁴ sie

⁸¹ Leiter der Generaldirektion Wettbewerb in der (West-)Europäischen Kommission, Schlieder erklärte dieses „Leitbild“ wie folgt: „... der Unternehmer unserer Tage *braucht* eine *Rosen-und-Schwert-Philosophie*: die Rose für das Bekenntnis zur sozialen Bindung und zur sozialen Innovation, das Schwert für die entschlossene Verteidigung der Rechtsordnung und der marktwirtschaftlichen Prinzipien“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 21.11.1975, zit. nach Lilo Schneider, Ideologische Konzepte des Monopolkapitals in der Krise und die Aktions-einheit der Arbeiterklasse in: Marxistische Blätter, 4/1976, S. 40).

⁸² Es ist in diesem Zusammenhang immer wichtig zu betonen, daß es sich dabei nur um eine mögliche, nicht um eine zwangsläufige und unvermeidbare Entwicklung handelt.

⁸³ Iring Fetscher, Ist die Epoche des Faschismus beendet?, in: Ist die Epoche des Faschismus beendet?, hrsg. von Detlef Horster u. Marios Nikolinakos, Frankfurt a. M. 1971, S. 64.

⁸⁴ Siehe Galkin, Der Faschismus erleidet Niederlagen, S. 1616.

widmet aber gleichzeitig dem Kampf gegen die rechtsextremistischen und faschistischen Tendenzen und Aktivitäten größte Aufmerksamkeit. Sie warnt vor dem sich aus dem Imperialismus ergebenden Streben nach einer Faschisierung des gesellschaftlich-politischen Lebens, sie berücksichtigt die Möglichkeit von jähen Wendungen in der Herrschaftsmethodik des Monopolkapitals. Die Anhänger des Sozialismus, des Friedens und des historischen Fortschritts mobilisieren in allen Klassen und Schichten die potentiellen antifaschistischen Kräfte und suchen – mit wachsendem Erfolg – politische Bündnisse und breite Volksbewegungen gegen den Faschismus zu formieren.

4. Auswahlverzeichnis der wichtigsten nach 1945 in Erscheinung getretenen rechtsextremistischen und neofaschistischen Organisationen

Argentinien

- Antikommunistische Allianz Argentiniens
- Nationalsozialistische Front

Belgien

- Europa-Partei
- Flämische Volksunion

Bolivien

- Socialist Falange

Brasilien

- Antikommunistische Brasilianische Allianz
- Gesellschaft zur Verteidigung von Tradition, Familie und Eigentum
- Todesschwadron (Escadrao Muerto)

Bundesrepublik Deutschland

- Adler-Jugend
- Aktion Deutscher Sozialismus – Deutsche Arbeitsgemeinschaft Nationalrevolutionärer Bewegungen
- Aktion Oder Neiße (AKON)
- Aktionsfront Nationaler Sozialisten
- Aktionsgemeinschaft Nationales Europa (ANE)
- Aktionsgemeinschaft Demokratische Neuordnung
- Antibolschewistischer Block der Nationen
- Antikommunistische Kampfgruppe Horst Wessel
- Arbeitsgemeinschaft der Reservisten-, Soldaten- und Traditionsverbände (ARST)
- Arbeitskreis für Lebenskunde, entstanden aus: Bund für Gotterkenntnis, Weltanschauungsgemeinschaft Mathilde Ludendorff e. V.
- Arbeitskreis Volkstreuer Verbände (AVV)
- Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)
- Bund der Vertriebenen
- Deutsch-chilenischer Freundeskreis
- Deutsche Bürgerinitiative
- Deutsche Volksfront (DV)
- Deutsche Volksunion (DVU)
- Deutscher Block (DBI)
- Deutscher Freundeskreis
- Deutsches Kulturwerk europäischen Gebietes
- Deutschvölkische Gemeinschaft (DVG)
- Europäische Föderalistische Partei (EFP)
- Freiheitlicher Rat
- Gau Berlin der NSDAP

- Gemeinschaft Ostdeutscher Grundeigentümer (GOG)
- Gesamtdeutscher Freundeskreis
- Gesellschaft für freie Publizistik
- Hilfgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e. V. (HIAG)
- Hilfskomitee südliches Afrika
- Jungdeutscher Bund (JB)
- Junge Nationaldemokraten (JN)
- Kampfbund Deutscher Soldaten (KDS)
- Kampfbund Freiheit für Rudolf Heß
- Kampfgruppe Werwolf für ein Großdeutschland
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (KPD)
- Nation Europa Freunde
- Nationales Forum der volkssozialistischen Bewegung Deutschlands
- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslandsorganisation (bzw. Aufbauorganisation)
- Nationalsozialistische Kampfgruppe Groß-Deutschland
- Neues Nationales Europa (NNE)
- Notverwaltung des Deutschen Ostens (NDO)
- Partei der Arbeit
- Politischer Informations-Club
- SA-Sturm Hamburg, entstanden aus: Freizeitverein Hansa
- Solidaristische Volksbewegung
- Stahlhelm – Kampfbund für Europa
- Unabhängige Arbeiter-Partei (UAP)
- Vereinigung Deutsche Nationalversammlung (VDNV)
- Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte (VVK)
- Volksbund Deutscher Ring
- Wehrsportgruppe Hoffmann
- Werwolfgruppe Saar Pfalz
- Wiking-Jugend (WJ)
- Witikobund

Chile

- Patria y Libertad

Finnland

- Patriotische Volksfront

Frankreich

- Action Française
- Französische Nationalsozialistische Partei
- Jeunesse d'Action Européenne
- Gruppe Peiper
- Partei der neuen Kräfte (Parti de forces nouvelles, PFN), entstanden aus: Neue Ordnung (Ordre Nouveau)

Griechenland

- Bewegung Vierter August
- Nationale Volkspartei
- Neue Ordnung (Nea Taxis)
- Vogel-Phönix-Bewegung

Großbritannien

- Britische Liga für Europäische Freiheit
- British Movement
- Kolonne 88
- Monday Club
- National Association for Freedom
- National Front
- National Party of Great Britain
- Union-Komitee
- Verband britischer Militärfreiwilliger
- Young National Front

Guatemala

- Antikommunistische Geheimarmee (Ejercito Secreto Antikomunista, ESA)
- Mano blanco (Weiße Hand)
- Neue Antikommunistische Organisation (NOA)
- Organisierte Nationale Antikommunistische Bewegung (MANO)

Haiti

- Leopardenkorps
- Tontons macoutes

Indien

- Nationale Selbsthilfe-Union (Rashtriya Swayamoserak Sangh)
- Jana-Sangh-Partei

Italien

- Bewaffneter Revolutionärer Kern
- Fronte Antibolscevico Italiano (FAI)
- Fronte Antibolscevico Rivoluzionario (FAR)
- Geheime Antikommunistische Streitkräfte (Esercito Clandestina Anticomunista, ECA)
- Italienische Sozialbewegung (Movimento Sociale Italiano, MSI)
- Kampfverband Mussolini (Squadre d'Azione Mussolini, SAM)
- Legion Europa
- Nationale Avantgarde
- Nationale Befreiungsfront
- Nationale Front
- Nationale Europäische Kämpfer
- Nationale Sozialistische Ordnung
- Nationalsozialistische Union
- Neuer Phönix
- Rächer Italiens
- Revolutionäre Aktionsbewegung (MAR)
- Rote Brigaden
- Schwarze Ordnung (Ordine Nero), standen aus: Neue Ordnung (Ordine Nuovo)
- Windrose (Rosa dei Venti)

Japan

- Jugendtrupp zur Verteidigung des Staates (Kokubo seinentai)
- Liga des Blauen Sturms bzw. Sommersturmgesellschaft (Sairankai)
- Patriotische Partei Großjapans (Dainippon aikokuto)
- Sonnenflagge (Hinomaru)

Kolumbien

- Vaterland und Ordnung (Patria y Orden)

Libanon

- Hüter der Zeder
- Libanesische Phalangistenpartei (Kataeb)

Nordirland

- Arbeiterrat Ulsters
- Demokratische Unionistische Partei
- Ulster Dienstcorps (USC)
- United Unionist Action Council (UUAC)
- Vereinigungsbund von Ulster (UDA)

Norwegen

- Norsh Front

Österreich

- Aktion Neue Rechte (ANR)
- Freikorps Europa
- Volksbewußte Arbeiterpartei
- Volkssozialistische Bewegung

Portugal

- Befreiungsfront der Azoren (FLA)
- Dachverband der Afrikavertriebenen
- Demokratische Bewegung für die Befreiung Portugals (MDLP)
- Die Kette (Catena)
- Komitee für die Verteidigung der Freiheit (CDL)
- Operativkommando für die Verteidigung der westlichen Zivilisation (CODECO)
- Partei der Portugiesischen Allianz (PAP)
- Portugiesisches Befreiungsheer (ELP)
- Unabhängige Bewegung des nationalen Wiederaufbaus (MIRN)
- Viriatos (Verband der ehemaligen Kämpfer gegen das demokratische Spanien)

Puerto Rico (USA)

- Antikommunistische Front

Republik Südafrika

- Broederbond
- Engel der Hölle

Schweden

- Nationalverband Schwedens

Schweiz

- Europäische Neuordnung (ENO)
- Nationale Aktion
- Republikanische Bewegung

Spanien

- Apostolische Antikommunistische Allianz
- Bund der Veteranen des Bürgerkrieges
- Bunker
- Christkönigskämpfer (Guerilleros de Christo Rey)
- Comución Tradicionalista

- Frente Anticomunista Español
- Kommando Adolf Hitler
- Kommando für den Kampf gegen den Marxismus
- Nationale Bruderschaft der Garde Francos
- Nationale Spanische Union
- Neue Kraft (Fuerza Nueva)
- Volksallianz

Thailand

- Antikommunistische Front
- Nawapol (Nations around the world seek the peace of love)
- Rote Büffel (Krating Daeng)
- Vereinigung zum Schutz der thailändischen Nation

Türkei

- Graue Wölfe
- Nationalistische Aktionspartei (Milliyetçi Hareket Partisi, MHP)

USA

- Americans for Constitutional Action
- Amerikanischer Sicherheitsrat
- Christian Anti-Communism Crusade
- Conservative Society of America
- John Birch Society
- Ku-Klux-Klan
- Nationalsozialistische Befreiungsfront
- Nationalsozialistische Partei von Amerika
- Nationalsozialistische Weiße Volkspartei

Internationale faschistische Organisationen

- Europäische Neue Ordnung (NOE)
- Schwarze Internationale
- World Union of National Socialists
- Zirkel der Freunde Europas (CEDADE)

Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler (Herausgeber): Faschismus-Forschung. Positionen – Probleme – Polemik. 2., durchgesehene Auflage. Akademie-Verlag Berlin 1980, S. 209-236.

Braune Spuren beim Start in die „goldenen Zwanziger“

Meine Hörerinnen und Hörer!

Farben spielen auch in der Politik eine gewisse Rolle. Ihre Symbolkraft ersetzt häufig komplizierte Beschreibung und lange Erläuterung. Sicher verbindet jeder von Ihnen mit dem Adjektiv „braun“ ein Bild von den deutschen Faschisten. Aus gelbbraunem Tuch waren die Uniformen der Mitglieder von Naziartei und SA geschneidert. Dieses „Braun“ wurde sehr rasch zum Synonym für faschistischen Terror und politischen Mord auf offener Straße, für brutale Verfolgung revolutionärer Arbeiter und aufrechter Demokraten, für raffinierten Betrug und schamlose Demagogie, für wüsten Chauvinismus und Rassismus, für forcierte Aufrüstung und barbarische Kriegsführung.

Vor den Gefahren des Faschismus und den braun-uniformierten Garden der NSDAP warnten die deutschen Kommunisten bereits zu einer Zeit, die von anderen häufig als die „goldenen Zwanziger“ bezeichnet und gepriesen wurde. „Goldene Zwanziger“ – damit verbindet sich auch heute noch bei vielen die Erinnerung an das äußerst rege kulturelle und geistige Leben in jenen Jahren. Doch war es nur das, was diese Zeit prägte? Gewiß, damals sind große humanistische und künstlerische Leistungen vollbracht worden, die Weltruf erlangten. Zu erinnern ist an das Werk der Schriftsteller Thomas und Heinrich Mann, Feuchtwanger, Tucholsky, Remarque, Becher, Brecht; an die neuartigen Bauten solcher Architekten wie Gropius und Mies van der Rohe, an Leistungen von Regisseuren und Schauspielern wie Piscator, Reinhardt, Bassermann, Wegener und der Maler Nagel, Kollwitz, Klee, an die umwälzenden Arbeiten der Wissenschaftler Einstein, Planck und Hahn. Auf sie und viele andere, die hier eigentlich noch zu erwähnen wären, trifft die Bezeichnung von den „goldenen“, den fruchtbringenden zwanziger Jahren zu.

„Golden“ im ganz wörtlichem Sinn waren vor allem die mittleren Zwanziger auch für die deutsche Großindustrie, für die Krupp und die Thyssen, die IG Farben und den Hugenberg-Konzern, um nur einige zu nennen. Darauf wird in diesem Zyklus noch zurückzukommen sein.

„Golden“ – dieses Adjektiv ist jedoch schon damals mißbräuchlich verwendet worden, so etwa, wenn es bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Politikern angeraten schien, etwas vom Glanz der Sonne und des wertvollsten Edelmetalls auf ihre eigene Tätigkeit zu lenken. Redeten sie von den „goldenen“ Jahren, so galt das vor allem dem System des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie, mit dessen Hilfe die deutsche Bourgeoisie in der Weimarer Republik ihre Macht ausübte. In diesem Sinne gab es natürlich keine „goldenen Zwanziger“, schon gar nicht für die deutsche Arbeiterklasse, die nach ihren Niederlagen in der Novemberrevolution 1918/19 sowie nach dem Scheitern des Hamburger Aufstands im Herbst 1923 einem skrupellosen System der Ausbeutung und Unterdrückung ausgesetzt war.

Von einer goldenen Tönung der politischen Verhältnisse kann auch deshalb nicht die Rede sein, weil sich auf ihrer Grundlage die braune Barbarei entfalten, auf ihrem Boden der Faschismus an die Macht geschoben werden konnte. Als „Schoß, aus dem das kroch“ bezeichnete Bertolt Brecht einmal den gesellschaftlichen Hintergrund der Weimarer Republik, die Herrschaft des Monopolkapitals und der Junker, der Militaristen und der Ministerialbürokratie.

Schon Anfang der zwanziger Jahre wurden braune Spuren sichtbar. Beim Übergang von dem zerfallenen monarchistischen Herrschaftsgefüge zur bürgerlich-parlamentarischen Republik entstanden die ersten faschistischen Organisationen. Von bürgerlicher Seite ist viel darüber gerätselt worden, wie es dazu kommen konnte. Ganze Heerscharen von Apologeten des Kapitals haben sich darum bemüht, einen Tatbestand zu verschleiern, der eigentlich 'klar und eindeutig ist: die volle und unteilbare Verantwortung der herrschenden Klasse für die Entstehung des Faschismus. In vielfältig-einfältigen Variationen wird der Faschismus von bürgerlichen Historikern als eine „originäre“ und „eigengesetzlich“ wirkende gesellschaftliche Kraft bewertet. Viele nennen ihn eine Bewegung des Kleinbürgertums, der Mittelschichten, manche bezeichnen ihn schlicht als Ergebnis des Wirkens einiger Naziführer. Häufig stößt man auf die geschichtsfälschende Erklärung, die faschistische Partei sei „autonom“, d. h. ohne jede Mithilfe aus den Reihen der Bourgeoisie entstanden. Sie soll sich

sozusagen aus sich selbst heraus entwickelt und dann als eine neue gesellschaftliche Kraft über Kapitalismus und Sozialismus erhoben haben.

Diese Autonomie-These hält wie die anderen Deutungen einer Überprüfung nicht stand. Wir kennen sehr wohl diejenigen, die in den Geschichtsbüchern als Väter, Geburtshelfer, Taufpaten, Wegbereiter und Förderer der faschistischen Organisationen beim Namen genannt werden müssen. Großbürgerliche Politiker, Ideologen und Militärs waren es, die damals direkt und indirekt an der Schaffung neuer Parteien beteiligt waren. Eine davon bezeichnete sich als „Deutsche Arbeiterpartei“. Sie entstand am 5. Januar 1919 und nannte sich ab 24. Februar 1920 „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP); Auch ihr drückten Angehörige und Handlanger der herrschenden Klasse den Stempel reaktionärer Ziele auf. Auch sie sollte für die Interessen des deutschen Imperialismus und Militarismus eintreten. Anton Drexler, Parteigründer und erster Vorsitzender, hatte 1917/18 seine politische Laufbahn in der „Deutschen Vaterlandspartei“ begonnen. Hinter der Vaterlandspartei standen mächtige großindustrielle und junkerliche Kräfte. Sie verfocht noch in den letzten Monaten des ersten Weltkrieges – als dieser für den deutschen Imperialismus und Militarismus längst verloren war – extrem reaktionäre und annexionistische Ziele. Selbst in der bürgerlichen Historiographie kommt man in jüngster Zeit nicht umhin, Drexler als „ferngesteuert“ und frei von „privaten Initiativen“ zu charakterisieren. Daß Drexler später keine Rolle mehr spielte, ändert nichts an seinem sozialen Auftrag bei der Gründung jener Partei, die sich aus der Vielzahl faschistischer Organisationen als die wichtigste herauskristallisieren sollte.

Bekannt ist weiter ein gewisser Hauptmann Karl Mayr. Dieser schrieb 1920 einen Brief an den ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, den Führer des gerade gescheiterten Putsches gegen die Weimarer Republik. Darin stellte er ungeniert – der Brief war ja auch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt! – die NSDAP als seine eigene Schöpfung hin: „Die nationale Arbeiterpartei“, so schrieb er, „muß die Basis geben für den starken Stoßtrupp, den wir erhoffen ... Ich habe sehr tüchtige junge Leute auf die Beine gebracht.“ Mayr war keineswegs ein unbedeutender Offizier. Nein, er stand an der Spitze der Dienststelle I b/P des Reichswehrgruppenkommandos in Bayern. Diese Dienststelle, die teilweise auch aus privaten Fonds finanziert wurde, organisierte in großem Umfang die materielle und personelle Unterstützung nationalistischer Organisationen, nachdem die Münchener Räterepublik 1919 militärisch niedergeschlagen worden war. Sie half bei der Verbreitung konterrevolutionärer Hetzschriften und führte sogenannte „Antibolschewistische Aufklärungslehrgänge“ durch. In einem dieser Lehrgänge wurde auch der Reichswehr-Spitzel Adolf Hitler ausgebildet. Wie hieß es doch bei Mayr: „Ich habe sehr tüchtige junge Leute auf die Beine gebracht!“ Besser konnte die faschismusfördernde Rolle deutscher Militaristen in der Uniform der auf die Weimarer Republik eingeschworenen Reichswehr wohl nicht beschrieben werden. Ähnliches hätte übrigens auch Ernst Röhm zu Protokoll geben können. Er diente ebenfalls als Offizier in der Reichswehr und zog kräftig an den Fäden zwischen den Militaristen und der NSDAP. Bekannt ist, daß er einer der wenigen Duzfreunde Hitlers war, für viele Jahre an der Spitze der SA stand, bevor er am 30. Juni 1934 ermordet wurde. Wenn auch die Organisation „tüchtiger Leute“ als „Stoßtrupp“ für die forcierte Rechtsentwicklung von einzelnen ausging, so entsprach sie doch fundamentalen Bedürfnissen des aggressivsten Teils der herrschenden Klasse in jenen Jahren. Und diese Bedürfnisse waren letztlich entscheidend für die Entstehung und Formierung des Faschismus. Wer die Wurzel des Faschismus wirklich sucht, der muß sich also mit der deutschen Monopolbourgeoisie befassen.

Bereits im Jahre 1919 ging die von der Novemberrevolution arg gebeutelte herrschende Klasse im imperialistischen Deutschland dazu über, Voraussetzungen für eine Korrektur der für sie ungünstigen Ergebnisse des ersten Weltkrieges zu schaffen. Aufrüstung und ein neuer Krieg – das war das große strategische Ziel. Für dessen Realisierung benötigte sie innenpolitische Friedhofsruhe. Über die anzuwendenden Mittel und Methoden, mit deren Hilfe das große Ziel in einzelnen Etappen erreicht werden sollte, kam es zu teilweise heftigen Differenzen. Die Mehrheit der herrschenden Klasse betrieb eine wendigere, eine bürgerlich-parlamentarische Politik und wollte die imperialistische Staatsmacht mit weniger brutalen Mitteln, vor allem durch Spaltung der Arbeiterbewegung

und Integration der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer sichern. Die reaktionärsten Teile der Monopolbourgeoisie verfolgten dagegen einen Kurs, der auf die Errichtung einer offenen Diktatur anstelle der bürgerlich-parlamentarischen Republik zielte. Die revolutionäre Arbeiterbewegung sollte nach ihren Vorstellungen brutal, mit allen verfügbaren Mitteln niedergehalten werden. Diese Kräfte strebten die Schaffung einer kleinbürgerlich-nationalistischen Massenbasis an, um mit deren Hilfe den neuen, krisenhaften Existenzbedingungen des Imperialismus auch ohne größere soziale und politische Zugeständnisse an die Arbeiterklasse begegnen zu können.

Als sich auf dem Markt imperialistischer Politik die „Nachfrage“ nach neuartigen Organisationen, eben nach solchen von faschistischem Typs bemerkbar machte, lag das „Angebot“ bereits vor – der kapitalistische Marktmechanismus funktionierte bestens! Die Naziartei stellte von Anfang an einen – zunächst noch kleinen, bescheidenden – Teil des großen Gesamtgeflechts bürgerlicher Interessenorganisationen dar.

In welchem Maße die braunen Spuren bereits beim Start in die Republik den Vorstellungen der herrschenden Großkapitalisten und Großagrarien entsprachen, läßt sich sogar am Beispiel von Hitlers „Karriere“ belegen. Im Lebensweg des damals Dreißigjährigen war bis 1919 nichts Bemerkenswerthes zu finden. Seine Entwicklung als kleinbürgerlich-lumpenproletarischer Bohemien, als ein von beständiger Unrast getriebener Nichtstuer verrät nur Belangloses, obwohl ihm gelegentlich Intelligenz und Beredsamkeit bescheinigt worden waren. Erst als nach dem Sieg des Roten Oktobers, mit dem Beginn einer neuen Epoche auch neue Bedürfnisse des Monopolkapitals zur Sicherung von Macht und Maximalprofit gesellschaftlich relevant geworden waren, fiel Hitler auf. Jetzt entdeckten einige Angehörige und Handlanger der herrschenden Klasse die in ihm schlummernden politischen Potenzen, seinen brennenden Ehrgeiz, nach „oben“ zu kommen. Mit der „Nachfrage“ nach wirksamen „Trommlern“, nach erfolversprechenden Predigern des militanten Antikommunismus, des Chauvinismus und auch des Rassenwahns begann die „Karriere“ des Naziführers.

Die These, die deutsche faschistische Bewegung sei „aus sich selbst heraus“ entstanden, geht also an der historischen Wirklichkeit vorbei. Die Barriere, die sie zwischen den objektiven Interessen und Bedürfnissen der Monopolherren, Großagrarien und Militärs einerseits sowie den handelnden Parteien und Personen andererseits errichtet, stürzt bei sorgfältiger Beachtung der Tatsachen in sich zusammen.

Der Zweck dieser Autonomie-These wird rasch klar: Wenn die Schuld für den historisch diskreditierten und heute von allen fortschrittlichen Kräften bekämpften Faschismus bei dessen „Führern“ und bei den Mittelschichten liegen soll, dann sind seine Förderer und Handlanger „entlastet“, sozusagen mit dem Persilschein einer erfolgreichen Entnazifizierung versehen. Die Nazis – und schon gar nicht lediglich ihr Führer – haben weder den konterrevolutionären weißen Terror noch die skrupellose nationalistische, soziale und rassistische Demagogie erfunden. Sie fügten nur alles, was es an Reaktionärem in Politik und Ideologie gab, neu zusammen, nahmen bereits Anfang der zwanziger Jahre alle revolutionären und humanistischen Kräfte, den historischen Fortschritt der menschlichen Gesellschaft und den Frieden in ihr braunes Visier – und dies in Auftrag und Interesse der schlimmsten Reaktion.

Übertragen wir abschließend das Gesagte noch einmal in die Sprache der Farben: Das Schwarz-rot-gold des Staates von Weimar wurde nicht deshalb im Jahre 1933 beseitigt, weil es die Braunen gab. Vielmehr wurden die Braunen in die Politik geholt und gepöppelt, weil sich die Herrschenden nicht mit dem Vormarsch der evolutionären Arbeiterbewegung abfinden wollten, der ihre reaktionären Ziele gefährdete. Alles gegen „Rot“ zu mobilisieren, das war die Devise des Kapitals – selbst um den Preis einer braunen Barbarei.

Stimme der DDR. Sendereihe „Wissenschaftliche Weltanschauung“. 10.01.1980. Zyklus „Faschismus in Deutschland – Förderer, Handlanger, Gegenkräfte“, 7 S.

Neofaschismus – bedrohte Gegenwart

Meine Hörerinnen und Hörer!

In den letzten Tagen des zweiten Weltkrieges malten sowjetische Soldaten mit für sie ungewohnten Buchstaben an die ausgebrannten Mauern des Berliner Reichstagsgebäudes die Worte: „Hitler kaputt!“ Freude über den mit so großen Opfern errungenen Sieg widerspiegelte sich darin. Aber nicht nur das. An das Ende des nazifaschistischen Spuks und des Völkermordens knüpfte sich auch die Hoffnung, nun sei der Faschismus ein für allemal als Machtinstrument der reaktionärsten imperialistischen Kräfte, als Organisation und als Ideologie zugrundegegangen. Nicht nur bei den Angehörigen der siegreichen sowjetischen Armee, bei den Befreiern des deutschen Volkes vom Joch einer zwölfjährigen und für 1000 Jahre geplante Diktatur, auch bei den Völkern der Antihitlerkoalition verbanden sich die Hoffnungen und Wünsche dieser Art mit der Bereitschaft, alle Kräfte dafür einzusetzen, daß es niemals wieder Faschismus und Krieg geben kann. Auch die Überlebenden des heldenhaften Widerstandskampfes deutscher Kommunisten, Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Parteiloser und. bürgerlicher Humanisten sahen mit dem Sturz der faschistischen Diktatur ihre antifaschistische Aufgabe noch nicht als abgeschlossen an.

Am 2. Mai 1945 erging ein erster Befehl des sowjetischen Stadtkommandanten von Berlin. In ihm hieß es: „Die nationalsozialistische Partei und ihre Organisationen sind aufgelöst, ihre Tätigkeit ist verboten.“ Der Sinn dieses Befehls zielte darauf, den Worten „Hitler kaputt“ auch die folgen zu lassen: „Faschismus kaputt“. Als die Repräsentanten der UdSSR, der USA und Großbritanniens in Potsdam über Maßnahmen berieten, die gewährleisten sollten, daß nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht, legten sie auch fest, daß die nazifaschistische Partei niemals mehr und in keinerlei Form wieder auferstehen darf. Sie beschlossen ferner, daß jegliche nazistische oder militaristische Betätigung oder Propaganda zu verhüten sind. Als die deutschen Kommunisten am 11. Juni 1945 mit ihrem programmatischen Aufruf an die Öffentlichkeit traten, orientierten sie auf die restlose Vernichtung der Wurzeln von Faschismus und Militarismus. Da der Faschismus die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals war, galt es, das imperialistische System zu überwinden – um mit Bertolt Brecht zu sprechen: den Schoß unfruchtbar zu machen, aus dem der Faschismus kroch.

Angestregtes, unablässiges und konsequentes Bemühen der Arbeiterklasse, ihrer revolutionären Führung und aller Antifaschisten führte nach dem 8. Mai des Jahres 1945 zur restlosen Beseitigung des Faschismus, zu seiner endgültigen Überwindung: Auf dem Territorium der späteren DDR wurde die braune Barbarei an ihren Wurzeln gepackt und in allen ihren Erscheinungsformen vernichtet. In diesem Teil des ehemaligen Deutschen Reiches hielten neue gesellschaftliche Verhältnisse Einzug, solche Verhältnisse, die nicht nur das direkte Gegenteil zur Diktatur der Monopole und Militaristen darstellen, sondern zugleich das stärkste Bollwerk gegen jedwede Versuche brauner Giftmischer von gestern, heute oder morgen bilden.

Stellen Sie sich bitte für einen Moment selbst einmal die Frage, ob in der DDR oder in einem anderen Land der sozialistischen Staatengemeinschaft eine neue NSDAP, eine faschistische Wehrsportgruppe entstehen oder irgendeine andere Organisation gegründet werden könnte, die direkt an den Faschismus früherer Jahrzehnte anknüpft. Die Antwort ist in jedem Fall eindeutig. Das Nein kann ohne Zögern und Bedenken über die Lippen kommen. Ja, ich vermute, in mancher Antwort würde Unwilligkeit und Verwunderung mitschwingen.

Eine solche an sich abstruse Frage ist jedoch denkbar im Hinblick auf die Tatsache, daß vor einigen Wochen in der BRD eine Partei gegründet worden ist, die sich mit den Buchstaben NSDAP bezeichnet. Daß dabei das D für „demokratisch“ und nicht für „deutsch“ wie bei dem historischen Vorbild stehen soll, ist unerheblich. Es handelt sich um eine der vielen Nachfolgeorganisationen der Hitlerschen NSDAP, die allesamt neonazistisch genannt werden müssen und die in letzter Zeit immer radikaler und brutaler, immer offener und auch krimineller hervorgetreten sind.

Mitte Februar dieses Jahres informierte das Präsidium der VVN/Bund der Antifaschisten in der BRD über die Existenz von

- 32 Untergrundorganisationen der Neonazis, von
- 15 Wehrsportgruppen, die sich trotz des Verbots der Hoffmannschen Garde munter auf ihren antikommunistischen Kriegspfaden bewegen, von
- 47 Organisationen der SS (HIAG)
- 23 weiteren „Traditionsverbänden“, von
- 13 neofaschistischen Jugendorganisationen, von
- 31 ideologischen Zirkeln und nicht zuletzt
- 34 Verlagen und Vertriebsgesellschaften, die sich auf neofaschistische und faschismusverherrlichende Literatur spezialisiert haben.

An Informationen über die erschreckenden, an Zahl und Ausmaß wachsenden Untaten dieser Organisationen fehlt es nicht. Wir wissen beispielsweise, daß am 22. Februar 1980 eine sogenannte „Deutsche Aktionsgruppe“ ein Bombenattentat in Esslingen gegen eine Ausstellung verübte, die über das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz berichtete. Wir wissen von Morddrohungen, denen Dietrich Kittner, der bekannte Kabarettist aus Hannover, ausgesetzt war. Wir wissen um die fast täglich auftauchenden Meldungen über die Existenz und Vergrößerung von Waffenlagern dieser Terroristen, über die Vielzahl rassistischer Schmierereien, über die Zerstörung von Büros und anderen Einrichtungen demokratischer Kräfte, über Demonstrationen zugunsten alter Nazi- und Kriegsverbrecher, über antikommunistische Flugblätter mit Aussagen, die man sich dreister und verlogener kaum vorstellen kann.

Die Zeitungen und Flugblätter der Neonazis sind in der BRD weit verbreitet – Jährlich etwa in 11,5 Millionen Exemplaren. Die „Jungen Nationaldemokraten“ (Jugendorganisation der NPD) geben eine Schülerzeitung heraus, die vor kurzem über die Ursachen des zweiten Weltkrieges verbreitete, der „deutsche Einmarsch in Polen sei eine notwendige „Polizeiaktion“ gewesen. Ein Flugblatt, das im vergangenen Jahr verteilt wurde, versprach eine Belohnung von 10.000,- DM für denjenigen, der „tatsächlich nachweisen“ könne, daß in den Konzentrationslagern Menschen vergast worden sind. Die Ermordung von 6 Millionen Juden durch die deutschen Faschisten wird schlichtweg geleugnet, ja zur „Jahrhundertlüge“ der Sieger über den Faschismus erklärt; ganz so, als habe es den Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher mit seiner Fülle von Dokumenten und Beweisen nie gegeben.

Den rund 200 offen neonazistischen Gruppen und Institutionen stehen die Behörden der BRD nahezu gleichgültig, vielfach sogar begünstigend gegenüber. Wohlwollende Duldung oder Förderung erfahren sie von großen Teilen der Führungsschichten in Bundeswehr und Polizei, in Justiz und Staatsbürokratie. Antikommunistische und antisowjetische sog. „Traditionspflege“ bietet den Rahmen für die Verbreitung des braunen Ungeistes in neuem Gewande. Mit Abscheu hat die demokratische Öffentlichkeit der Welt zur Kenntnis nehmen müssen, daß rassistische und antisemitische Exzesse von Offizieren der Bundeswehr faktisch ohne strafrechtliche Folgen bleiben – von anderen Folgen ganz zu schweigen. Straffrei sind jene ausgegangen, die „symbolische Judenverbrennungen“ organisierten, den nazifaschistischen Gruß „Heil Hitler“ bei Wachablösungen verwandten oder – wie frühere hochgestellte Nazis – sogenannte Kameradschaftstreffen der SS-Verbände mit ihrer offiziellen Anwesenheit beehrten. Polizeischutz für neonazistische Kundgebungen und Demonstrationen gehört zu den Alltäglichkeiten, sogar dann, wenn solche sattem bekannten Parolen gebrüllt werden wie „Rotfront verrecke“, „Fegt das rote Gesindel weg“ oder „Die Roten breiten sich nicht aus, hast Du Zyklon B im Haus“. Mit Empörung verfolgen wir auch, wie die Justiz – unguten Traditionen aus den Jahren der Weimarer Republik folgend – erneut auf dem rechten Auge blind ist: Sie behindert und verhindert eigentlich mehr die Verurteilung von Nazi- und Kriegsverbrechern, als daß sie diese, wie es ihres Amtes wäre, betreibt.

Im November 1979 verlautete aus dem Bonner Justizministerium, es gäbe „keine rechtliche Möglichkeit“, eine Neugründung der NSDAP zu verbieten. War das nicht geradezu eine Aufforderung? Der Altnazi Erwin Schönborn, Chef des sog. „Kampfbundes Deutscher Soldaten“, folgte denn auch prompt dieser Einladung und gründete jene neue NSDAP, von der hier schon die Rede war. Das rechtliche Feld war abgesteckt, und sofort folgte die Nutzung. Im geistigen Bereich verhält es sich

nicht anders, wie u. a. die Kette der Hitler-Bücher von Joachim C. Fest, Sebastian Haffner, David Irving und Hermann Giesler zeigt, in denen Hitler immer mehr gerechtfertigt, entschuldigt und schließlich mich bewundert wird. Als Motto dieser Art von Vergangenheitsbewältigung kann jener Satz gelten, der vor kurzem in der in München erscheinenden faschistischen „Deutschen National-Zeitung“ stand: „Man kann nicht den Kommunismus von heute glaubwürdig bekämpfen, wenn die antikommunistischen Waffenträger von gestern keine würdige Anerkennung finden“. Mit anderen Worten: Die Antikommunisten der Gegenwart – und nicht nur die aus den Gruppen der Neonazis – trachten danach, das historische Urteil der Völker über ihre „Vorbilder“ aufzuheben. Sie versuchen, mit den alten, gescheiterten, toten Figuren aufs Neue antisowjetische, antisozialistische Stimmungen hochzupeitschen. Keinen anderen Sinn kann auch die Entscheidung der Stadtverordneten von Bad Nauheim (Hessen) haben, die vor wenigen Wochen getroffen wurde und die da lautet: Hitler bleibt Ehrenbürger der Stadt!

Vor 35 Jahren erklärten viele Menschen, sie hätten nichts gewußt von den Verbrechen, von der Grausamkeit, von den Zielen der Nazifaschisten. Sie hätten auch nicht geahnt, daß jene Partei, die bei den Reichstagswahlen von 1928 noch nicht einmal 2,6 Prozent der Stimmen erhielt, eines Tages Macht ausüben und die Welt in den zweiten, alle Kontinente umspannenden Krieg stürzen könnte. Eine solche Entschuldigung, die übrigens – angesichts der Warnungen und des Kampfes der Kommunisten – schon damals lediglich von politischer Blindheit und Ignoranz zeugte, wird heute und morgen erst recht keiner mehr verwenden können. Wir kennen die Ursachen und möglichen Folgen des gegenwärtigen Faschismus – man denke an Chile – wir kennen seine Förderer und Handlanger. Uns sind die weitreichenden Ziele der Neonazis bekannt, die nicht nur im Erzwingen des jeweils nächsten Schrittes nach rechts bestehen. Im

Visier der Neonazis in der BRD befinden sich ein neues „Großdeutsches Reich“, die Vernichtung des Sozialismus, die Liquidierung der revolutionären Arbeiterbewegung und aller demokratischen Organisationen. Die Vorstellung, diese Kräfte könnten eines Tages an den Schalthebeln modernster Waffensysteme zur Massenvernichtung sitzen, ist gewiß entsetzlich. Aber Entsetzen lähmt – was not tut, ist eine Anwendung von Lehren aus der Geschichte, ist eine weltweite Kampfbereitschaft gegen die Kräfte der Reaktion. Es darf kein Wiedererstarken des Faschismus geben! Daher muß jenen Erscheinungen gewehrt werden, die jetzt häufig noch als Bagatellen abgetan werden. Sie können sich unter bestimmten Bedingung der ökonomischen und politischen Krise des Imperialismus, in bestimmten Situationen des von den Monopolen angeheizten Wettrüstens jäh erweitern und verheerende Wirkungen zeitigen. Alle Aktionen und Schriften der Neofaschisten tragen die wichtigsten Zeichen des alten Faschismus: militanter Antikommunismus, extrem feindseliger Antisowjetismus, Terror gegenüber allen progressiven Kräften, Chauvinismus, Revanchismus und Forderungen nach dem „starken Staat“, dem „starken Mann“.

Der Kampf gegen den Neofaschismus ist also ein dringliches Gebot unserer Zeit. Das ergibt sich vor allem aus der Tatsache, daß es sich eben nicht um eine „Randerscheinung“ des gesellschaftlichen Lebens handelt. Als solche möchten ihn liberale Bourgeois und manche sozialdemokratischen Politiker gern betrachtet wissen, um weiter gegen jene Kräfte vorgehen zu können, die die konsequentesten Gegner des Faschismus sind. Das Gebot des gegenwärtigen antifaschistischen Kampfes ergibt sich gerade jetzt hauptsächlich aus der realen Gefahr extrem reaktionärer, terroristischer Bedrohung des Weltfriedens. Erich Honecker hat wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Gegner der Entspannung und der Abrüstung „immer offener mit faschistischen und extremen Kräften verschiedener Couleur“ verbünden.

Die zahlreichen Veranstaltungen, die vor einigen Wochen anläßlich des 35. Jahrestages der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus stattfanden, stimmen denjenigen, der um die Gefahr des Neofaschismus weiß, dennoch zuversichtlich. Das zeigte auch der große Antifaschistische Kongreß, der am 10. und 11. Mai in Mannheim stattfand und neue Impulse für ein breites Bündnis, für den gemeinsamen Kampf gegen alte und neue Nazis in Staat und Gesellschaft, in Wirtschaft und Politik, im Militär- und Justizapparat der BRD gab.

Den Worten „Hitler kaputt“ von 1945 werden, dessen bin ich gewiß, auch jene Worte folgen, die ich zu Beginn dieses Vortrages Ausdruck einer Hoffnung nannte: Schluß mit dem Faschismus! Der endgültige Sieg des historischen Fortschritts über jede Form und über jede Folgeerscheinung des Faschismus steht nicht nur auf der Tagesordnung; er kann auch erreicht werden.

Stimme der DDR. Sendereihe „Wissenschaftliche Weltanschauung“. 29.05.1980. Zyklus „Faschismus in Deutschland – Förderer, Handlanger, Gegenkräfte“, 7 S.

Aggressiv und reaktionär – Kainsmale des deutschen Imperialismus

Rechtsextremismus in der BRD und seine unheilvollen Traditionslinien

Vor kurzer Zeit wurden 799 Schüler befragt. Es waren hauptsächlich 13- bis 16jährige Mädchen und Jungen, die in der BRD leben und dort aufgewachsen sind. Sie gaben erschreckende und alarmierende Antworten. Ihre Aussagen spiegeln eine Realität wider, die mit den vielen offiziellen Lobpreisungen der ach so freien, demokratischen und friedliebenden Bundesrepublik nichts, aber auch gar nichts gemeinsam hat. 44,3 bzw. 48,1 Prozent dieser Schüler hielten es beispielsweise für richtig, daß die Parolen „Zerschlagt den Kommunismus!“ und „Schluß mit dem roten Mördergesindel!“ verbreitet werden. Jeder fünfte der Befragten stimmte auch einem Satz zu, der in den Jahren der hitlerfaschistischen Diktatur in allen Lesebüchern zu finden war: „Jedes Volk braucht Raum zum Überleben, dieser Raum muß jedoch erkämpft werden.“ Eine offen neofaschistische These, die 18 Prozent für zustimmenswert hielten, lautete so „Wer in Presse, Rundfunk, Schulen oder Fernsehen Lügen über Hitler und das ‚dritte Reich‘ verbreitet, ist ein Schwein und gehört in ein Arbeitslager oder in eine Nervenklinik.“

Fast ist man geneigt zu glauben, dies sei nicht wahr, es könne einfach nicht stimmen. Und doch handelt es sich um Tatsachen, erschreckend in Inhalt und Ausmaß, alarmierend in ihrer Aggressivität und ihrem reaktionären Charakter.

Verwunderlich ist es allerdings nicht, daß es in der BRD als einem Land, das von allen üblen Kainszeichen des Imperialismus geprägt ist, so viele Menschen mit extremer antikommunistischer und militanter Gesinnung gibt. Viele stehen offensichtlich so weit rechts, daß sie im Grunde fast schon rechts von sich selbst stehen, auf jeden Fall aber weit entfernt sind von politischer Vernunft und rationalem Kalkül.

Zunehmende Sorge

Langjährige antikommunistische Erziehung führte zu solcher Verblendung. Aber das ist auch bereits ein Ergebnis der neuen, bisher größten Hochrüstungswelle in der Geschichte der kapitalistischen Welt und des Übergangs breiter Kreise des Monopolkapitals der BRD zu offener Konfrontation in den internationalen Beziehungen.

Allerdings steigert sich in der BRD auch die Bereitschaft, etwas dagegen zu tun, um der Menschheit eine solche Zukunft zu ersparen. Es wächst die Suche progressiver Kräfte unterschiedlichster sozialer Herkunft und verschiedensten weltanschaulichen Bekenntnisses nach den richtigen Schritten, um eine breite Friedensbewegung entfalten, um die häufig anzutreffende Sorglosigkeit und Selbstberuhigung, um Gleichgültigkeit und Tendenzen der Gewöhnung an die permanente Bedrohung des Friedens überwinden zu können.

Gegen Wen kämpfen?

Für die weitere Entfaltung des Kampfes um den Frieden sind allerdings in der BRD noch viele Hemmnisse zu überwinden. Ein Problem besteht darin, daß manche nicht wissen, gegen wen sich ihr Protest richten muß. Die einen reden vom Frieden, die anderen auch – wem also soll man glauben. Will man erfahren, wer in den großen Auseinandersetzungen unserer Zeit wirklich Friedenspolitik betreibt und wer lediglich Friedensphrasen von sich gibt, lohnt ein Blick in die Vergangenheit. in die Geschichte des Kampfes zwischen Imperialismus und Sozialismus. Jedes Suchen nach einem Beweis, daß die Arbeiterklasse und die von ihr getragene neue Gesellschaftsordnung Quelle von Kriegen und Kriegsgefahren wären, wird vergeblich sein. Im Gegenteil: Bereits der Ruf „An alle!“, das Friedensdekret der russischen Revolutionäre vom Oktober 1917, widerspiegelte die Wesenseinheit von Sozialismus und Frieden. Den dialektischen Zusammenhang, der natürlich zwischen dem Kampf um den Frieden und dem um den Sozialismus besteht, hat kürzlich Romesh Chandra, der Präsident des Weltfriedensrates, in die schönen und treffenden Worte gekleidet: „Man kann aber diese Welt nicht retten, wenn man sie nicht verändert, und man kann diese Welt nicht verändern, wenn man sie nicht rettet.“

Klare Erkenntnisse

Aus der Geschichte läßt sich ein anderer Tatbestand glasklar erhellen: Als er Imperialismus noch unumschränkte Alleinherrschaft ausübte und als seine Kräfte die des ersten sozialistischen Staates noch übertrafen, waren imperialistische Kriege an der Tagesordnung und wurde dem Krieg offen gehuldigt. Kaum hatte sich um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert der Kapitalismus der freien Konkurrenz in den Imperialismus gewandelt, perfektionierte er den Krieg zum systematischen Völkermord. Imperialistischer Aggressivität entsprang der erste Weltkrieg, aus ihr leiteten sich nach der Niederlage der deutschen Mächtegeren-Welteroberer ein nationalistischer Revanchismus und nicht zu Jetzt auch der Faschismus ab, aus ihr erwachsen neue militärische Bedrohungen für andere Völker und extremste Reaktion gegenüber dem eigenen Volk. Die Aggressivität des Imperialismus kam und kommt immer wieder zum Vorschein, auch wenn dieser seine Friedensabsichten noch so sehr beteuerte. Der Wolf bleibt nun einmal ein Wolf, selbst wenn er sich den Schafspelz umlegt ...

Nur Taten zählen

Letzteres gilt selbstverständlich auch für die BRD, deren offizielle Repräsentanten besonders häufig und mit penetranter Lautstärke vom Frieden reden. Beim Wort lassen sie sich allerdings nicht gern nehmen. Ihre Taten sind stets darauf gerichtet, die tatsächlichen Ergebnisse der friedlichen Koexistenz zu untergraben, sie rückgängig zu machen und ihren Zielen völlig unterzuordnen. Die Existenz der DDR war und ist ihnen ein Dorn im Auge. Vage Hoffnungen, irgendwann könnte das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 oder noch größer wieder hergestellt werden, lassen sie alle Vorschläge der DDR zu einer wirklichen und völkerrechtlich verbindlichen Normalisierung der Beziehungen zwischen, beiden Staaten ablehnen. Aus diesem nationalistischen und revanchistischen Geist heraus wird die neofaschistische und militaristische Propaganda nicht nur stillschweigend geduldet. Diese wird ebenso direkt und mit allen Mitteln gefördert wie das subversive Verhalten bestimmter überlebter Institutionen gegenüber der DDR und anderen sozialistischen Staaten.

Wie gesagt: Spitzfindige und wohltönende Formulierungen von BRD-Politikern, und seien sie auch noch so schön, zählen nicht. Bei der Lösung der gegenwärtigen Probleme zählen nur Taten. Alles andere ist Demagogie und dient reaktionären und aggressiven Zielen, wie schon seit eh und je in der Geschichte des deutschen Imperialismus.

Volkswacht, 03.12.1980, S. 6.

Flucht nach Weimar

November 1918. In einem ersten gewaltigen Ansturm errangen die kämpfenden Arbeiter, Matrosen und Soldaten in Deutschland gewichtige Erfolge. Die Throne der Fürsten fielen, Kaiser Wilhelm II. erklärte seine Abdankung und floh nach Holland. Der erste Weltkrieg, der den Monopolherren und Junkern große Gewinne, den Massen nichts als Elend, Leid und Millionen von Menschen den Tod gebracht hatte, fand im Ergebnis der Revolution sein vom Volk lang ersehntes Ende. Die geschlagene Armee bot ein Bild des Zerfalls, der kaiserliche Staatsapparat schien weitgehend gelähmt zu sein. In einigen Orten des Deutschen Reiches übernahmen von Arbeitern und Soldaten gebildete Räte die Macht. Sich an den Sowjets orientierend, verwirklichte die sich rasch ausbreitende Rätebewegung im Interesse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen einzelne demokratische Aufgaben. Tatsächlich war im November des Jahres 1918 die politische Macht der Monopolherren, Großgrundbesitzer und Militaristen bis in ihr Innerstes stark erschüttert und ernsthaft gefährdet. Aber sie wurde nicht beseitigt, ihre ökonomische Grundlage sogar nicht einmal angetastet. Nur die Methoden des politischen Herrschens veränderten sich. Unter dem Druck der gewaltigen Volkserhebung vollzog sich eine bürgerlich-demokratische Umwälzung, eine Wende vom Kaiserreich zur Republik, vom Regiment der Monarchen zum Regieren mit Hilfe des bürgerlichen Parlamentarismus.

Eine wahrhaft demokratische und sozialistische Umgestaltung Deutschlands, wie sie eigentlich den objektiven gesellschaftlichen Verhältnissen entsprochen hätte, fand nicht statt. Die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse blieb aus. Der bewußteste und fortgeschrittenste Teil der Arbeiterklasse kämpfte allerdings für dieses Ziel, für die notwendige Weiterentwicklung der antiimperialistisch-antimilitaristischen Revolution zu einer sozialistischen. Er rang um ein festes Bündnis mit der Sowjetmacht und um den Sieg einer völlig neuen Gesellschaftsordnung.

Parlamentarismus

Bürgerliche Herrschaftsmethode, bei der eine aus Wahlen hervorgegangene Vertretungskörperschaft (Parlament, Konstituante) durch ihr Recht der Gesetzgebung, durch die Mitwirkung an der Bildung der Regierung und ein gewisses, mitunter nur formales Recht der Kontrolle Einfluß auf die Leitung des Staates ausübt. Der Parlamentarismus, der im anti-feudalen Kampf des Bürgertums eine progressive Rolle spielte, verschleiert die eigentlichen Herrschaftsverhältnisse und die Machtausübung durch die Bourgeoisie. Im Imperialismus ist der Parlamentarismus nur eingeschränkt funktionsfähig, in der faschistischen Diktatur völlig beseitigt.

Opportunismus

Erscheinungsform der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie in der Arbeiterbewegung. Er bedeutet die offene Abkehr vom Marxismus, ordnet die Arbeiterbewegung den Klasseninteressen der Bourgeoisie unter und leugnet die Notwendigkeit einer revolutionären Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Seine Verfechter betrachten die bürgerliche Gesellschaft ihrem Wesen nach als unveränderlich und lediglich einiger Reformen bedürftig. Durch ihn wurde die Arbeiterbewegung gespalten und in schmerzliche Niederlagen geführt. Für den Imperialismus ist der Opportunismus unentbehrlich.

Zentrismus

Besondere und versteckte Erscheinungsform des Opportunismus in der Arbeiterbewegung. Seine Verfechter bekennen sich in Worten zum Marxismus, betreiben in der Praxis jedoch eine opportunistische Politik der Aussöhnung zwischen Proletariat und Bourgeoisie, der Verschleierung der prinzipiellen Gegensätze zwischen den Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Der Zentrismus konstituierte sich zur Partei in Deutschland, als im April 1917 die USPD entstand. Ihre Führer bedienten sich häufig eines pseudomarxistischen Vokabulars und eines Scheinradikalismus.

„Alle Macht den Räten!“ – so lautete die Forderung des Spartakusbundes. Für diese Forderung demonstrierten Hunderttausende Arbeiter und Arbeiterinnen, viele setzten ihr Leben ein. Wegweisend hieß es am 10. November 1918 in „Die Rote Fahne“: „Mit der Abdankung von ein paar Hohenzollern ist es nicht getan ... Mißtrauet denen, die von Reichskanzler- und Ministerstellen herunter glauben, eure Geschicke lenken zu dürfen. Nicht Neubesetzung der Posten von oben herunter, sondern Neuorganisierung der Gewalt von unten herauf.“

Dieser Aufgabenstellung schlossen sich auch andere Kräfte der Arbeiterbewegung an. So äußerten am 16. November 1918 revolutionäre Arbeiter, die sich in der USPD organisiert hatten, im USPD-Organ „Freiheit“, nicht nur die „Puppen“, sondern auch die „Drahtzieher“, die „ungekrönten Könige in Börse und Büro“ mußten fallen. „Wollen wir Völkerfrieden“, hieß es in der Zeitung, „wollen wir das Glück und eine bessere Zukunft unseres Volkes, wollen wir die Wunden heilen, die dieser unselige Krieg geschlagen, dann dürfen wir nicht haltmachen nach dem Sturz der Purpurträger. Wir

müssen bis zur Wurzel allen Übels, bis zu dem Kapital als dem Träger der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung.“

Es ist völlig verkehrt, zu glauben, daß in der formalen Demokratie des Parlaments die sichere Voraussetzung und Bedingung für die Verwirklichung des Sozialismus gegeben sei. Vielmehr ist gerade umgekehrt, erst der verwirklichte Sozialismus die grundlegende Voraussetzung für eine wahre Demokratie. Das revolutionäre deutsche Proletariat kann von einer Wiedergeburt des alten Reichstages in der neuen Form der Nationalversammlung nichts für seine Ziele erwarten.

Karl Liebknecht am 23. Dezember 1918

In der Großen Französischen Revolution war der erste entscheidende Schritt im Juli 1789 damit getan, daß sich die drei getrennten Stände zu einer gemeinsamen Nationalversammlung vereinigten. Dieser Beschluß hat dem ganzen weiteren Gang der Ereignisse den Stempel aufgedrückt, er war das Symbol des Sieges einer neuen, bürgerlichen Gesellschaftsordnung über die mittelalterliche feudale Ständegesellschaft. Genauso ergibt sich als Symbol der neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung, deren Trägerin die jetzige proletarische Revolution ist, des Klassencharakters ihrer eigentlichen Aufgabe auch der Klassencharakter des politischen Organs, das die Aufgabe durchführen soll: das Arbeiterparlament, die Vertretung des Stadt- und Landproletariats.

Rosa Luxemburg am 20. November 1918

Die revolutionäre Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland stand auf der Tagesordnung. Während die Führer und Mitglieder des Spartakusbundes alles daransetzten, daß alle Macht in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte überging, beließen es die Führer der USPD, die Zentristen, bei revolutionären Worten. Drei ihrer Führer traten in den von Friedrich Ebert geleiteten „Rat der Volksbeauftragten“ ein und ließen sich für sozialismusfeindliche, konterrevolutionäre Politik mißbrauchen. Sie schlossen verhängnisvolle Kompromisse gerade in der Frage, in der es nur ein Entweder-Oder gab in der Frage der Macht: Entweder politische Herrschaft der Arbeiterklasse über die Bourgeoisie oder weiterhin politische Herrschaft über die Mehrheit des Volkes. So stand die Frage. Und alle Zugeständnisse der USPD-Politiker in der Grundfrage der Revolution, in der Frage der Macht, mußten daher einzig und allein der Aufrechterhaltung und Neuformierung der unheilvollen Macht des deutschen Imperialismus dienen.

Objektiv gehörte die erste Revolution der deutschen Arbeiterklasse und anderer Schichten des werktätigen Volkes zum internationalen revolutionären Prozeß. Ihr großer historischer Auftrag lautete, auch in Deutschland die Herrschaft der imperialistischen Ausbeuterklasse zu brechen und dem zukunftsweisenden Beispiel der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zu folgen.

Nothelfer am Werk

Den Monopolherren und Junkern war im November 1918 die ökonomische und politische Macht nicht genommen worden. Daher konnten sie sie – wirkungsvoll unterstützt durch die Verschleierungspolitik der opportunistischen Kräfte in der sozialdemokratischen Partei, der USPD und den freien Gewerkschaften – für die aktive Organisation der Konterrevolution nutzen.

Bereits in den Novembertagen begannen die rechten sozialdemokratischen Führer den Massen vorzugaukeln, ihre Ziele seien schon erreicht und das weitere Schicksal der Revolution ruhe beim „Rat der Volksbeauftragten“ in guten Händen. Trickreich verbündete sich Friedrich Ebert, Vorsitzender des sozialdemokratischen Parteivorstandes, ein Opportunist reinsten Wassers, mit den intakten Resten der Staatsbürokratie und vor allem mit den Militaristen der Obersten Heeresleitung (OHL). An der Spitze der „Volksbeauftragten“ stehend, galten all seine Bemühungen dem Ziel, die Revolution, die er nach eigenen Worten wie die Sünde haßte, in bürgerlich-parlamentarische, für die herrschende Klasse, die Bourgeoisie, ungefährliche Bahnen zu lenken und sie dann völlig abzuwürgen.

Mit dieser Unterstützung ging die Bourgeoisie auf Suche nach neuen Formen ihres Herrschaftsmechanismus. Sie wollte die Demokratisierungsbestrebungen der Massen auffangen, sie für die Rettung der bedrohten Macht der deutschen Bourgeoisie nutzen. Ihre ganze Politik zielte darauf ab, einen für sie reibungs- und risikolosen Übergang vom imperialistischen Krieg zum imperialistischen Frieden, vom alten imperialistischen Herrschaftssystem zu einem neuen zu ermöglichen.

Die Forderung der revolutionären Kräfte, die Arbeiter- und Soldatenräte zum höchsten und alleinigen Machtorgan eines neuen Staates zu machen, diffamierte die Bourgeoisie- und mit ihr auch die SPD-Führer – als antidemokratische, einseitige Herrschaft einer Minderheit, als ungerechte Diktatur. Demgegenüber priesen alle Konterrevolutionäre die Demokratie in höchsten Tönen. Diese sei im Unterschied zur Rätemacht völlig klassenneutral, sie trage „allgemeinen“ Charakter und sei „rein“ von egoistischen Klasseninteressen. Eine solche Demokratie, deren bürgerliches Wesen mit solchen Behauptungen nur notdürftig verschleiert werden konnte, solle durch ein neues Parlament, eine verfassunggebende Nationalversammlung, erreicht werden.

Rat der Volksbeauftragten

Nach dem Rücktritt des Prinzen Max von Baden, des letzten kaiserlichen Reichskanzlers, amtierte der Rat der Volksbeauftragten vom 10. November 1918 bis zum 10. Februar 1919 als provisorische Regierung. Ihm gehörten zunächst von der SPD Friedrich Ebert, Otto Landsberg und Philipp Scheidemann sowie von der USPD Emil Barth, Wilhelm Dittmann und Hugo Haase an. Er betrieb eine bürgerliche, konterrevolutionäre Politik und rettete die Macht der Monopolherren vor dem Ansturm der Arbeiterklasse in der Novemberrevolution 1918/19. Seit Ende Dezember 1918 bezeichnete er sich häufig als Reichsregierung. Ihm unterstand eine Reihe von Reichsämtern, die fast alle von bürgerlichen Staatssekretären geleitet wurden.

Nationalversammlung

Nach dem Sturz der Monarchie am 9. November 1918 orientierten sich einflußreiche Kreise des deutschen Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes auf die Erhaltung ihrer Macht in Form einer bürgerlich-parlamentarischen Republik. Eine Versammlung von gewählten Vertretern des Volkes sollte die Republik konstituieren. Die „Deutsche Nationalversammlung“ hatte anstelle des Reichstages als eine verfassunggebende Körperschaft zu wirken. Ihre Wahl erfolgte am 19. Januar 1919. Sie trat nicht in Berlin, sondern in Weimar zusammen und tagte hier vom 6. Februar bis 21. August 1919. Daher wird häufig von der Weimarer Nationalversammlung und der Weimarer Republik gesprochen.

Als die rechten sozialdemokratischen Führer auf ihre Fahne schrieben: Nationalversammlung statt Rätemacht, griffen sie den Leitgedanken der Konterrevolution auf und erwiesen sich als wahre Helfer der Bourgeoisie und Retter der in arge Verwirrung geratenen bürgerlichen Parteien. Sie taten alles, aber auch alles, um anstelle einer Räteversammlung der Forderung nach einem neuen Parlament zum Sieg zu verhelfen. Natürlich konnten sie diese bürgerliche Politik nicht offen betreiben, die Furcht vor dem revolutionären Drängen der Massen saß ihnen im Nacken. Der damalige Reichspräsident Konstantin Fehrenbach berichtet in seinen Erinnerungen von einem informativen Gespräch, das er am Vormittag des 10. November mit den Sozialdemokraten Otto Landsberg und Philipp Scheidemann – beide Mitglieder des „Rates der Volksbeauftragten“ und führende Opportunisten – hatte. Wie diese rechnete er mit einer Niederlage der rechten sozialdemokratischen Führer in der für den späten Nachmittag angesetzten Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, wie diese fürchtete er, daß es zu einem offenen Bürgerkrieg kommen würde.

Für die Bourgeoisie ist es vorteilhaft und unerlässlich, dem Volk das *bürgerliche* Wesen der heutigen Demokratie zu verhehlen, sie als Demokratie überhaupt oder als „reine Demokratie“ hinzustellen, und die Scheidemänner, ebenso wie die Kautsky, die das wiederholen, verlassen *in Wirklichkeit* den Standpunkt des Proletariats und gehen auf die Seite der Bourgeoisie über.

W. I. Lenin

Dezember 1918

Am Nachmittag des gleichen Tages trafen sich im Reichsamt des Innern führende bürgerliche Parteipolitiker: Adolf Gröber und Karl Trimborn von der großbürgerlich-katholischen Zentrumspartei, Conrad Haußmann von der liberalen Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) und Gustav Stresemann von der Nationalliberalen Partei (NLP). Sie berieten mit dem ehemaligen Vizekanzler Friedrich von Payer, der ebenfalls der FVP angehörte, voller Unruhe über ihre Stellung zu den Ereignissen und zur neuen Regierung. Mit besonderem Interesse erörterten sie die Frage, ob „eine Einigung zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen stattfinden werde“, das heißt, ob es den von ihnen als „vertrauenswürdig“ anerkannten rechten sozialdemokratischen Führern gelingen werde, die USPD und auch die Führer der Spartakusgruppe auf ihren antirevolutionären und gegen eine Verbindung mit Sowjetrußland gerichteten Kurs festzulegen. Offensichtlich betrachteten die bürgerlichen Parteipolitiker diese nicht ungerne gesehene „Einigung“ der Arbeiterparteien auf reformistischer Grundlage als eine Aktion gegen die von der Spartakusgruppe und von den revolutionären Obleuten beeinflussten Arbeitermassen Berlins.

Hugo Preuß, Professor der Staatswissenschaft und Mitglied der FVP, schrieb bereits am 14. November 1918 in der „Vossischen Zeitung“, einem weitverbreiteten bürgerlich-liberalen Blatt, „Der gegenwärtige Zustand, daß zahlreiche bürgerliche Elemente die öffentlichen Geschäfte führen unter der Diktatur einer ihnen prinzipiell fremden Obrigkeit, mag im Augenblick als Notbehelf unvermeidlich sein; aber er ist nur auf kürzeste Zeit haltbar.“ Das war eine kaum verschleierte und unmißverständliche Kampfansage an die Rätebewegung. Aber nichtsdestoweniger wurde Preuß einen Tag nach dem Erscheinen dieser Worte von Ebert als Staatssekretär berufen und mit der Leitung des Reichsamtes des Innern beauftragt. Er erhielt den Auftrag, den Entwurf für eine Verfassung auszuarbeiten.

Liberalismus

Bürgerliche Bewegung und Ideologie, die im Kampf der Bourgeoisie gegen die feudale Gesellschaftsordnung entstand und ihr Streben nach ökonomischer und politischer Macht zum Ausdruck brachte. Er forderte u. a. allgemeines Wahlrecht, Presse-, Versammlungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz und Freiheit des Privateigentums. Mit dem Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus traten die fortschrittlichen Züge des Liberalismus immer mehr zurück, und dominierte seine antirevolutionäre Grundhaltung.

Die Väter des Gedankens

Wilhelm Groener, einer der führenden Männer in der kaiserlichen Obersten Heeresleitung, erklärte später offen, die Herrschenden und ihre Helfershelfer hätten während der Novemberrevolution „die Zügel ... aus der Verborgenheit heraus zu lenken verstanden“.

Ebert hatte die Forderung der Reaktion nach einer Nationalversammlung bereits akzeptiert, als er in den Mittagsstunden des 9. November das Amt des Reichskanzlers aus den Händen des gescheiterten Prinzen Max von Baden übernahm. Die Forderung war kurz zuvor von einigen liberalen und bürgerlich-demokratischen Kräften öffentlich erhoben worden. Diese hofften, so zu einer neuen Verfassung des Deutschen Reiches gelangen und damit den Ausbruch der Revolution verhindern zu können. Schon am 29. Oktober hatte die „Vossische Zeitung“ die Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung, nach einer Konstituante publik gemacht, und Geheimrat Kurt Riezler, die graue Eminenz der letzten kaiserlichen Regierung, hatte am 8. November das Kabinett wissen lassen, daß er die sofortige Einberufung einer Nationalversammlung vorschlage. Nach einem späteren Zeugnis des Prinzen Max von Baden soll das „Wort ‚Nationalversammlung‘ ... auf den Lippen der Menschen“ gewesen sein, seit sich der habsburgische Vielvölkerstaat im Herbst 1918 aufgelöst hatte. Dieser letzte kaiserliche Regierungschef versuchte damit, die Forderung aus den zu der Zeit von vielen Großunternehmern und Junkern geäußerten Annexionsgelüsten gegenüber den deutschsprachigen Landesteilen Österreichs zu begründen; ihr Einfluß auf die Pläne zur Einberufung einer Nationalversammlung blieb jedoch gering. Primär ging es um innenpolitische Fragen, um die Klassenauseinandersetzung von Bourgeoisie und Proletariat. Daher sind andere Sätze des Prinzen aufschlußreicher: „Diese Parole – dessen war ich gewiß –“, schrieb Prinz Max von Baden später, „war heute die einzige, die geeignet war, die Aufrührerbewegung zurückzudämpfen. Es galt den demokratischen Gedanken gegen die Revolution aufzurufen.“

Je weiter wir nach links gehen, desto eher werden wir Eindruck machen und eine Katastrophe ablenken können ... Wenn das Haus brennt, löscht man auch schließlich mit Jauche, auf die Gefahr hin, daß es nachher in dem Hause eine Weile nachstinkt.

Der Elektro-Industrielle Robert Bosch an Conrad Haußmann am 24. Oktober 1918

Natürlich lag die Losung von einer verfassungsgebenden Nationalversammlung nicht allen Menschen auf den Lippen. Sie war eben keine allgemeine, über den Klassen stehende Forderung. Nein, sie wurde von denen vertreten, die den Ausbruch der Revolution noch verhindern oder, wenn das nicht mehr gelang, diese wenigstens kanalisieren wollten. Sie lag auf den Lippen derer, die das morsche und ohnehin unhaltbare System der Monarchie aufzugeben bereit waren für eine neue Herrschaftsform, die bürgerlich-parlamentarische Republik. Carl Duisberg – als Generaldirektor der Bayerischen Farbenfabriken einer der wichtigsten deutschen Großindustriellen – bekannte in einem Privatbrief ziemlich offenherzig: „Von dem Tage, als ich sah, daß das Regierungssystem bankrott war, begrüßte ich den Wechsel zu einem parlamentarischen System mit Freude.“ Auch ihm schien

es nur auf diese Weise, durch Schaffung einer bürgerlichen Republik, möglich, „zu retten, was zu retten ist“.

Konservatismus

Reaktionäre politische Strömung und Ideologie überlebter, volks- und fortschrittsfeindlicher Klassen. Er repräsentiert ausgeprägt konterrevolutionäre, selbst dem bürgerlichen Verständnis nach extrem reaktionäre und elitäre Grundanschauungen und sucht antilibérale und autoritäre Herrschaftsprinzipien zu praktizieren. Im imperialistischen Deutschland stellten die konservativen Kräfte den wichtigsten Wegbereiter des Faschismus dar. Die reaktionärsten unter ihnen schufen nicht nur das theoretische Fundament der faschistischen Ideologie, sondern verkörperten eine besondere Erscheinungsform des Faschismus.

Die Nationalversammlung ist ein überlebtes Erbstück bürgerlicher Revolutionen, eine Hülse ohne Inhalt, ein Requisit aus den Zeiten kleinbürgerlicher Illusionen vom „einigen Volk“, von der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ des bürgerlichen Staates. Wer heute zur Nationalversammlung greift, schraubt die Revolution bewußt oder unbewußt auf das historische Stadium bürgerlicher Revolutionen zurück; er ist ein verkappter Agent der Bourgeoisie oder ein unbewußter Ideologe des Kleinbürgertums.

Rosa Luxemburg am 20. November 1918

Warum sind die vaterlandslosen Banden des Spartakus immer noch nicht zu Paaren getrieben? Die bittere Notwendigkeit, die drohende Fremdherrschaft sollte Ihnen die eiserne Kraft verleihen, ohne Zögern mit Gewalt durchzugreifen. „Landgraf, werde hart!“ rufen Ihnen täglich Millionen deutscher Bürger, Bauern und Arbeiter zu.

Professor Lange (Oberkirch/Baden)
an Ebert vom 11. Dezember 1918

Ebenso tauchte der Gedanke einer Nationalversammlung in den „Sozialistischen Monatsheften“, dem Organ der revisionistischen SPD-Führer auf. Der „Vorwärts“ schlug am 3. November lediglich vor, über die Frage der Ablösung oder der Beibehaltung des Kaisers eine Volksabstimmung herbeizuführen, und erwähnte die Idee einer Nationalversammlung bis zum 9. November nicht. Am 8. November kritisierte Theodor Wolff, ein damals sehr einflußreicher bürgerlich-demokratischer Publizist, der Chefredakteur des „Berliner Tageblatt“, die Führung der SPD, sie hätte statt der Abdankung des Kaisers „die sofortige Einberufung einer konstituierenden Versammlung“ fordern sollen. Mit Wolff sah die Mehrheit aller bürgerlichen Politiker in einer solchen Versammlung das einzige Mittel, das „Ventil für die große Bewegung des Landes“ zu werden. Am 9. November sprach Prinz Max [von Baden] in seiner letzten Bekanntmachung über den Rücktritt Wilhelms II. von der Notwendigkeit, allgemeine „Wahlen für eine verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung“ auszuschreiben.

Die „Vossische Zeitung“ veröffentlichte am selben Tag, noch in Unkenntnis der Abdankung Wilhelms, daß es für den „Kampf gegen den Bolschewismus ... heute die oberste Pflicht aller ihrer Verantwortung bewußten Parteien“ nur ein wirksames Mittel gäbe: Man müsse dem „sich nach oben drängenden Neuen, dem stürmisch erwachten politischen Drange des Volkes eine positive Richtung und vor allem eine zusammenfassende Einheit geben. Diese Einheit kann nur die große, alle deutschen Stämme umfassende Nationalversammlung sein.“ Am Schluß wurde die Frage gestellt: „Deshalb: wann wird man endlich zur Wahl für die deutsche Nationalversammlung zum Schutze gegen den Bolschewismus aufrufen?“

Das Fazit: Wenige Tage nach dem Ausbruch der Novemberrevolution lag für die gesamte Konterrevolution die gemeinsame Marschrichtung fest. Während der kurzen Zeit, in der die Bourgeoisie am Rande des Abgrundes und vor dem Untergang stand, setzte sich „Nationalversammlung“ als zentrale Losung aller bürgerlichen Politiker und Organisationen durch. Ihr stimmten auch die Konservativen zu.

Worum es eigentlich ging, verriet auch die reaktionäre „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in ihrem Artikel „Was tut uns not?“ vom 15. November 1918: Deutschland müsse die „russischen Irrtümer“ vermeiden! In Rußland habe leider der „Gedanke der Konstituante“ nicht durchgesetzt werden können. Abraham Frowein, Inhaber eines Elberfelder Textilbetriebes, später stellvertretender Vorsitzender des zentralen Reichsverbandes der Deutschen Industrie und ranghoher faschistischer Wirtschaftsführer, äußerte wenige Monate nach der Revolution dazu rückschauend. Es sei notwendig gewesen, das politische Kräfteverhältnis real einzuschätzen und die richtigen Lehren aus der Revo-

lution der russischen Arbeiter und Bauern zu ziehen. Durch „Fühlungnahme“, „Mitgehen“ und durch eine scheinbare „Flucht nach vorn“ habe man verhindern müssen, daß in Deutschland „russische Zustände“ eingeführt werden.

Den Kern dieser fortschrittsfeindlichen, antikommunistischen „Flucht nach vorn“ bildeten die Wahl der Nationalversammlung, die Beseitigung der Arbeiter- und Soldatenräte sowie die Orientierung auf eine bürgerlich-parlamentarische Republik. Aus diesen Zielstellungen ergab sich die vielfach beschworene konterrevolutionäre „Solidarität der Demokraten“, eine Formel, mit der die bürgerlichen Parteien auch heute noch gern auftreten. Bereits im Kampf um den Termin der Wahlen zur Nationalversammlung zeigte sich deutlich, was der Reaktion am Herzen lag. Als sich der „Rat der Volksbeauftragten“ in seiner Sitzung vom 21. November 1918 für den 16. Februar 1919 und damit für einen relativ späten Wahltermin entschied, überschütteten bürgerliche Organisationen aller Art Ebert mit Telegrammen, Briefen und Resolutionen, in denen der frühestmögliche Termin für die Wahlen gefordert wurde.

Den revolutionären Massen sollte nach dem Willen der um Macht und Profit bangenden Bourgeoisie schon im Wahlkampf ein eigener antisozialistisch und nationalistisch veretzter Massenanhang, der sich vor allem aus dem Kleinbürgertum rekrutierte, entgegenwirken. Die großbürgerlich-katholische „Kölnische Volkszeitung“ rief am 19. November gebieterisch „nach unzweideutigen Massenkundgebungen aus allen Teilen des Reiches“ gegen die „Verschleppungstendenzen“ bei der Einberufung der Nationalversammlung. Es gab eine Reihe solcher Kundgebungen. Ihre Forderungen stimmten weitgehend überein: Durchführung der Wahlen zu einem früheren Termin beziehungsweise unverzügliche Einberufung der Nationalversammlung. Begründet wurde die Eile damit, daß in Deutschland die „Gefahren der inneren Zersetzung ... jeden Tag drohender“ würden. Hugo Preuß, der bereits am 15. November im Reichsamt des Innern den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes vorgefunden hatte, drohte sogar mit seinem Rücktritt, falls die Wahlen nicht früher stattfänden. Er versicherte den „Volksbeauftragten“ am 11. Dezember, es sei durchaus möglich, alles so vorzubereiten, daß die Wahl schon am 19. Januar 1919 stattfinden könne.

Weißer Terror als Wahlvorbereitung

Hinter der Parole „Nationalversammlung statt einseitiger Klassenherrschaft“ verbarg die Konterrevolution auch ihre unzähligen Vorbereitungen auf eine militärisch-terroristische Zerschlagung der Revolution. Die Herrschenden verließen sich nicht nur auf Demagogie. Sie griffen zum Mittel offener Gewalt, sobald sie sich dazu wieder in der Lage fühlten.

Unmittelbar nach dem Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, der sich unter massivem Druck der sozialdemokratischen Politiker mit der Durchführung allgemeiner, gleicher und geheimer Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 einverstanden erklärt und damit eine wichtige Entscheidung für den weiteren Verlauf der Revolution gefällt hatte, provozierten die Militärs am 24. Dezember 1918 eine erste große bewaffnete Auseinandersetzung mit der im Berliner Schloß und im Marstall liegenden Volksmarinedivision und den ihr zu Hilfe eilenden Arbeitern. Das Scheitern dieses „Weihnachtsputsches“ lehrte Ebert und die OHL das Fürchten. Die sogenannte Revolutionsregierung knüpfte immer festere Bande mit den ehemaligen kaiserlichen Generälen. Der skrupellos-aggressive sozialdemokratische Militärexperte Gustav Noske wurde neu in das Kabinett aufgenommen, nachdem die USPD-Mitglieder Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth, die sich vom Putsch distanziert hatten, aus dem „Rat der Volksbeauftragten“ hinausgedrängt worden waren.

Im Wettlauf zwischen Revolution und Konterrevolution begann an der Jahreswende 1918/19 eine neue Phase: Die Regierung entwickelte sich nach rechts, die Stimmung in größeren Teilen der Arbeiterklasse nach links. Gleichzeitig konstituierte sich der Spartakusbund zur Kommunistischen Partei Deutschlands, mit der die Arbeiterklasse wieder über eine revolutionäre Kampfpartei verfügte. In dieser Situation hielten Regierung und Militärs den Zeitpunkt zu einem offensiv-gewaltsamen Schlag gegen die Volksbewegung für gekommen. Entsprechend ihrer provokatorischen Taktik wurde am 4. Januar 1919 die Absetzung des Polizeipräsidenten der Hauptstadt, Emil Eichhorn, eines

unter den Berliner Arbeitern beliebten USPD-Mannes, verfügt. Die empörten und zum Kampf bereiten Arbeiter wollten erreichen, daß die Absetzung rückgängig gemacht wurde. Sie gingen auf die Straße, demonstrierten und forderten gleichzeitig den Sturz der Ebert, Scheidemann und Noske.

Die Gründung der Kommunistischen Partei ist ein Alarmsignal. Es gibt nur einen Weg der Rettung: Schaffung einer ausreichenden Militärmacht.

„Vossische Zeitung“ am 18. Januar 1919

Die sozialdemokratische Regierung hat zum ersten Male bewußt und planmäßig von ihren militärischen Machtmitteln Gebrauch gemacht ... Die Wahlen für die Nationalversammlung werden in Berlin ohne ernste Störungen stattfinden können.

Bericht eines bürgerlichen Reichskanzlei-Beamten, 13. Januar 1919

Nun begannen die „Volksbeauftragten“ und die OHL, ihre Pläne eines weißen Terrorfeldzuges in grauenvolle, barbarische Taten umzusetzen. Schrecken lastete über Berlin. Während sich die bürgerliche Presse in der Verbreitung wohlklingender, demagogischer Phrasen nahezu überschlug, starben Hunderte der sich zur Wehr setzenden proletarischen Kämpfer im Kugelregen der Landsknechte Gustav Noskes. Nach einer zügellosen Mordhetze brachte vertierte Soldateska am 15. Januar auch die unerschrockenen und anerkannten Führer des revolutionären deutschen Proletariats Kar! Liebknecht und Rosa Luxemburg um. Hinterrücks abgefeuerte Pistolenschüsse setzten dem Leben des schwer mißhandelten Karl Liebknecht ein Ende, angeblich wurde er „auf der Flucht erschossen“. Die Leiche der mit Kolbenschlägen grausam malträtierten Rosa Luxemburg, mit Draht umwickelt, wurde in den Landwehrkanal geworfen.

Der weiße Terrorfeldzug war keine Angelegenheit allein der alten Militaristen. Er bildete einen wesentlichen Bestandteil der gesamten bürgerlichen und rechtsopportunistischen Wahlvorbereitungen. Die blutige Niederschlagung der revolutionären Vorhut der deutschen Arbeiterklasse in den Berliner Januarkämpfen schuf solche Voraussetzungen für die Wahlen zur Nationalversammlung, wie sie sich die Herren des Kapitals wünschten: „frei“, „allgemein“ und „direkt“ zugunsten der Macht der Monopole und Großgrundbesitzer.

Ruhe und Ordnung – für wen?

Kaum waren die Unabhängigen Sozialdemokraten ausgebootet, verkündete der „Rat der Volksbeauftragten“ am 29. Dezember 1918 sein neues Programm. Darin forderte er: „Im Innern gilt es, die Nationalversammlung vorzubereiten und ihre ungestörte Tagung sicherzustellen, für die Ernährung ernstlich Sorge zu tragen, die Sozialisierung im Sinne des Rätekongresses in die Hand zu nehmen, die Kriegsgewinne in der schärfsten Form zu erfassen, Arbeit zu schaffen und Arbeitslose zu unterstützen, die Hinterbliebenenfürsorge auszubauen, die Volkswehr mit allen Mitteln zu fördern, die Entwaffnung Unbefugter durchzusetzen. Nach außen: den Frieden so schnell und so günstig wie möglich herbeizuführen und die Vertretungen der deutschen Republik im Ausland mit neuen, von neuem Geist erfüllten Männern zu ersetzen.“ Im gleichen Stile war ein Wahlaufuf der SPD gehalten, datiert vom 1. Januar 1919. Die Sozialdemokratie wolle die „freieste republikanische Verfassung, einen gerechten Frieden, Schutz gegen neue Ausbeutung und Unterdrückung der geistig und körperlich Schaffenden durch den Kapitalismus, höchste Freiheit und vollkommenste Ordnung für alle“.

Kein Wort galt den großen Zielen der Arbeiterklasse, deren Führer zu sein die Ebert, Scheidemann und Noske vorzugeben nicht müde wurden. Mit keiner Silbe erwähnte man die bislang noch immer nicht geklärten Grundfragen des revolutionären Klassenkampfes. Zufriedenheit mit dem Erreichten wurde gepredigt, womit äußerst geschickt entsprechende Stimmungen unter großen, opportunistisch beeinflussten Teilen der Arbeiterklasse verstärkt wurden. Tatsächlich hatte sich in Deutschland ja viel verändert. Das werktätige Volk verfügte über wesentlich mehr demokratische und soziale Rechte als je zuvor. Die Koalitions- und die Tariffreiheit waren erkämpft, der Acht-Stunden-Arbeitstag anerkannt, das seit langem geforderte Recht der freien Meinungsäußerung errungen und anderes mehr.

Es ist keine Frage, daß sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung der Einfluß des Kapitals, seine wirtschaftlich organisierte Überlegenheit in höchstem Maße geltend machen wird. Große Massen der Bevölkerung werden sich unter dem Druck und Einfluß dieser Überlegenheit in Gegensatz zu sich selbst, in Gegensatz zu ihren eigenen und wahren Interessen setzen und ihre Stimmen ihren Feinden geben.

Karl Liebknecht am 23. Dezember 1918

Nicht darum handelt es sich heute, ob Demokratie oder Diktatur. Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: bürgerliche Demokratie oder sozialistische Demokratie. Denn Diktatur des Proletariats, das ist Demokratie im sozialistischen Sinne. Diktatur des Proletariats, das sind nicht Bomben, Putsche, Krawalle, „Anarchie“, wie die Agenten des kapitalistischen Profits zielbewußt fälschen, sondern das ist der Gebrauch aller politischen Machtmittel zur Verwirklichung des Sozialismus, zur Expropriation der Kapitalistenklasse – im Sinne und durch den Willen der revolutionären Mehrheit des Proletariats, also im Geiste sozialistischer Demokratie.

Rosa Luxemburg am 20. November 1918

In sozialdemokratischen und parlamentarischen Illusionen erzogen, konnte die Mehrheit der Arbeiterklasse noch nicht erkennen, daß der Kampf für den Sozialismus in der Revolution erst begonnen hatte und über die errungene bürgerliche Demokratie hinausführen mußte. Sie verstand auch nicht, das Wesen des neuen Wahlrechts zu durchschauen, das laut als „freiestes“ Wahlrecht für alle gepriesen wurde. Ohne entscheidende Veränderungen der Machtverhältnisse bedeutete dieses Recht hauptsächlich volle Freiheit für die bürgerlichen Parteien, ja selbst für die extremsten Teile der Konterrevolution. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ rühmte am 16. Januar – also einen Tag nach der grausigen Mordtat an den Führern der jungen Kommunistischen Partei – sogar diese Haltung gegenüber der offenen Reaktion als besonders edelmütig: „Frühere Revolutionen haben solche Herrschaften ganz anders behandelt. Wir wollen die barbarischen Seiten der alten Zeit nicht wieder aufnehmen, wir sind stolz darauf, daß unsere Revolution großmütig gewesen ist. Keinem dieser Schuldbeladenen ist nur ein Haar gekrümmt worden. Sie bewegen sich frei in unserer Mitte, schmieren ihre Zeitungen ... Sie fühlen sich in unserer Republik so munter wie ein Fisch im Wasser ...“ Die Führung der SPD wiederholte ständig ihren Wunsch nach „Ruhe – Ordnung – Sicherheit!“ Aber: Ruhe – für wen? Ordnung – in wessen Interesse? Sicherheit – gegen wen, für wen? Die Antwort darauf ist weniger den verbalen Beteuerungen zu entnehmen, als an den Taten der rechten SPD-Führer zu erkennen. In den über 30 Millionen Wahlflugblättern, für deren Herstellung und Verbreitung auch tief ins Staatssäckel gegriffen wurde, war häufig von Sozialisierungsbestrebungen die Rede. Den neuen Staat bezeichnete man heuchlerisch als „sozialistische Republik“. Weder für das eine noch für das andere gab es irgendwelche Grundlagen. Was vor den Kulissen geredet wurde, blieb hohle Versprechung und demagogische Manipulation. Hinter den Kulissen jedoch organisierte die SPD-Parteispitze ein immer festeres Zusammengehen mit den Militärs, angeblich für den Schutz der Wahlen. Selbst einem solchen Zentristen wie Karl Kautsky wurde es zuviel. In der „Freiheit“ warnte er am 13. Januar: „Die große Gefahr besteht darin, daß die Regierung ... immer weiter nach rechts gedrängt wird.“

Antikommunistische Wählerverdummung

Im Kampf der Bourgeoisie und ihrer Helfershelfer um die Wahlen zur Nationalversammlung dominierte die Sorge um Macht und Zukunft des Kapitalismus. Gleichsam als Grundmotiv kehrte in allen Verlautbarungen der bürgerlichen Sprücheklopfer eine teilweise höchst phantasiereiche Verfemung der Spartakisten und der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wieder. Der Wähler könne nur zwischen rechts und links entscheiden, sagten die einen, mit seiner Stimme seien nur zwei Welten zu bedenken, sagten die anderen; und alle meinten dasselbe: Arbeiter- und Fortschrittsfeindlichkeit. Ihre Parolen und ihre Aktionen verrieten die große Furcht vor dem Proletariat. Die Reaktion bediente sich neben den verschiedenen Parteien der Bourgeoisie und des Junkertums für ihren gemeinsamen Wahlkampf auch einer speziellen Organisation, der Antibolschewistischen Liga. In ihr vereinten sich am 1. Dezember 1918 solche Politiker aus allen bürgerlichen Parteien, die immer noch meinten, die „Abwehr des Bolschewismus“ sei „vordringlicher als bürgerliche Parteigründungen“. Ihr führender politischer Kopf, Eduard Stadtler, stammte aus dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. Unterstützung fand er zunächst durch Friedrich Naumann, der als fä-

higer politisch-theoretischer Kopf unter den bürgerlich-liberalen Kräften eine große Rolle spielte, und durch den rechtsopportunistischen Gewerkschaftsführer Carl Legien. Stadtler gebärdete und betätigte sich als fanatischer Feind Sowjetrußlands sowie der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung; im Grunde war er einer der ersten Faschisten in Deutschland.

Die Antibolschewistische Liga unterstützte die Wahlvorbereitungen der bürgerlichen Parteien mit allen nur erdenklichen Mitteln. Sie gab in einem eigenen Verlag eine Fülle von Flugschriften, Schriftenreihen und pseudowissenschaftlichen Machwerken heraus, in denen für leichtgläubige Leser die Entwicklung in Sowjetrußland diffamiert und als ein Schreckensgespenst entstellt wurde. Ihr Organ, die „Antibolschewistische Correspondenz“, erschien drei- bis viermal wöchentlich in hohen Auflagen. Vortragszyklen über den „Bolschewismus“ wurden organisiert und dazu systematisch Redner und Agitatoren ausgebildet. Kurze Zeit nach der Gründung der Liga entstand ein eigener Nachrichten- und Spionagedienst, der auch Spitzel in die Kommunistische Partei Deutschlands einzuschleusen hatte. Von ihrer Gründung an verfolgte die Liga das Ziel, eine nationalistisch verhetzte und mit sozialdemagogischen Parolen irreführte Massenbewegung zu entfachen. Das stand zeitweilig im Mittelpunkt der Überlegungen ihrer extrem reaktionären Führer und Ideologen. Auf die Dauer gesehen, so tönten diese, würden eine rein negierende Hetze sowie ein lediglich defensiv geführter Kampf gegen die revolutionären Kräfte ihre Wirkung verfehlen. Die Parteien des Kapitals mußten ein auf großen Masseneinfluß berechnetes Programm entwickeln sowie mit einer entsprechenden politisch-ideologischen Offensive beginnen. Der Leiter der Liga, Stadtler, gab demagogisch-heuchlerisch von sich: „Die Arbeiterkreise sollten wissen, hören und erleben, daß unser Antibolschewismus unter keinen Umständen nur negativ sei oder gar eine Spitze gegen die Arbeiterschaft enthalte.“ Er betrachtete sein Programm als das einer „nationalsozialistischen Vereinigung“, als das einer „Partei der Zukunft“, in die „alle alten Parteien eingeschmolzen werden“.

Im Januar 1919 erhielt die Antibolschewistische Liga mehr Geld für ihre Tätigkeit von den deutschen Monopolherren als alle bürgerlichen Parteien zusammen. Das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Karl Helfferich, und Stadtler beriefen telegrafisch für den 10. Januar 1919 eine Beratung von etwa fünfzig Großindustriellen ein. Zu ihr erschienen Hugo Stinnes (Chef des größten deutschen Montankonzerns), Albert Vögler (Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG), Ernst von Borsig (Inhaber eines großen Berliner Maschinenbau- Betriebes), Felix Deutsch (AEG), Arthur Salomonsohn (Inhaber der Disconto-Gesellschaft), Carl Friedrich von Siemens (Chef des gleichnamigen Konzerns der Elektroindustrie) und andere. Nach dem Vortrag Stadtlers zum Thema „Der Bolschewismus als Weltgefahr“ begründeten diese Herren großer Teile der deutschen Industrie den berüchtigten „Antibolschewistenfonds der Wirtschaft“, in den 500 Millionen Mark einfließen. Die sonst kaum so spendablen Monopolherren zahlten gern, denn sie sahen darin eine Art „Versicherungsprämie“, die sie vor der „aufgezeichneten Gefahr“ bewahren sollte.

Der Chef der Liga war es auch, der anregte, die bekanntesten Führer der revolutionären Arbeiterbewegung noch vor den Wahlen zur Nationalversammlung zu ermorden.

Hektik in den Büros der bürgerlichen Parteien

Eingeschüchtert, antikommunistisch verhetzt und parlamentarischen Illusionen huldigend – so sollten die Wähler, alle Männer und Frauen vom 20. Lebensjahr an, vor die Urnen treten. Aber wen hatten sie zu wählen, und wer konnte die Kandidaten nominieren?

Nach den Spielregeln des bürgerlichen Parlamentarismus benannten politische Parteien die Kandidaten. Der Neuaufbau der zerfallenen bürgerlichen Parteien war damit zu einer Notwendigkeit geworden. Ihre Apparate mußten neue Aktionsfähigkeit erlangen, sich wieder formieren. Dies blieb jedoch nicht die einzige Aufgabe: Für die Aufrechterhaltung der Macht der Mächtigen konnten künftig nur noch solche Parteien nützlich sein, die keine „Offiziere ohne Mannschaften“ darstellten, sondern über einen Massenanhang verfügten und Einfluß auf große Teile der werktätigen Bevölkerung ausüben konnten.

In der Wahlvorbereitung sahen die bürgerlichen Parteipolitiker die erste große Gelegenheit, sich in diesem Sinne hervorzutun. Hektische Aktivität herrschte in den Parteibüros, Werbefachleute aller Art erhielten Auftrag um Auftrag. Bezahlte Schreiberlinge in großer Zahl füllten Zeitungen und Flugblätter mit Lobhudeleien über Programm und führende Persönlichkeiten der jeweiligen Partei. Der ganze Wahlkampf zielte darauf ab, viele Stimmen zu gewinnen, dem Gegner so viele Anhänger wie nur irgend möglich abzujagen. Die bürgerlichen Parteien kämpften natürlich auch gegeneinander, aber hauptsächlich verteuflten sie die revolutionäre Arbeiterbewegung und selbst die sozialdemokratischen Parteien.

Die bürgerlichen Parteien haben ihre weitverzweigten Organisationsapparate; sie verfügen über ungeheure Geldmittel, über Scharen raffinierter Agitatoren, über die Machtmittel des staatlichen Herrschaftsapparates; sie haben die Unterstützung der Beamtenschaft, der Schule, der Kirche; sie beherrschen durch die weitverbreitete bürgerliche Presse die breitesten Schichten der Bevölkerung und sind so in der Lage, dem von unten kommenden Revolutionierungsprozeß die stärksten Hemmnisse in den Weg zu legen.

„Die Freiheit“ (USPD) am 19. Januar 1919

Die großen bürgerlichen Parteien

Deutsche Demokratische Partei (DDP)

Die Partei mit dem Markenzeichen „Demokratie“ spielte 1918/19 für die Rettung der imperialistischen Klassenherrschaft eine bedeutende Rolle. Ihre flexible Taktik entsprach in dieser Situation nicht nur den Interessen ihrer unmittelbaren Hintermänner, einflußreicher Bankiers und Großhändler sowie vieler Konzernherren der Elektro- und Fertigwarenindustrie, sondern der großen Mehrheit der Bourgeoisie.

Die Initiative zur Bildung der DDP Mitte November 1918 ging von Großindustriellen wie Borsig, Siemens, Robert Bosch, Walther Rathenau und dem Bankier Hjalmar Schacht aus. Sie hielten sich jedoch in der Öffentlichkeit vornehm zurück und ließen solche Personen (vor allem Intellektuelle) auftreten, die während des ersten Weltkrieges nicht so laut in das Horn der Chauvinisten und Anexionisten geblasen hatten. Dazu gehörte vor allem Theodor Wolff, Chefredakteur des damals vielgelesenen bürgerlich-liberalen „Berliner Tageblatts“.

Für den Wahlkampf flossen der DDP reiche finanzielle Mittel zu. Anfang Januar 1919 erhielt sie allein vom „Kuratorium für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens“, an dessen Spitze Borsig und Siemens standen und das auch andere bürgerliche Parteien finanzierte, eine Million Mark. Die Partei überschwemmte das Wählervolk mit 15,5 Millionen Flugblättern. Geld war ebenso für den wirksamen Einsatz modernster Mittel der Massenagitation da, für einen Werbefilm, der in zahlreichen Kinos über die Leinwand flimmerte, für den propagandistischen Einsatz von Flugzeugen, für neue Zeitschriften und ähnliches.

Mit ihren Parolen wollte die DDP der Öffentlichkeit vortäuschen, sie sei gegen jede Form von „Gewaltherrschaft“, gleich ob diese von rechts oder von links käme. Mit „links“ war beileibe nicht nur der Spartakusbund gemeint. Man wollte, so hieß es in einem Wahlaufuf, „das Schicksal Deutschlands weder der Reaktion ausliefern noch der Sozialdemokratie allein überlassen“. Sie sollte sogar die Idee der Sozialisierung demagogisch aufgreifen, um die deutsche Wirtschaft vor „bolschewistischen und bürokratischen Experimenten“ bewahren zu können.

Deutsche Zentrumsparlei

Das Zentrum vertrat vorwiegend die Interessen solcher katholischen Monopolherren und Großgrundbesitzer, die einen wendig-parlamentarischen Kurs sowie die Einbeziehung der opportunistisch geführten Arbeiterbewegung in den imperialistischen Herrschaftsmechanismus befürworteten. Zu ihnen gehörten unter anderen die Brüder Peter und Florian Klöckner (Konzernchefs in der westdeutschen Montanindustrie), Rudolf ten Hompel (Generaldirektor der Wiekingschen Portland-Zementwerke) und der schlesische Adlige Hans Graf von Praschma. Zu den wichtigsten und agilsten Spitzenpolitikern des Zentrums zählten Matthias Erzberger und Adam Stegerwald. Zwei voneinander unabhängige Gruppen des Zentrums entwarfen während der ersten Revolutionstage in Köln und Berlin Vorschläge, wie sich die Partei am besten den neuen Bedingungen anpassen könne. Beide schlugen auch vor, der Partei einen neuen Namen zu geben. Die eine wollte, daß sie „Christlichdemokratische Partei“ hieße (bezeichnenderweise wurde gerade dieser Name 1945 wieder aufgegriffen!), die andere wünschte sie „Christlichdemokratische Volkspartei“ zu nennen. Schließlich behielt die Partei jedoch ihren alten Namen.

Seit mehreren Jahren schwelende innerparteiliche Auseinandersetzungen über taktische Fragen führten am 12. November 1918 zur Abspaltung der ganzen bayrischen Landesorganisation des Zentrums und zu deren Konstituierung als Bayerische Volkspartei (BVP), die in mancher Hinsicht als eine Vorläuferin der heute in Bayern bestehenden extrem reaktionären CSU zu betrachten ist.

Das Zentrum stützte sich auch während der Novemberrevolution auf den politischen Katholizismus und den hohen Klerus. Unter den katholischen Bevölkerungsteilen besaß es einen relativ großen Einfluß. Zur Irreführung der Arbeiterklasse hatte sie sogar eigene Christliche Gewerkschaften aufgebaut. Demagogisch versprachen die Führer des Zentrums ihren Anhängern, für eine „Regelung der Volkswirtschaft ... im Dienste des Gemeinwohls“ einzutreten und die „privatkapitalistischen Monopole“ zu beseitigen. Als sich Anfang 1919 die konterrevolutionären Machtpositionen wieder stabilisierten, wurden jedoch solche Programmpunkte wieder zurückgezogen.

Die großen bürgerlichen Parteien

Allerdings bot die DDP bei ihrer Entstehung auch solchen Kräften Raum, die ihren bürgerlichen Demokratismus ernst nahmen und nicht nur als wohlfeiles Mittel zum bösen Zweck betrachteten. An der Gründung hatten sich beispielsweise der berühmte Wissenschaftler Albert Einstein, die aufrechten Publizisten Hellmut von Gerlach und Otto Nuschke sowie andere kämpferische Republikaner beteiligt. Ihr Einfluß sank jedoch in dem gleichen Maße, wie es die Hintermänner und Führer der DDP nicht mehr für nötig hielten, sich ein allzu demokratisch aufgefärbtes Mäntelchen umzuhängen.

Deutsche Volkspartei (DVP)

Unter dem Einfluß vor allem schwerindustrieller Monopolherren und des Bankkapitals formierte sich die DVP seit Ende November 1918. Hinter ihr standen unter anderem: Hugo Stinnes, Albert Vögler, Emil Georg von Stauff (Direktor der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft), Kurt Sorge (Generaldirektor des Krupp-Konzerns), Hermann Röchling (Chef des gleichnamigen Konzerns im Saargebiet), Paul Silverberg (Vorsitzender des Aufsichtsrates der Rheinischen Braunkohlen AG), Gustav Stresemann, der in der parlamentarischen Arbeit bereits viele Erfahrungen gesammelt hatte und einer der aktivsten Politiker des deutschen Imperialismus war, galt als das unumstrittene Oberhaupt dieser großbürgerlichen Partei.

Die DVP entstand aus jenen Gruppen der Nationalliberalen Partei, die sich nicht an der Bildung der DDP beteiligten, also nicht so weit nach „links“ zu taktieren bereit waren. Angesichts der Novemberrevolution hielt es auch Stresemann für richtig, die bürgerlichen Ziele der Partei nicht so offen zu propagieren und einen gemäßigten Ton anzuschlagen. Die DVP, so hieß es in einer ihrer ersten Verlautbarungen, sei bereit, die „derzeitige Regierung“ zu unterstützen. Sie knüpfte allerdings die Bedingung daran, daß diese kräftig für Ruhe und Ordnung sorgen müsse. Damit forderte sie eine terroristische Niederschlagung der revolutionären Kräfte, insbesondere des Spartakusbundes. Im Unterschied zur DDP und zum Zentrum wollte die DVP auf keinen Fall ein „Bündnis mit der Sozialdemokratie“ eingehen, sondern die Ziele der Konterrevolution im offenen Kampf gegen alle Organisationen der Arbeiterklasse erreichen.

Schon in ihrem ersten programmatischen Dokument stellte sich die DVP nachdrücklich in einen „bewußten Gegensatz zu denjenigen, welche in einer Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und in der Aufhebung des Privateigentums ihr politisches und wirtschaftliches Ziel sehen“. Dennoch wollte auch die DVP, um ihr großbürgerliches Anliegen durchsetzen zu können, bei den werktätigen Massen Eindruck machen. Zahlreiche werbende Aufrufe richteten sich an die Handwerker, an Angestellte und Beamte, an Frauen und an die Jugend. Während des Kampfes um die Nationalversammlung versprachen ihre Plakate und Flugblätter sogar, die Partei wolle auch den Arbeitern eine „angemessene Mitwirkung“ in der Wirtschaft zubilligen. Diese Formel, so verschwommen sie auch war, wurde später fallengelassen. In den offiziellen „Grundsätzen der DVP“ wurde nur noch die Möglichkeit

Unter der Parole „Eine neue Zeit erfordert eine neue Organisation“ vollzog sich vor den Wahlen zur Nationalversammlung eine Zentralisierung und straffere Organisation des Parteiapparates. Ein neues „Generalsekretariat“ und ein eigenständiges Agitationsbüro inszenierten einen unermüdlichen Propagandafeldzug gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Sie bedienten sich dabei sowohl einer maßlosen Hetze gegen kirchen- und kulturpolitische Grundsätze der Revolutionäre als auch antikapitalistischer Demagogie, die in der häufig verwendeten Formel vom „christlichen Sozialismus“ gipfelte.

Deutschnationale Volkspartei (DNVP)

Abenteuerlich-militaristisch orientierte Schwerindustrielle, preußisch-konservative Großgrundbesitzer und kaiserliche Militärs formierten Ende November/Anfang Dezember 1918 mit der DNVP eine Partei, die auf dem äußersten rechten Flügel der bürgerlichen Parteien stand. Großen Einfluß übten in ihr aus: Karl Helfferich, Fritz Thyssen (Vorsitzender des Aufsichtsrates eines der größten Stahl-Konzerne), Emil Kirdorf (Chef der Gelsenkirchener Bergwerk-AG), Martin Schiele, Elard von Oldenburg-Januschau, Hans Schlange-Schöningen (alle ostelbische Großgrundbesitzer). Neben dem ersten Vorsitzenden der DNVP, Oskar Hergt, spielte in wachsendem Maße Alfred Hugenberg eine große Rolle – jener Mann also, der einen der größten Zeitungsverlage (Scherl) besaß und der später zur großen Garde der Totengräber des Weimarer Staates gehören sollte. Die DNVP war die Partei der offenen Konterrevolution und des militanten Antikommunismus. Sie entstand als ein Sammelbecken vieler antirepublikanischer Organisationen. In sie gingen die einstmals einflußstarke Deutschkonservative Partei, die Reichs- und freikonservative Partei, die Deutschvölkische Partei, die Christlichsoziale Partei und nicht zuletzt auch die erst 1917 entstandene Deutsche Vaterlandspartei ein. Wie bei den anderen neuformierten Parteien des deutschen Imperialismus und Militarismus auch, unterzeichneten den Aufruf zur Gründung der DNVP hauptsächlich solche Politiker, die vorher wenig in Erscheinung getreten waren.

In ihren Wahlmaterialien stellte sich die DNVP auf den Boden „der nach den letzten Ereignissen allein möglichen parlamentarischen Regierungsform“. In schwärzesten Farben malte sie die Gefahren, die die Revolution „des Pöbels“ heraufbeschworen habe: „Klassendiktatur und unerträgliche Willkür“, „schwerste Hungergefahr“, „gefährliche Zerrüttung unserer Finanzen und unserer ganzen Wirtschaft“, überall „Auflösung und Vernichtung“. Und gerissen spielte sie auf der Klaviatur des Chauvinismus. Sie trat für ein „starkes deutsches Volkstum“ ein und pries „deutsches Wesen und deutsche Art“. Es sei eine „heilige Sache“, dafür einzutreten, daß das Vaterland – wie immer war damit natürlich das der Herrschenden gemeint! – „nicht in dem Abgrund versinkt“, an dessen Rand es schon stehe.

Nach den Vorstellungen ihrer Hintermänner sollte sich die DNVP sehr rasch zu einem aktiven „Stoßtrupp gegen Demokratie und Sozialismus“ entwickeln. Präfaschisti-

Die großen bürgerlichen Parteien

der „Überführung von wirtschaftlichen Unternehmungen in die öffentliche Hand“ prinzipiell anerkannt, jedoch mit der Klausel verknüpft, daß eine solche Überführung nur „gegen Entschädigung“ erfolgen dürfe und durch sie „wesentliche Vorteile für die Allgemeinheit dauernd gewährleistet“ sein müßten.

sche Tendenzen im Programm dieser Partei waren unverkennbar.

Tatsächlich hat die DNVP in der Zeit ihrer Existenz alles unternommen, um den Prozeß der Rechtsentwicklung und schließlich auch den der Faschisierung voranzutreiben.

Der Wahlsonntag

Am 19. Januar 1919 war es dann so weit. Das Wahlkampfgetöse der Parteien verlor sich, erwartungsvolle Gespanntheit lag über dem Tag.

Überall ließ Noske für den Wahltag seine Garden in Alarmbereitschaft versetzen. Truppenteile marschierten drohend durch die Hauptstadt, besonders durch einige Arbeiterviertel. Vor den meisten Wahllokalen standen uniformierte Hüter der Konterrevolution, gleich ob sie wie in Berlin die blaue Kluft der alten kaiserlichen Schutzleute oder wie in Magdeburg den Rock des neugegründeten Bundes der ehemaligen Frontsoldaten trugen, der sich sinnigerweise „Stahlhelm“ nannte. Auf dem Weg ins Wahllokal konnte jeder noch einmal die vielen Plakate und Anschläge mustern, die an Schaufenstern, Bäumen und freien Wänden klebten und ihm vieles versprochen.

Vor den Wahllokalen in der Tempelhafer Vorstadt hielten je zwei bis vier bewaffnete Soldaten Wacht ... In der Stadt waren alle Brücken durch kriegerrisch ausgerüstete Militärkommandos besetzt. Die Fußgänger wurden nach Waffen gefragt ... Am großen Stern im Tiergarten richteten ein schweres Maschinengewehr und eine Feldhaubitze ihre Rohre drohend nach dem Brandenburger Tor.

„Vorwärts“ (SPD) am 20. Januar 1919

Der Wahlsonntag verlief ganz nach dem Geschmack seiner Initiatoren. Schon mit der Beteiligung konnten die Veranstalter des Wahlspektakels zufrieden sein. 83 Prozent der Wahlberechtigten traten an die Urnen, was in dieser Höhe bis 1932 nicht mehr der Fall sein sollte. Manche Schlauköpfe führten dies auf die trockene und klare Luft, auf das schöne Wetter zurück, das sich nur am Nachmittag durch leichten Schneefall trübte. Ursache war jedoch der Sturm der Revolution, der die Massen politisch aktiv werden ließ. Außerdem drängte es viele Frauen, ihre Stimme abzugeben. Erstmals durften sie gleichberechtigt mit den Männern an die Urne treten. Die Revolution hatte geholfen, ein altes Ziel der Arbeiterbewegung durchzusetzen. Doch befangen in politischer Unerfahrenheit und den eigens darauf abgestimmten Sprüchen der bürgerlichen Agitatoren dankten viele das noch den rechten Parteien. Aus späteren Untersuchungen geht hervor, daß unter den Wählern der DNVP mindestens 59%, unter denen des Zentrums 55%, dagegen unter denen der beiden sozialdemokratischen Parteien nur 43 beziehungsweise 41 Prozent Frauen waren.

Die bürgerlichen Parteien

Das Vaterland durchbraust ein Sturmeswehen,
Da können, da dürfen wir nicht stille stehen.
Fort mit dem Schlafrock, den gestickten Schuh'n!
Die Stiefel her! Wir müssen etwas tun.
Entschlossen geht der Bürger auf die Gasse!
Wir wollen vorwärts, aufwärts wie die Masse!
Was soll der Zwist? Was sollen die Partei'n?
Wir wollen eins und neuen Geistes sein,
Und daß wir nicht die teure Zeit verschandeln,
Sofort ans Werk! Ihr Bürger, laßt uns handeln!
Wir waren sonst fünffach verschied'nen Sinns;
Doch Einigkeit trägt tausendfachen Zins.
Was tun wir, sagt, den neuen Bau zu türmen?
„Na, was wir tun? Wir wechseln unsre Firmen.“

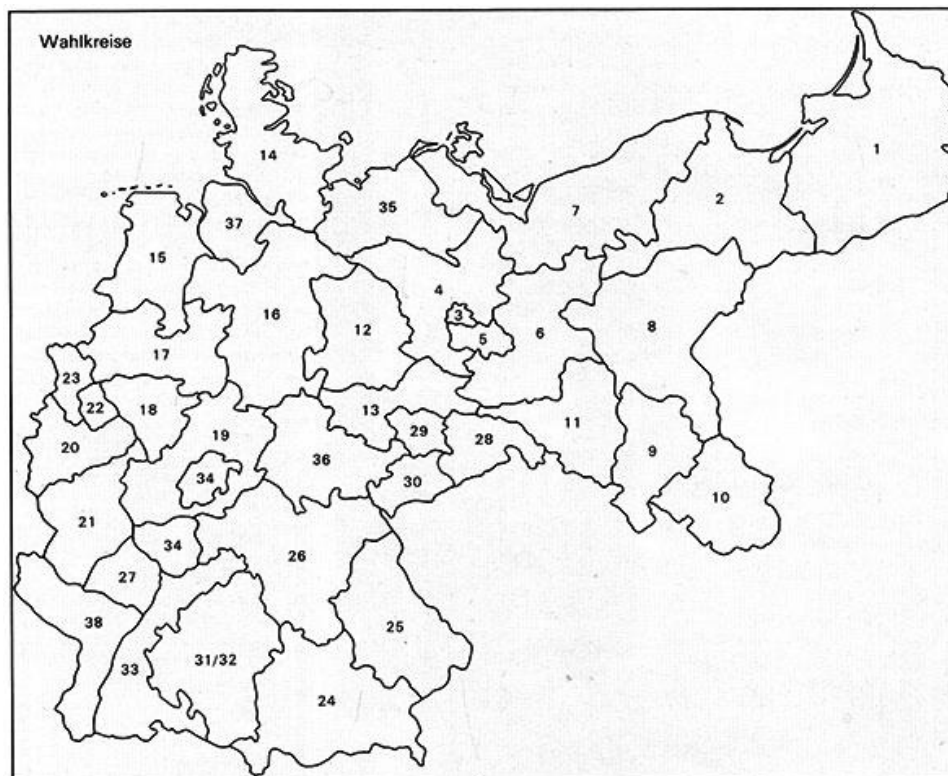
Spottgedicht aus dem „Kladderadatsch“ vom 19. Januar 1919

Wir werden in der Nationalversammlung sicherlich alle die alten Herrschaften wiederfinden, die dort vor dem Kriege und während des Krieges die Geschichte des deutschen Volkes in so verhängnisvoller Weise zu bestimmen suchten. Und wahrscheinlich ist es auch, daß die bürgerlichen Parteien in dieser Nationalversammlung die Mehrheit haben werden.

Karl Liebknecht am 23. Dezember 1918

Die Ergebnisse, die erst drei Tage später exakt und offiziell vorlagen, entsprachen den Warnungen der deutschen Kommunisten. Die prahlerische Voraussage rechter Führer der SPD, daß die Wahlen eine „sozialistische“ Mehrheit in der Nationalversammlung erbringen würden, hatte sich nicht be-

wahrheitet. Als Sieger der Wahlen mußten die bürgerlichen Parteien gelten, obwohl die einzelnen Parteien weit unter der von der SPD erreichten Zahl von 11,5 Millionen Stimmen lagen. 54,5 Prozent der Wähler hatten sich für die Kandidaten der bürgerlichen Parteien ausgesprochen. 236 der 421 Mandate fielen den Vertretern der Bourgeoisie zu, während die SPD 163 und die USPD lediglich 22 erhielten. Die DVP, die erheblich weniger Stimmen als die USPD für sich verbuchen konnte, gewann fast ebenso viele Sitze. Das lag auch daran, daß die bürgerlichen Parteien die Möglichkeiten, die das Wahlgesetz bot, besser genutzt und ihre Listen häufig miteinander verbunden hatten. So gingen ihnen weniger Stimmen verloren. Von der DNVP waren in 26 Wahlkreisen, vom Zentrum in 28, von der DVP in 21 und der DDP in 8 Wahlkreisen Listenverbindungen angestrebt worden, von SPD und USPD nur in 6 Fällen!



Mandate nach Wahlkreisen	SPD	USPD	DDP	DVP	Z/BVP	DNVP
1 Provinz Ostpreußen	7	-	3	1	1	2
2 Provinz Westpreußen	4	-	3	-	1	3
3 Stadt Berlin	5	4	2	1	1	1
4 Potsdam	5	1	2	1	-	1
5 Teltow	3	1	2	1	-	2
6 Frankfurt (Oder)	4	-	2	-	-	2
7 Provinz Pommern	5	-	2	1	-	3
8 Provinz Posen	2	-	3	3	1	5
9 Regierungsbez. Breslau	6	-	2	-	2	2
10 Regierungsbez. Oppeln	5	-	1	-	8	1
11 Regierungsbez. Liegnitz	4	-	2	-	1	1
12 Regierungsbez. Magdeburg und Anhalt	7	-	3	-	-	1
13 Regierungsbez. Merseburg	1	5	2	-	-	1
14 Prov. Schleswig-Holstein und die zu Oldenburg gehörende Prov. Lüneburg	5	-	3	1	-	1
15 Reg.-bez. Aurich und Osnabrück sowie Oldenburg ohne Prov. Wirkenfeld und Lüneburg	2	-	2	1	2	-
16 Reg.-bez. Hannover, Hildesheim und Lüneburg sowie Braunschweig	7	1	2	1	4	-
17 Reg.-bez. Münster und Minden, der zur Provinz Hessen-Nassau gehörige Kreis Schaumburg sowie die beiden Lippe	4	-	1	1	6	1
18 Regierungsbez. Arnberg	7	-	1	-	5	3
19 Prov. Hessen-Nassau ohne Kreis Schaumburg und Schmalkalden, ferner Kreis Wetzlar vom Reg.-bezirk Koblenz sowie Waldeck	7	-	3	1	3	1
20 Reg.-bez. Köln und Aachen	3	-	1	1	8	-
21 Reg.-bez. Koblenz und Trier ohne Kreis Wetzlar, ferner die zu Oldenburg gehörige Prov. Birkenfeld	2	-	2	-	8	-
22 Reg.-bez. Düsseldorf (Düsseldorf-Essen)	3	2	1	-	4	2
23 Reg.-bez. Düsseldorf (Duisburg-Krefeld)	3	-	-	1	7	-
24 Oberbayern und Schwaben	6	-	1	-	6	-
25 Niederbayern, Oberpfalz	2	-	-	-	5	-
26 Ober-, Mittel- und Unterfranken	5	1	3	-	5	1
27 Regierungsbezirk Pfalz	2	-	1	-	2	-
28 Sachsen (Dresden)	7	-	2	1	-	2
29 Sachsen (Leipzig)	2	3	2	-	-	1
30 Sachsen (Chemnitz)	8	-	3	-	-	1
31/32 Württemberg	7	-	4	-	4	2
33 Baden	5	-	3	-	5	1
34 Hessen	4	-	2	1	2	-
35 Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Lüneburg	3	-	2	-	-	1
36 Thüringen	6	3	4	-	-	2
37 Hamburg, Bremen und Regierungsbezirk Stade	6	1	3	1	-	-
38 Elsaß-Lothringen*	-	-	-	-	-	-
	163**	22	75	18***	91	44***

* Hier fanden entsprechend den Festlegungen der Siegermächte keine Wahlen statt.

** Die beiden kurze Zeit später als Vertreter der Truppen der Ostfront gewählten Abgeordneten schlossen sich der SPD an, so daß sich deren Fraktionsstärke auf 165 und die Zahl aller Abgeordneten auf 423 erhöhte.

*** Die in der Literatur auch anzutreffenden Angaben über die Stärke der Fraktionen differieren geringfügig von den unmittelbaren Wahlergebnissen.

Für die Reaktion hatte sich also der Einsatz ihrer vielfältigen Mittel auf der ganzen Linie ausgezahlt. Nur ihr kam zugute, daß die revolutionäre Arbeiterbewegung – noch dazu durch sogenannte Arbeiterführer selbst – niedergeschlagen und ihrer besten Kräfte beraubt, das werktätige Volk irreführt und mit demagogischen, verlogenen Parolen vollgestopft worden war. Die herrschende Klasse konnte aber auch die Verwirrung für sich nutzen, die es unter den Kommunisten und revolutionären Arbeitern gab, nachdem der Gründungsparteitag der KPD einen falschen (im Herbst 1919 korrigierten) Beschluß gefaßt hatte. Gegen die mahnenden Stimmen von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg war festgelegt worden, daß die Partei nicht an den Wahlen teilnimmt, daß sie die Tribüne des neuen Parlaments nicht im weiteren Kampf um die Gewinnung der Massen für ihre großen Ziele nutzen wird. Viele Delegierte hatten noch nicht erkannt, daß mit der Entscheidung des Reichsrätekongresses zugunsten einer Nationalversammlung die Wende im Verlauf der Revolution eingeleitet worden war. In die Nationalversammlung wurden vier (!) Arbeiter als Vertreter eines Volkes gewählt, in dem immerhin jeder zweite Mensch zur Arbeiterklasse zählte. Die soziale und berufliche Struktur des Volkes stimmte vorn und hinten nicht mit seiner neuen Repräsentation überein. Die verschwindend kleine Schicht der Monopolbourgeoisie und der Junker war direkt durch 10 Großindustrielle und 9 Rittergutsbesitzer vertreten. Geht man nach Berufsangaben der Abgeordneten, die zum großen Teil sorgsam verschleiert worden waren, so hatten die Parteien außerdem in die Nationalversammlung lanciert: 125 hauptamtliche Partei- oder Gewerkschaftsfunktionäre, 72 Schriftsteller, Journalisten und Redakteure, 34 Rechtsanwälte und 29 ehemalige Minister und Staatssekretäre des Kaiserreiches, 32 Lehrer, 28 Beamte, 24 Landwirte (Großgrundbesitzer) und Bauern, 13 Handwerker, 11 Pfarrer, 8 Richter, 8 Gelehrte, 7 berufslose Frauen, 7 Kaufleute, 5 Privatangestellte und 2 Ärzte.

So setzte sie sich zusammen, die Mannschaft der 385 Herren und 26 Damen, die den Titel „Volksvertreter“ für sich in Anspruch nahmen. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, erwiesen sie sich, wie sich zeigen sollte, als wahre „Volksvertreter“, wie Karl Marx schon die bürgerlichen Parlamentsabgeordneten des 19. Jahrhunderts einschätzte.

Die Ergebnisse der Wahlen vom 19. Januar 1919

		vergleichbarer Anteil 1912	
Wahlberechtigte	36.766.500		14.442.387
Gültige Stimmen	30.400.344		12207632
Wahlbeteiligung		83,02%	
SPD	11.509.048	(37,9%)	34,8%
USPD	2.317.290	(7,6%)	
	13826338	(45,5%)	34,8%
DDP	5.641.825	(18,6 %)	12,3%
DVP	1.345.638	(4,4%)	13,7%
Z/BVP	5.980.216	(19,7%)	16,4%
DNVP	3.121.479	(10,3%)	12,2%
Sonstige	484.818	(1,5 %)	10,5%
	16.573.976	(54,5%)	65,2%

Von der Spree an die Ilm

Am 20. Januar tagte das Kabinett von Mittag bis in die späten Abendstunden. Das Ergebnis lautete wie von vielen erwartet: Einberufung der Nationalversammlung nach Weimar. Offensichtlich schien den Regierenden ihr weiteres politisches Schicksal noch immer recht ungewiß zu sein, trotz der „Erfolge“ in der blutigen Januarwoche und trotz der Wahlergebnisse. Die Angst vor den Massen und ihrem unbesiegt revolutionären Geist steckte insbesondere den rechten sozialdemokratischen Führern in den Knochen. Bis zum Tag der offiziellen Entscheidung hatten in der Regierung Preuß

und weitere bürgerliche Staatssekretäre noch erreichen wollen, die Nationalversammlung in der Hauptstadt zusammentreten zu lassen. Es sei zwar sicher leichter, das Gremium der Volksvertreter in Weimar zu schützen, aber Berlin käme besser in Frage, sobald nur „die Regierung die Maßnahmen weiter so energisch wie bisher durchführt“. Eine deutliche Sprache, eine klare Aufforderung zu verstärktem Terror!

Den „Volksbeauftragten“ Scheidemann schauderte es, als er dies hörte. Wenn in Berlin Hunderttausende von Arbeitern auf die Beine gebracht worden sind – und das sei „jeden Tag“ möglich –, so lautet die von seiner sonst gepflegten Selbstgefälligkeit recht weit entfernte Erwiderung, nützen „alle militärischen Machtmittel gar nichts“. Etwas anders, jedoch von der gleichen Sorge erfüllt, formulierte es der sozialdemokratische Unterstaatssekretär Curt Baake: „Die Konstituante soll die revolutionären Zustände beenden, und dazu muß sie absolut sichergestellt sein ... Hat die Konstituante erst einmal eine legale Gewalt geschaffen, so werden wir mit Berlin sehr viel eher fertig werden, denn eine legale Gewalt kann viel entschlossener, unbekümmerter und rücksichtsloser vorgehen als die ... provisorische Regierung.“

Die Furcht vor den Arbeitermassen in Berlin hatte also gesiegt. Die neuen Regierenden wollten bei der Konstituierung des neuen imperialistischen Staates und der Ausarbeitung einer Verfassung nicht etwa durch Demonstrationen und hörbare Forderungen gestört werden. So floh man aus der Hauptstadt. Verunsichert zwar, aber mit einem klaren taktischen Konzept: Die Flucht wurde „nach vorn“ angetreten, wie es der Monopolherr Prowein und andere vorgegeben hatten.

Warum fiel die Wahl auf Weimar? Zeitweilig war erwogen worden, ob man nicht besser in eine andere Stadt gehen sollte. In den ersten Januartagen hatte Dr. Schulz, ein Berliner Oberregierungsrat, eine längere Reise nach Kassel, Nürnberg, Jena und in weitere Städte unternommen. Seine Order lautete: Prüfung der Möglichkeiten für die Unterbringung der Nationalversammlung. Den „Volksbeauftragten“ berichtete er, in Jena gäbe es zwar den schönsten Saal im Volkshaus, jedoch keine geeigneten Räume, in denen die Regierung unterzubringen sei. In Nürnberg wäre es mit den „Unterkunftsverhältnissen vortrefflich“, dagegen nicht mit der „Sicherheit, da die dortigen Regimenter sehr unzuverlässig sind“. Alle Ergebnisse seines Herumreisens sprächen für Weimar, wo der Schutz vor den revolutionären Arbeitern noch am wirksamsten zu organisieren sei.

Neben Argumenten für die „Sicherheit“ tauchten mehr und mehr auch solche für den „Geist von Weimar“ auf, der den alten, militaristischen „Geist von Potsdam“ ersetzen werde. Der Geist der großen Dichter und Denker werde die neue Zeit prägen, der letzte Wunsch von Goethes Faust nach einem sinnerfüllten Leben in einer freien Gesellschaft sich verwirklichen. Die Hoffnung, auch damit den Massen Sand in die Augen streuen zu können, trog denn auch nicht.

Der lang vorbereitete Rückzug ins sichere und vielversprechende Abseits vollzog sich in den Tagen Ende Januar und Anfang Februar dann doch voller Hektik. Telegramme jagten hin und her, eine Besprechung folgte der anderen. Die ehemalige Residenzstadt (37.000 Einwohner), ausgesucht wegen ihrer „friedlichen Ruhe“, geriet in helle Aufregung und Geschäftigkeit. Von den geheimen Vorverhandlungen des ehemaligen Direktors des kaiserlichen Reichstags, des Geheimrats Jungheim, hatte selbst der Weimarer Arbeiter- und Soldatenrat nichts erfahren. Auch der Generalintendant des Weimarer Theaters konnte sich erst jetzt erklären, aus welchem Grund er Wochen zuvor Jungheim hatte durch das Theatergebäude führen müssen und für welchen Zweck das Theater für wöchentlich 40.000 Mark gemietet worden war.

Der Soldatenrat von Weimar wurde auch weiterhin übergangen. Den Schutz der Nationalversammlung mochte die Regierung seiner 200 Mann starken Bewachungskompanie nicht allein überlassen. Sie betraute damit außerdem lieber noch eine der zahlreichen neuen Banden, die nach der faktischen Auflösung des kaiserlichen Heeres in ganz Deutschland wie Pilze nach einem warmen Regen aus dem Boden schossen und die als Freikorps so unruhlich in die Geschichte eingegangen sind. Zum Beschützer der Nationalversammlung wurde das in Thüringen und Mitteldeutschland operierende „Freiwillige Landesjägerkorps“ unter Generalmajor Georg Maercker, auserkoren. Seine kon-

terrevolutionären Sporen hatte es sich gerade erst bei der Niederschlagung der revolutionären Arbeiter in Leipzig verdient, deshalb galten die 4000 Soldaten als genügend „zuverlässig“.

Der politischen Isolierung folgte die militärische. Maerckers Jäger zogen einen mehrfach gestaffelten Sicherheitskordon um das Theater. Zwei Kompanien und ein Artilleriezug „schützten“ das Tagungsgebäude unmittelbar. Auf den Dächern der umliegenden Gebäude wurden Maschinengewehre postiert. Für das Schloß des auf seinem schlesischen Gut Heinrichau lebenden Großherzogs Wilhelm Ernst wurden ähnliche Maßnahmen getroffen, wollten doch hier die „Volksbeauftragten“ – natürlich nur mit Genehmigung des Großherzogs – residieren. Den Bahnhof Weimar und andere wichtige Punkte des Ortes bewachten weitere in ständiger Alarmbereitschaft stehende Freikorpsabteilungen.

Wir haben hier ein freudiges Wiedersehen gefeiert mit den treuen ... Berliner Schutzleuten. Die galten auch als revolutionsgefährlich, deswegen wurden sie in Berlin entwaffnet ... Und jetzt hat man eingesehen, daß es ohne tüchtige Schutzleute nicht geht, und man hat sie nach Weimar kommen lassen, und wir freuen uns alle des Schutzes dieser ausgezeichneten Beamten. So kommt hoffentlich eins nach dem anderen wieder! ...

Gutsbesitzer Max Baerecke, Abgeordneter der DNVP, am 25. Februar 1919 in der Nationalversammlung

Wozu also der ganze große Umweg über den 9. November?

Kommentar eines anderen reaktionären Politikers

Eine besondere Anweisung Maerckers lautete: „Um in den winkligen Straßen Weimars zur Geltung zu kommen, ist Ausstattung mit Kartätschen erforderlich“, also mit Geschossen, die speziell zur Tötung von Menschen auf kurze Distanz konstruiert waren. Außerhalb Weimars stationierte das Freikorps seine Batterien an den Eisenbahnstrecken nach Erfurt, Apolda und Jena. Seine Einheiten, die jeden Widerstand brutal brachen und gewalttätig auch gegen die Bevölkerung vorgingen, wurden sogar von der lammfrommen „Weimarischen Landeszeitung Deutschland“ mit einer „feindlichen Besatzungstruppe“ verglichen.

Um Weimar wurde eine Sperrzone errichtet. Wer nach Weimar fahren wollte, benötigte von Anfang Februar an einen eigens dafür ausgestellten Paß. Zum Sperrgebiet zählten auch 35 Dörfer im Umkreis von etwa sieben Kilometern. Für Verletzungen der „Verordnung über die Beschränkung des Aufenthalts in Weimar während der Dauer der deutschen verfassungsgebenden Nationalversammlung“ vom 1. Februar wurden empfindliche Geld- und Haftstrafen angedroht. Aus Berlin setzten sich 80 Polizisten – 24 von ihnen waren Kriminalbeamte – in Marsch, um die Reihen der Beschützer der Nationalversammlung zu verstärken. Zwölf von ihnen fiel die Aufgabe zu, unter den in geringer Zahl zugelassenen Besuchern auf dem dritten Rang des Theaters Platz zu nehmen. Sichtlich zufrieden konstatierte Noske in diesen Tagen, die „Sicherheitsverhältnisse“ in und um Weimar seien „so gut, als ob man in Abrahams Schoß säße“.

An einem schneetrüben Donnerstag, dem 6. Februar, wurde die Nationalversammlung eröffnet. In biederemännlicher Aufmachung und behäbiger Spießbürgerlichkeit begaben sich die Auserwählten durch die streng kontrollierten Pforten ihrer neuen Wirkungsstätte. Lorbeerbäume und Girlandenschmuck gaben dem Saal eine festliche Atmosphäre, konnten jedoch nicht verhindern, daß der Eindruck einer gewissen Steifheit blieb. Die Lücken in der Ausgestaltung des Theaters, für das eigens aus Berlin Gestühl des Reichstags herbeigeschafft worden war, verdeckte eine Ladung von Frühlingsblumen. Der umsichtige Jungheim hatte sie in Holland bestellt. Auch die Beflaggung der Häuser Weimars – „namentlich mit schwarz-weiß-rot“ – ging auf ihn zurück. Glockengeläut untermalte den Einzug der Abgeordneten in das Schauspielgebäude, den Beginn des Theaters im Theater.

Gesetze, Gesetze, Gesetze

Kurz nach 15 Uhr ergriff der erste Redner das Wort, Friedrich Ebert, der sich als Souverän fühlte und prompt von bürgerlichen Blättern als „Friedrich der Vorläufige“ verspottet wurde. „Das deutsche Volk ist frei ... und regiert in alle Zukunft sich selbst“, erklärte er eingangs, wohl wissend, daß das eine Lüge war. „Wir sind auf dem Wege, der Welt noch einmal sozialistisch voranzuschreiten, indem wir“, log er weiter, „dem Sozialismus dienen, der allein Dauer haben kann ..., dem Sozialis-

mus der werdenden Wirklichkeit.“ Sich in Phrasen geradezu badend, kündigte er die Wandlung Deutschlands „vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe“ an.

Nichtssagende, hohle und von Falschheit tiefende Sätze wurden später in der Nationalversammlung noch in Hülle und Fülle und auch rhetorisch weitaus geschickter gedrechselt. Nicht wenige Abgeordnete, die sich selbst sehr ernst nahmen, redeten gewissermaßen zum Fenster hinaus, ihnen hörte kaum jemand zu. Es würde sich lohnen, die dröhnenden Redeturniere zu enthüllen, doch von größerem historischem Gewicht blieben die Beschlüsse, die Gesetze. Mochten einige auch noch so schwer verständlich sein; vor allem sie ließen erkennen, wohin die Reise ging.

Als erstes verabschiedete die Nationalversammlung am 10. Februar ein „Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt“, das als provisorische Verfassung galt und die Kontinuität der wichtigsten staatlichen Institutionen beim Übergang von der Monarchie zum neuen bürgerlichen Staat absicherte. Von der Revolution ist darin nicht die Rede, nicht einmal von der Republik. Ein Antrag von Unabhängigen Sozialdemokraten, in diesem wichtigen Gesetz auf beides Bezug zu nehmen, war ohne Diskussion niedergestimmt worden. In aller Eile und mit parlamentarischer Gerissenheit bemühte sich die übergroße Mehrheit der Abgeordneten, die Revolution vergessen zu machen und gleichzeitig als historisch-politisches Unrecht zu verunglimpfen; das war nicht weit entfernt von dem, was Ebert in seiner „Thronrede“ gefordert hatte: „Rückkehr (!) von der Revolution auf den Weg der Gesetzmäßigkeit“.

Am 11. Februar wählte die Versammlung den Reichspräsidenten. 277 Abgeordnete stimmten für den 48jährigen Ebert, der sich selbst – seine Rolle unbewußt karikierend – als „Konkursverwalter des alten Regimes“ bezeichnete. Wie Hohn mußte es jenen Arbeitern in den Ohren klingen, die sich für eine neue Gesellschaftsordnung, für eine sozialistische Republik erhoben hatten, als ein Lobredner dem neuen Staatsoberhaupt besonders hoch anrechnete, mit seinem persönlichen Einsatz erreicht zu haben, daß „die deutsche Revolution nicht dem Beispiel der russischen gefolgt ist ...“

Zwei Tage später, am 13. Februar, stellte der neue Ministerpräsident, Gustav Scheidemann, die von ihm gebildete Regierung vor, eine Koalition von SPD, DDP und Zentrum. Sieben Sozialdemokraten und sieben bürgerliche Minister schlossen ein widernatürliches Bündnis, eine schwarz-rot-goldene Gemeinschaft: schwarz, wie das Zentrum tatsächlich war, rot, wie es die Sozialdemokratie zu sein vorgab, und golden, wie die bürgerliche Demokratie angeblich für alle sein wollte.

Die erste von 14 Regierungen der Weimarer Republik

Präsident des Reichsministeriums:	Philipp Scheidemann (SPD)
Vertreter des Reichsministerpräsidenten und Reichsminister der Finanzen:	Eugen Schiffer (DDP)
Reichsminister des Auswärtigen:	Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (DDP)
Reichsminister des Innern:	Hugo Preuß (DDP)
Reichsarbeitsminister:	Gustav Bauer (SPD)
Reichswirtschaftsminister:	Rudolf Wissell (SPD)
Reichsernährungsminister:	Robert Schmidt (SPD)
Reichsjustizminister:	Otto Landsberg (SPD)
Reichswehrminister:	Gustav Noske (SPD)
Reichskolonialminister:	Johannes Bell (Zentrum)
Reichspostminister:	Johann Giesberts (Zentrum)
Reichsminister ohne Portefeuille:	Eduard David (SPD)
	Matthias Erzberger (Zentrum)
	Georg Gothein (DDP)
Reichsminister des Demobilmachungsamtes: (im Kabinett jedoch nicht stimmberechtigt)	Josef Koeth (DDP)

Nichts mehr konnte jetzt verdecken, daß die rechten sozialdemokratischen Führer die Revolution endgültig an die Feinde der Arbeiterklasse verraten hatten, sich erneut als Helfershelfer des deutschen Imperialismus und Militarismus zur Verfügung stellten. Diese verräterischen Führer der deutschen Arbeiterklasse konnten kaum noch ihre Freude darüber verbergen, ihre eigene bürgerliche Politik nun stets mit dem Hinweis auf die bürgerliche Mehrheit im Parlament und auf „Koalitionsrücksichten“ rechtfertigen zu können.

Die Überlegungen, die in den Spitzengremien der bürgerlichen Regierungspartei dominierten, sprach der führende Kopf der DDP, Friedrich Naumann, in der Debatte über die Scheidemannsche Regierungserklärung offen und in geschliffener Rhetorik aus: Eigentlich hätten es die Verhältnisse ermöglicht, eine „unsozialistische Mehrheit“ herzustellen, aber bedauerlicherweise könne eine solche „Zusammenfassung der Rechten“ die Revolution nicht beenden und damit die „Hauptzwecke der Gegenwart“ nicht realisieren, denn „gerade diese Zusammenfassung würde alle sozialistischen Arbeiter, unbeschadet der Differenzen ihrer eigenen Temperaturen und Auffassungen, zusammen zu einer gemeinsamen Opposition formieren, und es würde absolut unmöglich sein, ... im Augenblick einen ruhigen Gang der Geschäfte in Deutschland herzustellen oder zu gewährleisten“.

Tagelang dauernde, teilweise harte Wortgefechte über die Regierungserklärung, die Waffenstillstandsbedingungen und den Etat, in denen sich die Debattierenden nicht selten gegenseitig beleidigten, hinderten die Abgeordneten der Nationalversammlung nicht daran, am 22. Februar für das eigene Wohl ein Diätengesetz zu beschließen. Einstimmig selbstverständlich. Sie erhielten nun für ihre Tätigkeit in Weimar monatlich 1000,- Mark als Aufwandsentschädigung, in bestimmten Fällen sogar zusätzliche Tagegelder.

Am 25. und 27. Februar stand das „Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr“ zur Debatte. Der neue imperialistische Staat brauchte eine militärische Schutztruppe, noch nicht nach außen – dazu war das Ergebnis des ersten Weltkrieges zu eindeutig. Nein, nach innen sollte sich der Terror einheitlich organisiert und „legal“ austoben können. Als ein wichtiges Mittel diene das Gerede von der Gefahr einer „bolschewistischen Invasion“. Wer davon sprach, meinte wohl, sich so bei der Entente als Partner antisowjetischer Aktionen anbieten und damit die Sieger zu „mildern“ Friedensbedingungen veranlassen zu können. Mutig und gegen ständige Zwischenrufe angehend, versuchte – Alfred Henke, USPD-Abgeordneter aus Bremen, den „Schwindel der Bolschewistengefahr“ aufzudecken und vor der Wiederkehr des „alten Militarismus“ zu warnen. Das Gesetz sei „ein Schritt weiter auf dem Wege zur Konterrevolution“. Würdig, wenn auch nicht in aller Konsequenz, stellten sich Henke und einige andere Unabhängige in die Tradition des antimilitaristischen Kampfes der Linken in der deutschen Arbeiterbewegung.

Solche Töne klangen den „Volksvertretern“ von SPD bis DNVP ungeheuerlich, wurde doch ans Innerste gerührt. Noske mußte persönlich aufs Podium. Diesmal sprach er, ohne daß er, wie sonst bei ihm üblich, seine Rede mit wuchtigen Faustschlägen auf das Rednerpult untermalte. Sein Auftreten sollte nach allen Seiten beschwichtigend wirken. Den Rechten sicherte er militärische Zucht und die Kommandogewalt der alten Führer zu, den Linken galt seine versteckte Drohung: „Ich hoffe, daß das bloße Vorhandensein der Reichswehr schon derart wirken wird, daß sie zu ernststen Kämpfen nicht Verwendung zu finden braucht.“ Etwas offener gab sich Noske am gleichen Tage gegenüber der bürgerlichen Presse, als er erklärte: „Gewiß, es ist eine teilweise Wiederbelebung des alten Systems, was wir jetzt machen; betonen Sie es aber bitte nicht; ein paar Monate noch, dann können sie um so vorbehaltloser in die Propaganda für ihre Ideen eintreten ... Begünstigen Sie in jeder Weise unsere Werbungen.“ Im Visier der Militaristen zeichnete sich schon der endgültige Sieg über die Novemberrevolution ab.

Inzwischen begann auch die Debatte über den Entwurf einer neuen Verfassung, der von Preuß ausgearbeitet worden war. Doch weit kamen die Abgeordneten damit zunächst nicht. Über Deutschland rollte eine neue Welle von Streiks und revolutionären Kämpfen hinweg. 180.000 Ruhrbergarbeiter legten Mitte Februar 1919 die Arbeit nieder und folgten dem gemeinsamen Aufruf von KPD und USPD zum Generalstreik. Es waren Gedanken und Hoffnungen dieser Arbeiter, die die beiden Par-

teien formulierten: „Das Ziel der Revolution war und ist, das kapitalistische Ausbeutertum zu beseitigen und die Produktionsmittel aus den Händen einzelner Kapitalisten in den Besitz der Allgemeinheit zu überführen ... Die Arbeiterschaft ist fest entschlossen, sich nicht von neuem betrügen zu lassen.“ Auch in Mitteldeutschland fand ein Generalstreik unter der Losung „Sozialisierung“ statt. In Berlin begann am 4. März ein weiterer Generalstreik, der mehrere Tage lang fast alle Betriebe, den Verkehr, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung stilllegte.

Diese Sozialisierung ist in Wahrheit Staatskapitalismus. Sie ist die Sozialisierung, wie die Rathenau, die Payer, die Gröber und Erzberger sie verstehen. Diese Sozialisierung ist ein dreister Schwindel. Die deutschen Proletarier müssen wissen, daß nur ihre eigenen Organe die Betriebe für sie erobern und verwalten können. Nur die Proletarier selbst können die Sozialisierung zu einer Wahrheit machen.

„Die Rote Fahne“ am 3. März 1919

Der Schwindel des nationalen Sozialismus, von der Republik ist er aufgebracht worden, als sie fett an die Plakatsäulen schrieb: „Die Sozialisierung marschiert.“

Heinrich Mann

Die Reaktion kalkulierte nüchtern: Durch den Einsatz der bewaffneten Garden des Kapitals (42.000 Mann in Berlin!) allein war kein Sieg der Konterrevolution zu erreichen und zu sichern. Zwar erteilte Noske seiner Soldateska erneut einen Freibrief für Mord und Terror. Diesmal kamen etwa 1200 ermordete Arbeiter, Matrosen und Soldaten auf das Konto ihrer barbarischen Massaker in vielen Orten Deutschlands. Unter den Opfern befand sich auch Leo Jogiches, Mitbegründer und Organisator der KPD, den am 10. März im Untersuchungsgefängnis Moabit eine Kugel hinterrücks niederstreckte. Und mit Verleumdungen, Greuelmärchen und anderen üblen Tricks wurde versucht, eine Pogromstimmung gegen die revolutionären Arbeiter zu erzeugen. All das half der Reaktion wenig. Mit der Verhängung des Belagerungszustandes in Berlin und dem Einsatz brachialer Gewalt konnte die Front der Streikenden zwar erschüttert, die der Demonstranten auseinandergejagt, jedoch nichts in ihren Köpfen verändert werden.

Erschreckt konstatierte der „Vorwärts“ am letzten Februartag: „Die Hoffnung der Arbeiter auf die Nationalversammlung ist rapide gesunken.“ Auch unter den Sozialdemokraten gärte es. Die Praxis des in Weimar gehandhabten bürgerlichen Parlamentarismus brachte die Forderungen der Massen nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel und echter Mitbestimmung der Arbeiterräte nicht zum Verstummen.

In Ergänzung des Terrors mußten also wieder einmal soziale und sozialistische Versprechungen herhalten. In der offiziellen Stellungnahme der Reichsregierung zu dem sich immer weiter ausdehnenden Generalstreik wurde, wie nicht anders zu erwarten, gegen die „Ruhestörer“ und „Terroristen“, wie man die revolutionären Arbeiter betitelte, gewettert. Sie enthielt aber auch den Passus, es sei eine Verleumdung, wenn behauptet werde, „Nationalversammlung und Reichsregierung hätten sich den Aufgaben der Stunde entzogen, den Vorgängen im Reich kein Gehör geschenkt oder wollten gar die Arbeiterschaft um die Früchte der Revolution bringen“. Dem folgte die Erklärung, man sei schon intensiv dabei, ein „Gesetzbuch der wirtschaftlichen Demokratie“ zu schaffen und wolle die Arbeiterräte in der Verfassung „verankern“.

In der Nationalversammlung stellte die sozialdemokratische Fraktion am 2. März einen Antrag, die Regierung möge „die Überführung der Bergwerke und Erzeugung der Energie in öffentliche Betriebe mit möglichster Beschleunigung betreiben und dabei Arbeiter und Angestellte durch geeignete Vertretungen (Betriebsräte) zur Kontrolle und Verwaltung“ heranziehen. Am 7. März standen bereits der Entwurf eines „Sozialisierungsgesetzes“ und eines „Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft“ zur ersten Lesung auf der parlamentarischen Tagesordnung. Die wenige Tage später angenommenen Gesetze hoben den Sozialisierungsschwindel, wie er von den sozialdemokratischen Führern schon mit der Einsetzung einer entsprechenden Kommission am 18. November 1918 begonnen worden war, lediglich auf eine neue Stufe.

Von der gesetzlichen Möglichkeit, bestimmte Betriebe gegen Entschädigung in Eigentum des Staates zu überführen, wurde dann in der Praxis jedoch keinerlei Gebrauch gemacht. Nicht einmal die

Nationalisierung einzelner Industriezweige wurde in Angriff genommen; alle Maßnahmen führten zur Stärkung der mächtigsten Monopole. Aber auf allen Litfaßsäulen prangten Plakate, die verkündeten: „Die Sozialisierung marschieret“ und „Die Sozialisierung ist da“. Mit tiefer Befriedigung erklärte ein Politiker der DDP kurze Zeit später, das sogenannte Sozialisierungsgesetz bestehe „aus in Paragraphen gefaßten allgemeinen Redensarten“ und sei nur „zur Beruhigung der Gemüter gemacht worden“! Einer seiner Fraktionskollegen beteuerte, daß er keine „Sympathie für ein solches Gesetz“ hege, aber man müsse zunächst „einigermaßen über die nächsten Monate hinwegkommen“. Dem fügte er hinzu: „Praktische Besorgnisse ... liegen nicht vor.“

Illusionen zerplatzen

Den rechten Führern der SPD eilten auch in dieser Situation wieder die Zentristen an der Spitze der USPD zur Hilfe. Auf ihre Initiative hin brachen die Streikleitungen vielfach den Kampf ab, als die Regierung versicherte, daß die Bildung von Betriebsräten, von Bezirksarbeiterräten sowie eines Zentralarbeiterrates in der Verfassung „verankert“ würden. Entgegen dem Drängen vieler unterer Parteiorganisationen und eines Teils der Parteiführer entschied sich der Parteitag der USPD, der vom 2. bis 6. März in Berlin tagte, für die „Einordnung des Rátesystems in die Verfassung“, so als könne man Wasser und Feuer mischen und die antagonistischen Klasseninteressen von Bourgeoisie und Arbeiterklasse vereinen. Angesichts der unveränderten politischen Machtverhältnisse mußten solche Forderungen darauf hinauslaufen, die Arbeiter vom revolutionären Kampf abzuhalten und ihre Räte zu Organen mit eng begrenzten ökonomischen und sozialen Aufgaben im Rahmen einer „Arbeitsgemeinschaft“ zwischen ihnen und den Unternehmern zu degradieren.

Einigkeit zwischen Feuer und Wasser verlöscht das Feuer und verdampft das Wasser; Einigkeit zwischen Wolf und Lamm liefert das Lamm dem Wolfe zum Fraß; Einigkeit zwischen Proletariat und herrschenden Klassen opfert das Proletariat: Einigkeit mit Verrátern bedeutet Niederlage.

Karl Liebknecht am 19. November 1918

W. I. Lenin charakterisierte diese Bestrebungen als „völlige Preisgabe sowohl des Marxismus als auch des Sozialismus überhaupt“. Die in der deutschen Arbeiterbewegung vor sich gehende Linksentwicklung stieß auf die Mauern, die vom zentristischen Geist errichtet wurden und in den Massen neue Illusionen weckten. Die Führer der USPD konnten der Arbeiterbewegung keine Alternative zur konterrevolutionären Politik des deutschen Imperialismus und seiner rechtssozialdemokratischen Erfüllungsgehilfen bieten.

Jedoch nicht alle ließen sich die Augen total verkleistern. Durch die USPD ging jetzt ein tiefer Riß. Clara Zetkin erklärte am 4. März öffentlich ihren Austritt, und Wilhelm Koenen stellte in einer Debatte der Nationalversammlung die klare Frage: „Sozialismus, verwirklicht durch Kapitalisten, was soll das für ein Gebilde abgeben?“ Auch die Absicht, der Nationalversammlung mit der Einberufung des zweiten Reichsrátekongresses ein ergänzendes „Revolutions-“ und „Wirtschafts“-Parlament zur Seite zu stellen, hielt den Prozeß der Desillusionierung in der Arbeiterklasse und anderen Teilen der werktätigen Bevölkerung nicht auf. Neue Klassenschlachten flammten auf. Sie tobten im März und auch noch im April. Es kam zu massenhaften Arbeitsniederlegungen und zu bewaffneten Auseinandersetzungen. In München erreichte der Kampf der Arbeiterklasse während der Revolution seinen letzten Höhepunkt, als die Ráterepublik errichtet wurde. Mit ihrer Zerschlagung in den ersten Maitagen und der Errichtung eines Terrorregimes in Bayern brachte die Reaktion den revolutionären Arbeitern eine große Niederlage bei.

Die Novemberrevolution war beendet, eine neue Periode begann – die Periode der revolutionären Nachkriegskrise.

Die Mehrheit der deutschen Arbeiter war im Frühjahr 1919 noch nicht in der Lage, die taktische Raffinesse zu durchschauen, mit der die Monopolherren, Junker und Militaristen der Revolution entgegenwirkten. In raschem Wechsel und geschickter Kombination hatten die Parteien und die Institutionen der Herrschenden Terror und Demagogie angewandt, die beiden Hauptmethoden zur Unterdrückung und politischen Beeinflussung der Massen. Es war ihnen wieder einmal gelungen, das Gesetz des politischen Handelns weitgehend zu diktieren.

Und dennoch: Es wirkt geradezu symbolisch, daß zur gleichen Zeit, da die Räterepublik in München ein blutiges Ende fand, am 1. Mai 1919 in Weimar eine Ortsgruppe der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) entstand. Die Maifeier der Weimarer Arbeiter richtete sich deutlich gegen die Nationalversammlung und die Regierung des Sozialdemokraten Scheidemann. Auf dem Marktplatz brachten die Demonstranten ein Hoch auf die Forderungen nach einer Räterepublik aus. Auch das Manifest der Weimarer USPD zum 1. Mai forderte eine „Rätediktatur nach russischem Muster“.

Die Flucht der Nationalversammlung nach Weimar, hinter den Sperrgürtel gut entlohnter Landesjäger der Konterrevolution und in eine vom Klassenkampf scheinbar unerreichbare Idylle, sollte letztlich vergeblich bleiben. Der heiße und lange Atem der Revolution begann die Flüchtenden einzuholen.

Bilanz nach dem Start der Republik

Nachdem sie das betrügerische „Sozialisierungsgesetz“ verabschiedet hatte und davon überzeugt, daß das konterrevolutionäre Wüten der Noske-Garden in allen Teilen Deutschlands die Revolutionäre niederhalten werde, ging die Weimarer Nationalversammlung Mitte Mai 1919 für zwei Wochen in die Ferien. Das Aushängeschild des neuen Machtmechanismus hatte fürs erste seine Arbeit getan.

Fünf Wochen lang war viel geredet und manches beschlossen worden. Alles, aber auch alles diente der zwielichtigen Konstituierung der imperialistischen Weimarer Republik und der Durchsetzung ihrer bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsmethoden. Alles richtete sich gegen die Erfüllung der Sehnsüchte und Wünsche der Arbeiterklasse nach einer friedlichen Zukunft in Arbeit und Wohlstand. Alles nutzte der Verhinderung des objektiv notwendigen historischen Fortschritts.

Die Nationalversammlung verhalf der Bourgeoisie in der letzten Phase der Novemberrevolution zum Sieg über die Arbeiterklasse, sie sicherte und vollzog den Übergang von der Hohenzollernmonarchie zu einer parlamentarischen Herrschaftsform des deutschen Imperialismus. Aber sie konnte nicht alle Ergebnisse der Revolution zunichte, nicht alle Errungenschaften der Werktätigen rückgängig machen. Unter dem Druck der fortdauernden Massenkämpfe tat sich für die revolutionäre Arbeiterklasse ein günstiger „demokratischer“ Kampfboden auf, den diese für ihren weiteren Kampf gegen Imperialismus und Militarismus, später auch gegen Faschismus und Krieg, sowie für die Vorbereitung neuer Schritte auf dem Wege zur sozialistischen Revolution nutzen konnte.

Das, was die Nationalversammlung mit der Beratung und der Verabschiedung von einem guten Dutzend wichtiger Gesetze bis Mitte März 1919 „geleistet“ hatte, war, betrachtet man es vom Standpunkt der Herrschenden und um ihre Macht Bangenden, viel, jedoch im Vergleich zu den großsprecherischen Ankündigungen und zu den effekthaschenden Spiegelfechtereien ihrer Parteien äußerst wenig für die werktätigen Massen. Die schönen Worte erwiesen sich nicht nur als hohl und verlogen, sondern auch als wesentlicher Bestandteil einer bewußt in Schwung gesetzten Manipulationsmaschinerie zugunsten von Macht und Profit. Die wohlgesetzten Worte der Reden der Opportunisten verhüllten, wenn auch häufig nur notdürftig, das konterrevolutionäre Geschehen. Die Ebert, Noske und Scheidemänner prägten keinesfalls – wie bürgerliche und sozialdemokratische Historiker seitdem zu behaupten nicht müde werden – die Geburtsstunde und die Konsolidierung der Weimarer Republik. Aber sie liehen ihr die täuschende Maske eines gewissen Fortschritts und begrenzter Veränderungen zugunsten der Werktätigen, die Tarnkappe einer Demokratie, hinter der sich die nackte Diktatur der Monopolbourgeoisie raffiniert verbarg.

Wieder einmal bestätigte die Geschichte selbst einen Gedanken, der auf die letzte Konsequenz des proletarischen Klassenkampfes zielt und den Lenin am 20. Januar 1919, einen Tag nach den Wahlen zur Nationalversammlung in Deutschland, aussprach: Jede Demokratie wird, „solange das Eigentum den Kapitalisten verbleibt“, nichts anderes sein „als eine bürgerliche Demokratie, d. h. eine durch falsche, verlogene, demokratische Aushängeschilder getarnte bürgerliche Diktatur“.

Aktionen der Nationalversammlung nach dem Ende der Novemberrevolution

12. Mai 1919 In der Aula der Berliner Universität protestieren die Abgeordneten lautstark, aber ohnmächtig gegen die „Friedens“-Bedingungen der Siegermächte. Scheidemann verkündet, der Versailler Vertrag sei „unannehmbar“, „unerträglich“ und: „Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in solche Fesseln legt?“
- 22./23. Juni 1919 Die Nationalversammlung erklärt sich unter dem Druck der Entente doch mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden, der den Keim eines neuen Krieges in sich barg.
31. Juli 1919 Nach einer Mammutsitzung, die von 10 bis 21 Uhr dauert, nimmt eine Mehrheit von 262 Abgeordneten gegen die Stimmen der DNVP, der DVP und der USPD die neue „Verfassung des Deutschen Reiches“ an, die am 11. August mit der Unterzeichnung durch Ebert in Kraft tritt.
21. August 1919 Die Nationalversammlung führt ihre 84. und damit zugleich ihre letzte Sitzung in Weimar durch. Sie übersiedelt nach Berlin und veranstaltet dort noch weitere 87 Sitzungen.
18. Januar 1920 Die Nationalversammlung verabschiedet das Betriebsrätegesetz, mit dessen Hilfe der Rätegedanke auf den Bereich der Interessenvertretung der Arbeiter in den Betrieben beschränkt und die Räte in Organe der Arbeitsgemeinschaftspolitik umgewandelt werden sollten.
13. März 1920 Die Organisatoren des berüchtigten Kapp-Putsches erklären die Nationalversammlung für aufgelöst.
18. März 1920 Im Saal des Kunstgebäudes zu Stuttgart tritt die Nationalversammlung zusammen. Einige Abgeordnete der Rechtsparteien „entschuldigen“ ihr Fernbleiben mit fadenscheinigen Begründungen! Die Mehrheit verurteilt das militaristisch-monarchistische Abenteuer von Kapp und Lüttwitz, in gleichem Atemzug jedoch auch den Generalstreik der deutschen Arbeiterklasse, der dem Putschisten-Spuk ein rasches Ende bereitere.
21. Mai 1920 Auflösung der Nationalversammlung. Zwei Wochen später wird ein Reichstag gewählt, in dem die bürgerlichen Parteien über eine noch größere Mehrheit als in der Nationalversammlung verfügen. In der neuen Regierung ist die SPD nicht mehr vertreten.

Ein Gespräch zwischen dem militaristisch-faschistischen General Ludendorff und dem DDP-Mitglied Professor Max Weber (Mai 1919)

Ludendorff: Da haben Sie ja nun Ihre gepriesene Demokratie! Sie und die Frankfurter Zeitung sind daran schuld! Was ist denn nun besser geworden?

Weber: Glauben Sie denn, daß ich die Schweinerei, die wir jetzt haben, für Demokratie halte?

Ludendorff: Wenn Sie so sprechen, können wir uns vielleicht verständigen.

Weber: Aber die Schweinerei vorher war auch keine Monarchie.

Ludendorff: Was verstehen Sie dann unter Demokratie?

Weber: In der Demokratie wählt das Volk seinen Führer, dem es vertraut. Dann sagt der Gewählte: „Nun haltet den Mund und pariert.“ Volk und Parteien dürfen ihm nicht mehr hineinreden.

Ludendorff: Solche ... Demokratie“ kann mir gefallen.

Auch die Weimarer Nationalversammlung trat die Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes mit Füßen. Sie half, die politische Macht der Bourgeoisie vollends wiederherzustellen; sie schneiderte der alten Kapitalherrschaft ein neues Gewand, hinter dem sich Betrug und Gewalt in profitversprechender Eintracht entfalteten.

Schon 1921 spottete Erich Weinert: „Und eh’ man sich versehn, war weit und breit auf einmal wieder gute, alte Zeit ...“.

Die römischen Patrizier wie die mittelalterlichen Feudalbarone, die englischen Kavaliers wie die amerikanischen Sklavenhändler, die walachischen Bojaren wie die Lyoner Seidenfabrikanten sie haben alle Ströme von Blut vergossen, sie sind über Leichen, Mord und Brand geschritten, sie haben Bürgerkrieg und Landesverrat angestiftet, um ihre Vorrechte und ihre Macht zu verteidigen.

Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Sproß der Ausbeuterklasse die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte

der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkriege an den Tag gelegt hat. Sie wird Himmel und Hölle gegen das Proletariat in Bewegung setzen. Sie wird das Bauerntum gegen die Städte mobil machen, sie wird rückständige Arbeiterschichten gegen die sozialistische Avantgarde aufhetzen, sie wird mit Offizieren Metzereien anstiften, sie wird jede sozialistische Maßnahme durch tausend Mittel der passiven Resistenz lahmzulegen suchen, sie wird der Revolution zwanzig Vendeen auf den Hals hetzen, sie wird den äußeren Feind, das Mordeisen der Clemenceau, Lloyd George und Wilson als Retter ins Land rufen - sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln als freiwillig die Lohnsklaverei preiszugeben.

Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 31. Dezember 1918

Karnevalistische Verfassungsfassung
Erich Weinert, 1925

Artikel 1

Das deutsche Reich ist eine Republik. (Nichtgewünschtes bitte zu streichen.) Die Staatsgewalt geht öfter aus.

Artikel 3

Die Reichsfarben sind freibleibend und werden täglich durch den Rundfunk bekanntgegeben.

Artikel 5

Die Staatsgewalt (sofern eine da ist) wird von dem ausgeübt, der sie gerade hat.

Artikel 29

Der Reichstag verhandelt öffentlich die heiligsten Güter.

Artikel 102

Die Richter sind unabhängig von jedem Rechtsgefühl.

Artikel 111

Jeder Deutsche hat das Recht, sich in einem beliebigen Zuchthaus des Reiches aufzuhalten.

Artikel 130

Die Beamten sind Diener der Gesamtheit oder einer Partei.

Artikel 152

Reichsgeschäfte, die gegen die guten Sitten verstoßen, sind wichtig.

Artikel 153

Eigentum verpflichtet zu mehr.

Flucht nach Weimar 1918/19. illustrierte historische Hefte 25. Berlin 1981. 44 S. [Alle Fotos und Faksimile wurden weggelassen.]

Am historischen Wendepunkt

Nichtproletarische Demokraten stritten gegen Militarismus und Faschismus und erstrebten ein deutsches Vaterland, in dem das Volk der Souverän sein sollte und die Menschen brüderlich zusammenlebten. Sie träumten von der politischen Selbstverwirklichung des Menschen und der Möglichkeit für ihn, alle seine Fähigkeiten und Talente uneingeschränkt zu entfalten. Erst mit der Erfüllung der historischen Mission der Arbeiterklasse nahmen diese Ideale Gestalt an. In der Deutschen Demokratischen Republik, dem sozialistischen deutschen Staat der Arbeiter und Bauern, wurde lebendige Wirklichkeit, was aufrechte Demokraten ersehnt und wofür sie seit langem in scheinbar aussichtslosem Kampf gegen übermächtige Gegner gestritten hatten. Die Wende, die mit der Gründung der DDR in der Geschichte des deutschen Volkes herbeigeführt wurde, bedeutete auch den Beginn der sieghaften Vollendung des komplizierten, widersprüchlichen, aber dennoch kontinuierlichen Entwicklungsprozesses der nichtproletarischen Demokraten. Auch ihr progressives Vermächtnis wurde auf einer neuen, höheren Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung endlich verwirklicht.

Unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei wurden die nichtproletarischen Demokraten zu einer Kraft, die den Sozialismus in der DDR mitgestaltet. Der historische Prozeß der Befreiung und Selbstbefreiung der werktätigen Bauern, der städtischen Mittelschichten und der Intelligenz begann damit, daß die revolutionäre Arbeiterbewegung nach der Zerschlagung des Faschismus durch die Sowjetunion und der mit ihr in der Antihitlerkoalition verbundenen Mächte das gesamte werktätige Volk um sich scharte und „Menschen der verschiedensten Klassen und Schichten mit auf den neuen Weg nahm“.¹

Die von der revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse entwickelte und in erbitterten Klassenschlachten erprobte antifaschistisch-demokratische Strategie führte folgerichtig zum Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945.² Die Partei wandte sich an alle Klassen und Schichten, die unter dem Faschismus gelitten hatten und nun nach Wegen aus der von diesem verursachten nationalen Katastrophe suchten. „Da der Faschismus die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals war, galt es, die Eckpfeiler des imperialistischen Systems zu vernichten.“³ Der Hauptstoß richtete sich daher gegen die Monopolbourgeoisie und das Junkertum. Die für die Herbeiführung eines breiten Bündnisses aller demokratischen Kräfte zentralen Punkte des Aufrufs der KPD bestanden darin, daß das private Eigentum an Produktionsmitteln in der antifaschistisch-demokratischen Phase des revolutionären Prozesses, auf den die Arbeitspartei orientierte, nicht generell in Frage gestellt wurde – vorausgesetzt natürlich, die Eigentümer waren keine Naziaktivisten und haften sich keiner Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht.

Der zweite entscheidende Punkt war der, daß die KPD erklärte, sie strebe die „Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen Rechten und Freiheiten für das Volk“⁴ an, wobei sich diese Republik von der Weimarer Republik prinzipiell unterscheiden sollte. Wie sich zeigte, entsprachen die Leitlinien antifaschistisch-demokratischer Politik im wesentlichen den Lehren und Erfahrungen, die zahlreiche nichtproletarische Werktätige damals aus der Geschichte und aus eigenem politischem Erleben zogen. Diese Schlußfolgerungen für eine neue Politik lassen sich so zusammenfassen⁵: Beseitigung des Monopoleinflusses auf Wirtschaft und Politik; Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte zum Wohle des Volkes und Preisgabe der illusionären Vorstellung, es könne eine Politik des „dritten Weges“ betrieben werden. Und weiter: Bekämpfung und Ausrottung allen faschistischen und militaristischen Gedankengutes Erziehung des Volkes zu demokratischer Gesinnung, Demokratisierung der

¹ Aufruf zum 30. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, Neues Deutschland v. 18.11.1977 (Ausgabe B).

² In: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Mai 1945-April 1946, Berlin 1959.

³ Geschichte der SED. Abriß, Berlin 1978, S. 82.

⁴ In: Dokumente und Materialien, a. a. O., S. 18.

⁵ Vgl. Aufruf der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, ferner Aufruf der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, in: Die Programme der politischen Parteien im neuen Deutschland, Berlin 1945, S. 11 ff. u. 7 ff.

Volksbildungseinrichtungen der Universitäten und Hochschulen sowie demokratische Umgestaltung der Justiz. Übereinstimmend wurde die politische und moralische Pflicht des deutschen Volkes hervorgehoben, die vom Faschismus in fast allen europäischen Ländern angerichteten materiellen Schäden wiedergutzumachen.

Es wurde 1945 offenbar, daß ökonomische und politische Faktoren wirkten, die die nichtproletarischen Kräfte des deutschen Volkes nach links drängten. Das erinnerte an die Situation Rußlands im 1. Weltkrieg, aus der Lenin abgeleitet hatte, sie bilde „die objektive Grundlage für die volle Möglichkeit eines Sieges der demokratischen Revolution“.⁶ Ausgehend von den Hinweisen Lenins gelang es den deutschen Kommunisten, die Mehrheit dieser nichtproletarischen Kräfte – Bauern, städtische Mittelschichten Intelligenz und sogar Teile der nichtmonopolistischen Bourgeoisie – für eine Politik zu gewinnen, die darauf zielte, das deutsche Volk aus der nationalen Katastrophe herauszuführen und ein neues, antifaschistisch-demokratisches Deutschland aufzubauen.

Es läßt sich feststellen, daß der revolutionäre Prozeß keinesfalls in unserem Lande hätte siegen können, wenn die Arbeiterklasse und ihre Partei „nicht imstande gewesen wäre[n], die Mehrheit der nichtproletarischen werktätigen Massen auf ihre Seite zu ziehen“.⁷

Als entscheidende Voraussetzung für die Formierung und zunehmende Stabilität des Bündnisses erwiesen sich die sofortige Herstellung der Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien und der bald einsetzende Prozeß der Vereinigung von KPD und SPD auf revolutionärer Grundlage. „Dadurch wurde die Arbeiterklasse befähigt, ihrer historischen Verantwortung gerecht zu werden. Sie schloß ein festes Bündnis mit allen anderen Klassen und Schichten und vermochte es, das werktätige Volk zu einen. Ohne dies alles wären der Aufstieg unseres Landes aus dem Chaos der ersten Nachkriegszeit ... ebensowenig möglich gewesen wie die Erfolge des Aufbaus.“⁸ Von ausschlaggebender Bedeutung für den revolutionären Kampf war insbesondere das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern. Es entwickelte und festigte sich mit dem Voranschreiten der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Die politisch bewußtesten werktätigen Bauern wurden Mitglied der Arbeiterpartei; weitere fortschrittliche Bauern organisierten sich später in der Demokratischen Bauernpartei.

Das breite Bündnis wurde auf unterschiedliche Weise verwirklicht. So in der Gestalt, daß sich KPD und SPD sowie LDPD und CDU, die beide im Sommer 1945 entstanden waren, zu einem Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien zusammenschlossen, zum weiteren durch die gemeinsame Arbeit in solchen demokratischen Organisationen wie dem Kulturbund, dem Demokratischen Frauenbund Deutschlands und der Freien Deutschen Jugend. In den Selbstverwaltungsorganen und in zahlreichen Ausschüssen und Komitees schließlich lernten nichtproletarische Werktätige Vertreter der Arbeiterklasse als leidenschaftliche Sachwalter der Interessen des Volkes kennen.

In den Jahren der Weimarer Republik hatten die klassenbewußten Arbeiter unter Führung der KPD in grundsätzlichen Opposition zur bürgerlichen Gesellschaft gestanden, jetzt befanden sie sich an der Spitze der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung des Landes. Diese Erfahrung bedeutete für viele Bauern, für Angehörige der städtischen Mittelschichten und der Intelligenz ein Grunderlebnis, das fortan ihre politische Haltung wesentlich bestimmte. Von besonderer Bedeutung waren auch die demokratische Bodenreform und der Volksentscheid in Sachsen zur Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten. Mobilisiert und geführt von der Arbeiterklasse wirkten beträchtliche Teile der nichtproletarischen Werktätigen aktiv daran mit, Monopole und Großgrundbesitzer zu entmachten und die Herrschaft des Volkes zu errichten.

Von fundamentaler Bedeutung für die Bündnispolitik blieb, daß sich der revolutionäre Prozeß in unserem Lande zwar konsequent und rasch vollzog, aber doch Schritt für Schritt. Die nichtproletarischen Demokraten erhielten so Gelegenheit an Schnittpunkten der Entwicklung gleichsam Atem zu holen, die Lage zu analysieren, ihr politisches Verhalten zu überprüfen und entsprechend den Um-

⁶ W. I. Lenin: Werke, Bd. 21, S. 426.

⁷ Derselbe: Werke, Bd. 30, S. 64.

⁸ Erich Honecker, Großes in 30 Jahren erreicht, große Ziele für die Zukunft, Neues Deutschland v. 7.10.1979.

ständen neu zu bestimmen. Die Kontinuität des revolutionären Prozesses verhinderte auch, daß sich das in der Natur bürgerlichen Kräfte wurzelnde Verlangen nach „Ruhe“, nach „Beharren“ und „Sich-einrichten-wollen“ zu entfalten vermochte. „Den schwankenden kleinbürgerlichen Demokraten helfen, sie dem Einfluß der Liberalen entreißen, das Lager der Demokratie gegen die konterrevolutionären ... Rechten zusammenschließen“⁹, fixierte Lenin den Inhalt marxistisch-leninistischer Bündnispolitik. Das galt sinngemäß für die Blockpolitik Sie zielte nicht zuletzt darauf, „alle übrigen demokratischen und politischen oppositionellen Elemente vorwärts [zu] stoßen“, um sie schließlich „zum unwiderruflichen Bruch mit der gesamten politischen und sozialen Ordnung“¹⁰ des Kapitalismus zu führen.

Im Verlaufe der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung gewannen die nichtproletarischen Demokraten allmählich Einsichten, die sie näher an die revolutionäre Arbeiterbewegung heranführten; ihr Demokratismus begann qualitativ neue Elemente in sich aufzunehmen er wurde konsequenter und kämpferischer Ein neuer politischer Realismus reifte und prägte sich aus, der insbesondere in einem neuen Verhältnis vieler nichtproletarischer Demokraten zur Sowjetunion seinen Ausdruck fand, je bewußter ihnen wurde, daß seit dem Sieg der russischen Arbeiter und Bauern 1917 gesellschaftlichen Fortschritt stets Fortschritt in sozialistischer Richtung war, desto entschiedener vermochten sie ihre historische Perspektive als Verbündete der Arbeiterklasse zu erkennen. Die qualitativen Veränderungen, die sich im politischen Denken inzwischen vollzogen hatten, widerspiegelten mit besonderer Eindringlichkeit die im August 1949 beschlossenen neuen Grundsätze für die Arbeit des demokratischen Blocks.¹¹ Die mit der SED verbündeten Parteien bekannten sich programmatisch zur Freundschaft mit der Sowjetunion als der „führenden Macht im Kampf zur Verteidigung des Weltfriedens“ sowie zur Oder-Neiße-Grenze. Anerkannt wurden auch das Volkseigentum und der Übergang zur Planwirtschaft Die Blockgrundsätze reflektierten die Fähigkeit nichtproletarischer Demokraten, aus Geschichte und Politik weitergehende Lehren zu ziehen und damit die Möglichkeiten, bürgerliche Kräfte im Verlaufe des revolutionären Prozesses unter Führung der Arbeiterklasse „vorwärtzustoßen“, wie Lenin gesagt hatte.

In beiden bürgerlich-demokratischen Parteien begegnen uns in der Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung einflußreiche Kreise, die zwar gegen Hitler waren, aber ihr Ziel „in der Errichtung eines von der Bourgeoisie beherrschten Staates“¹² sahen. Andere demokratische Politiker erstrebten die Ausschaltung der Monopole, verbanden das aber mit der Vorstellung, zum Kapitalismus der freien Konkurrenz zurückzukehren. So wurde im Zusammenhang mit den ersten revolutionären Maßnahmen zur vollständigen Entmachtung der Monopole und der Durchsetzung der Hegemonie der Arbeiterklasse deutlich, daß „die verschiedenen Klassen ... sich zum Kampf für die Freiheit verschieden verhalten und nicht die gleiche Freiheit anstreben“.¹³ Die sich unvermeidlich entwickelnden Widersprüche konnten indessen das Bündnis nicht sprengen; einerseits weil die bourgeoisen Kräfte in erbitterten Auseinandersetzungen geschlagen wurden, andererseits weil die nichtproletarischen Demokraten unter den Bedingungen der Hegemonie der Arbeiterklasse nicht nur nicht ihrem Demokratismus die Treue zu halten vermochten, sondern in einem solchen Maße neue Erkenntnisse gewannen, daß sie schließlich nach dem Übergang zur sozialistischen Phase des revolutionären Prozesses zunehmend bürgerliche Positionen überwandten. Damit fand die Feststellung Lenins ihre Bestätigung, daß die zwiespältige Natur des nichtproletarischen Demokratismus mit dem Fortschreiten der Revolution aufgehoben werden kann.

Die Formierung und Entfaltung der Nationalen Front war hierbei von besonderer Bedeutung. In den Ausschüssen und Gremien dieser Volksbewegung wurden zahlreiche kleine und mittlere Bauern, viele Angehörige der Intelligenz, Handwerker und Gewerbetreibende, aber auch demokratisch gesinnte Fabrikanten, Großhändler und Großbauern tätig. Durch das unmittelbare Zusammenwirken mit Vertretern der revolutionären Arbeiterbewegung fanden im Verlaufe des revolutionären Prozes-

⁹ W. I. Lenin: Werke, Bd. 21, S. 426.

¹⁰ Derselbe: Werke, Bd. 2, S. 339.

¹¹ Politische und organisatorische Grundsätze für die Arbeit des Demokratischen Blocks, in: LDP-Informationen Nr. 18/1949, S. 293.

¹² Geschichte der SED, a. a. O., S. 92.

¹³ W. I. Lenin: Werke, Bd. 16, S. 304.

ses viele von ihnen ein neues Verhältnis zur Arbeiterklasse und ihrer Partei; sie lernten, den reaktionären und aggressiven Charakter des Imperialismus zu durchschauen, und überwandene illusionäre Vorstellungen von der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie in der Weimarer Republik.

In den fünfziger Jahren entwickelte sich die Nationale Front zur sozialistischen Volksbewegung, in der sich Bürger unterschiedlicher sozialer Herkunft, Stellung und Weltanschauung unter Führung der SED für die Stärkung der Arbeiter- und Bauernmacht und den Aufbau des Sozialismus tatkräftig einsetzten. So gelang es, Verbündete dauerhaft zu gewinnen, „die sich nie und nimmer im voraus für die Herrschaft des Proletariats aussprechen, die Voraussetzungen und Aufgaben dieser Herrschaft nicht verstehen und sich erst später aus eigener Erfahrung von der Unerläßlichkeit der Richtigkeit und Gesetzmäßigkeit der proletarischen Diktatur überzeugen“.¹⁴

Bestandteil der revolutionären Umwälzung in unserem Lande war also der Differenzierungs- und Wandlungsprozeß der nichtproletarischen Werktätigen. Indem sie halfen, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern, veränderten sie sich selbst. Je weiter dieser Prozeß fortschritt, desto bewußter wurde ihnen auch, daß die Politik, die sie mittrugen, in den progressiven Traditionen der deutschen Geschichte wurzelte.

Während der im Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 enthaltene Hinweis¹⁵ auf die Revolution von 1848 beispielsweise in der LDPD anfangs kaum Resonanz fand, traten drei Jahre später die den antifaschistisch-demokratischen Kurs der Partei bestimmenden Kräfte unter ausdrücklicher Berufung auf dieses revolutionäre Erbe reaktionären Elementen entgegen, die die Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden sprengen und damit das Bündnis überhaupt zerstören wollten. Nichtproletarische Demokraten, die sich 1948 in der NDPD organisierten, knüpften bewußt an die Traditionslinie an, die mit dem antifaschistischen Kampf und den demokratischen Zielsetzungen des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ verbunden ist.

Jeder revolutionäre Schritt, den die Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei tat, um ihre Lebensinteressen zu verwirklichen, war zugleich immer ein Schritt zur Befreiung der mit ihr verbündeten sozialen Schichten und politischen Kräfte. Durch die zielstrebige und differenzierte Bündnispolitik der SED konnten breite nichtproletarische Massen in die antifaschistisch-demokratische Umwälzung einbezogen und zum Sozialismus geführt werden. Aus politisch Machtlosen unter kapitalistischen Bedingungen wurden Machtausübende an der Seite der Arbeiterklasse in der DDR. Sie erfuhren, daß wirklich volksverbundene Politik, ehrliches Friedensstreben, wahrhaftige Demokratie, nationale Selbstbestimmung und nicht zuletzt auch die Selbstverwirklichung des Menschen nur dort ihre Erfüllung finden, wo die Arbeiterklasse und das werktätige Volk herrschen.

Das Erkennen des „historischen Berufes“ der Arbeiterklasse und der daraus resultierenden Rolle der revolutionären Arbeiterpartei war das zentrale Problem des Wandlungsprozesses der nichtproletarischen Demokraten. Erst das Begreifen der Objektivität der gesellschaftlichen Rolle der Arbeiterklasse machte sie endgültig frei von gesellschaftlichen Illusionen, von Selbstüberschätzung und politischem Aberglauben, machte ihnen die sich ebenso objektiv stellenden Aufgaben bewußt, ließ sie sich auf den Standpunkt ihrer zukünftigen Interessen stellen. So reifte im Verlaufe des revolutionären Prozesses die politisch-moralische Einheit unseres Volkes. „Wenn heute sozialistischer Patriotismus und proletarischer Internationalismus, der Geist der Völkerfreundschaft und der antiimperialistischen Solidarität in unserem Lande so fest verbreitet und so fest verwurzelt sind, dann ist dies eine unserer kostbarsten Errungenschaften“, erklärte Erich Honecker anläßlich des 30. Jahrestages der Gründung der DDR.¹⁶ Das erreicht zu haben ist auch das Verdienst der nichtproletarischen Demokraten, die an der Seite der revolutionären Arbeiterklasse standhaft und opferbereit für die Sache des werktätigen Volkes und für die Erneuerung der Nation gestritten haben.

Deutsche Demokraten. Die nichtproletarischen demokratischen Kräfte in der deutschen Geschichte von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke. Akademie-Verlag Berlin 1981, Kapitel VI, S. 317-386.

¹⁴ Derselbe: Werke, Bd. 30, S. 264.

¹⁵ In: Dokumente und Materialien, a. a. O., S. 18.

¹⁶ Erich Honecker, a. a. O.

Die braune Saat hat in der BRD fruchtbaren Boden

Die Nachricht erschüttert und empört: Da erhält einer, der den Faschismus aus konservativ-reaktionärer Nähe heraus unverfroren rechtfertigt, einen Literaturpreis. Dieser wiederum trägt den Namen eines aufrechten Antifaschisten, der sich mutig brauner Barbarei und Kriegspolitik entgegengestellt hat, den Namen Thomas Manns. Der durch den CDU-Senat der Stadt Lübeck „Geehrte“ heißt Joachim C. Fest. Er ist Mitherausgeber der führenden großbürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und betätigt sich als historisierender Journalist. Den Preis erhielt er für seine 1200 Seiten umfassende Hitler-Biographie, die bereits vor acht Jahren erschienen ist und zu einem Höhepunkt der bekannten nostalgischen, den Neonazismus kräftig fördernden „Hitler-Welle“ wurde. Die damaligen Einwände gegen Grundtendenz und Hauptaussagen, gegen Ziele und Mittel des voluminösen Machwerks glichen einem Sturm des Protestes. Selbst bürgerliche Fachvertreter nahmen gegen den Versuch Stellung, Hitler aus dem gesellschaftlichen System des Kapitalismus herauszunehmen und ihn zu „entdämonisieren“. Den Faschismus machte Fest zu einem Ergebnis der Ängste des Volkes, um das Monopalkapital von seiner historischen Verantwortung entlasten zu können.

Erneut ist also das Erbe eines großen Humanisten und des gesamten Antifaschismus mißbraucht worden. Wo dies geschehen kann und wo gleichzeitig antikommunistische Feindseligkeit zum tragenden Moment einer weltmachtbesessenen Konfrontationspolitik gemacht wird, geht die Saat des Neofaschismus gewaltig auf. Wo blindwütiger Antisowjetismus als dominierende Variante übelster Verdummungsdemagogie reift, kann der Neofaschismus kräftige Blüten treiben.

Die konservativen Kreise der CDU/CSU wollten wahrscheinlich weniger Joachim Fest ehren – das hätten sie wahrlich schon etwas früher tun können. Sie wollten ganz offensichtlich zum jetzigen Zeitpunkt die in den letzten Jahren gewachsene Front zahlreicher Bürger und Organisationen der BRD gegen den Neonazismus treffen, zumal sich die Front der Antifaschisten inzwischen sehr eng mit dem breiten Strom der Friedensbewegung verbunden hat. Es mißfällt diesen Herren, die gerade in jüngster Zeit den neuen Faschismus so gern als Hilfsmittel und als zusätzlichen Faktor zur „Massendisziplinierung“ nutzen wollen, daß sich kürzlich sogar einzelne Behörden dazu gezwungen sahen, neonazistische Wehrsportgruppen zu verbieten und deren randvolle Waffenlager auszuheben. Zwar bedienen sich die Behörden dabei nur der weichen Samthandschuhe, doch schon das geht den Rechtskonservativen zu weit. Wer so wie sie die imperialistische Hochrüstungspolitik betreibt und selbst eine weltweite nukleare Konfrontation anstrebt, dem ist jedes Mittel recht, der fördert auch die offen terroristischen, die extrem friedensfeindlichen Kräfte. Wer aggressive Erstschlagskonzeptionen gegen die sozialistischen Länder vertritt, der zahlt auch gern den Preis für die Lobpreisung eines Führers der militantesten, verbrecherischsten Antikommunisten vergangener Tage.

Dem Skandal von Lübeck folgte übrigens am 14. Januar dieses Jahres ein laubstarker Protest der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen eine Andeutung des Bundeskanzlers zu den Wirkungen einer bösen Sprache alter Nazis über die Polen, die Russen und über die Bundesregierung. Ein Gegensatz? Nein, die Preisverleihung entlarvt das rüpelhafte Auftreten als gewolltes und biedermännisches Spektakel zur Ablenkung vom immer offensichtlicher werdenden Zusammenspiel des heutigen Rechtskonservatismus und der noch weiter rechts Stehenden. Gegen den Neonazismus wird von den Rechten nichts unternommen; das zeigte auch die Fragestunde des BRD-Bundestages am 25. November 1981, als die in der Lüneburger Heide aufgedeckten neonazistischen Waffenarsenale zur Debatte standen und kein einziger Unionsabgeordneter eine sachdienliche Bemerkung beizusteuern wußte.

1937 sprach Thomas Mann, als er auf den Entzug der Würde eines Ehrendoktors der Bonner Universität antwortete, von der notwendigen Erfüllung „ungeheurer und dringender Aufgaben des Friedens“. Es sei eine grundlegende Tatsache, daß „der Krieg nicht mehr erlaubt“ und „unstatthaft“ ist. Wer heute in diesem Geiste handelt und schreibt, dem würde ein Thomas-Mann-Preis gebühren. Beim Hitler-Biographen Joachim C. Fest ist das nicht der Fall.

Volkswacht, 21.01.1982, S. 4.

Geschichtliche Erfahrungen sind produktiv und nutzbar

„Politik ist die sich in der Gegenwart vollziehende Geschichte. Man muß dem Wesen der Geschichte nahekommen versuchen, wenn man das Wesen der Politik verstehen will.“ Diese Worte Ernst Thälmanns charakterisieren in prägnanter Weise das Verhältnis von Geschichte und Politik. Sie sind für mich wie auch für das Kollektiv der Hochschullehrer und Mitarbeiter unserer Sektion gleichsam ein Leitmotiv der Arbeit auf allen Gebieten, sei es Erziehung und Ausbildung, sei es die geschichtswissenschaftliche Forschung oder die geschichtspropagandistische Tätigkeit.

Der Auftrag an unsere Historiker

Aus den objektiven Anforderungen des Ringens um die Durchsetzung des historischen Fortschritts, um die Eingrenzung und Überwindung aller Hemmnisse im Prozeß der Realisierung historischer Gesetzmäßigkeiten, leiten wir gegenwärtig in gründlicher Diskussion der vom X. Parteitag und vom 3. Plenum gestellten Forderungen neue Aufgaben für uns ab. Obwohl die Geschichte keine Patentrezepte bietet und sich nicht einfach wiederholen kann, sind geschichtliche Erfahrungen und Lehren produktiv und sinnvoll nutzbar. Marxistisch-leninistische Historiker haben sich in diesem Sinne immer auch als Politiker ihrer Partei verstanden. Sie trügen stets dazu bei, mit dem Nachweis der grundlegenden Bewegungsgesetze in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft den Kampf der Partei zu unterstützen und jene Kraft zu stärken, die in unserer Epoche zum Sozialismus führt, die den wichtigsten Faktor im Ringen um die Erhaltung und Sicherung des Friedens darstellt.

Neue Aufgaben – das spricht sich relativ leicht aus. Aber auch wir haben die Erfahrung machen können, daß jeder wirklich dann die neuen Aufgaben erkennt und vor allem den neuen Anforderungen gerecht wird, wenn er sich voll und ganz mit diesen identifiziert, wenn er seinen spezifischen Beitrag zur Lösung der wichtigsten Fragen der Gegenwart zu leisten bereit ist. Aus einem solchen Verständnis heraus gehen wir an die inhaltliche Vorbereitung der im September 1982 beginnenden fünfjährigen, Ausbildung unserer Lehrerstudenten. Mit neuen Konzeptionen für alle Lehrveranstaltungen sollen jedoch nicht nur die notwendigen qualitativen Veränderungen erreicht, sondern auch die zahlreichen zusätzlichen Aufgaben durch die vorhandenen Kräfte erfüllt werden.

Im Frühjahrssemester 1982 wird z. B. erstmalig eine Vorlesung für Hörer aller Sektionen gehalten, die dem aktuellen Thema gewidmet ist: „Geschichte – Frieden – Wissenschaft“. Am 19. Mai 1982 wird sich eine wissenschaftliche Studentenkonzferenz mit den progressiven Traditionen des Friedenskampfes in der Geschichte des deutschen Volkes vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart befassen. Auf dem Gebiet der Forschung konzentrieren wir uns auf drei große Projekte, deren planmäßige Realisierung auf einem hohen theoretischen Niveau zu sichern ist. So soll ein Manuskript zur Geschichte der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien im kapitalistischen Deutschland entstehen, das 2400 Seiten umfaßt.

Mit der endgültigen Fertigstellung des Buches „Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena“ bereiten wir uns zugleich auf den 425. Jahrestag der Gründung unserer Universität vor. Die Erforschung der Geschichte Thüringens – ein Projekt, das wir in Auswertung der V. Hochschulkonferenz und des X. Parteitages zusätzlich in unseren Plan aufgenommen haben – hat begonnen. Parallel dazu leisten wir auch einen Beitrag zur umfassenden Darstellung der Geschichte unserer Bezirksparteiorganisation.

Jeder arbeitet aktiv an neuen Zielen mit

Es ist hier nicht der Platz, um alle Positionen unseres Planes und unseres Wettbewerbsprogramms wiederzugeben. Obwohl die Arbeit umfangreich ist, gehen wir von der Gewißheit aus, unsere hohen Ziele erreichen zu können. Dieser Optimismus resultiert aus dem Vertrauen in Bereitschaft und Fähigkeit jedes einzelnen Mitarbeiters, an der Verwirklichung der Ziele aktiv mitzuwirken, er resultiert auch aus dem ständigen Ringen um eine höhere Qualität und Effektivität der gesamten Leitungsarbeit an unserer Sektion.

Volkswacht, 23.01.1982.

Vorwort

Seit 1971 führen der Wissenschaftsbereich Neueste Zeit II der Sektion Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität und die Arbeitsgruppe „Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen in Deutschland 1917/18-1945“ regelmäßig das Jenaer Faschismus-Colloquium durch. Das 13. Colloquium galt den neuen Tendenzen in der Geschichtsschreibung der BRD und in den „historisierenden“ Bemühungen der Massenmedien, die sich 1982/83 vor allem im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Errichtung der nazifaschistischen Diktatur offenbart hatten. Einige Ergebnisse, über die kurz in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ (H. 6/1984, S. 531) berichtet wurde, finden im vorliegenden Heft ihren Niederschlag. Sie werden durch Beiträge ergänzt, die das Wirken des bürgerlich-demokratischen Antifaschismus zu-gunsten des historischen Fortschritts erhellen und ebenfalls in einem Colloquium behandelt worden sind (siehe „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, H. 8/1982, S. 725 f.). Nicht zuletzt weisen auch die Beiträge von J. Eckhardt, W. Röhl und K. Tenner, die zusätzlich aufgenommen werden konnten, die große Spannweite und Aktualität der Probleme von Faschismus und Antifaschismus, von Krieg und Frieden in den geistigen Kämpfen unserer Zeit aus.

Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte. Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland“ der Sektion Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Nr. 45, Februar 1981, S. 4.

Vorbemerkung

Die Beiträge dieses Heftes entstanden in Vorbereitung und Auswertung eines Faschismus-Kolloquiums, das die Sektion Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität am 17. und 18. September 1979 in Jena durchführte. Es beschäftigte sich mit dem Thema „Die faschistische Ideologie: Grundelemente, Entwicklungstendenzen und Wirkungen“ und galt einem wesentlichen Aspekt in der Erforschung der Geschichte der NSDAP und anderer extrem faschistischer Organisationen. Über Anliegen, Referenten und Ergebnisse ist in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ (Nr. 4/1980, S. 373) berichtet worden. Im gleichen Heft (S. 357-372) erschien auch die Studie von Joachim Petzold „Die objektive Funktion des Faschismus im subjektiven Selbstverständnis der Faschisten“. Diese Studie lag im Entwurf den Teilnehmern des Kolloquiums vor und bildete neben den einleitenden Bemerkungen den Ausgangspunkt einer Diskussion, die noch nicht ab, abgeschlossen betrachtet werden kann und mit dem vorliegenden Heft fortgesetzt werden soll.

Prof. Dr. Manfred Weißbecker

Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte. Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland“ der Sektion Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Nr. 45, Februar 1981, S. 4.

Grundelemente, Entwicklungstendenzen und Wirkungen der faschistischen Ideologie.

Bemerkungen zur Eröffnung des 9. Jenaer Faschismus-Colloquiums am 17. und 18. September 1979

Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland begann in den Reihen aller Antifaschisten eine lebhafte und mehr oder weniger gründliche Suche nach den Ursachen des 30. Januar 1933 und ihrer eigenen Niederlage. Der Kommunist Hans Günther, der 1935 in der Sowjetunion sein auch heute noch lesenswertes Buch unter dem Titel „Der Herren eigener Geist. Die Ideologie des Nationalsozialismus“¹ veröffentlichte, nannte dies die Suche nach jenem „Erreger“, der das Monopolkapital gezwungen habe, den Boden der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie zu verlassen. Er polemisierte dabei nachdrücklich gegen „gewisse Theoretiker aus den Kreisen der falschen Marxisten“, die nach seiner Ansicht das Vordringen des Faschismus ausschließlich als „Vordringen des Finanzkapitals, seine zunehmende Macht und die sie begleitende Reaktion“ charakterisierten. Seine Gegenthese lautete: „Als ob die Ökonomie des Kapitalismus mechanisch und automatisch einen veränderten politischen Zustand aus sich heraus erzeugen könnte! Wir wären Fatalisten, würden wir anerkennen, daß der Faschismus der ‚selbstverständliche‘ oder ‚entsprechende‘ Überbau des Monopolkapitalismus und also eine unvermeidliche Etappe der Entwicklung wäre“. Marx habe, so argumentierte Günther weiter, „nie etwas anderes behauptet, als daß die Ökonomie des Kapitalismus die *objektiven* Voraussetzungen für bestimmte politische“ – und wir können ergänzen: auch für ideologische – „Aktionen schafft“.²

Ich stelle diese Aussage eines marxistischen Antifaschisten bewußt an den Beginn unseres diesjährigen Jenaer Faschismus-Colloquiums, zu dem ich alle Gäste wieder recht herzlich begrüßen möchte.

Die meisten unter uns werden in der eingangs zitierten Aussage zugleich theoretische und wissenschaftlich-politische Grundpositionen widerspiegelt sehen, solche Positionen, die auch wir bei unseren Veranstaltungen 1975 zur Problematik der Funktionen und Wirkungen der faschistischen Ideologie und 1978 zum Verhältnis von Ökonomie und Politik, in gewisser Weise auch 1977 bei der Diskussion über die Rolle der Führer bürgerlicher Parteien übereinstimmend markiert haben. Dennoch handelt es sich um ein beinahe unerschöpfliches Diskussionsthema, vor allem dann, wenn es ins historische Detail geht und konkrete Aussagen, beispielsweise in den einzelnen Artikeln des geplanten dreibändigen Lexikons zur Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen, zu treffen sind. Das gilt sicher auch für den interessanten Beitrag von Joachim Petzold, den er hier zur Diskussion stellt. Für uns sind die von ihm aufgeworfenen Fragen besonders bei der Analyse der Entstehung der einzelnen Parteien und Verbände wichtig. Ganz zweifellos spielen in der Genesis der Organisationen ideologische Faktoren, die Wirkungen von allgemeinen Leitbildern aus „der Herren eigener Geist, den man den Geist der Zeiten heißt“³, individueller Ehrgeiz, persönliches Machtstreben u. ä. m. eine größere Rolle als in der weiteren Entwicklung dieser Organisationen. Ferner sind die Wirkungsmöglichkeiten dieser Faktoren, die das Ökonomische nur letztlich und über viele Vermittlungsglieder widerspiegeln, in kleineren Organisationen von größerem Gewicht als in solchen, die bereits in einem solchen Maße an die Öffentlichkeit getreten sind, daß ihnen fördernde oder ablehnende Aufmerksamkeit der Herrschenden zuteil wird.

Joachim Petzold bezeichnet diese Tatsache mit solchen Formulierungen wie Widerspiegelung der „Grundbedürfnisse“ in „eigentümlicher Wiese“, selbst bis zur „systemabträglichen Eigenständigkeit“, und versucht so den Sinn auch des Blödsinns in der faschistischen Ideologie begreiflich werden zu lassen. Bereits das bietet Stoff in Hülle und Fülle für die Diskussion, deren vornehmste Auf-

¹ Moskau/Leningrad: Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1935, 226 S.

² Ebenda, S. 36.

³ Goethe, Faust Erster Teil, in: Auswahl in drei Bänden, Bd. III, Leipzig 1952, S. 125.

gabe es sein dürfte, die übereinstimmend vertretenen Grundauffassungen zu erhärten und zu präzisieren, überzeugungskräftig darzustellen.

Die Bedeutung des Themas ist unverkennbar, handelt es sich doch in der Geschichtswissenschaft der DDR um ein auffälliges Desiderat. Auch ein sehnsüchtiger Blick des Historikers in die „Deutsche Zeitschrift für Philosophie“ bleibt ergebnislos. Seit Wolfgang Heise⁴ hat es eigentlich nur Tei-
luntersuchungen⁵ zum Gehalt und Wesen einzelner Elemente der faschistischen Ideologie gegeben. Der entsprechende Abschnitt bei Bergner/Mocek ist, obwohl die meisten Aussagen nicht zu bestreiten sind, insgesamt unbefriedigend. Das materialreiche und breit angelegte Buch „Kritik der Ideologie des Neofaschismus“ enthält einige mehr oder weniger pauschale Behauptungen, die wichtige Unterschiede zwischen der faschistischen bzw. neofaschistischen Ideologie und den anderen reaktionären Strömungen beinahe einebnen.⁶

Mit der Feststellung des Desiderats ist das Verdienst der zahlreichen Arbeiten nicht geschmälert, die sich mit Fragen der Verbreitung und der Wirkungsmöglichkeiten der faschistischen Ideologie befassen, die das bewußt organisierte Wechselspiel von Terror und ideologischer Beeinflussung sowie von Korruption und Organisation⁷ analysieren und den Platz der Meinungsmanipulierung im System der faschistischen Diktatur charakterisieren.⁸ In keiner Weise gilt die Kritik dem Beitrag Galkins, den ich für außerordentlich anregend halte.⁹ Sicher werden wir an vielen Stellen unserer Diskussion auf seine Fragen und Problemstellungen zurückkommen. Schließlich möchte ich noch auf die gewichtigen Impulse verweisen, die von Joachim Petzolds letztem Buch¹⁰ ausgegangen sind.

Noch zwingender als das weiße Feld in unserer Kritik der faschistischen Ideologie bewirkt die politische Aktualität, daß die Bedeutung des Themas fast nicht größer sein könnte. In einer Zeit, in der sich der ideologische Kampf zwischen den beiden gesellschaftlichen Systemen zuspitzt, in der ein noch nie dagewesener Kampf um die „Köpfe“ der Menschen entbrannt ist, in der sich viele imperialistische Länder auch durch ihre geistige Rechtsentwicklung und durch eine vielfältig variierte Mobilisierung extrem reaktionärer Ideologien hervortun, um das Wetttrüben hochzupeitschen, in einer solchen Zeit kommt wohl gerade unserem Thema ein besonderer Rang zu.

Bestimmte Anforderungen an unsere Auseinandersetzung mit der faschistischen bzw. neofaschistischen Ideologie ergeben sich vor allem aus ihrer Gefährlichkeit, aus ihren Wirkungen, weniger aus ihren unmittelbaren Inhalten und ihrer theoretischen Substanz. Die Wirkungen der faschistischen Ideologie können nicht primär oder etwa allein aus der Ideologie selbst erklärt werden. Die große Diskrepanz zwischen den theoretischen Anspruch erhebenden konservativ-elitären und den demagogisch-utopischen, für die Massen gedachten Ideen¹¹ innerhalb der faschistischen Ideologie scheint gewissermaßen ein Spezifikum zu sein, des nicht in gleicher Weise für andere Strömungen der bürgerlichen Ideologie zutrifft.

⁴ Aufbruch in die Illusion. Zur Kritik der bürgerlichen Philosophie in Deutschland, Berlin 1964.

⁵ Vgl. als jüngstes Beispiel: Bürgerliche Staatsideologie. Hrsg. von der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR Potsdam-Babelsberg, Berlin 1979, S. 124-144.

⁶ Dieter Bergner/Reinhard Mocek, Bürgerliche Gesellschaftstheorien. Studien zu den weltanschaulichen Grundlagen und ideologischen Funktionen bürgerlicher Gesellschaftsauffassungen, Berlin 1976, S. 284-290; Kritik der Ideologie des Neofaschismus, Berlin 1978, S. 38 f., 48 f. und passim.

⁷ Ernst Engelberg hat zur Erklärung der Massenwirksamkeit des deutschen Faschismus von der „unheiligen Dreieinigkeit von Demagogie, Terror und Erfolgsbestechung“ gesprochen. (Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1975, H. 3, S. 539.) Weitere Überlegungen zu diesen Faktoren sollten berücksichtigen, daß der von den Faschisten erreichte hohe Grad der Erfassung der Bevölkerung in ihrem Organisationssystem sehr viel bewirkte, so daß künftig sogar von vier Faktoren zu sprechen wäre.

⁸ Vgl. den Beitrag von Kurt Pätzold in diesem Heft. Ferner: Klaus Scheel, Meinungsmanipulierung im Faschismus. Die faschistische Propagandamaschinerie – Bestandteil des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in Nazideutschland, in: ZfG 10/1969, S. 1283-1303.

⁹ A. A. Galkin, Die Ideologie des Faschismus und des Neofaschismus, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge 12/1975, S. 1269-1280.

¹⁰ Konservative Theoretiker des Faschismus. Jungkonservative Ideologen in der Weimarer Republik als geistige Wegbereiter der faschistischen Diktatur, Berlin 1978.

¹¹ So A. A. Galkin, a. a. O., S. 1270.

Zweifelloos ist die faschistische Ideologie in einem solchen Maße apriorisch, prinzipienlos, unlogisch und primitiv, daß zu ihrer Entlarvung eine theoretische Kritik nicht ausreicht¹² oder der Gedanke überwiegt, man würde generell die Ideologie, die Weltanschauung, die Theorie diskreditieren, wollte man sie als solche überhaupt behandeln.¹³ Galkin bezeichnet die Existenz apriorischer Grundsätze, die Unvereinbarkeit einzelner Postulate sowie den prinzipienlosen Wechsel der Losungen als wesentliche Merkmale der faschistischen Ideologie. Deshalb habe diese von Anfang an keinem jener Kriterien genügt, „denen nicht nur wissenschaftliche, sondern überhaupt jegliche mehr oder minder konsequente Systeme ideologischer Ansichten entsprechen müssen“. Daraus leitet er die Meinung ab, daß von „einer Ideologie des Faschismus nur sehr bedingt die Rede sein“ könne.¹⁴

Jede Schlußfolgerung aber, eine theoretische Kritik an der faschistischen Ideologie sei daher überflüssig oder von völlig untergeordneter Bedeutung, wäre m.E. falsch und würde zu einer Unterschätzung des ideologischen Kampfes gegen den Faschismus führen. Die faschistische Ideologie stellte und stellt auch ein System politischer, ökonomischer, rechtlicher, pädagogischer, künstlerischer, moralischer u. a. Auffassungen dar, das bestimmte Klasseninteressen zum Ausdruck bringt und entsprechende Verhaltensnormen diktiert. In diesem Sinne würde bereite die Frage, ob es nicht besser sei, statt von der faschistischen Ideologie von der Ideologie der Faschisten bzw. der Neofaschisten zu sprechen, grundsätzliche Probleme aufwerfen. Ein solches Vorgehen würde sicherlich eine unzulässige Einengung bedeuten. Beides, die faschistische Ideologie und die Ideologie der Faschisten, muß nicht identisch sein. Die faschistische Ideologie stellt für mich den umfassenderen, zur richtigen Einbindung des faschistischen Ideengebäudes in die gesamte bürgerliche Ideologie zwingenden Begriff dar. Die faschistische Ideologie ist ein immanenter Bestandteil der bürgerlichen Ideologie in unserer Epoche und zugleich ein Ausdruck der allgemeinen Krise des Kapitalismus seit dem Beginn der Epoche des Übergangs von der bürgerlichen zu einer neuen Gesellschaftsordnung. Sie nimmt einen von uns möglichst exakt zu bestimmenden Platz in der bürgerlichen Ideologie ein. Daraus ergibt sich als wichtigste und generelle Frage die nach einer *konkreten* Darstellung der unvermeidlichen Zusammenhänge zwischen ihr und allen anderen Strömungen der bürgerlichen Ideologie. Die theoretische Kritik an der faschistischen Ideologie hat daher immer und in erster Linie Kritik an der bürgerlichen Ideologie zu sein.

In gewissem Unterschied zu anderen Strömungen der bürgerlichen Ideologie (Liberalismus, bürgerlichem Demokratismus, aber wohl auch zum Konservatismus) läßt sich bei einer Analyse der faschistischen Ideologie die theoretische Kritik nicht von der Kritik der Ideologie-Handhabung und -Anwendung trennen. In diesem Sinne lassen sich die Wirkungsmöglichkeiten der faschistischen Ideologie hauptsächlich aus ihrer Verwurzelung in der bürgerlichen Ideologie, aus ihrer Zugehörigkeit zu dieser, aus dem Zusammenspiel der Hauptströmungen der bürgerlichen Ideologie sowie aus deren Verbreitung erklären.

Hans Günther schrieb in seinem Buch: „Niemals hätten die Nazis mit ihrem Betrugsmanöver des ‚deutschen Sozialismus‘ eine solche Massenwirkung erzielen können, wären dieselben Massen nicht zuvor von der Sozialdemokratie mit einer ganz ähnlichen Sorte von ‚Sozialismus‘ betrogen worden! Ohne den ‚Kriegssozialismus‘ und ‚organisierten Kapitalismus‘ der Hilferding und Co. kein ‚deutscher‘ Sozialismus von Goebbels und Konsorten!“¹⁵ Natürlich: die Anklänge an die Sozialfaschismustheorie¹⁶ sind hier weder zu übersehen noch zu rechtfertigen. Ich halte es jedoch für verstehbar, daß bei einer Untersuchung der Ursachen von 1933 solche Gedanken auftauchen, wenn diese sich vorrangig auf Probleme und Schwächen *in* der Arbeiterbewegung bezieht. Der allgemeine methodologische Ansatz ist jedoch völlig richtig und führt bei einer Analyse aller relevanten

¹² Vgl. Dieter Bergner/Reinhard Mocek, a. a. O., S. 285.

¹³ Vgl. S. F. Oduyev, Auf den Spuren Zarathustras. Der Einfluß Nietzsches auf die bürgerliche deutsche Philosophie, Berlin 1977, S. 201.

¹⁴ A. A. Galkin, a. a. O., S. 1270.

¹⁵ Hans Günther, Der Herren eigener Geist, a. a. O., S. 120.

¹⁶ Vgl. dazu Horst Schumacher, Der VII. Kongreß der KI zu den Aufgaben und Möglichkeiten der sozialdemokratischen Bewegung im Kampf gegen Faschismus und Krieg, in: BzG 1/1979, S. 44 ff.

Faktoren zur These, daß es ohne das breite, in vieler Hinsicht ja auch recht solide Fundament der bürgerlichen Ideologie, ohne deren reaktionäre Strömungen und pseudowissenschaftliche Lehren, keine faschistische Ideologie gegeben hätte. Ohne die massenhafte Verbreitung der bürgerlichen Ideologie, auch bis in die Reihen der Arbeiterbewegung hinein, wäre keine entsprechende Basis für die Verbreitung der faschistischen Ideologie vorhanden gewesen.

Wenn – als Randbemerkung sei dies hier eingefügt – Hans Günther zu kritisieren ist, dann wohl vor allem wegen der Möglichkeit, seine Formulierung, es seien *dieselben* Massen gewesen, die erst der Sozialdemokratie gefolgt und dann dem „deutschen Sozialismus“ erlegen wären, falsch zu interpretieren. Dies ist zu undifferenziert und eine Betrachtungsweise, wie sie ähnlich häufig für den August 1914 bzw. für den „Umschwung“ der Massenstimmung zwischen Juli und August 1914 konstatiert wurde. Fritz Klein ist wohl zuzustimmen, wenn er meint, jene 500.000 Menschen, die im Juli 1914 noch an Anti-Kriegs-Demonstrationen teilnahmen, hätten nichts mit den kriegsbegeisterten Massen vom August zu schaffen und es habe sich um jeweils andere Teile der deutschen Bevölkerung gehandelt.¹⁷

Mit den bisherigen Bemerkungen ist vielleicht die übergroße Breite des Themas unserer Beratung deutlich geworden. Wir sollten uns im Interesse der Ergiebigkeit unserer Diskussion jedoch auf einige Problemkreise beschränken.

Dazu möchte ich neben der erwähnten Grundproblematik des Verhältnisses von Ökonomie, Politik und Ideologie im folgenden noch drei Vorschläge unterbreiten:

Erstens sollte das Problem behandelt werden, welche Grundelemente der bürgerlichen Ideologie zur faschistischen Ideologie gehören, wie deren Merkmale und Strukturen beschaffen sind und welche Konsequenzen sich daraus für die Formierung der Front aller Antifaschisten ergaben. Sicher werden wir unser Geschichtsbild nicht bereichern können, wenn wir bei der Frage stehen bleiben, welches denn die Grundelemente der faschistischen Ideologie gewesen bzw. heute sind. Die Forschung hat bisher wohl genügend Material über den militanten Antikommunismus nach innen und außen, über die terroristische Arbeiterfeindlichkeit, den Kult der Gewalt und des Krieges, den zum Chauvinismus potenzierten bürgerlichen Nationalismus, die pseudorevolutionäre, nach allen Seiten schillern- und hoffnungserweckende Sozialdemagogie¹⁸ und nicht zuletzt auch über den Rassismus vorgelegt bzw. richtungsweisende Ansätze geliefert. Davon werden die Darstellungen zur Geschichte der einzelnen faschistischen Organisationen zweifellos profitieren können. Die Aussagekraft solcher Darstellungen hängt jedoch nicht allein von der richtigen Erfassung des Grundsätzlichen ab. Wir werden immer zu beachten haben, inwieweit die Spezifika der ideologischen Elemente der jeweiligen Partei oder des jeweiligen Verbandes erfaßt sind. Welchen Sinn sollte es beispielsweise haben, wenn wir in den Artikeln über die DAF, SA oder die SS nur das gleiche wie in dem über die NSDAP schreiben? Die Fragestellung geht aber noch weiter. Die genannten Organisationen gehören zum deutschen Faschismus nationalsozialistischer Prägung. Im deutschen Faschismus gab es noch andere, z. T. auch sehr anders geartete Strömungen. Bei einer Darstellung zur Geschichte des Stahlhelms wird künftig mehr zu dessen ideologischer Plattform gesagt werden müssen; unzureichend ist sicher die Einschätzung, es habe „keinen Unterschied zu den Programmen der NSDAP und der SA“ gegeben.¹⁹

Ferner scheint im Rahmen des ersten Problemkomplexes auch die Frage von Interesse zu sein, in welchem Verhältnis die Elemente der faschistischen Ideologie untereinander stehen, welche Widersprüche sich bei dem vielfachen Mit-, Neben- und Gegeneinander von teilweise sehr unterschiedlichen Theorien offenbaren. Dazu gehört die m. W. bisher weitgehend unbeantwortete Frage,

¹⁷ Vgl. Frank Deppe, Georg Fülberth und Jürgen Harrer, Aktuelle Probleme der Geschichtsschreibung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/1979, S. 492.

¹⁸ Wolfgang Heise, S. 319.

¹⁹ Bernhard Mahlke, Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bd. II, Leipzig 1970, S. 660.

wie sich die einzelnen Elemente durch ihre Einbindung in die faschistische Ideologie, durch die Wechselwirkungen mit deren anderen Bestandteilen in ihrer eigenen Substanz und in ihrer qualitativen Wertigkeit veränderten. Anders formuliert: Wie wurden sie von der Führungsclique der Nazis bzw. von einzelnen Nazigrößen entsprechend der konkreten innen- und außenpolitischen Situation und entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen des faschistischen deutschen Imperialismus verändert? Oduév wendet sich m. E. mit Recht gegen solche Auffassungen, in denen dem Faschismus ein „eigenes Ideensystem“ abgesprochen wird und dieses als „bloße mechanische Zusammenstellung oder populäre Wiedergabe“ unterschiedlicher Elemente der bürgerlichen Ideologie bezeichnen. Für ihn besteht das Wesentliche im Übergang von bürgerlicher zu faschistischer Ideologie in der „Integration“ und in der „Methode der Mythenschöpfung“.²⁰

Die Notwendigkeit, sich dazu zu äußern, ergibt sich auch aus unserer Auseinandersetzung mit den wachsenden Tendenzen der Rehabilitierung des Faschismus in der neonazistischen und konservativen Apologetik, im Rechtsentwicklungsprozeß der BRD. Ich möchte dazu nur ein Beispiel aus jüngster Zeit anführen. Ende August d. J. publizierte Hans-Adolf Jacobsen einen Artikel über Karl Haushofer, der sich letztlich – wenn auch noch hinter vielen verbalen Einschränkungen versteckt – um die Auflösung des als vermeintlich charakterisierten „Gleichklangs“ von Geopolitik und Weltanschauung der deutschen Faschisten bemüht. Zwischen Haushofer und den Nazis habe es „gravierende Unterschiede“ gegeben, insbesondere in der „Ziel-Mittel-Relation“. Das ganze mündet in folgende Aussage: Haushofers „Endzielvorstellungen waren – sicherlich ja nach politischer Lage variierend und kühner prognostizierend – mit denen des Nationalsozialismus nicht identisch, mag es auch partielle Gemeinsamkeiten gegeben haben. Der Geopolitiker – dachte in den Kategorien traditioneller imperialistischer Machtpolitik“.²¹ Die Trennung von Imperialismus und Faschismus ist offensichtlich!

So sehr wir alles tun wollen, um den Zusammenhang von Imperialismus und Faschismus auch auf ideologischem Gebiet nachzuweisen, so sehr liegt mir in diesem Zusammenhang aber auch die Frage am Herzen, ob wir unsere These nicht etwas differenzieren und präzisieren müßten, wonach es sich bei der faschistischen Ideologie *nur* bzw. *lediglich* um ein eklektisches Gemisch, um eine einfache Summe aller Strömungen der reaktionärsten bürgerlichen Ideologie handelt und es keinen originären und ideologiegeschichtlich selbständigen Beitrag der Faschisten gäbe.²² Gerade durch die „Integration“ und die „Vermischung“, um bei diesen Begriffen zu bleiben, vollzogen sich nach meiner Auffassung auch gewisse Veränderungen, die als qualitative zu sehen sind. Es wäre gut, wenn wir in unserer Diskussion an einzelnen Beispielen konkret die neue Qualität eines Bestandteils der bürgerlichen Ideologie, wenn dieser zu einem Element der faschistischen Ideologie geworden ist, behandeln würden. Sicherlich wird man zunächst und völlig richtig auf komparatistisch-quantitative Merkmale wie das der Steigerung, der Zuspitzung, der Potenzierung usw. verweisen können. Charakteristisch dürften aber auch solche Merkmale sein wie die Barbarisierung bzw. Enthumanisierung, die Kriminalisierung, der Übergang zu einem bedingungslos-abenteuerlichen und

²⁰ S. F. Oduév, a. a. O., S. 201.

²¹ Hans-Adolf Jacobsen, „Kampf um Lebensraum“. Karl Haushofers „Geopolitik“ und der Nationalsozialismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B. 34-35/79 v. 25.8.1979, S. 27 f. Vgl. auch: Ders., Karl Haushofer – Leben und Werk. 2 Bände, Boppard am Rhein 1979.

²² In diesem Sinne z. B. Georg Mende in: Die deutsche Philosophie von 1917-1945, Berlin 1961, wo es auf S. 70 f. heißt: Die „hitlerfaschistische Ideologie ... war im Grunde nur die Zusammenfassung des reaktionären ideellen Abhubs, der im Kampfe gegen Demokratie und Sozialismus von den reaktionären Klassen während des 19. und 20. Jahrhunderts produziert worden war. Sie war ein eklektischer Mischmasch, der bestenfalls in der Methode – der Verbindung von äußerster Willkür und Phantastik mit raffiniertester Propaganda und Werbetechnik nach dem Motto: Für jeden etwas – originell wäre, wenn diese Methode nicht aus der Werbep Praxis des monopolkapitalistischen Geschäftslebens stammte“. Selten ist dagegen die Meinung zu finden, die Klaus Scheel, a. a. O., S. 1286, vertritt: „Die wichtigsten dieser Elemente, die den geistigen Inhalt der faschistischen Meinungsmanipulierung bestimmten, waren bereits lange vor dem Entstehen der Nazi-Partei entwickelt und propagiert worden. Nun allerdings wurden sie weiter modifiziert und in ihrem reaktionären Gehalt potenziert. Neu war auch ihre bewußte Zusammenfassung zu einem System, das nach der Errichtung der faschistischen Diktatur zur allein herrschenden Staatsideologie erhoben wurde“.

bis zur Forderung nach bereitwilliger Selbstaufgabe reichenden Aktivismus, die völlige Enthemmung gegenüber moralischen Skrupeln vor allem in ihrem mehr als doppelbödigem Verhältnis der Faschisten zu den Massen. Charakteristisch ist sicher vor allem die Mythologisierung, die irrationalistische Verschleierung der imperialistischen Wirklichkeit

Für unsere Diskussion möchte ich in diesem Zusammenhang auch die Frage aufwerfen, ob und inwieweit sich der Rassismus und Antisemitismus des deutschen Imperialismus in der Zeit bis 1918 und teilweise auch danach gerade durch die genannten qualitativen Merkmale vom Rassismus und Antisemitismus der Faschisten unterscheiden, allein schon durch ihre enge Verknüpfung mit dem militanten Antikommunismus nach innen und außen sowie mit dem Führer-Gefolgschafts-Prinzip über die Ergebnisse einer wechselseitigen Durchdringung der wichtigsten Elemente der faschistischen Ideologie zu sprechen, wird bestimmt der Vortrag von Kurt Pätzold genügend Anlaß und Stoff bieten. Vielleicht können wir dabei auch die unterschiedlichsten Akzente in den Meinungen von ihm und Joachim Petzold, wie sie in der Diskussion während unserer Konservatismus-Konferenz deutlich wurden, weiter diskutieren. Zur Erinnerung: Kurt Pätzold sprach sich gegen Auffassungen aus, die die Unterschiede zwischen Konservatismus und Faschismus nivellieren und zu dem Motto passen würden, es sei alles schon einmal dagewesen.²³ Auf jeden Fall stoßen wir aber mit diesem Vortrag direkt zu der notwendigen Auseinandersetzung mit den neuesten Versuchen bürgerlicher Ideologen vor, im Zeichen von „Holocaust“ eine Reduzierung des Faschismus und seiner Ideologie auf den Antisemitismus bzw. sogar nur auf die sog. Endlösung vorzunehmen.

Zweitens scheint in unserer Diskussion das Problem einer klaren begrifflichen und politisch praktischen Unterscheidung zwischen der faschistischen Ideologie und anderen reaktionären, vor allem den konservativen Strömungen der bürgerlichen Ideologie unumgänglich. Wenn ich es richtig sehe, so sind bisher die Gemeinsamkeiten von Konservatismus und Faschismus gründlicher und überzeugender herausgearbeitet worden als die Unterschiede zwischen ihnen.²⁴ Die notwendige Bestimmung der Unterschiede zwischen Faschismus und Konservatismus kann sich auf einige Argumente stützen, die nicht zuletzt auch auf unserer Konservatismus-Konferenz in Jena vom März d. J. vorgebracht worden sind: der Faschismus sei übersteigerter Konservatismus, er stehe nicht wie der Konservatismus auf dem Boden einer bürgerlich-parlamentarischen Ordnung, er sei Ergebnis einer Politisierung und Pragmatisierung konservativer Ideologie, er sei terroristisch, der Konservatismus dagegen nicht usw.

So richtig diese Einschätzungen im einzelnen auch sind, so sehr bedürfen sie m. E. noch der Einordnung in einer Darstellung des historischen Entwicklungsprozesses und der sich dabei jeweils verändernden Bedingungen. Sicher wird auch die Tatsache zu berücksichtigen sein, daß die Unterschiede zwischen Faschismus und Konservatismus im Bereich der Ideologie geringer als im Bereich der Politik, und der politischen Organisiertheit sind. Ferner dürfen wir nicht übersehen, daß sich diese Unterschiede in der Gegenwart durchaus anders darstellen als in den früheren Perioden der Geschichte des Imperialismus.

Drittens möchte ich auf einige Fragen verweisen, die eng mit dem historischen Entwicklungsprozeß der faschistischen Ideologie sowie mit den einzelnen Entwicklungsetappen des frühen, des voll entfalteten, des geschlagenen und des angepaßten Faschismus²⁵ zusammenhängen. Zu diskutieren wäre beispielsweise die These Galkins, wonach sich der hohe Grad an Stabilität sowie die Kontinuität in der Entwicklung des Faschismus von seinen Anfängen bis in die Gegenwart in dessen Ideologie „am deutlichsten verfolgen“ lasse, weil das „Arsenal der für weite Kreise bestimmten sozialen und politischen Ideen ... relativ begrenzt“ sei. Modifikationen hätten sich hauptsächlich auf „politischem

²³ Vgl. Lutz Fahlbusch, Bericht über die Diskussion im Arbeitskreis III, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, H. 44.

²⁴ Vgl. z. B. Karl-Dieter Mühle, Neonazistische Aktivitäten in der BRD und Krise des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems, in: IPW-Berichte 7/1979, S. 5 f.

²⁵ Vgl. Manfred Weißbecker, Zu einigen Ergebnissen, Problemen und Aufgaben der marxistisch-leninistischen Faschismusanalyse, in: Ludwig Elm, Manfred Weißbecker und Eberhard Fromm, Konservatismus – Faschismus – reaktionäres Erbe, Berlin 1979, S. 27.

Gebiet“ vollzogen.²⁶ weiter wäre über die von Reinhard Kühnl genannten Veränderungen in den Inhalten der gegenwärtigen faschistischen Ideologie, speziell in der Herrenrassenideologie, im Antisemitismus und im Pseudosozialismus zu diskutieren.

Insgesamt geht es mir bei diesem Komplex um die Grundlinien einer Darstellung der Geschichte der faschistischen Ideologie. Diese hätte mehr als die üblichen, in der Regel doch sehr statisch angelegten ideologiegeschichtlichen Untersuchungen zu sein und müßte *alle* Perioden in der Geschichte des Imperialismus unter einheitlichen, durchgängigen Aspekten erfassen.

Durch Joachim Petzold, aber auch durch andere Gesellschaftswissenschaftler, ist das Problem der präfaschistischen Ideologie aufgeworfen worden. Zu verweisen ist z. B. auf den Literaturhistoriker Claus Ritter und sein lesenswertes Buch „Start nach Utopolis. Eine Zukunfts-Nostalgie“²⁷, das sich auch mit vielen extrem reaktionären Auffassungen der gesellschaftlich-utopischen Literatur des wilhelminischen Kaiserreiches beschäftigt. Ritter zieht folgendes Resümee: „Das ist nicht übertrieben zu sagen, daß vor 1914 im Deutschen Kaiserreich der Hohenzollern die nationale Variante des Faschismus bereits bis fast ins letzte Detail vorprogrammiert wurde. Würde man nach der utopischen Methode die Frage ‚was wäre, wenn ...‘ beantworten, könnte man behaupten, daß nach einem siegreich beendeten ersten Weltkrieg der ‚nationalsozialistische‘ Staatsstreich mit einem Hohenzollern an der Spitze möglich und erfolgreich gewesen wäre. Man könnte behaupten, daß nur die verheerende Niederlage 1918 den drohenden faschistischen Putsch im Kaiserreich verhindert hat.“ Ferner spricht Ritter von den „monarchofaschistischen“ Entwürfen und Verheißungen des theoretisierenden Germanentums und erklärt: „Ihre Autoren waren schon vor 1914 die Schreibtischtäter des ‚Tausendjährigen Reiches‘. Mit teutonischen Schlagworten begründeten sie in ihren Büchern die ‚Wesentheit‘ zur ‚völkischen Großtat‘ des ‚Blutadels‘ eines kommenden ‚Dritten Reiches‘. Jahrzehnte vor der ‚deutschen Schicksalswende‘ führten sie die ‚Blondrasse‘ in die künftige ‚Blutsprache‘ ein und an die ‚völkische Zukunft‘ heran“!²⁸

Eine solche Art und Weise der Geschichtsbetrachtung und speziell der Ideologiegeschichte geht zu weit und hätte – wollten wir ihr folgen – eigenartige Konsequenzen für die Darstellung solcher reaktionären Organisationen wie des Bundes der Landwirte und des Alldeutschen Verbandes. Extrem reaktionäre Theorien und pseudowissenschaftliche Lehren gab es natürlich nicht erst nach 1917, sondern in Hülle und Fülle auch schon in früheren Zeiten. Dennoch ist es falsch, beispielsweise den Sozialdarwinismus, den Malthusianismus, den Rassismus eines Gobineau oder extreme konservative Auffassungen des 19. Jahrhunderts für sich genommen als faschistisch zu bezeichnen. Ihre Funktion als Vorläufer, als Wegbereiter usw. ist unbestritten. Zu warnen ist jedoch vor voreiligen und in gewisser Weise ahistorischen Schlußfolgerungen. Der Faschismus erscheint zwar nach dem Ende des ersten Weltkrieges keineswegs wie ein göttliches Wesen aus dem Nichts, aber er gehört als Erscheinung in unsere Epoche und stellt eine Erscheinungsform des Imperialismus dar, der tief in der allgemeinen Krise steckt und dem der Sozialismus nicht mehr allein als Idee und Arbeiterbewegung im eigenen Lande gegenübersteht. Natürlich läßt sich die allgemeine Zugehörigkeit des Faschismus zu unserer Epoche nicht schematisch auf den Bereich der Ideologie übertragen, dieser ist aber auch nicht unabhängig davon zu sehen.

Ein besonderer Problemkomplex leitet sich aus der Frage ab, wie sich in einer *bestimmten* Phase der historischen Entwicklung und durch *welche* Kräfte eine Transformation aus den verschiedensten reaktionären „Lernen“ in die faschistische Ideologie vollzieht. Vielleicht wäre es hier tatsächlich richtiger zu sagen: Transformation zunächst zur Ideologie der Faschisten, denn allein dadurch, daß Faschisten die einzelnen Theorien aufnehmen, wurden diese wohl noch nicht zur faschistischen Ideologie. Im Entwicklungsstadium der Transformation, das historisch durchaus nicht nur auf die Jahre unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg zu beschränken ist, trifft zweifellos die Einschätzung, daß die faschistische Ideologie eklektischen Charakter trägt, noch weitgehend zu. Für die Untersu-

²⁶ A. A. Galkin, a. a. O., S. 1269.

²⁷ Berlin 1978.

²⁸ Ebenda, S. 288.

chung der einzelnen Phasen in der weiteren Entwicklung der faschistischen Ideologie bedarf es jedoch m. E. immer der Ergänzung durch die historische Dimension, die beispielsweise Togliatti in seinen „Lektionen über den Faschismus“ anklingen läßt: „Nichts ähnelt mehr einem Chamäleon als die faschistische Ideologie. Wenn ihr die faschistische Ideologie betrachtet, verliert niemals das Ziel aus den Augen, das zu erreichen sich der Faschismus mit einer bestimmten Ideologie in einem bestimmten Augenblick vorgenommen hat“.²⁹

Eine spezielle Situation im Entwicklungsprozeß der faschistischen Ideologie ist durch Bedürfnisse geprägt, sich dem Untergang eines faschistischen Regimes unmittelbar entgegenzustimmen. Wolfgang Schumann hat in seinen letzten ZfG-Artikeln indirekt, aber doch wohl unmißverständlich dazu aufgefordert, die ideologischen Aspekte der Antirevolutionsstrategie und der Strategie des ökonomischen Überlebens des deutschen Imperialismus in den Jahren 1944/45 eingehender als bisher zu erforschen.³⁰

Die Notwendigkeit, sowohl vom eklektischen Charakter als auch von der historischen Entwicklung der faschistischen Ideologie auszugehen, gilt wohl auch für den gegenwärtigen Prozeß der Herausbildung und der Entwicklung einer Ideologie des Neofaschismus. Sicher ist darunter mehr als nur die Rechtfertigung und Verherrlichung der faschistischen Erscheinungen in der 1945 abgeschlossenen Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus und auch mehr als die bloße Wiederaufnahme alter Leitbilder zu verstehen. Bei der Ideologie des Neofaschismus ist m. E. aber eine Besonderheit zu beachten. Diese ergibt sich aus der beinahe totalen Niederlage des Faschismus im zweiten Weltkrieg und aus den Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis nach 1945. Sie muß dem Geschichtsbild einen unwahrscheinlich großen Raum geben, sich darauf konzentrieren und die Ausarbeitung eines eigenen gesellschaftspolitischen und weltanschaulichen Ideensystems vernachlässigen. Mit anderen Worten: Die Transformation von anderen reaktionären Ideologien in die neofaschistische Ideologie steht gegenwärtig nicht im Vordergrund. Dafür sollte unsere Aufmerksamkeit mehr jenen Prozessen gelten, die – z. B. in der Hitler-Welle – in umgekehrter Richtung vor sich gehen. Vieles von dem, was Neonazis in den 50er und 60er Jahren propagierten, stellt heute verbreitetes Gedankengut konservativer Kräfte dar!

Solche und andere Fragen einer Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der faschistischen Ideologie richtig zu erkennen und zu beantworten, heißt heute einen Beitrag zur verstärkten Auseinandersetzung mit der imperialistischen Ideologie sowie zur konkreten Bestimmung der Rolle ideologischer Faktoren in der Geschichte der bürgerlichen Parteien und Verbände zu leisten. In diesem Sinne möchte ich unser Colloquium eröffnen und ihm einen erfolgreichen Verlauf wünschen.

Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte. Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland“ der Sektion Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Nr. 45, Februar 1981, S. 4, S. 5-21.

²⁹ Palmiro Togliatti, Lektionen über den Faschismus, Frankfurt/Main o. J., S. 15.

³⁰ Vgl. Wolfgang Schumann, politische Aspekte der Nachkriegsplanung des faschistischen deutschen Imperialismus in der Endphase des zweiten Weltkrieges, in: ZfG 5/1979; ders., Die wirtschaftspolitische Überlebensstrategie des deutschen Imperialismus in der Endphase des zweiten Weltkrieges, in: ZfG 6/1979.

Generalangriff der Reaktion auf Fortschritt und Frieden

Am 11. Oktober 1931, vor einem halben Jahrhundert, erlebten Einwohner und Gäste des kleinen Städtchens Bad Harzburg – idyllisch an der Radau und unweit vom damals schon nazifaschistisch regierten Braunschweig gelegen – ein politisches Spektakel besonderer Art: Die Elite der Totengräber der Weimarer Republik marschierte auf. Sie formierte sich bei einem Feldgottesdienst, bei einer stundenlangen Parade ihrer uniformierten Legionen und während einer Versammlung im großen Kursaal.

Was unter den reaktionären Monopolherren, Bankiers und Politikern Rang und Namen besaß, war der Einladung des deutschnationalen Politikers und Medien-Monopolisten Alfred Hugenberg gefolgt. Zu den Gästen zählten die Großindustriellen Poensgen, Blohm, Regandanz, Sogemeier, Schlenker und der Bankier Hjalmar Schacht. Die Fraktionen der DNVP und der NSDAP im Reichstag und im Preußischen Landtag waren vollständig erschienen. Zwei Hohenzollernprinzen hatten sich ebenfalls eingefunden. Viele der Teilnehmer, beispielsweise General Lüttwitz, waren im März 1920 aktiv am Kapp-Putsch beteiligt gewesen oder hatten diesen gut geheißsen.

Jetzt wollten sie es erneut und mit etwas anderen Mitteln versuchen. Ihr Ziel bestand im Sturz der Regierung Brüning. Sie wollten selbst an die unmittelbaren Hebel der Macht und geizten nicht mit üblen Beschimpfungen aller revolutionären und progressiven Kräfte in Deutschland. In der Entschließung der Harzburger Front, die sich selbst als „Nationale Opposition“ bezeichnete, wurde die Weimarer Republik als ein Regime des „Bluterrors des Marxismus“ und des „fortschreitenden Kulturbolschewismus“ bezeichnet.

Aber es ging diesen Kreisen um noch mehr. Schaut man sich heute die Dokumente von damals an, offenbaren sich erschreckende Parallelen. Auch damals wurde der Friedensbegriff verfälscht, wurden – 13 Jahre nach dem Ende des ersten Weltkrieges – die Sehnsucht und das Streben der werktätigen Massen nach einem sicheren Frieden mißbraucht. Unter dem Banner des Antikommunismus wollte die in Bad Harzburg angetretene Konterrevolution „der Welt zum wirklichen Frieden verhelfen“.

So lautete ihre Formulierung; im Kern ging es ihr aber nicht um den Frieden, sondern um die Herstellung, eines diktatorisch-faschistischen Regimes in Deutschland, um mit dessen Hilfe neue Schritte hin zu einem zweiten Weltkrieg gehen zu können. Die Versammelten waren sich einig. Sie wollten ein großes Aufrüstungsprogramm durchsetzen, das sie demagogisch als Kampf für die „Wiederherstellung der deutschen Rüstungsgleichheit“ tarnten. Dieser Art von „Nachrüstung“ folgte die Entfesselung des imperialistischen Völkermordens von 1939 bis 1945 durch den deutschen Imperialismus.

Das unmittelbare Ergebnis des Harzburger Treffens war mager. Die verschiedenen Strömungen der Reaktion leisteten zwar einen Rütli-Schwur, aber schon eine Woche später waren die Nazifaschisten aus dem Bündnis ausgebrochen. Die Naziartei und ihre Führer nutzten den Prestigegewinn, den sie in Bad Harzburg zugeschoben bekommen hatten, weidlich aus. In Hitlers Person war der reaktionärste unter allen reaktionären Politikern nach vorn gebracht, war seine Politik „hoffähig“ gemacht worden. Die Spur des extremsten Antikommunismus und schlimmster Rüstungspolitik führte nun über den Düsseldorfer Industrieklub, wo Hitler am 26. Januar 1932 vor begeisterten Herren der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr sprach, zum 30. Januar 1933 und schließlich zum 1. September 1939.

An der Errichtung der faschistischen Diktatur waren jene Förderer und Wegbereiter beteiligt, die schon im Harz mit ihm zusammengekommen waren und nun am faschistischen Rüstungswahnsinn, am zweiten Weltkrieg profitieren wollten. 1945 traf jedoch auch sie die totale Niederlage des Faschismus. Den Gang der Geschichte, das Drängen der Massen nach Frieden und Fortschritt hatten sie nicht aufhalten können. Die Macht des Sozialismus erwies sich als stärker. Vor allem daran sollten sich jene erinnern, die heute erneut antikommunistische Bündnisse zusammenzimmern, anti-sowjetische Hetze forcieren und den Frieden gefährden.

Volkswacht, 22.10.1981.

Die nichtproletarischen Demokraten im Kampf gegen Faschismus und Krieg (1933 bis 1945)

1. Aktionen nichtproletarischer Demokraten gegen die Konsolidierung der faschistischen Diktatur und die forcierten Kriegsvorbereitungen

a) Neue Aufgaben nach der Errichtung der faschistischen Diktatur

Am 30. Januar 1933 berief Hindenburg den „Führer“ der Nazipartei als neuen Reichskanzler. Die faschistische Diktatur war errichtet: Ergebnis und Bestandteil eines „strategischen Konzepts, das von vornherein die Weimarer Republik nur als ein zeitweiliges Instrument vorgesehen hatte. Nachdem diese parlamentarisch verbrämte Diktatur die Grenzen ihrer innen- und außenpolitischen Aktionsfähigkeit erreicht hatte, trat die unverhüllte Diktatur des Finanzkapitals an ihre Stelle.“¹ Die deutsche Monopolbourgeoisie und insbesondere ihre reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und imperialistischen Teile hofften, so die Krise überwinden und rascher auf dem Weg zu einem neuen, revanchistischen Aggressionskrieg vorankommen zu können. Die politische Macht wurde den Hitlerfaschisten übertragen, um die in der Weltwirtschaftskrise erschütterte Herrschaft des deutschen Imperialismus zu stabilisieren. Zu diesem Zweck sollte in erster Linie die Arbeiterklasse niedergeschlagen und die revolutionäre Arbeiterbewegung vernichtet werden.

Die Voraussage der Kommunistischen Partei, von Ernst Thälmann während der Wahlkämpfe „des Jahres 1932 verkündet, war eingetroffen: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler!“ Die deutschen Kommunisten hatten aber auch gewarnt: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ In der Öffentlichkeit sprach Adolf Hitler demagogisch vom Frieden; hinter verschlossenen Türen entwickelte er jedoch bereits am 3. Februar vor den Spitzen der Reichswehr und am 20. desselben Monats vor einer Gruppe von Monopolherren sein wahres, räuberisches Programm zur „Erkämpfung neuer Exportmöglichkeiten ... und wohl besser – (zur) Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtsloser Germanisierung“.² Eine wesentliche Voraussetzung dieses außenpolitischen Programms des deutschen Imperialismus bildete die Zerschlagung der revolutionären und organisierten Arbeiterbewegung. Das war bereits 1927 vom VIII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale erkannt worden: „Zum Kriegführen braucht der Kapitalismus ein ‚ruhiges‘ Hinterland. Das Wesen des modernen Krieges erfordert zugleich mit den Menschenmassen an der Front ein gewaltiges Heer in den Betrieben, das die gigantische Kriegsmaschine bedient. Diese Menschen müssen zu Schrauben dieser Maschine werden, in ihnen muß der Wille zum Kampf erstickt werden.“³

Im Zeichen der „Überwindung der kommunistischen Zersetzung Deutschlands“ – so formulierte es die neue Regierung in ihrem Aufruf vom 1. Februar 1933⁴ – begann der Feldzug gegen die Kommunisten, gegen revolutionäre Sozialdemokraten und Gewerkschaftler, aber auch gegen alle anderen demokratischen Kräfte aus den verschiedensten Schichten der werktätigen Bevölkerung. Mißhandlung und Ermordung politischer Gegner auf offener Straße oder in den rasch eingerichteten Konzentrationslagern bestimmten das Geschehen hinter der Fassade von Fackelzügen und organisierten Zustimmungsdemonstrationen siegestrunkenen Nazianhänger. Eine nationalsozialistische Agitations- und Terrorwelle ungeahnten Ausmaßes überspülte Stadt und Land. Der Terror erfaßte zuerst die Kommunisten, richtete sich aber gegen alle, die sich sozialem Fortschritt, bürgerlicher Demokratie und dem Humanismus großer deutscher Geistestraktionen verpflichtet fühlten. Die KPD wurde nach der Reichstagsbrandprovokation in die Illegalität gezwungen, alle demokratischen Organisationen unterlagen Verboten und Auflösungsbefehl.“ Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften traf der nächste Schlag auch die Sozialdemokratische Partei, obwohl rechtsopportunisti-

¹ Klassenkampf, Tradition, Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß, Berlin 1974, S. 443.

² Siehe Erich Paterna u. a.: Deutschland von 1933 bis 1939 (Von der Machtübertragung an den Faschismus bis zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges), Berlin 1969, S. 23.

³ Zit. in: Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriß, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Berlin 1970, S. 318.

⁴ Erich Paterna u. a.: Deutschland von 1933 bis 1939, S. 16.

sche Führer nichts unversucht gelassen hatten, die Existenz ihrer Organisation durch Anbiederung und Zusicherung einer „loyalen Opposition“ zu retten.⁵ Der Vorstand der SPD verhinderte nicht nur den von der KPD vorgeschlagenen gemeinsamen Generalstreik, sondern auch die Errichtung der antifaschistischen Einheitsfront der Arbeiterklasse, die für das notwendige Bündnis mit vielen Nazigegnern aus anderen Klassen und Schichten eine feste Grundlage geboten hätte. Bis Anfang Juli 1933 hatten auch die anderen bürgerlichen Parteien einschließlich der deutschnationalen Koalitionspartner der NSDAP das Feld geräumt. Die Nazis verbanden die faschistische Diktatur des deutschen Imperialismus mit dem Übergang zum Einparteiensystem, das selbst bürgerlichen Oppositionellen jede Möglichkeit nehmen sollte, sich zu organisieren und für den Fall eines Sturzes der Hitlerregierung eine „Reserve“ bereitzuhalten.

In den ersten Wochen und Monaten nach Errichtung der faschistischen Diktatur wurden mehr als 50.000 Antifaschisten verhaftet und eingekerkert. Doch das war erst der Anfang. Bis 1939 sollte etwa eine Mill. Menschen, darunter nahezu jedes zweite Mitglied der KPD, das gleiche Schicksal treffen. Der Terror von Gestapo und SS steigerte sich nach der Entfesselung des zweiten Weltkrieges ins Unermeßliche. Zehntausende Funktionäre und Mitglieder der in die Illegalität gedrängten, aber nicht zerschlagenen KPD sowie viele Angehörige der Widerstandsbewegung fielen dem Wüten der Nazis zum Opfer. Nach dem schrittweisen Abbau der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie in der ersten Hälfte des Jahres 1933 vollzog sich ein kontinuierlicher Prozeß immer stärkerer Entrechtung der Arbeiterklasse, immer größerer Ausbeutung und Unterdrückung des ganzen werktätigen Volkes. Insgesamt wurden von 1933 bis 1945 etwa 200.000 Menschen wegen ihres Widerstandes und ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Hitlerregime ermordet. In den Zuchthäusern und Konzentrationslagern fanden rund acht Mill. Menschen verschiedener Nationalität den Tod. Noch weit größer waren die Opfer, die der von den deutschen Faschisten vorbereiteten und entfesselte Krieg von allen Völkern, insbesondere aber vom Sowjetvolk, forderte.

Nach dem 30. Januar 1933 ergaben sich als Folge der extrem reaktionär-brutalen Machtausübung sowohl für den Kampf der fortgeschrittensten Klasse als auch für den Entwicklungsprozeß nichtproletarischer Demokraten einschneidende Veränderungen. Neue Bedingungen und neue Probleme entstanden für jene, „die in der Weimarer Republik alle Möglichkeiten der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten hatten nutzen können, obwohl sie auch mit Nachstellungen und Verurteilungen durch den imperialistischen Staat rechnen mußten, die jetzt aber – waren sie zu ernsthaftem Widerstand bereit – ein weitaus höheres Maß an gesellschaftspolitischer Verantwortung“, humanistischer Selbstlosigkeit, solidarischer Opferbereitschaft, konspirativer Disziplin und nicht zuletzt auch an Verständnis für die Ziele der revolutionären Arbeiterklasse aufzubringen hatten. Der antifaschistische Widerstandskampf war primär die Fortsetzung des Klassenkampfes, des Kampfes zwischen der Arbeiterklasse und der Monopolbourgeoisie,⁶ und nicht der Kampf irgendeiner abstrakten Menschlichkeit gegen das Unmenschliche oder einer klassenneutralen Gerechtigkeit gegen Willkür und Unrecht. Die Errichtung der faschistischen Diktatur konnte das Kräfteverhältnis der Klassen in Deutschland zugunsten der kriegslüsternden Monopolbourgeoisie verändern, aber nicht den Klassenkampf beseitigen oder auch nur hinter der „Volksgemeinschaft“-Parole verstecken; die Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung in der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleiteten Epoche blieben auf der Tagesordnung. Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gegen Imperialismus und Militarismus war in ein neues Stadium getreten. Er setzte sich im Rahmen der antifaschistischen deutschen Widerstandsbewegung fort, die zwar nur einen sehr kleinen Teil des deutschen Volkes zu erfassen vermochte, aber dennoch eine große geschichtliche Bedeutung erlangte.⁷

⁵ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 5, Berlin 1966, S. 34 f.

⁶ Siehe Klassenkampf, Tradition, Sozialismus, S. 447.

⁷ Siehe Manfred Weißbecker: Die Befreiung des deutschen Volkes vom Joch der Hitlerdiktatur und der antifaschistische Widerstandskampf 1933 bis 1945. In: Zum 30. Jahrestag der Befreiung. Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1975, (Jena 1975), S. 9 ff.

Zur antifaschistischen deutschen Widerstandsbewegung, die sich hauptsächlich aus Arbeitern zusammensetzte, gehörten auch zahlreiche Kräfte aus der Intelligenz, aus dem städtischen und ländlichen Kleinbürgertum, teilweise sogar aus dem Bürgertum und schließlich auch aus dem Offizierskorps. Unter ihnen befanden sich viele Mitglieder der verbotenen pazifistischen, humanistischen und bürgerlich-demokratischen Organisationen, aber auch einige aus den nichtnationalsozialistischen bürgerlichen Parteien. Sie handelten aus unterschiedlichen sozialen, weltanschaulichen und politischen Motiven und brachten ihre Gegnerschaft zum Nationalsozialismus in den verschiedensten Formen zum Ausdruck. Nicht alle erblickten in einer antiimperialistisch-antifaschistischen Demokratie die Alternative zum Hitlerregime. Manche gingen von allgemeinen und z. T. abstrakten demokratischen Forderungen aus. Die Antifaschisten aus den Reihen der Mittelschichten leisteten jedoch einen großen Beitrag im Widerstand, wobei sich einige in selbständigen Kreisen und Zirkeln organisierten oder eng mit den Widerstandsgruppen der KPD verbanden, viele aber, allein auf sich gestellt und als Einzelgänger, gegen die verschiedensten Erscheinungen des „Dritten Reiches“ protestierten. Diese Kräfte bildeten nicht den vorwärtstreibenden, ausschlaggebenden Faktor der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung, aber auch in ihren Aktionen, in ihrer humanistischen Haltung und persönlichen Opferbereitschaft verkörperte sich der Kampf um den gesellschaftlichen Fortschritt. Sie bewiesen durch ihren mutigen Protest, daß sie nicht zur bürgerlichen Opposition gegen Hitler gehörten, deren Ziel jede grundsätzliche Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ausschloß, sondern zur antifaschistischen deutschen Widerstandsbewegung.

Unter den komplizierten Bedingungen der faschistischen Herrschaft wurde der Annäherungsprozeß nichtproletarischer Schichten und demokratischer Kräfte an die Arbeiterklasse außerordentlich erschwert, aber gleichzeitig notwendiger als je zuvor. Objektiv hatten sich die Möglichkeiten vergrößert, gegen den gemeinsamen Feind – die reaktionärsten und aggressivsten Teile der Monopolbourgeoisie – ein sehr breites Bündnis zu schließen. Der faschistische deutsche Imperialismus verstand es allerdings, nahezu alle Schichten und Gruppen, die als Partner eines proletarisch-revolutionären Bündnisses in Frage kamen, in seine Massenbasis zu integrieren bzw. zu neutralisieren. Damit befanden sich die potentiellen Bündnispartner der antifaschistischen Widerstandskämpfer aus den Reihen der Arbeiterklasse in einer Situation, in der sie nicht nur stärker als bisher der Ausbeutung durch die Monopole unterworfen waren, sondern in der sie sich zugleich – entgegen ihren ureigensten objektiven Interessen – subjektiv zum Instrument gegen die Arbeiterklasse manipulieren und mißbrauchen ließen.

Die Veränderungen in den Mittelschichten im Prozeß der Faschisierung und unmittelbar nach der Errichtung der offenen terroristischen Herrschaft des deutschen Finanzkapitals vollzogen sich vornehmlich auf politisch-ideologischem Gebiet. Die Entwicklung ihrer sozialen Struktur und ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung unterlag auch in den dreißiger Jahren den mit dem Übergang zum Imperialismus aufgetretenen allgemeinen Merkmalen und zeigte keine besonderen neuen Erscheinungsformen. Der Faschismus beschleunigte den in der Weltwirtschaftskrise zeitweilig unterbrochenen Rückgang der Zahl der kleinen Betriebe von Handwerkern, Händlern und Bauern sowie ihres Anteils an der gesamten Produktion.⁸ Der Anteil der als „Selbständige“ in den Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes ausgewiesenen Inhaber von Firmen – gemessen an der Gesamtbevölkerung – ging von 19,4 Prozent im Jahr 1925 auf 17,6 Prozent im Jahr 1933 und auf 13,4 Prozent im Jahr 1939 zurück. Darin widerspiegelten sich der verstärkte Prozeß der Monopolisierung und die sich vertiefenden Widersprüche zwischen dem Finanzkapital und den Mittelschichten, aber auch der nichtmonopolistischen Bourgeoisie. Allein zwischen 1936 und 1938 wurden 392.477 Handwerksbetriebe geschlossen und lediglich 239.087 neu eröffnet. Bei den Handwerksbetrieben mit einem bis zu zehn Beschäftigten sank zwischen 1933 und 1939 die Zahl der Betriebe ebenfalls, und der Anteil an allen Beschäftigten in Industrie und Handwerk ging von 41,4 Prozent auf 25,4

⁸ Jürgen Kuczynski: Klassen und Klassenkämpfe im imperialistischen Deutschland und in der BRD Berlin 1972, S. 164. Kuczynski weist an dieser Stelle darauf hin, daß der Anteil des Handwerks an der Gesamtbeschäftigung von Industrie und Handwerk gegenüber 1895 um die Hälfte gesunken war, daß aber der schnelle Rückgang des Handwerks wie auch der kleinen Bauernschaft erst seit 1949 in der BRD zu beobachten ist.

Prozent zurück.⁹ Im Handel verringerte sich die Zahl der Betriebe um 160.970. Davon waren hauptsächlich die kleinen Händler betroffen, da sich 1939 die Zahl der im Handel Beschäftigten gegenüber 1925 um elf Prozent erhöht hatte, während die Zahl der Betriebe um 12,5 Prozent niedriger als 1925 lag.¹⁰ Zwischen 1933 und 1939 stieg demgegenüber die Zahl der mittelbäuerlichen Betriebe mit fünf bis 20 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche, wobei sich gleichzeitig die Zahl der kleinbäuerlichen Betriebe von 822.600 auf 784.700 reduzierte.¹¹

Wichtige Differenzierungsprozesse innerhalb der Mittelschichten und die tatsächlichen Schritte zur Verschlechterung der sozialen Lage wurden subjektiv häufig als Verbesserungen gegenüber der Zeit der Weltwirtschaftskrise empfunden. Gleichzeitig erschien es breiten Kreisen der Mittelschichten so, als entsprächen die verlogenen „Mittelstands“-Parolen der deutschen Faschisten den Tatsachen und sei der Proletarisierungsprozeß wenn nicht beendet, so doch wenigstens aufgehalten worden. Der Anteil der Arbeiter an der Bevölkerung und der Anteil der in Familienbetrieben mithelfenden Personen blieben tatsächlich in den ersten sechs Jahren der faschistischen Diktatur nahezu konstant. Bei den Angestellten und Beamten – vornehmlich bei letzteren – erhöhte sich der Anteil an der Gesamtbevölkerung von 17,1 Prozent im Jahr 1933 auf 21,7 Prozent im Jahre 1939.¹² Das bedeutete für viele Angehörige der Mittelschichten eine soziale „Aufstiegsmöglichkeit“, die gegenüber der Zeit der Weltwirtschaftskrise neu war sowie in ihren Augen als Ergebnis der politischen Veränderungen und der Tätigkeit der faschistischen Regierung erschien. Die politisch-ideologische Manipulation, der faschistische Terror und die organisatorische Einbeziehung in eine Vielzahl von nationalsozialistischen Organisationen halfen dem faschistischen deutschen Imperialismus, die objektiven Prozesse innerhalb der Mittelschichten weitgehend zu seinen Gunsten zu nutzen und die wachsenden Widersprüche zwischen der Monopolbourgeoisie und den Mittelschichten zu verschleiern.

Die neue Situation, in der die KPD ihre marxistisch-leninistische Bündnispolitik überprüfte und erfolgreich weiterentwickelte, verlangte von den realen und den potentiellen Bündnispartnern weitreichende Entscheidungen und neue Schritte zugunsten eines aktiven Antifaschismus und konsequenten Antiimperialismus. Sie erforderte daneben auch ein tiefgreifendes Umdenken und energisches Abrücken von antikommunistischen und antisowjetischen Vorbehalten, eine Hinwendung zur Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse sowie zum Verständnis der Gesetzmäßigkeiten ihrer historischen Mission. Im Vordergrund standen jedoch die Notwendigkeit der Trennung von der Politik und Ideologie der herrschenden Monopolbourgeoisie – von den Nazis als „Verrat“ am deutschen Volk und am Vaterland deklariert –, der Widerstand gegen das Konglomerat einer Weltanschauung, die sich nationalsozialistisch nannte, im Grunde aber nur extrem übersteigerten Antikommunismus, Antisowjetismus, Chauvinismus, Rassismus, Menschen- und Kulturfeindlichkeit darstellte. Sollte sich unter diesen Bedingungen denn auch bürgerlich-humanistisches, pazifistisches und allgemeindemokratisches Denken in organisiertes und aktives antifaschistisches Handeln – und das hieß in der logischen Konsequenz: antiimperialistisches Handeln an der Seite der revolutionären Arbeiterbewegung – umsetzen, mußte notwendigerweise eine neue Qualität nicht nur in den politischen, sondern auch in einigen ideologischen und weltanschaulichen Positionen nichtproletarischer Kräfte gesucht und gewonnen werden. Diese wurde im Rahmen der von der KPD geführten antifaschistischen deutschen Widerstandsbewegung möglich, in der von ihr angestrebten Einheits- und Volksfrontpolitik, deren Ziel es war, alle Gegner des faschistischen Regimes auf ein gemeinsames politisches und soziales Kampfprogramm gegen die Hitlerdiktatur und ihre Wurzeln zu einigen. Entscheidend hing die Wirksamkeit nichtproletarischer antifaschistischer Kräfte davon ab, wie es die Arbeiterklasse verstand, sie als Bündnispartner zu gewinnen und zu eigener Tat zu mobilisieren.

An der Seite der revolutionären Arbeiterbewegung begannen einige nichtproletarische Demokraten ihren antifaschistischen Widerstandskampf unmittelbar nach der Einsetzung der Hitler-Regierung.

⁹ Ebenda, S. 163.

¹⁰ Ebenda, S. 168 f.

¹¹ Ebenda, S. 159 f.

¹² Die Zahlen sind verschiedenen Jahrgängen des Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich entnommen und ergeben sich hauptsächlich aus den Zählungen von 1933 und 1939.

Am 30. Januar 1933 und in den Tagen danach erhoben insbesondere demokratische Vertreter der Intelligenz ihre Stimme gegen den Faschismus und die von ihm ausgehenden Gefahren für die Zukunft des deutschen Volkes. Ein Beispiel dafür gab Heinrich Mann, der noch im Frühjahr 1932 für die Wiederwahl Hindenburgs als Reichspräsident plädiert und seine Appelle für eine sittliche und soziale Erneuerung vornehmlich an die Adresse bürgerlicher Politiker und Intellektueller gerichtet hatte, als er Anfang Februar 1933 einen auch als Plakat verbreiteten Aufruf zum dringlichen „Aufbau einer einheitlichen Arbeiterfront“ und hauptsächlich zum koordinierten gemeinsamen Wahlkampf beider Arbeiterparteien unterzeichnete. Dafür wurde er – wie auch Käthe Kollwitz – aus der Preußischen Akademie der Künste verjagt und ins Exil getrieben.¹³

Nach dem Verbot einer für den 3. Februar geplanten Versammlung der Deutschen Liga für Menschenrechte organisierte der im Herbst 1932 entstandene Aktionsausschuß Das Freie Wort, dem u. a. Harry Graf Kessler, Otto Lehmann-Rußbüldt, Heinrich Mann und der Rechtsanwalt Rudolf Olden angehörten, mit Unterstützung der KPD eine große Kundgebung zur Verteidigung der bürgerlichen Freiheiten. Im großen Festsaal der Kroll-Oper versammelten sich am 19. Februar 1933 nahezu 1000 Antimilitaristen und Hitlergegner, Wissenschaftler, Künstler, Journalisten und andere Persönlichkeiten, um leidenschaftlich gegen den faschistischen Terror und die brutale Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung zu protestieren. Albert Einstein wünschte auf telegraphischem Wege Gelingen und Erfolg. Die Verlesung einer Botschaft Thomas Manns, in der sich der humanistische Romancier „zur sozialen Republik und zu der Überzeugung, daß der geistige Mensch bürgerlicher Herkunft heute auf die Seite des Arbeiters und der sozialen Demokratie gehört“¹⁴, bekannte, gestaltete „sich zu einem der Höhepunkte dieser großen Veranstaltung linksbürgerlicher und pazifistischer Organisationen.

Zwei Tage zuvor war es der Berliner Ortsgruppe des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller gelungen, ihre letzte legale Zusammenkunft durchzuführen, bevor diese unter der Präsidentschaft von Arnold Zweig stehende Organisation am 11. März 1933 aufgelöst wurde. Neben Rudolf Olden, Erich Mühsam und Ernst Toller sprach auch Carl von Ossietzky. Seine Erklärung, er gehöre keiner Partei an, wisse aber jetzt, daß nur noch links von ihm Verbündete stünden, wies weit über den Tag hinaus und war ein Bekenntnis zur geeinten antifaschistischen Bewegung.¹⁵ Mit diesen Worten – sie gleichen im Grunde einem Vermächtnis – sagte er sich von Vorurteilen los und rief zur Einheit kommunistischer und sozialdemokratischer Arbeiter auf, in der er richtig die einzige Kraft und Alternative gegen den Faschismus sah. Offensichtlich dachte er dabei auch an den Aufruf der KPD vom 30. Januar 1933, in dem die neue Regierung als ein „Kabinett der offenen, faschistischen Diktatur“ und „brutalste und unverhüllte Kriegserklärung an die deutsche Arbeiterklasse, an das werktätige Volk“ eingeschätzt und alle proletarischen Organisationen zum Generalstreik aufgefordert wurden.¹⁶ Die Faschisten rächten sich grausam an ihm. Sein Märtyrerweg führte nach dem Reichstagsbrand in die Festung Spandau, dann nach Sonnenburg, Papenburg-Esterwegen und schließlich in ein Berliner Polizeikrankenhaus, in dem er körperlich zerschunden, aber geistig ungebrochen am 4. Mai 1938 starb.

Der Name Ossietzky stand neben dem Ernst Thälmanns, des revolutionären Führers der deutschen Arbeiterklasse, und dem des sozialdemokratischen Abgeordneten Carlo Mierendorff auf den Fahnen einer weltweiten Solidaritätsbewegung mit den Opfern des faschistischen Terrors. Darin deutete sich das neue, von den Bedingungen selbst diktierte Bündnis zwischen der revolutionären Arbeiterbewegung und den nichtproletarischen Demokraten an. Der langjährige Kampf der internationalen demokratischen Öffentlichkeit und der deutschen Antifaschisten für die von der Deutschen Liga für

¹³ Siehe Werner Herden: Geist und Macht. Heinrich Manns Weg an die Seite der Arbeiterklasse, Berlin/Weimar 1971, S. 25 u. 31 f.

¹⁴ Zit. in: Ruth Greuner: Gegenspieler. Profile linksbürgerlicher Publizisten aus Kaiserreich und Weimarer Republik, Berlin 1969, S. 251.

¹⁵ Ebenda, S. 305.

¹⁶ Zit. in: Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933-1945. Eine Auswahl von Materialien, Berichten und Dokumenten, Berlin 1958, S. 42 f.

Menschenrechte vorgeschlagene Verleihung des Friedensnobelpreises an Ossietzky verlief erfolgreich und fügte dem Hitlerregime eine weitere moralische Niederlage zu.

Nicht alle humanistischen und demokratisch gesinnten Kräfte fanden in ihrer Reaktion auf die Errichtung und Festigung der faschistischen Diktatur gleich zu konsequenten antifaschistischen Positionen. Nach dem 30. Januar 1933 wurden bei ihnen vielfältige, z. T. sehr unterschiedliche Formen ihres Handelns und Verhaltens sichtbar. Einige, so die Herausgeber der „Friedens-Warte“¹⁷, ließen sich zeitweilig von der Illusion leiten, bei einem mehr oder weniger loyalen Verhalten gegenüber den Nazis auch künftig publizieren zu können. Am 2. März 1933 fand eine Redaktionssitzung der „Weltbühne“ statt, auf der sich Kurt Hiller für eine Weiterführung des Blattes auf der alten Linie, „wenn auch unprovokativ“, einsetzte. Sicher war der von verschiedenen Antifaschisten gegen ihn erhobene Vorwurf, er habe das radikaldemokratische Organ gleichschalten“ wollen, nicht ohne eine gewisse Berechtigung, wandte sie doch Hitler später ganz entschieden gegen die Konsequenz, mit der die „Neue Weltbühne“ in der Emigration von Hermann Budzislowski geführt wurde.¹⁸ Taktierende Anpassung, lavierende Ausnutzung noch bestehender legaler Möglichkeiten, aber auch Tendenzen zeitweiliger Resignation und passiven Rückzugs charakterisierten die Haltung vieler nicht-proletarischer Demokraten, in deren Reihen sich zugleich ein Polarisierungsprozeß vollzog. Obwohl der Übergang zur faschistischen Diktatur neue Entscheidungen forderte, verharteten einige auf Standpunkten, die bereits im Kampf gegen die Gefahr eines faschistischen Systems ihre Enge und Begrenztheit erwiesen hatten. Bei vielen kleinbürgerlichen und bürgerlichen Demokraten begann jedoch eine Phase des Nachdenkens und der Neuorientierung, in der trotz neuer Zweifel – insbesondere an der Kraft der Arbeiterklasse, deren Spaltung als hauptsächliche Ursache ihrer Niederlage empfunden wurde – Resignation, Betäubung und Passivität mehr oder weniger stark überwunden werden konnten.

Besonders unter humanistisch eingestellten, kritisch-realistischen bürgerlichen Schriftstellern machten sich unmittelbar nach dem als Schock empfundenen 30. Januar 1933 Tendenzen der Verwirrung und Depression tief bemerkbar.¹⁹ Viele der bürgerlich-demokratischen Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler und Angehörigen anderer Schichten, die sich bis 1933 nicht mit dem Faschismus identifiziert und teilweise auch gegen ihn gekämpft hatten, tolerierten nunmehr die Maßnahmen der Nazidiktatur oder unterstützten diese sogar mit Sympathieerklärungen (so z. B. Gerhart Hauptmann). Haltungen wie die von Ricarda Huch, die freiwillig aus der faschistisch geführten Akademie der Künste austrat, wie die von Oskar Maria Graf, der – weil seine Werke am 10. Mai nicht verbrannt worden waren – fragte, womit er diese Schande verdient hätte, oder wie die von Max Liebermann, dessen sarkastischer Ausspruch „Ich kann gar nicht so viel essen, wie ich kotzen möchte“ die Runde unter Hitlergegnern machte, waren vereinzelt und blieben oft Ausdruck eines individuellen Protestes. Eine „große Zahl nichtproletarischer Demokraten entschied sich für eine „geistige“ und „innere“ Opposition. Schriftsteller wie Ernst Wiechert, Ehm Welk und Hans Fallada, deren humanistisches Menschenbild in Widerspruch zu den faschistischen Idealen stand, durften nur noch „unpolitische“ Bücher veröffentlichen. Künstler wie Ernst Barlach, Otto Dix, Carl Hofer und Otto Pankok schufen trotz Ausstellungs- und Arbeitsverbot anklagende Werke gegen Faschismus und Krieg, die jedoch nur wenigen Freunden zugänglich waren. Als der faschistische deutsche Imperialismus zeitweilig, begünstigt durch die antisowjetische Politik der anderen imperialistischen Großmächte, außenpolitische Erfolge errang, verstärkten sich aber auch Neigungen zur Flucht in religiöse Ersatzlösungen, wie dies z. B. bei Franz Werfel und Alfred Döblin zu beobachten war. Andere verzweifelte und hielten der Härte des Kampfes unter den neuen Bedingungen nicht stand; so schieden Walter Benjamin, Arnold Freymuth, Walter Hasenclever, Ernst Toller, Kurt Tucholsky, Stefan Zweig und eine Reihe von bürgerlich-demokratischen Wissenschaftlern freiwillig aus dem Leben.

¹⁷ Rosemarie Schumann: Pazifismus in der Entscheidung. Die Deutsche Friedensgesellschaft in den Jahren 1929 bis 1933, Diss. A, Berlin 1975, S. 478 ff.

¹⁸ Siehe Kurt Hiller: Leben gegen die Zeit, Reinbek b. Hamburg 1969, S. 226 u. 308 ff.

¹⁹ Siehe Dieter Schiller: „... von Grund auf anders“. Programmatik der Literatur im antifaschistischen Kampf während der dreißiger Jahre, Berlin 1974, S. 22.

Befangen in Vorbehalten gegenüber der historischen Mission der Arbeiterklasse, waren die ohnehin schwachen Organisationen kleinbürgerlicher und bürgerlicher Demokraten dem ersten Ansturm der offen terroristischen Diktatur ausgeliefert; z. T. erwiesen sie sich auch als wenig immun gegenüber der neuen, ungeheuerlichen Welle des Antikommunismus. Es konnte natürlich auch nicht ohne Auswirkungen bleiben, daß die Mittelschichten – sozialökonomisch gesehen die Basis der nichtproletarischen demokratischen Kräfte – die Masse der Mitglieder und Wähler der NSDAP stellten. Soziologische Untersuchungen zeigen den hohen Anteil von Angehörigen der Mittelschichten am Mitgliederbestand der faschistischen Partei. Angestellte, Handwerker, Kaufleute, Beamte, Vertreter freier Berufe und Bauern waren prozentual – verglichen mit der Gesamtheit der Berufstätigen – in der NSDAP fast doppelt so stark vertreten.²⁰ Unmittelbar nach der Übertragung der Regierungsgewalt an die Naziartei wuchs der Zustrom aus diesen Schichten und Gruppen, aus denen sich zahlreiche willfähige Diener rekrutierten, die dem faschistischen Staat und der Naziartei halfen, die rasch wachsenden personellen Anforderungen des Repressivapparates zu erfüllen.

Bei einigen nichtproletarischen Demokraten, die bis 1933 energisch gegen die Gefahr des Faschismus und gegen den Faschisierungsprozeß gekämpft hatten, ließ der aktive antifaschistische Widerstand nach der Reichstagsbrandprovokation und den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 zeitweilig nach. Davon zeugt die fast völlig fehlende Reaktion auf die brutale Verfolgung der KPD, auf den Raub der am 5. März 1933 trotz aller Behinderungen im Wahlkampf errungenen 81 kommunistischen Reichstagsmandate, auf die Zerschlagung der Gewerkschaften und selbst auf die massenhafte, häufig rassistisch begründete Vertreibung von Wissenschaftlern und Künstlern aus Universitäten und Akademien. Von den 5000 Professoren, die es 1933 in Deutschland gab, wurde in den ersten Jahren nazistischer Herrschaft fast jeder zweite aus seinem Amt und jeder dritte aus dem Land vertrieben. Gerade der 10. Mai mit seinen akademisch verbrämten Aktionen zur Verbrennung des fortschrittlichen und humanistischen Schriftguts – danach wurden in kurzer Zeit etwa 4000 Titel von mehreren Hunderten Autoren auf den Index gesetzt – offenbarte, „wie schwach sich in den Jahren der Weimarer Republik humanistische Grundsätze in der Masse der Intelligenz, im besonderen an den deutschen Hochschulen, hatten durchsetzen können“.²¹

Die Kompliziertheit der Situation und der Aufgaben des antifaschistischen Widerstandes in den ersten Monaten nach der Errichtung der Nazidiktatur belegen auch die Haltungen und Verhaltensweisen einzelner Persönlichkeiten aus christlich gebundenen Kreisen. Viele von ihnen führten ihre weltanschaulich-theoretische und religiös-sittliche Kritik an der Naziideologie fort, aber nur relativ wenige – unter ihnen der Rechtsanwalt Hans Litten²² und der katholische Jugendführer Theodor Hespers²³ – fanden von Anfang an zu einem politischen Widerstand.²⁴ In wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen versagten zahlreiche Protestanten und Katholiken dem faschistischen Regime nicht ihre Zustimmung und Anerkennung. Die Hoffnungen der Kirchenführung, die faschistische Diktatur klerikalisieren zu können, trafen sich mit der Taktik der Nazis, in der Phase der Machtkonsolidierung durch vielerlei Beteuerungen und Maßnahmen die Anpassung der konfessionell gebundenen Teile der Bevölkerung an das neue Regime zu erleichtern. Die zahlreichen Gottesdienste zugunsten der Hitler-Regierung, die Predigten eines Otto Dibelius, die Formierung der Deutschen Christen und auch die Manifestationen der Fuldaer Bischofskonferenz konnten nicht ohne Wirkung bleiben. Sogar Pfarrer Paul Schneider, der später wegen seiner aufrechten antifaschistischen Haltung im Konzentrationslager Buchenwald ermordet wurde, trug sich 1933 mit dem (allerdings nicht realisierten) Gedanken, der von den Nazis inspirierten Glaubensbewegung Deutsche Christen beizutreten. Die Be-

²⁰ Reinhard Kühnl: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975, S. 98 f.; Martin Broszat: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1969, S. 50 ff.

²¹ Erich Paterna u. a.: Deutschland von 1933 bis 1939, S. 42.

²² Carlheinz v. Brück: Ein Mann, der Hitler in die Enge trieb. Hans Littens Kampf gegen den Faschismus. Ein Dokumentarbericht, Berlin 1975, S. 108 ff.

²³ Karl-Heinz Jahnke: Entscheidungen. Jugend im Widerstand 1933 bis 1945. Frankfurt/M., 1970, S. 98-106 (Bibliothek des Widerstandes).

²⁴ Hubertus Guske: Katholiken wider die braune Barbarei. Zum antifaschistischen Widerstand im deutschen Katholizismus. In: Begegnung. Zeitschrift progressiver Katholiken, Berlin, 15. Jg. (1975) H. 2, S. 7 ff.

wegung der religiösen Sozialisten fand faktisch ihr Ende. Die meisten Mitglieder flüchteten in ein individuelles Christentum. Jochen Kleppers Tagebuchzeilen sind dafür kennzeichnend: „Müde, dreißigjährige, vierzigjährige Kompromißler, durch primitive Existenzkämpfe verängstigt. Wie wir es drehen und wenden – das sind wir!“²⁵ In seiner Denkschrift „Die Kirche und das neue Deutschland. Gedanken über die Gestaltung des Verhältnisses der Kirche zum Dritten Reich“ erkannte der Geistliche Dr. Max Josef Metzger Ende 1933, daß es für die katholische Kirche nur zwei Möglichkeiten des Verhaltens geben könne: positiven Aktivismus, d. h. „Entscheidung für weitgehende Zusammenarbeit mit dem neuen Deutschland“, oder einen, wie er es nannte, negativen Aktivismus, d. h. „offener Kampf gegen die NSDAP“. Trotz seine Vorbehalte gegenüber der faschistischen Politik sprach er sich zunächst für den Versuch einer ehrlichen Verständigung und aufrichtigen Zusammenarbeit von Kirche und Staat aus. Sehr zurückhaltend formulierte er allerdings auch: „Es kann gewisse Fälle geben, wo alle taktischen und praktischen Überlegungen hinfällig sind, weil der Einsatz des Lebensopfers um Gottes willen unmittelbar durch die geistige Situation gefordert wird. Es kann wohl nicht behauptet werden, daß dieser Fall heute schon sicher gegeben sei. Erst nach vergeblicher Ausschöpfung aller anderen Möglichkeiten könnte dies wohl behauptet werden.“²⁶

Es blieb vornehmlich der nach dem Übergang in die Illegalität einsetzende Kampf der ungebrochenen Kommunistischen Partei Deutschlands, der viele nichtproletarische Demokraten aufrüttelte und ihnen als Vorbild für eigene Aktionen und Verhaltensweisen diente. Die Kommunistische Partei Deutschlands, bald gestärkt durch den Ausgang des Reichstagsbrandprozesses und die damit verbundene erste politische Niederlage der faschistischen Machthaber, ging organisiert und mutig daran, das zu verwirklichen, was Georgi Dimitroff unter Bezugnahme auf seinen Kampf vor den Schranken des Leipziger Gerichtshofes als Aufgabe stellte: die Resignation über die Niederlage in Haß gegen das faschistische Regime, in kämpferische Aktivität bei der Sammlung aller Kräfte des Widerstandes umzuwandeln.²⁷ In dem Maße, wie sich die von der KPD geführte antifaschistische Widerstandsbewegung zu Protesten und Aktionen erhob und sich der Kampf gegen den faschistischen Terror verstärkte, begannen auch die besten Vertreter der Mittelschichten, ihrer Opposition und ihrem Protest gegen das Hitlerregime Ausdruck zu verleihen und Widerstand zu leisten.

Unter dem wachsenden Einfluß des von der revolutionären Arbeiterklasse geführten Kampfes regte sich antinationalsozialistischer Protest auch in bestimmten Teilen der Mittelschichten. Er beschränkte sich jedoch im wesentlichen zunächst auf die Äußerung kritischer Meinungen zu ökonomischen und sozialen Fragen und zeigte sich in vielfältigen, zumeist spontanen Reaktionen auf einzelne Gesetze und Maßnahmen der faschistischen Regierung.²⁸ Er kam zum Vorschein, wenn Bauern den Ablieferungszwang zu umgehen versuchten, wenn Gewerbetreibende gegen die Preispolitik des Regimes und gegen die Liquidation von Kleinbetrieben und Einzelhandelsgeschäften opponierten, wenn von den Nazis die Einhaltung und Verwirklichung ihrer mittelstandspolitischen Versprechungen gefordert wurde, wenn Intellektuelle den Rückgang des wissenschaftlichen Niveaus und der Studentenzahl an den Universitäten und Hochschulen anprangerten. In der Konsolidierungsphase der faschistischen Diktatur dienten sowohl die SA mit ihren Forderungen nach einer „zweiten Revolution“ als auch der kirchliche Raum als ein gewisses Auffangbecken, mitunter auch als Austragungsort kleinbürgerlicher Oppositionsbestrebungen gegen den sich im Rahmen seiner forcierten Kriegsvorbereitungen verstärkenden wirtschaftlichen und politischen Druck des faschistischen Systems. Die Mordaktion der Faschisten vom 30. Juni 1934, mit deren Hilfe innere Widersprüche und Auseinandersetzungen beseitigt und das Herrschaftssystem stabilisiert werden sollte, richtete sich auch gegen die wachsende soziale Mißstimmung in den Mittelschichten sowie gegen die Opposition nichtproletarischer Kräfte.

²⁵ Jochen Klepper: Unter den Schatten Deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932 bis 1942, Berlin 1970, S. 37.

²⁶ Klaus Drobisch: Wider den Krieg. Dokumentarbericht über Leben und Streben des katholischen Geistlichen Dr. Max Josef Metzger, Berlin 1970, S. 59 f.

²⁷ Georgi Dimitroff: Die revolutionäre Literatur im Kampf gegen den Faschismus. Auszug aus der Rede im Haus der Sowjetschriftsteller, 28. Februar 1925. In: Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Berlin 1958, S. 510 ff.

²⁸ Siehe Siegfried Vietzke: Die KPD auf dem Wege zur Brüsseler Konferenz, Berlin 1966, S. 75 ff.

Zahlreiche Antifaschisten, darunter in der Hauptsache Nichtproletarier, wählten den Weg ins Exil. Vornehmlich in zwei Wellen – die eine nach dem 1. April, dem Tag des „Judenboykotts“, und dem 7. April, an dem das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erlassen wurde, die andere nach den Bücherverbrennungen vom 10. Mai – verließen 1933 etwa 60.000 Menschen ihre Heimat, unter ihnen rund jeder zehnte aus politischen Gründen. Die soziale und politische Struktur der Emigranten, soweit sie überhaupt aus den spärlichen Quellen zu rekonstruieren ist, bietet ein heterogenes Bild. Von den ca. 1000 Emigranten in Prag waren 70 Sozialdemokraten und 65 Kommunisten. Die soziale Zusammensetzung zeigt nach einem die Zeit vom 1. März bis zum 30. November betreffenden Tätigkeitsbericht der Demokratischen Flüchtlingsfürsorge folgendes Bild: 40 Prozent Kaufleute, 34 Prozent Arbeiter und Handwerker, 11 Prozent Schriftsteller und Journalisten, 15 Prozent freie Berufe u. a.²⁹ Ein großer Teil der politischen Emigranten setzte den Kampf in den Gastländern unter erschwerten Bedingungen fort. Die herrschenden Kreise der imperialistischen Länder sahen in dem wachsenden Emigrantenstrom auch eine Gefahr, da dieser nicht ohne Einfluß auf die Arbeiterklasse und die Intelligenz ihrer Länder bleiben konnte, und sie wollten die Beziehungen zu Hitlerdeutschland sowie ihre sog. Beschwichtigungspolitik nicht durch das Flüchtlingsproblem „belasten“.

Das Exil bedeutete nur in gewissem Umfang eine größere physische Sicherheit als in Hitlerdeutschland. Nicht einmal vor dem Zugriff der deutschen Faschisten waren die Emigranten geschützt, wie die Ermordung des kleinbürgerlich-demokratischen Geschichts- und Kulturphilosophen Theodor Lessing in der ČSR am 20. August 1933³⁰ und die Entführung Berthold Jacobs durch Gestapo-Agenten am 9. März 1935 aus der Schweiz³¹ zeigten. Ihnen drohten polizeiliche Verfolgungen, willkürliche Auslegung asylrechtlicher Bestimmungen, Internierung, Ausweisung und schließlich, nach dem September 1939, auch die unmittelbare Auslieferung an die Gestapo. Ihre Lebensbedingungen bewegten sich in der Regel am Rande des Existenzminimums.

Obwohl die politischen Emigranten eine lebhafte Aktivität entfalteten, gingen zunächst von den nichtproletarischen Kräften unter ihnen wenig nachhaltige Impulse für den Widerstandskampf aus. Die Bewegung war zersplittert. Allein 50 Organisationskomitees wurden neu oder als Fortführung verbotener Parteien und Organisationen gegründet. Große Bedeutung erlangte allerdings sofort die Neugründung der in Deutschland verbotenen antifaschistischen Zeitschriften („Die Neue Weltbühne“, „Pariser Tageblatt“, „Westland“, „Sammlung“, „Das Neue Tage-Buch“, z. T. auch „Die Friedens-Warte“, der „Unabhängige Zeitungsdienst“), die in vielfältiger Weise die Lage in Deutschland analysierten, gegen den faschistischen Terror protestierten und die nationalsozialistische Friedensdemagogie entlarven halfen sowie Raum für die Weiterführung der fortschrittlichen, humanistischen Literatur boten.

Das Exil machte neue, unabweisbare Forderungen deutlich: „Sollte die Emigration nicht nur Distanz oder Verzicht ausdrücken, so mußte sie folgerichtig als *Aufgabe*, und zwar bewußt als politisch akzentuierte Aufgabe verstanden und bestimmt werden.“³² Die dazu notwendige Selbstverständigung vollzog sich in den dreißiger Jahren vorwiegend im Rahmen literaturprogrammatischer und -politischer Diskussionen. Gerade der Literatur war im Exil die Aufgabe zugewiesen, „Stimme ihres stumm gewordenen Volkes“ zu sein, wie es Heinrich Mann in dem unmittelbar an seine Streitschrift „Der Haß“ anschließenden Essay „Schule der Emigration“ formulierte.³³ Die Versuche einer ersten Analyse des faschistischen Regimes und die erhobenen Anklagen führten zwangsläufig zu der Frage nach den möglichen und notwendigen antifaschistischen Aktionen als der wichtigsten Aufgabe im Exil. Heinrich Mann wandte sich gegen die „privaten Flüchtlinge“, die nur gerade „selbst durchkommen möchten“ und daher auf „Dauer keiner Teilnahme begegnen“ könnten. Der Begriff Emig-

²⁹ Siehe Kurt R. Grossmann: Emigration. Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933 bis 1945, Frankfurt a. M. 1969, S. 318.

³⁰ Erich Paterna lt. ah: Deutschland von 1933 bis 1939, S. 78.

³¹ Ruth Greuner: Gegenspieler, S. 335 ff. Siehe dazu auch den Roman „Exil“ von Lion Feuchtwanger.

³² Werner Herden: Geist und Macht, S. 61.

³³ Zit. in: ebenda, S. 70.

ration stand bei ihm synonym für die Gesamtheit der antifaschistischen Kräfte im Exil, deren Vorrang gegenüber allen Gruppen- und Sonderinteressen immer wieder betont wurde. Der Gefahr einer Zersplitterung setzte er die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns entgegen.³⁴

Wie in Deutschland, wo zahlreiche Gruppen der KPD einen heroischen Kampf führten, bildete die Partei der Kommunisten auch in der Emigration die einzige geschlossene Kraft, die in zahlreichen Dokumenten und Aktionen auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus und in fester Verbundenheit mit der Sowjetunion ihrer geschichtlichen Verantwortung gerecht zu werden vermochte. Eine der ersten Aktionen, mit denen auch bürgerlich-demokratische Hitlergegner erreicht werden konnten, bestand in der Herausgabe des „Braunbuches über Reichstagsbrand und Hitler-Terror“ durch das Weltkomitee zum Schutze der Opfer des deutschen Faschismus, zu dessen Autoren Alexander Abusch, Henri Barbusse, Egon Erwin Kisch, Wilhelm Koenen, Martin Andersen Nexö, Albert Norden, Romain Rolland, André Simone (Otto Katz) und andere gehörten.³⁵ In wenigen Wochen erschien das „Braunbuch“ in 17 fremdsprachigen Ausgaben. Es beeinflusste nicht unwesentlich den Leipziger Prozeß und bildete auch eine entscheidende Grundlage für den am 14. September 1933 beginnenden Londoner „Gegen-Prozeß“, bei dem von den deutschen nichtproletarischen Demokraten auch der Publizist Georg Bernhard, Ernst Toller u. a. auftraten.³⁶

Mit ständiger Unterstützung der Kommunistischen Internationale und in schöpferischer Aneignung internationaler Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes entwickelte die KPD in den Jahren 1933 bis 1935 – Schritt für Schritt, selbstkritisch die Widerstände und den Einfluß sektiererischer Kräfte in den eigenen Reihen überwindend – ihre Einheits- und Volksfrontpolitik weiter.³⁷ Da die faschistische Diktatur nicht wegen ihrer zweifellos vorhandenen, von manchen Antifaschisten sozialdemokratischer oder bürgerlicher Richtung aber weit überschätzten inneren Gegensätze von allein zerfiel und ihr Sturz nur durch die Vereinten Aktionen breiter Schichten der Werktätigen erfolgen konnte, orientierte das Zentralkomitee der KPD auf die Schaffung einer antifaschistischen Front aus Arbeitern, Klein- und Mittelbauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden sowie Angehörigen der Intelligenz, unabhängig von deren politischem, weltanschaulichem und religiösem Bekenntnis.³⁸ Es rückte die allgemeindemokratischen Aufgaben des antifaschistischen Kampfes stärker in den Vordergrund und betrachtete als Basis des angestrebten Zusammenschlusses das gemeinsame Interesse, der wachsenden Ausbeutung und Unterdrückung sowie der verstärkten Kriegsvorbereitung entgegenzuwirken und die Lebensgrundlagen aller Werktätigen zu verteidigen.

b) Gemeinsamer Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur

Für den antifaschistischen Kampf und für die Entwicklung eines breiten Bündnisses in der Widerstandsbewegung waren die Beratungen und Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale sowie der Brüsseler Konferenz der KPD von weitreichender Bedeutung. Die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung bestimmte im Sommer 1935 ihre Strategie und Taktik zur Errichtung der Macht der Arbeiterklasse unter den neuen Bedingungen des Klassenkampfes. Sie ging dabei konsequent von den Schlußfolgerungen aus, die sowohl aus dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion und deren Entwicklung zu einer sozialistischen Großmacht als auch aus der Offensive des Faschismus und der wachsenden Kriegsgefahr zu ziehen waren. Diese Schlußfolgerungen besagten in der Hauptsache, daß es notwendig war, in den kapitalistischen Ländern die Arbeiterklasse und deren Verbündete zum Kampf gegen Faschismus und Militarismus eng zusammenzuschließen, die demokratischen Rechte und Freiheiten umfassend zu

³⁴ Heinrich Mann: Verteidigung der Kultur. Antifaschistische Streitschriften und Essays, Berlin/Weimar 1971, S. 16.

³⁵ Alexander Abusch: Die große Wahrheit des Braunbuches über den Reichstagsbrand. In: Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror, Faksimile-Nachdruck, Frankfurt a. M. 1973 (Nachwort).

³⁶ D. N. Pritt: Memoiren eines britischen Kronanwalts, Berlin 1970, S. 35.

³⁷ Siehe Die KPD im Kampf gegen Faschismus und Krieg (1933-1945). Hrsg. von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Vorlesungen zur Geschichte der SED), Berlin 1978, S. 47 ff.

³⁸ Siehe Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abriß, Berlin 1978, S. 60.

verteidigen bzw. zu erringen und die Kriegsgefahr zu bannen. Der Weltkongreß schätzte nüchtern die Möglichkeiten ein, die sich aus der Entwicklung des ersten sozialistischen Staates für das Wachstum der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus in allen Teilen der Welt ergaben. Insbesondere wurden jene Faktoren analysiert, die den Kampf für ein breites antifaschistisches und antiimperialistisches Bündnis der Arbeiterklasse und aller anderen demokratischen Kräfte objektiv begünstigten, also die gemeinsamen Interessen der Werktätigen aller Länder an der Zurückschlagung der faschistischen Offensive und an der Erhaltung des Weltfriedens, die Bedeutung der antifaschistischen Einheitsfront der Arbeiterklasse für das Ringen um eine breite Volksfront aller werktätigen Hitlergegner sowie das sowjetische Beispiel, das die Lebenskraft und Stärke des Sozialismus in der Praxis bewies.

Das kollektiv vorbereitete und tiefgründige Referat Georgi Dimitroffs untersuchte und charakterisierte das Klassenwesen der faschistischen Diktatur als offene terroristische Herrschaft der reaktionärsten Teile des Finanzkapitals und behandelte sowohl die grundlegenden Bedingungen der Einheitsfront der Arbeiterklasse als auch die vielfältigen Probleme des Kampfes und der Zielsetzungen der antifaschistischen Volksfront. Georgi Dimitroff erklärte, daß sich die Achillesferse der faschistischen Diktatur „in ihrer sozialen Basis, die außerordentlich buntscheckig ist“, befindet, und schlußfolgerte: „Da aber der Faschismus die Diktatur der Großbourgeoisie ist, muß er unvermeidlich mit seiner sozialen Massenbasis in Konflikt geraten, um so mehr, als ja gerade unter der faschistischen Diktatur die Klassengegensätze zwischen der Meute der Finanzmagnaten und der erdrückenden Mehrheit des Volkes am krassesten hervortreten.“³⁹

Davon ausgehend sah die Brüsseler Konferenz der KPD in der Schaffung eines umfassenden Bündnisses aller werktätigen Hitlergegner – auf der Grundlage und unter der Führung der proletarischen Aktionseinheit – eine Voraussetzung für den Sturz des faschistischen Regimes. In ihrer Resolution zum Referat Wilhelm Piecks bekräftigte die Konferenz: „Wir Kommunisten wollen die Einheitsfront in der Arbeiterklasse und die antifaschistische Volksfront aller Werktätigen schaffen, wir wollen mit den verschiedensten Schichten und allen Organisationen des werktätigen Volkes dieses Kampfbündnis für den Sturz der faschistischen Diktatur schaffen, wir wollen ferner, daß die antifaschistische Volksfront die Aktivität der oppositionellen Gruppen der Bourgeoisie (in den Reihen der Deutschnationalen der Reichswehr usw.) mit ihrem Kampfe verbindet. Alle der Hitlerdiktatur feindlichen Kräfte müssen für deren Sturz eingesetzt werden.“⁴⁰ Das Manifest der Brüsseler Konferenz orientierte auf den Kampf um den Frieden, um die Durchsetzung demokratischer Forderungen wie Organisations- und Versammlungsfreiheit, Freiheit der Presse und der Meinungsäußerung, des Glaubens und des Gewissens, der Kultur und Kunst, der Gleichheit aller Staatsangehörigen ohne Unterschied ihrer Religion und Rasse, ferner auf die Sicherung der sozialen Interessen aller werktätigen Klassen und Schichten sowie auf das Ziel, ein „neues, freies Deutschland“ und eine Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront zu schaffen. Die Materialien der Brüsseler Konferenz enthalten zahlreiche Hinweise auf antifaschistische Aktionen nichtproletarischer Kräfte, die in die Analyse der Situation einbezogen wurden. Wilhelm Pieck sprach von den Menschen, die „von dem faschistischen Regime beengt und bedrückt und über die ein oder andere Maßnahme dieses Regimes empört“ seien, vom „Haß gegen die Willkür der braunen Bonzen, gegen ihre Korruption, gegen ihr gutes Leben“, von der „Empörung über die Rechtlosigkeit, über die Unterdrückung und die faschistische Barbarei“, vom Willen „zur Freiheit, zum Mitbestimmungsrecht“. Seine Schlußfolgerung lautete: „Alle diese Ströme der Unzufriedenheit müssen in das große Meer des Volkswiderstandes gelenkt werden.“⁴¹

Die Enttäuschung breiter Kreise der Mittelschichten, die ihre größten Hoffnungen auf den Nationalsozialismus gesetzt hatten, griff in den Jahren 1934 und 1935 um sich. Teile des städtischen Kleinbür-

³⁹ Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. In: Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Berlin 1958, S. 572.

⁴⁰ Zit. in: Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur, Berlin 1954, S. 167.

⁴¹ Ebenda, S. 68.

gertums und der werktätigen Bauernschaft begannen zu opponieren und zu protestieren, ohne damit bereits einen Schritt zum aktiven antifaschistischen Kampf zu tun. Mißstimmung und Erbitterung machten sich in vielen Gebieten Deutschlands bemerkbar, als sich der ökonomische Druck gegenüber diesen Kreisen spürbar verstärkte und die Faschisten von der 1933 praktizierten Politik gewisser wirtschaftlicher Vergünstigungen abgingen. Die am weitesten verbreitete Form des antifaschistischen Widerstandes nichtproletarischer Kräfte beschränkte sich in den dreißiger Jahren im wesentlichen auf vereinzelte Kritik an Maßnahmen des faschistischer Regimes, auf die Ablehnung bestimmter Erscheinungsformen des Faschismus. Einen Schritt weiter gingen diejenigen, die aus humanistischen und bürgerlich-demokratischen Motiven gegen die Verhaftungen und Verurteilungen aufrechter Antifaschisten protestierten und die Kriegsvorbereitungen anprangerten. Sie halfen häufig den religiös-politisch und vornehmlich den rassisch Verfolgten, gewährten ihnen Unterstützung und sogar aktive Fluchthilfe.

Relativ wenige Hitlergegner aus den Mittelschichten führten einen organisierten antifaschistischen Kampf. Vielfach fanden sie sich in lockeren Freundeskreisen zusammen die z. T. weit verzweigt waren. Fast zwölf Jahre existierte die Gruppe Bund, die Hilfsaktionen für die Opfer des Faschismus, hauptsächlich für Juden und später auch für ausländische Arbeiter organisierte.⁴² Einige Antifaschisten bildeten den Kampfausschuß Mannheim, der bis 1938 Flugblätter verbreitete, die Bildung anderer Widerstandsgruppen anregte und seinem Kampf – objektiv dem Geschichtsbild der KPD entsprechend – die progressiven, humanistischen Traditionen der deutschen Vergangenheit, die Gedanken Gotthold Ephraim Lessings, Johann Wolfgang Goethes, Immanuel Kants, Heinrich Heines, Ferdinand Freiligraths und Georg Herweghs zugrunde legte. In München ging 1937 die Gruppe „07“ (nach der Bezeichnung des entsprechenden Wehrkreiskommandos) aus den von Peter Göttgens und Franz Schneider geschaffenen Widerstandsgruppen hervor. Ihrem Kern gehörten etwa 30 Antifaschisten an. Insgesamt soll sie bis 1945 mehrere tausend Personen für einen aktiven Widerstand gewonnen haben. Neben der Verbreitung von Flugblättern und der Unterstützung von rassisch und politisch Verfolgten galt ihre Arbeit später auch der Vorbereitung eines Aufstandes bzw. bewaffneter Aktionen gegen die Naziherrschaft.⁴³ Eine Gruppe der Deutschen Friedensgesellschaft mit etwa 60 Mitgliedern verbreiteten in Bremen und Hamburg Flugschriften gegen die Vorbereitung des Krieges und gegen den Rassenhaß. Gruppen der verbotenen Bündischen Jugend wahrten über viele Jahre ihren Zusammenhalt. Ihre Tätigkeit richtete sich vornehmlich gegen die Hitlerjugend und gegen die Kriegsvorbereitungen. In einem „Rundbrief“ vom September 1937 hieß es: „Die Bündische Jugend sieht, daß im ‚Nationalsozialismus‘ nur die alten Mächte, die Deutschland schon einmal in einen Krieg hineinschlittern ließen, wiederum Deutschland nur zu einem sinnlosen Krieg führen, der das Ende des Volkes und der Nation bedeutet.“⁴⁴ Eberhard Köbel bemühte sich, nachdem ihn der Reichsjugendführer Baldur von Schirach vergeblich für die Hitlerjugend zu werben versucht hatte, um das Weiterbestehen der von ihm 1929 gegründeten Deutschen Jungenschaft. Diese in der bündischen Jugendbewegung am weitesten links stehende Organisation tarnte sich in verschiedenen Orten mit Namen wie Buchklub, Trainingsklub, Rotgraue Garnison III (Hamburg), Germanischer Klub usw.⁴⁵

Einige Angehörige der Mittelschichten nahmen bereits Mitte der dreißiger Jahre direkt an dem von der KPD geführten antifaschistischen Widerstandskampf teil oder vertraten ihre Positionen innerhalb sozialdemokratischer Gruppen. Volksfrontgruppen entstanden in Berlin, in Rheinland-Westfalen und im Saargebiet. Im Oktober 1937 erschien ein „Rheinischer Freiheitsbrief der deut-

⁴² Günther Weisenborn: Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutsch Volkes 1933-1945, 4., verb. Aufl., Frankfurt/Main 1974, S. 116 ff. Auch die folgenden Beispiele sind diesem Werk entnommen.

⁴³ Heike Bretschneider: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in München 1933-1945, Diss., München 1968, S. 211 ff.

⁴⁴ Jugend contra Nationalsozialismus. „Rundbriefe“ und „Sonderinformationen deutscher Jugend“, zusammengest. v. Hans Ebeling und Dieter Hespers, Frechen 1968, S. 21.

⁴⁵ Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945. Berichte und Dokumente, Frankfurt/Main 1969, S. 69 ff.

schen Volksfront“, der sich speziell an die Mitglieder der faschistischen Deutschen Arbeitsfront wandte. Die Berliner Gruppe Deutsche Volksfront, organisiert von den Sozialdemokraten Otto Brass und Hermann Brill, stand mit den politischen Emigranten in Paris in enger Verbindung.⁴⁶

Für die Schaffung der antifaschistischen Volksfront wurden nach 1934/35 auch die zunehmende Verfolgung und die Verbote katholischer Vereine bedeutsam. „Wir müssen den Katholiken in ihrem gerechten Kampf gegen die faschistische Diktatur reale Hilfe leisten und uns mit ihnen in diesem Kampf verbünden. Das wird uns die größten Möglichkeiten in der Schaffung der Volksfront geben“, erklärte Wilhelm Pieck auf der Brüsseler Konferenz der KPD.⁴⁷ Vornehmlich bei der Verteidigung der religiösen Bekenntnis- und Lehrfreiheit mehrten sich die Konflikte mit der nazistischen Staats- und Parteiführung, die ein absolutes Monopol der Jugenderziehung anstrebte und versuchte, die Tätigkeit der Kirchen zu behindern. Obwohl der Klerus – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – bereit war, mit der faschistischen Führungsspitze auf der Basis des gemeinsamen Antikommunismus zusammenzuarbeiten, geriet der christliche Humanismus in immer stärkeren Gegensatz zur faschistischen Ideologie und Politik. Dennoch begriff nur eine Minorität ihren inneren Protest gegen die Einengung der seelsorgerischen Tätigkeit, gegen Alfred Rosenbergs „Mythos des 20. Jahrhunderts“ und gegen die neuheidnische Propaganda als aktive Widerstandspflicht. Diese christliche Opposition bewegte sich hauptsächlich im innerkirchlichen Rahmen, verteidigte die Autonomie der Kirchen und stellte die christlichen Ideale der Liebe, des Friedens und der Gerechtigkeit faschistischer Willkür und Ideologie gegenüber. Immer wieder forderte sie die Einhaltung der Bestimmungen des zwischen Deutschland und dem Vatikan im Juli 1933 abgeschlossenen Konkordats durch die Hitler-Regierung. Aber auch diese Opposition christlicher Kreise besaß politisches Gewicht und barg große Potenzen für die Schaffung einer breiten antifaschistischen Volksfrontbewegung. In den Jahren der faschistischen Herrschaft kamen insgesamt etwa 5000 Priester verschiedener Nationalität in die Kerker und Konzentrationslager wo fast 2000 von ihnen den Tod fanden.

Zu den herausragenden katholischen Persönlichkeiten, die die Schranken bürgerlicher Passivität überschritten und gemeinsam mit den Kommunisten kämpften, gehörte in jenen Jahren hauptsächlich der Kaplan Josef Rossaint. Als Mitglied des Friedensbundes deutscher Katholiken und Leiter der katholischen Sturmcharen in Düsseldorf traf er Absprachen mit Max Reimann, Berta Karg und anderen Funktionären der KPD im Rhein-Ruhr-Gebiet über den gemeinsamen Kampf. In deren Ergebnis stellten Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes und junge Katholiken die „Rolandsbriefe“ her und verbreiteten diese. Im katholischen Jungmännerverband zirkulierte Material der KPD, junge Kommunisten nahmen an Heimabenden und Diskussionen der katholischen Jugend teil, führten gemeinsame Wochenendschulungen und eine Konferenz für die Gebiete Nieder- und Mittelrhein durch. Im Saargebiet, wo Erich Honecker auch als Sekretär des Kommunistischen Jugendverbandes für einige südwestdeutsche Gebiete wirkte, konnten in den Kampf um die Aufrechterhaltung des Status quo auch katholische Laien und Geistliche einbezogen werden.⁴⁸

Auch protestantische Kreise widersetzten sich der faschistischen Kirchenpolitik und dem Versuch, das Eigenleben der evangelischen Kirche zu vernichten und diese über die Deutschen Christen und den neuen Reichsbischof mehr oder weniger offen zu einem Teil des nationalsozialistischen Organisationsgefüges zu machen. Unter Führung von Martin Niemöller konstituierte sich im Herbst 1933 ein Pfarrernotbund, aus dem im Sommer 1934 die Bekennende Kirche hervorging.⁴⁹ Neben Niemöller wurden die beiden Theologen Karl Barth und Dietrich Bonhoeffer zu den Repräsentanten einer antifaschistischen evangelischen Minderheit. Sehr kritisch sah Barth die Situation unter den Protestanten: „Und die Christen ... sagten: Was kann das anderes sein als eine Offenbarung, eine Offenbarung Gottes, die wir 1933 erlebt haben. Also laßt uns die Kirche zu einer Kirche des Nationalsozialismus machen ... Da sah man, da hörte man Professoren und Pastoren, aber auch Bischöfe

⁴⁶ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 179 f.

⁴⁷ Wilhelm Pieck: Der neue Weg, S. 69.

⁴⁸ Siehe Karl Schabrod: Widerstand an Rhein und Ruhr 1933-1945, Herne 1969; Klaus Mammach: Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933 bis 1939, Berlin 1974, S. 81.

⁴⁹ Siehe Wilhelm Niemöller: Der Pfarrernotbund. Geschichte einer kämpfenden Bruderschaft, Hamburg 1973.

und Priester und Mönche die neuen Schlagworte von Blut und Rasse lallen.“⁵⁰ Bonhoeffer schrieb 1934, die Fehler und Schwächen der Bekennenden Kirche kritisierend, an einen Freund: „... obwohl ich mit vollen Kräften in der kirchlichen Opposition mitarbeite, ist es mir doch ganz klar, daß diese Opposition nur ein ganz vorläufiges Durchgangsstadium zu einer ganz anderen Opposition ist und daß die Männer dieses Vorgeplänkels zum geringsten Teil die Männer jenes zweiten Kampfes sind. Und ich glaube, die ganze Christenheit muß mit uns beten, daß das ‚Widerstehen bis aufs Blut‘ kommt und daß Menschen gefunden werden, die es erleiden.“⁵¹

Im März 1935 wurden 715 Pfarrer der Bekennenden Kirche verhaftet, weil sie von den Kanzeln ein von Heinrich Vogel ausgearbeitetes Manifest gegen den faschistischen Rassismus verlesen hatten. Einige Führer der Bekennenden Kirche wandten sich 1936 in einer Pfingstdenkschrift gegen den anwachsenden Antisemitismus der Nazis. Niemöller und Schneider wurden 1937 verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt. Im KZ Buchenwald, wo er selbst aus der Arrestzelle heraus mit fester Stimme gegen die Nazis predigte, starb Schneider am 18. Juli 1939 nach wochenlangen brutalsten Mißhandlungen. Dem mehrfachen Angebot einer Entlassung – verlockend, aber mit der Forderung nach einer Loyalitätserklärung gegenüber dem faschistischen Staat verbunden – widerstand er und erklärte dem Lagerkommandanten: „Sie können mich entlassen, aber ich sage Ihnen, der erste Bordstein Weimars wird die Kanzel, von der aus ich Ihre unsagbaren Verbrechen dem ganzen Volke predigen werde.“⁵² Das letzte bedeutende Auftreten der Bekennenden Kirche geschah im September 1938, als sie in einer Gebetsliturgie vor dem drohenden Krieg warnte und zum Frieden mahnte.

Christliche Hitlergegner unterstützten mit Hilfsmaßnahmen vielfältiger Art die von den Faschisten besonders barbarisch verfolgten Juden. Der katholische Dompropst Bernhard Lichtenberg schuf in Berlin ein Büro, das den rassistisch Verfolgten zu helfen versuchte. In der Berliner Hedwigs-Kathedrale betete er für die Häftlinge der Konzentrationslager. Im September 1938 gründete der evangelische Propst Heinrich Grüber mit Unterstützung von etwa 30 vorwiegend christlichen nicht-ariischen Mitarbeitern ein nach ihm benanntes Büro, das im Reich zahlreiche Nebenstellen unterhielt. Es übernahm insbesondere die Aufgabe, Auswanderungshilfe zu leisten und Arbeitsstellen im Ausland zu vermitteln. Das Büro Grüber gewährte materielle Hilfe, beriet in Rechtsfragen und unterhielt für christliche Kinder jüdischer Abstammung eine Schule. In Zusammenarbeit mit der katholischen Raphaels-Vereinigung, dem Verein für Auswanderungsberatung und -betreuung und der Reichsvertretung der Deutschen Juden (ab 1936 Reichsvertretung der Juden in Deutschland) gelang es, Tausenden jüdischen Christen und in kleine: Zahl auch anderen rassistisch Verfolgten die Auswanderung nach England, Holland, Schweden, den USA und weiteren amerikanischen Staaten zu ermöglichen und sie damit dem faschistischen Terror zu entziehen. Erst nach seiner Verhaftung Ende 1940 und im Konzentrationslager Sachsenhausen fand Grüber Kontakte zur revolutionären Arbeiterklasse.

c) Der Pariser Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront

Viele Beispiele zeigen, daß es in Deutschland nach dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und der Brüsseler Konferenz der KPD zu einem Aufschwung des antifaschistischen Widerstandskampfes, zu neuen Ansätzen einer antifaschistischen Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten und auf dieser Grundlage auch zu einer neuen Phase der Einbeziehung von Angehörigen der Mittelschichten in das Ringen um eine Volksfront gegen Hitler und Kriegsgefahr kam. Gegenüber 1934/35 zeichnete sich eine Erweiterung antifaschistischer Auffassungen in den Mittelschichten ab, obwohl diese in ihrer Gesamtheit nach wie vor eine feste Massenbasis des faschistischen Regimes darstellten. Vornehmlich in der Emigration gelang es der KPD, in größerem Umfang Verbindungen zu nichtproletarischen Demokraten zu knüpfen und damit in gewissem Maße die Volksfront-Beschlüsse ihrer Brüsseler Konferenz zu verwirklichen. Als eine wichtige Form der Volksfront

⁵⁰ Karl Barth: Der deutsche Kirchenkampf, Basel 1937, S. 11.

⁵¹ Zit. in: Hanfried Müller: Von der Kirche Zur Welt, Leipzig 1961, S. 171.

⁵² Zit. in: Carlheinz v. Brück: Im Namen der Menschlichkeit. Bürger gegen Hitler, Berlin 1964, S. 91.

erwiesen sich in jener Zeit die zahlreichen deutschen und internationalen Solidaritäts- und Befreiungskomitees. Bedeutende Impulse für die Gewinnung der emigrierten Intellektuellen, der Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler und Kleingewerbetreibenden im Exil waren bereits vom 1. Unionskongreß der Sowjetschriftsteller (August 1934) ausgegangen, auf dem Johannes R. Becher erklärt hatte: „Der glühende Haß gegen die Faschisten, diese Feinde der Menschheit, schließt uns zusammen mit den Proletariern der ganzen Welt. Dieser ehrliche, reine, fruchtbare Haß vereinigt uns mit allen, die die Wahrheit lieben. Er verbindet uns mit all denen, die der Menschheit und der Kultur dienen wollen, mit allen, die die edelsten Güter der Jahrtausende wahren, fruchtbar machen, erneuern und vermehren wollen.“⁵³ Auch der Internationale Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur, der im Juni 1935 in Paris stattfand, ist als Bestandteil der sich formierenden antifaschistischen Volksfront zu sehen. Die kommunistischen Schriftsteller betrachteten es als ihre Aufgabe, die objektiven Grundlagen für die Gemeinsamkeiten von sozialistischer und humanistisch-realistischer bürgerlicher Literatur nachzuweisen und diese allen verbündeten befreundeten und der Volksfront aufgeschlossen gegenüberstehenden Literaturschaffenden vor Augen zu führen. Damit war nicht nur das Verhältnis der Kommunisten zu allen progressiven Traditionen in der Geschichte des deutschen Volkes klargestellt, sondern zugleich die Frage nach der Perspektive jener bürgerlicher Literatur aufgeworfen, die sich nicht als Apologie des Imperialismus verstand. „Und das war eine, vielleicht die entscheidende Frage der literarischen Volksfront.“⁵⁴

Bald nach dem Pariser Kongreß zur Verteidigung der Kultur konstituierte sich im Sommer 1935 ein Aktionsausschuß für Freiheit in Deutschland. Ihm gehörten u. a. Willi Münzenberg⁵⁵ und Wilhelm Koenen (KPD), Rudolf Breitscheid und Max Braun (SPD) sowie Heinrich Mann und Lion Feuchtwanger an. Den Vorsitz führte der Schriftsteller Rudolf Leonhard, der über den Pazifismus zur sozialistischen Bewegung gekommen war, seit 1927 in Paris lebte und 1933 den Schutzverband deutscher Schriftsteller im Exil mitbegründet hatte. Zahlreiche Gespräche und Diskussionen wurden geführt, so mit Funktionären der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Vertretern der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, des Deutschen Komitees gegen Krieg und Faschismus, der Vereinigung sozialistischer Ärzte, der Deutschen Sektion der Internationalen Juristischen Vereinigung, der Deutschen Sektion der Liga für Menschenrechte, des Verbandes Deutscher Journalisten in der Emigration und mit einzelnen Persönlichkeiten. In deren Ergebnis entstand unter Leitung Heinrich Manns der Vorbereitende Ausschuß für die Schaffung einer Deutschen Volksfront.

Koenen und Münzenberg verhandelten im Auftrag der Führung der KPD mit Sozialdemokraten und bürgerlichen Hitlergegnern wie Georg Bernhard (Herausgeber des „Pariser Tageblatts“ und Leopold Schwarzschild (Herausgeber des „Neuen Tage-Buchs“) über eine größere Zusammenkunft, „auf der der allgemeine Plan einer Zusammenarbeit besprochen“⁵⁶ werden sollte. Gespräche und Briefwechsel gab es mit Personen, die sich bereits im Sinne einer einheitlichen Front gegen Hitler geäußert hatten, darunter auch mit Konrad Heiden, Hermann Rauschning und Hellmut von Gerlach. Letzterer hatte nach seiner abenteuerlichen Flucht immer wieder dazu aufgerufen, „Deutschland (zu) helfen, sich von Hitler zu befreien“⁵⁷ und die Bildung der französischen Volksfront begrüßt. Kurz vor seinem plötzlichen Tod am 1. August 1935 äußerte er seine Bereitschaft, an den Volksfront-Beratungen in Paris teilzunehmen, und erklärte: „Innerhalb der Einheitsfront bilden die Kommunisten nicht nur einen besonders eifrigen, sondern auch besonders einsichtsvollen Faktor.“⁵⁸

⁵³ Zit. in: Dieter Schiller: „... von Grund auf anders“, S. 25.

⁵⁴ Ebenda, S. 37.

⁵⁵ Willi Münzenberg hat sich kurze Zeit später von der KPD losgesagt, opportunistische und antisowjetische Tendenzen vertreten und auf viele nichtproletarische Demokraten einen desorientierenden Einfluß ausgeübt. Im März 1938 wurde er aus dem ZK und 1939 aus der Partei ausgeschlossen. Siehe auch: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1970, S. 340 ff.

⁵⁶ Zit. in: Klaus Mammach: Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933 bis 1939. S. 153.

⁵⁷ Rosemarie Schumann: Pazifismus in der Entscheidung, S. 481.

⁵⁸ Hellmut v. Gerlach: Friedensgefährdender Pazifismus. In: Die Neue Weltbühne. Wochenschrift für Politik, Kunst, Wirtschaft (Prag), Nr. 34, 22. S. 1935.

Die vereinbarte erste größere Tagung von Nazigegnern unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Auffassungen fand am 26. September 1935 im Pariser Hotel „Lutetia“ statt. Unter den 51 Teilnehmern waren 25 Vertreter des Bürgertums. Zum Zweck der weiteren gemeinsamen Arbeit wurde ein Büro gebildet, dem Heinrich Mann vorstand und dem Georg Bernhard, Max Braun, Emil Julius Gumbel, Otto Klepper, Willi Münzenberg und Leopold Schwarzschild angehörten. Aus Rücksicht gegenüber dem sozialdemokratischen Emigrationsvorstand und dessen Meinung, ein Bündnis mit den Kommunisten würde die kleinbürgerlichen und bürgerlichen Hitlergegner abstoßen, nahm Rudolf Breitscheid nicht an der Tagung teil. Er fehlte auch am 22. November 1935, als sich der Lutetia-Kreis erneut, diesmal mit 44 Teilnehmern, traf und sich mit Argumenten der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands gegen die Volksfrontpolitik der KPD auseinandersetzte.⁵⁹

Während es zunächst darauf ankam, gemeinsame Schritte zur unmittelbaren Unterstützung des antifaschistischen Kampfes in Deutschland zu beraten und einzuleiten – dem diente u. a. die für den Kampf um die Aktionseinheit der Arbeiterparteien bedeutungsvolle Protesterklärung vom 18. Dezember 1935 gegen die Hinrichtung des Kommunisten Rudolf Claus⁶⁰ –, wollten nichtproletarische Kräfte den Ausschluß dazu bewegen, vorrangig Verfassungsentwürfe und Regierungsprogramme für die Zeit nach dem Sturz der faschistischen Diktatur auszuarbeiten. So richtig und bedeutungsvoll das auch war – die KPD anerkannte es mit ihrem Eingehen auf derartige Fragen und ihren theoretischen Bemühungen um die Vertiefung der Gedanken über das nächste strategische Ziel: die neue demokratische Republik –, so negativ mußte es sich auswirken, wenn nur darüber und nicht gleichzeitig über die unmittelbaren, konkreten Aufgaben des Kampfes für den Sturz der Hitlerdiktatur beraten werden sollte. Die KPD ging darin auch mit dem Sozialdemokraten Gumbel konform, der seine Zustimmung zur Volksfront mit den Worten verband: „Wir wollen nicht, wie 1848 und 1918, mit dem Anbau einer Verfassung beginnen, die zu schön ist, um der Not stand zu halten, welche politische Rechte verspricht und wirtschaftliche Sicherungen unterläßt.“⁶¹ Alle Beteiligten hatten im Ringen um die antifaschistische Volksfront zu lernen, wie die beiden wichtigsten Aufgaben des antifaschistischen Widerstandskampfes – der Kampf um den Sturz der Hitlerdiktatur und der um den gesellschaftlichen Fortschritt in einem vom faschistischen Joch befreiten Deutschland – theoretisch und praktisch, eng und dynamisch, weder sektiererisch noch rechtsopportunistisch miteinander verbunden sein mußten.

Von diesen und weiteren Schwierigkeiten zeugte die dritte Zusammenkunft, die am 2. Februar 1936 mit rund 100 Teilnehmern, davon 37 Vertreter der bürgerlichen Opposition, durchgeführt wurde. Wenn auch kein gemeinsamer Standpunkt erreicht werden konnte, so war diese Tagung doch ein bedeutender Schritt auf dem Wege zur Bildung der antifaschistischen Einheitsfront von Kommunisten und Sozialdemokraten sowie zur Volksfront. Zum Referat des Sozialdemokraten Erich Kuttner wurden ein Manifest „An alle!“ und ein Aufruf „Für eine gemeinsame Amnestieaktion!“ beschlossen, in denen die Forderungen nach Wiederherstellung der elementarsten Menschenrechte, nach gemeinsamer Hilfe für die Opfer der faschistischen Gewaltherrschaft und nach Bewahrung der Völker „vor der Austilgung durch einen neuen Weltkrieg“ enthalten waren.⁶² Die unmittelbaren Aufgaben und Ziele der Volksfront vermochte diese Tagung noch nicht klar zu bestimmen. Eine Kommission erhielt schließlich nach längeren Debatten den Auftrag, eine Plattform zur Sammlung aller Oppositionsgruppen und ein Programm für die künftige Gestaltung Deutschlands zu entwerfen. Ihr wurden auch die von den bürgerlichen Vertretern vorgelegten Programmvorschläge zur weiteren Beratung überwiesen. Im Ergebnis der Tagung erschien seit März 1936 die Pressekorrespondenz „Deutsche Informationen“, herausgegeben von Heinrich Mann, Rudolf Breitscheid, Max Braun und Bruno Frei. Daneben traten die bereits Mitte 1935 begründeten „Mitteilungen der Deutschen Frei-

⁵⁹ Siehe Rudolf Breitscheid: Antifaschistische Beiträge 1933-1939. Ausgew. u. eingel. v. Dieter Lange, Frankfurt a. M. 1977, S. 19 ff.

⁶⁰ Siehe ebenda, S. 24 f.

⁶¹ Emil J. Gumbel: Kommt mit uns! In: Mitteilungen der Deutschen Freiheits-Bibliothek (Paris), Nr. 6, 1.11.1935, S. 8 f.

⁶² Zit. in: Eine Aufgabe. Die Schaffung der Deutschen Volksfront, hrsg. von der Deutschen Freiheits-Bibliothek, Paris und Basel 1936.

heitsbibliothek“ verstärkt für die Volksfront ein. Das allgemein positive Echo wurde auch auf der Internationalen Konferenz deutscher Emigranten am 19. und 20. Juni 1936 sowie auf der Asylrechtskonferenz am 20. und 21. Juni 1936 in Paris deutlich, die beide einstimmige Beschlüsse faßten und die Bildung einer Zentralvereinigung aller deutschen Emigranten forderten.

Die weiteren Beratungen der Programm-Kommission waren wesentlich durch die von einer erweiterten Tagung des Politbüros im Juni 1936 beschlossenen „Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform für die deutsche Volksfront“ beeinflusst. Wilhelm Pieck, Ende Mai 1936 nach Paris gekommen, widmete sich als Vertreter Ernst Thälmanns gemeinsam mit weiteren führenden Funktionären der KPD, wie Walter Ulbricht, Franz Dahlem u. a., voller Energie und schöpferischer Ideen der Gewinnung von Angehörigen der Mittelschichten zum gemeinsamen antifaschistischen Kampf. Er übergab dieses Dokument Heinrich Mann. Dieser stimmte zu, entsprachen die „Richtlinien“ doch seinen Leitgedanken für die Arbeit des Lutetia-Kreises, der sich seit dem 9. Juni 1936 Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront nannte, und die von ihm aufgestellten Bedingungen der Volksfrontarbeit: „1. Unbedingte Gleichberechtigung aller Mitglieder, 2. Loyalität jeder Gruppe gegen jede andere, 3. Sozialistischer Kern der Volksfront, 4. Geschäftsführender Ausschuß.“⁶³ Die „Richtlinien“ der KPD enthielten die Erklärung, daß die Volksfront „ihre entscheidende Aufgabe in dem Kampfe für die Verhinderung des Krieges“ sehen müsse; sie fixierten die Forderungen, die im Interesse der Arbeiter und Angestellten, der Bauern, des städtischen Kleinbürgertums, der Beamten, der Intellektuellen, der Jugend, der Frauen sowie der werktätigen Anhänger des Nationalsozialismus erhoben werden sollten. Die „Richtlinien“ sahen vor: „Die Organe der Volksfront werden auch nach dem Sturze Hitlers die provisorische Regierung bestimmen, deren Aufgabe es sein wird, den Sieg zu sichern und die freie Entscheidung des Volkes über das künftige Regime zu ermöglichen.“ Erstmalig verlautete über die Grundsätze des neuen deutschen Staates, daß dieser „eine demokratische Republik sein wird, in der das Volk frei über alle Fragen der Wirtschaft, der Innen- und Außenpolitik des Landes entscheidet und die Regierung durch eine Entscheidung des werktätigen Volkes auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts bestimmt wird“. Weiter wurde festgehalten: „Das neue Reich wird die Rüstungsindustrie nationalisieren, um den Kriegstreibern des Rüstungskapitals entgegenzuwirken. Im Interesse der Ordnung und zur Sicherung der Produktion und der Volksernährung wird das neue Reich das Eigentum jener Großkapitalisten und Großagrarier beschlagnahmen, die die ökonomischen Maßnahmen der demokratischen Regierung sabotieren.“⁶⁴ Widerspruch äußerten in der Programm-Kommission sowohl die Vertreter der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, die die „Richtlinien“ von linken Positionen her kritisierten, als auch bürgerliche Vertreter, denen eher ein Staat nach dem Beispiel der Weimarer Republik vorschwebte. Die „Richtlinien“ enthielten aber weder eine Absage an den Sozialismus noch die Vorstellung von einer Volksfront als Koalitionspolitik mit Teilen der Bourgeoisie. Sie orientierten – ebenso wie spätere bedeutende Dokumente der KPD – auf die Schaffung einer antifaschistischen, demokratischen Republik als nächstem strategischem Ziel, als nächstem Schritt zur Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und alle mit ihr verbündeten Antifaschisten.

Das bedeutendste programmatische Dokument des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront war der Aufruf vom 21. Dezember 1936: „Bildet die deutsche Volksfront! Für Frieden, Freiheit und Brot!“. Mit den Unterschriften von 14 Kommunisten, 20 Sozialdemokraten, zehn Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands und 29 Vertretern der Intelligenz – unter ihnen Georg Bernhard, Lion Feuchtwanger, Wolf Franck, Alfons Goldschmidt, Lehmann-Rußbüldt, Fritz Lieb, Heinrich Mann, Balder Olden, Rudolf Olden, Ernst Toller und Arnold Zweig – wurde übereinstimmend erklärt: „Die Volksfront will keine neue Partei sein. Sie soll ein Bund aller derer werden, die entschlossen sind, ihre Kraft für Freiheit und Wohlstand des deutschen Volkes einzusetzen. Alle in ihr vereinigten Parteien und Gruppen bleiben ihren besonderen weiterreichenden Zielen treu. Alle eint der Wille, die braune Zwangsherrschaft zu vernichten. Erst der Sturz der nati-

⁶³ Zit. in: Werner Herden: Geist und Macht, S. 136.

⁶⁴ Zit. in: Wilhelm Pieck: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. V: Februar 1933 bis August 1939, Berlin 1972, S. 358, 365 u. 369.

onalsozialistischen Machthaber wird jeder politischen, geistigen und religiösen Strömung die Möglichkeit geben, für ihre Ansichten, Ziele und Ideale in freier Gleichberechtigung einzutreten. Um das zu erreichen, verpflichten sich alle Gegner des heutigen Regimes, geeint zu bleiben und in geschlossener Front zu streiten, bis der Gegner besiegt und ein freies Deutschland geschaffen ist.“ Neben den allgemeinen demokratischen Forderungen stand auch die nach einer Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und der Großbanken, die „zu Totengräbern der Freiheit“ geworden seien. Die Unterzeichner waren sich ferner darüber einig, daß in einem neuen, demokratischen Deutschland „der gewissenlosen Hetze gegen die Sowjetunion ein Ende“ bereitet werden müsse, wenn es eine „große, starke Macht des Friedens“ sein wolle.⁶⁵

Dieser Aufruf half, die marxistisch-leninistische Bündnispolitik der KPD in Gestalt der antifaschistischen Volksfront weiter zu realisieren, obwohl die Forderung nach einer demokratischen Republik unterblieben war. Im Saargebiet entstand im Februar 1937 ein Arbeitsausschuß zur Bildung der Volksfront, dem mit Otto Pick und Johannes Hoffmann Vertreter ehemaliger bürgerlicher Parteien angehörten. Freundeskreise der deutschen Volksfront bildeten sich in vielen Teilen Frankreichs. Am 29. Juni 1936 führten neun deutsche Volksfrontgruppen in Buenos Aires eine Landes-Delegiertenversammlung der Deutschen Volksfrontgruppen in Argentinien durch und beschlossen ein Programm, in dem die Identität der eigenen Ziele mit denen „der Weltbewegung gegen Faschismus und Reaktion im allgemeinen und gegen den Hitlerismus im besonderen“ hervorgehoben wurde. Einen Monat darauf formierte sich eine Gruppe Deutsche Volksfront in Uruguay.⁶⁶ Ansätze zur Bildung von Volksfrontgruppen gab es in Schweden, wo im Oktober 1937 eine Norddeutsche Herbstkonferenz tagte, in der Tschechoslowakei, wo sich der Schriftsteller Oskar Maria Graf an entsprechenden Verhandlungen beteiligte, in der Schweiz und in anderen Ländern. Seit 1937 arbeitete die Liga für deutsche Kultur in Mexiko im Sinne der antifaschistischen Volksfront. Sie wurde von bürgerlichen Demokraten unterstützt – darunter von dem Kaufmann Karl Markmann und von Alfons Goldschmidt –, die sich auch gegen den Niedergang der Liga im Rahmen der trotzkistischen Hetzkampagne gegen den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt stemmten.

Die nächste Tagung des Pariser Volksfrontausschusses fand am 10. und 11. April 1937 mit rund 300 Teilnehmern statt. Ihr gingen Grußschreiben von Thomas Mann und von Mitgliedern der Internationalen Brigaden in Spanien zu, wobei sich letztere auf der Grundlage eigener praktischer Erfahrungen im national-revolutionären Krieg der spanischen Antifaschisten nachdrücklich für die proletarische Einheitsfront als der Grundlage für eine wirksame antifaschistische Volksfront einsetzten. Im Brief Thomas Manns hieß es abschließend: „Ich glaube mich enig mit der deutschen Volksfront in dieser Überzeugung (von Freiheit und Humanität – M. W.) und freilich auch in der, daß es eine Freiheit sein muß, die für sich einzustehen weiß, und eine Humanität, die gegen ihre Mörder keine Schwäche kennt.“⁶⁷ Eröffnet wurde die Tagung von Heinrich Mann, der sich eingehend mit den Zielen der deutschen Volksfront beschäftigte. Die Tagung vermochte insofern positiv auszustrahlen, als sie sich stärker den konkreten Aufgaben des antifaschistischen Kampfes und der praktischen Wirksamkeit der Volksfront zuwandte. Sie befaßte sich mit einer Analyse der Lohnkämpfe in Deutschland sowie mit der Hilfe für die politischen Gefangenen. Beschlossen wurde eine „Botschaft an das deutsche Volk“, in der man energischen Protest gegen die faschistische Intervention in Spanien und gegen die Aufrüstungs- und Kriegspolitik Hitlers erhob, hinter dem nicht Deutschland, sondern „der Egoismus der profithungrigen Kapitalmächte“ stünde.⁶⁸ Doch auch in ihr wurde nicht vom Ziel einer demokratischen Republik gesprochen, was die inneren Auseinandersetzungen um eine richtige Beantwortung der Frage widerspiegelte, welche staatliche und gesellschaftliche Ordnung nach Hitler kommen solle.

Die KPD, die den seit Februar 1937 auf spanischem Boden arbeitenden Sender der Volksfrontbewegung als „Deutschen Freiheitssender“ zur Verfügung stellte, unterbreitete nach der Apriltagung neue und detaillierte Vorschläge für eine operative Tätigkeit des Ausschusses. So war beabsichtigt,

⁶⁵ Zit. in: derselbe: Im Kampf um die Arbeitereinheit und die deutsche Volksfront 1936-1938, Berlin 1955, S. 84 ff.

⁶⁶ Das Freie Deutschland, Nr. 14, September 1936, S. 50 f. u. 57.

⁶⁷ Zit. in: Werner Herden: Wege zur Volksfront. Schriftsteller im antifaschistischen Bündnis, Berlin 1978, S. 82.

⁶⁸ Das Freie Deutschland Sondernummer 1937, S. 11.

ein engeres Büro bzw. einen Arbeitsausschuß und eine Kommission für den Freiheitssender zu schaffen, über die Unterstützung des Kampfes der spanischen Volksfront zu beraten sowie Stellungnahmen zur Mitarbeit katholischer Kreise, zu Kulturfragen, zur Lage der Bauern und der Jugend sowie zum Ziel einer demokratischen Volksrepublik zu erarbeiten. Aufgabe des Büros sollte es sein, rasch und ohne Verzögerungen auf neue Ereignisse und Aktionen des faschistischen Deutschlands zu reagieren, Argumentationen gegen einzelne Behauptungen von Gegnern der Volksfront zu erarbeiten oder vorzubereiten, den Verleumdungen über die Sowjetunion entgegenzutreten und die Arbeit des gesamten Ausschusses zu aktivieren, damit dieser wirklich zum großen, organisierenden Zentrum der antifaschistischen Emigration werden konnte. In seiner Antwort vom 31. Mai 1937 gab Heinrich Mann seine Zustimmung und setzte einige Punkte auf der Juni-Tagung des Ausschusses durch. Auch in den darauffolgenden Monaten sowie im Jahre 1938 unternahm die Partei alles, der Passivität des Ausschusses zu begegnen, kleinliche Differenzen auszuräumen und konkrete Schritte in der Organisation eines gemeinsamen antifaschistischen Kampfes sowie zur Unterstützung der von den Truppen Francos, Hitlers und Mussolinis bedrängten spanischen Volksfront einzuleiten. In zahlreichen Briefen unterbreiteten Walter Ulbricht und Paul Merker als Vertreter der KPD im Arbeitsausschuß des Volksfrontausschusses präzise und den objektiven Notwendigkeiten entsprechende Vorschläge.⁶⁹

Heinrich Manns Entwicklung und Tätigkeit in jener Zeit verkörperten den historisch richtigen Weg nichtproletarischer Demokraten und führten ihn an die Seite der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei. Nur wenige sind so wie er konsequent und folgerichtig zu den vorwärtsweisenden Positionen eines antiimperialistischen Demokratismus, zum Verständnis der gesellschaftlichen Wurzeln des Faschismus und zur Erkenntnis der Notwendigkeit umwälzen der gesellschaftlicher Veränderungen vorgedrungen. In Heinrich Manns Auseinandersetzung mit nichtproletarischen Antifaschisten und bürgerlich-oppositionellen Kräften widerspiegeln sich Grundfragen des antifaschistischen Widerstandskampfes.

Im Pariser Volksfrontausschuß stießen die unterschiedlichsten Meinungen aufeinander. Einige Mitglieder erwogen, die Volksfront zu einer Sammelbewegung der Emigration unter bürgerlicher Führung zu nutzen. Sie lähmten damit den ersten größeren Ansatz einer Volksfront im antifaschistischen deutschen Widerstandskampf, in der sie nicht die einzige mögliche Alternative des Kampfes gegen Faschismus und Kriegsgefahr zu erblicken vermochten. Sie verschlossen sich den Argumenten und Bekenntnissen zur Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialdemokraten und nichtproletarischen demokratischen Kräften. Die Meinungsverschiedenheiten über die brennend aktuellen Fragen nach den zukünftigen gesellschaftlichen Verhältnissen in Deutschland und nach dem organisierenden Zentrum des Bündnisses aller Hitlergegner ließen sich in jener Zeit noch nicht überbrücken. Unter dem massiven Druck des sozialdemokratischen Parteivorstandes, unter dem Einfluß bürgerlicher Kräfte wie Schwarzschild und teilweise auch Bernhard und durch trotzkistische Elemente brach der Pariser Volksfrontausschuß auseinander. Gerade in der Zeit, in der sich der Ausschuß seiner eigentlichen Aufgabe zuwandte, den illegalen antifaschistischen Kampf in Deutschland zu unterstützen, versuchte dieser Personenkreis, die sich erfolgreich entwickelnde kommunistisch-sozialdemokratische Zusammenarbeit zu sprengen und durch eine bürgerlich-sozialdemokratische zu ersetzen.⁷⁰

Der aktive Einsatz der deutschen Kommunisten und vieler nichtproletarischer Demokraten für die deutsche Volksfrontbewegung war mit dem Scheitern des Pariser Vorbereitenden Ausschusses nicht beendet. Im Dezember 1937 trat Heinrich Mann an die Spitze des in Dijon gegründeten Bundes freiheitlicher Sozialisten, der sich als Zusammenschluß antifaschistischer Intellektueller verstand und sich um das Bündnis mit den Arbeiterparteien bemühte. Mitte März 1939, nach der Berner Konferenz der KPD, entstand auf Initiative Heinrich Manns und Hermann Budzislawskis der Aktionsausschuß Deutscher Oppositioneller, der die Arbeit des gescheiterten Pariser Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront bis in die erste Kriegszeit hinein fortsetzte. Ihm gehörten

⁶⁹ Siehe Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. II: 1933-1946, 2. Zusatzbd., Berlin 1968.

⁷⁰ Siehe Rudolf Breitscheid: Antifaschistische Beiträge, 1933-1939, S. 40 f.

auch Georg Bernhard, Lion Feuchtwanger und Leonhard Frank an. Dieser Aktionsausschuß setzte sich das Ziel, alle Antifaschisten zum Kampf gegen die Hitlerdiktatur zu sammeln; er bildete Kommissionen für die verschiedensten Arbeitsgebiete und erarbeitete Material für die antifaschistische Propaganda. Er stand auch mit mehreren hundert emigrierten Nazigegnern in anderen Ländern in Verbindung, denen u. a. die Materialien der Berner Konferenz in der Broschüre „Der Weg zum Sturz Hitlers und der Kampf um die neue, demokratische Republik“ übermittelt wurden. Die Pressekorrespondenz „Deutsche Informationen“ wurde von ihm weiter herausgegeben. In seiner Tätigkeit stützte sich der Aktionsausschuß vornehmlich auf die Freundeskreise der Volksfront, auf Mitglieder des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller und des Koordinationsausschusses deutscher Gewerkschafter sowie auf die Organisation emigrierter deutscher Kommunisten in Frankreich.

d) Im Ringen um eine breite antifaschistische Front

In den dreißiger Jahren blieben die Bemühungen der KPD um eine dauerhafte und wirksame Volksfront noch ohne Erfolg. Zwar hatte ein Sammlungsprozeß der antifaschistischen Kräfte begonnen, doch führte dieser noch nicht und nicht direkt zur Einigung der Opposition. Bürgerliche, kleinbürgerliche, rechtsopportunistische und trotzkistische Hitlergegner trafen sich in ihrem Unglauben an die Kraft der deutschen Arbeiterklasse, von der sie keine Veränderungen in Deutschland erwarteten, sowie im Antisowjetismus, der durch eine verleumderische Berichterstattung über den Aufbau des Sozialismus in der UdSSR 1936/37 neu entfacht wurde. Carl Spiecker, bis 1932 in der preußischen Regierung für die „Überwachung“ der Naziartei verantwortlich, unterstützte im Exil hauptsächlich antikommunistische Kräfte. Er finanzierte u. a. auch einige Ultralinke, die sich zu antikommunistischer und antisowjetischer Propaganda bereit fanden und ihre Meinung über die angebliche „Selbsttäuschung oder auch Unwissenheit der führenden Kommunisten“ verbreiteten.⁷¹ Im Sommer 1937 faßte eine Konferenz von Trotzkisten in Paris einen Beschluß, in dem die deutsche Volksfront als „ein Unternehmen bankrotten und verräterischen Bürokraten“ verleumdet wurde, deren Ziel es sei, „das Elend der Republik von Weimar zu wiederholen“.⁷²

Im einzelnen unterschiedlich motiviert, grundsätzlich jedoch antikommunistisch eingestellt, führten neben den rechten Sozialdemokraten auch die bürgerlichen Mitglieder den Pariser Volksfrontausschuß in die Passivität. Otto Klepper forderte eine „neue politische Bewegung“, die allein den Nationalsozialismus liquidieren können. Über diese „neue“ Bewegung, ihren Inhalt und ihre sozialen Kräfte konnte Klepper jedoch keine verbindlichen und klaren Aussagen machen. Als Ziel schwebte ihm lediglich ein antikommunistisch geeintes Europa vor.⁷³ Schwarzschild trat bereits Ende 1936 aus dem Volksfrontausschuß wieder aus, weil er zu diesem Zeitpunkt mit seinem Antikommunismus und seiner Forderung, „tabula rasa“ zu machen, keinen Widerhall fand und seine Versuche, die antidemokratischen konservativen Kräfte um Gottfried Reinhold Treviranus, Heinrich Brüning und Theodor Duesterberg in Führungspositionen innerhalb der Volksfront zu bringen, gescheitert waren.⁷⁴ Seine Bemühungen, eine Volksfront ohne bzw. gegen die Kommunisten zustande zu bringen, verknüpfte er mit Gedanken über eine „Gleichheit“ von Faschismus und Sozialismus. 1937 sprach er vom „bolschewistischen Nationalsozialismus“ und vom „kapitalistischen Bolschewismus“; er verkündete, es gebe „... unter dem Faschismus nicht die Spur einer ‚Herrschaft‘ des Kapitalismus, ganz im Gegenteil“. Er „warnte“ alle davor, auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus nicht zum „Narren“ vor der Wirklichkeit zu werden, und meditierte: „Viele ... mögen ungern die ideale Vorstellung zerbrechen sehen, daß das Glück notwendigerweise synonym sei mit Entmachtung des Kapitalismus, und das Unglück infolgedessen notwendigerweise synonym mit Herrschaft des Kapitalismus. Glücklicherweise gibt es andere, wenn auch kompliziertere Wahrheiten.“⁷⁵ Welche Wahrheiten und Ideale er damit meinte, vermochte Schwarzschild nicht zu formulieren, weil ihm Antikommunismus

⁷¹ Siehe Karl Retzlau: Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt a. M. 1971, S. 417 f.

⁷² Zit. in: ebenda, S. 401.

⁷³ Otto Klepper: Europäische Freiheit. In: Das Neue Tage-Buch (Paris-Amsterdam), 4. Jg. 1936, Nr. 52, S. 1236 ff.

⁷⁴ Leopold Schwarzschild: Lehren aus einer Erfahrung. In: ebenda, S. 1231 f.

⁷⁵ Derselbe: Das Regime mit dem Fragezeichen. In: ebenda, 5. Jg. 1937, Nr. 47, S. 1115 f.

und Antisowjetismus den Weg zum Verständnis für die Aufgaben des antifaschistischen Widerstandskampfes verbauten. Statt dessen steigerte er sich immer weiter in seine Feindschaft gegenüber den Kommunisten hinein, die er schließlich sogar für den Faschismus verantwortlich machen wollte.

Es war kein Zufall, daß sich gerade Mitte der dreißiger Jahre – unter dem Einfluß einer neuen anti-kommunistischen und antisowjetischen Welle all der imperialistischen Mächte – unter den nichtproletarischen Gegnern der faschistischen Diktatur neue Tendenzen einer Polarisierung abzeichneten. Das Hitlerregime hatte sich konsolidiert und schien unerschütterlich. Eine aktive Unterstützung des antifaschistischen Widerstandskampfes der Arbeiterklasse wie auch der kämpfenden spanischen Volksfront erforderte Einsichten und Entscheidungen, die zugleich ein neues Verhältnis zur Arbeiterklasse und insbesondere zur Sowjetunion bedingten. Viele nichtproletarische Demokraten verstanden kaum, worin die damalige Entwicklungsstufe des sozialistischen Aufbaus nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion bestand, was das Wesen der Diktatur des Proletariats zum Unterschied von der faschistischen Diktatur ausmachte.

Einige bürgerlich-pazifistische Emigranten erlagen den ständigen Friedensbeteuerungen aus Berlin. So grenzte sich z. B. Quidde eindeutig von Gerlach ab. Ausgangspunkt dabei war die unterschiedliche Einschätzung der Situation, gegenüber der Quidde damals – wenige Jahre später korrigierte er sich⁷⁶ – mehr als zweifelhafte Illusionen hegte. Quidde behauptete, die Hitler-Regierung habe die Prinzipien des Pazifismus übernommen. Deren Friedensdemagogie für bare Münze nehmend, begriff er das Wesen und die gefährlichen Folgen der faschistischen Aufrüstung nicht.⁷⁷ Daher schrieb er selbst, daß er zum Unterschied von Gerlach die außenpolitische Lage ganz anders beurteile, daß Gerlach Anlaß gehabt hätte, „entsetzt“ zu sein über Artikel, die ich in schweizerischen Zeitungen veröffentlichte, denn ich vertrat die Überzeugung, daß – trotz Hitlers ‚Mein Kampf‘ – die national-sozialistische Bewegung nicht bewußt auf einen Krieg hinsteuere und daß man versuchen müsse, im Einvernehmen mit ihr ernstlich abzurüsten.“⁷⁸ Ähnlich hatte sich schon am 18. Dezember 1934 Walther Schücking gegenüber Hans Wehberg geäußert: „Außenpolitisch sehe ich die Dinge also keineswegs so schwarz an, in dem Sinne, daß wir demnächst einen Krieg hätten.“⁷⁹

Diese Auffassungen verstärkten die Auseinandersetzungen unter den deutschen Pazifisten. Einige distanzierten sich klar davon und entwickelten eigene Positionen weiter. In diesem Sinne hatte Alfred Falk, der die Beschwerdestelle der Deutschen Liga für Menschenrechte leitete, schon am 3. Oktober 1934 an Quidde geschrieben: „Wenn man aber außerhalb des Verbrecherreiches leben kann, hat man als Pazifist und Demokrat die sittliche Pflicht, einmal alles zu tun, um, wo es irgend geht und mit welchen Mitteln auch immer, das Land der Barbaren und ihr System zu schädigen, zum anderen immer wieder und wieder bei allen sich bietenden Gelegenheiten, die Stimme für unsere eingekerkerten und schwer mißhandelten Freunde zu erheben und die Welt auf die deutschen Schurkereien aufmerksam zu machen ... Wir haben nur eine Aufgabe, solange wir leben: den schlimmsten Feind der Menschheit, der an der Spree steht, zu bekämpfen. Dagegen haben Sie ohne Not gefehlt.“⁸⁰ Den Standpunkt Falks teilten auch andere demokratische und linksbürgerliche Pazifisten sowie Mitglieder des deutschen Zweiges der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit. Sowohl in der Emigration als auch in Deutschland blieben viele Pazifisten ihrer antimilitaristischen und antifaschistischen Haltung treu, darunter Paul Freiherr von Schoenaich, der 1933 kurze Zeit inhaftiert war, die 1943 in hohem Alter verstorbenen Helene Stöcker, Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann sowie Gertrud Baer und Else Lüders. Fritz Küster und Vitus Heller blieben selbst im Konzentrationslager unbeugsam.

Die um Quidde, Schücking und andere gruppierten bürgerlichen Pazifisten gehörten jedoch objektiv ebenfalls in die große Front der Antifaschisten und Hitlergegner. Ihre Konzeption erwies sich ange-

⁷⁶ Rosemarie Schumann: Pazifismus in der Entscheidung, S. 515 ff.

⁷⁷ Ebenda, S. 495.

⁷⁸ Ludwig Quidde: Der gute Kamerad. Meine Erinnerungen an Hellmut v. Gerlach. In: Der Europäer. Organ der Europa-Union Bewegung für die Einigung Europas, Basel, Januar 1937.

⁷⁹ Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Wehberg, Nr. 80, unpag.

⁸⁰ Zit. in: Rosemarie Schumann: Pazifismus in der Entscheidung, S. 502 f.

sichts der forcierten Politik des faschistischen deutschen Imperialismus zur Vorbereitung und Entfesselung des zweiten Weltkrieges allerdings erneut als untauglich, ja war sogar von einer desorientierenden Gefährlichkeit. Die Kreise um Quidde, Wehberg und Schücking gerieten immer mehr in Gegensatz zum demokratischen und linksbürgerlichen Pazifismus und unterließen, wie Quidde am 5. Februar 1936 an Wehberg schrieb, „alles Polemische“ gegen die nationalsozialistische Kriegsvorbereitung.⁸¹ Statt dessen bekräftigten sie ihre antisowjetischen Auffassungen und Tendenzen – ganz im Sinne der sog. Beschwichtigungspolitik der als demokratisch glorifizierten imperialistischen Westmächte. Sie zogen zugleich einen Trennungsstrich zu jenen Emigranten, die um eine antifaschistische Volksfront auch unter Einschluß der verschiedenen pazifistischen Strömungen rangen. Es bedeutete mehr als Resignation, wenn Schücking am 7. Dezember 1934 an Wehberg schrieb, daß er „unbedingt aus den politischen Tageskämpfen herausbleiben“ möchte, um damit seinen Wunsch zu begründen, daß einer seiner Artikel „nicht ohne weiteres von der Emigrantenpresse übernommen“ werden dürfe.⁸²

Zum Scheitern des Pariser Volksfront-Ausschusses trugen auch die Versuche kleinbürgerlicher und bürgerlicher Hitlergegner bei, eigene und dem Ausschuß objektiv entgegenwirkende Organisationen und Institutionen zu schaffen. Leopold Schwarzschild, Berthold Jacob und Paul Dreyfus gründeten im Juni 1937 den Bund Freie Presse und Literatur, mit dem sie den Verband deutscher Journalisten in der Emigration und den Schutzverband Deutscher Schriftsteller im Exil zu spalten trachteten. Als Sammelbecken dieser Kräfte formierte sich schließlich die Deutsche Freiheitspartei, deren erklärtes Ziel es war, an die Stelle der „Volksfront von Moskau die Volksfront aller freiheitsliebenden Deutschen“⁸³ zu setzen. An ihrer Tätigkeit beteiligte sich auch Willi Münzenberg, der mehr und mehr gegen die kommunistische Weltbewegung hetzte und die Lüge verbreitete, seit Mitte 1936 sei die Kommunistische Internationale von den Beschlüssen ihres VII. Weltkongresses abgerückt. Initiiert wurde die DFP hauptsächlich von Carl Spiecker, der darüber hinaus mit Pater Friedrich Muckermann, dem Herausgeber der katholischen Emigrations-Zeitschrift „Der Deutsche Weg“, in Verbindung stand. Ihre Zeitschrift „Das wahre Deutschland. Auslandsblätter der Deutschen Freiheitspartei“ stand auch Anhängern von Otto Strasser offen, die eine „Deutsche Front“ gegen Volksfront propagierten.

Zu den neuen Organisationen zählte u. a. auch „Friede und Aktion. Zentrum für antifaschistische Studien und Aktion“ als internationale Gesellschaft, die am 25. April 1937 ins Leben gerufen wurde. Zum Vorstand, den der französische Professor Paul Langevin leitete, und zum Vollzugsausschuß gehörten als deutsche Vertreter Thomas Mann, Victor Basch (in seiner Eigenschaft als Präsident der Deutschen Liga für Menschenrechte) und Rudolf Breitscheid. Zu Sinn und Aufgabe wurde erklärt: „Noch besteht keine Organisation, die ausschließlich zur Abwehr faschistischer Propaganda und faschistischer Aggression dient, zur Verteidigung der Freiheit und des Friedens, die uns teuer sind. Noch fehlt eine unabhängige und einheitliche Organisation, die unter Ausschluß aller Tendenzkämpfe sich einer praktischen Dokumentierung, Information und internationaler Verbindung widmet.“⁸⁴

An der Seite der Kommunisten versuchten auch nichtproletarische Demokraten, der zunehmenden Inaktivität des Pariser Volksfrontausschusses entgegenzuwirken. Insbesondere kritisierten sie die einheitsfrontfeindlichen Positionen rechter sozialdemokratischer Führer, ohne jedoch deren Einfluß auf die Mehrheit der sozialdemokratischen und kleinbürgerlichen Emigranten zurückdrängen zu können. Gemeinsam mit den Vertretern der KPD führten sie weitere Tagungen durch, zuletzt am 22. September 1938, und unternahmen neue Versuche einer einheitlichen Organisierung der Kräfte. Ende September 1938 trat das Initiativkomitee deutscher Friedensfreunde, dem u. a. Georg Bernhard, Willy Bredel, Robert Breuer, Hermann Budzislowski, Franz Dahlem, Wolf Franck, Bruno

⁸¹ Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Wehberg, Nr. 70, unpag.

⁸² Ebenda, Nr. 80, unpag.

⁸³ Zit. in: Ursula Langkau-Alex: Deutsche Emigrationspresse (auch eine Geschichte des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“ in Paris). In: International review of social history, Amsterdam, Volume XV, 1970, Part. 2, S. 184; siehe auch Beatrix Bouvier: Die Deutsche Freiheitspartei (DFP). Ein Beitrag Zur Geschichte der Opposition gegen den Nationalsozialismus, Diss., Frankfurt a. M. 1969.

⁸⁴ Friede und Demokratie. Internationales Studienzentrum für antifaschistische Aktion, Paris o. J., S. 5.

Frei, Alfons Goldschmidt, Arthur Holitscher, Rudolf Leonhard, Erika und Klaus Mann, Anna Seghers, Paul Westheim sowie Milly Zirker angehörten, mit einem dringlichen Appell auf: „Es ist die Stunde gekommen, eine einheitliche deutsche Aktionszentrale für den Frieden zu schaffen, die ohne Rücksicht auf alle sonstigen Differenzen den Friedenswillen des deutschen Volkes legitim verkörpern soll. Stellen wir alles Trennende zurück: Niemand kann sich der Verantwortung vor unserem Volk und der Geschichte entziehen. Vereinigen wir uns mit den Friedensfreunden aller Länder.“⁸⁵

In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre verstärkten die illegalen Partei- und Widerstandsorganisationen der KPD in Deutschland ihre Bemühungen, die Einheitsfront herzustellen und auf dieser Grundlage die antifaschistische Volksfront zu schaffen. In den Betrieben wehrten sich Kreise der Arbeiterklasse unter Führung der KPD gegen die wachsende Ausbeutung und gegen die Anschläge der faschistischen Staatsorgane auf ihre soziale Lage. Einzelne Demonstrationen, Streiks und Sabotageakte richteten sich gegen die forcierte Aufrüstung des deutschen Imperialismus. Jedoch beteiligte sich stets nur ein Teil der Belegschaften an derartigen antifaschistischen Aktivitäten. Den Nazis war es gelungen, auch in den Betrieben neue Stützpunkte zu finden, weil viele junge Menschen, die lange arbeitslos gewesen waren, und Zehntausende von Handwerkern und Gewerbetreibenden gezwungen wurden, in der Industrie zu arbeiten, wo sie – von der faschistischen Ideologie beeinflusst – vielfach zu aktiven Anhängern des Naziregimes wurden. Ebenso wie der faschistische Terror und das ausgedehnte Überwachungssystem wirkte sich dies sehr erschwerend auf die illegale Arbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten in den Betrieben aus; es beeinträchtigte aber auch die Gewinnung nichtproletarischer Kräfte für den antifaschistischen Widerstand. Dennoch gelang es den illegalen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern in Deutschland, im Kampf um die Solidarität mit dem kämpfenden Volksfrontspanien kleinbürgerliche und andere Hitlergegner zu gewinnen. In den Reihen der Internationalen Brigaden standen auch einige bürgerliche Demokraten, vornehmlich Angehörige der Intelligenz, Ärzte, Schriftsteller, Komponisten und bildende Künstler. Am bekanntesten ist das Beispiel des katholischen Theologen und Publizisten Dr. Albert Müller, der als stellvertretender Kompaniechef im Thälmann-Bataillon kämpfte und im Januar 1937 fiel.⁸⁶

Die Tatsache, daß der Pariser Ausschuß immer weniger seinen Aufgaben als ein Zentrum der deutschen Volksfront nachzukommen vermochte, behinderte die Entfaltung der Widerstandsbewegung in Deutschland. „Nur langsam erreichte die KPD bei ihrem Bemühen um die Schaffung der Volksfront in Deutschland Fortschritte. Bedeutendere Ansätze entstanden mit der Entwicklung von größeren Widerstandsorganisationen, die sich seit 1938/1939 um Organisationen der KPD herauszubilden begannen.“⁸⁷ Das galt z. B. für die von Robert Uhrig, John Sieg, Heinz Kapelle, Georg Schumann, Herbert Bochow, Magnus Poser, Georg Lechleiter und anderen in vielen Teilen Deutschlands geleiteten Gruppen. 1938/39 bildete sich in Berlin durch den Zusammenschluß der von Sieg geführten KPD-Organisation und von Gruppen antifaschistischer Kräfte vornehmlich der Intelligenz, die sich um Dr. Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen gesammelt hatten, eine neue größere Widerstandsorganisation in der Hitlergegner unterschiedlicher sozialer Herkunft und weltanschaulicher Auffassungen gemeinsam wirkten. Auch in den antifaschistischen Widerstandskampf, der sich in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern zu regen begann, konnten nichtproletarische Häftlinge einbezogen werden. Sie waren in der Hauptsache von der Solidarität und dem ungebrochenen Kampfwillen der kommunistischen und sozialdemokratischen Widerstandskämpfer beeindruckt. Vereinzelt unterstützten auch Angehörige der Wachmannschaften und der Zuchthausverwaltungen politische Häftlinge, indem sie ihnen kleine Erleichterungen gewährten, Bücher besorgten oder Verbindungen nach draußen ermöglichten.⁸⁸

⁸⁵ Die Neue Weltbühne, Nr. 38/1938, zit. in: Ruth Greuner: Gegenspieler, S. 87.

⁸⁶ Siehe Günter Wirth: Ein Katholik als Kämpfer für das republikanische Spanien. Dr. Albert Gerhard Müller – Stifter-Forscher, Antifaschist, Interbrigadist, Burscheidungen 1976.

⁸⁷ Klaus Mammach: Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933-1939, S. 192.

⁸⁸ Siehe Max Frenzel/Wilhelm Thiele/Arthur Mannbar: Gesprengte Fesseln. Ein Bericht über den antifaschistischen Widerstand und die Geschichte der illegalen Parteiorganisation der KPD im Zuchthaus Brandenburg-Goerden von 1933 bis 1945, Berlin 1975, S. 148 f. u. 173 ff.

Die Mehrheit der Hitlergegner aus den Reihen der Mittelschichten und der Intelligenz handelte auch in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre individuell oder in kleinen Gruppen. Ihre Äußerungen des Protestes gegen die völkisch-rassistische Weltanschauung der Nazis, gegen einzelne soziale Maßnahmen und die Kriegsvorbereitungen, ihre Unterstützung für rassistisch und politisch Verfolgte, ihre Predigten in den Kirchen und viele andere Ausdrucksformen ihres Handelns ergaben sich letztlich aus den weltanschaulichen, religiös-sittlichen, humanistischen und politischen Positionen, auf denen sie standen. Sie wurden damit ein Teil des antifaschistischen Widerstandes, obgleich sie weder als vorwärtstreibender noch als ausschlaggebender Faktor der Widerstandsbewegung wirksam werden konnten. Sie leisteten objektiv einen Beitrag zur Stärkung der antifaschistischen Front sowie zur Schwächung des faschistischen deutschen Imperialismus.

Die Bilanz des Ringens um die antifaschistische Volksfront, die Wilhelm Pieck auf der Berner Konferenz der KPD in seinem Referat „Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei“ am 30. Januar 1939 zog, war nüchtern und realistisch: In Deutschland gebe es einige Verbindungen zu Handwerkern, Händlern und Intellektuellen, aber nicht zu Bauern. Auch in der Emigration herrsche, nachdem der Pariser Ausschuß zerfallen sei, „überall die größte Verwirrung über Wesen und die Aufgaben der Volksfront“. Gegen alle Auffassungen gerichtet, die in ihr hauptsächlich ein Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie erblickten, und die Erfahrungen zusammenfassend, erklärte Wilhelm Pieck, daß „die Volksfront das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern, dem Mittelstand und den Intellektuellen, also ein Bündnis der Werktätigen gegen den Hitlerfaschismus ist“. Davon hob er die Möglichkeit eines vorübergehenden Zusammengehens mit Teilen der Bourgeoisie ab, das nicht mit dem Bündnis zwischen der Arbeiterklasse, den Bauern und anderen Werktätigen auf eine Stufe gestellt werden dürfe. Die Berner Konferenz bestimmte – nicht zuletzt auch unter dem Eindruck des Scheiterns der Volksfront in Frankreich und Spanien, das manchen Antifaschisten überhaupt an Sinn und Wert der Bündnisfrage zweifeln ließ – umfassender als zuvor den Charakter der Volksfront. Sie betonte, die Volksfront sei kein zeitweiliges und begrenztes Bündnis allein gegen den Hitlerfaschismus, das etwa zu dem Zeitpunkt wieder gelöst werden könne, da die Arbeiterklasse genügend Spielraum für die Errichtung der Diktatur des Proletariats besitze. „Dieses Bündnis richtet sich nicht nur gegen den Hitlerfaschismus, sondern ist auch auf die Aufrichtung und Sicherung einer demokratischen Volksrepublik gerichtet, in der nicht mehr die Bourgeoisie, sondern die Volksfront die Führung haben wird.“ Die in Opposition befindlichen Teile der Bourgeoisie seien auf jeden Fall zu unterstützen, aber immer unter Berücksichtigung der Erkenntnis, daß im Kampf der werktätigen Massen um ihren weiteren Sieg „diese Teile der Bourgeoisie keine zuverlässigen Bundesgenossen sein werden“.⁸⁹ Ein wichtiges Ergebnis der Berner Konferenz stand in der weiteren Präzisierung der strategischen Zielsetzung des antifaschistischen Kampfes sowie in der Ausarbeitung eines in sich geschlossenen Programms der neuen demokratischen Republik, das konsequent von den dialektischen Wechselbeziehungen zwischen der marxistisch-leninistischen Bündnispolitik und dem Kampf der KPD für die weiteren Schritte auf dem Wege zur Errichtung der im Interesse aller Werktätigen notwendigen Diktatur des Proletariats ausging.

2. Nichtproletarische Demokraten in der antifaschistischen deutschen Widerstandsbewegung während des zweiten Weltkrieges

a) Im Widerstand gegen die Entfesselung und Ausdehnung des Krieges. An der Seite der KPD für den Schutz der Sowjetunion

Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung unter Führung der KPD verbreitete in den dreißiger Jahren unermüdlich die Wahrheit über die Rüstungspolitik und die Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus. Ihr Kampf galt vorrangig der Erhaltung des Friedens, der Unterstützung und Verteidigung der Sowjetunion sowie ihrer Politik der kollektiven Sicherheit, die eine reale Alternative zu der das faschistische Regime begünstigenden Haltung der imperialistischen Westmächte darstellte. Die KPD und ihre Bündnispartner wiesen den Weg, wie die drohende Katastrophe ei-

⁸⁹ Wilhelm Pieck: Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei. Referat, 30. Januar 1939. In: derselbe, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. V, S. 597 ff.

nes neuen weltweiten Völkermordens abgewendet werden könnte. Ihre Kraft reichte jedoch nicht aus: Am 1. September 1939 begann der zweite Weltkrieg, der für alle antifaschistischen Kämpfer, auch für die nichtproletarischen Demokraten unter ihnen, noch härtere Bedingungen und größere Aufgaben bringen sollte. Neue unermeßliche Schwierigkeiten standen vor ihnen, war es doch dem Hitlerregime gelungen, den Friedenswillen des deutschen Volkes, der im September 1938 deutlich zu spüren gewesen war, zu unterdrücken und es gegen dessen ureigenste Interessen in den Krieg zu treiben. Die Faschisten erweiterten das Netz der Überwachung und Bespitzelung der Bevölkerung in einem unvorstellbaren Ausmaß. Die terroristische Gewalt wurde weiter verschärft, „rücksichtslose Härte und Strenge“ galten als die wesentlichsten Prinzipien des nunmehr im Reichssicherheitshauptamt zentralisierten faschistischen Repressivapparates.

Unter dem Einfluß der faschistischen Propaganda und dem Eindruck der ersten Siegesmeldungen hofften weite Kreise der Bevölkerung, daß der Krieg nicht lange dauern, siegreich beendet werden und zu einer Besserung ihrer sozialen Lage führen würde.⁹⁰ Das faschistische Regime potenzierte seine Bemühungen, die politisch-ideologische Beeinflussung der Massen zu vergrößern und durch das Mittel der sozialen Korruption zu stützen. Viele Deutsche durften sich am Raubzug der großen Konzerne beteiligen und selbst kleine Räubereien unternehmen. Die schnelle Niederlage Polens löste einen chauvinistischen Siegestaumel aus und nährte die Hoffnung, die „Kraft deutscher Waffen“ würde sich auch der Frankreichs und Englands überlegen erweisen. Erschwerend für den politisch-ideologischen Klärungsprozeß innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung war, daß einflußreiche Kreise des Monopolkapitals in den westlichen Länder versuchten, die faschistische Kriegswooge von sich und gegen die Sowjetunion zu lenken, was letztlich zur Stärkung Hitlerdeutschlands beitrug. In der Appeasement-Politik der Westmächte lag die Ursache dafür, daß die seit der Annexion Österreichs verstärkten Anstrengungen der Regierung der UdSSR, in letzter Stunde eine kollektive Abwehrfront gegen die Aggressoren zu errichten, schließlich scheiterten.⁹¹ Bei der Verteidigung und dem Schutz der UdSSR mußte von den deutschen Antifaschisten berücksichtigt werden, daß Deutschland als einzige imperialistische Großmacht am 23. August 1939 einen Nichtangriffsvertrag mit der Sowjetunion abgeschlossen hatte.⁹² Dieser Vertrag durchkreuzte die Absicht, die UdSSR dem Angriff einer antisowjetischen Einheitsfront der mächtigsten imperialistischen Staaten und damit einem Zweifrontenkrieg auszusetzen. Unter den Hitlergegnern, selbst unter Kommunisten, führte diese Tatsache zunächst zu einer gewissen Verwirrung und zu anfänglichem Unverständnis gegenüber dieser komplizierten internationalen Situation. Der zweite Weltkrieg begann als militärische Auseinandersetzung zwischen zwei imperialistischen Koalitionen, da sich die imperialistischen Widersprüche unter den damaligen Bedingungen gegenüber dem Grundwiderspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus zeitweilig als stärker erwiesen. Insofern war die Situation mit der von 1914 vergleichbar, dennoch stellten die Existenz der Sowjetunion und der Antagonismus zwischen den beiden entgegengesetzten sozialökonomischen Systemen einen wichtigen neuen und bedeutungsvollen Faktor in den internationalen Beziehungen dar.

Die KPD stimmte dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag zu und verstärkte ihren antifaschistischen Widerstandskampf. Umfang und Wirkung des deutschen Antifaschismus übertrafen in den ersten Jahren des zweiten Weltkrieges das, was schon bis 1939 geleistet worden war. Auch nichtproletarische Kräfte bezogen weiter aktiv Stellung gegen den Faschismus, protestierten gegen die Entfesselung des Krieges und forderten dessen rasche Beendigung. Weite Verbreitung fand in den ersten Tagen des Krieges ein Flugblatt des bürgerlich-humanistischen Dramatikers und Pazifisten Fritz von Unruh vom 4. September 1939, in dem dieser schrieb: „Diesen Krieg verdamme ich ... Dieser Krieg wird gegen unser Volk geführt ... Dem landfremden Hitler gilt das deutsche Volk nichts, seine persönliche Macht aber alles! ... Das Hitlersystem ist nicht die Knochen eines einzigen deutschen Soldaten wert. Denkt an alle Leiden und Schrecken seit 1933, gedenkt der Verfolgten,

⁹⁰ Siehe Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1, Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941, Berlin 1974, S. 212.

⁹¹ Siehe Klassenkampf, Tradition, Sozialismus, S. 463.

⁹² Siehe Franz Dahlem: Am Vorabend des zweiten Weltkrieges. 1938 bis August 1939. Erinnerungen, Bd. 2, Berlin 1977, S. 353 ff.

Eingekerkerten, Erschlagenen und heimlich Ermordeten. Die Stunde der Abrechnung ist gekommen! Sagt Euch los von den Brandstiftern und Tyrannen. Fallt den Kriegstreibern in die Arme. Bekennt Euch zu unserem Volke und zu Deutschland. Verbrüdet Euch mit denen, die wie wir für die Freiheit kämpfen. Kameraden erkennt: Der Feind steht nicht am Rhein, der Feind sitzt in Berlin.“⁹³ Ähnlich gehaltene Äußerungen von Thomas Mann, Oskar Maria Graf und anderen zeigten, daß diese im deutschen Faschismus den Schuldigen an dem neuen Krieg sahen und ihren Kampf gegen Hitler unbeirrt fortzusetzen gedachten.⁹⁴ Dennoch fanden sich die Antifaschisten aus allen Klassen und Schichten neuen Problemen gegenübergestellt, da ihr bisheriges Ziel „... die deutsche Erhebung muß dem Krieg zuvorkommen“⁹⁵ nicht erreicht worden war.

Wilhelm Pieck hatte bereits auf der Berner Konferenz sein grundlegendes Referat mit den Worten eingeleitet, es habe den Anschein, als stünde der allgemeine Weltkrieg bevor. Daher sei zu beraten und zu beschließen, „was die KPD tun muß, um den Krieg zu verhindern, oder, wenn das nicht gelingen sollte, was wir im Kriege zu tun haben, *um ihn schnellstens zu beenden und den Frieden wiederherzustellen*“.⁹⁶ Nach der Analyse der faschistischen Kriegspläne und der Politik ihrer Unterstützung durch die „Chamberlains in allen Ländern“ wurde in der Resolution erklärt: „Der Freiheitskampf des deutschen Volkes zum Sturz der Hitlerdiktatur, für ein demokratisches Deutschland ist untrennbar verbunden mit dem Kampf der von Hitler und der Kriegssachse unterjochten und bedrohten Völker ... Die deutschen Antifaschisten dürfen niemals vergessen, daß sie in der Sowjetunion, in der internationalen Arbeiterklasse, in den Friedens- und freiheitsliebenden Kräften der ganzen Welt ihre engsten Bundesgenossen besitzen.“ Sollte es nicht gelingen, den Krieg zu verhindern, müßten alle Mittel angewendet werden, um im Bunde mit der Sowjetunion den Faschismus zu stürzen und den Frieden zu erkämpfen.⁹⁷ Davon ausgehend wurde als Aufgabe gestellt, den Chauvinismus zu bekämpfen und den Einfluß der nationalen Demagogie zu brechen, den Zusammenhang zwischen der Kriegspolitik des faschistischen Regimes und den imperialistischen Zielen des Monopolkapitals aufzudecken sowie den Kampf für die Einheitsfront und die Volksfront zu verstärken.

Nach der Entfesselung des zweiten Weltkrieges gaben in wachsendem Maße auch Angehörige der Mittelschichten ihrer Mißstimmung Ausdruck, zumeist spontan und individuell. Ihr Protest – von Gestapo und SD sorgfältig registriert – richtete sich gegen einzelne Vertreter und Erscheinungen des faschistischen Regimes. Die Unmutsäußerungen betrafen in den ersten Monaten des Krieges hauptsächlich die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen der Nazis, aber auch das Mißlingen des Attentats auf Hitler vom 8. November 1939 und die Verbrechen, die der deutsche Imperialismus am polnischen Volk beging.⁹⁸ Trotz Verbots wurden ausländische Radiostationen abgehört und die Nachrichten teilweise an Freunde und Bekannte weitergegeben. Witze und Spottverse machten die Runde, Fragen nach Dauer und Sinn des Krieges beschäftigten viele, auch unter den Nazianhängern. So begrenzt die Wirkungen blieben, die von diesen Verhaltensweisen und Handlungen ausgingen, so bedeutsam waren sie dennoch: Sie boten dem wachsenden antifaschistischen Widerstand Grundlage und mannigfache Anknüpfungspunkte für Aktionen gegen Hitler und den Krieg.

Mehr oder weniger unabhängig von den revolutionären Kräften der Arbeiterklasse organisierten sich auch in den ersten Kriegsjahren kleinere Gruppen nichtproletarischer Demokraten, die aktiv gegen das Hitlerregime auftraten und die große Front des Widerstandes objektiv unterstützten. In vielen Fällen fanden sie später ihren Weg an die Seite der von den Kommunisten geführten Widerstandsorganisationen. In Berlin bemühte sich ein Widerstandskreis um Unterstützung von rassistisch und politisch Verfolgten des Naziregimes, der sich nach der sog. Kristallnacht des Jahres 1938 zusammengefunden

⁹³ Zit. in: Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bd. 1, S. 275.

⁹⁴ Wolfgang Bleyer u. a.: Deutschland von 1939 bis 1945 (Deutschland während des zweiten Weltkrieges), Berlin 1969, S. 29.

⁹⁵ So Heinrich Mann am 25. Mai 1939 an seinen Bruder Thomas. In: Thomas Mann/Heinrich Mann: Briefwechsel 1900-1949, Berlin/Weimar 1965, S. 141.

⁹⁶ Wilhelm Pieck: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. V, S. 575 (Hervorhebung v. Vf.).

⁹⁷ Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin 1964, S. 165 ff.

⁹⁸ Beispiele für letzteres bringt Klaus Drobisch: Zur Haltung deutscher Hitlergegner gegenüber Polen. In: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, 1/1975, S. 4 ff.

hatte. Ihm gehörten u. a. der Dirigent Leo Borchard, der Landgerichtsrat a. D. Dr. Günther Brandt, die Journalistin Ruth Friedrich, der Redakteur Dr. Heinrich Mühsam und der Arzt Dr. Walter Seitz an. Der Spitzname des letzteren gab der Gruppe ab 1940 den Namen „Onkel Emil“. Ruth Friedrich notierte in ihrem Tagebuch: „Wir haben keine Organisation hinter uns. Und keine mächtige Partei, die uns den Rücken stärkt. Was wir tun, ist Einzelarbeit. Nur daß diese Einzelarbeit Tausender und aber Tausender Deutscher im Dienste der Menschlichkeit getan wird, trotz Drangsal, Verfolgung und Tyrannie, das sollte, wenn der Tag der Abrechnung kommt, von denen nicht vergessen werden, die es leichter haben als wir, gute und hilfreiche Menschen zu sein.“⁹⁹ In München formierte sich 1939/40 aus kleinen Gruppen von Mitgliedern ehemaliger bürgerlicher Parteien der ANV (Antinationalsozialistischer Verband), dem später etwa 300 Antifaschisten angehörten.¹⁰⁰ Eine Hamburger Gruppe von Unternehmern, Handwerkern, Kleingewerbetreibenden und Intellektuellen, darunter ein Kommunist, gab sich die Bezeichnung Kampf dem Faschismus (KdF). Sie betrieb zunächst Aufklärung mittels Flugblättern und Parolen, ging aber bald zu Solidaritäts- und Sabotageaktionen über.¹⁰¹

In Chemnitz, Dresden, Leipzig und anderen Städten fanden sich auch weiterhin Gruppen der bündischen Jugend zusammen, die ihre Diskussionen, Spiele und Sportübungen als Alternative zur Hitlerjugend verstanden. Oft hielten sie enge Verbindung zu jungen Kommunisten, die ihnen halfen, eine allgemeine Schwäche der hündischen Jugend zu überwinden: die Flucht in ein scheinbar von den gesellschaftlichen Konflikten unberührtes Jugendlieben. In München notierte am 9. November 1939 die achtzehnjährige Schülerin Sophie Scholl: „Man sollte überhaupt den Mut haben, nur an das Gute zu glauben. Ich meine damit nicht, an Illusionen zu glauben, sondern ich meine, nur das Wahre und Gute zu tun und bei anderen Menschen vorauszusetzen.“ Ihr Bruder Hans nahm 1940 als Angehöriger einer Studentenkompagnie am Überfall auf Frankreich teil und äußerte danach im Kreise seiner Freunde neue Gedanken: „... ist es nicht ein Unsinn, daß wir daheim in unseren Zimmern sitzen und lernen, wie man Menschen heilt, während draußen der Staat täglich zahllose junge Menschenleben in den Tod treibt? Worauf warten wir eigentlich? Bis eines Tages der Krieg zu Ende ist und alle Völker auf uns deuten und sagen, wir haben eine solche Regierung widerstandslos ertragen?“¹⁰²

Zahlreiche Geistliche beider Konfessionen standen nach dem 1. September 1939 noch stärker als zuvor in unversöhnlichem Widerspruch zum hitlerfaschistischen Regime. Einer von denen, die am konsequentesten handelten und sich zum aktiven, ja sogar zum bewaffneten Kampf gegen die Hitlerdiktatur entschlossen, war der katholische Pfarrer Karl Fischer.¹⁰³ In Neubrandenburg unterstützte er polnische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter mit Lebensmitteln, Kleidung und Informationen über die tatsächliche Lage an den Fronten. Gemeinsam mit einem Vermessungsingenieur, einem Arbeiter und anderen Antifaschisten versorgte er im Verlaufe eines Jahres rund 1100 Polen mit Kleidungsstücken, Schuhen, Lebensmitteln, Tabakwaren und anderen Sachspenden, die aus einer von Fischer organisierten Sammelaktion stammten. Er trat auch öffentlich gegen solche Unternehmer auf, die die bei ihnen tätigen Zwangsarbeiter besonders stark ausbeuteten und schikanierten. Im Hause Fischers konnten vereinzelt von polnischen Widerstandskämpfern Sendungen ausländischer Rundfunkstationen abgehört werden. Er half auch, ein Radiogerät in das Gefangenenerlager einzuschleusen.¹⁰⁴ Im Januar 1943 ging Fischer in die Illegalität, nachdem die Gestapo mit dem Versuch begonnen hatte, ihn zu erpressen und als Spitzel zu gewinnen. Über zwei Jahre befand er sich auf

⁹⁹ Ruth Andreas Friedrich: *Der Schattenmann. Tagebuchaufzeichnungen 1938-1945*. Mit einem Nachwort v. Klaus Drobisch, Berlin 1972, S. 104.

¹⁰⁰ Günther Weisenborn: *Der lautlose Aufstand*, S. 117.

¹⁰¹ Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer: *Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945*, S. 449 ff.

¹⁰² Zit. in: *Wir schweigen nicht! Eine Dokumentation über den antifaschistischen Kampf Münchner Studenten 1942/43*, hrsg. u. mit einer biographischen Skizze der Geschwister Scholl eingel. von Klaus Drobisch, Berlin 1968, S. 74 u. 12.

¹⁰³ Hubertus Guske: *Katholiken wider die braune Barbarei*, S. 9; Karl Fischer: *Über Abgründe hinweg*. Ein Pastor berichtet, Berlin 1963.

¹⁰⁴ Siehe *Der antifaschistische Widerstandskampf unter Führung der KPD in Mecklenburg 1933 bis 1945*, Rostock 1970, S. 216.

der „Flucht durch Deutschland“, bevor ihn sowjetische Offiziere im Mai 1945 als „Partisanenführer“ und deutsche Kommunisten als ihren Freund begrüßen konnten. Den antifaschistischen Widerstand begriff er als eine „Forderung der Selbsterhaltung“¹⁰⁵, als Notwehr, für die er jedoch in den kirchlichen Kreisen kaum Verständnis fand. Rückblickend schrieb er: „So blieb nichts anderes übrig, als anderswo Bundesgenossen zu suchen.“¹⁰⁶

Andere Pfarrer, die sich als mutige Einzelgänger dem faschistischen Regime und dem Krieg, der nationalsozialistischen Ideologie und vielen menschenfeindlichen Erscheinungsformen des Faschismus entgegenstellten, verweigerten häufig den „Deutschen Gruß“, was z. B. zur Ermordung von Josef Lenzel und Ernst Behrend in Dachau führte. Proteste von Christen, die sich gegen die Beschlagnahme von Klöstern und kirchlichem Eigentum richteten, sowie Demonstrationen und Schulstreiks in Bayern gegen die Verordnung vom 23. April 1941, die eine Entfernung aller Kruzifixe aus den Schulen vorsah,¹⁰⁷ widerspiegeln eine weitverbreitete Unzufriedenheit mit der faschistischen Kirchenpolitik. Für die antifaschistische Widerstandsbewegung blieb es bedeutungsvoll, daß Geistliche in wachsendem Umfang ausländischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern humanitäre Hilfe leisteten. Einige Geistliche prangerten von den Kanzeln herab die Euthanasieverbrechen der Nazis an. Auch der Bischof von Münster, Clemens August Graf von Galen, wandte sich gegen die systematische „Ausmerzungen unwerten Lebens“, die zwischen Frühjahr 1940 und Sommer 1941 etwa 100.000 Menschen, angeblich unheilbar Kranken, das Leben kostete. Bis zum September 1940 gelang es dem evangelischen Pfarrer Zwanzger, 65 Menschen die Auswanderungspapiere zu verschaffen und ihnen damit das Leben zu retten. Grüber und Lichtenberg setzten die Tätigkeit ihrer Büros zur Unterstützung verfolgter Juden fort, bis die Nazis dem gewaltsam ein Ende setzten. Immer stärkeren Verfolgungen unterlag auch der Pfarrernotbund, der seit 1933 etwa 20 Prozent der amtierenden evangelischen Pfarrer erfaßte. Insgesamt hatte der Bund über 2,2 Mill. RM für Hilfsaktionen unterschiedlicher Art aufgebracht.¹⁰⁸

Mit diesen Aktionen gingen viele Geistliche, christliche Intellektuelle, Funktionäre und Mitglieder verbotener christlicher Organisationen, darunter vornehmlich des Friedensbundes Deutscher Katholiken, über eine bloße Verteidigung der christlichen Lehre und des kirchlichen Freiheitsraumes hinaus. Sie stärkten auf diese Weise die antifaschistische Widerstandsbewegung, ohne ihre bürgerlichen Gesellschaftsvorstellungen und die Grenzen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler überwinden zu können. Wegen politischer Handlungen standen in den Jahren 1939 bis 1941 1663 katholische und 427 evangelische Geistliche unter Anklage der faschistischen Justizbehörden. Am 21. Juni 1940 wurde Hermann Stöhr, Mitglied der Bekennenden Kirche, hingerichtet, weil er sich geweigert hatte, in der faschistischen Armee zu dienen.

Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung, von Anfang an ein fester Bestandteil des internationalen Kampfes gegen Faschismus und Krieg, setzte während der ersten Kriegsjahre auch außerhalb der deutschen Grenzen alle ihre Kräfte ein, die faschistische Politik der „Neuordnung Europas“ zu entlarven, die weitere Ausdehnung des Krieges zu verhindern und Hitlerdeutschland eine rasche Niederlage bereiten zu helfen. Nach der „zweiten“ Emigration aus Frankreich und anderen von der Okkupation bedrohten Ländern entstanden neue Zentren der antifaschistischen Aufklärungsarbeit. Als ein Beispiel für viele sei hier das Wirken Thomas Manns genannt, der neben seiner Tätigkeit in Emigrantenorganisationen und Hilfskomitees ab Oktober 1940 an den deutschsprachigen Sendungen des Londoner Rundfunks mitarbeitete. Er forderte: „Fort mit den Verderbern! Fort mit den nationalsozialistischen Schändern und Schindern Europas! Ich weiß, daß ich nur der tiefsten Sehnsucht des deutschen Volkes selbst Ausdruck verleihe, wenn ich ihm zurufe: Friede! Friede und Freiheit!“ Unmittelbar vor dem Überfall auf die Sowjetunion warnte er das deutsche Volk „im Au-

¹⁰⁵ Karl Fischer: Über Abgründe hinweg, S. 41.

¹⁰⁶ Ebenda. Siehe auch derselbe: Eine internationale Widerstandsgruppe. In: Christlicher Widerstand gegen den Faschismus, Berlin o. J., S. 131 ff.

¹⁰⁷ Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933-1943, hrsg. v. Helmut Witetschek, Mainz 1966, Bd. I, S. 328 ff., Bd. II, S. 381 ff.

¹⁰⁸ Wilhelm Niemöller: Der Pfarrernotbund, S. 156.

genblick eures größten ... Übermuts“ vor dem „endgültigen Triumph des Bösen, der Lüge und Gewalt“, den die Welt nicht hinnehmen werde. „Die Revolte des Menschentums gegen eine Hitler-Welt ... ist die gewisseste der Gewißheiten“ und: „Deutsches Volk! wieviel mehr hast du den Sieg deiner Führer zu fürchten als ihre Niederlage!“¹⁰⁹

Die Orientierung der Berner Konferenz der KPD, von den dezentralisierten Formen der Parteiarbeit abzugehen, da diese nicht mehr den Erfordernissen entsprachen, führte zur Festigung und Neubildung vieler Parteiorganisationen in Deutschland, in denen die politisch-ideologische Schulung intensiviert wurde, um die Kader zu selbständiger Entscheidung zu befähigen. Dies erhöhte die Schlagkraft der Kommunistischen Partei und schuf weitere Möglichkeiten für das Bündnis mit antifaschistischen Kräften aus anderen Klassen und Schichten. Im Jahre 1939 festigten sich die Widerstandsgruppen, die unter der Führung von einzelnen KPD-Organisationen standen und in wachsendem Maße auch Angehörige der Mittelschichten umfaßten. In der Mannheimer Parteiorganisation wirkten an der Seite Lechleiters ein Gärtnereibesitzer und ein technischer Kaufmann aktiv mit. Bernhard Bästlein besaß in Hamburg Verbindung zu mehreren nichtproletarischen Demokraten. Ähnlich sah es auch in anderen Zentren des antifaschistischen Widerstandskampfes aus: in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Berlin. Unter den etwa 60 Mitgliedern der von dem Jungkommunisten Kapelle geleiteten Organisation befanden sich auch Mitglieder früherer demokratischer und katholischer Jugendgruppen. In ihrem Flugblatt „Ich rufe die Jugend der Welt“, das am 9. September 1939 gedruckt und in Berlin verteilt wurde, appellierten sie: „Berliner Jugend! Wehre Dich und empöre Dich! ... Weigert Euch, Munition herzustellen. Je schneller Ihr handelt, desto kürzer ist der Krieg.“¹¹⁰ Die nach Hanno Günther benannte Gruppe wurde von dem erfahrenen Funktionär der KPD, Herbert Bochow, beraten, der in Berlin und Leipzig einen größeren Kreis antifaschistisch gesinnter Intellektueller um sich geschart hatte. In ihren „Offenen Briefen“ wandte sich die Gruppe Ende 1939 an Hitler und forderte diesen u. a. auf, zu seiner Politik gegenüber den Mittelschichten Stellung zu beziehen: „Sie versprachen Hilfe dem Mittelstand, den Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern. Was ist aus ihrer Hilfe geworden? Tausende von Kleinbetrieben sind geschlossen, Kleinbauern von ihren kargen Höfen vertrieben worden. Der Mittelstand stirbt vor ihren Augen.“¹¹¹ Durch das Aufgreifen der von den Nazis häufig gemachten, aber nicht eingehaltenen Versprechungen sollten die Mittelschichten aufgerüttelt und zum Nachdenken angeregt werden.

1941 verband sich die von Uhrig in Berlin geleitete Organisation mit der des Hauptmann a. D. und ehemaligen Freikorpsführers Josef Römer, der in München mit über 100 antifaschistisch gesinnten Personen und Hitlergegnern, wie Graf Alexander Stenbock-Fermor¹¹², Nikolaus von Halen und Herbert Mumm von Schwarzenstein, in Verbindung stand. Dieser Zusammenschluß bedeutete einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Vereinigung der Kräfte des antifaschistischen Widerstandes unter Führung der KPD.¹¹³ Beide Kommunisten, Uhrig und Römer, gaben vom Frühjahr 1941 bis Anfang 1942 gemeinsam den „Informationsdienst“ heraus, für dessen militärpolitischen Teil „Beppo“ – so wurde Römer genannt – verantwortlich zeichnete. Das politische Konzept ging dahin, „in Anlehnung an die Sowjetunion eine Organisation aufzubauen, die in der Lage sein sollte, bei dem erhofften Zusammenbruch des Nationalsozialismus die Macht in Deutschland zu übernehmen. Dabei sollten besonders Kräfte aus der Arbeiterschaft, dem Bauern- und dem Kleinbürgertum erfaßt werden. Außerdem bemühte sich Römer bereits seit Anfang 1941, Verbindungen zu Intellektuellen herzustellen und Freunde aus seinem früheren Freikorps Oberland für seine Bestrebungen zu gewinnen.“¹¹⁴ Römer stand in Verbindung zu oppositionellen Offizieren und Diplomaten des Auswärtigen Amtes, die ihm wichtiges Nachrichtenmaterial und Eindrücke von der sich zuungunsten der

¹⁰⁹ Thomas Mann: Deutsche Hörer! Fünfundzwanzig Radiosendungen nach Deutschland, Leipzig 1970, S. 12 f. u. 26 f.

¹¹⁰ Zit. in: Wolfgang Bleyer u. a.: Deutschland von 1939-1945, S. 28.

¹¹¹ Zit. in: Karl Heinz Jahnke: Entscheidungen, S. 52 f.

¹¹² Alexander Stenbock-Fermor: Der rote Graf. Autobiographie, Berlin 1973, S. 331 u. passim.

¹¹³ Werner Salomon: Josef Römer. Vom kaiserlichen Offizier zum Soldaten der Revolution. In: Militärgeschichte (Berlin), 13. Jg. (1974), H. 3, S. 330.

¹¹⁴ So die gegen ihn erhobene Anklageschrift. Zit. in: G. Weisenborn: Der lautlose Aufstand, S. 205 f.

Nazis verändernden Stimmung in diesen Kreisen übermittelten. Er erhielt auch Einblick in die Tätigkeit der imperialistischen Kräfte, die einen Putsch gegen Hitler vorbereiteten.

In den ersten Kriegsjahren entwickelte sich die Schulze-Boysen/Harnack-Gruppe zur größten antifaschistischen Widerstandsorganisation, in der zugleich die Volksfrontpolitik der KPD verwirklicht wurde. Die weitverzweigte Organisation, die in vielen Orten Deutschlands Stützpunkte besaß und deren Verbindungen bis nach Belgien, Frankreich, Griechenland, den Niederlanden, Österreich, in die Schweiz und die Sowjetunion reichten, umfaßte viele kleinere Gruppen von Widerstandskämpfern. Ihre Mitglieder waren aus den unterschiedlichsten politischen, sozialen, ökonomischen, weltanschaulichen und ethischen Motiven heraus zum gemeinsamen Ringen bereit. An ihrer Spitze standen der Wissenschaftler Dr. Arvid Harnack, der aus einer bürgerlichen Gelehrtenfamilie stammte und vor 1933 aktiv an der Gründung und Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft zum Studium der sowjetrussischen Planwirtschaft beteiligt war, der Oberleutnant im Reichsluftfahrtministerium Harro Schulze-Boysen, die Kommunisten John Sieg, Wilhelm Guddorf, Hans Coppi und Walter Husemann sowie der Schriftsteller Dr. Adam Kuckhoff, der Arzt Dr. John Rittmeister und der Bildhauer Kurt Schumacher. Der Volksfrontcharakter dieser Organisation widerspiegelte sich bereits in der sozialen Struktur ihrer Leitung.

Neuere Untersuchungen lassen auch einige Aussagen über die Zusammensetzung der gesamten Gruppe zu. Aus den Berufsangaben von 135 der bekanntesten Mitglieder der Organisation wird folgendes Sozialgefüge erkennbar: acht Prozent Arbeiter, zwei Prozent Handwerker und Gewerbetreibende, 20 Prozent Beamte und Angestellte, zwei Prozent Berufssoldaten und Offiziere, 19 Prozent Künstler, Schriftsteller, Filmschaffende, Journalisten, sechs Prozent Techniker, Ingenieure, Architekten, sechs Prozent Akademiker, Wissenschaftler, Ärzte, vier Prozent Schüler und Studenten, zwei Prozent selbständige Unternehmer, Industrielle, Kaufleute, 31 Prozent Hausfrauen bzw. ohne Berufsangabe.¹¹⁵ Trotz der Unvollständigkeit der vorliegenden Angaben ist abzulesen, daß die Organisation zu fast zwei Dritteln aus nichtproletarischen Kräften bestand, wobei sich insbesondere Vertreter der fortschrittlichen Intelligenz aktiv am Wirken dieses Widerstandszentrums beteiligten. Allerdings nahm die Organisation in dieser Hinsicht unter allen Widerstandsgruppen eine Sonderstellung ein. Die Schulze-Boysen/Harnack-Organisation verdeutlichte damit aber die grundsätzlich bestehende Möglichkeit, auch Kreise der Beamten und Angestellten in die antifaschistische Widerstandsbewegung einbeziehen und die Volksfront mit ihnen verwirklichen zu können. Eine Reihe ihrer Mitglieder war früher in bürgerlichen Angestelltenverbänden. An der erfolgreichen Tätigkeit dieser Widerstandsorganisation wird deutlich, wie der Zusammenschluß aller Hitlergegner die mannigfachen Möglichkeiten des illegalen Kampfes wesentlich erhöhte und den Einfluß der Kommunisten im gemeinsamen antifaschistischen Bündnis wirksam werden ließ.

Viele Mitglieder der um Harnack und Schulze-Boysen gescharten Organisation hatten in ihrem Kampf gegen Faschismus und Krieg, bei ihrem Weg an die Seite der Arbeiterklasse die wichtige Erkenntnis gewonnen, daß der Sowjetstaat im Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur und für die Vorbereitung einer neuen demokratischen Republik eine entscheidende Stütze darstellte. Neben ihrem unermüdlichen, schwierigen Kampf um die Gewinnung des werktätigen Volkes in Deutschland und gegen die antisowjetische Kriegspolitik seiner Machthaber bemühten sie sich auch, die Sowjetunion vor drohenden gefährlichen Anschlägen zu warnen. Sie erfüllten mit ihrer Kundschaftertätigkeit – von konservativen und neofaschistischen Ideologen selbst heute noch oft als „Landesverrat“ diskreditiert – in einer Zeit des wütendsten Nationalismus und Chauvinismus die hohen internationalistischen Verpflichtungen jedes klassenbewußten Arbeiters und wirklichen Patrioten. Sie ergriffen Partei für die Sowjetunion, weil sie um den gesellschaftlichen Fortschritt im eigenen Lande rangen. Sie handelten im Sinne Georgi Dimitroffs, der erklärt hatte: „Du kannst nicht Sozialist

¹¹⁵ Siehe Christel Athenstedt: Zu einigen Problemen des antifaschistischen Widerstandskampfes und der nichtproletarischen demokratischen Kräfte von 1939-1941 in Deutschland, Diplomarbeit Jena 1973, S. 34 u. 74-80. Diese Ergebnisse bestätigen und präzisieren die bisher bekannten Angaben: 13% Arbeiter und Handwerker, 29% Akademiker und Studenten, 21% Künstler und Journalisten, 17% Angehörige der Hitlerwehrmacht. Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 311.

oder ein ehrlicher Demokrat sein, ohne entschlossen und ganz an der Seite der Sowjetunion, dem großen Land des Sozialismus und der wirklichen Volksdemokratie, zu stehen.“¹¹⁶ Gemeinsam erarbeiteten Schulze-Boysen und der Kommunist John Sieg um die Jahreswende 1941/42 die mit „Agis“ unterzeichnete Flugschrift „Die Sorge um Deutschlands Zukunft geht durch das Volk“. Sie ließ keinen Zweifel an der Orientierung auf eine wirkliche, antiimperialistische Demokratie aufkommen und nannte die wahren Freunde des neuen Deutschlands: „Die Politik gewisser deutscher Feudaler, Diplomaten, Bankiers usw., welche davon träumen, nach einem Staatsstreich dem Lande durch die blutige Verfolgung aller bisher an der Macht Beteiligten eine neue politische Grundlage zu geben und alsdann ein restauriertes Deutschland auf Kosten Rußlands mit den ‚Plutokraten‘¹¹⁷ zu versöhnen, hat keinen Boden unter den Füßen und bringt nicht den Frieden. Mit Haß, Demagogie und rückschrittlicher Gesinnung wird keine Zukunft gezimmert. Freunde unseres Volkes finden sich vielmehr unter den fortschrittlichen Kräften Europas und in der UdSSR.“¹¹⁸

Die Kundschaftertätigkeit war ein fester Bestandteil der von der Organisation angewandten vielfältigen Mittel und Methoden antifaschistischer Tätigkeit, eine Form des Klassenkampfes.¹¹⁹ In ihr ist nicht nur ein bedeutsamer Beitrag zur Verteidigung des ersten sozialistischen Landes der Welt, sondern zugleich zur schließlichen Befreiung des deutschen Volkes vom Joch des Hitlerfaschismus zu sehen.

b) Aktiver Anteil an der Verschmelzung des antifaschistischen Widerstandskampfes und des Befreiungskampfes der Völker

Mit dem Überfall auf die UdSSR beging der faschistische deutsche Imperialismus das größte Verbrechen seiner Geschichte. Zugleich leitete er damit seine Niederlage und einen neuen, entscheidenden Aufschwung des antifaschistischen Widerstandskampfes ein. Charakter und Verlauf des zweiten Weltkrieges veränderten sich grundlegend. Der Charakter des Krieges gegen Hitlerdeutschland und dessen Satelliten als gerechter, antifaschistischer Befreiungskrieg wurde jetzt in vollem Umfang sichtbar. Nunmehr bestimmte die Teilnahme des sozialistischen Sowjetstaates das politische Wesen und den Charakter des Krieges.¹²⁰ Diese Veränderungen spornten die antifaschistische Widerstandsbewegung an und gaben ihr neue Impulse, Kraft und Zuversicht. Gemeinsam mit den Antifaschisten aus der Arbeiterklasse glaubten, ja hofften auch nichtproletarische Kräfte, daß die faschistische Kriegsmaschinerie endlich einer Übermacht erliegen würde. Das Scheitern der faschistischen Blitzkriegsstrategie vor Moskau, der Verlust von über einer Million deutscher Soldaten in den ersten sieben Monaten des Krieges gegen den angeblichen „Koloß auf tönernen Füßen“ sowie die Bildung der Antihitlerkoalition führten zu ersten Ansätzen einer Krise der faschistischen Diktatur und damit zu neuen Voraussetzungen des heldenhaften Ringens um ein breites, alle Schichten des werktätigen Volkes umfassendes Bündnis der Hitlergegner.

Das Zentralkomitee der KPD forderte am 24. Juni 1941 zum Kampf gegen den faschistischen Überfall auf die Sowjetunion sowie zur Bildung einer um die Arbeiterklasse vereinten „Front des werktätigen Volkes“ auf. Es erklärte: „Unsere eigene Sache ist es, die von der Roten Armee siegreich verteidigt wird. Unser Feind steht im eigenen Land: Die faschistischen Landsknechte der Großkapitalisten, der Kriegsgewinnler sind unser Feind. Der gemeinsame Sieg der Roten Armee und der um ihre Freiheit kämpfenden unterdrückten Völker wird auch der Sieg unseres deutschen Volkes sein.“¹²¹ Im Aufruf vom 6. Oktober 1941, der konkret den Ausweg aus der Kriegskatastrophe zeigte und den Kampf um einen ehrenvollen Frieden durch den Sturz der Hitlerdiktatur und die Errichtung eines Deutschlands des Volkes als Hauptaufgabe aller Antifaschisten bezeichnete, wurde die Rote Armee richtig als unmittelbarer und stärkster Verbündeter der antifaschistischen deutschen Widerstandsbewegung be-

¹¹⁶ Zit. in: Aus der internationalen Arbeiterbewegung, Berlin 1966, Nr. 19, S. 7.

¹¹⁷ Gemeint sind hier entsprechend dem faschistischen Jargon die kapitalistischen Westmächte.

¹¹⁸ Zit. in: Karl-Heinz Biernat/Luise Kraushaar: Die Schulze-Boysen/Harnack-Organisation im antifaschistischen Kampf, Berlin 1970, S. 170 f.

¹¹⁹ Siehe ebenda, S. 36.

¹²⁰ Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 293.

¹²¹ Zit. in: ebenda, S. 547 f.

trachtet. Schließlich beschloß die Parteiführung am 3. April 1942 neue Schritte zur Verwirklichung der antifaschistischen Einheits- und Volksfrontpolitik. Sie orientierte auf die Verbreiterung und Zentralisierung des Kampfes gegen Hitler und Krieg, auf die Schaffung eines nationalen Zentrums von Antifaschisten aus allen Klassen und Schichten des deutschen Volkes. Die politische Plattform, auf der sich die Hitlergegner der verschiedensten Bevölkerungsschichten, politischen Richtungen und weltanschaulichen Zugehörigkeit über den gemeinsamen Kampf verständigen und einigen konnten, wurde von der KPD am 6. Dezember 1942 mit dem „Friedensmanifest an das deutsche Volk und an die deutsche Wehrmacht“ vorgelegt. Diese Plattform war von den in zehn Punkte gefaßten Forderungen bestimmt,

- sofort den Krieg einzustellen und die Wehrmacht unter Verzicht auf Eroberungen in die Heimat zurückzuführen,
- eine nationale demokratische Friedensregierung zu bilden,
- die Kriegsschuldigen zu bestrafen und zu enteignen,
- weitgehende soziale Rechte und demokratische Rechte zu verwirklichen,
- eine Außenpolitik des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit anzustreben und
- eine neue deutsche Reichsversammlung einzuberufen.

Darüber hinaus wurde speziell im Interesse der Mittelschichten programmatisch formuliert: „Aufhebung aller von der Hitlerregierung erlassenen volksschädlichen wirtschaftlichen Zwangsgesetze. Wiederherstellung der Freiheit der bäuerlichen und gewerblichen Wirtschaft und des freien Handels. Sicherung der Existenz und der Entwicklung der kleinen und mittleren Betriebe in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe. Gerechte Verteilung der Steuerlasten. Staatliche Förderung der Zivilgütererzeugung und des Außenhandels. Verfassungsmäßiger Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums.“¹²² Der Moskauer Verlag für fremdsprachige Literatur veröffentlichte 1943 in einer Broschüre den Text des Dokuments zusammen mit Ausführungen von proletarischen und nichtproletarischen Antifaschisten, darunter von einem früher parteilosen Arzt, einem christlichen Bergarbeiterführer, einem Pionierhauptmann, einem Landwirt, einem nationalsozialistischen Geschäftsmann, einer Frau aus Köln, einem früher zur Wirtschaftspartei gehörenden Kleinfabrikanten, einem sozialdemokratischen Eisenbahnbeamten, einem Kaplan und einem Angestellten. Alle Materialien wurden vom Deutschen Volkssender und von den illegalen Parteiorganisationen in Deutschland verbreitet.¹²³

Nach dem 22. Juni 1941 vollzog sich in vielen Teilen Deutschlands ein spürbarer Aufschwung sowohl in der illegalen Tätigkeit der KPD als auch im antifaschistischen Kampf vieler Werktätiger aus anderen Klassen und Schichten. Der Partei gelang es, mit Hilfe von Beauftragten des Zentralkomitees und unter Leitung solcher erfahrener Funktionäre wie Robert Abshagen, Bernhard Bästlein, Otto Engert, Kurt Kresse, Georg Lechleiter, Theodor Neubauer, Magnus Poser, Georg Schumann und anderer Partei-Organisationen im Bezirksmaßstab zu formieren. Damit erhöhte sich ihre Wirksamkeit und Ausstrahlungskraft. Fast alle besaßen mehr oder weniger stabile Kontakte zu Angehörigen der Mittelschichten, deren beste Vertreter in den antifaschistischen Widerstandskampf einbezogen werden konnten.

Als Römer und Walter Budeus ihre jeweiligen Gruppen mit der Uhrig-Gruppe vereinigten, verfügte die neue Organisation über Verbindungen zu mehr als 100 Rechtsanwälten, Kaufleuten, Künstlern, Offizieren und zu früheren Mitgliedern des Stahlhelms. Nach der Verhaftungswelle von Anfang 1942, von der etwa 200 Mitglieder der Uhrig-Römer-Budeus-Organisation erfaßt wurden, schlossen sich auch ihre nichtproletarischen Kämpfer der von Anton Saefkow und Franz Jacob geleiteten Gruppe an. Diese nutzte darüber hinaus einige wenige Verbindungen zu Bauern, um ein 15 Punkte umfassendes besonderes Programm für die Gewinnung der werktätigen Bauern auszuarbeiten. Außerdem reichten ihre Verbindungen zu einem Sänger der Deutschen Staatsoper, zu einem katholischen Pfarrer, zum Schauspieler Hans Meyer (Meyer-Hanno), zum Fuhrunternehmer Emil Borch-

¹²² Zit. in: Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung, S. 179.

¹²³ Siehe Beratung der nationalen Friedensbewegung in Deutschland, Moskau 1943.

feld, zum Optiker Friedrich Nietzsche, in dessen Spezialwerkstatt Fotokopien angefertigt und Flugblätter gedruckt wurden, zum Studienrat Heinrich Verner, zum Ingenieur Hugo Kapteina sowie zu einigen Ärzten, unter ihnen Dr. Johannes Kreiselmeier, Dr. Rudolf Neubert und Dr. Kurt Fürstenheim, der früher der Deutschen Demokratischen Partei angehört hatte.¹²⁴

Theodor Neubauer und Magnus Poser schufen in Thüringen die organisatorische Basis für eine breite antifaschistische Front. Wie überall wurde das Hauptaugenmerk auf die politische Arbeit in den Betrieben und auf die enge Zusammenarbeit mit den ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen gelegt, aber gleichzeitig suchten die Kommunisten das Bündnis mit nichtproletarischen Kräften. Verbindungen gab es hier zu Pfarrer Vogel aus Vierzeheiligen, zu einem Theologie-Professor der Jenaer Universität, zu Ärzten und Polizeiangehörigen. Im Gebiet Jena-Bürgel-Eisenberg bestanden Verbindungen zu einigen Landarbeitern, Klein- und Mittelbauern sowie zu einzelnen antifaschistisch gesinnten Großbauern. In manchen Fällen gelang es, Quartiere und Verpflegung für illegal lebende Genossen auf Dörfern zu erhalten, jedoch konnte ein nennenswerter und stabiler Einfluß auf die ländliche Bevölkerung nicht erreicht werden.¹²⁵ Die sächsische Bezirksparteiorganisation fand Unterstützung durch die Landärztin Dr. Margarete Blank, die Ärzte Dr. Karl Gelbke, Dr. Fritz Gietzelt, den Historiker Dr. Georg Sacke, den Juristen und Leiter eines Leipziger Betriebes, Wolfgang Heinze, sowie einige antifaschistisch eingestellte Soldaten der Hitlerwehrmacht.¹²⁶

1942/43 entstand die Antinazistische Deutsche Volksfront (ADV), die vorwiegend in Süddeutschland tätig wurde. Neben revolutionären kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern gehörten dieser Widerstandsorganisation auch Anhänger einer ehemaligen christlich-radikalen Arbeiter- und Bauernpartei, der sog. Vitus-Heller-Bewegung, an. Die Leitung lag in den Händen von Hans Hutzemann, Rupert Huber und Karl Zimmet sowie des tschechischen Demokraten und Chemikers Karl Mervat; alle standen in enger Verbindung mit dem Kommunisten Georg Jahres. Auch sie beabsichtigten, eine breite Front antifaschistischer Werktätiger aufzubauen. Sie verbanden ihren Kampf mit der Vorstellung, einen bewaffneten Kampf gegen die Nazierrschaft beginnen zu können, und arbeiteten seit 1943 eng mit der von sowjetischen Offizieren geleiteten Organisation Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen (BSW) sowie mit französischen, polnischen, jugoslawischen und englischen Kriegsgefangenen zusammen.¹²⁷

Während des ersten Kriegsjahres gegen die UdSSR reifte bei vielen nichtproletarischen Kräften der Gedanke an einen notwendigen aktiven Widerstand. Dieser Prozeß läßt sich beispielsweise an der Entwicklung und an den Flugblättern der Gruppe „Weiße Rose“ um die Münchener Studenten Hans Scholl und Alexander Schmorell deutlich ablesen. Im ersten Flugblatt vom Sommer 1942 hieß es noch: „Wenn jeder wartet, bis der Andere anfängt, werden die Boten der rächenden Nemesis unaufhaltsam näher und näher rücken ... Leistet passiven Widerstand – Widerstand – wo immer Ihr auch seid, verhindert das Weiterlaufen dieser atheistischen Kriegsmaschine, ehe es zu spät ist.“ Im zweiten Flugblatt wird dann ebenfalls von der Schuld des deutschen Volkes gesprochen, aber nicht mehr so undifferenziert. Der Aufruf zum Kampf klingt bestimmter, fordernder und zielgerichteter. Es sei „noch nicht zu spät, diese abscheulichste aller Mißgeburten von Regierungen aus der Welt zu schaffen, um nicht noch mehr Schuld auf sich zu laden. Jetzt, da uns in den letzten Jahren die Augen vollkommen geöffnet worden sind, da wir wissen, mit wem wir es zu tun haben, jetzt ist es allerhöchste Zeit, diese braune Horde auszurotten. Bis zum Ausbruch des Krieges war der größte Teil des deutschen Volkes geblendet, die Nationalsozialisten zeigten sich nicht in ihrer wahren Gestalt,

¹²⁴ Gerhard Nitzsche: Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (1942 bis 1945), Berlin 1957, S. 60 ff.

¹²⁵ Gertrud Glondajewski/Heinz Schumann: Die Neubauer-Poser-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (Thüringen – 1939 bis 1945), Berlin 1957, S. 63 ff.

¹²⁶ Ilse Krause: Die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (Leipzig – 1943-1945), Berlin 1960, S. 58 ff. u. passim.

¹²⁷ Siehe Heike Bretschneider: Der Widerstand, S. 75 ff.; J. A. Brodski: Im Kampf gegen den Faschismus. Sowjetische Widerstandskämpfer in Hitlerdeutschland 1941-1945, Berlin 1975, S. 369 ff.

doch jetzt, da man sie erkannt hat, muß es die einzige und höchste Pflicht, ja heiligste Pflicht eines jeden Deutschen sein, diese Bestien zu vertilgen!“¹²⁸

In den ersten Flugschriften überwog der Aufruf zum Kampf, wurden die entscheidenden Fragen Wofür? und Für wen? noch nicht erfaßt. Unter dem Einfluß des bürgerlichen Professors für Psychologie und Philosophie Kurt Huber war ihre Kritik am Faschismus zunächst von allgemeinen moralisch-sittlichen Motiven getragen. Sie konzentrierte sich auf den Bereich der Kulturpolitik und erfaßte nicht das gesamte System – eine Tatsache, die es den Münchener Studenten als richtig erscheinen ließ, die Angriffe hauptsächlich auf die Person Hitlers und dessen unmittelbare Paladine zu richten. Die sozialökonomischen Wurzeln der faschistischen Politik und die Rolle des deutschen Imperialismus blieben lange unerkannt. Metaphysische und irrationalistische Gedankengänge waren unübersehbar. Jedoch prägten nicht diese Züge das geschichtliche Bild vom antifaschistischen Kampf der Geschwister Scholl: An ihrem Beispiel zeigte sich die allgemeine Gesetzmäßigkeit der notwendigen Verbindung von antiimperialistischem, antifaschistischem Kampf mit dem Ringen der Arbeiterklasse. Ein Drittes, einen Weg zwischen den Fronten der Hauptklassen zu finden, erwies sich für ihr aufrechtes Wollen als nicht adäquat, so sehr es ihnen zum Beispiel von Huber empfohlen wurde. Ihr konsequentes Streben führte sie gesetzmäßig an die Seite derer, die auf Grund ihres wissenschaftlichen Programms, ihrer Organisiertheit die führende Kraft im antifaschistischen Widerstandskampf darstellten.

Die Gruppe um die Geschwister Scholl war kein Einzelfall, ihr Weg zum antifaschistischen Widerstandskampf blieb der Weg auch anderer Personen und Gruppen, ohne daß er der einer Mehrheit des deutschen Volkes geworden wäre. Die Geschichte der „Weißen Rose“, vornehmlich deren Auftreten im Januar und Februar des Jahres 1943, verkörperte und demonstrierte jedoch in besonderem Maße – und augenfällig auf Grund der hektischen Eile der Nazis, an ihr ein Exempel zu statuieren – wichtige Veränderungen in der moralisch-politischen Haltung der deutschen Bevölkerung nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, nach dem Scheitern der Blitzkriegskonzeption vor Moskau und der Niederlage bei Stalingrad. Ihr Kampf war ein Zeichen der sich entwickelnden und sich ständig vertiefenden inneren Krise des faschistischen Regimes und belegte die Richtigkeit des von der KPD gewiesenen Weges im antifaschistischen Widerstandskampf, insbesondere die Richtigkeit des „Friedensmanifests an das deutsche Volk und die Wehrmacht“ vom 6. Dezember 1942. Es gehört zur Tragik der Geschwister Scholl, daß sie ihren Weg nicht bis zum Ende, bis zum tätigen Aufgehen in der großen Widerstandsbewegung, bis zum bewußten Bündnis mit der revolutionären Arbeiterbewegung gehen konnten. Sie standen unmittelbar davor, als sie in die Fänge der Gestapo und des Nazirichters Roland Freisler gerieten.

So bekannten sie in ihrer fünften, politisch wohl reifsten Schrift im Januar 1943: „Der bessere Teil des Volkes kämpft auf unserer Seite ... Glaubt nicht der nationalsozialistischen Propaganda, die Euch den Bolschewistenschreck in die Glieder gejagt hat!“¹²⁹ Damit war ein Gedanke formuliert, der davon zeugt, daß seine Verfasser die Rolle des Antikommunismus und der ins Maßlose gestiegenen antisowjetischen Propaganda erkannt hatten. Die Entwicklung der „Weißen Rose“ wurde nicht zuletzt unter dem direkten Einfluß der Kommunisten Richard Scheringer und Oskar Neumann sowie von Dr. Falk Harnack, dem Bruder von Arvid Harnack, möglich. Die Mitglieder dieser Gruppe fanden den „besseren Teil des Volkes“ in der Arbeiterklasse, die auch unter den Bedingungen der faschistischen Herrschaft des deutschen Imperialismus zielstrebig ihrer historischen Mission gerecht zu werden bemüht war. Die Scholls und ihre Freunde fanden ihn ferner in der Begegnung mit Sowjetbürgern in den okkupierten Gebieten der Sowjetunion, dem Hort der internationalen Arbeiterklasse. Im Tagebuch von Willi Graf finden sich die bewegenden Sätze: „Auch ein Winter in Rußland samt alledem, was man hier sehen und erleben muß, hat seinen tiefen Sinn. Man kann das jetzt noch nicht genau bestimmen, aber ich glaube sicher, daß man hier auch ins Innere wachsen

¹²⁸ Wir schweigen nicht!, S. 74, 12, 87 u. 90 f.

¹²⁹ Ebenda, S. 115.

kann und nicht nur an Tagen, sondern überhaupt älter wird.“¹³⁰ Im Herbst 1942 schrieb Hans Scholl von der deutsch-sowjetischen Front einen Brief an Huber, der diesen „überraschte“ und zu der Bemerkung veranlaßte: Scholls „ehemals schärfste Kampfstellung gegen Rußland, in der ich mit ihm besonders sympathisiert hatte, war einer wesentlich günstigeren, ja zum Teil positiven Wertung der russischen Verhältnisse gewichen“.¹³¹ An der Front vollzog sich Scholls weitere innere Wandlung.¹³²

Im Flugblatt „Aufruf an alle Deutsche!“ erfolgte die sich konsequent aus ihrer Entwicklung ergebende Abgrenzung vom Antikommunismus, wurden wichtige Gedanken zur Zukunft Deutschlands geäußert: „Was lehrt uns der Ausgang dieses Krieges, der nie ein nationaler war? Der imperialistische Machtgedanke muß, von welcher Seite er auch kommen möge, für alle Zeit unschädlich gemacht werden. Ein einseitiger preußischer Militarismus darf nie mehr zur Macht gelangen ... Die Arbeiterschaft muß durch einen vernünftigen Sozialismus aus ihrem Zustand niedrigster Sklaverei befreit werden. Das Truggebilde der autarken Wirtschaft muß in Europa verschwinden. Jedes Volk, jeder Einzelne hat ein Recht auf die Güter der Welt!“¹³³ Damit war aus dem individuellen Protest junger Intellektueller das Bekenntnis für eine glücklichere Zukunft Deutschlands geworden. Ihre Gedanken, wenn auch noch nicht ausgereift und in mancher Hinsicht verschwommen-illusionär, stimmten im Grunde aber mit den Losungen und Zielen der großen von der KPD geführten Bewegung gegen Hitler und Krieg überein. Hans und Sophie Scholl und deren Freunde, darunter Alexander Schmorell, Christoph Probst, Willi Graf, Traute Lafrenz, Manfred Eickemeyer, Gisela Schertling, Katharina Schüddekopf und Hans Hirzel, hatten sich als Studenten in die alle Klassen und Schichten umfassende Front für ein wahrhaft freies, demokratisches und friedliebendes Deutschland eingereiht. Folgerichtig stand über ihrer Schrift vom Januar 1943 der Titel: „Flugblätter der Widerstandsbewegung in Deutschland“. Sie streiften das Sinnbild der „Weißen Rose“ ab, das zunächst ihrem Sehnen nach einem sauberen, blühenden, schönen Vaterland romantischen Ausdruck verliehen hatte. Ein neues Verhältnis zur Arbeiterklasse, zur Sowjetunion, zum gesellschaftlichen Fortschritt war gewonnen worden.

Hamburger Studenten und Intellektuelle schlossen sich um die Jahreswende 1942/43 zu einem Widerstandskreis zusammen, der wegen seines Kontakts zu den Geschwistern Scholl „Weiße Rose Hamburg“ genannt wurde. Der Student Heinz Kucharski hatte in den Jahren zuvor einen Freundeskreis von etwa 50 Personen organisiert.¹³⁴ Mit den Typen eines Kinderdruckkastens stellten er und Greta Rothe Streuzettel mit dem Aufdruck „Gegen Hitler und Krieg“ und mit der Angabe von Sendezeiten und Wellenlängen des Deutschen Freiheitssenders her, dessen politischer Linie sie völlig zustimmten. Die Verbindungen der Gruppe wurden hauptsächlich von Albert Suhr und Hans Leipelt erweitert. Leipelt und andere berieten nach der Hinrichtung der Geschwister Scholl über Möglichkeiten, das Ausland über den blutigen Naziterror zu informieren. Er brachte auch Spenden, die von Hamburger Antifaschisten gesammelt worden waren, nach München und übergab sie der Frau Hubers sowie Hinterbliebenen anderer ermordeter Widerstandskämpfer. Im Herbst 1943 gelang es der Gestapo, in den Kreis einzudringen und die meisten Mitglieder zu verhaften.¹³⁵

Josef Metzger gehörte ebenfalls zu den nichtproletarischen Demokraten, deren Entwicklung und Tätigkeit für viele andere typisch war. Im Herbst 1941, als sich abzeichnete, daß die faschistische Offensive unter der sowjetischen Gegenwehr erlahmte, entwarf er einen Brief an Hitler. Darin wollte er diesen zum Rücktritt bewegen, damit das deutsche Volk einen Weg zum Frieden und zu neuen Entwicklungsmöglichkeiten finden könnte. Der Brief wurde jedoch nicht abgeschickt, weil sein Autor das Illusionäre dieses Vorhabens erkannte. Nach der Schlacht an der Wolga verfaßte der

¹³⁰ Zit. in: Karl-Heinz Jahnke: Antifaschistischer Widerstand an der Münchener Universität. Die Studentengruppe Scholl/Schmorell. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (Berlin) (im folgenden: ZfG), 16. Jg. (1968), H. 7, S. 877.

¹³¹ Wir schweigen nicht!, S. 155.

¹³² Ebenda, S. 30.

¹³³ Ebenda, S. 115.

¹³⁴ Christian Petry: Studenten aufs Schafott. Die Weiße Rose und ihr Scheitern, München 1968, S. 27.

¹³⁵ Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945, S. 387 ff.

Geistliche ein Friedensmanifest, das er über Schweden nach England zu senden beabsichtigte. Dieses Programm enthielt in seinen zehn Punkten richtige demokratische Forderungen, war allerdings hauptsächlich auf die kapitalistischen Partner der Antihitlerkoalition abgestimmt. In ihm wollte Metzger demokratische Rechte und Pflichten garantiert wissen, forderte eine progressive Sozialpolitik, Bestrafung der Kriegs- und Naziverbrecher, Zerschlagung des Militarismus, eine friedliche Außenpolitik und eine Staatslenkung durch bewährte Hitlergegner. Unverständnis zeigte er jedoch hinsichtlich der Rolle der Arbeiterklasse, ihrer politischen Macht und ihrer Rolle bei der Leitung des von ihm geforderten Gemeineigentums an Großgrundbesitz und Bodenschätzen, an Energieerzeugung und Verkehrswesen.

Insgesamt verkörperte Metzger damit die demokratisch-progressiven Ansätze in der bürgerlichen Opposition, zu der er über den Kreis um die Witwe des Diplomaten Wilhelm Solf und über den Kreisauer Kreis um Helmuth James Graf von Moltke, Peter Graf Yorck von Wartenberg und den Pfarrer Harald Poelchau in Verbindung stand.¹³⁶ Der in diesen Zirkeln und Gruppen vorherrschende Protest gegen die faschistischen Verbrechen entsprang ihrer christlichen Ethik und ihren Auffassungen über die nach Hitler zu schaffende bürgerlich-demokratische Republik. In einigen wichtigen Fragen, z. B. hinsichtlich des Verhältnisses zur Arbeiterklasse und der staatlichen Kontrolle über die großen Monopole, unterschied sich vornehmlich der Kreisauer Kreis eindeutig von den konservativ-reaktionären Zielen der Goerdeler-Gruppe.¹³⁷

Gleich Metzger fanden auch andere nichtproletarische Demokraten den Weg zum Widerstand, aber nicht zur organisierten Front gegen Krieg und Faschismus unter Führung der KPD. Dennoch blieben ihre Denk- und Verhaltensweisen Ausdruck der wachsenden Erkenntnis, daß der Krieg nicht mehr gewonnen werden konnte. Aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS ist zu ersehen, daß bei der Mehrheit der deutschen Bevölkerung ohnehin nur in den Sommermonaten der Jahre 1940, 1941 und 1942 eine mehr oder weniger uneingeschränkte „Siegeszuversicht“ festzustellen war.¹³⁸ Die wachsenden Kriegslasten, die schrecklichen Kriegserlebnisse und der Übergang zur faschistischen „totalen“ Mobilmachung machten im Zusammenhang mit dem großen Umschwung des Krieges durch die historischen Siege der Sowjetarmee auch vielen Angehörigen der Mittelschichten deutlich, wie konträr sich ihre Interessen zu denen der faschistischen Führung verhielten. Allein im Frühjahr 1943 fielen deren Politik 75.400 Geschäfte und kleine Betriebe zum Opfer. Breite Kreise der Mittelschichten unterlagen dem beschleunigten Prozeß der Proletarisierung und Verelendung, ohne sich jedoch von der Beeinflussung durch die faschistische Diktatur und vom ständig wachsenden Antikommunismus lösen zu können. Letzteres belegt z. B. auch ein geheimer Lagebericht vom März 1943, in dem es heißt: „Seit dem Beginn der Geschäftsschließungsaktion werden auch häufiger Äußerungen gemeldet, daß der Nationalsozialismus sich in der Praxis immer mehr den bolschewistischen Methoden annähert. In den Kreisen des Bürgertums, die von der Stillegung einzelner Branchen unmittelbar betroffen werden, prophezeie man den ‚Untergang des Mittelstandes‘.“¹³⁹

Als die faschistische Diktatur immer stärker in eine Krise geriet und sich die entscheidende Wende des Krieges vollzog, fanden die Antifaschisten auch bei denen ein größeres Echo und zunehmend Unterstützung, die bis dahin blind den Nazis gefolgt waren. Viele suchten nach einem Ausweg aus der sich abzeichnenden Katastrophe, obwohl noch immer ein wesentlicher Teil der deutschen Bevölkerung hinter dem faschistischen Regime stand.

c) In den Reihen und an der Seite der Bewegung „Freies Deutschland“

Nachdem die Völker der Sowjetunion unter unermeßlichen Opfern mit den siegreichen Schlachten von Stalingrad und Kursk die Wende des zweiten Weltkrieges erzwungen hatten, trat auch die anti-

¹³⁶ Siehe Klaus Drobisch: Wider den Krieg, S. 74 ff.

¹³⁷ Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 2. Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942), Berlin 1975, S. 578 ff.

¹³⁸ Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939–1944, hrsg. v. Heinz Boberach, Neuwied und (West-)Berlin 1965, S. X.

¹³⁹ Ebenda, S. 369.

faschistische deutsche Widerstandsbewegung in eine neue Etappe ein. Bereits in den ersten Monaten des Großen Vaterländischen Krieges leisteten deutsche und sowjetische Kommunisten gemeinsam antifaschistische Aufklärungsarbeit in den sowjetischen Lagern für deutsche Kriegsgefangene. Damit erschloß die KPD ein neues und außerordentlich wichtiges Gebiet des Widerstandskampfes. Gewisse Erfolge zeitigten die geduldischen und beharrlichen Aussprachen bereits 1941 und 1942, an denen führende Kommunisten wie Anton Ackermann, Wilhelm Florin, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht teilnahmen. Am 10. Oktober 1941 beschlossen 158 deutsche Soldaten des Lagers Nr. 58 einen Appell an das deutsche Volk. Im Februar 1942 fand im Lager Nr. 95 eine Beratung von 190 kriegsgefangenen Gefreiten, Obergefreiten, Unteroffizieren und Feldwebeln statt. Von ihnen waren 65 Prozent Arbeiter, 16 Prozent Berufssoldaten, 10 Prozent Angehörige führender demokratischer Organisationen und 35 bis 40 Prozent Mitglieder der faschistischen Partei. Im gleichen Lager tagte Ende Mai 1942 auch eine Gruppe von Offizieren, die in ihrem Aufruf dazu aufforderte, „das deutsche Volk vor der ungeheuersten Katastrophe seiner Geschichte zu retten durch den Sturz Hitlers, die Wiederherstellung der Freiheit des deutschen Volkes, den Abschluß eines rechtzeitigen, ehrenvollen Friedens“.¹⁴⁰ Das waren wichtige Schritte zur Bildung eines Zentrums der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung, die dann im Juli 1943 auf Initiative des Zentralkomitees der KPD sowie mit unermüdlicher Hilfe der KPdSU (B) und der Sowjetregierung erfolgte. Dieses Zentrum konstituierte sich als Nationalkomitee „Freies Deutschland“ (NKFD) und begann, Antifaschisten der Arbeiterklasse, Hitlergegner aus allen Schichten des werktätigen Volkes und solche Kräfte, die bisher dem Faschismus gefolgt und unter dem Eindruck des Kriegsverlaufes wie auch der Diskussionen in der Gefangenschaft zu neuen Erkenntnissen gelangt waren, zu vereinen. Ihr gemeinsames Ziel bestand in der Hauptsache darin, den Krieg durch den Sturz der Hitlerregierung zu beenden und den Frieden herbeizuführen.¹⁴¹

Die Entstehung des NKFD war ein bedeutender Erfolg der KPD in ihren Bemühungen um eine Realisierung der auf den Konferenzen von Brüssel und Bern beschlossenen Volksfrontpolitik sowie um die Vorbereitung auf das Ringen um ein neues Deutschland nach dem Sturz des Hitlerregimes. Auf der Gründungsveranstaltung sprachen außer den Kommunisten Erich Weinert und Wilhelm Pieck noch 20 Redner, die unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Strömungen angehörten und verschiedener sozialer Herkunft waren. Der Diplomingenieur und Major Karl Hetz forderte zur gemeinsamen Tat gegen die Faschisten auf, Oberleutnant Eberhard Charisius legte die Etappen und Schlußfolgerungen seiner Entwicklung dar, Hauptmann Dr. Ernst Hadermann beschäftigte sich mit der Pseudowissenschaft des Nazismus, Major Heinrich Homann analysierte die militärische Lage und untersuchte deren Ursachen, Hauptmann Carl Fleischer machte Ausführungen zur wirtschaftlichen Situation Deutschlands. Weitere Referenten, die aus nichtproletarischen Kreisen stammten, waren Leutnant Ernst Kehler (Postinspektor), Major Herbert Stößlein (Diplomingenieur), Oberleutnant Hans Frankenfeld, Leutnant Bernt von Kügelgen, Oberleutnant Fritz Rücker (Oberstudienrat), Leutnant Heinrich Graf von Einsiedel (Berufssoldat und ein Enkel Otto von Bismarcks), der Theologie-Student und Gefreite Jakob Eschborn sowie der evangelische Geistliche und Unteroffizier Matthäus Klein.

Unter den 38 gewählten Mitgliedern des Nationalkomitees befanden sich 13 Arbeiter, ein Bauer, vier Angestellte, 13 Intellektuelle, ein Geistlicher, ein Student, ein Verleger und vier Berufssoldaten.¹⁴² Diese Zusammensetzung verdeutlichte die soziale Spannweite des neuen Bündnisses und die wachsende Bereitschaft von Angehörigen anderer werktätiger Klassen und Schichten, sich aktiv mit Faschismus und Krieg zu befassen. Im Oktober 1941 befanden sich unter den Unterzeichnern des Appells aus dem Lager Nr. 58 nur etwa 20 Prozent aus nichtproletarischen Schichten, im Februar 1942 waren es etwa 35 Prozent und unter den Mitgliedern des NKFD immerhin rd. 50 Prozent. Das in die Breite gehende Wachstum des antifaschistischen Bündnisses während des Krieges gegen die

¹⁴⁰ Zit. in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 331.

¹⁴¹ Siehe Klassenkampf, Tradition, Sozialismus, S. 474.

¹⁴² Siehe Bruno Löwel: Die Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ im Lichte der Entwicklung der Strategie und Taktik der KPD. In: BzG, 5. Jg. (1963), H. 4, S. 620.

UdSSR wird auch deutlich, wenn man berücksichtigt, daß sich die erste Gruppe von 21 antifaschistischen Offizieren am 1. Mai 1942 im Lager Jelabuga gebildet hatte und dem Nationalkomitee 12 Offiziere angehörten, darunter vier Majore, zwei Hauptleute, drei Oberleutnante und drei Leutnante.

In allen Offizierslagern kam es zu ausführlichen, erregten Debatten über die Gründung des NKFD und die Forderungen seines Manifests. Drohungen und Boykottmaßnahmen aller Art, die von der faschistischen Mehrheit der kriegsgefangenen Offiziere ausgingen, konnten jedoch nicht verhindern, daß sich auch aus ihren Reihen immer mehr Gefangene als Anhänger der Bewegung „Freies Deutschland“ bekannten. Auf der ersten Sitzung des NKFD, am 14. Juli 1943, tauchte daher bereits der Gedanke auf, eine selbständige Organisation für Offiziere zu gründen, die eng dem Nationalkomitee angeschlossen werden sollte. Im Lager 27/1 bei Krasnogorsk konstituierte sich Anfang August 1943 eine Initiativgruppe zur Vorbereitung eines Bundes deutscher Offiziere, zu dessen Vorsitzendem Oberstleutnant Bredt und als Sekretär Major Hermann Lewerenz gewählt wurde. Für diese Gruppe betätigten sich auch die Obersten Luitpold Steidle und Günther van Hooven. In geduldigen, zähen Aussprachen konnten vier Generale (Dr. Otto Korfes, Martin Lattmann, Walther von Seydlitz und Alexander Edler von Daniels) gewonnen werden. Etwa 100 Delegierte aus fünf Offizierslagern nahmen schließlich am 11. und 12. September 1943 in Lunowo an einer Konferenz teil, deren Ergebnis in der Gründung des Bundes Deutscher Offiziere (BDO) bestand.

Oberst van Hooven analysierte in seinem einleitenden Referat die militärische, politische und wirtschaftliche Situation Deutschlands. Er sprach über die Niederlagen der faschistischen Armeen auf sowjetischem Boden, in Nordafrika, Italien und auf See sowie über die Schutzlosigkeit der deutschen Zivilbevölkerung vor den anglo-amerikanischen Bomben. Alle Wehrmachtsangehörige forderte er auf, für eine rasche Beendigung des Krieges durch Verhandlungen einzutreten: „Der Krieg muß sofort beendet, ein Waffenstillstand abgeschlossen und das deutsche Heer auf die Grenzen Deutschlands zurückgeführt werden ... Wir reißen uns damit ein in die nationale Bewegung ‚Freies Deutschland‘, die in allen Ländern der Welt, besonders aber in der UdSSR besteht und arbeitet.“¹⁴³ Steidle appellierte an seine Kameraden, sich von Hitler durch eine totale Entscheidung zu trennen: „Wir wissen genau, daß das deutsche Volk eine große Aufgabe im friedlichen Wettstreit aller Völker erfüllen wird, wenn es jetzt in letzter Stunde die Zerreißprobe seiner seelischen und körperlichen Widerstandskraft besteht, indem es *selbst* handelt. Es gibt daher nur eine Rettung: *Los von Hitler!*“¹⁴⁴ Nach seiner Wahl zum Präsidenten des BDO erklärte General von Seydlitz zu dem viele Offiziere bewegenden Problem des Eides und der militärisch-traditionellen Kategorien Treue und Gehorsam: „Nicht wir sind es, die untreu werden, sondern Adolf Hitler hat das vom Volke in ihn gesetzte Vertrauen schmachvoll mißbraucht ... Ohne Rücksicht auf Partei und Beruf, auf Klasse und Stand, auf konfessionelle und weltanschauliche Unterschiede soll das ganze deutsche Volk zu einer Einheitsfront zusammengeschlossen werden. Mit dem Nationalkomitee, das den Kampf bereits begonnen hat, wollen wir Schulter an Schulter fechten und uns in die Bewegung ‚Freies Deutschland‘ zu gemeinsamen Vorgehen auf das gemeinsame Ziel einreiben.“¹⁴⁵ Von diesen Gedanken, die sich patriotisch und antinazistisch, aber nicht frei von gewissen Illusionen zeigten, war der Aufruf „An die deutschen Generale und Offiziere! An Volk und Wehrmacht!“ getragen.

Im Verlaufe des Jahres 1944 traten auch mehrere Generale der Bewegung „Freies Deutschland“ bei, unter ihnen am 14. August 1944 Friedrich Paulus, der rangälteste unter allen in sowjetische Gefangenschaft geratenen Generalen. Bis zum Frühjahr 1945 konnten insgesamt etwa 4000 Offiziere für den BDO gewonnen werden. Darunter befanden sich ein Generalfeldmarschall, 51 Generale, etwa 40 Oberste, 50 Oberleutnante, 150 Majore und rd. 400 Hauptleute. Die soziale Struktur des Bundes war sehr differenziert; zu seinen Mitgliedern gehörten 220 Bank-, Staats- und Reichsbeamte, 120 Juristen, 200 Ingenieure und Techniker, 320 Kaufleute, 180 Lehrer, 300 Mediziner, 50 Tierärzte, 37 Pfarrer, 100 Kommunalbeamte, 95 Landwirtschaftler, 25 Volkswirtschaftler, 40 freiberuflich Täti-

¹⁴³ Hans-Günther van Hooven: Deutschlands Lage fordert den Entschluß der Wehrmacht. In: Freies Deutschland (Moskau), 1. Jg. 1943, Nr. 8/9.

¹⁴⁴ Luitpold Steidle: Totale Entscheidung: Los von Hitler! In: ebenda.

¹⁴⁵ Walther v. Seydlitz: Rücktritt Hitlers – das Gebot der Stunde. In: ebenda.

ge, 700 aktive Offiziere, 140 aktive Wehrmachtsbeamte sowie vereinzelt Polizei-, Post- und Eisenbahnbeamte, Baumeister, Apotheker, Handwerker, Chemiker, Künstler, Finanz- und Zollbeamte.¹⁴⁶ Nur ein relativ geringer Teil des BDO bestand aus Berufsoffizieren, die Mehrheit kam aus den Kreisen der oberen Beamten- und Angestelltenschaft, des gehobenen städtischen und ländlichen Kleinbürgertums und aus der Intelligenz. Die Offiziere traten in der Presse, im Rundfunk sowie in den Flugblättern betont als Angehörige ihrer Klasse bzw. Schicht auf.

Durch die Gründung des BDO und dessen Anschluß an das Nationalkomitee – letzteres kam im Beitritt der Offiziere des NKFD zum BDO sowie in der Erweiterung des NKFD um 17 Mitglieder zum Ausdruck – konnten weitere nichtproletarische Kräfte in die antifaschistische, von der KPD geführte Kampffront einbezogen werden. Bis zur Auflösung des BDO gehörten diesem etwa 45 Prozent der kriegsgefangenen Offiziere in der Sowjetunion an. Unter den Soldaten waren es 75 Prozent, die sich zur Bewegung „Freies Deutschland“ bekannten. Diese breitete sich in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern aus, fand jedoch auch in vielen anderen Ländern und nicht zuletzt unter den auf deutschem Boden in der Illegalität und hinter Gittern kämpfenden Antifaschisten regen Zulauf. Gerade in der erreichten sozialen Breite, in der Einmütigkeit des antifaschistischen Handelns, die trotz unterschiedlicher Meinungen in vielen Fragen nicht gefährdet werden durfte, lag die Kraft der Bewegung „Freies Deutschland“ und des Nationalkomitees, die sie befähigte, zum führenden Zentrum der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung zu werden.

Die KPD legte ferner großen Wert auf die enge Zusammenarbeit mit Hitlergegnern christlichen Glaubens in der Bewegung „Freies Deutschland“. Die Kriegsgefangenschaft und viele verständnisvolle Gespräche mit deutschen und sowjetischen Kommunisten boten auch Christen die Möglichkeit, neue Erkenntnisse zu gewinnen und sich für neue, ungewohnte Wege zu entschließen. Bei Matthäus Klein z. B. begann der Schritt zu „neuen Ufern“, als er in der Begegnung mit der Sowjetunion und sowjetischen Offizieren das Kartenhaus der faschistischen Greuelpropaganda zusammenstürzen sah. Nach einer Aussprache mit Friedrich Wolf bekannte Johannes Schröder, der der Bekennenden Kirche nahestand: „Ich dachte, man würde mich als protestantischen Pfarrer verhöhnen; man hat mit mir jedoch sehr menschlich und ehrlich gesprochen ... ich kann hier zum erstenmal nach Jahren wieder frei mit den Menschen reden, so, wie es mir zumute ist. Ja, wir haben in Deutschland viel zu lange geschwiegen.“¹⁴⁷ Auf allen Vollsitzungen des Nationalkomitees und in der Zeitung „Freies Deutschland“ kamen katholische und protestantische Geistliche zu Wort, so z. B. – außer den bisher Genannten – Peter Mohr, Josef Kayser, Karl Doiwa, Alois Ludwig, Friedrich Wilhelm Krummacher, Josef Motzko, Ernst Türk und Nikolai Sönnichsen.

Vom 14. bis 16. Juni 1944 fand die 10. Tagung des Nationalkomitees statt, an der als Gäste etwa 30 Geistliche und Theologen beider Konfessionen teilnahmen. Beraten wurde über die Abrechnung mit dem Naziregime und seiner Kirchenpolitik, über die Möglichkeiten des gemeinsamen Kampfes, aber auch über die Aufgaben der Kirchen nach dem Sturz der Hitlerdiktatur. Die Frage nach dem künftigen Verhältnis zwischen Christen und Marxisten war unüberhörbar. Wilhelm Pieck und Erich Weinert gingen darauf ein und bekräftigten, daß sich nach den Vorstellungen der Kommunisten im neuen demokratischen Staat jede antifaschistische Kraft innerhalb des Bündnisses werde entfalten können. Sie verwischten dabei keineswegs die Unterschiede zwischen dem wissenschaftlich-atheistischen Marxismus-Leninismus und der christlichen Weltanschauung, betonten jedoch, wie notwendig das Zusammenwirken für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung sei. Nur fünf der anwesenden Geistlichen konnten sich nicht dazu durchringen, den Appell „An die Christen an der Front und in der Heimat“ zu unterzeichnen. Von katholischer Seite wurden Kayser, Mohr und Ludwig, von evangelischer Seite Schröder, Krummacher und Sönnichsen in den neugebildeten Arbeitskreis für kirchliche Fragen beim Nationalkomitee gewählt.

¹⁴⁶ Siehe Waldemar Wagner/Ingo Wagner: Die Verfälschung der historischen Rolle der antifaschistischen Bewegung „Freies Deutschland“ durch Bodo Scheurig und die geschichtliche Wahrheit. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, 1965, H. 3, S. 606.

¹⁴⁷ Zit. in: Die Front war überall, S. 54.

Dieser Arbeitskreis entfaltete eine vielseitige Aktivität. Er organisierte im Anschluß an die 10. Sitzung des NKFD eine Beratung mit etwa 100 Pastoren, Theologen, Studenten, Ordensbrüdern und Laien aus den verschiedenen Gefangenenlagern. Er leitete die seelsorgerische Betreuung der Kriegsgefangenen, führte aber auch Veranstaltungen zu solchen Themen wie Christentum und Rassen-theorie, Kirche und Staat, Macht und Aufgabe des Christentums, Christ und Kommunist usw. durch. Neben der Mitarbeit in Presse und Rundfunk bewährten sich viele als Frontbevollmächtigte in den vordersten Linien. Im Rahmen dieser Tätigkeit, die ihnen die Möglichkeit gab, die wirklichen Verhältnisse in der Sowjetunion kennenzulernen, streiften sie manche antikommunistische Fessel ab. So wandte sich Klein gegen faschistische Hetzparolen und Verbrechen und formulierte eine verbreitete Erkenntnis: „Der Todfeind des christlichen Glaubens, der christlichen Kultur wie überhaupt jeder anständigen menschlichen Gesinnung ist nicht der Bolschewismus, sondern der Nationalsozialismus Das gilt's zu erkennen!“¹⁴⁸ Eindringlich warnten die mehr als 30 Unterzeichner des Appells „Deutsche Pfarrer rufen das deutsche Volk“, mit dem sich die Geistlichen in der Bewegung „Freies Deutschland“ Anfang 1945 ein letztes Mal geschlossen an die Öffentlichkeit wenden wollten, vor der antibolschewistischen Hetze. Sie forderten die Christen dazu auf, sich um der auch von ihnen zu gestaltenden Zukunft willen in die antifaschistische Front einzureihen. Nach einem vielfach beschwerlichen Weg vermochten sich die Christen, die ihre Zustimmung zum Nationalkomitee und zur Bewegung „Freies Deutschland“ ernst nahmen, von den unheilvollen Traditionen der beiden großen Kirchen zu lösen, die sie bisher an die herrschenden und ausbeutenden Klassen gebunden hatten. Für viele war es ein Wendepunkt ihres Lebens, eine „Befreiung und Erlösung von einem jahrelangen Alpdruck“, wie der evangelische Pfarrer Lothar Lösche im April 1944 feststellte.¹⁴⁹ Auch gegenüber christlichen Kräften verfehlte die Idee des Antifaschismus und der Volkfront nicht ihre Anziehungskraft.

Erstmalig in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes konnte in der Bewegung „Freies Deutschland“ ein so großes Bündnis von Arbeitern, Bauern, Handwerkern, Händlern, Intellektuellen, Geistlichen und Offizieren erreicht werden. An der Seite der revolutionären Arbeiterklasse leisteten nichtproletarische Kräfte einen wichtigen Beitrag zur Beschleunigung der militärischen Niederlage Hitlerdeutschlands sowie zum vorbereitenden Aufbau eines neuen demokratischen Staates. Ihr Handeln gegen Faschismus und Krieg und ihre weitere Entwicklung im Rahmen des geschlossenen Bündnisses bewiesen die Richtigkeit der kommunistischen Volksfrontpolitik. Gegenüber den dreißiger Jahren, als manche z. B. das Scheitern des Pariser Volksfrontausschusses als Ausdruck einer falschen Politik der KPD eingeschätzt hatten, zeigte sich das Bündnis in den Jahren 1943 bis 1945 breiter und stabiler. Unter den Bedingungen der immer deutlicher werdenden Niederlage des Hitlerfaschismus, unter dem Eindruck der barbarischen und verbrecherischen Kriegsführung durch den deutschen Imperialismus hatten sich die Möglichkeiten einer deutschen Volksfront quantitativ und qualitativ verbreitert. Waren im Pariser Volksfrontausschuß vorwiegend Vertreter der Intelligenz als Träger fortschrittlichen Ideenguts Bündnispartner der Partei gewesen, so wurden nach 1941 vornehmlich größere Teile der Mittelschichten, christliche Kreise und Patrioten aus allen Klassen und Schichten der Bevölkerung zu Verbündeten in der von der KPD geführten antifaschistischen deutschen Widerstandsbewegung. Der qualitative Fortschritt bestand auch darin, daß die Partei nicht mehr nur als eine Kraft unter anderen auftrat, sondern daß sie das Bündnis von vornherein initiierte, führte, lenkte und organisierte. Sie wurde damit der historischen Verantwortung der Arbeiterklasse gerecht, für deren Aktionseinheit sie gleichzeitig neue und günstige Voraussetzungen schuf.

Einer der führenden Funktionäre der KPD im NKFD, Anton Ackermann, spricht in seinen Erinnerungen vom „Wunder“ der Wandlung, das so viele irreführte Menschen unter dem Einfluß des Nationalkomitees erlebten. Diese Wandlung „so grundverschiedener sozialer Typen, die Überwindung jahrhundertealter Traditionen und tiefeingefressener falscher Vorstellungen geschah mit einer mäch-

¹⁴⁸ Zit. in: Christen im Nationalkomitee „Freies Deutschland“. Eine Dokumentation, hrsg. u. eingel. v. Klaus Drobisch, Berlin 1973, S. 7.

¹⁴⁹ Zit. in: ebenda, S. 9.

tigen Waffe: der Wahrheit. Mit der Wahrheit, mit Tatsachen und den sich daraus zwingend ergebenden Schlußfolgerungen wurde in geduldigem, zähem Bemühen aus so manchem gläubigen Hitleranhänger ein bewußter, kämpferischer Antifaschist, wurden aus zahllosen gehorsamen Hitlersoldaten und -offizieren aktive Anhänger der antifaschistisch-demokratischen Bewegung ...“¹⁵⁰ Im Auftrage des NKFD und gemeinsam mit den Kommunisten gestalteten nichtproletarische Demokraten ihre Tätigkeit in den sowjetischen Kriegsgefangenlagern zu einer großen antifaschistischen Schule, in der Zehntausende mit ihrer Vergangenheit brachen, um später als überzeugte Antifaschisten in die Heimat zurückkehren. In der Bewegung „Freies Deutschland“ begannen Angehörige der Mittelschichten zu erkennen, daß sie an die Seite der Arbeiterklasse gehören. Auf der 14. Vollsitzung des NKFD, die am 25. Oktober 1944 stattfand und auf der ausführlich über die politisch-moralische Vernichtung der nationalsozialistischen Ideologie beraten wurde, erklärte Rücker: „Die bürgerliche Intelligenz muß die Notwendigkeit der Erarbeitung eines neuen Menschheitsideals aus der Verbundenheit mit der Arbeiterklasse erkennen. Umlernen heißt nicht resignieren, sondern sich selbst und die Welt neu gestalten!“¹⁵¹

Bildung und Entwicklung des NKFD sowie der Bewegung „Freies Deutschland“ leiteten eine neue Stufe der gesamten antifaschistischen deutschen Widerstandsbewegung ein. Sie waren der sichtbare Ausdruck der Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis nach den Siegen der Sowjetarmee an der Hauptfront des zweiten Weltkrieges, nach dem grundlegenden Umschwung im Kriegsgeschehen und widerspiegelten den beginnenden Stimmungswandel in der deutschen Bevölkerung. Die Programmatik des NKFD und der Bewegung „Freies Deutschland“ setzte den von der Brüsseler und der Berner Konferenz gewiesenen Weg folgerichtig fort und orientierte auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, auf die Heranführung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten an den Kampf um die politische Macht. Das NKFD verstand sich nicht als Exilregierung, da dafür keine entsprechenden Voraussetzungen bestanden, sondern als deutsches Widerstandszentrum. Eine neue deutsche Regierung konnte nur im Ergebnis des erfolgreichen Kampfes für den Sturz der Hitlerdiktatur geschaffen werden. Die vom NKFD geleitete Bewegung „Freies Deutschland“ stellte überall ein antifaschistisches Kampfbündnis von Angehörigen der verschiedensten Schichten des deutschen Volkes und innerhalb der Wehrmacht geweckten patriotischen Kräfte dar. Die Bewegung besaß in der UdSSR eine aktive, unermüdlich und vorbehaltlos wirkende Stütze; auf deren Territorium konnte sich das führende Zentrum der Bewegung entfalten. Mit Unterstützung der deutschen und sowjetischen Kommunisten wurde es zum Modell für die Sammlung der deutschen antifaschistisch-demokratischen Kräfte in anderen Ländern und auch in Deutschland.

Der bürgerlich-humanistische Schriftsteller Arnold Zweig brachte später zum Ausdruck, was viele Emigranten in allen Teilen der Welt empfanden, nachdem ein organisierendes, die Breite des antifaschistischen Kampfes widerspiegelndes Zentrum entstanden war: „Als ich im Jahre 1943 in Palästina die Nachricht bekam, daß das Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘ in der Nähe von Moskau gegründet worden sei – und ich mir die Namen derer vorlesen ließ, die dort zusammenwirkten, um sich mit den gefangenen deutschen Soldaten in Verbindung zu setzen und zur Öffentlichkeit der Welt zu sprechen –, da wußte ich: Es wird wieder ein Deutschland geben, in das ich mit meiner Frau und meinen Kindern zurückkehren kann und in dem ich meine Arbeit fortsetzen werde, soweit es mein Leben und meine Gesundheit zulassen.“¹⁵² Eine Rundfrage der Zeitschrift „Freies Deutsch-

¹⁵⁰ Anton Ackermann: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ – miterlebt und mitgestaltet. In: Im Kampf bewährt. Erinnerungen deutscher Genossen an den antifaschistischen Widerstand von 1933 bis 1945, hrsg. v. Heinz Voßke, Berlin 1969, S. 311 f. Dieser Wandlungsprozeß ist in zahlreichen autobiographischen Werken beschrieben worden, darunter Wilhelm Adam: Der schwere Entschluß, Berlin 1965; Vincenz Müller: Ich fand das wahre Vaterland. Hrsg. v. Klaus Mammach, Berlin 1963; Luitpold Steidle: Entscheidung an der Wolga, Berlin 1971; Helmut Welz: In letzter Stunde. Biographie nach umfangreichen Aufzeichnungen Arno von Lenskis, Berlin 1978.

¹⁵¹ Zit. in: Horst Laschitzka: Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD, Berlin 1969, S. 165.

¹⁵² Neues Deutschland (B), 29.7.1960.

land“ in Mexiko zur Bildung des NKFD beantwortete Thomas Mann mit dem Bekenntnis zu einer reinigenden Volksrevolution in Deutschland, die allein „unser Land in den Augen der Welt, der Geschichte und in seinen eigenen Augen rehabilitieren kann. In diesem Sinne stimme ich dem Aufruf des in Rußland gebildeten Komitees vollkommen zu.“¹⁵³ Die Bildung des Nationalkomitees und dessen Ziele begrüßten auch zahlreiche andere fortschrittliche Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler und Politiker, darunter Albert Bassermann, Professor Walter A. Berendsohn, Leo Blech, der Dramatiker Ferdinand Bruckner, Lion Feuchtwanger, Oskar Maria Graf, Max Hodann, Oscar Kokoschka, Professor Arthur Liebert, Heinrich Mann, Reinhold Niebuhr, Rosalinde von Ossietzky-Viredius und August Weber.

Am 24. Juli 1943 erklärte sich das Lateinamerikanische Komitee der Freien Deutschen (LAK) für das NKFD und gleichzeitig als Teil der von diesem geleiteten Gesamtbewegung „Freies Deutschland“. Das LAK bildete zu diesem Zeitpunkt die einzige organisierte Gruppe der Bewegung „Freies Deutschland“; es war unter dem Einfluß der in Mexiko – wo es günstige Bedingungen für die Tätigkeit deutscher Antifaschisten gab – wirkenden KPD-Organisation im Februar 1943 entstanden. Dem LAK hatten sich 15 Landesbewegungen mit ca. 17.500 Mitgliedern und Anhängern angeschlossen. Die Zahl der eingetragenen Mitglieder betrug annähernd 1750, darunter etwa 10 Kommunisten. Unter den Anhängern waren 7500 in Lateinamerika ansässige Deutsche, 9500 deutsch-jüdische und 500 politische Emigranten. In Mexiko, Kuba, Brasilien, Uruguay, Argentinien, Chile, Bolivien und Kolumbien bildeten die Kommunisten, wenn auch zahlenmäßig nicht sehr stark vertreten, den Kern der Bewegung „Freies Deutschland“. Doch auch die Gruppen in Ekuador, Kostarika, Honduras, Paraguay, Santo Domingo, Panama, Guatemala und anfangs auch in Venezuela vertraten überzeugend die Politik des NKFD.

Der zunächst in der Resolution der Brüsseler Konferenz verwendete Begriff „Freies Deutschland“ gab der Zeitschrift den Namen, die in Mexiko – seit Oktober 1941 von Frei herausgegeben – zum Kristallisationspunkt, zum politischen und literarischen Organ der Bewegung der Freien Deutschen in Lateinamerika wurde. An der Zeitschrift arbeiteten mehr als 200 Journalisten, Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler und Politiker aus 20 Nationen mit. Die Auflage belief sich zusammen mit der der anderen Organe des LAK auf durchschnittlich 11.000 Exemplare im Monat.¹⁵⁴ Sie behandelte alle Probleme, über die bei den Bemühungen um die Schaffung einer breiten antifaschistischen Volksfront diskutiert werden mußte, und wirkte unter den Emigranten und Auslandsdeutschen in Lateinamerika als Organisator des Kampfes gegen Krieg und Faschismus. Im politischen Teil der Zeitschrift erschienen zahlreiche Beiträge über die Zukunft Deutschlands und über die Auseinandersetzungen mit nationalistischen Bestrebungen antisowjetischer Kreise unter den Emigranten. Einige Artikel beschäftigten sich kritisch mit der Haltung der westlichen Alliierten gegenüber der Sowjetunion und mit der Verzögerung der Errichtung der zweiten Front in Westeuropa. Breiten Raum nahm die Absage an den Vansittartismus und dessen Grundthese ein, die Deutschen seien alle von Natur aus und ohne Unterschied verbrecherisch und Nazis. Diese These bereitete schon die künftige imperialistische Besatzungspolitik vor, deren Träger sich hauptsächlich auf „gemäßigte Nazis“ stützen sollten, da es angeblich keine deutschen „Antinazis“ gäbe. Die Auseinandersetzung mit derartigen Behauptungen war auch deshalb so dringlich, weil sie unter nichtproletarischen Emigranten Anklang fanden und von einigen, z. B. dem Schriftsteller Emil Ludwig, aktiv vertreten wurden.

Unter Führung der Kommunisten Alexander Abusch, Otto Börner, Erich Jungmann, Leo Katz, Paul Merker, Ludwig Renn und anderer leisteten nichtproletarische Kräfte aus den Reihen der Emigranten, in wenigen Fällen auch in Mexiko lebende Auslandsdeutsche, eine wirksame antifaschistische Arbeit. Zu ihnen gehörten der Elektroingenieur Waldemar Altner, der Schneidermeister Paul Elle, die Hotelbesitzerin Luise Heuer, Dr. Gertrud Kurz, der parteilose Schriftsteller Dr. Paul Mayer, der

¹⁵³ Zit. in: Wolfgang Kießling: *Alemania Libre in Mexiko*, Bd. 1. Ein Beitrag zur Geschichte des antifaschistischen Exils (1941-1946), Berlin 1974, S. 217.

¹⁵⁴ Siehe Paul Merker: Über die Bewegung „Freies Deutschland“ in Lateinamerika. In: *Im Kampf bewährt*, S. 479 ff. u. 503.

Dirigent Dr. Ernst Römer, Dr. Bruno Strauß, die Kaufleute Richard Buchholz, Leo Chrzanowski, Jorge Friedmann, Karl Mackeldey, Karl Markmann, Wilhelm Möllmann und Kurt Wolter, der parteilose Bildhauer Herbert Hofmann-Isenburg, der frühere Deutschnationale Gustav Mendelsohn, der Plantagenbesitzer Dr. Wilhelm Schubert, der Katholik und Leiter einer Privatschule, Josef Weber, und der Kunsthistoriker Paul Westheim. Zwölf von den 26 Mitgliedern des im Mai 1943 gewählten Ausschusses der Bewegung der Freien Deutschen in Mexiko waren nichtproletarische Demokraten.

Uneigennützig unterstützten sie den Ende 1941 geschaffenen Heinrich-Heine-Klub, den am 10. Mai 1942 gegründeten Verlag El Libro Libre (Das Freie Buch), das wöchentlich erscheinende Bulletin Alemania Libre sowie die Zeitung „Demokratische Post“ und die Sozialvereinigung politischer Flüchtlinge deutscher Sprache in Mexiko. Sie kämpften für die Unterstützung der Sowjetunion und bildeten dazu sogar ein eigenes Komitee unter den deutsch-jüdischen Emigranten, das im Verlaufe weniger Monate 48.000 mexikanische Pesos (ca. 9600 Dollar) sammelte. Sie unterhielten Verbindungen mit Antifaschisten anderer lateinamerikanischer Länder und setzten sich mit linken Sozialdemokraten der Gruppe „Das Andere Deutschland“ sowie mit trotzkistischen Elementen auseinander. Sie halfen bei der Durchführung der Landeskonferenz der Bewegung der Freien Deutschen am 8. und 9. Mai 1943 in Mexiko, die unter der Losung „Das Freie Deutschland mit den Alliierten für die Niederlage der Nazis“ stattfand und ein einmütiges Bekenntnis zur führenden Rolle der Sowjetunion in der Antihitlerkoalition ablegte. Darüber hinaus förderten sie die Tätigkeit der Deutschen Demokratischen Frauenbewegung sowie die Veranstaltungen in dem von Hofmann-Isenburg zur Verfügung gestellten Haus der Freien Deutschen.

In einigen europäischen Ländern entstanden unmittelbar nach der Gründung des NKFD Volksfrontorganisationen. Die bedeutendste unter ihnen konstituierte sich als Bewegung „Freies Deutschland“ für den Westen illegal Ende September 1943 in Paris und führte an der Seite der französischen Résistance einen wirksamen Kampf. 1945 gehörten dem leitenden Komitee neben 17 Kommunisten und 18 Sozialdemokraten auch 15 Mitglieder der ehemaligen Zentrumspartei, elf Mitglieder der früheren Deutschen Staatspartei, zwölf ehemalige Deutschnationale und 25 ehemalige Mitglieder nazistischer Organisationen an. Insgesamt bekannten sich bis Kriegsende 2500 deutsche Emigranten, darunter 120 Angehörige ehemaliger bürgerlicher Parteien und zahlreiche parteilose Demokraten, sowie fast 27.000 deutsche Kriegsgefangene zu den politischen Zielen der Bewegung „Freies Deutschland“ für den Westen. Dem Bund Deutscher Offiziere in Frankreich traten etwa 300 kriegsgefangene deutsche Offiziere bei.¹⁵⁵ Unter den 300 Mitgliedern, über die die Bewegung „Freies Deutschland“ für den Westen in Paris verfügte, befanden sich u. a. 147 Arbeiter und Angestellte, 15 Juristen und Rechtsanwälte, elf Künstler, fünf Ärzte, 53 Schriftsteller und Journalisten sowie zwei Geistliche.¹⁵⁶ Nach der Befreiung von Paris und dem Übergang in die Legalität, in der die Bewegung den offiziellen Namen CALPO (Comité „Allemagne Libre“ Pour L'Ouest) trug, standen an ihrer Spitze auch Professor Heinrich W. Friedemann (Mitglied der ehemaligen Zentrumspartei und Präsident der Vereinigung von Katholiken jüdischer Abstammung), der katholische Kaufmann Friedrich Kümmel sowie der Diplom-Volkswirt Dr. Arno Müller und der Hotelier Wilhelm Tesch, der vor 1933 Mitglied der Deutschen Volkspartei gewesen war. Weiter gehörten dem Komitee an: der Syndikus Franz Gall und der Staatsanwalt Dr. Meerheim (früher Mitglieder der Bayerischen Volkspartei), Otto Machts (früher Deutsche Volkspartei), Willy Schofs (früher Deutsche Wirtschaftspartei) und Elise Meier, eine Mitarbeiterin der evangelischen Kirche.

Im August 1943 formierte sich in der Schweiz die illegale Bewegung „Freies Deutschland“, in der sich ebenfalls Vertreter verschiedener Schichten des deutschen Volkes, politischer Parteien und religiöser Bekenntnisse zusammenfanden. Im Frühjahr 1945 umfaßte sie 1800 Mitglieder; außerdem gab es etwa 2000 Emigranten, die ihre Publikationen kauften und sich zu ihr bekannten.¹⁵⁷

¹⁵⁵ Siehe Karlheinz Pech: An der Seite der Résistance. Zum Kampf der Bewegung „Freies Deutschland“ für den Westen in Frankreich (1943-1945), Berlin 1974, S. 286.

¹⁵⁶ Siehe ebenda, S. 207.

¹⁵⁷ Hans Teubner: Exilland Schweiz. Dokumentarischer Bericht über den Kampf emigrierter deutscher Kommunisten 1933-1945, Berlin 1975, S. 281. Siehe auch Werner Mittenzwei: Exil der Schweiz, Leipzig 1978.

Neben den Kommunisten Wolfgang Langhoff, Hans Teubner, Bruno Fuhrmann und Bruno Goldhammer standen mit an ihrer Spitze Wilhelm Abegg, ehemaliges Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei und Staatssekretär im preußischen Innenministerium, und Charlotte von Kirschbaum, die im Auftrage des Theologen Karl Barth dem Schweizer Komitee beitrug. Barth – neben Bonhoeffer sicher der bedeutendste Theologe jener Zeit – stellte sein Haus für Beratungen zur Verfügung und beschäftigte sich sehr intensiv mit der Bewegung „Freies Deutschland“, bevor er am 27. Mai 1945 als Gast an deren zweiter Landeskonferenz in der Schweiz teilnahm. In Gesprächen mit Langhoff und Teubner äußerte er einmal: „Wenn ich Sie recht verstanden habe, so meint ‚frei‘ schlicht ein *politisch gesundes* Deutschland ... Politische Gesundung würde bedeuten, daß man zwar seine Fernziele hat – man kann nicht wirklich Politik treiben ohne Fernziele! –, daß aber ein jeder sich mit seinem Fernziel sagt: Wir haben gemeinsame Aufgaben zu lösen ... Das FD ist nicht kommunistisch, sondern das *freie* Deutschland. Als Deutscher würde ich sagen: Ich kann nichts Besseres tun, als dazugehen und mich anschließen. Vom protestantischen Glauben her wäre die Möglichkeit und die Notwendigkeit da, diesen Entschluß zu fassen und allen Ernstes mitzutun, d. h. allen Ernstes die Verantwortung mit zu übernehmen.“¹⁵⁸

Für den Zusammenschluß aller Hitlergegner traten in Großbritannien die Organisation der KPD, die Freie Deutsche Jugend und der Freie Deutsche Kulturbund ein. Gegen den Widerstand der Londoner Gruppe der Sozialdemokratie beteiligten sich am 25. September 1943 rd. 400 Kommunisten, Sozialdemokraten, Intellektuelle, Geistliche, Soldaten und bürgerlich-demokratische Politiker an der Gründungskonferenz der Freien Deutschen Bewegung in Großbritannien. Der Aufruf „Deutsche in Armee und Heimat!“ trug auch die Unterschriften von René Kuczynski, dem ersten Präsidenten dieser Bewegung, der Schriftstellerin Irmgard Litten und von August Weber, dem früheren Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei. Ebenso wie die Kommunisten bemühte sich Weber vergeblich um eine Beteiligung der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien – allerdings nicht frei von der Absicht, den rechten Sozialdemokraten die Führung der Bewegung „Freies Deutschland“ zu sichern und den Einfluß der Kommunisten zu neutralisieren.¹⁵⁹ Unter Wahrung der eigenen Selbständigkeit schlossen sich den Freien Deutschen an: der Freie Deutsche Kulturbund, die Landesgruppe der KPD in Großbritannien, die Freie Deutsche Jugend, die deutsche Sektion ehemaliger Mitglieder der Internationalen Brigaden, die Gruppe deutscher Seeleute und die Freie Deutsche Hochschule. Als Anfang Juli 1944 die zweite Delegiertenkonferenz stattfand, konnten deren Teilnehmer etwa 1000 Mitglieder der Freien Deutschen Bewegung in Großbritannien vertreten.

Die in Stockholm ab Mitte Juli 1943 erscheinende Zeitschrift „Politische Information“ propagierte die Ziele des NKFD und wirkte für den Zusammenschluß aller deutschen antinazistischen Kräfte in Schweden. Der im Januar 1944 gegründete Freie Deutsche Kulturbund wurde mit seinen rd. 500 Mitgliedern zur wichtigsten Organisation der Bewegung „Freies Deutschland“ in Schweden. In seinen Reihen und für den Zusammenschluß wirkte auch der ehemalige Berliner Stadtarzt Max Hodann aktiv mit. Er sowie Walter A. Berendsohn, Leo Blech, Rosalinde von Ossietzky-Viredius bekannten sich gemeinsam mit den Kommunisten Karl Mewis, Erich Glückauf, Herbert Warnke und anderen in ihrem Brief an Erich Weinert, René Kuczynski und Thomas Mann nachdrücklich zur Bewegung „Freies Deutschland“. Nach langwierigen und scharfen Auseinandersetzungen, hauptsächlich mit einigen sozialdemokratischen Emigranten, konnte im Oktober 1944 der Arbeitsausschuß deutscher antinazistischer Organisationen gebildet und damit eine qualitativ neue Stufe der Bewegung „Freies Deutschland“ in Schweden erreicht werden.¹⁶⁰

Kommunisten und andere Antifaschisten gründeten am 10. August 1944 mit Unterstützung der griechischen Widerstandsbewegung das Antifaschistische Komitee deutscher Soldaten „Freies Deutschland“ in Griechenland (AKFD). Gleich dem etwas später entstandenen Verband deutscher

¹⁵⁸ Zit. in: Christen im Nationalkomitee „Freies Deutschland“, S. 296 f.

¹⁵⁹ Siehe Werner Räder: Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1968, S. 206 f.

¹⁶⁰ Siehe Dieter Lange: Dokumente der Bewegung „Freies Deutschland“ in Schweden. In: ZfG, 19. Jg. (1971), H. 4, S. 539 ff.

Antifaschisten auf dem Peloponnes entwickelte es eine intensive politische und organisatorische Arbeit und stellte deutsche antifaschistische Hundertschaften, denen etwa 600 aktive Kämpfer angehörten, in den Reihen der griechischen Volksbefreiungsarmee auf. Darunter befanden sich auch Parteilose und christliche Arbeiter, die in Gefangenschaft geraten bzw. aus der Wehrmacht oder der Strafddivision 999 desertiert waren.¹⁶¹ Im Sinne der Bewegung „Freies Deutschland“ wirkte in den USA die seit Mai 1942 existierende deutschsprachige Halbmonatsschrift „The German American“, unter deren Einfluß der aus etwa 1500 deutschen Kriegsgefangenen bestehende „War Prisoner Council for a Democratic Germany“ antifaschistische Schulungen durchführte sowie über die Ziele und das Wirken des NKFD aufklärte.¹⁶²

Überall, wo deutsche Emigranten tätig waren, gab es intensive Bemühungen um den Zusammenschluß der Hitlergegner. Als Motor erwiesen sich in der Regel Organisationen der KPD oder einzelne Kommunisten, die so die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei im antifaschistischen Kampf und im Ringen um die Vorbereitung einer neuen demokratischen Republik verwirklichten. Unter dem Einfluß des Nationalkomitees und seiner Aktivitäten, für die die Sowjetunion alle nur erdenkliche Hilfe leistete, entwickelte sich die Bewegung „Freies Deutschland“ weltweit. Ihre Erfolge hingen in erster Linie von den militärischen Siegen der Völker der UdSSR und der anderen Länder der Antihitlerkoalition, im einzelnen aber auch von den konkreten Bedingungen in den Emigrationsländern sowie von der Stärke der sozialdemokratischen und bürgerlichen Opposition ab. Die Mehrzahl der rechtssozialdemokratischen Führer, große Teile der von ihnen geleiteten Gruppen und beeinflussten nichtproletarischen Kräfte beteiligten sich nach wie vor nicht am aktiven Kampf gegen Hitler und Krieg, sondern entwickelten sogar eine im Grunde bürgerliche Alternative zum Faschismus. Sie lehnten die Politik der KPD zur Vereinigung aller Hitlergegner ab und unterstützten statt dessen die antikommunistischen und antisowjetischen Bestrebungen bürgerlicher Kräfte.

d) Die Verbreiterung der antifaschistischen deutschen Kampffront in der letzten Periode des Zweiten Weltkrieges

Mit der Bildung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und der Entfaltung einer unter seiner Führung stehenden weltweiten Bewegung der Freien Deutschen begann auch in Deutschland ein neuer, ja der wichtigste Abschnitt in der Geschichte der antifaschistischen Widerstandsbewegung. Die Kampffront verbreiterte sich; an die Seite der Kommunisten und revolutionären Sozialdemokraten traten mehr nichtproletarische Kräfte als in den Jahren zuvor, die bereit waren, Aufgaben der antifaschistischen Widerstandstätigkeit zu erfüllen und auch solche Formen des Kampfes gegen Hitler und Krieg zu nutzen, die bisher fast ausschließlich von Arbeitern gewählt worden waren. Obwohl die Faschisten den Terror außerordentlich steigerten, vermochte die illegale KPD durch ihren organisatorischen und ideologisch-theoretischen Reifeprozess neue antifaschistische Kämpfer aus nahezu allen Schichten der Bevölkerung zu gewinnen. Dabei blieb die Bildung einer neuen operativen Leitung der Partei und des antifaschistischen Kampfes in Deutschland durch Vertreter der großen Widerstandsorganisationen in Berlin, Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt eine wichtige Voraussetzung, trug diese doch zur größeren Einheitlichkeit und Geschlossenheit im Handeln der bis dahin bezirksgeleiteten illegalen Parteiorganisationen bei. Die notwendige weitere Klärung wichtiger Fragen der Strategie und Taktik des Kampfes für den Sturz der Hitlerdiktatur und zum vorbereitenden Aufbau einer neuen, demokratischen Republik erfolgte insbesondere mit Hilfe der politischen Plattform „Wir Kommunisten und das Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘“, die im Februar 1944 von Franz Jacob, Anton Saefkow und Theodor Neubauer ausgearbeitet wurde. Darin hieß es: „Wir Kommunisten reichen jedem Hitlergegner die Hand und schlagen in jede ehrlich uns gereichte Hand ein – zum gemeinsamen Kampf gegen den Volksfeind Hitler.“ Die darüber hinausgehende Zielstellung lautete: „Nicht Weimar ist das Ziel der Volksrevolution, sondern die Errichtung der revolutionären

¹⁶¹ Siehe Gerhard Koch: Die deutsche antifaschistische Bewegung im griechischen Widerstand während des zweiten Weltkrieges, Diss., Jena 1972; Strafddivision 999. Erlebnisse und Berichte aus dem antifaschistischen Widerstand, Berlin 1965, S. 314 ff.

¹⁶² Siehe Wolfgang Bleyer u. a.: Deutschland von 1939 bis 1945, S. 345 ff.

nären Demokratie, die wirkliche Herrschaft des deutschen Volkes ... Die kommende Demokratie wird eine revolutionäre Demokratie der um den Fortschritt kämpfenden Massen sein. Die kommende Demokratie wird die wirklich Herrschaft des werktätigen Volkes verkörpern.“¹⁶³

Das Anwachsen des antifaschistischen Kampfes und die Verbreiterung der sozialen Basis des Widerstandes äußerten sich während der letzten Kriegsjahre in vielerlei Formen und auf mehreren Ebenen. Sie bildeten sowohl Ursache als auch Ergebnis der Krise, in die das Hitlerregime geraten war und der die Naziführung nicht mehr Einhalt zu gebieten vermochte.

Maßgeblich beeinflußt wurde die Situation in Deutschland durch die sich von Monat zu Monat verschlechternde Lage an der Front. In der Monopolbourgeoisie verstärkte sich die Suche nach einer politischen Konzeption, die es ermöglichen sollte, bestimmte Veränderungen im politischen Herrschaftssystem herbeizuführen, ohne gleichzeitig die Machtgrundlagen des deutschen Imperialismus und Militarismus anzutasten. Führende Kreise der Monopolbourgeoisie und reaktionäre Militärs, die die Niederlage voraussahen und befürchteten, daß das deutsche Volk und die anderen Völker dann mit dem deutschen Imperialismus und Militarismus schonungslos abrechnen würden, hofften, vornehmlich mit Hilfe der imperialistischen Westmächte die Machtpositionen des deutschen Imperialismus retten zu können. Carl Goerdeler, Ludwig Beck, Johannes Popitz, Ulrich von Hassell und weitere bürgerliche Oppositionelle beabsichtigten, die Hitlerregierung durch solche Politiker, Militärs und Industrielle zu ersetzen, die sich nicht zu stark als Faschisten kompromittiert hatten.¹⁶⁴ Die von ihnen angestrebte Staatsform hätte sogar im Vergleich zur Weimarer Republik einen Schritt zurück bedeutet. Ein selbständiges politisches Auftreten sowie antiimperialistische Aktionen der Arbeiterklasse sollten auch weiterhin verhindert, antifaschistisch-demokratische Maßnahmen nicht geduldet werden. Aufgabe der geplanten Militärdiktatur wäre es gewesen, den imperialistischen Staat gegen Aktionen der Volksmassen abzusichern, wie sie zu Ende des ersten Weltkrieges ausgebrochen waren. Alle militärischen Einheiten sollten an der deutsch-sowjetischen Front weiterkämpfen – selbst nach Abschluß eines Sonderfriedens mit den Westmächten. Innerhalb des Verschwörerkreises existierten jedoch auch andere, weniger reaktionäre, sondern eher realpolitische Auffassungen.

Nichtproletarische Demokraten schlossen sich in bestimmtem Umfange der bürgerlichen Opposition gegen Hitler an. Deren Putschversuch am 20. Juli 1944 scheiterte allerdings hauptsächlich daran, daß die führenden Kräfte um Goerdeler und Beck nicht mit einer breiten antifaschistischen Bewegung zusammenarbeiten wollten. Unter den bürgerlichen Demokraten und patriotischen Offizieren, die bereit waren, sich mit dem Widerstand von „unten“ zu verbinden, traten vornehmlich die Männer um Oberst Claus Graf von Stauffenberg, Oberst Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim, Oberleutnant Werner von Haeften, General Fritz Lindemann, Adam von Trott zu Solz, Fritz Dietloff Graf von der Schulenburg und Peter Graf Yorck von Wartenberg für die Schaffung demokratischer Verhältnisse in Deutschland und für das friedliche Zusammenleben aller Völker ein. Sie wollten mit dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ Verbindung aufnehmen, bildeten aber im Rahmen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler, die das Attentat organisierte, eine Minderheit.¹⁶⁵

Der Widerhall des 20. Juli war bei vielen Werktätigen in Deutschland verhältnismäßig groß und zeigte die vor sich gegangenen Veränderungen in ihrem politischen und ideologischen Denken. Das Mißlingen des Attentats rief Bedauern hervor, vornehmlich weil die Chance einer raschen Beendigung des Krieges als vertan angesehen wurde.¹⁶⁶ An der deutsch-sowjetischen Front wuchs die Zahl derer, die nicht länger bereit waren, für Hitlerdeutschland zu kämpfen, die überliefen oder sich ohne Widerstand gefangennehmen ließen. Ihre Motive widerspiegelte die in der Zeitung „Freies Deutsch-

¹⁶³ Zit. in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 400. Siehe auch Heinz Kühnrich u. Karlheinz Pech: Neue, bedeutsame Materialien über die politisch-theoretische Tätigkeit der illegalen operativen Leitung der KPD in Deutschland 1944. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1979, H. 1, S. 38.

¹⁶⁴ Wolfgang Bleyer u. a.: Deutschland von 1939 bis 1945, S. 358 f.

¹⁶⁵ Kurt Finker: Stauffenberg und der 20. Juli 1944, Berlin 1970, S. 155 ff. Siehe auch derselbe: Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, Berlin 1978.

¹⁶⁶ Derselbe: Stauffenberg, S. 362 ff. u. 442 f.

land“ veröffentlichte Aussage eines Unteroffiziers: „Das Attentat hätte niemanden verwundet, wenn es von revolutionären Kreisen unternommen worden wäre. Aber daß deutsche Generale zu terroristischen Mitteln greifen, machte uns doch nachdenklich. Offenbar ist die Lage Deutschlands so hoffnungslos geworden, daß selbst sonst ergebene Fachleute keinen anderen Ausweg mehr sehen. Es kann doch nicht sein, sagten wir uns, daß alle unrecht haben und nur einer recht hat – wenn er auch der Führer ist.“¹⁶⁷ Angesichts des schnellen Scheiterns des Putschversuches und der neuen faschistischen Terrorwelle verhielt sich die Mehrheit der deutschen Bevölkerung immer noch passiv. Viele resignierten und nahmen die weiteren Lasten des Krieges apathisch hin. Insbesondere die von der faschistischen Ideologie bewirkte bzw. verstärkte Schicksalsgläubigkeit, das kleinbürgerlich-opportunistische Verhalten gegenüber dem Stärkeren und die Furcht vor den Folgen der bevorstehenden militärischen Niederlage ließen sogar bei solchen Angehörigen der Mittelschichten, die in wachsendem Maße Mißbehagen empfanden und auch äußerten, keine Bereitschaft zu aktivem Handeln gegen den Faschismus hervortreten. Doch selbst diese Haltung entsprach nicht den Vorstellungen der Nazis, die die Massen zum Kampf „bis zur letzten Kugel“ mobilisieren und eine levée en masse [Massenaushebung] organisieren wollten. Immer breitere Kreise der Bevölkerung wurden in dieser Situation Opfer des faschistischen Terrors.

Bereits im Juli 1944 verhaftete die Gestapo mehr als 1000 Antifaschisten, in den darauffolgenden Wochen noch einmal rund 5000 bis 6000. Die Widerstandsbewegung erlitt einen schweren Schlag, als die KPD ihre operative Leitung und viele führende Kader in den Bezirksparteiorganisationen verlor. Auch die organisierte bürgerliche Opposition sollte restlos zerschlagen werden. Legt man die allgemein bekannte Zahl von 310.686 Verhaftungen im ersten Halbjahr 1944 zugrunde, dann wird deutlich, daß im gesamten Jahr 1944 mehr als eine halbe Million Menschen aus politischen Gründen verhaftet wurden, was auf die „Erbitterung des Kampfes, den das Hitlerregime und das mehr und mehr erwachende deutsche Volk miteinander führen“, schließen läßt.¹⁶⁸ Unter den Opfern der Hitlerdiktatur, die damit ihre grausamste und blutigste Phase begann, befanden sich Angehörige aller Klassen und Schichten. Allein im Zuchthaus Brandenburg-Görden wurden vom 22. August 1940 bis zum 20. April 1945 insgesamt 1807 Personen aus politischen Gründen hingerichtet. Darunter waren 775 Arbeiter und Handwerker, 363 Techniker, Ingenieure, Architekten und Baumeister, 234 Angestellte, 97 Unternehmer, Industrielle und Kaufleute, 79 Bauern und Gärtner, 51 Professoren, andere Akademiker und Freiberufler, 49 Künstler, 35 Soldaten und Offiziere, 38 hohe Beamte und Parlamentarier, 22 Mittel- und Hochschüler, zehn katholische Geistliche, drei Geistliche anderer Konfessionen, zwölf Redakteure und Journalisten.¹⁶⁹ Weit mehr als die Hälfte dieser Hinrichtungen (1004) fand in den Jahren 1944/45 statt. Das Reichsjustizministerium erfaßte in seiner offiziellen Statistik für 1944 insgesamt 5764 Hinrichtungen; für 1945 läßt sich die Zahl nur schätzen. Hinzu kamen noch etwa 15.000 bis 16.000 Angehörige der faschistischen Wehrmacht, die wegen „Wehrkraftzersetzung“ und „Feigheit vor dem Feind“ z. T. ohne militärgerichtliches Urteil ermordet wurden.¹⁷⁰

In den letzten Jahren und Monaten der faschistischen Diktatur wurden weitere Angehörige der Mittelschichten in Stadt und Land in den Ruin getrieben. Der Nazistaat verstärkte den Druck auf die Bauern, um eine restlose Zwangserfassung aller landwirtschaftlichen Produkte durchzusetzen. Kontrollen und drakonische Strafen mehrten sich in den Dörfern. Im Rahmen der letzten faschistischen Mobilisierungsaktionen wurden erneut Handwerksbetriebe und Geschäfte serienweise geschlossen. In steigender Zahl erhielten Personen aus den Mittelschichten Zwangsverpflichtungen in die Rüstungsbetriebe und Einberufungen zur Wehrmacht bzw. zum Deutschen Volkssturm, dem letzten militärischen Aufgebot der Nazipartei. Die Lage der kleinen Warenproduzenten verschlechterte sich durch diese faktische Enteignung von Handwerkern und Händlern, durch die rückläufige Produktivität der bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe in außerordentlich hohem Maße. Dieser Prozeß führte zu gewissen, wenn auch nicht grundlegenden Veränderungen im Denken und Handeln der überwie-

¹⁶⁷ Zit. in: ebenda, S. 366.

¹⁶⁸ Günther Weisenborn: Der lautlose Aufstand, S. 176 f.

¹⁶⁹ Ebenda, S. 308 ff.

¹⁷⁰ Ebenda, S. 310.

genden Mehrheit dieses Personenkreises. Die vielgestaltige, raffinierte faschistische Propaganda und speziell die antikommunistische Behauptung, daß im Falle einer Niederlage Deutschlands das Eigentum überhaupt abgeschafft werden würde, ketteten diese Leute nach wie vor an das Hitlerregime, trotz zunehmender Kriegsmüdigkeit und wachsenden Unmuts über die rapide Verschlechterung ihrer sozialen Lage.

Der faschistische Terror und die chauvinistische Demagogie vermochten aber nicht, alle Angehörigen der Mittelschichten zu beeinflussen – im Gegenteil: Auch aus ihren Reihen orientierten sich mehr und mehr Kriegsgegner an den Losungen der Kommunistischen Partei Deutschlands und den Forderungen der ungebrochenen antifaschistischen Widerstandsbewegung. In einzelnen Fällen gelang es den illegalen Parteiorganisationen, erneut größere Widerstandskreise zu formieren. In Köln gehörten einer solchen Gruppe des NKFD neben 100 Kommunisten auch etwa 100 parteilose Antifaschisten an: Vertreter nahezu aller Bevölkerungsschichten. Die Flugblätter dieser Organisation enthielten Hinweise zur Störung der Rüstungsproduktion und zum Schutz der Familien. Ihre Mitglieder leisteten antifaschistische Arbeit unter den ausländischen Zwangsarbeitern sowie unter den etwa 4000 Soldaten, die desertiert waren und sich in Köln aufhielten. Bewaffnete Gruppen schützten die Widerstandstätigkeit.¹⁷¹ In Mitteldeutschland, in Mecklenburg und Süddeutschland bemühten sich Antifaschisten unterschiedlicher sozialer Herkunft um eine Realisierung der Losung „Die Waffen gegen Hitler!“, in der alle Aufgaben des antifaschistischen Kampfes 1944/45 zusammengefaßt waren.¹⁷² In den Rüstungsbetrieben wuchs die Bereitschaft zu aktiver Sabotage, um den Krieg rascher beenden zu können. Die Verbindungen zu ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen verstärkten sich. Die Solidarität mit den Opfern des faschistischen Terrors, mit rassistisch Verfolgten und antifaschistischen Widerstandskämpfern wuchs an. Mehrere tausend Verfolgte konnten so vor dem sicheren Tod bewahrt werden.¹⁷³ Allein in Berlin fanden 3000 bis 4000 Juden Unterschlupf vor den Nachstellungen des Reichssicherheitshauptamtes.¹⁷⁴

Auch in den Konzentrationslagern schlossen sich einige ehemalige Mitglieder bürgerlicher Parteien sowie andere nichtproletarische Kräfte dem von den Kommunisten und revolutionären Sozialdemokraten organisierten Widerstand an. Ein Häftling des KZ Sachsenhausen schrieb über diese wachsende Gemeinsamkeit: „Ich weiß nicht, wo die Einsichtigen herrschen, ich kenne sie nicht und entdecke sie nirgends, aber ich spüre doch, daß nach ihren Richtlinien gearbeitet wird und daß sie im Nächsten nicht den Gegner im Kampf um das tägliche nackte Leben, sondern den Menschen, den Bruder im gleichen Leide sehen. Ihr Sieg könnte die Menschenwürde wieder triumphieren lassen ... Es ist ein befruchtendes Zusammenarbeiten.“¹⁷⁵

Die national und international organisierten antifaschistischen Komitees fanden in vielen Konzentrationslagern während der letzten Kriegsjahre Unterstützung durch parteilose, christliche und andere Häftlinge. In Buchenwald entstand am 5. Juli 1944 ein Komitee der Deutschen Volksfront, dem auch das frühere Mitglied der Zentrumspartei, Dr. Werner Hilpert, angehörte.¹⁷⁶ Die Tätigkeit des Komitees wirkte sich zwar nicht unmittelbar auf die Vorbereitung und Durchführung der antifaschistischen Befreiungsaktion im Konzentrationslager vom 11. April 1945 aus, doch seine Dokumente sollten „zu einer wichtigen Grundlage für die Selbstverständigung der verschiedenen politischen Gruppen über die Aufgaben des Neuaufbaus nach der Befreiung“ werden.¹⁷⁷

¹⁷¹ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 417 f.

¹⁷² Ebenda.

¹⁷³ Klaus Drobisch u. a.: Juden unterm Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933-1945, Berlin 1973, S. 382.

¹⁷⁴ Wolfgang Bleyer u. a.: Deutschland von 1939 bis 1945, S. 311.

¹⁷⁵ Damals in Sachsenhausen. Solidarität und Widerstand im Konzentrationslager Sachsenhausen, Berlin o. J., S. 103 f.

¹⁷⁶ Buchenwald – Mahnung und Verpflichtung, Berlin 1961, S. 336 u. 413; Hans Brumme: Über die Tätigkeit der Erziehungskommission des illegalen deutschen Volksfrontkomitees im Konzentrationslager Buchenwald im Jahre 1944. In: Lehrer im antifaschistischen Widerstand der Völker Studien und Materialien, 1. Folge, Berlin 1974, S. 387.

¹⁷⁷ Volker Wahl: Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Thüringen – Die Organisierung der gesellschaftlichen Kräfte und der Neuaufbau der Landesverwaltung 1945, Diss., Jena 1976, S. 91.

In ähnlicher Weise verbreitete sich der Gedanke der antifaschistischen Volksfront in der Strafddivision 999, die sich im militärischen Einsatz für die Faschisten durchweg als unzuverlässig erwies und damit deren Rechnung durchkreuzte. Von den insgesamt ca. 40.000 Angehörigen der Strafddivision zählte vorher fast jeder vierte aus politischen Gründen als „wehrunfähig“, darunter auch Handwerker, Händler und Intellektuelle, die wegen abfälliger Bemerkungen über das Naziregime oder wegen des Abhörens ausländischer Rundfunksender bestraft worden waren und nun in einen direkten Kontakt mit kommunistischen und sozialdemokratischen Widerstandskämpfern gerieten.¹⁷⁸

In die Geschichte des Widerstandes der letzten Jahre gingen auch die Taten vieler einzelner Antifaschisten und Hitlergegner aus den Reihen der Mittelschichten ein. Dazu gehörten u. a. – um nur einige Beispiele zu nennen¹⁷⁹ – die gegen den Krieg gerichteten Äußerungen von Walter Arndt, Kustos des Berliner Zoologischen Museums, ebenso wie das regelmäßige Abhören ausländischer Sender durch den Bauern Josef Hufnagel und seine in Gesprächen nicht verhehlte Meinung, daß der Krieg unvermeidlich mit einer Niederlage enden müsse. Beide bezahlten dafür mit ihrem Leben.¹⁸⁰ Hans Kasper, ein Angestellter des Rundfunks, rief Anfang 1945 in Flugblättern die Berliner dazu auf, sich zu organisieren, die Nazibefehle zu sabotieren und die Stadt vor der kommenden Zerstörung zu retten.¹⁸¹ In zwölfter Stunde hätten sich, so betonte Kasper, Männer aller Berufe zu einer Berliner Widerstandsbewegung zusammengeschlossen. Über den Schauspieler Erich Kabitzki ließ er bereits 1944 etwa 10.000 Exemplare von Flugblättern verbreiten.¹⁸² Der Publizist Gerhard Schultze-Pfaelzer, Biograph und einstiger Vertrauter Hindenburgs sowie Mitglied der NSDAP, und Nikolaus von Schultz begannen Ende 1943, ein Programm für den deutschen Staat nach Beendigung des Krieges zu konzipieren. In diesem Zusammenhang diskutierten sie unter dem Eindruck der Erfolge der Roten Armee über das künftige Verhältnis zur Sowjetunion, wobei ihrer Meinung nach die Verfassung Deutschlands „einen Anschluß an das politische System der Moskauer Union darstellen“ sollte.¹⁸³ Flugblätter der antifaschistischen Widerstandsbewegung und des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ wurden aufmerksam gelesen und nicht mehr an die Gestapo abgeliefert. Den Anordnungen der Naziführer zur Evakuierung der deutschen Bevölkerung jener Gebiete, die unmittelbar vor der Befreiung durch die Truppen der Sowjetarmee standen, kamen viele nicht nach. So wandte sich der katholische Pfarrer Paul Peikert gegen die „Prozession des Elends“¹⁸⁴ und blieb selbst in der zur „Festung“ erklärten Stadt Breslau. Dort verfolgte er das Zerstörungswerk der faschistischen Wehrmacht und von „verantwortungslosen Kriegshandwerkern“.¹⁸⁵ Am 22. März 1945 notierte er in seinem chronikartigen Tagebuch: „Die Empörung der Bevölkerung über die furchtbare Zerstörungswut unserer Wehrmacht steigert sich ständig. Denn zu grauenhaft ist das Werk der Vernichtung ...“¹⁸⁶

In den Jahren 1943 bis 1945 fanden sich nichtproletarische Demokraten erneut und verstärkt zu kleineren selbständigen Gruppen zusammen, deren Aktionen faktisch dem Anliegen der Kommunistischen Partei entsprachen und die im Rahmen der antifaschistischen deutschen Widerstandsbewegung kämpften. Dazu gehörten die in Berlin wirkende Gruppe „Onkel Emil“ bzw. der „Steglitzer Kreis“, die Verfolgte des Naziregimes mit Lebensmitteln, falschen Papieren und anderen Hilfsmitteln unterstützten und in Verbindung mit dem Arzt Dr. Wolfgang Kühn standen. In der Nacht zum 19. April 1945 malten deren Mitglieder in großen Buchstaben ihr „Nein“ zur weiteren Fortsetzung des Krieges und zum Hitlerregime auf Straßen und an Häuser einiger Berliner Stadtbezirke. Sie

¹⁷⁸ Strafddivision 999, S. 309 f.

¹⁷⁹ Die folgenden Beispiele stellen eine Auswahl dar; viele weitere sind bekannt. Dennoch hat die Forschung noch nicht alles erfaßt, was zum antifaschistischen Widerstand in dieser Form gehört.

¹⁸⁰ Wolfgang Bleyer u. a.: Deutschland von 1939 bis 1945, S. 311.

¹⁸¹ Karla Höcker: Die letzten und die ersten Tage. Berliner Aufzeichnungen 1945, (West-)Berlin 1966, S. 7 f.

¹⁸² Darauf kam die Gestapo nicht. Beiträge zum Widerstand im Rundfunk, (West-)Berlin o. J., S. 27.

¹⁸³ Klaus Drobisch: Das Ehepaar Hampel und andere Berliner Oppositionelle. In: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, 1/1975, S. 48 f. Siehe auch Gerhard Schulze-Pfaelzer: Kampf um den Kopf, Berlin 1977, S. 338 f.

¹⁸⁴ Paul Peikert: „Festung Breslau“ in den Berichten eines Pfarrers. 22. Januar bis 6. Mai 1945, hrsg. v. Karol Jonca und Alfred Konieczny, Berlin 1966, S. 198.

¹⁸⁵ Ebenda, S. 83.

¹⁸⁶ Ebenda, S. 215.

verteilten Flugblätter und hielten fanatische Nazis in Schach, die bis zur letzten Minute sowjetische Soldaten und deutsche Antifaschisten beschossen. Die Kampfmethoden dieser Gruppe reichten von humanitärer Hilfe über das geschriebene Wort bis zum Einsatz von Waffen. „Diese Steigerung in der Wahl der Mittel war kennzeichnend für die Entwicklung, die sie durchmachte. Der abenteuerliche faschistische Krieg und die Kontakte mit entschiedenen Antifaschisten bestärkten die Männer und Frauen dieser Gruppe in ihrem Willen, immer aktiver im Kampf gegen das unmenschliche Regime des deutschen Imperialismus zu werden.“¹⁸⁷

Eine andere Gruppe bürgerlicher Demokraten nannte sich Deutsche Freiheitsbewegung. Sie verteilte in München, Nürnberg, Berlin und Wien Flugblätter und forderte zu Sabotageaktionen auf. Die Gruppe „07“, die 1943 eine Reihe ihrer Flugblätter mit „Nationalkomitee Freies Deutschland“ unterzeichnete¹⁸⁸ und die Mitte April 1945 Flugblatt mit dem Titel „10 Gebote zur Verteidigung Münchens gegen Krieg und Naziblutrausch, für Frieden und sozialistischen Aufbau“ verbreitete¹⁸⁹, unterhielt bei Kriegsende Verbindungen nach Aachen, Berlin, Wien, Prag, Krakau und Warschau. Sie wirkte hauptsächlich in Süddeutschland, wo sich auch im Antinationalsozialistischen Verband, in der Süddeutschen Freiheitsbewegung, in der Deutschen Freiheitsbewegung sowie in der Freiheitsaktion Bayern Hitlergegner aus bürgerlichen Kreisen organisiert hatten. Im Jahre 1944 gingen diese meist kleinen, miteinander lose verbundenen Gruppen vom passiven zum aktiven Widerstand über. Sie verteilten Flugblätter, brachten Parolen an, halfen Verfolgten und Kriegsgefangenen und verübten, wo es ihnen möglich war, Sabotage. Für die sowjetischen Widerstandskämpfer der BSW-Organisationen konnten Waffen und Munition besorgt werden. Ihre Verbindungen führten fast bis zum Aufbau eines „lokalen einheitlichen internationalen illegalen Zentrums der Widerstandsbewegung ..., dem Vertreter der deutschen, sowjetischen und auch der tschechoslowakischen Antifaschisten angehörten“.¹⁹⁰ Die von revolutionären Arbeitern geführte Münchener Antinazistische Deutsche Volksfront erzielte wichtige Ergebnisse im Kampf für die Beendigung des Krieges, für die Rettung von Menschenleben und materiellen Werten.

In Berlin formierte sich eine Gruppe von kleinen Unternehmern, die eigene Flugblätter mit dem Titel „Volksfront“ herausgab. Angehörige der Mittelschichten, Soldaten und Kriegsgefangene bildeten in Luckenwalde eine Widerstandszelle. Einige Berliner Intellektuelle gaben ihrem Kreis 1943 den Namen Europäische Union. Von ihnen wurden der Arzt Georg Großcurth, der Architekt Herbert Richter und der Dentist Paul Rentsch hingerichtet.¹⁹¹ Seit 1943 verschickte die Stuttgarter Gruppe „Die 3. Front“ antifaschistische Briefe an Offiziere, Professoren, Industrielle und Kaufleute. In einem der von Dr. Wilhelm Goetz verfaßten Schreiben hieß es: „Dieser Krieg ist für uns verloren ... Höchste Zeit ist darum, durch Taten zu beweisen, daß Sie dieses Regime nicht unterstützen! Beobachten Sie aufmerksam unsere Aktionen, wie auch wir Sie genauestens beobachten werden. Nach Ihrem Verhalten werden wir bestimmen, ob Sie nach dem Kriege zur Rechenschaft oder zur Mitarbeit herangezogen werden ... Für Frieden, Recht und Freiheit!“¹⁹² Eine Berliner Gruppe von acht Mitgliedern begann im Winter 1944 die „Aktion Riemenschneider“. Mit Flugblättern und Briefen versuchte sie, Polizisten, Soldaten und Beamte zu beeinflussen und von weiteren Terrorhandlungen und sinnlosen Kämpfen abzuhalten. Um die politischen Gefangenen vor der Ermordung zu schützen, wandte sie das Mittel der Gegendrohung an.¹⁹³

Im Frühjahr 1945 beteiligten sich viele Angehörige der Mittelschichten an Aktionen, die der faschistischen Zerstörungswut Einheit gebieten sollten und zu denen die Führung der KPD Ende Januar 1945 über den Sender „Freies Deutschland“ aufgerufen hatte: „Versucht mit allen Mitteln die Rüstungsproduktion lahmzulegen, verweigert der Hitlerbande den Gehorsam und schafft Euch eine

¹⁸⁷ Klaus Drobisch: Nachwort zu Ruth Andreas Friedrich: Der Schattenmann, S. 292 f.

¹⁸⁸ Heike Bretschneider: Der Widerstand, S. 215.

¹⁸⁹ Ebenda, S. 212.

¹⁹⁰ J. A. Brodski: Im Kampf gegen den Faschismus, S. 413.

¹⁹¹ Wolfgang Bleyer u. a.: Deutschland von 1939 bis 1945, S. 249.

¹⁹² Willi Bohn: Stuttgart: Geheim! Ein dokumentarischer Bericht, Frankfurt/Main 1969, S. 214.

¹⁹³ Günther Weisenborn: Der lautlose Aufstand, S. 226 f.

eigene Führung durch die Bildung von Volksausschüssen, organisiert bewaffnete Kampfgruppen, vernichtet die Nazistützpunkte.“ Einige Wochen später folgte der Aufruf, die Heimatstädte von den Nazis zu befreien, den Abtransport von lebenswichtigen Gütern, die Sprengung von Anlagen sowie die Zerstörung der Städte und Dörfer mit allen Mitteln zu verhindern.¹⁹⁴ Die Gruppen der Bewegung „Freies Deutschland“ in Leipzig erzwangen Mitte April 1945 die Auflösung des faschistischen Verteidigungsringes in und um Leipzig und verhinderten die Bildung mehrerer sog. Widerstandsnester durch fanatische Nazis.¹⁹⁵ Die illegale Widerstandsgruppe „Freies Deutschland“, die auf Initiative Anton Saefkows in Greifswald entstanden war, schuf die Voraussetzungen für die mutige Tat des Stadtkommandanten Oberst Rudolf Petershagen, der die Stadt kampflos übergab.¹⁹⁶ Das gleiche erzwang eine Frauendelegation in Neustrelitz. Ähnliche Erfolge im Kampf gegen die faschistische Vernichtungspolitik gab es in Stralsund, Bad Doberan, Rostock, Saßnitz, Kyritz, Grimmen und im Gebiet Garmisch-Partenkirchen. Sinnlose Zerstörungen und Opfer an Menschenleben konnten so auch in anderen Städten und Teilen Deutschlands vermieden werden. Die Aktion „Weiße Fahne“ wurde von verantwortungsbewußten Bürgermeistern und Mitgliedern neuer örtlicher Komitees und Ausschüsse mit durchgeführt und durchkreuzte in einigen Fällen die faschistische Taktik der „verbrannten Erde“.¹⁹⁷

Unter dem Stichwort „Fasanenjagd“ löste die Gruppe Freiheitsaktion Bayern am 28. April 1945, zwei Tage vor der Besetzung Münchens durch amerikanische Truppen, bewaffnete Aktionen aus und versuchte, Franz Ritter von Epp für Kapitulationsverhandlungen zu gewinnen. Während der zeitweiligen Besetzung eines Senders appellierte der Oberleutnant Dr. Ruprecht Gerngroß an die Arbeiter, ihre Betriebe gegen die Zerstörungspläne der Nazis zu schützen und „Arbeit und Brot für die Zukunft“ zu sichern. In einer zehn Punkte umfassenden Proklamation forderte die Freiheitsaktion Bayern, die vornehmlich nichtproletarische Antifaschisten in ihren Reihen vereinte: Ausrottung des nationalsozialistischen Regimes, Beseitigung des Militarismus, Wiederherstellung des Friedens, Bekämpfung von Chaos und Anarchie, Sicherung der Ernährung, Wiederherstellung geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse, Wiederaufbau eines Rechtsstaates, Wiederherstellung einer gerechten sozialen Ordnung, Wiedereinführung der menschlichen Grundrechte und Wiedererweckung der Menschenwürde.¹⁹⁸ Ihr vordringlichstes Ziel sahen die in militärische und zivile Gruppen organisierten Mitglieder der Freiheitsaktion Bayern darin, zur raschen Beendigung des Krieges beizutragen und sinnlose Zerstörungen durch die Nazis zu verhindern. Ihr mutiger Einsatz in letzter Stunde gehört zu den großen Aktionen der antifaschistischen deutschen Widerstandsbewegung, obwohl gewisse Illusionen über den Charakter der notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen bestanden.

Bis zum Ende des zweiten Weltkrieges und bis zur Befreiung des deutschen Volkes vom Joch des Faschismus kam es zu keinen großen antifaschistischen Massenaktionen der deutschen Bevölkerung. Nur einige der zahlreichen antifaschistischen Ausschüsse oder Komitees, die aus den Widerstandsorganisationen am Ende des zweiten Weltkrieges hervorgingen oder sich im Kampf um die Rettung von Brücken, Betrieben, Dörfern und Städten vor den Folgen der faschistischen Durchhaltepolitik neu formierten, tendierten dahin, sich als größere Organisationen zu entwickeln.¹⁹⁹ Alle antifaschistischen Handlungen und Haltungen rechtfertigten dennoch die von der KPD propagierte

¹⁹⁴ Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. 2, 1933-1946, Berlin 1963, S. 381 u. 395 ff.

¹⁹⁵ Kurt Baller/Hans-Jürgen Friederici/Gerhild Schwendler: Zur Entwicklung des antifaschistischen Widerstandskampfes unter Führung der KPD in Leipzig/Westsachsen (1939-1945). In: BzG, 13. Jg. (1971), H. 5, S. 845.

¹⁹⁶ Siehe Rudolf Petershagen: Gewissen in Aufruhr, Berlin 1958.

¹⁹⁷ Weitere Beispiele in: Fritz Köhler: Die Befreiung Deutschlands vom faschistischen Joch, Berlin 1955, S. 35 f., 45 ff. u. passim; Die Stunde Null. Tatsachenberichte über Erlebnisse aus den letzten Tagen des zweiten Weltkrieges, hrsg. v. Ursula Höntsch, Berlin 1966.

¹⁹⁸ Heike Bretschneider: Der Widerstand, S. 212 ff.

¹⁹⁹ Siehe Günter Benser: Antifa-Ausschüsse – Staatsorgane – Parteiorganisation. Überlegungen zu Ausmaß, Rolle und Grenzen der antifaschistischen Bewegung am Ende des zweiten Weltkrieges. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1978, H. 9, S. 788.

und im Interesse der Arbeiterklasse sowie ihrer Verbündeten liegende kämpferische Demokratie als der einzigen realen Alternative zur faschistischen Diktatur. Hinter der Forderung nach einem „Block der kämpferischen Demokratie“ konnten alle Kräfte stehen, die objektiv an einer antifaschistisch-demokratischen Entwicklung und der Vorbereitung weiterer gesellschaftlicher Umwälzungen interessiert waren. Das vom NKFD geschaffene und täglich praktizierte Bündnis der deutschen Antifaschisten und Hitlergegner der unterschiedlichsten politischen und weltanschaulichen Richtungen sollte nach den Vorstellungen der KPD nicht nur beibehalten, sondern voll entwickelt werden. Die Partei betrieb ihre Bündnispolitik so, daß die nächsten politischen und ökonomischen Aufgaben unmittelbar in Angriff genommen und gleichzeitig mit deren Verwirklichung weitere Schritte vorwärts auf dem Weg zum Sozialismus getan werden konnten. Konsequenterweise verstand sie die marxistisch-leninistische Bündnispolitik als eine Kernfrage ihres Kampfes um das Herankommen an die sozialistische Revolution und um die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Im Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie wurde geklärt, wie unter den gegebenen und unmittelbar nach Kriegsende zu erwartenden Bedingungen die Staatsmacht durch die Werktätigen ausgeübt und in welchen konkreten Formen das Bündnis der Arbeiterklasse mit allen antifaschistischen Volkskräften verwirklicht werden konnte. „Es wurde auf die Entwicklung von politischen Organen der Volksmacht orientiert, die zunächst aus kleinsten Anfängen heraus im örtlichen und bezirklichen Rahmen zu wirken beginnen, sich auf alle Städte, Gemeinden und Kreise Deutschlands ausdehnen und sich nach oben zu einer Zentrale hin erweitern. In ihrer Zusammensetzung sollten die neuen Machtorgane ein Spiegelbild der Struktur des Volkes, der Breite der antifaschistischen Widerstandsfront und der Volksbewegung für den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau sein“, wobei der Grad ihrer Souveränität davon abhängig blieb, ob sich die „Volksausschüsse“ noch unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur und im Kampf gegen diese konstituieren konnten oder ob sie erst nach der Befreiung Deutschlands vom Hitlerregime entstehen.²⁰⁰

Für die mögliche Weiterführung der marxistisch-leninistischen Bündnispolitik und für die notwendigen gesellschaftlichen Umwälzungen waren bis zur Befreiung des deutschen Volkes vom Joch des Faschismus auch durch den antifaschistischen Kampf nichtproletarischer Demokraten und deren mehr oder weniger enges, organisiertes Zusammenwirken mit der revolutionären Arbeiterbewegung im Widerstand gegen Hitler und Krieg neue Voraussetzungen entstanden. Als sich die 21.000 Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald am 19. April 1945 zusammenfanden, legten unter den etwa 1800 deutschen Antifaschisten auch Verbündete der Arbeiterklasse den in die Zukunft weisenden Schwur ab: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung! Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel!“²⁰¹

Deutsche Demokraten. Die nichtproletarischen demokratischen Kräfte in der deutschen Geschichte 1830 bis 1945. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke (Geschichte der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände. Hrsg. von Dieter Fricke in Zusammenarbeit mit Manfred Weißbecker, Siegfried Schmidt, Herbert Gottwald und Werner Fritsch). Berlin: Akademie Verlag 1981, S. 317-380. Berlin: Akademie Verlag 1982, S. 317-380 (2. Auflage)

²⁰⁰ Horst Laschitzka: Kämpferische Demokratie gegen Faschismus, S. 114 f.

²⁰¹ Gitta Günther: Buchenwald, Weimar 1974, S. 50 f.

Behördenschutz für Alt- und Neonazis

Kein Tag vergeht in der BRD ohne eine neofaschistische Aktion. Dies ist Berichten zu entnehmen, die in Hülle und Fülle vorliegen. Ein erschreckendes Ausmaß ist erreicht. Im Alltag der BRD sind die braunen Spuren nicht mehr zu übersehen, was selbst von solchen Kräften eingestanden werden muß, die sich bisher darin gefielen, die Gefahren von rechts zu bagatellisieren. Aktuelle Erscheinungen des Neofaschismus in der BRD, Hintergründe seiner Entwicklung und den Nährboden, auf dem er gedeiht, untersucht in dieser Artikelserie unser Autor Prof. Dr. Manfred Weißbecker

In großer Zahl steigen die trüben Blasen aus dem braunen Sumpf, der sich immer stärker ausbreitet. Für 1979 registrierte das Bundeskriminalamt 6000 Straftaten von Neofaschisten; dazu wurden die Verteilung von Hetzschriften, antisemitische Schmierereien, Friedhofschändungen, Attentatsdrohungen, Anlegung von Waffenlagern, Brenn- und Sprengstoffanschläge sowie Körperverletzung gezählt. In dieser offiziellen Statistik neofaschistischer Provokationen ist natürlich nicht das erfaßt, was durch die großen Maschen des rechtslastigen Polizei- und Justizapparates schlüpfen durfte.

In den letzten beiden Jahren ist die Zahl rechtsextremistischer, neonazistischer Untaten enorm angewachsen. Seit 1977 hat sich die Zahl neonazistischer Gewaltakte verdreifacht. Die Verbrechen sind schwerer, die Auswirkungen spürbarer geworden. Allein 20 Morde kommen in jüngster Zeit auf das Konto der Neonazis. Gerade Beispiele aus jüngster Zeit beweisen, daß diese Kräfte eindeutig auf einen terroristischen Konfrontationskurs gegangen sind, daß sie nicht für eine ferne Zukunft und schon gar nicht zum Spaß große Mengen an Waffen und Munition horten. Die Funde in der Lüneburger Heide deckten nur die Spitze eines Eisberges auf. Aber allein dieses Waffenlager hatte es in sich! Die 88 Kisten aus den 31 unterirdischen Verstecken enthielten u. a.:

- 156 Kilogramm Sprengstoffe
- 230 Stück Sprengkörper
- 2005 Sprengkapseln
- 50 Panzerfäuste
- 70 Panzerfausttreibladungen
- 258 Blend-, Brand-, Tränengas- und Nebelhandgranaten
- 13.520 Schuß Munition
- drei Pistolen
- zwei Jagdkarabiner
- zwei Kleinkalibergewehre
- ein Gewehr G 3
- ein Karabiner 98
- eine Maschinenpistole 40
- außerdem wurden hochwirksame Gifte wie Zyankali, Strychnin, Arsen u. a. gefunden.

Aus diesem Waffenlager kam vor einem Jahr der Sprengstoff für das Attentat beim Münchener Oktoberfest, dem 14 Menschen zum Opfer fielen. Der Forstwirtschaftsmeister und in der Staatlichen Forstverwaltung beschäftigte Neonazi Heinz Lembke hatte es angelegt und betreut. Der Zufall brachte es an den Tag. Keiner weiß jedoch, für welche weiteren Attentate Munition und Waffen geplant waren und wo ähnliche Depots angelegt worden sind. Lembke soll sich inzwischen – einer amtlichen Mitteilung zufolge – an der Schnur des Radios in seiner Zelle erhängt haben. Wie gut sich das doch für jene Kreise trifft, die befürchten mußten, Lembke könnte ausplaudern, wo die reichhaltigen Quellen der Neonazis fließen und welche Rolle beispielsweise das ominöse „Kuratorium zur Förderung historischer Waffensammlungen“ in Hannover spielt. Alle Waffen stammten aus den Beständen der Bundeswehr! Wie wenig deren Führung an exakten Ermittlungen interessiert ist, ist am bisherigen, schleppenden Gang der Untersuchungen zu erkennen. Erklären läßt sich diese Tatsache auch mit dem schnoddrigen Satz des gegenwärtigen sozialdemokratischen Verteidigungsministers und Befürworters der NATO-Hochrüstung, Hans Apel, die Bundeswehr habe viele Schießplätze, da könne man „nicht bei jedem wissen, wer da so schießt!“ Es braucht diesen Minister nicht zu wundern, wenn ihm der Gedanke unterstellt wird, es sei wohl in erster Linie erforderlich, daß geschossen wird ... Wohlwollende Duldung und Förderung erfahren die Neonazis nicht nur von der Bundeswehr. Polizeischutz für neonazistische Kundgebungen und Demonstrationen

gehört zu den Alltäglichkeiten, selbst dann, wenn solche sattem bekannten Parolen wie „Rotfront verrecke“ gebrüllt werden. Die Milde der Justiz ist nicht zu übersehen. Von 1978 bis 1980 wurden in Baden-Württemberg zwar 278 Ermittlungsverfahren eingeleitet, 151 davon aber eingestellt. Rechtskräftige Urteile gab es faktisch nur in Ausnahmefällen.

Ungehindert von den Behörden können die neonazistischen Organisationen Kundgebungen und sonstige Veranstaltungen durchführen. 1981 fanden allein im Saarland, einem der kleinsten Länder der BRD, fünf Großveranstaltungen der Neonazis statt. Dazu gehörten die Bundeskonferenz des NPD-Studentenbundes in Homburg, der NPD-Landesparteitag in St. Ingbert, die Bundesversammlung der SS-Nachfolgeorganisation HIAG in Saarbrücken, die Bundeskonferenz der „Jungen Nationaldemokraten“ in Püttlingen und vor wenigen Wochen erst der NPD-Parteitag in Völklingen. Immer gab es Anträge von Antifaschisten, diese Veranstaltungen zu verbieten und damit dem Auftrag und Charakter der Verfassung, des sogenannten Grundgesetzes der BRD, zu entsprechen. Aber CDU-Innenminister Wicklmayr behauptete stereotyp, es gebe keine rechtliche Handhabe.

Volkswacht, 10.02.1982, S. 4.

Erschreckende Potentiale

Die NPD ist heute schon nicht mehr die wichtigste unter den neofaschistischen Organisationen in der BRD. Andere Parteien laufen ihr den Rang ab, so die „Deutsche Volksunion“, die „Volkssozialistische Bewegung Deutschland/Partei der Arbeit (VSBD) und zahlreiche terroristische Gruppen. Ein Mitglied der VSBD, Klaus Ludwig Uhl, alias Werdorf, schrieb im „NS-Kampftruf Nr. 36 vom Januar/Februar 1980: „Widerstand um jeden Preis; in jeder Form ist also das Gebot der Stunde. Es muß jetzt zu Ende sein mit den bürgerlichen Zimperlichkeiten, deren Träger noch immer nach dem Grundsatz verfahren wollen, Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Denn jetzt ist die Stunde gekommen, die Faust zu bandagieren, um sie dem Gegner ins Gesicht zu schlagen.“

Von diesem Neonazi, der inzwischen bei einer Aktion seiner Partei ums Leben gekommen ist, stammen auch folgende Zeilen: „Ganz gleich, was die Juden, die Kommunisten, die Demokraten und die Spießer, all die Windbeutel und Ewig-Unzufriedenen über ihn zusammenlügen – für uns ist er, was er uns immer war und bleiben wird: Unser Hitler!“

Zur Politik der „bandagierten Fäuste“ haben sich zahlreiche neonazistische Aktionsgruppen entschlossen. Sie treten militanter als bisher in der Öffentlichkeit auf und scheuen kein Risiko. Nach offiziellen Angaben soll es 75 rechtsradikale Organisationen mit ca. 20.000 Mitgliedern geben. Diese Zahlen sind viel zu niedrig. Allein nach der Verhaftung von Karl-Heinz Hoffmann und dem Verbot seiner „Wehrsportgruppe“ entstanden 25 ähnliche paramilitärische Truppen, in denen sich vor allem Jugendliche sammeln.

Eine Umfrage des SINUS-Instituts Heidelberg München ergab, daß etwa 13 Prozent aller wahlberechtigten Bundesbürger über eine abgeschossenes rechtsextremes Weltbild verfügen. Jeder 17. Wähler billigt rechtsextremistische Gewaltanwendung.

Unter Jugendlichen sind diese Zahlen jedoch noch größer, wie eine andere Umfrage ergeben hat. Dabei waren 799 Schüler befragt worden, hauptsächlich 13- bis 16jährige Mädchen und Jungen, die in der BRD leben und dort aufgewachsen sind. Sie gaben erschreckende und alarmierende Antworten. Ihre Aussagen spiegeln eine Realität wider, die mit den vielen offiziellen Lobpreisungen der ach so freien, demokratischen und friedliebenden Bundesrepublik nichts, aber auch gar nichts gemeinsam hat. 44,3 bzw. 48,1 Prozent dieser Schüler hielten es beispielsweise für richtig, daß die Parolen „Zerschlagt den Kommunismus“ und „Schluß mit dem roten Mördergesindel!“ verbreitet werden. Jeder fünfte der Befragten stimmte auch einem Satz zu, der in den Jahren der hitlerfaschistischen Diktatur in allen Lesebüchern zu finden war: „Jedes Volk braucht Raum zum überleben, dieser Raum muß jedoch erkämpft werden.“ Eine offene neofaschistische These, die 18 Prozent für zustimmenswert hielten, lautete so: „Wer in Presse, Rundfunk, Schulen oder Fernsehen Lügen über Hitler und das „dritte Reich“ verbreitet, ist ein Schwein und gehört in ein Arbeitslager oder in eine Nervenklinik!

Fast ist man geneigt zu glauben, dies sei nicht wahr, es könne einfach nicht stimmen. Und doch handelt es sich um Tatsachen, erschreckend in Inhalt und Ausmaß, alarmierend in ihrer Aggressivität und ihrem reaktionären Charakter.

Volkswacht, 11.02.1982, S. 4.

Antikommunistische Verblendung der Jugend

Verwunderlich ist es nicht, daß es in der BRD als einem Land, das von allen üblen Kainszeichen des Imperialismus geprägt ist, so viele Menschen mit extremer antikommunistischer und militanter Gesinnung gibt. Viele stehen offensichtlich so weit rechts, daß sie – wie einmal gespöttelt worden ist – im Grunde fast schon rechts von sich selbst stehen. Auf jeden Fall sind sie weit entfernt von politischer Vernunft und rationalem Kalkül.

Langjährige antikommunistische Erziehung führte zu solcher Verblendung. Diese ist aber auch bereits ein Ergebnis der neuen, bisher größten Hochrüstungswelle in der Geschichte der kapitalistischen Welt und des Übergangs breiter Kreise des Monopolkapitals der USA und der BRD zu offener Konfrontation in den internationalen Beziehungen. In dieser und auch in anderer Hinsicht bietet die BRD einen günstigen Nährboden für die neofaschistische Beeinflussung von erheblichen Teilen der Jugend. Die sich, verschärfende soziale Unsicherheit, die hohe Jugendarbeitslosigkeit, das bürgerliche Bildungsprivileg und weitere Faktoren verstärken gerade unter der Jugend das Gefühl von Hoffnungslosigkeit, den Unglauben an die Zukunft. Weder in den Familien noch in der Schule ist ihr ein wahrheitsgetreues Bild vom Faschismus vermittelt worden, so daß viele regelrecht schutzlos der neonazistischen Ideologie preisgegeben sind.

In der „Deutschen Nationalzeitung“ mit 120.000 Exemplaren das größte neofaschistische Wochenblatt in der BRD wurde vor einigen Monaten folgender Satz veröffentlicht: „Man kann nicht den Kommunismus von heute glaubwürdig bekämpfen, wenn die antikommunistischen Waffenträger von gestern keine würdige Anerkennung finden!“ Diesem Motto getreu lief und läuft die sogenannte Hitlerwelle in der BRD ab. In vielfältigen Formen und Variationen werden die „Helden“ von gestern erneut bejubelt. Es sind nicht immer allein Neofaschisten, die dies tun. Auch konservative Kräfte – z. B. der Journalist Sebastian Haffner und zahlreiche bürgerliche Historiker – gefallen sich darin, Hitler als einen „Wundertäter“ zu bezeichnen, weil es ihm gelungen sei, in den 30er Jahren ein „Wirtschaftswunder“, eine schlagkräftige Wehrmacht und „Ordnung“ auf den Straßen zu schaffen. Auch diese Glorifizierung Hitlers zielt vor allem auf Jugendliche. Sie wird bewußt, planmäßig und zielgerichtet betrieben, immer in enger Verbindung mit Antikommunismus und billigster Geschichtsfälschung. Für die Neonazis gibt es nur den „friedliebenden“ (!) Hitler, der gar keinen Krieg gewollt habe und dem dieser aufgezwungen worden sei. Die historische Wahrheit – in aller Welt, bekannt und durch Berge von Dokumenten belegt – soll verdrängt, die Sehnsucht der Massen nach Frieden in eine falsche Richtung gelenkt werden.

In dieser Absicht begegnen sich neofaschistische und konservative Kräfte. Die ersteren sind lediglich ein Stück voraus, drastischer, deutlicher, konsequenter. Im Wesen unterscheiden sie sich nicht von den letzteren.

Volkswacht, 17.02.1982.

Parole vom vierten Reich

Der Vorsitzende der neofaschistischen „Volkssozialistischen Bewegung Deutschland/Partei der Arbeit“ (VSBD), Friedhelm Busse, forderte bei der Beerdigung eines Mitgliedes seiner Partei: „Wir lassen uns durch nichts beirren, der Sturm bricht los bis endlich das Reich neu erstanden ist!“ Diese Parole vom vierten Reich stimmt in ihrem Wesen mit der nationalistisch-revanchistischen These der CDU/CSU „Deutschland ist größer als die Bundesrepublik“ völlig überein. Sie beinhaltet generell die Forderung nach einem Anschluß der Deutschen Demokratischen Republik und von Teilen anderer sozialistischer Länder an die BRD. Die neofaschistischen Interpreten gehen jedoch noch viel weiter. Für sie gelten nicht die Grenzen von 1937, sie wollen sogar ein „Großdeutschland“, wie es bisher nur nach der Annexion Österreichs von 1938 und zu Beginn des zweiten Weltkrieges existiert hat. Am 19. April 1980 fand in Hannover eine Veranstaltung statt, in der NPD-Funktionäre nicht nur Carters Politik des Olympia-Boykotts bejubelten, sondern auch die Wiederherstellung des Reiches „von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“ forderten.

CDU und CSU gehen heute offiziell (noch?) nicht so weit. Interessant ist aber die Aussage eines prominenten CSU-Vertreters, von der der Neonazi Busse genüsslich berichtete. Busse sollte für die CDU geworben werden. Er lehnte ab: „Was soll ich denn bei euch, ich bin doch braun.“ Darauf erhielt er zur Antwort: „Jedes Hähnchen ist braun, bevor es schwarz wird.“ Das Zusammenspiel ist eingeplant und wird gepflegt.

Alle Aktionen, Schriften und Parolen der neuen Faschisten tragen insgesamt die wichtigsten Zeichen der Ideologie des alten, Faschismus: militanter Antikommunismus, extrem feindseliger Antisowjetismus, menschenrechtswidriger Terrorismus, wüster Chauvinismus, Revanchismus und Forderung nach der Diktatur eines „starken Mannes“. Sie tragen damit aber zugleich das generelle Kainsmal des Imperialismus, der historisch zum Untergang verurteilt ist, der aber alle seine Kräfte zu mobilisieren versucht, um diesem mit allen Mitteln, auch mit extremster Gewalt, mit einem neuen Weltkrieg und selbst der Preisgabe des menschlichen Lebens in einem atomaren Inferno entgegen zu können.

Volkswacht, 20.02.1982.

Die „ernsteste, brennendste und wichtigste Aufgabe“

Vom 20. bis 23. Februar 1932 tagte das Zentralkomitee der KPD

Die ersten Monate des Jahres 1932 setzten alarmierende Zeichen: Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise nahmen neue Dimensionen an. Immer mehr Arbeitslose drängten sich vor den Stempelposten, angewiesen auf die kärglichen Unterstützungen und Wohlfahrtsalmosen. Die Furcht vor dem vergrößerten Elend des nächsten Tages griff um sich, die Krise trieb ihrem Tiefpunkt entgegen. Während die Regierung des Zentrumschleiers Heinrich Brüning mit staatlichen Finanzmitteln Banken sanierte, große Firmen vor dem Bankrott rettete und den Großgrundbesitzern hilfreich unter die Arme griff, verringerte sie erbarmungslos die ohnehin schon geringen Löhne und Gehälter.

Innerhalb der deutschen Monopolbourgeoisie marschierten die Vertreter der extrem reaktionären Politik voran. Offene Diktatur nach innen und revanchistischer Krieg nach außen, das war es, was sie seit langem angestrebt hatten, nun aber unmittelbar zu erreichen versuchten. Hitler durfte am 26. Januar im Düsseldorfer „Stahlhof“ (einem Klub der Industriellen von Rhein und Ruhr) in einer von Thyssen arrangierten Konferenz sein Programm der „Ausrottung des Marxismus bis zur letzten Wurzeln, der gewaltsamen Eroberung von „Lebensraum“ und der Schaffung eines Acht-Millionen-Heeres vortragen. Beifall und Geld waren ihm gewiß. Der Faschismus stand vor der Tür, mit ihm ein neuer imperialistischer Krieg.

In dieser Situation trat das Zentralkomitee der KPD zusammen. Als Sitzung der Reichstagsfraktion getarnt, beriet das Plenum gemeinsam mit leitenden Funktionären aus den Bezirken und den Massenorganisationen im Reichstagsgebäude. Tiefgründig wurde das komplizierte politische Kräfteverhältnis analysiert. Lautstark warnte die Partei vor den Gefahren, die das Monopolkapital in seinem profitgierigen Streben nach Überwindung der Krise für die werktätigen Massen heraufbeschwor. Ernst Thälmann orientierte die Partei in seinem Referat „Der revolutionäre Ausweg und die KPD“ auf eine breite und überparteiliche Massenarbeit im Kampf zur Verhinderung der Katastrophe. Es sei unabdingbar, mit aller Kraft und an allen Fronten gegen jede weitere Verschärfung der Faschisierung, gegen jeden weiteren Schritt in der Richtung zur offenen faschistischen Diktatur“ zu kämpfen. Dabei arbeitete Ernst Thälmann eindrucksvoll heraus, daß der Hauptstoß gegen den Nazifaschismus und gegen die imperialistische Kriegsgefahr gerichtet werden müsse. Zugleich bewies er, daß der Faschismus ohne einen entschiedenen Kampf gegen alle Kräfte, die selbst die Faschisierung betrieben oder förderlich unterstützten, nicht geschlagen werden könne. Seine Erkenntnisse fanden Eingang in die kurze Zeit später formulierte Losung der KPD zu den Reichspräsidentenwahlen: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“

Das ZK-Plenum beschäftigte sich auch eingehend und konkret mit den Vorbereitungen der imperialistischen Staaten zu einem neuen Krieg gegen den ersten sozialistischen Staat. In einer Resolution des Plenums rief die Parteiführung zur Verteidigung der Sowjetunion auf. Sie bezeichnete es als „die ernsteste, brennendste und wichtigste Aufgabe“, mit allen Mitteln die „Massen des Proletariats und aller Werktätigen zum aktivsten Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr aufzurütteln. Und an anderer Stelle, an der es auch um den Zusammenhang von Antisowjetismus und imperialistischer Kriegspolitik ging, hieß es: „Es gilt, den Kampf gegen den Imperialistischen Krieg konkret zu führen. Es gilt, einen wirklichen Massenaufmarsch, eine riesige Massenfront zur Verteidigung der Sowjetunion aufzurichten.“

Ernst Thälmann hielt es auch in dieser Situation für möglich, das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse zu verändern. Notwendig sei die antiimperialistisch-antifaschistische Einheit der Arbeiterklasse und damit auch eine elastische Einheitsfrontpolitik der Partei, die sich an den Forderungen der Massen in den Betrieben, gegen die Notverordnungen, gegen den faschistischen Terror, gegen imperialistische Kriegsaktionen usw. orientiert. Ernst Thälmann und die meisten der 45 Genossen, die in der offenen und kritischen Diskussion das Wort ergriffen, nahmen Kurs darauf, die noch vorhandene Enge in der Politik der Aktionseinheit zu überwinden, die Losung „Einheitsfront von unten“ vielseitig anzuwenden und mit solchen Organisationen – selbst wenn sie bürgerlichen

Charakter trugen – eng zusammenzuarbeiten, die wirklich gegen den Nazifaschismus und gegen die Kriegsgefahr aufzutreten bereit waren.

Die weitere Entwicklung hat die Warnungen der KPD bestätigt, wie sich bereits ein knappes Jahr später herausstellte. Mit der Tagung ihres Zentralkomitees vom Februar 1932 schuf sich die Partei jedoch eine neue, stabile und prinzipiell richtige Ausgangsstellung für die folgenden Kämpfe, die sie erfolgreich zu bestehen verstand.

Volkswacht, 26.02.1982, S. 4.

Wahlen auf dem Weg in Diktatur und Krieg

Vor 50 Jahren: Reichspräsidentenwahlen

Am 13. März 1932 sollte im krisengeschüttelten Deutschland ein neuer Reichspräsident gewählt werden; So sah es die Weimarer Verfassung vor: Alle sieben Jahre wird der oberste Repräsentant des Reiches direkt vom Volke gewählt. Auf dem Präsidentenstuhl saß seit 1925, als Nachfolger des rechten Sozialdemokraten Friedrich Ebert, der Erzmilitarist und bereits 85 Jahre alte Paul von Hindenburg und Benneckendorff, ein ehemaliger kaiserlicher Feldmarschall und eifriger Befürworter aller Maßnahmen, mit denen die Novemberrevolution rückgängig gemacht und die Arbeiterklasse stärker geknebelt werden sollten.

Die damalige SPD-Führung besaß den traurigen Mut, 1932 für die Wiederwahl dieses Politikers der Reaktion einzutreten und sie damit überhaupt erst zu ermöglichen. Ohne diese Schützenhilfe hätte Hindenburg im ersten Wahlgang nicht 49,6 bzw. im zweiten Wahlgang (10. April 1932) 53 Prozent aller Stimmen erhalten können.

Wie war das möglich? Warum ging die SPD-Führung damals nicht auf den Gedanken ein, gemeinsam mit den Kommunisten und anderen progressiven Kräften einen Kandidaten der Arbeiterbewegung oder der politischen Linken und der Mitte aufzustellen?

In völliger Verkennung des Kurses, den die Mehrheit der deutschen Monopolbourgeoisie auf die Errichtung einer offenen Diktatur, auf die Beseitigung der Weimarer Republik und auf die Vorbereitung eines aggressiven Revanchekrieges eingeschlagen hatte, meinten die Führer der SPD, mit des Stimmabgabe für Hindenburg sei ein Sieg Hitlers zu verhindern. Gegenüber dem Führer der Nazifaschisten sei Hindenburg das „kleinere Übel“. Ernst Heilmann, der dafür die Begründung lieferte und Hindenburg als verfassungstreu und sogar antifaschistisch charakterisierte, wurde übrigens 1940 im KZ Buchenwald von jenen ermordet, die sein Kandidat 1933 an die Regierung gebracht hatte.

Als einzige Partei bekämpfte die KPD alle Kandidaten der Reaktion. Auf einer Wahlversammlung nannte Ernst Thälmann – für ihn stimmten am 13. März 1932 fünf Millionen Wähler – drei Fragen als entscheidendes Kriterium: „Wie stehen die drei Kandidaten der Bourgeoisie zum kapitalistischen System? Wie stehen sie zum Problem des Faschismus? Wie stehen sie alle drei miteinander zum imperialistischen Krieg?“

Die Sozialdemokratie hatte mit ihrer Entscheidung eine wichtige Bewährungsprobe nicht bestanden. Indem sie aus antikommunistischer und antisowjetischer Verblendung für Hindenburg plädierte, wählte sie nur den Steigbügelhalter der Faschisten, half sie den extrem reaktionären und aggressivsten Kräften ein wichtiges Stück weiter nach rechts. Mit ihrer Losung „Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler“ war kein Weg aus der ökonomischen und politischen Krise zu finden, im Gegenteil: Sie desorientierte große Teile der Arbeiterklasse und hielt sie von einem konsequenten antifaschistischen Kampf ab. Die verhängnisvolle Politik der rechten sozialdemokratischen Führung erschwerte alle Versuche der KPD, die Massen für eine antifaschistische Einheitsfront zu gewinnen.

Ernst Thälmann schrieb, die Reichspräsidentenwahlen auswertend und auf den weiteren Kampf orientierend, am 12. April 1932 in einem Brief an die Politischen Sekretäre der Bezirksparteiorganisationen: „Die wichtigste Frage ist die Auslösung von außerparlamentarischen Massenaktionen – in den Betrieben, an den Stempelstellen und im Kampf gegen den Faschismus. Am stärksten sollen und müssen sich die Aktionen nach wie vor gegen die Kriegsgefahr richten ...“ Erneut war damit die Position der Partei klar und deutlich bestimmt, erneut der Weg zur einzigen Alternative gegenüber dem imperialistischen Kurs gewiesen worden.

Volkswacht, 13.03.1982.

Erpresserische Förderung faschistischer Formationen

Vor 50 Jahren: Das sogenannte SA- und SS-Verbot

Aus der geschichtlichen Erinnerung taucht häufig dann ein Geschehnis auf, wenn sich Ähnliches in unserer Gegenwart ereignet. Dies ist auch bei der Nachricht der Fall, die kürzlich durch die Presse ging: Freiheit für Michael Kühnen im Gefängnis. Kühnen, der als eine der führenden Figuren in der neonazistischen Szene der BRD zu vier Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden ist, schreibt monatlich über 200 Briefe an seine Kumpane, empfängt ungehindert Post und neofaschistische Lektüre aller Art. Auch andere Vergünstigungen in der Haft zeugen davon, daß seine Bestrafung eigentlich keine ist. Die laxer Handhabung des Verbots der berüchtigten Wehrsportgruppe Hoffmann oder der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ liegt auf der gleichen Linie.

Gerangel um Plätze im Reichskanzler-Palais

Eine geschichtliche Parallele und die Erinnerung an ein Ereignis ungleich größeren Ausmaßes drängen sich auf. Gemeint ist das am 13. April 1932 verhängte Verbot der SA und der SS, jener beiden terroristischen Formationen, über die die faschistische Nazi-Partei verfügte. War die Reichsregierung, die seit dem März 1930 vom Zentrumsmann Heinrich Brüning geleitet wurde, plötzlich auf antifaschistische Positionen umgeschwenkt? Betrieb sie im Frühjahr 1932 eine Politik der Faschismusverhinderung, statt der bisherigen Förderung aller extrem reaktionären Kräfte? Handelte es sich um den „energischsten“ antifaschistischen Schlag, der gegen die Nazis geführt worden sei, wie in der bürgerlichen Literatur behauptet wird?

Nein, die Verbotsmaßnahme widersprach nur scheinbar der inneren Logik des Prozesses der Rechtsentwicklung und Faschisierung am Ende der Weimarer Republik. Nach den Wahlen, die Hindenburg in seinem Amt als Staatsoberhaupt bestätigt hatten, begann ein großes Gerangel um die von den einen besetzten und von den anderen begehrten Plätze im Reichskanzler-Palais. Die einen wollten die Nazi-Partei stärker an das bestehende System der Notverordnungs-diktatur binden und für den Kampf gegen die Arbeiterbewegung ausnutzen. Die anderen sahen sich schon selbst vor den Toren der Macht und waren nicht gewillt, lediglich als Hilfstrupp zu fungieren.

Manöver zielte auf einen einheitlichen Rechtsblock

In diesen Auseinandersetzungen zwischen den Rechten und den Ultrarechten versuchten die ersten, die Kreise um Brüning und General Wilhelm Groener, die Hindenburg-Wahl bzw. die Nicht-Wahl Hitlers für die Integration der Nazifaschisten in ihre Machtmechanismen zu nutzen. Aus allen militaristischen Organisationen sollte ein „unter Reichsaufsicht stehender“, großer allgemeiner Wehrsportverband formiert werden. Die 400.000 SA-Männer wären damit zu einer unmittelbaren Reserve der Reichswehr geworden, die ja nach dem Diktat von Versailles nur 100.000 Soldaten umfassen durfte. Gleichzeitig forderte Hindenburg die Auflösung des Reichsbanners, einer von der SPD stark beeinflussten bürgerlich-demokratischen Massenorganisation zum Schutze der Weimarer Republik. Das Manöver gegen die extremen Rechten zielte auf einen einheitlichen Rechtsblock und auf die Schwächung der Arbeiterbewegung.

So kam es zu der Maßnahme vom 13. April 1932, zu einem als Druckmittel gedachten Verbot der nazifaschistischen Schlägergarden, das demagogisch als Maßnahme zum Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ausgegeben wurde. Das Verbot war faktisch keines, es wurde zwar ausgesprochen – aber es folgten keine Maßnahmen zu seiner Realisierung. Es gab keine Beschlagnahmung von Waffen, keine Verhaftung und keine Aktionen zur Auflösung der faschistischen Mördertruppen. Lediglich ein paar der SA-Unterkünfte wurden durchsucht.

Doch diese waren vorher schon sorgsam geräumt worden; das Verdikt der Reichsregierung traf die Führung der NSDAP wohl präpariert. Sie wich zwar verbal etwas zurück und beschwor erneut ihren Legalitätskurs. Gleichzeitig erklärte sie die SA und die SS zu Teilen der Parteiorganisation, und sie ließ die SA als „Verein Deutscher Volkssport“ tarnen (dem die Truppenübungsplätze der Reichswehr nicht verwehrt wurden!). Ferner organisierte sie neue provokatorische Aufmärsche, die sich

von früheren nur dadurch unterschieden, daß die SA-Leute nicht in ihren braunen Uniformen, sondern in schwarzen Hosen und weißen Hemden auftraten. Dem „Verbot“ aber war Genüge getan ...

KPD-Führung erhob warnend ihre Stimme

Die Führung der KPD erhob am 25. April 1932 warnend ihre Stimme: „Es ist höchste Zeit!“ Sich an die „Arbeiter Deutschlands“ wendend erklärte, sie: „Jetzt nach der Wahl wird der Klassenfeind versuchen, uns alle zu überrumpeln. Vereinigt euch mit uns und kämpft gegen die kapitalistischen Räuber und gegen die immer frecher auftretenden faschistischen Banden.“

Die weitere Entwicklung bewies, daß Halbherzigkeit und nicht ernstgemeinte Maßnahmen gegenüber der extremen Reaktion keinen Antifaschismus bewirkten, eher sogar das Gegenteil. Das Mittel des sanften Druckes und der erpresserischen Drohung führte vor einem halben Jahrhundert zu einem weiteren Auftrieb für die Nazifaschisten. So gefördert und erstarkt, gelang es ihnen in Mai 1932 Brüning zu stürzen und im Juni die Aufhebung des „Verbots“ zu erreichen. Der Terror ihrer braunen und schwarzen Sonden war damit wieder legalisiert.

Volkswacht, 28.04.1982, S. 4.

Historische Variante des Reagan-Hochrüstungskurses

Vor 50 Jahren: Demagogie um Abrüstungsverhandlungen

Der USA-Präsident erklärte jüngst zwar die Bereitschaft seiner Regierung, „abrüsten“ zu wollen – gleichzeitig aber betonte er die (angebliche!) Notwendigkeit, im atomaren Bereich zunächst kräftig aufzurüsten, um später einmal die Zahl der nuklearen Bomben einschränken zu können. So unglaublich und unverfroren diese Argumentation auch klingen mag, sie ist nicht neu und leicht zu durchschauen.

Vor 50 Jahren, ein 2. Februar 1932, hatten in Genf die Verhandlungen einer internationalen Abrüstungskonferenz begonnen. Sie dauerten bis zum 1. Juni 1934. An ihnen beteiligten sich 63 Staaten, darunter auch die Sowjetunion. Allein die Delegation des ersten sozialistischen Staates trat für eine wirkliche Abrüstung ein. Litwinow forderte eine entschiedene Ächtung des Krieges, eine allgemeine und restlose Abrüstung sowie als ersten Schritt eine progressiv-proportionale Rüstungseinschränkung. Seine Reden vom 18. Februar und 13. April 1932 gestalteten einige der wenigen Höhepunkte dieser Konferenz, die eigentlich von vornherein zum Scheitern verurteilt war, weil die Westmächte Demagogie statt Abrüstungsbereitschaft auf ihre Fahnen geschrieben hatten.

Westmächte mißbrauchten Abrüstung als Tarnbegriff

Den imperialistischen Mächten gelang es damals, das Problem der Abrüstung in ein Problem der Aufrüstung umzuwandeln. Rüstungseinschränkung als Weg zur Rüstungsgleichheit der verhandelnden Mächte wurde abgelehnt. Die „Abrüstung“ geriet zu einem Tarnbegriff, hinter dem die imperialistischen Großmächte versuchten, die Widersprüche zwischen ihnen auf Kosten ihrer jeweiligen Rivalen und insbesondere der sozialistischen Sowjetunion zu lösen bzw. dafür neue militärische Voraussetzungen zu schaffen.

Die deutsche Delegation war zur „Konferenz für die Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen“ mit folgender Orientierung in die Schweiz gefahren: „Nie von Aufrüstung reden, sondern immer nur Abrüstung der anderen fordern. Scheitert die Konferenz und nehmen wir uns dann die Freiheit zu rüsten, so haben wir die Weltmeinung für uns.“ Aus der geheimen Rüstung, die bis dahin in der Weimarer Republik auch über die Bestimmungen des Versailles Friedensvertrages von 1919 hinaus betrieben worden war, wollte der deutsche Imperialismus – bereits vor der Errichtung der faschistischen Diktatur – eine legalisierte Wiederaufrüstung machen.

Unter dem demagogischen Motto, Deutschland müsse eine „Gleichberechtigung“ in der Rüstung zugestanden werden, sollte eine Veränderung im Kräfteverhältnis der imperialistischen Mächte erreicht werden. Heinrich Brüning erklärte im Frühjahr 1932 mehrfach, Deutschland müsse erst aufrüsten, seine „Unterlegenheit“ ausgleichen, bevor es an Abrüstung denken könne. Wie sich die Bilder gleichen!

Historische Parallelen werden sichtbar

In Genf allerdings hielt Brüning eine Rede, die vor Scheinheiligkeit triefte. Der Abrüstungsgedanke sei die „naturgemäße Vollendung und Krönung“ der Arbeit des Völkerbundes und nur über ihn sei „die von der Katastrophe des Weltkrieges in ihrem Lebensmark getroffene Menschheit zu neuer Gesundheit emporzuführen“. Gleichzeitig ließ er aber erkennen: „Deutschland hat auf die allgemeine Abrüstung (d. h. auf die Abrüstung der anderen! M. W.) einen rechtlichen und einen moralischen Anspruch, der von niemand in Zweifel gezogen werden kann.“

Damit waren die Winkelzüge der damaligen Regierung des Deutschen Reiches noch nicht erschöpft. Bei den Verhandlungen und vor allem bei den Gesprächen, die am Rande der Konferenz in Genf stattfanden, erklärten Brüning und andere – um Vertrauen werbend –, für sie ginge es nur um ein „abstraktes Recht“ auf Aufrüstung, von dem man nur in beschränktem Maße Gebrauch machen wolle. Im internen Kreise wurde Brüning dagegen deutlich: es sei notwendig, das Recht Deutschlands zur Wiederaufrüstung „moralisch und sachlich gleichzeitig“ zu erreichen. Mit Moral allein ließ sich das neue Weltmacht- und Weltvorherrschaftsprogramm des deutschen Imperialismus

ja nicht verwirklichen. Um die „sachliche“ Seite, d. h. um die Aufrüstung sowie um das Streben nach militärischer Überlegenheit ging es – damals wie heute.

Volkswacht, 04.05.1982, S. 4.

Aufruf zur Bildung der „Antifaschistischen Aktion“

Als am 25. Mai 1932 in Berlin der kurz zuvor neu gewählte preußische Landtag zu einer Sitzung zusammentraf, sollte dies nur von kurzer Dauer sein. Die Auswirkungen waren dafür aber um so größer und nachhaltiger. Sie wurden zum Anlaß für eine neue Aktion der deutschen Kommunisten im Kampf gegen die immer stärker heraufziehende Gefahr einer offen terroristischen Diktatur, die von den reaktionärsten Teilen der herrschenden Klasse an die Stelle der bürgerlich-parlamentarischen Republik und auch der von Brüning geleiteten Präsidialregierung gesetzt werden sollte.

Als Wilhelm Pieck sprach und die arbeiterfeindliche Politik der NSDAP anprangerte, stürmten nazifaschistische Abgeordnete das Rednerpult und schlugen auf ihn sowie auf Genossen, die ihm zu Hilfe eilten, wütend ein. Der Skandal war perfekt. In der Geschichte der bürgerlichen Parlamente hatte es noch keinen vergleichbaren Fall gegeben, daß sich eine ganze Fraktion als Schlägergarde und Terroristentrupp erwies.

Der brutale Überfall machte blitzartig die politische Situation deutlich: die Nazis traten nach ihren Wohlerfolgen vom Frühjahr und angesichts des Zerbröckelns der Brüning-Regierung erneut zum Kampf um die Macht an, die anderen bürgerlichen Parteien sahen die Schützenhilfe von rechts mit Wohlgefallen und nur in seltenen Fällen mit gewisser Sorge, die sozialdemokratische Führung verharnte in ihrer antikommunistischen Grundposition (was sie sogar auf einen Protest gegen die Aktion der Nazis im preußischen Landtag verzichten ließ!); die Antifaschisten mußten also neue Mittel und Wege suchen, wenn sie im Kampf gegen diesen Gegner und seine neue Offensive bestehen wollten.

Das Zentralkomitee der KPD reagierte sofort. Noch am gleichen Tag verbreitete es den Aufruf an alle deutschen Arbeiter „ohne Unterschied ihrer parteipolitischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit“, eine überparteiliche „Antifaschistische Aktion“ zu bilden. In diesem Aufruf hieß es: Die Antifaschistische Aktion muß alle Kräfte der Arbeiterklasse und der von ihr geführten Millionen Werktätigen in Stadt und Land zum Einsatz bringen, um der Faschisierung Deutschlands Einhalt zu gebieten ... An dem Tage, an dem die Massen der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, christlichen und Reichsbannerarbeiter die rote Einheitsfront mit den Kommunisten schließen, werden weitere Millionen, die heute noch abseits stehen, Millionen von unorganisierten, parteilosen Arbeitern, Jungarbeitern und Arbeiterinnen, sich dem Massenkampf gegen Hunger und Faschismus und imperialistischen Krieg anschließen und die Kampffront der Arbeiterklasse unüberwindlich machen.“

Die Parteiführung bezeichnete den Überfall der Nazis auf Wilhelm Pieck als ein „Alarmsignal für die ganze deutsche Arbeiterklasse“. Mit ihrem Aufruf zur Bildung der „Antifaschistischen Aktion“ setzte sie das Ergebnis ihrer Beratungen vom 24. Mai 1932 in die Praxis des politischen Kampfes um. Die Tagung des Zentralkomitees und der am Tage danach folgende Aufruf leiteten eine neue Etappe im antifaschistischen Kampf ein. Am 26. Mai wurde beschlossen, eine unter der Leitung von Ernst Schneller stehende Kommission zu bilden, die die spezifischen Methoden des Kampfes um die Verhinderung einer offen faschistischen Diktatur durch eine Massenbewegung ausarbeiten sollte. Ernst Thälmann, der auf der ZK-Tagung dazu ein ausführliches Referat gehalten hatte, sah in der „Antifaschistischen Aktion“ die Grundlinie in der Politik der KPD realisiert: alle Werktätigen und alle potentiell antifaschistischen Kräfte vereinen, um „dem Hitlerfaschismus den Weg zur Regierungsteilnahme zu verlegen“.

Die deutschen Kommunisten organisierten in den letzten Maitagen und Anfang Juni 1932 zahlreiche antifaschistische Kundgebungen. In einer Reihe von Betrieben und Orten entstanden Einheitsfrontausschüsse. Gegen den Terror der Nazifaschisten bildeten Kommunisten und Sozialdemokraten – letztere gegen den Widerstand ihrer rechten Führer – und parteilose Arbeiter Selbstschutzgruppen. In vielen Teilen der werktätigen Massen fiel der weit in die Zukunft reichende Gedanke, zumindest im Kampf gegen den Faschismus einig zu sein, auch wenn eine Einigung über die Endziele des eigenen Programms nicht möglich ist, auf einen fruchtbaren Boden.

Der Kampf der „Antifaschistischen Aktion“, das Ringen um die gemeinsame Aktion der Antifaschisten, verstärkte sich nach dem 1. Juni 1932. An diesem Tage war ein neuer Reichskanzler berufen worden: Franz von Papen. Sein Kabinett stellte das bis dahin reaktionärste der Weimarer Republik dar, das lediglich – wie Ernst Thälmann feststellte – mit der Kappschen Putschistenregierung vom März 1920 verglichen werden konnte. Diese Regierung, von den Faschisten toleriert, löste den Reichstag auf, erließ neue sozialpolitische Notverordnungen und hob das Uniformverbot für SA und SS wieder auf. Sie stützte sich in hohem Maße auf die Nazis, während in der Zeit der Brüning-Regierung noch die Sozialdemokratie eine soziale Hauptstütze der imperialistischen Bourgeoisie gewesen war. Die damit verbundenen Veränderungen gaben den Bemühungen der Kommunisten, mit der Sozialdemokratischen Partei gemeinsam die antifaschistische Aktion durchzuführen, neuen Auftrieb.

Wichtige Erfahrungen für den späteren Kampf um die antifaschistische Volksfront sowie für das Ringen breiter Massen um den Frieden konnten bereits in der ersten Phase, am Beginn des Kampfes der „Antifaschistischen Aktion“ gesammelt werden. Erfahrungen, deren Aktualität unverkennbar ist ...

Volkswacht, 29.05.1982, S. 4.

Gemeinsamer Kampf war das dringende Gebot der Stunde

Vor 50 Jahren: Ernst Thälmann im Gespräch mit sozialdemokratischen Arbeitern

8. Juli 1932. In einem Versammlungsraum des Berliner Karl-Liebknecht-Hauses, dem Sitz des Zentralkomitees der KPD am heutigen Rosa-Luxemburg-Platz, wird über fünf lange Stunden hinweg intensiv debattiert und gestritten. Sozialdemokratische Arbeiter und Funktionäre hatten – beeindruckt vom Kampf der „Antifaschistischen Aktion“ sowie voller Sorge über das weitere Anwachsen der Gefahr von Faschismus und Krieg – 21 Fragen an die KPD gestellt. Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, John Schehr und andere Genossen der Parteiführung standen ihren 20 Gästen Rede und Antwort.

Und es gab überzeugende, hieb- und stichfeste Antworten. Teilweise waren sie von solch grundsätzlicher Bedeutung, daß eine Erinnerung an sie gerade angesichts unserer heutigen Fragen im Kampf der weltweiten Friedensbewegung lohnt. Antifaschistische Einheitsfront – das war damals das Gebot der Stunde so wie es heute das breiteste Bemühen aller Friedenskräfte zur Abwehr der Gefahren eines nuklearen Weltkrieges darstellt.

Für antifaschistische Einheitsfront

Nachdem die KPD im Mai 1932 zur Bildung der „Antifaschistischen Aktion“ aufgerufen hatte, wuchs die Zahl jener sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre, die für gemeinsame Aktionen mit den Kommunisten gegen den gemeinsamen Feind, gegen die Faschisten und ihre Hintermänner, eintraten. Der SPD-Parteivorstand lehnte jedoch nicht nur alle Verhandlungen mit dem Zentralkomitee der KPD ab, er versuchte sogar auch alle Einheitsaktionen auf der unteren Ebene zu verhindern. In einem Rundschreiben an die Bezirksleitungen der SPD erklärte er am 28. Juni 1932: „Lokale Verhandlungen schaffen statt Einigkeit und Klarheit nur Uneinigkeit und Verwirrung. Sie sind deshalb streng zu vermeiden.“

Unter dem Einfluß der antikommunistischen Parolen ihrer Führer, aber beseelt vom Willen zum entschiedenen Kampf gegen die faschistische Nazipartei, formulierten die Gäste Ernst Thälmanns u. a. folgende Fragen: „Meint die KPD die Einheitsfront ehrlich?“, „Ist die Antifaschistische Aktion ein kommunistischer Parteiladen?“ und „Sieht der Genosse Thälmann in dem Bestreben der SPD-Arbeiter, eine Einheitsfront zu bilden, den ersten Schritt zur Zerschlagung der SPD ...? – Mißtrauen und Unwissenheit, Furcht und Verblendung, aber auch Offenheit und Gesprächsbereitschaft paarten sich in diesen Fragen.“

Im Interesse der werktätigen Massen

Ernst Thälmann ging insbesondere auf die Frage nach der Ehrlichkeit der Kommunisten ein. Er erinnerte an die Opfer des faschistischen Terrors und an die von den Nazifaschisten selbst verkündeten Ziele, die nun einmal vor allem darin bestanden, die revolutionäre Arbeiterbewegung organisatorisch und politisch zu zerschlagen. „Täglich mordet die braune Pest unsere Genossen, schlägt unsere besten Kämpfer nieder ... Und angesichts dieser Tatsache, angesichts der drohenden Gefahr, daß aus Deutschland ein Land des Galgens und des Scheiterhaufens wird, sollten wir Kommunisten die antifaschistische, proletarische Einheitsfront nicht ehrlich meinen?“

Die klar formulierte Erkenntnis des Ziels der Faschisten beeindruckt, und die einfache Gegenfrage leuchtet jedem ein, vor allem uns, die wir den weiteren Verlauf der Geschichte kennen, die wir wissen, daß die deutschen Kommunisten auch unter den härtesten Bedingungen der Jahre 1933 bis 1945 immer im Interesse aller vom Faschismus und Krieg bedrohten Menschen kämpften. Die Parteiinteressen der Kommunisten deckten sich damals und decken sich auch heute völlig mit den objektiven Interessen der werktätigen Massen. Wer für diese eintritt, benötigt keine Manöver oder Tricks zur Irreführung der Massen.

Ihren eigenen unansehnlichen Egoismus unterstellten die Apologeten des Monopolkapitals den Kommunisten übrigens seit es sie gibt –, um sie zu diffamieren und von ihren Bündnispartnern zu isolieren. Am 5. Juni dieses Jahres lieferte Franz Josef Strauß dafür wieder ein besonders penetran-

tes Beispiel, als er in München die Mitglieder der Friedensbewegung als „nützliche Helfer der Kommunisten“ und „vordergründige Marschierer für hintergründige Drahtzieher verunglimpfte.

Ernst Thälmann erklärte damals eindringlich, die KPD strebe die antifaschistische Einheitsfront zur Rettung der gesamten Arbeiterbewegung an und stelle keine Bedingungen, außer einer einzigen: den aktiven Kampf gegen den Faschismus. Er ging davon aus, daß die sozialdemokratischen Arbeiter in vielen Fragen andere Standpunkte hätten, die sie nicht aufzugeben brauchen, die „Antifaschistische Aktion“ sei „ein überparteiliches Sammelbecken für alle zum rücksichtslosen Kampf gegen den Faschismus gewillten Arbeiter. Sie ist keine Organisation, sondern eine Massenbewegung.“

Eine Lebensfrage für das Proletariat

Die KPD suchte die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Organisationen, mit den Sozialdemokraten als Mitgliedern der Sozialdemokratie, und zielte nicht, wie ihr häufig unterstellt wurde, auf die Zerschlagung der SPD. Mehrfach unterstrich Ernst Thälmann, das unterschiedliche Mitgliedsbuch dürfe Kommunisten und Sozialdemokraten nicht trennen, da es nur ein einziges brennendes Problem für alle gebe: „Wie kann die Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland verhindert werden?“

Zwei Tage nach diesem Gespräch fand ein großer Einheitskongreß der „Antifaschistischen Aktion“ statt. 1465 Delegierte von Einheitsfrontorganen aus allen Teilen Deutschlands waren nach Berlin gefahren, unter ihnen 379 Kommunisten 432 Sozialdemokraten und 954 Parteilose. Ernst Thälmann referierte über die Ziele der „Antifaschistischen Aktion“, über die Einheitsfront und den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, die er als „Lebensfrage für das deutsche Proletariat“ bezeichnete.

Nach ausführlicher Diskussion wurde ein Manifest beschlossen und ein Kampfgelöbnis abgelegt, in dem es abschließend hieß: „Ein Feind – eine Front – ein Kampf! Her zu uns! Wir sind die Antifaschisten der Tat!“

Volkswacht, 08.07.1982.

„Preußenschlag“ war ein Anschlag auf die Demokratie

Vor 50 Jahren: Rechte sozialdemokratische Führer weichen vor der Reaktion zurück – ZK der KPD ruft zur Einheitsfront auf

Wenn vom 20. Juli die Rede ist, erinnern sich die Älteren unter uns mit Sicherheit an die Absetzung der preußischen Regierung durch den Reichskanzler Franz von Papen. Wie kam es dazu? Warum sollte dieser Tag eine so große geschichtliche Bedeutung erlangen?

Das seit dem 1. Juni 1932 regierende Kabinett des „Herrenreiters“ Papen galt bereits für viele Zeitgenossen als eine direkte Vorstufe zur Errichtung der faschistischen Diktatur. Papen sollte für diese die günstigsten Startbedingungen schaffen, insbesondere durch eine Schwächung der sich im Zeichen der „Antifaschistischen Aktion“ entfaltenden Massenbewegung gegen die Naziartei.

Der faschistische Terror wütet

Die NSDAP suchte angesichts dieses wachsenden Widerstandes ihre Positionen vor allem durch einen maßlos verstärkten Terror auszubauen. Wie konnte es bei den Faschisten auch anders sein! Ihre Terrororganisationen SA und SS waren seit dem 14. Juni wieder legalisiert. Sprunghaft stieg die Zahl der Opfer faschistischer Banditenstrieche. 183 Tote und noch mehr als 2000 Verwundete forderte der faschistische Terror allein in den sechs Wochen vor der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932.

Höhepunkt sollte das Blutvergießen vom 17. Juli in der damals noch preußischen Stadt Altona bei Hamburg werden. In provokatorischer Absicht marschierten 7000 SA- und SS-Leute ausgerechnet durch die Arbeiterviertel dieser Stadt. Dem Gegröhle „Die rote Brut, schlägt sie entzwei; SA marschiert, die Straße frei!“ folgte der Schießbefehl eines SA-Sturmführers. 17 Tote und über 70 Verletzte, eine schreckliche Bilanz.

Die Nazis hatten jedoch neben der Einschüchterung der Antifaschisten noch ein weiteres Ziel verfolgt: Man wollte die Ohnmacht der preußischen Polizei „beweisen“. Diese sei angeblich unfähig gewesen, die behördlich genehmigte Demonstration der Faschisten zu „schützen“. Die preußische Polizei habe wieder einmal versagt, wurde demagogisch und unverfroren behauptet. Hitler verlangte in einem Telegramm von Hindenburg und Papen das Eingreifen der Reichsregierung und die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen. Es sei alleräußerste Zeit, daß von seiten der Reichsregierung diesem unverantwortlichen Treiben einer auf Tumulte hinstuernden Polizeipolitik ein Ende bereitet wird.“

Dies zielte auf die Beseitigung der letzten Regierung eines Landes in der bundesstaatlich organisierten Weimarer Republik, an der die SPD noch beteiligt war. Preußen war bei weitem das größte Land des Deutschen Reiches und verfügte über ca. 90.000 Polizisten, die dem sozialdemokratischen Innenminister Carl Severing unterstanden.

Bei einer konsequenten antifaschistischen Politik der Verantwortlichen wäre die preußische Polizei ein gewichtiger antifaschistischer Faktor gewesen, der die Pläne der Nazis und ihrer Förderer erheblich beeinträchtigen konnte. Mit Sorge verfolgte das Papen-Kabinett die einheitlichen Aktionen von sozialdemokratischen Antifaschisten, die nicht länger bereit waren, sich von den antikomunistischen Parolen ihrer Führer blenden zu lassen und mit den Kommunisten in einer Front standen. Wie würde sich das auf die SPD-Führung auswirken, fragten sich jene, die bisher von der Spaltung der Arbeiterklasse nur profitiert hatten und dies auch für die Zukunft sichern wollten. Das war offensichtlich auch Gegenstand jener Beratung, die am 19. Juli zwischen Papens Abgesandten und dem Kanonenkönig Krupp in dessen Essener Villa stattfand.

Einen Tag später wurde über Berlin der Belagerungszustand verhängt und die preußische Regierung ihres Amtes enthoben. Papen ernannte sich selbst zum Reichskommissar für Preußen und ließ das Preußische Staatsministerium durch einen Leutnant und zehn Mann besetzen. Mit diesen Maßnahmen gingen die extrem reaktionären Kräfte einen weiteren Schritt auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, was unverkennbar war. Doch Severing beugte sich kampfflos dieser „Gewalt“, Otto Braun

sozialdemokratischer Ministerpräsident von Preußen – hielt es nicht einmal für notwendig, seinen Urlaub abzubrechen ...

KPD ruft zum Generalstreik auf

Das Zentralkomitee der KPD wandte sich an diesem schicksalsträchtigen 20. Juli offiziell an die SPD und die Gewerkschaften mit dem Vorschlag, auf den konservativ-faschistischen Schlag gegen die preußische Regierung mit einem Generalstreik zu antworten. Es erinnerte an den Erfolg der einheitlich handelnden deutschen Arbeiterklasse über den Kapp-Putsch vom März 1920. Wenn die Errichtung der faschistischen Diktatur verhindert werden soll – und davon redeten ja auch die Führer der SPD –, dann müsse jetzt gehandelt werden, tatkräftig, einheitlich und konsequent.

Die Vorstände von SPD und ADGB tagten in den Mittagsstunden des 20. Juli. Ihr Ergebnis war jedoch kein Aufruf zum Kampf, der von vielen sozialdemokratischen Arbeitern und Gewerkschaften erhofft wurde. Als Parole hatten sie nur „Ruhe und Ordnung“ zur Hand und als Versprechen die Anrufung des Staatsgerichtshofes. Das Angebot der Kommunisten stieß auf Ablehnung. Das bedeutete Kapitulation auf der ganzen Linie.

Um eine bittere Erfahrung reicher

Eine große Chance im Kampf gegen die faschistische Reaktion war erneut vertan; dem Faschisierungsprozeß konnte kein Einhalt geboten werden. Der Steigbügelhalter Hitlers, als der sich Papen schließlich erweisen sollte, konnte daher die Verfügungsgewalt über den preußischen Staatsapparat erhalten und den Antifaschisten einen schweren Schlag versetzen. Das kampflose Zurückweichen der sozialdemokratischen Führer untergrub die Positionen der deutschen Arbeiterbewegung, gab diese der offenen Reaktion preis. Es wurde danach zu einer bitteren Erfahrung, daß eine solche Politik – in antikommunistischer Torheit wurzelnd – lediglich dem Gegner, nicht der eigenen Sache dient.

Volkswacht, 20.07.1982, S. 5.

Der Fall Potempa war nur der Anfang

In der Vorgeschichte der faschistischen Diktatur, die gekennzeichnet von grauenvollen Ereignissen war und in der sich mancher biedere Bürger schon beinahe an die Untaten der Nazis gewöhnt hatte, spielte eine Mordtat dennoch eine besondere Rolle.

Im kleinen oberschlesischen Dorf Potempa hatte sich die Familie Pietrzuch am späten Abend des 9. August 1932 gerade zur Ruhe begeben, als fünf uniformierte SA-Männer in die Wohnung stürmten. Mit geradezu viehischer Bestialität zerrten sie Konrad Pietrzuch, Bergarbeiter und Kommunist, aus dem Bett und trampelten ihn zu Tode. Seine Leiche wies nach dem Zeugnis des Gerichtsarztes 24 schwere Verletzungen auf. Ein schwerer Tritt mit dem Stiefel hatte den Kehlkopf zerfetzt und die Halsschlagader zerrissen. Der Tod trat durch Ersticken ein, da das Blut in die Lunge eingedrungen war. Bruder und Mutter wurden gezwungen, tatenlos zuzuschauen.

Pupens Kabinett in der Zwickmühle

Die Nachricht über dieses neuerliche und besonders barbarische faschistische Verbrechen rief in der Öffentlichkeit große Erregung hervor. Das „Kabinett der Barone“ unter Franz von Papen geriet in eine Zwickmühle. Dazu berufen, die Faschisten zu fördern und die Antifaschisten zu schwächen, hatte es gerade am 9. August eine Notverordnung „gegen den politischen Terror“ und eine weitere über die Einführung von Schnellgerichten erlassen.

Mit diesen Notverordnungen, die außerordentlich harte Strafen – auch die Todesstrafe – versahen, sollte vor allem die sich zur Wehr setzende Bewegung der „Antifaschistischen Aktion“ getroffen werden. Mit drakonischer Härte versuchte die Papen-Regierung, die SA vor einer offenen Niederlage in den wachsenden Auseinandersetzungen mit dem wehrhaften antifaschistischen Massenselbstschutz zu bewahren und gleichzeitig politischen Druck auf die Nazifaschisten auszuüben, um diese gefügig machen und vor ihren eigenen Karren spannen zu können. Als erste Straftäter standen aber nun ein paar Nazis vor den Schranken des Beuthener Sondergerichts. Und dieses konnte am 22. August nicht umhin, Todesurteile auszusprechen.

Schon im Gerichtssaal kam es zu wüsten Szenen, als der schlesische SA-Führer Edmund Heines dem Gericht Vergeltung ankündigte und die Braununiformierten ihre verurteilten „Kameraden“ bejubelten. Die gesamte Nazipresse erhielt die Order, sich demonstrativ hinter die Mörder zu stellen. Hitler telegraphierte an die verurteilten SA-Leute: „Angesichts dieses ungeheuerlichen Bluturteils fühle ich mich mit Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre. Der Kampf gegen eine Regierung, unter der dieses möglich war, unsere Pflicht!“ Papen, dem damit die Nazis ihre Tolerierung kündigten, wich zurück: Am 2. September wurden die Mörder begnadigt. Nach dem 30. Januar 1933 wurden sie völlig freigelassen und zu „Helden“ des faschistischen Staates gekürt.

Terror als Mittel zum Zweck

Alle Vorgänge um die bestialische Untat von Potempa waren entlarvend. Sie zeigten, wie nüchtern die Faschisten den politischen Terror als Mittel zum größeren Zweck kalkultierten. In einem Gespräch mit dem damaligen Danziger Senatspräsidenten Hermann Rauschning entrüstete sich Hitler über Papen und rechtfertigte seine Haltung zum Potempa-Fall: „Wir müssen grausam sein. Wir müssen das gute Gewissen zur Grausamkeit wiedergewinnen. Nur so können wir unserem Volk die Weichmütigkeit und sentimentale Philiströsität austreiben, diese Gemütlichkeit und Dämmerchoppenseligkeit. Wir haben keine Zeit mehr zu schönen Gefühlen. Wir müssen unser Volk zur Größe zwingen, wenn es seine historische Aufgabe erfüllen soll.“

Welche „Aufgabe“ war es, die so grausam realisiert werden sollte? Im Interesse des 1918 militärisch geschlagenen deutschen Imperialismus und Militarismus hatten die Nazis die Vorbereitung eines neuen Krieges auf ihre Fahnen geschrieben. Der künftige Krieg sollte sowohl ein Revanchekrieg als auch ein Krieg um die Vorherrschaft in Europa und in der ganzen Welt sein. Ein totaler Krieg war geplant. Dafür brauchten sie Soldaten, die auch im großen Maßstab skrupellos zu morden

bereit waren. Die faschistische „Ehre“ erlaubte nicht nur jede antikommunistische und antidemokratische Untat, sie forderte sie geradezu heraus.

Schlagartig wurde die große Gefahr deutlich

In der bürgerlichen Literatur ist anhand des Beispiels von Potempa und mit dem Blick auf die berüchtigten Praktiken späterer KZ-Schergen behauptet worden, hier habe sich eine allgemeine menschliche Aggressivität, eine persönliche Veranlagung zum Sadismus Bahn gebrochen. Die Absicht ist unverkennbar: Aus dem Verbrechen, das Faschismus und imperialistischer Krieg insgesamt darstellen, soll die Untat einzelner Personen werden. Die da in Potempa so brutal mordeten, waren keine Triebtäter. Zwar handelte es sich um eine Wahnsinnstat, aber es war nicht die Tat von Unzurechnungsfähigen. Sie hatten einen Befehl befolgt und stellten eigentlich auch Opfer – natürlich schuldige Opfer – größerer Verbrecher an den Grundrechten der menschlichen Gesellschaft dar. Die faschistischen „Schreibtischtäter“ waren in Aktion getreten. Schlagartig hatte sich vor einem halben Jahrhundert die große Gefahr enthüllt, vor der alle Menschen standen (und stehen!), wenn der „Ehre“ von Faschisten und imperialistischen Kriegspolitikern Spielraum gewährt wird.

Volkswacht, 7.8.1982, S. 5.

Flammender Appell wider den Faschismus

Vor 50 Jahren: Clara Zetkin spricht vor dem Reichstag

Schwer herzkrank, fast blind und kaum noch in der Lage, alleine zu gehen, erfüllte Clara Zetkin am 30. August 1932 einen wichtigen Auftrag ihrer Partei. Aus Moskau kommend, wollte sie nach Amsterdam fahren, um an dem großen Weltkongreß gegen Krieg und Faschismus teilzunehmen. Die Partei hielt jedoch ihr Auftreten in Berlin für eine noch dringlichere Aufgabe. Als ältestes Mitglied des am 31. Juli gewählten Reichstages sollte sie diesen eröffnen. Darin sahen die deutschen Kommunisten eine günstige Möglichkeit, die Tribüne des Parlaments für den Kampf gegen die immer bedrohlichere Gefahr des Faschismus zu nutzen.

Clara Zetkin hat diese Chance in der ihr eigenen, ungebrochenen Konsequenz wahrgenommen. Die Rede der Fünfundsiebzigjährigen wurde zu einer unüberhörbaren Anklage gegen das Papen-Regime, das dem Nazifaschismus systematisch den Weg ebnete. Sie bezeichnete das Präsidialkabinett als „Handlanger des vertrusteten Monopolkapitals und des Großagrarierums“, die Reichswehr-generalität als dessen „treibende Kraft“. Die Notverordnungen charakterisierte sie als Ausdruck einer Politik, die im ureigensten Sinne des Wortes Not verordnete und die vorhandenen „furchtbarsten Leiden der Millionen Arbeitslosen, die bei den Bettelpfennigen der sozialen Unterstützung oder auch ohne sie hungern“, noch weiter steigerte. Beifall brandete bei den 88 kommunistischen Abgeordneten auf, als Clara Zetkin ironisch davon sprach, daß die Regierung allerdings „sozial Hilfsbedürftige und Hilfsberechtigte ... in den verschuldeten Großagrarern, krachenden Industriellen, Bankgewaltigen, Reedern und gewissenlosen Spekulanten“ zu erblicken vermöge.

Unerschrocken geißelte Clara Zetkin den faschistischen Terror und seine offizielle Förderung. Gegen die Papen-Regierung gewandt, erklärte sie: Schwerstens belastet ist das Schuldkonto des Präsidialkabinetts durch die die Morde der letzten Woche, für die es die volle Verantwortung trägt durch die Aufhebung des Uniformverbotes für die nationalsozialistischen Sturmabteilungen und durch die offene Begönnerung der faschistischen Bürgerkriegstruppen ... das vergossene Blut kittet es für ewig mit den faschistischen Mördern zusammen“.

Clara Zetkin sprach ferner von der zentralen Aufgabe, vor der die Arbeiterparteien und alle anderen Antifaschisten stünden. Es gelte, „zunächst vor allem den Faschismus niederzuringen, der mit Blut und Eisen alle klassenmäßigen Lebensäußerungen der Werktätigen vernichten soll ... Das Gebot der Stunde ist die Einheitsfront aller Werktätigen, um den Faschismus zurückzuwerfen ... Vor dieser zwingenden geschichtlichen Notwendigkeit müssen alle fesselnden und trennenden politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen zurücktreten. Alle Bedrohten, alle Leidenden, alle Befreiungssehnsüchtigen in die Einheitsfront gegen den Faschismus und seine Beauftragten in der Regierung!“ Ein aufrüttelnder Appell zur gemeinsamen Aktion, der – wäre er von den rechten Führern der Sozialdemokratie nicht in ihrer antikommunistischen und antisowjetischen Verblendung wieder überhört worden – den 30. Januar 1933 hätte verhindern helfen können.

Nur eine dreiviertel Stunde lang sprach Clara Zetkin. Wie Alexander Abusch in seinen Memoiren berichtet, erlebten die Kommunisten bewegende Minuten, in denen sie aber auch darum zitterten, ob es ihrer Genossin gelingen würde, mit Auge und Stimme angesichts der 230 Nazi-Abgeordneten durchzuhalten. Aber sie hielt durch. Der Auftrag der Partei war erfüllt. Danach war sie jedoch so erschöpft, daß sie erst nach mehreren Wochen ihr illegales Quartier verlassen und sich in die Obhut sowjetischer Ärzte begeben konnte.

Volkswacht, 1.9.1982.

Die Naziartei auf dem Wege zur Macht

Beinahe unerträglich heiß gestaltete sich der politische Sommer des Jahres 1932. Die Spannungen waren überall in Deutschland zu spüren. Entscheidungen von großem, historischem Gewicht reiften heran. Schlug der Leser vor 50 Jahren irgendeine Zeitung auf, prangte ihm mit Sicherheit in vielerlei Gestalt insbesondere der Name einer Partei entgegen: Die Partei der Nazifaschisten machte von sich reden, die sich irreführend als national, als sozialistisch und sogar als Partei der Arbeiter (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, NSDAP) bezeichnete. Sie strebte nach der Errichtung einer offen terroristischen Diktatur.

Der Mord von Potempa

Die Flut von Nachrichten über die Nazifaschisten betraf vor allem den Terror, den diese Organisation in bisher nie dagewesenem Umfang entfaltete. Allein in der Zeit vom 18. Juni bis zum 1. August forderten die faschistischen Aktionen 183 Todesopfer und über 2000 Verwundete. Die Nazis provozierten zahlreiche Straßenkämpfe, störten proletarische Kundgebungen, überfielen Einrichtungen der Arbeiterorganisationen und ermordeten heimtückisch Kommunisten, revolutionäre Sozialdemokraten und andere Antifaschisten.

Seit dem 9. August war es der Mord von Potempa, der sinnfällig vom terroristischen Charakter der NSDAP zeugte. In dem kleinen oberschlesischen Ort hatte sich die Familie Pietrzuch gerade zur Ruhe begeben, als fünf uniformierte SA-Männer in ihre Wohnung stürmten. Sie zerrten Konrad Pietrzuch, Bergarbeiter und Kommunist, aus dem Bett und trampelten ihn zu Tode. Seine Leiche wies nach dem Zeugnis des Gerichtsarztes 24 schwere Verletzungen auf. Ein Tritt mit dem Stiefel hatte den Kehlkopf zerfetzt und die Halsschlagader zerrissen. Der Tod trat durch Ersticken ein, da Blut in die Lunge eingedrungen war. Bruder und Mutter wurden gezwungen, tatenlos zuzuschauen.

Die Nachricht über dieses Verbrechen rief in der Öffentlichkeit große Erregung hervor. Das „Kabinett der Barone“ unter Franz von Papen geriet in eine Zwickmühle. Dazu berufen, die Partei der Faschisten zu fördern und die Antifaschisten zu schwächen, hatte es am gleichen Tage eine Notverordnung „gegen den politischen Terror“ und eine weitere über die Einführung von Schnellgerichten erlassen. Harte Strafen sollten vor allem die Anhänger der Antifaschistischen Aktion treffen. Die Papenregierung versuchte, die Nazis vor einer offenen Niederlage in den wachsenden Auseinandersetzungen mit dem wehrhaften antifaschistischen Massenselbstschutz zu bewahren und gleichzeitig Druck auf die Faschisten auszuüben, um diese gefügig machen und vor den Karren der Regierung spannen zu können. Als erste Straftäter standen aber nun ein paar Nazis vor den Schranken des Beuthener Sondergerichts. Und dieses konnte nicht umhin, am 22. August Todesurteile auszusprechen.

Schon im Gerichtssaal kam es zu wüsten Szenen, als der schlesische SA-Führer Edmund Heines dem Gericht Vergeltung ankündigte und die Braununiformierten ihre verurteilten „Kameraden“ bejubelten. Hitler telegraphierte den Mördern: „Angesichts dieses ungeheuerlichen Bluturteils fühle ich mich mit Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre ...“

Hindenburg und Schacht

Keine Nachricht kündete allerdings davon, daß nach dieser Aktion etwa Anklage gegen den „Führer“ der Partei des Verbrechens erhoben worden wäre. Im Gegenteil! Die Spalten der bürgerlichen Zeitungen waren voll von Erwägungen maßgeblicher Kreise, diesen „ehrenden“ Mann in die Regierung des Reiches einzubeziehen. Am 13. August 1932 empfing ihn Reichspräsident Hindenburg und trug ihm das Amt eines Vizekanzlers an. Weitere Mitglieder der NSDAP sollten Ministerposten im Papenkabinett erhalten. Manche Redaktionen rügten sogar den obersten Repräsentanten des Reiches, Hitler nicht gleich den Stuhl des Reichskanzlers angeboten zu haben.

Diese Erscheinungen kennzeichneten den gesellschaftlichen Standort der NSDAP. Sie charakterisierten aber gleichzeitig jene Kräfte, die diese Partei – gerade wegen ihrer hemmungslosen Aggres-

sivität – an die Regierung bzw. zu einer Regierungsbeteiligung bringen wollten. Über die Hintermänner und Drahtzieher stand jedoch kaum etwas in der Presse, wenn man von den Organen der KPD und anderer antifaschistischen Verbände absieht. Zum Beispiel wurde der Brief von Hjalmar Schacht vorschwiegen, den dieser am 29. August 1932 an Hitler richtete. Der Reichsbankpräsident a. D. bestärkte Hitler in der Ablehnung eines untergeordneten Regierungssessels, versicherte ihn seiner Sympathie und seines Beistandes auf dem weiteren Weg zur Macht, für den er vor allem den Verzicht auf ein „detailliertes Wirtschaftsprogramm“ empfahl.

Dieser Brief – weitere sollten ihm folgen – beweist als ein Dokument unter vielen, in wessen Interesse die NSDAP agierte, worin ihr gesellschaftlicher Auftrag bestand und für wen sich ihre skrupellose Führung engagierte. In diesen Kreisen wurde ganz nüchtern der politische Terror gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung als ein Mittel zum größeren Zweck kalkuliert. In einem Gespräch mit dem damaligen Danziger Senatspräsidenten Hermann Rauschning entrüstete sich Hitler über Papen und rechtfertigte seine Haltung zum Potempa-Fall: „Wir müssen grausam sein. Wir müssen das gute Gewissen zur Grausamkeit wiedergewinnen. Nur so können wir unserem Volk die Weichmütigkeit und sentimentale Philiströsität austreiben, diese Gemütlichkeit und Dämmerchoppenseligkeit. Wir haben keine Zeit mehr zu schönen Gefühlen. Wir müssen unser Volk zur Größe zwingen, worin es seine historische Aufgabe erfüllen soll.“

Parole Revanche

Welche „Aufgabe“ war es, die so grausam realisiert und für die jeder Tenor gerechtfertigt werden sollte? Im Interesse des 1918 militärisch geschlagenen deutschen Imperialismus hatten die Nazis die Vorbereitung eines neuen Krieges auf ihre Fahnen geschrieben. Der künftige Krieg sollte sowohl ein Revanchekrieg als auch ein Krieg um die Vorherrschaft in Europa und in der ganzen Welt sein. Es ging ihnen um den „Zusammenschluß aller Deutschen ... zu einem Großdeutschland“ sowie um den Erwerb von „Land und Boden (Kolonien)“, wobei diese Forderungen an der Spitze ihres Parteiprogramms standen. Ein totaler Krieg war zur Durchsetzung der vielleicht größten Gebietsansprüche, die je ein imperialistisches Land erhoben hat, geplant. Dafür brauchten sie Soldaten, die auch im großen Maßstab skrupellos zu morden bereit waren. Die faschistische „Ehre“ erlaubt nicht nur jede antikommunistische und antidemokratische Untat, sie forderte sie im Dienste des Profits geradezu heraus.

Der Nährboden

Die aggressiven Ziele des deutschen Imperialismus und Militarismus verfolgte die NSDAP nicht erst seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise. Bereits in ihren Anfängen ließ sie den geschichtlichen Hintergrund erkennen. Sie machte sich von ihrer Gründung im Jahre 1919 an die grundlegenden strategischen Interessen der herrschenden Klasse des imperialistischen Deutschlands für ihr partei- und massenpolitisches Konzept zu eigen. Die konkrete Situation des Klassenkampfes, die Lage des im ersten Weltkrieg gescheiterten deutschen Imperialismus und Militarismus, die unterschiedlichen taktischen Varianten einzelner Strömungen im deutschen Monopolkapital sowie die unermüdlichen Versuche aller Teile der herrschenden Bourgeoisie, die Ergebnisse des Krieges und der Novemberrevolution von 1918/19 rückgängig zu machen, selbst um den Preis eines neuen Weltkrieges – all das bildete den Boden, auf dem sich der deutsche Faschismus und seine Partei formieren konnten.

Die nazifaschistische Partei entstand auf der Grundlage neuer Bedürfnisse der herrschenden Klasse sowie als Ergebnis der neuen, krisenhaften innen- und außenpolitischen Existenzbedingungen des deutschen Imperialismus. Dieser brauchte auch neue Organisationen; die alten waren teilweise discreditiert oder hatten sich als unfähig zur Anpassung an die neuen Bedingungen imperialistischer Machtausübung erwiesen. Neue Organisationen sollten seinen Expansionsabsichten und seinem innenpolitischen Hauptziel entsprechen können, nach der Novemberrevolution wieder „Ruhe und Ordnung“ für das Kapital zu schaffen. Dafür galt es hauptsächlich, die Arbeiterbewegung als Hauptträger künftiger Revolutionen auszuschalten bzw., falls erforderlich, völlig zu vernichten. Gleichzeitig sollten jedoch, auch ohne soziale und politische Zugeständnisse, möglichst große Teile

der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes für eine neue imperialistische Massenbasis gewonnen werden.

Dieses in sich widersprüchliche, objektive Bedürfnis prägte die NSDAP in ihrem Wesen und in ihrer gesamten Geschichte, in ihrem Terrorismus ebenso wie in ihrer Demagogie. Es fand seinen Niederschlag in der antihumanistischen Ideologie des „Nationalsozialismus“ und im Parteiprogramm, dessen 25 Punkte vom 24. Februar 1920 stammten und die in einer ungeheuer aufwendigen, vielgestaltigen Propagandaaktion verbreitet wurden. Das Gemisch von Chauvinismus und Rassismus, von militantem Antikommunismus und Antisowjetismus, von antikapitalistisch-rassistischer Demagogie und pseudosozialistischer Revolutionsphraseologie kulminierte in extrem reaktionärer Arbeiter- und Fortschrittsfeindlichkeit. Alles zielte darauf, die werktätigen Massen, vor deren gesellschaftsumstürzendem Elan die herrschende Klasse zur Zeit der Novemberrevolution gezittert hatte, wieder dem direkten politisch-ideologischen und organisierten Einfluß der Reaktion zu unterwerfen.

Darüber hinaus war beabsichtigt, die Volksmassen so zu manipulieren, daß sie sich – im Gegensatz zu ihren eigentlichen Interessen – willig und blind als Werkzeug imperialistischer Politik und Kriegsvorbereitung mißbrauchen lassen. Dem deutschen Monopolkapital sollte eine eigene kleinbürgerliche Massenbasis dienstbar gemacht werden, da die extrem reaktionären Kräfte die Ideologie und Politik rechten opportunistischer Führer der Sozialdemokratie als unzureichend für die Niederhaltung der Arbeiterklasse betrachteten.

Das Programm der Naziartei war – wie damals bereits die deutschen Kommunisten einschätzten – „ein Flickwerk aus kleinlichsten sozialen Reformen, kleinbürgerlichen Utopien und nationalistischen Phrasen, aus liberalen, sozialreformistischen und feudalreaktionären Ideen zusammengeschnitten“, das nur dazu geschaffen worden sei, Massen zu gewinnen und nach der Machteroberung als Fetzen Papier behandelt zu werden“. Hitler nannte die 25 Punkte offenherzig ein „Werbeprogramm“, das „psychologisch richtig auf die Seele derjenigen eingestellt“ sein müsse, „ohne deren Hilfe die schönste Idee ewig nur Idee bleiben würde“.

Nazis in der Krise

In den Jahren der Weltwirtschaftskrise sahen immer mehr Teile der deutschen Monopolbourgeoisie Zeit und Gelegenheit gekommen, ihr reaktionäres Programm zu realisieren. Gleichzeitig trug die NSDAP – dank der vielgestaltigen Unterstützung durch zahlreiche Monopolisten, aber auch dank der Leichtgläubigkeit vieler unter der Krise leidender Menschen – die Früchte ihrer demagogischen Bemühungen davon und wuchs zur größten bürgerlichen Partei heran. Konnte sie 1928 lediglich 12 Abgeordnete in den Reichstag schicken, so waren es bei der Wahl vom 14. September 1930 schon 107 und bei der vom 31. Juli 1932 sogar 230. Fast 14 Millionen Wähler hatten sich zugunsten der Nazis entschieden. Jeder dritte Wähler erhoffte sich von der faschistischen Partei eine Wende von der krisengeschüttelten Gegenwart in die versprochene heile Welt des zukünftigen „Dritten Reiches“.

Doch im Sommer 1932 begann dieser steile Aufstieg zu stocken. Der Ansturm der Reaktion auf die Arbeiterparteien hatte nicht zum Erfolg geführt, im Gegenteil, die KPD erhöhte die Zahl ihrer Wähler und organisierte mit wachsendem Erfolg die Antifaschistische Aktion. Bei den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 stimmten fast 6 Millionen für die kommunistischen Kandidaten, 7,2 Millionen wählten SPD – das bedeutete einen Rückgang um etwa 700.000 –, während die NSDAP 2 Millionen Stimmen verlor.

Eingreifen der Wirtschaft

Dieser Rückgang der NSDAP vom Sommer und Herbst 1932 war kein Zufallsprodukt. Die NSDAP, die 1932 zur sozialen Hauptstütze des kapitalistischen Systems geworden war, geriet in einen Krisenstrudel. Aus eigener Kraft an die Macht zu kommen erwies sich mehr und mehr als unmöglich.

Die monopolkapitalistisch-großagrarische Reaktion – gleichgültig, ob sie Hitler als Reichskanzler oder als Vize sehen wollte – konstatierte, daß die Demagogie der faschistischen Partei an Wirkung verlor, und war nicht gewillt, dem tatenlos zuzusehen. Sie brauchte die NSDAP und deren abenteuerliche Skrupellosigkeit. Wie keine andere parteipolitische Organisation erfüllte die Nazipartei die Anforderungen der deutschen Bourgeoisie. Der Großbankier Kurt Freiherr von Schröder bekannte im Jahre 1947: „Als die NSDAP am 6. November 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit also ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend.“

Am 19. November 1932 lieferten daraufhin so bekannte Monopolisten wie Thyssen, Rosterg, Schacht, Schröder – unterstützt von Vögler, Reusch und Springorum – jene Eingabe bei Hindenburg ab, in der unmißverständlich die Forderung formuliert war, dem „Führer“ der NSDAP die Regierungsgeschäfte zu übertragen. Zehn Wochen später war es soweit ...

horizont, Nr. 38/[16.09.]1982, S. 28-29.

Thälmanns Ruf: Krieg dem imperialistischen Kriege!

Proletarischer Internationalismus und antifaschistischer Kampf – Vor 50 Jahren sprach Ernst Thälmann in Paris

Nicht nur das Jahr 1932 neigt sich seinem Ende zu, auch für das Schicksal der Weimarer Republik reiften im Herbst vor 50 Jahren die letzten Entscheidungen heran. Auf der 3. Parteikonferenz der KPD, die – beinahe schon unter den Bedingungen der Illegalität – vom 15 bis 18. Oktober 1932 in Berlin tagte, hatte Ernst Thälmann in seiner direkten, zupackenden und nichts beschönigenden Art erklärt: „Wir müssen das ungeheuer schnelle Tempo der Faschisierung in Deutschland sehen, die Bemühungen der Bourgeoisie, zur offenen faschistischen Diktatur zu kommen, und wir müssen versuchen ..., der gesamten Parteimitgliedschaft den tiefen Ernst der jetzigen Situation zum Bewußtsein zu bringen.“

Die KPD und die Reichstagswahlen 1932

Alles in der Tätigkeit der deutschen Kommunisten – gleich ob es sich um die Führung von Streik-kämpfen oder um die Abwehr nazifaschistischer Terroraktionen handelte –, diente dazu, den einheitlichen politischen Massenkampf gegen die immer bedrohlichere Gefahr einer faschistischen Diktatur zu verstärken. Gewisse Erfolge vor allen bei den Streiks waren unverkennbar; sie wurden sorgfältig von der 3. Parteikonferenz analysiert und neuen antifaschistischen Aktivitäten zugrunde gelegt. Mit einer klaren Orientierung ging die Partei an die Vorbereitung der Reichstagswahlen, die für den 6. November 1932 angesetzt worden waren.

Ein wesentliches Element dieser Orientierung bestand darin, den Kampf gegen Kriegsgefahr und Chauvinismus zu intensivieren und den internationalistischen Charakter des antifaschistischen Kampfes der Partei zu betonen. In seinem Schlußwort hatte Ernst Thälmann auf der Parteikonferenz betont: „Der deutsche Imperialismus betreibt eine Abenteuerpolitik gegenüber den Mächten des Versailler Systems. Wir müssen sehen, daß sich mit dieser Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie, mit dem wachsenden Kontrast zwischen den Rüstungsausgaben und der großen, gewaltigen Not, ähnlich wie bei der Panzerkreuzerfrage, breitere Antikriegsstimmungen in den Massen bemerkbar machen ... Wir können zum offensiven Frontalangriff gegen Chauvinismus um Nationalismus übergehen. Wir können und wir müssen stärker die Frage unseres revolutionären Internationalismus in den Vordergrund stellen.“

Nicht zufällig traten die internationale Solidarität und der gemeine Kampf gegen die nationale Demagogie der deutschen Faschisten in Aktionen der Kommunistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs zutage. Ernst Thälmann verkündete am 25. Oktober eine Proklamation beider Parteien an die Werktätigen ihrer Länder, die sich gegen den imperialistischen Friedensvertrag von Versailles als einem Keim für Kriegsvorbereitung und neuen Krieg richtete. Sechs Tage später tauchte er selbst in Paris auf, obwohl die französischen Behörden ein Visum verweigert hatten.

Mit „Front Rouge!“ stürmisch begrüßt

Auf einer Veranstaltung anlässlich des 15. Jahrestages der Oktoberrevolution wurde Ernst Thälmann im Ballhaus Salle Bullier, einer traditionellen Kundgebungsstätte der Pariser Arbeiterbewegung, begeistert und mit dem Kampfruf „Front Rouge!“ begrüßt. Maurice Thorez und Ernst Thälmann klagten in ihren Reden, immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochen, die herrschende Klasse beider Länder an, die Völker zum Krieg gegeneinander aufzuhetzen. Sie verurteilten die Revanchehetze des deutschen Imperialismus, die durch die Nazis ein extremes Ausmaß angenommen hatte, und riefen zum gemeinsamen Kampf gegen den Versailler Vertrag auf. Sie forderten, wie in der gemeinsamen Proklamation formuliert worden war, daß „die gewaltigen Summen, die für militärische Zwecke verbraucht werden, verwendet werden zur unmittelbaren Linderung der Leiden der Erwerbslosen, der kleinen Bauern und Pächter ... sowie vor allem für die Kriegsoffer und Invaliden, deren Renten bedroht sind.“

In seiner Rede, die von Maurice Thorez übersetzt wurde, führte Ernst Thälmann unter anderem auch aus, gerichtet an das französische Proletariat: „Euer Leidensgefährte in Deutschland, der dortige Arbeiter und Bauer, ist nicht euer Feind, sondern euer natürlicher Bundesgenosse ... Wir wollen uns für Gegenwart und Zukunft, angesichts der erneut stärker denn je anwachsenden Gefahr eines imperialistischen Krieges, auf den sich die Imperialisten Frankreichs und Deutschlands vorbereiten, immer wieder das große Wort Karl Liebknechts vor Augen führen: Der Feind steht im eigenen Land!“

Ernst Thälmanns Auftreten in Paris kam für viele überraschend, obwohl es der internationalistischen Grundposition der KPD voll und ganz entsprach. Der angesehene Führer der deutschen Kommunisten hatte wieder einmal unter Beweis gestellt, wie scheinbar Unmögliches möglich gemacht werden konnte, auch im Kampf gegen einen mächtigen Feind. Mit seinem Gespür für die Notwendigkeit, kommunistische Auffassung nicht nur zu beteuern, sondern praktisch zu demonstrieren, traf er auch mit dem illegalen Besuch in Paris ins Schwarze. Proletarische Solidarität ließ die Grenzen überwinden, ließ die Kampfgemeinschaft zwischen den deutschen und französischen Arbeitern noch fester werden.

Ernst Thälmann, dessen Terminkalender eine Fülle dringender Aufgaben enthielt, hatte am 30. Oktober in München gesprochen. Das war ein Sonntag. Für den darauffolgenden Dienstag hatte die Partei eine große Thälmann-Kundgebung im Berliner Sportpalast angekündigt. Zwischen diesen beiden Terminen lag die Reise nach Paris, die hin und zurück über das Saargebiet erfolgte. Ernst Thälmann nahm die Strapazen einer solchen Tour auf sich, um der Sache willen und erfolgreich, wie sich in den folgenden Tagen zeigen sollte.

Den Weg zur nationalen Freiheit gewiesen

Die Parteiführung wies noch am 31. Oktober durch ein Rundschreiben alle Bezirksleitungen und Redaktionen an, Ernst Thälmanns Besuch und Auftreten in Paris für die letzten Tage vor der Reichstagswahl umfassend zu nutzen. Der Wahlkampf müsse „im Zeichen des kämpfenden proletarischen Internationalismus stehen“. Ein Extrablatt der „Roten Fahne“ veröffentlichte die Rede von Paris unter der Überschrift: „Krieg dem imperialistischen Kriege!“ Als dann Ernst Thälmann am Abend des 1. November in Berlin sprach, konnte er mit besonderem Nachdruck und großer Überzeugungskraft gegen die chauvinistische Hetze und Demagogie der Nazis polemisieren, aber auch zeigen, welchen Weg die KPD zur nationalen Freiheit des deutschen Volkes einschlug: Befreiung von der Ausbeuterherrschaft. Auf diesem Wege werde es gelingen zu verhindern, daß die Völker wieder gegeneinander gehetzt und in den Tod getrieben werden.

Volkswacht, 2.11.1982, S. 4.

Die Monopole drängten zur faschistischen Diktatur

Vor 50 Jahren: Chefs der größten Unternehmen und Banken forderten einen braunen Kanzler

Als noch der Reichstagswahl am 6. November 1932 die Stimmen ausgezählt wurden, zeichneten sich zwei Tendenzen deutlich ab: Der Einfluß der faschistischen Nazipartei ging zurück, ihre Massenbasis begann zu zerbröckeln, und auf der anderen Seite trug die konsequente antifaschistische Politik der deutschen Kommunisten weitere gute Früchte. Die KPD gewann im Vergleich zu den Wahlen vom 31. Juli des gleichen Jahres 600.000 Stimmen. Insgesamt entschieden sich fast 17 Prozent aller Wähler für sie, die nunmehr von 100 Abgeordneten im Reichstag vertreten wurde. Sechs Millionen Stimmen – das war das beste Ergebnis, das die KPD bis dahin hatte erreichen können. Die Nazis verloren dagegen zwei Millionen Wähler. Zwar erhielten sie noch immer 11,7 Millionen Stimmen und 196 Mandate, aber ihre Schwächung war unverkennbar. Die NSDAP hatte den lautstark zur Schau gestellten Nimbus verloren, unaufhaltsam voranzumarschieren. Die anderen bürgerlichen Parteien konnten leichte Gewinne verbuchen. Die SPD erhielt 7,2 Millionen Stimmen und 121 Mandate.

Arbeiter folgen KPD-Aufruf

Auf der Bühne des politischen Geschehens, im erbitterten Ringen zwischen allen Kräften der von der KPD geführten Antifaschistischen Aktion und der Nazipartei zeichnete sich ein gewisser Umschwung ab. Das Kräfteverhältnis veränderte sich etwas, zugunsten des Antifaschismus. Dazu hatte auch der Berliner Verkehrsarbeiterstreik beigetragen, der vom 3. bis 7. November stattfand und den größten Streik des Jahres 1932 darstellte. 22.000 Arbeiter folgten dem Aufruf der Kommunisten, unter der Losung „Keinen Pfennig Lohnraub, keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen“ zu streiken. Sie fanden die Sympathie und Unterstützung der Berliner Bevölkerung. Der Streikleitung gehörten auch zwei Sozialdemokraten an, obwohl ihre Parteiführung alles tat, um die folgenschwere opportunistische These, in Zeiten einer Wirtschaftskrise könne nicht gestreikt werden, aufrechtzuerhalten. Der Streik, obwohl er ohne unmittelbaren Erfolg blieb, erschütterte endgültig die Positionen der Papen-Regierung, die offiziell am 17. November zurücktrat.

Für die NSDAP kam das Wahlergebnis einer Niederlage gleich. In ihren Reihen begann es zu gären und zu kriseln.

In dieser Situation befürchteten die Kräfte, die hinter der Nazipartei standen und bereits die Mehrheit der deutschen Monopolbourgeoisie repräsentierten, man könne den geeigneten Zeitpunkt für die Errichtung einer faschistischen Diktatur mit Hilfe der NSDAP verpassen. Sie befürchteten, die so mühsam geschaffene Massenbasis der Nazifaschisten werde zerfallen, wenn man dem Einsatz der NSDAP als Regierungspartei zu lange geizte. In zynischer Offenheit erläuterte der Bankier Kurt von Schröder – eine der zentralen Figuren im Kampf des krisengeschüttelten deutschen Imperialismus zur Beseitigung der Weimarer Republik – 1946 vor dem Nürnberger Tribunal gegen die Hauptkriegsverbrecher die damalige Situation: „Als am 6. November 1932 die NSDAP ihren ersten Rückschlag erlitt und somit ihren Gipfelpunkt überschritten hatte, wurde die Unterstützung der deutschen Schwerindustrie (für die Nazis, M. W.) eine Sache von besonderer Dringlichkeit.“

Eile schien den deutschen Monopolherren geboten. Sie, die eine endgültige Abkehr von der bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsform des Weimarer Staates und ihre Ersetzung durch eine offene Diktatur wollten, sahen die Felle davonschwimmen. Die Nazipartei war weit und breit die einzige politische Kraft, die als Träger der angestrebten diktatorischen Verhältnisse in Frage kam. Nun erwies sich aber mehr und mehr, daß diese Partei aus eigener Kraft nicht an die Hebel der Macht gelangen konnte. Die monopolkapitalistisch-großagrarische Reaktion mußte feststellen, daß die Demagogie der Faschisten an Wirkung verlor, aber sie war nicht gewillt, dem tatenlos zuzusehen. Sie brauchte die NSDAP und deren abenteuerliche Skrupellosigkeit. Wie keine andere parteipolitische Organisation erfüllte die Nazipartei die auf einen neuen Krieg und auch auf schlimmste Reaktion zielenden Anforderungen des deutschen Monopolkapitals.

Am 19. November 1932 erhielt daraufhin Reichspräsident Hindenburg ein offizielles Schreiben, eine Eingabe mit gewichtigen Unterschriften. Die Chefs der größten Monopolunternehmen hatten unterzeichnet: Kurt von Schröder (vom Kölner Bankhaus Stein), Hjalmar Schacht (langjähriger Reichsbankpräsident), Fritz Thyssen (Chef des riesigen Thyssen-Konzerns), Albert Vögler (Deutsch-Luxemburgische Bergbau- und Hütten-AG/Vereinigte Stahlwerke), August Rosterg (Wintershall AG), Friedrich Reinhart (Commerz- und Privatbank Berlin). Außerdem trug die Eingabe die Unterschriften der Großreeder Kurt Woermann und Beindorff, des Bankiers Kurt von Eichborn, des Reichslandbund-Vorsitzenden Graf Kalckreuth, der Großindustriellen Paul Reusch, Fritz Springorum, Ewald Hecker und vieler anderer Wirtschaftskapitäne.

Gefordert wurde trotz der gestelzten und wohlklingenden Formulierungen nicht mehr und nicht weniger als die Einsetzung einer neuen Reichsregierung, an deren Spitze Hitler zu stehen habe. Er sei der „Führer der größten nationalen Gruppe“, man brauche eine „vom parlamentarischen Parteiwesen unabhängigere Regierung“ und ein neues Kabinett, das „die größtmögliche Volkskraft“ hinter sich bringt. Um Bedenken und Zweifel Hindenburgs gegenüber dem rüpelhaften und ungewöhnlichen Auftreten der Nazis zu zerstreuen, wurde versichert, daß die Faschisten, sobald sie an der Macht seien – „die Schwächen und Fehler, die jeder Massenbewegung notgedrungen anhaften, ausmerzen“ werden.

Schuld des Monopolkapitals

Diese Eingabe zeigt, so deutlich und offen wie eigentlich kaum ein anderes Dokument, in wessen Interesse und Auftrag sechs Wochen später die faschistische Diktatur in Deutschland errichtet wurde. Sie bestätigt vollumfänglich die Einschätzung der Kommunisten über den Klassencharakter des Faschismus, sie widerlegt die billigen Argumente bürgerlicher Ideologen von einst und heute, die das Monopolkapital von seiner schweren historischen Verantwortung freisprechen sollen. Der 19. November 1932 – das war ein Tag mit einer entscheidenden Weichenstellung für den Weg in die grauenvolle faschistische Barbarei und in den zweiten Weltkrieg.

Volkswacht, 17.11.1982, S. 4.

Kriegsspiel gegen die Weimarer Republik

Vor 50 Jahren: Ein General wird Kanzler

Am 25. und 26. November des Jahres 1932 herrschte Hochbetrieb im Reichswehrministerium. Der Plan eines Staatsstreiches wurde – sozusagen als Manöver im Sandkasten – erprobt. Gespannt überprüften die Generäle und Offiziere unter der Leitung der Wehrmachtsabteilung im Ministeramt eine militärfaschistische Variante ihres Kampfes gegen die Weimarer Republik. Die Abschaffung dieser Republik und ihre Ersetzung durch eine offene Diktatur war bereits eine beschlossene Sache, aber es gab noch keine Einigkeit darüber, wie sie am besten, d. h. mit dem geringsten Risiko für die Herrschaft der deutschen Monopolherren und Großgrundbesitzer über die Bühne gebracht werden könnte.

Die Monopole fürchten den Generalstreik

Wie war die Situation? Am 17. November hatte Papen offiziell von der Regierung Abschied nehmen müssen, weil sie der neuen Streikwelle in den Betrieben und des antifaschistischen Massenkampfes nicht mehr Herr werden konnte. Zwei Tage später setzten sich die führenden Monopolisten beim Reichspräsidenten Hindenburg nachdrücklich für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler ein, doch dessen Partei steckte in einer Krise und war mit dem Verlust von zwei Millionen Wählerstimmen belastet. Innere Streitereien rivalisierender Gruppen ließen neue Zweifel an der politischen „Zuverlässigkeit“ der Nazifaschisten aufkommen. Hindenburg und Papen sahen sich vor die Frage gestellt, ob die erstrebte Diktatur nicht auch allein von den Militärs getragen und mit dem schlagartig herbeigeführten militärischen Ausnahmezustand erreicht werden kann.

Um diese Frage ging es beim Planspiel der Reichswehr-Generalität, zu dem die Einladungen bereits am 18. November ergangen waren. Es sollte geklärt werden, ob Reichswehr und Polizei ohne eine direkte Unterstützung durch die faschistischen Terrororganisationen – ja, notfalls auch gegen „unzuverlässige“ Teile der SA – in der Lage sein würden, einen politischen Generalstreik der deutschen Arbeiterklasse abzuwürgen und niederzukämpfen. Mit einem solchen Generalstreik (die Erinnerungen an das Reagieren der werktätigen Massen auf den Kapp-Putsch vor 10 Jahren waren noch recht frisch!) rechnete man auch bei einem neuen Militärputsch und im Falle der Realisierung der von Papen vorgelegten Pläne, das Parlament abzuschaffen, die Weimarer Verfassung außer Kraft zu setzen und alle politischen Organisationen zu verbieten.

Was hinter den Kulissen geschieht ...

Das Risiko, den Übergang in eine faschistische Diktatur mit einem Generalstreik verbunden zu sehen, erschien den Herren Generälen aber doch als viel zu groß. Man wußte nach den für sie bitteren Erfahrungen des Berliner Verkehrsarbeiterstreiks wirklich nicht so recht, wo die Nazianhänger bei einem solchen Streik tatsächlich stehen würden. Und so wuchs die Furcht, „gegen 9/10 des Volkes mit dem MG“ kämpfen zu müssen, wie es General Kurt von Schleicher am Ende des Planspiels resümierte. Der Gedanke an einen Putsch mußte verworfen werden, man sah sich veranlaßt, doch vorwiegend durch politische und soziale Manöver der weiteren Zuspitzung des Klassenkampfes entgegenzuwirken und man orientierte sich nun endgültig auf eine „legale“ Machtübertragung an Hitler.

Da diese nicht sofort möglich war, ernannte Hindenburg schließlich am 3. Dezember den bisherigen Reichswehrminister General Kurt von Schleicher zum neuen Reichskanzlers. Die deutschen Kommunisten sprachen sofort von einem „Übergangskanzler“, von einem Kabinett, das lediglich der Verständigung zwischen den verschiedenen Gruppierungen der Reaktion „zum Kampf gegen die proletarische Einheitsfront“ diene und als „Platzhalterkabinett“ für eine künftige Naziregierung anzusehen sei. Damit war die Funktion der neuen Regierung außerordentlich präzise bestimmt. Hinter den Kulissen wurden tatsächlich die letzten Vorbereitungen zur Errichtung der faschistischen Herrschaft getroffen. Die führende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schrieb am 6. Dezember dazu ganz offen, daß es gelte, „der deutschen Politik eine Atempause von zwölf Wochen zu verschaffen, in der ... zwischen den Inhabern der Gewalt und Hitler verhandelt werden kann“. Am Ende stimmte nur

die Zahl der Wochen nicht, die Drahtzieher benötigten etwas weniger Zeit, um der Weimarer Republik endgültig den Todesstoß zu versetzen.

Die Führung der SPD glaubte allerdings, mit der Einsetzung der Schleicher-Regierung sei die faschistische Gefahr zurückgedrängt worden. Wenige Wochen vor dem Beginn der nazifaschistischen Barbarei schrieb Ernst Heilmann, einer der rechtesten Sozialdemokraten und später selbst ein Opfer der Schergen von Buchenwald, im „Freien Wort“: „Die nationalsozialistische Schneeschmelze ist schon in vollem Gange, und Hitlers letzte trübsinnige Prahlerei lautet nur noch, er werde die Hakenkreuzfahne hochhalten und mit dem Schiff des Nationalsozialismus untergehen, wenn es sinkt.“ Bei dieser Äußerung handelt es sich keineswegs um eine Ausnahme, die Presse der SPD war voll davon. Auch im Neujahrsaufruf des Parteivorstandes für das Jahr 1933 stand der verhängnisvolle Satz, der Hitlerismus habe sich „schon seit längerer Zeit abgewirtschaftet“.

Verblendeter Antikommunismus

Hintergrund dieser Fehleinschätzung, die wesentlich dazu beitrug, die werktätigen Massen über den gefährlichen Charakter der Regierung zu täuschen und die antifaschistische Bewegung nicht weiter zu verstärken, war der Antikommunismus der SPD-Politiker. Sie wollten die Einheitsfront mit der KPD nicht, sie glaubten in krasser Verkennung der Situation, allein mit den Nazis fertig geworden zu sein und auch künftig die antifaschistische Einheit als überflüssig diffamieren zu können. Allein aber die Kraft der Einheitsfront aller Antifaschisten wäre in der Lage gewesen, den Machtantritt des Faschismus zu verhindern.

Volkswacht, 24.11.1982.

Antibolschewistische Liga (AL) 1918-1919

Liga zum Schutze der deutschen Kultur 1919-1925

Während der Novemberrevolution 1918/19 betätigte sich die AL neben einer Vielzahl „antibolschewistischer“ Gruppen als die führende, teilweise auch als koordinierende antikommunistische und antisowjetische Propagandavereinigung des deutschen Imperialismus. Ihr extrem reaktionärer, chauvinistischer und pseudosozialistischer Kurs wies sie zunächst als eine Organisation des frühen Faschismus in Deutschland aus. Sie wandte sich mit zahllosen „Aufklärungs“-Schriften und -Vorträgen hauptsächlich an proletarische und mittelständische Kreise. Ihr Versuch, eine große Partei der Konterrevolution zu schaffen und alle bürgerlichen Parteien zu vereinigen, scheiterte mit der schrittweisen Festigung des bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftssystems der Weimarer Republik. Seit 1919 ergänzte sie ihre antisowjetischen Hetzkampagnen durch größere Aktionen gegen den Versailler Friedensvertrag. Sie „beobachtete“ intensiv die Entwicklung und Tätigkeit der KPD, in deren Reihen sie Spitzel einzuschleusen bestrebt war. Ihr antikommunistisches „Sozialwirtschaftliches Redner-Archiv“ (Sowireda) erhielt hohe Zuwendungen von Unternehmern und von Dienststellen der Reichsregierung. Die Bedeutung der Liga ging nach ihrer Umwandlung im Frühjahr 1919 und vor allem nach 1922/23 zurück. 1925 stellte die Presse der Liga ihr Erscheinen ein. Die Bemühungen, 1927 und 1928 erneut eine AL zu gründen, blieben ergebnislos.

1. Herausbildung und Tätigkeit der AL in den ersten Wochen der Novemberrevolution
2. Das konterrevolutionäre Programm Eduard Stadtlers
3. Der Übergang von der AL zur Liga
4. Die Entwicklung der Liga seit 1920

Quellen und Literatur

Generalsekretär

Eduard Stadtler (1918-März 1919);

Pfarrer Iwan Alexander Schilbach (1919-Januar 1920)

Vorsitzender

Adolf vom Berg (1919-1925)

Organisation

1919: 15 Landes- und 162 Ortsgruppen

1921: 13 Landes- und 300 Ortsgruppen

1923: 8 Landes- und 200 Ortsgruppen

Mitglieder

1920: ca. 30.000-40.000

Tagungen

11.-13.5.1919 in Berlin

23.-24. 4.1920 in Berlin

15.-16.4.1921 in Dresden

28.-29.9.1922 in Erfurt und Eisenach

1.-2.11.1923 in Berlin

Presse

„Antibolschewistische Correspondenz“ (ABC),

ab 1.10.1920: „Nachrichtenblatt über Ostfragen und ihre politisch-wirtschaftlichen Auswirkungen in Deutschland“, Auflage 1920: 6000, Schriftleiter: Heinz Fenner, Abnehmer: 2000 Zeitungen

„Die Liga. Mitteilungsblatt der Liga zum Schutze der deutschen Kultur“, 1920-1925, Schriftleiter: A. vom Berg, Auflage 1922: 10.000

„Die Wirtschaftswarte. Volkswirtschaftliche Zeitungskorrespondenz“, Abnehmer 1922: 1450 Zeitungen

„Die Provinzkorrespondenz“, Abnehmer 1922: 500 Zeitungen

„Unser Volk. Blätter für Politik, Wirtschaft, Kunst“

„Volk und Heimat“, seit 1920

Schriftenreihen

„Revolutionäre Streitfragen“

„Revolutionäre Streitfragen. Neue Folge“

„Revolutions-Flugschriften“

„Revolutions-Flugschriften. Neue Folge“

„Sammlung von Quellen zum Studium des Bolschewismus“

„Beiträge zu den Problemen der Zeit“

„Volkswirtschaftliche Streitfragen“

„Frankreichs Ringen an Rhein und Ruhr“, Hrsg. Hermann Coblenz

„Politische Gespräche. 1. Reihe: Die Schuld am Weltkrieg“, Hrsg. A. Gebhardt

1. Herausbildung und Tätigkeit der AL in den ersten Wochen der Novemberrevolution

Die deutschen Monopolherren, Großgrundbesitzer und Militaristen, die am Ende des Jahres 1918 ihre Macht erschüttert und ernsthaft gefährdet sahen, versuchten mit allen Mitteln, die revolutionäre Bewegung aufzuspalten und dadurch eine Weiterführung der Novemberrevolution zu verhindern. Sie orientierten sich auf die Erhaltung ihrer Macht in der Form einer bürgerlich-parlamentarischen Republik und traten für baldige Wahlen zu einer Nationalversammlung und daher für die Neuformierung der bürgerlichen Parteien ein. Für die Realisierung ihrer konterrevolutionären Taktik schufen sich einflußreiche Kreise des Monopolkapitals jedoch auch eine spezielle Organisation gegen die revolutionärsten Teile der Arbeiterklasse. Von führenden Konzernherren finanziert, entstand am 1. Dezember 1918 die AL. Einen Tag später konstituierte sich das „Generalsekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus“, das die Arbeit der AL leitete. In der Öffentlichkeit fungierte das „Generalsekretariat ...“ teilweise auch als selbständige Organisation. Weiterhin entstanden in der Zeit der Novemberrevolution ein *Deutscher Reichsverband für die geistige Bekämpfung des Bolschewismus*¹, dessen Vorsitz Alexander Georg Graf zu Dohna und Paul von Lettow-Vorbeck übernahmen und der die Zeitschrift „Michel, wach auf“ herausgab, ein *Großdeutscher Volksbund zur Abwehr und zur Bekämpfung des Bolschewismus*², der „Die Volksstimme“ und zahlreiche Flugblätter verbreitete und ebenso wie der von J. Peltzer geleitete *Ausschuß für Volksaufklärung*³ antikomunistische und antisemitische Hetze miteinander verband sowie nach einem „großgermanischen Zukunftsstaat“ strebte.

Gemeinsam war allen diesen Organisationen eine spezifisch antikomunistische und antisowjetische Zielsetzung. Ihre Führer und Mitglieder ließen sich fast ausschließlich von ihrem wütenden Haß gegen die gesellschaftlichen Veränderungen in Sowjetrußland leiten. Sie sprachen der revoluti-

¹ ZStA Potsdam, RMdI Nr. 13318, Bl.90.

² ZStA Potsdam, RMdI Nr. 14200, Bl. 104 ff.

³ Ebenda, Bl. 112 ff.

onären deutschen Arbeiterbewegung jeden nationalen Charakter ab und bezeichneten diese als von einer ausländischen Partei abhängig. In der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und in der Tätigkeit der ersten sozialistischen Staatsmacht liege die alleinige Ursache für die Entwicklung in Deutschland während der Jahre 1917 und 1918.

In der AL, der von Anfang an größten und wichtigsten antikommunistischen Organisation, wuchs Dr. E. Stadtler zur „Schlüsselfigur“⁴ des organisierten Antibolschewismus während der Novemberrevolution empor. E. Stadtler hatte früher der katholischen Gewerkschaftsbewegung angehört und war während des ersten Weltkrieges in russische Kriegsgefangenschaft geraten. Nach Abschluß des Vertrages von Brest-Litowsk wurde er in den Mitarbeiterstab des diplomatischen Vertreters Deutschlands in Moskau aufgenommen, wo er bald als ein fanatischer Antikommunist in Erscheinung trat. An der Seite von Botschafter Karl Helfferich setzte er alle Kräfte für die Verwirklichung eines Planes zum Überfall deutscher Truppen auf Sowjetrußland ein. Nach Deutschland zurückgekehrt, hielt er Vorträge zu den Themen „Der Bolschewismus als Weltgefahr“ und „Der Bolschewismus und das Wirtschaftsleben“. Seine wichtigste Aufgabe sah er – wie die gesamte herrschende Klasse – darin, „Deutschland noch im letzten Augenblick vor dem Hinabgleiten in eine bolschewistisch-marxistische Diktatur des Proletariats zu bewahren“.⁵

Wenige Tage nach dem Ausbruch der Novemberrevolution trug sich E. Stadtler mit dem Gedanken, eine breite antikommunistische Kampagne zu entfalten und eine eigene Organisation zu gründen. Darüber informierte er Generalkonsul Herbert Hauschild und den ehemaligen Botschafter K. Helfferich, der wieder als Direktionsmitglied der Deutschen Bank tätig war. Beide begrüßten den Plan, wollten jedoch nur „aus dem Hintergrund heraus“ helfen. K. Helfferich stellte persönlich eine Telefonverbindung zu Julius Mankiewicz, ebenfalls Direktor der Deutschen Bank, her. Dieser unterstützte sofort die geplante Gründung der AL mit einer Spende von 5000 M. K. Helfferich empfahl ferner, Verbindung mit Friedrich Naumann aufzunehmen, den er als führenden Kopf der im Entstehen begriffenen *DDP* betrachtete. Nach E. Stadtlers Eindruck war F. Naumann froh, „daß sich ein Mann fand, der die Sache in die Hand nahm“.⁶ Aus einem von ihm verwalteten politischen Fonds stellte F. Naumann 3000 M zur Verfügung.

In der AL vereinten sich zunächst Politiker aus unterschiedlichsten Parteien der Bourgeoisie. Sie waren alle wie F. Naumann der Meinung, die „Abwehr des Bolschewismus“ sei „vordringlicher als bürgerliche Parteigründung“.⁷ Von der *DDP* gehörten auch Adolf Grabowsky und Graf Bernstorff zu den Begründern der AL, vom *Zentrum* (Z) bzw. vom *Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands* (GCG) kamen Adam Stegerwald und Franz Röhr. Dem engeren Aktionsausschuß der AL gehörten auch Heinrich Freiherr von Gleichen-Russwurm (vom *Klub der Solidarier*), Cäsar von Schilling (ein baltischer Adliger und Direktor einer Bank), Oskar Müller (von der „Deutschen Zeitung“, einem der Schwerindustrie und dem *Alldeutschen Verband* (ADV) nahestehenden Organ), Siegfried Doerschlag (ein Christlichsozialer, den E. Stadtler aus der Zeit seiner Gefangenschaft in Rußland kannte), Axel Schmidt (ein Baltendeutscher) sowie die beiden Offiziere Fritz Siebel und Momm an.

Das Generalsekretariat gliederte sich zunächst in drei Abteilungen. Die erste sollte alles zugängliche Material über die revolutionäre Arbeiterbewegung und Sowjetrußland sammeln und eine Schriftenreihe „Revolutionäre Streitfragen“ herausgeben. Schon im Dezember 1918 erschienen in dieser Reihe von E. Stadtler „Der Bolschewismus und seine Überwindung“ sowie „Der Bolschewismus und das Wirtschaftsleben“ mit einer Massenauflage von 50.000 bzw. 100.000 Exemplaren. Bis März 1919 umfaßte die Reihe bereits 14 Hefte, in denen von einer „Asiatisierung Europas“, vom „Imperialismus der Bolschewiki“, von den „Despoten der Sowjetrepublik“ und „bolschewisti-

⁴ Gewalten und Gestalten. Miniaturen und Porträts zur deutschen Novemberrevolution 1918/19, Leipzig – Jena – Berlin 1978, S. 300.

⁵ Eduard Stadtler: Als Antibolschewist 1918/19, Düsseldorf 1935, S. 12 f.

⁶ Ebenda.

⁷ Zit. in: Günter Fischenberg: Der deutsche Liberalismus und die Entstehung der Weimarer Republik. Die Krise einer politischen Bewegung, phil. Diss., Münster 1958, S. 16.

schen Weltherrschaftsplänen“ gesprochen wurde. Der dafür verantwortliche Leiter der ersten Abteilung (die sich als „Wissenschaftliche Abteilung“ bezeichnete!), C. von Schilling, war gleichzeitig für das Archiv und den Verlag der AL verantwortlich.

Unter der Leitung von S. Doerschlag stand die zweite Abteilung, deren Aufgabe es war, Flugblätter und Plakate zu verbreiten. Außerdem sollte sie die Gründung von Geschäftsstellen der AL in Deutschland und in anderen Ländern vorbereiten. Bis Ende Januar 1919 konnte die AL organisatorisch in Bremen, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Essen, Halle, Hamburg, Königsberg und Leipzig Fuß fassen. Die Presseabteilung unter H. Fenner belieferte die Presseorgane der deutschen Bourgeoisie mit „Nachrichtenmaterial“ über Ereignisse in Sowjetrußland. Sie gab die „Antibolschewistische Correspondenz“ heraus, die seit dem 15. Dezember 1918 drei- bis viermal wöchentlich in hohen Auflagen erschien. Ihr Material diente auch der systematischen Ausbildung von Agitatoren und Rednern der AL. Kurze Zeit später entstand noch eine vierte Abteilung.

F. Siebel organisierte sie als Nachrichten- und Spionagedienst sowie als eine Art militärischer Schutztruppe der AL. Diese Abteilung hielt Verbindung zur politischen Polizei und zu einzelnen Einrichtungen des Heeres. Sie baute einen Apparat zur Bespitzelung der KPD auf.

2. Das konterrevolutionäre Programm Eduard Stadtlers

Um die Jahreswende 1918/19 verstärkte die Konterrevolution ihre Aktivitäten, um die revolutionären Kräfte militärisch niederzuwerfen. Dies sollte noch vor den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 erfolgen. Angesichts des Widerstandes der Arbeiterklasse, der sich besonders in den Berliner Januarkämpfen zeigte, drängte E. Stadtler auf neue, wirksamere Aktionen der AL sowie auf eine größere finanzielle Unterstützung durch die Monopolbourgeoisie. Er verhandelte am 9. Januar 1919 mit Gustav Noske, den er zu einem „entscheidenden“ militärischen Schlag gegen die Berliner Arbeiter veranlassen wollte. In G. Noske glaubte er, trotz dessen Zugehörigkeit zur SPD, den möglichen Diktator des über die Revolution siegenden Staates gefunden zu haben. E. Stadtler führte am 7. Januar 1919 auch ein Gespräch mit Major Gibson von der britischen Militärmission in Berlin, um die Unterstützung der Siegermächte für die antikommunistischen Aktionen zu gewinnen.

Hauptsächlich versuchte E. Stadtler jedoch, die führenden Angehörigen der deutschen Monopolbourgeoisie selbst zu mobilisieren. Er regte bei K. Helfferich an, einige Monopolherren zu einer Versammlung nach Berlin zu rufen. Auf telegrafische Einladung von J. Mankiewicz hin erschienen am 10. Januar 1919 etwa 50 Monopolkapitalisten. Unter ihnen befanden sich Hugo Stinnes, Albert Vögler, Ernst von Borsig, Carl Friedrich von Siemens, Ludwig Deutsch, Arthur Salomonsohn und Otto Henrich. In einer zweistündigen Rede schilderte E. Stadtler die Gefahren, die durch den „Bolschewismus“ für die deutsche Wirtschaft heraufbeschworen worden seien und schlug entschiedene Gegenmaßnahmen vor. Im Anschluß daran erklärte H. Stinnes, jede Diskussion sei „überflüssig“ und fügte hinzu: „Ich teile in jedem Punkte die Ansichten des Referenten. Wenn die deutsche Industrie-, Handels- und Bankwelt nicht willens und in der Lage (ist), gegen die hier aufgezeigte Gefahr eine Versicherungsprämie von 500 Millionen Mark aufzubringen, dann sind sie nicht wert, deutsche Wirtschaft genannt zu werden.“ Sein Vorschlag wurde angenommen, so daß für den Kampf gegen die Kommunisten eine nahezu unbegrenzte Summe an Geldern zur Verfügung stand.⁸ Seine beim Berliner Treffen von Monopolherren verkündete Linie fand E. Stadtler 5 Tage später auch bei einer Veranstaltung im Stahlhof zu Düsseldorf bestätigt, an der neben H. Stinnes und A. Vögler auch Emil Kirdorf, Paul Reusch, Fritz Springorum und Fritz Thyssen teilnahmen.

Mit diesen Geldmitteln versuchten die AL und andere Organisationen, das Programm des deutschen Imperialismus für die Nachkriegszeit mit ihren spezifischen Mitteln durchzusetzen. Dieses Pro-

⁸ E. Stadtler: Als Antibolschewist, S. 46 ff. Ob die von Stinnes genannte Summe tatsächlich in voller Höhe aufgebracht und von Stadtler nur für die AL verwandt worden ist, muß noch von der Forschung geklärt werden. Die Frage ist jedoch von untergeordneter Bedeutung, da die AL auf jeden Fall reichlich Geld zur Verfügung hatte. Siehe Wolfgang Ruge: Monopolbourgeoisie, faschistische Massenbasis und NS-Programmatik in Deutschland vor 1933. In: Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik. Hrsg. Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweiler, Berlin 1980, S. 131 f.

gramm sah vor: „1. Befreiung Rußlands von der bolschewistisch-terroristischen Anarchie; 2. Rettung Deutschlands vor der bolschewistischen Anarchie; 3. Schutz und Rettung der Entente vor den revolutionär-anarchistischen und bolschewistischen Zersetzungserfolgen des Weltkrieges.“⁹ Zu seiner Realisierung verkündete E. Stadtlter einen entsprechenden antiparlamentarischen Weg über die „nationale Konzentration von unten oder einer Diktatur von oben ...“, d. h. über die Beseitigung des in der Revolution geschaffenen bürgerlich-demokratischen Staates und seine Ablösung durch die Diktatur „eines parteifreien starken Mannes ...“.¹⁰

Nach Meinung E. Stadtlters sollten noch unmittelbar vor den Wahlen zur Nationalversammlung die bekanntesten Führer der revolutionären Arbeiterbewegung ermordet werden. In ihrem Wirken sah er „Umsturz- und Zusammenbruchsgefahren“. Bei den Absprachen zwischen ihm, F. Siebel, Waldemar Pabst (Stabschef der Gardekavallerie-Schützendivision) und Heinz Pflugk-Hartung (Adjutant von W. Pabst) vertrat er den Standpunkt, wenn „auf unserer Seite vorerst keine Führer zu sehen seien, dann dürfe wenigstens die Gegenseite auch keine haben“. Offensichtlich nahm die AL einen größeren Anteil an der Organisation der Mordaktion, der am 15. Januar 1919 Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Opfer fielen, als bisher bekannt ist. Die Aktionen der revolutionären Arbeiterbewegung vom Frühjahr 1919 kommentierte E. Stadtlter triumphierend: „Es war aber nur noch ein ohnmächtig verzweifelter Ringen ohne Führung.“¹¹

Im Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung verfolgte die AL das Ziel, eine antikommunistisch und chauvinistisch verhetzte Massenbewegung aufzubauen. Sie verstand sich selbst als Rahmen- und Dachorganisation aller antikommunistisch orientierten Organisationen. E. Stadtlter bemühte sich um ihre Umwandlung in eine konservativ-christliche bzw. nationalsozialistische Partei, die eine einheitliche und alle taktisch bedingten Richtungskämpfe überwindende Partei der Bourgeoisie darstellen sollte. Er erklärte, die seit November/Dezember 1918 in Deutschland existierenden bürgerlichen Parteien seien auch nach ihren „ganz minderwertige(n) taktische(n) Änderungen“ während der ersten Revolutionswochen dem „Bolschewismus“ weder innen- noch außenpolitisch gewachsen. Seine Forderung sah die Umwälzung des gesamten Parteiwesens vor, d. h. vor allem die Bildung einer großen, einheitlichen Partei der gesamten Konterrevolution.¹²

Einen wichtigen Ausgangspunkt dieser Forderung bildeten die Überlegungen einiger extrem reaktionärer Ideologen, daß auf die Dauer gesehen eine rein negierende Hetze sowie ein lediglich defensiv geführter Kampf gegen die revolutionären Kräfte ihre Wirkung verfehlten, wenn die Parteien des Monopolkapitals nicht ein eigenständiges massenwirksames Programm entwickelten und mit einer politisch-ideologischen Offensive begannen. In diesem Sinne hatte Arthur Moeller van den Bruck sogar die Revolution bejaht, weil er sie mit Hilfe einer geschlossenen imperialistischen Weltanschauung „zu gewinnen“ hoffte.¹³ E. Stadtlter formulierte: „Wir müssen all das, was Deutschland in der Vergangenheit großgemacht hat – und davon steckt auch viel im konservativen Preußen –, verbinden mit dem, was das Lebendigste ist an der deutschen und an der russischen Revolution: das ist der sozialistische Gedanke, damit durch die Zusammenfassung dieser beiden Grundgedanken die deutsche Revolution etwas Eigenartiges nach dem Osten und nach dem Westen darstellt.“¹⁴

An anderer Stelle wurde von der AL demagogisch behauptet: „Die Arbeiterkreise sollten wissen, hören und erleben, daß unser Antibolschewismus unter keinen Umständen nur negativ sei oder gar eine Spitze gegen die Arbeiterschaft enthalte.“¹⁵ E. Stadtlter betrachtete sein Programm als das einer

⁹ E. Stadtlter: Bolschewismus und Weltgefahr. Vorträge, Düsseldorf 2./1934, S. 240 f.

¹⁰ E. Stadtlter: Die Weltkriegsrevolution. Vorträge (Mein Aktionsprogramm), Leipzig 1920, S. 221 f.

¹¹ E. Stadtlter: Als Antibolschewist, S. 51 ff.

¹² E. Stadtlter: Die Revolution und das alte Parteiwesen, Berlin 1919, S. 4 ff. Siehe dazu auch Manfred Weißbecker: Zur Herausbildung extrem antikommunistischer Organisationen und der „antibolschewistischen“, Propaganda in Deutschland während der ersten Jahre nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. In: WZ Jena, 4/1967, S. 491 ff.

¹³ Arthur Moeller van den Bruck: Das dritte Reich. Hrsg. Hans Schwarz, Hamburg 3./1932, S. 12.

¹⁴ E. Stadtlter: Der kommende Krieg – bolschewistische Weltrevolutionspläne, Berlin 1919, S. 15.

¹⁵ E. Stadtlter: Als Antibolschewist, S. 76 f.

„nationalsozialistischen Vereinigung“, als das einer „Partei der Zukunft“, in der alle alten Parteien eingeschmolzen werden.¹⁶ Die skrupellosen Verleumdungen gegenüber dem Sowjetstaat und der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung verband er mit faschistischer Sozialismus-Demagogie. Er sprach von einer „sozialistischen Zukunft“ und versuchte die Arbeiterklasse glauben zu machen, die Großindustriellen wären bereit, gemeinsam mit ihr einen „Deutschen Sozialismus“ aufzubauen. In diesem Sinne trat er am 27. Januar 1919 vor etwa 5000 Arbeitern der Berliner Borsig-Werke auf, wobei er sich gegen den „Herr-im-Hause“-Standpunkt der Unternehmer wandte und den Rätegedanken positiv nannte.

3. Der Übergang von der AL zur Liga

Zu diesem Zeitpunkt ging jedoch den Geldgebern der AL das Spielen mit dem Rätebegriff und die Sozialismus-Demagogie zu weit. Die Warnungen E. Stadtlers vor einem unmittelbar bevorstehenden Sieg der Kommunisten erwiesen sich als haltlos; in den Januarkämpfen waren die Berliner Arbeiter niedergeworfen worden, am 19. Januar 1919 hatten die bürgerlichen Parteien die Wahlen zur Nationalversammlung zu ihren Gunsten entscheiden können. Die imperialistische Bourgeoisie begann mit dem schrittweisen Ausbau ihrer Klassenherrschaft in Form einer bürgerlich-parlamentarischen Republik. An E. Stadtler erfolgte daher eine Einladung zu einem Gespräch mit den Finanziers der AL und den Verwaltern des berüchtigten Antibolschewistenfonds. In Anwesenheit von E. von Borsig, A. Salomonsohn, C. F. von Siemens und H. Stinnes wurde er von L. Deutsch mit den Worten empfangen: „Wir haben gehört, daß Sie als Führer der Antibolschewistischen Liga den Rätegedanken propagieren, statt ihn zu bekämpfen.“ Damit errege er „die größte Unruhe in Arbeiterkreisen“. Nach der Erläuterung des demagogischen Wesens seiner Überlegungen, daß es entscheidend sei, wer die Führung der Arbeiterräte in den Händen habe, stimmte H. Stinnes zu: Wenn „der Arbeitergedanke so aufgefaßt wird, ... dann ist er zweifellos ein gesunder Gedanke“.¹⁷

Als E. Stadtler Anfang März 1919 sein „Aktionsprogramm zur Überwindung der bolschewistischen Anarchie“¹⁸ verbreitete, geriet er in offenen Gegensatz zu den meisten seiner Geldgeber. Seine Forderungen nach einer Neugestaltung des bürgerlichen Parteienwesens, nach einem rigorosen Bruch mit der Politik einer Koalition zwischen den bürgerlichen Parteien und der SPD, nach Aufkündigung des am 15. November 1918 abgeschlossenen Arbeitsgemeinschaftsabkommens zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften, nach dem Abbruch der Friedensverhandlungen mit den Westmächten sowie nach einer Verankerung des Rätegedankens in der Verfassung der Weimarer Republik führten zu offenen Auseinandersetzungen um Funktion und Weiterentwicklung der AL. E. Stadtler forderte: „Der Wille zur Rettung der deutschen Heimat muß von oben her in der Nationalversammlung, wie von unten her durch Bildung von lokalen Aktionsausschüssen zum Schutze der deutschen Kultur gegen Terror und Anarchie sich so stark durchsetzen, daß der Nationalgedanke von diesem starken Willen wieder neubelebt wird. Gelingt es nicht, dieses oder ein ähnliches frei von Parteischablone bleibendes Aktionsprogramm über alle Parteiedanken hinweg schnellstens zu verwirklichen, so wird der Bürgerkrieg noch wilder toben als bisher.“¹⁹

Seine Einschätzung, daß in Deutschland bereits zu neun Zehnteln „bolschewistische Zustände“ herrschten, ging an der Realität weit vorbei. Eine AL, die auf solchen Positionen stand, konnte nicht mehr dem Gesamtinteresse der herrschenden Klasse dienen. Dennoch waren einflußreiche Kreise nach wie vor an der Existenz einer schlagkräftigen Organisation wie der AL mit ihrer spezifischen Zielstellung interessiert.

Ende März 1919 mußte E. Stadtler als Leiter der AL zurücktreten. Diese wurde in die Liga zum Schutze der deutschen Kultur umgewandelt. In den Diskussionen über die Frage, wie „tatsächlich dem Bolschewismus Anhänger zu entziehen“ seien, stellten sich einflußreiche Kreise auf den Stand-

¹⁶ Ebenda, S. 28.

¹⁷ Ebenda, S. 70 f.

¹⁸ E. Stadtler: Die Weltkriegsrevolution, S. 205 ff.

¹⁹ ZStA Potsdam, NL Friedrich Naumann, Nr. 14, Bl. 193.

punkt, daß zwar auch eine Organisation mit überparteilichem Charakter, vor allem aber eine „entschlossener Handhabung der Staatsgewalt“ notwendig sei.²⁰ Ausführlich erläuterte F. Naumann die Gründe seines Ausscheidens aus der AL, als er am 17. März 1919 an E. Stadtler schrieb und dessen Forderung nach Abschaffung der alten bürgerlichen „Parteischablone“ ablehnte: „In ein Parlament kann man nur gehen, wenn man nach parlamentarischer Methode arbeiten will. Diese letztere Methode ist nun offenbar bei Ihnen und Ihren Freunden vom Solidarierprogramm stark in Mißkredit gekommen. Ich nehme es nicht tragisch, wenn jüngere Kreise, die erst in die Politik hineintreten wollen, sich als Reformatoren des Parteiwesens ankündigen. Nur glaube ich, vorher sagen zu können, daß man zwar im Laufe der Zeit Personen und Ideen ändern kann, aber sehr wenig an dem, was von Ihnen die Mechanik des Parteiwesens bezeichnet wird. Der von Ihnen hervorgehobene Führergedanke läßt sich auf Grund demokratischer Wahlrechte gar nicht anders verwirklichen als durch Gestaltung von Parteien.“

Daran schloß F. Naumann den folgenden Gedanken an, der für die Beurteilung des Problems der Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen bürgerlichen Organisationen wichtig ist: „Im übrigen hat mir manches am Solidarierprogramm recht gut gefallen und wird gewiß im ganzen vorteilhaft wirken können. Mein Satz von der Unvermeidlichkeit der Parteimechanik bedeutet nicht, daß man freie Nebenbewegungen von vornherein mißachten oder bekämpfen soll.“²¹

Während E. Stadtler über seine „Vereinsamung“ in der AL klagte²², setzten sich mit C. von Schilling, A. vom Berg und I. A. Schilbach Kräfte durch, die bereit waren, die AL den neuen Forderungen ihrer Geldgeber völlig unterzuordnen. Sie änderten das Firmenschild, weil der Name „Antibolschewistische Liga“ nach dem Zeugnis E. Stadtlers²³ auf die proletarischen Massen aufreizend wirkte. Zwar blieb in der neuen Liga zum Schutze der deutschen Kultur der Kampf gegen den „Bolschewismus“ die entscheidende Grundlage, doch hatte sie damit ihre faschistischen Positionen aufgegeben. Der Kampf wurde nunmehr „vor allem von bürgerlich-parlamentarischen Positionen aus geführt und noch nicht mit für zweiseitig geltenden Alternativlösungen wie dem ‚National-Sozialismus‘ verbunden“.²⁴

Die Liga stellte sich bald offen auf den Boden der Weimarer Verfassung und wandte sich verstärkt der chauvinistischen „Aufklärung über Versailles“²⁵ sowie der Propagandatätigkeit auf wirtschaftspolitischem und kulturellem Gebiet zu. Über den „Schutz der deutschen Kultur“ – was begrifflich von der Liga niemals konkret erläutert wurde – wollte sie einen Beitrag „zur sittlichen Erneuerung unseres Volkes, zum staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des Vaterlandes“ leisten. Dies bestimmte ihre programmatischen „Grundgedanken“, in denen es u. a. hieß:

„Wir wollen den Zusammenschluß derer fördern, die in sittlichem Ernst und persönlichem Verantwortungsgefühl jedes einzelnen dem Volksganzen gegenüber den wichtigsten Grundstein zum geistigen und wirtschaftlichen Wiederaufbau erkennen.

Wir wollen von Schlagworten zur nüchternen Sachlichkeit, von stimmungsmäßiger Kundgebung zu bewußter Arbeit, vom Straßenleben zurück ins Familienleben führen.

Wir wollen die Parteigegensätze in ihrer unsachlichen Schärfe überbrücken, indem wir auf dem neutralen Boden der Liga eine Annäherung der Parteigegner und den Gedanken der überparteilichen Arbeitsgemeinschaft auf allen Tätigkeitsgebieten fördern.

Wir wollen durch Vermittlung sachlicher Kenntnisse über das Staats- und Wirtschaftsleben und dessen Bedingungen die Erkenntnis wecken, daß alle Teile unseres Volkes auf gegenseitiges Wohlergehen angewiesen sind.

²⁰ Ebenda, Nr. 13, Bl. 17 f. Brief von Hans Arnold an F. Naumann vom 17.2.1919.

²¹ Ebenda, Nr. 14, Bl. 194.

²² Ebenda, Bl. 188.

²³ Ebenda, Bl. 189.

²⁴ Joachim Petzold: Konservative Theoretiker des deutschen Faschismus. Jungkonservative Ideologen in der Weimarer Republik als geistige Wegbereiter der faschistischen Diktatur, Berlin 1978, S. 52.

²⁵ ZStA Potsdam, RKO, Nr. 471, Bl. 13 ff.

Wir wollen mit allen Kräften den geistigen Kampf führen gegen den von Grund aus antisozialen Materialismus, in welcher Form er immer sich äußern möge: in Schiebertum, brutalen Gewaltakten und unsinnigen Eingriffen in unser Staats- und Wirtschaftsleben, in kulturwidrigem Protzentum.

Wir wollen vor Hetzreden und doktrinären Utopien warnen, die mit wirklichkeitsfremden Schlagworten zu gewaltsamem Umsturz und gewagten Experimenten verleiten möchten; denn der vollständige Zusammenbruch unseres gesamten Wirtschafts- und Kulturlebens wäre die Folge solcher Versuche; die Erfahrungen anderer Staaten erbringen hierfür den sachlichen Nachweis.“²⁶

4. Die Entwicklung der Liga seit 1920

Nach den inneren Auseinandersetzungen vom Frühjahr 1919 vermochte sich die Liga vor allem im Jahre 1920 wieder zu stabilisieren und eine umfangreiche Tätigkeit zu entfalten. Sie baute 15 Landesgruppen (Brandenburg, Bremen und Oldenburg, Frankfurt [Main], Halle, Hamburg, Hessen-Nassau, Leipzig, Magdeburg, Mecklenburg, Sachsen und Reuß, Schlesien, Südwestdeutschland, Thüringen, Westfalen, Württemberg) mit 162 mehr oder weniger stabilen Ortsgruppen auf, wobei kein allzu fester organisatorischer Rahmen angestrebt wurde. Allein in Hessen und Hessen-Nassau soll es 20.000 Mitglieder gegeben haben; andere Zahlen wurden nicht veröffentlicht.²⁷

Aus den Angaben über die Orte, in denen die Liga ihre umfangreiche Vortragstätigkeit entfaltete, ist zu erkennen, daß sie nur wenige große Veranstaltungen in Berlin, dafür aber zahlreiche in mittleren und kleineren Städten durchführte. Im Durchschnitt sollen die Veranstaltungen ca. 200 Teilnehmer angezogen haben. Ihre Ausstellungen sollen in den Kleinstädten jeweils von 30% der Bevölkerung besucht worden sein.²⁸ Im Jahre 1920 führte die Liga auch 230 volkswirtschaftliche Bildungskurse für ihre Mitglieder durch. Sie galten auch als „Rednerkurse“, dauerten 2 bis 4 Monate und wurden von 20.000 Teilnehmern besucht.²⁹

Bis Ende 1922 führte die Liga insgesamt ca. 9000 Veranstaltungen durch.³⁰

Der Kulturliga-Verlag erweiterte 1920 seine Produktion in vielfältiger Weise. Er brachte 19 anti-kommunistische Broschüren in 231.150 Exemplaren heraus, legte Neuauflagen von 16 weiteren Broschüren mit 93800 Exemplaren vor und verbreitete im Jahre 1920 insgesamt 1.821.397 Flugblätter und Plakate. Unter dem Titel „Weltkriegsrevolution“ veröffentlichte der Verlag eine „zeitgemäße überarbeitete Ausgabe der Stadtlerischen Vorträge“ und pries diese als „vortreffliches geistiges Rüstzeug zur Bekämpfung der ständig zunehmenden Radikalisierung“. ³¹ Die Liga stellte auch einen Propaganda-Film mit dem Titel „Kohlennot und Friedensvertrag“ her, von dem sie 24 Kopien in Umlauf brachte.³²

Die umfangreiche Tätigkeit der Liga wäre ohne großzügige Spenden aus privaten und regierungsamtlichen Fonds nicht möglich gewesen. Als die Liga im Sommer 1919 beantragte, öffentliche Werbung von Mitgliedern und Sammlungen von Geldmitteln durchführen zu dürfen, stimmte der Berliner Polizeipräsident zwar zu, sprach jedoch gleichzeitig die Empfehlung aus, „die Verwaltungskosten herabzumindern“ und erklärte: „Die drei Vorstandsmitglieder, Bankdirektor Cäsar von Schilling, Syndicus Adolf vom Berg und Direktor Paul Herfurt, beziehen ein monatliches Gehalt von 750 M und 250 M Teuerungszulage, während die in 22 Städten bestehenden Sektionen monatlich 750 M erhalten.“³³

Zwischen der Liga und einigen Führern der Reichswehr bestanden enge Beziehungen. Mehrfach wurde die Tätigkeit der Liga gelobt, so beispielsweise in einem Bericht des Generalkommandos des II. Armeekorps vom 9. April 1919 aus Stettin, in dem es hieß: „In Stettin besteht ein Verein zur Be-

²⁶ Die Liga, Nr. 1 vom Januar 1921, S. 6.

²⁷ Die Liga, Nr. 4 vom April 1921, S. 42.

²⁸ Die Liga, Nr. 2 vom Februar 1922, S. 17.

²⁹ Die Liga, Nr. 4 vom April 1921, S. 43 f.

³⁰ ZStA Potsdam, RKO Nr. 471, Bl. 14.

³¹ Antibolschewistische Correspondenz (ABC), Ausgabe B, Nr. 60 vom 28.4.1920, S. 4.

³² Ebenda, S. 44.

³³ ZStA Potsdam, RMdI Nr. 13318, Bl. 91.

kämpfung des Bolschewismus. Er arbeitet durch Mundpropaganda, so wie O. H. L. es wünscht, und versucht, bis in die kleinsten Orte vorzudringen. Ich habe den Verein gebeten, mit allen Offizieren enge Fühlung zu halten.“³⁴ In einem Brief an seine Frau formulierte General Wilhelm Groener am 17. Mai 1919 offenherzig, E. Stadtler schreibe „gegen Spartakus im Auftrag der Regierung und von uns“ und kündigte dessen Besuch in der OHL an.³⁵ Am 9. Dezember 1919 übermittelte die Liga dem Reichsinnenminister Erich Koch ein Schreiben, in dem es hieß: „Die Tätigkeit der Liga wurde bereits von vielen militärischen Stellen, die dem Herrn Reichswehrminister unterstehen, lobend anerkannt. An eine größere Anzahl Reichswehrformationen wird schon regelmäßig das Schriftenmaterial geliefert ... Es wird beabsichtigt, unsere ohne Zweifel auf die Gesinnung der Mannschaften aufklärend wirkenden Schriften nunmehr auch bei den Ew. Excellenz unterstellten Sicherheitsbataillonen teils gratis, teils gegen Bezahlung zu verbreiten.“³⁶

In Dresden schuf sich die Liga eine „Sonderstelle F“. Ihre Aufgabe bestand darin, Material über die französische Fremdenlegion zu sammeln und deren Werbetätigkeit in Deutschland bloßzustellen. Unter der Leitung Ferdinand von Papens organisierte die „Sonderstelle F“ insbesondere im Jahre 1922 zahlreiche Veranstaltungen für Schüler oberer Klassenstufen. Über sie knüpfte die Liga auch Verbindungen zur $\uparrow$ DVP und zur $\uparrow$ DNVP sowie zur Reichszentrale für Heimatdienst. Die „Aufklärung“ über die Fremdenlegion war ein Teil der Propaganda, die die Liga gegen den Versailler Vertrag betrieb. Neben der Durchführung von Vortragsveranstaltungen galt die Aufmerksamkeit dem Aufbau größerer revanchistischer Ausstellungen. Von Juni 1921 bis Ende 1922 zeigte die Liga beispielsweise in 80 Städten die Ausstellung „Deutschland und der Friedensvertrag“. 1923 brachte sie sogar zwei Ausstellungen zustande: „Ruhr, Rhein und Saar im Abwehrkampf“ und „Ruhrnot-Ruhrstolz“, von denen die letztere gemeinsam mit den *Reichsverband der Rheinländer* und dem $\uparrow$ *Bund der Saarvereine (BSv)* organisiert wurde.³⁷

Vordergründig unterstützte die Liga die „Erfüllungspolitik“, die Teile der deutschen Monopolbourgeoisie gegenüber den Reparationsforderungen der Entente betrieben. Sie zielte dabei nicht nur gegen den äußeren Feind: „Alle die, die in der Friedensvertragsaufklärung nur außenpolitische Bildung sehen, haben die harte Notwendigkeit der Zeit noch nicht erfaßt. Friedensvertragsaufklärung ist - *Einhämmern* und *Härten* des Willens zur Selbstbehauptung. Dies ist zur Zeit die wichtigste Aufgabe *aller* Parteien und *aller* überparteilichen wirtschaftlichen Organisationen.“³⁸ Ihre Anti-Versailles-Propaganda richtete sich in erster Linie gegen die deutsche Arbeiterklasse, der es – wie A. vom Berg schrieb – an „allen psychologischen Grundlagen zu einer echten Gemeinschaftsgesinnung und Gemeinschaftsbereitschaft“ fehle.³⁹ Dies zeigte sich auch in den heftigen Auseinandersetzungen der Liga mit den sog. Nationalbolschewisten um Professor Paul Eltzbacher in der DNVP, in denen ständig die Prophezeiung vom baldigen und vollständigen Bankrott Sowjetrußlands ausgesprochen wurde. Man brauche in Deutschland eine „Volksgemeinschaft“, die sich gleichermaßen gegen den äußeren wie gegen den „inneren Feind“ zu wehren habe.⁴⁰

Je stärker die KPD hervortrat und sich zur revolutionären Massenpartei entwickelte, desto intensiver wurden die Bemühungen der Liga, die deutschen Kommunisten zu diffamieren und aktiv zu bekämpfen. 1921 rühmten einige Liga-Vertreter in ihren Erinnerungen an die Zeit der Novemberrevolution, ihre Organisation habe 1918/19 den „Straßen- und Wirtschaftsbolschewismus zurückgedrängt und gehemmt“; sie setzten jedoch unmittelbar hinzu, daß er leider immer noch nicht „überwunden“ sei.⁴¹ Die Liga verlegte sich daher verstärkt auf die Einschleusung von Spitzeln in die Rei-

³⁴ Zit. in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. Militär und Innenpolitik 1918-1920. Bearbeitet von Heinz Hürten, Düsseldorf 1977, S. 89

³⁵ Zit. in: Ebenda.

³⁶ ZStA Potsdam, RMdI Nr. 13 318, Bl. 260.

³⁷ Ebenda, Bl. 265.

³⁸ Die Liga, Nr. 7/8 vom Juli/August 1921, S. 74.

³⁹ Die Liga, Nr. 1 vom Januar 1922, S. 2.

⁴⁰ Die Liga, Nr. 7/8 vom Juli/August 1921, S. 73.

⁴¹ Die Liga, Nr. 1 vom Januar 1921, S. 1.

hen der KPD. Sie aktivierte 1924 die Tätigkeit des Sowireda, das etwa 70 Mitglieder umfaßte und allein aus Berliner Unternehmerkreisen einen jährlichen Zuschuß von 40.000 RM erhielt.⁴² Am 24. Mai 1925 enthüllte die „Rote Fahne“ das Treiben dieser antikommunistischen Organisation, was zu einer weitgehenden Lähmung des Sowireda führte. Ein Versuch seines Leiters, Kapitän a. D. von Pustau, im Frühjahr 1928 eine „Antira“ (Antiradikale Liga) zu schaffen, schlug fehl. Ebenso scheiterten 1927 die Bemühungen anderer Kreise, in Anlehnung an die Reichszentrale für Heimatdienst eine neue AL ins Leben zu rufen.⁴³ In den Jahren 1927 bis 1929 war lediglich eine Landesgruppe Westdeutschland der Liga tätig. Sie führte ca. 500 Veranstaltungen durch.⁴⁴ Ob sich die Reste der Liga an der Gründung des *Bundes zum Schutze der abendländischen Kultur*, die am 14. März 1930 auf Initiative des ↑ *Deutschen Herrenklubs (DHK)* und einer Reihe führender Monopolherren erfolgte⁴⁵, beteiligten oder dessen Tätigkeit unterstützten, konnte nicht ermittelt werden.

Am Ende des eigenen Entwicklungsweges, das sich bereits mit dem Übergang zur Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus deutlich abgezeichnet hatte, stand jedoch das Eingeständnis, im Kampf gegen die KPD so gut wie nichts erreicht zu haben. Diese sei, so stellte A. vom Berg 1924 fest, nicht „nur Partei“, sondern auch eine „die Massen nicht nur mit dem Stimmzettel erfassende soziologische Machtgruppe.“⁴⁶ Die KPD sei durch ihre neue Gewerkschaftspolitik und ihre intensive Arbeit in den Betrieben „gefährlicher geworden“.⁴⁷ Dem setzte die Liga ihren „Ruf nach klarer Führung“ entgegen, der die Politik der Bürgerblock-Regierung unterstützte und die Positionen der DNVP zu stärken trachtete. In diesem Zusammenhang beklagte die Liga auch den Kampf der *Komintern* und der KPD gegen den Faschismus, den sie als eine Äußerung „kraftvoller nationaler Gesinnung und Würde“ pries.⁴⁸ Enttäuscht zeigte sie sich vom Scheitern des Hitler-Putsches sowie von den sog. parlamentarischen Bemühungen Mussolinis im Jahre 1924.⁴⁹

Der Übergang E. Stadtlers von der DNVP zur ↑ NSDAP, den er im Mai 1933 vollzog, war in vieler Hinsicht für die Entwicklung und die Bedeutung der Liga typisch. Diese Organisation zielte von Anfang an auf den Untergang der Weimarer Republik, auf die Errichtung einer offenen Diktatur sowie auf die Beseitigung aller sozialen und politischen Errungenschaften der revolutionären Arbeiterbewegung. E. Stadler hielt am 17. Februar 1933 im Berliner Rundfunk einen Vortrag, in dem er erklärte: „Will man die geistige Wurzel des heutigen Kabinetts bloßlegen, dann muß man sie in der antibolschewistischen Kampfbewegung des Winters 1918/19 sehen ... Die Soldaten der antibolschewistischen Zeit sind die eigentlichen Väter der neuen Regierungsmacht.“⁵⁰ AL und in gewisser Weise auch die Liga können tatsächlich ebenso wie der *Bund zum Schutze der abendländischen Kultur* und andere antibolschewistische Organisationen als Wegbereiter der faschistischen Diktatur, aber auch als Vorläufer des *Gesamtverbandes deutscher antikommunistischer Vereinigungen* gelten, der im Mai 1933 von den Nazifaschisten ins Leben gerufen und Ende 1933 in *Antikomintern* umbenannt wurde. Diese war jedoch eine getarnte staatliche Institution und dem Goebbels-Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda direkt angeschlossen. Sie wurde von Eberhard Taubert geleitet, der einen umfangreichen antisowjetischen Hetz- und Spionageapparat aufbaute und die Durchführung eines „Antikommunistischen Weltkongresses“ anstrebte bzw. eine antikommunistische

⁴² ZStA Potsdam, RKO Nr. 471, Bl. 71.

⁴³ ZStA Potsdam, RKO Nr. 445, Bl. 5 f.

⁴⁴ BA Koblenz, Deutsches Auslands-Institut, Nr. 1044/30. Von den 251 Vorträgen, die in der Zeit von Juni 1927 bis Mai 1928 gehalten wurden, galten 14 (8,1%) allgemeinen politischen Themen, 7 (4,1%) der Kriegsschuldfrage, 21 (12,2%) kulturellen Fragen, 47 (27,3%) volkswirtschaftlichen Problemen und 83 (48,3%) der direkten antikommunistischen Hetze.

⁴⁵ Siehe Herbert Gottwald: Zum Antikommunismus und Antisowjetismus der deutschen Monopolbourgeoisie in der Weimarer Republik. In: JBP, Nr. 24 (September 1968), S. 46 ff.

⁴⁶ Die Liga, Nr. 12/1924, S. 72. Die Zeitschrift verzichtete seit September 1923 auf die Angabe des Erscheinungsmonats.

⁴⁷ Ebenda.

⁴⁸ Die Liga, Nr. 9/1924, S. 47.

⁴⁹ Die Liga, Nr. 12/1924, S. 69.

⁵⁰ ZStA Potsdam, RLB-Pressearchiv, Nr. 446, Bl. 15.

Weltbewegung unter Führung des faschistischen deutschen Imperialismus schaffen wollte.⁵¹ Die deutschen Faschisten knüpften in ihrer politischen und ideologischen Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion unmittelbar an antibolschewistische Organisationen der Weimarer Republik an, ohne deren Tätigkeit direkt hervorzuheben.⁵²

5. Quellen und Literatur

Die in den Anmerkungen 1, 2, 19, 20, 25 und 43 genannten Akten des ZStA Potsdam enthalten aussagekräftiges Quellenmaterial über die AL, in geringerem Maße auch über die Liga. Vor allem stehen die zeitgenössischen Publikationen der AL und der Liga zur Verfügung, darunter die Jahrgänge 1919 bis 1922 der „Antibolschewistischen Correspondenz“ in der Universitäts-Bibliothek Marburg (BRD). Trotz maßloser Selbstüberschätzung gibt Eduard Stadtler in seinen dreibändigen „Lebenserinnerungen“ (Düsseldorf 1935/36) sowie in seinen zahllosen kleineren Schriften einen Einblick in die Praktiken und Auffassungen des frühen deutschen Faschismus.⁵³ In marxistischen Publikationen ist bisher lediglich die Tätigkeit der AL behandelt worden. Jürgen Kuczynski stellte sie als eine der Propagandaorganisationen des Monopolkapitals dar⁵⁴, während Joachim Petzold dem Zusammenhang zwischen E. Stadtlers Auffassungen und denen Jungkonservativer nachforscht.⁵⁵ Zwei Beiträge von Manfred Weißbecker untersuchen den Platz der AL im bürgerlichen Parteien- und Organisationswesen.⁵⁶ Bürgerliche Historiker gehen in der Regel über die AL mit kurzen Erwähnungen hinweg.⁵⁷ Zur Geschichte der Liga existiert keine Literatur.

Siehe auch Herbert Blechschmidt „Antibolschewistische Liga“ (in: HBP, Bd. I, Leipzig 1968, S. 30-35).

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 1: Alldeutscher Verband – Deutsche Liga für Menschenrechte. Köln/Leipzig 1983. S. 66-76.

⁵¹ Siehe Eberhard Taubert: Der antisowjetische Apparat des deutschen Propagandaministeriums. Maschinenschriftliches, nach 1945 entstandenes Manuskript. In: BA Koblenz, Kleine Erwerbungen, Nr. 617, Bl. 1-18. Das Manuskript schließt mit folgenden Sätzen: „So hat denn der antibolschewistische Apparat des deutschen Propagandaministeriums auf dem gesamten Erdball, wenn auch mit sehr unterschiedlicher Intensität, 12 Jahre lang den Ideenkrieg gegen den Weltfeind geführt. Er war der umfassendste, der je existiert hat und ist zum Modell für ähnliche Einrichtungen auf der ganzen Welt geworden.“

⁵² Siehe das Protokoll der Antikomintern-Tagung vom 4. bis 10.11.1936 in München. In: Gerhard Kade: Die Bedrohungslüge. Zur Legende von der „Gefahr aus dem Osten“, Köln 1979, S. 104.

⁵³ Siehe die Anm. 5, 9, 10, 12 und 14.

⁵⁴ Jürgen Kuczynski: Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, Bd. II (Propagandaorganisationen des Monopolkapitals), Berlin 1950, S. 259 ff.

⁵⁵ Siehe die Anm. 4 und 24.

⁵⁶ Siehe die Anm. 12 und M. Weißbecker: Konservative Politik und Ideologie in der Konterrevolution 1918/19. In: ZfG, 27. Jg. (1979), H. 8, S. 707 ff.

⁵⁷ Siehe z.B. Hans-Joachim Schwieterskott: Arthur Moeller van den Bruck und der revolutionäre Nationalismus in der Weimarer Republik, Göttingen 1962. Klemens von Klemperer: Konservative Bewegung. Zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München – Wien 1962.

Bayerischer Ordnungsblock (BOB) 1920-1923

Der BOB entstand unmittelbar nach dem Scheitern des Kapp-Putsches als ein konterrevolutionärer alldeutsch-völkischer Dachverband von ca. 40 antikommunistischen Organisationen, die Bayern zur „Ordnungszelle“ für die politische „Gesundung“ Deutschlands gestalten wollten. Er unterstützte bedingungslos die antirepublikanische, konservativ-nationalistische Politik der bayerischen Regierung unter Gustav Ritter von Kahr.

Präsidenten

Fritz Behn (1920); Erwin Pixis (1920-1923)

Vorsitzender

Paul Tafel (1920-1923)

Mitglieder

50.000¹

Presse

„Nachrichtenblatt des Bayerischen Ordnungsblocks“, „Werbeschrift des Bayerischen Ordnungsblocks“ (Schriftenreihe, in der ca. 30 Hefte erschienen sind)

Angeschlossene Organisationen²

↑ *Alldeutscher Verband (ADV)*

Andreas-Hofer-Bund

Arbeitsgemeinschaft für Wahrheit, Ehre und Recht

Bayerische Königspartei

Bayerischer Heimat- und Königsbund Bayerischer Kriegerbund

↑ *Bund Bayern und Reich (BBR)*

↑ *Bund Wiking (BW) Bürgerblock Bürgerrat*

Christlich-soziale Bürgervereinigung für Kleinhandel

Deutscher Offiziersbund

↑ *Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband (DHV)*

Deutschnationaler Jugendbund

Deutsch-Völkische Arbeitsgemeinschaft

↑ *Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund (↑ DSTB)*

Frontkriegerbund Hochschulring deutscher Art

Interessengemeinschaft der Heeres- und Marineangehörigen

↑ *Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)*

Nationalverband Deutscher Offiziere Neudeutscher Bund

Reichsbund der Kriegsteilnehmer an den deutschen Hochschulen

↑ *Thule-Gesellschaft (ThG)*

Vaterländische Vereinigungen München

¹ Diese sicher weit überhöhte Angabe findet sich bei Rudolf Kanzler: Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus. Geschichte der bayerischen Einwohnerwehren, München 1931, S. 72.

² Siehe ebenda, S. 74 f.

Ende März 1920 veröffentlichte ein sog. Geschäftsführender Ausschuß den Aufruf zur Gründung des BOB. Er enthielt scharfe Angriffe gegen die nach der Zerschlagung des Kapp-Putsches durch die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse wieder ins Amt gelangte Reichsregierung des rechten Sozialdemokraten Gustav A. Bauer. Hauptsächlich wurde ihr vorgeworfen, mit den streikenden Arbeitern zu verhandeln: „Der Generalstreik bedroht uns jeden Tag wieder. Die Reichsregierung identifiziert sich mit den radikalen Bestrebungen, sie unterstützt dadurch den Klassenkampf, sie verletzt damit selbst die Verfassung.“ Die von dem deutsch-nationalen Pfarrer Gottfried Traub geleitete großbürgerliche „München-Augsburger-Abendzeitung“, die den Aufruf am 30. März publizierte, setzte kommentierend hinzu: Wenn es nicht gelingt, „auch Norddeutschland endlich auf- und zusammenzurufen zum Kampfe gegen den Bolschewismus, dann wollen wir nicht davor zurückschrecken, eine neue Mainlinie zu ziehen. Der einige und starke Süden mag dann die Wacht halten für deutsches Leben und deutsche Art, bis der zersplitterte Norden den Bürgerkrieg und das Chaos überwunden hat.“³

Der Aufruf zur Gründung des BOB war von einer Reihe führender Kräfte der Monopolbourgeoisie, von hohen Beamten und Intellektuellen verfaßt worden. Dazu gehörten Alfred Kuhlo, einer der beiden Geschäftsführer des *Bayerischen Industriellen-Verbandes* und Mitglied des *Münchener Herrenklubs*, Bankdirektor Ulrich sowie P. Tafel, der eine führende Stellung im ADV, im DSTB sowie in der ThG einnahm. P. Tafel, der führende Kopf des BOB, gehörte auch als Mitglied Nr. 670 der NSDAP an und trat mit Schriften hervor, die seine geistige Verwandtschaft mit Gottfried Feder, Dietrich Eckart und anderen frühfaschistischen Ideologen erkennen lassen.⁴ Zu den aktiven Förderern des BOB zählte Ernst Pöhner, der als Polizeipräsident von München auch die NSDAP unterstützte und deren Putsch vom 9. November 1923 vorbereiten half.⁵ Der BOB ging aus der konterrevolutionären Münchener Bürgerratsbewegung von 1918/19 hervor und knüpfte direkt an den *Baye-rischen Bürgerblock* an, der am 3. Dezember 1918 gegründet und im Sommer 1919, nach der blutigen Niederschlagung der Räterepublik, aufgelöst worden war.⁶ Dies widerspiegelte sich auch im Programm, in dem es u. a. hieß: „Der Bayerische Ordnungsblock (BOB) ist keine Partei und keiner Partei dienstbar. Er hat kein anderes politisches Ziel als eine reinliche Scheidung herbeizuführen zwischen den staaterhaltenden und den staatszerstörenden Elementen ohne Rücksicht auf Parteien oder Staatsform. Er verurteilt alle Putsche von rechts wie von links. Er will Ordnung und Staatsautorität unterstützen auf christlicher und nationaler Grundlage. Er will sein ein Kristallisationspunkt aller Vaterlandsfreunde jeden Standes und Ranges in Bayern wie im Deutschen Reich. Er strebt an die Einigung aller im vaterländischen Sinne arbeitenden Organisationen und bekämpft als Erzübel deutschen Wesens den Streit und die Zwietracht in den eigenen Reihen. Er bekennt sich zum deutschen Bundesstaat im Bismarckschen Sinne und verwirft den Gedanken des Einheitsstaates.“⁷

Im einzelnen leitete die Führung des BOB daraus folgende politische Aufgaben ab: „1. Sammlung aller nationalen Kräfte und Organisationen [...] 2. Ausbau der Organisationen innerhalb des Ordnungsblocks [...] 3. Beschaffung von Nachrichten und deren Übermittlung an die zuständigen Stellen (Fühlungnahme mit schon vorhandenen Nachrichtenstellen, Einrichtung eigener Nachrichtenstellen, Kurierverbindung, Abstellung von Verbindungsleuten der wichtigsten Stellen untereinander) [...] 4. Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Sinne der Regierung in allen nationalen Fra-

³ ZStA Potsdam, Alldeutscher Verband, Nr. 244, Bl. 2 f.

⁴ Paul Tafel: Das neue Deutschland. Ein Rätestaat auf nationaler Grundlage, München 1920. Ders.: Parlamentarismus und Volksvertretung (Werbeschrift Nr. 28 des Bayerischen Ordnungsblocks), München 1922. Ders.: Die Teuerung. Ihre Ursachen und ihre Überwindung, Leipzig 1922.

⁵ ZStA Potsdam, Alldeutscher Verband, Nr. 258, Bl. 136.

⁶ Siehe Hans Fenske: Konservativismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, Bad Homburg v. d. H., Berlin (West)-Zürich 1969, S. 166.

⁷ Zit. in: R. Kanzler, S. 73.

gen [...] 5. Sicherstellung von Druckereien, Ausbildung des dazu nötigen Personals, Beschaffung von Material dazu im Falle von Unruhen. 6. Ausbau der Technischen Ordnungshilfe als streikbrechendes Werkzeug im Falle von Streiks. 7. Gemeinsame Finanzierung [...]“⁸

Eine der ersten Aktionen des BOB, die Verbreitung einiger Plakate mit provozierenden antirepublikanischen Texten, stieß unter den extrem reaktionären Kräften auf ein lebhaftes und zustimmendes Echo. Otto Helmut Hopfen begrüßte den BOB und seine rasche Formierung in 206 Ortsgruppen als „Hoffungsstrahl“ und schrieb am 3. Mai 1920 in der „Deutschen Zeitung“, der BOB habe überall „mit der Kraft des in seinem Namen liegenden Schlagwortes wie ein leuchtender Blitz in schwarzer Gewitternacht gewirkt“. Dem Enthusiasmus stand die politisch-praktische Entscheidung von General Arnold Ritter von Möhl, Chef des bayerischen Reichswehrgruppenkommandos, zur Seite, der gegen den BOB gerichtete Plakate der Reichszentrale für Heimatdienst/Landesabteilung Bayern einfach verbieten ließ.⁹

Der BOB versuchte, die Vielzahl der in Bayern existierenden nationalistisch-völkischen Verbände zusammenzuführen, mit Nachrichtenmaterial von Spitzeln und Denunzianten über die „Gegner“ auszustatten und deren Tätigkeit zu koordinieren. Der Vorschlag P. Tafels, im Juni 1920 einen „Bund der Werktätigen“ zu gründen und die Zusammenarbeit der am BOB beteiligten Arbeiter- und Angestelltengruppen konsequenter zu betreiben, ließ sich jedoch nicht realisieren.¹⁰ Daher blieb es bei einer allmonatlichen Einladung des BOB an die angeschlossenen 40 Organisationen zum „Gedankenaustausch“. Dazu gehörte auch die im Bayern jener Jahre stark anwachsende ↑ *NSDAP*, wobei P. Tafel offensichtlich die Schaltstelle zwischen Hitler und Heinrich Claß, dem Vorsitzenden des *ADV*, darstellte.¹¹

Enge Kontakte bestanden ferner zwischen dem BOB und der *BVP*, der ↑ *DVP* und der *Bayerischen Mittelpartei*. Auf der Reichstagswahlliste der letzteren kandidierte 1920 auch P. Tafel.¹² Der BOB versuchte auch, seine Fühler über Bayern hinaus auszustrecken und am 20. Mai 1920 einen *Norddeutschen Ordnungsblock* (↑ *Alldeutscher Verband*) ins Leben zu rufen. Dort geriet er sofort in Konflikt mit der ↑ *Organisation Escherich* (*Orgesch*), wobei Finanzierungsfragen im Vordergrund standen.¹³

Nach dem Londoner Ultimatum der Siegermächte, das zur Auflösung einiger militaristischer Verbände führte, und nach dem Rücktritt G. von Kahrs als bayerischer Ministerpräsident gab sich der BOB am 15. Oktober 1921 ein neues Programm, dessen Text wenig aussagekräftig war, das aber auch starke antisemitische Passagen enthielt.¹⁴ Gegenüber der bayerischen Regierung unter Hugo Graf von und zu Lerchenfeld betrieb der BOB eine grundsätzliche Opposition. Er warf ihr Versagen im Verhältnis zur Reichsregierung vor und wandte sich gegen „Tendenzen der Mutlosigkeit und der Anlehnung an Frankreich“, die nach dem Rücktritt G. von Kahrs aufgetreten wären.¹⁵ An H. von und zu Lerchenfeld schrieben P. Tafel und E. Pixis am 15. August 1922 einen offenen Brief, der in der Warnung gipfelte: „Sie sind im Begriffe, Bayerns Totengräber zu werden, Herr Graf!“¹⁶

Als sich Anfang November 1922 unter Eugen von Knilling eine neue bayerische Regierung bildete, die einen Rechtsruck der politischen Verhältnisse mit sich brachte und wie G. von Kahr zu enger Zusammenarbeit mit den Rechtsverbänden bereit war, ging der BOB in der von ihm initiierten und

⁸ ZStA Potsdam, Alldeutscher Verband, Nr. 244, Bl. 183.

⁹ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 14 200, Bl. 232 ff.

¹⁰ ZStA Potsdam, Alldeutscher Verband, Nr. 253, Bl. 67 ff.

¹¹ Siehe ZStA Potsdam, Alldeutscher Verband, Nr. 258, Bl. 240 ff.

¹² Uwe Lohalm: *Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919-1923*, Hamburg 1970, S. 434.

¹³ ZStA Potsdam, Alldeutscher Verband, Nr. 258, Bl. 130.

¹⁴ Siehe ZStA Potsdam, Alldeutscher Verband, Nr. 468.

¹⁵ Unsere politische und wirtschaftliche Lage. Bericht des Vorsitzenden des Bayerischen Ordnungsblocks Dr. Paul Tafel, erstattet in einer Ausschusssitzung des BOB vom 3. November 1921 (Werbeschrift Nr. 27 des BOB), München o. J., S. 1.

¹⁶ ZStA Potsdam, Alldeutscher Verband, Nr. 244, Bl. 189.

gemeinsam mit dem *BBR* zur gleichen Zeit gegründeten *Vereinigung vaterländischer Verbände Bayerns* auf. Im Frühjahr 1923 beschloß der Bundesausschuß, den BOB endgültig aufzulösen und in die „Staatspolitische Gesellschaft“ umzuwandeln.¹⁷

Offensichtlich sahen seine führenden Kräfte in diesen Maßnahmen sowie in anderen Organisationen eine effektivere Möglichkeit, die Ziele des BOB zu verwirklichen, die von P. Tafel auf die kurze Formel gebracht worden waren: „Den Bolschewismus kann man auf die Dauer nicht mit Maschinengewehren bekämpfen, sondern nur dadurch, daß man dafür sorgt, daß der Mann, der das Maschinengewehr bedient, nicht Bolschewist wird.“¹⁸

Quellen und Literatur

Im Bestand Alld deutscher Verband des ZStA Potsdam sind mehrere Akten mit aufschlußreichem Material über den BOB enthalten. Andere archivalische Quellen sind nicht bekannt. Die ca. 30 Werbeschriften des BOB sowie die Publikationen Paul Tafels¹⁹ verdeutlichen Ziele und Auffassungen der BOB-Führung, jedoch nicht deren Aktivitäten. In der Literatur ist die Geschichte des BOB noch nicht dargestellt worden, obwohl er mehrfach erwähnt wird.²⁰ Am ausführlichsten geht der marxistische Historiker Kurt Gossweiler auf ihn ein.²¹

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 1: Alld deutscher Verband – Deutsche Liga für Menschenrechte. Köln/Leipzig 1983, S. 152-155.

¹⁷ R. Kanzler, S. 75.

¹⁸ Unsere politische und wirtschaftliche Lage, S. 2.

¹⁹ Siehe die Anm. 4 und 15.

²⁰ Siehe die Anm. 6 und 12.

²¹ Kurt Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919-1924, Berlin 1982.

Bayerische Volkspartei (BVP) 1918-1933

[Mitautor: Günter Wirth]

Die katholisch-konservative Partei der Industrie- und Handelsbourgeoisie sowie der Groß- und Mittelbauern Bayerns ging aus dem bayerischen Teil des ↑ Zentrums (Z) hervor, der sich am 12. November 1918 in Regensburg als eine selbständige Regionalpartei konstituierte. Die BVP wollte vor allem die revolutionäre Bewegung der deutschen Arbeiterklasse mit Hilfe einer partikularistischen, klerikalen und teilweise auch separatistisch-monarchistischen Politik eindämmen. Sie verstand sich selbst als Bewahrerin der Traditionen einer eigenständigen „bayerischen Staatlichkeit“ innerhalb der von ihr grundsätzlich anerkannten Weimarer Republik. Ihre antikommunistischen und fortschrittsfeindlichen Grundpositionen prägten den Kurs aller Regierungen des Landes Bayern, die von ihr seit 1920 ununterbrochen geführt wurden. Sie strebte eine Vereinigung des Deutschen Reiches mit Österreich im Rahmen einer Konföderation von weitgehend selbständigen Ländern an. Die BVP baute Bayern vor allem in der Periode der revolutionären Nachkriegskrise zur reaktionären „Ordnungszelle“ Deutschlands aus. Sie ermöglichte in starkem Maße die Herausbildung und das rasche Wachstum der faschistischen, darunter auch der nazifaschistischen Kräfte in Bayern. Als stärkste unter den zahlreichen, in allen Ländern des Deutschen Reiches existierenden Regionalparteien übte die BVP beträchtlichen Einfluß auf die Reichsregierungen aus. Sie unterstützte den rechten Flügel des Zentrums und insbesondere die ↑ Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in allen gegen die deutsche Arbeiterklasse gerichteten Aktionen. Ab Ende der 20er Jahre bekämpfte sie die ↑ NSDAP als ihren größten politischen Konkurrenten sowie deren unitaristische und ideologisch-weltanschauliche Postulate. Nachdem sie dem faschistischen Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatte, löste sich die BVP am 4. Juli 1933 auf.

1. Die Gründung der BVP 157
2. Die soziale Basis und die Organisationsstruktur der BVP 161
3. Das erste Programm der BVP von 1918 163
4. Der Kampf der BVP gegen die Münchener Räterepublik und um die politische Führung in Bayern 165
5. Die Politik der BVP in der revolutionären Nachkriegskrise 167
6. Die föderalistischen Programme der BVP von 1920 und 1922 169
7. Die BVP in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus (1924 bis 1929) 171
8. Die BVP und der Faschisierungsprozeß (1929-1933) 175
9. Das Ende der BVP 177
10. Quellen und Literatur 179

Vorsitzende

Karl Friedrich Speck (1918-1929); Fritz Schäffer (1929-1933)

Generalsekretär

Anton Pfeiffer (1918-1933, hauptamtlich 1919-1927), Stellvertreter: Joseph Oesterle

Vorsitzender der Reichstagsfraktion

Johann Leicht (1920-1933)

Vorsitzende der bayerischen Landtagsfraktion

Heinrich Held (1919-1924); Prälat Georg Wohlmuth (1924-1933); Prof. Hans Müller (1933)

Mitglieder

ca. 50.000-60.000 in 11 Kreisverbänden und 2561 Ortsvereinen (1927 bei 8024 bayerischen Gemeinden)¹

Landesversammlungen (Parteitage)

3.-4. Juni 1919 in Nürnberg

9. Oktober 1919 in München (Parteitag)

9.-11. Januar 1920 in München

11. Juni 1920 in München

16.-18. September 1920 in Bamberg

28.-29. Oktober 1921 in München

27.-29. Oktober 1922 in München

11.-12. Oktober 1924 in München

5.-6. Dezember 1925 in München

4.-5. Dezember 1926 in München

17.-18. Dezember 1927 in München

2.-3. Dezember 1928 in München

23.-24. November 1929 in München

15.-16. November 1930 in München (Jahresversammlung der Landesparteileitung der BVP)

Reichspräsidentenwahlen

1925 1.007.450 Stimmen für H. Held im ersten Wahlgang

Reichstagswahlen

Jahr	Stimmen	in%	Mandate
1919	1.145.328		18
1920	1.173.344	4,3	21
1924 (Mai)	946.684	3,2	16
1924 (Dezember)	1.334.035	3,7	19
1928	945.674	3,0	16
1930	1.058.637	3,0	19
1932 (Juli)	1.323.969	3,5	22
1932 (November)	1.215.473	3,1	20
1933	1.072.893	3,0	19

Landtagswahlen in Bayern

Jahr	Stimmen	in%	Mandate
1919	1.193.101	35,0	66
1920	1.168.896	39,4	65
1924	982.348	32,9	46 ²
1928	1.044.752	31,2	46
1932	1.272.005	32,6	45

¹ Die Zahl der Mitglieder kann nur geschätzt werden. Der Kreisvorstand München erfaßte 13.000 Mitglieder (Dezember 1925) bzw. 15900 (Januar 1931: 11.700 Männer und 4200 Frauen). Siehe Klaus Schönhoven: Die Bayerische Volkspartei 1924-1932 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 46), Düsseldorf 1972, S. 65.

² Der Rückgang ergab sich hauptsächlich aus der 1924 erfolgten Verkleinerung des Bayerischen Landtages, aber auch daraus, daß sich an der Wahl einige von der BVP abgesplitterte Gruppen beteiligten. Dazu gehörten z.B. das Bayerische Zentrum († Christlich-Soziale Reichspartei), die Beamtengruppe Kratoftel und die Partei Stühler.

Presse

Die BVP besaß bzw. beeinflusste insgesamt 120 Publikationsorgane, vor allem die Lokalpresse mit einer Gesamtauflage von 500.000 Exemplaren. Die wichtigsten Tageszeitungen der BVP, die in mehr als 20.000 Exemplaren erschienen, waren:

„Bayerischer Kurier“,
„Augsburger Postzeitung“,
„Regensburger Anzeiger“,
„Fränkisches Volksblatt“,
„Beobachter am Main“,
„Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger“.

Sonstige Organe waren:

„Bayerische-Volkspartei-Korrespondenz“ (Chefredakteur: seit 1920 Karl Schwend),
„Reichstagskorrespondenz der Bayerischen Volkspartei“ (Chefredakteur: Georg Miesgang),
„Politische Zeitfragen“ (Hrsg. vom Generalsekretariat der BVP; 1919-1923),
„Mitteilungen für die Vertrauensleute der Bayerischen Volkspartei“ (1924-1933),
„Korrespondenzblatt des Wirtschaftsbeirates der Bayerischen Volkspartei“ (1926-1927),
„Der Deutsche Süden“ (Organ des Wirtschaftsbeirates der BVP, 1927-1933),
„Süddeutsche Monatshefte“ (Hrsg. von Professor Paul Cossmann; obwohl sie kein direktes Organ der BVP waren, widerspiegeln sie doch die politisch-ideologischen Auffassungen dieser Partei),
„Treu zur Fahne. Mitteilungsblatt des Münchener Kreisverbandes der BVP“ (1919 bis 1933),
„Agitationsmaterial“ (Hrsg. vom Generalsekretariat der BVP; 1918-1932)

Angeschlossene und integrierte Organisationen

Bayernwacht (1931-1933), Landesführer: Hans Ritter von Lex, 30.000 Mitglieder; *Bayerischer Christlicher Bauernverein*, Führer: Georg Heim, 120.000 Mitglieder; *Jungbayernring*;
Wirtschaftsbeirat der BVP, Vorsitzender: Joseph Dorn, 809 Mitglieder (1930) in 12 Fachgruppen, von denen die der Industrie die wichtigste und einflußreichste war.

1. Die Gründung der BVP

Die bourgeois und großagrarischen Kräfte in Bayern orientierten sich 1918/19 in ihrem Kampf gegen die Novemberrevolution ebenso wie die überwiegende Mehrheit des deutschen Monopolkapitals auf die Spaltung der Arbeiterbewegung und den Aufbau einer eigenen Massenbasis, um das weitere Vordringen der revolutionären Bewegung verhindern und ihre gefährdete Macht retten zu können. Im Unterschied zu anderen Teilen der herrschenden Klasse waren sie jedoch nur zu relativ geringfügigen bürgerlich-parlamentarischen und sozialpolitischen Zugeständnissen an die Arbeiterklasse bereit, die sie außerdem mit ihren traditionellen föderalistischen und zum Teil sogar separatistischen Absichten verbanden.

Für die bayerische Zentrumsorganisation kamen der Beginn der Novemberrevolution und der Sturz der Wittelsbacher-Dynastie (7. November 1918) völlig unerwartet. Ihre führenden Köpfe erkannten jedoch rasch, daß die Partei unter den neuen Bedingungen des Klassenkampfes nicht einfach als bürgerlich-großagrarischer Honoratiorenverein weiter existieren konnte. Sie bemühten sich in einem intensiv betriebenen Reorganisations- und Neuorientierungsprozeß, selbst Einfluß auf größere Teile der Arbeiterklasse zu gewinnen³ und insbesondere das sich in Bayern – stärker als in anderen Ländern – anbahnende Bündnis zwischen der revolutionären Arbeiterbewegung und der Bauernschaft zu verhindern. Tatsächlich hatten in Bayern die revolutionären Ereignisse auch viele Bauern erfaßt, die sich unter anderem im ↑ *Bayerischen Bauernbund (BB)* organisierten und teilweise den Kurs der *USPD*, weniger den des *Spartakusbundes*, unterstützten. Für das *Zentrum (Z)*, das sich

³ Siehe Kurt Gossweiler: *Kapital, Reichswehr und NSDAP*, Berlin 1982, S. 102 ff.

bisher in starkem Maße auf die Bauern stützen konnte,⁴ bestand die reale Gefahr, seinen Einfluß unter den werk- tätigen Massen und damit wesentliche Voraussetzungen für die weitere Mitwirkung an der politischen Machtausübung im Interesse des deutschen Monopolkapitals einzubüßen. Um dem begegnen und alle verfügbaren konterrevolutionären Mittel zur Sicherung der bürgerlichen Klassenherrschaft mobilisieren zu können, orientierten sich die rechten Kräfte im bayerischen Z⁵ nicht nur auf die Gründung einer eigenen Partei und auf die Verstärkung der in Bayern besonders stark verwurzelten föderalistischen Politik, sondern zeitweilig auch auf die Schaffung eines selbstständigen Staates der Donauländer, der mit anderen imperialistischen Mächten, vor allem mit Frankreich, im Bündnis stehen sollte. Dafür waren sie selbst zu separatistischen und die Einheitlichkeit des deutschen Staates bedrohenden Aktionen bereit.⁶

Im ↑ Z waren verschiedentlich bereits vor der Novemberrevolution und sogar schon vor der Jahrhundertwende Ansätze einer Sonderentwicklung der bayerischen Landesorganisationen deutlich geworden. Als sich die Führung der Partei in den letzten Jahren des ersten Weltkrieges offen dem bürgerlichen Parlamentarismus zuwandte und eine „Demokratisierung“ des Kaiserreiches anstrebte, verstärkten sie sich. Gegen die stark von Erzberger beeinflusste Entwicklung der Zentrumspartei kursierte nach der Annahme der Friedensresolution im Reichstag 1917 das Wort, das bayerische Z lasse sich nicht „vererzbergern“.⁷ Am 28. Juni 1918 hatte Sebastian Schlittenbauer (Generalsekretär des *Bayerischen Christlichen Bauernvereins* und Direktor der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Regensburg) in der bayerischen Landtagsfraktion die Trennung vom Z beantragt, er war aber noch auf größeren Widerstand gestoßen. Eine Woche vor dem Ausbruch der Revolution besaß er jedoch bereits die schriftliche Unterstützung von 28 Landtagsabgeordneten für die Loslösung bzw. für die Neugründung einer Partei „auf breiterer bayerischer Basis“. Gleichzeitig wurde die Forderung erhoben, Bayern solle mit der Entente einen Sonderfrieden abschließen.⁸ Während sich die letzte Delegiertentagung des bayerischen Z von Ende Oktober 1918 für die Erhaltung der Monarchie und faktisch gegen die Einführung des parlamentarischen Systems aussprach – obwohl Ludwig III. Anfang November 1918 ein parlamentarisches System einführen und H. Held und K. F. Speck zu Ministern ernennen wollte –, versuchte der Flügel um G. Heim (einflußreichster Zentrums Politiker in Bayern und Führer des *Bayerischen Christlichen Bauernvereins*) und S. Schlittenbauer, an die Spitze der sich umgruppierenden und neu formierenden konterrevolutionären Kräfte zu gelangen.⁹ Nach ihrer Auffassung sollte die neue politische Partei eine „wahre Volkspartei“¹⁰, eine überkonfessionelle¹¹ Sammelpartei des Bürgertums gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung sein.

⁴ In den politischen katholischen Organisationen Bayerns waren vor 1914 ca. 350.000 Mitglieder erfaßt. Siehe Adalbert Knapp: Das Zentrum in Bayern 1893-1912. Soziale, organisatorische und politische Struktur einer katholisch-konservativen Partei, phil. Diss. München 1973, S. 314.

⁵ Diese Feststellung gilt auch für linksbürgerliche Kräfte. Dr. Gerhard Desczyk, der spätere sächsische Zentrums- politiker, erlebte als Student die Münchener Ereignisse 1918/19 und stellte fest, daß sich „in jenen Tagen“ ein „Mann des linken Fortschritts“ wie Ludwig Thoma „in einen Parteigänger der Bayerischen Volkspartei Dr. Georg Heim verwandelte“. Dr. Gerhard Desczyk: Revolution in München. In: Gerhard Fischer/Günter Wirth (Hrsg.): November 1918 – Lehre und Verpflichtung, Berlin o. J. (1958).

⁶ Siehe Peter Klein: Separatisten an Rhein und Ruhr. Die konterrevolutionäre separatistische Bewegung der deutschen Bourgeoisie. in der Rheinprovinz und in Westfalen November 1918 - Juni 1919, Berlin 1961.

⁷ Siehe Max Buchner: Zur Haltung Bayerns am Vorabend der Revolution von 1918. In: Staat und Volkstum. Neue Schriften zur bayrischen und deutschen Geschichte und Volkskunde. Festgabe für Karl Alexander von Müller, Diessen bei München 1933, S. 47.

⁸ Siehe Friedrich Hilpert: Die Grundlagen der bayerischen Zentrums politik 1918-1921, phil. Diss., München-Berlin 1941, S. 25 f. und S. 121.

⁹ Siehe Herbert Speckner: Die Ordnungszelle Bayern. Studien zur Politik des bayerischen Bürgertums, insbesondere der Bayerischen Volkspartei, von der Revolution bis zum Ende des Kabinetts Dr. von Kahr, phil. Diss., Erlangen 1955, S. 15.

¹⁰ Den Namen „Bayerische Volkspartei“ hatte früher die ↑ Bayerische Patriotenpartei als Untertitel geführt. Der Bayerische Bauernbund verwendete ihn seit 1912 als Nebenbezeichnung.

¹¹ Zu den protestantischen Kreisen, die für die BVP gewonnen werden konnten, gehörten u. a. Gustav Ritter von Kahr und Wilhelm Freiherr von Pechmann, der Direktor der Bayerischen Handelsbank, der nach 1933 als aktiver Gegner des Faschismus galt. Im Vergleich zum ↑ Zentrum spielte überhaupt der konfessionelle Hintergrund in der BVP eine etwas geringere Rolle.

Von Anfang an war eine Zusammenarbeit mit denjenigen politischen Kräften der Bourgeoisie beabsichtigt, die rechts vom Z standen, d. h. vor allem mit der kurze Zeit später entstandenen $\uparrow$ DNVP.

Am 10. November luden G. Heim und S. Schlittenbauer die Vertrauensleute des *Bayerischen Christlichen Bauernvereins* für den 12. November zu einer Tagung nach Regensburg ein. G. Heim erläuterte die hier vor ca. 120 Teilnehmern erfolgte Gründung und das Programm der BVP folgendermaßen: „Alle müssen sich uns anschließen, die für die christliche Kultur eintreten, im Gegensatz zu dem alles zerstörenden und zerfressenden Materialismus ... Wir müssen vergessen, was hinter uns liegt, was uns vier Jahrhunderte zum Schaden des Volkes trennte, wir müssen an das Gemeinschaftliche denken, was alles überschattet, an das Christentum, dem die Welt von heute alle Errungenschaften wahrer Kultur verdankt. Noch leichter wird es uns werden, uns die Bruderhand zu reichen, wenn wir an das denken, was vor uns liegt, an die Zukunft: die christlichen Kirchen müssen den Weg nach Golgatha gemeinschaftlich antreten.“¹²

G. Heim äußerte ferner: „Wir wollen die ohnmächtigen Versuche, den Marxismus, das theoretische Produkt jüdisch-zersetzenden Geistes in die Praxis umzusetzen, den Norden machen lassen, bis er zur Besinnung kommt. Wir wollen uns der Gefahr entziehen, nachdem Deutschland schon politisch ohnmächtig geworden ist, auch noch durch seine eigenen Volksgenossen ruiniert zu werden. In Norddeutschland werden die Wirren ... jahrelang kein Ende nehmen. In den reinen Industriegebieten des Nordens wird die radikale Richtung immer mehr und mehr an Boden gewinnen. Der wirtschaftliche Niedergang Deutschlands, der kommen muß, wird von den armen, irregeführten Volksgenossen nicht in der Erfüllung ihrer Forderungen erkannt werden, sondern ein Übel wird das andere ablösen. Die Forderungen werden immer radikaler werden, jahrelange Wirren sind die Folgen ... Damit ist die große Gefahr der Verarmung verbunden und die noch größere Gefahr, daß das Ausland in den Besitz unserer Reichtumsquellen und unserer wirtschaftlichen Kräfte kommt. Bayern muß sich schon aus diesem Grunde mit der Hoffnung späterer Wiedervereinigung unbedingt abtrennen und von dem wirtschaftlichen Zerstörungsprozeß durch die eigenen Volksgenossen so viel wie möglich freihalten.“¹³

Die Gründung der BVP erfolgte ohne die aktive Teilnahme der eigentlichen, bisher dominierenden bayerischen Zentrumsführer. Sie ging hauptsächlich von den Repräsentanten der christlichen Bauernorganisationen aus.¹⁴ Allerdings empfahl der sog. Neunerausschuß des bayerischen Zam 15. November den Zentrumsangehörigen den Beitritt zur BVP und billigte den Regensburger Programmentwurf.¹⁵ Eine der wichtigsten Forderungen vom 12. November wurde jedoch fallengelassen: Die endgültige Staatsform sollte nicht mehr durch eine Volksabstimmung, sondern durch die Nationalversammlung entschieden werden.¹⁶ Damit begruben die klerikalen bayerischen Politiker relativ rasch ihre Hoffnung, zur Monarchie zurückkehren zu können.

¹² Zit. in: Anton Pfeiffer: Gedankenwelt und Tätigkeit der Bayerischen Volkspartei, München (1922), S. 4 f.

¹³ H. Speckner, S. 20.

¹⁴ Im Bayerischen Kurier vom 16. April 1923 schrieb G. Heim selbst in der Rückschau: „Ich gehörte nicht dem Parlamente an. Mich hat erst die Revolution wieder auf den Damm gerufen, und bereits acht Tage nach der Revolution ... bin ich in Wort und Schrift der Revolution entgegengetreten und habe in der Zeit vom 16. November 1918 bis Ende Februar 1919 ungefähr 60 Versammlungen in ganz Bayern abgehalten.“ Und: „Ich wollte als Mindestziel erreichen, daß sich bei uns in Bayern die Gesundung durchsetzt, um sich dann – ich gebrauche den vielfach bespöttelten Ausdruck – als Zelle zur Wiedergesundung für das ganze Deutschland im gegebenen Augenblick als äußerst wertvoll zu zeigen. Die vielen Hunderte, die mich in vertraulichen Programmberatungen bei der Gründung der Bayer. Volkspartei 1918 reden hörten, wissen, daß dies immer das Leitmotiv für meine Einstellung war.“

¹⁵ Der Verlauf der Sitzung ist ausführlich dargestellt in Richard Keßler: Heinrich Held als Parlamentarier. Eine Teilbiographie 1868 bis 1924, Berlin (West), 1971, S. 333 ff.

¹⁶ Siehe Appelle einer Revolution. Das Ende der Monarchie. Das revolutionäre Interregnum. Die Rätezeit. Mit einem Vorwort von Carl Amery. Zusammenstellung und historische Einführung von Karl Ludwig Ay, München 1968, Anlage Nr. 40.

Die Gründung der BVP verkörperte eine politische Taktik, die sich als eine der reaktionärsten Varianten der sog. wendig- parlamentarischen Taktik des deutschen Imperialismus erweisen sollte.¹⁷ Mit ihrem Programm, ihrer Konzeption und ihrer Organisation befand sich die BVP während der Novemberrevolution und auch in den folgenden Jahren der Weimarer Republik stets auf dem rechten Flügel der sich auf den bürgerlichen Parlamentarismus orientierenden Parteien. Sie stand häufig der $\uparrow$ DNVP näher als dem $\uparrow$ Z und bekämpfte energisch die $\uparrow$ *Deutsche Demokratische Partei* (DDP). Aus ihren politischen und geistigen Grundpositionen ergab sich auch die starke Betonung föderalistisch-separatistischer Auffassungen, die sich sowohl in der Gründung als auch in der Politik der BVP widerspiegeln. In seinen stark beachteten Artikeln, die am 30. November und 1. Dezember 1918 im „Bayerischen Kurier“ erschienen, entwickelte G. Heim eindeutig separatistische Gedanken. Unter der Überschrift „Eisners Irrgänge und die Zukunft Bayerns“ erwog er zwei Möglichkeiten: 1. „Das einstige Altdeutschland bleibt Staatenbund wie bisher.“ Und 2. „Deutsch-Österreich oder Teile von Deutsch-Österreich vereinigen sich mit Teilen des bisherigen Deutschlands.“ Das letztere sei, vom bayerischen Standpunkt aus betrachtet, entschieden vorzuziehen, wobei der engste Zusammenschluß von Bayern, Vorarlberg, Tirol, Steiermark und Oberösterreich zu wünschen sei. Sollten die Alliierten die Vereinigung von Deutschland und Österreich verhindern, dann hätte Bayern allein diesen Anschluß zu vollziehen. Allerdings sah G. Heim auch gewisse Gefahren voraus: „Das neue Wirtschaftsgebiet (nämlich Österreich-Bayern) hat keinen Zugang zum Meer, kein genügendes Erz- und Kohlevorkommen. Hierfür gäbe es aber eine Lösung, kurz bezeichnet mit dem erweiterten alten Rheinbund: Hannover, Westdeutschland bis zur Elbe und Süddeutschland mit Österreich.“¹⁸

Darin kamen alte, z. T. noch sehr lebendige großdeutsche Vorstellungen der süddeutschen Bourgeoisie zum Ausdruck, die – mit antipreußischen und profranzösischen Tendenzen gepaart – unter den konkreten Bedingungen des Klassenkampfes während der Novemberrevolution einen in vieler Hinsicht neuen Inhalt annahmen. Die bayerischen Föderalisten und Separatisten wollten zunächst einmal vor allem verhindern, daß Bayern Teil eines demokratischen und antiimperialistischen Deutschlands würde. Das geht besonders aus der Tatsache hervor, daß G. Heim in der damaligen Situation das vom „internationalen Bolschewismus versumpfte“ Wien nicht in den süddeutsch-österreichischen Staat einbeziehen wollte!¹⁹

G. Heim unterhielt jahrelang auch enge Beziehungen zu den rheinischen Separatisten (Hans Dorten), zu reaktionären österreichischen und französischen Politikern (Jean-Louis Barthou), wobei er sich der Vermittlung von Karl Graf von Bothmer und anderer Alideutscher bediente. Die französischen Imperialisten, die keinerlei Interesse an einem wirtschaftlich und militaristisch gestärkten deutschen Konkurrenten haben konnten und die ihren Einflußbereich in Südosteuropa zu erweitern bestrebt waren, unterstützten die bayerischen Separatisten auch finanziell.²⁰ Die Absichten der bayerischen Separatisten deckten sich mit den Plänen französischer Monopolherren, die ihre eigenen Vorherrschaftsansprüche in Europa geltend machten, sich aber gleichzeitig gegen die revolutionäre Bewegung in Deutschland durch dessen weitgehende Zerstückelung sichern wollten. G. Heim erklärte zu den Vorwürfen, er sei ein Landesverräter, eindeutig: Wenn der Bolschewismus nach Westen marschiere, dann gelte es, die christliche Kultur zu retten, und das bedeute Interessengemeinschaft Bayerns mit Frankreich.²¹

¹⁷ Zum Begriff „wendig-parlamentarisch“ siehe Wolfgang Ruge: Zur Taktik der deutschen Monopolbourgeoisie im Frühjahr und Sommer 1919. In: ZfG, 11. Jg. (1963), H. 6, S. 1090 ff.

¹⁸ Zit. in: Karl Schwend: Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur Bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954. S. 66. Bei K. Schönhoven: Die Bayerische Volkspartei, S. 27, finden diese bezeichnenden Artikel nur eine kurze Erwähnung in einer Anmerkung.

¹⁹ Zit. in: H. Speckner, S. 20.

²⁰ Siehe Wilhelm Hoegner: Die verrätene Republik. Geschichte der deutschen Gegenrevolution, München 1958, S. 46 und 100 f. Siehe auch Saarbrücker Landeszeitung, 4.4.1923.

²¹ Georg Franz-Willing: Die Hitlerbewegung. Der Ursprung 1919-1922, Hamburg-Berlin (West) 1962, S. 55.

Die Klassegebundenheit und die politische Funktion des bayerischen Föderalismus und Separatismus traten Ende 1918 wesentlich stärker als bisher in den Vordergrund. Die Beziehungen zwischen dem Reich und den Ländern – in der Geschichte des deutschen Staates seit langem ein Streitpunkt divergierender Gruppen der herrschenden Klasse – wurden mit dem Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus und erst recht während der Novemberrevolution eindeutig von den Positionen des Kampfes der Ausbeuterklasse gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung bestimmt, wobei sozial-ökonomische, politische, religiöse u. a. Faktoren in den einzelnen regionalen Gebieten den Charakter und den Grad der jeweiligen föderalistisch-separatistischen Aktionen weitgehend formten. In der Zeit der Novemberrevolution kam daher die dialektische Einheit von Fortschrittsfeindlichkeit, bürgerlichem Föderalismus und Separatismus nicht nur in Bayern zum Vorschein. Die klerikale Reaktion in West- und Süddeutschland erarbeitete Ende 1918 einen detaillierten Plan, der die Gründung von 4 Republiken im Dienste der Konterrevolution vorsah:

1. der Rheinisch-Westfälischen Republik, bestehend aus der Rheinprovinz, Westfalen, Hessen-Nassau, Hessen, Baden und der Rheinpfalz;
2. der Donauländer-Republik; bestehend aus Württemberg, Bayern und Deutsch-Österreich;
3. der Nord-Ostsee-Republik, bestehend aus Oldenburg, Hannover, den Hansestädten, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Pommern, Westpreußen und Ostpreußen;
4. der Mitteldeutschen Republik, bestehend aus dem restlichen Preußen, Sachsen sowie allen übrigen mitteldeutschen Staaten.²²

Die Mehrheit der Monopolisten und Junker im gesamten Deutschland verfolgte dagegen das Ziel der Wiederherstellung der Vorkriegsmacht des deutschen Imperialismus auf unitaristischem Wege. Ein zentralisierter Aufbau des neuen bürgerlich-parlamentarischen Staates entsprach wesentlich mehr den Bedürfnissen nach einer gefestigten politischen Macht sowie der durch den ersten Weltkrieg geförderten staatsmonopolistischen Entwicklung. Unter den bayerischen Parteien vertrat das Z am stärksten den Föderalismus, während die Deutschnationalen (in Bayern als *Bayerische Mittelpartei* neu konstituiert) und die Deutschdemokraten (zeitweilig unter der Bezeichnung *Deutsche Volkspartei*) in dieser Frage eine gemäßigte Haltung einnahmen. Föderalismus und Separatismus besaßen nicht zufällig in Bayern eine besonders breite Basis, die sich aus dem engen Zusammenspiel einer Reihe von Faktoren ergab und einen Rückstand auf wesentlichen Gebieten der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung widerspiegelte. Das galt insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht. In Bayern hatte zum Zeitpunkt der Entstehung der BVP die Entwicklung der monopolisierten Unternehmungen und der sozialökonomischen Verhältnisse noch nicht jenen Grad erreicht, der in anderen deutschen Gebieten bereits erreicht worden war. In Bayern gab es nur relativ kleine Industriezentren und wenig Schwerindustrie. Die Monopolisierung der Unternehmen war wenig fortgeschritten. Maschinenindustrie und Konsumgüterproduktion herrschten vor und prägten das industrielle Gesicht Bayerns.²³ Auf dem Lande wurde die Wirtschaftsstruktur von den mittel- und großbäuerlichen Kräften bestimmt, die traditionell über einen großen politischen Einfluß verfügten und die im *Bayerischen Christlichen Bauernverein* sowie im *BB* organisiert waren.

Die in Bayern herrschenden Klassenkräfte stützten sich im Kampf um die Realisierung ihrer konterrevolutionär-föderalistischen Pläne und in ihrer ideologischen Beeinflussung der Massen vor allem auf die außerordentlich große Wirksamkeit des politischen Katholizismus, aber auch auf starke mo-

²² Kölnische Volkszeitung, 10.12.1918. Siehe auch Werner Gabriel Zimmermann: Bayern und das Reich 1918-1923. Der bayerische Föderalismus zwischen Revolution und Reaktion, München 1953, S. 150 ff. Wolfgang Benz: Süddeutschland in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1918-1923 (= Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Bd. 4), Berlin (West) 1970, S. 53 ff.

²³ Siehe Wolfgang Zorn: Kleine Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns 1806-1933 (= Bayerische Heimatforschungen, H. 14), München-Pasing 1962. Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen. Hrsg. Karl Bosl u. a., München-Wien 1969. Falk Wiesemann: Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/1933 (= Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Bd. 12), Berlin (West) 1975, S. 48 ff.

narchistische und antipreußische Stimmungen, auf vielfach vorhandene kleinbürgerliche Ressentiments und Vorbehalte gegenüber revolutionären Veränderungen, auf die Furcht vor der Beseitigung althergebrachter Vorstellungen. Da die katholische Kirche in Bayern, einem Land mit relativ großer konfessioneller Homogenität, seit vielen Jahrhunderten einen nahezu dominierenden Einfluß besaß, spielte der Klerikalismus bei der Verschleierung der wahren Ziele bürgerlicher Politik eine wesentliche Rolle. Katholisch-konservative Wertvorstellungen, die kirchliche Bekenntnistreue und die katholische Sozialmoral standen im Denken eines sehr großen Teils der bayerischen Bevölkerung an vorderster Stelle. Daher konnte es der herrschenden Klasse in Bayern relativ leicht gelingen, die revolutionären Kräfte zu „verteufeln“ und die Alternative zwischen Christentum und „Antichristentum“ als die angeblich ausschlaggebende Hauptfrage der Zeit zu deklarieren. Die katholischen Politiker der BVP und der bayerische Klerus nutzten dies in hohem Maße und bekämpften die Novemberrevolution auf Gebieten, die in der Klassenauseinandersetzung zwischen Proletariat und Bourgeoisie nicht im Vordergrund standen. Sie rangen erbittert um die Aufrechterhaltung des bisherigen engen Verhältnisses zwischen Kirche und Staat sowie der konfessionellen Schulen. Lautstarke Propaganda wurde gegen sozialistische bzw. „bolschewistische“ Kulturpolitik getrieben, die als gottlos und landesfremd galt.

Dem in Bayern weit verbreiteten und von den konterrevolutionären Kräften hochgespielten „Antipreußentum“, das von außen durch entsprechende Diffamierung gewisser Rückständigkeit in Bayern natürlich immer wieder gefördert wurde, lag das Bestreben kleinbürgerlicher Kreise in Stadt und Land zugrunde, außerhalb Bayerns einen Schuldigen für ihre objektiv durch die Monopole und durch den Krieg verursachte Existenzangst zu finden. Aus den gleichen Gründen fand auch der Antisemitismus in Bayern einen günstigen Nährboden.

2. Die soziale Basis und die Organisationsstruktur der BVP

Die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie waren in Bayern weniger die von den rechten Führern der SPD und der Gewerkschaften beeinflussten Arbeiter – mit Ausnahme der Regierungszeit von Johannes Hoffmann –, sondern das ländliche und städtische Kleinbürgertum, auf dessen Verhetzung im antikommunistischen und antidemokratischen Sinne sich die großbürgerlich-imperialistische BVP in allen Jahren ihrer Existenz konzentrierte. Die BVP stützte sich auf die nichtmonopolistische Bourgeoisie sowie vor allem auf die bäuerlichen und mittelständischen Kreise Bayerns, die ihr entscheidendes Wählerreservoir darstellten und auch den größten Anteil an der Mitgliedschaft besaßen. Daß insbesondere der Agrarflügel im Massenanhang der BVP dominierte, geht auch aus einer Analyse der sozialen Zusammensetzung der Fraktionen der BVP im Reichstag und im Bayerischen Landtag hervor. Unter den 46 im Jahre 1924 gewählten Abgeordneten der BVP im Bayerischen Landtag waren 13 Ökonomieräte bzw. Landwirte, ferner 16 Beamte, 5 Geistliche und 4 freiberuflich Tätige, dagegen nur 5 Arbeiter- bzw. Gewerkschaftssekretäre und 5 Vertreter des Mittelstandes. Die Tatsache, daß der Fraktion außerdem 4 Kleriker angehörten und diese mit Prälat G. Wohlmuth für lange Zeit den Vorsitzenden stellten (über dessen „tyrannische“ Herrschaft oft geklagt wurde)²⁴, unterstreicht die Rolle des Klerikalismus in der BVP. 1930 wurden in den Reichstag 19 Abgeordnete der BVP gewählt, von denen allein 7 die „grüne Front“ vertraten. Ferner gehörten 3 Angestellte, 2 Vertreter des Mittelstandes, 5 Intellektuelle, 1 Kleriker und 1 Vertreter der Großindustrie der Fraktion an. Unter den Reichstagsabgeordneten der BVP befand sich eine einzige Frau. Auch hier hatten katholische Akademiker und Geistliche die Führung inne.

Die industriellen Kreise der BVP, die ihren Einfluß immer stärker geltend machten und weitgehend den in der Weimarer Republik ständig reaktionärer werdenden Kurs der BVP durchsetzen halfen, benutzten vor allem den am 11. Mai 1920 (also kurze Zeit nach dem Kapp-Putsch!) konstituierten *Wirtschaftsbeirat der BVP*, um ihre Interessen in der Parteipolitik zur Geltung zu bringen. Seit 1920 gehörten zum Vorstand dieses Beirates Franz August Schmitt als Syndikus und Geheimer Kommer-

²⁴ Siehe Erwein von Aretin: Krone und Ketten. Erinnerungen eines bayerischen Edelmannes. Hrsg. Karl Buchheim/Karl Otmar von Aretin, München 1955, S. 86.

zienrat Dorn als erster Vorsitzender.²⁵ F. A. Schmitt war Spezialist für süddeutsche und österreichische Wirtschaftsfragen und Vorstandsmitglied der ↑ *Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft (DÖAG)*, während J. Dorn eine Textilfabrik in München besaß und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Karlstor Immobilien-AG (München), erster Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Hansabank AG, erster Vorsitzender des *Bayerischen Arbeitgeberverbandes des Großhandels* sowie Vorstandsmitglied der *Vereinigten Bayerischen Arbeitgeber-Verbände* war. Zum Vorstand des *Wirtschaftsbeirates der BVP* gehörte auch ein Gewerkschaftssekretär, womit die Partei ihren Standpunkt hinsichtlich des „gerechten Ausgleichs der Interessen aller Stände“ – wie es im ersten Parteiprogramm formuliert worden war – dokumentieren wollte.²⁶ Der Fabrikbesitzer Georg Haindl forderte auf der zweiten Vollsitzung des Wirtschaftsbeirates Anfang 1921 in seinem Referat „Die Grundfragen unseres Wirtschaftslebens“ ein rascheres Einstellen der Parlamentarier auf die unmittelbaren Interessen der Industrie. Dazu erschienen ihm regelmäßige, unmittelbare und informatorische Besprechungen der Abgeordneten mit den Vertretern der einzelnen Wirtschaftszweige sowie eine enge Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden als gangbarer Weg, um nicht länger „dem heute nur zu oft und zu rasch sich vollziehenden Wandel der politischen Konstellation ausgesetzt“ sein zu müssen. Außerdem verlangte G. Haindl die Übertragung „gesetzgeberischer Gewalt“ auf die bayerischen Unternehmer. Neben dem Landtag sollte noch eine Ständekammer eingerichtet werden.²⁷

Unter den 12 Gruppen des *Wirtschaftsbeirates der BVP*²⁸ dominierten die für Industrie und Handel zuständigen. Von den Mitgliedern des gesamten *Wirtschaftsbeirates der BVP* gehörten 1921 ca. 40% zu diesen beiden Gruppen, 1928 waren es sogar 52,8%.²⁹ Darin widerspiegelten sich auch die rasche industrielle Entwicklung und die Herausbildung von zahlreichen Großbetrieben während der 20er Jahre in Bayern, das in dieser Hinsicht eine höhere Steigerungsrate als das Reich aufwies.

Nach ihren Satzungen hatte die BVP den Zweck, „das am 15. November 1918 festgestellte Programm zu verwirklichen, namentlich auf Grund desselben Mitglieder zu werben, Geldmittel zu sammeln und die öffentlichen Wahlen in Verbindung mit ihren lokalen Organisationen und den ihr korporativ angeschlossenen Verbänden durchzuführen“.³⁰ Mitglieder wurden vom 18. Lebensjahr an aufgenommen. Sie hatten einen Jahresbeitrag von 2 RM zu entrichten; eine einmalige Leistung von mindestens 100 RM erbrachte lebenslängliche Mitgliedschaft. Auch korporativ angeschlossene Organisationen mußten einen angemessenen Beitrag zahlen. Vor allem die zahlreichen Spenden der

²⁵ Siehe Maximilian Müller-Jabusich: Handbuch des öffentlichen Lebens, Berlin 1929, S. 330.

²⁶ In der bürgerlichen Geschichtsschreibung wird in diesem Zusammenhang sogar die BVP als inhomogen und aus zwei Flügeln bestehend charakterisiert. Als Repräsentant des „linken“ Flügels wird der völlig bedeutungslose Linus Funke genannt, der Leiter der Sektion Bayern im ↑ Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, von 1919 bis 1933 MdBayL und 1931 Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft und Arbeit war. Siehe Karl Bosl: Bayerische Geschichte im 20. Jahrhundert. In: Bayern – ein Rechtsstaat? Porträt eines deutschen Bundeslandes. Hrsg. Carl Amery/Jochen Kölsch, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 73. Bezeichnend ist auch folgender Vorgang: 1928 wurde das bayerische Sozialministerium aufgelöst, seine Kompetenzen wurden auf das Innen- und Landwirtschaftsministerium (!) verteilt, und sein Minister, Heinrich Oswald, ein Vertreter des Gewerkschaftsflügels, ging als Staatssekretär ins Landwirtschaftsministerium. Dieser Vorgang löste im Sommer 1928 eine heftige Diskussion über „Arbeiterschaft und Bayerische Volkspartei“ (etwa in der „Augsburger Postzeitung“, 17. und 18.8.1928, vor allem aber in dem Organ der christlichen Gewerkschafter, „Arbeiter“) aus. Im „Arbeiter“ war (zitiert nach der „Augsburger Postzeitung“, 17.8.1928) hierzu geschrieben worden: „Glaubt sie (die bayerische Staatsregierung, M. W., G. W.) wirklich, daß sich dieses Monstrum von einem Ministerium für ‚Landwirtschaft und Arbeit‘, das wohl nach dem Tiroler Rezept ‚Theologie und Schankwirtschaft‘ formuliert ist, auf die Dauer halten können?“

²⁷ Georg Haindl: Die Grundfragen unseres Wirtschaftslebens. In: Politische Zeitfragen, München, 3. Jg. (1921), H. 12, S. 292 ff.

²⁸ 1. Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei, 2. Gewerbe, Handwerk und Kleinhandel, 3. Industrie, 4. Handel, 5. Verkehrswesen, 6. Bank- und Versicherungswesen, 7. Energiewirtschaft und Technik, 8. Beamte und Angestellte, 9. Arbeiter, 10. Frauen, 11. Freie Berufe, 12. Fremdenausschuß (ab 1928).

²⁹ F. Wiesemann, S. 57.

³⁰ Richard Ringelmann: Die Bayerische Volkspartei. Ein Handbuch für die Wählerschaft, München 1920, S. 9. Dort auch die folgenden Angaben.

Mitglieder des *Wirtschaftsbeirates der BVP* halfen ihr, „manchen finanziell kritischen Punkt (zu) überwinden“.³¹

Der Landesverband der BVP gliederte sich in Kreisverbände, Bezirksverbände und Ortsvereine. Es gab insgesamt 11 Kreisverbände (Oberbayern, München-Stadt, Niederbayern, Pfalz, Oberpfalz, Oberfranken, Unterfranken, Mittelfranken und Nürnberg-Stadt sowie Schwaben und Augsburg-Stadt).³² Jede dieser Gliederungen hatte „als Organ eine Vorstandschaft zur Leitung der Geschäfte und einen Ausschuß als engeren Beratungskörper“.

Als Zentralorgane der Partei fungierten: Landesvorstandschaft, Landesausschuß und Landesversammlung. Die Landesvorstandschaft bestand aus dem Vorsitzenden 2 Schriftführern, 2 Kassierern, 31 Beisitzern, dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion und einem Vertreter der Reichstagsabgeordneten. Sie war die eigentliche geschäftsführende Zentralstelle der Partei mit dem Generalsekretariat als Vollzugsorgan. Die Landesvorstandschaft wurde vom Landesausschuß gewählt. Der Landesausschuß seinerseits setzte sich aus der Landesvorstandschaft, aus 3 Vertretern jedes Kreisausschusses und aus Vertretern der Standesorganisationen, der Landtags- und Reichstagsfraktion zusammen. Von besonderem Interesse ist, daß in dem entscheidenden Organ, der Landesvorstandschaft, die Vertreter der sog. Standesorganisationen maßgeblich vertreten waren.

Die Landesversammlung sollte regelmäßig in jedem Jahr zusammentreten und das Forum für die Beratung grundsätzlicher Fragen und Anträge sein. Sie wurde jedoch nach 1920 zu einem bloßen Organ von Deklamation und Akklamation, ihre politische Bedeutung nahm ständig ab. Nach 1930 betrachtete die Führung der BVP eine Landesversammlung als überflüssig.³³

Außer der eigentlichen Parteiorganisation gab es einen *Kommunalpolitischen Landesverband der BVP*, einen *Landesverband der Beamtenvereinigung der BVP*, eine *Vereinigung für Kleinhandel, Gewerbe und Handwerk der BVP*, eine *Arbeiter- und Angestelltengruppe der BVP* sowie einen *Hochschulverband der BVP*. Die Journalisten waren im *Landesverband der Presse der BVP* zusammengeschlossen. In der *Vereinigung der Geistesarbeiter der BVP*, der sog. *Mittwoch-Vereinigung*, trafen sich die ideologisch-theoretischen Führer der BVP, in der Regel Akademiker und höhere Beamte. Der *Jungbayernring* war zwar ein Glied der Parteiorganisation, besaß aber seit 1925/26 weitgehendes Selbstverwaltungsrecht.³⁴ Die Jugendarbeit der BVP stützte sich in starkem Maße auf die katholischen Vereine. Der Versuch, einen „Landesverband der Jugendgruppen der Bayerischen Volkspartei“ zu schaffen, führte zu keinem Ergebnis.

3. Das erste Programm der BVP von 1918

Die bereits in der Gründung der BVP spürbare politische Grundkonzeption der führenden bourgeoisen und agrarischen Kreise in Bayern fand in folgender Formel ihren Niederschlag: „Föderalistisch-christlich-katholisches Bayern gegen zentralistisches, atheistisches, marxistisches Berlin und Preußen·schwarzweißes nationales Bayern gegen schwarzrotgoldenes und blutrot-international-marxistisches Berlin!“³⁵ Diese Schlagworte spiegelten sich in ausführlicher Weise in den Programmen der BVP wider und wurden oft gemeinsam mit dem *↑ Volksverein für das katholische Deutschland (Vkd)* während der Revolution in zahlreichen Kursen, Versammlungen, Lehrgängen und sys-

³¹ Mitteilungen für die Vertrauensleute der Bayerischen Volkspartei, 1924, Nr. 15-17, S. 116.

³² Siehe K. Schönhoven: Die Bayerische Volkspartei, S. 63 ff.

³³ Siehe ebenda, S. 59.

³⁴ Zur Funktion des Jungbayernringes siehe Georg Schreiber: Politisches Jahrbuch 1926, Mönchengladbach 1927, S. 437 f.

³⁵ Zit. in: G. Franz-Willing, S. 237. Dieses Motto wurde nach 1945 von Teilen der Bourgeoisie in den westlichen Besatzungszonen bzw. in der BRD wieder aufgegriffen. Der Verfassungsrechtler Friedrich August von der Heydte sprach von der „Nichtsnutzigkeit“ eines deutschen Einheitsstaates, weil „heute die deutschen Kommunisten kompromißlose Vertreter eines deutschen Einheitsstaates“ seien. Im Föderalismus sah er „das stärkste Bollwerk gegen die Verwirklichung bolschewistischer Pläne in Deutschland“. Friedrich August von der Heydte: Das Weiß-Blau-Buch zur deutschen Bundesverfassung und zu den Angriffen auf Christentum und Staatlichkeit der Länder, Regensburg 1948, S. 47.

tematischen Vortragszyklen unter den Vertrauensleuten der Partei und unter den Werktätigen Bayerns verbreitet.

Das erste Programm der BVP³⁶, das 7 Punkte umfaßte und von S. Schlittenbauer ausgearbeitet worden war, stimmte in 6 Punkten weitgehend mit der allgemeinen Taktik der herrschenden Klasse überein, die mit Hilfe der Losungen „Ruhe und Ordnung“ und „Nationalversammlung statt Rätemacht“ sowie mit sozialpolitischen Zugeständnissen die Massen von der Weiterführung der Revolution abhalten wollte. Die BVP bezeichnete ihr Programm selbst als „großzügig, weitherzig, wahrhaft, volksfreundlich und ehrlich fortschrittlich“, was alles in keiner Weise zutraf.³⁷ Die wichtigsten programmatischen Forderungen lauteten:

„1. Die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei betrachten den gegenwärtigen staatspolitischen Zustand Bayerns ... als eine gegebene geschichtliche Tatsache. Sie sind mit der Art, wie er herbeigeführt wurde, grundsätzlich nicht einverstanden, erklären aber auf das bestimmteste, daß sie eine Änderung dieses Zustandes nur auf dem Wege von Recht und Gesetz erstreben. Äußere Gewalt betrachten sie nicht als erlaubtes Mittel zur Erreichung politischer Zwecke.

2. Die Bayerische Volkspartei ist eine Verfassungspartei, sie verlangt von der provisorischen Regierung, daß sie entsprechend den demokratischen Grundsätzen ohne jeden Verzug eine konstituierende Nationalversammlung einberuft, die sich ausschließlich aus Vertretern des Volkes zusammensetzt und unter Ausschluß jeder anderweitigen Vertretung des Volkes oder einzelner Teile, Stände oder Gruppen hervorgeht aus freien, von den gegenwärtigen Machthabern unbeeinflussten Wahlen ... Diese konstituierende Nationalversammlung bestimmt die künftige Staatsform und die Verfassung des bayerischen Staates.

3. Die Bayerische Volkspartei erwartet von der konstituierenden Nationalversammlung die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems ...

4. Die Bayerische Volkspartei steht in allen Fragen der Kultur auf dem Boden der christlichen Weltanschauung. Sie verlangt volle Freiheit aller Konfessionen und ihrer Einrichtungen ...³⁸ Die Bayerische Volkspartei wird mit allem Nachdruck eintreten für den Schutz der Ehe und der Familie sowie für religiös-sittliche Erziehung der Jugend in konfessionellen Schulen.

5. Die Bayerische Volkspartei steht in wirtschaftlichen Fragen auf dem Standpunkt des gerechten Ausgleiches der Interessen aller Stände. Standes- oder Klassenpolitik, Anerkennung von Vorrechten des Standes oder der Geburt lehnt die Bayerische Volkspartei grundsätzlich ab. Die Bayerische Volkspartei wird Eigentum und Erbrecht als Grundlage der heutigen Wirtschaftsordnung schützen und erhalten, unbeschadet weitgehender sozialer Einschränkungen und Schutzmaßnahmen gegen Auswüchse des Kapitalismus ... Die Bayerische Volkspartei fordert Bekämpfung wucherischer Ausbeutung in jeder Form und gesetzliche Maßnahmen gegen die Auswüchse des Kartellwesens. Die durch die Kriegswirtschaft geschaffene Vorzugsstellung der Großbetriebe muß durch geeignete Maßnahmen in der Rohstoff- und Auftragserteilung wieder ausgeglichen werden, wobei durch den Krieg geschädigte Betriebe besonders zu berücksichtigen sind ...

6. Die Steuerpolitik der Bayerischen Volkspartei wird getragen sein von den Grundsätzen der ausgleichenden Gerechtigkeit. Je leistungsfähiger ein Steuerzahler ist, desto stärker soll er belastet wer-

³⁶ Der vollständige Text findet sich in Walter Nimtz: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin 2./1965, S. 255 ff. Zu den ideologisch-theoretischen und weltanschaulichen Auffassungen, die in der katholisch-konservativen Publizistik vertreten wurden und die auch für die Programmatik der BVP aufschlußreich sind, siehe Friedhelm Mennekes: Die Republik als Herausforderung. Konservatives Denken in Bayern zwischen Weimarer Republik und antidemokratischer Reaktion (1918-1925) (= Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Bd. 8), Berlin (West) 1972.

³⁷ Was ist und was will die Bayerische Volkspartei?, München 1919, S. 9.

³⁸ Das hinderte die BVP nicht daran, auch eine verhaltene antisemitische Propaganda zu betreiben. In den Erläuterungen ihres Programms hieß es, die BVP „achtet jeden ehrlichen Juden ... was aber bekämpft werden muß, das sind die zahlreichen atheistischen Elemente eines gewissen internationalen Judentums mit osteuropäischer Färbung“. Ebenda, S. 31.

den. Die Rücksicht auf die Familie bei der Bemessung der Steuer muß noch mehr als bisher als das leitende Prinzip durch die ganze Steuergesetzgebung hindurchgehen. Mit allem Nachdruck werden wir zu verhindern trachten, daß die ungeheuren Gewinne, welche infolge verkehrter Maßnahmen der Kriegswirtschaft gemacht worden sind, dem Zugriff des Staates irgendwie entzogen werden.“

Während in den ersten 3 Punkten nichts anderes als eine aus der Not geborene Anpassung an die neuen Verhältnisse zum Ausdruck kam, ließ der Punkt 4 – wenn auch in verschwommener Formulierung – erkennen, daß die BVP nicht gewillt war, an ihren geistig-weltanschaulichen Grundpositionen rütteln zu lassen. In der propagandistischen Arbeit spielte dieser Punkt eine große Rolle. Die BVP polemisierte bei allen sich bietenden Gelegenheiten gegen den „neuheidnischen Geist“ und die „völlige sittliche Ungebundenheit“, die angeblich durch die Revolution auf die Tagesordnung gesetzt worden seien.³⁹ Konfessionspolitische Fragen sollten für die RVP eine integrierende Funktion ausüben. Hinter ihnen verbargen sich traditionalistisch-restaurative Ziele der Parteiführer, was insbesondere auch in ihrer Kultur- und Schulpolitik zum Ausdruck kam. 1919/20 lehnte die BVP-Fraktion im Bayerischen Landtag alle Gesetzesvorlagen ab, die auf eine gewisse Verbesserung der Schulausbildung, der Situation der Lehrerinnen und der Lehrerbildung zielten.⁴⁰

Mit dem 5. und dem 6. Punkt war eine Reihe sozialpolitischer und demokratischer Versprechungen in das Programm aufgenommen worden, die für die Wirtschaftspolitik der BVP bindend sein sollten. Die Partei griff damit echte Interessen vor allem der ländlichen und städtischen Mittelschichten in Bayern auf. Sie ließ erkennen, daß sie sich in erster Linie auf eine kleinbürgerliche Massenbasis zu stützen beabsichtigte. Die BVP hat in ihrer Tätigkeit während der Weimarer Republik kaum etwas unternommen, um die antimonopolistischen Forderungen (z. B. die nach Aufhebung der „Vorzugsstellung der Großbetriebe“) zu verwirklichen. Dies zeigt, daß sich hinter den genannten Formulierungen – soweit sie nicht völlig demagogischen Charakter trugen – die gegen andere kapitalistische Gruppen außerhalb der Landesgrenzen gerichteten Interessen der Industrie- und Handelsbourgeoisie in Bayern verbargen. Gleichzeitig versuchte die BVP – wenn auch ohne größeren Erfolg – mit den Schutzforderungen gegen die „Auswüchse“ der in der Novemberrevolution erschütterten kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unter den bayerischen Arbeitern zu werben.

Der letzte und letztlich zentrale Punkt des Programms beschäftigte sich mit den föderalistischen Plänen der bayerischen Bourgeoisie:

„7. Die Bayerische Volkspartei gibt hinsichtlich der Stellung zu den übrigen deutschen Staaten. die Parole aus: Zusammenschluß der deutschen Staaten auf föderativer Grundlage ohne Vorherrschaft eines Einzelstaates. Die bisherige weitgehende staats-, wirtschafts- und steuerpolitische Abhängigkeit Bayerns von dem übermächtigen Norden muß unter allen Umständen aufhören. Wir lehnen auf allen diesen Gebieten die bisherige einseitige, rücksichtslose preußische Vorherrschaft ab. Jenes Maß politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit aber, welches durch die Gemeinsamkeit der Bedürfnisse der deutschen Staaten von Natur sich ergibt, wünschen wir durchaus. Wir werden uns bestreben, hierfür den geeigneten Rahmen zu finden. Der Forderung, daß alle Einzelstaaten aufgehoben werden und eine einheitliche deutsche Republik geschaffen wird, werden wir den äußersten Widerstand entgegensetzen. Die für das Reich zu schaffende neue Verfassung bedarf der Zustimmung der in den Einzelstaaten demnächst auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts und der Verhältniswahl zu wählenden Parlamente. Wir haben es satt für die Zukunft, von Berlin bis ins kleinste regiert zu werden. Berlin darf nicht Deutschland werden und Deutschland nicht Berlin. Voraussetzung des Zusammenschlusses der deutschen Staaten ist, daß die Grundlagen, welche das Wesen der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Selbständigkeit

³⁹ A. Haas: Das Programm der Bayerischen Volkspartei. In: Sozialismus und Bayerische Volkspartei. Vorträge gehalten im Dezember 1918 in Augsburg. Veranstalter von der Ortsgruppe Augsburg des Volksvereins für das katholische Deutschland, Augsburg 1918, 102 ff.

⁴⁰ Siehe Franz Xaver Eggersdorfer: Die Schulpolitik in Bayern von der Revolution bis zum Abgang des Ministeriums Hoffmann, München 1920. Anton Scharnagl: Die Schulpolitik in Bayern seit der Revolution, Mönchengladbach 1924. Ursula Haaß: Die Kulturpolitik des Bayerischen Landtags in der Zeit der Weimarer Republik 1918-1933, phil. Diss., München 1967.

Bayerns bilden, Bayern verfassungsmäßig gewährleistet und gegen Verfassungsänderungen, die wider den Willen Bayerns erfolgen können, sichergestellt werden. In diesem Sinne fordern wir: Bayern den Bayern. Wir wünschen einheitliche Vertretung der gemeinsamen Interessen der deutschen Staaten nach außen, gemeinsame Abwehr aller Angriffe auf die deutschen Staaten, freien Handelsverkehr ohne Zollschranken zwischen den deutschen Staaten, einheitliche Grundsätze für die soziale Gesetzgebung, Garantie für die Sicherheit der Kriegsanleihen. Die Wiederholung von Zuständen, wie sie sich im Kriege durch die Berliner Zentralwirtschaft herausgebildet haben, muß unter allen Umständen ausgeschlossen bleiben. Den Anschluß unserer deutschen Brüder in Böhmen und in den deutsch-österreichischen Ländern an den deutschen Staatenbund begrüßen und fördern wir auf das allerwärmste.“

Diese föderalistischen Vorstellungen gingen weit über die verfassungsmäßigen Rechte hinaus, die Bayern als Mitglied des deutschen Bundesstaates vor 1918 besessen hatte, und zielten auf die Herstellung einer umfassenden bayerischen Eigenstaatlichkeit, auf die Wiedergewinnung traditioneller Sonderrechte im Rahmen einer föderativen Autonomie. Sie stellten eine spezifische Widerspiegelung der Klasseninteressen von Bourgeoisie, Großagrariern und städtischen Kleinbürgertum in Bayern dar.

4. Der Kampf der BVP gegen die Münchener Räterepublik und um die politische Führung in Bayern

Nach der Ermordung Kurt Eisners am 21. Februar 1919 spitzten sich die Auseinandersetzungen in Bayern wieder zu. Die blutige Tat hatte den Massen die akute Gefahr der Konterrevolution gezeigt und die Frage der Macht erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Große Teile der Arbeiter folgten nunmehr der *USPD* und der *KPD* und forderten immer häufiger die Schaffung einer Räterepublik.⁴¹ Die BVP sah sich in dieser Zeit gezwungen, zur Rätefrage Stellung zu nehmen und sie mit ihren ständischen Vorstellungen in Einklang zu bringen. „Die BVP ist bereit, mitzuwirken am Ausbau der Räte auf gesetzmäßiger Grundlage zur Verwirklichung des berechtigten Kerns der Rätefrage. Ein Räte-System unter Ausschluß einzelner schaffender Stände lehnt die BVP entschieden ab.“⁴² Angesichts der Situation mußte sich die BVP trotz ihrer zahlreichen diesbezüglichen Vorwürfe gegen das Z auf die rechten sozialdemokratischen Führer stützen, mit denen Anfang März 1919 in Bamberg über die Regierungsbildung und den Entwurf eines Regierungsprogramms beraten wurde. Sie billigte sogar eine „rein sozialistische“ Regierung, da sie ihren Einfluß unter den werktätigen Massen trotz des Erfolges bei den Landtagswahlen vom Januar als gering einschätzte. Die Landesvorstand-schaft befürwortete am 19. März einhellig die Wahl J. Hoffmanns zum Ministerpräsidenten und die Aufhebung der Familienfideikomisse. Die Führer der BVP hofften, daß „die Opfer (!, M. W., G. W.), welche die BVP zusammen mit den anderen bürgerlichen Parteien gebracht hat, unserem aus tausend Wunden blutenden Vaterland den Bürgerkrieg ersparen und eine Zeit fruchtbaren Neuaufbaues bringen werden ...“⁴³

Während der Wochen der Scheinräterepublik und der wirklichen Räteherrschaft in München stand die BVP an der Seite der nach Bamberg geflohenen Regierung und unterstützte deren Bitte an die Reichsregierung, mit preußischen Truppen die Arbeiterklasse in München niederzuschlagen. Gleichzeitig forderte das Bamberger Erzbischöfliche Ordinariat alle Pfarrämter Bayerns auf, in ihren Gemeinden für den Eintritt in die *Freikorps* zu werben.⁴⁴ Trotz ihrer föderalistischen Grundposition nahmen die herrschenden Kreise in Bayern gern die Hilfe des Reichs an, als die Entwicklung in ihrem Land in eine antiimperialistische und revolutionäre Richtung tendierte. Die BVP nahm so an der brutalen Niederschlagung der Münchener Arbeiter aktiven Anteil.

⁴¹ Siehe Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/1919, Berlin 1978, S. 345 ff. und 406 ff. Hans Beyer: Von der Novemberrevolution zur Räterepublik in München (= Schriftenreihe des Instituts für deutsche Geschichte an der Karl-Marx-Universität, Bd. 2), Berlin 1957.

⁴² Zit. in: H. Speckner, S. 36.

⁴³ Münchner Neueste Nachrichten, 19.3.1919.

⁴⁴ Siehe K. Schwend: Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, S. 92.

Die Gegner des Unitarismus konnten aber nicht auf der einen Seite die Noske-Truppen für die Niederschlagung der Räterepublik ausnutzen und auf der anderen Seite die alten separatistischen Pläne unverändert weiter verfolgen. Deshalb gab die Mehrheit der Parteiführung ihren Widerstand gegen die in Ausarbeitung befindliche Weimarer Verfassung auf. Sie entsandte den Rechtshistoriker Konrad Beyerle in den Verfassungsausschuß, und mit Wilhelm Meyer-Kaufbeuren trat ein Mitglied der Partei als Schatzminister in die Regierung Gustav Adolf Bauer ein. Beide, K. Beyerle und W. Meyer-Kaufbeuren, traten auch in den folgenden Jahren als Mittler zwischen der BVP und dem Z auf, letzterer war 1920 und 1922 sogar als Reichskanzler vorgesehen.⁴⁵ In seinen Gesprächen mit Führern der Zentrumspartei versuchte er häufig, den Einfluß Erzbergers und dessen zentralistischen Kurs zurückzudrängen, und zwar mit dem „Hinweis auf die Gefahren, die der Bayerischen Volkspartei durch die Bestrebungen des Abgeordneten Dr. Heim und durch den Bayerischen Bauernbund drohen“.⁴⁶

Während Bayern im Januar 1919 noch energischen Protest gegen den Entwurf der Verfassung erhoben hatte, stimmte die Fraktion der BVP schließlich am 31. Juli 1919 der Weimarer Verfassung zu. Lediglich G. Heim blieb wie in der Abstimmung über den Versailler Vertrag bei seinem Nein. Im Gegensatz zur Fraktion suchte er noch wesentlich stärker die politische Nachbarschaft der $\uparrow$ DNVP und der $\uparrow$ DVP, die sich ebenfalls – wenn auch aus anderen Gründen – gegen die Verfassung aussprachen. Der Landesausschuß der BVP erkannte an, „daß die Gründe, welche diese Abgeordneten veranlaßten, trotz vieler für Bayern kaum erträglicher Artikel dem Gesamtwerk ihre Zustimmung zu geben, um dem Reiche in seiner größten Not nicht den Rechtsboden für den staatlichen Neuaufbau zu versagen, im Geiste der Verständigung zu würdigen“ seien.⁴⁷ G. Heim, der als der eigentliche Führer der BVP galt, blieb im Sommer 1919 ohne Resonanz in der Partei. Die gleiche Taktik wie in den großen Abstimmungen der Weimarer Nationalversammlung verfolgte die BVP auch in der bayerischen Innenpolitik. Die bürgerlichen Parteien waren nach der Zerschlagung der Räteherrschaft noch nicht in der Lage, eine Regierung ohne die rechten sozialdemokratischen Führer zu bilden. Die BVP fürchtete die Auflösung des Landtags und die sich anschließenden Neuwahlen, weil dadurch der Ausnahmezustand einschließlich der Versammlungsverbote auch für die KPD hätte aufgehoben werden müssen.⁴⁸

Der Abgeordnete der DDP Ernst Müller-Meiningen schlug J. Hoffmann erneut als Ministerpräsidenten vor. Die Regierung erweiterte sich zu einem Koalitionskabinett, in dem 5 bürgerliche Politiker 4 Sozialdemokraten gegenüberstanden. Die BVP stellte mit K. F. Speck den Finanzminister und mit Heinrich Freiherr von Freyberg den Minister für Landwirtschaft, d. h. sie besetzte 2 für Bayern besonders wichtige Funktionen. Dennoch ließ sie verlauten, es handele sich um ein Opfer, um ein großes Zugeständnis an die Sozialdemokratie, wie auch erklärt wurde, daß die BVP bereits in der Zeit der ersten sozialdemokratischen Regierung ein „bis zur Selbstverleugnung gehendes Entgegenkommen“ gezeigt habe, vor allem bei der Aufhebung des Adels und der Familienfideikommisse.⁴⁹

Je mehr sich im Sommer und Herbst 1919 die Macht der Bourgeoisie festigte – nicht zuletzt dank der Unterstützung durch die rechten sozialdemokratischen Führer –, desto stärker wurde wieder der rechte, von G. Heim geführte Flügel der BVP. G. Heim wandte sich erneut und scharf gegen den Eintritt in die bayerische Koalitionsregierung. Als sich bei den Gemeindewahlen vom 15. Juni 1919

⁴⁵ Siehe BA Koblenz, Kleine Erwerbungen 442-1, Bl. 26.

⁴⁶ Dr. Fortmann an Felix Porsch, 5.12.1919. In: Archiwum archidiecezjalne we Wroclawiu, NL Porsch 1a 13, unpag.

⁴⁷ Zit. in H. Speckner, S. 56.

⁴⁸ Generalmajor Arnold von Möhl schrieb in einem Bericht an die bayerische Regierung: „... Die Ausschreibung von Neuwahlen würde eine Freigabe des Versammlungsrechtes, einen äußerst gesteigerten Gebrauch von diesem Recht und politische Aufregungen jeder Art zur sicheren Folge haben ... Ich sage nicht, daß die Reichswehr außerstande ist, diese Probe zu bestehen, aber ich halte mich für verpflichtet, davor zu warnen, ohne dringende Not jetzt oder in den nächsten Monaten Maßnahmen zu ergreifen, die neuerdings eine schwere Erschütterung unseres Staatslebens zur Folge haben könnten ...“ Zit. in: Ebenda, S. 78 f.

⁴⁹ R. Ringelmann, S. 22.

der Stimmenanteil für die bürgerlichen Parteien erhöhte⁵⁰, begann in der Presse der BVP eine regelrechte Kampagne gegen J. Hoffmann und die Koalition, wobei kulturpolitische Fragen in den Vordergrund gespielt wurden. Die Forderungen der Partei liefen darauf hinaus, selbst die Führung der bayerischen Regierung in die Hände zu bekommen.⁵¹

Die Diskrepanz zwischen den Forderungen der BVP und dem Kräfteverhältnis der bayerischen Parteien führte zu einer Krise in der führenden bürgerlich-klerikalen Organisation Bayerns. So nahm die Landesversammlung der BVP am 9. Oktober 1919 eine Resolution an, nach der zumindest eine Verbreiterung der parlamentarischen Regierungsbasis erreicht werden sollte. Das bedeutete eine Koalition mit den bayerischen Deutschnationalen und dem ↑ BB.⁵² Da sich das ↑ Z im Reich gegen eine Koalition mit der ↑ DNVP sträubte und gerade in dieser Zeit von Erzberger starke unitaristische Impulse ausgingen, zielte die Politik der Gruppe um G. Heim auf die Lösung der BVP aus der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft, die am 5. Februar 1919 mit dem Z vereinbart worden war, und damit auf die endgültige Trennung beider Parteien. Am 9. Januar 1920 erfolgte der entsprechende Beschluß der Landesversammlung der BVP gegen die Stimmen der Abgeordneten der Nationalversammlung. G. Heim setzte die Partei unter Druck, indem er Ende 1919 mit Verhandlungen zwischen dem *Bayerischen Christlichen Bauernverein* – der Stütze der BVP – und dem BB über die Bildung einer neuen Partei begann. Als mit den Beschlüssen der Landesversammlung vom 9. Januar 1920 G. Heims Einfluß in der BVP entscheidend gestärkt war, zog dieser seine Pläne zur Bildung einer neuen Bauernpartei zurück und erklärte: „Wir wollen uns von der BVP nicht trennen, solange sie ihre und unsere Grundsätze vertritt.“ (!)⁵³ Damit hatten die reaktionärsten Kräfte in der BVP binnen kurzer Zeit innerhalb der Partei die Voraussetzungen für die in den folgenden Jahren immer stärker hervortretende Rechtsentwicklung der BVP und der Politik in Bayern geschaffen.

5. Die Politik der BVP in der revolutionären Nachkriegskrise

Die BVP hatte es im Verlauf des Jahres 1919 verstanden, ihre Positionen so zu stärken und auszubauen, daß sie im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien in den anderen Ländern und im Reich den konterrevolutionären Kapp-Putsch vom März 1920 sofort für eine weitere Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der reaktionären, eine parlamentarisch verbrämte Militärdiktatur anstrebenden Gruppen in Bayern ausnutzen konnte. Reichswehr und ↑ *Einwohnerwehren* (EW) zwangen J. Hoffmann zum Rücktritt. Am 16. März 1920 begann die Kette jener bayerischen Kabinette, die bis 1933 ausschließlich von der BVP geführt wurden.⁵⁴

Auf Vorschlag von G. Heim und Georg Escherich entschied sich die Landtagsfraktion der BVP für Gustav Ritter von Kahr als neuen Ministerpräsidenten. Die von weiten Kreisen der Partei erwartete Kandidatur G. Heims wollte und konnte dieser nicht annehmen. Die Situation erforderte die Wahl eines politisch bisher wenig hervorgetretenen Beamten, der als Vertrauensmann der *Einwohnerwehren*, der Wehrverbände und der BVP gelten konnte. Auch die folgenden Leiter der reaktionären bayerischen Kabinette – Hugo Graf von und zu Lerchenfeld und Eugen von Knilling – waren Beamte. Die Regierung G. von Kahr war die erste rein bürgerliche Koalitionsregierung in Deutschland nach der Novemberrevolution; die bayerischen Deutschnationalen konnten lediglich infolge des Widerstandes der ↑ DDP erst kurze Zeit später aufgenommen werden. Ende März 1920 entstand unter der Führung von Alfred Kuhlo, geschäftsführendem Präsidialmitglied des *Bayerischen Industriellen-Verbandes*, der ↑ BOB der bürgerlichen Parteien, dessen Zentralausschuß wesentlich dazu beitrug, die Vorbereitung der Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 zu koordinieren.

G. von Kahr versprach in seiner Antrittsrede – sich der völkischen Terminologie bedienend – „strenges Einschreiten gegen Überfremdung und Verhinderung der Zuwanderung von Stammes-

⁵⁰ Siehe A. Pfeiffer, S. 77. Gleichzeitig machte sich eine starke Abwanderung von der SPD zur USPD bemerkbar.

⁵¹ Siehe Fränkische Tagespost, 29.9.1919.

⁵² Siehe Münchner Neueste Nachrichten, 10.10.1919.

⁵³ Münchner Neueste Nachrichten, 4.2.1920.

⁵⁴ Eine Liste aller bayerischen Kabinette von 1918 bis 1933 findet sich in: K. Schwend: Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, S. 569 ff.

fremden, Freihaltung unseres Volkes von fremden Elementen“.⁵⁵ Diese Formulierungen vermochten nicht das eigentliche Ziel seiner von der BVP gestützten Regierung zu verdecken, das darin bestand, „der Staatsautorität durch ungeschmälerte Erhaltung aller im letzten Jahre geschaffenen Machtmittel eine feste Stütze zum Schutz der öffentlichen Ordnung und Werte schaffender Arbeit, von Gesetz und Recht zu sichern und die Verhältnisse in Bayern zum Wohle des Reiches zielbewußt als Gegengewicht gegen alle bolschewistischen Störungen zu festigen“⁵⁶. In diesem antikomunistischen Kampf gingen die katholische Kirche und die bayerische Regierung Hand in Hand, was z. B. in der Verleihung eines päpstlichen Ordens an den Protestanten G. von Kahr zum Ausdruck kam.⁵⁷ Die führenden Kreise der bayerischen Industrie- und Handelsbourgeoisie unterstützten in den Jahren der revolutionären Nachkriegskrise aus den gleichen Gründen die Entwicklung der *↑ NSDAP*. Es wäre ein leichtes gewesen, die kleine faschistische Partei zu verbieten, jedoch lag eine solche wirklich demokratische Maßnahme nicht in ihrem Interesse. G. von Kahr stützte sich stark auf den Münchener Polizeipräsidenten Ernst Pöhner, der sein Amt ständig zugunsten der völkisch-faschistischen Organisationen ausnutzte.⁵⁸ Als jedoch dann G. von Kahrs Ziele barbarische Wirklichkeit wurden, gehörte auch er zu den zahlreichen Opfern des faschistischen Terrors.

Nach dem Londoner Ultimatum mußten im Sommer 1921 auch in Bayern die *↑ EW* aufgelöst und nach der Ermordung von Erzberger der bayerische Ausnahmezustand aufgehoben werden. Nunmehr zog sich die Führung der BVP scheinbar von G. von Kahr, der hartnäckig an den *EW* festhielt, zurück und trat für einen Kompromiß zwischen Bayern und dem Reich ein. Sie warf ihm „Mangel an jeglicher politischer Elastizität“⁵⁹ vor und schlug auf Initiative des Generalsekretärs der BVP, A. Pfeiffer, H. von und zu Lerchenfeld als Nachfolger vor. Das Kabinett blieb in der gleichen Besetzung wie unter G. von Kahr bestehen, lediglich der deutschnationale Vertreter wurde nicht wieder aufgenommen.

H. von und zu Lerchenfeld verfolgte die Politik einer „mittleren Linie“. Auf dieser Linie lag auch die Zustimmung der Reichstagsfraktion der BVP zur Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. Juni 1922, mit der nach dem Mord an Rathenau die Republikschutzgesetzgebung eingeleitet wurde. In der sich zuspitzenden Situation traten jedoch innerhalb der Partei starke Differenzen auf. Anfang Juli 1922 schrieb die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“, man habe in Bayern „kein Verständnis“ dafür, daß die Situation „dazu ausgenützt oder geradezu mißbraucht wird, um einen ganz einseitigen linkspolitischen Kurs“ zu steuern. Bayern sei „der Hüter wahrer Demokratie“.⁶⁰ Die Landtagsfraktion interpellierte gegen die Einrichtung eines Gerichtshofes zum Schutz der Republik; sie schlug vor, erneut eine eigene bayerische Notverordnung zu erlassen, was am 24. Juli 1922 auch erfolgte. Am 21. Juli hatte der Landesausschuß der BVP die Regierung aufgefordert, „mit allen gesetzlichen und parlamentarischen Mitteln den Standpunkt Bayerns auf das entschiedenste zu wahren“.⁶¹

Die Verhandlungen zwischen Bayern und der Reichsregierung führten zum sog. Berliner Protokoll vom 11. August 1922. Es brachte den Föderalisten große Vorteile, so daß die BVP ihm zustimmte. Allerdings war dafür die bayerische Notverordnung zurückzuziehen, worauf die Führer der BVP glaubten, sich von H. von und zu Lerchenfeld trennen zu müssen. Die rechtsextremistische Propaganda hatte den Ministerpräsidenten und das Berliner Protokoll immer heftiger abgelehnt, wobei die Wehrverbände und die *NSDAP* der Republikschutzgesetzgebung jeden Stachel gegen rechts zu nehmen und zu diesem Zweck die reaktionäre „Ordnungszelle“ Bayern auszunutzen gedachten. Die BVP griff, da sie politisch nichts gegen H. von und zu Lerchenfeld vorbringen konnte, zu zweifelhaften „Hintertreppmethoden“⁶², um ihn am 30. Oktober 1922 zu stürzen.

⁵⁵ Münchner Neueste Nachrichten, 21.3.1920.

⁵⁶ Münchner Neueste Nachrichten, 16.7.1920.

⁵⁷ Siehe G. Franz-Willing, S. 220.

⁵⁸ Siehe ebenda, S. 201.

⁵⁹ K. Schwend: Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, S. 183.

⁶⁰ Bayerischer Kurier, 3.7.1922.

⁶¹ Siehe K. Schwend: Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, S. 192.

⁶² Siehe ebenda, S. 197.

Der neue, wiederum von der BVP gestellte Ministerpräsident, E. von Knilling, knüpfte unmittelbar an die Politik G. Von Kahrs an. Das bedeutete vor allem eine entscheidende Stärkung der völkisch-faschistischen Bewegung. In der Landtagsdebatte vom November 1922 über die *NSDAP* und über deren Putschpläne wies F. Schäffer als Sprecher der BVP auf die Gemeinsamkeiten in den Programmen seiner und der nationalsozialistischen Partei hin.⁶³ Alle Vorbehalte gegen die offen terroristischen Methoden sowie gegen die „kulturkämpferischen“ Bestrebungen der Faschisten beeinflussten die Stellung der BVP zur *NSDAP* zunächst nur wenig. Erst als die faschistische Partei ein ernsthafter Konkurrent im Kampf um die Macht wurde, traten diese „Vorbehalte“ in den Vordergrund. Das zeigte sich im Januar 1923 bei der „Machtprobe“ um die Zulassung des ersten Reichsparteitages der *NSDAP*. Die BVP unterstützte das von der Regierung erlassene Verbot aller Kundgebungen unter freiem Himmel und den Ausnahmezustand. Unter dem Druck des bayerischen Reichswehrkommandos mußte sie aber nachgeben. Die bereits eingeleiteten Maßnahmen wurden, soweit sie sich gegen die *NSDAP* richteten, größtenteils zurückgenommen, soweit sie die *SPD* betrafen, jedoch durchgesetzt.

Im Herbst 1923 verfolgte die BVP Pläne, die einmal eine teilweise Zerschlagung des bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus und ferner die Lösung Bayerns vom Reich durch einen Putsch beinhalteten. So ließ sich G. von Kahr am Tag der Einstellung des passiven Widerstandes im besetzten Ruhrgebiet zum „Generalstaatskommissar für den Freistaat Bayern“ ausrufen. E. von Knilling distanzierte sich dagegen in seiner Tuntenhausener Rede⁶⁴ von Diktaturabsichten aller Art, weil er durch sie die „Gefahr“ einer Arbeiterregierung wachsen sah. G. von Kahrs Politik zielte auf den Sturz der Regierung Stresemann und auf die Bildung einer konservativ-militärdiktatorischen Regierung in Berlin, unter welcher die bayerische Monarchie wiederhergestellt und den Ländern mehr Selbständigkeit gewährt werden sollte. Wieder zog er die völlige Lösung vom Reich und die Bildung eines süddeutschen Staates in Betracht. Der Abgeordnete der BVP Karl Rothmeier entwickelte in einer Denkschrift für E. von Knilling u. a. den Plan einer eigenen bayerischen Währung.⁶⁵

Zur Verwirklichung dieser Pläne mußten die Nationalsozialisten einbezogen bzw. ausgenutzt werden. Hatte die bayerische Regierung am 1. Mai einen Putsch der *NSDAP* vereitelt, so wurde im Herbst nichts gegen die Vorbereitung eines neuen Unternehmens getan. G. von Kahr und General Otto Hermann von Lossow, Kommandeur der Reichswehr in Bayern, lehnten das von Hans von Seeckt ausgesprochene Verbot des „Völkischen Beobachters“ ab und trieben den Bruch zwischen Bayern und dem Reich immer weiter. Das bayerische Kommando wurde aus der Reichswehr herausgelöst und hatte einen Eid auf die Landesregierung zu leisten. Am 27. Oktober 1923 wies G. von Kahr einen dringenden Appell des Reichspräsidenten zurück und forderte den Rücktritt der Regierung in Berlin. Gleichzeitig wurden die Wehrverbände mobilisiert; sie hatten sich auf einen Marsch gegen Berlin vorzubereiten, wobei die Zerschlagung der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen bzw. der Schutz der Nordgrenze des Landes als Vorwand dienen sollten. Den faschistischen Bierkellerputsch der *NSDAP* vom 8. und 9. November 1923 konnten jedoch die Kreise um G. von Kahr nicht unterstützen. Sie befürchteten, die Arbeiterklasse werde sich wieder wie in den Tagen des Kapp-Putsches zu machtvollen, einheitlichen Aktionen erheben, und schwenkten mit der Niederschlagung des Hitlerschen Unternehmens auf die Linie Stresemanns und H. von Seeckts ein, d. h. auf die Linie der Kräfte, die die Machtpositionen des Monopolkapitals festigen wollten, ohne offen den bürgerlichen Parlamentarismus fallenzulassen.

Die BVP hat sich nach dem Scheitern der Kahrschen Absichten stets gehütet, diese öffentlich zu behandeln. In dem offiziellen Bericht über die Tätigkeit der Landtagsfraktion der BVP von 1920 bis 1924 ist nicht ein Wort über das Verhältnis der Partei zu den Putschversuchen enthalten.⁶⁶ Die BVP

⁶³ Siehe G. Franz-Willing, S. 227 f. Wörtlich erklärte er damals: „Soll es unsere Aufgabe sein, dem Marxismus einen Gegner zu ersparen?“

⁶⁴ Siehe K. Schwend: Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, S. 213.

⁶⁵ Siehe ebenda, S. 230.

⁶⁶ Welche Auffassungen die Führer der BVP über den ersten Abschnitt in der Geschichte ihrer Partei von 1918 bis 1923 verbreiteten, geht aus dem Bericht „Die Tätigkeit der Bayerischen Volkspartei im Bayerischen Landtag

tat alles, um einen Prozeß vor dem Staatsgerichtshof der Weimarer Republik zu verhindern, in dem ihre zwielichtige Politik nicht so hätte verheimlicht werden können wie vor dem bayerischen „Volksgericht“. Dennoch erhielt die Partei bei den Landtagswahlen vom 1. April 1924 ca. 180.000 Stimmen weniger als 1920, während die völkischen Gruppen $\frac{1}{3}$ der bayerischen Wähler für sich gewinnen konnten. Am 31. Juli 1924 setzte der Bayerische Landtag noch einen Untersuchungsausschuß ein, der die Vorgänge vom 26. September bis 9. November 1923 klären sollte. Diesem Ausschuß stand ein Vertreter der BVP vor, der die Arbeit mehr hemmte als förderte, so daß nach 4 Jahren immer noch nichts geklärt zu sein schien.⁶⁷

6. Die föderalistischen Programme der BVP von 1920 und 1922

Parallel zu den politischen Aktionen der BVP in der Periode der revolutionären Nachkriegskrise verstärkte sich die Betonung der föderalistischen Programmpunkte immer dann, wenn die revolutionäre deutsche Arbeiterklasse ihre Stärke bewies: Kampf für den Föderalismus war für die BVP immer gleichbedeutend mit dem Kampf gegen die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung und selbst gegen die Sozialdemokratie. Die Höhepunkte des Klassenkampfes in den Jahren 1920, 1922 und 1923 waren zugleich Tiefpunkte in den Beziehungen zwischen Bayern und der Reichsregierung.⁶⁸ Unmittelbar im Zusammenhang mit der Zuspitzung des Klassenkampfes, mit dem Anwachsen der revolutionären Bewegung der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ließ sich die Führung der BVP besonders stark von föderalistischen, hin und wieder auch von separatistischen Ideen leiten und beschloß jeweils neue programmatische Dokumente. Im Frühjahr 1920, als der Kapp-Putsch von der einheitlich kämpfenden Arbeiterklasse zurückgeschlagen wurde, erwog G. von Kahr, eine besondere süddeutsche Verfassung ausarbeiten und verkünden zulassen. Im Prozeß der allgemeinen Rechtsorientierung der herrschenden Kreise im Sommer 1920 entfaltete die BVP eine neue „föderalistische Initiative“.⁶⁹ Die *Mittwoch-Vereinigung* fixierte in einer Denkschrift vom 9. Juni 1920 Forderungen zur Revision der Weimarer Verfassung.⁷⁰ In ihr wurde dargelegt, daß Bayern eine Reihe von staatlichen Rechten zurückerhalten müsse (z. B. Verfassungsautonomie, Verfügung über die militärischen Machtmittel, Finanzhoheit).

Die Denkschrift der „politischen Elite“ der BVP bildete auch die Grundlage für das föderalistische Programm, das von der Bamberger Landesversammlung beschlossen wurde. Diese „Bamberger Entschließung“⁷¹ ging davon aus, daß die „föderalistische Ausgestaltung“ der deutschen Verfassung die „einzige Bürgschaft“ für den Wiederaufbau der Macht des deutschen Imperialismus sei. Sie verlangte die Einsetzung „eines dem früheren Bundesrate gleichwertigen Organes der Staaten“ sowie für die einzelnen Länder das Recht, „ihre Staatsform und Staatsverfassung selbst zu bestimmen“. Die BVP wandte sich mit Nachdruck gegen jede „weitere Beeinträchtigung der Selbständigkeit der Staaten durch neue Gesetze und Verordnungen“ und wollte sogar selbständig mit auswärtigen Staaten Verträge abschließen dürfen. Auch auf steuerpolitischem Gebiet sowie in Angelegen-

1920-1924“ (München o. J., S. 3) hervor: „Die Überwindung der Revolution hatte sich die junge Bayerische Volkspartei bei ihrer Gründung als ein Hauptziel gesteckt. Diesem Ziele ist die Partei in ihrem Wirken stets treu geblieben. Sie hat die christlich und vaterländisch denkenden Männer und Frauen in Bayern über alle künstlichen Trennungslinien hinweg zusammengesucht, sie hat das bayerische Volk gegen die Machthaber der Revolution des Jahres 1918 und die Diktatur der Räterepublik geführt. Sie hat im Jahre 1919 die Macht der Revolution und der Räteherrschaft gebrochen. Im Jahre 1920/21 hat sie dann dem Lande Bayern den Namen des ‚Ordnungsstaates‘ verschafft, welchen Namen Bayern heute noch besäße, wenn nicht ein Teil seiner Bevölkerung den Verführungen politisch unverantwortlicher, größtenteils landfremder Leute erlegen wäre. Vom Jahre 1920/21 ab hat sie dann zielbewußt den Kampf gegen das Kind der Revolution aufgenommen, gegen die unter dem Drucke und der geistigen Herrschaft der Revolution in Bamberg im Jahre 1919 entstandene bayerische Verfassung.“

⁶⁷ Hanns Hubert Hofmann: Der Hitlerputsch. Krisenjahre deutscher Geschichte 1920-1924, München (1961), S. 269 f.

⁶⁸ Siehe Albert Norden: Um die Nation. Beiträge zu Deutschlands Lebensfrage, Berlin 1952, S. 115.

⁶⁹ Siehe Konrad Beyerle: Föderalistische Reichspolitik, München 1924, S. 50.

⁷⁰ Weitere große Denkschriften der bayerischen Regierung zur Verfassungs- und Reichsreform sind vom 4.1.1924, vom Januar 1926, vom Oktober 1928 und vom 23.8.1932 datiert. Siehe Erika Schnitzer: Das Ringen der Regierung Held um die Stellung Bayerns im Reich, phil. Diss., Erlangen-Nürnberg 1968.

⁷¹ Siehe R. Keßler, S. 411.

heiten des Post- und Eisenbahnwesens verlangte sie „entscheidende Mitwirkung“ der Länder. Ein wichtiger Punkt der „Bamberger EntschlieÙung“ forderte die Aufgliederung der „Reichswehr zu Lande in bundesstaatliche Kontingente“ und das „selbständige Recht der Staaten, für Zwecke der öffentlichen Sicherheit und Ordnung den Ausnahmezustand für das Staatsgebiet zu erklären und für diese Zwecke über ihre Kontingente zu verfügen“. Natürlich beanspruchte die BVP auf kulturpolitischem Gebiet und im Schulwesen völlige Autonomie.⁷²

Bezeichnend für den reaktionären Charakter dieser föderalistischen Forderungen war die Tatsache, daß in den gleichzeitigen Verhandlungen mit dem Reichskanzler Fehrenbach über den Eintritt der BVP in das Kabinett von dieser nur ein Teil der 12 Bamberger Punkte als Bedingung gestellt wurde. Die „Bamberger EntschlieÙung“ wich ebenfalls stark vom Programm der bayerischen Regierung ab, das diese am 16. Juli 1920 verkündet hat.⁷³ Praktische Politik und programmatische Zielsetzung gingen somit auseinander, was zu großen Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb der Partei führte. Die Führung der BVP hatte einen Teil ihrer Bamberger Forderungen zurückgestellt, weil sie unter allen Umständen in der ersten rein bürgerlichen Reichsregierung vertreten sein wollte.

Der bayerische Föderalismus erlebte auch zur Zeit der großen Klassenschlachten des Jahres 1922 einen Höhepunkt. Nach dem Mord an Rathenau und den machtvollen Protestbewegungen von Millionen deutschen Arbeitern und Werktätigen verschärfte Bayern erneut das Verhältnis zur Reichsregierung. Vor allem die antikommunistische, aber auch die antisozialdemokratische Haltung der BVP zeigte sich in den Auseinandersetzungen um das Republikschutzgesetz, wobei hauptsächlich der Reichstagsabgeordnete der BVP und spätere Reichsjustizminister Erich Emminger mit besonderer Schärfe gegen die Pläne der Regierung Wirth auftrat. Der damalige bayerische Ministerpräsident, H. von und zu Lerchenfeld, erklärte, „es wird Zeit, daß wir uns in Bayern zum Aussteigen herrichten“, da die „Dinge ... immer mehr dem Bürgerkrieg“ zutreiben würden.⁷⁴ Die BVP sprach sich anstelle des Gesetzes zum Schutz der Republik für eine eigene bayerische Notverordnung aus, die von vornherein ausschließlich gegen die politische Linke angewendet werden sollte. Sie stürzte H. von und zu Lerchenfeld, als dieser die bayerische Notverordnung wieder aufheben mußte. Im Herbst 1922 erfolgte auf der Landesversammlung der BVP die endgültige Annahme des Parteiprogramms, des sog. „Bamberger Programms“⁷⁵, in dem vor allem diejenigen Forderungen erweitert wurden, die nach Meinung der BVP noch vor der anzustrebenden Änderung der Weimarer Verfassung erreicht werden sollten.

Das konterrevolutionäre Element in der föderalistischen Politik der BVP gipfelte schließlich in ihren Maßnahmen im Herbst 1923, als die Massenkämpfe der deutschen Arbeiterklasse einen Höhepunkt erreichten und sich eine revolutionäre Krise entwickelte, als die antinationale Haltung der deutschen Großbourgeoisie sich offen in der Verschärfung der Revanchehetze und in der Mobilisierung der faschistischen und separatistischen Kräfte zeigte. Die BVP nahm entscheidenden Anteil an der Vorbereitung eines Putsches in Bayern, der für den 12. November 1923 vorgesehen und von militärdiktatorischen, teilweise auch von blau-weißen monarchistischen Restaurationsbestrebungen getragen war. Die Aktion der ↑ NSDAP durchkreuzte diese Absichten.

In der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus trat ein anderes Element des Föderalismus in den Vordergrund der Politik der BVP. Großdeutsche Ambitionen verstärkten sich zusehends. F. A. Schmitt betonte 1929, daß „das Festhalten am föderativen Gedanken das Festhalten am großdeutschen Gedanken bedeutet und daß Zentralismus eine Verewigung unvollkommenen Klein-

⁷² Siehe K. Beyerle, S. 87 ff. Siehe auch Günther Grünthal: Reichsschulgesetzgebung und Zentrumspartei in der Weimarer Republik (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 39), Düsseldorf 1968.

⁷³ Siehe H. Speckner, S. 149 f.

⁷⁴ Zit. in: G. Franz-Willing, S. 215.

⁷⁵ Siehe Deutsche Parteiprogramme. Hrsg. Wilhelm Mommsen (= Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 1), München 1960, S. 506 f.

deutschtums“ sei.⁷⁶ Die Landesversammlung des Jahres 1929 beschloß sogar ein regelrechtes „Bekenntnis zum großdeutschen Gedanken“.⁷⁷

Die Auswirkungen der föderalistisch-separatistisch-großdeutschen Politik der BVP führten zwangsläufig zu Ergebnissen, die letztlich das ganze deutsche Volk in eine neue Katastrophe stürzten. Die Spannungen zwischen Bayern und dem Reich, genährt und verschärft durch die antikommunistische und antidemokratische Politik der BVP, nützten in erster Linie der völkisch-faschistischen *NSDAP*. Die führende bürgerliche Partei Bayerns machte dieses Land zum „Asyl und zur Heimstätte der konterrevolutionären Bestrebungen der gesamten Rechtsbewegung, die zuletzt im Sammelbecken der Hitlerbewegung mündete“.⁷⁸

Selbst bürgerliche Historiker kommen nicht umhin, der föderalistischen Konzeption der BVP zu bescheinigen, daß der „demokratische Grundgehalt föderalistischen Staatsdenkens“ zu wenig berücksichtigt worden sei.⁷⁹ Tatsächlich gehörte der auf die Zersplitterung der fortschrittlichen Kräfte gerichtete Föderalismus zu den reaktionärsten Bestandteilen des bürgerlich-parlamentarischen Demokratismus in der Weimarer Republik. Er wurde allerdings in gewissem Sinne zu einer „positiven“ demokratischen Erscheinung, als ihn der faschistische Unitarismus zu überrollen begann und als die reaktionäre Grundlinie der BVP durch die extrem reaktionäre Politik der *NSDAP* ersetzt wurde.

7. Die BVP in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus (1924-1929)

Die bis 1923 konzipierte Politik wurde von der Führung der BVP im wesentlichen auch in den folgenden Jahren betrieben. Allerdings war diese zu gewissen taktischen Änderungen gezwungen. So mußte sich die BVP am Beginn der Periode der relativen Stabilisierung von G. von Kahr und E. von Knilling trennen, um sich offiziell vom Hitler-Putsch und vom Versuch, das Modell der bayerischen „Ordnungszelle“ auf Deutschland zu übertragen, distanzieren zu können. Die BVP suchte nun das stärkere koalitionspolitische Zusammenspiel mit der *DNVP* unter Umgehung der von den Beamtenregierungen vorher mit den terroristisch-faschistischen Kräften eingeleiteten Komplote. Auf einer Wahlveranstaltung erklärte H. Held am 20. März 1924: „Wir brauchen in Bayern eine nach rechts gerichtete Politik, die das nationale Empfinden der Massen hebt.“ Kurze Zeit später formulierte er: „In Bayern muß unter allen Umständen ein Rechtskurs eingehalten werden, ein Rechtskurs bayerischer konservativer nationaler Politik, welcher entfernt ist von jedem revolutionären Radikalismus.“⁸⁰ Die Landesvorstandschafft vertrat in ihrer Sitzung vom 17. Mai 1924 die Meinung, „daß die kommende Regierung, einzig und allein gestützt auf die legitimen Machtmittel des Staates, eine rücksichtslose und restlose Liquidierung der Zustände vornehmen müsse, die die verhängnisvolle Lage verschuldet haben, in welche der bayerische Staat geraten war“.⁸¹

Einen Teil dieser scheinbaren „Liquidierung“ stellte der im November 1923 eingeleitete neue Vorstoß der BVP zur Umgestaltung der Weimarer Verfassung und der bayerischen Landesverfassung dar, wozu Anfang 1924 ein Volksbegehren für die Auflösung des Landtages und zur Umgestaltung der Verfassung eingeleitet wurde. Dieses Volksbegehren und auch der am 6. April 1924 durchgeführte Volksentscheid scheiterten jedoch, da sich keine Zweidrittelmehrheit für die Verfassungsänderung ergab. Andererseits erreichte die BVP einen wichtigen politischen Erfolg, als die seit 1920 geführten Verhandlungen mit dem Vatikan beendet und am 29. März 1924 das bayerische Konkor-

⁷⁶ Franz August Schmitt: Föderalismus und Süddeutsche Wirtschaft. Regionale oder zentralistische Wirtschaftspflege in Deutschland?, München 1929 (= Flugschriften der Bayerischen Volkspartei, Nr. 2), S. 34.

⁷⁷ Programmathe Kundgebungen der Bayerischen Volkspartei von November 1918 bis Dezember 1930, o. O., o. J., S. 11.

⁷⁸ G. Franz-Willing, S. 56. Siehe auch Hans Fenske: Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, Bad Homburg v. d. H. 1969.

⁷⁹ Siehe K. Schwend: Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, S. 334. Diese Aussage trifft auch auf K. Beyerle zu, der die föderalistischen Vorschläge Bayerns so interpretierte, daß „die Weimarer Verfassung in ihrer Grundstruktur aufrechterhalten“ bleiben soll. Die BVP habe allerdings alles zu unterstützen, was „der Volksvertretung zu Ansehen und Geltung zu verhelfen und oft beklagte Auswüchse des Parlamentarismus zu beseitigen“ vermag. K. Beyerle, S. 150 f.

⁸⁰ Zit. in: K. Schönhoven: Die Bayerische Volkspartei, S. 92 und 100.

⁸¹ Zit. in: K. Schwend: Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, S. 264.

dat unterzeichnet wurde, das voll und ganz der klerikal-föderalistischen Politik der BVP entsprach. Das Konkordat war ein Faktor, auf den sich die neue bayerische Regierung im Ringen um die Stabilisierung ihrer Macht und um die Beeinflussung der Reichspolitik in starkem Maße stützen konnte.

Eine der Hauptforderungen der föderalistischen Denkschrift vom 4. Januar 1924 an die Reichsregierung, die der am 28. Juni 1924 – nach langen innerparteilichen Auseinandersetzungen – zum neuen bayerischen Ministerpräsidenten gewählte H. Held ausdrücklich als Grundlage seiner Regierungserklärung bezeichnete, war die nach der Bildung eines dem Reichstag gegenüber gleichberechtigten Reichsrates. Auch die anderen Abschnitte der Denkschrift waren ihrem Charakter nach gegen die bürgerlich-parlamentarische Demokratie gerichtet. Sie enthielten Überlegungen, „wie die Bildung des Regierungswillens besser erfolgen, wie man zu einem richtigen Machtausgleich zwischen Regierung und Parlament kommen, wie die Stellung der politischen Parteien im Staatsleben besser geordnet, wie der überspitzte formale Parlamentarismus auf ein besonderes Maß zurückgebracht werden könnte“.⁸²

Aus Anlaß einer Feier zum 10jährigen Bestehen der BVP nannte Professor Franz Xaver Eggersdorfer die Herstellung einer „organischen Demokratie“ als Ziel der Partei. F. X. Eggersdorfer erklärte 1928: „Die organische Demokratie also, wie sie der Ideenwelt der Bayerischen Volkspartei entspricht, verwirft die Mehrheitsentscheidung, dieses Grundprinzip aller Demokratie, nicht. Aber sie schreibt dem Mehrheitsbeschluß keine rechtsschöpferische Kraft zu ... Recht wird nicht dadurch zum Recht, daß es eine Mehrheit verhängt. Das seinsollende Recht ist der Idee nach vor jedem Mehrheitsvotum gegeben, es ist gegeben in der ewigen Rechtsordnung Gottes.“⁸³

G. Heim fand für seine antidemokratischen Vorstellungen den Begriff der „gesunden Demokratie“, womit er allerdings auch ein zu starkes Vordringen des Faschismus verhindern wollte. Darunter verstand er die Einführung der Arbeitsdienstpflicht, die Erweiterung der Rechte des Reichspräsidenten und vor allem eine Änderung des Wahlrechts (Erhöhung des wahlfähigen Alters, Pluralwahlrecht für Familienväter, eine Zusatzstimme ab dem 40. Lebensjahr und für Haus- und Grundbesitz).⁸⁴ Dieser Plan G. Heims war so abwegig, daß er von der BVP nicht völlig unterstützt werden konnte. G. Heim stand jedoch nicht allein, z. B. forderte J. Leicht 1926 die Heraufsetzung des Wahlalters.⁸⁵ Die katholisch-konservative Grundhaltung der BVP ist in allen ihren Aktionen und Maßnahmen während der Periode der relativen Stabilisierung und in der Zeit der Faschisierung zu erkennen. Die BVP unterstützte die Bildung und Tätigkeit jeder rein bürgerlichen Reichsregierung und stemmte sich eindeutig gegen eine erneute Einbeziehung der rechten sozialdemokratischen Führer in den Machtmechanismus des imperialistischen Staates. Sie betrachtete es als ihre Aufgabe, eine „Brücke“ für die Koalition von ↑ Z, ↑ DVP und selbstverständlich auch ↑ DNVP zu bilden und das Z von seinen Bindungen an die SPD zu lösen.⁸⁶ Ihr Ziel bestand darin, die Einigung und eine „wirkliche bürgerliche Politik der Rechten“ durchzusetzen, was erst möglich sei, „wenn die Deutschnationalen auch an der Regierung teilzunehmen haben“. Man war sogar bereit, in eine bürgerliche Minderheitsregierung „rechts vom Zentrum“ einzutreten.⁸⁷

Diese Taktik war auch entscheidend für die aufsehererregende Haltung der BVP während des zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahlen 1925. Nachdem ihr Drängen nach Nominierung eines einzigen bürgerlichen Kandidaten der Rechtsparteien gescheitert war, versagte sie dem Z die Unterstützung. H. Helds Kandidatur im ersten Wahlgang war mehr eine Verlegenheitslösung. Im zweiten Wahlgang entschied sich die BVP für den protestantischen preußischen Militaristen Hindenburg, während Wilhelm Marx – obwohl Katholik und Kandidat des ↑ Z – wegen der für ihn angekündig-

⁸² Ebenda, S. 334.

⁸³ F. X. Eggersdorfer: Die Krise des staatlichen Lebens in Deutschland und die Ideenwelt der Bayerischen Volkspartei, München 1929, S. 11.

⁸⁴ Siehe Hans Renner: Georg Heim, der Bauerndoktor. Lebensbild eines „ungekrönten Königs“, München-Bonn-Wien (1960), S. 238 ff.

⁸⁵ Siehe ZStA Potsdam, RMdl, Nr. 13 596, Bl. 14.

⁸⁶ Siehe Materialien zur Reichspolitik 1924-1928, München o. J., S. 18.

⁸⁷ Zit. in: K. Schönhoven: Die Bayerische Volkspartei, S. 110 und 114.

ten sozialdemokratischen Unterstützung abgelehnt wurde. Auf der Sitzung der Landesvorstandsschaft am 7. April 1925 gab wieder einmal G. Heim den Ausschlag für die Entscheidung der BVP zugunsten Hindenburgs, nachdem er in scharfen Worten gegen den „Linkskurs“ des Z opponiert hatte.⁸⁸ Das Verhalten der BVP-Führer im zweiten Wahlgang offenbarte einen Tiefpunkt in den Beziehungen zwischen ihnen und dem Z. Ihre Auffassungen über die Situation in Deutschland unterschieden sich erheblich von denen der Zentrums Politiker, obwohl sich beide als katholische und insofern wesensgleiche Parteien verstanden. Die konservativ-restaurativen Vorstellungen der BVP dominierten eindeutig gegenüber den vielfach beschworenen Prinzipien des politischen Katholizismus.⁸⁹ Es hat der Führung der BVP einige Mühe gemacht, den überraschten und zum Teil unzufriedenen Anhängern⁹⁰ diesen Beschluß zu erläutern. Für den Ausgang der Wahl wurde er jedoch in gewisser Hinsicht ein entscheidender Faktor, denn Hindenburg hatte ca. 900.000 Stimmen mehr als W. Marx zu verzeichnen.

Es war selbstverständlich, daß sich die BVP eindeutig gegen den von der KPD eingeleiteten Kampf für eine entschädigungslose Enteignung der Fürsten aussprach. Wie fast alle anderen bürgerlichen Parteien kämpfte sie für den Boykott des Volksbegehrens und des Volksentscheides. In ihrem Aufruf vom 1. März 1926 bezeichnete sie das Volksbegehren ganz im Sinne des Prinzips der „organischen Demokratie“ als „brutalsten Gewaltakt“ und als Verstoß „gegen Gottes Ordnung“, der ein „Wegbereiter für bolschewistische Ideen“ sei. Überhaupt sei das Ansinnen der Abstimmung für Bayern überflüssig: „Sollte es so weit gekommen sein, daß ein Volk mit einer ehrenvollen Tradition nur Undank hätte für seine Führer und sein jahrhundertealtes verdientes Herrschergeschlecht? Das wäre häßlich und verachtenswert.“ Die BVP betrachtete die Volksabstimmung als einen „frechen Versuch“ der „roten Zentralen in Sachsen, Thüringen, Berlin, Hamburg und im Ruhrgebiet ..., mit ihrer großen Stimmenzahl“ die bayerische Selbständigkeit zu vergewaltigen.⁹¹ Die Ergebnisse des Volksentscheides lagen in Bayern schließlich auch weit unter dem Reichsdurchschnitt.

Auch in außenpolitischer Hinsicht verfolgte die BVP eine Politik, die den nationalistischen Praktiken der ↑ DVP und vor allem der ↑ DNVP sehr nahe kam. Sie stimmte für die Annahme des Dawes-Planes, obwohl sie sich gegen das entscheidende Eisenbahngesetz wandte, weil es nicht die von ihr geforderte Rückgabe der Verkehrshoheit an Bayern vorsah. In der Kriegsschuldfrage und auch bezüglich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund opponierte die BVP gegen Stresemann, der entsprechend der Situation nur das jeweils für den deutschen Imperialismus Erreichbare forderte.⁹² Die nationalistische Demagogie der BVP, bei der sich vor allem H. Held hervortat, sollte den außerparlamentarischen Druck auf die deutsche Regierung sowie auf die Westmächte verstärken. Der *Wirtschaftsbeirat der BVP* verstärkte seine auf den Anschluß Österreichs gerichtete Tätigkeit und ließ in seinen Jahresversammlungen 1926 und 1927 führende österreichische Politiker sprechen. Selbst der Bundeskanzler des Nachbarstaates wurde für einen Vortrag gewonnen.⁹³ Anfang Mai 1926 fand eine Beratung von Vertretern der *Christlichsozialen Partei Österreichs* und des *Wirtschaftsbeirates der BVP* über handelspolitische Fragen statt. Am 10. Jahrestag der Niederschlagung der Räterepublik veranstaltete die BVP in München eine „großdeutsche Kundgebung“, die dem „Deutschtum in Österreich und im Saargebiet“ gewidmet war.⁹⁴

⁸⁸ Siehe H. Renner, S. 226 f.

⁸⁹ Siehe auch K. Schönhoven: CDU/CSU-Querelen: Erinnerungen an Weimar. In: Die Neue Gesellschaft, Bonn, 24. Jg. (1977), H. 1, S. 61.

⁹⁰ In der „Bayerischen Volksstimme“, dem Organ der kleinen bayerischen Zentrums Partei, wurden damals scharfe Kommentare veröffentlicht. So schrieb Pfarrer Nikolaus Hackel in Nr. 18/1925 (9. Mai 1925) über „Das Krebsgeschwür am bayerischen Katholizismus“ und sah dieses im Rückzug „in das freiwillige Ghetto der bayerischen Stammesart und des Bamberger Föderalismus“ (G. Leicht war Bamberger Domkapitular). Ausdrücklich verwies der Autor auf die persönliche Verantwortung von G. Heim an diesem Kurs der BVP.

⁹¹ Materialien zur Reichspolitik, S. 12 f.

⁹² Siehe W. Ruge: Stresemann. Ein Lebensbild, Berlin 1965, S. 222 f.

⁹³ Siehe ZStA Potsdam, Vertretung der Reichsregierung in München, Nr. 32, Bl. 12 und 40.

⁹⁴ Ebenda, Bl. 71. Die BVP veranstaltete auch zahlreiche „Grenzlandfahrten“ in den Bayerischen Wald und in die von deutschen Minderheiten in der CSR bewohnten Gebieten. Sie betrieb aktiv sog. Deutschums- und Grenz-

Die allgemeine Rechtsentwicklung der deutschen Innen- und Außenpolitik während der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus führte zu einer schrittweisen Annäherung von Z und BVP. Letztere stellte die Abkehr der Zentrumsparlei von ihrem linken Flügel unter Wirth⁹⁵ in den Vordergrund. Charakteristisch hierfür ist ein am 17. März 1927 in der „Augsburger Postzeitung“ abgedruckter, eine halbe Druckseite umfassender Leitartikel „Um Dr. Wirth“ von einem bestellten oder fingierten „badischen Zentrumsman“, in dem erst demagogisch die Persönlichkeit und die Verdienste Wirths hoch gewürdigt werden, um dann um so schärfer zu formulieren: „... überall, wohin man hört, vernimmt man bei der überwältigenden Mehrheit der Parteifreunde die Stimme: ‚So kann es nicht mehr weitergehen! Entweder – oder!‘ ... Das ‚Problem Dr. Wirth‘ ist überreif zur Lösung.“ Der Kampf gegen Wirth zielte jedoch in erster Linie auf die Sprengung der in einzelnen Ländern noch bestehenden Koalitionen des Z mit der SPD.

Die BVP-Führung war mehr und mehr bereit, ihren Kurs teilweise zu revidieren, und hob die konfessionell-weltanschauliche Gemeinsamkeit mit dem Z stärker hervor. Die Bestrebungen zur Wiederherstellung einer Arbeitsgemeinschaft stießen in Bayern allerdings auf den Widerstand monarchistischer Kreise, die sich auf den ↑ *Bund Bayern und Reich (BBR)* und auf den von G. Heim inspirierten *Bayerischen Heimat- und Königsbund* stützten. Die Führer der BVP sahen sich daher in dieser Zeit mehrfach gezwungen, zur monarchistischen Frage und zu Gerüchten über monarchistische Putschpläne Stellung zu nehmen, sich dabei aber von den Monarchisten so abzugrenzen,⁹⁶ daß sich dieser Wählerstamm nicht vor den Kopf gestoßen fühlen konnte. K. F. Speck erklärte dennoch auf der Landesversammlung der BVP am 4. Dezember 1926: „Wer heute die Frage der Staatsform in den Vordergrund schiebe, verrate keinen politischen Weitblick“.⁹⁷

Nach langwierigen und komplikationsreichen Verhandlungen wurden am 20. November 1927 die „Regensburger Vereinbarungen“ beschlossen, die eine parlamentarische Zusammenarbeit der Fraktionen, eine Regelung der Beziehungen beider Parteiorganisationen und ihrer Presse, eine Klärung der verworrenen parteipolitischen Situation in der bayerischen Pfalz – hier existierten BVP und Z nebeneinander – sowie konkrete Abmachungen zu den kommenden Landtags- und Reichstagswahlen enthielten. Ein paritätisch zusammengesetzter Ausschuß sollte die Verwirklichung der Vereinbarungen überwachen. Die Presse beider Parteien wertete die vom Parteitag der BVP am 17. und 18. Dezember einhellig bestätigten Vereinbarungen als „ersten Schritt zu dem Endziel einer Wiederherstellung der politischen Einheit“.⁹⁸ Die „Regensburger Vereinbarungen“ führten jedoch erst mit Beginn der Weltwirtschaftskrise zu einer engeren Zusammenarbeit beider Parteien. Die BVP unterstützte vor allem den autoritären Kurs, den die Regierung Brüning 1930 einleitete.⁹⁹ Die Mischung von klerikal-antidemokratischen und föderalistischen Elementen in der Politik der BVP führte zu bestimmten Differenzen innerhalb der Partei und des bayerischen Katholizismus, die al-

landpolitik, im Ton häufig „etwas schriller“ sogar als andere Regionalparteien und pries das Land Bayern als „festes Bollwerk gegen die Slawen“. Siehe Rudolf Jaworski: Grenzlage, Rückständigkeit und nationale Agitation: Die „Bayerische Ostmark“ in der Weimarer Republik. In: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, 1978, Bd. 41, H. 1, S. 248 ff. und 270.

⁹⁵ Siehe ZStA Potsdam, Vertretung der Reichsregierung in München, Nr. 33, Bl. 69. Siehe auch Herbert Gottwald: Franz von Papen und die „Germania“. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Katholizismus und der Zentrumspresse in der Weimarer Republik. In: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 6, Berlin 1972, S. 561 f.

⁹⁶ Zum Beispiel schrieb ein führendes Mitglied der BVP am 14.12.1926 in der „Kölnischen Volkszeitung“ von der monarchistischen „Gefahrenquelle“, die nicht unterschätzt werden dürfe. Siehe auch ZStA Potsdam, Reichskanzlei, Film-Nr. 19186N.

⁹⁷ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 13596, Bl. 41.

⁹⁸ Materialien zur Reichspolitik, S. 31 f. G. Schreiber, Politisches Jahrbuch 1927/28, Mönchengladbach 1928, S. 145 f. Siehe auch Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstandes der Deutschen Zentrumsparlei 1926-1933. Hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, bearbeitet von Rudolf Morsey (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern, Reihe A, Bd. 9), Mainz 1969, S. 156. Zur Vorgeschichte der Regensburger Vereinbarungen siehe ZStA Potsdam, Reichskanzlei, Film-Nr. 19186 N.

⁹⁹ Siehe u. a. Neue Pfälzische Landeszeitung, 23.5.1931.

lerdings zu keiner Zeit einen direkten linken Flügel ausbildeten wie den Wirth-Flügel im ↑ Z.¹⁰⁰ Der Widerstand einzelner fortschrittlicher Kräfte gegen reaktionäre Entscheidungen der Parteiführung wurde zwar in einigen Fällen¹⁰¹ sichtbar, er beeinflusste aber kaum die politische Linie der BVP. Ein Teil der fortschrittlichen katholischen Kräfte organisierte sich – vor allem auf rechtsrheinischem Boden – in den bayerischen Zentrumsorganisationen, die bis zur Mitte der 20er Jahre fast mit der ↑ *Christlich-Sozialen Reichspartei (CSRP)* identisch waren. Der führende Sprecher dieser Kräfte im bayerischen Katholizismus jener Zeit war der 1924 in den Landtag gewählte Abgeordnete Dr. Leo Weismantel. Er und Paul Dissinger hatten sich mit Abgeordneten der ↑ *DDP* und mit unabhängigen Abgeordneten zu der Fraktion *Freie Vereinigung* im Bayerischen Landtag zusammengefunden.

L. Weismantel nahm als Landtagsabgeordneter vor allem zu kulturpolitischen Problemen das Wort, wobei er sich gegen die Konfessionsschule wandte und 1926 bei der Etatdebatte eine so begründete Stellungnahme gegen die Politik des Ministers für Unterricht und Kultus, Franz Matt, abgab, daß dieser zurücktreten mußte.¹⁰² Hierbei fand L. Weismantel Anschluß an linksbürgerlich-demokratische Kräfte; so sprach er 1926 zusammen mit Thomas und Heinrich Mann auf einer öffentlichen Kundgebung in München. Auch hinsichtlich allgemeiner sozialer, schul- und kulturpolitischer Probleme nahm er eine gegen die reaktionäre Politik der BVP gerichtete Haltung ein.¹⁰³ 1924 warnte er in einem Schreiben an die Leitung der *CSRP* in Würzburg: „Beweist der Umstand, daß es mehrere, sich befehdende ‚christliche Parteien, gibt, nicht schon das, daß wir heute überhaupt keine christliche Partei haben – wie wir auch keine ‚unchristliche‘ haben, – in manchem Sozialisten steckt mehr wahres Christentum als in manchem Katholikenführer. Ich bin im Leben Atheisten begegnet, die Gott näher waren, als solche, die Gott in jedem ihrer Worte im Munde trugen und im gleichen Ausspruch Gott verleugnet haben ... Hüten wir uns ..., die Partei einer christlichen Geschichtsauffassung schlechthin mit der Partei Gottes, die Partei einer materialistisch-atheistischen Geschichtsauffassung schlechthin der Partei des Bösen gleichzusetzen.“¹⁰⁴

Es war daher kein Wunder, daß nach dem Regensburger Abkommen L. Weismantel von der Führung der BVP in den Hintergrund gedrängt wurde. Die ihm gegenüber angewendeten Mittel der Bestechung und Drohung sind ein geradezu skandalöses Zeugnis für die inquisitorische Skrupellosigkeit, mit der die Führungen der sog. christlichen Parteien gegen progressive Kräfte innerhalb der eigenen Organisationen vorgingen.¹⁰⁵ L. Weismantel wurde 1928 von der Kandidatenliste zurückgezogen und aus dem parlamentarischen Leben Bayerns ausgeschaltet. Danach suchte und fand er Anschluß an die Gruppe um Wirth in der Zentrumsparlei.¹⁰⁶

Die Differenzierung in der BVP verstärkte sich mit der zunehmenden Gefahr der Errichtung einer faschistischen Diktatur in Deutschland. Der Chefredakteur der über Interna der *NSDAP* ungewöhnlich gut informierten Zeitschrift „Der Gerade Weg“, Fritz Michael Gerlich, verließ am 11. September 1932 sehr deutlich seiner Empörung über die Verhandlungen des Z und der BVP mit der *NSDAP* Ausdruck.¹⁰⁷ Die katholischen Parteien seien dabei für die *NSDAP* lediglich „Zutreiber für

¹⁰⁰ Siehe G. Wirth: Zur Polarisierung der Kräfte in der Zentrumsparlei in den Jahren 1920-1922. In: WZ Jena, Jg. 14 (1965), H. 2, S. 323 ff.

¹⁰¹ Zur Haltung des Landtagsabgeordneten Ferdinand Müller, Gerbermeister und Vorsitzender des Bayerischen Gerberverbandes, siehe Vincenz Müller: Ich fand das wahre Vaterland. Hrsg. Klaus Mammach, Berlin 1963, S. 123 und 178.

¹⁰² Siehe Leo Weismantel: Bayern und die Wende der Bildung, Würzburg 1926, sowie den damit zusammenhängenden umfangreichen Briefwechsel im privaten Archiv des bekannten Schriftstellers.

¹⁰³ Siehe Tagesgebote christlicher Politik, Drittes Tagesgebot, Würzburg (1924), S. 28. Siehe auch U. Haaß, S. 78 ff.

¹⁰⁴ Enthalten im privaten Archiv von L. Weismantel.

¹⁰⁵ So schrieb L. Weismantel am 14.3.1928 an Generaldirektor Hohn vom Volksverein für das katholische Deutschland, daß er „irgendeine Professur oder irgendeine andere Position“ von seiten der BVP entschieden ablehne. Weismantel-Archiv.

¹⁰⁶ Bereits am 24.9.1926 lud J. Wirth L. Weismantel zur Mitarbeit an der Zeitschrift „Deutsche Republik“ ein, und L. Weismantel antwortete umgehend positiv am 28.9.1926. Weismantel-Archiv.

¹⁰⁷ Siehe Rudolf Morsey: Die Deutsche Zentrumsparlei. In: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. Erich Matthias/R. Morsey, Düsseldorf 1960, S. 322.

die eigene Machtergreifung“.¹⁰⁸ Außerdem traten einige konservative katholische Kräfte vor allem aus religiösen Gründen gegen den Faschismus auf. Als Exponent dieser Kreise galt Emil Muhler, der auf Grund einer nationalsozialistischen Intervention beim Kardinal Michael von Faulhaber von der Funktion des Vorsitzenden der *Katholischen Aktion* in München entfernt wurde.¹⁰⁹ Die Faschisten ermordeten ihn 1944 im KZ Dachau.

8. Die BVP und der Faschisierungsprozeß (1929-1933)

In der letzten .Periode ihrer Existenz wurde für die sich selbst immer stärker nach rechts entwickelnde BVP die Stellung zur Faschisierung des Deutschen Reiches und insbesondere zur nationalsozialistischen Bewegung immer mehr zu einer Existenzfrage. Die *NSDAP* hatte sich zu einem parteipolitischen Instrument der extrem reaktionären und aggressivsten Kräfte der deutschen Monopoulbourgeoisie entwickelt und suchte ihre kleinbürgerlich-chauvinistische Massenbasis in Bayern hauptsächlich in den Bevölkerungsschichten, die bis dahin vor allem von der BVP beeinflusst wurden. Aus einem von der BVP geduldeten und sogar geförderten Mittel zum Zweck war also eine im Kampf um die Macht konkurrierende Organisation herangewachsen, gegen die vereinzelt bereits 1922, verstärkt aber nach dem Hitler-Putsch Stellung genommen wurde.

Die Stellungnahmen der meisten BVP-Politiker ließen nur in seltenen Fällen antifaschistische Positionen erkennen. In der Regel wurden Differenzen in taktischen Fragen hervorgehoben. Gegen die *NSDAP* wurde vor allem geltend gemacht, daß ihr Programm die Aufhebung der bayerischen Eigenstaatlichkeit vorsah und sie auf einer gegen Kirche und Religion gerichteten Politik beharre. Damit war fast immer auch eine andere bemerkenswerte Feststellung verbunden, die z. B. im „Agitationsmaterial“ des Generalsekretariats der BVP getroffen wurde. Dort wurde den Nazifaschisten der Vorwurf gemacht, sie würden lediglich eine „Zersplitterung der bürgerlichen Front“ herbeiführen wollen und hätten ihren eigentlichen sozialen Auftrag nicht erfüllen können: „Die Nationalsozialisten haben bis jetzt noch keinen Arbeiter aus dem roten Lager herübergezogen. Im Gegenteil: Seit dem Bestehen der Nationalsozialisten sind die Sozialisten immer stärker geworden.“¹¹⁰ Eine allgemeine, daraus abgeleitete Befürchtung brachte G. Heim zum Ausdruck, als er am 1. August 1930 in einem Brief schrieb: „Das Ende des Nationalsozialismus ist die Überantwortung Deutschlands an den Bolschewismus.“¹¹¹

F. Schäffer, der 1929 als Repräsentant der „aktiveren jüngeren Richtung“ in der Partei deren Vorsitzender geworden war¹¹², warnte in einer Rede vor der „kommunistisch-bolschewistischen Gefahr“ und erklärte: „Das ist die große Sünde Adolf Hitlers, daß er sie nicht sieht und wohl auch nicht sehen will, weil ihn sonst vor seiner eigenen Zukunft das Grauen packen müßte.“¹¹³ Vor allem das Mißtrauen in die Stabilität der nationalsozialistischen Massenbasis¹¹⁴, aber auch das Verharren auf ihren politischen und weltanschaulichen Positionen, führten die Partei zu einer stärkeren antinationalsozialistischen Tätigkeit in den letzten Jahren der Weimarer Republik.

Dennoch war die Politik der BVP-Führung darauf gerichtet, die gemeinsame Frontstellung beider Parteien gegen die Arbeiterklasse dazu auszunutzen, die weitere Entwicklung der politischen Verhältnisse in reaktionäre Bahnen zu drängen. Daraus resultierte eine folgenreiche Unterschätzung der Gefährlichkeit der faschistischen Bewegung durch die Führer der BVP. Hitler war 1924 nicht aus-

¹⁰⁸ Prophetien wider das dritte Reich. Aus den Schriften des Dr. Fritz Gerlich und des Paters Ingbert Naab O. F. M. Cap. Gesammelt von Dr. Johannes Steiner, München (1946), S. 473. F. Gerlichs Zeitschrift wurde am 13.3.1933 verboten, er selbst am 1.7.1934 im Konzentrationslager Dachau ermordet. Siehe auch E. von Aretin: Fritz Michael Gerlich. Ein Märtyrer unserer Zeit, München 1949.

¹⁰⁹ Siehe K. Schwend: Die Bayerische Volkspartei. In: Das Ende der Parteien 1933, S. 502 und 513 f.

¹¹⁰ Agitationsmaterial vom 1.11.1929, Bl. 8.

¹¹¹ Zit. in: H. Renner, S. 235.

¹¹² Siehe ZStA Potsdam, Vertretung der Reichsregierung in München, Nr. 32, Bl. 74.

¹¹³ ZStA Potsdam, RMdI Nr. 26 149/1, Bl. 27.

¹¹⁴ Siehe Manfred Weißbecker: Die bürgerlichen Parteien und die politische Reaktion in der Weimarer Republik. In: WZ Jena, Jg. 14 (1965), H. 2, S. 218. Ders.: Extrem reaktionäre Organisationen des Imperialismus und werktätige Massen. In: ZfG, 25. Jg. (1977), H. 3, S. 280 ff.

gewiesen worden¹¹⁵ und hatte seit 1926 auch in Bayern wieder in öffentlichen Veranstaltungen auftreten dürfen. Immer wieder wurde das nicht ganz unzutreffende, letztlich aber doch demagogische Argument verwendet, die *↑ NSDAP* sei ja aus Bayern hinausgedrängt worden. Seit 1930, als das bayerische Kabinett H. Held nach dem Austritt des *↑ BB* geschäftsführend und ohne parlamentarische Basis zu regieren begann, verstärkte sich der Druck des *Wirtschaftsbeirates der BVP* auf die Parteiführung, „ein entschiedenes Zusammengehen mit den Parteien der Rechten“ anzustreben. Immer wieder brachten führende BVP-Politiker ihre Idee einer Regierung der „nationalen Konzentration“ ins Spiel, die einen Block aller Rechtsparteien darstellen sollte. Ende 1930 fand eine Industriellentagung der BVP statt, zu der Hjalmar Schacht eingeladen worden war. In seiner Rede plädierte er für die *NSDAP* und eine enge Zusammenarbeit mit ihr. In einem vertraulichen Memorandum des *Wirtschaftsbeirates der BVP* wurde nach den bayerischen Landtagswahlen vom Frühjahr 1932 die Zusammenarbeit zwischen der BVP und der *NSDAP* im „Interesse Bayerns und seiner Wirtschaft“ gefordert. Ziel der Partei müsse es sein, die „Niederkämpfung des Marxismus im Innern“ zu erreichen.¹¹⁶

In der Periode der Weltwirtschaftskrise unterstützte die BVP grundsätzlich, wenn auch nicht in allen Detailfragen, den autoritären Kurs des *↑ Z* und der Brüning-Regierung. Das führte in der Vorbereitung der Reichspräsidentenwahlen 1932 sogar zu dem gegen Hindenburg gerichteten Vorschlag der BVP, Brüning kandidieren zu lassen. Dieser Plan mußte jedoch nach den ersten Gesprächen mit den Führern des *Z* fallengelassen werden.¹¹⁷ Im Gegensatz zu 1925 betrieb die BVP schließlich von vornherein Wahlpropaganda für Hindenburg, der in ihrer Presse sogar als „Symbol für Deutschlands Größe in der Vergangenheit und für Deutschlands Ehre und Freiheit in der Zukunft“ gepriesen wurde.¹¹⁸ Bei der Vorbereitung der Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 ließ die BVP auch verlauten, sie sei „immer und heute erst recht für eine zeitgemäße Reform des übersteigerten Parlamentarismus gewesen. Auch dem Verlangen nach verfassungsrechtlicher Verstärkung des persönlichen Führergedankens im Staate stimmt die Bayerische Volkspartei zu.“¹¹⁹ Die BVP verfolgte ebenso wie das *Z* und andere bürgerliche Parteien das Konzept der „Zähmung“ bzw. der Einbeziehung der *NSDAP* und unterstützte nachdrücklich die Verhandlungen mit der faschistischen Partei im August und September 1932.

Nach den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 gab F. Schäffer bei den Konsultationen Hindenburgs mit den Parteiführern ein günstiges Urteil über Hitler ab und befürwortete die Bildung einer Regierung der „nationalen Konzentration“.¹²⁰ Am 24. November 1932 trafen sich F. Schäffer und Hitler zu einer persönlichen Aussprache.¹²¹ Die BVP wandte sich allerdings gegen eine Einbeziehung Papens in die Regierung der „nationalen Konzentration“, dessen Staatsstreich vom 20. Juli 1932 als Schlag gegen die Selbständigkeit auch der anderen Länder eingeschätzt wurde.¹²²

Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, kann der 1932 erfolgende Ausbau der parteieigenen Wehrorganisationen, der *Bayernwacht*, als ein Mittel bezeichnet werden, das die *NSDAP* in eine Front mit dem *Z* und der BVP zwingen sollte. Die BVP gab in diesem Sinne auch illusorische Mitgliederzahlen (620.000!¹²³) an. Die Gründung des eigenen Wehrverbandes, der unter der Führung H. von Lex' stand und für dessen Finanzierung G. Heim sorgte, richtete sich jedoch auch gegen das *Z* und dessen Mitarbeit im *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold*. Die Antwort der *NSDAP* bestand in der Er-

¹¹⁵ Siehe D. C. Watt: Die bayerischen Bemühungen um Ausweisung Hitlers 1924. In: VjZ, Jg. 6 (1958), H. 3, S. 270 ff.

¹¹⁶ Siehe Heinrich Brüning: Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970, S. 212. Siehe auch Berliner Börsenzeitung, 19.3.1933.

¹¹⁷ Siehe K. Schwend: Die Bayerische Volkspartei, S. 459 f.

¹¹⁸ Fränkisches Volksblatt, 11.3.1932.

¹¹⁹ Reichstagswahlen 1932! Materialien für die politischen Erörterungen im Wahlkampf, München 1932, S. 5.

¹²⁰ Siehe K. Gossweiler: Karl Dietrich Brachers „Auflösung der Weimarer Republik“. In: ZfG, 6. Jg. (1958), H. 3, S. 552 f. Siehe auch K. Schönhoven: Der Untergang der Bayerischen Volkspartei 1932/33. In: HZ, Bd. 224 (1977), S. 360.

¹²¹ Siehe K. Schwend: Die Bayerische Volkspartei, S. 477.

¹²² Siehe K. Schwend: Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, S. 454 f.

¹²³ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 26 149/1, Bl. 9.

klärung, F. Schäffer versuche, sich auf ein „Systemreservat“ zurückzuziehen.¹²⁴ Am 24. April 1932 konnte die BVP bei den bayerischen Landtagswahlen noch einmal einen gewissen Aufschwung ihrer Tätigkeit erreichen. Gegenüber den Landtagswahlen von 1928 stimmten 200.000 Wähler mehr für die Partei, die einen aktiven Kampf gegen die drohende faschistische Diktatur zu betreiben schien. In ihrem Bestreben, die eigenen Machtpositionen in Bayern aufrechtzuerhalten, ließ die Führung der BVP zu dieser Zeit sogar Diskussionen über die Möglichkeiten einer Koalition mit den rechten Führern der *SPD* zu, d. h. über einen Punkt, mit dem die BVP stets ihre Distanz zum ↑ *Z* begründet hatte. Zwischen F. Schäffer und Wilhelm Hoegner (*SPD*) kam es zu Kontakten, die jedoch ohne jegliche politische Konsequenz blieben, weil F. Schäffer im Grunde – und im Gegensatz zu H. Held – eine „schwarz-braune“ Koalition und eine Verbindung mit den „vernünftigeren Elementen der Nationalsozialisten“ anstrebte.¹²⁵ Ende Januar 1933 erklärte er in Verhandlungen mit Papen, die BVP sei bereit, sich an einer von Hitler geführten Mehrheitsregierung zu beteiligen. Sein Kurs zielte auf eine Ausweitung der sog. Harzburger Front, des Bündnisses von ↑ *DNVP* und ↑ *NSDAP*, unter Einschluß seiner Partei, selbst „wenn es den Tod des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei erreichen sollte“.¹²⁶

Was die BVP von ihren konservativen und föderalistischen Grundpositionen aus gegen die *NSDAP* unternahm, war also kein wirklicher antifaschistischer Kampf, da er weder die demokratischen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse berücksichtigte noch eine echte Alternative zur hitlerfaschistischen Diktatur aufwies. Der Katholizismus und der Föderalismus erwiesen sich zwar als Hindernis für den Machtkampf der *NSDAP*, jedoch in keiner Beziehung als letzte demokratische Schutzkraft, wie das in der bürgerlichen Geschichtsschreibung behauptet wird.¹²⁷

9. Das Ende der BVP

Den Führern der BVP ging es in der letzten Phase der Existenz ihrer Partei vorrangig darum, ihre Positionen in Bayern zu halten und die in Aussicht stehende „Gleichschaltung“ des Landes durch einen Reichskommissar zu verhindern. Sie priesen das von ihnen geführte Bayern immer wieder als „feste Burg gegen die kommunistische Gefahr“ und ihre Organisation als eine „nationale“ Partei, die zu Unrecht bei der Bildung der Hitler-Regierung übergangen worden sei. Im Ringen um eine Mitwirkung an der faschistischen Diktatur, das in gewisser Weise ein „Lavieren zwischen kaltherziger Anpassung und verzweifelter Selbstbehauptung“ war, überbot sich die BVP in ihren reaktionären Parolen und Erklärungen. Alois Schlögl erklärte Anfang Februar im Bayerischen Landtag – am 13. Juni 1933 sollte er dafür von den Faschisten barbarisch mißhandelt werden –, zur *NSDAP*-Fraktion gewandt: „Wir lassen uns weder in dem, was national ist, noch im Kampfe gegen den Kommunismus auch nicht von Ihnen übertreffen.“¹²⁸ Am 2. Februar 1933 verkündete Dr. H. Held

¹²⁴ Völkischer Beobachter, 12.6.1932.

¹²⁵ Siehe F. Wiesemann, S. 115 und 119. Analog hierzu wurden die Beziehungen zu den Christlich-Sozialen in Österreich aktiviert. Friedrich Funder schreibt in seinen Erinnerungen „Als Österreich den Sturm bestand. Aus der Ersten in die Zweite Republik“ (Wien-München 1957) S. 91 f.: „In Salzburg trafen sich am 19. November 1932 Österreicher mit ihren bayrischen Freunden – der christlichsoziale Parteiboss Vaugoin, Bundeskanzler Dollfuß, Landeshauptmann Dr. Rehrl, Dr. Kienböck, Dr. Ramek, Parteisekretär Abgeordneter Schönsteiner, ich – und ihre Gäste: Ministerpräsident Dr. Held, der Präsident der Landtagsfraktion, Prälat Dr. Wohlmuth, die Abgeordneten Dr. Schlittenbauer, Dr. Rundhammer, Prälat Dr. Leicht und Dr. Schäffer und noch einige Herren. Der eingehende Gedankenaustausch galt zunächst der in Deutschland durch die jüngste Entwicklung geschaffenen Lage. Die Darstellung aus bayerischer Sicht war ernst, aber zuversichtlich, jäher überwältigender Ereignisse nicht gewärtig. Um die Person des greisen Reichspräsidenten konzentrierte sich der Kampf um die Macht; die Besorgnis sei, ob Hindenburg, der am Grabesrande stehende alte Mann, den in seiner Nähe nach der Herrschaft greifenden Elementen gewachsen sein werde. Alles werde darauf ankommen, daß die Nachfolgerschaft Hindenburgs in redliche Hände gelangen werde. Scharfe Kritik wandte sich gegen Papen, der als Reichskanzler und Vertrauensmann Hindenburgs die Verordnungsgewalt des Reichspräsidenten zugunsten parteipolitischer Mächte mißbrauche.“

¹²⁶ Zit. in: F. Wiesemann, S. 162 f. Hier auch die Widerlegung späterer Behauptungen von F. Schäffer, er habe jede Koalition mit der *NSDAP* abgelehnt.

¹²⁷ Siehe K. Schwend: Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, S. 438. Hans Ehard: Das Verhältnis zwischen Bund und Ländern und der Bundesrat. In: Bayerische Verwaltungsblätter, NF, 7. Jg. (1961), S. 1 ff.

¹²⁸ Zit. in: F. Wiesemann, S. 189, 185 und 191.

auf einer von der BVP und dem *Bayerischen Christlichen Bauernverein* gemeinsam durchgeführten Beratung in Eichstätt: „Ein verfassungsmäßig berufenes Kabinett wird von der BVP *keine Opposition bekommen um der Opposition willen*.“ Gleichzeitig wurden die föderalistischen, konfessionellen und kulturpolitischen Vorbehalte angemeldet, als H. Held hinzufügte: „Die jetzige Regierung nennt sich zu Unrecht eine Regierung der nationalen Konzentration. Es gibt Parteien, die nicht in der Regierung sind und ebenso national sind wie die Leute um Hugenberg und Hitler.“¹²⁹ In der Wahlzeitung der BVP vom 4. März 1933, die unter dem Titel „Für Volk und Heimat“ erschien, wurde auf 4 Plakate aus dem Jahre 1919 verwiesen und dazu erklärt: „So hat die Bayerische Volkspartei schon 1918/19 gekämpft gegen Sozialismus und Bolschewismus. Wo sind die Wahlplakate der Nationalsozialisten und der Kampffront ‚Schwarz-Weiß-Rot‘ von damals? Die gibt es nicht.“ Nur eine starke und mächtige BVP biete wie bisher „in Bayern den sichersten Schutz gegen den Bolschewismus“.¹³⁰

Nach dem 30. Januar 1933 gingen die Meinungen innerhalb der Führung der BVP auseinander, wie ihre Ziele weiter zu erreichen wären. Der mehr agrarisch orientierte, rechtskonservative Flügel trat für eine relative Selbständigkeit Bayerns auch unter einer von den Nazifaschisten beherrschten Reichsregierung ein und versuchte, dafür sogar den monarchistischen Gedanken erneut zu aktivieren. Die „Süddeutschen Monatshefte“ hatten schon im Januar 1933 eine Sondernummer mit dem beziehungsvollen Titel „König Rupprecht“ herausgebracht. Am 2. Februar 1933 beschäftigte sich der Landesausschuß der BVP mit dieser Frage, wobei hoffnungsvoll von einer „nahe bevorstehenden Restauration“ gesprochen wurde.¹³¹ An der großen monarchistischen Kundgebung vom 10. Februar in der Münchener Oper beteiligten sich auch zahlreiche Angehörige der BVP, aus deren Reihen der Vorschlag kam, den Kronprinzen zunächst zum Generalstaatskommissar des Landes zu berufen.

H. Held, G. Heim und vor allem F. Schäffer verhandelten mit Rupprecht Kronprinz von Bayern über dessen Ernennung zum Generalstaatskommissar, durch die der Weg zur Wiedereinführung der Monarchie frei gemacht werden sollte. Obwohl mit solchen Plänen mehr eine Warnung an die Hitler-Regierung ausgesprochen werden sollte, wollten sich auch sozialdemokratische Führer in Bayern einer monarchistischen Restauration nicht verschließen. Diese betrachteten sie als das „kleinere Übel“ gegenüber einer nazifaschistischen Diktatur. Selbst eine solche Haltung vermochte die grundsätzlich antisozialdemokratische Position der BVP nicht ins Wanken zu bringen.

Mit ihren monarchistischen Plänen fand die BVP auch bei Hindenburg keine Unterstützung. Dieser empfahl am 17. Februar 1933 in einem Gespräch mit F. Schäffer, die BVP solle „in Bayern selbst in enge Verbindung mit den Nationalsozialisten treten“.¹³² Das entsprach auch völlig der Orientierung des großindustriellen Flügels der BVP, der für eine sofortige und vollständige „Eingliederung in die nationale Front“ plädierte.¹³³

Es lag im taktischen Interesse beider Strömungen in der BVP, in der Öffentlichkeit die Stärke der Partei zu demonstrieren. So wurde lautstark verkündet, daß sich die BVP mit dem Einsatz eines Reichskommissars in Bayern nicht widerstandslos abfinden werde. F. Schäffer trat wiederholt mit der Erklärung auf, ein Reichskommissar werde an der Grenze von den bayerischen Wehrverbänden, einschließlich des ↑ *Stahlhelm-Bundes der Frontsoldaten (Stahlhelm)*, verhaftet werden. Konkrete Vorbereitungen zu einer solchen Aktion oder zu ähnlichen gab es nicht.

Erst nach dem Scheitern aller ihrer Pläne erwog die Führung der BVP, in Bayern zu einer Koalitionsregierung auf einer breiteren parlamentarischen Basis als bisher zu gelangen. Allen Landtagsfraktionen – mit Ausnahme der kommunistischen – wurden „Richtlinien für ein Arbeitsprogramm“

¹²⁹ Bayerischer Kurier, 3.2.1933.

¹³⁰ BA Koblenz, Zeitgeschichtliche Sammlung 1-8/2 (9).

¹³¹ Zit. in: K. O. von Aretin: Die bayerische Regierung und die Politik der bayerischen Monarchisten in der Krise der Weimarer Republik 1930-1933. In: Festschrift für Hermann Heimpel. Zum 70. Geburtstag am 19. September 1971, Bd. I. Hrsg. von den Mitarbeitern des Max-Planck-Instituts für Geschichte(= Veröffentlichung des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 36/I), Göttingen 1971, S. 228.

¹³² So J. Dorn an F. Schäffer, 16.3.1933. Zit. in: Ebenda S. 494.

¹³³ Augsburger Postzeitung, 24.2.1933.

als Grundlage für die Bildung einer Mehrheitsregierung sowie ein „Vorläufiger Entwurf für eine Verfassungsänderung in Bayern“ übergeben. Beide Dokumente sollten die letzte programmatische Äußerung der BVP darstellen. Die traditionellen föderalistischen und kulturpolitischen Auffassungen verbanden sich darin mit einem Versuch, die Position des bayerischen Ministerpräsidenten sowohl im Land als auch in der BVP zu stärken, d. h. den antidemokratischen „Führer“-Gedanken der Faschisten auf bayerische Art zu variieren.

Auch diese Materialien vom 1. März 1933 waren Ausdruck der Rückzugsgefechte, die die BVP begonnen hatte. Am 5. März wurde die *NSDAP* in Bayern zur stärksten Partei (43,1%), so daß der Handlungsspielraum der BVP – sie hatte in den bayerischen Wahlbezirken nur 27,2% der Stimmen erhalten – und des Ministerpräsidenten H. Held weiter eingeschränkt erschien. Zahlreiche ehemalige Wähler der BVP waren zur *NSDAP* übergewechselt, nicht zuletzt unter dem Eindruck eines Aufrufes von Kardinal M. von Faulhaber. Am 9. März stürzten die Faschisten H. Held und ernannten Franz Ritter von Epp zum Reichskommissar für Bayern. Zwar legte die BVP in den folgenden Wochen noch ein gewisses Maß an Aktivität an den Tag, mehr als das Z, jedoch geschah dies ohne Konzeption und offensichtlich unter dem Druck von unten. In der BVP vollzog sich ein weiterer Differenzierungsprozeß. Die Politiker um H. Held, G. Wohlmuth und J. Leicht zogen sich resignierend zurück, andere verstärkten ihre Zusammenarbeit mit der *NSDAP*, wie z. B. H. von Lex und F. A. Schmitt.

Die Reichstagsfraktion der BVP stimmte schließlich am 23. März 1933 dem Ermächtigungsgesetz zu, wozu sie sich aus den gleichen antikommunistischen Gründen entschloß, die auch alle anderen bürgerlichen Parteien zu diesem ihr Ende unmittelbar herbeiführenden Schritt bewogen haben. Auch die zuungunsten der BVP wirkenden Veränderungen im Bayerischen Landtag wurden vom neuen Vorsitzenden der Fraktion, H. Müller, faktisch widerstandslos akzeptiert.¹³⁴ Ein Vertreter des industriellen Flügels der BVP, Eugen von Quadt zu Wykradt und Isny, trat in das neue Kabinett unter dem Faschisten Ludwig Siebert ein. E. von Quadt zu Wykradt und Isny wurde schließlich, nach der Verhaftung von 1917 Mitgliedern der BVP (darunter 21 MdR und MdBayL), Beauftragter der Landesleitung für die Liquidierung der Partei, die von der *NSDAP* mit dem Argument gefordert worden war, die BVP stünde in landesverräterischen Beziehungen zur *Christlichsozialen Partei Österreichs* und hätte Anteil an dem „österreichischen Abwehrkampf“ gegen die Nationalsozialisten.¹³⁵ Am 4. Juli 1933 erklärte E. von Quadt zu Wykradt und Isny die offizielle Auflösung der Partei, worauf alle verhafteten BVP-Politiker wieder freigelassen wurden. Der *Wirtschaftsbeirat der BVP* hatte sich bereits am 23. Juni 1933 selbst aufgelöst. Unterstützt wurde der Auflösungsprozeß der Partei auch durch den hohen katholischen Klerus in Bayern. Unmittelbar nach der faschistischen Machtergreifung hatte Kardinal M. von Faulhaber zwar erklärt, die BVP müsse ihre Tätigkeit im Interesse der Kirche fortsetzen. Diese Haltung änderte sich jedoch im Zusammenhang mit den Konkordatsverhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem Vatikan.¹³⁶ Am 29. Juni 1933 sprach sich der Bamberger Erzbischof gegen eine „parteilpolitische“ Haltung der kirchlichen Presse aus. Prälat J. Leicht trat als einer der ersten aus der BVP aus. Im Juli 1933 war damit auch der Untergang derjenigen deutschen bürgerlichen Partei besiegelt, die außerordentlich stark zum Emporkommen der *NSDAP* beigetragen und deren Sieg durch ihre antidemokratische Politik erleichtert hatte. Trotz der zahlreichen antinationalsozialistischen Erklärungen und Aktionen der BVP, die

¹³⁴ Bayerische-Volkspartei-Korrespondenz, 8.4.1933. Siehe auch Ortwin Domröse: Der NS-Staat in Bayern von der Machtergreifung bis zum Röhm-Putsch (= *Miscellanea Bavarica Monacensia*, H. 47), München 1974, S. 80 ff.

¹³⁵ Siehe dazu auch Thomas Mann: *Gesammelte Werke*, 3., durchges. Aufl., Bd. 12, Berlin-Weimar 1965, S. 115.

¹³⁶ K. Schwend: *Die Bayerische Volkspartei*, S. 504 ff.: „Unterdessen waren die Erwägungen, alles zu unterlassen, was Schwierigkeiten in den zwischen der Reichsregierung und dem Vatikan schwebenden Konkordatsverhandlungen erzeugen könnte, so entscheidend für das Verhalten des Münchener Kardinals geworden, daß von seiner Seite irgendeine aktive Stützung der in Not geratenen Partei nicht mehr erwartet werden konnte.“ Das habe eine große Enttäuschung in der BVP zur Folge gehabt. Für die „Gegenseite“ sei es „eine ungewollte Ermunterung“ gewesen, nunmehr „ungestört an die Auflösungsoperation der Bayerischen Volkspartei“ heranzugehen. Siehe auch G. Wirth: *Vom Schicksal christlicher Parteien 1925-1934. Eine vergleichende Studie*, o. O. 1964. (= Hefte aus Burscheidungen, Nr. 109).

natürlich auch einen wahrhaft demokratischen Antifaschismus breiter Kreise der Anhängerschaft widerspiegeln¹³⁷, war auch diese bürgerliche Partei so diskreditiert, daß Versuche einer Wiederbelebung 1945 scheiterten.¹³⁸ Dennoch erscheint in der Geschichte und in der Politik der *Christlich-Sozialen Union* vieles analog zur Entwicklung der BVP.¹³⁹

10. Quellen und Literatur

Vielfältiges Quellenmaterial ist 1933 nach einem Aufruf von Eugen von Quadt zu Wykradt und Isny vernichtet worden.¹⁴⁰ Die Darstellungen von BRD-Historikern wie Klaus Schönhoven, Karl Schwend und Herbert Speckner, die unmittelbar die Geschichte der BVP zum Gegenstand haben, und von Falk Wiesemann, Ortwin Domröse, Richard Keßler, Hans Fenske, Hans Renner, Georg Franz-Willing, Werner Gabriel Zimmermann u. a.,¹⁴¹ die sich mit einzelnen Aspekten der Geschichte Bayerns befassen, stützen sich im wesentlichen auf Materialien des Bayerischen Hauptstaatsarchivs in München, des BA Koblenz sowie auf die „Bayerische-Volkspartei-Korrespondenz“ und zahlreiche andere gedruckte Quellen. Von ihnen wird das Material hauptsächlich – mit zahlreichen Unterschieden hinsichtlich einzelner Details und Personen – für den Versuch genutzt, die BVP als eine demokratische Partei bzw. als eine Partei der „bürgerlichen Mitte“ erscheinen zu lassen.

Das damalige private Archiv Leo Weismantels konnte in den 60er Jahren in Jungenheim an der Bergstraße eingesehen werden. Naturgemäß enthalten die Archive der DDR nur sekundäres Material, darunter den Bestand „Vertretung der Reichsregierung in München“, der sich im ZStA Potsdam befindet. An gleicher Stelle befinden sich auch der NL Konrad Beyerle sowie die Nachlaßfragmente von Karl Köhl (MdR und MdBayL) und Liborius Gerstenberger. Aufschlußreiche Materialien enthält das Pressearchiv des ehemaligen RLB. Zahlreiche Pressematerialien finden sich an verstreuten Stellen im Historischen Archiv beim Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU.

Das Schrifttum der BVP und einzelner Politiker der BVP konnte herangezogen werden.¹⁴² Über das Problem des Föderalismus und der Reichsreform informieren von bürgerlicher Seite am besten die Werke von Gerhard Schulz, Hans Nawiasky und Ernst Deuerlein.¹⁴³ Von Belang sind auch die Ar-

¹³⁷ Einige BVP-Politiker, beispielsweise Alois Hundhammer und Alfred Loritz, beteiligten sich an der Widerstandstätigkeit bayerischer Monarchisten. Siehe K. O. von Aretin: Die bayerische Regierung, S. 235.

¹³⁸ Solch einen Versuch unternahm z.B. F. Schäffer in München. Siehe Günter Olzog: Die politischen Parteien, München-Wien (1964), S. 36. (= Geschichte und Staat, Bd. 104).

¹³⁹ Siehe CDU/CSU - Kreuzritter des Kapitals. Ein Blaubuch, herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Berlin 1968, S. 169 ff. und 201 ff. Zur Rolle der sog. BVP- Traditionalisten in der CSU siehe auch Alf Mintzel: Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen 1977, S. 59, 78 und passim.

¹⁴⁰ Siehe K. Schwend: Die Bayerische Volkspartei, S. 518.

¹⁴¹ Siehe Anm. 18, 109, 1, 120, 9, 134, 15, 78, 84, 21, 22. Fast alle Darstellungen fußen auf den Werken von K. Schwend, die jedoch trotz ihrer großen Materialfülle, welche aus eigener Erfahrung und aus der „Bayerischen-Volkspartei-Korrespondenz“ stammt, im Detail oft falsche Angaben machen und inhaltlich die Politik der BVP apologetisch darstellen. K. Schwend hat keine Distanz zum Problem des Föderalismus und verkennt den Anteil der BVP an der Entwicklung des deutschen Faschismus. Siehe auch Heinz Gollwitzer: Bayern 1918-1933. In: VjZ, Jg. 3 (1955), H. 4, S. 363 ff. Völlig wertlos ist der Versuch, die BVP und sich selbst zu rehabilitieren, von Fritz Schäffer: Die Bayerische Volkspartei (BVP). In: Politische Studien, 14. Jg. (1963), Jan./Febr., H. 147, S. 46-63.

¹⁴² Siehe Anm. 83, 86, 30, 76, 37 und H. Held: Die Verfassung des Freistaates Bayern vom 12. August 1919. Sozialismus und Bayerische Volkspartei. Gesammelte Vorträge. Hrsg. Georg Lindermayer, Augsburg 1918. F. Schäffer: Die Aushöhlungs- und Aushungerungspolitik des Reiches gegenüber den Ländern, München 1929 (= Hug-schriften der Bayerischen Volkspartei, Nr. 4). F. A. Schmitt: Die neue Zeit in Bayern, München 1919. Die Tätigkeit der Bayerischen Volkspartei im Bayerischen Landtag von 1920-1924, München o. J. K. K. Troßmann: Die Tätigkeit der Bayerischen Volkspartei im Bayerischen Landtag (Tagungsabschnitt 1920/21), Nürnberg o. J. Für Volk und Vaterland – Aus der Tätigkeit der Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei im Tagungsabschnitt 1928/29, München o. J. Franz Xaver Zehnbrecher: Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bayerischen Volkspartei im Bayerischen Landtag (1919/20), München 1920. Im Zeichen des Föderalismus, München 1924.

¹⁴³ Gerhard Schulz: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik. Bd. 1, Berlin (West) 1963. Hans Nawiasky: Der föderative Gedanke in und nach der Reichsverfassung, München 1921. Ernst Deuerlein: Föderalismus. Die historischen und philosophischen Grundlagen des föderativen Prinzips, München 1972.

beiten von James Donohoe und Allan Mitchell.¹⁴⁴ Von den marxistischen Historikern hat sich vor allem Hans Beyer mit Teilfragen der bayerischen Geschichte befaßt.¹⁴⁵ Eine eindrucksvolle und z. T. authentische Schilderung der bayerischen Verhältnisse ist in Lion Feuchtwangers Roman „Erfolg“ gegeben. Weitere Literatur ist den Anmerkungen sowie dem Artikel über das ↑ Zentrum zu entnehmen.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 1: Alldeutscher Verband – Deutsche Liga für Menschenrechte. Köln/Leipzig 1983, S. 156-186.

¹⁴⁴ James Donohoe: Hitler's Conservative Opponents in Bavaria 1930-1945, a study of Catholic, monarchist and separatist anti Nazi activities, Leiden 1961. Allan Mitchell: Revolution in Bavaria 1918-1919, Princetown University Press 1965.

¹⁴⁵ Siehe Anmerkung 41.

Bund der Auslandsdeutschen (BdA) 1919-1939

Der BdA entstand als eine nationalistisch-revanchistische Organisation und setzte sich für den erneuten Ausbau der ökonomischen und politischen Stellung des sog. Deutschtums im Ausland nach dem ersten Weltkrieg ein. Gleichzeitig suchte der BdA die speziellen Interessen der nach Deutschland zurückgekehrten Deutschen zu vertreten und die Entschädigungsgesetzgebung der Weimarer Republik zu beeinflussen. Der BdA unterstützte den Mißbrauch der Bürger deutscher Nationalität im Ausland durch den deutschen Imperialismus. Er beteiligte sich an der Schaffung der „Fünften Kolonne“ und damit an der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges. Viele Ortsgruppen und Vereine des BdA gingen 1932 und 1933 direkt in der Auslandsorganisation der ↑ NSDAP auf. 1934 wurde er zu einem Bund umgestaltet, in dem sich lediglich die in Deutschland lebenden ehemaligen „Auslandsdeutschen“ sammeln sollten. Im System der faschistischen Organisationen verlor er rasch jegliche Bedeutung.

1. Die Herausbildung des BdA. Sein Ringen um eine Entschädigungsgesetzgebung
2. Die auslandspolitischen Aktivitäten des BdA
3. Quellen und Literatur

1. Vorsitzende bzw. Präsidenten

Otto Schallert (1919-1926); Heinrich Schnee (1926-1933); Wolfgang Roemer (seit 1934)

1. stellvertretende Vorsitzende

Heinrich Gebhard (1919-1926); Theodor Heuss (1926-1932); Hellmuth Goerz (seit 1933)

Geschäftsführendes Präsidialmitglied

Ernst Grosse (1926-1936)

Mitglieder

1920: ca. 60.000 in 9 Landesverbänden und 250 Ortsgruppen (in Deutschland)

1928: 75 Vereine aus 41 Ländern

1929: 93 Vereine aus 44 Ländern

1933: 160 Vereine aus 55 Ländern

Tagungen

Neben den jährlichen Vertreterversammlungen fanden statt:

Kongreß der Auslandsdeutschen, 6. bis 7. Dezember 1920 in Hamburg

Welttagung des Auslandsdeutschtums in der Heimat, 29. August bis 5. September 1925 in Berlin

Europatagung des Auslandsdeutschtums in der Heimat, 26. bis 30. August 1927 in Dresden und Leipzig

Rheinlandtagung des BdA, 5. bis 8. Juni 1928 in Köln

Welttagung des Auslandsdeutschtums in der Heimat, 31. August bis 5. September 1929 in Berlin, Magdeburg und Goslar.

Bei den von 1929 bis 1938 jährlich durchgeführten Reichstagungen der Auslandsdeutschen trat der BdA kaum in Erscheinung.

Presse

„Auslandswarte“. Zeitschrift des Bundes der Auslandsdeutschen (mit wechselnden Untertiteln), 1920-1936. Schriftleiter: C. Fink (bis 1930), Paul Nassen (1930-1933), Heinrich Wilhelm Herold (1933-1934)

„Mitteilungen der Abteilung Rußland des Bundes der Auslandsdeutschen“ (1920-?)

„Jahrbuch des Bundes der Auslandsdeutschen“ (1932, hrsg. von E. Grosse und H. W. Herold)

Im Ausland erschienen Hunderte von Publikationsorganen.¹

Angeschlossene Organisationen (1931)

a) im Ausland: 116 Vereine, Verbände, Klubs und Gesellschaften in 45 Staaten aller Kontinente²

b) im Inland: *Arbeitsgemeinschaft für Auslands- und Kolonialtechnik (Akotech)*, *Centro Hispania*, Berlin, *Turn- und Sportverein Auslandsdeutscher*, *Verband der Frauengruppen des Bundes der Auslandsdeutschen (Willkommen-Klub)*.

Der BdA stand in Arbeitsgemeinschaft mit folgenden Organisationen:

↑ *Arbeitsausschuß Deutscher Verbände (AADV)*

↑ *Deutsche Kolonialgesellschaft (DKG)* *Weltwirtschaftliche Gesellschaft Hauptgemeinschaft Ausländischer Studierender*

Arbeitsgemeinschaft für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden

↑ *Zweckverband der freien Deutschtumsvereine (ZfD)*

Deutsche Arbeitsgemeinschaft 1931.

1. Die Herausbildung des BdA. Sein Ringen um eine Entschädigungsgesetzgebung

Vor dem ersten Weltkrieg hatte sich der deutsche Imperialismus im Ausland mit Hilfe der Bürger deutscher Nationalität und ihrer Bankfilialen, Handelseinrichtungen und gewerblichen Niederlassungen großen ökonomischen und politischen Einfluß verschaffen können. Seine Kapitalausfuhr erreichte 1914 die Höhe von 44 Mrd. Francs.³ Die Ententemächte vermochten im Ergebnis des ersten Weltkrieges den Einfluß der deutschen Konkurrenten in ihren Ländern sowie in fast allen Teilen der Welt weitgehend zurückzudrängen. Große Teile des Vermögens der sog. Auslandsdeutschen wurden beschlagnahmt und von den Siegermächten als Vorleistung für die Reparationen betrachtet. Zunächst gab der BdA den „Wert des der Liquidation unterliegenden deutschen Privateigentums im Ausland“ mit 5 Mrd. Goldmark an⁴, rechnete aber bald mit der Summe von 11,74 Mrd. Goldmark, wobei das „geraubte“ deutsche Eigentum in den USA, in der Sowjetunion, in Brasilien und auf Kuba noch nicht berücksichtigt sei.⁵

Seit dem Beginn des ersten Weltkrieges waren etwa 150.000 Bürger deutscher Nationalität interniert bzw. nach Deutschland ausgewiesen worden.⁶ Diese schlossen sich seit 1914 zu verschiedenen Hilfsorganisationen zusammen, die karitative Zwecke in den Vordergrund ihrer Tätigkeit stellten. Ihre Mitglieder gehörten vorwiegend der nichtmonopolisierten und kleinen Bourgeoisie an; proletarische Kräfte befanden sich unter diesen Auslandsdeutschen kaum. Einige der deutschen Großbanken schufen 1915 – mit Unterstützung der kaiserlichen Regierung, des Auswärtigen Amtes sowie insbesondere des national-liberalen Politikers Stresemann – sog. Darlehnskassen, deren Tätigkeit allerdings bereits 1923 eingestellt wurde.

¹ Siehe das Verzeichnis dieser Organe in: Jahrbuch des Bundes der Auslandsdeutschen. Hrsg. Ernst Grosse/Heinrich Wilhelm Herold, o. O. 1932, S. 137 ff.

² Siehe ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 13 129, Bl. 5 f. Solche Organisationen waren z.B. die Deutsche Gesellschaft in Stockholm, der Bund der Reichsdeutschen in Danzig, der Deutsche Verein in Brüssel, der Verein Germania in Madrid, der Bund der Reichsdeutschen in Österreich usw.

³ Siehe W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 246.

⁴ Auslandsware, Nr. 2 (1923), S. 13.

⁵ H. W. Herold: Das Schicksal des deutschen Eigentums im Auslande, Berlin 1926, S. 4.

⁶ H. W. Herold: Die deutschen Handels- und Gewerbekolonien im Auslande, Berlin-Lichterfelde o. J., S. 16 (Taschenbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, H. 43/44).

Die Herausbildung des BdA erfolgte parallel zur schrittweisen Konstituierung der bürgerlich-parlamentarischen Weimarer Republik und nach der Annahme des Versailler Friedensvertrages. Die Reichsregierung forderte von den Vertretern der zahlreichen Hilfsorganisationen sowie des *Rates der Reichsdeutschen im Ausland* und des *Reichsverbandes der geschädigten Auslandsdeutschen*, die in Weimar anreisten und Gespräche über die Entschädigung ihres im Kriege verlorenen privaten Vermögens führen wollten, den Zusammenschluß zu einer einheitlichen Organisation.⁷ Etwa 200 Delegierte der Hilfsorganisationen gründeten am 18. August 1919 in München den BdA, wobei das Auswärtige Amt, das Reichsfinanzministerium und das 1917 entstandene Deutsche Auslands-Institut großen Anteil nahmen. Zu den Mitbegründern zählten u. a. Fritz Bach, der bis 1928 Mitglied des Präsidiums des BdA und Leiter der Abteilung Rußland war, Gustav Behrendt, ehemaliger Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt und ebenfalls langjähriges Mitglied des Präsidiums. und O. Schallert.

In den Satzungen formulierte der BdA als Ziel seines Wirkens:

„1. Die Auslandsdeutschen, insbesondere die deutschen Kolonien (dieser Begriff wurde vom BdA nicht im staatsrechtlichen Sinne gebraucht, M. W.) im Auslande und die Einwanderungsdeutschen⁸ in enger Fühlung mit der Heimat zu halten und ihren Zusammenhalt zu stärken, den Auslandsdeutschen, insbesondere den Angehörigen der deutschen Kolonien im Auslande und den Einwanderungsdeutschen mit Rat und Tat beizustehen,

2. die Interessen der in die Heimat zurückgekehrten Auslandsdeutschen wahrzunehmen,⁹

3. sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für eine endgültige, gerechte und zufriedenstellende Lösung der Entschädigungsfrage einzusetzen.

4. gute Beziehungen zwischen den Gastvölkern und den deutschen Kolonien im Auslande und mit den Einwanderungsländern zu pflegen und durch jede diesem Zweck dienende Tätigkeit im In- und Auslande zu fördern.“ Demagogisch wurde dem hinzugefügt: „Der Bund der Auslandsdeutschen verfolgt keine politischen Ziele.“¹⁰

Die gesamte Tätigkeit des BdA in der Weimarer Zeit und in den ersten Jahren der faschistischen Diktatur widerlegt eindeutig diese Behauptung. Das ebenfalls vom BdA verkündete Ziel des Anschlusses Österreichs und anderer Gebiete an Deutschland sowie auch die Aufgabe, eine „Weltgemeinschaft“ der auslandsdeutschen Gruppen zu schaffen¹¹, waren in höchstem Maße politischer Natur. In gewisser Weise kann der BdA jedoch als „überparteilich“ gelten, weil er ständig versuchte, mit allen und insbesondere mit den regierenden Parteien zusammenzuarbeiten.

Die Organisation des BdA wurde rasch aufgebaut. Ortsgruppen entstanden u. a. in Berlin, Breslau, Hagen, Elberfeld-Barmen, Dortmund und Freiburg i. Br., Landesverbände wurden in Nordwestdeutschland, Südwestdeutschland, Bayern sowie in anderen deutschen Ländern gebildet. Die Leitung des BdA hatte ein Präsidium, das aus dem Geschäftsführenden Vorstand und 20 weiteren Mit-

⁷ ZStA Potsdam, Reichskanzlei, Nr. 542, Bl. 98.

⁸ Unter „Einwanderungsdeutschen“ verstand der BdA solche Bürger deutscher Nationalität, die bestrebt waren, sich in ihren neuen Staaten völlig zu assimilieren. H. W. Herold forderte für sie: „Dieses Einwanderungsdeutschtum wird verlangen können, daß ihm Gleichachtung mit Einwanderern aus anderen Ländern entgegengebracht wird, daß es wegen seiner deutschen Herkunft die Wertschätzung findet, auf die es rechnen darf.“ In: *Auslandsdeutschtum und Heimat. Die Tagung des Auslandsdeutschtums in der Heimat, Berlin August/September 1925. Gehaltene Ansprachen und erstattete Berichte, Berlin 1926*, S. 25.

⁹ Es ist bezeichnend, daß für diese Gruppe nach wie vor der Begriff „Auslandsdeutsche“ verwendet wurde. Er galt für alle, die sich länger als 2 Jahre im Ausland aufgehalten hatten.

¹⁰ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 13 129, Bl. 2.

¹¹ Siehe *Bund der Auslandsdeutschen (E. V.). Aufgaben und Ziele*, o. O., o. J., S. 6. Seit Mitte 1921 wurde vom nordwestdeutschen Landesverband des BdA sogar versucht, den organisatorischen Rahmen eines „Weltbundes der Auslandsdeutschen“ zu schaffen. Dieser Weltbund trat unter Leitung von Heinrich Siemer bald als Konkurrenzorganisation des BdA auf. Sein Ziel war die totale organisatorische Erfassung des gesamten Deutschtums im Ausland. Er strebte nach dem Reichstagswahlrecht für die Auslandsdeutschen, wurde jedoch vom Reichsministerium für Auswärtiges nicht unterstützt, da es vor „unangebrachtem Lärm im Auslande“ zu warnen für notwendig hielt. Siehe ZStA Potsdam, RMdI Nr. 18467, Bl. 251.

gliedern bestand. Dem Präsidium stand ein Beirat zur Seite, in dem je 1 Vertreter der Vereine und Verbände mit Sitz und Stimme mitwirkte. Dem Beirat gehörten außerdem bürgerliche Politiker an, die sich um die imperialistische deutsche Außenpolitik „verdient“ gemacht hatten, so z. B. der frühere Direktor der Deutschen Bank M. Joachimsohn, der 1928 auch als einer der Schatzmeister in das Präsidium gewählt wurde, der Reichsbankdirektor Anton Arnold, Paul Rohrbach, Carl Bosch, Hans-Erdmann von Lindeiner-Wildau und Paul Staudinger. Im Beirat arbeiteten Vertreter der deutschen Regierung, des Reichstages, der Monopole und Banken, der Presse, der Kirche und des Schulwesens mit. Seit Dezember 1923 gab es auch ein Ehrenpräsidium, dem u. a. Stresemann, Konrad Adenauer, Ernst von Borsig, Franz von Mendelsohn, Paul Löbe, Carl Petersen, Wilhelm Kolz, P. Rohrbach und bekannte auslandsdeutsche Politiker angehörten. Bis 1931 berief der BdA 156 Personen als „Ehrenmitglieder“.

Zunächst stand die Entschädigungsfrage im Vordergrund der Tätigkeit des BdA. Der deutsche Imperialismus versuchte auch auf diesem Gebiet, die durch seine Niederlage von 1918 entstandenen Lasten auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen und die Bestimmungen des imperialistischen Friedens zu nutzen, um „in breiten Kreisen der Bevölkerung Nationalismus, Chauvinismus und Revanchismus zu entfachen und die Schuld für die Verarmung und Verelendung von Millionen Werktätigen sowie andere drängende soziale Fragen den Siegermächten des ersten Weltkrieges zuzuschieben.“¹² Durch den Artikel 297 (i) des Versailler Vertrages war dem Reich offiziell die Regreßpflicht für das konfiszierte Eigentum der Auslandsdeutschen auferlegt worden. Das Reichsfinanzministerium übertrug dem BdA die Abwicklung bestimmter Teile der mit den Entschädigungsgesetzen¹³ verbundenen finanziellen Aufgaben. Der BdA schuf zu diesem Zweck auch die *Arbeitsgemeinschaft der Interessenvertretungen für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden*, der außer ihm auch die *Freie Interessenvertretung der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen*, der *Reichsverband der Kolonialdeutschen und Kolonialinteressierten*, der *↑ Deutsche Ostbund (DO)*, der *Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich*, die *Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier* sowie der *Verein „Wiederaufbau im Auslande“* angehörten. Mit dieser Arbeitsgemeinschaft stand auch Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht in enger Verbindung. Der BdA vertrat die Forderungen der „Geschädigten“ in den Parteien und Parlamenten sowie bei der Regierung. Die Abteilung Entschädigung des BdA verfügte zeitweilig über 700 Angestellte und bearbeitete allein in den Jahren 1919/20 über 43.000 Schadensanmeldungen. Ihre Leitung übernahm E. Grosse, der als Oberregierungsrat im Reichsentschädigungsamt „beurlaubt“ und faktisch zum BdA delegiert wurde. Bis 1925 wurden vom Bund insgesamt 84.000 Eingaben begutachtet und für das Reichsfinanzministerium vorgeprüft.¹⁴

Obwohl der BdA die von der Regierung gezahlten Entschädigungen als „dürftige Nothilfe“ bezeichnete¹⁵, erreichte er bis 1928 die Zahlung von 500 Mill. RM an die „Geschädigten“. Das Kriegsschadenschlußgesetz vom 30. März 1928 basierte auf einem Plan des BdA und der Arbeitsgemeinschaft für eine abschließende Regelung der Ansprüche der geschädigten Auslandsdeutschen, dessen Realisierung etwa 2,6 Mrd. RM erfordert hätte. Die Entschädigungsquoten wurden so festgelegt, daß jene Auslandsdeutschen eine besondere Unterstützung erhielten, die gewillt waren, wieder ins Ausland zu gehen und dort neu anzufangen.¹⁶ Der „Wiederaufbauzuschlag“ betrug 2 bis 3%. Als der Reichstag nur 1,3 Mrd. RM Entschädigungskapital bewilligte, erklärte der BdA, weiterhin

¹² Grundriß der deutschen Geschichte. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Klassenkampf – Tradition – Sozialismus, Berlin 1979, S. 388.

¹³ Dazu gehörten das Entschädigungsgesetz (Auslandsschädengesetz, Kolonialschädengesetz, Verdrängungsschädengesetz) vom 30.7.1921, das Reichsausgleichsgesetz vom 20.11.1923 und das Gesetz zur endgültigen Regelung der Liquidations- und Gewaltschäden vom 30.3.1928.

¹⁴ Siehe Auslandswarte, Nr. 16 (1925), S. 12 f.

¹⁵ Siehe Auslandswarte, Nr. 23/24 (1923), S. 306.

¹⁶ Die „Vossische Zeitung“ schrieb dazu am 28.1.1921: „Die Heimat sollte die Abwanderung der Auslandsdeutschen – besonders der auslandsdeutschen Kaufleute – nach Kräften fördern, denn nur dadurch kann eine Wiederaufnahme der vor dem Krieg mit der Außenwelt bestandenen Handelsbeziehungen und damit eine allmähliche Wiederaufrichtung der deutschen Weltgeltung möglich werden.“

Protestdemonstrationen organisieren und für eine „gerechte“ Entschädigung kämpfen zu wollen.¹⁷ Doch damit meinte der BdA etwas anderes als die von der KPD und von Otto Buchwitz für die SPD geforderte Gestaltung der Entschädigung zugunsten der „kleinen Leute“ unter den Auslandsdeutschen.¹⁸

Die Zeit der Weltwirtschaftskrise wurde in den Entschädigungsbemühungen lediglich als eine ökonomisch bedingte „Ruhepause“ angesehen¹⁹, nachdem auch das staatliche Reichsentschädigungsamt am 30. März 1930 aufgelöst worden war.²⁰ In der Propaganda des BdA spielten die Fragen der finanziellen Hilfe für die Auslandsdeutschen auch weiterhin eine große Rolle, wobei sich ihr Antisowjetismus außerordentlich verstärkte. Der BdA stellte sich als Interessenvertreter der „Bolschewistengeschädigten“ und der „geschädigten Rußlanddeutschen“ dar.²¹ Als grundsätzliches Ziel betrachtete er die „Wiederherstellung des ... völkerrechtlichen Grundsatzes der Unantastbarkeit des Privateigentums“ und die Aufhebung des „Versailler Bolschewismus“.²²

2. Die auslandspolitischen Aktivitäten des BdA

Mit Beginn der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus verstärkte der BdA seine Tätigkeit im Ausland. Gespeist von den Finanzquellen des Weimarer Staates, vor allem des Reichsministeriums des Innern, und darüber hinaus von privaten Förderbeiträgen, verfügte der BdA jährlich über ca. 200 Mill. RM, wobei die finanziellen Geschäfte von der Kreditbank für Auslands- und Kolonialdeutsche GmbH erledigt wurden. Kredite erhielten ebenfalls vor allem solche Bürger, die neue Unternehmungen im Ausland gründen wollten. Die deutsche Industrie erhoffte sich dadurch eine Unterstützung ihres Kampfes gegen die „Entdeutschung des Weltmarktes“²³ sowie eine leichtere und billigere Rohstoffversorgung. In einer Propagandaschrift des BdA hieß es: „Die deutschen Kolonien im Auslande sind die von Natur gegebenen Stützen des deutschen Außenhandels; sie müssen heute, in einer Zeit mühevollen Wiederaufbaues, für die deutsche Wirtschaft als besonders wertvoll hinsichtlich der Ausweitung der deutschen Betätigungsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt betrachtet werden.“²⁴ Im Jahre 1928 waren z. B. in Guatemala zahlreiche Kaffee- und Zuckerplantagen wieder in deutschem Besitz. Vor dem ersten Weltkrieg lebten in diesem Land etwa 1100 Plantagenbesitzer, Kaufleute und Angestellte deutscher Nationalität, 10 Jahre nach dem Krieg waren es 4000. Jedoch vollzog sich der Prozeß des „Wiedereindringens“ der Auslandsdeutschen „in die Stätten ihres früheren Wirkens ...“ sehr ungleichmäßig.²⁵

Von Anfang an beschäftigten den BdA neben den Entschädigungsfragen auch politisch-kulturelle Fragen. Er war bemüht, die Auslandsdeutschen ideologisch auf das revanchistische und aggressive Programm des deutschen Nachkriegsimperialismus festzulegen.²⁶ „Die Betreibung des Entschädigungsverfahrens, das naturgemäß zunächst im Vordergrund stand, war nur die Brücke zu diesen anderen Aufgaben ...“, erklärte die „Auslandswarte“ in einem Artikel über die Ziele des BdA.²⁷ In einer Würdigung des BdA anlässlich seines 10jährigen Bestehens hieß es, daß er sich von Anfang an bewußt gewesen sei, „nicht nur die vorübergehenden Aufgaben auf dem Gebiete der Kriegsent-

¹⁷ Siehe Bund der Auslandsdeutschen (E. V.). Aufgaben und Ziele, o. O., o. J., S. 7.

¹⁸ ZStA Potsdam, RLB-Pressearchiv, Nr. 8099, Bl. 118 ff.

¹⁹ Auslandswarte, Nr. 1 (1931), S. 3.

²⁰ Im Abschlußbericht dieses Amtes wurde festgestellt, daß 395.500 Schadensfälle bearbeitet und insgesamt 2285,3 Mill. RM an Entschädigung gewährt bzw. anerkannt worden seien. Siehe Auslandswarte, Nr. 8 (1930), S. 96.

²¹ Auslandswarte, Nr. 15/16 (1930), S. 207.

²² Auslandswarte, Nr. 3/4 (1932), S. 27.

²³ Auslandswarte, Nr. 2 (1928), S. 47.

²⁴ Ebenda, S. 3.

²⁵ Siehe E. Grosse: Das Deutschtum im Auslande. In: Zehn Jahre Deutsche Geschichte 1918 bis 1928, Berlin 1928, S. 550 f.

²⁶ Selbst mit der Zahl der Auslandsdeutschen wurde demagogisch operiert: Der BdA kolportierte Meldungen, wonach es in der ganzen Welt über 94 Mill. Deutsche gäbe und daß von 5 Deutschen 2 im Ausland leben würden. Siehe Auslandswarte, Nr. 5 (1928), S. 114 und Nr. 9 (1928), S. 201 ff. Er stützte sich dabei vor allem auf das von Wilhelm Winkler 1927 herausgegebene Statistische Handbuch des gesamten Deutschtums (S. 25 f.).

²⁷ Auslandswarte, Nr. 21/22 (1923), S. 291.

schädigung, sondern auch andere große dauernde Aufgaben im Dienste des Auslandsdeutschtums“ erfassen zu müssen.²⁸

Seit Mitte der 20er Jahre strebte der BdA den organisatorischen Zusammenschluß aller in anderen Ländern existierenden Vereine der Auslandsdeutschen unter seiner Führung an. Er unterstützte die Schulen der deutschen Kolonien und intensivierte den „Auslandsversand von Büchern und staatspolitischem Aufklärungsmaterial“.²⁹ Seine Auslandskulturpolitik ging prinzipiell davon aus, daß jede Aktivität durch die Vereine zu leisten wäre. Staatliche Bestrebungen würden „sofort auf das größte Mißtrauen“ der anderen Länder stoßen.³⁰

Je mehr die Entschädigungsfragen in den Hintergrund traten und die politisch-ideologische Arbeit das Gesicht des BdA bestimmte, desto schwieriger wurde es, eine Abgrenzung zu den anderen außenpolitisch orientierten Verbänden zu finden, vor allem zum ↑ *Verein für das Deutschtum im Ausland* (VDA) und zum Deutschen Auslands-Institut. Vereinigungsbestrebungen scheiterten, da sich die anderen Organisationen und Institutionen nicht mit einer angeblich reinen wirtschaftlichen Interessenvertretung der „Geschädigten“ belasten wollten.³¹ Selbst der Vorschlag des BdA, gemeinsam „Welttagungen“ durchzuführen, fand keinen Anklang. Der *Verband Deutscher Handelskammern Übersee*, der vor einer „Überorganisationssucht“ warnte³², konnte 1924 eine Welttagung der Auslandsdeutschen unter Führung des BdA verhindern. 1925 und 1929 veranstaltete der BdA allein und unter großen Schwierigkeiten die Welttagungen, obwohl diese sich einer besonderen Unterstützung durch Stresemann erfreuten. Die anderen Verbände mißbilligten offensichtlich die Taktik des Auswärtigen Amtes³³, die vom BdA weitgehend eingehalten wurde.

Nachdem die Vereinigungsbestrebungen gescheitert waren, versuchte der BdA seinerseits Grenzen zwischen den Verbänden zu ziehen und diese mit den Unterschieden zwischen den einzelnen Gruppen der Auslandsdeutschen zu begründen. E. Grosse differenzierte auf der „Welttagung“ von 1925 die Auslandsdeutschen nach folgendem Schema:

- a) „Grenzlanddeutsche“ oder „Heimatdeutsche“ seien diejenigen, die in den durch den Versailler Vertrag abgetrennten Gebieten sowie in den mitteleuropäischen Nachbarstaaten Österreich, Dänemark und Polen lebten;
- b) „Siedlungsdeutsche“ oder „Auslandsdeutsche“ seien die in geschlossenen Siedlungsgebieten lebenden Bürger deutscher Herkunft (z. B. in Siebenbürgen, im Wolgagebiet, in Bessarabien, Brasilien und Südafrika), die trotz der fremden Staatsbürgerschaft eine „kulturelle Autonomie“ beanspruchen müßten;
- c) „Auslandsdeutsche“ seien vor allem die Angehörigen der in fast allen mittleren und größeren Städten der Welt existierenden deutschen Handels- oder Gewerbekolonien, die – unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft – in ihrem Kampf um die „Gleichberechtigung“ energisch unterstützt werden sollten;
- d) „Einwanderungsdeutsche“ seien jene, die in anderen Staaten eine „dauernde Heimat“ gesucht hätten oder suchten.³⁴

Der BdA sah neben dem „Einwanderungsdeutschtum“ sein Hauptwirkungsfeld in den deutschen Handels- und Gewerbeniederlassungen, in denen ca. 2 Mill. Auslandsdeutsche lebten.³⁵ Der deut-

²⁸ Auslandsware, Nr. 2 (1929), S. 21.

²⁹ Auslandsware, Nr. 3 (1930), S. 29.

³⁰ Auslandsware, Nr. 23 (1930), S. 325.

³¹ Siehe ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 13 129, Bl. 9 f. 1924 wurde vom BdA sogar die Vereinigung mit dem Verein für das Deutschtum im Ausland als vollzogen gemeldet. Siehe Auslandsware, Nr. 6/7 (1924), S. 74.

³² ZStA Potsdam, Reichskanzlei, Nr. 545, Bl. 185 f.

³³ Siehe dazu Wolfgang Ruge: Stresemann. Ein Lebensbild, Berlin 1965.

³⁴ E. Grosse: Die Heimat im Dienste des Auslandsdeutschtums. In: Auslandsdeutschtum und Heimat, S. 25 ff. Jahrbuch des Bundes der Auslandsdeutschen, S. 9 ff.

³⁵ Siehe ebenda, S. 42.

sche Imperialismus maß diesen Menschen deutscher Nationalität bei der Verwirklichung seiner revanchistischen Pläne große Bedeutung zu. Insbesondere versuchte er, den Einfluß auf die „Einwanderungsdeutschen“ nicht zu verlieren, denn: „Manche Entwicklungen in der Vergangenheit hätten einen anderen Weg genommen, wenn nicht große Teile des Einwanderungsdeutschtums so schnell ihr inneres Verhältnis zur alten Heimat einmal durch die Gleichgültigkeit der Heimat, andererseits durch einen Mangel an Pflege von Heimatliebe verloren hätten.“³⁶

Um eine weitere Abstimmung der Tätigkeit der einzelnen Deutschtumsorganisationen zu erreichen, gründeten der BdA, die ↑ DKG und der ↑ AADV unter Wahrung der organisatorischen Selbständigkeit die *Deutsche Arbeitsgemeinschaft 1931*, die sich als Ziel stellte, „den Kampf um die Freiheit, Einheit und Gleichberechtigung Deutschlands zu führen, die Verbundenheit der Deutschen in der Welt zu fördern und ein bewußtes nationales Empfinden herauszubilden, das alle politischen Kräfte über parteimäßige Bindungen hinaus der Nation dienstbar macht.“³⁷

Der BdA veranstaltete regelmäßig am 18. Januar sog. Reichsgründungsfeiern, seit 1926 jährlich den „Ball der Nationen“, zahlreiche Begrüßungsabende für ausländische Gäste, und er betreute vor allem „deutschfreundliche“ Studenten. Diese Betreuungsarbeit oblag insbesondere den Frauengruppen des BdA, die zu diesem Zweck in allen größeren Städten *Willkommen-Klubs* gründeten. Höhepunkte in der öffentlichen Tätigkeit des BdA waren die beiden „Welttagungen“, die Europatagung sowie eine Reihe von landsmannschaftlich orientierten Großveranstaltungen. Von der weniger offen betriebenen, aber sehr aktiven Tätigkeit des BdA profitierten vor allem das Reichswirtschaftsministerium und die deutschen Monopolherren; diese bekamen laufend Wirtschaftsberichte und andere für den imperialistischen Konkurrenzkampf wertvolle Informationen vermittelt.³⁸ Die Nachrichtensammelstelle des Reichswehrministeriums versuchte seit 1928 ebenfalls, den BdA „zur Berichterstattung über die Verhältnisse im Ausland heranzuziehen“.³⁹ H. Schnee hielt am 6. Juni 1928 vor der Vertreterversammlung des BdA sogar ein Referat zum Thema „Das Auslandsdeutschtum als Nachrichtenquelle für die Heimat“.⁴⁰

Der „überparteiliche“ Revanchismus führte den BdA direkt zur Anerkennung des Faschismus, dessen neue Ideen ausdrücklich begrüßt wurden.⁴¹ Gegenüber der *NSDAP* verhielt er sich zunächst noch etwas zurückhaltend, weil sie sich „einer Vernunftfehe“ mit dem politischen Katholizismus verschloß.⁴² Ab 1931/32 kam es jedoch zu einer immer offeneren Unterstützung für die Nazifaschisten. Im Sommer 1932 vereinbarten beide Organisationen, eine politische Spaltung der „Vereine und Verbände draußen“ zu vermeiden. In die neu zu bildenden Landesverbände der deutschen Vereine im Ausland sollten die *NSDAP*-Organisationen aufgenommen werden und eine führende Stellung erhalten.⁴³ Obwohl dieser Plan im einzelnen nicht realisiert werden konnte; errang die *Auslandsorganisation der NSDAP* Schritt für Schritt die politische Führung unter den Bürgern deutscher Nationalität im Ausland. Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur erklärte die Führung des BdA, sie setze ihre Tätigkeit verstärkt fort und wolle vor allem gegen die „Lügenpropaganda“ im Ausland wirken. Gleichzeitig erklärte der BdA: „Die Vereine und Verbände müssen dem Auslande ein Spiegelbild der in der Heimat erreichten deutschen Einigkeit geben.“⁴⁴ In einem Aufruf an seine Mitglieder bekannte sich der BdA zum Nationalsozialismus, dem „Dienst an der Volksgemeinschaft“ und der Antwort auf die „hilflosen, perversen und z. T. korrupten Verhältnisse in der Weimarer Republik“.⁴⁵

³⁶ Bund der Auslandsdeutschen (E. V.). Aufgaben und Ziele, o. O., o. J., S. 5.

³⁷ Auslandswarte, Nr. 3/4 (1932), S. 32.

³⁸ Siehe ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 13 129, Bl. 10. Siehe auch Theodor Heuss: Erinnerungen 1905-1933, Tübingen 1963, S. 336 ff.

³⁹ ZStA Potsdam, Reichskanzlei, Nr. 1406, Bl. 222.

⁴⁰ Auslandswarte, Nr. 12 (1928), S. 274.

⁴¹ Auslandswarte, Nr. 9 (1930), S. 99.

⁴² Auslandswarte, Nr. 15/16 (1932), S. 194.

⁴³ ZStA Potsdam, Reichskanzlei, Nr. 1406, Bl. 222 f.

⁴⁴ Auslandswarte, Nr. 15/16 (1933), S. 239 f.

⁴⁵ Zit. in: Hans-Adolf Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933-1938, Frankfurt (Main)-Berlin (West) 1968, S. 169.

Der BdA stellte sich voll in den Dienst der faschistischen Diktatur, die den nationalistischen Mißbrauch ethnischer Solidaritätsempfindungen unter der deutschen Bevölkerung außerordentlich verstärkte und rassenchauvinistisch weiterentwickelte. Das Ausscheiden von H. Schnee, der 1941 mit dem „Adler-Schild des Deutschen Reiches“ bedacht wurde, aus dem Vorstand des BdA erfolgte im Frühjahr 1933 aus taktischen Gründen. Damit sollte vermieden werden, wie E. Grosse am 29. Mai 1933 an den Staatssekretär der Reichskanzlei, Hans Heinrich Lammers, schrieb, „daß sich draußen deutsche Oppositionsgruppen bilden, wie es leider z. T. bereits der Fall ist“.⁴⁶ Als neue Führer des BdA wurden der Erbprinz zu Waldeck und später sogar Fritz Thyssen vorgeschlagen.⁴⁷

Seit der Errichtung der faschistischen Diktatur verstärkte der BdA seine antikommunistische und antisowjetische Propaganda. Er unterstützte aktiv den neuen Reichsausschuß zur Organisierung der seit 1921 betriebenen Sammelaktion „Brüder in Not“, der von der *Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt*, dem VDA, dem ↑ *Deutschen Schutzbund (DtSB)*, dem Roten Kreuz und konfessionellen Hilfsorganisationen gegründet worden war, um von den Ereignissen in Deutschland ablenken zu können, und der den angeblich „notleidenden deutschen Volksgenossen“ im Ausland, vor allem in der Sowjetunion, Hilfe bringen sollte.⁴⁸

1934 bekam der BdA von der Führung der faschistischen Partei einen neuen Aufgabenbereich zugewiesen. Er hatte nunmehr lediglich als landsmannschaftliche Organisation zu wirken, d. h. jene in Deutschland lebenden Auslandsdeutschen zu erfassen, „deren Kenntnisse und Erfahrungen für den Wiederaufbau des deutschen Volkes nutzbar gemacht werden müssen“.⁴⁹ Ferner sollte er die ehemaligen Auslandsdeutschen veranlassen, ihre „rückwärtigen Beziehungen für den dann niederliegenden Außenhandel zur Verfügung zu stellen und ... dem Ausland aus eigener Anschauung und Feststellung das wahre Bild Deutschlands ... (zu) übermitteln“.⁵⁰ Neuer Leiter des BdA wurde das Mitglied der NSDAP W. Roemer; seit 1936 gleichzeitig Hauptstellenleiter der Sozialabteilung im Rückwanderungsamt der *Auslandsorganisation der NSDAP*. Die Auseinandersetzungen um die neuen Aufgaben führten 1934 zum Rücktritt H. W. Herolds von der Schriftleitung der „Auslandswarte“⁵¹ und 1936 zum Ausscheiden von E. Grosse aus seiner Funktion. Den 1936 neu gebildeten Vertrauensrat, der W. Roemer unterstützen sollte, leitete O. Schallert.

Der BdA vermochte jedoch von den 300.000 in Deutschland lebenden Auslandsdeutschen trotz eifriger Werbung noch nicht einmal die Hälfte zu erfassen und verlor rasch an Bedeutung. 1936 mußte die „Auslandswarte“ ihr Erscheinen einstellen. Ein Jahr später wurde der BdA der *Volksdeutschen Mittelstelle* angegliedert, die unter der Führung der SS stand. Im Jahre 1939 löste er sich völlig auf. In Westberlin fand am 23. Juni 1952 anlässlich des dritten Todestages von H. Schnee eine Neugründung des BdA statt.⁵²

3. Quellen und Literatur

Eine geschlossene Überlieferung von Quellenmaterial des BdA existiert nicht. Verschiedenen Beständen des ZStA Potsdam, des BA Koblenz sowie des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz Berlin (West) – im letzteren vor allem dem NL Heinrich Schnee – ist jedoch aufschlußreiches Material zu entnehmen. Die „Auslandswarte“ sowie die in den Anmerkungen 1, 5, 6 und 8, 11 und 25 angeführte zeitgenössische Literatur bieten wesentliche Tatsachen zur Geschichte des BdA. Monographische Darstellungen fehlen noch; der Beitrag von Gerhard Jacob (siehe Anmerkung 52) umfaßt nur wenige Seiten und trägt apologetische Züge. Der BdA wird in vielen Publikationen über das Auslandsdeutschtum (↑ Zweckverband der freien Deutschtumsvereine) mehr beiläufig erwähnt,

⁴⁶ ZStA Potsdam, Reichskanzlei, Nr. 1406, Bl. 121.

⁴⁷ Ebenda und Bl. 195.

⁴⁸ Auslandswarte, Nr. 13/14 (1933), S. 229.

⁴⁹ Ebenda, Nr. 15/16 (1934), S. 259.

⁵⁰ Preußische Zeitung, 14.7.1935.

⁵¹ H. W. Herold gab seit 1935 den „Heimatbrief“ als Organ des Verbandes Deutscher Vereine im Ausland heraus.

⁵² Gerhard Jacob: Aus der Geschichte des „Bundes der Auslandsdeutschen“ (BdA). Manuskript vom 18. 10. 1953. In: BA Koblenz, Kleine Erwerbungen, Nr. 108, Bl. 2.

wobei in der bürgerlichen Literatur das Bestreben erkennbar ist, den BdA als eine notwendige und nichtfaschistische Organisation zu rechtfertigen.⁵³ Siehe auch Werner Börner/Manfred Weißbecker „Bund der Auslandsdeutschen“ (in: HBP, Bd. I, Leipzig 1968, S. 105-109).

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 1: Alldeutscher Verband – Deutsche Liga für Menschenrechte. Köln/Leipzig 1983, S. 202-209.

⁵³ Siehe Anm. 45 und vor allem Ernst Ritter: Das Deutsche Auslands-Institut in Stuttgart 1917-1945. Ein Beispiel deutscher Volkstumsarbeit zwischen den Weltkriegen, Wiesbaden 1976.

Bund der Saarvereine (BSv) 1920-1935

Der BSv war eine nationalistische, angeblich überparteiliche landsmannschaftliche Organisation, die nach dem ersten Weltkrieg eine Annexion des Saargebietes durch das imperialistische Frankreich verhindern bzw. die im Friedensvertrag von Versailles vorgesehene Volksabstimmung langfristig zugunsten des Deutschen Reiches vorbereiten wollte. Er erfaßte alle in Deutschland oder im Ausland lebenden ehemaligen Einwohner des Saargebietes. Im Saargebiet selbst schuf er ein gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und in zunehmendem Maße auch gegen die Antifaschisten gerichtetes „Vertrauensmännersystem“. Der BSv unterstützte aktiv die Konsolidierung der faschistischen Diktatur.

Vorsitzende

Otto Zillessen (1920-1922); Otto Andres (1922-1933); Gustav Simon (1933-1934); Ernst Debusmann (1934-1935)

Geschäftsführer Theodor Vogel (1919-1935)

Mitglieder

1922 7 000 in 65 Ortsgruppen

511 körperschaftliche Mitglieder

1927 20.000 in 90 Ortsgruppen

2000 körperschaftliche Mitglieder

1932 120 Ortsgruppen

1934 400 Ortsgruppen

Presse

„Saar-Freund“ (1920-1935), Hauptschriftleiter: Richard Posselt

„Saarheimatbilder“

Tagungen

10. November 1920 in Bielefeld

3. April 1921 in Kassel

6./7. Mai 1922 in Dortmund

14./15. Juli 1923 in Karlsruhe

24./25. Mai 1924 in Leipzig

20./21. Juni 1925 in Hannover

14./15. August 1926 in Köln

13./14. August 1927 in Würzburg

30. Juni/1. Juli 1928 in Heidelberg

8./9. Juni 1929 in Münster

5./6. Juli 1930 in Trier

11./12. Juli 1931 in Neustadt a. d. Haardt

11./12. September in Koblenz

26./27. August 1933 in Bingen/Rüdesheim

5./26. August in Koblenz-Oberehrenbreitstein

23. März 1935 in Saarbrücken (Abschlußtagung)

Am 23. November 1918 marschierten französische Truppen in Teile des preußischen Regierungsbezirkes Trier und der bayerischen Pfalz ein und errichteten im Gebiet entlang der Saar ein Militärregime. Französische Monopolherren strebten im Ergebnis des ersten Weltkrieges nach einer Annexion des rohstoffreichen und stark industrialisierten Saargebietes, vor allem um der Erzbasis Frankreichs den dauernden Besitz hochwertiger Kohlevorkommen hinzuzufügen und die saarländischen Arbeiter zu ihren Gunsten ausbeuten zu können.¹ Laut Saarstatut, das Teil des Friedens Vertrages von Versailles war, wurde das besetzte Gebiet für 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt und von einer „Regierungskommission“ verwaltet. Danach war eine Volksabstimmung über die Frage der Zugehörigkeit zu Frankreich oder Deutschland vorgesehen, wobei jeder stimmberechtigt sein sollte, der am 28. Juni 1919 an der Saar gewohnt und 1935 das 20. Lebensjahr vollendet hatte.

Obwohl die saarländischen Monopolherren Hermann Röchling und Ferdinand Carl Freiherr von Stumm-Halberg die militärische Niederschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung in ihrem Revier begrüßten, begannen sie bereits im Dezember 1918 politische Organisationen aufzubauen, deren Ziel es war, die „Befreiung des Saargebietes von der Fremdherrschaft zu fördern“.² Insbesondere auf Initiative von H. Röchling entstand der *Saargebietsschutz*, der am 8. Juli 1919 in die von Th. Vogel – einem aus dem – geleitete *Geschäftsstelle Saar-Verein* eingegliedert wurde. Letztere schuf im Deutschen Reich eine Reihe örtlicher Saarvereine und arbeitete eng mit anderen Vereinen zusammen, z. B. mit der *Saarländer-Vereinigung in Berlin*, die von M. Fett geleitet wurde, und mit der *Vereinigung gegen die Lostrennung unseres Saargebietes und der Rheinpfalz*, die in Württemberg, Baden und Bayern wirkte und unter Führung von Otto Teich stand.

Alle Saarvereine schlossen sich am 10. November 1920 in Bielefeld zum BSV zusammen. Formell existierten die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und der BSV unabhängig voneinander, sie waren aber personell in einem solchen Maße miteinander verflochten, daß die Geschäftsstelle als Führung des BSV angesehen werden konnte. Am Ende der Weimarer Republik umfaßte die Geschäftsstelle ca. 70 hauptamtliche Mitarbeiter. Bis 1925/26 wurde häufig von „Geschäftsstelle und Bund Saar-Verein“ gesprochen, wobei sich dann – offensichtlich im Zusammenhang mit dem Locarno-Pakt sowie mit der Gründung der Internationalen Rohstoffgemeinschaft durch deutsche, französische, belgische und luxemburgische Monopolherren – die Bezeichnung „Bund der Saarvereine“ durchsetzte.

Zu seinen Aufgaben zählte der BSV, das „gefährdete Deutschtum im Saargebiet zu erhalten und zu kräftigen und die Wiedervereinigung des Saarlandes mit seinem Mutterlande durch die Abstimmung zu sichern, allen aus dem Saargebiet vertriebenen und geflüchteten Deutschen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, für die Interessen der geschädigten Saardeutschen einzutreten, für alle das Saargebiet betreffenden Fragen eine Auskunftsstelle zu sein, den landsmannschaftlichen Zusammenschluß der Saarländer im Reiche zu pflegen, Aufklärungsvorträge über die Saarheimat zu halten und alle Saarländer und Freunde des Saarlandes zu sammeln.“³

In enger Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt, dessen Saar-Referat von Hermann Voigt geleitet wurde, dem preußischen Innenministerium und dem preußischen Finanzministerium⁴ sowie mit einigen Monopolkapitalisten (H. Röchling, Max Schlenker, Geschäftsführer der südwestlichen Gruppe des *Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller*, aber auch mit Ewald Hilger, Generaldirektor der Vereinigten Königs- und Laurahütte, u. a.) entfaltete der BSV vor allem in den ersten Jahren der Weimarer Republik eine nahezu hektische Betriebsamkeit. Um das „Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen den Bewohnern des Saargebiets und des übrigen Deutschlands zu wecken und wachzuhalten“⁵, wurde das Deutsche Reich von einem Netz örtlicher Saarvereine überzogen. In

¹ Siehe Luitwin Bies: *Klassenkampf an der Saar 1919-1935. Die KPD im Saargebiet im Ringen um die soziale und nationale Befreiung des Volkes*, Frankfurt (Main) 1978, S. 14 f.

² ZStA Potsdam, Bund der Saarvereine, Nr. 7, Bl. 92.

³ Der Saar-Befreiungskampf im Reich 1918-1935. Schlußband der von 1920-1935 erschienenen Jahrgänge der Halbmonatsschrift „Saar- Freund“. Hrsg. Theodor Vogel, Berlin 1935, S. 223.

⁴ Siehe ZStA Potsdam, Bund der Saarvereine, Nr. 2, Bl. 79.

⁵ Ebenda, Nr. 7, Bl. 92.

den Ortsgruppen wurde eine Kartei der im Deutschen Reich lebenden Saarländer geführt und ständig auf dem neuesten Stand gehalten. In ihr waren 1934 schließlich 52.045 Namen erfaßt.⁶ Der BSV gab die Halbmonatsschrift „Saar-Freund“ heraus und organisierte alljährlich eine Bundestagung sowie eine damit gekoppelte große Saar-Kundgebung. Im Saargebiet versuchte er, ein System von „Vertrauensmännern“ zu schaffen, die Informationen aller Art zu übermitteln und gegen den relativ unbedeutenden frankophilen *Saarbund* aufzutreten hatten. Der BSV bot sich als Mittler zwischen der Reichsregierung, die außenpolitische Rücksichten zu nehmen hatte, und den etwa 750.000 an der Saar lebenden Menschen an. Große Aufmerksamkeit galt auch der „Aufrechterhaltung“ der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Reich und dem Saargebiet. Jährlich ließ das Deutsche Reich etwa 75 Mill. RM ins Saargebiet fließen,⁷ Im Rahmen der „Reichswesthilfe“ wurden ab 1932 vor allem Gebiete unterstützt, die an das Saargebiet grenzten, da „die Aussichten Deutschlands auf eine Rückgewinnung der Saar steigen würden, wenn es gelänge, dem deutschen Grenzstreifen, den die meisten Saarländer von Besuchen her kannten, mit Hilfe staatlicher Interventionen zu einem gewissen wirtschaftlichen Wohlstand zu verhelfen.“⁸

Der BSV war propagandistisch außerordentlich rege. Seine Vertreter hielten Vorträge an Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen. Veranstaltungen aller Art wurden in einer großen Vielzahl organisiert. Er sorgte für die Unterbringung von Kindern aus dem Saargebiet während der Ferien bzw. zur Erholung und organisierte zahlreiche Reisen. In der Geschäftsstelle existierte außerdem eine sog. Auskunftsstelle, die sich „Gesuchen aller Art aus dem Saargebiet anzunehmen“ hatte.⁹ Die gesamte ideologische Manipulierung stand unter einem Motto, das gleichzeitig Titel einer weit verbreiteten Broschüre aus der Feder von Th. Vogel war: „Deutsch die Saar – immerdar!“ Sie war von Deutschtümelei und angeblich über den Klassen stehender „Pflege deutscher Sitte und Kultur“ getragen. Sie nahm die faschistische „Heim-ins-Reich“-Propaganda vorweg und verbreitete den nationalistisch-konservativen Gedanken der „Volksgemeinschaft“. Die Saarvereinsbewegung zielte durch ihre „in der Liebe zur Heimat wurzelnde Tätigkeit“ bewußt auf eine „Abschwächung und Überbrückung der Gegensätze“.¹⁰

Die Bedeutung des BSV ging in der Zeit der Weltwirtschaftskrise etwas zurück. Ein Teil der saarländischen Monopolherren orientierte sich auf die Zusammenarbeit mit Frankreich, das zunächst nicht so stark wie Deutschland von der Krise erfaßt wurde. Außerdem zeichnete sich immer mehr ab, daß die Volksabstimmung ein eindeutiges Ergebnis zugunsten des Deutschen Reiches bringen würde. Auch das ließ das unmittelbare Interesse am BSV etwas in den Hintergrund treten. In den internen Dokumenten des BSV dominierten die Klagen über „versiegende Mittel“ und finanzielle Sorgen.¹¹ Als die staatlichen Institutionen, die in der Regel Vertreter des BSV zu ihren Saar-Beratungen hinzuzogen, 1932 über die Frage berieten, wann und wie mit einer größeren Propagandaaktion für die Abstimmung begonnen werden sollte, maßten sie dieser Kampagne keine wesentliche Bedeutung zu. Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur hielten die Verantwortlichen allerdings 20 bis 25% oder mehr Gegenstimmen für wahrscheinlich.¹² Das gestand unter anderem

⁶ Der Saar-Befreiungskampf im Reich 1920–1935, S. 237.

⁷ Fritz Jacoby: Die nationalsozialistische Herrschaftsübereinnahme an der Saar. Die innenpolitischen Probleme der Rückgliederung des Saargebietes bis 1935 (Veröffentlichungen der Kommission für saarländische Landesgeschichte und Volksforschung, Bd. VI), Saarbrücken 1973, S. 47.

⁸ Fritz Blauch: Grenzlandpolitik im Westen 1926–1936. Die „Westhilfe“ zwischen Reichspolitik und Länderinteressen (Schriftenreihe der VjZ Nr. 36), Stuttgart 1978, S. 88.

⁹ Tätigkeitsbericht des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ über das Geschäftsjahr 1927, Berlin o.J., S. 30.

¹⁰ Tätigkeitsbericht des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ über das Geschäftsjahr 1927, Berlin o. J., S. 12.

¹¹ Siehe z.B. Im Endkampf um die Saar! Das Wirken der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des „Bundes der Saarvereine“ um die Befreiung der Saar im Jahre 1930, o. O., o. J., S. 2. Die Saar ist in höchster Gefahr! Jahresbericht 1931 des „Bundes der Saarvereine“ und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, o. O., o. J., S. 11 f. Siehe F. Jacoby, S. 127.

¹² Siehe Maria Zenner: Parteien und Politik im Saargebiet unter dem Völkerbundsregime 1920–1935, (phil. Diss., Köln), Saarbrücken 1966, S. 3%.

auch G. Simon ein, der als NSDAP-Gauleiter von Koblenz-Trier im Sommer 1933 die Führung des BSv übernahm.¹³

Der BSv hob nach dem 30. Januar 1933 in seiner mehr und mehr gegen die Antifaschisten gerichteten Propaganda zweierlei hervor: er habe schon immer „die Lösung der Saarfrage nur in ausgesprochen nationalem Sinne“ angestrebt¹⁴, es müsse aber alles vermieden werden, „was die geradlinige Aufklärungsarbeit zur Durchführung der Volksabstimmung beeinträchtigen könnte“.¹⁵ Aus taktischen Gründen wehrte sich die Führung des BSv gegen den Beitritt zum ↑ *Bund Deutscher Westen* (BDW), der jedoch von den Faschisten am 23. Juni 1933 endgültig erzwungen wurde.

Dennoch blieb der BSv bis zur Volksabstimmung vom 13. Januar 1935 weitgehend selbständig. Er war aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der großen Saar-Kundgebungen der deutschen Faschisten beteiligt, z. B. am 27. August 1933 am antifranzösischen Niederwald-Denkmal (unmittelbar in Verbindung mit der Jahrestagung des BSv) und am 26. August 1934 auf dem Ehrenbreitstein in Koblenz, wo Hitler vor 200.000 Saarländern demagogisch verkündete, die Saarfrage sei die „einzige Territorialfrage, die uns heute noch von Frankreich trennt“.¹⁶ Mit besonderem Engagement bekämpfte der BSv die Herausbildung der antifaschistischen Einheitsfront zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die angesichts des faschistischen Terrors und des Verbots der Arbeiterorganisationen in Deutschland für die Beibehaltung des Status quo im Saargebiet eintraten.¹⁷ G. Simon setzte auch die Spitzel der Gestapo-Stelle Trier im Saargebiet ein, ohne jedoch damit seine persönliche Stellung unter den Saarpolitikern des faschistischen deutschen Imperialismus erhöhen zu können.

Eine gewisse Beeinträchtigung ergab sich für den BSv allerdings durch die umfangreichen Bemühungen zur Vorbereitung der Saarabstimmung, die unmittelbar vom faschistischen Staat und von der ↑ NSDAP ausgingen. Letztere ernannte den pfälzischen Gauleiter Josef Bürckel zu ihrem und am 18. Juli 1934 auch zum staatlichen Saarbeauftragten. Die Taktik zur Rückgewinnung des Saargebiets wurde sogar auf höchster Ebene, in persönlichen Gesprächen zwischen H. Röchling und Hitler am 31. März 1933 sowie am 3. und 15. Mai 1933 festgelegt. Im Saargebiet entstand am 14. Juli 1933 die *Deutsche Front*, in der sich eine breite nationalistische Sammlungsbewegung unter Führung der NSDAP/Saar formierte. Der BSv trug dennoch 1933/34 dazu bei, den politisch-ideologischen und terroristischen Druck auf die Saarbevölkerung zu verstärken und einen Teil der antifaschistischen Kräfte einzuschüchtern.

Schließlich half der BSv, die 46.686 in Deutschland und ca. 2000 im Ausland lebenden Abstimmungsberechtigten zu erfassen¹⁸, für diese Sonderzüge und andere Transporte zu organisieren, mit denen sie unmittelbar vor dem Abstimmungstag in ihre früheren Wohnorte gebracht wurden. Manche von ihnen waren durch die *Nationalsozialistische Volkswohlfahrt* neu eingekleidet worden, um das Erscheinungsbild ihrer Armut nicht gegen die Machthaber im faschistischen Deutschland wirken zu lassen. Die Einreise der ehemaligen Saarländer wurde von der NSDAP und der *Deutschen Front* zu einer letzten großen Propagandaaktion genutzt.

Für die Angliederung an den faschistischen Staat sprachen sich am 13. Januar 1935 bei einer Beteiligung von 80,43% der Stimmberechtigten 477.199 Saarländer aus, während sich 46.613 für den Status quo und 2197 für den Anschluß an Frankreich entschieden. Dieses Ergebnis stärkte in hohem und verhängnisvollem Maße die Hitlerdiktatur und machte neue Schritte zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges möglich. Der BSv löste sich im März 1935 auf; er hatte seine Funktion erfüllt.

¹³ Dieser Wechsel, so ließ sich G. Simon vernehmen, „bedeute nicht, daß man den bisherigen Führern Mißtrauen entgegenbringe, sondern man wolle den Saarvereinen die propagandistische Kraft der NSDAP zur Verfügung stellen“. Zit. in: Ebenda, S. 258.

¹⁴ ZStA Potsdam, Bund der Saarvereine, Nr. 753, Bl. 88.

¹⁵ Ebenda, Bl. 230.

¹⁶ Völkischer Beobachter, 27.8.1934.

¹⁷ Siehe L. Bies, S. 114 ff.

¹⁸ Der Saar-Befreiungskampf im Deutschen Reich 1918-1935, S. 236.

Quellen und Literatur

Der Bestand Bund der Saarvereine im ZStA Potsdam erlaubt einen fast lückenlosen Überblick über die Tätigkeit des BSv. Über die umfangreiche zeitgenössische Literatur informieren der Abschlußbericht des BSv¹⁹ und das Buch des sozialdemokratischen Historikers Patrik von zur Mühlen.²⁰ Die Positionen der bürgerlichen Geschichtsschreibung der BRD sind am deutlichsten in den Publikationen von Fritz Jacoby²¹, Fritz Blaich²² und Maria Zenner zusammengefaßt worden²³, wobei alle die Bedeutung des BSv unterschätzen und sich auf die staatlichen Aktivitäten zur Rückgewinnung des Saargebietes konzentrieren. Eine ausgezeichnete, den BSv allerdings nicht direkt berührende marxistische Arbeit ist von Luitwin Bies vorgelegt worden.²⁴

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 1: Alldeutscher Verband – Deutsche Liga für Menschenrechte. Köln/Leipzig 1983, S. 278-281.

¹⁹ Siehe Anm. 3.

²⁰ „Schlagt Hitler an der Saar!“ Abstimmungskampf, Emigration und Widerstand im Saargebiet 1933-1935, Bonn 1979, S. 269 ff.

²¹ Siehe Anm. 7.

²² Siehe Anm. 8.

²³ Parteien und Politik im Saargebiet unter dem Völkerbundsregime 1920-1935, Saarbrücken 1966.

²⁴ Siehe Anm. 1.

Bund Deutscher Osten (BDO) 1933-1937 (1945)

Der BDO entstand im Mai 1933 im Ergebnis der Zusammenfassung aller „Ostverbände“ durch die ↑ NSDAP. Seine Tätigkeit diente der ideologischen und politisch-organisatorischen Vorbereitung der faschistischen Annexionen in Osteuropa. Er betrieb eine umfangreiche revanchistisch-expansionistische Propaganda insbesondere gegen Polen sowie eine ausgedehnte Tätigkeit zur Bespitzelung und Unterdrückung der in Deutschland lebenden slawischen Minderheiten. Seit 1937 unterstand der BDO der Volksdeutschen Mittelstelle. In den folgenden Jahren ging er faktisch in der ↑ SS und der NSDAP auf, ohne sich jedoch aufzulösen und seine Arbeit einzustellen.

1. Gründung und Ziele des BDO
2. Der BDO nach dem deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrag
3. Der BDO und die faschistische Kriegspolitik
4. Quellen und Literatur

Bundesführer

Franz Lüttke (1933-1934); Johannes Tiedje (1934); Robert Ernst (1934); Theodor Oberländer (1934-1937); Hermann Behrends, SS-Oberführer (seit 1938, 1946 hingerichtet).

Geschäftsführer

Ernst Hoffmeyer, SS-Brigadeführer (seit 1938)

Mitglieder Eine genaue Zahl konnte nicht ermittelt werden. Es existierten 1934 ca. 1000 Ortsgruppen, die in 16 Landesgruppen erfaßt waren. Für 1942 gab der BDO selbst über 800.000 Mitglieder in 6700 Ortsgruppen an.¹

Presse

„Ostland“, Wochenschrift (seit 1935 Halbmonatsschrift, 1933-1943), *Hauptschriftleiter*: Otto Kredel

„Ostdeutsche Monatshefte“, 1933-1939

„Schulungsbrief des Bundes Deutscher Osten“²

„Der heimattreue Ost- und Westpreuße“

„Ostwerte“

„Heilige Ostmark“

„Das Bollwerk“

„Der Oberschlesier“

Schriftenreihe „Bund Deutscher Osten“

BDO-Kalender „Deutscher Osten“ (seit 1938)

1. Gründung und Ziele des BDO

Am 3. Februar 1933 verkündete Hitler vor den Befehlshabern der Reichswehr als Ziel seiner Regierung die „Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung“.³ Diese außenpolitische Konzeption der ↑ NSDAP entsprach der generellen Orientierung des faschistischen deutschen Imperialismus auf die Vorbereitung eines Revanchekrieges gegen Polen sowie gegen die Sowjetunion. Um die aggressiven Pläne verwirklichen zu können, formierte das Diktaturregime auch das System der Organisationen neu, das in der Weimarer Republik zwar mit der glei-

¹ Ostland-Schicksalsland. Die Aufgaben des Bundes Deutscher Osten. Hrsg. Gauverband Württemberg-Hohenzollern, o. O. 1942, S. 1.

² Die ca. 50 Ausgaben Schulungsbriefe erschienen fast nur in hektographischer Form mit jeweils 2000 Exemplaren. Sie waren in der Regel der Geheimhaltung unterworfen.

³ Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935. Hrsg. Wolfgang Ruge/Wolfgang Schumann, Berlin 1977, S. 24.

chen Zielstellung geschaffen worden war, sich jedoch wegen seiner Zersplitterung als wenig effektiv erwiesen hatte. Die neuen Zentralisierungsbestrebungen kamen anlässlich des „Tages des deutschen Ostens“ am 27. Mai 1933 besonders deutlich zum Vorschein. Ähnliche Bestrebungen gab es auch gegenüber den vielfältigen landsmannschaftlichen Vereinen in den westlichen Gebieten des Reiches, für die der *Bund Deutscher Westen* ↑ (*BDW*) geschaffen wurde.

Wenige Tage nach der außenpolitischen Grundsatzerklärung der faschistischen Regierung vor dem Reichstag wurden rund 10.000 Mitglieder der Ostverbände nach Potsdam beordert, um hier die „neue Einheitsbewegung für den deutschen Osten“⁴ ins Leben zu rufen. Im Auftrag der Reichsleitung der *NSDAP* setzte Alfred Rosenberg den Präsidenten des ↑ *Deutschen Ostbundes (DO)*, F. Lüdtkke, als Kommissar für die Ostverbände ein. Am 27. Mai 1933 wurde der BDO gegründet, in dem der ↑ *DO*, der ↑ *Deutsche Ostmarkenverein (DOV)*, die *Heimattreuen Oberschlesier*, der *Schlesierbund*, der *Bund heimattreuer Ost- und Westpreußen* sowie andere revanchistische Organisationen, die nach dem ersten Weltkrieg entstanden waren, aufgingen.⁵ F. Lüdtkke besaß das Vertrauen der Faschisten, hatte er doch schon 1919 erklärt: „Organisation ist Macht ... Das Deutschtum muß stark werden, stark bleiben, auch im Osten und gerade im Osten, bis der Tag kommt, da die schwarzweißroten Fahnen wieder flattern dürfen, die jetzt zusammengerollt wurden.“⁶ F. Lüdtkke, dessen revanchistische Romane in jener Zeit weit verbreitet waren, gehörte gleichzeitig als Hauptabteilungsleiter dem außenpolitischen Amt der Reichsleitung der *NSDAP* an.

Die Zusammenfassung der Ostverbände in einer zentralisierten, unter nationalsozialistischer Führung stehenden Organisation diene den aggressiven Absichten des faschistischen deutschen Imperialismus. Die neuen Kriegspläne wurden als „schöpferische Form für die Umgestaltung des Ost- raumes“ verschleiert, jedoch mitunter auch offen ausgesprochen: „Es ist nicht damit getan, daß ein paar hunderttausend ostdeutscher Landsleute im Reich den Heimatgedanken pflegen. Es ist erst recht nicht damit getan, daß bei aller notwendigen Arbeit in den Ostvereinen sich ein paar brave Bürger zusammensetzen und bei Eisbein und Sauerkohl alte Erinnerungen aus der lieben Heimat austauschen. Die Zeit fordert anderes und mehr. Die junge Generation erwartet und fordert die Schaffung einer deutschen Ostbewegung, die vom Volk begriffen wird und die es ergreift.“⁷

F. Lüdtkke erklärte anlässlich einer „Ostland- Treuefahrt“ großsprecherisch: „Wir kennen keine Grenzen im Ostraum“⁸ und umriß damit das Programm des BDO, der auf seine Fahne geschrieben hatte: „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!“

Diese allgemeinen und in allen Perioden der Geschichte des deutschen Imperialismus verwendeten Phrasen konkretisierend, stellte sich der BDO zunächst das Ziel, vor allem „das deutsche Volk mit den geistes- und raumpolitischen Fragen des Ostens vertraut zu machen, Verbindungen zwischen dem deutschen Binnenland und den ostdeutschen Grenzgebieten zu schaffen, kulturelle Stützpunkte im Osten zu errichten und alle Maßnahmen zu ergreifen und zu unterstützen, die geeignet sind, der Förderung des deutschen Ostens zu dienen und schließlich im Ausland für die deutsche Stellung in den Ostfragen Verständnis zu schaffen“.⁹

Im ersten Jahre seines Bestehens entfaltete der BDO eine große propagandistische Aktivität. Ergebnis seiner gemeinsamen Tätigkeit mit den entsprechenden Dienststellen der *NSDAP* waren zahlreiche Weihestunden, Erinnerungsfeiern, Treuekundgebungen für die „Bedrängten“ in den Ostgebieten, Ostpreußenfahrten, Ostmessen, Preisausschreiben z. B. für ostmärkische Lieder, Veranstaltungskurse und Grenzlandschulen. Am 4. Dezember 1933 eröffnete der BDO eine große Wanderausstellung in Berlin unter dem Titel „Der Osten – das deutsche Schicksalsland“. In ihr wurden die „deutschen Leistungen“ in Ostpreußen, Posen, Schlesien und darüber hinaus auch in Österreich und

⁴ Völkischer Beobachter, 16.5.1933.

⁵ Ebenda, 27.5.1933.

⁶ Franz Lüdtkke: Deutsche Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten im künftigen Polen. In: Die Ostmark, August 1919, S. 62 f.

⁷ Preußischer Pressedienst der *NSDAP*, 11.6.1933.

⁸ Deutsche Tageszeitung, 9.9.1933.

⁹ Berliner Morgenpost, 7.10.1933.

in den sudetendeutschen Gebieten gepriesen. Vortragszyklen und Filmveranstaltungen ergänzten die Ausstellung.¹⁰ Obwohl die Ausstellung bewußt in die am dichtesten besiedelten Gebiete der Stadt gelegt worden war, mußte der „Völkische Beobachter“ am 6. Dezember einen mäßigen Besuch beklagen. Insgesamt sollen es 1933/34 120.000 Besucher gewesen sein, die z. T. mit Sonderzügen aus allen Teilen Deutschlands nach Berlin gebracht worden waren.

Der BDO gliederte sich in 7 Landesgruppen (Ostpreußen, Schlesien, Grenzmark, Ostmark, Pommern, Sachsen und Bayrische Ostmark) sowie in Bezirks- und Ortsgruppen. Als angeschlossene Organisationengalten der *Bund heimattreuer Ost- und Westpreußen*, der *Bund heimattreuer Posener* und der *Bund heimattreuer Schlesier (Vereinigte Oberschlesier und Schlesier)*, was auch in der Ende 1934 eingeführten Gesamtbezeichnung des BDO als „Bund Deutscher Osten (Reichsbund ostdeutscher Heimatverbände)“ zum Ausdruck gebracht werden sollte.¹¹ Die Landesgruppen und die Heimatverbände bestanden formell selbständig nebeneinander, waren aber häufig durch Personalunion verbunden.

Im BDO wurde das faschistische Führerprinzip rasch durchgesetzt. Neben dem Bundesführer spielten der Bundesbeirat und der Bundestag eine völlig untergeordnete Rolle. Die Leitung bestand aus 9 Ämtern, darunter das Amt für Ostwerbung, das Amt für ostpolitische Schulungsarbeit, das Amt für Heimat- und Volkstumspflege, das Bildamt Osten, die Abteilung für neuere Ostgeschichte und Nachkriegsforschung. Finanziert wurde der BDO durch die faschistische Staatspartei sowie durch die ↑ *Deutsche Stiftung (DStg)*.¹² Über den „Deutschtumfonds“ des *Deutschen Gemeindetages* erhielt der BDO 1935 und 1936 je 12.000 RM und 10.000 RM im Jahre 1937. 1940 flössen ca. 150.000 RM aus dem Reichsministerium des Innern, das ebenfalls über einen sogenannten Deutschtumfonds verfügte, in die Kassen des BDO.¹³

2. Der BDO nach dem deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrag

Nachdem am 26. Januar 1934 zwischen Deutschland und Polen ein Nichtangriffsvertrag abgeschlossen worden war, mußte sich zwangsläufig die Aufgabenstellung für den BDO verändern. Er hatte sich an neue Richtlinien zu halten, die der Tarnung der aggressiven Absichten des faschistischen Hitlerregimes entsprachen und die in der *Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft* erörtert wurden: „Polemiken und Revisionsforderungen müssen wegfallen, amtliche Stellen dürfen nicht hervortreten. Die Verkehrswerbung tritt in den Vordergrund. Organisation und Ausdrucksweise sind zu ändern ... Die wissenschaftlichen Arbeiten sollen fortgehen wie bisher, ja sie müssen aktiviert werden.“¹⁴ Der BDO hatte seine großen propagandistischen Aktivitäten einzuschränken und sollte „in aller Stille entsprechend der antipolnischen Grundkonzeption des deutschen Imperialismus dessen Minderheitenprogramm realisieren“ helfen.¹⁵ Als Richtschnur der gesamten Arbeit des BDO gegenüber den slawischen Minderheiten in Deutschland und den Bürgern deutscher Nationalität in Polen galt, daß diese „keineswegs die staatliche Außenpolitik belasten“ darf.¹⁶ Auf einer streng vertraulichen Besprechung mit Pressevertretern stellte sich der BDO als eine Organisation dar, „die nötigenfalls ... verleugnet und zum Sündenbock gemacht werden kann“.¹⁷

¹⁰ Siehe Deutsche Zeitung, 18.10.1933.

¹¹ Siehe Maria Rothbarth: Der „Bund Deutscher Osten“ – Instrument des aggressiven faschistischen deutschen Imperialismus (Studien zur Geschichte bürgerlicher Interessenorganisationen), phil. Diss. Rostock 1971, S. 32.

¹² ZStA Potsdam, Deutsche Stiftung, Nr. 999, Bl. 113.

¹³ Ebenda, Nr. 1132, Bl. 472 und 228 M. Rothbarth: Der „Bund Deutscher Osten“ – Instrument, S. 36.

¹⁴ Zit. in: Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, 2. Aufl., Köln und Opladen 1962, S. 250. Zur Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft siehe Felix-Heinrich Gentzen/E. Wolfgramm: „Ostforscher“ – „Ostforschung“, Berlin 1960, S. 85 ff.

¹⁵ M. Rothbarth: Der „Bund Deutscher Osten“ und die faschistische Politik gegenüber der polnischen nationalen Minderheit in Deutschland. In: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Bd. 22/2, Berlin 1978, S. 107.

¹⁶ Information über eine Pressebesprechung Theodor Oberländers vom 8.3.1935. In: BA Koblenz, Deutsches Auslands-Institut, Nr. 1004/16, Bl. 1.

¹⁷ Ebenda.

Seine Aufgabengebiete sah der BDO diesseits und jenseits der deutsch-polnischen Grenze in „positiver Volkstumsarbeit“ bzw. in sog. Grenzarbeit, die vom „offenen ritterlichen Ringen bis zum abgefeimten Verfahren ... eine ganze Stufenfolge von Methoden“ umfaßte.¹⁸ Neben dem Kampf gegen die „Ausbreitung des Polentums“ in Deutschland lag seit 1934 das Schwergewicht der Tätigkeit des Bundes auf der Materialsammlung über Struktur, Bevölkerung, Wirtschaft und andere Fragen osteuropäischer Länder, auf der Erteilung und Ausführung direkter Agentenaufträge für die Zersetzungsarbeit in Polen und in den baltischen Staaten sowie auf der Organisierung einer „Fünften Kolonne“. Der BDO wurde damit zu einem speziellen Bestandteil der faschistischen Maschinerie zur Vorbereitung des militärischen Überfalls auf die osteuropäischen Staaten.¹⁹

Die neuen Aufgaben ließen sich nicht ohne Auseinandersetzungen in der Führung des BDO durchsetzen. Ende Januar 1934 trat F. Lüdtkke einen „Krankheitsurlaub“ an. Mit der Leitung des BDO wurde nicht sein Stellvertreter Ernst Otto Thiele betraut, sondern – kommissarisch – der 2. stellvertretende Bundesführer Wilhelm Müller. Nachdem am 26. Februar 1934 F. Lüdtkke endgültig sein Amt zur Verfügung gestellt hatte, berief Rudolf Heß, dem bis 1927 der BDO unterstand, den Regierungsrat des preußischen Innenministeriums, J. Tiedje, als Nachfolger, der jedoch bereits am 17. April 1934 die Leitung an R. Ernst, den Leiter der *Arbeitsgemeinschaft der Verbände vertriebener Auslands-, Kolonial- und Grenzlanddeutscher* und des *Bundes Deutscher Westen*, abgab.²⁰ Am 19. Oktober 1934 gelangte mit Th. Oberländer der Mann an die Spitze des BDO, der das Profil dieser faschistischen Organisation wesentlich bestimmen half. Th. Oberländer sollte seine „Erfahrungen“ aus der Tätigkeit im ↑ *Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund (DSTB)*, in der Schwarzen Reichswehr, im *Politischen Kolleg* sowie aus der imperialistisch-pseudowissenschaftlichen „Ostforschung“ für die in den Vordergrund tretende Wirtschafts- und Militärsplionage nutzbar machen. Seit Oktober 1931 hatte er am Institut für Ostdeutsche Wirtschaft und seit 1933 als Direktor des Instituts für osteuropäische Wirtschaft in Königsberg gewirkt. Vor der faschistischen Machtergreifung und vor dem Jahre 1934 sammelte er unter dem Deckmantel von „Studienreisen“ Material vor allem über die Sowjetunion. Nach seinem Eintritt in die *NSDAP* wurde Th. Oberländer erstaunlich rasch mit der Funktion eines Landesgruppenleiters des BDO und des ↑ *Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA)* in Ostpreußen betraut. Die Zeitschrift des BDO, „Ostland“, kommentierte seine Ernennung zum Reichsführer des BDO mit den Worten: „Nachdem der Bund Deutscher Osten einer Neuregelung in sich unterzogen ist ..., hat ein Mann die Leitung des Bundes übernommen, der seit Jahren in der vordersten Front der Ostarbeit steht und ein vielseitiger Kenner des Ostens ... ist.“²¹ In Th. Oberländers Person kam jene Verbindung von „wissenschaftlicher“ Erkundung, d.h. im Grunde von Spionage sowie von propagandistischer und agitatorischer Tätigkeit und direkter Organisierung der im Sinne des Faschismus zu beeinflussenden „Volksgruppen“ in Polen, in Litauen und im Memelgebiet zum Ausdruck, die den deutschen Faschisten als die ihren Zielen und der Situation entsprechende Form der „Ostpolitik“ notwendig schien.

Für die neue Taktik des BDO hatte sich Th. Oberländer bereits im April 1934 mit einem im „Ostland“ veröffentlichten Artikel „Der neue Weg“ empfohlen. Er ging davon aus, daß die „neue Volksgruppenpolitik des Nationalsozialismus und der zehnjährige deutsch-polnische Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag ... Dinge (seien), die für die meisten Menschen schwer verständlich sind“. Mit deutlicher Spitze gegen F. Lüdtkke hieß es in diesem Artikel: „Ist nicht der bodengebundene Bauer geeigneter für den Volkstumskampf als der entwurzelte Literat?“ Th. Oberländer entwickelte den Gedanken einer „positiven Volkstumsarbeit“, die nicht mit der Staatspolitik identisch sein könne. Als Kern der Taktik des Bundes und damit der deutschen Faschisten unter den Bedingungen des deutsch-polnischen Vertrages empfahl er folgende Verhaltensweise: „Gebt den anderen jede Freiheit, aber entwickelt euer Volkstum so, daß es euch nichts kostet.“²² Mit zynischer Offenheit sprach

¹⁸ Zit. in: M. Rothbarth: Der „Bund Deutscher Osten“ und die faschistische Politik, S. 109.

¹⁹ Siehe ebenda.

²⁰ Diese Angaben stammen aus dem WAP Wroclaw, Oberpräsidium der Provinz Oberschlesien zu Oppeln, Nr. 41, Bl. 43, 50 f. und 69 und wurden dem Vf. von Frau Dr. Dorothea Fensch zur Verfügung gestellt.

²¹ Ostland, 1934, Nr. 42 vom 19.10., S. 494.

²² Ebenda, Nr. 15 vom 13.4., S. 169 f.

sich Th. Oberländer einige Zeit später über die wahren Ziele des faschistischen „Kampfes“ im Osten aus: „Der Volkstumskampf ist unter dem Deckmantel des Friedens nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Nicht mit Gas, Granaten und Maschinengewehren, sondern ein Kampf um Haus, Hof, um die Schule und um die Seele der Kinder, ein Kampf, dessen Ende im Gegensatz zum Kriege nicht absehbar ist, solange das wahnsinnige Prinzip des Staatsnationalismus den Ostraum beherrscht; ein Kampf, der sich auf Generationen hinzieht, mit dem einzigen Ziel: Ausrottung!“²³

Entsprechend der neuen Orientierung fanden seit 1935 keine Massenveranstaltungen mehr statt, sondern sog. Arbeitstagungen der Landesgruppen, die in der Regel mit einer kleineren Kundgebung abgeschlossen wurden. Solche Arbeitstagungen führte der BDO 1935 in Frankfurt (Oder), Schneidemühl, Oppeln, Lauenburg, Allenstein, Cham (Oberpfalz), Löbau (Sachsen) und Bomst (Kurmark)²⁴ durch. 1937 und Anfang 1938 trat er wieder etwas stärker an die Öffentlichkeit. Er veranstaltete größere Tagungen in Stuttgart, Passau, Hirschberg, Rostock und Braunschweig, die der verstärkten revanchistischen Hetze mit ausgesprochen antikommunistischen und antisowjetischen Tönen dienten. Den Auftakt dazu gab A. Rosenberg mit einer Rede auf der Arbeitstagung des „Amtes Schrifttumspflege beim Beauftragten des Führers für die gesamte geistige und weltanschauliche Erziehung und Schulung der NSDAP“ und der „Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums“, die der „weltpolitischen Bedeutung des deutschen Ostens in der Geschichte und nunmehr im Kampf gegen den Bolschewismus“²⁵ gewidmet war. Am 12. Juni 1939 eröffnete Konrad Henlein offiziell die Tätigkeit des BDO im sog. Gau Sudetenland. Damit dehnte der BDO seine Bespitzelungs- und Unterdrückungsfunktion auf die tschechische Bevölkerung aus.^{25a}

Am aktivsten beteiligte sich der BDO an der Politik des faschistischen deutschen Imperialismus, an der Terrorisierung und der ideologischen Beeinflussung der in Deutschland lebenden Polen und Sorben. Seine Ortsgruppen und Stützpunkte – darüber hinaus wandte sich die Führung des BDO auch an die Bürgermeister, an die Polizisten und vor allem an die Lehrer – in den Gebieten an der deutschen Ostgrenze mußten regelmäßig über die „Organisation der Polenbewegung“ und über das „Verhalten der polnischen Volksgruppen“ berichten.²⁶ Mit Hilfe einer großen Fragebogenaktion versuchte der Bund, alles für die deutschen Behörden wissenswerte Material zu sammeln. Er unternahm es, „eine umfassende Darstellung sämtlicher kultureller polnischer Einrichtungen im Reich zusammenzustellen. In dieser Darstellung sollten sämtliche Einrichtungen wie Schulen, Sprachkurse, polnische Verbände, Vereine sowie auch die polnischen Gottesdienste verzeichnet sein.“²⁷ Die monatlichen Berichte der Landesgruppen des BDO wurden dem faschistischen Partei- und Staatsapparat zur weiteren Auswertung zugeleitet. Sie enthielten allgemeine Stimmungsberichte und detaillierte Angaben z. B. über die Zahl und Ursachen der Neinstimmen von in Deutschland lebenden Polen bei der „Wahl“ vom 10. April 1938 und über die Teilnahme am „Kongreß der Polen“, der am 6. März 1938 anlässlich des 15jährigen Bestehens des *Bundes der Polen in Deutschland* in Berlin stattfand.²⁸ Außerdem wurden deutsche Bürger denunziert, wenn sie sich „polenfreundlich“ gezeigt hatten.²⁹

²³ Theodor Oberländer: Der neue Weg, Königsberg 1936, S. 3.

²⁴ Bomst wurde nicht zufällig als Tagungsort gewählt. Siehe ebenda, Nr. 1131, Bl. 37 ff.

²⁵ Völkischer Beobachter, 6.12.1937.

^{25a} Ebenda, 13.6.1939.

²⁶ Siehe WAP Opole, Bund Deutscher Osten, Untergruppe Schlesien, Kreis Oppeln, Nr. 1, Bl. 14 ff. Im folgenden sei als Beispiel für die Anforderungen in der Berichterstattung der Brief der Untergruppe Schlesien des BDO an einen Vertrauensmann in Boguschütz/Oppehn vom 22.10.1935 wiedergegeben: „Vielen Dank für Ihre Zuschrift vom 4.9.1935. Wie steht es um den poln. St. Josefsverein unter Leitung des Bauern Niepalla aus Zlönitz. Sie wollten noch darüber berichten. Ist es Ihnen gelungen, jetzt etwas über die Ortsabteilung des Polenbundes in Erfahrung zu bringen? Wer ist der Großpole, der sich in Zlönitz in die Partei eingeschlichen hat? Woran liegt es, daß der dortige Pfarrer dem poln. Gottesdienst in solch auffällender Weise den Vorzug gibt? Was ist sonst aus Zlönitz zu berichten? Wann, wohin und unter welcher Teilnahme fanden von Zlönitz aus Wallfahrten oder Ausflüge nach Polen statt?“. In: Ebenda. Bl. 84.

²⁷ ZStA Potsdam, Deutsche Stiftung, Nr. 999, Bl. 114.

²⁸ Siehe ebenda, Bl. 2 ff. und 77 f.

²⁹ Siehe WAP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 89, Bl. 170.

Gleichzeitig bewirkte der BDO eine systematische Einschränkung der Rechte der in Deutschland lebenden 1,2 Mill. Polen. In einer Erklärung des Hauptvorstandes des *Bundes der Polen in Deutschland* vom 8. Januar 1936 wurde festgestellt, daß der Ausübung des Minderheitenrechts auf schulischem, kirchlichem, kulturellem und sozialem Gebiet ständig Schwierigkeiten bereitet würden.³⁰ Daran änderte sich auch nichts nach dem Abschluß der deutsch-polnischen Minderheitendeklaration vom 5. November 1937, die den BDO lediglich veranlaßte, seine Arbeit unter den Deutschen in Polen zu verstärken.³¹ Der BDO legte eine spezielle Kartei über „grenzpolitisch unzuverlässige“ Polen und Deutsche an, die zur Auskunfterteilung an die verschiedensten Ämter des faschistischen Staates und der NSDAP diente und während des zweiten Weltkrieges für die Ausrottungs- und Germanisierungspolitik des faschistischen Okkupationsregimes in Polen benutzt wurde.³²

Rassismus und Chauvinismus bildeten den Kern der gesamten propagandistischen Tätigkeit des BDO in den Grenzgebieten, vor allem in Oberschlesien.³³ Einzelne Kampagnen standen unter den Losungen: „Kein Deutscher spricht ohne Not polnisch!“, „Kein Deutscher besucht polnischen Gottesdienst!“, „Als Repräsentant des deutschen Volkes zeige den Polen gegenüber Haltung!“ und ähnliches mehr.³⁴ In diesem Sinne unterstützte der BDO auch die systematisch betriebene Verdeutschung von polnischen Orts-, Straßen- und Familiennamen in den östlichen Grenzgebieten Deutschlands. Bis 1938 erhielten mehr als 1000 Ortschaften neue Namen, in Ostpreußen etwa 800.³⁵

Mit besonderer Sorgfalt widmete sich der BDO der Vorbereitung und Durchführung der Volkszählung am 17. Mai 1939, bei der auch nach der Volkszugehörigkeit geforscht wurde und die das Ziel verfolgte, zumindest statistisch die Zahl der in Deutschland lebenden Polen auf 100.000 bis 150.000 zu reduzieren.³⁶

Die überwiegende Beantwortung mit „deutsch“ nutzte das faschistische Regime für die ideologische Rechtfertigung des Überfalls auf Polen am 1. September 1939, mit dem der zweite Weltkrieg begann. Der BDO führte das Ergebnis auf seine „Flugblattaktion“ und auf „die persönliche Aufklärung durch die Vertrauensmänner des BDO“ zurück.³⁷ Im internen Kreis sah sich die Führung des Bundes jedoch zu dem Eingeständnis gezwungen, daß die „Hoffnung, durch die Volkszählung einen klaren Überblick über die volkstumsmäßige Zusammensetzung zu erhalten..., leider nicht erfüllt (wurde), denn nur ein kleiner Teil bekannte sich offen zum polnischen Volkstum“.³⁸

Auch an den Bestrebungen, jede nationale Regung der Sorben zu unterdrücken, nahm der BDO aktiven Anteil. Nach der Besprechung über die „Wendenfrage“, die am 14. Mai 1935 von Vertretern der Regierung, der NSDAP und des BDO in der Sächsischen Staatskanzlei stattfand, konnte sich die *Domowina* praktisch nur noch unter dem Protektorat des Bundes in Gestalt „einer nationalsozialistisch anerkannten Brauchtumsorganisation“ betätigen.³⁹ Th. Oberländer erklärte bei einer weiteren „Wendenbesprechung“ am 7. April 1936, „daß nunmehr ein eindeutiger Weg beschritten und schnelle Arbeit geleistet werden müsse ...“ Dazu empfahl er, ausgehend von den Erfahrungen des BDO: „Möglichst weitgehende Einschränkung der wendischen Sprache, Errichtung von deutschen Kindergärten, um mit der Deutschtumsarbeit von unten aufzubauen, und vor allem die Verhinderung des Ausbaues des wendenpolitischen Führerstabes.“⁴⁰

³⁰ ZStA Potsdam, Deutsche Stiftung, Nr. 999, Bl. 203.

³¹ Ostland, 15.11.1937, S. 421.

³² Siehe M. Rothbarth: Der „Bund Deutscher Osten“ und die faschistische Politik, S. 110 f.

³³ Siehe ZStA Potsdam, Deutsche Stiftung, Nr. 1137, Bl. 73.

³⁴ Siehe Bericht der Kreisgruppe Hindenburg des BDO über ihre Tätigkeit vom September 1938. In: WAP Opole, Kreisgrenzlandamt Hindenburg I/1 (unpag.).

³⁵ Siehe M. Rothbarth: Der „Bund Deutscher Osten“ und die faschistische Politik, S. 113 f.

³⁶ Siehe ebenda, S. 118.

³⁷ ZStA Potsdam, Deutsche Stiftung, Nr. 1133, Bl. 103 ff.

³⁸ WAP Opole, Landratsamt Oppeln, Nr. 89, Bl. 210.

³⁹ M. Kasper/J.Solta: Aus Geheimakten nazistischer Wendenpolitik, Bautzen 1960, S. 22 ff.

⁴⁰ Ebenda, S. 33 ff

3. Der BDO und die faschistische Kriegspolitik

Als die Faschisten zur unmittelbaren Vorbereitung und Entfesselung des zweiten Weltkrieges übergingen, begann für den BDO eine neue Etappe seiner Entwicklung. Der Bund wurde immer stärker, auch in organisatorischer Hinsicht, ein direkter Bestandteil der *NSDAP* und besonders der SS. Die Leitung ging im Oktober 1937 in die Hände des SS-Oberführers H. Behrends und des SS-Brigadeführers E. Hoffmeyer über, nachdem Th. Oberländer nach einem Konflikt mit dem faschistischen Gauleiter in Ostpreußen, Erich Koch, als Professor an der Greifswalder Universität neue Aufgaben der Abwehr- und Spionageabteilung des Reichskriegsministeriums zugewiesen bekommen hatte.⁴¹ E. Hoffmeyer wurde 1938 als Geschäftsführer des BDO gleichzeitig Mitarbeiter in der *Volksdeutschen Mittelstelle*⁴², die 1936 von der *NSDAP* als Zentrale für den gesamten finanziellen und politischen Verkehr mit den „Volksdeutschen“ im Ausland und als Koordinationsstelle der faschistischen Volkstumspolitik geschaffen worden war. Die *Volksdeutsche Mittelstelle* bereitete den unmittelbaren Einsatz der „Fünften Kolonne“ im Rahmen der faschistischen Kriegspolitik vor. Bis zum 31. Dezember 1936 stand mit Otto von Kursell ein Vertreter des Reichsinnenministeriums an ihrer Spitze, danach ging die Leitung an den SS-Obergruppenführer Werner Lorenz über.⁴³ Die SS entwickelte sich zur Leitorganisation für alle Fragen des „Auslandsdeutschtums“ und nahm dem BDO wie auch dem VDA die organisatorische Selbständigkeit, ohne sie jedoch offiziell auflösen zu lassen.⁴⁴

Seit 1938 war der BDO eine Teil- und Tarnorganisation der *Volksdeutschen Mittelstelle* und damit der SS.⁴⁵ Innerhalb der SS wurden die *Volksdeutsche Mittelstelle* und der BDO zu einer der Dienststellen des von Hitler am 9. Oktober 1939 ernannten Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, Heinrich Himmler. Dieser wurde „mit der Zurückführung der dafür in Betracht kommenden Reichs- und Volksdeutschen aus dem Ausland, mit der Ausschaltung des schädigenden Einflusses von volksfremden Bevölkerungsteilen, die eine Gefahr für das Reich und die deutsche Volksgemeinschaft bedeuten, und mit der Gestaltung neuer Siedlungsgebiete durch Umsiedlung“ beauftragt.⁴⁶ Als Glied der SS hatte der BDO daher auch Anteil an jener faschistischen Umsiedlungsaktion, die bis Januar 1941 etwa 672.000 Menschen aus den osteuropäischen Gebieten erfaßte.⁴⁷ E. Hoffmeyer wurde mit der Leitung des Amtes für die Sicherung deutschen Volkstums der *Volksdeutschen Mittelstelle* in den neuen Ostgebieten betraut.

Die Aufgaben des BDO hatten sich in den Jahren 1933 bis 1939 aus der Kriegspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus und ihren einzelnen taktischen Schritten ergeben. Nachdem der zweite Weltkrieg entfesselt worden war, ging ein großer Teil seiner Aufgaben an andere Organisationen und neue Institutionen über, u. a. an das 1940 gegründete Institut für Deutsche Ostarbeit in Krakow. Die BDO-Führung wandte sich jedoch scharf gegen Austrittserklärungen von Mitgliedern, die nach der Okkupation Polens meinten, die Aufgaben des BDO seien gelöst. Im Flugblatt „Nun

⁴¹ Siehe Aleksander Drozdzyński/Jan Jaborowski: Oberländer: A Study in German East Policies, Poznań und Warszawa 1960, S. 57 und 159 ff.

⁴² Siehe Hans Buchheim: Rechtsstellung und Organisation des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums. In: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München 1958, S. 261.

⁴³ Siehe ebenda, S. 260. Werner Lorenz ist der Schwiegersohn von Axel Caesar Springer und wurde auf dessen Vermittlung nach 1945 aus der Haft entlassen.

⁴⁴ Nach ebenda, S. 261, soll der BDO 1941 aufgelöst worden sein. Andere Belege haben sich dafür nicht finden lassen. Der BDO fungiert im Impressum der Zeitschrift „Ostland“ bis zu deren letztem H. als Hrsg., während Otto Kredel als Hauptschriftleiter verantwortlich zeichnet. Siehe auch die Geheime Anordnung über die Neugruppierung des „Volksbundes für das Deutschtum im Ausland“ und des „Bundes Deutscher Osten“ vom 3. Februar 1939. In: Polen, Deutschland und die Oder-Neiße-Grenze. Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte in Verbindung mit der Deutsch-Polnischen Historiker-Kommission unter der verantwortlichen Redaktion von Rudi Goguel, Berlin (1959), S. 110 f.

⁴⁵ Siehe Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945 bis 1. Oktober 1946 (amtlicher Text in deutscher Sprache), Bd. VII, S. 510.

⁴⁶ Zit. in: H. Buchheim: Rechtsstellung und Organisation, S. 240.

⁴⁷ Siehe: Deutsches Blut kehrt heim. Sonderdruck. Hrsg. Reichsorganisationsleiter – Hauptschulungsamt der NSDAP, 1941, S. 30.

erst recht BDO-Arbeit“ vom Januar 1940 wurde demgegenüber von den mit den Grenzen wachsenden Aufgaben gesprochen. Der BDO habe eine „ungeheure Erweiterung seines Aufgabengebietes“ erhalten, da man den „Boden im Osten immer wieder gegen fremde Vorstöße verteidigen“ müsse. Der Schluß dieses Flugblattes lautete: „Das Heer hat das Land gewonnen, es zu halten und deutsch zu machen, dazu sind wir da! Die aktive Mannschaft gehört an die Grenze, die, denen es nicht vergönnt ist, an der Grenze zu stehen, leisten ihren Beitrag zu dieser großen geschichtlichen Sendung, indem sie wie bisher als Mitglieder des BDO in Treue und Opferbereitschaft hinter diesen Kämpfern stehen!“⁴⁸

Der BDO bemühte sich allerdings auch auf anderen Gebieten um gewisse Eigenständigkeit. So verbreitete er bis 1942 „Volkspolitische Merkblätter“ des BDO, die vielerlei Empfehlungen für Wehrmachts- und Polizeioffiziere des faschistischen Okkupationsapparates enthielten. Nach einer Vereinbarung zwischen dem BDO und dem Gauleiter der NSDAP in Schlesien sollten die „Volksdeutschen“ in den okkupierten Gebieten nicht sofort in die Partei aufgenommen, sondern erst vom BDO organisatorisch zusammengeschlossen und durch eine „politische Ausrichtung“ für die Aufnahme vorbereitet werden.⁴⁹ Diese Pläne wurden jedoch nicht verwirklicht.

In der Zeitschrift „Ostland“ trat nach dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion der Antikommunismus als Grundlage der chauvinistisch-expansionistischen und antisemitischen Propaganda des BDO deutlich zutage. Beispielsweise hieß es in einem Leitartikel: „Es geht nicht bloß um die Niederwerfung des Bolschewismus, sondern darum zu verhindern, daß sich in Osteuropa wieder eine irgendwie geartete Macht konsolidiert ...“⁵⁰ Er rechtfertigte den faschistischen Terror, weil nur dieser Europa vor dem Schicksal bewahren könne, „elend an der Pest des Bolschewismus zu krepieren“.⁵¹ Mit der militärischen Zerschlagung des deutschen Faschismus kam auch das endgültige Ende des BDO, der als eine der faschistischen Organisationen im Mai 1945 verboten wurde.

4. Quellen und Literatur

Vereinzelte archivalische Materialien finden sich im ZStA Potsdam, im BA Koblenz, im WAP Wroclaw und WAP Opole.⁵² Zahlreiche Angaben zur Geschichte des BDO sind in deutschen und polnischen Publikationen über Theodor Oberländer enthalten.⁵³ Die Zeitschrift „Ostland“ gibt nur für die Jahre 1933/34 Aufschluß über die unmittelbare Tätigkeit des BDO. Unter den marxistischen Darstellungen vermitteln die von Maria Rothbarth den besten Überblick.⁵⁴ In der bürgerlichen Literatur fehlen geschlossene Darstellungen zur Geschichte des BDO.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 1: Alldeutscher Verband – Deutsche Liga für Menschenrechte. Köln/Leipzig 1983, S. 308-315.

⁴⁸ BA Koblenz, Deutsches Auslands-Institut, Nr. 1035/31.

⁴⁹ Ostland, 1939, Nr. 22 vom 15.11., S. 538.

⁵⁰ Ostland, 1942, Nr. 18 vom 15.9., S. 305.

⁵¹ Ostland, 1941, Nr. 20 vom 15.10., S. 348.

⁵² Siehe die Anm. 12,13, 16,20, 26, 29, 33, 34, 37, 38 und 48.

⁵³ Die Wahrheit über Oberländer. Braunbuch über die verbrecherische faschistische Vergangenheit des Bonner Ministers. Hrsg. Ausschuß für Deutsche Einheit, o. O., o. J. M. Kasper/J. Solta: Aus Geheimakten nazistischer Wendenpolitik, Bautzen 1960. Aleksander Drozdzyński/Jan Zaborowski: Oberländer: A Study in German East Policies, Poznań und Warszawa 1960. Ferner: Der Oberländer-Prozeß. Gekürztes Protokoll der Verhandlung vor dem Obersten Gericht der Deutschen Demokratischen Republik vom 20.-27. und 29.4.1960. Hrsg. Ausschuß für Deutsche Einheit, o. O., o. J.

⁵⁴ Siehe die Anm. 11 und 15.

Bund Deutscher Westen (BDW) 1933-1937

Der BDW faßte alle landsmannschaftlichen Organisationen in den westlichen Teilen des Deutschen Reiches zu einem faschistischen Dachverband zusammen und ordnete diese der kriegsvorbereitenden Außenpolitik des deutschen Imperialismus gegen Frankreich und Belgien unter. Er arbeitete in enger Verbindung mit dem Volksbund für das Deutschtum im Ausland ↑ Verein für das Deutschtum im Ausland [VDA]), dem ↑ Bund Deutscher Osten (BDO), ohne deren Bedeutung in der faschistischen „Volkstums“-Politik erreichen zu können. 1937 ging er in der Volksdeutschen Mittelstelle der ↑ SS auf.

Präsident

E. Karl Spiewok

Führer Robert Ernst

Organ „Westdeutsche Chronik“

Angeschlossene Organisationen

Bund der Elsaß-Lothringer im Reich

Vereinigte Landsmannschaften von Eupen-Malmedy-Monschau

Reichsverband der Rheinländer

↑ *Bund der Saarvereine (BSv)*

Verein der Rheinpfälzer Verein der Badener

Unmittelbar nach der Gründung des BDO erfolgte die des BDW am 29. Mai 1933. Das nazifaschistische Regime setzte den im sog. *Westausschuß der landsmannschaftlichen Verbände für Rhein, Saar und Pfalz* bzw. in der *Arbeitsgemeinschaft deutscher Verbände* begonnenen Konzentrationsprozeß fort und ordnete sich nach kurzen Auseinandersetzungen – beispielsweise mit dem ↑ BSv – die meisten landsmannschaftlichen Vereine unter. An die Spitze des BDW traten der Faschist E. K. Spiewok, der aus Elsaß-Lothringen stammte, MdR war und die Berliner Organisation der *Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt* leitete, sowie R. Ernst, Westreferent im VDA und Vorsitzender des *Bundes der Elsaß-Lothringer im Reich* sowie Leiter des ↑ *Deutschen Schutzbundes (DtSB)*.

Über die Ziele des BDW äußerte sich am 23. Juni 1933 E. K. Spiewok auf der ersten Beratung der Führung dieses Bundes. Nachdem er alle Teilnehmer um „strengste Diskretion“ gebeten hatte, nannte er laut Protokoll als außenpolitische Zielsetzungen der Hitler-Regierung: „Im Osten wolle sie Expansionspolitik treiben und großzügig siedeln lassen, wozu die Bevölkerung aller deutschen Stämme herangezogen werden solle. Gesamtbedingung hierfür sei aber eine feste Linie im Westen. Das endgültige Ziel sei, im Westen die politische Grenze mit der Sprachgrenze in Übereinstimmung zu bringen.“¹ Auf der ersten öffentlichen Kundgebung, die der BDW am 30. Juni 1933 in Berlin veranstaltete, sprach E. K. Spiewok ebenfalls über den Zusammenhang zwischen faschistischer Ost- und Westpolitik. Man müsse „an der Westgrenze des Reiches die Front stark und geschlossen“ machen, denn nur so könnten die „Ziele im Osten“ durchgesetzt werden. Zu diesem Zwecke müsse der „Bedrohung des deutschen Volkstums im Westen“ entgegengewirkt werden. Der BDW habe daher „der Stärkung des deutschen Selbstbehauptungswillens und der Zusammenfassung der Kräfte“ zu dienen.²

Um die „Friedensliebe“ der faschistischen Regierung zu unterstützen und deren außenpolitische Taktik nicht zu desavouieren, betonte der BDW ständig, daß er keine Irredenta-Arbeit betreibe.³ Innerhalb der Organisation wurde jedoch keinerlei Rücksicht auf die offizielle Außenpolitik genommen. Obwohl Hitler am 26. August 1934 in Koblenz bei einer Kundgebung vor 400.000 Werk-

¹ ZStA Potsdam, Bund der Saarvereine, Nr. 753, Bl. 212.

² Ebenda, Bl. 90.

³ ZStA Potsdam, Bund der Saarvereine, Nr. 754, Bl. 38.

tätigen aus dem Saargebiet erklärt hatte, die Saarfrage sei die „einzige Territorialfrage, die uns heute noch von Frankreich trennt.“⁴ äußerte sich R. Ernst – ohne darauf Bezug zu nehmen – auf einer Arbeitstagung des BDW und des VDA am 28. Oktober 1934 in Aachen: „Es muß die weitverbreitete Meinung ausgerottet (!, M. W.) werden, als sei im Westen alles in schönster Ordnung, wenn nach der Rückkehr der Saar zwischen dem Reich und Frankreich keine *territorialpolitische* Frage mehr besteht. Im Westen ist die Arbeit nie zu Ende ...“ Dem setzte R. Ernst noch hinzu: „Es ist nicht so: Westen oder Osten, sondern: sowohl der Westen wie der Osten.“⁵

R. Ernst, der im Mai 1933 Mitglied der ↑ *NSDAP* geworden war, geriet mit seinen Auffassungen in Gegensatz zu den „Volkstums“-Politikern um den VDA-Bundesführer Hans Steinacher, die nicht in allen Fragen der außenpolitischen Taktik mit der Hitler-Regierung übereinstimmten und sich auf den im faschistischen Machtapparat an Einfluß verlierenden Rudolf Heß orientiert hatten. Im Zusammenhang mit dem Übergang zur forcierten Kriegsvorbereitung forderte R. Ernst von H. Steinacher im Juni 1935 eine „Ausrichtung des VDA auf die nationalsozialistische Bewegung bis zur Grenze des außenpolitisch irgendwie Tragbaren“.⁶ Er drohte, seine Funktionen im VDA niederzulegen, wenn die „Amtswalter des VDA“ nicht gleichzeitig „Volksdeutsche Referenten“ im Rahmen der *NSDAP* würden, so wie es offensichtlich für den BDW und den ↑ *Bund Deutscher Osten (BDO)* bereits der Fall war.⁷

In den ersten Jahren seiner Existenz stand für den BDW die Unterstützung der faschistischen Politik zur Rückgewinnung des Saargebietes sowie des Kampfes gegen die antifaschistischen Emigranten innerhalb des Saargebiets im Vordergrund. Danach vollzog sich seine landsmannschaftlich-revanchistische Tätigkeit mehr in aller Stille. Auch die „Westdeutsche Chronik“ wurde nur als hektographiertes Material verbreitet. Offensichtlich nahm die Bedeutung des BDW auch in dem Maße ab, wie sich die faschistische Führung auf einen Krieg im Osten vorbereitete und für ihr antisowjetisches Konzept die Westmächte zu gewinnen suchte. Der BDW wurde 1937 der *Volksdeutschen Mittelstelle* der SS unterstellt und hörte faktisch auf zu existieren.

Quellen und Literatur

Aufschlußreiche Materialien enthält der Bestand Bund der Saarvereine im ZStA Potsdam. Die Erinnerungen von Robert Ernst sind völlig unergiebig.⁸ In der Literatur über die Außenpolitik des faschistischen deutschen Imperialismus wird der BDW zwar erwähnt, jedoch nicht im einzelnen dargestellt. Bürgerliche Historiker bemühen sich darum, die Unterschiede zwischen der rechtskonservativen und der nationalsozialistischen „Volkstums“-Politik hervorzuheben, ohne sie als Varianten gleicher faschistischer Zielsetzungen zu erkennen, und den BDW der ersteren zuzuordnen.⁹

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 1: Alldeutscher Verband – Deutsche Liga für Menschenrechte. Köln/Leipzig 1983, S. 316-317.

⁴ Völkischer Beobachter, 27.8.1934.

⁵ ZStA Potsdam, Bund der Saarvereine, Nr. 754, Bl. 38.

⁶ Hans Steinacher. Bundesleiter des VDA 1933-1937. Erinnerungen und Dokumente. Hrsg. Hans-Adolf Jacobsen, Boppard (Rhein) 1970 (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 19), S. 309.

⁷ Nach dem zweiten Weltkrieg hat Robert Ernst seine faschistische Position in apologetisch-rehabilitierendem Sinne als „Vermittler“ darzustellen versucht. Siehe R. Ernst: Rechenschaftsbericht eines Elsässers (Schriften gegen Diffamierung und Vorurteile, Bd. 5), Berlin (West) 2./1954, S. 208.

⁸ Siehe Anm. 7.

⁹ Siehe u. a. Anm. 6.

Deutsche Freiheitspartei (DFp) 1937-1941

Die DFp war ein lockerer Zusammenschluß von konservativen, liberalen und katholischen Emigranten innerhalb der bürgerlichen Opposition gegen die hitlerfaschistische Diktatur des deutschen Imperialismus. Sie wirkte hauptsächlich in Frankreich und England, versuchte aber den Anschein zu erwecken, als bestünde ihre Organisation innerhalb des Deutschen Reiches. Gegenüber den antifaschistischen Kräften der Arbeiterklasse und des Bürgertums betrieb sie nicht nur eine Freiheitsapologie, sondern auch eine strikte, von Positionen der Totalitarismus-Doktrin ausgehende Politik der Volksfront „ohne“ bzw. sogar gegen die Kommunisten. Dadurch schwächte sie die antifaschistische Widerstandsbewegung. Um die Jahreswende 1940/41 scheiterte sie, als sie die Unterstützung durch bourgeoise Kräfte in Großbritannien verlor.

Presse

„Deutsche Freiheitsbriefe“ (1937-1939)

„Das wahre Deutschland. Auslandsblätter der Deutschen Freiheitspartei“ (1938-1940; Auflage: 3500)

Die DFp wurde an der Jahreswende 1936/37 ins Leben gerufen, nachdem deutsche Emigranten in Paris auf Initiative der KPD und unter der Leitung von Heinrich Mann einen *Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront* gegründet hatten, dieser eine erfolgreiche Arbeit zu leisten begann, sich aber weder stabilisieren noch zu einem führenden Organ der proletarischen Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront entwickeln konnte.¹ Zum Scheitern des Pariser Volksfrontausschusses trugen auch jene bürgerlichen Kräfte bei, die ihren Kampf gegen die ↑ NSDAP und das faschistische Regime in Deutschland „im Sinne der alten Koalitionspolitik unter Ausschaltung der aktivsten antifaschistischen Kräfte“² führen wollten und ihn mit Antikommunismus und Antisowjetismus verknüpften. Da es ihnen jedoch nicht gelang, im Pariser Volksfrontausschuß die Führung zu übernehmen und diesen zu einer Vereinigung gegen die Kommunisten umzugestalten, suchten sie nach einer Möglichkeit der eigenständigen Organisierung bürgerlich-antinationsozialistischer Kräfte. Der Mißbrauch, den sie mit dem Freiheitsbegriff trieben, wurde von den Kommunisten entlarvt³, ohne daß es ihnen gelang, alle Mitglieder des Volksfrontausschusses von der Richtigkeit ihrer Analyse zu überzeugen. Die Initiative zur Schaffung der DFp ging vor allem von Carl Spiecker aus, der Mitglied des ↑ Zentrums (Z) und 1930 Sonderbeauftragter der Reichsregierung zur Bekämpfung des Nationalsozialismus gewesen war. Unterstützung fand er zunächst auch durch Otto Klepper, der der ↑ Deutschen Demokratischen Partei (DDP) angehört und 1931/32 das Finanzressort in der preußischen Regierung geleitet hatte. Die DFp distanzierte sich jedoch bereits im Mai 1937 von ihm, da er den von C. Spiecker geforderten Grundsatz der Anonymität verletzt und die Organisation als eine Angelegenheit lediglich von Emigranten bezeichnet hatte.⁴ C. Spiecker stand auch mit Willi Münzenberg in enger Verbindung, der sich in der Mitte der 30er Jahre von der KPD

¹ Siehe Deutsche Demokraten. Die nichtproletarischen demokratischen Kräfte in der deutschen Geschichte 1830 bis 1945. Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, Berlin 1980, S. 332 ff.

² So Walter Ulbricht, Paul Merker und Willi Münzenberg in ihrem Brief an Rudolf Breitscheid vom 21.5.1937. In: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Bd. II: 1933-1946, 2. Zusatzband, Berlin 1968, S. 83.

³ Am 10.10.1937 veröffentlichte die „Deutsche Volkszeitung“ einen Artikel „Alles für die deutsche Volksfront“ von Walter Ulbricht, in dem es hieß: „Es ist eine Illusion zu glauben, daß durch die Hetze gegen die KPD und durch Konzessionen an den Nationalsozialismus mehr Chancen bestehen, kapitalistische Kreise und Reichswehrkräfte für die Unterstützung einer solchen ‚Front‘ zu gewinnen. Damit würde nur die Zersplitterung der entscheidenden Kraft der Volksfrontbewegung, der Arbeiterklasse, erreicht und der gemeinsame Kampf mit den Verbündeten in Stadt und Dorf sowie die Aktivierung auch bürgerlicher Kreise gehindert.“

⁴ Wahrscheinlich unterschieden sich C. Spiecker und O. Klepper auch hinsichtlich der Intensität ihres Antikommunismus und Antisowjetismus. O. Klepper wollte eine „neue politische Bewegung“ schaffen, die offensichtlich nur als Führungskraft gegenüber Kommunisten und Sozialdemokraten gedacht war (Europäische Freiheit, in: Das Neue Tagebuch, Nr. 52 vom 26.12.1936, S. 1231 f.). Am 11.12.1935 hatte er an C. Spiecker geschrieben, man brauche die „große concordatio discordantium“ und meine alles, „was von den Kommunisten bis... zu dem alten Zentrum reicht, nicht als Koalition von politisch Schiffbrüchigen, sondern als Kampftruppe für ein geschlossenes Programm zusammenbringen.“ (ZStA Potsdam, NL Spiecker, Nr. 8, Bl. 57.) O. Klepper organisierte nach 1936 den Bund Freiheit und Vaterland.

entfernte und zum rechtsopportunistischen Renegaten wurde. W. Münzenberg und sein engster Mitarbeiter, Karl Emonts, stellten der DFp Teile des von der KPD aufgebauten Apparates zum Vertrieb von Flugblättern nach Deutschland zur Verfügung. Sie unterstützten die DFp in der von W. Münzenberg herausgegebenen Zeitschrift „Die Zukunft“ (1938-1940) in einem solchen Maße, daß die deutschen Faschisten in dieser sogar das Organ der DFp vermuteten.⁵

Trotz gegenteiliger Beteuerungen liefen die programmatischen Erklärungen der DFp auf die Forderung nach einer Wiederherstellung der bürgerlich-parlamentarischen Verhältnisse der Weimarer Republik hinaus: „Die Deutsche Freiheitspartei will die freiheitlichen Bürger des deutschen Volkes sammeln, sie auf rufen und anfeuern zum Kampf für die Wiedererlangung der deutschen Freiheit. Die Despotie der NSDAP ist der Todfeind der persönlichen Freiheit, der Freiheit des Geistes, des Gewissens, der religiösen Überzeugung. Die Gewalthaber von heute haben aus der Unfreiheit, aus Nötigung und Zwang ein System, ein Regime, einen Selbstzweck geschaffen ...

Wer die Ehre der Nation nicht stets im Munde führt, sie sicher geborgen wissen will im Schöße seines Volkes selbst; wer unsere Ehre rein wissen will von Schmach, die ein Regime der Knechtschaft uns Deutschen angetan hat; wer von der deutschen Ehre abwaschen will die Schande der Konzentrationslager, der Gestapo, der ungesühnten Morde, des Gesinnungsterrors, der Schnüffelei und des Sykophantentums – mit einem Wort, der Sklaverei – der gehört zu uns; Der gehört zur Deutschen Freiheitspartei.

Denn die Deutsche Freiheitspartei will die Wohlfahrt des deutschen Volkes in der Freiheit. Freiheit nach außen, aber auch im Innern ... Wahre Freiheit ist Feind jeder Zügellosigkeit. Sie muß darum in hohem Verantwortungsgefühl und straffer Selbstdisziplin verwurzelt sein. Die Deutsche Freiheitspartei predigt nicht die Rückkehr nach Weimar. Die Demokratie, der sie dienen will, muß und wird eine Demokratie der eisernen Selbstbehauptung, der Manneszucht, der nationalen Disziplin, der sozialen Gerechtigkeit und des gerechten Friedens sein. Die Deutsche Freiheitspartei bejaht unser Volksheer; sie bejaht das geeinte Deutsche Reich; sie bejaht aber vor allem das unveräußerliche Recht des deutschen Bürgers auf Freiheit!“⁶

Die DFp gab für Ende 1938 an, daß ihre Anhänger schar „gar nicht gering an Zahl!“ sei; sie wolle „in ruhiger Sicherheit feststellen“, daß die DFp „zu einer politischen Macht im Dritten Reich geworden ist“.⁷ Auch in der bürgerlichen Literatur wird mitunter davon gesprochen, das Echo sei „über Erwarten stark“ gewesen.⁸ Diese Angaben entsprechen nicht dem realen Umfang und Einfluß der DFp. Die recht locker aufgebaute Organisation besaß hauptsächlich ihre Anhänger unter einigen Emigranten in Frankreich und England, kaum aber in Deutschland selbst, wo im August 1938 Georg Walter (Mitglied des *Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps*), Hermann Luppe (ehemaliger Oberbürgermeister von Nürnberg und Angehöriger der DDP) und Oskar Wagner (ehemaliger Funktionär der SPD) als „Mittelspersonen“ der DFp verhaftet wurden. Die Gestapo konnte H. Luppe nichts nachweisen und mußte ihn auf freien Fuß setzen.

In „Das wahre Deutschland“ wurde nur in einem Fall der Name eines Mitglieds genannt, und zwar als Hermann Rauschning seine Absage an Hitler von 1934 wiederholte und mit einem öffentlichen Bekenntnis zur DFp verknüpfte.⁹ Über H. Rauschning stand die DFp auch mit Brüning und Gottfried Reinhold Treviranus in Verbindung. Zu Differenzen zwischen C. Spiecker und H. Rauschning kam es allerdings, als Gerüchte auftraten, letzterer wolle in der Emigration eine deutsche Gegenregierung schaffen und verfolge das Ziel, „Chef des Generalstabs im psychologischen Krieg“ und „Präsident der künftigen Vereinigten Staaten von Europa“ zu werden.¹⁰ Da sich die DFp niemals

⁵ Beatrix Bouvier: Die Deutsche Freiheitspartei (DFp). Ein Beitrag zur Geschichte der Opposition gegen den Nationalsozialismus, phil. Diss., Frankfurt (Main) 1969, S. 19.

⁶ Die Deutsche Freiheitspartei. In: Das wahre Deutschland. Auslandsblätter der Deutschen Freiheitspartei (im folgenden: Das wahre Deutschland), Januar 1938, S. 6 und 8.

⁷ Ins zweite Jahr. In: Das wahre Deutschland, Januar 1939, S. 2.

⁸ Babette Gross: Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1967, S. 309.

⁹ Siehe B. Bouvier, S. 30.

¹⁰ So H. A. Kluthe in Briefen vom 15.6.1919 und 26.2.1940 an C. Spiecker. Zit. in: B. Bouvier, S. 91.

konkret über ihre Vorstellungen zur Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland nach dem Sturz Hitlers geäußert hat, kann nicht gesagt werden, ob und in welchem Maße H. Rauschnig ihr Programm vertrat, als er den „konservativen Neubeginn“, die Schaffung von „Staatsgewerkschaften“, ein „festes Ordnungsgerippe“ und ein „autoritäres Direktorium“ forderte.¹¹

Ein weiterer führender Mitarbeiter der DFp und des Organs „Das wahre Deutschland“ war vor allem Hans Albert Kluthe, der früher Mitglied des Reichsparteiausschusses der $\uparrow$ DDP gewesen und seit 1936 im Exil war. Als August Weber, der frühere Vorsitzende der Reichstagsfraktion der *Deutschen Staatspartei* und Vorstandsmitglied des *Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI)*, 1939 nach England emigrierte, begann auch er hauptsächlich Artikel über wirtschaftspolitische Fragen zu veröffentlichen.¹² Beiträge stammten ferner von Richard Samuel, einem Germanisten, der an der London School of Economics tätig war, Johannes Uhlig, ehemaliger Wirtschaftsredakteur der „Frankfurter Zeitung“, Fritz Borinski, Hans Stierer, Pater Reichenberger und Johannes Reinholz, wobei letzterer engen Kontakt zu Hans Schlange-Schöningen unterhielt.

1939/40 verlagerte sich das Schwergewicht in der Tätigkeit der DFp von Frankreich nach England, wo diese vor allem von H. A. Kluthe und A. Weber organisiert, aber in wachsendem Maße den Schwankungen der britischen Politik gegenüber den deutschen Emigranten¹³ unterworfen wurde. C. Spiecker über siedelte erst im Sommer 1940 nach England und verfügte hier bald über einen „Freiheitssender“, der einen nicht unwesentlichen Bestandteil der englischen „grauen Propaganda“ gegen das faschistische Deutschland bildete.¹⁴ Er bemühte sich intensiv darum, „Das wahre Deutschland“ – für das ihm bis 1940 pro Ausgabe aus nicht genau zu ermittelnden Quellen 100 englische Pfund zur Verfügung gestanden hatten – auch weiterhin erscheinen zu lassen. Mit Hilfe dieses Blattes glaubte er seine Aufgabe, einen „antibolschewistischen und wenn möglich bürgerlichen Umsturz“ in Deutschland vorzubereiten, am besten verwirklichen zu können.¹⁵

Allerdings ging C. Spiecker bereits im Frühjahr 1941 nach Kanada, was zweifellos auch das Ende der DFp bedeutete. Bei der englischen Regierung, die seit Mai 1940 von Churchill geleitet wurde und die nicht mehr nach einem politischen Ausgleich mit dem deutschen Faschismus strebte, bestand nur noch wenig Interesse an dieser Emigrantengruppe, die allen Einfluß in Deutschland und unter den antifaschistischen Emigranten verloren hatte. „Das wahre Deutschland“ mußte daher Ende 1940 sein Erscheinen einstellen. Die zunehmenden Schwierigkeiten äußerten sich auch in einer Zuspitzung gewisser taktischer Differenzen, die es zwischen C. Spiecker und H. A. Kluthe von Anfang an gegeben hatte. Letzterer bezog immer deutlicher Stellung gegen den von C. Spiecker vertretenen Grundsatz der Anonymität im Auftreten der DFp. Er akzeptierte ihn zwar für die illegale Arbeit in Deutschland, nicht aber für die im Exil. Außerdem forderte er die Schaffung einer straffen Organisation mit festen Stützpunkten, was sich zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht mehr realisieren ließ. A. Weber löste sich schon Anfang 1940 von der DFp, weil diese nach seiner Auffassung weder in Deutschland noch im Ausland ihren reellen Hintergrund habe¹⁶; 1941 versuchte er gemeinsam mit dem Sozialdemokraten Karl Höltermann und anderen Emigranten eine sog. parlamentarische Auslandsvertretung der deutschen Opposition zu schaffen¹⁷, 1943/44 nahm er zeitweilig an der Tätigkeit der *Freien Deutschen Bewegung in Großbritannien* teil.

¹¹ Zit. in: Karl Retzlau: Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt (Main) 1971, S. 424.

¹² Siehe die Lebenserinnerungen von A. Weber (Manuskript). In: BA Koblenz, Kleine Erwerbungen, Nr. 384. Sein Buch „Hitler calls this living“ erschien im Mai 1939 unter dem Namen der DFp.

¹³ Siehe Bruno Retzlaff-Kresse: Illegalität – Kerker – Exil. Erinnerungen aus dem antifaschistischen Kampf, Berlin 1980, S. 267 ff.

¹⁴ Siehe Sefton Delmer: Die Deutschen und ich, Hamburg 1962, S. 443. Die erhalten gebliebenen Manuskripte der Sendungen C. Spieckers stammen aus der Zeit vom 9.6.1940 bis 15.3.1941.

¹⁵ So im Brief vom 25.9.1939 an H. A. Kluthe. Zit. in: B. Bouvier, S. 40.

¹⁶ Brief von A. Weber an H. A. Kluthe vom 12.3.1940. Zit. in: Bouvier, S. 127.

¹⁷ Siehe Werner Röder: Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1968, S. 31.

Daß C. Spiecker Kontakte zur Gruppe des 20. Juli 1944 um Carl Goerdeler besaß, ist zwar oft behauptet¹⁸, aber nirgends bewiesen worden. C. Spiecker lebte bis 1945 in Kanada, kehrte in die amerikanische Besatzungszone zurück und trat 1949 vom durch ihn selbst wieder gegründeten Z zur CDU über. Das Parteienwesen der BRD knüpfte in keiner Weise an die Vorstellungen der DFp an.

Quellen und Literatur

Material geringen Umfangs enthält der NL Carl Spiecker, der sich im ZStA Potsdam befindet. Beatrix Bouvier, von der bisher die einzige Darstellung zur Geschichte der DFp stammt – leider ist sie in einigen Details unsauber gearbeitet und antikommunistischen Tendenzen untergeordnet –, konnte das aufschlußreiche Privatarchiv von Hans Albert Kluthe (Eschwege/BRD) benutzen. In der marxistischen Literatur wird die DFp bisher nur erwähnt, jedoch nicht ausführlich behandelt.¹⁹ Zum Verhältnis von Antifaschismus und Antikommunismus hat sich Thomas Doerry geäußert.²⁰

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 1: Alldeutscher Verband – Deutsche Liga für Menschenrechte. Köln/Leipzig 1983, S. 649-652.

¹⁸ Siehe Ger van Roon: Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick, München 1979, S. 198.

¹⁹ Siehe Deutsche Demokraten, S. 340 f.

²⁰ Siehe Thomas Doerry: Antifaschismus in der Bundesrepublik. Vom antifaschistischen Konsens 1945 bis zur Gegenwart, Frankfurt (Main) 1980, S. 15 ff.

Geschichte, Gegenwart und Zukunft

Vielseitige Vorhaben im Karl-Marx-Jahr

Volkswacht: Vor wenigen Wochen fand der VII. Historiker-Kongreß der DDR statt. Er beschäftigt sich mit den gesellschaftlichen Umgestaltungen in der Geschichte, mit ihren Wegen und Formen, mit ihren Führungs- und Triebkräften. Welche Eindrücke und Probleme bewegen Sie bei der Auswertung dieses Kongresses?

Prof. Weißbecker: Durch alle Vortrags- und Diskussionsbeiträge zog sich wie ein roter Faden die Einheit von Theorie und Praxis, die enge Verknüpfung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Mit dem Blick auf das Karl-Marx-Jahr 1983 ging es uns Historikern sowohl um das Aufspüren von Ursachen und Wesen der großen geschichtlichen Veränderungen, um die überzeugende Darstellung der revolutionären Ereignisse und Prozesse, als auch um die exakte Bestimmung der eigenen Aufgaben bei der Mitwirkung an der revolutionären Praxis unserer Zeit. Karl Marx war Wissenschaftler und Revolutionär zugleich – dieses Wissen sei auch für die weitere Arbeit der Historiker richtungsweisend, hob Kurt Hager in seinem Schlußwort zum Kongreß hervor.

Im Mittelpunkt unserer Arbeit zur Auswertung des Kongresses steht zweifellos der große Umgestaltungsprozeß, der die Welt seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vorwärtsbewegt und der Menschheit ein sicheres Leben in Frieden und sozialer Geborgenheit bringt. Unser Volk vollzieht und gestaltet diesen Prozeß aktiv mit, in enger Verbundenheit mit der Sowjetunion und den anderen Völkern der sozialistischen Gemeinschaft. Wir Historiker können – mit unseren spezifischen Mitteln – die revolutionären Wandlungen bewußt machen und daraus die revolutionären Erfordernisse unserer Tage ableiten, wir können die Quellen des Stolzes auf geschichtliche Leistungen für die Erfüllung der anspruchsvollen Aufgaben von heute und morgen erschließen.

Volkswacht: Kurt Hager bezeichnete die Geschichte unseres sozialistischen Vaterlandes als die Biographie heute lebender und wirkender Generationen, als ein Denkmal für all jene, die mit ihrer Hände Arbeit und ihren Ideen, unter großen Entbehrungen und Mühen aus einer Trümmerlandschaft einen blühenden sozialistischen Staat errichteten. Wie wird sich die in der weiteren Arbeit der Historiker-Gesellschaft widerspiegeln?

Prof. Dr. Weißbecker: Es erscheint mir unabdingbar, in allen unseren Publikationen und Vorträgen anschaulich zu zeigen, wohin unser Weg geführt hat und daß sich die großen Anstrengungen gelohnt haben. Unser Geschichtsbild, dessen Verbreitung auch durch das Bezirkskomitee Gera der Historiker-Gesellschaft aktiv erfolgen wird, zeichnet ein umfassendes, konkretes und anschauliches Bild des erfolgreichen und zugleich konfliktreichen Entwicklungsprozesses unseres Staates. Wir Historiker stellen uns dem großen Bedürfnis zahlreicher Bürger, unter ihnen erfreulicherweise auch viele junge Menschen, bis ins einzelne zu erfahren, wie sich unser Leben verändert hat und wer dabei Hervorragendes vollbrachte.

Zugleich ist es auch erforderlich, immer wieder zu verdeutlichen, wohin die reaktionären Kräfte und Bestrebungen in der Geschichte geführt haben, wohin sie – wären sie noch allein auf der Welt und stünde ihnen nicht die Macht des Sozialismus entgegen – die Menschheit erneut führen würden. Es wäre, angesichts der Bereitschaft der aggressivsten Kreise der USA und der NATO zum atomaren Erstschatz und zum weltweiten Nuklear-Inferno, ein Weg in den Untergang.

Volkswacht: Der Historiker im Kampf um die Sicherung eines dauerhaften Friedens, so könnte daher sein wichtigster gesellschaftlicher Auftrag lauten?

Prof. Dr. Weißbecker: Ja, so ist es. Es gab in der Geschichte so manche komplizierte Situation, auch in unserer eigenen Vergangenheit. Blicken wir heute, vom Erreichten her zurück, drängt sich die Schlußfolgerung geradezu auf, daß die Marxschen Ideen unbesiegbar sind, und sich stets gegen alle Anfeindungen durchgesetzt haben, daß der Sozialismus als entschiedenste Kraft für den gesellschaftlichen Fortschritt und damit auch am konsequentesten für die Sicherung des Friedens wirkt. Unsere Geschichtsschreibung wird daher alles tun, um die Wurzeln der Kriege in der Vergangenheit

und Ursachen der gegenwärtigen Kriegsgefahren zu erhellen, sie wird auch alle Nebelschleier zerreißten helfen, die von bürgerlichen Ideologen verbreitet wurden, um die klare antiimperialistische Erkenntnis über das „Geheimnis, in dem Kriege gemacht werden“, verhindern zu können. Gleichzeitig werden wir noch stärker die geschichtlichen Lehren des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg und die Traditionen aller bisherigen Friedensbewegungen erschließen und vermitteln.

Volkswacht: Welche unmittelbaren Aufgaben stellt sich das Bezirkskomitee?

Prof. Dr. Weißbecker: Wenn der VII. Historiker-Kongreß in gewisser Hinsicht als Auftakt für das Karl-Marx-Jahr bezeichnet worden ist, dann versteht sich, daß wir unsere Tätigkeit in hohem Maß auch auf solche Veranstaltungen konzentrieren werden, die der Popularisierung unserer von Marx begründeten dialektisch-historischen Geschichtsauffassung dienen. Da im historischen Selbstverständnis der sozialistischen deutschen Nation die besten Traditionen der gesamten deutschen Geschichte einen wichtigen Platz einnehmen, wollen wir ferner die großen geistig-kulturellen Leistungen derer darstellen, die in früheren Jahrhunderten für den gesellschaftlichen Fortschritt gekämpft und gelitten haben. Ich nenne dazu als Stichwort das Luther-Jubiläum.

Schließlich wird es unser Anliegen sein, die historischen Traditionen regionalen Charakters aufzuarbeiten, dafür die zahlreichen Interessierten zu gewinnen und ihnen auch durch das enge Zusammenwirken mit der Gesellschaft für Heimatgeschichte, mit dem Kulturbund, der URANIA und anderen Institutionen neue Möglichkeiten zu bieten. Wir wollen in dieser Arbeit unser Komitee zu einem arbeitsfähigen und effektiv wirkenden Bestandteil der gesamten geschichtsideologischen Arbeit im Bezirk Gera entwickeln. Vielleicht darf ich auch an dieser Stelle sagen, daß wir uns über Anregungen und Wünsche der „Volkswacht“-Leser sehr freuen würden.

Volkswacht, 06.01.1983.

Rezension

Albert Schreiner, *Vom totalen Krieg zur totalen Niederlage Hitlers*. Hrsg. v. Lothar Berthold u. Dieter Lange. Berlin: Akademie-Verlag 1980. 2805. 8° („Antifaschistische Literatur in der Bewährung“. Reprints im Akademie-Verlag Berlin. Bd. 4.) M 12,50.

In unseren Tagen das materialreiche und aussagekräftige Buch des engagierten Kommunisten, Historikers und Militärtheoretikers Albert Schreiner (1892-1979) aus dem Jahre 1939 erneut lesen zu können bringt ganz sicher nicht nur Historikern und geschichtlich Interessierten reizvollen Gewinn. Für alle, die sich in der Gegenwart mit dem brennenden Problem von Krieg und Frieden beschäftigen, die, wie damals Sch., auch heute „nicht nur Treibholz im Strudel der Ereignisse“ (S. 7) sein und aktiv um den Frieden kämpfen wollen, bietet es – unabhängig von der Überholtheit mancher Aussagen – gewichtige Erkenntnisse und Anregungen. Das Werk wurde in einer Situation geschrieben, in der sich die Kriegsgefahr außerordentlich verschärfte und der zweite Weltkrieg unmittelbar vor der Tür stand. Es drohte ein Krieg, den der Verf. vorausschauend „den furchterlichsten und verheerendsten aller Kriege der Menschheitsgeschichte“ nannte (S. 250) und dem er eine längere. von den faschistischen Blitzkriegstrategen nicht für möglich gehaltene Dauer vorhersagte. In seinen Erinnerungen von 1956, die erfreulicherweise in die vorliegende Reprintausgabe aufgenommen worden sind, hat Sch. das in Paris erschienene Buch eine „wissenschaftlich-politische Streitschrift“ genannt, die als „Anleitung für den Kampf um den Frieden“ dienen sollte und gleichzeitig den Zweck verfolgt habe, „den von der faschistischen Propagandamaschine erzeugten Machtrausch in Volk und Armee vom unaufhaltsamen Siegeszug des ‚Tausendjährigen Reiches‘ zu zerstören“ (S. 270).

Aus der bemerkenswert tiefgründigen und kritischen Analyse der ihm zur Verfügung stehenden Publikationen von Ideologen des deutschen Imperialismus und Militarismus leitete der Verf. seine Voraussage ab, das faschistische Deutschland werde zwangsläufig den kommenden Krieg als einen totalen Krieg führen. weil es nach der totalen Weltbeherrschung strebe. Er ergänzte diese Voraussage mit der einer totalen Niederlage des Deutschen Reiches, die sich bereits sechs Jahre später bestätigen sollte. Das Ergebnis des Schreinerschen „Streifzuges durch deutsche Militärliteratur“ (S. 7) ist beeindruckend und beinhaltet auch eine weiterführende Verallgemeinerung seiner vorangegangenen Bücher „Hitler treibt zum Krieg“ (1934), „Hitlers Luftflotte startbereit“ (1935) und „Hitlers motorisierte Stoßarmee“ (1936).

Die Welt sei gewöhnt, so schrieb der Verf. zu Beginn des Buches. sich den Nationalsozialismus in der schimmernden Wehr des modernisierten Kriegsgottes Mars vorzustellen, dessen drohende Gebärde allein schon genüge. ihm Länder und Völker auszuliefern. Dagegen setzte Sch. die sowohl politisch als auch methodologisch interessante Forderung. man müsse sich ebenso „den nationalsozialistischen Mars in Nachthemd und Schlappschuhen besehen“ (S. 22). Dies bezog sich vor allem auf die ausführlich dargestellte Einheit der faschistischen Kriegspolitik einerseits und der Angst der herrschenden Klasse vor einer erneuten militärischen und gesellschaftspolitischen Niederlage andererseits. Anhand zahlreicher Werke aus der Feder bekannter militärischer Ideologen, darunter Pintschovius, von Metzsch, Hesse, Blau u. a., wird deren intensiver Suche nach der Möglichkeit eines Schutzes vor einer dem Ende des ersten Weltkrieges vergleichbaren Niederlage breiter Raum gewidmet. Sch. analysierte dabei die Flucht in die Mystik, wie sie bei Erich Ludendorff festzustellen war, ebenso wie die irrealen Vorschläge zur Abkehr vom modernen Massenheer; insbesondere zerreißt er aber die vielgestaltige Tarnung der faschistischen Expansionsbestrebungen als „Kampf gegen den Bolschewismus“. Mit der gleichen Gründlichkeit spürte der Verf. den wichtigsten Tendenzen nach, die in der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Politik und Kriegsführung seit dem 18. Jh. festzustellen sind. Er bewies aus der geschichtlichen Analyse heraus die vom Imperialismus bewirkte Umkehrung der Clausewitzschen Bestimmung des Krieges als Mittel zum politischen Zweck in die Ludendorffsche These vom Frieden als Mittel für den Krieg. Darin widerspiegelt sich, wie der geplante totale Krieg zur „Kriegsform des in der Agonie befindlichen Kapitalismus“ (S. 60) werden und gleichzeitig den totalen Staat zur logischen Konsequenz haben mußte. In prägnantem Stil schilderte der Verf. das „Gesicht des totalen Krieges“, seine Erscheinungsformen in der Wehr-

wirtschaft, in der Militärstrategie (die nicht nur die Niederwerfung der feindlichen Streitkräfte, sondern die ganzer Völker zum Ziel hat) und in der geistigen Kriegsführung. Hinsichtlich der letzteren stellte Sch. fest, daß die Faschisten mit Hilfe von Demagogie und Propaganda durchaus zeitweilige Erfolge erzielen könnten, daß aber die Demagogie „keine Dauerware“ sei und „sich am Ende stets gegen den (wendet), der sich ihrer bedient“ (S. 102).

Den breitesten Raum nimmt die Beschreibung der vielfältigen Maßnahmen ein, die das faschistische Regime in Deutschland traf, um die werktätigen Massen in breitem Umfang in die Kriegsvorbereitungen einbeziehen, die „seelische Widerstandskraft“ der Menschen dem totalen Kriege dienlich machen und damit wichtige Reserven für Wehrmacht und Kriegsproduktion erschließen zu können. Sch. stellte ausführlich die Wehrerziehung der Jugendlichen in der Hitlerjugend und in der Schule dar. Er behandelte den Arbeitsdienst, das nationalsozialistische Flieger-Korps bzw. Kraftfahrer-Korps sowie die faschistische Wehrmacht. Er charakterisierte ferner die kriegsvorbereitende Tätigkeit der zahlreichen militärischen Sonderverbände (SA, SS, Reichsluftschutzbund usw.) als Teil der gesamten Wehrmachtsorganisation des faschistischen Deutschland. Seine Aufmerksamkeit galt nicht zuletzt der von den Faschisten angestrebten Militarisierung der Arbeitskraft, die er als eine Angleichung der Stellung des Arbeiters an die des Soldaten wertete, und der Stellung der Frau im System des totalen Krieges.

Hermann Duncker schrieb am 22. Juli 1939 an seine Frau Käthe: „Schreiner hat ein wirklich famoses Buch geschrieben, das sich eingehend mit der Wehrpsychologie des 3. Reiches auseinandersetzt ... Ich bin *sehr* begeistert von dem Buch. Man sollte es in Millionen Exemplaren in die Köpfe schießen können. Wirklich eine Fülle unerhörten Stoffes!“ Diesem Urteil ist auch heute noch voll und ganz zuzustimmen. Aus ihm ergibt sich die ungeschmälerte Anerkennung für die Hrsg., L. Berthold und D. Lange, und den Verlag, dieses Buch wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu haben. Forschende und Lehrende, Studierende und viele andere können dadurch die Erkenntnisse eines wesentlichen Beitrages zur konkreten Faschismusanalyse der deutschen Kommunisten selbst nachvollziehen und für die politisch-ideologischen Auseinandersetzungen der Gegenwart produktiv nutzen. Das kurze Nachwort der Hrsg. gibt auch dafür anregende Hinweise und nützliche Informationen.

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Herausgegeben im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 104, Heft 1 – Januar 1983, Spalte 48-50.

Vorwort

Das allgemeine Arbeitsgebiet des Historikers umfaßt die gesamte Menschheitsgeschichte, einen Zeitraum also, in dem bisher rund zehntausend Generationen des homo sapiens existierten. Seit der Herausbildung der antagonistischen Klassengesellschaft erlebten etwa 200 Generationen die untrennbar mit ihr verbundene Erscheinung des Krieges. Das Ringen um den Frieden ist so alt wie der Krieg selbst, doch erst zwei bis drei Generationen begannen nach dem Epochenjahr 1917 mit der Schaffung einer neuen, dem Frieden verpflichteten und ihn ermöglichenden Gesellschaftsordnung. Die Oktoberrevolution der russischen Arbeiter und Bauern leitete das zweite Kapitel der Weltgeschichte ein und gab der jahrhundertealten Friedenssehnsucht der Völker erstmalig eine reale Perspektive.

Wir leben heute in einer Zeit, in der – für alle äußerst besorgniserregend – imperialistische Kräfte die gesellschaftlichen Existenzgrundlagen des Krieges aufrechterhalten wollen und gleichsam einen nuklearen Bedrohungskreuzzug gegen die Zukunft der gesamten Menschheit führen. Die Bewahrung der Welt vor einem thermonuklearen, alles vernichtenden dritten Weltkrieg steht daher im Mittelpunkt der weltweiten Auseinandersetzung, aber auch im Zentrum jeglicher individueller Verantwortung. Im Kampf gegen die vom Rüstungskapital heraufbeschworenen akuten Gefahren für die weitere Entwicklung der Menschheit dominiert das Ringen um ihr erstes und höchstes Menschenrecht – die Erhaltung des Lebens.

Den sozialistischen Ländern ist das Bemühen um eine vernünftige, lebenssichernde friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung als allgemeines Gesetz immanent. In ihnen ist das Streben nach breitester Abrüstung sowie nach wirkungsvoller Entspannungspolitik zur Staatsdoktrin geworden. Der dem Frieden verpflichtete marxistisch-leninistische Historiker weiß sich – dank seiner spezifischen Kenntnisse und Schlußfolgerungen – in völliger Übereinstimmung mit allen, die aus ihrer humanistischen Gesinnung heraus aktiv am Ringen der sozialistischen Staatengemeinschaft teilnehmen. Er versteht sich als ein Teil der weltweiten Friedensbewegung, deren notwendiger Sieg von morgen auch mit dem Blick zurück in die menschliche Vergangenheit zu sichern ist. Einige der an der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität lehrenden Historiker hielten, geleitet von der Sorge um das Hauptproblem unserer Zeit und um die Existenz künftiger Generationen, im Frühjahrsemester 1982 Vorlesungen zum Thema: „Geschichte – Frieden – Wissenschaft“; deren Ergebnisse hier im wesentlichen ihren Niederschlag finden. Sie beschäftigen sich insbesondere mit dem Entwicklungsprozeß jener Kräfte, die einen sicheren, dauerhaften Frieden zu erreichen und zu bewahren in der Lage sind. Neben der Behandlung von generellen Problemen der Geschichte des Krieges und des Friedens wurden Fragen aufgeworfen, die sich aus einzelnen Vergleichen zwischen unterschiedlichen Entwicklungsetappen der Friedensbewegung ergeben sowie die bedeutungsvolle Verantwortung des Wissenschaftlers betreffen. Die historische Dimension der Krieg-Frieden-Frage vermag deutlich zu machen, in welcher entscheidenden Phase der bisherigen Menschheitsgeschichte wir uns gegenwärtig befinden; sie vermittelt aber auch die Gewißheit, daß der imperialistischen Aggressivität mit immer stärkerer Wirkung und schließlich auch mit Erfolg die vom Sozialismus ausgehende Gesetzmäßigkeit des Friedens entgegengestellt werden kann.

Geschichte – Frieden – Wissenschaft. Beiträge zur Krieg-Frieden-Problematik in historischer Sicht. Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität 1983, S. 5-6.

Kriege in der Geschichte – Geschichte für den Frieden

Ein einfacher, vielleicht etwas oberflächlicher Blick auf die mehrtausendjährige Vergangenheit unserer menschlichen Gesellschaft vermag beim Historiker wie beim historisch Interessierten den Eindruck hervorrufen, als sei die gesamte Geschichte hauptsächlich eine Geschichte von Kriegen gewesen, als sei sie über weite Strecken lediglich von Kriegen, Kriegsvorbereitungen und Kriegsfolgen aller Art geprägt. Nimmt man die bloßen Fakten, ist der Eindruck sicher nicht zu erschüttern. Bekannte und auch klangvolle Namen hat die Geschichte zu bieten:

- die drei Kriege des großen Karthago vor unserer Zeitrechnung,
- die zwei Weltkriege unseres Jahrhunderts,
- der Bauernkrieg,
- der bayerische und der spanische Erbfolgekrieg,
- die Napoleonischen Kriege,
- der amerikanische Unabhängigkeitskrieg,
- die vielen Kriege, deren Namen sich aus den beteiligten Ländern ableiten: deutsch-französischer Krieg, russisch-japanischer Krieg oder spanisch-amerikanischer Krieg, oder die mit Zahlen versehenen Kriege wie der Siebenjährige Krieg, der Dreißigjährige Krieg und der Hundertjährige Krieg zwischen England und Frankreich (wobei auffällt, daß kaum ein Frieden, kaum ein pactum pacis einen Namen trägt, der auf seine Dauer schließen ließe!)

In den Jahrhunderten und Jahrtausenden der Existenz antagonistischer Klassengesellschaften gehörte der Krieg tatsächlich zum Alltag der Völker ebenso wie Elend und Not, Ausbeutung und Unterdrückung. Es verwundert daher nur wenig, wenn im Bewußtsein der Massen der Krieg häufig als das „Ewige“, das „Natürliche“ angesehen wurde und auch heute noch vielfach so empfunden wird – , der Friede dagegen als „Zufälliges“, als „Unnormales“, als etwas, woran zu glauben und wofür zu kämpfen nicht lohnt. Es verwundert daher noch weniger, daß sich auch bei denen, die eigentlich zum Kampf um den Frieden entschlossen sind, Unsicherheiten auftun in der Antwort auf die Frage, **wie** denn dieser Kampf zu führen ist, welche Konsequenzen sich aus dem dialektischen Zusammenwirken von friedenssichernden und friedensfördernden Faktoren ergeben oder auf die Frage nach der individuellen Verantwortung jedes einzelnen für die Zukunft der menschlichen Gesellschaft.

Nach Berechnungen eines Schweizer Wissenschaftlers, des vielzitierten J. Babel, soll es seit dem Jahre 3600 vor unserer Zeitrechnung, also in einer Zeit von über 5500 Jahren, lediglich 292 Friedensjahre gegeben haben.¹ Wir wissen aber darüber hinaus, daß diese wenigen Jahre keine Pause schlechthin in der Fortsetzung der Politik mit kriegerischen Mitteln bedeuteten, sondern zumeist auch noch die Fortsetzung der Kriege mit anderen Mitteln beinhalteten. In 95 Prozent unserer überschaubaren Vergangenheit erlebten nach diesen Angaben die Menschen also nicht das, was immer erträumt und erhofft, herbeigesehnt oder auch zum Gegenstand stiller Gebete gemacht worden ist: den Frieden als die „natürliche Lebensform der Völker“², als die dem Menschen gemäße gesellschaftliche Existenzbedingung³ oder um es mit Worten Friedrich Schillers aus seiner Jenaer Antrittsrede zu sagen den „Friedensgrundsatz ..., welcher allein den Staaten wie den Bürgern vergönnt, ihre Aufmerksamkeit auf sich selbst zu richten und ihre Kräfte zu einem verständigen Zwecke zu versammeln“.⁴ Dafür gab es in den fünfeinhalb Jahrtausenden über 14.500 größere und kleinere Kriege. Mehr als die Hälfte davon fand in Europa statt. Andere Wissenschaftler haben berechnet,

¹ Siehe L. Greaves: Peace in Our Time Fact or Fable? In: Military Review, Dezember 1962, S. 55. Zit. nach: Grundlagen des historischen Materialismus. Hrsg. vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1977, S. 564.

² Der XXV. Parteitag der KPdSU formulierte die Aufgabe, den Krieg völlig aus dem Leben der Völker auszuschalten und den Frieden „zur natürlichen Lebensform“ zu machen.

³ Siehe Heinz Bank: Es gibt eine Kraft! Die revolutionäre Arbeiterbewegung im Kampf um Frieden und Abrüstung, Berlin 1981, S. 17.

⁴ Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte. Eine akademische Antrittsrede. In: Friedrich Schiller, Gesammelte Werke, Bd. 6, Berlin 1954, S. 524.

daß in den 12.600 Jahren 1656mal versucht worden sei, durch Aufrüstung „Frieden zu bewahren“, also nach einem Motto zu handeln, das die NATO gegenwärtig auf die Spitze treibt: „Si vis pacem („Willst Du den Frieden, rüste zum Krieg!“). Das führte 1640mal zum Krieg und in den restlichen 16 Fällen zum wirtschaftlichen Ruin Beteiligten.⁵ Allein die USA führten in den zwei Jahrhunderte ihrer Existenz fast 200 Kriege, und alle außerhalb ihren Territoriums! Gemessen an den Kriterien einer Aggression, wie sie am 14. Dezember 1974 von der UNO-Vollversammlung beschlossen worden sind, gab es von 1945 bis 1977 insgesamt 115 bewaffnete imperialistische Aggressionen. In 31 Fällen traten die USA als Hauptaggressor auf, lediglich in 13 Fällen waren sie nicht beteiligt.⁶ In 30 Fällen, so hat Gus Hull jetzt enthüllt, plante Washington den Einsatz der Atombombe! Daran knüpfte er die wichtige Aussage: „Und wäre den Vereinigten Staaten nicht das Kernwaffenmonopol entrissen worden, dann hätte es offensichtlich weitere Hiroshimas und Nagasakis gegeben.“⁷

Für die durch alle Kriege entstandenen Zerstörungen und ihre Kosten könnte, so hat ebenfalls der Schweizer J. Babel berechnet, um den Äquator der Erde, also in einer Länge von 40.000 km ein Reifen aus purem Gold gelegt werden, der 156 m breit und 10 m hoch wäre. Größer und schwerwiegender noch sind allerdings die Opfer an Menschen, wobei alle Kriege Opfer fordern, ungerechte wie gerechte, reaktionäre wie revolutionäre, Unterdrückungs- und Eroberungskriege ebenso wie Befreiungskriege. Kriege unter den Völkern sind stets als eine barbarische und bestialische Sache zu verurteilen, erklärte Lenin.⁸ Die Tatsache der Opfer schafft allerdings die Unterschiede im Charakter der Kriege nicht aus der Welt. Eher sind auch die Opfer zu unterscheiden, ob sinnlos oder sinnvoll im Sinne des Ringens um die Durchsetzung des historischen Fortschritts.

Mit der Entwicklung der antagonistischen Klassengesellschaften, insbesondere seit dem Übergang zum Imperialismus und mit dem gewaltigen Fortschritt unseres Jahrhunderts stieg unablässig die Zahl der Opfer. So gab es im 17. Jahrhundert 3,3 Millionen Tote, im 18. Jahrhundert 5,2 Millionen, im 19. Jahrhundert 5,5 Millionen, im bisherigen 20. Jahrhundert aber 80 Millionen Tote in Kriegen und durch die Kriege.⁹ Von den 10 Mill. Toten des ersten Weltkrieges waren 5% Zivilisten, im zweiten Weltkrieg 48%. In den imperialistischen Kriegen gegen die Völker Koreas und Indochinas starben 84 bzw. 90% Frauen, Kinder und kampfunfähige Männer.

Zahlen – was sagen sie aus? Sie ergeben ganz sicher mehr als eine trockene Statistik. Hinter ihnen steckt ein Meer an Blut und menschlichen Leiden, das zu erfassen oft unser gedankliches Fassungsvermögen und unsere Vorstellungskraft übersteigt. Der französische Schriftsteller Albert Camus erklärte einmal, ein toter Mensch wiege nur dann etwas, wenn man ihn tot gesehen habe, und daher seien „hundert Millionen über die Geschichte verstreute Leichen nichts als Rauch in der Erinnerung“. ¹⁰ Ein Rauch, der vergeht? Nein, er soll schmerzen, wehtun und aufrütteln. Daher ist es richtig, die großen Zahlen zu verdeutlichen, ohne bloße Zahlenspielererei betreiben zu wollen: Im 17. Jahrhundert starb am Kriege die heutige Bevölkerung der Stadt Jena 30mal, im 18. Jahrhundert 52mal, im 19. Jahrhundert 55mal und, im bisherigen 20. Jahrhundert aber 800mal. Letzteres wäre auch die heutige Bevölkerung der ČSSR, der DDR, der VR Polen, der VR Ungarn, Finnlands, Schwedens und Norwegens! Nach einer anderen verdeutlichenden Umrechnung ergäbe sich: an

⁵ Siehe Fritz Welsch: Friedenssehnsucht und Friedenskampf. Zur Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Friedensforderung Berlin 1980, S. 121.

⁶ Siehe Horst Rennhack: Zeittafel bewaffneter imperialistischer Aggressionen. In: Militärwesen. Zeitschrift für Militärpolitik und Militärtheorie, 1977, H. 12.

⁷ Gus Hull: Der USA-Imperialismus und die Realitäten der Epoche. Die Hauptsache – die reaktionären Kräfte zum Rückzug zwingen. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1982, H. 1, S. 18.

⁸ W. I. Lenin: Sozialismus und Krieg. In: Werke, Bd. 21, S. 299; ders.: Die Frage des Friedens. In: Werke, Bd. 21, S. 292, wo es heißt: „Beendigung der Kriege, Friede unter den Völkern, Aufhören von Raub und Gewalt – das ist fürwahr unser Ideal.“

⁹ Siehe Boris Zesarewitsch Uralis: Bilanz der Kriege. Die Menschenverluste Europas vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Berlin 1965, passim. Für die Menschenverluste in der Zeit des zweiten Weltkrieges gibt Uralis zu niedrige Zahlen an.

¹⁰ Albert Camus: Die Pest. Leipzig 1976, S. 34.

jedem Tag eines jeden Jahres starben am Krieg während des 17. Jahrhunderts Menschen. Die vergleichbare Zahl für jeden Tag unseres bisherigen Jahrhunderts ist 2739! Das entspricht einer Steigerung auf das 30,4fache, während die Bevölkerungszahl nur um das 4,2fache zunahm.¹¹

Mit solchen Zahlen über die Bevölkerungsverluste sind die Auswirkungen der Kriege auf die Bevölkerung allein noch nicht erfaßt. Zu denken ist weiter an die Veränderungen in der demographischen Struktur, an die Auswirkungen auf die physische Entwicklung der Menschen unter den Bedingungen einer weit verbreiteten Invalidität, zu denken ist aber auch an die zahlreichen kriegsbedingten Krankheiten und Epidemien, die häufig die Lebensweise der Bevölkerung wesentlich beeinflußten.

Unsere Vorstellungskraft ist aber erst recht gefordert, wenn es um gegenwärtige und künftige Gefahren geht, wobei ja Erich Honecker auf dem 3. Plenum des ZK der SED einschätzte, daß der Weltfrieden seit 1945 noch nie so stark bedroht war wie er es gegenwärtig ist.¹² Die Bombe von Hiroshima tötete sofort 80.000 Einwohner, weitere 200.000 starben bis 1959 an den Folgen. Heute existieren, auf die Sprengkraft der Hiroshima-Bombe umgerechnet, 1,5 Millionen solcher Massenvernichtungsmittel. 14 Tage, 8 Stunden und 40 Minuten lang könnte – rein statistisch gesehen – in jeder Sekunde eine dieser Bomben explodieren. Mit dem Einsatz aller Trident-II-Atomraketen eines einzigen U-Bootes der Ohio-Klasse soll es möglich sein, 200 Städte zu zerstören, die mehr als eine Millionen Bewohner haben. Eine einzige der 100 MX-Raketen, deren Bau in den USA im Oktober 1981 beschlossen und begonnen worden ist, soll mit ihren zehn einzeln ins Ziel lenkbaren Nuklearköpfen eine Sprengkraft mit sich führen, die der aller während des zweiten Weltkrieges auf Deutschland und auf 4 Japan abgeworfenen Bomben entspricht, nämlich zwei Millionen Tonnen Trinitrotoluol (= zwei Megatonnen TNT).¹³ Im zweiten Weltkrieg wurden insgesamt ca. 5 Megatonnen TNT Explosivstoffe verschiedener Art gezündet. Heute gibt es in den Kernwaffenarsenalen Sprengladungen, deren Detonationsstärke um ein Vielfaches die aller Explosionen übersteigt, die im Verlauf der Kriege in der gesamten Menschheitsgeschichte ausgelöst wurden. Man rechnet mit einer Gesamtmenge von ca. 10 Megatonnen TNT, die bisher in der Geschichte aller Kriege eingesetzt worden sind. Demgegenüber sind in der Welt von heute bereits Kernwaffen mit einer Gesamtsprengkraft von 50.000 Megatonnen TNT vorhanden. Diese ungeheuerliche Zahl bedeutet: Für jeden einzelnen Menschen, der heute auf der Erde lebt – es sind ca. 4 Milliarden –, gibt es fast 15 Tonnen Dynamit.¹⁴ Die Erde ist ein wahres Pulverfaß geworden, doch mit Recht wird gesagt: „Wir haben nur diesen Planeten!“¹⁵

Thomas Mann nannte den ersten Weltkrieg ein „Weltfest des Todes“. Gibt es für den von Reagan und anderen als planbar, machbar und gewinnbar betrachteten Krieg einen adäquaten Begriff? Streben die aggressiven Kreise der USA und der NATO nach einem „Weltreich der Toten“? Auf jeden Fall steckt die von Hannes Wader gesungene Warnung „Es ist an der Zeit“ voller bitterer Wahrheit:

¹¹ Der Vergleich mit dem 17. Jh. ist insofern interessant, als in diesem mit dem Dreißigjährigen Krieg der erste gesamteuropäische Krieg lag. Interessant ist er aber auch deshalb, weil die Zahlenangaben natürlich in sich problematisch sind. Ober- und Untertreibungen zeitgenössischer Chronisten liefern ein ungefähres, aber kein genaues Bild. Wir brauchen aber zumindest ein ungefähres Bild, um richtig vergleichen zu können. Daher ist es problematisch, wenn Jürgen Kuczynski – leider ohne Zahlen und ohne Belege – schreibt: „Der Dreißigjährige Krieg hat Deutschland ... wirtschaftlich stärker und für länger geschädigt als die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts zusammengenommen und das gleiche gilt für die Schäden an der Bevölkerungszahl. Es dauerte etwa 10 Jahre, bis die wirtschaftlichen Folgen des ersten Weltkrieges überwunden waren, weniger noch für die Folgen des zweiten Weltkrieges. Die wirtschaftlichen Folgen des Dreißigjährigen Krieges waren noch 150 Jahre später spürbar. Der Prozentsatz der Toten an der Gesamtbevölkerung war im Dreißigjährigen Krieg mindestens fünfzehnmal so groß wie im zweiten Weltkrieg.“ Jürgen Kuczynski: Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Mit einem Abschnitt über Arbeit und Arbeitswerkzeuge von Wolfgang Jacobeit, Bd. 1 (1600-1650), Berlin 1980, S. 84.

¹² Neues Deutschland, 20.11.1981.

¹³ Siehe Klaus Franke: Die allgemeine Krise des Kapitalismus und Aggressivität des Imperialismus. In: Deutsche Außenpolitik, 1982, H. 1, S. 64 f.

¹⁴ Karl-Heinz Wolff: Kant – Kanzler – Kanonen. In: Marxistische Blätter, 1981, H. 5, S. 6.

¹⁵ Siehe: Wir haben nur diesen Planeten. Was tun im Kampf um den Frieden? Dresden 1980.

„... dann kann es geschehen, daß niemand mehr lebt, niemand, der die Milliarden von Toten begräbt.“

Genug der einzelnen Zahlen, obwohl es noch viele zu nennen gäbe, mit deren Hilfe zu verdeutlichen wäre, daß wir an einem möglicherweise ausschlaggebenden Scheideweg der Geschichte stehen. Das Wissen um die Zahlen und um die Greuel der Kriege des Imperialismus ist notwendig, es führt aber nicht allein und nicht automatisch zum existentiell unabdingbaren Widerstand gegen die Kriegsgefahr und ihre Verursacher. Das Wissen um die Größe der Gefahr muß helfen, die Angst vor dem vielfachen Damoklesschwert eines „Overkills“ in aktiven, ja auch in bewaffneten Kampf um den Frieden zu wandeln. Dazu wäre beispielsweise hilfreich, mit Hilfe der Geschichtswissenschaft die Zahlen zu einem Gesamtbild zu ordnen, das Entwicklungslinien verdeutlicht. Wollte man in diesem Sinne Schemata, Skizzen und Diagramme gestalten – die Angaben für die Zeit des Imperialismus würden jeglichen Rahmen sprengen! Alle Angaben, die das 20. Jahrhundert betreffen, sind nur als eine steil ansteigende Kurve zu erfassen, die alles andere und Vorhergegangene weit übertrifft. Jede der tatsächlich auch in unserem Jahrhundert vorhandenen Schwankungen – nichts vollzieht sich in der Geschichte linear – steht turmhoch über dem, was vom Historiker für die Zeit **vor** der Existenz des Imperialismus zu konstatieren ist. Angesichts einer solchen Kurve taucht sofort die Frage auf, was es eigentlich heißt, wenn ein Außenminister der Vereinigten Staaten programmatisch formuliert, es gäbe Wichtigeres als im Frieden zu sein?¹⁶ Soll es das Wichtigere sein, mit Zerstörung und Selbstzerstörung zugleich die Endlichkeit der Geschichte beweisen zu wollen? Sollte tatsächlich – wider alle Vernunft – die einkalkulierte Selbstzerstörung ein rational zu erfassendes Kriegsziel sein? Vergleichbar etwa dem Ausspruch jenes Mannes, der der „größte Führer aller Zeiten“ – und ich setze hinzu: aller Antikommunisten, aller Menschen- und Menschenrechtsfeinde – sein wollte, wonach das deutsche Volk nicht wert sei zu existieren, wenn es 1945 den Krieg verliere?

Verfolgen wir, um diese zuletzt genannten Fragen beantworten zu können, wie sich in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft die Entwicklung der Kriegsziele in den Raub- und Eroberungskriegen darstellt. Die Frage sei dabei, ob es ähnlich wie bei den rein quantitativen Angaben zur Geschichte der Kriege eine in unserer Epoche steil ansteigende Kurve hinsichtlich des Umfangs, der Breite und auch hinsichtlich der Unverschämtheit in den aggressiven, extrem reaktionären Zielsetzungen der herrschenden Klasse gibt.

Elemente des Krieges reiften bereits im Schoße der Urgesellschaft heran. Die gewaltsamen Zusammenstöße zwischen den Stämmen trugen allerdings mehr zufälligen und episodenhaften Charakter. Die ökonomischen Bedingungen schlossen Kriege aus, die Gentilverfassung ließ für Herrschaft und Knechtung keinen Raum. Friedrich Engels machte bereits auf den qualitativen Unterschied aufmerksam der zwischen den bewaffneten Konflikten in der klassenlosen Urgesellschaft und denen in der antagonistischen Klassengesellschaft bestand.¹⁷ Tatsächlich ist die Anwendung von bewaffneter Gewalt zu einer ständigen Erscheinung des gesellschaftlichen Lebens an das Aufkommen des Privateigentums an den Produktionsmitteln und damit an die Entstehung antagonistischer Klassen gebunden. Wurde „alte Krieg“ – so Friedrich Engels – von Stamm zu Stamm geführt „zur Rache für Übergriffe oder zur Ausdehnung des unzureichend gewordenen Gebietes“, so zeigte sich seine neue Qualität beim Übergang in die Klassengesellschaft darin, daß er „des bloßen Raubs wegen geführt ... und stehender Erwerbszweig“ wird.¹⁸

Der Krieg trat demzufolge als ein Mittel der Politik sowie als eine Form des außerökonomischen Zwanges in Erscheinung. Durch ihn eigneten sich die herrschenden Klassen gewaltsam materielle Güter, Produktionsmittel sowie auch die unmittelbaren Produzenten selbst an. Der Krieg trat in die Geschichte ein, nicht als Ergebnis von Raub und Gewalt – wie schon Friedrich Engels in seiner glänzenden, auch heute noch aktuellen bzw. wieder aktuellen Auseinandersetzung mit Eugen Dühring und dessen Theorie von der Gewalt als dem „geschichtlichen Fundamentalen“ nachgewiesen

¹⁶ Siehe Bernd Greiner: Haig – Original und Fälschung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1981, H. 10, S. 1161 f.

¹⁷ Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. In: MEW, Bd. 21, S. 105 und 152.

¹⁸ Ebenda, S. 160.

hat.¹⁹ Das Wirken der verschiedenen historischen Existenzformen des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist letztlich die Quelle jedes ungerechten Krieges, ist aber auch als Quelle von dessen ständig wachsender Zielbreite in den verschiedenen historischen Epochen, vor allem in den Niedergangsphasen der Ausbeutergesellschaften, zu begreifen.

In der Sklavenhaltergesellschaft, in der das Hauptziel der Produktion in der Aneignung des von den Sklaven erzeugten Mehrprodukts durch die Sklavenhalter bestand, entsprangen die Kriege vor allem dem Bestreben der letzteren, Menschen gefangenzunehmen und sich möglichst viele Sklaven zu beschaffen. Aristoteles definierte den Krieg geradezu als die Kunst, Sklaven zu machen. Auch hier, dies sei nebenbei noch einmal angemerkt, war das Ökonomische, nicht die berühmte „Gewalt an sich“ das Entscheidende; Friedrich Engels machte dies mit folgenden Worten deutlich:

„Die Unterjochung des Menschen zum Knechtdienst, in allen ihren Formen, setzt beim Unterjocher die Verfügung voraus über die Arbeitsmittel, vermittels deren allein er den Geknechteten verwenden, und bei der Sklaverei außerdem noch die Verfügung über die Lebensmittel, womit allein er den Sklaven am Leben erhalten kann.“²⁰

Mit großem Spott reagierte Engels auf das von Eugen Dühring verwandte Beispiel, daß Robinson den Freitag „mit dem Degen in der Hand“ knechtete. Dühring fragte nicht, woher Robinson den Degen habe. Er fragte auch nicht, was wäre, wenn Freitag eines schönen Morgens mit einem geladenen Revolver erscheinen und damit das reine Gewalt-Verhältnis ändern würde.²¹ Zu schlußfolgern ist daraus für unser Thema: Nicht die Gewalt an sich, nicht die Waffen als solche sind aus der Geschichte zu verbannen, wenn der Frieden erstrebt werden soll! Oder sehr aktuell formuliert: Für den, der den Frieden tatsächlich sichert, kann es nur Pflugschar und Schwert geben. Im Feudalismus bestand das Hauptziel der herrschenden Klasse hinsichtlich der Produktion in der Aneignung des Mehrprodukts, das die feudalabhängigen Bauern erzeugten, durch die Feudalherren, unabhängig davon, ob sie weltliche oder geistliche waren. Deren Reichtum und Macht gründeten sich auf die Ausbeutung der ihres Grund und Bodens beraubten und an die Scholle gebundenen Bauern. Systematisch wurden daher Kriege zur Eroberung fremder Ländereien geführt. Die dort lebenden Bauern wurden nicht mehr Sklaven, sondern zu Leibeigenen und Hörigen gemacht.

In der kapitalistischen Gesellschaftsformation führen die herrschenden Klassen Kriege, um Märkte, Rohstoffquellen und Kolonien zu erobern und um unbequeme Handelskonkurrenten auszuschalten. Dem Profit- und Machtstreben der Bourgeoisie entsprangen Raub-, Eroberungs- und andere reaktionäre Kriege, aber auch deren Ausweitung. Fichte zerriß den Schleier, der mit der These verhängen wurde, die Völker und Nationen seien es, die Kriege führen:

„Daß die ganze Nation beschließen solle, des Raubens halber ein benachbartes Land mit Krieg zu überziehen, ist unmöglich, indem in einem Staate, in welchem alle gleich sind, der Raub nicht die Beute einiger Wenigen wurde, sondern unter allen sich gleich verteilen müßte, dieser Anteil des einzelnen aber ihm nimmermehr die Mühe des Krieges lohnen würde. Nur da, wo der Vorteil den wenigen Unterdrückern zuteil wird, der Nachteil aber, die Mühe, die Kosten, auf das zahllose Heer der Sklaven fällt, ist ein Raubkrieg möglich und begreiflich.“²²

Die Herausbildung eines Weltmarktes erweiterte die Objekte der kapitalistischen Ausbeutung. Profitjagd und Konkurrenzkampf treiben die Bourgeoisie „über die ganze Erdkugel“ – erklärten Marx und Engels im Manifest der Kommunistischen Partei.^{21a} Tatsächlich brachte das Bürgertum eine Erweiterung der Zahl an Kriegen und eine ständig wachsende Verbreiterung der menschenfeindlichen Kriegsziele in die Geschichte ein. Rechtfertigung und Glorifizierung des Raub- und Vernich-

¹⁹ Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring). In: MEW, Bd. 20, S. 147 ff.

²⁰ Ebenda, S. 150.

²¹ Ebenda, S. 154.

²² Johann Gottlieb Fichte: Die Bestimmung des Menschen. In: Sämtliche Werke. Hrsg. von L. H. Fichte, Bd. 2, Leipzig 1845, S. 274 f.

^{21a} Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW, Bd. 4, S. 465.

tungskrieges nahmen in dieser Gesellschaftsformation überhand, besonders seit sie sich durchgesetzt und ihren Weg aus der Geschichte heraus begonnen hatte. Das Bürgertum hat auf seinem Wege zur eigenen Macht nicht nur die Losungen „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ und „ewiger Frieden“ vertreten. Wir haben zwar allen Grund, deren Traditionen aufzuarbeiten, aber auch allen Grund nicht zu vergessen: Es gab immer eine zweite Linie, die den genannten humanistischen Parolen diametral gegenüberstand. Das aufstrebende Bürgertum war es bereits, in dessen Interesse das *ius ad bellum*, das Recht zum Kriege, formuliert wurde. Für den Begründer des bürgerlichen Völkerrechts Hugo Grotius (1583-1645) galt der Krieg als natürliche und deshalb rechtlich zulässige Form einer zwischenstaatlichen Auseinandersetzung. Damit zerriß er den mystischen Schleier, den scholastische Moraltheologen und -juristen gewoben hatten, zog er den Krieg aus der Mönchskutte christlicher Mission heraus. Aber er forderte nicht die Abschaffung des Krieges wie andere Humanisten seiner Zeit, ihm ging es nur um die Einhaltung „gewisser Gebräuche“ im Krieg. Er wandte sich gegen die Brutalisierung des Krieges. Dieser solle die nichtkämpfende Bevölkerung und ihre Städte verschonen.²³

In der Entwicklung der Bourgeoisie überlagerte das *ius ad bellum* rasch alle bestehenden bzw. sich entwickelnden zwischenstaatlichen Vereinbarungen. Das Recht zum Krieg ist mehr und mehr als absolut, als unbeschränkt und letztlich auch als schrankenlos dargestellt worden. Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung in den menschlichen Beziehungen wurden ausgeschlossen. Krieg, Landraub und Völkerschacher, die Rosa Luxemburg einmal als die häßlichen legitimen Kinder des Kapitalismus bezeichnete, fanden ihren entsprechenden ideologisch-theoretischen Reflex. Einige Beispiele mögen diese Tatsache verdeutlichen:

So schrieb beispielsweise Johann Valentin Embser 1779 eine „Widerlegung des ewigen-Friedens-Projekts“. Darin stellte er die „Segnungen des Krieges“ den „Greueln eines ewigen Friedens“ gegenüber. Sein Fazit lautete, ein ewiger Friede müßte „notwendig die Erde zur Mördergrube und Hölle umschaffen“ und die „ganze Masse würde im ewigen Frieden in stinkender Ruhe entschlafen“.²⁴ Und selbst ein Mann wie der berühmte Kulturhistoriker Jakob Burckhardt verkündete in seinen „Weltgeschichtliche Betrachtungen“ um 1850:

„Der lange Friede bringt nicht nur Entnervung hervor, er läßt das Entstehen einer Menge jämmerlicher, angstvoller Notexistenzen zu, welche ohne ihn nicht entstanden und sich dann noch mit lautem Geschrei um ‚Recht‘ irgendwie an das Dasein klammern, den wahren Kräften den Platz vorwegnehmen und die Luft verdicken, im ganzen auch das Geblüt der Nation verunedeln. Der Krieg bringt wieder die wahren Kräfte zu Ehren.“²⁵

Vom reaktionären preußisch-bürgerlichen Historiker Heinrich von Treitschke, dessen Werke gegenwärtig in der BRD erneut aufgelegt werden, stammt folgender Erguß: „So erwachte jetzt wieder der unmännliche Traum vom ewigen Frieden, dies sicherste Zeichen politisch ermatteter und gedankenarmer Epochen.“²⁶ Und Carl Lüder, ein alldeutscher Völkerrechtler, erklärte .1 889, der Friede als stabiler Zustand sei ein „Unding“ und würde das „Aufhören aller Geschichte“ bedeuten.²⁷ Der Jurist und Historiker Erich Kaufmann verbreitete 1911 folgende Weisheit:

„Nicht die ‚Gemeinschaft frei wollender Menschen‘, sondern der siegreich. Krieg ist das soziale Ideal: der siegreiche Krieg als das letzte Mittel zu jenem obersten Ziel. Im Krieg offenbart sich der Staat in seinem wahren Wesen, er ist seine höchste Leistung, in dem seine Eigenart zur vollsten Entfaltung kommt.“ Sein internationales Ordnungsprinzip lautete demzufolge: „... nur der, der kann, darf auch.“²⁸ Die weiteren Stationen seines Lebensweges sind interessant: 1945/46 verteidigte er

²³ Siehe dazu besonders Roland Meister: Studie zur Souveränität. Eine Kritik bürgerlicher Theorien. Berlin 1981, S. 16 f.

²⁴ Zit. nach Wilhelm Janssen: Friede. In: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Hrsg. von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Kosellek, Bd. 2 (E-G), Stuttgart 1975, S. 576 ff.

²⁵ Gesammelte Werke, Bd. 4, Darmstadt 1962, S. 119.

²⁶ Heinrich von Treitschke: Deutsche Geschichte. 8. Aufl., Bd. 1, Berlin 1909, S. 601.

²⁷ Carl Lüder: Handbuch des Völkerrechts. Hrsg. von F. von Holtzendorff, Bd. 4, Hamburg 1889, S. 197.

²⁸ Erich Kaufmann: Das Wesen des Völkerrechts und die *clausula rebus sic stantibus*. Tübingen 1911, S. 146 und 190.

faschistische Kriegsverbrecher in Nürnberg, 1956 war er Anklagevertreter der Adenauer-Regierung im Verbotsprozeß gegen die KPD, und 1960 erhielt er das Große Verdienstkreuz der BRD mit Stern und Schulterband.²⁹

Helmuth von Moltke fand während der Bismarckzeit die bekannte makabre Formulierung vom Frieden, der nicht einmal ein schöner Traum sei, und bezeichnete den Krieg als ein Element in einer göttlichen Weltordnung, in dem sich die edelsten Tugenden der Menschheit entwickeln.³⁰ In diesem Sinne schrieb der Faschist Werner Beumelburg 1938 in einem seiner Romane, es habe „noch keiner Nation geschadet, daß sie vom Schicksal genötigt wurde, bis in die letzten Tiefen ihrer Kraft hinabzuschauen ... Das Glück ... steht schon am Anfang des Niedergangs, aber die Not bildet das Tor zur Größe.“³¹

Im gleichen Sinne disqualifizierte ein Nazi-Schriftsteller das Werk Erich Maria Remarques „Im Westen nichts Neues“ (1929) als das Kriegserlebnis eines Untermenschen“.³²

Schließt sich hier schon der große geschichtliche Bogen von der früheren Zielsetzung: Gefangennahme von Menschen in der Sklavenhaltergesellschaft zu der einer generellen Disqualifizierung des Menschen als „Untermenschen“? Nein, der Bogen in der Geschichte ungerechter Kriege reicht weiter. So läßt Friedrich Nietzsche seinen Zarathustra den Soldaten zurufen:

„Ihr sollt den Frieden lieben als Mittel zu neuen Kriegen. Und den kurzen Frieden mehr als den langen ... Euren höchsten Gedanken aber sollt ihr euch von mir befehlen lassen – und er lautet: der Mensch ist etwas, das überwunden soll.“³³

Überwindung des Menschen – das ist also das letzte Kriegsziel, ist der Ausdruck eines Geistes, der konsequent zur Anwendung aller Massenvernichtungsmittel führte und – wird ihm nicht Einhalt geboten – auch wieder führen wird. Das ist ein Ungeist, der die herrschenden Klassen früherer Jahrhunderte vergleichsweise unbedeutend und klein werden läßt.

Dieser Ungeist hatte im Wirken des deutschen Faschismus seinen Höhepunkt, aber nicht sein Ende. So formulierte der französische General Chassin 1949, also vier Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges in einer „Skizze der Weltstrategie“:

„Wenn die Russen in einem Blitzkrieg, den wir jetzt ins Auge fassen, 30 Millionen Menschen verlieren könnten ..., so blieben noch 150 Millionen übrig, und nach einem Jahrzehnt hätten sie ihren früheren Bevölkerungsstand wieder erreicht.“

Im Anschluß daran entwickelte er seinen Wunschtraum – die Neutronenbombe vorwegnehmend die von den USA später und angeblich gegen sowjetische Panzerübermacht gebaut wurde –, daß es äußerst interessant wäre, ein Kampfmittel zu finden, das die Bevölkerung vernichten könnte, ohne die Gebäude zu berühren“.³⁴

Der Inhalt dieser Zitate, gestaffelt nach den Jahren ihres Ursprungs, macht die historische Entwicklung der Perversion des Krieges und Höchstmaß an Negierung des wichtigsten Menschenrechtes – in Frieden leben und arbeiten zu können – durch den Imperialismus deutlich, sowohl im Bereich der bürgerlichen Politik als auch im Bereich der ihr adäquaten Ideologie. Im Unterschied zum vormonopolistischen Kapitalismus dient der Krieg der Monopolbourgeoisie als ein Mittel, die bereits aufgeteilte Welt von Zeit zu Zeit entsprechend dem sich auf Grund der ungleichmäßigen ökonomi-

²⁹ Siehe Roland Meister: E. Kaufmann. Der „Theoretiker des Vertragsbruches und des Angriffskrieges“. In: Staat und Recht 1960, H. 11/12, S. 1834 ff.

³⁰ Briefe des Generalfeldmarschalls Hellmuth von Moltke. 2. Sammlung. In: Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten, Bd. 5, Berlin 1892, S. 194.

³¹ Werner Beumelburg: Der König und die Kaiserin. Friedrich der Große und Maria Theresia, Oldenburg/Berlin 1938, S. 266.

³² Die Aussage Franz Schauweckers wird zit. nach Ernst Loewy: Literatur unterm Hakenkreuz. Das Dritte Reich und seine Dichtung. Eine Dokumentation, Frankfurt am Main/Hamburg 1969, S. 153.

³³ Friedrich Nietzsche: Also sprach Zarathustra. Stuttgart 1950, S. 49 f.; Siehe dazu auch S. F. Oduv: Auf den Spuren Zarathustras. Der Einfluß Nietzsches auf die-bürgerliche deutsche Philosophie, Berlin 1977.

³⁴ L. M. Chassin: Esquisse d'une stratégie mondiale. In: Revue de défense nationale, November 1949, S. 423, hier zit. nach B. Z. Uralnis, a. a. O., S. 388.

schen und politischen Entwicklung des Kapitalismus ständig verändernden Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Staaten neu aufzuteilen. Zugleich dient er seit 1917 dazu, Völker, die sich von ihrem Joch befreit und den sozialistischen oder den Weg einer selbständigen nationalen Entwicklung beschritten haben, erneut zu unterwerfen. Ist der Krieg‘ immer, nach einem Wort von Arnold Zweig, der Vater allen Rückschritts³⁵, so wird der imperialistische Krieg zum Rückschritt selbst, zum absoluten Mittel von Fortschrittsverhinderung und -rückgängigmachung, zum Werkzeug für die physische Beseitigung jener Kräfte, die ihn zu bekämpfen willens und ihn aus der künftigen Geschichte zu verbannen in der Lage sind.

* * *

Kein Krieg in der Geschichte und auch kein imperialistischer Krieg konnte jedoch verhindern, daß sich seine Gegner mehr und mehr formierten und zu einer gesellschaftlichen Kraft heranwuchsen, die den Krieg noch vor der vollständigen Beseitigung seiner Wurzeln aus dem Leben der Völker zu tilgen fähig sein können. In der gesamten Geschichte gab es Gegner des Krieges, gebar der Krieg seine Feinde und deren Friedenssehnsucht. Für die besten humanistischen Geistesheroen wie Thomas Morus, Erasmus von Rotterdam, Klopstock, Leibniz, Lessing, Herder, Kant, Fichte, Goethe, Schiller, Humboldt und viele andere blieb der Frieden jedoch immer eine utopische Zielvorstellung, auch wenn sie persönlich alle ihre Kräfte aktiv einzusetzen bereit waren.

Zur Formierung der Gegner imperialistischer Kriege in unserem Jahrhundert möchte ich noch drei Bemerkungen machen.

Erstens: Mit dem Eintritt einer neuen Gesellschaftsordnung in die Geschichte eröffnete sich für den Kampf um den Frieden eine neue Perspektive. Auch in dieser Hinsicht bedeutete der Oktober des Jahres 1917 den Beginn des zweiten Kapitels der Weltgeschichte. „Die Frage des Friedens ist die aktuellste, die alle bewegende Frage der Gegenwart“³⁶, erklärte Lenin in seiner Begründung des „Dekretes über den Frieden“. Dabei ging es ihm nicht nur um die Lösung der unmittelbaren Tagesprobleme, sondern von vornherein um die größere und weit in die Zukunft reichende Aufgabe, „die Menschheit von den Schrecken des Krieges und seinen Folgen zu befreien“.³⁷ Seitdem sind Frieden und Sozialismus eine von ihrem gemeinsamen Wesen geprägte einheitliche Sache. Der Aufbau, aber auch der Schutz der sozialistischen Gesellschaft wurden zu den entscheidenden Aufgaben im Ringen um die Sicherung des Friedens³⁸; und in dem Maße, wie der Sozialismus erstarkte, wie er zu einem Faktor wurde, der sich nicht mehr – auch nicht mit dem Mittel neuer imperialistischer Kriege – „mit Krupp-Kanonen und Mauser-Gewehren wieder aus der Welt schießen“³⁹ ließ, wuchs der Frieden vom Reich der Utopie in die Realität einer aussichtsreichen Möglichkeit hinüber. Erst unsere Gesellschaft vermag den Bogen zu schließen, der vom Frieden in urgeschichtlich-klassenlosen Verhältnissen über den Un-Frieden der verschiedenen auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhende Gesellschaftsformationen sowie über die heute alternativlose friedliche Koexistenz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme bis in den wirklich dauerhaften; allumfassenden Frieden einer kommunistischen Zukunft reicht.

Dank des friedenssichernden Sozialismus veränderte sich **zweitens** nicht nur das Gewicht der den Frieden befördernden jungen Nationalstaaten, sondern auch das Verhältnis breiter Teile der Volksmassen in den imperialistischen Ländern zum Krieg und zur Kriegspolitik ihrer Mächtigen. 1914 gingen die Massen noch begeistert in den Krieg, doch hat die Monopolbourgeoisie keines Landes seither wieder einen solchen Hurratriotismus und eine solche Welle begeisterter Zustimmung zur Kriegsentfesselung manipulieren können. Trotz der faschistischen Massenbeeinflussung zogen die Heerscharen des deutschen Imperialismus 1939 mehr besorgt als begeistert, mehr bedächtig als anhängig-zustimmend in das zweite weltumspannende Völkermorden. Zwar war die überwiegende

³⁵ Arnold Zweig: Die Zeit ist reif. Berlin 1957, S. 99.

³⁶ W. I. Lenin Zweiter Gesamtrussischer Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, 25. bis 26. Oktober (7.-8. November) 1917. Rede über den Frieden 26. Oktober (8. November). In: Werke, Bd. 26, S. 239.

³⁷ Ebenda S. 242.

³⁸ Siehe Heinz Bank: A. a. O., S. 38.

³⁹ Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. A. a. O., S. 154.

Mehrheit des deutschen Volkes nicht bereit, sich aktiv für die Verhinderung oder für die Beendigung des Krieges einzusetzen, doch konnte der qualitative Unterschied in der Stimmung der Massen gegenüber dem August 1914 nicht übersehen werden.⁴⁰ Die Erinnerung an den Sieg des vietnamesischen Volkes 1975 zeigt, wie sehr dieser Sieg auch ein Sieg breiter solidarischer Volksbewegungen in den anderen Ländern war. Immer nachhaltiger wirkt in der Gegenwart das Wissen um die Notwendigkeit, den Kampf um den Frieden zu führen, so lange noch Frieden herrscht.

Hinzu kommt ein weiteres **drittes** Moment, das den Übergang zu einem dauerhaften Frieden am Ende unseres Jahrhunderts möglich macht, fördern und unterstützen kann. Mit dem Beginn des Imperialismus und der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist die Zeit vorbei, da die Bourgeoisie als Klasse und insgesamt an Rüstung und Krieg profitiert. Daher sind nicht mehr alle Teile der herrschenden Klasse in gleicher Weise am Krieg interessiert, zumal die Bourgeoisie – auch die amerikanische! – das Privileg verloren hat, von den Auswirkungen eines Krieges, den sie verursacht und auslöst, verschont zu bleiben. An der Richtigkeit des Satzes „Wer als erster schießt, stirbt als zweiter!“ werden auch die neuen Waffensysteme der USA nichts ändern, unabhängig davon, daß die aggressivsten-Kreise auf sie gestützt hoffen und verbreiten: „Wer als erster schießt, lebt am längsten!“. Realistische, nüchterne und von der Kalkulation des eigenen Untergangs getragene Politik hat eine Basis bekommen; keine sichere, wie sich gerade beim Kanzlerwechsel in der BRD gezeigt hat, aber immerhin eine Basis, die zu Verhandlungen und Gesprächen Raum bietet. Daß sich dadurch wiederum die inneren Widersprüche des Imperialismus vertiefen und diesen schwächen, steht auf einem anderen Blatt.

Betrachtet man die drei hier genannten friedenssichernden und friedensfördernden Faktoren, die durch ein kompliziertes Geflecht dialektischer Wechselbeziehungen miteinander verbunden sind, so stimmen sie uns in ihrer Gesamtheit trotz aller qualitativen Unterschiede und trotz vielfältiger Probleme optimistisch. In ihnen widerspiegeln sich die objektiven Gesetzmäßigkeiten der Geschichte. Diese selbst hat also die Möglichkeiten zur erfolgreichen Verhinderung eines neuen, eines dritten und todsicher atomaren Weltkrieges hervorgebracht.

Doch von allein kann aus der Möglichkeit nicht die Realität des Friedens werden. Die Geschichte schenkt uns nichts, auch den Frieden nicht, sie legt ihn nicht jenen in den Schoß, die abwartend die Hände falten und alle Waffen verurteilen. Vielmehr gilt es für uns, alles zu tun und alle Möglichkeiten zu nutzen, um diese zur Wirklichkeit zu gestalten. Die Geschichte verpflichtet zum aktiven Widerstand gegen Kriegsgefahr und imperialistische Hochrüstung, sie erlegt uns die Verantwortung auf, Geschichte auch weiterhin zuzulassen und sie nicht auf einen atomaren Friedhof zu führen. Wer die Aggressoren und Anhänger von „Wichtigerem“ als den Frieden zügeln will, muß aktiv, organisiert, in breiter und einheitlicher Front gegen sie vorgehen, ja der muß auch bewaffnet sein. Geschichte für den Frieden – das heißt daher, die gegenwärtige ernsthafte Gefährdung unserer Zukunft zu bewältigen, ihr wehrhaft zu begegnen und nicht ihr hilflos gegenüberzustehen. Für eine Zukunft ohne die Kriege der Vergangenheit zu streiten, heißt insofern auch, nicht die Zukunft eines weltweiten Sozialismus, in der tatsächlich – wie von Lenin vorhergesagt – die Waffen zum alten Eisen geworfen werden können⁴¹, mit der Gegenwart zu verwechseln. Heute fällt die Verwirklichung der historischen Mission der Arbeiterklasse unmittelbar zusammen mit dem Kampf um die weitere Existenz des menschlichen Lebens auf unserer Erde.⁴²

Geschichte – Frieden – Wissenschaft. Beiträge zur Krieg-Frieden-Problematik in historischer Sicht. Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität 1983, S. 7-21.

⁴⁰ Siehe: Deutschland im zweiten Weltkrieg. Bd. 1, Berlin 1974, S. 212.

⁴¹ „Nur nachdem das Proletariat die Bourgeoisie entwapfnet hat, kann es, ohne an seiner weltgeschichtlichen Aufgabe Verrat zu üben, die Waffen zum alten Eisen werfen, was es auch ganz sicher **dann – aber nicht früher** – tun wird.“

W. I. Lenin: Das Militärprogramm der proletarischen Revolution. In: Werke, Bd. 23, S. 76.

⁴² Zum Zusammenhang, von Klassen- und Friedenskampf, von Revolution und Frieden siehe: Die Frage von Krieg und Frieden in der weltanschaulichen Auseinandersetzung. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1982, H. 9. S. 1133 ff.

Antifaschismus und Friedenskampf

Versuch eines thesenartigen Vergleichs zwischen der Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes und unserem gegenwärtigen Ringen um die Verhinderung eines dritten Weltkrieges*

Seit dem Beginn unserer Epoche vor über sechs Jahrzehnten stellen der Gegensatz zwischen Faschismus und Antifaschismus sowie der zwischen Krieg und Frieden spezifische Erscheinungsformen des übergreifenden, dominierenden Hauptwiderspruchs zwischen Imperialismus und Sozialismus dar. Unsere geschichtswissenschaftliche und geschichtsideologische Arbeit hat daher von dem grundsätzlich gegebenen Wesenszusammenhang zwischen Imperialismus – Faschismus – Krieg einerseits und dem zwischen Sozialismus – Antifaschismus – Frieden andererseits auszugehen bzw. diesen Zusammenhang zu erhellen. Der Gegensatz von Faschismus und Antifaschismus ist jedoch ebensowenig wie der zwischen Krieg und Frieden mit dem Hauptwiderspruch zwischen Imperialismus und Sozialismus identisch; den zahlreichen übereinstimmenden Momenten stehen gravierende inhaltliche und zeitbedingte Unterschiede gegenüber. Daraus erwachsen komplizierte, aber lösbare Probleme für die konkret-historische und verallgemeinernd-theoretische Arbeit der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaftler in einer Zeit, in der es gilt, „alles für die Bewahrung des Friedens zu tun“, alles zu tun, um die Gefahr eines Kernwaffenkrieges von der gesamten Menschheit abzuwenden¹, einer Gefahr also, die für die Menschheit noch umfassender und größer als die zur Zeit des zweiten Weltkrieges ist. Einige Problemfragen für die ideologische Auseinandersetzung stehen in Zusammenhang mit gewissen Parallelen zwischen Antifaschismus und Friedenskampf, zwischen der Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zwischen 1933 und 1945 einerseits und dem gegenwärtigen Ringen einer weltweiten Bewegung um die Verhinderung eines thermonuklearen Untergangs der Menschheit. Dazu sollen im folgenden einige thesenartige Bemerkungen gemacht werden, die als Anregung für eine notwendige weitergehende Diskussion gedacht sind:

1. Die Geschichte des Antifaschismus – bis heute von der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR leider noch nicht vollständig aufgearbeitet – ist umfangreich und umfaßt ebenso wie die des Friedenskampfes² alle Perioden unserer Epoche. Sie ist die Geschichte des Kampfes gegen die gesetzmäßige Entstehung und Formierung faschistischer Organisationen und Strömungen und darf keinesfalls nur als Teil der deutschen Geschichte gesehen werden. Sie beinhaltet ebenfalls die Geschichte des Kampfes um die Verhinderung des Aufbaus faschistischer Regimes, ferner die des antifaschistischen Widerstandskampfes der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten bzw. des nationalen Befreiungskampfes der vom Faschismus unterjochten und bedrohten Völker. Die Geschichte des Antifaschismus enthält schließlich auch die Geschichte der Überwindung des Faschismus im und nach dem zweiten Weltkrieg sowie die bis in die Gegenwart reichende Auseinandersetzung mit allen neuen Erscheinungen des Faschismus.

Neben diesem zeitlichen Aspekt, der bereits einige unterschiedliche inhaltliche Aspekte bedingt, muß aber vor allem beachtet werden, daß der Antifaschismus in inhaltlicher Hinsicht außerordentlich breit gefächert ist. Das resultiert sowohl aus der Tatsache, daß der Faschismus in vielen Formen auftrat und auftritt, als auch aus unserer grundlegenden marxistisch-leninistischen Erkenntnis, daß Antifaschismus sowohl Kampf gegen den Faschismus selbst als auch zugleich Kampf gegen die den Faschismus hervorrufenden, stützenden und fördernden Kräfte des Imperialismus bedeutet.

In der Geschichte des Antifaschismus liefen jene Kräfte, die diese antiimperialistischen Notwendigkeiten des antifaschistischen Kampfes bezweifelten oder sogar negierten, immer Gefahr, nur in be-

* Überarbeitete Fassung eines Beitrages auf dem 12. Jenaer Faschismus-Colloquium zum Thema „Antifaschismus und Geschichtsbewußtsein. Probleme unserer wissenschaftlichen und ideologischen Arbeit im Ringen um den Frieden“ am 4. und 5. Oktober 1982.

¹ Honecker, Erich: FDJ-Aufgebot – Initiative, wie sie unsere Zeit erfordert. In: Neues Deutschland v. 17.9.1982.

² Siehe dazu auch Groehler, Olaf: u. a.: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und der Kampf um den Frieden 1917 bis 1939. Die Vorbereitung des zweiten Weltkrieges durch den Imperialismus. Thesen des Arbeitskreises 10 des VII. Historiker-Kongresses der DDR. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1982, H. 10/11.

grenztem Maße der Durchsetzung des historischen Fortschritts dienen zu können und die Realisierung der objektiv auf der Tagesordnung stehenden Aufgabe – Beseitigung des Faschismus mit seinen Wurzeln, so daß seine Machtausübung oder seine Wiederkehr unmöglich werden – mehr oder weniger stark zu behindern. So differenziert, wie es die Kräfte des Antifaschismus waren, ist auch die heutige weltweite Friedensbewegung. Es existieren sozialistische und antiimperialistische, konsequente und inkonsequente, pazifistische und realpolitisch-bürgerliche Friedenskräfte, deren Zusammenwirken als ein kompliziertes Geflecht dialektischer Wechselbeziehungen von friedenssichernden und friedensfördernden Faktoren gesehen werden kann. Da der heutige Gegensatz von Krieg und Frieden gegenüber dem Gegensatz von Faschismus und Antifaschismus, wie er sich bis 1945 darstellte, eine wesentlich größere Dimension erreicht hat, darf und muß das Zusammenwirken von Friedenskräften ebenfalls in anderen Dimensionen als das in der antifaschistischen Widerstandsbewegung gesehen werden.

2. Der Begriff des Antifaschismus (der hier von dem engeren Begriff des antifaschistischen Widerstandskampfes abgehoben wird) gewinnt seine Konturen hauptsächlich:

- a) durch den notwendigen unmittelbaren Bezug zum Faschismus;
- b) durch den ebenfalls notwendigen Bezug zur Frage, wie der Faschismus überwunden und unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen er mit seinen Wurzeln erfolgreich beseitigt werden kann;
- c) durch den Bezug auf die von a) und b) geprägten Kriterien eines Bündnisses zwischen Kräften unterschiedlicher sozialer Herkunft, politischer Richtung und Weltanschauung.

Sinngemäß lassen sich alle drei Bezugspunkte auch als wesentliche Fragen unseres gegenwärtigen weltweiten Friedenskampfes formulieren:

- a) Wie führen wir den Kampf um die Lösung des Hauptproblems, das in der Hochrüstungs- und totalen Konfrontationspolitik der aggressivsten Kreise der USA und der NATO besteht?
- b) Wie führen wir den Kampf um Abrüstung, Entspannung, friedliche Koexistenz und um den Frieden so, daß dieser – auf neuen gesellschaftlichen Grundlagen beruhend – sicher und dauerhaft gestaltet werden kann?
- c) Wie wird ein erfolgreiches Bündnis zwischen allen jenen Kräften hergestellt, die aktiv für den Frieden einzutreten und zum aktiven Kampf gegen die Verfechter von atomaren Erstschlagskonzeptionen und Beschlüssen über die Stationierung neuer Waffensysteme in Westeuropa bereit sind?

3. Die konkrete Geschichte des Ringens um die Verhinderung des Übergangs zu einer offen terroristischen Herrschaftsform sowie die Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes gegen die nazifaschistische Diktatur des deutschen Imperialismus besitzen in der Gegenwart – auch bei Berücksichtigung aller Unterschiede in den historischen Rahmenbedingungen – gewissermaßen einen Modellcharakter für den gegenwärtigen Kampf der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung. Dies gilt insbesondere für den Kampf um ein solches Ziel, dessen Verwirklichung noch nicht unmittelbar die sozialistische Revolution bedeutet, dessen Realisierung jedoch zur Vorbereitung bzw. auch zur Sicherung der sozialistischen Revolution unumgänglich ist.

Die Behandlung der politischen und sozialen Erfahrungen, die in der Vergangenheit mit der faschistischen Barbarei gemacht werden mußten, und die Darstellung der Geschichte des Antifaschismus der dreißiger und vierziger Jahre vermögen daher einige und durchaus auch wesentliche Lehren zu bieten. Dies gilt für die Friedenspolitik der sozialistischen Staaten, vor allem jedoch für Entwicklung und Stabilität der Friedensbewegung in den imperialistischen Ländern. In ihnen verkörpern sich allgemeine Gesetzmäßigkeiten des Geschichtsprozesses in unserer Epoche, die hauptsächlich den Zusammenhang von Klassen- und Friedenskampf, von Revolution und Frieden, von historischem Fortschritt im Frieden und für den Frieden betreffen.

4. Die Möglichkeit zum Vergleich zwischen Antifaschismus und Friedenskampf ergibt sich primär aus der Tatsache, daß sich beide hauptsächlich gegen solche imperialistische Kräfte richten, die ex-

trem reaktionär sind und die Entfesselung globaler Kriege mit allen verfügbaren Mitteln anstreben. Dabei spielt die Tatsache, daß die wichtigsten Kontrahenten der heutigen Friedenskräfte im Bereich ihrer Innenpolitik, d. h. hinsichtlich der Form ihres innenpolitischen Herrschaftssystems, nicht faschistisch regieren, eine untergeordnete Rolle. Die richtige marxistisch-leninistische These, nach der Faschismus Krieg bedeutet, darf nicht so verstanden werden, als führe ein imperialistischer Staat nur dann Krieg, wenn er sich vorher faschisiert habe. Ebenso wenig darf aus der gegenwärtigen Aggressivität und der barbarischen Kriegführung einiger imperialistischer Länder auf deren faschistischen Charakter geschlußfolgert werden. Nach wie vor gilt die seit dem VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale übliche Bestimmung des Faschismus als einer Herrschaftsform, nicht die als einer Methode.³ Damit ist aber nicht ausgeschlossen, einzelne Aktionen als faschistisch zu charakterisieren sowie von der Anwendung einzelner faschistischer Methoden zu sprechen.

Insofern trägt jede Aktion gegen den aggressiven und extrem reaktionären Kurs der atomaren Hochrüstung und totalen Konfrontation auch Merkmale des antifaschistischen Kampfes. Daß sich die antifaschistischen Organisationen in der Gegenwart als Teil der weltweiten Friedensbewegung verstehen, zeigte der jüngste FIR-Kongreß in Berlin⁴ und ist eine allseitig anerkannte Tatsache; daß es notwendig ist, den Kampf um den Frieden gegen die gemeinsamen Wurzeln von Faschismus und Kriegsgefahr zu führen, bedarf hingegen in einigen Teilen der Friedensbewegung in imperialistischen Ländern noch der geduldigen, freundschaftlichen klärenden Diskussion.

5. Parallelen zwischen Antifaschismus und Friedenskampf zeigen sich ferner in der Breite ihrer jeweiligen politischen, sozialen und weltanschaulichen Struktur. In ihr kann es jedoch kein pluralistisch-unverbindliches Nebeneinander geben, wie es von bürgerlichen Ideologen – häufig in Erörterung zur Geschichte der Widerstandsbewegung und der bürgerlichen Opposition im faschistischen Deutschland – empfohlen wird. Die Arbeiterklasse bzw. der Sozialismus und die revolutionäre Arbeiterbewegung waren objektiv die Hauptkraft des Antifaschismus und sie sind es auch im gegenwärtigen weltweiten Ringen gegen den imperialistischen Kurs der Hochrüstung und hegemonistischen Konfrontation. Die Stärke und damit auch die bündnispolitische Stärkung dieser Hauptkraft hatten und haben ausschlaggebende Bedeutung für die gesamte Bewegung.

Militante Antikommunisten und solche Kräfte, die direkt, bewußt und demagogisch das Ziel einer Schwächung des Sozialismus verfolgen (beispielsweise in Anlehnung an die eindeutig imperialistische Losung „Frieden in Freiheit“) sind daher wohl beim besten Willen für uns keine Bündnispartner (allenfalls sind Teile von ihnen taktisch vom eigentlichen Gegner abzuhebende Partner oder zu neutralisierende Kräfte). Bündnispartner der revolutionären Arbeiterbewegung können demgegenüber in größter Breite alle jene Kräfte sein, die in irgendeiner Hinsicht und gleich, ob bewußt oder unbewußt, zur Durchsetzung aktueller Ziele des Friedenskampfes und damit des historischen Fortschritts beitragen.

Im Bündnis der Friedenskräfte in den imperialistischen Ländern werden unterschiedliche politische Positionen und weltanschauliche Auffassungen nicht aufgehoben; sie sind jedoch dem Zweck des Bündnisses unterzuordnen. Unterschiedliche Einschätzungen einzelner Maßnahmen und Methoden zur Stärkung der Hauptkraft (z. B. der Maßnahmen vom 13. Dezember 1981 in der Volksrepublik Polen) tragen sekundären Charakter und können nur mit Nachteilen für die gesamte Bewegung zu angeblich primären Kriterien der Zusammenarbeit deklariert werden. Im Vordergrund steht als entscheidende, letztlich existentielle Frage die nach Krieg oder Frieden. Die Stellung zum historischen Fortschritt entspricht daher heute weitgehend der Stellung zum konstruktiven Friedensprogramm der UdSSR und der sozialistischen Staatengemeinschaft, ohne daß damit aber eine Identifikation mit der neuen Gesellschaftsordnung verknüpft wäre.

³ Siehe Lewerenz, Elfriede: Zur Bestimmung des imperialistischen Wesens des Faschismus durch die Kommunistische Internationale (1922 bis 1935). In: Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik. Hrsg. von Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler, Berlin 1980, S. 34 f.

⁴ Siehe Neues Deutschland v. 9.9., 10.9. und 11./12.9.1982.

6. Eine der wichtigsten Lehren aus der Geschichte des Antifaschismus und insbesondere des antifaschistischen Widerstandskampfes der deutschen Arbeiterklasse unter Führung der KPD für den heutigen Friedenskampf besteht in der Erkenntnis, daß größte Konsequenz bereits im Ringen um die rechtzeitige Verhinderung einer faschistischen Diktatur bzw. eines imperialistischen Krieges geboten ist. Jede Inkonsequenz, jedes Zögern, jedes Abwarten ist angesichts der Gefahren für die weitere Existenz der Menschheit tödlich, so daß von einer historischen Pflicht zum erfolgreichen Friedenskampf gesprochen werden muß. Die antifaschistischen Opfer, die bis zum 30. Januar 1933 erbracht wurden, stehen in keinem Verhältnis zu den Opfern, die der Faschismus an der Macht und während des zweiten Weltkrieges forderte. Jede Halbherzigkeit im heutigen Ringen um die Erhaltung und Sicherung des Friedens sowie jede Verabsolutierung untergeordneter Probleme zwischen tatsächlichen und potentiellen Bündnispartnern stärken jene, die einen atomaren Weltkrieg für machbar und gewinnbar halten. Die größte Konsequenz im gegenwärtigen Kampf – der entschieden sein muß, bevor es zu spät ist – verlangt, daß die Friedenskräfte nicht hilflos und ohne entsprechendes militärisches Potential sein dürfen. In dieser Hinsicht gilt es, sowohl Lehren aus den Schwächen der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung (in der der bewaffnete Kampf keine vorrangige Rolle spielte) als auch aus den Stärken der nationalen Befreiungsbewegung in den vom Faschismus unterjochten oder bedrohten Ländern zu ziehen.

7. Die Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes unter Führung der KPD sowie der Aktionen anderer Antifaschisten gegen Hitler und Krieg ist in den letzten Jahren zu einem bevorzugten, unmittelbaren Gegenstand des ideologischen Klassenkampfes geworden. Mit eindeutig politischen Zielsetzungen gegen die wachsende Friedensbewegung hat sich die Behandlung des Widerstandsthemas in der bürgerlichen Historiographie der BRD erheblich ausgeweitet. Darin kommt zwar hauptsächlich die Defensivposition der bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Historiker zum Ausdruck, die sich beispielsweise in der Art und Weise zeigt, wie widerwillig man sich von der Methode des „Totschweigens“ und Diffamierens gelöst hat und wie ungern die Tatsache anerkannt worden ist, daß die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Vorhut den umfangreichsten und aktivsten antifaschistischen Widerstandskampf geführt haben. Die nicht zuletzt durch die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft erzwungene Anerkennung verbindet sich jedoch mit vielfältigen, teilweise verfeinerten Methoden des Antikommunismus. Dazu gehört seit einiger Zeit die grundsätzliche Ablehnung des Widerstandsrechts für alle progressiven Kräfte in der BRD. Ein solches Recht gebe es lediglich als „ultima ratio gegen eine illegitime und verbrecherische Herrschaft“ und dürfe nicht „mit politischer Opposition gegen beabsichtigte Entscheidungen von Verfassungsorganen und entsprechende Maßnahmen gleichgesetzt werden“.⁵

8. In der bürgerlichen Literatur dominieren in jüngster Zeit (z. B. bei Martin Broszat, Hans Mommsen, Christoph Kleßmann, Richard Löwenthal u. a.) insbesondere einige Thesen, die den antifaschistischen Widerstandskampf seines Klassencharakters entkleiden und in antikommunistischem Sinne umfunktionieren sollen. Dazu gehören

- a) die ausschließlich gegen die KPD gerichtete These von der angeblich ebenso fahrlässigen wie opferreichen „Vergeblichkeit“ ihres Antifaschismus;
- b) die These von der Unvereinbarkeit kommunistischer und sonstiger Widerstands sowie von der „antitotalitären“ Gemeinsamkeit zwischen sozialdemokratischem Widerstand und liberal-konservativer Opposition, wobei letztere in jüngster Zeit wieder stärker und sogar als führende Kraft hervorgehoben wird;⁶

⁵ Hrbek, Rudolf: Es mangelt an Grundkonsens. Anspruch auf richtiges Wissen und Widerstandsrecht. In: Das Parlament, Nr. 32–33 v. 14./21.8.1982, S. 3; Hans Buchheim hat bei einer Gedenkveranstaltung zum 20. Juli 1944 auf fundamentale Unterschiede zwischen dem Widerstand 1933–1945 und jenen Gruppen hingewiesen, die heute in der BRD zum Widerstand aufrufen. Damals habe sich der Widerstand nicht gegen den Staat gerichtet, er habe vielmehr im Namen des Staates (!) gegen „den totalitären Despotismus und die subjektive Willkür des sogenannten Führers“ stattgefunden. Wer heute zum Widerstand auf rufe, richte sich mit „extremen Subjektivismus“ gegen den Staat. Siehe: Die Welt v. 21.7.1982.

⁶ Die „Frankfurter Allgemeine“ erklärte am 20.7.1982 in einem Leitartikel: „Der moralisch begründete Widerstand gegen Hitler war in der Tat konservativen, aristokratischen Ursprungs.“

- c) die These, daß Widerstand immer nur das Handeln von Minderheiten sein und niemals eine Massenbasis gewinnen könne;
- d) die These, daß pragmatische Nüchternheit und partielle Regime-Bejahung, daß Anpassung und Kollaboration erfolgreicher als ein politisch geführter aktiver Widerstand seien.

Im einzelnen lassen sich beispielsweise diese Thesen in folgenden Aussagen erkennen:

Martin Broszat⁷ will den „werthaften“, aus einer sogenannten Motivations- und Aktionsgeschichte abgeleiteten Widerstandsbegriff durch den „wertneutralen“ und „wirkungsgeschichtlichen“ Begriff der Resistenz ersetzen. Das „historische Vermächtnis des Widerstandes“ habe bei der Tatsache anzusetzen, „daß der aktive, fundamentale Widerstand gegen das NS-Regime fast überall vergeblich geblieben, dagegen wirkungsvolle Resistenz in den verschiedenen politisch-gesellschaftlichen Faktoren der deutschen Bevölkerung vielfältig zu registrieren ist“⁸

Unter dem „Aspekt der Rationalität und angemessenen Zweck-Mittel-Relation“ sei die kommunistische „Untergrundarbeit“ (!) gekennzeichnet durch „einen sich und andere oft mehr fahrlässig als bewußt aufopfernden irrationalen Fanatismus“.⁹ Broszat führt seine Gedanken nach weiteren Ausfällen gegen die KPD zur Schlußfolgerung, daß in der Resistenz „die historisch‘ dominante Tradition der Arbeiterbewegung“ zum Ausdruck gekommen sei:

„Eine auf leidgeprüfter Erfahrung beruhende pragmatische Nüchternheit angemessener Interessenwahrung, von der her märtyrerhafte, unnötige Risiken und Opfer herausfordernde, putschistische Aktivitäten aus realistischer Sicht der Machtverhältnisse gerade im Interesse des Überlebens der Arbeiterklasse abgelehnt wurden. Es war dies eine Haltung, die oft keineswegs auf Schwäche beruhte, unter Umständen sogar auf mehr Festigkeit und Verlässlichkeit kollektiver Arbeiter-Resistenz, als sie in der fluktuierenden, von Überläufern und Gestapo-Agenten durchsetzten Szene kommunistischer Widerstandsgruppen manchmal anzutreffen war.“¹⁰

Für Richard Löwenthal¹¹, der den Begriff der Resistenz ablehnt, existieren demgegenüber aber die Grundformen eines lediglich „antitotalitär“ verstandenen Widerstandes: bewußter politischer Kampf, gesellschaftliche Verweigerung und weltanschauliche Dissidenz. Global verfehlt er den Sinn des „in seiner bloßen Negativität völlig hohlen kommunistischen Schlagwortes vom ‚Antifaschismus‘“.¹²

9. Unsere Auseinandersetzung mit diesen und anderen Thesen hat sich auf ihre antikommunistischen Grundlagen und Zielsetzungen zu konzentrieren. Dabei geht es vorrangig um den Sinn und um die historische Legitimität des antifaschistischen Widerstandskampfes unter Führung der KPD. Ferner geht es um den Nachweis der historischen Tragfähigkeit des antifaschistischen Bündnisses und des historischen Erbes der Antifaschisten.

Bestimmte Erfordernisse ergeben sich für unsere geschichtswissenschaftliche und ideologische Arbeit auch aus Fragestellungen, die insbesondere von Literaturwissenschaftlern neu bzw. erneut aufgeworfen worden sind. Dazu gehören m.E. das Problem der Differenziertheit in der Bourgeoisie, insbesondere in der bürgerlichen Intelligenz während der nazifaschistischen Diktatur, dazu zählen die Wertungsmaßstäbe für die „innere“ Emigration, die Anforderungen an die künstlerische Darstellung des Antifaschismus und nicht zuletzt die für den heutigen Friedenskampf so bedeutsame Frage nach der historischen Verantwortung des Individuums.

Weitere Aufgaben erwachsen den marxistisch-leninistischen Historikern auch aus der richtigen Erfassung jener Parallelen, die im Bestreben der herrschenden Klasse, den Antifaschismus bzw. die Friedensbewegung unwirksam zu machen, festzustellen sind. Sieht man vom offenen physischen

⁷ Resistenz und Widerstand. In: Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV, München/Wien 1981, S. 691 ff.

⁸ Ebenda, S. 698.

⁹ Ebenda, S. 705.

¹⁰ Ebenda, S. 708.

¹¹ Löwenthal, Richard: Widerstand im totalen Staat. In: Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin (West), Bonn 1982, S. 11 ff.

¹² Ebenda, S. 23.

Terror ab, der im Mittelpunkt des Kampfes der nazifaschistischen Diktatur gegen ihre Gegner stand, so läßt sich erkennen, daß mit einer Reihe von wesensgleichen Argumenten das Bündnis zwischen der revolutionären Arbeiterbewegung und allen anderen Antifaschisten bzw. Angehörigen der Friedensbewegung verhindert, gespalten oder unwirksam gemacht werden soll. Die Verleumdung der Kommunisten als „unehrliche“ und „konspirative Unterwanderer“, als unfähig, in „freien“ Wahlen Mehrheiten gewinnen zu können, und als sowjetische Agenten gipfelte jüngst z. B. in der Behauptung von Fritz Vilmar, der Krefelder Appell sei der Höhepunkt einer 30jährigen „Unterwanderungsgeschichte“.¹³

Bei unserer geschichtsideologischen Arbeit über die Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes sollten aber auch die folgenden hin und wieder anzutreffenden Unzulänglichkeiten¹⁴ überwunden werden:

- a) die Vermittlung von tendenziell stereotypen, simplifizierenden, heroisierenden oder entindividualisierten Vorstellungen über die Geschichte des Widerstandskampfes unter Führung der KPD, die zu einem Mißverhältnis zwischen der Aneignung von verallgemeinernden, abstrakten Aussagen und von konkretem Wissen führen;
- b) die ungenügende Berücksichtigung der sozialen, politischen und weltanschaulichen Breite des auf Kompromissen und inneren Widersprüchen beruhenden antifaschistischen Bündnisses;
- c) die zu geringe Einordnung des antifaschistischen Widerstandskampfes in die konkreten Bedingungen des Lebens im faschistischen „Alltag“ (die nicht allein mit allgemeinem Wissen über den Charakter von Faschismus und Krieg erfaßt werden können, sondern konkretes, detailliertes Wissen über Herrschaftspraktiken und -mechanismen sowie über Ideologie und Führung des Faschismus erfordern).

10. Die auf unserer marxistisch-leninistischen Faschismusforschung aufbauende geschichtsideologische Arbeit für den Frieden bedarf neben der richtigen und weltanschaulich-erzieherisch wirksamen Darstellung des Antifaschismus auch eines konkreten Wissens um die zahlreichen, teilweise auf einzelnen Elementen des „klassischen“ Faschismus beruhenden Erscheinungsformen des gegenwärtigen Faschismus. Vor allem bedarf sie aber des Wissens um den objektiven Platz dieser Erscheinungsformen in der imperialistischen Strategie eines Nuklearkrieges, im Konzept der aggressivsten Kräfte der USA und der NATO, um den Platz des Antifaschismus in der Gegenwart und im Ringen um den Frieden richtig bestimmen zu können.

Der gegenwärtige Faschismus umfaßt u.a. nach unseren bisherigen Kenntnissen folgende Strömungen und Erscheinungsformen:

- a) den orthodoxen Faschismus in Ländern, die bis 1945 von einer offen terroristischen Diktatur beherrscht worden sind sowie in Traditionsverbänden und ähnlichen, von alten Faschisten durchsetzten Einrichtungen, die eine breite Literaturwelle zur Glorifizierung bzw. zur Rechtfertigung des 1945 gescheiterten Faschismus und des von diesem entfesselten zweiten Weltkrieges produziert;
- b) den angepaßten Neofaschismus, der in seinem Kampf gegen die gesellschaftlichen Veränderungen sich gezwungen sieht, diese zu berücksichtigen, der dabei gewisse Elemente rechtskonservativ, autoritärer Denk- und Verhaltensstrukturen aufnimmt und der sich teilweise sogar vom „klassischen“ Faschismus der dreißiger und vierziger Jahre unseres Jahrhunderts distanziert;
- c) den aktivistisch-terroristischen Neofaschismus und Neonazismus, der insbesondere in den letzten Jahren stärker hervorgetreten ist und der eine unverhüllte „Strategie der Spannungen“ verfolgt;
- d) den militär-diktatorischen Faschismus, der an der Macht ist und mit Hilfe eines ausgedehnten staatlichen Repressionsapparates regiert, wobei dieser in der Regel eng mit einem ganzen System barbarisch operierender Terror-Organisationen zusammenwirkt;

¹³ In: Das Parlament, Nr. 32-33 vom 14./21.8.1982, S. 15.

¹⁴ Siehe Köhler, Christa: Die Widerspiegelung des antifaschistischen Widerstandskampfes im Geschichtsbewußtsein der Arbeiterjugend dargestellt am Bezirk Leipzig). A-Dissertation an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1981.

- e) den faschistischen Rassismus, der in bewußter oder unbewußter, in offener oder verschleierte Anknüpfung an das Herrenmenschentum und den rassistischen Antisemitismus der deutschen Nationalsozialisten auftritt und der von Intoleranz, Haß, Terror und de facto auch von vielfältigen kolonialistischen Unterdrückungsmethoden geprägt ist;
- f) einzelne faschistoide Kräfte und Gruppen, die sich bestimmter faschistischer Ideologeme und politischer Praktiken bedienen, jedoch eine völlige Beseitigung oder eine Faschisierung der gegenwärtig dominierenden bürgerlich-parlamentarischen und konservativ-autoritären Herrschaftsformen ablehnen.

Der gegenwärtige Faschismus stellt – davon haben wir angesichts der Stärke des Antifaschismus und der historischen Diskreditierung des Faschismus der dreißiger und vierziger Jahre auszugehen¹⁵ – lediglich ein Element in der Politik der für Hochrüstung und totale Konfrontation verantwortlichen Kräfte dar. Er kann sich aber auf ein relativ großes Potential von „stillen“ Anhängern rechtsextremer, faschistischer und rassistischer Ideologien stützen.¹⁶ Damit verfügt er über ein Reservoir, das unter bestimmten Bedingungen mobilisierbar ist. Sein militärisches Abenteuerium, seine revan-chistische und expansionistische Grundorientierung sowie seine Affinität zu einem offenen, die Menschheitsvernichtung einkalkulierenden nuklearen „Präventivschlag“ verstärken daher die ohnehin ernste Bedrohung des Weltfriedens erheblich.

* * *

Abschließend kann im Ergebnis der hier formulierten zehn Thesen gesagt werden, daß sich die Bedeutung des Antifaschismus – seiner geschichtlichen Lehren, seines weltanschaulichen und politisch-ideologischen Gehalts und seiner aktuellen Positionen – nicht allein aus dem Platz ableitet, den gegenwärtig der Faschismus im imperialistischen Machtsystem einnimmt. Dem historischen Bedeutungsverlust des Faschismus steht eine wachsende Rolle des Antifaschismus gegenüber, die sich hauptsächlich in der breiten Friedensbewegung der meisten imperialistischen Länder offenbart. Die historischen Erfahrungen des Kampfes gegen den reaktionärsten, barbarischsten Feind von Frieden und Fortschritt sind unübersehbar; ihre Berücksichtigung wird sich als ein wesentliches Element des Erfolgs im heutigen Ringen um den Frieden erweisen.

Geschichte – Frieden – Wissenschaft. Beiträge zur Krieg-Frieden-Problematik in historischer Sicht. Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität 1983, S. 101-111.

¹⁵ Siehe Madloch, Norbert: Einige Aspekte des Faschismus von heute. In: *horizont*, Nr. 43/1982, S. 8 f.

¹⁶ Siehe: 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben ...“ Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellung bei den Deutschen. Mit einem Vorwort von Martin Greiffenhagen. Reinbek bei Hamburg 1981.

Wesen und Erscheinungsformen des Faschismus

[Mitautor: Walter Wimmer]

Vor einem halben Jahrhundert wurde die faschistische Diktatur des deutschen Imperialismus über das deutsche Volk errichtet. Die Zeit hat das Geschehene nicht in die Vergessenheit gedrängt. Veröffentlichungen und Veranstaltungen nicht nur in der DDR, sondern auch in der BRD und in Westberlin haben zu den Ereignissen vor fünfzig Jahren Stellung genommen. Sie widerspiegeln, was aus diesem bitteren Erbe geworden ist.

In unserem sozialistischen Staat wurde deutlich, daß die DDR in der Tradition des Kampfes der deutschen Kommunisten und anderer Demokraten gegen die faschistische Gefahr in den Jahren vor 1933, in der Tradition des antifaschistischen Widerstandskampfes, des erfolgreichen Ringens für die Ausrottung der sozialen und ideologischen Wurzeln des Faschismus steht. Im Machtbereich der Monopolbourgeoisie, der Klasse, die den Faschismus hervorgebracht hat, bestimmen vordergründige Geschichtsdeuterei sowie Apologie die mehr oder weniger offiziellen Äußerungen. Diese Unterschiede zeigen das gegensätzliche Vorgehen bei der Bewältigung der Vergangenheit: Im Staat der Arbeiter und Bauern wissenschaftliche Analyse der Erfahrungen des Kampfes gegen den Faschismus und Schlußfolgerungen für die Gegenwart – im Staat der Monopolbourgeoisie ausgedehnte Beschreibungen von Oberflächenerscheinungen des Faschismus und deren subjektive Deutung, aber wütende Attacken gegen Bemühungen, zum Kern der Dinge vorzustoßen, die sozialökonomischen Wurzeln des Faschismus aufzudecken.

Verbrechen des Monopolkapitals

„1933; das Schicksalsjahr – so heißt es oft. Aber das war kein vorgezeichnetes Schicksal, das sich da erfüllte: es war schlimmster Mutwille und grenzenloses Verbrechen – proklamiert, exekutiert und nicht verhindert.“¹ So Willy Brandt zum 50. Jahrestag jener Reichtagssitzung, die das Ermächtigungsgesetz für die Hitlerregierung verabschiedete. Ein klares Wort –, nur nennt es diejenigen nicht, die das Verbrechen organisierten: die entscheidenden Kräfte des deutschen Finanzkapitals. Denn so wenig sich 1933 ein geheimnisvolles Schicksal vollzog, so wenig handelte es sich um eine „Machterschleichung“ oder „Machtergreifung“ der Nazis. Als der Reichspräsident auf Forderung von Hochfinanz und Schwerindustrie ein Kabinett aus Naziführern und konservativen Politikern ernannte, war dies durchaus keine „Auslieferung der Macht“. Die Monopolbourgeoisie dachte gar nicht daran, ihre Macht irgendwem auszuliefern.

Die Praxis wies das faschistische System von Anfang bis Ende als Gewaltherrschaft der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des deutschen Finanzkapitals aus. Gewiß verlieh der Nazifaschismus dieser Gewaltherrschaft spezielle Züge – wie jede faschistische Diktatur und auch jede andere imperialistische Macht ihre Besonderheiten hat –, aber diese widersprachen in keiner Weise den Interessen der im Lande Herrschenden. Die Monopolherren beauftragten gerade die Nazis mit der Wahrnehmung ihrer politischen Geschäfte, weil sie sich angesichts der sechs Millionen KPD-Wähler im November 1932, angesichts der Massenaktionen gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit im Sommer und Herbst 1932, angesichts des Drängens sozialdemokratischer, christlicher Arbeiter und anderer Demokraten zum gemeinsamen antifaschistischen Kampf mit den Kommunisten von einem Nazistaat die effektivste Sicherung und Ausweitung ihrer Macht, die rascheste Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges um die Weltherrschaft versprochen. Dem dienten alle Maßnahmen der faschistischen Diktatur schon 1933: die Jagd auf die Kommunisten, die mit der Notverordnung vom 28. Februar für vogelfrei erklärt wurden, das antisemitische Pogrom am 1. April, die Zerschlagung der freien Gewerkschaften am 2. Mai, das Verbot der Sozialdemokratischen Partei am 22. Juni und die nachfolgende Beseitigung der anderen Parteien, der Ausbau der Gestapo und eines Netzes von Konzentrationslagern, die als „Gleichschaltung“ praktizierte Einordnung von Hochschulen, Kirchen, Verbänden in den faschistischen Staat, das Verlassen der Abrüstungskonferenz und der Austritt aus dem Völkerbund im Oktober desselben Jahres.

¹ Vorwärts, Bonn, 24. März 1983, S. 14.

Konterrevolution

Faschistische Demagogen wie andere antikommunistische Ideologen geben faschistische Staatsstreiche gern als „Revolution“ aus, so auch jenen Übergang von der einen zur anderen Herrschaftsform des Monopolkapitals, der sich 1933 in Deutschland vollendete. Das sollte verschleiern, daß die Naziführer, durch die Großbourgeoisie in die Regierungsämter geschoben wurden; und die Werktätigen wollte man mit der Hoffnung auf eine tiefgreifende Umwälzung der von der Wirtschaftskrise gekennzeichneten sozialer Verhältnisse und eine Besserung ihrer Lage betrügen. Mit derartigen Lügen hantieren imperialistische Historiker und Politologen noch heute. Sie tun es, um den revolutionären Kampf für den Fortschritt, um die schöpferische, gesellschaftsgestaltende Tat der Arbeiterklasse zur Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung verleumderisch mit den Verbrechen des Faschismus auf eine Stufe zu stellen. So beschäftigte sich einer der Referenten auf einer „Internationalen wissenschaftlichen Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme“ in Westberlin – Richard Löwenthal – speziell damit, die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland als „revolutionäre Machtergreifung“ der Nazipartei und die zwölf Jahre dieser Diktatur als eine „nationalsozialistische Revolution“ in Permanenz auszugeben, um schließlich mit der Behauptung, diese Art „Revolution von oben“ sei „typisch für Revolutionen in entwickelten Industriegesellschaften“, zur verbalen Identifizierung von Faschismus und sozialistischer Umwälzung zu gelangen.

Mit einer Revolution hatte jedoch die Errichtung der faschistischen Diktatur absolut nichts gemein. Es war im Gegenteil ein Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen; es war Konterrevolution in extremer, widerlichster Gestalt. Die Nazidiktatur in Deutschland war der für die Menschheit, für ihre Kultur und Zivilisation gefährlichste konterrevolutionäre Vorstoß in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Die damit angestrebten Ziele waren konterrevolutionäre: Die Arbeiterklasse als der soziale Träger des gesellschaftlichen Fortschritts sollte geknebelt, die Arbeiterbewegung als Vorkämpferin für die Überwindung des Kapitalismus zerschlagen, der Marxismus-Leninismus als Theorie des revolutionären Übergangs zum Sozialismus vernichtet werden. Die Ergebnisse der Novemberrevolution, dieser größten deutschen Volksrevolution, in der das Streben breiter Arbeitermassen zum Sozialismus zum Ausdruck gekommen war, sollten rückgängig gemacht und die mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleitete revolutionäre Umgestaltung der Welt vereitelt werden. Ebenso waren die Methoden der faschistischen Herrschaft die der Konterrevolution: blutige Rache an jedem, der seine Stimme oder seine Hand gegen die Ausbeuterklasse erhob oder irgendwann erhoben hatte, Verfolgung aller humanistischen Bestrebungen und Gedanken nach dem Muster mittelalterlicher Ketzerjagden, betrügerische Umfälschung nationaler Traditionen und Kulturleistungen in eine Rechtfertigung großmachtchauvinistischen, rassistischen Wahnes Unterwerfung des gesamten Volkslebens unter das militaristische Prinzip von „Führer und Gefolgschaft“.

Schon im Juni 1923, als der Faschismus sich noch in seinen Anfängen befand, hatte Clara Zetkin vor dem Exekutivkomitee der Internationale erklärt, diese Politik des Monopolkapitals sei „der stärkste, der konzentrierteste, der klassische Ausdruck der Generaloffensive der Weltbourgeoisie“.² Die neue historische Erscheinung Faschismus widerspiegelte von Anfang an die, reaktionärsten Bestrebungen des sich dem Untergang entgegenstimmenden Imperialismus. Sie war in erster Linie gegen die Bewußtheit und Organisiertheit der Arbeiterklasse gerichtet, die sich seit 1917 so kraftvoll offenbarte. Der Faschismus trat auf, als sich die allgemeine Krise des Kapitalismus entfaltete, sich im Ergebnis des Sieges der Oktoberrevolution das Kräfteverhältnis in der Welt grundlegend veränderte. Im Aufkommen des Faschismus manifestierte sich, daß Finanzkapital und Monopole „überallhin den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen“, daß der Imperialismus Negation der Demokratie, „Reaktion auf der ganzen Linie“ bedeutet, daß seine Aggressivität weiter wuchs.³

Die Monopolbourgeoisie suchte die weitere Vertiefung der ihrer Herrschaft innewohnenden Widersprüche, die ihrer Macht nachteiligen Auswirkungen dieser Widersprüche mit aller Gewalt zu unter-

² Clara Zetkin, Der Kampf gegen den Faschismus, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 689.

³ W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Werke, Bd. 22, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 302.

binden. Während das Monopol einerseits die Ausplünderung der Werktätigen – die „Umverteilung von unten nach oben“ – forcierte und zugleich die Verwertungsbedingungen des Kapitals immer stärker mit politischen Mitteln zu seinen Gunsten zu steuern suchte, wuchs sein Bedarf nach neuen Mitteln, den so provozierten Widerstand der Massen zu brechen. Ungehemmter Terror wurde zum Staatsprinzip, systematisch und umfassend angewandter organisierter Terror zur Unterjochung des ganzen Volkes zur Grundmethode faschistischer Politik des Imperialismus. Dabei bediente sich das Finanzkapital nicht allein der traditionellen Methoden und Mittel kapitalistischer Herrschaft – der Klassenjustiz, der Polizei, der Armee –, es schuf sich zusätzlich Terroristenorganisationen. „Von deklassierten Militärs organisiert, vom Schwerkapital finanziert und bewaffnet, sind die faschistischen Kampfverbände der gefährlichste Feind des Proletariats“⁴, erklärte der Zentralausschuß der KPD schon im August 1923 in seinen Thesen über den Faschismus. Die faschistischen Verbände leisteten der Großbourgeoisie gleichzeitig den Dienst, Teile der von ihr ausgeplünderten Volksmassen in eine Massenbasis großbürgerlicher Herrschaft umzufunktionieren und gegen die Arbeiterbewegung zu hetzen.

Faschistische Tendenzen zeigten sich bereits in den Konterrevolutionen der Jahre 1918 und 1919. Das Horthy-Regime, das nach der Niederschlagung der Räterepublik in Ungarn errichtet wurde, war eine terroristische Diktatur des Finanzkapitals und der Großgrundbesitzer mit faschistischen Zügen. In Italien bereitete die 1919 entstandene faschistische Bewegung unter Mussolini der Errichtung einer faschistischen Diktatur im Jahre 1922 den Weg. Nach dem Vorbild des italienischen Faschismus entstanden in den folgenden Jahren mehr oder weniger faschistische Regime in weiteren Ländern, so in Bulgarien, Spanien, Polen, Litauen, Österreich. Sie waren in dem einen Fall durch den starken Einfluß des Militärs, in einem anderen durch das maßgebliche Wirken klerikalen Kräfte, in einem dritten durch die bestimmende Rolle der Monarchie, häufig auch durch die reaktionären Interessen der Großgrundbesitzerkaste oder durch den großen Einfluß des Auslandskapitals gekennzeichnet.

In Deutschland formierten sich faschistische Organisationen unmittelbar im Anschluß an die Niederlage der Novemberrevolution, und faschistische Ziele wurden von Vertretern des Monopolkapitals, des Junkertums und der militärisch-politischen Führungskräfte ebenfalls schon seit dieser Zeit verfolgt. Mit dem Übergang zu den dreißiger Jahren trat hier die Orientierung auf eine Diktatur faschistischen Charakters in der Politik der Monopolbourgeoisie immer mehr in den Vordergrund, und gleichzeitig erwies sich die Nazipartei immer mehr als die den Bedürfnissen des deutschen Finanzkapitals am meisten entsprechende Organisation. Auch in Finnland, Frankreich, Rumänien und anderen Ländern entwickelten sich faschistische Kräfte und Tendenzen.

Eine treffende Definition

Unbeschadet der Vielgestaltigkeit des Faschismus war sein kausaler Zusammenhang mit dem Imperialismus immer unverkennbar – so sehr sich auch die Demagogen aller Spielarten bemühten, das zu verschleiern. Ohne die Aufdeckung dieses Zusammenhangs kann es keine die antifaschistischen Kräfte orientierende Bestimmung des Wesens und des Klassencharakters des Faschismus geben. Daher bemühten sich die Kommunistische Internationale und ihre Sektionen, auch die KPD, seit dem ersten Auftreten faschistischer Erscheinungen um deren klare, klassenmäßige Charakterisierung. Die zitierten Äußerungen aus dem Jahre 1923 zeigen, daß die marxistisch-leninistische Analyse von Anfang an den Kern traf. Das herausragende Ergebnis dieser Bemühungen findet sich dann in dem Referat Georgi Dimitroffs auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.

Die klassische Definition, daß der Faschismus an der Macht „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“⁵ ist, fußt auf einer Charakterisierung des Faschismus, die das XIII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Dezember 1933 traf, als es zum Geschehen in Deutschland Stellung nahm.

⁴ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII/2, Dietz Verlag, Berlin 1966, S. 399.

⁵ Georgi Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 525.

Diese präzise Wesensbestimmung des Faschismus ist durch die Geschichte immer wieder veranschaulicht und in allen ihren Aspekten bestätigt worden. Sie bezieht sich nicht nur auf faschistische Regime, sondern auch auf faschistische Bewegungen und Tendenzen; sie beschränkt sich nicht auf den Faschismus der dreißiger Jahre, sondern erfaßt ebenso spätere Erscheinungsformen des Faschismus. Drei Gesichtspunkte sind dabei hervorzuheben:

- Politik und Ideologie des Faschismus verkörpern die extrem militanten antikommunistischen und antisowjetischen Positionen des Imperialismus und sind ohne Einschränkungen friedens- und fortschritts-, ja menschenfeindlich.
- Faschismus ist eine qualitativ neue Herrschaftsform des Finanzkapitals, die mit unverhülltem Terror die Arbeiterklasse, aber auch alle anderen progressiven und selbst die nur potentiell demokratischen Kräfte unterjocht. Er sucht Anders gesinnte zu isolieren und möglichst physisch zu vernichten, entwürdigt die menschliche Persönlichkeit. Er bekämpft jedes demokratische Denken, das Einblicke in die gesellschaftlichen Verhältnisse öffnet, und zwingt der Gesellschaft eine menschenfeindliche, aus einem Sammelsurium borniertester und rückständigster Vorstellungen bestehende Ideologie auf. Faschismus schränkt darüber hinaus den Spielraum auch für die nicht mehr an der Herrschaft beteiligten Teile der Bourgeoisie entscheidend ein.
- Faschismus widerspiegelt die ökonomischen, sozialen und politischen Ziele der aggressivsten, am meisten zum Kriege drängenden Teile der herrschenden Klasse, verfolgt die hegemonistisch-expansionistische Variante ihrer Außenpolitik. Er ist nach innen wie auch nach außen brutal nationalistisch. Die Faschisten vertreten am rücksichtslosesten das monopolistische Interesse, imperialistische und revanchistische Raubkriege sowie Vernichtungskriege gegen den Sozialismus und gegen die befreiten Völker zu entfesseln.

Natürlich werden mit der Bestimmung des Klassencharakters noch nicht alle Seiten des Faschismus erklärt, kann doch eine Definition, wie Lenin einmal bemerkte, „niemals die allseitigen Zusammenhänge einer Erscheinung in ihrer vollen Entfaltung umfassen“⁶. Die von den Kommunisten erarbeitete Definition erfaßt jedoch mit dem Klassencharakter des Faschismus das Wesentliche und liefert die solide Basis für jede weitere Untersuchung. Sie bietet die Grundlage, das Wesen des Faschismus in der Vielschichtigkeit seiner Erscheinungen zu erkennen und damit auch das allen Formen des Faschismus Gemeinsame zu erfassen und die in ihm wirkenden Kräfte zu bestimmen. Die Erkenntnis des Klassencharakters des Faschismus ist auch die Voraussetzung dafür, Wesen und Ursachen seines Masseneinflusses aufzudecken.

Nicht die Millionen, sondern die Millionäre brachten den Faschismus hervor!

Kommunisten betrachten und führen den Kampf gegen den Faschismus seit eh und je als Massenkampf und als einen ideologisch-politischen Kampf um die Massen. Bürgerliche Ideologen dagegen verweisen auf den Masseneinfluß der Faschisten, um den Volksmassen die Verantwortung für den Faschismus zuzuschieben und von jenen abzulenken, die die faschistische Diktatur vorbereiteten und installierten oder ihr Zustandekommen durch Untätigbleiben erleichterten. Eine ihrer gängigsten Lügen ist die Behauptung, die Massen hätten dem Nazifaschismus durch ihr Wahlervotum das Übergewicht verliehen.

Doch die Wahrheit lautet anders: Nicht die verelendeten Kleinbürger und Bauern und nicht die sechs Millionen Arbeitslosen – wenngleich vielfach von Unternehmerwillkür und sozialreaktionärer Regierungspraxis zur Verzweiflung getrieben und damit für Lügen der Faschisten empfänglich gemacht – ersannen den Ruf nach dem „starken Mann“. Es war der Reichsverband der deutschen Industrie, der schon 1929 die Vernichtung der Demokratie forderte und eine Regierung, die „durchzugreifen“ gewillt war – gegen jeden, der dem Profitmachen im Wege stand. Nicht die Werktätigen, sondern der Reichspräsident, die Reichsregierungen und die Polizeibehörden legten das Parlament lahm und hoben die demokratischen Rechte auf. Nicht die Massen wählten Hitler zum Kanzler;

⁶ W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Werke, Bd. 22, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 270.

seine Ernennung regelte der kleine Klüngel führender Männer der „Wirtschaft“, das heißt der größten Banken und Industriemonopole – nach einer deutlichen Abwendung von zwei Millionen Wählern Im November 1932 von der Nazipartei!

Die lügnerische Beschuldigung der Massen wie die Behauptung von der „Alleinschuld“ Hitlers drücken die Grundthese aller bürgerlichen Theorien über den Faschismus aus: die Leugnung seines imperialistischen Klassencharakters. Dieses Anliegen der Ideologen der Bourgeoisie wurde von dem amerikanischen Historiker Henry A. Turner jr. mit folgender unfreiwillig entlarvender Feststellung begründet: „Entspricht die weit verbreitete Ansicht, daß der Faschismus ein Produkt des modernen Kapitalismus ist, den Tatsachen, dann ist dieses System kaum noch zu verteidigen.“⁷

Die den Faschismus hervorbringenden und die ihn hemmenden Faktoren bilden ein kompliziertes Geflecht gesellschaftlicher Bedingungen: Bedürfnisse der herrschenden Klasse, Widersprüche innerhalb dieser Klasse, Widersprüche zwischen den Ausbeutern und anderen gesellschaftlichen Kräften, das Kräfteverhältnis der Klassen. Gerade das erfordert, alle Faktoren, alle Zusammenhänge und die ganze Skala der Triebkräfte des Faschismus aufzudecken, um den antifaschistischen Kampf erfolgreich führen zu können und stets auch die Quellen des faschistischen Einflusses auf breite Massen von Werktätigen zu beachten. Ein solches Vorgehen ermöglichte der KPD 1930 den Nachweis, daß die Faschisierung des Landes sowohl durch die faschistischen Kampforganisationen als auch durch den Staatsapparat erfolgte. Die Kommunisten analysierten auch die Ursachen des faschistischen Masseneinflusses und entwickelten als einzige gesellschaftliche Kraft in Deutschland eine Politik, ihm wirksam entgegenzutreten.

Das Reservoir, aus dem die Faschisten ihren Anhang rekrutierten, bildeten in Deutschland zunächst vorwiegend durch den Krieg und die Jahre der Inflation sozial Entwurzelte, dann aber hauptsächlich beträchtliche Teile der Landbevölkerung, des städtischen Kleinbürgertums, insbesondere der Beamenschaft und auch der Jugend. Einbrüche in die Arbeiterklasse gelangen dem Faschismus nicht in diesem Maße. Zugänglich für die faschistische Demagogie waren vor allem Schichten, die besonders unter dem wirtschaftlichen Druck der Monopole, der Großbanken und der Junker litten, von sozialem Aufstieg und einer gesicherten kleinbürgerlichen Existenz träumten und traditionell den Grundthesen der bürgerlichen Ideologie verhaftet waren. Sie waren besonders anfällig für das Trugbild von einem „Nationalsozialismus“, das von den wirklichen Zielen des Faschismus auf niederträchtigste Weise ablenkte.

Die Wählerscharen der Nazipartei, die ihr seit 1929/30 zuliefen, kamen von den alten bürgerlichen Parteien. Die Faschisten nutzten für ihre nationale Demagogie und großmachtchauvinistische Hetze die geistige Manipulierung der Menschen durch Schule, Kirche, Vereine, Zeitungen, Kino usw.; sie knüpften zugleich geschickt mit ihrer sozialen, auch antikapitalistisch gefärbten Demagogie an die Existenzangst der Kleinbürger an. Die Nazis intensivierten die Beeinflussung der Massen mit allen Mitteln, unter Ausnutzung der damals modernsten Medientechnik, mit einem großen agitatorischen Aufwand, mit skrupellosen Appellen an niedrigste Instinkte, an rückständigste Vorstellungen, durch ihre Hetze gegen Marxisten und Juden.

Die KPD warnte frühzeitig vor den Gefahren, die aus der faschistischen Irreführung der Massen erwuchsen, und setzte an den beiden entscheidenden Punkten an: Sie versuchte, die verelendenden Werktätigen zum Kampf gegen das Kapital, für die Sicherung von Löhnen und Arbeitsplätzen, von Gehältern, Renten und Sozialleistungen, für den wirtschaftlichen Schutz der Bauern und Kleingewerbetreibenden zu mobilisieren. Und sie setzte sich energisch und unermüdlich mit der faschistischen Demagogie, vor allem mit dem bürgerlichen Nationalismus, auseinander.

Die Gefahr ist nicht gebannt

Die richtige Erkenntnis des Charakters und der Triebkräfte des Faschismus bildet auch heute die Voraussetzung, ihn wirksam zu bekämpfen. Wer glaubt, daß der Faschismus von deklassierten

⁷ Henry Ashby Turner jun., Faschismus und Kapitalismus, Göttingen 1972, S. 7.

Abenteurern und gewieften Demagogen gemacht wird, übersieht, daß er in Wahrheit die gewaltige ökonomische, politische, ideologische und militärische Macht der Ausbeuterklasse repräsentiert. Wer Faschismus als Produkt des Lumpenproletariats oder als eine Bewegung der Mittelschichten, die sich gegen Arbeiterklasse und Großkapital gleichermaßen richte, auffaßt, lenkt antifaschistische Aktivität logischerweise in die falsche Richtung. Wer Faschismus nur als „Hitlerismus“ oder „Mussolinismus“ begreift, für den hat sich das Problem mit dem Tode der beiden faschistischen Führer erledigt. Wer anthropologisierenden oder psychologisierenden Erklärungsmustern vom Faschismus als Ausdruck des „Bösen“ im Menschen oder seines angeblich eingeborenen Aggressionstriebes glaubt oder das Wort redet, bleibt in wirkungslosen moralisierenden Appellen zur Veränderung der menschlichen Natur stecken. Wer das Siegheil-Geschrei fanatisierter Massen als wichtigstes Kennzeichen des Faschismus hinstellt, lenkt von den tatsächlich treibenden Kräften ab. Solche Fehldeutungen aber dominieren nach wie vor in der bürgerlichen Fachliteratur und in den bürgerlichen Medien.

Eine treffende und wirksame Faschismusanalyse ist nach wie vor eine aktuelle politische Aufgabe, denn der Faschismus ist in einer Reihe von Ländern auch heute noch blutige Wirklichkeit, ist als Tendenz in der Politik des Finanzkapitals nicht etwa aus der Welt geschafft. Die faschistische Diktatur in der Gestalt des Naziregimes war nur eine der Formen imperialistischer Gewaltherrschaft. Sie entsprang der *damaligen* Lage des *deutschen* Imperialismus: nach seiner Niederlage im ersten Weltkrieg, nach den Schlägen, die er in der Novemberrevolution erhalten hatte. Faschismus kann auch in anderer Gestalt auftreten, und faschistische Tendenzen im imperialistischen Herrschaftssystem können auch unter Beibehaltung von gewissen Formen bürgerlich-parlamentarischer Staatsordnung wirken und sich unter bestimmten Bedingungen ausbreiten. Faschistische Herrschaftsmethoden können verschleiert und mit anderen Methoden kapitalistischer Klassenherrschaft verquickt werden. Faschistische Ideologie kann mit anderen Dogmen als denen der Nazis ausgestattet sein. Solche Unterschiede sind schon deshalb verständlich, weil die faschistischen Methoden der dreißiger Jahre nach dem zweiten Weltkrieg von den Völkern geächtet wurden und weil die demokratischen Kräfte, insbesondere die Arbeiterklasse, sich auch in den kapitalistischen Ländern entschieden gegen alle politischen Erscheinungen wenden, die an die faschistische Herrschaft erinnern.

Selbstverständlich ist es notwendig, den Unterschied zwischen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und dem Faschismus sorgfältig zu beachten, niemals eine Abschwächung des Kampfes für die Verteidigung bürgerlich-demokratischer Rechte und Einrichtungen gegen faschistische Anschläge zuzulassen. Es wäre jedoch falsch, aus der wissenschaftlichen Verallgemeinerung, daß es zwei Grundformen imperialistischer Herrschaft gibt, die, bürgerlich-parlamentarische und die faschistische, ein starres Schema zu machen, mit dem man die Vielgestaltigkeit imperialistischer Macht und Politik nicht erfassen kann, weil beide Grundformen keineswegs immer „rein“ auftreten.

Die Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus hat dem internationalen Monopolkapital Erfahrungen vermittelt und ihm gezeigt, welche Risiken eine offene faschistische Diktatur einschließt. Das hindert den Imperialismus jedoch nicht, wenn er es für nötig hält und es ihm möglich ist, Elemente des Faschismus in seiner Politik und vor allem in seiner Ideologie anzuwenden. Antikommunismus bis zur Hysterie der Hexenjagden der späten vierziger Jahre in den USA, Verleumdung des realen Sozialismus, Diffamierung und Verfolgung konsequenter Demokraten, Duldung und Förderung von Rassismus in der scharfen Form der Apartheid oder der weniger krassen der Ausländerfeindlichkeit, Verherrlichung von Gewalt und Krieg bis hin zum Kernwaffenkrieg und „Krieg der Sterne“

deuten darauf hin. Die Weigerung, faschistische Verbrecher zu verfolgen, die Sympathie für faschistische Regime charakterisieren imperialistische Regierungen, herrschende Kreise gewisser imperialistischer Länder, internationale Rüstungsmonopole keineswegs als Hüter bürgerlicher Demokratie.

Die Gefahr des Faschismus bleibt bestehen, solange es Imperialismus gibt. Vom politischen Kräfteverhältnis der Klassen in den jeweiligen Ländern, vor allem von der Kraft der Arbeiterbewegung,

vom einheitlichen, entschlossenen Kampf älter progressiven Kräfte, einschließlich der Bereitschaft bürgerlich-demokratischer Kreise, aus der Geschichte zu lernen, und vom internationalen Kräfteverhältnis hängt es ab, die faschistische Bestie zu bannen; denn „der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“⁸.

Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus. Herausgegeben vom Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 38. Jahrgang, Heft 5-[19]83, S. 485-491.

⁸ Bertolt Brechts, Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui, Stücke, Bd., IX, Aufbau-Verlag, Berlin 1968, S. 365.

Wir verwirklichen das revolutionäre Erbe von Karl und Rosa

Gedanken zum Jahrestag der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs am 15. Januar 1919

Jawohl! Die revolutionären Arbeiter Berlins wurden geschlagen!

Und die Ebert-Scheidemann-Noske haben gesiegt ...

Aber es gibt Niederlagen, die Sieg. sind; und Sieg, verhängnisvoller als Niederlagen.

Die Besiegten der blutigen Januarwoche, sie haben ruhmvoll bestanden; sie haben um Großes gestritten, ums edelste Ziel der leidenden Menschheit, um geistige und materielle Erlösung der darbenenden Massen; sie haben um Heiliges Blut vergossen, das so geheiligt wurde. Und aus jedem Tropfen dieses Bluts, dieser Drachensaat für die Sieger von heute, werden den Gefallenen Rächer entstehen, aus jeder zerfetzten Fiber neue Kämpfer der hohen Sache, die ewig ist und unvergänglich wie das Firmament.

Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein.

(Aus: „Trotz alledem!“, dem letzten Artikel Karl Liebknechts, veröffentlicht am 15. Januar 1919 in der „Roten Fahne“)

Bilder vermitteln Eindrücke, regen zum Nachdenken und Vergleichen an. So geht es sicherlich auch dem Leser dieser Zeilen und Betrachter der hier wiedergegebenen Fotos.

Unzählige Menschen standen am 25. Januar des Jahres 1919 am Straßenrand, als Karl Liebknecht und 31 hingemeuchelten Kämpfern des deutschen Proletariats in Berlin das letzte Geleit gegeben wurde. Die Mörder wollten die junge Kommunistische Partei Deutschlands treffen. Sie wollten die KPD „enthaupen“ und ihrer besten Führer berauben, wie sie es selbst zynisch und offen formulierten.

Unzählige Berliner marschierten 14 Jahre später, am 15. Januar 1933 bei eisiger Kälte zu den Gräbern Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. An die Adresse der Reaktion richtete damals die „Rote Fahne“ die stolzen und zugleich mahnenden Worte: „Ihr habt sie gemordet, aber ihr Geist lebt!“ Die Partei der Kommunisten, von beiden an der Jahreswende 1918/19 geschaffen, kämpfte und lebte. Sie demonstrierte, wie groß ihre Reihen geworden waren. Und wieder griff die Reaktion zum Mittel des politischen Terrors und des Mordes. Ihr Instrument war nunmehr der Faschismus, der seinen monopolkapitalistischen Auftraggebern versprach, alles auszurotten und für immer zu beseitigen, was sich den weltumspannenden Ideen von Karl Marx und seinem revolutionären Vorbild verschrieben hatte.

Unzählige Menschen sind es auch heute, seit vielen Jahrzehnten immer wieder, die das Andenken jener beiden Großen der deutschen Arbeiterbewegung nach dem Sieg über den Faschismus ehren. Doch nicht nur die, die in Berlin demonstrieren. würdigen ihr Werk und setzen es fort.

In uns allen lebt die revolutionäre Partei, das unbesiegbare Unterpfand aller Erfolge und Siege. Der Geist von Marx lebte in Liebknecht und Luxemburg und führte sie zur Gründung einer Partei auf der Grundlage des Marxismus und des Leninismus. der schöpferischen Weiterentwicklung Marxscher Ideen in unserer Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Getragen vom Marxschen Wissen über den unaufhaltsamen Gang der Geschichte in eine neue, von Ausbeutung und Unterdrückung befreite Gesellschaftsformation, zog der Geist Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs breite und immer breitere Kreise – trotz Mord und Verfolgung, trotz Terror und faschistischer Barbarei.

Der Artikel „Trotz alledem!“, der letzte aus der Feder Karl Liebknechts, der gleichsam zu seinem politischen Testament geworden ist, strahlte bereits diesen Optimismus und einen unerschütterlichen Glauben an die „lebendigen Urkräfte der sozialen Revolution“ aus. Er spricht Vom Naturgesetz der Gesellschaftsentwicklung, das auch über Niederlagen zum Sieg führt: „Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein.“

Wenn seitdem bei vielen Gelegenheiten gesungen wird „Dem Karl Liebknecht haben wir’s . geschworen“, dann geschieht dies in dem festen Willen, das Programm Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs zu verwirklichen, es immer weiter zu führen. Es war und ist das Programm, das auf den Ideen von Karl Marx aufbaut – also auf einem soliden und guten Fundament. Heute, im 34. Jahr der Existenz unserer Republik, können wir in den Thesen zum Karl-Marx-Jahr voller Stolz feststellen: „Mit der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und der sozialistischen Revolution in der DDR hat der Sozialismus auch in der Heimat von Karl Marx festen Fuß gefaßt.“

Volkswacht, 15. Januar 1983.

Faschismus – zum Zweck des Profits an die Macht geschoben

Was bürgerlich. Ideologen seit 50 Jahren geflissentlich verschweigen

Am 30. Januar 1933 berief der damalige Reichspräsident Hindenburg eine faschistische Regierung in Deutschland, in der Hitler Reichskanzler wurde. Damit wurden die zwölf finstersten Jahre in der deutschen Geschichte eingeleitet, die millionenfachen Tod und Leid vor allem für die Völker Europas brachten. Die KPD, die als einzige Partei konsequent dafür gekämpft und die größten Opfer gebracht hatte, dem Finanzkapital den Weg zur faschistischen Diktatur zu versperren, setzte auch nach dem 30. Januar 1933 als einzige organisierte Kraft den antifaschistischen Kampf fort.

WAS war der Faschismus, WIE kam er an die Macht? – diese Fragen bis ins letzte zu beantworten, ist für die Menschheit heute Lebens- und Existenzfrage, um eine Wiederholung von Faschismus und Krieg zu verhindern.

Am Ende des etwa halbstündigen Ernennungsaktes hatte der greise Hindenburg zu Hitler und den Ministern gesagt: „Und nun, meine Herren, vorwärts mit Gott!“

Vorwärts? Wohin sollte es eigentlich gehen? Zu welchem Zweck war eine Regierung berufen worden, die mancher Beobachter der Politischen Szene noch vor Jahr und Tag nicht für möglich gehalten hatte? Von Hindenburg selbst stammte das Wort, der „böhmische Gefreite“ könne allenfalls Postminister werden, ein Wort, das zu kolportieren sich nun wie von selbst verbot. Ein verbrecherisches Regime hatte offensichtlich die Bühne betreten. Seine Mittel waren für jeden erkennbar; den Weg der NSDAP von ihren Anfängen bis zur Regierungspartei säumten die zahlreichen Erschlagenen, die Opfer eines brutalen und vor nichts zurückschreckenden Terrorismus.

Klare Antwort der Kommunisten

Wer damals auf die Frage nach der Bedeutung des Tages und nach dem Wohin der kommenden Entwicklung eine Antwort suchte, mußte schon zur Presse der deutschen Kommunisten greifen. Seit langem stand für die KPD als einziger konsequenter antifaschistischer Kraft fest, daß die Partei der Nazis – getragen vom Geld der Millionäre und gestützt von den Millionen irregeleiteter Wähler – das Geschäft der extrem reaktionären und der aggressivsten Kreise des Finanzkapitals betrieb, daß sie deren weitreichende Weltherrschaftspläne zu ihren eigenen gemacht hatte. In den zahlreichen Wahlkämpfen des Jahre 1932 lautete die warnende Parole der KPD: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ Die Kommunisten wußten, daß der Aufstieg der Nazis zu einer regierungsfähigen Partei des Monopolkapitals im Zeichen imperialistischer Aggressivität erfolgt war. Ihnen war auch klar, daß es für die, die dem Faschismus den Weg bereiteten, Wichtigeres in der Welt als den Frieden gab. Sie erkannten den engen Zusammenhang von Faschismus und Krieg, während die rechten sozialdemokratischen Führer den Faschismus lediglich als eine wenig aussichtsreiche Bewegung der Mittelschichten oder sogar des Lumpenproletariats betrachteten. Häufig trübte antikommunistische Verblendung den Blick auf die Notwendigkeit eines einheitlichen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse.

1933 wurde die faschistische Partei mit dem verlogenen Namen für die forcierte Vorbereitung eines zweiten Krieges aufeinander gehetzter Völker und zur Beseitigung des ersten sozialistischen Staates der Welt an die Macht geschoben.

An den öffentlichen, demagogisch-berechnenden Aussagen der Hitler-Regierung konnte sich keiner, der eine klare Antwort suchte, orientieren. billige Versprechungen aller Art. dominierten. Da sollte die Arbeitslosigkeit – sie betraf mehr als 6 Millionen Menschen – beseitigt werden, da sollten in Deutschland wieder „Ruhe und Ordnung“ einziehen, da sollte keiner mehr hungern und frieren, da sollte die „nationale Ehre“ des Deutschen Reiches wiederhergestellt werden. Ja, da sollte jeder in sozialer Sicherheit leben und sogar ein Auto fahren können. Die dafür geplanten „Voraussetzungen“ wurden nicht genannt: Krieg, Unterjochung und Ausrottung anderer Völker, Weltmacht der deutschen Herrenrasse. Vom weltweit gespeisten Profit der deutschen Monopole sollten entbehrliche Bröckchen auch für die Massen abfallen. Die Diskrepanz zwischen den Zielen der Monopole

und denen der Massen war jedoch zu offensichtlich. Daher begann das Regime der Barbarei nach außen mit friedfertigen Tönen. In Wahrheit galt es, die Arbeiterbewegung – sowohl die kommunistische als auch die sozialdemokratische – als Hauptträger künftiger Revolutionen und Friedensbewegungen aus dem politischen Leben auszuschalten bzw. zu vernichten. Dann sollten die Massen mobil gemacht werden; fanatisierte Soldaten und blinde Werkzeuge imperialistischer Kriegspolitik wurden benötigt und prägten das faschistische Menschenbild.

Die wahren Ziele

Hinter verschlossenen Türen, wenn die Finanzgewaltigen und ihre neuen Minister unter sich berieten, sprach man ungeniert und offen. Hitler, noch kaum an das neue Amt gewöhnt, formulierte am 3. Februar vor den Befehlshabern der Reichswehr, daß es seiner Regierung um das grundsätzliche Ziel einer „Wiedergewinnung der politischen Macht“ des deutschen Imperialismus gebe, was ja nur die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 bedeuten konnte. Aber für seine profitgierigen Auftraggeber wollte Hitler noch weit mehr erreichen: „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung“. Die neue Formel zur Liquidierung des ersten sozialistischen Staates und für die Nutzung eines menschenleer geschossenen Raumes war gefunden! Am 20. Februar traf sich Hitler mit führenden Industriellen, die seinen Wahlkampf um so freudiger zu finanzieren bereit waren, als sie hören konnten, daß es für lange, lange Zeit keine Demokratie und keine Wahlen oder andere „Störungen“ mehr geben würde.

Es war mehr vor sich gegangen als ein bloßer Regierungswechsel. Das von den reaktionärsten Kräften der deutschen Monopolbourgeoisie jahrelang betriebene Werk der Vernichtung des Weimarer Staates war vollendet worden. Die Republik von Weimar wurde von jenen Großindustriellen und Militaristen zu Grabe getragen, die von Anfang an – also seit der Novemberrevolution 1918/19 – in ihr nur eine zeitweilige Lösung ihrer Herrschaftsprobleme gesehen hatten. Von ihnen war die Nazi-partei mit viel Mühe und Geld aufgebaut worden. Im Herbst 1932 mußten sie sehen, daß dieser die Wähler davonzulaufen begannen. Daher bestürmten immer mehr Monopolherren das Staatsoberhaupt, nun endlich die Nazifaschisten mit dem Regierungsamt zu betrauen. Endlich – das hieß im Klartext: bevor es zu spät und die NSDAP zerfallen ist ...

Die Losung der Antifaschisten

Dem „Vorwärts!“ in den Krieg hätte Einhalt geboten werden können. Das ist eine Lehre des 30. Januar 1933 von besonderem Gewicht; geht es doch auch heute um die Auseinandersetzung mit den aggressivsten Kräften des Imperialismus, die der Menschheit heute nicht nur einen dritten Weltkrieg aufzwingen wollen, sondern sogar ihren völligen Untergang in einem atomaren Inferno planen. Liest man die ersten Sitzungsprotokolle der Hitler-Regierung, so ist deren Angst vor einem Generalstreik der Massen deutlich zu spüren – die Erinnerung an die machtvolle einheitliche Aktion, die im März 1920, die den Kapp-Putsch hinweggefegt hatte, war noch frisch. Die KPD widmete ihre ganze Kraft dem gemeinsamen Kampf der Arbeiter gegen den gemeinsamen Hauptfeind, das einzige Mittel also, das damals der Geschichte ein wirkliches „Vorwärts!“ auf dem Weg zu Frieden, Demokratie und Sozialismus ermöglicht hätte.

Freies Wort, Nr. 4/1983 (Beilage).

Weiche für Eroberungen war gestellt

Gedanken zum 50. Jahrestag der faschistischen Machtergreifung und ihre aktuellen Lehren

Die ganze Zeremonie im Empfangsraum des Reichspräsidenten dauerte nur wenige Minuten. Dann verabschiedete sich Hindenburg von seinen neuen Ministern mit den Worten: „Und nun, meine Herren, vorwärts mit Gott!“

Jener, der hier Gott bemühte, besser aber wohl das Monopolkapital genannt hätte, war ein Hauptkriegsverbrecher des ersten Weltkrieges. Nun betraute er den künftigen Hauptkriegsverbrecher des zweiten Weltkrieges mit der Regierungsgewalt in Deutschland. Das, was die Kommunisten vorausgesagt, wogegen sie unermüdlich gekämpft hatten, war nun Wirklichkeit geworden: die faschistische Diktatur, die skrupellos das Geschäft der reaktionärsten und aggressivsten Monopolherren betrieb.

Gleisnerische Versprechungen und lockende Werbesprüche der Nazis sollten die eigentlichen Zwecke des 30. Januar verschleiern. Doch hinter verschlossenen Türen, wenn die Finanzgewaltigen und ihre neuen Minister unter sich berieten, sprach man ungeniert und offen. Hitler, noch kaum an das neue Amt gewöhnt, formulierte am 3. Februar vor den Befehlshabern des Heeres, daß es seiner Regierung um das grundsätzliche Ziel einer „Wiedergewinnung der politischen Macht“ des deutschen Imperialismus gehe, was ja nur die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 bedeuten konnte. Aber für seine profitgierigen Auftraggeber wollte Hitler noch weit mehr erreichen: die „Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung“. Die neue Formel zur Liquidierung des ersten sozialistischen Staates war gefunden! Am 20. Februar traf sich Hitler mit führenden Industriellen, die seinen Wahlkampf um so freudiger zu finanzieren bereit waren, als sie hören konnten, daß es für lange, lange Zeit keine Demokratie und keine Wahlen oder andere „Störungen“ mehr geben würde.

Dem Marsch in Diktatur und Krieg hätte Einhalt geboten werden können. Das ist eine aktuelle Lehre des 30. Januar 1933. Sie ist von besonderem Gewicht, geht es doch auch um die Auseinandersetzung mit den aggressivsten Kräften des Imperialismus, die der Menschheit nicht nur einen dritten Weltkrieg aufzwingen wollen, sondern sogar ihren völligen Untergang in einem atomaren Inferno planen.

Liest man die ersten Sitzungsprotokolle der Hitler-Regierung, so ist deren Angst vor dem politischen Massenstreik sowie vor einheitlichen Aktionen der Massen deutlich zu spüren. Die Erinnerung an die machtvollen Aktionen, die im März 1920 den Kapp-Putsch hinweggefegt hatte, war noch frisch. Die KPD legte – leider nur sie allein – ihre ganze Kraft in die Waagschale des Antifaschismus. Ihre Einheitsfrontpolitik zielte auf den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Hauptfeind, auf das einzige Mittel also, das damals der Geschichte einen anderen Weg als den der kommenden zwölf Jahre ermöglicht hätte.

Blind gegenüber der hohlen Phrase vom „legalen“ Machtantritt der Hitler-Regierung, wollten die rechtssozialdemokratischen Führer lediglich im gewohnten parlamentarischen Stil reagieren. Hatten sie am 20. Juli 1932 gegen Papens Preußen-Putsch nur mit einer Klage beim Staatsgerichtshof geantwortet, so vertrösteten sie jetzt auf die Neuwahlen zum Reichstag, indem sie einen Mißtrauensantrag gegen das neue Kabinett einzubringen beabsichtigten. Die 250.000 Mann der „Schutzformationen“ in der Eisernen Front der SPD und die „Hammerschaften“ des ADGB warteten auf den Ruf zum Kampf, doch dieser kam nicht.

Als sich Lenin 1919/20 mit den revolutionären Kämpfen seiner Zeit und dem Stand der damaligen weltweiten Klassenauseinandersetzungen befaßte, hielt er es nicht nur für notwendig, die Kommunisten in allen Ländern auf die Gewißheit ihres Sieges hinzuweisen, sondern sie auch gleichzeitig dazu aufzufordern, „die größte Leidenschaftlichkeit in dem gewaltigen revolutionären Kampf mit möglichst kaltblütiger und nüchterner Einberechnung der Tobsuchtsanfälle der Bourgeoisie (zu) verbinden“. Es war 15 Jahre später keineswegs zufällig, daß Georgi Dimitroff in seinem Referat auf

dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, in dem er das Klassenwesen des Faschismus analysierte, gerade an diese Worte erinnerte.

In der Geschichte der Konterrevolution und ihrer ständigen Bemühungen, den Sieg der revolutionären Arbeiterbewegung und den historischen Fortschritt mit allen Mitteln – auch mit denen äußerster Brutalität und Aggressivität – aufzuhalten, nahm der Faschismus einen zentralen Platz ein. In jeder Hinsicht sollte sich dieser als einer der barbarischsten und folgenreichsten „Tobsuchtsanfälle“ der von ihrem gesetzmäßigen Untergang bedrohten herrschenden Klasse der imperialistischen Länder erweisen. Und es verwundert sicher keinen, wenn wir ein halbes Jahrhundert später angesichts des offen propagierten antisozialistischen „Kreuzzuges“ und der Gefahr eines weltweiten Nuklear-Infernos erneut und nachdrücklich die Leninsche Mahnung von 1919/20 ins Bewußtsein rufen, indem wir eine aktive Politik zur Stärkung des Sozialismus sowie eine konsequente antiimperialistische Friedenspolitik betreiben.

Tribüne (Berlin), 28.01.1983.

Als der Reichstag in Flammen stand ...

Vom Fackelschein am Brandenburger Tor zum Brand des Reichstagsgebäudes am 27. Februar 1935 – Naziprovokation größten Ausmaßes

Bekannt sind die Bilder jubelnder SA-Leute, die am 30. Januar 1933 im Scheins brennender Fackeln durch das Brandenburger Tor zogen. Der nazifaschistische Organisations- und Propagandaapparat lief auf vollen Touren: des Volkes „Einigkeit“ mit der neuen Regierung sollte demonstriert werden. Nach Jahren Weimarer Republik – die als Systemzeit und Herrschaft der „Novemberverbrecher“ verunglimpft wurde – und vom Anbruch einer „neuen Zeit“ künden. In Wirklichkeit folgte diesem Ereignis Untat auf Untat, Verbrechen auf Verbrechen. Erst brannten lediglich die Fackeln, dann brannte am 27. Februar der Reichstag, am 10. Mai verzehrten die Flammen zahllose Bücher fortschrittlicher Autoren, schließlich fauchten die Öfen der Krematorien in den Konzentrations- und Vernichtungslagern. Es begann im Schein brennender Nazifackeln und endete im Inferno der Brände des von den deutschen Faschisten entfesselten zweiten Weltkrieges ...

Signal zum antikommunistischen Generalangriff

Bekannt sind auch die Bilder vom Reichstagsgebäude, das am 27. Februar 1933, kurz nach 21 Uhr, in Flammen aufging. Bereits gegen 22 Uhr versammelten sich die obersten Faschistenführer an Ort und Stelle, kaum einer fehlte – welch ein Zufall! Hitler war als einer der ersten eingetroffen. Unbekümmert der wahren Tatsachen verkündete er: „Das ist ein von Gott gegebenes Zeichen. Niemand wird uns nun daran hindern, die Kommunisten mit eiserner Faust zu vernichten.“

Nein, für dieses Signal zum Generalangriff der faschistischen Reaktion gegen die deutschen Kommunisten hatte nicht ein göttliches Wesen bemüht werden müssen. Erst recht nicht war es von den Kommunisten gegeben worden, wie es die faschistische Propaganda in einer umfassenden Kampagne den Massen weismachen wollte und wie es zur Rechtfertigung des faktischen Verbots der KPD, der Verhaftung von über 10.000 Antifaschisten sowie der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat – dem Grundgesetz zwölfjährigen politischen Ausnahmezustandes – propagiert wurde. Das Zeichen hatten jene selbst gesetzt, die eigens mit dem Auftrag „Ausrottung des Marxismus“ und „Kreuzzug“ gegen den ersten sozialistischen Staat der Welt an die Regierung des Deutschen Reiches geschoben worden waren. Das Zeichen stammte von jenen, die in ihrem ersten Regierungsdokument, einem Aufruf an das deutsche Volk, einen „unbarmherzigen Krieg“ nur Beseitigung der „kommunistischen Zersetzung“ angekündigt hatten. Und Joseph Goebbels hatte am 6. Februar 1933 erklärt, es werde schon noch der Tag kommen, „da nur mehr die Sage von den Kommunisten erzählt“.

Die Vernichtung der revolutionären Arbeiterbewegung galt von vornherein als das wichtigste Ziel der Nazis; für diesen Zweck waren sie von den reaktionärsten und aggressivsten Teilen des deutschen Monopolkapitals gefördert und vielfältig unterstützt worden. Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur diente jede einzelne Maßnahme diesem Ziel. Presseverbot, Beschlagnahme von Materialien, Schließung von Verlagen, Inhaftierung und Morde an den konsequentesten Antifaschisten häuften sich. Die KPD sollte in die Illegalität gedrängt, ihre Vorbereitung auf die für den 5. März 1933 anberaumten Reichstagswahlen unterbunden werden. Der deutschen Arbeiterklasse sollte die revolutionäre Vorhut genommen, das Volk für ein neues imperialistisches Völkermorden reif gemacht werden.

Provokation gegen die KPD

Doch die ersten Wochen der Hitler-Diktatur brachten wenig Erfolg für den antikommunistischen Feldzug der Nazis. Ungebrochen und trotz der unsäglichen Behinderung traten die Mitglieder und Anhänger der KPD in Erscheinung. Auf zahlreichen Demonstrationen – beispielsweise in einzelnen Berliner Stadtbezirken, in Bochum, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Halle, Hamburg, Köln, Leipzig, Mainz, München, Rostock und Wiesbaden – wurde das neue Regime entlarvt und war nur antifaschistischen Einheitsfront der gesamten Arbeiterklasse aufgerufen worden. In Dresden gaben 45.000 Menschen ermordeten Antifaschisten das letzte Geleit. Widerstand wurde gefordert – und geleistet.

Führende Nazifaschisten ersannen daher Mitte Februar eine zusätzliche Wahlhilfe, eine Provokation größten Ausmaßes, die Brandstiftung im Berliner Reichstagsgebäude. Sie nutzten den unterirdischen Gang zwischen dem Reichstag und dem Palais, in dem Göring als Präsident des Parlaments residierte; sie ließen an zahlreichen Stellen des Gebäudes Brände legen, um sicher zu sein, daß der Anschlag gelingt; sie waren ausgerechnet an diesem Abend alle zur Stelle, als es brannte, obwohl die Wahlveranstaltungen in allen Teilen des Reiches liefen; ja, einzelne SA-Einheiten standen sogar seit den Mittagsstunden des 27. Februar in Alarmbereitschaft!

Alle Indizien beweisen, daß die Nazis auch dieses Verbrechen begangen haben. Die Absichten der Brandstifter liegen auf der Hand, offenkundig sind auch die benutzten Mittel und Wege. Die Nazis taten alles Erdenkliche, um den Kommunisten die Schuld in die Schuhe zu schieben. Angeblich hätten diese mit dem brennenden Reichstag das Signal zu einem allgemeinen Umsturzversuch geben wollen. Nachdem diese Erklärung der Ursachen vor dem Leipziger Gerichtshof und vor dem angeklagten, aber selbst Anklage erhebenden Georgi Dimitroff in keiner Weise standgehalten hat, wurde die These von der Alleintäterschaft des Marinus van der Lubbe in die Welt gesetzt. Es handelt sich dabei übrigens um eine These, die von der bürgerlichen Geschichtsschreibung auch heute noch gern vertreten wird, um die Nazis und ihre Hintermänner von diesem Verbrechen entlasten zu können.

50 Jahre -später

Der Chef-Propagandist der Nazis hielt wenige Tage nach dem Reichstagsbrand eine Rede, an die heute zu erinnern durchaus lohnt. Vor pommerschen Junkern erklärte er: „Ich werde diesen Kreaturen (gemeint waren die Kommunisten – d. A.) solange die Faust in den Nacken setzen, bis sie erledigt sind! Nicht nur ausrotten werden wir diese Pest, wir werden auch das Wort Marxismus aus jedem Buch herausreißen. In fünfzig Jahren darf ein Mensch in Deutschland überhaupt nicht mehr wissen, was das Wort bedeutet.“

Herr Goebbels hat sich geirrt. Ob er sich vor seinem Selbstmord – 12 Jahre später und angesichts der Berlin erobernden Roten Armee – daran erinnert hat, ist unbekannt. Nützlich wäre aber die Erinnerung daran für jene, die in der Gegenwart neue Provokationen gegen Realität und Macht der Marxschen Ideen aushecken und einen neuen „Kreuzzug“ gegen den Sozialismus planen. Die Brandstiftung der Nazis vor einem halben Jahrhundert vermochte das Rad der Geschichte zwar zeitweilig zu bremsen, aber nicht aufzuhalten, und sie wurden von ihm überrollt. Wer heute die Welt atomar verbrennen will, ist ebenso zum Untergang verurteilt!

Volkswacht: 28.02.1983.

Millionen Widerstanden. Demagogie und Nazi-Terror

Die Reichstagswahlen vom 5.3.1933 – Wahlen unter den Bedingungen der offenen faschistischen Diktatur

Zu den allerersten Maßnahmen des vor einem halben Jahrhundert an die Macht geschobenen Regimes der braunen Barbarei gehörte die Auflösung des erst im November 1932 gewählten Reichstages. Hitler hatte kaum auf dem Stuhl des Reichskanzlers Platz genommen, da wurden Neuwahlen für den frühestmöglichen Termin, für den 5. März des Jahres 1933 angesetzt. Die hektische Eile der Faschisten, die auch deren deutschnationale Regierungspartner ergriff, war verständlich. Die neue Regierung konnte sich im Parlament nur auf die 196 nazifaschistischen und auf die 52 deutschnationalen Abgeordneten stützen. Das bedeutet, daß sie lediglich über jeweils 4 von 10 Mandaten des gesamten Reichstages verfügten und mit unangenehmen Überraschungen rechnen mußten; letzteres vor allem dann, wenn sich die Kommunisten mit der von ihnen zielstrebig und konsequent verfolgten Politik der antifaschistischen Einheitsfront durchsetzen konnten.

Rechte SPD-Führer predigten „Ruhe“ und Ordnung“

Von vornherein entzog sich die soeben an die Macht gekommene Hitler-Regierung für mehrere und in vieler Hinsicht entscheidende Wochen jeglicher parlamentarischer Kontrolle. Gleichzeitig wollte sie damit die Illusion aufrechterhalten und sogar noch etwas nähren, daß sie „legal“ zur Macht gekommen wäre und auch künftig mit den Mitteln einer nur ein Stück nach rechts gerückten parlamentarischen Demokratie regieren wolle.

Eben mit dieser Illusion traten – und leider bei großen Teilen der werktätigen Massen nicht ohne Erfolg – rechtssozialdemokratische Ideologen den unzähligen Versuchen der deutschen Kommunisten entgegen, eine antifaschistische Einheitsfront zu formieren und die Nazi-Diktatur so aus den Angeln zu heben, wie es der große gemeinsame Generalstreik vom März 1920 beim Putsch des Möchtegern-Diktators Wolfgang Kapp so überzeugend demonstriert hatte. Doch am 30. und 31. Januar 1933 ließ der SPD-Parteivorstand die Chance eines wirkungsvollen, raschen und einheitlichen Generalstreiks aller antifaschistischen Arbeiter ungenutzt. Statt zum Kampf aufzurufen, predigten sozialdemokratische Führer wieder einmal „Ruhe und Ordnung“.

Offener Terror und wahrheitswidrige Bedrohungslügen prägten die Wahlvorbereitungen der Faschisten. Skrupellos und bar jeglicher Hemmungen begann die nunmehr staatlich legitimierte Jagd auf alle, die dem Regime die Stirn boten. Dem durch SA und SS verstärkten Machtapparat entsprang Verordnung auf Verordnung, Verbrechen auf Verbrechen. Dazu gehörte die widerrechtliche Einkerkierung des Führers der KPD, Ernst Thälmann. Mit häufigen Zeitungsverböten und Verhaftungen, mit Morden auf offener Straße und Drohungen aller Art sollten die Antifaschisten eingeschüchtert und demoralisiert werden. Die SA betrieb einen regelrecht bestialischen Feldzug gegen die revolutionären Kader des Proletariats. Am 17. Februar besetzte die Polizei das Berliner Karl-Liebknecht-Haus. Neben dem Versuch, den zentralen Apparat der KPD lahmzulegen, wiegten sich die Nazis auch in der Hoffnung, solche Dokumente zu finden, die die angeblichen Putschpläne der KPD beweisen könnten.

Monopole finanzierten den Wahlkampf der Nazis

Alle nazifaschistische Wahlvorbereitung lebte von solchen und anderen Lügen über eine gespenstisch ausgemalte Bedrohung des deutschen Volkes durch die Kommunisten. Hand in Hand mit der Einschüchterung der Wähler ging deren geistige Manipulation. Der Wahlkampf, in dem die Nazis etwa 19 Millionen Stimmen erobern wollten, verschlang Woche für Woche riesige Geldsummen. Führende Monopolisten spendeten 14 Tage vor der Abstimmung daher noch einmal 3 Millionen RM. Zu dieser finanzpolitischen Hilfsaktion war es am 20. Februar gekommen, als sich Hitler und Göring mit einem ausgewählten Kreis von Angehörigen des deutschen Finanzkapitals im Berliner Palais des Reichstagspräsidenten trafen. Vor diesem Kreis, zu dem Schacht, Krupp, Vögler, Georg von Schnitzler und weitere zählten, bekräftigte der oberste NSDAP-Führer, daß die Reichstagswahl nur ein Mittel in einem umfangreicheren Instrumentarium sei, das zur Vernichtung der Arbeiterbe-

wegung und der bürgerlichen Demokratie eingesetzt würde. Diese Politik solle wiederum den Weg für die Aufrüstung und den Wehrmichtsaufbau freimachen. Voraussetzung für alle weiteren Schritte sei es aber, den „Marxismus zu erledigen“.

Wüster Antikommunismus, verleumderische Entstellung der Wirklichkeit und Drohungen mit imaginären Greuelvisionen – all das verriet die Hauptstoßrichtung der Nazis und ihrer Wahlpropaganda. Sie galt den Kommunisten, deren Partei zerschlagen und bei den Wahlen entscheidend zurückgedrängt werden sollte. Dem diente auch ihr größter „Wahlschlager“, die Reichstagsbrandprovokation am 27. Februar.

Mißtöne im faschistischen Jubelgeschrei

Am 5. März 1933 stimmten schließlich -mehr als 17 Millionen-Wähler für die NSDAP. Damit gewann diese Partei jene 2 Millionen zurück, die ihr im November den Rücken gekehrt hatten. Es gelang ihr, weitere 3,5 Millionen Anhänger vor allem der sog. bürgerlichen Mittelparteien und bisherige Nichtwähler zu gewinnen. Das Ziel einer absoluten Mehrheit wurde jedoch verfehlt. Nur die 3 Millionen Stimmen für die DNVP halfen dem Kabinett über die 50-Prozent-Hürde. Daher gab es so manchen Mißton im Jubelgeschrei. Das Herausragende am Wahlergebnis war tatsächlich nicht die relativ hohe Stimmenzahl von 43,9 Prozent für die Nazis, sondern die offensichtliche Tatsache, daß so viele Wähler den terroristischen Maßnahmen und der demagogischen Propagandawalze widerstanden hatten.

Für die Kommunisten hatten sich trotz brutaler Verfolgung fast 5 Millionen Wähler entschieden. Gemeinsam zählten KPD und SPD 30,6 Prozent der Stimmen. Beide besaßen da, wo die Nazis besonders den Widerstand befürchteten – in den großen Städten und den Industrierevieren – einen noch höheren Anteil.

Von der Treue zum Antifaschismus zeugten auch die Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen in Berlin, die eine Woche nach den Reichstagswahlen stattfanden. Die Nazis erreichten dabei nur 37,9 Prozent. Gerade dieses Ergebnis verdeutlichte noch einmal die Chance des antifaschistischen Widerstandes. Aber die rechten Führer der SPD, obwohl ihr taktisches Konzept durch nazistischen Terror und Verfassungsbruch gründlich widerlegt war, lehnten auch in diesen entscheidenden Tagen alle Appelle der KPD ab, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen.

Am 5. März 1933 wurden 647 Abgeordnete in den 8. Deutschen Reichstag gewählt. Wenige Tage später, am 9. März, fielen die 81 Mandate der Kommunisten einem Federstrich des Regimes zum Opfer, ohne daß auch nur eine der anderen Parteien das Wort zu einem Protest gefunden hätte. Als auch die SPD verboten wurde, besaß der Reichstag sogar nur noch 446 Mitglieder. Und nach der mehr oder weniger freiwilligen Auflösung der nichtnationalsozialistischen bürgerlichen Parteien blieben lediglich die 288 braunen „Volksvertreter“ übrig.

Die Verdrehung bürgerlicher Historiker

Häufig bewerten bürgerliche Historiker die Reichstagswahlen vom 5. März 1933 als die letzte Wahl, die unter bürgerlich-parlamentarischen Verhältnissen stattgefunden habe. Besser und richtiger ist wohl davon zu sprechen, daß es die ersten Wahlen unter den Bedingungen der offen terroristischen Diktatur reaktionärster und aggressivster Kreise des deutschen Monopolkapitals gewesen sind und daß sie ausschließlich der Konsolidierung des soeben errichteten faschistischen Regimes zu dienen hatten. Alles, was den Wahlen folgte, beweist das, gleich ob es sich um die völlige Illegalisierung der KPD oder um das Ermächtigungsgesetz, um die Farce einiger weniger Sitzungen des Reichstages oder um die brutale Ausschaltung der SPD sowie der anderen Parteien handelte.

Volkswacht: 07.03.1983, S. 4.

Faschistische Bücherverbrennung

Nach Einbruch der Dunkelheit vollzog sich an jenem frühlingswarmen Tag vor 50 Jahren in allen deutschen Universitätsstädten von Kiel bis München und von Königsberg bis Bonn ein gespenstisches Schauspiel. Scheiterhaufen tauchten den Opernplatz in Berlin, den Frankfurter Römerberg, den Residenzplatz in Würzburg, den Jenaer Markt und zahlreiche andere Plätze in ein blutrotes Licht. Bücher wurden herbeigefahren, mit Lastkraftwagen allein in Berlin 20.000 an der Zahl, mit Ochsenkarren in Frankfurt am Main nicht viel weniger. Braununiformierte und Studenten in der Gala-Uniform der Korporation warfen mehrere Stunden lang ganze Bücherstöße in die Flammen, aufgepeitscht von lauthals verkündeten „Feuersprüchen“, die kulthaft-theatralischen Beschwörungsformeln glichen und vom kümmerlichen Niveau der geistigen Ansprüche des faschistischen Regimes kündeten. Die Nazis demonstrierten die offene terroristische Macht, die ihnen am 30. Januar von den reaktionärsten und aggressivsten Kräften der Bourgeoisie zugeschoben worden war, nun gegen Literatur und Wissenschaft, gegen jeglichen Fortschritt und Humanismus des menschlichen Geistes. Nachdem sie die Kommunisten in die völlige Illegalität gedrängt und die Gewerkschaften verboten, die demokratischen Organisationen aufgelöst und die Parlamente entmachtet hatten, wollten sie nun auch den Geist der Menschlichkeit und des Friedens in einem spektakulären Akt vernichten, wollten sie den aus imperialistischen Expansionsdrang und Revolutionsfurcht geborenen Ungeist monopolhöriger Schreiberlinge, und verbrecherischer Theoretiker auf den Thron heben.

Als erstes wurden die Werke von Karl Marx verbrannt; er galt als Todfeind der Barbaren. „Gegen Klassenkampf und Materialismus!“ – so lautete die Formel dazu. Im März 1933 hatten die Nazis brutal verhindert, daß in Deutschland des 50. Todestages von Marx ehrenvoll gedacht wurde. Jetzt hofften sie, auch seine Ideen und ihre nicht zu unterdrückende Lebenskraft treffen zu können.

Von den acht anderen „Feuersprüchen“ richtet sich einer gegen „Dekadenz und moralischen Verfall“ – verbrannt wurden dabei die Romane von Heinrich Mann und die Gedichtbände von Erich Kästner –; ein weiterer hetzte gegen den „literarischen Verrat am Soldaten des Weltkrieges“ – gemeint waren die antiimperialistischen Bücher von Erich Maria Remarque –, und unter dem eigentlich lächerlichen Motto „Gegen Frechheit und Anmaßung!“ gingen die Schriften von Tucholsky, Ossietzky und vielen anderen mehr in den Flammen auf.

Die brennenden Scheiterhaufen vom 10. Mai 1933 erinnerten an die mittelalterlichen Ketzerverbrennungen, an die Torturen der Inquisition. Unbändiger Haß gegen alles, was den braunen Kulturbaren im Wege stand, und maßlose Verachtung tiefster menschlicher Gefühle charakterisierten die „geistige Machtergreifung“ der Nazis. „Aus den Flammen wird sich ... erheben ein neuer Geist!“ – das verkündete Joseph Goebbels bei seinem mitternächtlichen Auftritt in Berlin. Neu war dieser faschistische Ungeist nicht, aber qualvolle Steigerungen waren nun möglich und folgten bald. Schritt für Schritt folgten jene Flammen, die aus den jüdischen Synagogen schlugen und unter den Rosten der Öfen in den Vernichtungslagern züngelten, die im Krieg über die Grenzen Deutschlands hinausgetragen wurden und schließlich in den zerbombten Städten loderten.

Am Rande des Berliner Opernplatzes geschah an jenem Abend etwas, was damals eine Episode bleiben sollte. Ein älterer Universitätsprofessor zog aus seiner Jackentasche Hitlers „Mein Kampf“ hervor und rief voller Zorn: „Wenn schon Bücher brennen, dann dieses hier.“ Bevor er von faschistischen Bütteln abgeführt wurde, flüsterte ihm ein Unbekannter zu: „Verunreinigen Sie diese Flammen nicht!“

Freies Wort, 29.04.1983, S. 3.

Faschismus – Wahrheit und Fälschung

BRD-„Pressefreiheit“ – das Recht auf freie Verfälschung der Geschichte – „Weißwäscher“ eines blutbefleckten Systems

Das Gaunerstück des „Stern“ mit den sogenannten Tagebüchern Hitlers verlieh in jüngster Zeit der schon häufig gestellten Frage nach Wahrheit und Fälschung in den Aussagen bürgerlicher Ideologen über den Faschismus einen neuen, einen durchaus in die allgemeine Rechtsentwicklung der BRD passenden Akzent. Unter lautem und wohltonendem Gefasel von „Pressefreiheit“ wurde nichts anderes als das Recht der Reaktion auf freie Verfälschung der Geschichte demonstriert. Die seit langem betriebene Verharmlosung des Faschismus und die „Entdämonisierung“ des Faschistenführers sollten eine neue Stufe erreichen. Deren Ursachen und Ziele verkündete das zentrale Organ der bundesdeutschen Neofaschisten, die „Deutsche National-Zeitung“, schon vor Jahren mit den Worten: „Man kann nicht den Kommunismus von heute glaubwürdig bekämpfen, wenn die anti-kommunistischen Waffenträger von gestern keine würdige Anerkennung finden.“

Ganz so wie geplant konnte das Spektakel allerdings nicht über die Bühne gehen – diese Fälschung war zu offensichtlich und die profaschistische Quelle zu rasch entdeckt. Dennoch ist die bisherige Serie von 50 Jahrestagen seit dem 30. Januar 1933 kräftig genutzt worden, um die historische Wahrheit über den braunen Barbarismus und seine Ursachen zu verschleiern. Viele Varianten solcher Art von Geschichtsbetrachtung (die bürgerlichen Ideologen reden selbst gern von „Geschichtsbewältigung“, womit aber nur die Bewältigung der Wahrheit selbst gemeint sein kann!) waren und sind erkennbar. Im Vordergrund stand und steht jedoch immer wieder die These: Nicht die Millionäre – nein, die nach Millionen zählenden Wähler und Mitglieder der NSDAP seien schuld gewesen; nicht das krisengeschüttelte Gesellschaftssystem des Imperialismus, sondern die Ängste und Nöte, die Aktivitäten und Bestrebungen der werktätigen Massen hätten zum Faschismus geführt.

Die offene Leugnung wie auch die raffinierte Verschleierung des Klassencharakters faschistischen Organisationen und Diktaturen gehören seit eh und je zum bevorzugten Arsenal bürgerlicher Ideologen. Wer das Wesen und die objektive Funktion des Faschismus nicht kennt, so wird bewußt kalkuliert, kann keinen richtigen und erfolgversprechenden antifaschistischen Kampf führen, der wird den Schein der Dinge für deren Wesen und das Zufällige für das Wesentliche nehmen müssen. Der amerikanische Historiker H. A. Turner jr. hat das in die unfreiwillig-entlarvende These gefaßt, wonach das System des modernen Kapitalismus kaum zu verteidigen sei, wenn es zuträfe, daß der Faschismus sein Produkt darstelle. Tatsächlich genau um diesen Punkt geht es in der geschichtsideologischen Auseinandersetzung! Man kann Herrn Turner nur zustimmen. jedenfalls in diesem Punkt ...

Die Klassennatur des Faschismus offenbart sich den aufmerksamen und unvoreingenommenen Betrachter sofort. Die reaktionärsten Kräfte der deutschen Monopolbourgeoisie standen bereits an der Wiege der faschistischen Partei. Kein Angehöriger der großen Monopole und Banken sei aber direkt dabei gewesen, behaupten hämisch bürgerliche Historiker. Und dennoch war die nazifaschistische Organisation Fleisch vom Fleische und Blut vom Blute der extremen Reaktion: Diese suchte nach neuen Wegen und Mitteln, um der Revolutionierung der Arbeiterklasse entgegenzuwirken und neue Machtpositionen zugunsten einer raschen Revision der militärischen Niederlage im ersten Weltkrieg aufbauen zu können. Die von der Novemberrevolution erzwungene bürgerlich-parlamentarische Herrschaftsform der Weimarer Republik war ihnen dabei von Anfang an ein Dorn im Auge.

Noch bevor Hitler – der in den Augen bürgerlicher Historiker die alleinige (!) und wichtigste (!) Triebkraft der Geschichte unseres Jahrhunderts gewesen sein soll – für das politische Geschäft der Reaktion entdeckt worden war, hatte General Wilhelm Groener bereits vor der Reichswehrführung einen Vortrag gehalten. Darin war – am 19. Mai 1919 – als Ziel festgehalten worden, Deutschland dürfe nicht für lange Zeit „die Rolle der Mächte zweiten Ranges ... spielen“, und als neues Konzept fixiert: „Wenn man um die Weltherrschaft kämpfen will, muß man dies von langer Hand her vorausschauend mit rücksichtsloser Konsequenz vorbereiten. Man darf nicht hin-und herschaukeln

und Friedenspolitik treiben, sondern man muß restlos Machtpolitik treiben. Dazu gehört aber, daß der Grund und Boden, auf dem man steht, im Innern wie nach außen fest und unerschütterlich bleibt.“

Ohne jeden Schnörkel ist also gesprochen worden, wenn man in exklusivem Kreise unter sich war, wie dieses (übrigens unbestreitbar echte!) Dokument erkennen läßt. Es zeigt, daß die von den Führern der NSDAP propagierte Lebensraum- und Kriegszielpolitik ihren Ausgangspunkt und ihre Basis in zahlreichen wirtschaftlichen und politischen Forderungen deutscher Industrieller und Bankiers, Militaristen und Großagrarien besaß. In Exposés, Denkschriften und Eingaben, die von bürgerlichen Historikern gern ignoriert werden, forderten diese von ihren jeweiligen politischen Repräsentanten seit 1918/19 ständig eine expansive Markterweiterung, verlangten sie neue, besonders für die Rüstungsproduktion wichtige Rohstoffquellen und Arbeitskräfte. Sie attackierten von Anfang an den Versailler Vertrag und die Reparationen; sie orientierten alle auf eine mehr oder weniger totale Ausschaltung der revolutionären Arbeiterbewegung und strebten nach einem „Zusammenschluß“ der europäischen Länder unter ihrer Führung. Und sie kalkultierten auch den Krieg als einziges reales Mittel ein, trotz stiller Hoffnungen, manches vielleicht ohne ihn und allein durch Erpressung bekommen zu können. Kaltschnäuzig formulierte der Großindustrielle Edmund Hugo Stinnes 1931 in einem Brief an Hitler die Bedingung: „Ich scheue nicht vor einem Krieg zurück, wenn es keinen anderen Weg mehr gibt und wenn die Konstellation einen hohen Grad von Erfolg verspricht.“

Die NSDAP wuchs erst zur mitglieder- und wählerstärksten bürgerlichen Partei heran, als 1929/30 nach dem Beginn der Weltwirtschaftskrise – die Herren von Rhein und Ruhr den Kurs einer neuen und unverschleierte Rechtswendung eingeläutet hatten. Sie drängten auf Beseitigung des Parlamentarismus sowie der Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse, sie forderten den „neuen Staat“ in Gestalt einer Diktatur sowie eine forcierte Aufrüstung.

Diese Ziele konnten jedoch kaum mit den alten politischen Mitteln und Methoden und auch nicht mit den alten Parteien der Bourgeoisie erreicht werden. Daher setzten immer mehr Monopolherren auf die Nazipartei, wurden die Spenden-Summen für die kostspielige, aber erfolgsversprechende Organisation der Faschisten immer größer. Als sich die Mehrheit der imperialistischen Bourgeoisie Ende 1932 auf diese Linie voll und ganz festgelegt hatte, wurden die Nazis an die Macht geschoben, was diese – und mit ihnen auch heute noch manche Geschichtsschreiber – zu Unrecht als Machtergreifung ausgeben.

Wer heute diesen Hintergrund und die im Imperialismus liegenden Wurzeln des Faschismus verschleierte, will die Monopole von ihrem riesigen historischen Schuldkonto entlasten und andere damit beschweren. Wider besseres Wissen werden die Massen, vor allem die Arbeiterklasse und die Mittelschichten, als diejenigen abgestempelt, die die faschistische Welle ins Leben gerufen oder ermöglicht haben sollen. Die Opfer des Faschismus werden somit als die „eigentlichen“ Faschisten diffamiert; für die herrschende Klasse und ihre Nazis hält man dagegen jeden „Weißwäsche“ bereit, und seien es schließlich sogar plump gefälschte wirkungslose Tagebücher ...

Freies Wort, Nr. 29 vom 22.07.1983 (Beilage).

Deutsche Vaterlandspartei (DVLP) 1917-1918

Die DVLP stellte ein Sammelbecken der konservativ-chauvinistischen Kräfte der herrschenden Klasse, insbesondere von preußisch-protestantischen Junkern, dar. Sie versuchte, die sich abzeichnende militärische Niederlage des deutschen Imperialismus durch die Entfesselung einer erneuten hurrapatriotischen Stimmung unter der Bevölkerung sowie durch eine organisierte Massenbewegung aufzuhalten. Unmittelbar bis zum Ausbruch der Novemberrevolution forderte sie die vollständige Realisierung des alldeutsch-schwerindustriellen Annexionsprogramms und das „Durchhalten“ für einen deutschen „Siegfrieden“. Die DVLP bekämpfte – obwohl sie vorgab, keine Innenpolitik betreiben zu wollen – sowohl die revolutionäre als auch die sozialreformistische Arbeiterbewegung. Sie wandte sich auch gegen alle bürgerlich-demokratischen und imperialistisch-liberalen Kräfte. Im Dezember 1918 ging sie in der ↑ DNVP auf. In gewissem Sinne ist sie als Vorläuferin der faschistischen ↑ NSDAP zu betrachten.

1. Gründung und Ziele der DVLP
2. Klassencharakter, Finanzierung und Organisation der DVLP
3. Das Ringen der DVLP um den Aufbau einer Massenbasis
4. Niedergang und Auflösung der DVLP
5. Quellen und Literatur

Ehrenvorsitzender

Johann Albrecht Herzog von Mecklenburg-Schwerin

1. Vorsitzender

Alfred von Tirpitz

2. Vorsitzender

Wolfgang Kapp

Hauptgeschäftsführer

Georg Wilhelm Schiele (1917); Franz Ferdinand Eiffe (1917/18¹); Conrad Scherer (seit 15. März 1918)

Mitglieder

März 1918

450.000 Juli 1918

1.250.000 September 1918

800.000²

Parteitage

24. September 1917 in Berlin

19. April 1918 in Berlin

Presse

„Korrespondenz“, Nr. 1 (2. Juli 1918) bis Nr. 26 (5. November 1918)

„Mitteilungen der Deutschen Vaterlands-Partei“, Nr. 1 (1. Dezember 1917) bis Nr. 40 (23. November 1918)

¹ Die genauen Daten lassen sich im einzelnen nicht feststellen. Mitte November 1917 wurde in einer Sitzung des Engeren Ausschusses der DVLP mitgeteilt, daß W. Kapp „vorläufig“ auch die Funktion des Hauptgeschäftsführers übernommen habe. ZStA Merseburg, NL Wolfgang Kapp, D X 21, Bl. 21.

² Diese Zahlen sind parteioffiziellen Angaben entnommen und offensichtlich überhöht. Siehe Karl Wortmann: Geschichte der Deutschen Vaterlands-Partei 1917-1918 (= Hallische Forschungen zur neueren Geschichte, H. 3), Halle 1926, S. 72 f.

Die DVLP gab keine eigene Tageszeitung heraus; ihr standen jedoch alldeutsche, konservative und andere rechtsbürgerliche Presseorgane zur Verfügung, darunter die „Deutsche Tageszeitung“, „Die Post“, die „Tägliche Rundschau“ und die „Deutsche Zeitung“.

1. Gründung und Ziele der DVLP

Als sich 1917 die Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse verstärkten und die Vertreter einer Scheinliberalen Politik bei den Volksmassen den Eindruck zu erwecken suchten, als vollziehe sich mit ihrer Politik parlamentarisch-demokratischer Versprechungen und der Propagierung eines imperialistischen „Verständigungsfriedens“ ein grundlegender Wandel, waren die alldeutsch-schwerindustriellen Kreise bestrebt, die Kriegführung nach außen und nach innen zu verschärfen und die Volksmassen zum „Durchhalten“ zu bewegen. Nach der Annahme der „Friedensresolution“ durch den Reichstag (19. Juli 1917) bemühten sich extrem reaktionäre Kreise, neue politische Organisationen zu schaffen. Mit deren Hilfe sollte der Rückgang des Einflusses der konservativen Parteien aufgehalten und im Interesse der Durchsetzung annexionistischer Maximalforderungen der Zusammenschluß konservativer, nationalliberaler und rechtskatholischer Kräfte sowie die Mobilisierung der bürgerlichen „Partei der Parteilosen“³ ermöglicht werden.

Die Initiativen, die sich in dieser Hinsicht als die wirkungsvollsten erweisen und zur Gründung der DVLP führen sollten, gingen von Generallandschaftsdirektor a. D. W. Kapp, einem unverkennbaren Interessenvertreter der ostpreußisch-konservativen Großagrarier, aus. In Berlin, Hamburg und Bremen besprach er mit Bankiers, Großhändlern, Großindustriellen und einigen Intellektuellen Pläne zur Schaffung eines „Bismarckbundes gegen den Parteihader im Kriege“, einer „Bismarckpartei“ oder einer „Deutschen Einheitspartei“.⁴ Bei diesen Verhandlungen spielte die Absicht, die Initiatoren einer solchen nationalistischen Sammlungsaktion zunächst im Hintergrund wirken zu lassen, keine geringe Rolle. Als Gründer sollten politisch nicht diskreditierte Personen und Gruppen vorgeschoben werden, um die Öffentlichkeit über den Charakter der neuen Organisation zu täuschen. Gedacht war zunächst an eine Parteigründung durch großbürgerliche Kreise und Intellektuelle aus den Hansestädten Hamburg und Bremen. Diese lehnten je doch W. Kapp als offiziellen Mitbegründer ab, da er als Herr aus dem „fernen Osten ... nun doch mal konservativer Agrarier“⁵ sei und als alldeutscher Verfechter schwerindustrieller Interessen zu gelten habe.⁶ Aus Bremen schrieb Ludwig Roselius, Generalkonsul und Vertreter der Kaffee HAG, am 11. September 1917 an W. Kapp, daß dessen Name „wie ein rotes Tuch“ gewirkt und alle Vorbereitungsarbeiten hinfällig gemacht habe.⁷ Dahinter verbargen sich unterschiedliche politische Konzeptionen und in gewisser Hinsicht auch gegensätzliche Führungsansprüche. W. Kapp war zwar am 26. August 1917 noch bereit, den Wortlaut des Aufrufes „so zu gestalten, daß der heilige Zorn sich ausschließlich gegen das Ausland und weniger gegen den Reichstag richtet“, und damit den Wünschen von Friedrich Bendixen (Hypothekenbank Hamburg) zu entsprechen, bat aber gleichzeitig dringend darum, ihm nicht mit einem „Sondervorgehen“ in die Quere zu kommen. In Ostpreußen sei es ihm bereits gelungen, zwei „in gleicher Richtung verlaufende Aktionen mit der unsrigen zu vereinigen“.⁸

Neben den unterschiedlichen sozialökonomischen und politischen Interessen gab es auch divergierende Auffassungen über die Frage nach der effektivsten Form der neuen Organisation. F. Bendixen und vor allem der in Hamburg lehrende Historiker Max Lenz lehnten die Schaffung einer Partei ab, da diese „gegen den Parteizwist ein logisches Monstrum“ sei.⁹ M. Lenz, der offensichtlich zunächst als Vorsitzender der neuen Organisation vorgesehen war¹⁰, glaubte außerdem, eine Partei könne nur mit „Manifestationen“ in Erscheinung treten und schrieb: „Möglich, daß sich danach ein Chor von

³ J. Hashagen: Die Krise des Parlamentarismus. In: Der Panther, H. 5/6, 1917, S. 582.

⁴ Siehe ZStA Merseburg, NL W. Kapp D X 1, passim.

⁵ Andreas Gildemeister an W. Kapp, 22.8.1917. In: Ebenda, Bl. 151.

⁶ A. Gildemeister an Anneliese Kapp, 15.9.1917. In: Ebenda, Bl. 121.

⁷ Ebenda, D X 35, Bl. 199.

⁸ Ebenda, D X I, Bl. 3.

⁹ Ebenda, Bl. 2.

¹⁰ Ebenda, Bl. 29 und 151 f.

so starker Resonanz bildet, um dem Stumpfsinn und der Mattherzigkeit unserer Quasi-Reichs Vertreter zu imponieren und die Flaumacher in Berlin oben und unten zum Schweigen zu bringen. Das Beste wäre jawohl ..., in der Wilhelmstraße Gas abzublasen, leider sind so scharfe Mittel nur an der Front üblich.“¹¹

Gegen die Sammlung der „nationalen Kräfte im Rahmen eines Bundes“ sprach sich W. Kapp aus. Er meinte, die Organisationsform eines Vereins oder eines Bundes sei bereits bei vielen Versuchen gewählt worden. Diese liefen aber zu sehr nebeneinander her. Nach seiner Auffassung schaffe nur eine Partei „den politisch notwendigen Sammelpunkt ... sie ist das einzige Mittel, was auf die bestehenden politischen Parteien im Reichstag Eindruck macht“.¹² Das Urteil des „Berliner Tageblattes“ vom 11. September 1928, die DVLP sei ein „verkappter Wahlverein der Minderheit“, war daher nicht aus der Luft gegriffen. Es erfaßte, daß sich diese neue Organisation der Rechten nicht nur für außenpolitisch und zeitlich begrenzte Ziele formierte, obgleich die DVLP spätestens seit Ende September/Anfang Oktober 1917 alles tat, um einen solchen Eindruck zu erwecken. Die Diskussion über die Frage, ob die DVLP eine Partei oder ein Bund sein müsse, zog sich wie ein roter Faden durch die Geschichte dieser Organisation. Häufig gab die Führung der DVLP ihren innerparteilichen Kritikern lediglich eine pragmatische Antwort, daß eine Namensänderung zu kompliziert und die Organisation „keine Partei im alten Sinne des Wortes, sondern ein Bund der Einigung“ sei.¹³

Die Vorbereitungsarbeiten zur Gründung der DVLP wurden fast konspirativ betrieben, um mit der neuen Partei schlagartig an die Öffentlichkeit treten und ihre Gründung als Ergebnis einer „elementaren Volksbewegung“ ausgeben zu können. Das galt auch für die entscheidende Vorbesprechung vom 23. August 1917 in Königsberg, die später als die „konstituierende Versammlung“ bezeichnet wurde. Zum Gründerkreis zählten neben W. Kapp 20 weitere Persönlichkeiten aus Ostpreußen, vornehmlich aus Kreisen der Industrie und des Handels, Rittergutsbesitzer und hohe Beamte, zwei Universitätsprofessoren, zwei Lehrer, ein General z. D. und ein Geistlicher. Die meisten von ihnen gehörten den konservativen Parteien, 7 der ↑ *Fortschrittlichen Volkspartei (FoVp)* und 3 der ↑ *NLP* an. Dabei handelte es sich u. a. um Carl Ziese (Inhaber der Schichau-Werke in Elbing); Felix Heumann (Waggonfabrik L. Steinfurt GmbH); Otto Meyer (Vorsitzender des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft in Königsberg); Manfred Graf von Brünneck (Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen); August Graf von Dönhoff (Landhofmeister im Königreich Preußen, Oberlandesgerichtspräsident a. D.); Siegfried August Wilhelm Körte (Oberbürgermeister von Königsberg); Georg A. Freiherr von Tettau (Vorsitzender des Provinziallandtages, Obermarschall im Königreich Preußen); Ernst Brandes (Präsident der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen); Professor Johannes Hansen (Prorektor der Universität Königsberg).

Die eigentliche Gründungssitzung fand am 2. September 1917 ebenfalls in Königsberg statt. Die Versammelten stimmten einem „großen Aufruf“ und dem „kleinen Aufruf“ – beide trugen programmatischen Charakter –, den Satzungen vom 2. September 1917 sowie Telegrammen an Wilhelm II., Hindenburg und den Reichskanzler mit der Meldung über die Parteigründung zu. Durch Zuruf wurden J. A. von Mecklenburg-Schwerin, A. von Tirpitz und W. Kapp an die Spitze der Partei gewählt. In den Engeren Ausschuß kamen: Conrad Freiherr von Wangenheim, Reichsrat Franz von Buhl; die Historiker Georg von Below und Dietrich Schäfer; die Oberbürgermeister von Königsberg und Halle, S. A. W. Körte und Richard Robert Rive. Die erste Tagung des Engeren Ausschusses am 24. September 1917 wählte weiterhin: Stadtdirektor Heinrich Tramm aus Hannover und Heinrich Claß (Vorsitzender des ↑ *ADV*).

Im „großen Aufruf“ wurden die Notwendigkeit der Parteigründung und die Ziele der DVLP unverblümt dargestellt. Den Ausgangspunkt bildete die Behauptung, der vor dem Krieg gewählte Reichstag stelle nicht mehr „die Vertretung des deutschen Volkswillens“ dar, die Entscheidungen der Reichstagsmehrheit seien „eine Gefährdung des Vaterlandes und eine, wenn auch nicht gewollte

¹¹ Ebenda, Bl. 9.

¹² Ebenda, DX97, Bl. 2.

¹³ Mitteilungen der Deutschen Vaterlands-Partei, Nr. 2 vom 21.12.1917, S. 6.

Förderung unserer Feinde“. Daran anschließend hieß es: „Nervenschwache Friedenskundgebungen verzögern aber nur den Frieden. Unsere, auf die Vernichtung Deutschlands bedachten Feinde erblicken in ihnen nur den Zusammenbruch deutscher Kraft. Und das zu einer Zeit, da wir nach dem Zeugnis unseres Hindenburg militärisch günstiger dastehen wie je zuvor. Sichern wir dem Feinde zu, daß für ihn jederzeit ein ehrenvoller Verständigungsfriede zu haben ist, so kann er durch die Fortsetzung des Krieges nur gewinnen und nichts verlieren. Unsere Regierung befindet sich nach den Geschehnissen der Vergangenheit in einer Zwangslage. Ohne einen starken Rückhalt im Volk kann die Regierung allein der Lage nicht Herr werden. Sie braucht für eine kraftvolle Reichspolitik auch ein kraftvolles Werkzeug. Ein solches Werkzeug muß sein eine große, auf weiteste vaterländische Kreise gestützte Volkspartei ... Die Deutsche Vaterlandspartei ... will Stütze und Rückhalt sein für eine kraftvolle Reichsregierung, die nicht in schwächlichem Nachgeben nach innen und außen, sondern in deutscher Standhaftigkeit und unerschütterlichem Glauben an den Sieg die Zeichen der Zeit zu deuten weiß.“¹⁴

Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht im Volk, der Sturz des Zarismus in Rußland, die Radikalisierung der Massen, der rasch vor sich gehende Revolutionierungsprozeß in der Arbeiterklasse und die Kampfaktionen unter der Führung der *Spartakusgruppe* zwangen die Initiatoren der DVLP jedoch zu einer gewissen Zurückhaltung bei der Formulierung ihrer weit in die Zukunft reichenden Absichten. Die programmatischen Aufrufe sowie die zum Programm erklärten Reden der Parteivor-sitzenden vom 24. September 1917¹⁵ enthielten nur allgemein gehaltene und verschwommene Ziele. Die Forderungen, die A. von Tirpitz in seiner Programmrede auf dem ersten Parteitag erhob, gingen von „Entschädigungen handgreiflicher Art“ über die „richtige Lösung der belgischen Frage“ und die „strategische Sicherheit ... bei unseren überall offenen Grenzen“ bis zur „Behauptung der deutschen Weltstellung“ und zum „Platz an der Sonne“.¹⁶

Davon ausgehend, konkretisierte jedoch die schriftliche und mündliche Propaganda das tatsächlich sehr weitgesteckte und über Mitteleuropa hinausreichende Raub- und Eroberungsprogramm in allen Einzelheiten. Zusammengefaßt sahen die außenpolitischen Ziele der DVLP vor¹⁷: die Annexion Belgiens mit der flandrischen Küste, des Erzbeckens von Briey und Longwy, großer Gebiete Nordfrankreichs mit der Kanalküste einschließlich der Normandie; die Einverleibung Luxemburgs und Hollands; das Wiedererlangen der deutschen Kolonien und die Schaffung eines den „deutschen Lebensnotwendigkeiten“ entsprechenden geschlossenen Kolonialreiches Afrika mit Einschluß des belgischen Kongogebietes; zur Sicherung der Kolonien die Beherrschung der Meere durch die deutsche Flotte („Freiheit der Meere“); die Schaffung eines von Deutschland beherrschten polnischen Staates, gegen den die Grenzen Preußens weit vorgeschoben werden sollten; die Annexion der baltischen Ostseeprovinzen und weiterer Gebiete in Westrußland und der Ukraine; Zahlung riesiger Kontributionen durch die Feinde.¹⁸ Ihre großdeutschen Ambitionen kamen darin zum Ausdruck, daß die Führung der DVLP Anfang 1918 einen ihrer profiliertesten Redner, den Pfarrer Adolf Kappus, nach Österreich schickte. Er sollte dort „darauf hinwirken, daß eine ähnliche Organisation wie diejenige der Vaterlands-Partei ins Leben tritt“.¹⁹

¹⁴ ZStA Potsdam, Reichskanzlei, Nr. 1422/2, Bl. 9.

¹⁵ Siehe die Reden von A. von Tirpitz und W. Kapp am 24.9.1917. In: Deutsche Ziele, Reden bei der ersten öffentlichen Parteikundgebung. Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, Großadmiral von Tirpitz, Generallandschaftsdirektor a. D. Kapp u. a., Berlin o. J.

¹⁶ Rede von A. von Tirpitz am 24.9.1917. In: Ebenda, S. 11 ff.

¹⁷ Siehe auch Georg von Below: Das gute Recht der Vaterlandspartei, Berlin o. J., S. 3 ff. (= Schriften der Deutschen Vaterlandspartei, Nr. 1) und Katechismus der Deutschen Vaterlandspartei, Berlin o. J., S. 8 ff. (= ebenda, Nr. 2) sowie Pfarrer a. D. (Richard H.) Harder: Die belgische Frage und Deutschlands Zukunft, Berlin 1918, S. 9.

¹⁸ Die Übereinstimmung dieser Ziele mit denen der Schwerindustriellen und der Großagrarier ist überzeugend nachgewiesen von Dirk Stegmann: Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897-1918, Köln-Berlin (West) 1970, S. 497. Siehe auch die Rezension von Dieter Fricke in: ZfG, 1972, H. 2, S. 232 f.

¹⁹ ZStA Merseburg, NL W. Kapp, DX 57, Bl. 23.

Der DVLP war sehr daran gelegen, innenpolitisches Desinteresse vorzutäuschen. Auffallend oft wurde beteuert, daß die Partei nicht daran denke, sich in die innenpolitischen Fragen einzumischen, die Rechte der anderen Parteien anzutasten und in die Aufgaben, die sich diese gestellt hätten, einzugreifen; jedem solle seine Überzeugung in der inneren Politik gelassen werden.²⁰ Im Sinne dieser Beteuerungen wurde sogar folgender Passus des §3 der Satzungen vom 2. September 1917 durch die Änderung vom 24. September 1917 weggelassen: „Mag der einzelne zu den innerpolitischen Streitfragen stehen, wie er will, die Entscheidung hierüber ist der Zeit nach dem Kriege vorzubehalten. Im einzelnen ergeben sich die Ziele der Partei aus dem angehefteten Aufruf der Deutschen Vaterlandspartei, der als Bestandteil dieser Satzung gilt.“ Übrig blieb lediglich der Satz: „Die in der Deutschen Vaterlandspartei zusammengeschlossenen Deutschen verpflichten sich, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß bis zum Friedensschluß der innere Zwist ruht.“²¹

Diese Veränderung bedeutete eine formelle Aufhebung des „großen Aufrufes“, in dem die Mitglieder noch regelrecht verpflichtet worden waren, für die Verhinderung auch nur der geringsten demokratischen Zugeständnisse und für ein Einschwenken der Regierung auf die Positionen der DVLP zu wirken. Dessen innenpolitische Auslassungen waren allzu offen gegen die sog. innere Neuorientierung gerichtet, mit deren Hilfe die Parteien der Reichstagsmehrheit die wachsende Unzufriedenheit des Volkes zu paralisieren gedachten.

Das wirkliche innenpolitische Ziel der DVLP bestand darin, am Bismarckschen Reich und an der Monarchie festzuhalten, jeglichen Fortschritt - auch die bescheidenste bürgerlich-parlamentarische Reform - zu bekämpfen und einer Politik der brutalen Niederhaltung der Arbeiterklasse das Wort zu reden. Die DVLP ließ keinen Zweifel daran, daß nach dem Kriege die von ihr geprägte Führung des Reiches im Geiste „des Titanenkampfes gegen den verderblichen Parteigeist, den Otto von Bismarck“ geführt habe, erfolgen sollte.²²

2. Klassencharakter, Finanzierung und Organisation der DVLP

Hinter der DVLP standen einflußreiche Gruppen des Monopolkapitals, der junkerliche Großgrundbesitz und Teile des Adels, vor allem die großen Fürstenhäuser. Rheinisch-westfälische Kohle-Eisen-Stahl-Industrielle interessierten sich besonders stark für die DVLP. Mitglieder, zum Teil in führenden Positionen, waren: Hugo Stinnes, Emil Kirdorf, Jakob Wilhelm Reichert (Geschäftsführer des *Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller*), Heinrich Wilhelm Beukenberg (Phönix AG), Hugenberg (Krupp AG), Max Roetger (der frühere Vorsitzende des Direktoriums der Krupp AG und Vorsitzende des ↑ ZDI). Hermann, Louis und Paul Röchling gehörten zu den Mitbegründern des Landesvereins der DVLP für die Rheinprovinz. Einige Konzernherren der Elektro- und Chemie-Industrie sowie des Maschinenbaus unterstützten ebenfalls die DVLP. Carl Duisberg war Mitglied der DVLP, Wilhelm von Siemens seit März 1918 im Vorstand, Ernst von Borsig zählte zu den Gründern des Landes Vereins Groß-Berlin. Volle Unterstützung erhielt die DVLP von den junkerlichen Großgrundbesitzern in Preußen sowie von großen Teilen des Adels auch aus anderen deutschen Bundesstaaten, besonders von den großen Herrscherhäusern. Das Junkertum übte über W. Kapp, C. von Wangenheim (↑ BdL) und über andere Großagrarier unmittelbaren Einfluß auf die DVLP aus. Als Repräsentant der großen Herrscherhäuser galt J. A. von Mecklenburg-Schwerin, der seit 1895 Präsident der ↑ *Deutschen Kolonialgesellschaft* war und dem ↑ ADV seit dessen Gründung angehörte.

Eine wesentliche Stütze fand die DVLP auch im höheren Beamtentum und im höheren Offizierskorps. Obwohl sich die Reichsregierung nicht offiziell hinter die DVLP stellen konnte und wollte, wurde diese von großen Teilen des Staatsapparates moralisch und materiell gefördert. Karl Helf-

²⁰ Siehe die Reden von A. von Tirpitz und W. Kapp am 24.9.1917. In: Deutsche Ziele, S. 14 und 46.

²¹ ZStA Merseburg, NL W. Kapp, D X 5, Bl. 1 ff. und 36 ff.

²² ZStA Potsdam, Reichskanzlei, Nr. 1422/2, Bl. 10. Hinsichtlich des Parteienwesens deckten sich die Auffassungen der DVLP-Führung weitgehend mit der Einschätzung Friedrich Meineckes, die dieser am 10.2.1918 in der „Straßburger Post“ veröffentlichte: Der ↑ Volksbund für Freiheit und Vaterland und die DVLP stünden sich „nunmehr gegenüber als zwei große Neubildungen unseres Parteilebens, die vielleicht von dauernder Bedeutung sein werden.“ Friedrich Meinecke: Politische Schriften und Reden. Hrsg. Georg Kotowski, Darmstadt 1958, S. 223.

ferich, Stellvertreter des Reichskanzlers, sprach offen aus, daß Bewegungen wie die DVLP an und für sich jeder Regierung nur willkommen sein könnten.²³ Zahlreiche Beamte zwangen ihre Untergebenen zum Eintritt in die Partei.²⁴ Die Beziehungen zur militärischen Leitung wurden ebenfalls beharrlich geleugnet. Zur Tarnung befahl der DVLP-Vorstand den Werberednern schon Anfang Oktober 1917: „Die Oberste Heeresleitung darf nicht in die Erörterung hineingezogen werden.“²⁵ Im Heer trieben Offiziere eine lebhaftige Agitation für die DVLP; der Oberkommandierende in den Marken ließ in seiner Dienststelle sogar eine Beitrittsliste zirkulieren.²⁶

Die Führer der DVLP legten von Anfang an großen Wert darauf, mit den konservativen Parteien und anderen rechten Organisationen (↑ *ADV*, ↑ *Bund der Kaisertreuen*, ↑ *Unabhängiger Ausschuß für einen Deutschen Frieden*) eng zusammenzuarbeiten. Gleichzeitig orientierten sie sich auf die Gewinnung von namhaften Mitgliedern der anderen bürgerlichen Parteien, insbesondere der ↑ *NLP* und bzw. oder des ↑ *Zentrums* (Z). Die Unterschiede, die in dieser Hinsicht gemacht wurden, ergaben sich hauptsächlich aus den regionalen Spezifika der einzelnen Landesvereine. L. Roselius empfahl in einem Brief an W. Kapp vom 11. September 1917, daß die Arbeit der DVLP in den Städten „bei den liberalen bürgerlichen Parteien beginnen“ müsse. Seihe Begründung lautete: „Sind diese genommen, so bedarf es keiner weiteren Werbung, alles rechts Stehende fällt der Partei von selbst zu.“²⁷ Der von Max von Gruber geleitete bayerische Landesverein konzentrierte sich dagegen auf die Gewinnung von Anhängern des Z, ähnlich wie die Organisationen der DVLP im Rheinland, wo der Vorsitzende des christlichen *Rheinischen Bauernvereins*, Klemens Freiherr von Lof Bergerhausen, die Führung des Landesvereins der DVLP übernommen hatte. Auf die „Absprengung des Zentrums von der Sozialdemokratie kommt ja im Augenblick fast alles an“, schrieb er am 22. September 1917 an W. Kapp.²⁸ A. von Tirpitz und W. Kapp sprachen sich selbst auch für die Aufnahme von Zentrums Vertretern in die Führungsgremien der DVLP aus.²⁹

Tatsächlich standen der DVLP aus dem Z einige Großgrundbesitzer und rheinische Großindustrielle sowie zahlreiche Vertreter des katholischen Klerus nahe. Einzelne Zentrumszeitungen, darunter die „Kölnische Volkszeitung“, stellten ihre Spalten der DVLP zur Verfügung. Unter der Masse der Zentrumswähler, besonders unter katholischen Arbeitern, hat die DVLP auch wegen ihrer starken antikatholischen Tendenzen, die u. a. bei den 400-Jahr-Feiern der Reformation im Oktober 1917 zum Ausdruck kamen, kaum Einfluß gewinnen können. Der Reichsausschuß des Z nahm in einer Entschließung vom 12. Oktober 1917 gegen die DVLP Stellung und forderte die Mitglieder auf, ihr nicht beizutreten.

Die vielseitige und vielgestaltige Unterstützung sicherte der DVLP von Anfang an beträchtliche finanzielle Mittel. Der erste Haushaltsplan der Parteileitung sah einmalige, bei der Gründung entstandene Ausgaben von 256.495 M und laufende, jährlich wiederkehrende von 242.000 M vor. Im Finanzbericht vom März 1918 mußte jedoch festgestellt werden, daß sich die Höhe der ungedeckten Ausgaben pro Monat auf durchschnittlich 142.000 M belief.³⁰ Die Landesvereine wurden dennoch bereits im November 1917 angehalten, selbst noch größere Mittel für die DVLP zu beschaffen.³¹

²³ Karl Helfferich: Der Weltkrieg, Bd. III: Vom Eingreifen Amerikas bis zum Zusammenbruch, Berlin 1919, S. 183.

²⁴ Die sozialdemokratische Fraktion konnte hierzu dem Reichstag am 6. Oktober 1917 in der Debatte über die DVLP umfangreiches Material vorlegen. Siehe auch StBV Rei., XIII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 310, Berlin 1917, S. 3718. Die Führung der SPD zog aus dem Verlauf der Reichstagsdebatten den Schluß, daß sich die DVLP eine „fürchterliche Niederlage“ geholt habe (Vorwärts, 21.10.1917). Auch in anderer Hinsicht ist eine Tendenz zur Unterschätzung der DVLP erkennbar: Die sozialdemokratische Presse sprach häufig vom „kleinen Häuflein“ (Vorwärts, 9.9.1917), das für die Zukunft Deutschlands „herzlich gleichgültig“ sei (Volkswille, Hannover, 20.9.1917).

²⁵ Rundschreiben an die Landes vereine und Ortsgruppen der Deutschen Vaterlandspartei nebst Richtungspunkten für Redner, 2.10.1917, S. 7.

²⁶ Siehe StBV Rei., S. 3 718 ff.

²⁷ ZStA Merseburg, NL W. Kapp, D X3 5, Bl. 201.

²⁸ Ebenda, Bl. 73 f.

²⁹ Ebenda, D X 23, Bl. 4.

³⁰ Ebenda, Bl. 19.

³¹ Ebenda, D X 21, Bl. 22.

Der umfangreiche Parteiapparat, die großzügig betriebene Propaganda und die Massenauflage von unentgeltlich abgegebenen Schriften beweisen, daß die DVLP tatsächlich über große Summen verfügte. Im März 1918 entstand ein Ausschuß zur Beschaffung weiterer Geldmittel, dem nur Vertreter des Monopolkapitals – W. von Siemens, M. Roetger und Generaldirektor Max Fuchs – angehörten. Offenbar war diese Zusammensetzung selbst dem Engeren Ausschuß zu durchsichtig, denn das Protokoll der Sitzung vom 9. März 1918 vermerkt dazu: „... Fuchs hält es im Laufe der Erörterung für unrichtig, den Ausschuß nur aus der Industrie zu wählen wegen des Vorwurfes, daß hinter der Vaterlands-Partei die Schwerindustrie stecke.“³²

Der rasche Aufbau der Organisation der DVLP, für die der gesamte Apparat des ↑ ADV zur Verfügung stand, erfolgte so, daß die Parteiführer die Organisation straff in der Hand halten und jederzeit wirkungsvoll einsetzen konnten. Die DVLP wurde organisatorisch in eine zentrale Leitung, die Hauptleitung, und in Landes-, Kreis- und Ortsvereine gegliedert. Nach den Satzungen vom September 1917 bestand die Hauptleitung für das Reich mit Sitz in Berlin aus a) dem Vorstand mit den drei Vorsitzenden, b) dem Engeren Ausschuß mit höchstens 12 Mitgliedern einschließlich des Vorstandes, c) dem Reichsausschuß, bestehend aus dem Vorstand, dem Engeren Ausschuß und weiteren 50 Mitgliedern, d) dem Parteitag. Der Vorstand konnte faktisch nicht verändert werden, ebenso wenig der Engere Ausschuß, der nur selbst weitere Mitglieder hinzuwählte.

Die Satzungen vom 2. September 1917, die am 24. September 1917 bereits geändert wurden, erhielten am 19. April 1918 ihre endgültige Fassung.³³ Die letzteren hoben den Ehrenvorsitzenden in seiner mehr repräsentativen Stellung heraus (§5a), ließen den Engeren Ausschuß wegfallen und erweiterten dafür den Vorstand neben dem ersten und zweiten Vorsitzenden um 10 Mitglieder mit je einem Stellvertreter, die im Falle der Verhinderung der Mitglieder an den Sitzungen teilzunehmen hatten (§5b). Reichsausschuß und Parteitag blieben als Organe bestehen.

Im Vorstand konzentrierte sich die eigentliche Macht der DVLP; von hier aus konnten W. Kapp und A. von Tirpitz den Willen ihrer Auftraggeber durchsetzen. Hier wirkten Monopolherren, Junker und ihre Vertrauensleute unmittelbar mit, darunter W. von Siemens, Ernst Schweckendieck, M. Roetger, C. von Wangenheim, Gottfried Traub. Auch ohne die Mehrheit des Vorstandes konnten W. Kapp und A. von Tirpitz Entscheidungen treffen, denn nach § 5b war zur „Beschlußfassung ... die Anwesenheit von mindestens drei Mitgliedern erforderlich“.

In seiner praktischen Tätigkeit übte der Vorstand unbeschränkte Befugnisse aus. Ihm unterstand die Hauptgeschäftsstelle, die schnell zu einem großen Apparat anwuchs. Der Geschäftsverteilungsplan vom 21. November 1917 zeigte folgende Gliederung: Abt. I – Zentralabteilung mit dem Zentralbüro; Abt. II – Außenorganisation (zuständig für die Landes- und Ortsvereine, Mitgliedschaft, Werberedner und Propaganda); Abt. III – Politische Abteilung; Abt. IV – Presseabteilung; Abt. V – Kasse und Buchhaltung. Später kamen noch folgende Abteilungen hinzu: Werberednerabteilung; Arbeiterabteilung; Frauenabteilung und der Schriftenverlag.³⁴ Am 2. Parteitag nahmen allein 20 hauptamtliche Mitarbeiter der Hauptgeschäftsstelle teil, in der zu dieser Zeit 137 und später 48 Angestellte wirkten.³⁵ Auch im Reichsausschuß, der satzungsgemäß die „oberste entscheidende Instanz der Partei“ sein und über Grundsatzfragen befinden sollte, übte der Vorstand den bestimmenden Einfluß aus, da er „ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder“ beschlußfähig war (§5c). Der Reichsausschuß trat nur am 12. Januar 1918, am 20. Oktober 1918 und am 10. Dezember 1918 zusammen.

Für die Landes-, Kreis- und Ortsvereine (§7) galten besondere Satzungen. Ihnen oblag die eigentliche Massenarbeit, die auf Weisung der Zentrale durchgeführt wurde. Die Ortsvereine konnten nur über die Landesvereine mit dem Parteivorstand verkehren. Jedes am Ort wohnende Mitglied mußte

³² Ebenda, D X 23, Bl. 21.

³³ Ebenda, D X 5, Bl. 1-7.

³⁴ Siehe K. Wortmann, S. 68 f.

³⁵ ZStA Merseburg, NL W. Kapp, D X 18, BL 2.

von der betreffenden Ortsgruppe erfaßt werden und dort seinen Mindestjahresbeitrag von einer Mark entrichten. Im Juli 1918 gab es 32 Landesvereine, 237 Kreisvereine und 2536 Ortsvereine.³⁶

3. Das Ringen der DVLP um den Aufbau einer Massenbasis

Während der Vorbereitungsarbeiten für die Gründung der DVLP schickte Andreas Gildemeister eine Denkschrift „Ein Kapitel über Organisation“ an W. Kapp, in der u. a. formuliert wurde: „Mein Prinzip heißt: Beherrschung der Massen durch Umklammerung.“³⁷ Obwohl diese Worte in den Materialien der DVLP nicht wieder mit der gleichen Deutlichkeit auftauchten, bildeten sie dennoch die prinzipielle Grundlage für das Verhältnis zu den werktätigen Massen. Deutlicher als den anderen bürgerlichen Parteien ging es der DVLP neben der verstärkten geistigen Manipulation der Massen (wofür sogar große Papiervorräte angelegt wurden³⁸ und die in mancher Hinsicht bereits frühfaschistischen Charakter trug) um die parteipolitische Einigung des Bürgertums³⁹, aber auch um eine feste organisatorische Bindung großer Teile der Arbeiterklasse in ihren Reihen. Bereits mit den ersten öffentlichen großen Parallelversammlungen der DVLP vom 24. September 1917 in Berlin in der „Philharmonie“ und im „Rheingold“ begann daher eine groß angelegte und zielgerichtete Werbetätigkeit. Die Führer traten selbst häufig in verschiedenen Großstädten auf. A. von Tirpitz sprach am 10. November 1917 mehrmals in München, am 20. November 1917 in Dresden, am 30. November 1917 in Essen und am 14. Dezember 1917 in Hamburg.

Als sich in den ersten Wochen „vaterländische „ Vereine und Verbände, Hilfsorganisationen der Alldeutschen u. a. korporativ der DVLP anschlossen, wurde in der Sitzung des Engeren Ausschusses am 16. Oktober 1917 betont, „daß die Partei das entscheidende Gewicht nicht auf den Beitritt geschlossener Körperschaften – so erwünscht dieser ist – sondern auf den möglichst vieler Einzelmitglieder“⁴⁰ zu legen hätte. Skrupellos wurden alle Mittel angewandt, um eine angebliche „Mehrheit des Volkes“ zusammenzubringen und als politisches Druckmittel zu mobilisieren. Zu diesem Zweck wurden aus den verschiedensten Anlässen auf Weisung der Parteiführung zahllose Versammlungen durchgeführt und eine Flut von Erklärungen, Aufrufen, Schriften, Forderungen und Telegrammen an den Kaiser, die Regierung, den Reichstag, die Oberste Heeresleitung und an die Öffentlichkeit gerichtet.⁴¹ Methode und Taktik der DVLP kommen treffend in einem Brief an die Landesvereine von Anfang Januar 1918 zum Ausdruck, in dem es u. a. hieß: „Der Scheidemann-Erzberger-Verzichtfrieden droht unmittelbar. ... Ich richte daher auch an Sie die inständigste Bitte, unverzüglich schriftliche oder drahtliche Eingaben an den Kaiser, den König von Sachsen, an den Kronprinzen und an Hindenburg zu richten, des Inhalts, daß in der höchsten Not und Gefahr der Ruf an sie ergeht, unser Volk vor dem Unheil und der Schmach eines Verzichtfriedens zu retten. Dabei wird es zweckmäßig sein, daß dieser ungefähre Inhalt nicht wörtlich so ausgedrückt wird, damit nicht der Eindruck einheitlicher Lenkung entsteht, und ferner, daß die Unterzeichner sich nicht ausdrücklich als Angehörige der Deutschen Vaterlandspartei bekennen, sondern sagen, daß sie im Namen ungezählter Mitbürger handeln ... Ein Trommelfeuer von Eingaben muß entbrennen.“⁴²

Wie die hektische Betriebsamkeit seit Ende November 1917 zeigte, hat die Große Sozialistische Oktoberrevolution nachhaltige Wirkungen auf die DVLP ausgeübt. Unter dem Eindruck der Nachrichten vom Sturz des Kapitalismus in Rußland durch die von den Bolschewiki geführten Arbeiter und

³⁶ Siehe K. Wortmann, S. 73.

³⁷ ZStA Merseburg, NL W. Kapp, D X 1, BL 132.

³⁸ Ebenda, D X 74, BL 10.

³⁹ Die Auffassung Fritz Fischers, daß die DVLP den Nachweis von der Organisierbarkeit des „politischen Bürgertums auf breiter Basis“ erbracht habe und dessen „stärkste organisatorische Potenz“ während des ersten Weltkrieges gewesen sei, ist nur richtig, wenn sie in enger Verbindung mit dem Ziel der DVLP gesehen wird, in die Arbeiterklasse einzudringen. Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961, S. 565.

⁴⁰ ZStA Merseburg, NL W. Kapp, DX 21, BL 4.

⁴¹ Diese Aktivität nahm zeitweilig ein solches Ausmaß an, daß sie selbst in Kreisen um den Reichskanzler Hertling übel vermerkt wurde. Siehe auch Karl Graf von Hertling: Ein Jahr in der Reichskanzlei, Freiburg (Breisgau) 1919, S. 53.

⁴² Zit. in: Arbeiter-Zeitung (Dortmund), Nr. 16 vom 18.1.1918.

Bauern wurden jetzt – wie es in einem vertraulichen Schreiben hieß – von der DVLP Taten oder sogar „Die Tat“ verlangt.⁴³ Anfang Dezember 1917 erhielten alle Landes- und Ortsvereine die Anweisung, daß die Werbetätigkeit „vor allem auch (dem) Mann aus dem Volke“ zu gelten habe. Der Arbeiter müsse „die Einsicht gewinnen, daß er sich selbst dient, wenn er Mitglied unserer Partei wird; weil nämlich unsere Partei ganz besonders dem Wohle des Arbeiters dient, indem sie für einen Frieden eintritt, der unsere wirtschaftliche Zukunft sichert.“⁴⁴ Diese sozialdemagogische Argumentation verstärkte sich, je näher die militärische Niederlage des deutschen Imperialismus heranrückte.

Im Zusammenhang mit dem Munitionsarbeiterstreik richtete die DVLP in ihrer Hauptgeschäftsstelle eine eigene „Abteilung für Werbung und nationalpolitische Aufklärung unter Arbeitern (Arbeiter-Abteilung)“, ein.⁴⁵ Dazu hieß es in einem Rundschreiben an die Landesvereine erläuternd: „Zahlenmäßig ist die ... mit Blindheit geschlagene Arbeiterschaft in der Minderheit. Millionen deutscher Arbeiter stehen unorganisiert abseits aller Gewerkschafts- und Parteistreitigkeiten. Andere Millionen sind in konfessionelle oder reichstreue Arbeiter-Organisationen gegliedert. Diese bilden eine ernste Gegnerschaft der Umsturzbestrebungen. Es muß nun die nächste Aufgabe der deutschen Vaterlands-Partei sein, die abseits stehenden Arbeiter und die vaterländisch gesinnten Arbeitergruppen auf nationaler Grundlage zu einer einheitlichen Kampffront zu sammeln.“⁴⁶

Einer der beiden Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Engeren Ausschusses am 9. März 1918 lautete: „Propaganda, besonders unter den Arbeitern“, wobei den Versammelten mitgeteilt wurde, daß mehrere Lehrkurse für „Arbeiter-Redner“ im Gange seien.⁴⁷

Die DVLP sah ihren Hauptgegner in der revolutionären Arbeiterbewegung. Zwischen der *Spartakusgruppe* und der *USPD* wurde kaum unterschieden. Eine als „Offener Brief“ verbreitete Schrift der DVLP⁴⁸ sprach von einer politischen Drei- bzw. Zweigliederung der Gesellschaft. Neben der DVLP gebe es auch in „der Mitte: die Mehrheitsparteien. Schließlich links: die unabhängigen Sozialisten, samt Spartakus- und Liebknecht-Gruppen ... Die Mehrheitsparteien charakterisieren die Vergangenheit ... Zur Gegenwart gehören Vaterlandspartei und die ganz links stehenden unabhängigen Sozialisten samt Anhang, die ich kurzerhand die deutschen Bolschewiki nennen will.“ Da die Mehrheitsparteien langsam zwischen den Rechten und Linken aufgerieben würden, blieben „schließlich 2 Gegenwartsgruppen übrig: Vaterlandspartei und deutsche Bolschewiki“.

Der Verfasser dieses „Offenen Briefes“ versicherte zwar, die DVLP werde sich als der stärkere Pol erweisen, da sie vom „Walten der Vorsehung“ seit Jahrzehnten im „Weltenplan“ vorgesehen sei, konnte jedoch seine Angst vor der Errichtung der Diktatur des Proletariats nicht verbergen. Es ist keineswegs zufällig, daß seit Anfang Januar die Provokationen und Gewalttätigkeiten gegen die Arbeiterklasse Zunahmen. Mitglieder der DVLP scheuten nicht davor zurück, Kriegsbeschädigte zu mißhandeln und in Berlin, München, Leipzig und anderen Orten Tumulte und Zusammenstöße zu provozieren.⁴⁹ Der DVLP gelang es weder auf diesem Wege noch mit Hilfe der von ihr geförderten *↑ Deutschen Arbeiter- und Angestellten-Partei*, in die Reihen der klassenbewußten Arbeiter vorzudringen. Dennoch blieb dies eine Aufgabe, deren sich die Führer der DVLP ständig bewußt waren: „Die innerpolitischen Verhältnisse, namentlich der politische Massenstreik dieser Tage, zeigen uns den Weg, den wir notgedrungen beschreiten müssen.“⁵⁰

⁴³ Vertrauliches Schreiben an die Landesvereine der Deutschen Vaterlandspartei. In: ZStA Merseburg, NL W. Kapp, D X 38, Bl. 11. Das Schreiben ist ohne Datum; aus dem Text geht hervor, daß es vor dem 8.12.1917 verfaßt worden ist.

⁴⁴ Mitteilungen der Deutschen Vaterlands-Partei, Nr. 1 vom 1.12.1917.

⁴⁵ ZStA Merseburg, NL W. Kapp, D X 38, Bl. 9.

⁴⁶ Ebenda, Bl. 8.

⁴⁷ Ebenda, D X 23, Bl. 4 ff.

⁴⁸ K. Strünckmann: Offener Brief in Sachen Deutsche Vaterlandspartei, Soden-Salmünster, 2. Aufl., 9.2.1918. Das folgende nach dieser Schrift.

⁴⁹ Siehe Vorwärts, 9.1.1918 und Münchener Post, 11.1.1918.

⁵⁰ Schreiben der Hauptleitung an die Landesvereine vom 31.1.1918. In: ZStA Merseburg, NL W. Kapp, D X 38, Bl. 7 f.

Zur Zeit des zweiten Parteitages fühlte sich die Führung der DVLP als sicherer Sieger nach innen und außen. Die Niederschlagung des politischen Massenstreiks und die brutale Unterdrückung der Arbeiterbewegung entsprachen den Wünschen der DVLP ebenso wie das Friedensdiktat von Brest-Litowsk. Die von der Obersten Heeresleitung am 21. März 1918 begonnene Frühjahrsoffensive bestärkte sie in dem Glauben, bald auch dem imperialistischen Konkurrenten im Westen ihren Willen diktieren zu können. Sie schrieb das alles ihrem eigenen Wirken zu. Deshalb sprach A. von Tirpitz in seiner Rede auf dem Parteitag von einer großen „Wendung unserer Lage“, die eine nachträgliche Rechtfertigung für Gründung und Tätigkeit der DVLP enthalte. In maßloser Überschätzung der eigenen Rolle und in völliger Verkennung der Situation erklärte der 1. Vorsitzende, daß die DVLP berechtigt sei, „den Zusammenbruch der Richtung des Verzichts jetzt als Tatsache zu bezeichnen“. Er zeigte sich sogar geneigt, gegenüber den Anhängern dieser Richtung einen „Strich unter das Vergangene“ machen zu wollen.⁵¹ Gleichzeitig wandte sich A. von Tirpitz scharf gegen die Ansicht einiger Mitglieder, die DVLP habe angesichts der erfolgreichen militärischen Entwicklung ihre Aufgabe erfüllt: „Diese Ansicht ist aber doch nicht richtig, denn wenn auch die Verzichtler zur Zeit ziemlich am Boden liegen, so können sie doch bei der ersten Gelegenheit wieder aufstehen ... die alte Richtung ist immer noch am Werke!“⁵² Der zweite Parteitag sperrte sich auch gegen alle Bemühungen der Kreis- und Landesvereine, „jetzt die Friedensziele konkreter anzusprechen, als es bisher geschehen ist“. Ebenso lehnte er den Antrag des Landesvereins Schleswig-Holstein ab, den Namen der DVLP in „Volksbund für einen Deutschen Frieden“ zu ändern.⁵³

4. Niedergang und Auflösung der DVLP

Nach dem zweiten Parteitag hatte die DVLP den Höhepunkt ihrer Entwicklung und Tätigkeit überschritten. Parallel zum Rückgang der Aussichten, den Krieg militärisch zu gewinnen, verlief der Niedergang dieser Partei. Ihre Durchhalte-Parolen und ständigen Aufrufe, sich durch „gelegentliche Rückschläge an der Westfront“ nicht beirren zu lassen⁵⁴, wurden immer unglaubwürdiger und wirkungsloser. Obwohl den Führern der DVLP die Lage an den Fronten sowie die Tatsache, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg keine Entscheidung bringen konnte, bekannt sein mußte, belogen sie skrupellos die Massen und in gewissem Maße auch sich selbst. Sie schürten systematisch Haß- und Rachegefühle gegen die anderen Völker, erzeugten einen chauvinistischen Taumel und betrieben Kriegs-, Völker- und Rassenhetze. Bewußt wurde an den „Geist vom 4. August 1914“ angeknüpft und die damalige Kriegsbegeisterung beschworen. Diese sollte wiedererweckt werden, um in den Jahren 1917 und 1918 das deutsche Volk noch einmal in einen Kriegsrausch zu versetzen.⁵⁵ Zu den militärisch-euphorischen Tönen paßten die häufigen Klagen über wachsende Schwierigkeiten bei der Durchführung von Vorträgen und Veranstaltungen in keiner Weise. Die Ortsvereine lehnten immer häufiger die von der Hauptgeschäftsstelle angebotenen Redner ab, weil sie kaum noch Möglichkeiten sahen, Versammlungen zu organisieren.⁵⁶ Die Führung der DVLP wagte es bereits im Sommer 1918 nicht mehr, mit größeren Aktionen hervortreten. Als G. Traub am 9. Juni in der Sitzung des Vorstandes die Frage stellte, „ob wir nicht mit einer neuen Kundgebung mächtig hervortreten müßten“, und Veranstaltungen in 20 Städten für den 19. Juli, den ersten Jahrestag der Annahme der sog. Friedensresolution durch den Reichstag, empfahl, wurden ihm zahlreiche Bedenken entgegengehalten.⁵⁷ In der gleichen Sitzung wurde festgestellt, daß von ca. 2000 in Frage kommenden Zeitungen lediglich 323 bereit waren, „Aufsätze von uns entgegenzunehmen oder sie ohne besondere Zusage gebracht haben“. Clemens Klein, der Leiter der Presse-Abteilung, wertete dies sogar noch als einen Erfolg, wobei er hervorhob, daß besonders „die Blätter der kleinen und der klei-

⁵¹ Ebenda, D X 17, Bl. 28 f.

⁵² Ebenda, Bl. 33.

⁵³ Ebenda, Bl. 42.

⁵⁴ Flugblatt „Haltet aus!“ vom August 1918. In: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (West), Hauptabteilung XII, Nr. IV – 223.

⁵⁵ Bis zu welcher Perversität diese auf Furcht und auf Hoffnung zielende Hetze getrieben wurde, geht beispielsweise hervor aus: Pfarrer Kappus: Die Deutsche Vaterlandspartei und ihre Ziele, Berlin 1918.

⁵⁶ Siehe z. B. ZStA Merseburg, NL W. Kapp, D X 56, D X 58, D X 59 und D X 60.

⁵⁷ Ebenda, D X 18, Bl. 27 ff.

neren Mittelstädte“ zugänglich wären.⁵⁸ Der Vorstand beschloß, künftig bei der Übersendung von Artikeln an die Presse mehr Wert darauf zu legen, die Leser nicht sofort erkennen zu lassen, daß diese von der DVLP ausgehen.⁵⁹

Als sich der Vorstand der DVLP am 1. September 1918 zum ersten Jahrestag der Parteigründung zusammenfand, um „Rückblick und Ausschau“ zu halten, mischten sich Töne der Resignation in die einzelnen Reden. Insbesondere W. Kapp warnte davor, zuviel von der DVLP zu erwarten. Nach dem Versagen der Reichsleitung sei es „fast ein übermenschliches Verlangen, daß eine Partei ... allein die verfahrenre Karre wieder auf den rechten Weg bringt“.⁶⁰ Alle Hoffnungen richteten sich auf eine militärische Diktatur, sonst „gehen wir zu Grunde“. C. von Wangenheim erklärte am 2. Oktober in einem Brief an den Vorstand: „Wenn wir jetzt nicht eine verständige Militär-Diktatur bekommen und damit den ganzen Streit im Innern abschneiden, alle Kräfte auf den Kampf nach außen zusammenfassen, so gehen wir unrettbar dem Niedergang entgegen.“⁶¹ Noch prononcierter erhob A. von Tirpitz diese Forderung. Am 17. Oktober richtete er an den Reichskanzler, an Hindenburg und an Philipp Scheidemann einen Brief, in dem er sie beschwor, entschlossen zur Aktion der „nationalen Verteidigung“ aufzurufen. Im einzelnen schlug er vor: „Entschlossene Verstärkung unserer Westfront durch alle nur verfügbaren Mannschaften, Formierung von Bürger-Bataillonen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Heimat, rücksichtslose Fortsetzung des U-Boot-Krieges ... Einwirkung auf die Psyche der Mannschaften durch alle denkbaren Maßregeln ... Aufklärung im weitesten Maße durch den Staatsorganismus.“ Dann hieß es: „Um diesen Weg durchzusetzen, ist diktatorische Macht unerlässlich.“⁶²

W. Kapp, der die Gründung der DVLP als zu spät betrachtete, schlug am 1. September 1918 auf Empfehlung von „Freunden“ vor, die programmatische Grundlage der DVLP zu verbreitern und diese „zu einem Bunde wirtschaftlicher Beratung“ auszubauen. Außerdem sollten „Sonderorganisationen“ und eine „politische Kommission“ innerhalb der Hauptgeschäftsstelle ins Leben gerufen werden.⁶³ Er konnte jedoch nicht verhindern, daß sich seine „Freunde“ aus den Reihen der Monopolbourgeoisie mehr und mehr von der DVLP zurückgezogen. W. von Siemens legte seine Funktion als zweiter Vorsitzender des Landesvereins Groß-Berlin nieder. H. Stinnes lehnte es am 6. September ab, in den Reichsausschuß gewählt zu werden, die gleiche Position bezog einen Monat später E. Kirdorf. Aus „Gründen taktischer Art“ bat Hugenberg, von seiner „äußeren Mitwirkung freundlichst absehen zu wollen“.⁶⁴

In den propagandistischen Verlautbarungen der DVLP kam die taktische Umorientierung nur in geringem Maße zum Ausdruck. Nach wie vor wurde der Krieg als fortsetzbar und gewinnbar bezeichnet. Noch am 31. Oktober 1918 ging ein streng vertrauliches Rundschreiben an die Landesvereine, das den Titel „Betrifft Maßnahmen zur Vorbereitung der Volkserhebung“ trug und die Ergebnisse der Beratungen des Reichsausschusses vom 20. Oktober zusammenfaßte. In ihm hieß es: „Wir sind nach Ansicht der kompetenten Stellen durchaus in der Lage, den Krieg noch längere Zeit erfolgreich auf uns zu nehmen und den Gegner abzuwehren ... Die Tätigkeit der Deutschen Vaterlandspartei darf bis zum Eintritt der nationalen Erhebung nicht ruhen.“⁶⁵ Man sprach allerdings weniger von einem „Siegfrieden“ und mehr von einem „ehrvollen Frieden“ sowie von zumutbaren Waffenstillstandsbedingungen, die es zu erkämpfen gelte.⁶⁶

⁵⁸ Ebenda, Bl. 18 f.

⁵⁹ Ebenda, Bl. 2 f.

⁶⁰ Ebenda, D X 19, Bl. 2.

⁶¹ Ebenda, D X 20, Bl. 39.

⁶² Zit. in: Robert Ullrich: Die Deutsche Vaterlandspartei 1917/1918. Zur Entstehung, Rolle und Funktion einer extrem reaktionären Partei des deutschen Imperialismus und zu ihrem Platz im bürgerlichen Parteiensystem, phil. Diss, Jena 1971, S. 302.

⁶³ ZStA Merseburg, NL W. Kapp, DX19, Bl. 8.

⁶⁴ Zit. in: R. Ullrich: Die Deutsche Vaterlandspartei 1917/1918, S. 307 f.

⁶⁵ ZStA Merseburg, NL W. Kapp, DX19, Bl. 7.

⁶⁶ Deutsche Tageszeitung, 7.10.1918. Zwei Tage später veröffentlichte die gleiche Zeitung einen Bericht über die Versammlung des Berliner Landesvereins, der beteuerte, die DVLP sei „nötiger denn je zur Sammlung aller, die

Die Novemberrevolution setzte dem Wirken der DVLP ein Ende. Der Vorstand, der erst in den letzten Tagen des Novembers wieder aktionsfähig war, erklärte die „öffentliche Tätigkeit“ für eingestellt und formulierte für die Mitglieder unter der Parole „Das Vaterland über die Partei!“ drei Aufgaben:

- „1. Entschiedenenes Eintreten für möglichst baldige Einberufung einer Nationalversammlung,
2. Stärkung und Sammlung aller bürgerlichen Kreise,
3. Pflege der Beziehungen zwischen den nationalen Parteien, Unterstützung ihrer möglichsten Annäherung und des Willens zu gemeinsamem politischem Handeln.“⁶⁷

Auf seiner letzten Tagung, an der lediglich 30 Mitglieder teilnahmen, setzte der Reichsausschuß am 10. Dezember 1918 einen Liquidationsausschuß ein. Dieser organisierte die Übergabe des gesamten Parteivermögens an die ↑ *DNVP*, wobei formell zu diesem Zweck eine „Abteilung für das liberale Bürgertum der Deutschnationalen Volkspartei“ geschaffen wurde.⁶⁸ Es gelang der DVLP nicht, sich wie andere bürgerliche Parteien zu reorganisieren und unter neuem Namen zu erscheinen. Ihre geistige Hinterlassenschaft fand Platz in der *DNVP*. W. Kapp, der eigentliche Führer der DVLP, wurde im März 1920 zur Hauptfigur des Putsches extrem konterrevolutionärer Kräfte des Monopolkapitals und der Junker. Viele Mitglieder der ehemaligen DVLP beteiligten sich ebenfalls daran⁶⁹ und vollzogen später folgerichtig ihren Übergang zur ↑ *NSDAP*.⁷⁰

5. Quellen und Literatur

Die wichtigsten Archivmaterialien zur Geschichte der DVLP enthält der NL Wolfgang Kapp im ZStA Merseburg, der einen fast vollständigen und aufschlußreichen Überblick erlaubt. Einzelne Materialien finden sich auch in zahlreichen anderen Archiven (siehe Anm. 14 und 54). Über Ziele und Zwecke der DVLP geben die Publikationen führender Mitglieder Auskunft, so u. a. die Broschüre mit den Reden bei der ersten öffentlichen Parteikundgebung (siehe Anm. 15). Aus der Fülle der Schriften der DVLP sei verwiesen auf die von Georg von Below (siehe Anm. 17), von Pfarrer [Adolf] Kappus (siehe Anm. 55), Kaplan [Edmund] Schopen „Das wahre Gesicht der Vaterlandspartei“ (Verlag der Deutschen Vaterlandspartei, Ortsgruppe Bonn 1918), Konrad Bechtold „Die Deutsche Vaterlandspartei. Ihre Entstehung und Aufgaben“ (Berlin 1918), den „Katechismus der Deutschen Vaterlandspartei“ (= Schriften der Deutschen Vaterlandspartei, Nr. 2). Einen informativen, wenn auch apologetischen Gesamtüberblick vermittelt: Karl Wortmann „Geschichte der Deutschen Vaterlandspartei 1917-1918“ (Halle 1926).

Von bürgerlicher Seite stammt eine Reihe zeitgenössischer Publikationen gegen die DVLP: Hans Delbrück „Die Deutsche Vaterlandspartei“, (Pr. J., 170. Bd., 1917). Ders. „Professor von Below als Vorkämpfer der Vaterlandspartei“ (Pr. J., 172. Bd., 1918). Friedrich Meinecke (siehe Anm. 22). Ders. „Vaterlandspartei und deutsche Politik“, (in: „Die Hilfe“, 23. Jg., 1917, Nr. 47). Max Weber „Vaterland und Vaterlandspartei“ (in: Ders. „Gesammelte politische Schriften“, München 1921, S. 266 ff.).

Von den Positionen F. Meineckes und Fritz Fischers (siehe Anm. 22 und 39) ausgehend, hat sich der BRD-Historiker Dirk Stegmann am ausführlichsten mit der Geschichte der DVLP befaßt (siehe

einen ehrenvollen Frieden wollen. Es kommt auch unsere Stunde. Wir werden auch im letzten Gang Sieger sein, wenn wir einig sind und an den Sieg glauben.“

⁶⁷ ZStA Merseburg, NL W. Kapp, D X 40, Bl. 2.

⁶⁸ Ebenda, D X 32, Bl. 2.

⁶⁹ Siehe Ludwig Schemann: Wolfgang Kapp und das Märzunternehmen vom Jahre 1920. Ein Wort der Sühne, München-Berlin 1937, S. 135.

⁷⁰ Darauf sowie auf den Zusammenhang zwischen DVLP und NSDAP weist hin: Manfred Weißbecker: Zur Herausbildung extrem antikommunistischer Organisationen und der „antibolschewistischen“ Propaganda in Deutschland während der ersten Jahre nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. In: WZ Jena, 1967, H. 4, S. 491 f. Siehe auch D. Stegmann: Die Erben Bismarcks, S. 519 ff. und ders.: Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910 bis 1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP. In: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XII (1972), S. 351 ff.

Anm. 18 und 70; die von ihm 1970 angekündigte Monographie zur DVLP ist bisher noch nicht erschienen). D. Stegmann betrachtet die DVLP als eine präfaschistische Sammlungsbewegung, mit „der zum erstenmal eine Massenbasis für antidemokratische Politik gewonnen wurde“.⁷¹ Die unveröffentlichte Dissertationsschrift des marxistischen Historikers Robert Ullrich (siehe Anm. 62) enthält den umfassendsten Überblick über die Geschichte der DVLP und basiert auf einer soliden Auswertung der vorhandenen Archivalien und Darstellungen. Auf diese Arbeit sowie auf R. Ullrich „Deutsche Vaterlandspartei“ (in: HBP, Bd. I, Leipzig 1968, S. 620 ff.) stützt sich auch der vorliegende Artikel.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 2: Deutsche Liga für Völkerbund – Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Köln/Leipzig 1984, S. 391-403.

⁷¹ D. Stegmann: Zwischen Repression und Manipulation, S. 351 f. Hier resümiert der Vf. auch: „Durch die manipulierte Steuerung von Gegenbewegungen als neuer Form einer Herrschaftstechnik wurde der Versuch unternommen, auch im Zeichen des vollentwickelten Industriestaates die alten Machtstrukturen zu bewahren und die politischen und sozialen Konflikte im Sinne der konservativen Kräfte zu lösen.“

Deutschsoziale Partei (DtsP) 1921-1928

Die DtsP war eine der zahlreichen völkischen Splittergruppen mit einem extrem antisemitischen und terroristischen Zuschnitt, die sich an bestimmte Teile des Kleinbürgertums wandte. Sie ging nach mehreren Metamorphosen und Krisen in der ↑ NSDAP auf.

1. Vorsitzender: Richard Kunze

2. Vorsitzender: Max Dunkel (1926-1928)

Mitglieder 1921 7000 (davon 2500 in Berlin)

1925 34000 (davon 3000 in Berlin, 5000 in Sachsen, 2400 in Mittelschlesien, 2000 in Oberschlesien, 2300 in der Grenzmark, 5000 in Danzig)

Parteitage

10. Oktober 1921 in Berli

29. Juni 1924 in Berlin

24.-25. März 1928

Reichstagswahlen

1924 (Mai) 333400 Stimmen (= 1,1%; 4 Mandate)

1924 (Dezember) 159120 Stimmen (gemeinsam mit dem *Reichsbund für Aufwertung*)

1928 45.000 Stimmen

Presse

„Deutschsoziale Arbeiterzeitung“ (November 1921-1922); „Das deutsche Wochenblatt. Unabhängige Zeitung für das geknechtete Volk“ (1918-1928); „Die neue Zeitung“ (1924-1928); „Deutschsoziale Presse“, Monatsschrift (Dezember 1927 bis 1929); „Die Rote Fackel. Das Kampfblatt gegen den Papiergeldschwindel“ (1923); „Deutsches Witzblatt“ (1920 bis 1928)

Angeschlossene Organisation: Jugendabteilung Lützow

Wie die ↑ *Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP)* spaltete sich auch die DtsP von dem großen, im November 1918 entstandenen konterrevolutionären Sammelbecken, der ↑ *DNVP* ab. R. Kunze trat aus der *DNVP* aus, weil er die sozialen Forderungen der Gegenwart zu wenig beachtet glaubte, und gründete 1921 in Berlin eine eigene Partei. Diese versuchte, mit Hilfe der rassistischen Losung von der angeblichen Notwendigkeit einer „Vernichtung der jüdischen Vorherrschaft in Deutschland“ unaufgeklärte Arbeiter und Teile der Mittelschichten für sich zu gewinnen. Sie charakterisierte sich selbst als eine politische Organisation, die als „deutsche Partei für die ausschließliche Herrschaft der Deutschen im Deutschen Reich und die staatliche Selbständigkeit des deutschen Volkes inmitten aller Staaten und Völker der Erde kämpft, als soziale Partei den Ausgleich aller durch Familienzugehörigkeit, Besitz, Wissen und Religion entstandenen Scheidungen im deutschen Volk von jeder wirtschaftlichen Not erstrebt.“¹ Viele demagogische Floskeln dieser Art charakterisieren das Programm der DtsP², das sich von dem der ↑ *NSDAP* nicht wesentlich unterschied. Es ist daher auch kein Zufall, daß diese Partei zu einem Zeitpunkt über den größten Einfluß verfügte, als die faschistische Hitlerbewegung gespalten und verboten war.

R. Kunze war eine der vielen „Führer-Typen, die sich nach dem ersten Weltkrieg der in ihrer Macht geschwächten herrschenden Klasse als „Retter“ anboten und die vor allem von den reaktionärsten Teilen des Monopolkapitals finanziell unterstützt wurden. Erste Sporen suchte er sich als Mitglied des ↑ *Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes (DSTB)* sowie durch die Teilnahme am Kapp-Putsch zu erringen. Seinen Charakter kennzeichnete er selbst durch Zeitungsinserate, in denen er

¹ ZStA Potsdam, RKO, Nr. 306, BL 149.

² Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (West), Hauptabteilung XII, Nr. IV/203-207.

zum Kauf des Gummiknüttels „Heda“ für „geistige“ Auseinandersetzungen aufforderte. In einer Versammlung in Oppeln (18. Oktober 1922) schoß er einen jungen Menschen nieder, weil die Mehrzahl der Teilnehmer gegen seine Darlegungen protestiert hatte.³ Otto Buchwitz trat ihm auf mehreren Versammlungen entgegen und bezeichnete „Knüttel-Kunze“ als politischen Wegelagerer und als eine skrupellose Erpressernatur.⁴ Die Heterogenität der DtsP führte zu widersprüchlichen politischen Äußerungen und zu Abspaltungen verschiedener Gruppen, die jedoch alle von kurzer Lebensdauer waren und schließlich die NSDAP verstärkten. So gründeten 150 Mitglieder der Ortsgruppe Dresden am 30. Mai 1922 eine eigene *Deutsch-soziale Partei*, ohne in Sachsen Einfluß gewinnen zu können. Im Zusammenhang mit den zeitweiligen Verboten in Niederschlesien (2. Juli 1922), in Braunschweig (8. Juli 1922), in Baden (15. September 1922) und in Thüringen (13. Dezember 1922) gingen größere Teile zur DVFP über.⁵ Ende 1925 schloß R. Kunze mit der DVFP eine Arbeitsgemeinschaft, die der Zersplitterung des völkischen Lagers bei den Wahlen entgegenwirken sollte.⁶ Obwohl im Juni 1927 der *Verband ehemaliger Haus- und Grundbesitzer und Hypothekengläubiger* (Dortmund) mit seinen 25.000 Anhängern zur Partei R. Kunzes übertrat, begann in dieser Zeit ihr Zerfall. Konrad Jenzen (MdR) erklärte am 27. Oktober 1927 seinen Übertritt zur NSDAP. Seit November 1927 gab es praktisch zwei Parteien gleichen Namens, die einander heftig bekämpften, wobei es um die Stellung zur NSDAP ging. R. Kunze war von den Gegnern einer Angliederung am 25. Mai 1928 ausgeschlossen worden⁷ und versuchte sein Glück noch einmal mit der Verkündung eines neuen Programms, das in der Forderung nach einer „Christlich-großdeutschen Partei“ gipfelte.⁸ Er bereitete jedoch in rund 600 Veranstaltungen zum Thema „Kommt eine neue Inflation“ seinen Übertritt zur NSDAP vor, der dann im Mai 1930 erfolgte.⁹ Im November 1933, 1936 und 1938 stand er auf der Kandidatenliste für die faschistischen Reichstagswahlen.

Quellen und Literatur

Archivalische Quellen sind kaum vorhanden (siehe Anm. 1, 5, 6 und 9). In der Literatur über die ↑ NSDAP und die ↑ DVFP wird Richard Kunze verschiedentlich erwähnt. Eine monographische Darstellung existiert nicht.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 2: Deutsche Liga für Völkerbund – Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Köln/Leipzig 1984, S. 538-539.

³ ZStA Potsdam, RKO, Nr. 306, Bl. 31.

⁴ Otto Buchwitz: 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1949, S. 109 f. Ein Pazifist charakterisierte R. Kunze mit den Worten: „Es gibt Politikertypen, für die Politik nichts anderes ist als ein glattes, seinen Mann ebenso wie ein mittlerer Konfektionsbetrieb nährendes Geschäft.“ In: Völkische Führer. 50 Heldenbilder von Heinz Eisgruber, Leipzig 1924, S. 15.

⁵ ZStA Potsdam, RKO, Nr. 285, BL 100. Von den 4 Reichstagsabgeordneten R. Kunze, K. Jenzen, Friedrich Stock und Hans Kurth gingen die beiden letzteren bereits im September 1924 zur Fraktion der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung.

⁶ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 13222, BL 183.

⁷ Der Vorstand der DtsP bestand danach aus Rudolf Angermüller, Otto Hellmich, Nikolaus Timmermann, Ludwig Schirmer und Hermann Trunz. Siehe ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 26151/1, BL 2.

⁸ ZStA Potsdam, RKO, Nr. 306, Bl. 323.

⁹ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 26154, BL 1 und 4. Siehe auch ebenda, DAF, Nr. 757.

Deutschsozialistische Partei (DsP) 1919-1922

Die DsP war eine der zahlreichen frühfaschistischen Gruppen, die mit pseudosozialistischen, anti-semitischen und großdeutschen Forderungen Einfluß auf die deutsche Arbeiterklasse erringen wollten. Ideologische und taktische Differenzen führten zu heftigen Auseinandersetzungen mit der ↑ NSDAP, in der sie schließlich aufging.

Vorsitzende

Alfred Brunner; Emil Holtz (seit 14. November 1920)

Mitglieder

1500-2000¹ in ca. 40 Ortsgruppen

Parteitage

24.-26. April 1920 in Hannover

31. Juli-2. August 1920 in Leipzig

26.-28. März 1921 in Zeitz

Presse

„Deutscher Sozialist. Werkblatt für die Belange der völkisch-sozialistischen Bewegung. Bundesschrift der Deutschsozialistischen Partei Deutschlands“ (1920-1921), Schriftleiter: Julius Streicher (Nürnberg)

„Deutscher Volkswille. Wochenblatt für die Bewegung zur deutschen Werkgemeinschaft“ (Oktober 1921-1922)

Die Gründung der DsP, die offiziell erst nach dem gescheiterten Kapp-Putsch im April 1920 erfolgte, wurde in den letzten Jahren des ersten Weltkrieges von Kreisen vorbereitet, die durch ihre völkisch-antisemitische Propaganda der Revolutionierung der Arbeiterklasse entgegenwirken wollten. Die Denkschrift von A. Brunner zur „Gründung einer deutschsozialistischen Partei auf judenreiner und kapitalloser Grundlage“ wurde 1918 vom *Germanenorden* aufgegriffen, d. h. von einer Organisation, die auch an der Entstehung der *Deutschen Arbeiterpartei (DAP)*, der Vorläuferin der ↑ NSDAP, beteiligt war.

Unmittelbar nach der Niederschlagung der Räterepublik entstand in München die *Deutschsozialistische Arbeitsgemeinschaft*, die von Max Sesselmann, Hans Georg Müller und Friedrich Wieser geleitet wurde. Weitere „deutschsozialistische“ Ortsgruppen bildeten sich u. a. in Nürnberg (24. November 1919), Bielefeld, Hannover, Düsseldorf, Kiel, Leipzig. Im Gegensatz zur ZMP breitete sich die DsP rasch in Deutschland aus, ohne jedoch mehr Anhänger gewinnen zu können als die NSDAP. Die Tatsache, daß die Gruppen nur lose miteinander verbunden waren und daß starke Gegensätze zwischen den nord- und den süddeutschen Gruppen existierten, konnte auf dem offiziellen Gründungsparteitag 1920 nicht beseitigt werden. Auf der Salzburger Tagung der deutschen, sudestdeutschen und österreichischen Nationalsozialisten vom August 1920 wurde der DsP in Arbeitsteilung mit der NSDAP der norddeutsche Raum zugewiesen. Die süddeutschen Gruppen verschmolzen bereits 1920 größtenteils mit der Hitlerpartei.²

Gleichfalls im Gegensatz zur DAP betrieb die DsP eine stärker betonte soziale Demagogie. Sie forderte die Verstaatlichung des Geldwesens, den Abbau der Zinswirtschaft, die Enteignung von Großbetrieben, die stufenweise Verstaatlichung des Großgrundbesitzes, die Ersetzung des römischen Rechts durch ein „deutsches Gemeinrecht“ und eine Steuergesetzgebung gegen das „An-

¹ Detaillierte Angaben finden sich bei Albrecht Tyrell: Vom ‚Trommler‘ zum ‚Führer‘. Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975, S. 236.

² Siehe Georg Franz-Willing: Die Hitlerbewegung. Der Ursprung 1919-1922, Hamburg- Berlin (West) (1962), S. 89 ff.

wachsen von Überkapitalien“³. Mit diesen Forderungen richteten sich die sog. Deutschsozialisten gegen „Judensozialismus und Überkapitalismus“, wie A. Brunner in seiner Denkschrift formuliert hatte und 1920 in den 20 Forderungen umfassenden „Richtlinien der Partei“ bekräftigte.⁴ In einem streng vertraulichen „Rundschreiben II über unsere Stellung zum Ultramontanismus“ wurde darüber hinaus erklärt, daß sich die DsP auch gegen den „Ultramontanismus als zweite überstaatliche Macht“ richte, dies jedoch nicht offiziell genannt werden dürfe.⁵ Seit 1921 forderte A. Brunner auch in seinen Publikationen, neben der sozialistischen Erneuerung müsse „die religiöse gehen“.⁶ So verschwommen diese „sozialistischen“ Programmpunkte auch sein mochten, so zeigten sie doch eine stärkere Aktivität in sozialer Hinsicht als die Parolen der NSDAP.⁷ Dadurch ist auch zu erklären, daß fast alle Mitglieder der DsP Arbeiter waren.⁸ Unter der Parole „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ wollte die DsP „die heutige Form des privatwirtschaftlichen Industrialismus, welche Rassenverschandelung und Materialvergeudung darstellt, allmählich in eine genossenschaftliche überführen, unter Auseinandersetzung der Großindustrie in Einzelwerke unter Rückverlegung derselben auf das flache Land“.⁹

Die Spannungen zwischen beiden Parteien trugen wesentlich zur Krise in der ↑ NSDAP vom Sommer 1921 bei. Der Zeitzer Parteitag, der ursprünglich in Nürnberg stattfinden sollte, was jedoch von J. Streicher hintertrieben wurde, beschloß die Umbenennung der DsP in „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei“, um gegen den Willen der Führung der NSDAP die Herstellung einer einheitlichen Gesamtleitung der völkischen Gruppen mit Sitz in Berlin und auf föderativer Grundlage zu erzwingen. A. Brunner faßte die Ursachen der Fehden zwischen den beiden „Konkurrenzunternehmungen“ DsP und NSDAP¹⁰ in einem Brief vom 8. Januar 1922 folgendermaßen zusammen: „Nationalsozialisten Süddeutschlands (Münchener Richtung) werden abgelehnt. Grund: Grundlos ablehnendes und unvölkisches Benehmen uns gegenüber, ferner zu stark nationalistische Einstellung, drittens, da keine Klarheit über die Hintermänner zu bekommen ist.“¹¹ Als einer der Hintermänner wurde Hugo Stinnes vermutet¹², was nach A. Brunners Meinung die soziale Demagogie zu stark belastete. Den Nationalismus, die industriellen Hintermänner sowie das „absolutistische“ Führerprinzip lehnte die DsP ab, da sie ihr für die Werbung unter den Massen als ungeeignet erschienen. Es dürfe auf keinen Fall zugelassen werden, daß „einmal wieder Schindluder getrieben wird mit dem Sozialismus auf Kosten eines extremen Nationalismus“.¹³

Im Verlauf des Jahres 1922 löste sich eine Ortsgruppe nach der anderen auf, weil die lockere Organisation der DsP dem Druck der NSDAP nicht standhalten konnte. Der Übergang J. Streichers am 8. Oktober 1922 zu Hitler führte zur endgültigen Auflösung der Partei.¹⁴ Andere Teile vereinigten sich mit der ↑ *Deutschsozialen Partei (DtsP)*.

³ Siehe den ausführlichen Vergleich zwischen den Programmen der NSDAP und der DsP bei A. Tyrell, S. 76-84.

⁴ BA Koblenz, NL Julius Streicher, Nr. 72.

⁵ Ebenda, Nr. 9.

⁶ A. Brunner: Deutsche Not und Rettung, Duisburg 1921, S. 10.

⁷ ZStA Potsdam, RKO, Nr. 307, Bl. 3 f.

⁸ Siehe Ulrich von Hasselbach: Die Entstehung der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei 1919 bis 1923, phil. Diss., Leipzig 1931, S. 41.

⁹ A. Brunner: Deutsche Not und Rettung, S. 12.

¹⁰ Joachim Petzold: Claß und Hitler. Über die Förderung der frühen Nazibewegung durch den Alldeutschen Verband und dessen Einfluß auf die nazistische Ideologie (mit einem Dokumentenanhang). In: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 21, Berlin 1980, S. 254.

¹¹ ZStA Potsdam, RKO, Nr. 307, Bl. 44.

¹² In diesem Sinne schrieb A. Brunner bereits im Oktober 1920: „Hitler und Drexler haben auf mich sofort den Eindruck hinterhältiger Menschen gemacht, die sich auch von alldeutschkapitalistischer Seite einspannen lassen.“ Zit. in: G. Franz-Willing, S. 105.

¹³ A. Brunner: Der deutschsozialistische Gedanke (Handschriftliches Manuskript). In: BA Koblenz, NS 26-1371 (NL Direktor Alfred Brunner), S. 10.

¹⁴ Siehe G. Franz-Willing, S. 91. Siehe auch Kurt Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919-1924, Berlin 1982, S. 287.

Quellen und Literatur

Die NL Alfred Brunner und Julius Streicher im BA Koblenz ermöglichen einen nahezu geschlossenen Überblick über die Geschichte der DsP. In der marxistischen Literatur ist die DsP vor allem bei Joachim Petzold (siehe Anm. 10) und Kurt Gossweiler (siehe Anm. 14) behandelt worden. Von den bürgerlichen Autoren, die sich mit der Geschichte der ↑ NSDAP beschäftigen, hat sich Albrecht Tyrell (siehe Anm. 1) am ausführlichsten mit der DsP befaßt. Er sieht das Scheitern der DsP hauptsächlich in den Unterschieden zwischen A. Brunner und Hitler sowie in der „organisationspolitischen Konzeptionslosigkeit“ der DsP begründet.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 2: Deutsche Liga für Völkerbund – Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Köln/Leipzig 1984, S. 547-549.

Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP) 1922-1933

(1924 Nationalsozialistische Freiheitspartei bzw. Nationalsozialistische Freiheitsbewegung Großdeutschlands; seit Februar 1925 Deutschvölkische Freiheitsbewegung)

Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP) 1922-1933 Gründung und Tätigkeit der DVFP widerspiegeln die Bemühungen vorwiegend großagrarischer Kreise, auf militaristisch-völkischer, preußisch-monarchistischer und antisemitischer Grundlage eine Einigung und Ausbreitung der rechts von der ↑ DNVP stehenden Kräfte zu erreichen. Dabei gingen sie zeitweise mit der ↑ NSDAP zusammen, sie scheiterten aber bei dem Versuch, eine eigenständige faschistische Massenpartei zu schaffen, obwohl die DVFP in den ersten Jahren die gleiche Stärke wie die NSDAP erreichte. Ihr insgesamt relativ geringfügiger Anhang rekrutierte sich vorwiegend aus Bauern und Landarbeitern ostelbischer Gebiete sowie aus Teilen der städtisch-kleinbürgerlichen Intelligenz. 1933 wurde die DVFP verboten.

1. Gründung und Ziele der DVFP
2. Die Tätigkeit der DVFP und ihre Beziehungen zur NSDAP in den Jahren 1923/24
3. Das Absterben der deutschvölkischen Bewegung
4. Quellen und Literatur

Führer

Albrecht von Graefe (1922-1928); Reinhold Wulle (1928-1933)

Geschäftsführer

Hans Stelter (1922-1923); Wilhelm Kube (1924-1926); Erich Stapel (seit 1926)

Mitglieder

Nach eigenen, viel zu hohen Angaben von 1925 ca. 100.000

Reichstagswahlen

Mai 1924: 1.918.000 = 6,5% der Wählerstimmen, 32 Mandate (gemeinsam mit der NSDAP auf der Liste *Nationalsozialistische Freiheitsbewegung*; die NSDAP errang 5 Mandate)

Dezember 1924: 907000 = 3,0 % der Wählerstimmen, 14 Mandate

Zu den Wahlen 1928 schloß sich die DVFP mit anderen Gruppen zum *Völkischnationalen Block* zusammen, der für den Reichstag kein Mandat und nur 2 Mandate im preußischen Landtag erringen konnte (270000 Stimmen).

Tagungen

16.-17. August 1924 in Weimar

18.-21. Juni 1925 in Elberfeld

3.-5. September 1925 in Berlin

3.-5. September 1926 in Berlin

9.-11. September 1927 an der Porta Westfalica

15.-16. September 1928 in Eisenach

6.-8. September 1929 in Rostock

5.-7. September 1930 in Neu-Ruppin

4.-6. September 1931 in Verden (Aller)

8.-9. September 1932 in Wittenberg

Angeschlossene Organisationen

Bismarck-Orden (deutschvölkische Jugendorganisation)

Bund völkischer Freiheitskämpfer (1926 bis 1929)

Deutschvölkischer Jugendbund Graf Yorck von Wartenburg

Deutschvölkischer Soldatenbund (Nachfolger des 1922 verbotenen *Bundes nationalgesinnter Soldaten*)

Deutschvölkischer Studentenbund (seit 1930)

↑ *Frontbann*

Völkische Turnerschaften

Völkisch-soziale Arbeitsgemeinschaft (ihr gehörten seit dem 29. November 1925 der *Nationalsoziale Volksbund in Bayern*, die *Nationalsozialistische Freiheitsbewegung Württembergs* und seit dem 24. Dezember 1925 die ↑ *Deutschsoziale Partei [DtsP]* an)

*Presse*¹

„Das Deutsche Tageblatt. Großdeutsche Warte“, Herausgeber: H. Stelter, Berlin

„„Mecklenburger Warte“ (Rostocker Zeitung)“, Schriftleiter: Fritz Hilgenstock, Rostock „Niedersachsen-Herold“ (Bremen)

„Völkische Blätter. Nachrichtenblatt des Gaues Thüringen der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung“, Herausgeber: Rudolf Frank, Gera

„Deutsche Nachrichten“, Schriftleiter: Otto Schulz, Berlin (ab 1931 vereinigt mit „Mecklenburger Warte“)

„„Unsere Waffen“. Rüstzeug der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung“ (Schriftenreihe 1926-1931)

„Kampfschriften der Deutsch völkischen Freiheitspartei“

„Pressedienst der Deutsch völkischen Freiheitspartei“

Nahestehende Blätter

„Informationsbrief des Landtagsabgeordneten R. Wulle“ (ab 1928 „Informationsbrief von Reinhold Wulle“)²

„Reichswart“, Herausgeber: Ernst Graf zu Reventlow, Berlin

„Hammer“, Herausgeber: Theodor Fritsch, Leipzig

„Ringendes Deutschtum“, Herausgeber: Jürgen von Ramin

„Arminius“, Schriftleiter: Wilhelm Weiss, München

„Glaube und Deutschtum“, Herausgeber: Max Maurenbrecher, Mengersgereut/Sonneberg

„Heroldsbrief“

1. Gründung und Ziele der DVFP

Während der Novemberrevolution hatten sich der ↑ *DNVP* auch die Deutschvölkischen und andere antisemitische Gruppen angeschlossen. Das Scheitern des Kapp-Putsches und die Anpassung größerer Teile der herrschenden Klasse an die bürgerlich-parlamentarische Herrschaftsform verschärften die Auseinandersetzungen in den reaktionären und extremistischen Organisationen über den weiter einzuschlagenden Weg. Die völkisch-faschistischen und antisemitischen Strömungen wuchsen an

¹ Fast alle Angaben sind entnommen aus: Führer durch die Deutschvölkische Freiheitsbewegung, hrsg. von der Reichsleitung der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung zum Dritten Reichsparteitag in Berlin (3., 4. und 5.9.1926), o. O., o. J. (Berlin 1926). In der Geschichte der DVFP-Presse wechselten die Titel und Untertitel der Zeitungen außerordentlich häufig.

² Er erschien von 1924 bis 1938 und 1949/50.

und strebten nach eigenen und neuen Organisationsformen. Ihre zunächst angewandte Taktik, alle bürgerlichen Parteien durchdringen zu wollen und die gesamte herrschende Klasse auf ihren extrem militaristisch-völkischen Standpunkt festzulegen³, mußte scheitern. Die Bünde erreichten in dieser Situation nur geringen Einfluß auf die Politik der Regierung und wurden zum größten Teil nach dem Mord an Rathenau verboten. So war der Boden für die Bildung einer neuen völkischen Partei bereitet, über deren Vorbereitung einige Zeitungen schon Anfang Juli 1922 berichteten.⁴

Den Anlaß zur Gründung der DVFP boten die Versuche deutschnationaler Parteiführer, die völkischen Kreise in der DNVP zu „gemäßigteren“ Äußerungen zu bewegen. Major a. D. Wilhelm Henning wurde sogar aus der DNVP-Reichstagsfraktion ausgeschlossen, weil er vor dem 24. Juni 1922 in einem Zeitungsartikel über den Rapallovertrag faktisch Mordhetze gegen Rathenau betrieben hatte. Oskar Hergt und Karl Helfferich stimmten angesichts des Protestes des werktätigen Volkes gegen die „deutschnationale Mörderpartei“ für den Ausschluß W. Hennings aus der DNVP, während Kuno Graf von Westarp zu vermitteln suchte.⁵ Das Ziel der Deutschnationalen bestand darin, das von der Arbeiterklasse erzwungene Republikschutzgesetz zu einem Instrument des Kampfes gegen die Arbeiterklasse zu machen. Dazu mußten sie sich der Formel vom „Kampf gegen links und rechts“ bedienen. Gleichzeitig bemühten sie sich aber, den Erfolg der italienischen Faschisten auch für die Rechtfertigung einer reaktionäreren Politik des deutschen Imperialismus auszunutzen.

Der Fall Henning wuchs sich rasch zu einem Streit über die Taktik der DNVP aus, bei dem die Tätigkeit des völkischen Flügels mit Redeverbotten und ähnlichen Mitteln eingeschränkt wurde.⁶ Mit dem Ziel, eine „Reformation der Deutschnationalen Volkspartei an Haupt und Gliedern“⁷ zu erzwingen, bildeten die Völkischen Anfang September 1922 eine *Völkische Arbeitsgemeinschaft* innerhalb der DNVP. A. von Graefe, ein reaktionärer mecklenburgischer Gutsbesitzer, wurde zum ersten Vorsitzenden gewählt, Wilhelm Laverrenz wurde als Stellvertreter und W. Kube als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied berufen. Sie erblickten ihre Aufgabe zunächst nur darin, „die der Partei drohende Gefahr der Abwanderung breiter völkischer Massen zu anderen Parteien zu verhindern“.⁸ Die DNVP sah sich dennoch gezwungen, einen Trennungsstrich zu den Völkischen zu ziehen, zumal ihr der Entzug von finanziellen Unterstützungen durch einige Industrielle angekündigt worden war.⁹

Am 16. Dezember 1922 konstituierte sich die DVFP. Zu ihren Gründern gehörten neben A. von Graefe und W. Henning auch E. zu Reventlow, Oberst Rudolf Ritter von Xylander, Th. Fritsch, Artur Dinter, Rudolf Buttmann, H. Stelter u. a. Ihre Ziele wurden in kurzen Losungen zusammengefaßt: „Frei vom Diktat von Versailles! Frei vom unfruchtbaren Parlamentarismus! Frei von Judenherrschaft und Börsen-Kapitalismus! Frei von jeder Ausbeutung der Arbeit! Frei vom Marxismus und Bolschewismus, vom Klassenkampf und Kastengeist!“ Diese Losungen standen an der Spitze eines vorläufigen Programms, das Ende 1922 veröffentlicht wurde und auf dem für Frühjahr 1923 geplanten Parteitag beschlossen werden sollte. In den gleichzeitig veröffentlichten Satzungen wurde als Ziel die „völkische Wiedergeburt des Deutschen Reiches unter Ablehnung aller undeutschen und fremdstämmigen Einflüsse“ angegeben, was mit der Beschränkung des Beitritts zur DVFP auf „Männer und Frauen deutschblütiger Abstammung“ verknüpft war. Im Ringen um ihre „positiven, völkischen Hochziele“ wollte die DVFP nicht nur „die Herrschaft des internationalen Judentums“, sondern auch „den Widerstand aller innerlich verseuchten Kreise“ brechen.¹⁰

³ Siehe Deutschvölkische Blätter, 24.2.1921.

⁴ Der Deutsche, 16.7.1922.

⁵ ZStA Potsdam, DNVP, Nr. 78, Bl. 6.

⁶ Siehe Werner Liebe: Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, Düsseldorf (1965), S. 66.

⁷ Zit. in: Ebenda.

⁸ Zit. in: Ebenda.

⁹ Siehe Deutsche Zeitung, 4.1.1923.

¹⁰ Kampfschriften der Deutschvölkischen Freiheitspartei, Schrift Nr. 1. Darin sind enthalten ein Aufruf „Deutsche Männer und Frauen! Deutsche Jugend!“, das „Programm (vorläufige Fassung, endgültige Festsetzung auf dem Parteitag Frühjahr 1923)“ und die „Satzungen“.

Alle Äußerungen und Stellungnahmen zu politischen Ereignissen lassen einen ausgeprägt antikomunistischen, rassistisch-antisemitischen, chauvinistischen und zum Teil auch monarchistischen Charakter erkennen. Der Begriff „völkisch“ wurde nie exakt definiert, um der Partei breiten Spielraum in der politischen Massenbeeinflussung zu verschaffen. Der mit der DVFP enge Kontakte pflegende Ludendorff erklärte, man könne das Völkische nur mit dem Herzen begreifen, „nicht jeder aber hat ein Herz“.¹¹ Am deutlichsten äußerte sich R. Wulle über die aggressiven Ziele der deutsch völkischen Bewegung. Seine Auffassungen über den „völkischen Staat“ lassen Gemeinsamkeiten mit dem 25-Punkte-Programm der ↑ NSDAP erkennen. Sie verdeutlichten aber auch die Unterschiede in den weltanschaulich-politischen Positionen, die sich vor allem aus den spezifischen Zielen der preußisch-norddeutschen Junker ableiteten. R. Wulle erhob 1923 im Namen der DVFP folgende Mindestforderungen:

- „1. Der völkische Staat fordert die völkische Diktatur. Dazu brauchen wir Männer, die da wissen, daß sie den Tod vor sich und hinter sich haben, die gewillt sind, unter Einsatz ihres Lebens den völkischen Staat aufzubauen. Der völkische Diktator wird Reichsverweser sein. An seiner Seite soll stehen ein geheimer Rat, ähnlich dem englischen Kronrat, der darüber wacht, daß der Reichsverweser seine Pflicht tut.
2. Das deutsche Reich ist ein Bundesstaat, die Staatspersönlichkeiten der Einzelstaaten sind zu achten. Führerstaat bleibt das ungeteilte Preußen.
3. Der Reichstag wird ersetzt durch ein ständisches Berufsparlament, alle außenpolitischen Fragen sowie alle machtpolitischen Fragen (Heer, Flotte usw.) werden vom Senat beschlossen, dessen Zusammensetzung die Wahrung der Interessen des Staates garantiert.
4. Jeder Einzelstaat ist wie das Reich nach völkischen Gesichtspunkten zu regieren. Die Verteilung der Aufgaben zwischen Reich und Ländern bleibt unverändert, das Aufgehen der Zwergstaaten in Preußen ist wünschenswert; es muß jedoch ohne jeden Druck und ohne jede Schädigung des Einzellandes geschehen.
5. Zur Verhinderung von Korruptionen und Verräterei in den Parlamenten wird eine Art Zensur im altrömischen Sinne eingeführt. Zensor ist der geheime Rat.
6. Die Reichsverwaltung ist einfach und sparsam zu führen. Alle sozialistischen Versuche im Reiche, Land und in der Gemeinde haben zu unterbleiben.
7. Zur Überwachung der Verwaltung der Behörden sind überall völkisch gerichtete Ausschüsse mit besonderen Befugnissen zu bilden, ihnen zur Seite stehen bis zur endgültigen Beruhigung des Landes Ausnahmegerichte.
8. Die Juden sind nach Artikel 113 der bestehenden Verfassung unter Minderheitsschutz zu stellen. Damit scheiden sie endgültig aus der Verwaltung, der Schule, der Justiz und allen sonstigen öffentlichen Ämtern des völkischen Staates aus.
9. Ehe und Familie, Vaterland und Volkstum sind unter erhöhten strafrechtlichen Schutz zu stellen. Verbrechen gegen sie gehören vor die völkischen Ausnahmegerichte.
10. Die deutsche Schule muß ohne Unterschied der völkischen Charakterbildung dienen, der Lehrplan ist diesem Gesichtspunkt unterzuordnen.“¹² In der „Roten Fahne“ wurde die DVFP als eine „Reichspartei des Faschismus“ bezeichnet.¹³ Sie verstärkte zeitweilig das Lager der extrem reaktionären Kräfte in der Weimarer Republik und repräsentierte 1922/23 die faschistische Strömung in den norddeutschen Gebieten. Die DVFP propagierte ihren arbeiterfeindlichen und gegen die Reichsregierung gerichteten Standpunkt in zahlreichen Versammlungen und Hetzschriften. Sie trat für einen verstärkten antisowjetischen Kurs der deutschen Außenpolitik ein.¹⁴

¹¹ Wahlbeilage zu „Das Deutsche Tageblatt“, 4.5.1924.

¹² ZStA Potsdam, RKO, Nr. 287, Bl. 225.

¹³ Ebenda, Nr. 285, Bl. 22.

¹⁴ Mecklenburger Warte, 31.12.1922.

Der neugegründeten DVFP schlossen sich sofort zwei Drittel des Landesverbandes Mecklenburg-Schwerin der DNVP an.¹⁵ Hier lag auch in der weiteren Zeit der Schwerpunkt der deutschvölkischen Bewegung. Eine Reihe anderer völkischer Organisationen ging Anfang 1923 in der DVFP auf, so der am 16. September 1922 gegründete *Deutsche Freiheitsbund* unter seinem Führer Eberhard von Brockhusen¹⁶, die *Großdeutsche Arbeiterpartei*, Teile der ↑ DtsP unter H. von Lindenhof-er sowie der *Deutschsoziale Bund*, der von Hans Georg von Mosch geleitet wurde.¹⁷ Den größten Zuwachs erhielt die DVFP jedoch aus den Reihen des 1922 verbotenen ↑ *Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes*. In Thüringen gingen ganze Gruppen zu ihr über, vielfach aber nur für kurze Zeit.¹⁸

Die DVFP baute rasch einen relativ großen Apparat auf. Landesverbände entstanden in Mecklenburg-Schwerin, Pommern, Berlin, Ostpreußen, Schlesien, Thüringen, Sachsen und Baden. Ihre Aktivitäten zeugten davon, daß „sehr reiche Geldmittel“¹⁹ vorhanden gewesen sein müssen. Als ein entscheidender Finanzier kann der ↑ ADV betrachtet werden, obwohl seit Januar 1923 ein gespanntes Verhältnis zwischen beiden Organisationen bestand. In maßloser Überschätzung der eigenen Kräfte verlangten die Deutschvölkischen vom ADV volle Unterstützung, während Heinrich Claß die durch die Gründung der DVFP erfolgte parteipolitische Zersplitterung bedauerte und auf einheitliche Aktionen drängte.²⁰

2. Die Tätigkeit der DVFP und ihre Beziehungen zur NSDAP in den Jahren 1923/24

Die unter der Leitung des bekannten Freikorpsführers Gerhard Rossbach stehenden *Völkischen Turnerschaften* wurden militärisch ausgebildet und bewaffnet. Diese Wehrverbände traten provokatorisch in Veranstaltungen der KPD und anderer Arbeiterorganisationen auf. Sie erhielten nach der Besetzung des Ruhrgebietes durch französische Truppen die Aufgabe zugewiesen, „im Hinterland tätig zu sein“ und den erwarteten „Dolchstoß abzufangen“.²¹ Die DVFP besaß sehr gute Verbindungen zur Reichswehr. A. von Graefe verhandelte 1923 mit Hans von Seeckt, und G. Roßbach wurde sogar vom Reichskanzler Cuno empfangen. Konkrete Aufmarschpläne der DVFP besagten, wie der Reichstag auseinandergejagt, die Regierung gestürzt und einige Politiker ermordet werden sollten.²² Der sozialdemokratische „Vorwärts“ kommentierte die deutschvölkischen Putschpläne mit den Worten: „Wahrscheinlich hätten uns dann Dinge erwartet, gegen die der Kapp-Putsch und die Ministermorde nur als ein geringfügiges Vorspiel erschienen wären.“²³

Die DVFP stand in unmittelbarer Nachbarschaft zur NSDAP. Die engen Beziehungen zwischen beiden Parteien fanden im März 1923 ihren Ausdruck in der Vereinbarung, die Mitglieder der in Preußen und anderen norddeutschen Ländern verbotenen Hitlerpartei in die DVFP aufzunehmen.²⁴ In einem internen Schreiben erklärte R. Wulle, „daß die Deutschvölkische Freiheitspartei ihrem Grundcharakter nach dasselbe ist wie die Hitlerbewegung im Süden. Einige Programmunterschiede ändern daran nicht das geringste, abgesehen davon, daß die Verhältnisse im Norden wesentlich andere sind als im Süden ... Beide Bewegungen wollen die politische Macht erringen, die überhaupt Voraussetzung ist für die Durchführung der schönen Programmpunkte, derentwegen wir uns heute wahrhaftig nicht den Schädel einschlagen wollen.“²⁵

¹⁵ ZStA Potsdam, RKO, Nr. 286, Bl. 78. 4.

¹⁶ Ebenda, Nr. 309, Bl. 14.

¹⁷ Siehe Vossische Zeitung, 25.2.1923.

¹⁸ Siehe Uwe Lohalm: *Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919-1923*, Hamburg 1970, S. 280 ff.

¹⁹ Vossische Zeitung, 23.3.1923. Direkte Belege über die Finanzierung der DVFP waren nicht zu finden.

²⁰ Deutsche Zeitung, 31.12.1922.

²¹ Zit. in: Gotthard Jasper: *Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922 bis 1930*, Tübingen 1963, S. 140.

²² Vossische Zeitung, 23.3.1923.

²³ Vorwärts, 23.3.1923.

²⁴ Deutsche Zeitung, 12.3.1923.

²⁵ Brief an den Leiter der Dresdner Geschäftsstelle der DVFP. Zit. in: Vorwärts, 23.4.1923.

Die Vereinbarung war so offensichtlich gegen das Verbot der *NSDAP* durch die preußische Regierung gerichtet, daß diese am 23. März 1923 auch die *DVFP* verbieten mußte. Die Landesregierungen von Thüringen, Sachsen und Baden folgten diesem Schritt.²⁶ Die illegale *DVFP*, die teilweise als *Reichsbund völkischer Kampforganisationen* auftrat²⁷, bereitete im Herbst 1923 gemeinsam mit Hitler und Ludendorff den Sturz der Weimarer Republik vor. Am 9. November 1923 marschierte A. von Graefe in einer Reihe mit den Münchener Putschisten. Deren Scheitern führte die *DVFP* zunächst in eine tiefe Krise; sie erholte sich jedoch rascher als die *NSDAP* und verstärkte im Frühjahr 1924 für kurze Zeit ihren politischen Masseneinfluß. Sie profitierte von dem allgemeinen Zerfall und von den Streitigkeiten im faschistisch-völkischen Lager. Bei den Landtagswahlen in Bayern, Thüringen, Mecklenburg und bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 erzielten die Völkischen deshalb einige Erfolge. In Wirklichkeit waren aber die Gegensätze zwischen den zahlreichen völkischen Organisationen so groß wie nie zuvor. Es ging darum, die Ursachen der Niederlage vom 9. November 1923 einzuschätzen und eine neue politische Taktik festzulegen. Die preußisch-norddeutschen Völkischen glaubten, im „Marxismus und Jesuitismus“, in „Rom“ und in den Juden die Schuldigen am Mißlingen des Putsches sowie die „Todfeinde des deutschen Reiches“ erkannt zu haben. Sie kehrten daher ihren antiklerikalen Standpunkt stark hervor²⁸, bekämpften aber auch nach wie vor die Deutschnationalen und den Völkischen Reichsausschuß der ↑ *DNVP*. Die in einigen Ländern möglichen Koalitionen mit der *DNVP* lehnten die Völkischen ab.

Unmittelbar nach der Mai-Wahl des Jahres 1924 gaben *NSDAP* und *DVFP* bekannt, daß sie im Reichstag eine einheitliche Fraktion unter der Bezeichnung Nationalsozialistische Freiheitspartei bilden würden.²⁹ Jedoch ließ der offizielle Rücktritt Hitlers von der Führung der nationalsozialistischen Bewegung die notdürftig geheilten Risse im Block der völkischen Organisationen sichtbar werden. Der erste Parteitag der Nationalsozialistischen Freiheitspartei, auf dem der Zusammenschluß der beiden Parteien unter der Reichsführerschaft von Ludendorff, Gregor Strasser und A. von Graefe proklamiert wurde, war ein letzter Versuch, die Meinungsverschiedenheiten mit Hilfe einer einheitlichen chauvinistischen Kampagne gegen den Dawes-Plan zu beseitigen. Deshalb wurde eine Diskussion über die programmatischen Reden von Ludendorff, Adolf Bartels, Gottfried Feder und E. zu Reventlow gar nicht erst zugelassen.³⁰

3. Das Absterben der deutschvölkischen Bewegung

Die beginnende relative Stabilisierung der ökonomischen und politischen Herrschaft des deutschen Imperialismus ließ den Einfluß der Völkischen stark zurückgehen. Bei den Wahlen vom Dezember 1924, für die sie sich als Nationalsozialistische Freiheitsbewegung Großdeutschlands angemeldet hatten³¹, errangen sie lediglich 12 Mandate. Der völkische Block fiel endgültig auseinander, als Hitler aus der Haft entlassen wurde und seine Absicht ankündigte, die ↑ *NSDAP* neu aufzubauen. Am 12. Februar 1925 legten Ludendorff, A. von Graefe und G. Strasser die Führung nieder, und bereits 2 Tage später trat die Deutschvölkische Freiheitsbewegung, die sich kurzzeitig auch noch im Untertitel als „Soziale Ständegemeinschaft“ bezeichnete, mit einem Aufruf hervor, in dem es hieß: „Unser Kampf gilt: der Herrschaft des Judentums, dem jüdischen Parlamentarismus und seiner Futterkrippenwirtschaft, dem jüdischen Marxismus und dem mit ihm verbündeten Ultramontanismus, der Erfüllungspolitik, die die Vernichtung Deutschlands bedeutet, dem Mammonismus, der Versumpfung des Staates durch den Schieberkapitalismus und der Verbindung von Geschäft, Politik und Staatsstellungen. Insbesondere können wir uns niemals und von niemandem abbringen lassen von dem uns aufgezwungenen Kampf gegen den Ultramontanismus ... Wir wollen: ein freies sozia-

²⁶ Siehe ZStA Potsdam, RKO, Nr. 285, Bl. 238 f. Carl Severing hob das Verbot am 19.6.1926 wieder auf, nachdem sich die deutschvölkische Bewegung lange zuvor erneut konstituiert hatte.

²⁷ Siehe ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 13221, Bd. 2, Bl. 49.

²⁸ Beilage der Mecklenburger Warte, 7.2.1924. Siehe auch Der 9. November 1923 im Lichte der völkischen Freiheitsbewegung. In: Mecklenburger Warte, 23.2.1924.

²⁹ Das Deutsche Tageblatt, 13.5.1924. Die Fraktionsgemeinschaft wurde im März 1927 aufgelöst.

³⁰ Siehe Mecklenburger Warte, 19.8.1924.

³¹ Siehe das Deutsche Tageblatt, 26.10.1924.

les Großdeutschland, auf dem Boden der deutschen Volksgemeinschaft die Entwicklung völkischer Kultur in Staat, Schule und Haus, die Gleichberechtigung aller schaffenden Stände, die Ertüchtigung des Volkes im Wehrgedanken, die sittliche Erneuerung unseres Volkes und seine Befreiung von der materialistischen Weltanschauung, die Wiedergutmachung des dem ehrlichen deutschen Volke durch die Inflation im Rahmen des jüdischen Raubsystems zugefügten Unrechts, die wirtschaftliche Erstarkung des deutschen Volkes und den Schutz der deutschen Arbeit gegen jede Ausbeutung.“³²

Im Gegensatz zur Konzeption der *NSDAP* war der Aufbau einer Eliteorganisation beabsichtigt, die nicht mit Massenversammlungen arbeiten, sondern sich der politischen und militärischen Ausbildung ihrer Mitglieder widmen sollte.³³ Diese Orientierung resultierte vor allem aus der Erkenntnis, selbst unter den Massen keinen Einfluß erringen zu können. Den Führern der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung war durchaus klar, daß im Vordergrund die imperialistische Manipulation der Arbeiterklasse zu stehen hatte, wie sie von der *NSDAP* versucht wurde. R. Wulle forderte die „Umwandlung des Proleten zum deutschen freien Arbeiter“, wobei er als Ziel „ein Volk von Eigenbesitzern“ anzustreben vorgab.³⁴ Grundsätzlich vertrat auch A. von Graefe den Standpunkt, daß der „Kampf um die Sache des deutschen Arbeiters“ für die „völkische Bewegung von entscheidender Bedeutung“ sei.³⁵ Der *NSDAP* wurde jedoch vorgeworfen, sich „einseitig auf eine Bevölkerungsschicht“ zu stützen und damit der Gefahr ausgesetzt zu sein, „mit der Zeit abermals zu einer Klassenkampfbewegung zu werden.“ Die *NSDAP* werde, so prophezeite R. Wulle, „wie alle marxistischen oder pseudomarxistischen Parteien eine ständig weiter um sich greifende Zersetzung durch radikale Elemente“ erleben.³⁶ In der Vorbereitung der Reichstagswahlen vom Juli und November 1932 sprach sich die DVFP gegen die „Linksschwenkung“ der *NSDAP* aus.³⁷

Trotz der großen Aktivität der neuen Bewegung³⁸ schmolz ihr Einfluß immer mehr dahin. Die Organisation, die so offen reaktionäre Forderungen vertrat, in sozialdemagogischer Hinsicht so wenig versprach und sich obendrein noch geraume Zeit mit dem kompromittierten Ludendorff belastete³⁹, wurde von den deutschen Monopolherren nicht gefördert. Die hinter ihr stehenden Junker und ehemaligen Offiziere hielten zwar die Organisation aufrecht, vermochten aber keine politische Massenbewegung zu entfalten. Die Politik der *KPD* in der Kampagne zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten, die von den Deutschvölkischen heftig bekämpft wurde⁴⁰, schränkte den Einfluß der DVFP unter der Landbevölkerung ebenfalls weiter ein. Die Deutsch völkische Freiheitsbewegung befand neben den Arbeiterorganisationen auch alle anderen bürgerlichen Parteien, vor allem die *DNVP*; der sie „Stresemanns Politik“ vorwarf⁴¹, sowie die sog. vaterländischen Verbände (↑ *Vereinigte vaterländische Verbände Deutschlands*). Das Verhältnis zu den Nationalsozialisten wurde immer gespannter, zumal die Partei immer mehr Mitglieder und sogar einzelne Führer (W. Kube, Franz Stöhr, E. zu Reventlow u. a.) an die *NSDAP* verlor.

Der Zerfall der Bewegung zeigte sich u. a. auch in der Tatsache, daß nicht einmal die leitenden Gremien voll besetzt werden konnten. Die Reichsvertretertagung vom 26. und 27. September 1925, die sich mit dem organisatorischen Aufbau der Bewegung beschäftigte, hatte die Bildung einer Reichsführerschaft (Siebzehnerausschuß) und einer erweiterten Reichsführerschaft (Sechzigerausschuß) beschlossen. Ende 1925 waren im ersten Ausschuß noch 2, im zweiten sogar 14 Plätze frei.

³² Das Deutsche Tageblatt, 14.2.1925.

³³ Siehe Mecklenburger Warte, 28.12.1924.

³⁴ Informationsbrief 148 von Reinhold Wulle, 16.1.1929, S. 2.

³⁵ Das Deutsche Tageblatt, 6.2.1927.

³⁶ Informationsbriefe des Landtagsabgeordneten R. Wulle, Nr. 48 vom 16.2.1925 und Informationsbrief 164 von Reinhold Wulle, 15.10.1929, S. 4.

³⁷ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 26071, Bl. 378.

³⁸ Immerhin konnte die DVFP vom Oktober bis Dezember 1927 1,5 Mill. Flugschriften verbreiten.

³⁹ Das schloß Diskrepanzen zwischen der DVFP und dem ↑ Tannenberg-Bund. Arbeitsgemeinschaft völkischer Frontkrieger- und Jugendverbände nicht aus. Siehe BA Koblenz, NL August Lindner, Nr. 34.

⁴⁰ Siehe Deutsche Zeitung, 6.3.1926.

⁴¹ Das Deutsche Tageblatt, 30.9.1925.

Auch der vertikal aufgebaute Parteiapparat (Vertrauensleute – Ortsgruppen – Kreise – Gaue) stand mehr und mehr bloß auf dem Papier. Die Bewegung verfügte allerdings 1926 noch über 10 Vertreter im preußischen Landtag, während es in Thüringen 3, in Mecklenburg- Schwerin 5, in Mecklenburg-Strelitz 2 völkische Landtagsabgeordnete gab.⁴² Die am 29. November 1925 in Würzburg gebildete *Völkisch-soziale Arbeitsgemeinschaft* mit dem *Nationalsozialen Volksbund in Bayern* (Anton Drexler, Theodor Dörfler) und der *Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung in Württemberg* (Christian Mergenthaler) war als Stoßkeil gegen die süddeutsche Domäne der NSDAP gedacht, wurde aber praktisch nie wirksam.⁴³ Am 24. Dezember 1925 trat auch die ↑ *DtsP* Richard Kunzes der *Völkisch-sozialen Arbeitsgemeinschaft* bei. Diese zeitweilige „Einheitsfront“, die den gemeinsamen und unmittelbaren Interessen der Völkischen in ihrem Kampf gegen das von der KPD eingeleitete Volksbegehren für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten entsprang, stand auch auf dem Parteitag im September 1926 zur Debatte.⁴⁴

Die weitere Propagandatätigkeit erstreckte sich vor allem auf die Landbevölkerung. So wurde am 10. Oktober 1926 ein „Völkischer Reichsbauerntag“ in Magdeburg veranstaltet, auf dem vom „Landvolk in Not“ und vom „Kampf um die landwirtschaftliche Einheitsfront gegen Stresemanns Enteignungspolitik“ gesprochen wurde.⁴⁵ Vor den Wahlen ergingen regelmäßig besondere Aufrufe, in denen immer stärker der ↑ RLB und auch die ↑ *Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei* angegriffen wurden.⁴⁶

Die Eisenacher Tagung von 1928 beschloß die Annahme einer „Verfassung der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung“ und wählte R. Wulle zum „Reichsführer“, während A. von Graefe „Führer des Rates der Sieben“ wurde und die Bewegung überwachen sollte. Die „Wartburg-Thesen zum Aufbau einer Völkischen Handfeste“ dienten als das neue Programm einer „von Kameradschaft getragenen Schicksalsgemeinschaft“⁴⁷, das der mit der Wahlniederlage entstandenen Situation entsprach. Die Thesen waren in der Form eines Glaubensbekenntnisses formuliert und umfaßten 10 Punkte. Darin hieß es u. a.: „Wir glauben an den völkischen Staat... an die ewige Verbundenheit der Dreiheit Volk-Raum- Staat ... an das Dritte Reich, die staatliche Verwirklichung der germanischen Blutsgemeinschaft ... an das Großgermanenland... an die völkische Monarchie, die die Verantwortlichkeit der Krone gegenüber Volk und Staat in Gegenwart und Zukunft voraussetzt; wir glauben also an den erblichen deutschen Volkskaiser.“⁴⁸

Der Rostocker Parteitag 1929 faßte 3 Entschlüsse, die gegen den Young-Plan sowie gegen den Abschluß von Konkordaten gerichtet waren und die Errichtung einer völkischen Monarchie forderten.⁴⁹ Zeigte dieser Parteitag vor allem die chauvinistische und antiklerikale Haltung der Deutschvölkischen, so offenbarte sich im folgenden Jahr der aggressive militaristische Charakter der Bewegung, als ihr Parteitag unter dem Motto „Front nach Osten“ stand.⁵⁰ Immer stärker grenzten sie sich von den Nationalsozialisten durch ihren irrealen preußisch-großdeutschen Monarchismus ab, der sie 1932 z. B. auch zum Boykott der Reichspräsidentenwahlen führte.⁵¹ Der NSDAP warfen sie vor, „wertvolle völkische Jugend künstlich zu Sozialisten und Marxisten erzogen zu haben“.⁵² Ende 1932 kam es noch einmal zu einer gewissen Belebung der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung, als von der durch Krisen erschütterten ↑ NSDAP kleinere Gruppen ab splittierten. Die Ereignisse nach dem 30. Januar 1933 nahmen der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung endgültig den Inhalt. R. Wulle begrüßte die „nationale Revolution“, von der er aber forderte, sie müsse sich weiterentwi-

⁴² Siehe Führer durch die Deutschvölkische Freiheitsbewegung.

⁴³ ZStA Potsdam, RKO, Nr. 289, Bl. 197.

⁴⁴ Das Deutsche Tageblatt, 5.9.1926.

⁴⁵ ZStA Potsdam, RKO, Nr. 289, Bl. 377 f.

⁴⁶ Siehe Das Deutsche Tageblatt, 1.4.1928.

⁴⁷ Deutsche Zeitung, 16.9.1928.

⁴⁸ ZStA Potsdam, RKO, Nr. 290, Bl. 28.

⁴⁹ Ebenda, Bl. 23.

⁵⁰ Ebenda, RMdI, Nr. 26158, Bl. 6.

⁵¹ Ebenda, Bl. 34.

⁵² Deutsche Nachrichten, 1.5.1930.

ckeln und den „römischen Reichsgedanken“ überwinden: „Der preußische Staatsgedanke muß der Träger des kommenden Reiches werden.“ Mit der Beseitigung der Republik sei „das Königtum aufzurichten“.⁵³ In seinen „Informationsbriefen“ wandte sich R. Wulle verstärkt außenpolitischen Fragen zu, wobei er die Außenpolitik als „unser Schicksal“ bezeichnete.⁵⁴ In einigen Ländern wurde die DVFP schon vor dem Gesetz vom 14. Juli 1933 verboten. Kleinere Gruppen existierten in Mecklenburg, z. B. in Bad Doberan und Hagenow, bis zum Januar 1934.⁵⁵ In einem Bericht des nazifaschistischen Reichsstatthalters von Mecklenburg über die Ergebnisse der sog. Volksabstimmung vom 12. November 1933 wird die relativ hohe Zahl an Nein-Stimmen auf das Wirken der Deutschvölkischen zurückgeführt.⁵⁶ Über weitere oppositionelle Aktionen von Angehörigen der ehemaligen DVFP liegen nur wenige Hinweise vor.⁵⁷

4. Quelle und Literatur

Quellen finden sich vor allem in den Beständen RKO (vor allem Nr. 285 ff.) und RMdI (vor allem Nr. 13 221 ff., 13593) des ZStA Potsdam. Aufschlußreich ist auch der NL Reinhold Wulle im BA Koblenz, der fast vollständig den „Informationsbrief“ enthält. Die zeitgenössische Presse und das umfangreiche völkische Schrifttum sind angesichts der geringen monographischen Literatur über die DVFP⁵⁸ von besonderem Wert. Einzelne deutschvölkische Aktionen und Führer werden relativ häufig in der Literatur über die ↑ NSDAP, insbesondere in der über die nationalsozialistische Ideologie, erwähnt, wobei sie in der Regel auch von den bürgerlichen Autoren eindeutig negativ beurteilt wurden. Ausführlich ist die Entstehung der DVFP bei Werner Liebe behandelt (siehe Anm. 6).

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 2: Deutsche Liga für Völkerbund – Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Köln/Leipzig 1984, S. 550-558.

⁵³ Reinhold Wulle: Die deutsche Revolution, Berlin 1934, S. 6 und 10.

⁵⁴ Informationsbrief 276 von Reinhold Wulle, 2.9.1934, S. 2.

⁵⁵ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 26148, Bl. 50.

⁵⁶ Ebenda, Nr. 25794/2, Bl. 134.

⁵⁷ Siehe ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 25794/2, Bl. 134. R. Wulle, der 1940 bis 1942 im Konzentrationslager Sachsenhausen inhaftiert war, hat andere Häftlinge denunziert, dies jedoch nach 1945 zu leugnen versucht. Siehe Erklärung R. Wulles vom 24.9.1947. In: BA Koblenz, Kleine Erwerbungen 119-3. ⁵⁸ Siehe Reimer Wulff: Die Deutschvölkische Freipartei 1922-1928, Diss., Marburg 1968.

⁵⁸

Vor 65 Jahren: Nationalversammlung kontra Rätemacht

Meine Hörerinnen und Hörer!

In jedem Jahr besuchen weit mehr als eine Million Gäste die Stadt Weimar. Vom Frauenplan kommend, wo sie ehrfürchtig das Goethe-Museum bestaunen konnten, durch die Geschäfts- und Fußgängerzone schlendernd, gelangen viele von ihnen zum Theaterplatz. Vor der Kulisse des 1907/1908 in neoklassizistischem Stil umgebauten Theaters besticht das bereits 1857 eingeweihte Denkmal, das die beiden Klassiker der deutschen Literatur, Goethe und Schiller, in traurem Bunde vereint. Am Gebäude des ehemaligen Hoftheaters, das erst während der Novemberrevolution den Titel eines Deutschen Nationaltheaters erhielt, findet der interessierte Besucher eine kleine, unscheinbare Gedenktafel.

Ihr Inhalt mobilisiert historisches Wissen, Erinnerungen an Schulstunden erwachen. Ja, richtig: Weimar darf wohl nicht nur als die Stadt der Klassik und des Humanismus gelten, in deren Mauern viele Geistesheroen, Schriftsteller, Musiker, Architekten, bildende Künstler wirkten. Auch in unmittelbarer politischer Hinsicht verrät sich Geschichtsträchtigkeit. Lieh die Stadt nicht sogar einem Staat und einer Verfassung ihren Namen, jener Republik, die 1919 aus der Taufe gehoben wurde, viele Klassenschlachten erlebte und nach kurzer Zeit schon sang- und klanglos zu Grabe getragen werden sollte? Hieß es nicht für 14 Jahre in der Geschichte des deutschen Volkes: Weimarer Republik – Weimarer Verfassung – Weimarer Demokratie?

Vielleicht gerät der Besucher vor Jener Tafel auch ins Grübeln. Gab sich, wie auf der Tafel zu lesen ist, wirklich das Volk durch „seine“ gewählten Vertreter die neue Verfassung? Welche Rolle sollte die Nationalversammlung überhaupt spielen, nachdem die Monarchie am 9. November des Jahres 1918 gestürzt worden war? Was hielten denn die besten, die am klarsten denkenden Führer der deutschen Arbeiterbewegung von der Nationalversammlung, wie bestimmten sie deren Platz in der Konterrevolution? Warum wohl hatte die Sowjetregierung an die Arbeiterräte Deutschlands am 11. November 1918 telegraphiert: „Laßt Euch keine Nationalversammlungen aufschwätzen“?

Diese Fragen kann ich natürlich im Rahmen dieser Sendung nicht alle behandeln. Wer aber den Weg zu richtigen Antworten sucht, der muß sich zunächst einmal mit folgenden Tatsachen vertraut machen: Im ersten gewaltigen Ansturm errangen die kämpfenden Arbeiter, Matrosen und Soldaten am 9. November 1918 gewichtige Erfolge. Die Throne fielen, die Kronen rollten in den Staub. Wilhelm II. verließ fluchtartig Deutschland. Wenige Tage danach, im Ergebnis des Revolutionsbeginns, endete der erste Weltkrieg, der den Monopolherren und Junkern große Gewinne, den Massen lediglich bittere Armut, drückende Not und millionenfachen Tod gebracht hatte. In vielen Orten übernahmen von Arbeitern und Soldaten gebildete Räte das Zepter in die eigenen Hände. Orientiert am Beispiel der Sowjets, der Machtorgane der russischen Revolution, verwirklichte die sich rasch ausbreitende Rätebewegung einzelne demokratische Maßnahmen im Interesse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Der alte Staatsapparat schien weitgehend gelähmt, die Armee zerfallen, die bürgerlichen Parteien erwiesen sich als handlungsunfähig. Die politische Macht der Monopolherren, Großgrundbesitzer und Militaristen war erschüttert und ernsthaft gefährdet. Aber: Ihre Herrschaft war noch nicht beseitigt. Den Monopolherren und Junkern wurde im November 1918 die ökonomische und politische Macht nicht genommen, daher konnten sie diese – wirkungsvoll verschleiert durch die opportunistischen Kräfte in der sozialdemokratischen Partei, der USPD und den freien Gewerkschaften – für die aktive Organisation der Konterrevolution nutzen.

Bereits in den Novembertagen begannen die rechten sozialdemokratischen Führer den Massen vorzugaukeln, alle ihre Ziele seien bereits erreicht, das weitere Schicksal der Revolution ruhe bei ihnen und beim „Rat der Volksbeauftragten“ in guten Händen. Trickreich verbündete sich Friedrich Ebert, Vorsitzender des sozialdemokratischen Parteivorstandes und ein Opportunist reinsten. Wassers, mit den intakten Resten der Staatsbürokratie und vor allem mit den alten Militaristen der Obersten Heeresleitung. An der Spitze der „Volksbeauftragten“ stehend, galt sein ganzes Sinnen und Trachten dem Ziel, die Revolution – er haßte sie nach eigenen Worten wie die Sünde – in bürgerlich-parlamentarische, für die herrschende Klasse ungefährliche Bahnen zu lenken und sie dann völlig abzuwürgen.

So tatkräftig unterstützt ging die Bourgeoisie auf die Suche nach neuen Formen ihres Herrschaftsmechanismus. Sie wollte die unvermeidlichen Demokratisierungsbestrebungen der Massen auffangen, ihrem Ringen um die Rettung der innen- und außenpolitisch bedrohten Macht unterordnen und damit die Lösung des Grundwiderspruchs der bürgerlichen Gesellschaft durch die revolutionäre Arbeiterbewegung verhindern. Alle ihre Aktionen zielten darauf, einen für sie reibungs- und risikolosen Übergang vom imperialistischen Krieg zum imperialistischen Frieden, von der alten imperialistischen Herrschaftsform zu einer neuen zu ermöglichen.

Wenige Tage nach dem Ausbruch der Revolution stand also für die gesamte Konterrevolution die gemeinsame Marschrichtung fest. Binnen kurzer Zeit, in der sich die Bourgeoisie am Rande des Abgrundes sah, setzte sich eine zentrale Losung aller bürgerlichen Politiker und Organisationen durch: „Wahlen zur Nationalversammlung!“ Ihr stimmten selbst die Konservativen zu; es blieb ihnen Ja auch nichts anderes übrig, nachdem sich der Vorschlag, den alten Reichstag einzuberufen oder diesen zur neuen Nationalversammlung zu konstituieren, als völlig undurchführbar erwiesen hatte. Wie in keiner anderen Frage des Klassenkampfes gab es hier eine einheitliche antikommunistische Front von den reaktionärsten Kräften bis zu bürgerlich-demokratischen Kreisen und bis zu den Opportunisten Jederlei Gestalt.

Worum es hauptsächlich ging, verriet die reaktionäre „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in ihrem Artikel „Was tut uns not?“ vom 15. November 1918. Deutschland müsse die „russischen Irrtümer“ vermeiden! In Rußland habe leider der „Gedanke der Konstituante“ nicht durchgesetzt werden können. Abraham Frowein, Inhaber eines Elberfelder Textilbetriebes sowie später stellvertretender Vorsitzender des zentralen Reichsverbandes der Deutschen Industrie und ranghoher faschistischer Wehrwirtschaftsführer, äußerte sich wenige Monate nach der Revolution dazu in einer rückschauenden Betrachtung. Es sei notwendig gewesen, das politische Kräfteverhältnis real einzuschätzen und die richtigen Lehren aus der Revolution der russischen Arbeiter und Bauern zu ziehen. Durch „Fühlungnahme“, „Mitgehen“ und durch eine scheinbare „Flucht nach vorn“ habe man verhindern müssen, daß in Deutschland „russische Zustände“ eingeführt werden.

Den Kern dieser fortschrittsfeindlichen, antikommunistischen „Flucht nach vorn“ bildeten die Nationalversammlung, die Beseitigung der Arbeiter-und-Soldaten-Räte sowie die Orientierung auf eine bürgerlich-parlamentarische Republik. Aus ihm ergab sich die vielfach beschworene konterrevolutionäre „Solidarität der Demokraten“, eine Formel, mit der die bürgerlichen Parteien auch heute noch gern auftreten.

Am 19. Januar 1919 war es so weit. Das schrille Wahlkampfgetöse der Parteien verlor sich, erwartungsvolle Gespanntheit dominierte. Überall ließ Noske seine Garden für den Wahltag in Alarmbereitschaft setzen. Truppenteile marschierten drohend durch die Hauptstadt, besonders durch einige Arbeiterviertel. Vor den meisten Lokalen standen uniformierte Hüter der Konterrevolution, gleich ob sie wie in Berlin die blaue Kluft der alten kaiserlichen Schutzleute oder wie in Magdeburg den Rock des neugegründeten Bundes der ehemaligen Frontsoldaten trugen, der sich sinnigerweise „Stahlhelm“ nannte. Auf dem Weg ins Wahllokal konnte Jeder noch einmal die vielen Plakate und Anschläge mustern, die an Schaufenstern, Bäumen und allen freien Wänden klebten und ihm vieles versprochen – alles mögliche, außer der tatsächlichen Macht!

Der Wahlsonntag verlief ganz nach dem Geschmack seiner Initiatoren. Schon mit der Beteiligung konnten die Veranstalter des Wahlspektakels zufrieden sein. 83 Prozent der Wahlberechtigten traten an die Urnen, was in dieser Höhe bis 1932 nicht mehr der Fall sein sollte. Manche Schlauköpfe führten dies auf das schöne Wetter zurück, die trockene und klare Luft, die sich nur am Nachmittag durch leichten Schneefall trübte. Ursache war Jedoch der Sturm der Revolution, der die Massen politisch aktiv werden ließ. Außerdem drängte es viele Frauen, ihre Stimme abzugeben. Erstmals durften sie gleichberechtigt mit den Männern an die Urne treten. Die Revolution hatte geholfen, ein altes Ziel der Arbeiterbewegung durchzusetzen. Doch befangen in politischer Unerfahrenheit und den eigens darauf abgestimmten Sprüchen der bürgerlichen Agitatoren dankten sie es hauptsächlich den rechten Parteien. Aus späteren Untersuchungen geht hervor, daß unter den Wählern der DNVP,

der konterrevolutionären Deutschnationalen Volkspartei, mindestens 59%, unter denen des katholischen Zentrums 55%, dagegen unter denen der beiden sozialdemokratischen Parteien nur 43% bzw. 41% Frauen waren.

Die Ergebnisse, die erst drei Tage später exakt und offiziell vorlagen, entsprachen den Warnungen der deutschen Kommunisten. Von der prahlerischen Voraussage rechter Führer der SPD, daß die Wahlen eine „sozialistische“ Mehrheit in der Nationalversammlung erbringen würden, blieb nur Schall und Rauch. Die bürgerlichen Parteien waren es, die als Wahlsieger gelten konnten, obwohl sie einzeln weit unter der hohen Zahl von 11,5 Millionen Stimmen für die SPD standen. Ihnen hatten aber insgesamt 54,5% aller Wähler das Vertrauen ausgesprochen. Wahlkreisgeometrie und Wahlgesetz taten ein übriges zu ihren Gunsten: 236 der 421 Mandate fielen ihnen zu, während die SPD 163 und die USPD lediglich 22 erhielten. Die von Schwerindustrie und Bankkapital gestützte DVP, die erheblich weniger Stimmen als die USPD vereinnahmte, gewann fast ebenso viele Sitze. Dies lag auch daran, daß die bürgerlichen Parteien ihre Listen häufig miteinander verbunden hatten. So gingen ihnen weniger Stimmen verloren. Die DNVP hatte von der wahlgesetzlichen Möglichkeit der Listenverbindungen in 26 Wahlkreisen, das Zentrum in 28, die DVP in 21 Gebrauch gemacht, SPD und USPD nur in 6 Fällen!

Für die Reaktion zahlte sich also der Einsatz aller ihrer Mittel auf der ganzen Linie aus. Einzig und allein für sie erwies es sich als vorteilhaft, daß die revolutionäre Arbeiterbewegung noch dazu durch sog. Arbeiterführer selbst – niedergeschlagen und ihrer besten Kräfte beraubt, daß das werktätige Volk irregeführt und mit demagogisch-verlogenen Parolen vollgestopft worden war. Der herrschenden Klasse nutzte aber auch die Verwirrung, die es unter den Kommunisten und revolutionären Arbeitern gab, nachdem die Linken einen falschen (im Herbst 1919 korrigierten) Beschluß gefaßt hatten. Gegen die mahnenden Stimmen von Liebknecht und Luxemburg war festgelegt worden, die eben gegründete KPD nicht an den Wahlen teilnehmen zu lassen und die Tribüne des neuen Parlaments nicht für den weiteren Kampf um die Gewinnung der Massen für ihre großen Ziele zu nutzen. Viele Delegierte hatten noch nicht erkannt, daß mit der Entscheidung des Reichsrätekongresses zugunsten einer Nationalversammlung eine Wende im Verlauf der Revolution eingeleitet worden war.

In die Nationalversammlung wurden lediglich vier Arbeiter als Vertreter eines Volkes gewählt, in dem immerhin jeder zweite zur Arbeiterklasse zählte. Die soziale und berufliche Struktur des Volkes stimmte vorn und hinten nicht mit der seiner neuen Repräsentanten überein. Die verschwindend kleine Schicht der Monopolbourgeoisie war direkt durch 10 Großindustrielle und 9 Rittergutsbesitzer vertreten. Nach den sorgsam um nebulöse Schleier bemühten Berufsangaben der Abgeordneten hatten die Parteien außerdem zu „Volksvertretern“ lanciert: 125 hauptamtliche Partei- oder Gewerkschaftsfunktionäre, 72 Schriftsteller, Journalisten und Redakteure, 34 Rechtsanwälte und 29 Landwirte und Bauern, 13 Handwerker, 11 Pfarrer, 8 Richter, 8 Gelehrte, 7 berufslose Frauen, 7 Kaufleute, 5 Privatangestellte und 2 Ärzte.

So sahen sie also aus, die 385 Herren und 36 Damen, die sich den Titel eines „Volksvertreters“ anmaßten und am 6. Februar 1919 in das Weimarer Nationaltheater einzogen. Sie halfen, die politische Macht der Bourgeoisie vollends, wenn auch in neuer Form, wiederherzustellen; sie schneidernten der alten Kapitalherrschaft ein neues Gewand, hinter dem sich Betrug und Gewalt, Demagogie und weißer Terror in profitversprechender Eintracht entfalteten.

Vor jener grauen Tafel am Gebäude des Nationaltheaters vermag sich der Besucher Weimars leicht aus seinen Gedanken zu lösen. Nach fünfundsechzig Jahren, in denen zunächst der hier aus der Taufe gehobene Staat seinen faschistischen Feinden erlag und schließlich die Arbeiterklasse ihre damals begonnene Revolution in einem neuen deutschen Staat endgültig siegreich gestaltete, kann der Betrachter ruhig weitergehen, anderen und historisch wertvolleren Sehenswürdigkeiten der schönen Stadt entgegen.

Radioansprache, Stimme der DDR. Sendereihe Wissenschaftliche Weltanschauung, 9. Februar 1984. 6 S.

Rezension

Kurt Gossweiler, *Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919 bis 1924*. Berlin: Akademie-Verlag 1982. 616 S., 36 Abb. 1. Anh. 8° M 28,00.

Während sich bürgerliche Historiker dutzendweise mit der Frühphase des Faschismus in Deutschland befaßt und diese für ihre Thesen weidlich zu nutzen verstanden haben, gab es bisher in der marxistisch-leninistischen geschichtswissenschaftlichen Literatur lediglich Ansätze einer konkret-historischen Analyse der Ursprünge sowie anfänglichen Entwicklungsetappen in der Geschichte der NSDAP. Zu Unrecht – und das zeigt das hier zu besprechende Werk in hervorragender Weise – sind die Entstehung und Formierung der nazifaschistischen Partei etwas stiefmütterlich behandelt worden. K. Gossweiler vermochte, die empfindliche Lücke zu schließen und gleichzeitig – diese Wertung sei vorangestellt – etwas zu schaffen, was ohne Übertreibung ein neues Standardwerk genannt und für die künftige Faschismusforschung als unentbehrlich betrachtet werden darf. Im eigentlichen Sinne handelt es sich bei dem, was der weit über die Grenzen der DDR hinaus bekannte Verf. vorgelegt hat, nicht um eine Geschichte der NSDAP. Vielmehr ist seiner Feder eine Darstellung entsprungen, die dem vielgestaltigen, komplizierten und in sich durchaus widersprüchlichen Verhältnis der herrschenden Klasse des imperialistischen Deutschlands während der Periode der revolutionären Nachkriegskrise zum Faschismus gilt.

Die ersten drei der insgesamt zehn Kapitel sind systematisch-theoretisch angelegt und verdeutlichen die grundsätzlichen Positionen des Verfs, die teilweise bereits in früheren und nicht nur von Fachhistorikern stark beachteten Publikationen vertreten worden sind¹ und hier zusammengefaßt, verallgemeinert und auch weitergeführt werden. G. befaßt sich in diesem Teil, der etwa ein Viertel des Buches ausmacht, mit typologischen Fragen sowie mit den neuen objektiven Massenbasis-Bedürfnissen der Monopolbourgeoisie, die am Beginn unserer Epoche, nach der Novemberrevolution und dem Ende des ersten Weltkrieges entstanden und die für die Klassenkampforientierung aller Angehörigen, Repräsentanten und Vertreter der herrschenden Klasse von zentraler Bedeutung werden sollten. Außerdem unterzieht G. die soziale, politische und geistige Situation in Bayern einer eingehenden Analyse, die ihn zu der völlig berechtigten Schlußfolgerung führt, das Land habe ein wahres Treibhaus für faschistische Kräfte dargestellt und die NSDAP selbst sei noch zur Zeit des Putsches vom November 1923 darin eingebunden gewesen.²

Die weiteren Kapitel – „Alldeutsche und Militaristen-Zieheltern der NSDAP“; „Ein ‚Führer‘ wird aufgebaut“; „Der Marsch aus der Bedeutungslosigkeit zu einem Machtfaktor in Bayern“; „Die ‚Arbeiterpartei‘ der feinen Leute“; „Reichswehr, Landesregierung und NSDAP während des ‚Ruhrkampfes‘“; „Der Putsch im Bürgerbräu und seine Hintergründe“; „Der aufgehaltene Absturz: Der Hitler-Ludendorff-Prozeß“ – folgen im wesentlichen dem Geschehen chronologisch von der Gründung des obskuren Hinterstuben-Vereins am 5. Januar 1919 bis zu den Bemühungen der bayerischen Richter, im Prozeß von 1924 aus Hitler, der ein verbrecherischer Putschist gegen den Staat geworden war, einen „verhinderten Retter des Staates zu machen“ (S. 533) und ihn „zur späteren Verwendung bei erneutem Bedarf ins Reservistenkorps für nationale Massenverführer“ (S. 543) einzureihen. Der Verf. untersucht die „etappenweise Gewichtsvergrößerung der NSDAP“ (S. 180) und sieht die entscheidenden Zäsuren dieser Entwicklung in der ersten Großveranstaltung vom 24. Februar 1920, im Führungswechsel vom Juli 1921, in den sich drastisch verändernden Bedingungen von Ende 1922/Anfang 1923 sowie im Beginn des Kampfes der gesamten republikfeindlichen Rechten zum gewaltsamen Sturz der Stresemann-Regierung und zur Einrichtung einer „nationalen Diktatur“.

¹ Siehe Kurt Gossweiler: Über Ursprünge und Spielarten des Faschismus. In: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Bd. 24/1, Berlin 1980, S. 7 ff; ders.: Faschismus und Arbeiterklasse, In: Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik. Hrsg. von Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler, Berlin 1980, S. 99 ff. Die Frage: „Aber wo bleibt Gossweilers Meinungsäußerung?“ erscheint in diesem Zusammenhang als überflüssig. Siehe Jürgen Kuczynski: Ich bin der Meinung. Bemerkungen zur Kritik, Halle–Leipzig 1982, S. 131.

² Zu Bayern könnten einige Aussagen durchaus präziser sein. Das betrifft die Rolle der Bayerischen Volkspartei, die religiösen und monarchistischen Traditionen dieses Landes sowie vor allem den Föderalismus, der nicht nur als Partikularismus verstanden werden darf.

Die wesentlichsten Ergebnisse der sorgfältigen, quellenmäßig gut fundierten, argumentationsreichen und erfrischend polemisch formulierten Darstellung dürften in folgenden Punkten bestehen:

1. Der Verf. weist erneut, sehr konkret und überzeugend nach, daß die allgemeine marxistisch-leninistische Bestimmung von Klassencharakter und sozialer Funktion des Faschismus voll und ganz auch für die Frühphase in der Geschichte faschistischer Organisationen zutrifft. Er betrachtet diese als „Geschöpf“, „Pflegekind“ und „Instrument“³ der reaktionärsten Kreise der imperialistischen Bourgeoisie von ihrer Entstehung an und widerlegt alle Auffassungen bürgerlicher Historiker vom angeblich „originären“ kleinbürgerlichen Charakter der Nazi-Partei. Wie sich diese tatsächlich in die Situation und die Bedürfnisse des Imperialismus, in die allgemeine Krise des Kapitalismus einordnete, zeigt der Verf. an zahlreichen Beispielen. Hier sei nur auf eine Aussage verwiesen, die zu den Führungskadern des Faschismus getroffen wird: „Aber diese militärischen Desperados waren nicht das Produkt des Kleinbürgertums; was sie geworden waren: brutale, pervertierte, entmenschte Kampf- und Mordmaschinen, das waren sie geworden, nachdem der Imperialismus sie aus ihrer zivilen Existenz herausgerissen hatte, durch die Erziehung, die er ihnen in *seinem* Krieg und für *seine* Zwecke hatte angedeihen lassen“ (S. 60).

2. Mit Recht sieht G. die Frühphase des Faschismus in Deutschland geprägt „von den Experimenten der reaktionärsten Kreise der deutschen Monopolbourgeoisie ..., die Weimarer Republik im gewalt-samen Schnellverfahren zu beseitigen“ (S. 550). Seiner abschließenden Einschätzung ist voll zuzustimmen: „Wie wenig der deutsche Faschismus eine selbständige Bewegung mit eigener Konzeption war, erweist sich daran, daß die Kampfmethoden und Kampfziele der NSDAP jeweils in Abhängigkeit von Änderungen in den Kampfmethoden und -zielen des deutschen Imperialismus wechselten.“ (S. 549) Damit hängt auch die vom Verf. betonte Tatsache zusammen, daß der Frühfaschismus „gewissermaßen erst zu sich selbst finden mußte“ und daß die herrschende Klasse die Handhabung dieses neuen Mittels ihrer Antirevolutionsstrategie „erst zu lernen hatte“ (S. 51). Dem Verf. geht es aus den genannten Gründen also sowohl um die Grundtendenz als auch um die Wechselfälle im Verhältnis der herrschenden Klasse zur NSDAP. Er belegt, daß in den ersten vier Jahren der Existenz des Nazifaschismus für dessen Schicksal das Verhältnis der bayerischen Reichswehrführung zu ihm entscheidend war. Nirgendwo sonst besaß das militärische Machtorgan der herrschenden Klasse einen solchen ausschlaggebenden Einfluß; die Reichswehr stellte den „Hauptprotektor der NSDAP“ (S. 180) dar. G. spricht sogar von einer „Reichswehrpartei“ (S. 248), zeigt aber auch, wie sie vom Staatsapparat und von bourgeois Kräften aufgepäppelt worden ist, wie sich der Kreis der Förderer aus der herrschenden Klasse erweiterte und damit immer mehr auch „andere als die spezifischen Interessen der bayerischen Reichswehrführung auf die Führung der NSDAP einwirkten“ (S. 271), was natürlich nicht konfliktlos vor sich gehen konnte.

3. Seine Erkenntnisse gewinnt G. aus der mit Akribie vorgenommenen, mitunter sogar etwas aufwendigen Analyse unterschiedlicher Quellen und Dokumente zur Situation und Politik der herrschenden Klasse, wobei sich das Bemühen um den Vergleich zwischen der Lage in Bayern und der in anderen deutschen Ländern sowie um internationale Vergleiche als äußerst produktiv erweist. Die Methode, in die Darstellung auch Passagen biographischen Charakters über einzelne Faschisten und ihre Förderer einzubeziehen sowie nichtnationalsozialistische Organisationen des deutschen Faschismus ausführlich zu charakterisieren, führt zu einem sich abrundenden, plastischen Bild von der Gesamtheit fast aller Vorgänge jener Zeit. Es kann G. nicht vorgeworfen werden, er habe sich zu stark auf die von ihm untersuchten Beziehungen zwischen der herrschenden Klasse und der NSDAP konzentriert und andere Faktoren, wie z. B. die soziale Struktur der faschistischen Massenbasis, die Rolle der Nazi-Ideologie oder die Rolle Hitlers, zu wenig berücksichtigt. Im Gegenteil, er weist an vielen Stellen und mit einzelnen Bemerkungen die richtigen Wege zur Beantwortung auch solcher Fragen.

4. Der Verf. räumt rigoros und in bestem Sinne streitbar mit einer Fülle bürgerlicher Hitlerlegenden auf, die von den Nazis selbst in Umlauf gesetzt worden sind und vielfach als direkte oder modifi-

³ Auf S. 311 spricht G. von der NSDAP als einem besonders sorgsam gepflegten und behüteten „Gewächs der politischen Pflanzschule“ der herrschenden Klasse.

zierte Leitlinie bürgerlicher Geschichtsbetrachtung wiederkehren. Er zeigt, wie wenig die These, derzufolge die Geschichte der NSDAP lediglich eine Geschichte des Mannes namens Hitler sei, mit den historischen Tatsachen übereinstimmt. Am interessantesten sind in diesem Zusammenhang die Ausführungen über die Führungskrise in der NSDAP von Mitte 1921, die mit der Erhebung Hitlers zum Parteiführer endete. Es ist beeindruckend, wie hier der objektive Bedarf der herrschenden Klasse im Großen und im Kleinen, im Allgemeinen und Besonderem dargestellt wird, ohne die individuellen Eigenheiten und Neigungen Hitlers und deren tatsächliche Wirkungen aus dem Blickfeld zu verlieren.

5. Zu den Vorzügen des Buches gehört unbestreitbar, wie G. seinen Beitrag zur Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Faschismustheorie zu leisten versucht. Seine Aussagen über die beiden Hauptformen des Faschismus sowie über die Entwicklungsstadien sind anregend und werden die notwendige Diskussion in der Geschichtswissenschaft der DDR fördern. Seiner Periodisierung innerhalb des ersten Faschismuszyklus (Nachkriegsfaschismus 1919-1929, Vorkriegsfaschismus 1929-1939, Kriegsfaschismus 1939 bis 1945 mit jeweils zwei Phasen; S. 47 f.) ist sicher voll zuzustimmen.⁴ Weitere Überlegungen werden die Besonderheiten jeder Entwicklungsstufe betreffen müssen, die hier für den Zeitraum 1919-1924 zwar in Gestalt einzelner Aspekte (Nachrevolutionsfaschismus, Nachkriegsfaschismus, Frühfaschismus) behandelt, jedoch nicht völlig in ihrer Komplexität und inneren Wechselwirkung erfaßt werden konnten. Die auch in diesem Zusammenhang wichtige Frage, unter welchen Voraussetzungen sich faschistische Organisationen zu Massenparteien entwickeln, läßt sich sicher nicht nur mit jenen Punkten beantworten, die der Verf. dafür nennt (S. 38 f. und S. 44 f.). Leider fehlt ein Hinweis auf den jeweiligen Entwicklungsstand des gesamten bürgerlichen Parteienwesens, auf das generelle Bedürfnis aller bürgerlichen Parteien, sich zu Massenparteien zu entwickeln – ein Bedürfnis, das sich erst am Beginn unserer Epoche vollständig ausprägte, aber in den einzelnen Ländern in sehr unterschiedlichem Maße das Parteiensystem der herrschenden Klasse wie auch deren gesamtes System politischer Organisiertheit beeinflusste. Ebenso will dem Rez. scheinen, als neige der Verf. hier in der Tendenz zu einer Unterschätzung der Wirksamkeit von Traditionen politischer Herrschaftssysteme und ähnlicher Faktoren.

Insgesamt – das sei ausdrücklich noch einmal betont – können die wissenschaftliche Leistung des Verfs und sein Beitrag zur Faschismusforschung der DDR, die sich gerade anläßlich des 50. Jahrestages der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland mit diesem Buch und mit anderen Werken⁵ wirksam hervorgetan hat, als außerordentlich hoch bewertet werden.

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Hrsg. im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 105, Heft 2/3 – Februar/März 1984, Spalte 176-179.

⁴ Unklar bleibt allerdings, warum der Verf. auf eine Auseinandersetzung mit dem Typologie-Modell Ernst Noltes (Frühfaschismus, Normalfaschismus, Radikalfaschismus) verzichtet.

⁵ Siehe z. B. auch Wolfgang Ruge: Das Ende von Weimar. Monopolkapital und Hitler, Berlin 1983; Joachim Petzold: Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, Berlin 1982.

Annotation

Hilde Kammer, Elisabeth Bartsch unter Mitarbeit von Manon Eppenstein-Bankhage: Jugendlexikon Nationalsozialismus. Begriffe aus der Zeit der Gewaltherrschaft 1933-1945. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek b. Hamburg 1982, 278 S., Abb.

Kammer, Bartsch, Eppenstein-Bankhage beschränken sich vorrangig auf die Erläuterung solcher Begriffe, die von 1933 bis 1945 in der Öffentlichkeit bzw. im Nazijargon gang und gäbe waren. Das Lexikon, das etwa 215 Stichworte enthält, soll Jugendlichen der BRD die Auseinandersetzung mit Geschichte und Bedeutung des Faschismus „erleichtern“. Dieses Anliegen bleibt angesichts der Konzeption des Bd. Von vornherein verbal. Welche Erleichterung soll es geben, wenn z. B. Begriffe wie Kohlenklau, Pimpf, Mutterkreuz und NSV-Schweinchen ausführlich erläutert werden, der Leser dagegen nichts über die Begriffe Faschismus und Antifaschismus, über die Reichsgruppe Industrie, den Generalplan Ost, die Grüne Mappe Görings, die Losung „Kanonen statt Butter“, Autarkie, Appeasement-Politik, den Charakter des zweiten Weltkrieges, den Widerstandskampf der KPD und ihrer Verbündeten erfährt. Es wurde alles weggelassen, was geeignet ist, die imperialistischen Wurzeln des deutschen Faschismus und seiner Verbrechen bloßzulegen. In gleicher Weise sollen den Jugendlichen die geschichtlichen Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes vorenthalten werden; zu diesem Thema geben auch die Stichworte Bekennende Kirche, Edelweißpiraten, Kreisauer Kreis, Rote Kapelle, Weiße Rose und 20. Juli keine Auskunft. Die Vielzahl der Stichworte zum Antisemitismus lässt erkennen, dass der Faschismus weitgehend auf die Verfolgung und Ermordung der Juden reduziert werden soll. Die Aussagen zu geschichtlichen Zusammenhängen und Entwicklungsprozessen (NSDAP, Machtübernahme, Marsch auf die Festherrenhalle, Weimarer System, Wehrmacht u. a.) sind stellenweise falsch: die Novemberrevolution 1918/19 existiert für die Autorinnen nicht, nach 1933 scheint es die NSDAP ebenso wenig gegeben zu haben wie die planmäßige Vorbereitung und Entfesselung des zweiten Weltkriegs. So ist das Lexikon eher aufschlussreich für das, was der Jugendliche in der BRD nicht über den Faschismus wissen soll.

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft H. 5/1984, S. 475.

Rezension

Joachim Petzold, *Die Demagogie des Hitlerfaschismus*. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur. Berlin: Akademie-Verlag 1982. XX, 444 S. 8° M 25,00.

„Wer erklären möchte, warum so viele Deutsche dem faschistischen Ungeist zum Opfer fielen und weshalb sich die Nazivariante des Faschismus in Deutschland durchsetzte, der muß notwendigerweise das ideologische System, seine Grundlagen und Wandlungen sowie das Wechselspiel zwischen Ideologie und Politik in seine Betrachtung einbeziehen“ (S. VIII) – diesen Satz stellt J. Petzold seinem Buch, mit dem er einer ganzen Reihe grundlegender Zusammenhänge von Imperialismus und Faschismus auf dem Gebiet der Ideologie nachspüren will, gleichsam programmatisch voran. Sein Hauptanliegen, dem völlig zuzustimmen ist und das vom Rez. ebenfalls unterstützt wird,¹ besteht in der Forderung, die besondere Qualität der Naziideologie gegenüber ihren historischen Vorläufern stärker als bisher zu betonen. In der nazifaschistischen Ideologie erblickt P. wesentlich mehr als eine bloße Fortführung von summierten Elementen einer reaktionär gewordenen bürgerlichen Ideologie. Das Neue in ihr sieht der Verf. vor allem durch drei Faktoren bestimmt: erstens durch die Steigerung der reaktionären Ideologie, vor allem des Antikommunismus und des Antisemitismus, ins Extreme; zweitens durch die Verschmelzung des vorgefundenen ideologischen Waffenarsenals zu einem einheitlichen, wenn auch mit vielen inneren Widersprüchen behafteten System, das in höchstem Maße mit sozialer Demagogie verbunden wurde, sowie drittens durch die enge Verknüpfung der nazifaschistischen Ideologie mit einem „auf Massengewinnung und Machtergreifung bedachten Pragmatismus, der sich sogar einiger Kampfmethoden bediente, die dem kapitalistischen System scheinbar abträglich waren, und der vor radikalen Kursänderungen nicht zurückschreckte ...“ (S. XI)² In diesen Faktoren sieht P. wesentliche Ursachen für die schließliche Überlegenheit der Nazifaschisten gegenüber ihren politischen Konkurrenten im Lager der rechten Kräfte der Bourgeoisie.

Der Verf. wendet sich damit – im Sinne eines echten Meinungsstreites – gegen Auffassungen anderer marxistischer Gesellschaftswissenschaftler, die dem Nazifaschismus in ideologischer Hinsicht fast jegliche Eigenständigkeit absprechen, die Naziideologie im wesentlichen nur als ein eklektisches Sammelsurium betrachten und in den reaktionären Ideologien des 19. und frühen 20. Jhs. bereits einen Präfaschismus bzw. eine geistige Vorwegnahme des Faschismus erblicken. Seine Prämisse führt den Verf. zwangsläufig zu einer wesentlichen Erweiterung der marxistisch-leninistischen Ideologieforschung: Er geht über die bisher vorrangig betriebene Analyse von Publikationen führender faschistischer Ideologen weit hinaus und bezieht das Ergebnis eines weitgefächerten Studiums von Zeitungen, Zeitschriften und ähnlichem mit ein. P. verbindet seine darstellende Interpretation der Naziideologie mit einer entlarvenden Bestimmung ihrer konkreten, situationsbedingten Funktion vor dem Hintergrund der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung und der jeweiligen Situation in der NSDAP. Außer dieser Berücksichtigung des „Zeitgeistes“ der herrschenden Klasse³ (die ich in methodologischer Hinsicht für bedeutsam, wenn auch noch nicht für vollständig geklärt halte) geht es P. um die Erhellung der immer wieder frappierenden Diskrepanz zwischen dem, was die Nazis in ihren Publikationen verkündeten, und dem, was eigentlich damit bezweckt wurde und vom Verf. durch gründliches Archivstudium (z. B. einer Reihe aufschlußreicher Nachlässe) aufgedeckt werden konnte. Der große Wert der Arbeit kann daher aus der Verknüpfung von konkret-historischen und ideologiekritischen Fragestellungen abgeleitet werden. Er be-

¹ Vgl. Manfred Weißbecker: Grundelemente, Entwicklungstendenzen und Wirkungen der faschistischen Ideologie. Bemerkungen zur Eröffnung des 9. Jenaer Faschismus-Kolloquiums am 17. und 18. September 1979. In: Jenaer Beiträge zur Parteigeschichte, Nr. 45, Februar 1981, S. 5 ff.

² P. stützt sich bei dem zuletzt genannten Faktor der „propagandistischen Verwertbarkeit“ von Ideologie auch auf Palmiro Togliatti, der in seinen „Lektionen über den Faschismus“ erklärt hatte: „Nichts ähnelt mehr einem Chamäleon als die faschistische Ideologie. Wenn ihr die faschistische Ideologie betrachtet, verliert niemals das Ziel aus den Augen, das zu erreichen sich der Faschismus mit einer bestimmten Ideologie in einem bestimmten Augenblick vorgenommen hat.“ Palmiro Togliatti: Lektionen über den Faschismus. Frankfurt/Main o. J., S. 15.

³ P. greift damit bewußt auf Hans Günther und dessen 1935 zuerst veröffentlichtes Buch „Der Herren eigener Geist“ zurück.

steht in der weitgehenden Aufdeckung des komplizierten Mechanismus der Wechselbeziehungen von Interessen und Interpreteten als Ausdruck der dialektischen Einheit von Ökonomie, Politik und Ideologie in der Gesellschaft.

Nach einer längeren Einleitung, in der die ideologischen Wegbereiter von Imperialismus und Faschismus⁴ sowie die Herausbildung der wesentlichsten imperialistischen Mobilisierungsideologien behandelt werden, stellt der Verf. in den ersten drei Kapiteln die Entstehung der Naziideologie, das Verhältnis von sozialer Demagogie bzw. Sozialismus-Demagogie⁵ und alld deutscher Ideologie in der frühen Nazibewegung sowie die ideologische Begründung der faschistischen Putschpläne von 1922 bis 1924 dar. Daran schließen sich umfangreiche und tiefgründige Analysen von Hitlers „Mein Kampf“ und Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts“ an, die zum Besten gehören, was dazu bisher in unserer Literatur geschrieben worden ist. Chronologischer Aufbau charakterisiert die folgenden Kapitel, die dem Zeitraum von der Neugründung der NSDAP Anfang 1925 bis zum 30. Juni des Jahres 1934 reichen und in denen generell verfolgt wird, wie sich die Entwicklungsstufen des Nazifaschismus im ideologischen Bereich spiegelten. Schlußbetrachtungen runden die Darstellung sinnvoll ab: In ihnen deutete der Verf. die Veränderungen an, die sich in der faschistischen Ideologie nach der Errichtung der offen terroristischen Diktatur und im Rahmen der forcierten Kriegsvorbereitungen ergaben. Diese Veränderungen betrafen vor allem die Zurückdrängung der zur Massenmobilisierung in den Jahren der Weimarer Republik verwendeten sozialdemagogischen Parolen sowie das stärkere Hervortreten der sozialimperialistischen und rassistischen Begründungen für den Kampf um die Neuaufteilung der Welt. P. faßt seine Auffassung über den Platz der Sozialdemagogie in der nazifaschistischen Ideologie mit den Worten zusammen: „So untrennbar die nationalsozialistische Demagogie mit dem Hitlerfaschismus in dieser Zeit (der Weimarer Republik, M. W.) verbunden war, so wesentlich eine scheinbar prinzipielle Kapitalismuskritik den Aufstieg der NSDAP zur zahlenmäßig stärksten Partei in Deutschland ermöglichte, so wenig wurde aber dadurch die Naziideologie dauerhaft geprägt und die Nazipolitik nach der ‚Machtergreifung‘ bestimmt. Was vielen Zeitgenossen oft als Wesen des Nazifaschismus erschien, enthüllte sich lediglich als Mittel zum Zweck.“ (S. 431)

Zweifellos erweist sich P. nach seinen bisherigen Arbeiten über die Jungkonservativen und andere ideologiegeschichtlich relevante Fragen⁶ mit vorliegendem Buch erneut als ein kenntnisreicher und produktiver Autor. Für den Leser entsteht ein umfassendes Bild von den konkreten Zielen und Aufgaben der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des deutschen Imperialismus, von deren großer Geschicklichkeit im Mißbrauch nationaler und sozialer Interessen der werktätigen Massen, von der skrupellosen Verfälschung des Sozialismus-Begriffs der Arbeiterbewegung im faschistischen Sinne. Die Fülle des verarbeiteten Materials ist beeindruckend. Gediegene Interpretation der Fakten, anschauliche Verdeutlichung des eigentlichen Gehalts imperialistischer und faschistischer Parolen, gelungene biographische Aussagen zu fast allen der erwähnten faschistischen Ideologen, eine Reihe von Impulsen, die zu weiteren Forschungsarbeiten über die verschiedensten Probleme der NSDAP-Geschichte anregen, breite Literaturkenntnis und überzeugende Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Geschichtsschreibung – alles das macht das vorliegende Buch lesenswert, anregend und gewinnbringend.

Das gilt auch für jene Passagen, die Widerspruch und weitere Diskussionen hervorrufen werden. Für die neuen Debatten, die u. a. im Arbeitskreis X des VII. Historiker-Kongresses der DDR begonnen haben, sowie zur vollständigen Beantwortung der vom Verf. aufgeworfenen Fragen wäre mehr und Grundsätzlicheres an Aussagen zur Rolle der Sozialdemagogie in Ideologie und Politik der gesamten imperialistischen Bourgeoisie zu erwarten gewesen. Es ist bedauerlich, daß nicht der

⁴ Dabei wird der Rolle von Theodor Fritsch, der von ihm herausgegebenen antisemitischen Zeitschrift *Hammer* (erschieden von 1902 bis 1940) und dem Reichshammerbund zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet.

⁵ Der von P. auch verwendete Begriff „sozialistische Demagogie“ (z. B. S. 109) erscheint als nicht glücklich gewählt.

⁶ Vgl. vor allem Joachim Petzold: *Konservative Theoretiker des deutschen Faschismus. Jungkonservative Ideologen in der Weimarer Republik als geistige Wegbereiter der faschistischen Diktatur*. Berlin 1978, 2. Aufl. 1982.

Versuch unternommen worden ist, generell den Begriff der Demagogie zu erfassen, ihn von dem der Manipulation abzuheben,⁷ die Unterschiede in den demagogischen Methoden der wichtigsten bürgerlichen Parteien aufzuspüren, um auch dadurch die Spezifik der Demagogie des Hitlerfaschismus besser erfassen zu können. Weiteren Forschungen wird es auch vorbehalten sein, die Frage nach der Notwendigkeit und der Rolle eines „Resonanzbodens“ (S. 249)⁸ unter den Massen – ohne ihn konnte die faschistische Demagogie keine Wirkung erzielen – genauer zu beantworten. Dabei wäre vor allem zu berücksichtigen, daß sich gewichtige Unterschiede zeigten, wenn unterschiedliche Adressaten (Mitglieder, Wähler usw.) ins Visier genommen worden waren.

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Herausgegeben im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 105, Heft 5/6 – Mai/Juni 1984, Spalten 389-392.

⁷ Vgl. Günther Rose: Manipulation als imperialistische Herrschaftstechnik, in: Ztschr. f. Geschichtswiss. 1983, H. 3, S. 195 ff.

⁸ P. trifft hier die völlig berechtigte Aussage: In der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus habe „sich in aller Deutlichkeit erwiesen: Die faschistische Demagogie vermochte keine Wirkung zu erzielen, wenn der Resonanzboden in Gestalt all gemeiner Unzufriedenheit fehlte. Der Naziideologie wohnte keineswegs eine unwiderstehliche Massenanziehungskraft inne. Sie bedurfte nicht nur eines beträchtlichen finanziellen Aufwandes, um an den Mann gebracht zu werden, sie brauchte auch Menschen, die Grund zur Verzweiflung hatten. Weder raffinierte Propagandatechnik noch suggestive Rhetorik konnten daran etwas ändern.“

Der 20. Juli 1944: eine patriotische Tat von historischem Rang

Mit dem Anschlag auf Hitler versuchten patriotische Offiziere um Stauffenberg den Krieg zu beenden und das Naziregime zu stürzen

1785 Tage hatte der vom faschistischen deutschen Imperialismus entfesselte zweite Weltkrieg bereits gedauert, als am 20. Juli 1944 um 12.45 Uhr in Hitlers ostpreußischem Hauptquartier – sinnigerweise „Wolfsschanze“ genannt – jener in einer Aktentasche versteckte Sprengkörper detonierte, der den faschistischen Diktator samt seiner Führungsclique töten, damit einen unter dem Decknamen „Walküre“ vorbereiteten militärischen Aufstand auslösen und den Weg für die unverzügliche Beendigung des mörderischen Krieges in Europa freimachen sollte.

Wer waren jene Männer und Frauen, die sich damit mutig und unter Einsatz ihres Lebens dem Regime entgegenstellten und in die breite Front des Antifaschismus einreiheten?

Signal für Entmachtung der Naziführer

Aus dem relativ großen, aber sehr heterogenen Kreis derer, die an der Vorbereitung des 20. Juli 1944 Anteil genommen hatten, ragt zunächst der damals 37jährige Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg heraus. Auf ihn fiel die unerhört schwere Aufgabe, die Sprengladung in Hitlers Nähe zu bringen und zu zünden. Danach gelang es ihm auch, die „Wolfsschanze“ zu verlassen, nach Berlin zu fliegen und dort als Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres eine Reihe von Aktionen von Wehrmachtseinheiten gegen Naziführer und die SS auszulösen, darunter in der Reichshauptstadt Berlin, in Paris, Wien und anderen Orten. Die Wirkung alter Maßnahmen verpufft jedoch angesichts der Tatsache, daß Hitler durch einen Zufall am Leben geblieben und nur leicht verletzt worden war, und daß viele von denen, die in den Plan „Walküre“ eingeweiht oder unwissend waren, nur zögernd oder gar nicht reagierten. Faschistische Offiziere nahmen schließlich noch in den Abendstunden des 20. Juli, als das Scheitern der Verschwörung feststand, Stauffenberg und seine engsten Vertrauten – Oberleutnant Werner von Haeften, Oberst Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim und General Friedrich Olbricht – fest und erschossen sie.

Stauffenbergs Ziele bestanden darin, die Nazi Herrschaft zu beseitigen und den Krieg unverzüglich an allen Fronten zu beenden. Mit einem von der Hitlerclique befreiten Deutschland, das zu einer bürgerlich-demokratischen Staatsform zurückgekehrt ist, wurde die Antihitlerkoalition – so hoffte er – über den Abbruch des Krieges verhandeln wollen und können. Stauffenberg und seine engsten Kampfgefährten waren sich darin einig: Nach dem Sturz Hitlers sollten Kräfte aus allen Schichten des Volkes an der Regierung beteiligt sein. Es müsse die friedliche Zusammenarbeit unter den Völkern Vorrang haben. Schließlich stünden auch Wirtschafts- und Sozialreformen auf der Tagesordnung.

Kontakte zur illegal kämpfenden KPD

Das weitere Schicksal des deutschen Volkes lag auch dem Denken solcher Kräfte zugrunde, die sich in dem christlich und sozialreformerisch orientierten Kreisauer Kreis um Helmuth James Graf von Moltke gesammelt hatten. In der Opposition zum Faschismus versuchten auch sozialdemokratische Funktionäre wie Adolf Reichwein und Julius Leber, eine bürgerlich-demokratische Alternative zu entwickeln, wobei sie sich auch aus den Fesseln des Antikommunismus lösten und 1943/44 Verhandlungen mit der Berliner Landesleitung der KPD begannen.

Das Attentat vom 20. Juli 1944 war Spiegelbild des Widerstandes jener Kräfte in den Reihen des Bürgertums, des Adels und der militärischen Führung, die auch mit Sozialdemokraten und Kommunisten zusammenarbeiten wollten, um durch die Beendigung des Krieges eine nationale Katastrophe zu verhindern. Es gab Bemühungen, die Stauffenberg und andere unterstützten, Kontakte zum „Nationalkomitee Freies Deutschland“ herzustellen.

Die Kreise des 20. Juli 1944 waren von unterschiedlichen Motiven und Zielvorstellungen sowie von Gegensätzen erfüllt. Je mehr sich 1943/44 die Lage für das faschistische Regime zuspitzte, desto stärker drängten allerdings die patriotischen, sich zum Antifaschismus hin entwickelnden Kräfte

zum Handeln. Als die Gruppe um Stauffenberg schließlich handelte, als ihr Verantwortungsbewußtsein und ihre Vernunft zur Tat wurden, da sprengte sie zugleich die Grenzen einer bloßen Opposition gegen das Hitlerregime. Sie brach konsequent mit diesem und darüber hinaus auch mit der verbrecherischen Kriegsdoktrin des faschistischen deutschen Imperialismus. Ihr Gewissen stellte sie in die breite Front derer, die gegen den unmenschlichen Krieg und gleichzeitig gegen seine gesellschaftlichen Wurzeln kämpften.

Das Ende der Freunde und Verbündeten Stauffenberg war tragisch. Der Umsturzversuch scheiterte nicht zuletzt deshalb, weil sie erst so spät, noch dazu ohne Verbindung zu den Volksmassen und viele von ihnen in einer subjektiven Distanz zur antifaschistischen Widerstandsbewegung zur objektiv antifaschistischen Aktion gelangten. Das schmälert jedoch die Hochachtung keineswegs, die ihnen damals die Kommunisten entgegenbrachten und die wir ihnen heute entgegenbringen. Sie opferten ihr Leben für ein Gewissen, das sie nicht mehr in Einklang mit den gewissenlosen aggressiven Kräften zu bringen wußten.

Ihre Vernunft, ihr politischer Realismus und ihre schließliche Absage an die menschenverachtende Barbarei führten sie zu einer Tat von antifaschistischer, geschichtlicher Größe. Sie befanden sich in Übereinstimmung mit dem wichtigsten Erfordernis ihrer Zeit, das im Sturz der braunen Diktatoren und in der sofortigen Beendigung des Krieges bestand. In einer Zeit, in der es um die physische Existenz des deutschen Volkes ging, setzten Stauffenberg und mit ihm viele andere ein unübersehbares Zeichen entschlossener, friedensfördernder und zukunftsweisender Vernunft.

Volkswacht, 20.07.1984.

Kampfgemeinschaft Revolutionäre Nationalsozialisten (KG) 1930-1937/38

(Seit 1931 Schwarze Front [SF])

Die KG formierte sich aus faschistischen Elementen, die sich selbst als „Sozialisten“ oder als „linke“ Nazis bezeichneten und im Frühjahr 1930 aus der ↑ NSDAP austraten bzw. ausgeschlossen wurden. Sie befand sich lautstark, aber wirkungslos in der Führung der NSDAP und nach 1933 die Politik des faschistischen deutschen Staates. Als „soziale“ Abart des Faschismus¹ und unter Nutzung weltanschaulicher Positionen des Konservatismus betrieb sie eine betont antikapitalistische und pseudosozialistische Demagogie. Sie propagierte einen „deutschen Sozialismus“, der das Ergebnis einer „deutschen Revolution“ sein sollte. Ihre objektive Funktion bestand darin, antinationalsozialistische und antihitlerische Intellektuelle sowie kleinbürgerliche und proletarische Kräfte von einer Hinwendung zu antifaschistischen Positionen abzuhalten. In der Emigration verfolgte die Führung der SF hauptsächlich das Ziel, die von der KPD angestrebte Volksfront zu verhindern.

1. Gründung und Ziele der KG

2. Herausbildung und Entwicklung der SF

3. Quellen und Literatur

Führer

Otto Strasser

Organisationsleiter

Rudolf Hans Rehm (Juli-Oktober 1930); Günther Kübler (ab Oktober 1930); Heinrich Grunow (1934-1937/38)

Propagandaleiter

Wilhelm Korn (Juli-Oktober 1930)

Presse

„Der Nationale Sozialist“ (bis Dezember 1930)

„Die deutsche Revolution. Kampforgan der revolutionären National-Sozialisten“ (Januar 1931 bis Juli 1931)

„Die Schwarze Front. Kampforgan für die deutsche Revolution“ (September 1931 bis Februar 1933)

„Huttenbriefe. Worte der Schwarzen Front an das deutsche Volk“ (1933/34)

„Die Deutsche Revolution“ (zunächst mit dem Untertitel „Organ der Schwarzen Front“, dann „Europäische Blätter der Dritten Front“, 1934-1937)

„Die Dritte Front. Grüne Hefte zur europäischen Politik“ (erschien unregelmäßig in Prag 1938)

Mitglieder

Juli 1930 ca. 4000

Mai 1931 ca. 6000

Oktober 1931 ca. 2500

Angeschlossene Organisationen

Nationalsozialistischer Arbeiter- und Bauernjugendbund (bis März 1932, Führer: Artur Grosse, Richard Schapke)

Revolutionäre Kämpfer (bis März 1932)

¹ Alexander Abusch: Der Deckname. Memoiren, Berlin 1981, S. 255.

26. Oktober 1930 in Berlin 2.-4. Oktober 1931 auf Burg Lauenstein (Oberfranken)

8.-9. Oktober 1932 auf der Leuchtenburg bei Kahla (Thüringen)

1. Gründung und Ziele der KG

Die Gründung der KG erfolgte am 8. Juli 1930. Sie war das Ergebnis einer außerordentlichen Zuspitzung des Konfliktes zwischen den beiden Strömungen in der ↑ *NSDAP*, die seit Mitte der 20er Jahre von Hitler und Gregor Strasser repräsentiert wurden. O. Strasser, der Bruder des Reichsorganisationsleiters der *NSDAP*, hatte sich bereits 1928 mit dem Gedanken getragen, eine neue Partei zu gründen.² Allerdings zog er aus der Analyse der Wahlergebnisse zunächst nur die Schlußfolgerung, daß die soziale und pseudosozialistische Demagogie der *NSDAP* verstärkt werden müsse, da den Faschisten bisher kein Einbruch in die organisierten proletarischen Schichten geglückt sei.³ Im Frühjahr 1930 wurden solche Positionen zu einer Belastung für die *NSDAP*-Führung. Die sich in immer stärkerem Maße der Nazipartei zuwendenden Teile der deutschen Monopolbourgeoisie forderten von dieser – vor allem angesichts der großen Streikkämpfe der Jahre 1929/30 und über den ↑ *RDI* – sichtbare Beweise für den rein demagogischen Charakter des propagierten „Sozialismus“.

Die Gruppe um O. Strasser zeigte sich im Interesse der Glaubwürdigkeit der faschistischen Sozialdemagogie in der Zeit der Weltwirtschaftskrise nicht zu deren Reduzierung, sondern eher zu deren Verstärkung und teilweise sogar zu gewissen Zugeständnissen an die Arbeiterklasse bereit. Daher war ihr Ausschluß aus der *NSDAP* programmiert, als Hitler auf einer Reichsführertagung im April 1930 strikt erklärte, der Nationalsozialismus könne nicht in „verschiedene Bestandteile zerlegt werden“ und sei nicht „aus dem Gedanken einer allgemeinen Mitleidsmoral heraus geboren, sondern aus dem Bewußtsein für die Notwendigkeit einer deutschen Herrenmoral“⁴. Mehrstündige Gespräche zwischen O. Strasser und Hitler endeten am 21. und 22. Mai 1930 ergebnislos; die Gegensätze ließen sich nicht mehr überbrücken. Systematisch wurden in den darauffolgenden Wochen Anhänger O. Strassers diskreditiert und aus der *NSDAP* ausgeschlossen. Am 30. Juni, nach der Veröffentlichung der Gesprächs-Protokolle durch O. Strasser⁵, erteilte Hitler schließlich dem zuständigen Berliner Gauleiter (Joseph Goebbels) den Auftrag, eine „rücksichtslose Säuberung“ durchzuführen.⁶

Die Abspaltung der angeblichen „Linken“ von der *NSDAP* erfolgte am 4. Juli 1930 unter der Losung „Die Sozialisten verlassen die NSDAP!“ Die KG forderte von der *NSDAP* eine Rückkehr zum „Sozialismus“ und eine Abkehr von der Legalitätstaktik. Sie behauptete von sich selbst, eine „bewußt antiimperialistische Bewegung“ zu sein. In diesem Sinne formulierte sie: „Als Fundamentalsatz aus dem revolutionären Charakter des Nationalsozialismus stand und steht für uns die Ablehnung jeder wie immer gearteten Kompromiß- und Koalitionspolitik fest, da jede Koalition immer nur der Aufrechterhaltung des bestehenden Systems dient ...“⁷ Dementsprechend war zunächst die Bezeichnung „Revolutionäre Arbeiterpartei (NSDAP-Opposition)“ geplant. Hammer und Schwert – anfangs mit, dann ohne Hakenkreuz – bildeten das neue Symbol. Unmittelbar nach ihrer Entstehung

² Siehe Führer befiehlt ... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der *NSDAP*. Dokumentation und Analyse. Hrsg. Albrecht Tyrell, Düsseldorf 1969, S. 313.

³ Es gelte nicht nur, den Arbeiter für den nationalen Gedanken gewinnen zu wollen, man müsse ihn davon überzeugen, daß „Sozialismus nur auf dem nationalen ... Weg möglich ist ...“ In: Nationalsozialistische Briefe, 15.6.1928.

⁴ Völkischer Beobachter, 29.4.1930.

⁵ Ministersessel oder Revolution? Eine wahrheitsgemäße Darstellung von meiner Trennung von der *NSDAP*, Berlin 1930. Zu den Gesprächen siehe auch Otto Strasser: Hitler und ich, Konstanz 1948, S. 149 ff. Eine klare Bewertung der Positionen O. Strassers findet sich bei Joachim Petzold: Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, Berlin 1982, S. 280 ff.

⁶ Zit. in: Reinhard Kühnl: Die nationalsozialistische Linke 1925-1930. Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 6, Meisenheim (Glan) 1966, S. 374.

⁷ Der Nationale Sozialist, 4.7.1930.

entfaltete die KG eine umfangreiche propagandistische Arbeit, die auf das anfängliche Vorhandensein größerer Geldmittel schließen läßt.

Zu den führenden Personen gehörten neben O. Strasser der vom Küstriner Putsch der Schwarzen Reichswehr her bekannte Major a. D. Bruno Ernst Buchrucker, der ehemalige Leiter der nationalsozialistischen Führerschule im Gau Brandenburg, W. Korn, der ehemalige Schriftleiter der „Nationalsozialistischen Pressekorrespondenz“, Eugen Mossakowsky, sowie R. Schapke und Herbert Blank.⁸ Den stärksten Mitgliederzuwachs erfuhr die KG in Mecklenburg. Hier trat der Gau Mecklenburg-Lübeck der *HJ* geschlossen über und bildete den Kern des *Nationalsozialistischen Arbeiter- und Bauernjugendbundes*. Enge Beziehungen bestanden zu der *Nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft Gau Dithmarschen*, die aber ebenso ihre organisatorische Selbständigkeit wie die unter Führung von Karl Otto Paetel stehende *Gruppe sozialrevolutionärer Nationalisten* wahrte. Mehrere Ortsgruppen der *NSDAP* in Brandenburg (Michendorf, Zossen, Ketzin u. a.) schlossen sich direkt der KG an. Binnen weniger Wochen verfügte O. Strassers Gruppe über feste Stützpunkte in Kiel, Hamburg, Hannover, Braunschweig, Halle, Eisenach, Gotha, Leipzig und Breslau.

Die KG war sich offensichtlich der Tatsache bewußt, keinen eigenen Massenanhang gewinnen zu können, und bildete daher keinen festen Organisationskörper. Sie sei eine „Unteroffiziersschule der Deutschen Revolution“⁹. Auch auf Satzungen wurde zunächst verzichtet. Ziel sollte sein, die „ursprünglichen Tendenzen“ der *NSDAP* wieder durchzusetzen. Erich Rosikat betonte: „Der alte Plan Hitlers war gut. Er ist an der Durchführung gescheitert, nicht weil der Plan undurchführbar war, sondern weil dem Manne die sozialistische Leidenschaft fehlte. Er war und ist ein echter Nationalist, aber nie hat sein Herz gezittert vom Ungestüm des sozialistischen Befreiungswillens. Das hat der Arbeiter gefühlt und Hitler deshalb aus richtigem Instinkt heraus mißtraut.“¹⁰

Am 8. Juli 1930 verkündete der „Nationale Sozialist“, der als Organ übernommen worden war, erneut die bereits 1929 publizierten „14 Thesen der Deutschen Revolution“ als programmatische Grundlage der KG. Im Vergleich zum 25-Punkte-Programm der *NSDAP*, das ausdrücklich anerkannt wurde, fiel die prononcierte Betonung des „Antikapitalismus“ in den Thesen 6 bis 10 auf: „Die Deutsche Revolution verwirft ... das individuelle Wirtschaftssystem des Kapitalismus, dessen Sturz die Voraussetzung zum Gelingen der Deutschen Revolution ist ... Die Deutsche Revolution proklamiert aus gleichem Recht den Anteil der Gesamtheit aller Schaffenden an Eigentum, Gewinn und Leitung der Wirtschaft der Nation.“¹¹ Erst und allein in These 12 kam der Antisemitismus zum Ausdruck, während in den anderen vor allem ein völkisches Großdeutschland und der Bruch des Versailler Friedensvertrages gefordert wurden. Großspurig bezeichnete sich die KG als „dritte Welle der Deutschen Revolution“, wobei der chauvinistische Taumel breiter Kreise des deutschen Volkes im August 1914 als Ausgangspunkt und die *NSDAP* als überlebte zweite Welle deklariert wurden.¹²

Dieses Programm, das 1932 von O. Strasser in seiner stark von konservativen Ideen geprägten Schrift „Aufbau des Deutschen Sozialismus“ ausführlich dargestellt wurde¹³, sollte die von der *NSDAP* enttäuschten und gegen den Legalitätskurs opponierenden Teile der nationalsozialistischen Anhänger anziehen. In einem Artikel der einflußreichen politisch-wirtschaftlichen Privatkorrespondenz „Deutsche Führerbriefe“, hinter der Monopolisten wie Paul Silverberg und Hjalmar Schacht standen, hieß es, die objektive Funktion der KG charakterisierend, sie habe nur Bedeutung als Auffangbecken für die „sozialistischen“ Elemente der *NSDAP*, wobei es gelte, auch diese „wertvollen“ Elemente nutzbar

⁸ H. Blank verfaßte unter dem Namen Weigand von Miltenberg die Schrift „Adolf Hitler – Wilhelm III.“ (Berlin 1931).

⁹ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 26082, Bl. 411.

¹⁰ Der Nationale Sozialist, 27.7.1930.

¹¹ Ebenda, 8.7.1930.

¹² Ebenda, 30.7.1930.

¹³ Siehe O. Strasser: Aufbau des Deutschen Sozialismus. Mit einem Vorwort von Weigand von Miltenberg, Leipzig 1932. In dieser Schrift wurde aus konservativer Sicht der Marxismus lediglich als ein „liberal überfremdeter Sozialismus“ bezeichnet. W. von Miltenberg stellte den Autor als Nachfahren des „Propheten“ Arthur Moeller van den Bruck, als dessen „Bestätigung, Ergänzung und Vollendung“ hin. Ebenda, S. 22 und 11.

zu machen.¹⁴ Eine weitere Funktion der KG bestand darin, als Druckmittel von außen zugunsten des Strasser-Flügels innerhalb der *NSDAP* zu wirken. Es ist fest anzunehmen, daß G. Strassers offizielle Distanzierung von seinem Bruder¹⁵ mit diesem abgestimmt war. Beide hielten bis zur Ermordung von G. Strasser engen Kontakt und stimmten in ihren Ansichten weitgehend überein.

Die KG versuchte hauptsächlich, Einfluß auf die kommunistischen Arbeiter zu gewinnen bzw. diejenigen unter den angeblichen „Sozialisten“ der *NSDAP*, die ihre Parolen nicht nur als ein Mittel der Demagogie verstanden, vom möglichen Übergang zur *KPD* abzuhalten.¹⁶ O. Strasser war davon überzeugt, daß seine Gruppe die *KPD* „enthaupten“ und deren Mitglieder für den Faschismus ausnutzen könne. Bei Diskussionen in Versammlungen kommunistischer Arbeiter erlitt er jedoch mehrere empfindliche Niederlagen, die den Übergang einer Reihe von führenden „Kampfgenossen“ und eines Teiles der Anhänger zur *KPD* vorbereiteten. Zu welchen Konsequenzen die KG infolge ihrer zur Schau gestellten „nationalbolschewistischen“ Haltung getrieben werden konnte, zeigte die Tatsache, daß den Mitgliedern, die den geforderten Boykott der Septemberwahlen¹⁷ nicht anerkennen wollten, offiziell empfohlen wurde, die *KPD* zu wählen.¹⁸

In den Monaten Juli und August 1930 hatte es den Anschein, als könne die KG Mittelpunkt aller oppositionellen Kräfte der Nazibewegung werden. Nach dem Erfolg der *NSDAP* bei den Wahlen vom 14. September 1930 und vor allem nach dem Übertritt von W. Korn und R. H. Rehm zur *KPD* – kurze Zeit später folgte auch A. Grosse, der Führer des Jugendbundes¹⁹ – begann jedoch ein offensichtlicher Rückgang. Die für den 1. Oktober angekündigte Reichskonferenz, die das Programm und organisatorische Richtlinien verkünden sollte, mußte auf den 25. und 26. Oktober verschoben werden. Die finanziellen Mittel wurden knapp, so daß „Der Nationale Sozialist“ nur noch halbwochenentlich erscheinen konnte. Der „Märkische Beobachter“ und der „Sächsische Beobachter“ mußten eingestellt werden.

In dieser Situation geriet der 1. Reichskongreß zu einer Farce. Er beschloß lediglich die Satzungen der KG, die einen ähnlichen organisatorischen Aufbau wie den der *NSDAP* vorsahen. Danach gliederte sich die KG in Kampfabschnitte (Gaue), Kampfkreise und Kampfgruppen. Die Wahl der unteren Führer wurde erlaubt. Ferner legte der Kongreß den Verzicht auf jegliche parlamentarische Mitarbeit fest und faßte eine Entschließung gegen den Streikbruch. Die entscheidende Ausarbeitung und Proklamierung des Programms wurden einer Kommission und dem Kongreß des Jahres 1931 übertragen.²⁰

2. Herausbildung und Entwicklung der SF

Einen gewissen Aufschwung erlebte die KG nach der sog. Stennes-Revolt in der *NSDAP*. Am 3. Juni 1931 schlossen sich die KG und die *Nationalsozialistische Kampfbewegung Deutschlands* zur *Nationalsozialistischen Kampfgemeinschaft Deutschlands* zusammen.²¹ O. Strasser und Walter

¹⁴ Deutsche Führerbriefe, Nr. 69 vom 6.9.1932. Daraus ergibt sich, daß es irreführend ist, von der „sozialistischen“ oder „Sozialrevolutionären „Straßer-Gruppe zu sprechen. Siehe Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Mit einer Einleitung von Hans Herzfeld, 4., unveränderte Aufl., Villingen 1964, S. 172.

¹⁵ Siehe Udo Kissenkoetter: Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978, S. 44 ff.

¹⁶ Die KPD charakterisierte die Rolle „der neuen Nazipartei Strassers“ wie folgt: „Sie soll mit revolutionären und noch radikaleren Redensarten als die Hitler-Goebbels die unvermeidlich enttäuschten Massen vor dem Abströmen ins Lager der proletarischen Revolution abhalten. Sie soll sie aufs neue einfangen und an die konterrevolutionäre Hakenkreuzfahne binden. „Die Rote Fahne, 5.7.1930.

¹⁷ Die Losung lautete: „Wer wählt, wählt Young!“

¹⁸ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 16074, Bl. 159. Sicherlich spiegelten sich darin auch subjektiv ehrliche Vorstellungen von KG-Mitgliedern wider, dennoch bleibt für die Charakterisierung der KG die objektiv antikommunistische Funktion dieser Organisation entscheidend. Diese Funktion dominierte später bei der SF noch wesentlich stärker und offener.

¹⁹ Die Rote Fahne, 4.10. und 26.11.1930.

²⁰ Der Nationale Sozialist, 29.10.1930.

²¹ Der „Nationalsozialistische Arbeiter- und Bauernjugendbund“ vereinte sich mit der „Nationalsozialistischen Kampfjugend“ zur „Revolutionären Arbeiter- und Bauernjugend“, die von Richard Schapke geleitet wurde. Siehe ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 26116, Bl. 27.

Stennes bildeten den Vollzugsausschuß und teilten sich in die politische und die militärische Führung. G. Kübler blieb Reichsorganisationsleiter. Das Organ „Die Deutsche Revolution“ erhielt eine Beilage „Arbeiter, Bauern, Soldaten“. Wenige Wochen später wurden bereits unterschiedliche Stellungnahmen zur politischen Lage herausgegeben²², die den Zerfall der *Nationalsozialistischen Kampfgemeinschaft Deutschlands* ankündigten. Gegenstand der Differenzen waren hauptsächlich Fragen der Verwendung von Geldmitteln, die der Generaldirektor der AEG, Hermann Bücher, über Georg Escherich und Hermann Ehrhardt W. Stennes zufließen ließ²³, sowie die vertraulichen Besprechungen mit dem Putschistenführer Kapitän H. Ehrhardt. In diesem Zusammenhang ging es auch um Gerüchte über finanzielle Beziehungen zwischen O. Strasser und Carl Spiecker, der im Reichsinnenministerium ein Dezernat zur Bekämpfung radikaler Bewegungen leitete.²⁴

Im August und September 1931 bildeten sich aus der KG drei Gruppen. Da konstituierte sich zunächst die *Kampfgemeinschaft deutscher Revolutionäre*, die von Ulrich Oldenburg geführt wurde. Sie warf O. Strasser vor, Zutreiberdienste für den Kapitalismus zu leisten, sie propagierte die Schaffung eines „sozialistischen großdeutschen Arbeiter- und Bauernstaates“ und freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion.²⁵ U. Oldenburg bemächtigte sich der Zeitung „Die Deutsche Revolution“, so daß O. Strasser eine neue herausgeben mußte. Ihr Titel „Schwarze Front“ war gleichzeitig der Name der zweiten Gruppe. O. Strasser gelang es, den aus dem Ulmer Reichswehrprozeß bekannten Hans Wendt zu sich herüberzuziehen, der zunächst mit der Gruppe U. Oldenburgs geliebäugelt hatte. H. Wendt avancierte zum militärischen Führer der SF. Die Trennung der Gruppe um W. Stennes von O. Strasser, die am 12. September 1931 bekanntgegeben wurde, führte zur Entstehung der dritten Gruppe, der *Unabhängigen Nationalsozialistischen Kampfbewegung Deutschlands*²⁶, deren Organ das „Nationalsozialistische Montagsblatt“ wurde. W. Stennes näherte sich nach dem Zerfall seiner Gruppe im Frühjahr 1932 wieder der SF an.

Die erste öffentliche Kundgebung der SF fand am 20. November 1931 in Berlin statt. Über den Charakter der neuen Organisation wurde erklärt, daß sie keine Partei sein wolle, sondern eine Vereinigung verschiedener nationalistisch gesinnter Gruppen und Menschen. Sie arbeite zusammen mit der KG²⁷, dem ↑ *Wehrwolf. Bund deutscher Männer und Frontkrieger*, dem *Bund Oberland* (↑ *Freikorps Oberland*), der *Bündischen Reichsschaft*, der ↑ *Landvolkbewegung*, mit einzelnen Gruppen der bündischen Jugend sowie den Kreisen um die Zeitschriften „Die Tat“ (Hans Zehrer) (↑ *Tatkreis*), „Wi-derstand“ (Ernst Niekisch), „Die Kommenden“ und „Die junge Mannschaft“. Sie bezeichnete sich als nationalsozialistisch im Geist, soldatisch-bäuerlich in ihrer Form und völkisch im Wesen.²⁸

Ebenso wie der 1. Reichskongreß führte auch die 2. Reichstagung nicht zu einem wesentlichen Ergebnis. Das auf Burg Lauenstein verkündete „Manifest der Schwarzen Front“ proklamierte die „deutsche Volksrevolution“, die der proletarischen Weltrevolution entgegengestellt werden sollte. Auffallend war die Teilnahme von Vertretern des Staatsapparates und der Regierungsparteien.²⁹

²² Ebenda, Nr. 26028, Bl. 65.

²³ H. Bücher finanzierte Oppositionsgruppen der NSDAP, um Einfluß auf die Leitung der NSDAP gewinnen und so verhindern zu können, daß diese sich „nach der kommunistischen Seite hin“ entwickelt, „sobald sie zum praktischen Handeln kommt ...“ Siehe Dirk Stegmann: Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929-1934. Thesen und Materialien zur Restituierung des Primats der Großindustrie zwischen Weltwirtschaftskrise und beginnender Rüstungskonjunktur. In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie, Bd. 6, Frankfurt (Main) 1976, S. 79 f. H. Bücher wurde Ende Juni 1931 von Paul Reusch und Fritz Springorum gezwungen, die Zahlungen einzustellen. Siehe ebenda, S. 78 ff.

²⁴ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 26083, Bl. 3.

²⁵ Ebenda, Bl. 2. U. Oldenburg wandte sich besonders gegen den „Sozialismus“, wie ihn O. Strasser einmal mit einer Prozentrechnung zu definieren versucht hatte: Vom kapitalistischen Eigentum sollten danach die Unternehmer 49%, der Staat 41% und die Arbeiter 10% erhalten. Siehe ebenda, Nr. 26082, Bl. 413.

²⁶ Ebenda, Bl. 231.

²⁷ Das war eine irreführende Angabe, die das selbständige Weiterexistieren der KG vortäuschen sollte.

²⁸ Siehe Elfriede Legier: Die inneren Auseinandersetzungen in der NSDAP um die Taktik zum Sturz der Weimarer Republik in den Jahren 1925-1933, Staatsexamensarbeit, Jena 1964, S. 97.

²⁹ Siehe Otto-Ernst Schüddekopf: Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart (1960), S. 325 f.

Dem neugewählten Vollzugsausschuß gehörten O. Strasser, B. E. Buchrucker, H. Blank, H. Wendt und Walter Pagel an. Im Jahre 1932 vermochte die SF trotz der Existenz von ca. 40 Ortsgruppen kaum noch eine Rolle zu spielen. Sie baute ihren Apparat ab und löste im März die bestehenden Jugendgruppen, Betriebszellen und Formationen der *Revolutionären Kämpfer* auf. Die dritte Reichstagung auf der Leuchtenburg bei Kahla verkündete die illusionäre Forderung: „Her mit der Revolutionsregierung Gregor Strasser – Reventlow – Severing – Höltermann – Scheringer!“³⁰ Diese Losung widerspiegelte in gewisser Hinsicht die Konzeption Schleichers, die eine Militärdiktatur, gestützt auf die sog. Gewerkschaftsachse, vorsah und von G. Strasser innerhalb der NSDAP vertreten wurde.

Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland suchte ein Teil von O. Strassers Anhängern rasch den erneuten Anschluß an die NSDAP (H. Blank, G. Kübler, R. Schapke u. a.), ein anderer Teil geriet in die Gefängnisse und Konzentrationslager des nazifaschistischen Regimes. O. Strasser emigrierte nach Wien, wo er bereits im Herbst 1932 eine österreichische Gruppe der SF hatte gründen können, und begann von dort eine immer wirkungsloser werdende oppositionelle Tätigkeit. In den Stellungnahmen zu aktuellen politischen Fragen ging die SF – nach ihren eigenen Worten – immer „über Hitler hinaus“.³¹ Zunächst hieß es, die Entwicklung müsse weiter getrieben werden durch den Sturz Hugenburgs und die Auflösung der Koalition mit den Deutschnationalen, dann durch die sog. „zweite Revolution“. Hitler solle seine Versprechungen in sozialer und nationaler Hinsicht sofort erfüllen (z. B. Einstellung aller Zahlungen an das Ausland, Sozialisierung der Banken und der Schwerindustrie, Einführung der Autarkie und des Außenhandelsmonopols, Sturz des kapitalistischen Wirtschaftssystems und Aufbau des „Deutschen Sozialismus“, Austritt aus dem Völkerbund, Aufrüstung Deutschlands, Anschluß aller deutschen Brüder, Zerreißung des Versailler Diktats und Errichtung eines großdeutschen Reiches).³²

Mit diesen sozialdemagogisch verbrämten, in ihrem Wesen jedoch eindeutig chauvinistischen Forderungen betrieb O. Strasser sein Werk der Spaltung unter den aus Deutschland emigrierten Vertretern der Arbeiterklasse und des Bürgertums. Er knüpfte auch Verbindungen zu dem sozialdemokratischen Emigrationsvorstand in Prag sowie zu einzelnen rechtssozialdemokratischen Emigranten an.³³ Am 30. Januar 1934 bildete O. Strasser in Prag ein *Aktions-Komitee der Deutschen Revolution*, das als „Gegenregierung“ und zur Zusammenfassung der Opposition gegen Hitler gedacht war.³⁴ Von November 1934 bis Februar 1935 gelang es der SF, in der Nähe von Prag einen illegalen Sender aufzubauen. Dessen Leiter, Rudolf Formis, wurde am 23. Januar 1935 vom Gestapo-Agenten Alfred Helmuth Naujocks ermordet.³⁵ Anfang 1937 gehörte die SF zu den Initiatoren und Gründern der *Deutschen Front gegen das Hitlerregime*, die sich auch *Dritte Front* nannte und folgende Organisationen umfaßte: *Bund für föderalistische Reichsgestaltung*, *Revolutionäre Landvolk-Bewegung*, *Ring deutscher Jungkatholiken*, *Volkssozialistische Bewegung*, *Schwarzer Stahlhelm*, *Ring hündischer Jugend*.³⁶

Der Gestapo gelang es häufig, Agenten in die SF einzuschleusen und geplante Aktionen zu verhindern. Alfred Hagen und Hubert Adam-Mahr standen als führende Mitglieder der SF in Verbindung mit faschistischen Geheimdiensten.³⁷ Der willkürliche und diktatorische Führungsstil O. Strassers trug wesentlich dazu bei, die Zusammenarbeit der SF und der *Deutschen Front gegen das Hitlerre-*

³⁰ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 26082, Bl. 446. Siehe dazu auch Axel Schildt: *Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung vom General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik* (Campus Forschung, Bd. 225), Frankfurt-New York 1981.

³¹ Die Schwarze Front, 5.2.1933.

³² Ebenda.

³³ Siehe Wilhelm Pieck: *Im Kampf um die Arbeitereinheit und die deutsche Volksfront. 1936-1938*, Berlin 1955, S. 49 ff.

³⁴ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 26 082, Bl. 385 ff.

³⁵ Siehe František Hrdlička: *Im Schatten der Nazis: Der Sender „Schwarze Front!“*. In: *Beiträge zur Geschichte des Rundfunks*, 1980, H. 2/3, S. 34 ff. und ders.: *Mord im Hotel Záhoří*. In: *Horizont*, 1982, Nr. 40 und 41.

³⁶ Siehe Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. I, München u.a. 1980, S. 741.

³⁷ Siehe F. Hrdlička: *Im Schatten der Nazis*, S. 49.

gime zu behindern. Zu Auseinandersetzungen kam es immer wieder zwischen O. Strasser und H. Grunov. Letzterer versuchte Ende 1937, O. Strasser auszuschalten.³⁸ Nach dem Ausscheiden H. Grunovs galt R. Schapke, der von 1934 bis 1938 die SF-Auslandsorganisation in Skandinavien geleitet hatte, als Stellvertreter O. Strassers.

O. Strasser unterstützte 1937/38 auch die Gründung der ↑ *Deutschen Freiheitspartei* und damit ein Manöver, das sich gegen den *Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront* in Paris richtete. Seine Pläne scheiterten, eine Volksfront ohne oder sogar gegen die Kommunisten aufzubauen. Ebenso blieben alle Versuche O. Strassers zur Wiederbelebung der SF in jenen Ländern, die ihm nach 1938 Asyl gewährten, erfolglos.³⁹

3. Quellen und Literatur

Archivalien sind kaum vorhanden. Die meisten Angaben finden sich in den Quellen zur Geschichte der ↑ NSDAP. Einige Angaben enthalten die Akten des RMdI (Nr. 26073 bis 26083 und 26116) im ZStA Potsdam. Aufschlußreich, aber nicht zuverlässig, sind die zahlreichen Schriften O. Strassers⁴⁰ sowie die zeitgenössischen Publikationen (siehe Anm. 8 und 13), wobei die apologetisch-biographische Arbeit von Douglas Reed⁴¹ völlig unergiebig ist.

Die marxistische Literatur zur Geschichte der ↑ NSDAP enthält wesentliche Einschätzungen zur KG, weniger zur SF. Besonders eingehend hat sich Kurt Gossweiler mit Politik und Ideologie der Strasser-Brüder befaßt.⁴² Wesentliches Material zur Vorgeschichte der KG hat Reinhard Kühnl erschlossen (siehe Anm. 6). Die bürgerliche Geschichtsschreibung (siehe Anm. 40) überbetont in der Regel die führende Rolle O. Strassers und ordnet die KG den sog. national-revolutionären Kräften zu (siehe Anm. 2, 14, 29, 44). Speziellen Fragen sind Wolfgang Abendroth⁴³, Peter Thoma⁴⁴, Robert H. Keyserlingk (siehe Anm. 39) und Udo Kissenkoetter (siehe Anm. 14) nachgegangen. Die bisher unveröffentlichte Biographie O. Strassers von C. R. Owen⁴⁵ soll eine umfassende Bibliographie enthalten, konnte aber ebenso wie das Buch von Patrick Moreau: („Nationalsozialismus von links. Die Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten und die ‚Schwarze Front‘. Otto Strasser 1930-1935“, Stuttgart 1984) nicht benutzt werden.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 3: Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften – Reichs- und freikonservative Partei Köln/Leipzig 1985, S. 173-178.

³⁸ Denkschrift des Reichsorganisationsleiters der „Schwarzen Front“, Friedrich Beer-Grunov (H. Grunov), vom Februar 1938 „Über die Gründe meiner Trennung von Dr. Otto Straßer, dem bisherigen Führer der Schwarzen Front“. In: ZStA Potsdam, NL Carl Spiecker, Bd. 19, Bl. 11 ff.

³⁹ Siehe Biographisches Handbuch, S. 741 f. Die SF habe aus „einigen Freunden und viel einfallsreichem Journalismus“ bestanden, urteilt Robert H. Keyserlingk: Die deutsche Komponente in Churchills Strategie der nationalen Erhebungen 1940-1942. Der Fall Otto Strasser. In: VjZ, 1983, H. 4, S. 638.

⁴⁰ Siehe die bibliographischen Angaben in: Biographisches Handbuch, S. 742.

⁴¹ Douglas Reed: Nemesis? The Story of Otto Strasser, London 1940.

⁴² Siehe Kurt Gossweiler: Die deutsche Monopolbourgeoisie und das Blutbad des 30. Juni 1934, phil. Diss., Berlin 1963.

⁴³ Siehe Wolfgang Abendroth: Das Problem der Widerstandstätigkeit der „Schwarzen Front“. In: VjZ 1960, H. 2, S. 181 ff.

⁴⁴ Peter Thoma: Der Fall Otto Straßer. Mit einem Vorwort von Karl E. Naske, Köln 1971.

⁴⁵ C. R. Owen: Disquiet and Discontent. The Story of Dr. Otto Strasser. A prisoner in Paradise, 1976.

Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft (Korag) 1922-1936

(1933-1936 Reichskolonialbund [RKB])

Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft (Korag) 1922-1936 Die Korag entstand auf Initiative des militaristischen Deutschen Kolonialkriegerbundes (DKKb) und stand unter der Führung der ↑ Deutschen Kolonialgesellschaft (DKG). Sie stellte einen losen Zusammenschluß von ca. 30 kolonialpolitischen Organisationen dar, strebte eine offensive Aktivierung der Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus an und koordinierte die vielfältigen kolonialpropagandistischen Aktionen in der Weimarer Republik. Sie bezweckte hauptsächlich, den nationalistisch-revanchistischen Gedanken von der angeblichen Notwendigkeit deutschen kolonialen Besitzes unter den werktätigen Massen zu verbreiten. 1933 trat an ihre Stelle der RKB, der bis zu seiner Neuformierung im Jahre 1936 die faschistische Dachorganisation aller bestehenden kolonialpolitischen Verbände war.

1. Gründung und Grundsätze der Korag
2. Die Faschisierung der Korag
3. Quellen und Literatur

Präsidenten

Theodor Seitz (1922-1930); Heinrich Schnee (1931-1933)

Geschäftsführer

Major a. D. Winkler (1922)

Vorsitzende des Arbeitsausschusses¹

Admiral a. D. Alfred Meyer-Waldeck (1922 bis 1928); Oberstleutnant a. D. Hans von Ramsay (1928-1929); Hans Ponfick (1929 bis 1930); H. Schnee (1931-1936)

Tagungen

- 16. September 1922 in Halle
- 26.-27. Mai 1923 in Dresden
- 6.-9. September 1925 in München
- 27.-31. Mai 1926 in Bochum
- 10.-13. Juni 1927 in Königsberg
- 22.-23. Juni 1928 in Köln
- 23.-26. Mai 1929 in Hannover
- 14.-16. Oktober 1932 in Berlin
- 8.-11. Juni 1933 in Frankfurt (Main)
- 14.-18. Juni 1934 in Kiel
- 16. Juni 1935 in Freiburg (Breisgau)

Presse

Die Korag verfügte über keine eigene Zeitung oder Zeitschrift. Sie stützte sich auf die Organe der ↑ DKG und insbesondere auf die „Übersee- und Kolonialzeitung. Der Kolonialdeutsche“, die zeitweilig gemeinsam von DKG und Korag herausgegeben wurden.

Angeschlossene Verbände und Gesellschaften

a) koloniale Verbände

¹ Ab 1931: Ständiger Ausschuß

DKG Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft (Leiterin: Hedwig von Bredow; Zeitschrift: „Mitteilungen des Frauenbundes der Deutschen Kolonialgesellschaft“)

Kolonialwirtschaftliches Komitee (Leiter: Prof. Dr. Geo A. Schmidt; Zeitschrift: „Der Tropenpflanzer“)

Kolonialkriegerdank (Vorsitzender: Adolf Friedrich Herzog zu Mecklenburg; Zeitschrift: „Der Kolonialdeutsche“)

DKKb (Vorsitzender: Franz Ritter von Epp; Zeitschrift: „Kolonial-Post“)

b) *kolonialinteressierte Verbände*² *Arbeitsgemeinschaft für Auslands- und Kolonialtechnik (Ako-tech)* (Geschäftsführer: Röhlke)

↑ *Bund der Auslandsdeutschen (BdA)*

Bund deutscher Marine-Vereine

Deutsche Kolonialkorrespondenz. Agencia Duems (Leiter: Erich Duems; Zeitung: „Kolonial-Warte“)

Deutsche evangelische Missionshilfe

Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft

Deutscher Kolonialverein. Gesellschaft für nationale Siedlungs- und Auslandspolitik (Leiter: Wilhelm Föllmer; Zeitungen : „Brücke zur Heimat“, „Koloniale Nachrichten“)

Evangelische Kolonialhilfe

Frauenverein vom Roten Kreuz für Deutsche über See (Leiterin: Seitz; Zeitschrift: „Grüne Blätter“)

Norddeutscher Lloyd

Reichsbund Deutscher Arbeiter (Leiter: Albert Wiedemann; Zeitung: „Kapital und Arbeit“)

Reichsverband für die katholischen Auslandsdeutschen

Übersee-Club

Verband der Schutzgebietsbeamten und Schutztruppenangehörigen

Vereinigung der Kolonial- und Überseedutschen

Vereinigung für deutsche Siedlung und Wanderung (Leiter: Friedrich von Lindequist)

Vereinigung Kameruner Pflanzungen

Verlag „Brücke zur Heimat“

Verlag Walter Dachsel

Verlag „Koloniale Rundschau“

Verlag „Übersee- und Kolonialzeitung“

1. Gründung und Grundsätze der Korag

Die Korag entstand, als sich im Ergebnis des ersten Weltkrieges und insbesondere der kolonialpolitischen Bestimmungen des Versailler Vertrages ein Rückgang des Einflusses der ↑ *DKG* abzeichnete. Innere Auseinandersetzungen über die Weiterführung der Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus galten hauptsächlich der Frage, ob die *DKG* „bei allen ihren Schritten in der Öffentlichkeit auf

² Die Unterscheidung zwischen kolonialen und kolonialinteressierten Verbänden wurde 1928 eingeführt, wobei unter den Begriff Verbände auch Firmen und Verlage fielen. Die Liste entspricht dem Stand von 1930 und wurde von der Korag offiziell so mitgeteilt. Vor 1930 gehörten der Korag auch der Deutsche Fichte-Bund, der Deutsche Kampfbund gegen die Kriegsschuldlüge, der Bund der Kolonialfreunde, der Reichsverband der Kolonialdeutschen und Kolonialinteressierten und weitere Organisationen an.

die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage Rücksicht“ nehmen solle oder nicht.³ Offiziell diente die Korag der Sammlung und Mobilisierung aller kolonialpolitischen Kräfte, die führende DKG versuchte jedoch gleichzeitig, die besonders aktivistischen Kräfte unter den Kolonialpolitikern in das taktisch etwas zurückhaltendere Konzept des Auswärtigen Amtes zu integrieren. Die Korag stützte sich auf örtliche Arbeitsgemeinschaften, die sich teilweise sehr unterschiedlich zusammensetzten und bis 1925 in Allenstein, Aue, Bochum, Bernburg, Beuel-Limperich, Breslau, Dresden, Elbing, Erfurt, Gladbeck, Hamburg, Herne, Heidelberg, Hirschberg, Königsberg, Liegnitz, Leipzig, München, Oldenburg, Stuttgart, Weimar, Zerbst, Potsdam, Essen und Halle entstanden waren.

Die Gründung der Korag erfolgte unter starkem Einfluß des von Generalmajor Georg Maercker geleiteten DKKb. Im Juli 1922 schlossen sich DKG und DKKb zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen; zwei Monate später ging aus dieser die Korag hervor. Auf der Gründungskonferenz bedauerte G. Maercker, daß früher neben der DKG kein „kolonialer Arbeiterbund“ geschaffen worden wäre und die Korag nur als loser Zusammenschluß zustande käme.⁴ Weil er seine Konzeption nicht durchzusetzen vermochte, trat er im Frühjahr 1923 aus DKG und Korag aus. Die Leitung des DKKb übernahm kurze Zeit danach F. von Epp, der 1928 der ↑ NSDAP beitrug und ab 1934 deren Kolonialpolitischem Amt Vorstand.

Die Korag beabsichtigte, „die Überzeugung von der Notwendigkeit eigenen Kolonialbesitzes zum Gemeingut des gesamten deutschen Volkes zu machen, die Lüge von der deutschen Kolonialunwürdigkeit und Unfähigkeit zu widerlegen, und einen Mittelpunkt zur Zusammenfassung aller kolonialen Bestrebungen zu schaffen“.⁵ Eben so wie die *Deutsche Kolonialarbeitsgemeinschaft*, die am 26. Januar 1922 als Zusammenfassung der kolonialinteressierten Vereine Berlins entstanden war, zielte ihre Propaganda vor allem auf Angehörige der Arbeiterklasse und der Mittelschichten: „Die minderbemittelten und dem Kolonialgedanken bisher fernstehenden Klassen sollen speziell durch den Hinweis auf die durch Kolonialbesitz zu schaffenden Auswanderungsmöglichkeiten gewonnen werden.“⁶

In ideologischer Hinsicht vertrat die Korag die dem Revanchismus und Expansionismus dienende „Volk-ohne-Raum“-These⁷, die sie jedoch mit der Forderung nach Rückgewinnung der deutschen Kolonien sowie nach einer aktiven Auswanderungspolitik verband. Hierin unterschied sie sich von den sog. auslandsdeutschen Organisationen, mit denen sie aber eng zusammenarbeitete. Nach ihrer Auffassung könne ein „starkes Deutschtum außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches“ nur in Kolonien gesichert werden. Daraus leitete die Korag als Losung ab: „Nicht irgendwo Raum für den auswandernden Deutschen, sondern deutschen Raum für deutsche Auswanderer!“⁸

Mit Beginn der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus und nach einer Audienz der Korag-Führung bei Hindenburg (14. Juli 1925) erarbeitete die Korag ein umfassendes Programm ihrer Arbeit. Als Grundsätze dieses Programms galten folgende Punkte:

„1. Das Endziel der kolonialen Bewegung muß sein, dem Deutschen Reiche auf dem Gebiet der Kolonialpolitik der Welt eine Stellung zu verschaffen, die den durch seine Zahl und Kraft bestimmten Bedürfnissen des deutschen Volkes politisch und wirtschaftlich entspricht.

2. Die koloniale Propaganda hat deshalb in erster Linie die Rückgabe der deutschen Kolonien und für die fremden Kolonien die vollständige Gleichstellung der Deutschen mit den Angehörigen anderer Staaten zu verlangen.

³ Theodor Seitz an Georg Maercker, 25.3.1923. In: ZStA Potsdam, DKG, Nr. 561, Bl. 532.

⁴ ZStA Potsdam DKG, Nr. 582/1, Bl. 4 ff.

⁵ ZStA Potsdam, DKG, Nr. 561, Bl. 547.

⁶ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 18 469, Bl. 149. Siehe auch 40 Jahre deutsche Koloniarbeit. Hrsg. von der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft, Berlin 1924.

⁷ 1928 wurden Hans Grimm, der Vf. des Buches „Volk ohne Raum“, und Rudolf Böhmer in den Arbeitsausschuß aufgenommen, wobei der Antrag von Kurt Woermann gestellt worden war.

⁸ Was weißt Du vom Kolonialdeutschtum? Flugblatt des Jugendausschusses der Korag. In: BA Koblenz, R57, 1006/13.

3. Die praktische Politik der Reichsregierung wird unter Berücksichtigung der heutigen Weltlage zunächst folgende Ziele zu verfolgen haben:

a) bezüglich der fremden Kolonien Freiheit des Handels, der Schifffahrt und die Niederlassung unter Wahrung der Grundsätze der Meistbegünstigung,

b) für alle unsere Kolonien alsbaldige Aufhebung der völkerrechtswidrigen Bestimmungen über die Liquidation deutschen Eigentums sowie aller Vorschriften, welche den Deutschen in bezug auf Einwanderung, Niederlassung, Betrieb von Handel und Gewerbe, Erwerb von Eigentum größere oder andere Beschränkungen auferlegen, als ihnen vor Beginn des Weltkrieges auferlegt waren. Besonders dringlich ist diese Forderung für Deutsch-Ostafrika.

c) für etwaige Verhandlungen über Eintritt Deutschlands in den Völkerbund muß vom kolonialen Standpunkt aus daran festgehalten werden, daß ein Eintritt Deutschlands nur möglich ist, wenn durch Abänderung der Völkerbundsatzung die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung Deutschlands mit den Hauptmächten gesichert und durch Übertragung mindestens eines Mandats zum Ausdruck gebracht ist.“⁹

Eine große, von der Korag organisierte und von den bürgerlichen Parteien unterstützte Kundgebung – auf ihr sprachen u. a. Johannes Bell (↑ *Zentrum*; Vorsitzender der *Freien kolonialen Vereinigung* des Deutschen Reichstages), Franz Brüninghaus (↑ *DVP*), Hermann Dietrich (↑ *DDP*), Walther Lambach (↑ *DNVP*) und Arthur Petzold (↑ *Reichspartei des deutschen Mittelstandes [Wirtschaftspartei]*) – verabschiedete am 15. November 1925 eine noch weitergehende und nahezu programmatische Entschließung, in der es hieß: „Wir sehen in dem Wiedereintritt Deutschlands in die Kolonialwirtschaft und in der Wiedererlangung eigener Kolonien die unerläßliche Voraussetzung zu einer Gesundung unserer Volkswirtschaft und zur Aufrechterhaltung der Währung. Wir betonen aber ausdrücklich, daß wir entsprechend der in Wilson's 14 Punkten gegebenen feierlichen Zusage eine gerechte und unparteiische Regelung der gesamten kolonialen Frage verlangen und es ablehnen, etwa das eine oder andere Mandat durch Aufopferung lebenswichtiger Interessen des deutschen Volkes zu erkaufen.“¹⁰

In diesem Sinne unterbreitete die Korag auch nach dem Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund dem Auswärtigen Amt konkrete Vorschläge, wie die deutsche Vertretung vorgehen solle, um doch noch die eigenen Forderungen durchsetzen zu können. Gleichzeitig ging die Korag zu einer außerordentlichen Verstärkung ihrer propagandistischen Arbeit über. Th. Seit erarbeitete 1926 einen „kolonialen Mobilmachungsplan“, in dem selbst das Bedrucken von Bierdeckeln mit kolonialpolitischen Losungen vorgesehen war.¹¹ Die Korag führte eine Vielzahl von Veranstaltungen durch: Appelle, Bälle, Wohltätigkeitsfeste, Gedenkveranstaltungen, Film- und Vortragsabende, Denkmalseinweihungen sowie Ausstellungen. In den letzteren wurden vor allem die „Leistungen“ Deutschlands als Kolonialmacht hervorgehoben und der angebliche Zerfall von Wirtschaft und gesellschaftlichem Leben in den ehemaligen deutschen Kolonien unter der jetzigen Mandatsherrschaft hervorgehoben.¹² Verschiedentlich protestierte die Korag gegen die Herstellung von Karten und Atlanten, in denen lediglich von „ehemaligen“ deutschen Kolonien gesprochen wurde und die auch die „neuen“ Namen verwendeten.¹³

Die Korag, der bei ihrer Gründung nur etwa die Hälfte aller bestehenden Verbände beigetreten war, bemühte sich in der Mitte der 20er Jahre intensiv darum, eine führende Position unter den kolonialpolitischen Organisationen zu erreichen und diese im Zentrum der *DKG* durchzusetzen. Von ihr ging häufig die Initiative zum Anschluß einzelner Vereine an die *DKG* aus, so 1924/25 gegenüber dem *Deutschen Kolonialverein*, *Gesellschaft für nationale Siedlungs- und Auslandspolitik* und 1931

⁹ ZStA Potsdam, DKG, Nr. 561, Bl. 2.

¹⁰ Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft. Kundgebung am 15. November 1925, vormittags 11½ Uhr in der „Neuen Welt“ Hasenheide (o. O., o. J.), S. 16.

¹¹ ZStA Potsdam, DKG, Nr. 562, Bl. 187 ff.

¹² Ebenda, Nr. 39 und 40.

¹³ Ebenda, Nr. 561, Bl. 129.

gegenüber dem ↑ *Bund für koloniale Erneuerung*. Außerdem verlangte sie von der Reichsregierung, „gutachterlich“ gehört zu werden, wenn diese andere und ihr nicht angeschlossene Organisationen unterstützen wollte.¹⁴

2. Die Faschisierung der Korag

Das Verhältnis von Korag und *DKG* war nicht frei von Spannungen. Insbesondere am Ende der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus und am Beginn der Weltwirtschaftskrise tauchten sie oft als Streit um Programm und Satzungen auf. In ihrem Mittelpunkt stand jedoch die Frage, wie unter den jeweiligen konkreten Bedingungen das jeweilige Maximum an kolonialpolitischen Zielen zu formulieren sei. Nach den außenpolitischen Erfolgen des deutschen Imperialismus in der Mitte der 20er Jahre glaubte eine Reihe führender Kolonialpolitiker, offensiver werden und neue Forderungen erheben zu können. Die Richtlinien der Korag vom 30. Januar 1928 gingen daher weit über die bisherigen Programme hinaus.¹⁵

Wenige Wochen vorher waren bereits die Satzungen verändert worden. Neben Verbänden und Vereinen durften danach auch „Gesellschaften und Unternehmungen sowie einzelne Industrielle“ Mitglieder der Korag werden. Von dieser Möglichkeit machten insbesondere Reedereibesitzer Gebrauch. Kurt Woermann, Besitzer der Woermann-Linie AG und der Ostafrika-Linie Hamburg, verstärkte seinen Einfluß auf die Korag.¹⁶ Daneben waren auch die Hamburg-Amerika-Linie, die Hamburg-Bremer Afrika-Linie, die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft und der Norddeutsche Lloyd vertreten. Finanzielle Unterstützung leistete darüber hinaus häufig das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat.¹⁷ Am 26. Mai 1930 wurden „Richtlinien für die Behandlung der deutschen Kolonialfrage“, die nach der Annahme des Young-Planes veröffentlicht wurden und etwas gemäßiger als die von 1928 waren, in einer vertraulich en Beratung von Kolonialpolitikern und Industriellen ausgehandelt.¹⁸

Die Auseinandersetzungen von 1928/29 hingen offensichtlich auch mit der Person H. von Ramsays zusammen. Dieser – er vertrat in der Korag den *Kolonialkriegerdank* – stärkte die Positionen des Arbeitsausschusses und drängte damit die der *DKG* etwas in den Hintergrund. Am 8. März 1930 wurde die Satzung erneut verändert und die Rolle des Präsidiums gegenüber dem Arbeitsausschuß betont; letzterem durften nur noch die Vertreter weniger Organisationen angehören. Die *DKG* übernahm als geschäftsführender Verband – offiziell für drei Jahre – die Leitung der Korag. Die Veränderungen wirkten zugunsten der *DKG*, wobei diese sich aber geschickt im Hintergrund hielt und den *Verband der Schutzgebietsbeamten und Schutztruppenangehörigen* agieren ließ.¹⁹

Hauptsächlich widerspiegelte sich in diesen Auseinandersetzungen und Entwicklungsprozessen die Tatsache, daß 1928/29 in der ↑ *DKG* und in der Korag Faschisierungstendenzen einsetzten, die sich in den Jahren bis zur Errichtung der faschistischen Diktatur verstärkten und weitgehend dominier-

¹⁴ Ebenda, Bl. 43 ff.

¹⁵ Ebenda, Nr. 564, Bl. 320 ff. Auch die am 22. Juni 1928 veröffentlichten Kölner Richtlinien der Korag gingen von diesen Forderungen aus. Sie beriefen sich jedoch nicht mehr allein auf sog. koloniale Rechtsansprüche, sondern in gleicher Weise auf angebliche wirtschaftliche und politische Notwendigkeiten. Siehe Wesen und Ziel der deutschen Kolonialbewegung. Verkündung eines allgemeinen deutschen Kolonialprogramms der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft 1928 in Köln, Berlin 1928.

¹⁶ K. Woermann wandte sich immer wieder gegen eine kolonialpolitische Propaganda, die zu viele soziale Versprechungen enthalte und nur „falsche Vorstellungen“ und „spätere Enttäuschungen“ wecke. Man müsse den Massen beibringen, daß „es sich um eine Aufgabe handelt, für die man Opfer und wieder Opfer bringen muß“. Ebenda, Nr. 559, Bl. 4 ff.

¹⁷ Ebenda, Nr. 564.

¹⁸ Ebenda, Nr. 571, Bl. 326. Die Richtlinien der Korag wurden ausführlich behandelt von Adolf Rüger: Der Kolonialrevisionismus der Weimarer Republik. In: Drang nach Afrika. Die koloniale Expansionspolitik und Herrschaft des deutschen Imperialismus in Afrika von den Anfängen bis zum Ende des zweiten Weltkrieges. Hrsg. Helmuth Stoecker, Berlin 1977, S. 274 f. A. Rüger vertritt u. a. die These, daß Anfang der 30er Jahre die deutsche Diplomatie „aus der kolonialrevisionistischen Offensive zum Stellungskrieg übergegangen“ ist.

¹⁹ Ebenda, Nr. 575 a, Bl. 113.

ten.²⁰ Seit 1928 näherten sich die kolonialpolitische und die faschistische Bewegung einander an, was zutreffend als „Prozeß der gegenseitigen Durchdringung“²¹ beschrieben worden ist. Als Vermittler zwischen der NSDAP und der Korag traten insbesondere F. von Epp, K. Woermann (seit 1929, mit Sicherheit seit 1931 NSDAP-Mitglied) und E. Duems in Erscheinung. Letzterer veröffentlichte 1931 einen Artikel, in dem er das gleichberechtigte Nebeneinander der auf Länder in Übersee gerichteten eigenen Kolonialpolitik und der auf die vorrangige Eroberung von „Ostraum“ gerichteten faschistischen Politik begründete.²² Aus dem Jugendausschuß der Korag, der die koloniale Jugendzeitschrift „Jambo“ verbreitete und kolonialpolitische Veranstaltungen in Schulen und Jungvereinen organisierte, ging 1931 die *Jungkoloniale Arbeitsgemeinschaft für deutsche Raumpolitik* hervor. Auch sie galt als ein Bindeglied zwischen Korag und NSDAP.²³ Ähnliche Motive spielten eine Rolle, als sich im gleichen Jahr die Korag mit dem ↑ *Arbeitsausschuß Deutscher Verbände* und dem ↑ *BdA zur Arbeitsgemeinschaft 1931* zusammenschloß.

Nach Errichtung der faschistischen Diktatur stiegen mit den Aktienkursen der verschiedenen wirtschaftlichen Kolonialgesellschaften²⁴ auch die Hoffnungen der kolonialpolitischen Organisationen des deutschen Imperialismus, daß jetzt ihre Stunde schlagen würde. Daher begegneten sich der eigene Wunsch nach Konzentration aller Kräfte und die Gleichschaltungspolitik der Nazifaschisten, wie sich in dem Gespräch zwischen Hitler und H. Schnee im März 1933 herausstellte.²⁵ Die Reorganisation der Korag zum RKB, die faktisch einer bloßen Namensänderung gleichkam, ging völlig reibungslos vor sich und erfolgte am 10. Juni 1933. Grundlage war nach wie vor die Satzung der Korag von 1930, wobei jetzt alle in Frage kommenden Verbände erfaßt und diese einer strafferen Führung durch den DKG-Präsidenten unterworfen wurden. Im Vordergrund der Tätigkeit des RKB stand die Vorbereitung des Kolonial-Gedenkjahres 1934, um das es einige interne, aber auch in der Öffentlichkeit ausgetragene Auseinandersetzungen gab. Ein allzu starkes Hervortreten in der Öffentlichkeit wurde vermieden, galt es doch nach den Worten von H. Schnee vom 16. Juni 1934, die „Gleichberechtigung“ Deutschlands erst auf anderen Gebieten der Außenpolitik zu erringen.²⁶ Damit war jedoch in keiner Weise eine kolonialpolitische „Abstinenz“ der Faschisten verbunden²⁷, es handelte sich lediglich um taktische Rücksichten und Praktiken. Die Korag bzw. der RKB hatte sich zum willfährigen Sprecher und Instrument der faschistischen Kolonialpolitik entwickelt. Die faschistische Regierung sah in dieser Dachorganisation auch mehr als einen Verein, der „toleriert“ werden mußte.²⁸

²⁰ Siehe Jürgen Kuczynski: Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, Bd. II (Propagandaorganisationen des Monopolkapitals), Berlin 1950, S. 159. Die Polemik von Horst Kühne: Faschistische Kolonialideologie und zweiter Weltkrieg, Berlin 1962, S. 104, gegen diese Einschätzung ist nicht begründet.

²¹ Klaus Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945, München 1969, S. 98. Trotz dieser richtigen Aussage versucht der Vf. in seinem materialreichen Buch, die Differenzen zwischen der „konservativen“ kolonialpolitischen Bewegung und der faschistischen NSDAP überzubewerten.

²² Erich Duems: Kolonialraum und Ostraum. In: Mitteilung der Deutschen Kolonialgesellschaft v. 15.7.1931.

²³ K. Hildebrand, S. 176.

²⁴ Siehe ZStA Potsdam, RLB-Pressearchiv, Bd. 6354i.

²⁵ H. Schnee berichtete darüber in seinen unveröffentlichten Memoiren „Wie alles kam“. Siehe K. Hildebrand, S. 254 f.

²⁶ ZStA Potsdam, DKG, Nr. 82, Bl. 58. Dies entsprach völlig der von Hitler vertretenen kolonialpolitischen Linie: „Die koloniale Frage gehört zum Programm der nationalen Regierung und wird mit der Aufmerksamkeit behandelt und verfolgt, die ihrer Bedeutung entspricht. Wann die Kolonialfrage amtlich (!, M. W.) aufgerollt werden wird, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen. Der Zeitpunkt für einen solchen Schritt wird von der gesamtpolitischen Lage abhängig sein.“ Zit. in: K. Hildebrand, S. 256.

²⁷ Der faschistische Agrarpolitiker Richard Walther Darre wandte sich zwar zu dieser Zeit gegen jede Betonung der Kolonialpolitik, weil er den Blut-und-Boden-Mythos nicht „verkaffert“ sehen wollte, blieb aber in dieser Hinsicht ohne jeden Einfluß. Siehe Nationalsozialistische Landpost, 16.3.1934. Zur faschistischen Kolonialpolitik siehe vor allem Jolanda Ballhaus: Kolonialziele und -Vorbereitungen des faschistischen Regimes 1933-1939. In: Drang nach Afrika, S. 281 ff.

²⁸ So K. Hildebrand, S. 268 f. An anderer Stelle (S. 347) bezeichnet der Vf. die Jahre 1933 bis 1936 als „Periode der verzögerten Gleichschaltung“, was ebenfalls nicht zutrifft.

Erst 1936 wurde der RKB in eine einheitliche und aus Einzelmitgliedern bestehende Organisation umgewandelt, was formell die Auflösung der *DKG* und der anderen kolonialpolitischen Verbände bedeutete. Der Beschluß wurde von Joachim von Ribbentrop herbeigeführt²⁹, während F. von Epp an die Spitze des neuen, bis 1943 existierenden RKB trat. Die Faschisten bemühten sich, nachdem die italienische Okkupation Abessinien im Völkerbund auf keinen nennenswerten Widerstand gestoßen und die Vorbereitungen auf den Krieg in ein neues Stadium getreten waren, eine „koloniale Volksbewegung“ in Deutschland zu schaffen. Von 1936 bis 1938 erhöhte sich die Zahl der Mitglieder des RKB von 40.000 auf eine Million.³⁰ Dafür und auch für die folgenden Schritte in der faschistischen Kolonialpolitik³¹ hatte die Korag wesentliche Voraussetzungen geschaffen.

3. Quellen und Literatur

Die die Korag betreffenden Teile des Bestandes Deutsche Kolonialgesellschaft im ZStA Potsdam (Nr. 559-588/1) erlauben einen fast vollständigen Überblick über die Geschichte der Korag. Der NL Heinrich Schnee im Geheimen Staatsarchiv Berlin (West) enthält ebenfalls aufschlußreiches Material. Die in den Anmerkungen 6, 8, 10, 15 und 22 genannten Publikationen der Korag und die der *DKG* widerspiegeln die propagandistischen und organisatorischen Aktivitäten; in gewisser Weise geben sie auch Aufschluß über die Ursachen der zahlreichen Auseinandersetzungen.

In der marxistischen Literatur über die Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus (↑ *DKG*) wird die Korag häufig erwähnt, je doch nicht dargestellt. Am ausführlichsten haben sich Adolf Rüger (siehe Anm. 18), Jolanda Ballhaus (siehe Anm. 27) und Horst Kühne (siehe Anm. 20) mit ihr beschäftigt. Bürgerliche Historiker, vor allem Klaus Hildebrand (siehe Anm. 21), bewerten die Korag als eine konservativ-nationalistische Organisation, bestreiten jedoch die Kontinuitätslinie, die von der Korag zur nazifaschistischen Kolonialpolitik führte, und deren sozialökonomische Wurzeln.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 3: Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften – Reichs- und freikonservative Partei Köln/Leipzig 1985, S. 268-273.

²⁹ ZStA Potsdam, *DKG*, Nr. 578, Bl. 1.

³⁰ Siehe H. Kühne, S. 105.

³¹ Siehe Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941, Berlin 1974, S. 411 ff. Siehe auch Hitler fordert Kolonien. Die Kolonialpolitik des Dritten Reiches. Hrsg. von den „Deutschen Informationen“, Paris (1936).

Monarchistische Organisationen 1918/19-1933/34

Neben den größeren monarchistischen Organisationen ↑ Bund der Aufrechten (BA) und ↑ Preußenbund (PB) existierten in der Weimarer Republik zahlreiche kleine Gruppen, die gleiche Ziele verfolgten. Sie wollten die bürgerlich-parlamentarische Herrschaftsform des deutschen Imperialismus durch eine Rückkehr zur Monarchie beseitigen und verstärkten das Lager der extrem reaktionären Kräfte.

Die monarchistischen Restaurationsbestrebungen gegen die Weimarer Republik spielten am Anfang der 20er Jahre als ein Bestandteil der gesamten Konterrevolution eine nicht unerhebliche Rolle.¹ In den bürgerlichen Rechtsparteien (↑ *DNVP*, ↑ *DVP*) verband sich ihr Kampf gegen die Ergebnisse der Novemberrevolution und des ersten Weltkrieges zunächst unmittelbar mit der programmatischen Forderung nach der Wiederherstellung der Monarchie. Angesichts der Konstituierung der Weimarer Republik stellten sie sich in ihrer praktisch-politischen Arbeit bald auf den Boden der neuen staatsrechtlichen Bedingungen. Eine Reihe davon enttäuschter, in der Regel parteiloser Publizisten und Politiker gründete daher eigenständige monarchistische Parteien, Verbände und Vereine. Obwohl es immer wieder angestrebt wurde, gelang es nicht, eine einheitliche monarchistische Organisation oder Bewegung zu schaffen. Die Gegensätze dominierten und betrafen hauptsächlich konzeptionelle Fragen des konkreten Weges zur Wiederherstellung der Monarchie. Außerdem existierten die unterschiedlichsten dynastisch-föderalistischen und divergierende persönliche Ziele, die jeden Versuch einer Vereinheitlichung dieser Organisation zunichte machten.

Bereits am 17. November 1918 gründete der konservativ-monarchistische Schriftsteller Max Taube den *Vaterländischen Volksbund* (VVB), der die Wiederherstellung des Deutschen Kaiserreiches sowie eine „Neuordnung des vaterländischen Vereinswesens, seiner Organisations-, Erziehungs- und Aufklärungsmittel“ forderte.² Der FFb konzentrierte sich zunächst darauf, die „Verleumdungen“ gegen die Monarchie und insbesondere gegen die Hohenzollern abzuwehren. In kurzer Zeit wurden 22 Broschüren in über 375.000 Exemplaren gedruckt und verbreitet, darunter die Broschüren des kaiserlichen Bibliothekars Bogdan Krieger „Die Wahrheit über die angebliche Abdankung und Flucht des Kaisers“ und „Das ‚Geheimleben‘ des Preußischen Hofes“. Seit Ende 1918/Anfang 1919 gab der FFb die Periodika „Vaterländische Arbeit. Zeitschrift für Deutschlands Erneuerung, die Reform des Partei- und Vereinswesens und deutsche Aufklärung im In- und Auslande“, „Deutscher Auslandsbote“ und „Deutscher Sonntag. Volksblatt für Stadt und Land“ heraus. Er beteiligte sich auch an der Schriftenreihe „Staatspolitische Aufklärungsschriften“ sowie am „Deutschen Aufklärungsdienst für das In- und Ausland“.

Am 21. Dezember 1918 formierte sich in Hamburg unter Leitung von Fritz Heinrich (später im *Bund Wiking* tätig) ein *Bund zur Wiederaufrichtung des Kaiserreiches*, der als antisemitischer Geheimbund galt und die „kaiserlose Zeit mit allen Mitteln“ beenden wollte.³ Ebenfalls als eine der ersten unter den neuen monarchistischen Organisationen trat Ende 1918 der *Bund deutscher Männer und Frauen zum Schutz der persönlichen Freiheit und des Lebens Wilhelms II.* in Erscheinung. Er veröffentlichte einen Aufruf zur Schaffung einer „Massenorganisation“, die die von der Entente geforderte Auslieferung des Kaisers verhindern sollte.⁴ Die begrenzte Zielstellung und ein Bestechungsskandal setzten dem Bund schon 1920 ein Ende. Hinzu kam, daß es für die Monarchisten sehr problematisch geworden war, sich auf die Person des ehemaligen Kaisers zu orientieren.⁵ Wil-

¹ Siehe Roswitha Berndt: Monarchistisch-restaurative Organisationen im Kampf gegen die bürgerlich-parlamentarische Staatsform der Weimarer Republik. In: JBP, Nr. 43 (Februar 1978), S. 15 ff. und Hermann Schreyer: Monarchismus und monarchistische Restaurationsbestrebungen in der Weimarer Republik, MS eines Beitrages für das JfG.

² Max Taube: Der Kampf um die deutsche Volksseele (Vaterländische Aufklärungsschriften, Nr. 9), Berlin 1921, S. 38 ff.

³ ZStA Potsdam, RKO, Nr. 357, Bl. 7.

⁴ Deutsche Allgemeine Zeitung, 1. 1. 1919.

⁵ Als im Januar 1923 ein Verein zur Befreiung der letzten beiden Gefangenen gebildet wurde, fanden sich lediglich ca. 250 Mitglieder. Siehe ZStA Potsdam, RKO, Nr. 427.

helm n. galt den werktätigen Massen als verantwortlich für Krieg und Elend, gleichzeitig vielen Monarchisten als feige und unzuverlässig. Dennoch entstanden während der Novemberrevolution 1918/19 zunächst solche „Kaiser“-Organisationen, bevor Ende 1919 – beginnend in Bayern – die Welle der Gründung von regionalen Königsparteien einsetzte. Der Zusammenhang mit dem „Aktionsprogramm der deutschen Monarchisten“, das von dem bekannten Militaristen Max Bauer im Rahmen der Vorbereitung auf den Kapp-Putsch Ende 1919 ausgearbeitet worden war⁶, ist unverkennbar.

Innerhalb kurzer Zeit entstanden neue Organisationen, so am 30. November 1919 in München die *Bayerische Königspartei (BKp)*, die der Schriftsteller Josef Mayer-Koy als Landesvorsitzender leitete, 1920 die *Sächsische Königspartei* und am 18. Januar 1921 die *Preußische Königspartei (PKp)*, die aus dem M hervorging und unter der Leitung von M. Taube und des Buchdruckereibesitzers Erich Kammer stand. Die *PKp* brachte am deutlichsten zum Ausdruck, daß die „Königs“-Parteien den monarchistischen Gedanken an die neuen Bedingungen anzupassen versuchten. Die strittige Frage, wer neuer deutscher Kaiser wird, sollte nunmehr erst geklärt werden, wenn nach Volksabstimmungen in den Ländern die einzelnen Throne wieder erobert worden seien. Die *PKp* verstand sich nicht als eine parlamentarische Konkurrenz der großen bürgerlichen Parteien. Sie sah ihre Funktion in der „Unterstützung und Entlastung der Parteipolitik“. ⁷ Durch die eigenständige parteipolitische Organisation der Monarchisten würde, so argumentierte M. Taube, „die Stoßkraft der inneren und äußeren Feinde gegen die Wiederherstellung der Monarchie von den politischen Parteien und Regierungen in Deutschland abgelenkt und hingelenkt auf die angeblich unverantwortlichen Königsparteien“. ⁸ M. Taube berichtete zwar in der Presse, daß sofort nach dem Gründungsauf Ruf „tausende und abertausende Beitritts- und Zustimmungserklärungen“ vor allem aus der preußischen Beamenschaft eingegangen seien⁹, dennoch konnte die *PKp* kaum eine größere Wirkung erzielen.¹⁰ Ihr Organ „Der Preußische Königsbote. Zeitschrift für den Wiederaufbau des Königreichs Preußen“ blieb unbedeutend. Auch die *BKp*, die von ihrem preußischen Pendant heftig befehdet wurde, geriet rasch in eine innere Krise. J. Mayer-Koy und Karl Graf von Bothmer nutzten ihre Organisation für separatistische Tendenzen. Dagegen protestierte die Landesvorstandschafft der *BKp* und trat im April 1921 zurück.¹¹ 1922 legte sich die *BKp* den Namen *Christlich-föderalistische Volkspartei. Bayerische Königspartei* zu und beschloß, künftig an den Wahlen zum Bayerischen Landtag teilzunehmen.

Gegen die *BKp* wurde auf Initiative von Georg Heim (↑ *BVP*) am 15. März 1921 in München der *Bayerische Heimat- und Königsbund (BHK)* geschaffen, der sich neben dem 1923 von Marie Nerz gegründeten *Königin-Luise-Bund*¹² zur mitgliederstärksten monarchistischen Organisation in Deutschland entwickelte. 1926 existierten 900 Ortsgruppen, die ca. 50.000 Mitglieder erfaßten¹³, 1932/33 sollen es 70.000 gewesen sein.¹⁴ Im November 1924 schlossen sich die Reste der *BKp* (ca. 1500 Mitglieder) dem *BHK* an. Das Organ „In Treue fest“ erschien in hoher Auflage. In den ersten Jahren wurde der *BHK* von Karl von Spruner und Rudolf Kanzler geleitet. Seit 1925 wurde der

⁶ Siehe Paul Herre: Kronprinz Wilhelm. Seine Rolle in der deutschen Politik, München 1954, S. 176.

⁷ M. Taube: Die Preußische Königspartei. Gründung, Ziele, Satzungen, Berlin 1921, S. 5.

⁸ Ebenda, S. 6.

⁹ Deutscher Sonntag, 23.1.1921.

¹⁰ Die *PKp* soll sogar nur bis Ende 1921 existiert haben. Siehe Ludwig Franz Gengler: Die deutschen Monarchisten 1919 bis 1925. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Rechten von der Novemberrevolution 1918 bis zur ersten Übernahme der Reichspräsidentschaft durch Generalfeldmarschall von Hindenburg 1925, Kulmbach 1932, S. 152. Seit Mitte der 20er Jahre war M. Taube als Geschäftsführer des DNVP-Landesverbandes Danzig tätig.

¹¹ ZStA Potsdam, Vertretung der Reichsregierung in München, Nr. 48, Bl. 1.

¹² Siehe ZStA Potsdam, RKO, Nr. 395. Nach eigenen Angaben soll er 150.000 Mitglieder erfaßt haben. Siehe Bund Königin Luise. 10 Jahre im Freiheitskampf 1923-1933, Halle 1933.

¹³ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 13 596, Bl. 48.

¹⁴ Karl Otmar Freiherr von Aretin: Die bayerische Regierung und die Politik der bayerischen Monarchisten in der Krise der Weimarer Republik 1930-1933. In: Festschrift für Hermann Heimpel (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 36/1), Göttingen 1971, S. 207.

BHK faktisch von Erwein Freiherr von Aretin geführt, in den Jahren 1927 bis 1933 stand Enoch Freiherr von Guttenberg an seiner Spitze. Selbst Fritz Schäfer, der spätere Vorsitzende der *BVP*, trat dem *BHK* bei. Der Monarchismus wurde in Bayern so stark, daß gelegentlich von einem Königreich ohne König gesprochen wurde. In den letzten Jahren und Monaten der Weimarer Republik verstärkten sich die monarchistischen Tendenzen in Bayern sogar noch, wobei sie sich teilweise auch gegen den Zentralismus der *NSDAP* sowie gegen die Möglichkeit einer zeitweiligen Koalition von *BVP* und *SPD* richteten. Die Veranstaltungen des *BHK* hatten größeren Zulauf. Am 11. Dezember 1932 wurde in einer Entschließung der Jahreshauptversammlung des *BHK* der Eindruck erweckt: Der König steht bereit.¹⁵ Die von Paul Nikolaus Cossen herausgegebenen „Süddeutschen Monatshefte“ erschienen im Januar 1933 unter dem provozierenden Titel „König Rupprecht“ und mit einem Leitartikel zur Frage „Republik oder Monarchie?“, womit der Wittelsbacher Kronprinz und der Plan, diesen zum Generalstaatskommissar zu berufen, gemeint waren. Am 6. Juli 1933, nach einer Reihe von Verhandlungen und Aktionen, löste sich der *BHK* selbst auf.

Während der Weltwirtschaftskrise war der Gedanke einer Restauration der Monarchie durchaus nicht nur in Bayern verbreitet.¹⁶ Sozialdemagogische Aspekte verstärkten sich in der monarchistischen Propaganda. So wurde 1931 eine *Deutsche Soziale Königspartei* durch Paul Rudnick und am 4. September 1932 der *Hannoversche Heimat- und Königbund* durch Wilhelm von der Decken gegründet. Am Grabe Friedrichs II. in Potsdam schufen Hans Häussler und Waldemar Kratz am 4. Juni 1932 die *Sozialmonarchistische Partei Deutschlands*, die sich kurze Zeit danach zur *Sozialmonarchistischen Volksbewegung Deutschlands* umbildete und ca. 30.000 Anhänger gehabt haben soll.¹⁷ Am 9. November 1932 formierte sich in Berlin eine *Arbeitsgemeinschaft der monarchischen Bewegung*, der folgende Organisationen angehörten: *Hauptverein der Konservativen*, *BA*, *PB*, *Deutschbanner Schwarz-weiß-rot*, *Verband nationalgesinnter Soldaten*, *Nationalverband Deutscher Kadetten*, *Großdeutscher Baltikumerverband*, *Bund zur Pflege des Hohenzollerngedankens*, *Nationalverband Deutscher Offiziere*. Obwohl diese *Arbeitsgemeinschaft der monarchischen Bewegung* am 27. Januar 1933 eine Treueerklärung für Wilhelm II. veröffentlichte, stellte sie sich am Tag von Potsdam (21. März 1933) demonstrativ hinter die faschistische Regierung. Wie viele der anderen monarchistischen Organisationen erhoffte auch sie von Hitler die „Wiederaufrichtung der erblichen Monarchie“.¹⁸

Die Nazifaschisten, die stets den monarchistischen Gedanken für die *NSDAP* zu nutzen versucht hatten, entschieden sich Ende 1933/Anfang 1934 eindeutig gegen die monarchistischen Organisationen. Sie erblickten in ihnen Ansatzpunkte für oppositionelle Bewegungen und einen Störfaktor bei dem Bestreben, „Großdeutschland“ auch über dynastische Grenzen hinweg herzustellen. Auf Antrag von Hermann Göring, der noch im Januar und Mai 1932 Wilhelm II. in Doorn besucht hatte, ersuchte Reichsinnenminister Wilhelm Frick im Januar 1934 alle Landesregierungen um Auflösung und Verbot der monarchistischen Verbände: „Der nationalsozialistische Staat wird die historischen Verdienste großer deutscher Fürsten und preußischer Könige stets anerkennen. Er kann es aber nicht dulden, daß sich dunkle Elemente in die monarchistische Bewegung einschleichen und den Versuch machen, sie zu einer Opposition gegen den nationalsozialistischen Staat auszubauen.“¹⁹

Tatsächlich hat es nur vereinzelt monarchistische Oppositionsgruppen gegen den deutschen Faschismus gegeben. Adolph Freiherr von Hammer und Josef Zott versuchten in München, den *BHK* illegal weiterzuführen, wurden aber 1939 in einer großen Aktion gegen ca. 500 Monarchisten verhaftet. Eine Zusammenarbeit mit den anderen Organisationen lehnten sie ab, da sie ihr monarchisti-

¹⁵ Ebenda, S. 225.

¹⁶ Siehe Heinrich Brüning: *Memoiren 1918-1934*, Stuttgart 1970, S. 378. Nach den Reichstagswahlen vom 31. 7. 1932 schrieb der rechte Sozialdemokrat Ernst Heilmann, der braune Faschismus sei überwunden (!) und formulierte: „Soll uns jetzt der blaue Faschismus beherrschen?“ In: *Das Freie Wort*, 9.10.1932, S. 9.

¹⁷ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 26 157, Bl. 56 ff. und 49 f.

¹⁸ Die Monarchie. Monatliche Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft der monarchischen Bewegung, 1933, Nr. 2, S. 26.

¹⁹ Deutsche Zeitung, 3.2.1934.

ches Gedankengut nicht „verwässert“ wissen wollten.²⁰ Monarchistisch gesinnte Kräfte beteiligten sich auch am Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944.

Quellen und Literatur

Direkte archivalische Überlieferungen existieren kaum. Sie sind in den Beständen über den PB und BA enthalten und in den Anmerkungen genannt. Karl Otmar Freiherr von Aretin benutzte aufschlußreiche Unterlagen staatlicher und privater Archive in Bayern (siehe Anm. 14 und 20). In der marxistischen Geschichtsschreibung haben sich vor allem Roswitha Berndt und Hermann Schreyer (siehe Anm. 1) direkt, Willibald Gutsche und Joachim Petzold²¹ sowie Wolfgang Ruge²² indirekt mit dem Monarchismus in der Weimarer Republik befaßt. Informativ ist die Dissertation von Ludwig Franz Gengler (siehe Anm. 10). Die einzige umfassende Arbeit stammt von dem bürgerlichen Historiker Walter H. Kaufmann²³, der den Gegensatz „zwischen dem bayerischen Partikularismus und dem großdeutschen Nationalismus“, zwischen Wittelsbachern und Hohenzollern, für den entscheidenden Faktor der Schwächung des Monarchismus in Deutschland hält.²⁴ Die Arbeiten von K. O. von Aretin tragen trotz ihres Materialreichtums teilweise subjektivistisch-verzerrende Züge.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 3: Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften – Reichs- und freikonservative Partei Köln/Leipzig 1985, S. 384-387.

²⁰ Wilhelm Seutter von Lötzen: Bayerns Königstreue im Widerstand. Erinnerungen 1933-1964, Feldafing/Obb. 1979, S. 42. Siehe auch K. O. von Aretin: Der bayerische Adel. Von der Monarchie zum Dritten Reich. In: Bayern in der NS-Zeit, Bd. 3, München – Wien 1979, S. 513 ff.

²¹ Willibald Gutsche/Joachim Petzold: Das Verhältnis der Hohenzollern zum Faschismus. In: ZfG, 1981, H. 10, S. 917 ff.

²² Wolfgang Ruge: Hindenburg. Porträt eines Militaristen, Berlin 1977.

²³ Walther H. Kaufmann: Monarchism in the Weimar Republic, New York 1952.

²⁴ Ebenda, S. 84.

Nationaldemokratische Partei (NDP) 1918-1922/23

(Großdeutsche Freiheits-Partei)

Die Nationaldemokratische Partei trat als eine kleinbürgerlich-konterrevolutionäre Organisation seit Ende 1918 für einen „großdeutschen Nationalstaat“ sowie für die Verwirklichung einiger sozialer Forderungen der Mittelschichten ein.

Vorsitzender

Rudolf Lebius

Presse

„Der kommende Tag“

Die NDP entstand parallel zu zahlreichen anderen antisozialistischen und konterrevolutionären Vereinen während der ersten Wochen der Novemberrevolution.¹ Die Initiative ging von dem Berliner Buchdruckereibesitzer R. Lebius aus, der früher bereits propagandistisch zugunsten des *Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie* und im Dienste der *Gelben Werkvereine* aufgetreten war. Im Gründungsaufwurf wurde vor einer „bolschewistischen Diktatur“ gewarnt und erklärt, daß der Feind bald in Deutschland einmarschieren werde. R. Lebius verstand seine nationaldemokratische Position, die 1918/19 chauvinistische und kleinbürgerlich-pseudoliberalistische Vorstellungen in rascher Anpassung an die neue Situation der herrschenden Klasse Deutschlands miteinander verknüpfte, als einen Versuch, „das nationale Bürgertum demokratisch und die demokratischen Arbeiter national (zu) machen“.² Er bezeichnete seine Auffassungen als deutschvölkisch. Diese Bezeichnung wurde jedoch im Namen und im Programm vermieden, weil sich die NDP bewußt von den „Antisemiten der reaktionären Richtung“ abheben wollte.³

Die NDP trat in Berlin erstmalig vor den Wahlen zur Nationalversammlung auf, ohne sich jedoch an diesen beteiligen zu können. Das deutsche Volk wurde zu einer „Erneuerung seines Nationalbewußtseins“ aufgerufen. Ein Flugblatt, das für eine Veranstaltung in Berlin-Steglitz mit Direktor L. Molkentin zum Thema „Bürgerlicher Einheitsblock“ warb, verkündete das Streben der NDP nach einer „Zusammenfassung aller deutschen Stämme in einem großdeutschen Nationalstaat bei würdiger Stellung dieses Staates im Bunde der freien Völker“ sowie nach „Wiedergewinnung unserer Kolonien“ und einem wirksamen „Schutz der Auslandsdeutschen“.⁴ Diese Forderungen standen ebenfalls an der Spitze des Parteiprogramms, das der Arbeitsausschuß der NDP am 1. März 1919 beschloß. Nationalbewußtsein sollte nicht nur nach außen demonstrativ zur Schau gestellt werden, sondern auch ein neues „Verständnis für gemeinsame Arbeitswerte“ zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse hervorbringen. In diesem Zusammenhang wurde der SPD prophezeit, falls sie eine solche „Verständigung“ ablehne, werde sie immer mehr „dem Kommunismus“, d. h. dem „russischen nach Weltherrschaft strebenden Bolschewismus“, zutreiben und so „den Boden unter den Füßen verlieren“. Ein ungeheurer wirtschaftlicher Zwang würde „alsdann alle politischen demokratischen Freiheitsrechte hinfällig machen“.⁵

Die NDP gab außerdem vor, den Großgrundbesitz einschränken zu wollen und die „Vormachtstellung ... der Betriebe des unbeweglichen und beweglichen Großkapitals“ anzustreben. Eine „Vergesellschaftung“ sollte jedoch nur da erfolgen, „wo das nationale Gesamtinteresse gebieterisch die Erhaltung und Schaffung ganz großer Betriebe erfordert ...“ Durch diese „Bindung des Großkapitals im nationalen Interesse“ wollte die NDP die Mittelschichten stärken und zugleich eine neue deut-

¹ Dazu gehörten u. a. die Antibolschewistische Liga sowie die Großdeutschland-Vereinigung für weltpolitische und wirtschaftliche Stärkung des Deutschtums in Heimat, Kolonie und Ausland, die vom Verleger Wilhelm Süserott geleitet wurde.

² Rudolf Lebius: Nationaldemokratische Politik. Bücher der Staatsbürger-Zeitung Nr. 7, Frohnau b. Berlin (1919), S. 13.

³ Ebenda, S. 12 f.

⁴ Geheimes Staatsarchiv Berlin (West), Hauptabteilung XII, Nr. IV-223.

⁵ R. Lebius, S. 87 f.

sche „Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt“ erreichen.⁶ Entsprechend dieser Auffassung lehnte sie auch die anderen bürgerlichen Parteien ab, denen sie zugleich eine zu positive bzw. zu unklare Haltung gegenüber den Juden vorwarf. Sie wandte sich sowohl gegen eine „politische Vorherrschaft des Judentums“ als auch gegen den „unlauteren Antisemitismus“. Sie forderte eine „Germanisierung“ der Juden und wollte alles „Undeutsche“ auf künstlerischem, geistigem und sittlichem Gebiet strikt bekämpfen.

Die NDP beteiligte sich als Nationaldemokratische Volkspartei an den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920, erhielt jedoch nur 3 995 Stimmen. In Preußen konnte sie die Zahl ihrer Wähler durch ein Zusammengehen mit einigen verbotenen rechtsradikalen Organisationen vergrößern. Stimmten am 20. Februar 1921 lediglich 4015 für sie, so waren es am 19. November 1922 immerhin 56.357, wobei der größte Anteil auf Berlin und Magdeburg entfiel. Dennoch blieb die NDP bedeutungslos. Daran änderte auch nichts die Umbenennung in Großdeutsche Freiheits-Partei, die bereits Ende 1919 erfolgte, aber offensichtlich nicht völlig durchgesetzt werden konnte. Das Parteiprogramm wurde sozialdemagogisch erweitert: „Als unsere vornehmste Aufgabe betrachten wir die Beseitigung des Klassenhasses, die Aussöhnung der Interessen der Arbeitgeber und der Arbeiter und Angestellten.“⁷ Noch deutlicher griff die NDP die anderen bürgerlichen Parteien an, da diese es nicht verstanden hätten, „die Massen mit dem Schwunge neuer nationaler Arbeits- und Opferwilligkeit zu beseelen“ und deren Mißtrauen in den „nationalen Gedanken“ zu überwinden.⁸ Diese Auffassung brachte die NDP in die Nähe einzelner frühfaschistischer Organisationen, z. B. der *Deutschsozialistischen Partei*, wie ein Briefwechsel zwischen deren Führer Alfred Brunner und R. Lebius zeigt.⁹ Letzterer vertrat in zunehmendem Maße einen den Nazifaschisten dienlichen Antisemitismus.¹⁰

Über das Ende der NDP existieren keine Angaben. Eine gewisse Weiterführung, wenn auch auf einer noch reaktionäreren Grundlage, brachte der *Bund der Großdeutschen*, der 1925-1933 unter der Leitung von Eduard Stadtler (↑ *Antibolschewistische Liga*) stand.¹¹

Quellen und Literatur

Außer den in den Anmerkungen enthaltenen Angaben konnte nichts ermittelt werden. Siehe auch Irmgard Weber „Nationaldemokratische Partei“ (in: HBP, Bd. 2, Leipzig 1970, S. 338).

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 3: Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften – Reichs- und freikonservative Partei Köln/Leipzig 1985, S. 388-389.

⁶ Ebenda, S. 84.

⁷ Geheimes Staatsarchiv Berlin (West), Hauptabteilung XII, Nr. IV-280.

⁸ E. Grosse: Die fehlende politische Richtung. Flugschrift der Großdeutschen Freiheitspartei, Berlin 1920, S. 1.

⁹ BA Koblenz, NS 26, Nr. 855.

¹⁰ Siehe R. Lebius: Das Geheimnis des Judentums. Berlin 1925.

¹¹ Siehe Das Großdeutsche Reich. Zeitschrift für preußische Erhebung und großdeutsche Einigung.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 1919-1945

(1919/20 Deutsche Arbeiterpartei [DAP])

Die NSDAP entstand während der Novemberrevolution in München als eine extrem antikommunistische, chauvinistisch-revanchistische und völkisch-antisemitische Gruppe neben zahlreichen anderen frühfaschistischen Organisationen. Sie entwickelte sich rasch zu der den deutschen Faschismus¹ prägenden Partei. Entsprechend den neuen konterrevolutionären und aggressiven Bedürfnissen der reaktionärsten Kreise der deutschen Monopolbourgeoisie kämpfte sie mit allen Mitteln des Terrors und einer vielfältigen Demagogie gegen die Arbeiterbewegung, insbesondere gegen die KPD. Die faschistische Nazi-Partei suchte damit die innen- und außenpolitischen Voraussetzungen zu schaffen, um die völlige Beseitigung der bürgerlich-parlamentarischen Weimarer Republik, eine rasche Revision der militärischen, politischen und territorialen Ergebnisse des ersten Weltkrieges sowie die Beseitigung des ersten sozialistischen Staates in der Welt erreichen zu können.

Nach dem gescheiterten Putschversuch vom 9. November 1923 ging ihr Einfluß zeitweilig zurück, erst am Ende der relativen Stabilisierung des Kapitalismus konnte sie Anhängerscharen vor allem aus den Kreisen der städtischen und ländlichen Mittelschichten formieren. Ihr großer Aufschwung zur wähler- und mitgliederstärksten Partei vollzog sich, als sich nach dem Beginn der Weltwirtschaftskrise die reaktionärsten und aggressivsten Kreise der deutschen Monopolbourgeoisie in zunehmendem Maße auf die Schaffung einer offen terroristischen Diktatur orientierten, wobei diese zunächst von der NSDAP nur im Bunde mit anderen bürgerlichen Parteien mitgetragen werden sollte. Die NSDAP wuchs 1933 in die Rolle einer führenden bzw. alleinigen Regierungspartei hinein, als sich die Mehrheit der herrschenden Klasse für eine Diktatur nationalsozialistischer Prägung entschieden hatte. Danach verschmolzen – im Rahmen der beschleunigten Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus – die NSDAP und die wichtigsten ihrer Gliederungen (↑ SS, ↑ SA und ↑ DAF) weitgehend mit dem Staat zu einem umfangreichen und einheitlichen, wenn auch von inneren Widersprüchen keineswegs freien Repressivapparat. Die faschistische Staatspartei zerschlug alle nichtnationalsozialistischen Organisationen, sie verfolgte brutal die Kommunisten sowie alle demokratischen und humanistisch gesinnten Kräfte des deutschen Volkes. Der skrupellose und massenhafte Terror verband sich eng mit ihrer chauvinistischen, pseudosozialistischen und friedensfeindlichen Ideologie, wobei sie die Fronten des Klassenkampfes insbesondere mit ihren Parolen von der deutschen „Volksgemeinschaft“ und vom arischen Herrenmenschen verschleierte. Sie organisierte, auch mit Hilfe ihres barbarischen Rassen-Antisemitismus, eine allseitige Vorbereitung des zweiten Weltkrieges sowie den totalen Kriegseinsatz der deutschen Bevölkerung.

Mit der militärischen Zerschlagung des faschistischen Mächteblocks durch die UdSSR und die Völker der Antihitlerkoalition war auch die Liquidierung der NSDAP verbunden.

1. Die Entstehung der DAP und der NSDAP 464
2. Organisation und Finanzierung der NSDAP in der revolutionären Nachkriegszeit 466
3. Das 25-Punkte-Programm und die weltanschaulichen Grundlagen des Nationalsozialismus 468
4. Die NSDAP und ihr Putsch vom 9. November 1923 473

¹ Zu Wesen und Klassencharakter sowie zu den Ursprüngen des Faschismus als einer politischen und ideologischen Strömung in Deutschland sowie als einer internationalen Erscheinung siehe vor allem Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. In: VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen, Berlin 1975, S. 91-164. Den gegenwärtigen Stand der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft widerspiegelt: Faschismus-Forschung. Positionen, Probleme, Polemik. Hrsg. Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweiler, 2., durchges. Aufl., Berlin 1980. Zur Kritik bürgerlicher und rechtssozialdemokratischer Faschismustheorien siehe Gerhard Lozek/Rolf Richter: Legende oder Rechtfertigung? Zur Kritik der Faschismustheorien in der bürgerlichen Geschichtsschreibung, Berlin 1979 und Reinhard Kühnl: Faschismustheorien. Texte zur Faschismuskritik 2. Ein Leitfaden, Reinbek bei Hamburg 1979.

5. Die Entwicklung der NSDAP nach ihrer Neugründung bis zum Ende der relativen Stabilisierung des Kapitalismus 476
6. Das sprunghafte Anwachsen des faschistischen Massenanhangs in den ersten Jahren der Weltwirtschaftskrise 479
7. Politische und ideologische Auseinandersetzungen in der NSDAP 1930/31 484
8. Die Harzburger Front und die Beziehungen der NSDAP zu den anderen bürgerlichen Parteien 1931/32 486
9. Der Weg zum 30. Januar 1933 492
10. Die Taktik der NSDAP in den ersten Phasen der Festigung der faschistischen Diktatur 496
11. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen 1933/34 499
12. Funktion, Struktur und Tätigkeit der faschistischen Staatspartei 502
13. Die NSDAP während des zweiten Weltkrieges 507
14. Quellen und Literatur 512

Vorsitzender

Anton Drexler (1919-1921)

Parteiführer

Adolf Hitler (1921-1945)

Stellvertreter des Führers

Gregor Strasser (1927-1932); Rudolf Heß (1933-1941); Martin Bormann (1941-1945, als „Leiter der Parteikanzlei“ und seit 1943 als „Sekretär“ Hitlers)

Geschäftsführer

Max Amann (1921-1923); Philipp Bouhler (1925-1945, seit 1934 als „Chef der Kanzlei des Führers der NSDAP“)

Reichsorganisationsleiter

Robert Ley (1934-1945)

„Oberster Richter“ der NSDAP

Walter Buch

Vorsitzender der Reichstagsfraktion

Wilhelm Frick (1924-1945)

Reichspräsidentenwahl 1932 (Hitler als Kandidat der NSDAP)

1. Wahlgang	11339466	(30,1%)
2. Wahlgang	13418547	(36,8%)

Mitglieder²

(Die eingeklammerten Zahlen geben die von der NSDAP offiziell verkündeten, viel zu hohen Mitgliedsnummern wieder)

1920	2000	September 1929	(150.000)
1921	3000	September 1930	129.563
Januar 1923	6000	November 1930	(350.000)
November 1923	55.000	November 1931	(700.000)
Dezember 1925	(30.000)	März 1932	(1.000.000)
Dezember 1926	(50.000)	Januar 1933	849.009 (1.490.000)
November 1927	(70.000)	Mai 1933	(3.260.000)
Oktober 1928	(100.000)	Januar 1935	2.493.890 (4.000.000)

Reichstagswahlergebnisse

Jahr	Stimmen in Mill.	Stimmen in%	Abgeordnete
1924 (Mai)	1.918.000	6,5	32 ³
1924 Dezember	907.000	3,0	143
1928	810.000	2,6	12
1930	6.409.000	18,2	107
1932 (Juli)	13.745.000	37,8	230
1932 (November)	11.737.000	33,5	196
1933	17.277.000	44,0	288 ⁴

Parteitage

1920, 1921 und 1922 fanden in München Generalmitgliederversammlungen statt.

27.-29. Januar 1923 in München

3.-4. August 1926 in Weimar

19.-21. August 1927 in Nürnberg

1.-4. August 1929 in Nürnberg

31. August-3. September 1933 in Nürnberg („Kongreß des Sieges“)

4.-10. September 1934 in Nürnberg („Triumph des Willens“)

10.-16. September 1935 in Nürnberg („Parteitag der Freiheit“)

8.-14. September 1936 in Nürnberg („Parteitag der Ehre“)

7.-13. September 1937 in Nürnberg („Parteitag der Arbeit“)

6.-12. September 1938 in Nürnberg („Parteitag Großdeutschlands“)

² Siehe Partei-Statistik, Bd. 1: Parteimitglieder. Hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP (1935). Wolfgang Schäfer: NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches, Hannover – Frankfurt (Main) 1956. Siehe Führer befiehlt ... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP. Dokumentation und Analyse. Hrsg. Albrecht Tyrell, Düsseldorf 1969, S. 352. Allgemein zum Problem der Mitgliedschaft siehe Hans Buchheim: Mitgliedschaft bei der NSDAP. In: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. I, München 1958, S. 313 ff. Bei German Rosanow: Das Ende des Dritten Reiches, Berlin 1965, S. 57, findet sich die unbelegte Zahl von 10 Mill. NSDAP-Mitgliedern im Jahre 1945.

³ Gemeinsam mit der ↑ Deutschvölkischen Freiheitspartei auf der Liste Nationalsozialistische Freiheitsbewegung.

⁴ Weitere „Reichstagswahlen“ fanden am 12.11.1933 (92,2%), am 29.3.1936 (98,8%) und am 10.4.1938 (99,08 %) statt.

Presse

Die unmittelbare Parteipresse der NSDAP bestand aus:

1930 7 Tageszeitungen und 47 Wochenblättern

1932 120 Zeitungen mit 673.000 Exemplaren Gesamtauflage

1935 140 Zeitungen mit 3.800.000 Exemplaren Gesamtauflage

Nach 1939 wurde die Auflagenhöhe generell verschwiegen.

Die wichtigsten nationalsozialistischen Zeitungen waren:

„Völkischer Beobachter“ (1921-1945; im folgenden: VB), Erscheinungsort: München, seit 1930 auch Berlin und seit 1938 auch Wien, Hauptschriftleiter: Alfred Rosenberg, Auflagenhöhe:

1921	11.000	1930	80.000
1922	9000	1933	266.000
1923	13.500	1935	380.000
1925	12.000	1939	890.000

„Illustrierter Beobachter“ (seit 1926), Erscheinungsort: München und Berlin, Auflagenhöhe 1931 200.000, 1935 854.000

„Arbeitertum“ (seit 1931), Organ der ↑ *Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO)* bzw. der *DAF*, Auflagenhöhe: 1935 2.090.000

„Der Angriff“ (1927-1945), seit 1935 Tageszeitung der *DAF*, Erscheinungsort: Berlin, Herausgeber: Joseph Goebbels, Auflagenhöhe: 1933 60.000, 1939 150.000

„Nationalsozialistische Monatshefte. Wissenschaftliche Zeitschrift der NSDAP“, Schriftleiter: A. Rosenberg (1930-1944)

„Nationalsozialistische Parteikorrespondenz“ (1932-1945), Erscheinungsort: Berlin, Herausgeber: Wilhelm Weiss

„Der Schulungsbrief“, hrsg. vom Reichsschulungsamt der NSDAP und der *DAF* (1934-1943), Auflagenhöhe: 1935 1.125.000, 1938 3.600.000

„Nationalsozialistische Monatshefte“ (seit 1930), Hauptschriftleiter: A. Rosenberg (1930-1935)

„Der Stürmer. Deutsches Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit“ (seit 1923), Herausgeber: Julius Streicher, „Auflagenhöhe: 1939 475.000

„Nationalsozialistische Briefe“ (seit Herausgeber: G. Strasser

„Nationalsozialistische Landpost“ 1931), Auflagenhöhe: 1935 64.000, 127.000

„Der SA-Mann“ (seit 1932), Auflagenhöhe: 1935 400.000

„Das schwarze Korps“, Zeitung der SS der NSDAP, Organ der Reichsführung SS (seit 1935), Auflagenhöhe: 1939 730.000

„NS-Frauenwarte“ (seit 1932), Auflagenhöhe: 1935 630.000

„Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP“ (1931-1942)

„Das Reich. Deutsche Wochenzeitung“ (1940-1945), Herausgeber: J. Goebbels, Auflagenhöhe: 1940 890.000, 1943 1.400.000

„Signal“, Halbmonatsschrift für das Ausland in 20 Sprachen (1940-1944), Auflagenhöhe: 1943 2.200.000

„Der Deutsche Erzieher. Reichszeitung des Nationalsozialistischen Lehrerbundes“ (1938-1943)

„Nationalsozialistische Bibliothek“, Herausgeber: Gottfried Feder (1928-1934)

„Nationalsozialistisches Jahrbuch“, Herausgeber: R. Ley (1927-1943)

„Organisationshandbuch der NSDAP“, Herausgeber: R. Ley (1.-7. Auflage 1936-1943)

„Wille und Weg. Monatsblätter der Reichspropagandaleitung der NSDAP“, Herausgeber: J. Goebbels (seit 1931)

„Verfügungen, Anordnungen, Bekanntgaben“, Herausgeber: Partei-Kanzlei (1942-1944)

„Wille und Macht, Führerorgan der nationalsozialistischen Jugend“, Herausgeber: Baldur von Schirach (1933-1943)

*Nationalsozialistische Massenorganisationen*⁵

A) Gliederungen der NSDAP

↑ SA, 1921-1945

↑ SS. 1923-1945

Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps (NSKK), 1931-1945

Führer: Adolf Hühnlein (1931-1942); Erwin Kraus (seit 1942)

HJ (einschließlich *Deutsches Jungvolk*, *Jungmädel*, *Bund Deutscher Mädel [BDM]* und *BDM-Werk „Glaube und Schönheit“*), 1926 bis 1945

Führer: Kurt Gruber (1926-1931); Theodor Adrian von Renteln (1931-1932); B. von Schirach (1932-1940, zunächst als „Reichsjugendführer der NSDAP“ und seit 1933 „Jugendführer des Deutschen Reiches“); Arthur Axmann (1940-1945)

Nationalsozialistischer Deutscher Dozentenbund, 1935-1945

Führer: Walter Schultze

Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund (NSDStB), 1926-1945

Führer: Wilhelm Tempel (1926-1928); B. von Schirach (1928-1932); Gerd Rühle (1932-1933); Oskar Stäbel (1933-1934); Albert Derichsweiler (1934-1936); Gustav Adolf Scheel (seit 1936)

Nationalsozialistische Frauenschaft (NSF), 1931-1945

Führerin: Elsbeth Zander (1931-1933); Lydia Gottschewski (1933); Gottfried Adolf Krummacher (1933-1934); seit 1934 Gertrud Scholtz-Klink als „Reichsfrauenführerin“

B) Angeschlossene Verbände

↑ DAF, 1933-1945

Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV), 1932-1945

Führer: Erich Hilgenfeldt

Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung, 1933-1945

Führer: Hanns Oberlindober

Nationalsozialistischer Deutscher Ärztebund, 1929-1945

Führer: Dr. Ludwig Liebl (1929-1932); Dr. Gerhard Wagner (1932-1939); Leonardo Conti (seit 1939)

Nationalsozialistischer Lehrerbund, 1927-1945 Führer: Hans Schemm (1927-1935); Fritz Wächtler (1935-1944)

⁵ Die hier gewählte Einteilung und Reihenfolge der nationalsozialistischen Massenorganisationen richtet sich bei A und B nach der Regelung, die in der „Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“ vom 29.3.1935 (RGBl, I, 1935, S. 502) definiert wurde.

Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund, 1936-1945 (hervorgegangen aus dem 1928 gegründeten *Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen*)

Führer: Hans Frank (1936-1942); Georg Thierack (1942-1945)

Nationalsozialistischer Bund Deutscher Technik, 1934-1942

Führer: Fritz Todt; Albert Speer (seit 1942)

↑ *Reichsbund der Deutschen Beamten*, 1934-1945

C) Von der NSDAP „betreute“ und andere nationalsozialistische Organisationen (Die Leiter jeweils nach dem Stand von 1940)

Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Studentinnen, 1930-1934 (im NSDStB bis 1945)

↑ *Bund Deutscher Osten (BDO)*

Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, 1928-1936

↑ *Deutsche Studentenschaft*

Deutsches Frauenwerk, 1933-1945 (G. Scholtz-Klink)

Deutscher Gemeindetag, 1933-1945 (Karl Fiehler)

Deutscher Volkssturm, 1944-1945

↑ *Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes (KgM)*, 1932-1933

↑ *Kampfbund für deutsche Kultur (KfdK)*, 1928-1934

Kampfbund für den Kinderreichtum der Erbtüchtigen (Robert Kaiser) *Nationalsozialistischer Altherrenbund*, seit 1938 (G. A. Scheel)

↑ *NSBO*, 1931-1935

Nationalsozialistisches Fliegerkorps (NSFK), 1937-1945 (Friedrich Christiansen)

Nationalsozialistische Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ (KdF), 1933-1945 (R. Ley)

Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation, 1933-1935

Nationalsozialistische Kulturgemeinde, 1934-1937

Nationalsozialistischer Deutscher Marinebund, 1933-1938

Nationalsozialistischer Reichsbund Deutscher Schwestern, 1942-1945 (E. Hilgenfeldt)

Nationalsozialistischer Reichsbund für Leibesübungen, 1933-1945, seit 1938 als *Deutscher Reichsbund für Leibesübungen* zugleich Gliederung der NSDAP (Hans von Tschammer und Osten)

Nationalsozialistischer Reichskriegerbund, 1938-1945, hervorgegangen aus dem *Deutschen Reichskriegerbund „Kyffhäuser“* (Wilhelm Reinhard)

Nationalsozialistischer Schülerbund, 1929-1933 (Th. A. von Renteln)

Nationalsozialistische Schwesternschaft, 1934-1941

Organisation Todt, 1938-1945

↑ *RAD*, 1935-1945

Reichsbund Deutsche Familie, 1933-1945 (R. Kaiser)

Reichsbund Deutscher Jägerschaft Reichsbund der Kinderreichen Reichsdozentenschaft, 1936-1945

Reichskolonialbund, 1933-1945 (↑ *Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft*)

Reichsluftschutzbund, 1933-1945 (Hermann Göring)

↑ *Technische Nothilfe (Teno)*

↑ *VDA*

Werwolf, 1944-1945

1. Die Entstehung der DAP und der NSDAP

Die militärische Niederlage des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg und die Novemberrevolution von 1918/19 erschütterten die Machtpositionen der deutschen Monopolbourgeoisie aufs schwerste. Unter Führung der revolutionären Arbeiterbewegung erkämpften sich die werktätigen Massen demokratische Rechte und Freiheiten, die für den weiteren antiimperialistischen Kampf um Frieden und Demokratie sowie für die revolutionäre Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse von großer Bedeutung waren. Die Ergebnisse des ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution rückgängig zu machen, selbst um den Preis eines neuen Krieges – das war die erklärte strategische Zielsetzung des gesamten deutschen Imperialismus in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, wobei von den einzelnen Gruppierungen der herrschenden Klasse und ihren Parteien unterschiedliche taktische Konzeptionen vertreten wurden. Aus den staatsmonopolistischen Maßnahmen, die nach 1918 von den reaktionärsten Monopolherren zur Überwindung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und zur Restauration ihrer ökonomischen und politischen Macht durchgesetzt wurden, resultierte auch die Formierung extrem reaktionärer und revanchistisch-militaristischer Parteien und Verbände. Unter diesen Bedingungen bildete sich als Ausdruck und als Bestandteil des neuen monopolbourgeoisien Strebens nach gleichzeitiger Vernichtung der revolutionären Arbeiterbewegung und ideologischer Eroberung großer Teile der Arbeiterklasse⁶ der Faschismus heraus, der sich zunächst in einer Vielzahl von kleinen Parteien und Verbänden (↑ *Deutsche Arbeiter- und Angestellten-Partei*, ↑ *Deutschsozialistische Partei [DsP]*, ↑ *Antibolschewistische Liga*) organisierte.

Eine dieser Organisationen des frühen Nachkriegs- und Nachrevolutionsfaschismus⁷ war die DAP, die am 5. Januar 1919 in München gegründet wurde. An ihrer Spitze stand A. Drexler, ein nationalistisch und antisemitisch beeinflusster Werkzeugschlosser, der bereits in der ↑ *Deutschen Vaterlandspartei* mitgewirkt hatte und selbst von bürgerlichen Historikern als „ferngesteuert und frei von privaten Initiativen“ charakterisiert wird.⁸ Ihre Entstehung in Bayern erklärt sich in hohem Maße aus der Tatsache, daß hier die Konterrevolution eine starke Heimstatt besaß und es 1918/19 zu einer besonders raschen Polarisierung der Klassenkräfte kam. Die ökonomische und soziale Rückständigkeit, das Fehlen schwerindustrieller Zentren und das Überwiegen der bäuerlich-mittelständischen Struktur des Landes, der bayerische Partikularismus, der auch in der Entstehung der ↑ *BVP* seinen Ausdruck gefunden hatte, und der starke klerikale Einfluß ließen bereits in den Tagen der Novemberrevolution völkische und rechtsradikale Gruppen, Verbände und Parteien in großer Zahl entstehen. Unter ihnen gab es keine einheitliche Auffassung in den Fragen der Tagespolitik, sie waren sich lediglich einig im fanatischen Haß gegen die „Novemberverbrecher“, die sie demagogisch mit den in Deutschland lebenden Bürgern jüdischer Religion und Herkunft gleichsetzten. Gemeinsam war ihnen auch die Angst vor jeder gesellschaftlichen Veränderung. Die Tatsache, daß es in Bayern zu einer ausgeprägten revolutionären Entwicklung gekommen war, veranlaßte die Bourgeoisie, in ihrer unmittelbaren konterrevolutionären und in ihrer präventiven Antirevolutionsstrategie der Gewinnung der Massen und insbesondere der Arbeiter für ihre Ziele und Organisationen ein wesentlich größeres Augenmerk als bisher zu schenken.

Zu den aktiven Förderern aller völkisch-antisemitischen und antikommunistischen Gruppen in Bayern gehörten vor allem die Reichswehr, aber auch einzelne bayerische Industrielle und insbesondere

⁶ Siehe dazu vor allem Kurt Gossweiler: *Faschismus und Arbeiterklasse*. In: *Faschismus-Forschung. Positionen, Probleme, Polemik*. Hrsg. Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweiler, Berlin 1980, S. 122 f.

⁷ Zur Typologie des Faschismus siehe Kurt Gossweiler: *Kapital, Reichswehr und NSDAP 1912-1924*, Berlin 1982, S. 35 bis 73.

⁸ Siehe Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker: *Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens*, Berlin 1981, S. 18.

die ↑ *Thule-Gesellschaft (ThG)*. Sie wirkten eng zusammen und trugen gemeinsam zum Sturz der Räterepublik bei. Das bayerische Reichswehrgruppenkommando sah nach der Niederschlagung der Räterepublik seine Aufgabe in einer grausamen Abrechnung mit den revolutionären Arbeitern sowie in der weiteren Bekämpfung aller fortschrittlichen Regungen unter den bayerischen Werktätigen.⁹ Es schuf Untersuchungskommissionen, die nach revolutionären Soldaten fahndeten, und baute einen ausgedehnten politischen Nachrichtendienst auf. Mit dem Auftrag, die DAP zu beobachten, über ihre Tätigkeit zu berichten und sie zu einem antikommunistischen Organ des bayerischen Reichswehrkommandos auszubauen, besuchte der Reichswehrvertrauensmann Hitler am 12. September 1919 eine Versammlung der Drexler-Organisation. Er wurde anschließend nicht nur Mitglied der Partei, sondern sogleich Mitglied des leitenden Arbeitsausschusses.

Mit dem Reichswehrspitzel Hitler, der erst am 1. April 1920, d. h. nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches, aus der Reichswehr entlassen wurde, kam gleichzeitig eine Reihe von Angehörigen militärischer Organisationen in die DAP, die auf eine Umstellung der Tätigkeit der Partei hinarbeiteten und sofort innere Auseinandersetzungen herbeiführten. Die Gruppe um Karl Harrer wollte am Logengedanken festhalten, während sich Hitler zum Sprecher jener aktivistischen Fraktion der „Frontsoldaten“ machte, die mehr und größere öffentliche Versammlungen sowie einen offensiven Kampf für die Gewinnung neuer Anhängerscharen aus der Arbeiterklasse forderte. Hitler vertrat damit keine originären, eigenen Ideen, sondern hatte sich die der Reichswehrrführung zu eigen gemacht.

Die eigentliche Gründung der NSDAP erfolgte am 24. Februar 1920, als Hitler in der ersten Massenversammlung (ca. 2000 Teilnehmer) im Münchener Hofbräuhaus das Parteiprogramm und die Änderung des Namens in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei bekanntgab. Die Versammlung war ein Bestandteil der Vorbereitungsarbeiten bayerischer Reichswehrrführer auf den Kapp-Putsch. Die deutschen Faschisten haben später diesen Tag stets als einen Feiertag begangen und zur Verherrlichung Hitlers benutzt, obwohl das 25-Punkte-Programm nicht von ihm ausgearbeitet, sondern lediglich verkündet worden ist. Mit dieser Versammlung wurde der künftige Stil der NSDAP in der politischen Tätigkeit abgesteckt: Ergänzung des radikalen politischen Terrors durch eine ausgedehnte und allseitige Propaganda, deren demagogische und manipulative Funktion Hitler eindeutig beschrieben hat.¹⁰

Die NSDAP hielt allein in der Zeit vom 24. Februar 1920 bis zum 21. Januar 1921 in München 46 öffentliche Versammlungen (davon 10 Massenversammlungen) mit 62.371 Teilnehmern ab. Ferner wurden wöchentliche „Sprechabende“ im Parteilokal und 32 Werbeveranstaltungen außerhalb Münchens durchgeführt. In 21 Versammlungen und Veranstaltungen gegnerischer Parteien traten nationalsozialistische Redner mit Unterstützung starker „Abordnungen“ der Partei auf. Die Faschisten wählten als Themen für ihre Veranstaltungen u. a. „Wucher- und Schiebertum“, „Internationales Börsenkapital und Kleinrentner“, „Der Jude als Arbeiterführer“, „Brest-Litowsk und Versailles“, „Spa, Moskau und wir“, „Reichszertrümmerer und Französlinge“, „Warum sind wir Antisemiten?“, „Brechung der Zinsknechtschaft“, „Deutschlands Niederbruch und Wiederaufbau“, „Deutschland als Freistaat“, „Der Staat des Wucher- und Schiebertums“, „Macht und Recht“, „Friede der Versöhnung oder Gewalt“, „Deutsches Recht“, „Der Arbeiter im Deutschland der Zukunft“, „Versailles, Deutschlands Vernichtung“, „Parteipolitik und Judenfrage“, „Jüdische oder deutsche Volksaufklärung“.¹¹

Diese zahlreichen chauvinistischen und antisemitischen Veranstaltungen konnten von der NSDAP nur in enger Zusammenarbeit mit ihren Hintermännern sowie in Konkurrenz zu den anderen völkischen Organisationen durchgeführt werden. Dabei verfolgte sie – wie jede dieser Gruppen – das

⁹ Siehe Georg Franz-Willing: Die Hitlerbewegung. Der Ursprung 1919-1922, Hamburg – Berlin (West) (1962), S. 35.

¹⁰ Siehe Adolf Hitler: Mein Kampf, 2 Bde. in 1 Bd., ungekürzte Ausg., 390.-394. Aufl., München 1939, S. 193 ff. und 369 ff.

¹¹ Siehe G. Franz-Willing, S. 155 und 150 ff.

Ziel, die gesamte frühfaschistische Bewegung zu vereinheitlichen und unter eigene Regie zu bekommen. Eine wichtige Rolle spielten dabei jene Tagungen, die von der im Winter 1919/20 entstandenen zwischenstaatlichen Kanzlei der nationalsozialistischen Parteien in Österreich, Deutschland und unter den Sudetendeutschen in der ČSR organisiert wurden. Obwohl am 7. und 8. August 1920 in Salzburg die Gründung einer einheitlichen Deutschen Nationalsozialistischen Partei beschlossen worden war, gingen die Auseinandersetzungen zwischen der *Nationalsozialistischen Arbeiterpartei der Tschechoslowakei* (Rudolf Jung), der *Nationalsozialen Partei Oberschlesiens* (Alexander Schilling), der NSDAP (A. Drexler/Hitler) und der ↑ *DsP* (Alfred Brunner) weiter. Angesichts der unrealen Vereinigung mit den sudetendeutschen und den österreichischen Parteien der Nationalsozialisten spitzten sich die Gegensätze zwischen NSDAP und *DsP* in Deutschland zu.

Im Sommer 1921 geriet die NSDAP in ihre erste große Krise. Die bayerischen Reichswehrführer suchten der für den deutschen Imperialismus kritischen Situation (u. a. Auflösung der ↑ *Einwohnerwehren*, Londoner Ultimatum, Generalstreik der Münchener Arbeiter, Rücktrittsabsichten des bayerischen Ministerpräsidenten Gustav Ritter von Kahr) mit einer Aktivierung der politischen Tätigkeit der NSDAP zu begegnen. Zu diesem Zweck mußte zunächst innerhalb der Partei ein schärferer antidemokratischer und antisozialer Kurs durchgesetzt werden. Hitler und seine Frontsoldatengruppe sahen den Ausweg aus der krisenhaften Situation 1921 in der forcierten Vorbereitung eines Putsches, während die Kreise um A. Drexler einen Weg unter Ausnutzung der bürgerlichen Demokratie zur Erreichung des gleichen Zieles gehen wollten.¹² Eine zeitweilige Abwesenheit Hitlers wurde von den Gründern der DAP genutzt, um ihre Auffassungen – auch einen Kompromiß mit der *DsP* – in der Münchener Organisation durchzusetzen. Auf ihre Einladung hin referierte Otto Dickel aus Augsburg in einer Versammlung und erklärte u. a., daß der „Großgrundbesitz ... an Gefährlichkeit dem Judentum“ gleichstünde.¹³ Das war eine Feststellung, die verbunden mit „werkgemeinschaftlichen“ und „abendländischen“ Ideen nicht in das Konzept der bayerischen Reichswehroffiziere passen konnte. Sie mußten handeln und ließen Hitler am 11. Juli 1921 eine Austrittserklärung abgeben; wenige Tage später nannte dieser jedoch sechs Bedingungen¹⁴ „nach deren Erfüllung er wieder in die Partei eintreten wolle. Unter dem Druck der Reichswehrangehörigen in der Partei kapitulierte die Gruppe um A. Drexler. Am 29. Juli 1921 wählte eine außerordentliche Mitgliederversammlung (1200 Teilnehmer) Hitler zum Vorsitzenden, während A. Drexler auf den Posten eines Ehrenvorsitzenden der Partei abgeschoben wurde.

2. Organisation und Finanzierung der NSDAP in der revolutionären Nachkriegszeit

Die faschistische Naziartei widerspiegelte auch in ihren Organisationsprinzipien, daß sie eine „bürgerliche Partei neuen Typs“¹⁵ war. Sie entwickelte die ihrem Charakter adäquaten innerparteilichen Verhältnisse. In ihren Satzungen wurde immer mehr jegliche innerparteiliche Demokratie negiert. Ein hierarchischer Aufbau sowie das militaristische Führer-Gefolgschafts-Prinzip traten in den Vordergrund. Die ersten, vom 30. September 1920 stammenden Satzungen wurden am 21. Januar und am 29. Juli 1921 erheblich abgeändert, vor allem hinsichtlich der Befugnisse des 1. Vorsitzenden, der nur noch der Generalmitgliederversammlung verantwortlich war. Die Hauptparteileitung besaß faktisch nur eine untergeordnete beratende Funktion. Die Organisationsprinzipien unterschieden sich von vornherein von jenen, die in den traditionellen bürgerlichen Parteien Anwendung fanden. Der 1. Vorsitzende sollte lediglich „aus vereinsgesetzlichen Gründen“ von der Generalmitgliederversammlung gewählt werden; das war jedoch nur bis 1922 der Fall. Bereits auf dem Parteitag vom Januar 1923 stand eine solche Wahl nicht mehr auf der Tagesordnung. Ferner kam es der Führung der NSDAP darauf an, der faschistischen Bewegung in München (der „Stadt der Bewegung“) einen festen Mittelpunkt zu schaffen. Die NSDAP vermied es, mit anderen reaktionären Organisationen auf gleichberechtigter Grundlage zusammenzugehen. Sie widersetzte sich der oft geplanten Gesamtleitung aller völkischen Verbände und Gruppen.

¹² Siehe Werner Maser: Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Bonn 1965, S. 265 ff.

¹³ Zit. in: Konrad Heiden: Geschichte des Nationalsozialismus, Hamburg 1932, S. 53 f.

¹⁴ Siehe den Text bei G. Franz-Willing, S. 111.

¹⁵ Palmiro Togliatti: Lektionen über den Faschismus, Frankfurt (Main) 1973, S. 19.

Von Anfang an entsprach der Aufbau von zahlreichen Teilorganisationen mit speziellen Aufgaben faschistischen Organisationsprinzipien und dem Ziel, für die Revanchepolitik des deutschen Imperialismus eine große, stabile Massenbasis zu schaffen. Neben der SA entstanden im Mai 1922 der *Jugendbund*, eine Motorstaffel unter Christian Weber, ein von Carl Fürst von Wrede finanziertes Reiterkorps sowie eine Nachrichtenabteilung, die von R. Heß ins Leben gerufen wurde. Bereits 1919 trat in den Versammlungen der Nazipartei ein sog. Ordnerdienst in Erscheinung, der andersdenkende Teilnehmer terrorisierte und für eine „ungestörte“ Propagierung faschistischer Gedanken sorgte. Erster Leiter dieser Hilfstruppen war Emil Maurice, ein brutaler Draufgänger und einer der wenigen Duzfreunde Hitlers. Am 3. August 1921 wurde der Leutnant Hans-Ulrich Klintzsch, der aus der *Marinebrigade Ehrhardt* kam, mit der Leitung der „Turn- und Sportabteilung der NSDAP“ beauftragt. Die Entwicklung der SA wäre ohne die Hilfe der Reichswehr, ohne die Unterstützung und Ausbildung durch die Reichswehroffiziere, die Kapitän Hermann Ehrhardt nach Ernst Röhm's Vermittlung zur Verfügung stellte, nicht möglich gewesen. Bald bürgerte sich der für diesen militaristischen Wehrverband zutreffendere Name „Sturm-Abteilung“ ein. Als Sammelbecken des schlimmsten Bodensatzes der Gesellschaft hatte die SA großen Anteil an der Vorbereitung der faschistischen Diktatur, indem sie im Interesse des deutschen Imperialismus den offenen Terror und den Straßenkampf, den heimtückischen Überfall auf klassenbewußte Arbeiter und den Mord als Mittel politischer Auseinandersetzungen praktizierte.

Organisation und Aufbau der NSDAP erforderten große Geldsummen, die trotz aller Schwierigkeiten, die es gab und die von der nationalsozialistischen Propaganda oft aufgebauscht worden sind, immer vorhanden waren. Die deutschen Faschisten konnten von Anfang an einen großen Apparat aufbauen. Im Jahre 1922 – bei einem Bestand von ca. 6000 Mitgliedern – konnte sich die NSDAP bereits neben dem kostspieligen „Führer“ noch 13 weitere hauptamtliche Kräfte leisten.¹⁶ Folgende finanzielle Quellen und Unterstützungen¹⁷ ermöglichten die Existenz, das aktivistische Auftreten und das starke Anwachsen der Nazipartei in den ersten Jahren der Weimarer Republik: Unmittelbar lebte sie von den Fonds des Reichswehrkommandos in Bayern. Zahlreiche Rechnungen für propagandistisches Material gingen von Hitler zum Reichswehrkommando und wurden dort beglichen. Hauptmann E. Röhm vermittelte wirksame Unterstützung mit Waffen, Lastkraftwagen usw. aus den Beständen der Reichswehr.¹⁸ Dietrich Eckart erhielt durch Vermittlung Franz Ritter von Epps aus einem geheimen Reichswehrfonds 60.000 M für den Ankauf des der ↑ *ThG* gehörenden „VB“, wodurch die Partei seit 17. Dezember 1920 ein eigenes Organ herausgeben konnte.¹⁹

Weniger offensichtlich sind die unmittelbaren Beziehungen zwischen der Industrie und der nationalsozialistischen Partei, da sie von Anfang an einer strikten Geheimhaltung unterlagen. Bekannt sind jedoch die Beträge, die vom ↑ Alldeutschen Verband (ADV) seit 1920 nach München flossen.²⁰ Finanzielle Unterstützung gewährten in den Jahren vor 1923 u. a. der Pianofabrikant Carl Bechstein, der Berliner Großindustrielle Ernst von Borsig, der Verleger Ernst Hanfstaengl, der Vertreter einer Pneumatikfirma Kurt Luedecke²¹, Hermann Aust, die Daimler-Werke in Stuttgart-Untertürkheim und in Berlin-Marienfelde, der Bayerische Industriellen-Verband und Dr. Gottfried Grandel, ein Augsburger Industrieller, der ebenfalls den Ankauf des „VB“ ermöglichte. Auch aus den Kreisen der Großgrundbesitzer floß Geld in die Kassen der Nazipartei: so von Karl Eduard

¹⁶ Siehe G. Franz-Willing, S. 172. 1929 besaß die Partei einen nach Tausenden zählenden Angestelltenapparat.

¹⁷ Die ausführlichsten Angaben enthalten dazu K. Gossweiler: *Kapital, Reichswehr und NSDAP*, S. 319 ff. sowie James und Suzanne Pool: *Hitlers Wegbereiter zur Macht. Die geheimen deutschen und internationalen Geldquellen, die Hitlers Aufstieg zur Macht ermöglichten*, Bern-München 1979, S. 45 ff.

¹⁸ Siehe Hellmuth Auerbach: *Hitlers politische Lehrjahre und die Münchener Gesellschaft 1919-1923. Versuch einer Bilanz anhand der neueren Forschung*. In: *VjZ*, 1977, H. 1, S. 35.

¹⁹ Zur Rolle von Heinrich Claß beim Ankauf des „VB“ siehe Joachim Petzold: *Claß und Hitler. Über die Förderung der frühen Nazibewegung durch den Alldeutschen Verband und dessen Einfluß auf die nazistische Ideologie*. In: *JfG*, Bd. 21, Berlin 1980. Siehe auch Albrecht Tyrell: *Vom ‚Trommler‘ zum ‚Führer‘. Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP*, München 1975, S. 175 ff.

²⁰ Siehe Alfred Kruck: *Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939*, Wiesbaden 1954, S. 193.

²¹ Siehe Kurt Luedecke: *I knew Hitler*, London 1938, S. 101 ff.

Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, von C. von Wrede und anderen Förderern der reaktionären Verbände und Parteien. Sie erhofften von deren Tätigkeit eine Ausdehnung ihrer Besitztümer sowie eine Wiederherstellung verlorengegangener politischer und militärischer Privilegien.

Der größte Teil der Gelder, über die die NSDAP verfügte, stammte aus den politischen Fonds des Monopolkapitals, die damals der völkischen Bewegung als Ganzes zur Verfügung gestellt wurden. Max Erwin von Scheubner-Richter, der enge Beziehungen zum Reusch-Haniel-Konzern besaß, organisierte Mittel für Ludendorff, der sie an verschiedene völkische Organisationen weiterleitete, u. a. auch an die NSDAP. Fritz Thyssen ließ im Oktober 1923 100.000 Goldmark an Ludendorff überweisen.²² G. Feder nutzte seine Beziehungen zur Geschäfts-, Bank- und Industriewelt und vermittelte sogar von jüdischen Bankhäusern Geld. Schon 1921 enthüllte die *DsP*, daß Hugo Stinnes hinter der NSDAP stehe. Eine wichtige Vermittlerrolle spielte Emil Gansser, auf dessen Initiative Hitler am 29. Mai 1922 im Berliner *Nationalklub* sprechen durfte und der als Hitlers erster „Finanzminister“ bezeichnet worden ist. E. Gansser brachte Hitler auch mit Karl Burhenne, einem Direktor der Siemens-Werke, zusammen. Ebenso ließ D. Eckart seine Verbindungen zu schweizerischen Banken spielen. Durch ihn kam die NSDAP in Berührung mit dem *ADV* und den Kapp-Putschisten, zu deren Unterstützung er mit Hitler nach Berlin flog, ohne jedoch den Putsch mit den Aktionen der bayerischen Reichswehr koordinieren zu können.²³

Die NSDAP erhielt auch nicht unbeträchtliche Summen aus dem Ausland. E. Gansser vermittelte von Schweizer Industriellen 35.000 Schweizer Franken und E. Hanfstaengl eine einträgliche Verbindung zu Henry Ford²⁴; K. Luedecke galt allgemein als Vermittler französischer Gelder und besuchte 1923 im Auftrag Hitlers Budapest und Rom, um dort Beziehungen zu knüpfen und finanzielle Hilfe zu erbitten. Gertrud von Seydlitz sammelte hohe Beträge in Finnland und sagte 1924 aus, daß Auslandsdeutsche u. a. in der Tschechoslowakei, in Schweden, in der Schweiz, in den USA für die NSDAP gespendet hätten.²⁵ Französische Gelder, die den bayerischen Föderalismus und Separatismus stärken sollten, kamen größtenteils über die Schweiz.²⁶ Während der Inflation erhielten die SA-Führer ihren Sold teilweise in Devisen ausgezahlt (Schweizer Franken, tschechische Kronen).

Natürlich spielten auch die Beiträge und Spenden der Parteimitglieder eine Rolle, wobei die Nazis oft sehr skrupellos vorgingen und „Opferbereitschaft“ zugunsten ihrer Kasse als nationale Heldentat priesen. Diese finanzielle Quelle, deren Anteil an den gesamten der NSDAP zur Verfügung stehenden Geldern nicht mit Sicherheit bestimmt werden kann, wurde von der nazistischen Propaganda in der Öffentlichkeit als entscheidend hingestellt. Im Januar 1921 wurde der Parteibeitrag von 0,50 auf 1 M erhöht, ab August 1921 hatten die Mitglieder 2 M und 0,50 M als Pressesteuer zu zahlen. Diese Steuer sowie 20% der Mitgliedsbeiträge und außerdem 50% der Wahl- und Werbebeiträge hatten die Ortsgruppen an die Hauptgeschäftsstelle in München abzuliefern. Eine großzügige Überschlagsrechnung ergibt, daß von durchschnittlich 2500 Mitgliedern – falls sie alle zahlten, was zweifelhaft ist – 60.000 bis 70.000 M eingenommen wurden, wovon 40 % nach München gingen. Selbst wenn noch das bei den Versammlungen geforderte Eintrittsgeld und sonstige Sammelergebnisse in Rechnung gestellt werden, läßt sich erkennen, daß die NSDAP sich und ihren enormen politischen Aufwand nicht selbst finanziert haben kann.²⁷

²² Siehe Fritz Thyssen: *I paid Hitler*, New York-Toronto 1941, S. 82 f.

²³ Siehe W. Maser: *Die Frühgeschichte der NSDAP*, S. 217.

²⁴ Siehe das Kapitel „Hitler und Ford“ in J. und S. Pool, S. 87 ff.

²⁵ Ebenda, S. 67.

²⁶ Siehe Ernst Röhm: *Die Geschichte eines Hochverrätters*, München 1934, S. 179 f.

²⁷ Siehe K. Pätzold/M. Weißbecker, S. 55 f. Es verwundert nicht, daß die entsprechenden, auf eine Verschleierung des historischen Zusammenhangs von Faschismus und Imperialismus gerichteten Behauptungen der NSDAP in heutigen bürgerlichen Publikationen erneut auftauchen: „Nicht die Schecks der großen Bankiers, der Industriellen und der Großgrundbesitzer, sondern die schweigenden täglichen Opfer namenloser und zahlloser begeisterter Anhänger haben die Hitler-Bewegung großgemacht.“ G. Franz-Willing, S. 182. In diesem Sinne auch Kurt Pritzkolet: *Gott erhält die Mächtigen. Rück- und Rundblick auf den deutschen Wohlstand*, Düsseldorf 1963, S. 82, und Louis F. Lochner: *Die Mächtigen und der Tyrann. Die deutsche Industrie von Hitler bis Adenauer*, 2. Aufl., Darmstadt 1955, S. 30.

3. Das 25-Punkte-Programm und die weltanschaulichen Grundlagen des Nationalsozialismus

Das am 24. Februar 1920 verkündete Programm, das dem Wortlaut nach ein bloßes „Zeitprogramm“ war und dennoch als „unabänderlich“ galt, hatte bis 1945 Gültigkeit. Es diente als politisch-ideologische Grundlage für die Beeinflussung und Gewinnung fast aller sozialen Schichten und Bevölkerungskreise des deutschen Volkes zum Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, für die Errichtung der offenen Diktatur des Imperialismus und für die rigorose Vorbereitung eines neuen Aggressionskrieges. Aus den 25 Punkten des Programms sprachen Chauvinismus und Revanchismus sowie Antidemokratismus und ein extrem militanter Antikommunismus, die das politische Kernstück und die allgemeine Grundlage der faschistischen Ideologie darstellten.²⁸ Ganz offen charakterisierte Hitler das Programm, als er es ein „Werbeprogramm“ nannte, das „so genial und psychologisch richtig auf die Seele derjenigen eingestellt“ sein müsse, „ohne deren Hilfe die schönste Idee ewig nur Idee bleiben würde“. Dem Marxismus-Leninismus, der durch Terror ausgerottet werden sollte, wurde der Versuch einer möglichst „gleichwertigen“ Lehre entgegengesetzt, deren Hauptaspekte allerdings nicht in einer wissenschaftlichen Grundlage, sondern im Postulat eines „politischen Glaubens“ und in der Forderung nach einem „kämpferischen Fanatismus“ bestanden.

Die einzelnen Elemente des Programms und der nationalsozialistischen Ideologie sind widersprüchlich, in ihren Formulierungen relativ unbestimmt und vielfältig deutbar. Die berechnende Verschwommenheit des Programms widerspiegelte demagogische Absichten, weil sie je nach Bedarf die unterschiedlichste und jeweils als nützlichste betrachtete Interpretation zuließ. Die Führer der NSDAP orientierten sich stets auf eine pragmatische Handhabung sowie auf die propagandistische Verwertbarkeit des Programms.²⁹

Die sog. nationalsozialistische Weltanschauung bot inhaltlich keinen originären Gedanken; alle Leitideen der reaktionärsten Ideologen des 19./20. Jh. fanden Eingang in die Theorien der deutschen Faschisten. In diesem Sinne war das eklektische Gemisch der Nazi-Ideologie chauvinistisch, revanchistisch, antikommunistisch, antidemokratisch, antiliberal, antiparlamentarisch, antisemitisch und völkisch. Der Nationalsozialismus stellte jedoch nicht nur eine Summe, sondern eine relativ eigenständige Synthese aller reaktionären Strömungen der bürgerlichen Ideologie und Philosophie dar.³⁰ Gerade damit sollte der Eindruck erweckt werden, als sei er die Überwindung der Krise des bürgerlichen Denkens. Den Pessimismus bürgerlicher Philosophen versuchte er mit Hilfe einer „Mobilisierungsdemagogie“ in einen dem imperialistischen Drang nach Terror und Expansion entsprechenden fanatischen Aktivismus zu wandeln, der den angeblich „revolutionären“ und „sozialistischen“ Charakter von Weltanschauung und Bewegung des deutschen Faschismus beweisen sollte.

Insgesamt kennzeichnen den Nationalsozialismus die bewußte Demagogie und politisch-moralische Korruption, phantastische Abenteuerlichkeit und völlige Verkehrung und Mystifizierung aller wirklichen sozialen Zusammenhänge sowie die systematische und restlose Beseitigung humanistischen Geistes. Seine Leitideen beinhalteten vor allem den Gedanken der zur Weltherrschaft auserwählten „arischen Herrenrasse“ sowie die Idee „volksgemeinschaftlicher“ Klassenversöhnung, die eng mit dem faschistischen Führerprinzip und dem Führerkult verknüpft waren.

Die aggressiven, revanchistischen Ziele des deutschen Imperialismus spiegelten vor allem die ersten Punkte des Programms wider, die außenpolitisch orientiert waren und „den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Großdeutschland ...(,) die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Frie-

²⁸ Siehe vor allem das Kapitel V bei Wolfgang Heise: Aufbruch in die Illusion. Zur Kritik der bürgerlichen Philosophie in Deutschland, Berlin 1964.

²⁹ Siehe Joachim Petzold: Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, Berlin 1982, S. XIV.

³⁰ Siehe Manfred Weißbecker: Grundelemente, Entwicklungstendenzen und Wirkungen der faschistischen Ideologie. Bemerkungen zur Eröffnung des 9. Jenaer Faschismus-Colloquiums am 17. und 18. September 1979. In: JBP, Nr. 45 (Februar 1981), S. 13.

densverträge von Versailles und St. Germain“ sowie „Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses“ forderten.³¹ Chauvinistische Parolen und die pseudowissenschaftliche Geopolitik dienten als weltanschauliche „Begründungen“ von Ansprüchen deutscher Monopolherren und Junker, die weit über das Territorium des Deutschen Reiches von 1914 hinausgingen und deren Realisierung nur durch einen neuen weltweiten Krieg in Angriff genommen werden konnte. In der Formel vom „Zusammenschluß aller Deutschen“ verbarg sich die Vorstellung, sich in alle Angelegenheiten eines Landes einmischen zu können, in denen deutsche Minderheiten lebten. Skrupellos wurde hierfür die ehrliche Empörung des deutschen Volkes über die harten Bedingungen des imperialistischen Friedensdiktates von Versailles ausgenutzt.

Die NSDAP konnte unter den extrem reaktionären Organisationen nicht zuletzt deshalb die führende Rolle erringen, weil sie klarer als andere die Notwendigkeit erkannte, die nationalistische Verhetzung des Volkes eng mit einer raffinierten sozialen und antikapitalistischen Demagogie zu verknüpfen. Sie brachte diesen engen Zusammenhang bereits im Namen („Nationalsozialistische“ Partei) zum Ausdruck und wehrte sich in den zahlreichen innerparteilichen Auseinandersetzungen über das Programm stets gegen die Überbetonung entweder des nationalen oder des sozialen Aspekts. Der Begriff des „Sozialismus“ tauchte daher an keiner Stelle der 25 Punkte auf, wie auch hier nicht von den Arbeitern, vom „Antikapitalismus“ oder von „Revolution“ die Rede war. Ganz bewußt sollte über die Existenz der Klassen hinweggetäuscht, sollte der antagonistische Gegensatz von Arbeiterklasse und Bourgeoisie verwischt werden.

Mit seinen sozialpolitischen Phrasen, die die Grundlage der sozialen und der pseudosozialistischen Demagogie der Nazis bildeten, griff das Programm der NSDAP die in breiten Kreisen des deutschen Volkes vorhandene Unzufriedenheit mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen auf. Daraus erklärte sich, daß die 25 Punkte kein ausdrückliches Bekenntnis zum Privateigentum an den Produktionsmitteln enthielten. Die Existenz des Kapitals und der darauf aufbauenden gesellschaftlichen Verhältnisse wurde allerdings stillschweigend vorausgesetzt. Das Programm unterschied lediglich „schaffendes“ und „raffendes Kapital“ und erklärte demagogisch als Grundsatz: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“. In den Punkten 10 bis 18 verlangte die NSDAP: „Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig und körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen. Daher fordern wir: ... Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, Brechung der Zinsknechtschaft ... Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne ... Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben ... Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung ... Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden ... Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation ... Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksicht auf Konfession und Rasse.“

Der mit solchen Forderungen angesprochene Antikapitalismus bestimmter Kreise des deutschen Volkes, den die Naziartei so brutal für ihre volksfeindlichen Zwecke ausnutzte, war seinem Wesen nach eine kleinbürgerlich-demokratische Vorstellung von „Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit“ unter den Bedingungen der Herrschaft des Imperialismus. Er widerspiegelte die Haltung jener

³¹ Aus dem 25-Punkte-Programm zit. in: Alfred Rosenberg: Das Parteiprogramm, Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP, 21. Aufl., München 1941, S. 15 ff.

nichtproletarischen Schichten, die zwar ebenso wie die Arbeiterklasse vom Monopolkapital ausgebeutet und unterdrückt wurden, aber nicht den Weg an die Seite der revolutionären Arbeiterbewegung fanden. Die NSDAP versuchte, zunächst die Arbeiter mit „mittelständischen“ ideologischen Leitideen und Denkschemata einzufangen; sie orientierte sich jedoch in dem Maße auf die Gewinnung kleinbürgerlicher Kreise, wie ihr der ursprünglich bzw. eigentlich geplante Einbruch in die organisierte Industriearbeiterschaft mißlang.³² Sie stellte in den Interpretationen der 25 Punkte dem Kleinbürgertum das seiner Situation entsprechende „Idealbild“ eines nichtmarxistischen „Sozialismus“ vor Augen, wobei die unter den Werktätigen verbreiteten unklaren Auffassungen über den Sozialismus und über den Weg zu ihm es den deutschen Faschisten ermöglichten, den Begriff des Sozialismus für ihre imperialistischen Zwecke zu mißbrauchen. Darüber hinaus versprachen die faschistischen Führer diesen Schichten materielle Vorteile aller Art, die später ja auch zeitweise gewährt wurden. In diesem Zusammenhang ist der Erklärung von Johannes R. Becher zu folgen, der den Erfolg der nazistischen Weltanschauung aus ihrer Funktion „als Korruptionsideologie, als Ideologie des Eigennutzes, des hemmungslosen Geschäftemachens, als Ideologie der nationalen Verklärung aller egoistischen Raffke- und Raubtierinstinkte“ ableitete.³³

Neben diesem politischen Kern des Programms, der von Antikommunismus und Chauvinismus getragen war³⁴, standen rassistische und insbesondere antisemitische Forderungen an der Spitze der offiziellen weltanschaulichen Postulate der NSDAP. Sie entstammten einem Welt- und Geschichtsbild, demzufolge die gesamte Vergangenheit der Menschheit allein von biologisch determinierten Rassenkämpfen und Rassenkriegen um die Weltherrschaft geprägt worden sei. Der Antisemitismus sollte mit seinem Popanz eines verschwörerischen „Weltjudentums“ von den wahren Schuldigen an der Notlage des Volkes ablenken. Das 25-Punkte-Programm enthielt Forderungen, die deutlich auf diskreditierende Sondergesetze, auf Verfolgung und Vertreibung zielten: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist, Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein ... Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen ... Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf. Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksichten auf Charakter und Fähigkeiten ... Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nichtstaatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen ...“

Die stark irrationale Begründung des Rassismus sollte helfen, die eigentliche Funktion des Antisemitismus und die Zielsetzung der Theorie vom arischen Herrenmenschentum zu verschleiern. Die Rassenhetze, die ein allgemeines Kennzeichen imperialistischen Gedankengutes in aller Welt ist, diente auch dem deutschen Imperialismus dazu, die soziale Unzufriedenheit der Volksmassen, vor allem der kleinbürgerlichen und ebenso der lumpenproletarischen Schichten, auf eine einzelne Gruppe von Menschen zu lenken. Sie diente zunächst der Unterdrückung der sozialistischen und demokratischen Kräfte, sie bot ein Modell für den Terror gegen einen der Diskreditierung unterworfenen Teil der Bevölkerung, der brutalen Vertreibung und schließlich der Ausrottung anderer Völker im Rahmen des Weltmachtstrebens des deutschen Imperialismus und Militarismus. Hitler erklärte, wenn es die Juden nicht gäbe, müßten sie erfunden werden, weil man immer einen „sichtbaren“ Gegner brauche.³⁵ Alle Versuche von Apologeten der untergehenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung, den Rassenwahn theoretisch zu begründen, waren pseudowissenschaftliche Machwerke (u. a. von A. Rosenberg, Hans F. K. Günther). Heinrich Himmler verbot später sogar, nach

³² Dieser Mißerfolg geht auch hervor aus den Untersuchungen von Michael H. Kater: Zur Soziographie der frühen NSDAP. In: VjZ, 1971, H. 2, S. 139.

³³ Johannes R. Becher: Erziehung zur Freiheit, Berlin 1946, S. 97.

³⁴ Siehe dazu auch Hans Günther: Der Herren eigener Geist. Ausgewählte Schriften, Berlin 1981, S. 54 ff.

³⁵ Siehe Hermann Rauschning: Gespräche mit Hitler, Zürich – Wien – New York (1940), S. 223.

einer Definition des Begriffs „Judentum“ zu suchen³⁶, um sich nicht die Hände zu binden und um das undifferenzierte, pauschale Bild des „Feindes“ in jeder Situation ausnutzen zu können.

Der Antisemitismus der deutschen faschistischen Bewegung war von Anfang an eines ihrer entsetzlichen Kennzeichen. Nachdem den Nazis die Macht in die Hände gespielt und der zweite Weltkrieg entfesselt worden war, wurden die programmatischen Forderungen von 1920 entsprechend den neuen Bedingungen und Möglichkeiten in den Gaskammern von Auschwitz, Maidanek, Treblinka und anderen Konzentrationslagern grauenhafte Wirklichkeit, brachten sie ca. 6 Mill. Menschen in einem bis dahin nie dagewesenen Holocaust den Tod.

Zu den wichtigsten programmatischen Schriften der Nazi-Partei gehören die von A. Rosenberg („Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP“, 1922) und G. Feder („Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage“, 1923 – von Hitler als „Katechismus“ der Bewegung bezeichnet – und „Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundlagen“, 1927), A. Rosenbergs „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ (1930), die Schriften Richard Walther Darrés und des 1931 in Jena zum Professor berufenen Rassentheoretikers H. F. K. Günther. Auch Hitlers zahlreiche Reden und Leitartikel im „VB“³⁷ geben Aufschluß über die faschistische Ideologie sowie über ihre konkrete, von der jeweiligen Taktik der NSDAP bestimmte Anwendung. Das Programm, die Ideologie und die eigentlichen Ziele der NSDAP fanden in Hitlers „Mein Kampf“ eine umfassende und für die Nazis autoritative Interpretation. Der stärker autobiographisch angelegte erste Band („Eine Abrechnung“, 1925) und der zweite Band („Die nationalsozialistische Bewegung“, 1926), die seit 1930 immer in einem Buch vereinigt und bis 1945 in nahezu 10 Mill. Exemplaren aufgelegt wurden, sowie das 1928 verfaßte, aber nicht veröffentlichte sog. zweite Buch Hitlers³⁸ zeigten, in welchem Maße ihr Verfasser in seinem ganzen Denken von den barbarischen Ideen und Zielen der extrem reaktionären Kräfte des imperialistischen Deutschlands geprägt worden war.³⁹

Die deutschen Faschisten setzten die Traditionslinie chauvinistisch-antidemokratischer Ideologie des 19. und des beginnenden 20. Jh. fort, die mit solchen Namen wie Heinrich von Treitschke, Paul Anton de Lagarde, Julius Langbehn und vor allem Friedrich Nietzsche eng verbunden ist. Die Hitler-Bewegung stützte sich in ihrer Rassentheorie auf Joseph Arthur Comte de Gobineau, Theodor Fritsch, Houston Stewart Chamberlain, auf die österreichischen Antisemiten Georg Ritter von Schönerer, Karl Lueger und Jörg Lanz von Liebenfels. Die im Wilhelminischen Deutschland weit verbreiteten und 1919/20 stark angewachsenen völkisch-alldeutschen Auffassungen bildeten eine wesentliche ideengeschichtliche Wurzel der Weltanschauung des deutschen Faschismus. Den Unterschied zu den Völkischen sahen die Nationalsozialisten nicht in den weltanschaulichen Fragen, sondern in der Tatsache, daß die deutsch-völkische Bewegung unfruchtbar und wirkungslos war wegen „ihres gänzlichen Mangels an Verständnis dafür, daß jede Idee wertlos ist, solange sich ihr Wollen nicht umsetzt in die Tat, sondern ewig Gedanke bleibt“, wie Hitler 1922 in seiner Denkschrift „Der völkische Gedanke und wir“ schrieb. Hitler sprach sich mit derbem Hohn über die „bezopften völkischen Theoretiker“ aus.⁴⁰

Der Nationalsozialismus wurde in den Jahren der Weimarer Republik systematisch von den Ideen der Konservativen und Jungkonservativen genährt, die den ersten Weltkrieg verherrlichten, die Weimarer Republik schmähten und deren Untergang theoretisch und politisch vorbereiteten. Zu diesen Konservativen zählten u. a. Oswald Spengler, Arthur Moeller van den Bruck („Das Dritte Reich“, 1923), Edgar Julius Jung („Die Herrschaft der Minderwertigen. Ihr Zerfall und ihre Ablö-

³⁶ Siehe H. Himmler an Gottlob Berger, 29.7.1942. Zit. in: Gerald Reitlinger: Die Endlösung, Berlin (West) 1956, S. 196.

³⁷ Siehe: Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924. Hrsg. Eberhard Jäckel/Axel Kuhn, Stuttgart 1980.

³⁸ Siehe: Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928. Eingel. und kommentiert von Gerhard L. Weinberg, Stuttgart 1961.

³⁹ Siehe die umfassende Analyse von „Mein Kampf“ bei J. Petzold: Die Demagogie des Hitlerfaschismus, S. 164-191. Siehe auch Werner Maser: Hitlers Mein Kampf. Der Fahrplan eines Welteroberers. Geschichte, Auszüge, Kommentare, Esslingen 1974.

⁴⁰ Zit. in: Martin Broszat: Der Nationalsozialismus. Weltanschauung und Wirklichkeit, Hannover 1960, S. 22.

sung durch das Neue Reich“, 1927), Ernst Jünger, Friedrich Georg Jünger, Hans Zehrer. Im Antikommunismus, im Nationalismus und im Revanchismus lagen die hauptsächlichen Elemente, die Konservatismus und Faschismus miteinander verbanden (ohne völlig ineinander aufzugehen).⁴¹

Eine besondere Rolle innerhalb der nazistischen Ideologie spielten das ständisch verklärte militaristisch-faschistische Führer-Gefolgschafts-Prinzip und der Führerkult um Hitler, die sich in ihrer Absolutheit als spezifische Merkmale dieser reaktionären Partei des deutschen Monopolkapitals herausbildeten und von der NSDAP selbst als ihre wesentlichsten, von der Person Hitlers direkt abhängigen Kennzeichen hingestellt wurden.

Das „Phänomen Hitler“, von dem so gern und so oft gesprochen wird⁴², besitzt reale, faßbare Wurzeln.⁴³ Mit dem Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus verbanden sich die starken Tendenzen zur politischen Reaktion sofort mit dem Streben nach einem „starken Mann“, nach einem mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Führer. In allen imperialistischen Ländern tauchten Parteien und Bewegungen auf, die das antidemokratische Führerprinzip zu ihrer Grundlage machten und einen regelrechten Kult um einige Führer ins Leben riefen. Die gegen die Novemberrevolution und ihre bürgerlich-parlamentarischen Teilergebnisse kämpfenden reaktionären Kräfte aller Schattierungen benutzten in ihren Organisationen mehr oder weniger stark ausgeprägt das antidemokratische Führerprinzip. Sie erklärten sich sowohl die Niederlage des deutschen Imperialismus und Militarismus im ersten Weltkrieg als auch das Anwachsen der revolutionären Arbeiterbewegung aus einem „Versagen“ der politischen Führer der Bourgeoisie. Wer unter den gegebenen Kräfteverhältnissen eine Massenbasis zur Unterstützung des imperialistischen Profitstrebens und des Annexionsdranges schaffen wollte, mußte zu diesen Methoden greifen. Es ist daher kein Zufall, daß die bürgerlichen Parteien, je weiter rechts sie standen, autoritativ-diktatorische Führertypen an ihre Spitze stellten.⁴⁴ Das Bild der Schwäche und Zerrissenheit, das die anderen reaktionären Organisationen und deren Führer boten, „beeinträchtigte“ die Wirksamkeit ihrer antikommunistischen und chauvinistischen Hetze in starkem Maße.

Vor allem kleinbürgerliche Kreise sahen ihr Heil in einem über den Klassen stehenden und unfehlbaren Diktator. Der nazifaschistische Führerkult entsprach gerade dem subjektiven Reifegrad dieser Schichten und war ein bewußt genutztes Instrument zu deren Irreführung. Er erfüllte objektiv die gleiche Funktion wie der faschistische Terror und wie die nationale und soziale Demagogie der NSDAP. Gleichzeitig widerspiegelte die Anwendung dieses Prinzips die Schwäche und Labilität der rechtsextremistischen Organisationen, da sich diese auf einen Führer festlegen mußten und so auch von den Zufälligkeiten seiner persönlichen Entwicklung abhängig waren.

Der Führerkult um Hitler entstand im Zusammenhang mit der Krise der NSDAP vom Sommer 1921 und einer stärkeren Einflußnahme der bayerischen Reichswehrführung auf die Partei. Ohne die Unterstützung E. Röhm (des wichtigsten Verbindungsmannes zwischen Reichswehr und NSDAP), Hermann Essers (des Sohnes eines oberbayerischen Reichsbahndirektors) und D. Eckarts (eines

⁴¹ Siehe Joachim Petzold: Konservative Theoretiker des deutschen Faschismus. Jungkonservative Ideologen in der Weimarer Republik als geistige Wegbereiter der faschistischen Diktatur, 2., überarbeitete und ergänzte Aufl., Berlin 1982, S. 256. J. Petzold setzt sich eingehend mit der These bürgerlicher Ideologen auseinander, die jungkonservative Ideologie sei für den Nazifaschismus mehr oder weniger bedeutungslos gewesen.

⁴² Siehe z.B. Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, 2., durchges. Aufl., Köln-Opladen 1962, S. 20: „Entstehung und Geschichte des Nationalsozialismus waren vor allem personalistisch bestimmt.“ Siehe auch Joachim C. Fest: Hitler. Eine Biographie, Frankfurt (Main), Berlin (West), Wien 1973, und Sebastian Haffner: Anmerkungen zu Hitler, München 1978. J. C. Fest schreibt z. B. auf S. 18, Hitler sei „in einem wohl beispiellosen Grade alles aus sich und alles in einem: Lehrer seiner selbst, Organisator einer Partei und Schöpfer ihrer Ideologie, Taktiker und demagogische Heilsgestalt, Führer, Staatsmann und, während eines Jahrzehnts, Bewegungszentrum der Welt“ gewesen.

⁴³ Siehe Manfred Weißbecker: Zur Herausbildung des Führerkults in der NSDAP. In: Monopole und Staat in Deutschland 1917 bis 1945, Berlin 1966, S. 115 ff.

⁴⁴ Siehe Manfred Weißbecker/Herbert Gottwald: Zur Rolle der Führer bürgerlicher Parteien. In: ZfG, 1979, H. 4, S. 308.

völkischen Schriftstellers) wäre Hitler damals nicht Vorsitzender und „Führer“ der NSDAP geworden. D. Eckart trug vor allem durch den 1921/22 unter seiner Leitung stehenden „VB“ zur Verbreitung des Führerkults bei. H. Esser war es, der erstmalig den Begriff „Führer“ auf Hitler anwandte und später erklärte: „Deutschlands Mussolini heißt Hitler!“ Die Umgebung Hitlers tat alles, den Mythos um ihn zu schaffen, den diese Partei der reaktionärsten imperialistischen Kräfte benötigte. Mit allen Mitteln wurde Hitler, der sich und seine Rolle zunächst lediglich als „Trommler“ einer Bewegung verstand, als „Führer“ hochgespielt. R. Heß, der der bayerischen Landesregierung mehrere außerordentlich positive Beurteilungen über Hitler zuleitete, gewann bezeichnenderweise 1922 ein Preisausschreiben zum Thema: „Wie wird der Mann beschaffen sein, der Deutschland wieder zur Höhe führt?“⁴⁵ Als sich im Frühjahr 1923 erneut eine krisenhafte Situation in der NSDAP abzeichnete, wurde der „Führer“ bzw. das Führer-Bild schon planmäßig zur Rettung der Organisation eingesetzt. Der Führerkult war ein fester Bestandteil der nationalsozialistischen Mittel und Methoden zur Beeinflussung der Massen im Sinne des deutschen Imperialismus geworden. Die faschistische Presse erklärte immer und immer wieder: „Der Führergedanke innerhalb der NSDAP ist das Fundament.“⁴⁶ Im Verlauf der Geschichte der NSDAP veränderten sich nur Intensität und Formen des Führerkults; das Wesen dieses Mittels imperialistischer Massenbeeinflussung blieb bis 1945 gleich – unabhängig von der Person bzw. der „Persönlichkeit“ Hitlers, der dabei aber selbstverständlich auch seine charakterlichen Errungenschaften und persönlichen Fähigkeiten zu individuell geprägten Elementen des Geschehens machte.⁴⁷

4. Die NSDAP und ihr Putsch vom 9. November 1923

Die machtvolle Protestbewegung von Millionen deutscher Arbeiter und anderer Werktätiger gegen die Ermordung Rathenaus und für wirksame Maßnahmen gegen die konterrevolutionären Kräfte führte im Rahmen der sog. Republikschutzgesetzgebung auch zum Verbot der NSDAP in einigen Ländern.⁴⁸ Allerdings wurden die Verbote nicht konsequent durchgesetzt; die Naziartei konnte sich Ersatz- und Nachfolgeorganisationen schaffen und schloß mit der ↑ *Deutschvölkischen Freiheitspartei (DVFP)*, die sich als Partner und auch als Konkurrent der Nazifaschisten verstand, ein entsprechendes Abkommen. Als 1922/23 die deutsche Großbourgeoisie ihre nationalistische und revanchistische Hetze verschärfte und – vor allem auch in Bayern – monarchistisch-partikularistische und faschistische Kräfte zu mobilisieren begann, machte Hitler eine Art von „Dienstleistungsangebot“⁴⁹ in seiner für Industrielle bestimmten Denkschrift, in der er als Mittel für die „Vernichtung und Ausrottung der marxistischen Weltanschauung“ pries: „1. eine unvergleichliche, genial aufgezogene Propaganda- und Aufklärungsorganisation, alle Möglichkeiten menschlicher Beeinflussung erfassend; 2. eine Organisation rücksichtslosester Kraft und brutalster Entschlossenheit, bereit, jedem Terror des Marxismus einen noch zehnfach größeren entgegenzusetzen ...“⁵⁰ In dieser Zeit verfügte die NSDAP auch wieder über ausreichende Geldmittel, so daß der „VB“ nunmehr als Tageszeitung erscheinen konnte. Die NSDAP gewann mit Unterstützung des bayerischen Reichswehrkommandos den Kampf um die Zulassung des Reichsparteitages vom Januar 1923, obwohl die bayerische Regierung gegen diese Veranstaltung einen von der ↑ *BVP* unterstützten Ausnahmezustand erlassen hatte.

Bayern wurde im Sommer und Herbst 1923 zu einem Zentrum aller konterrevolutionären Kräfte in Deutschland. Admiral Reinhard Scheer, Wolf-Heinrich Graf von Helldorff, Theodor Duesterberg, Albrecht von Graefe u. a. kamen zu dieser Zeit nach München und konferierten mit G. von Kahr,

⁴⁵ K. Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP, S. 211 ff.

⁴⁶ So z.B. Der Nationalsozialist, Weimar, 7.5.1930.

⁴⁷ Siehe dazu ausführlich Wolfgang Ruge: Das Ende von Weimar. Monopolkapital und Hitler, Berlin 1983, S. 16 und 333 ff.

⁴⁸ So in Baden (4.7.1922), in Hamburg (18.10.1922), in Preußen (15.11.1922), in Mecklenburg – Schwerin (30.11.1922), in Sachsen (23.12.1922), in Bremen (13.2.1923), in Württemberg (4.4.1923) und in Hessen (April 1923). Siehe ZStA Potsdam, RKO, Nr. 326, Bl. 101.

⁴⁹ W. Ruge: Das Ende von Weimar, S. 71.

⁵⁰ Zit. in: Ulrike Hörster-Philipp: Wer war Hitler wirklich? Großkapital und Faschismus 1918-1945. Dokumente, Köln 1978, S. 35.

Otto von Lossow, Ludendorff und auch mit Hitler. Mehrere Wehrverbände schlossen sich, nachdem ein Putschversuch der NSDAP am 1. Mai gescheitert war, am 2. September 1923 zum *Deutschen Kampfbund* zusammen, dessen politische Leitung Hitler durch Vermittlung E. Röhm übertragen wurde.

Die monarchistisch-partikularistischen Kreise verstärkten im Herbst 1923 ihre Bemühungen, Bayern weitgehend aus dem deutschen Staat herauszulösen. Dazu dienten u. a. die Ernennung G. von Kahrs zum Generalstaatskommissar und die Vorbereitung einer für den 11./12. November 1923 vorgesehenen bayerischen „Revolution“. Das Ende September 1923 von Hans von Seeckt geforderte Verbot des „VB“ wurde in Bayern nicht ausgeführt. In Nordbayern marschierten Wehrverbände auf, um nach dem Vorbild der italienischen Faschisten einen „Marsch auf Berlin“ zu inszenieren. Es entstand eine Einheitsfront der konterrevolutionären weiß-blauen und der faschistischen Kräfte in Bayern.

Als sich Ende Oktober und Anfang November 1923 eine Niederlage der deutschen Arbeiterklasse abzeichnete, verzögerten die Kreise um den Generalstaatskommissar die weiteren Putschvorbereitungen und unterstützten die im Aufbau befindliche Militärdiktatur, die gewisse parlamentarische Formen wahren und sich insbesondere auf die Reichswehr stützen sollte. Die NSDAP begann jedoch den Putsch am Abend des 8. November 1923, als ihre bewaffneten Trupps in den Münchener „Bürgerbräukeller“ eindrangen und eine Versammlung der „vaterländisch-bajuvarischen“ Rivalen um G. von Kahr und O. von Lossow benutzten, um den Ausbruch der „nationalen Revolution“ zu verkünden. Hitler proklamierte eine neue deutsche und eine neue bayerische Regierung. Die „Novemberverbrecher“ sollten vor ein Gericht gestellt und innerhalb von drei Stunden hingerichtet werden. Das Programm der Nazifaschisten sah u. a. auch die Auflösung des Parlaments, die Aufhebung der Pressefreiheit, das Verbot der Gewerkschaften und die Verhängung des Standrechtes vor.⁵¹ Die Nazis gaben in der Nacht zum 9. November bereits eine Probe ihres terroristischen „Könnens“.⁵² Als Ludendorff und Hitler in den Mittagsstunden des 9. November an der Spitze von etwa 3000 Kampfbundmitgliedern zu dem in der Nähe der Feldherrnhalle gelegenen Wehrkreis-kommando zogen und auf Befehl G. von Kahrs mit einigen Gewehrsalven der Polizei empfangen wurden, war der Putsch völlig gescheitert. Der deutsche Imperialismus war in dieser Situation des Übergangs zur Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus nicht auf die Errichtung einer offen terroristischen Diktatur angewiesen.

Das durch H. von Seeckt ausgesprochene Verbot der NSDAP vom 23. November 1923 und die Auswirkungen des gescheiterten Putsches ließen den Einfluß der NSDAP Anfang 1924 zurückgehen. Am Beginn der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus formierten sich daher im völkisch-faschistischen Lager zahlreiche neue Gruppierungen, die sich in der Auseinandersetzung um die „Lehren“ des Novemberputsches und um die Bestimmung des weiteren Weges mehr oder weniger weit von der eigentlichen NSDAP entfernten. Zerfall und Streitigkeiten charakterisierten die Situation der Faschisten. Die relativ günstigen Umstände wurden vom Weimarer Staat jedoch nicht zu einem Verbot bzw. zur Zerschlagung dieser faschistisch-völkischen Gruppen genutzt. Die herrschende Klasse des imperialistischen Deutschlands hatte in dieser Phase der Restauration ihrer Macht ein Interesse daran, die Nazi-partei nicht völlig in der Versenkung verschwinden zu lassen. Der Prozeß gegen Hitler, Ludendorff, W. Frick, Hermann Kriebel, Wilhelm Brückner, Ernst Pöhner u. a. fand nicht vor dem zuständigen Staatsgerichtshof, sondern vor dem bayerischen Volksgerichtshof statt, der den Angeklagten Gelegenheit gab, eine umfangreiche legale Propaganda für die verbotene Bewegung zu machen. Mit Hilfe dieses Prozesses, in dem die Handlanger der Putschisten als die Hauptverantwortlichen und die Hauptverantwortlichen als Unbeteiligte hingestellt werden konnten⁵³, bot sich gleichzeitig die Möglichkeit, Hitler als „Märtyrer einer gerechten Sache“ zu preisen. Das Wohlwollen der Richter ermöglichte den Erfolg der taktischen Absichten der Ange-

⁵¹ Siehe K. Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP, S. 501 ff.

⁵² Siehe Wilhelm Hoegner: Die verratene Republik. Geschichte der deutschen Konterrevolution, München (1958), S. 163.

⁵³ Siehe K. Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP, S. 522.

klagen. Die Urteile vom 1. April 1924 entsprachen dem Verlauf des Prozesses. Hitler wurde lediglich zu fünf Jahren Festungshaft⁵⁴ mit Aussicht auf Bewährungsfrist verurteilt.

Die beabsichtigte Wirkung des Prozesses zeigte sich bereits bei den bayerischen Landtagswahlen vom 6. April 1924, bei denen die völkische Gruppe 25 Sitze (von 129) errang und aus denen die NSDAP als stärkste Partei Münchens hervorging (was ihr später erst wieder am 31. Juli 1932 gelingen sollte). Bei den Landtagswahlen in Thüringen errang die Liste der Vereinigten Völkischen 7 Mandate (von 72), in Mecklenburg-Schwerin gewannen die Völkischen 13 Mandate (von 64) und in Lübeck 6. Die Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 gab 32 Völkischen die Möglichkeit, in das Parlament einzuziehen, unter ihnen G. Feder, Hans Dietrich, W. Frick, E. Gansser, Hans Jacob, Christian Mergenthaler, E. Röhm, Fritz Tittmann und Theodor Vahlen.

1924 entstanden zahlreiche Ersatzorganisationen der verbotenen NSDAP: die *Großdeutsche Arbeiterpartei* in München unter A. Drexler, die *Deutsche Arbeiterpartei* in Nürnberg unter J. Streicher, der *Deutsche Bund* in Würzburg, der *Völkische Bund* in Bayreuth, der *Völkische Treubund Staffelstein*, die *Altreichsflagge*. Insgesamt traten im Mai 1924 bei der Reichstagswahl 26 solcher Organisationen auf, wobei sich danach zwei Hauptrichtungen herauskristallisierten. Die erste Gruppe, die Hitler nahestand, gründete in München die *Großdeutsche Volksgemeinschaft*, die zunächst von A. Rosenberg, später von H. Esser und J. Streicher geführt wurde. Ihr Organ war die „Großdeutsche Zeitung“. Die zweite große Gruppe hatte sich bereits am 7. Januar 1924 in Bamberg zum *Völkischen Block* in Bayern zusammengeschlossen, der den „Völkischen Kurier“ herausgab und sich im gleichen Jahr zur *Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung* umbildete. Sie stand unter der Führung Ludendorffs, A. von Graefes und G. Strassers. Der groß aufgezogene Reichsparteitag der *Nationalsozialistischen Freiheitspartei* vom 16. und 17. August 1924 in Weimar blieb ein letzter Versuch, den inneren Zwiespalt zu überwinden und die Führung Ludendorffs zu bekräftigen, nachdem Hitler mit einem taktisch geschickten Schachzug am 8. Juli 1924 offiziell von der Leitung der NSDAP zurückgetreten war.

Äußerlich konzentrierten sich die Gegensätze auf die Personen Hitler und Ludendorff. Im Wesen ging es jedoch um die künftige Taktik der faschistischen Bewegung, wobei in die Auseinandersetzungen um politische Fragen zweifellos auch subjektive Wünsche der „Möchtegern-Diktatoren“ einfließen. Unterschiedliche Auffassungen gab es über die Ursachen des Scheiterns des Putsches im November 1923, über die Frage der Beteiligung an den Wahlen und der parlamentarischen Arbeit, über die Ersetzung der Putschabsichten durch eine Legalitätstaktik, über die weitere Organisation der Wehrverbände sowie über die Frage der Auswahl geeigneter Partner. Von großer Bedeutung für die Differenzen zwischen den Richtungen um Hitler und Ludendorff war das Verhältnis zur Reichswehr und zur katholischen Kirche. Während Hitler erkannte, daß in der damaligen Situation die weitere Existenz der eigenen Organisation von der Unterstützung durch diese Institutionen abhing, beschuldigte Ludendorff sie, die Urheber seiner Niederlage zu sein, und vertrat immer stärker eine (von seiner Frau Mathilde beeinflusste) deutsch-germanische „Religion“. Reinhold Wulle behauptete dementsprechend in der „Mecklenburger Warte“ vom 7. Februar 1924: „Marxismus und Jesuitismus sind die Todfeinde des deutschen Reiches!“ Hitler versicherte dagegen kurz nach seiner Entlassung dem der BVP angehörenden bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held seine legalen Absichten gegenüber der Republik und seine Loyalität gegenüber der katholischen Kirche. Der Putsch sei ein Fehler gewesen, jedoch sei sein höchstes Ziel, der Regierung im Kampf gegen den Kommunismus beizustehen.⁵⁵ Die angestrebte Rückendeckung war um so notwendiger, als die Reichstagswahlen im Dezember 1924 den völkisch-faschistischen Gruppen einen erheblichen Stimmenrückgang brachten.

⁵⁴ Auf der Festung Landsberg, die Hitler für ein Jahr komfortable Bedingungen bot, entstanden die ersten Teile von „Mein Kampf“, einer autobiographisch aufgemachten Darlegung völkischer Ideen, für die deutsche Arbeiter die treffende Bezeichnung „Kannibalen-Bibel“ fanden. Obwohl das Republikschutzgesetz die Ausweisung wegen Hochverrats verurteilter Nichtdeutscher vorsah, sträubte sich die bayerische Regierung und ließ die Ausweisung im Sande verlaufen. Siehe D. C. Watt: Die bayerischen Bemühungen um Ausweisung Hitlers 1924. In: VjZ, 1958, H. 3, S. 270 ff.

⁵⁵ Siehe K. Heiden, S. 187.

5. Die Entwicklung der NSDAP nach ihrer Neugründung bis zum Ende der relativen Stabilisierung des Kapitalismus

Mitte Februar 1925 hoben die bayerische und andere Länderregierungen das Verbot der NSDAP auf. Hitler, der erklärt hatte, er werde sich den bestehenden Organisationen nicht anschließen, erhielt so die Möglichkeit zur Neugründung der NSDAP, deren schwere Krise sich damit für seine persönliche Karriere als sehr förderlich erwies.⁵⁶ Als er wieder auf der politischen Bühne erschien und sich damit erneut als Integrationsfigur im Lager der zerstrittenen Faschisten hervortat, zerfielen die einzelnen nationalsozialistischen Ersatz- und Konkurrenzorganisationen rasch. Am 12. Februar 1925 legten Ludendorff, A. von Graefe und G. Strasser die Leitung der *Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung* nieder. Ludendorff gründete den *† Tannenbergbund. Arbeitsgemeinschaft völkischer Frontkrieger- und Jugendverbände*, A. von Graefe gründete 5 Tage später die *Deutschvölkische Freiheitsbewegung* (*† DVFP*), während Hitler am 27. Februar im Münchener „Bürgerbräukeller“ mit seinen „Grundsätzlichen Richtlinien“ die Neugründung der NSDAP verkündete. Vier MdR. (W. Frick, G. Feder, H. Dietrich und auch G. Strasser) sowie 6 MdBayL (u. a. Rudolf Buttmann, J. Streicher) unterstellten sich sofort wieder der neugegründeten Partei und bildeten selbständige Gruppen in den Parlamenten.

Im Prozeß des organisatorischen Neuaufbaus der NSDAP kam es bereits im April 1925 zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen E. Röhm und Hitler. Ersterer suchte die SA und den *† Frontbann* zu einem einheitlichen und von den politischen Organisationen unabhängigen Wehrverband aufzubauen. Eine Führerbesprechung des *Frontbanns* am 1. und 2. März 1925 in Wolmirstedt erkannte daher Hitler nur als Führer der nationalsozialistischen Bewegung an und gelobte Ludendorff als „Schirmherrn“ des *Frontbanns* Treue. Hitler verlangte jedoch den völligen Neuaufbau der SA, worauf E. Röhm am 1. Mai 1925 seinen Rücktritt bekanntgab. Ein Bündnis mit Ludendorff war für die Naziführer nicht mehr möglich, zumal sie ihrer Anhängerschaft empfohlen hatten, in der zweiten Abstimmung der Reichspräsidentenwahlen für Hindenburg und damit gegen Ludendorff zu stimmen. Die Trennung von letzterem und der Aufbau einer in sich geschlossenen Organisation, in der die SA einen Teil bildete, waren entscheidende Voraussetzungen für die weitere Existenz und Entwicklung der Naziartei.

In die Phase der Umstellung und Anpassung der nazistischen Taktik gehört auch Hitlers Befehl vom 9. September 1925, in die SA keine bewaffneten Gruppen zu übernehmen und keine militärische Ausbildung zu betreiben.⁵⁷ Die Bestrebungen, dem deutschen Imperialismus und Militarismus eine Massenbasis zu schaffen, konnten unter den veränderten Bedingungen nur erfolgreich sein, wenn sich die Partei der Situation anpaßte und den „legalen“ Weg zur Ausnutzung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie im Kampf für ihre Beseitigung ging.

Im Zusammenhang mit dem von der KPD 1925/26 entfalteten Kampf für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten brachen in der NSDAP neue Konflikte auf, die sich in Auseinandersetzungen zwischen Hitler und den Brüdern G. und Otto Strasser widerspiegelten. G. Strasser war nach der Neugründung der NSDAP die Führung der Partei in Norddeutschland übertragen worden. Gemeinsam mit seinem Bruder und zunächst auch mit J. Goebbels legte er in der propagandistischen Tätigkeit starkes Gewicht auf die soziale Demagogie. Seine irreführenden Phrasen vom „nationalen Sozialismus“ (nicht: Nationalsozialismus!), von der „totalen deutschen Revolution“, von der „Not- und Brotgemeinschaft“, in der „Gemeinnutz vor Eigennutz“ gehe, von der Ablösung der Profit- durch eine „Bedarfwirtschaft“, von der Überführung des Bodens, der Bodenschätze und der Produktionsmittel an die Nation usw.⁵⁸ sollten der NSDAP Einfluß unter den in den west- und norddeutschen Gebieten dominierenden proletarischen Kräften verschaffen. Der nordwestdeutsche Flügel, der sich

⁵⁶ Siehe W. Ruge: Das Ende von Weimar, S. 121. Siehe auch Joachim Petzold: Zwischen Putsch und Legalität. Die taktische Neuorientierung der NSDAP im Jahr 1924 (Dokumentation). In: JfG, Bd. 26, Berlin 1982.

⁵⁷ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 13222, Bl. 232.

⁵⁸ Siehe Ulrich Wörtz: Programmatik und Führerprinzip. Das Problem des Straßer-Kreises in der NSDAP. Eine historisch-politische Studie zum Verhältnis von sachlichem Programm und persönlicher Führung in einer totalitären Bewegung, phil. Diss., Erlangen-Nürnberg 1966, S. 145 ff.

zeitweilig in der „Arbeitsgemeinschaft nordwestdeutscher Gauleiter der NSDAP“ organisierte, sah sich gezwungen, seiner sozialen Demagogie durch scheinbare Unterstützung des Kampfes für die Fürstenenteignung Glaubwürdigkeit zu verschaffen. Darüber wurde auf einer Gauleitertagung am 22. November 1925 in Hannover entschieden, an der u. a. Friedrich Hildebrandt, Karl Kaufmann, Erich Koch, Hinrich Lohse, Bernhard Rust, Franz Pfeffer von Salomon, Hermann Fobke, Helmuth Brückner, Ernst Schlange und J. Goebbels teilnahmen. Gleichzeitig wurde eine Diskussion über das Parteiprogramm eröffnet, in deren Ergebnis am 24. Januar 1926 der von G. Strasser vorgelegte Entwurf eines neuen Programms grundsätzlich gebilligt wurde. Lediglich G. Feder und R. Ley sprachen sich offen für die Beibehaltung des 25-Punkte-Programms aus.⁵⁹ Gegen sie ereiferte sich J. Goebbels, der „kleine Bourgeois Adolf Hitler“ müsse aus der Partei ausgestoßen werden. Zum Bruch mit der Münchener Gruppe war die Mehrheit der Arbeitsgemeinschaft jedoch nicht bereit.⁶⁰

Die internen Auseinandersetzungen über die Frage nach den besten taktischen Mitteln im Kampf um die Gewinnung der Arbeiterklasse und gegen die Weimarer Republik erschütterten die Festigkeit der Nazi-Partei. Ihre Teilnahme am Volksentscheid für die Enteignung der Fürsten hätte ihr völliges Ende bedeutet. Hitler mußte einen Weg finden, die Partei als eine Organisation des deutschen Imperialismus weiterzuführen, ohne sich durch taktische Notwendigkeiten der sozialen Demagogie die Hände zu binden. Die NSDAP wäre im „Kurs“ gesunken⁶¹, hätte sie als wirklicher Vertreter der Interessen des werktätigen Volkes gehandelt. So setzte Hitler auf der Gegentagung der Gauleiter in Bamberg am 14. Februar 1926 seinen Standpunkt durch; G. Strasser wurde überstimmt, und J. Goebbels wechselte die Fronten, wofür er Ende 1926 mit dem Posten eines Gauleiters in Berlin belohnt wurde.⁶² G. Feder warnte in seiner Rede vor den „bolschewistischen“ Tendenzen im Programm der Norddeutschen. Jedoch vermied die Führung der NSDAP einen Bruch mit G. Strasser. Dieser wurde im September 1926 sogar zum Reichspropagandaleiter der Partei ernannt (als Nachfolger von H. Esser). Auch dadurch wird bewiesen, daß es in den Auseinandersetzungen von 1925/26 nur um taktische Fragen und nicht um das einmütig anerkannte Ziel ging. Gerade das Beispiel der Duldung eines so eigenständigen norddeutschen Parteizentrums zeigte, wie Hitler sich zunächst nur mit taktischen Feinheiten an der Spitze der gesamten Partei zu halten vermochte.⁶³ Die Münchener Richtung konnte später allerdings völlig siegen, als sie von den reaktionärsten Kreisen der Monopolbourgeoisie, die der Strasser-Richtung im wesentlichen mißtrauisch gegenüberstand, politisch und finanziell stärker als zuvor unterstützt wurde.

Hitler festigte seinen Sieg von Bamberg mit der Einrichtung eines Parteigerichts, dem sog. „Uschla“ (Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß), und mit der Generalmitgliederversammlung vom Mai 1926 in München, die das 25-Punkte-Programm für unabänderlich erklärte und Hitlers Rechte als Vorsitzender erweiterte. Der Parteitag vom Juli 1926 in Weimar sollte der Öffentlichkeit die Einheit der im Inneren zerrissenen Organisation demonstrieren. Die Rede des Faschistenführers stand unter dem bezeichnenden Thema „Politik, Idee und Organisation“. Die Teilerfolge der Nationalsozialisten beschränkten sich in den Jahren 1923-1925/26 im wesentlichen immer noch auf den norddeutschen Raum, während die „Hausmacht“ Hitlers gewisse Verluste erlitt, die erst 1928/29 wieder ausgeglichen wurden.⁶⁴

In der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus gründeten die Nazis neben der SA und der SS eine Reihe neuer Teilorganisationen, die jeweils bestimmte Kreise der Bevölkerung ansprechen und mit faschistischem Gedankengut beeinflussen sollten. Am 14. Februar 1926 wurde der *NSDStB* ins Leben gerufen⁶⁵ (der bereits 1929 bei den Studentenwahlen an den Universitäten Er-

⁵⁹ Siehe Reinhard Kühnl: Die nationalsozialistische Linke 1925 bis 1930, Meisenheim (Glan) 1966, S. 17 ff.

⁶⁰ Siehe Gerhard Schildt: Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West. Untersuchungen zur Geschichte der NSDAP 1925/26, phil. Diss., Freiburg (Breisgau) 1964, S. 152.

⁶¹ Siehe Der Arbeitgeber. Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Jg. 20, Nr. 8, S. 218 ff., und Nr. 14, S. 404 ff.

⁶² Siehe Martin Broszat: Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27. In: VjZ, 1960, H. 1, S. 85 ff.

⁶³ Siehe W. Ruge: Das Ende von Weimar, S. 127.

⁶⁴ Siehe W. Schäfer, S. 11.

⁶⁵ Siehe Anselm Faust: Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, 2 Bde., Düsseldorf 1973.

langen und Greifswald die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen erhielt), ihm folgte am 4. Juli 1926 die Gründung der *HJ*, die mit ihren geschickten demagogischen Ansprüchen und Forderungen große Teile der deutschen Jugend ideologisch auf den Krieg vorbereiten und auf die Schlachtbank des deutschen Militarismus führen sollte. Der 3. Reichsparteitag der NSDAP beschloß die Bildung des ↑ *KfDK*. 1928 erfolgte die Umbildung des bisherigen *Völkischen Frauenordens* zum *Deutschen Frauenorden Rotes Hakenkreuz*. Der *Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen* formierte sich unter H. Frank am 11. Oktober 1928, und am 4. August 1929 wurde der *Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund* geschaffen. Im gleichen Jahr begann ein in Hamburg entstandener *Nationalsozialistischer Schülerbund* die Jugendlichen der höheren Schulen zu erfassen.⁶⁶

Im wesentlichen wurde der Aufbau der Gliederungen der NSDAP und der angeschlossenen Verbände am Ende der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus abgeschlossen. Alle Veränderungen, die nach 1929 erfolgten, bauten auf diesem Schema auf. Das langsame, aber stetige Ansteigen der Mitgliederzahlen war auch im systematischen Ausbau der angeschlossenen Verbände begründet. Gelegentliche Bemerkungen von Hitler und J. Goebbels, die Partei dürfe nicht zu groß werden, sind darauf zurückzuführen, daß sie die unbedingte Notwendigkeit der festen organisatorischen Bindung der Massen erkannt hatten.⁶⁷ Im Januar 1927 übertrugen die Faschisten G. Strasser (trotz der bestehenden Differenzen!) die Leitung der Organisationsabteilung in der Reichsleitung der NSDAP⁶⁸, die für den weiteren Aufbau einer Massenbasis für den deutschen Imperialismus von entscheidender Bedeutung geworden war. Am Ende der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus stand die NSDAP auch in organisatorischer Hinsicht für die kommenden Klassenschlachten gerüstet da.

Das deutsche Monopolkapital, als dessen reaktionärste Vertreter in dieser Zeit vor allem F. Thyssen und Emil Kirdorf die Partei und 1929/30 u. a. auch den Bau des berühmten „Braunen Hauses“ in München finanzierten, hat diesen Aufbau der Naziartei bereits in der Zeit vor der großen Weltwirtschaftskrise und vor dem Ansteigen des nazifaschistischen Masseneinflusses ermöglicht. Es betrachtete die nazistische Bewegung als immanenten, wenngleich noch nicht vorrangigen Bestandteil seiner großen Offensive gegen das werktätige Volk und die imperialistischen Rivalen. Ohne in dieser Zeit direkt den Faschismus hochzuzüchten, nahm es gegenüber der NSDAP eine „aufgeschlossene Abwartehaltung“ ein. Es pflegte „im Hinterhalt schon Verbindungen, die im Falle einer wirtschaftlichen oder politischen Erschütterung zunächst von den scharfmacherischsten Konzernbossen und auch von einer immer größeren Zahl von Großkapitalisten genutzt werden konnten ...“.⁶⁹

Am 28. Februar 1926 durfte Hitler vor dem Hamburger ↑ *Nationalklub* sprechen. Der Beifall des exklusiven Publikums galt vor allem den aggressivsten Teilen seiner Ausführungen. Hitler verstand es, diesen Zuhörern deutlich zu machen, „daß *sein* Programm *ihr* Programm“ darstellte.⁷⁰ Zwischen Juni 1926 und Dezember 1927 war Hitler fünfmal Gast und Redner in Veranstaltungen der Ruhrindustriellen, die sich über den Fehlschlag des vom ↑ *ADV* im Frühjahr 1926 geplanten „legalen“ Putsches sowie von der Regierungsbeteiligung der ↑ *DNVP* schockiert zeigten. E. Kirdorf trennte sich 1927 von der *DNVP* und wurde (vorerst und zeitweilig) Mitglied der NSDAP. Nach der ersten Unterredung mit Hitler vom 4. Juli 1927 unternahm E. Kirdorf alles, um unter den Industriellen des Ruhrgebietes für die NSDAP zu werben.⁷¹ Für diesen Zweck hatte Hitler in seinem Auftrag eine

⁶⁶ Siehe Paul Sommer: Kurze Darstellung der Geschichte der NSDAP in Fragen und Antworten, Leipzig o. J.

⁶⁷ Siehe A. Hitler: Mein Kampf, S. 653 und 655.

⁶⁸ Zum Aufbau der Reichsleitung siehe W. Schäfer, S. 20 ff. Von Januar 1927 bis November 1928 galt Hitler als Propagandaleiter der NSDAP, bis er dieses Amt J. Goebbels übertrug.

⁶⁹ W. Ruge: Das Ende von Weimar, S. 131.

⁷⁰ Kurt Gossweiler: Hitler und das Kapital 1925-1928. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1978, H. 7, S. 844. – K. Gossweiler setzt sich hier am Beispiel von Werner Jochmann: Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub von 1919, Frankfurt (Main) 1960, mit der These bürgerlicher Historiker auseinander, nicht nur die Massen, sondern auch die Industriellen seien dem demagogischen Einfluß Hitlers „erlegen“.

⁷¹ Der bürgerliche Historiker Henry Ashby Turner jr.: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972, S. 60 ff., versucht, E. Kirdorf als einen relativ bedeutungslosen Einzelgänger hinzustellen, was nicht den Tatsachen entspricht.

(erst 1972 veröffentlichte) geheime Broschüre „Der Weg zum Wiederaufstieg“ zu erarbeiten.⁷² Im Ergebnis solcher Aktivitäten traten zahlreiche Unternehmer und leitende Angestellte des Ruhrbergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, aber auch des Chemie-Kapitals offen oder insgeheim der NSDAP bei. Dazu gehörte z. B. Otto Dietrich, der der Schwiegersohn des Herausgebers der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, Theodor Reismann-Grone, war und einflußreiche Verbindungen besaß. Über ihn kam Hitler mit Hugenberg in engeren Kontakt, der mit seinen großen finanziellen und mit noch größeren publizistischen Mitteln ebenfalls den Aufstieg der Naziartei begünstigte.

6. Das sprunghafte Anwachsen des faschistischen Massenanhangs in den ersten Jahren der Weltwirtschaftskrise

Als unter der Regierung Hermann Müller die relative Stabilisierung des Kapitalismus erschüttert wurde und eine Krise großen Ausmaßes heranreifte, verstärkten sich die Bestrebungen der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des deutschen Finanzkapitals, die Rechte des Reichstags und der Länderparlamente erheblich einzuschränken und die örtliche Selbstverwaltung zu beschneiden, die Machtmittel der reaktionären Kräfte aber zu konzentrieren. Damit begann eine Rechtswendung und die Vorbereitung des Übergangs von der bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsform des Monopolkapitals zu seiner offen terroristischen Diktatur. Rechtsentwicklung und Faschisierung charakterisierten von nun an das gesamte gesellschaftliche Leben in der sich ihrem Ende zuneigenden Weimarer Republik.

Das neue Ziel der imperialistischen Bourgeoisie konnte jedoch kaum mit den alten politischen Mitteln und Methoden und ebensowenig mit den nichtnationalsozialistischen bürgerlichen Parteien erreicht werden. Letztere waren infolge ihrer allgemeinen Situation, ihres traditionellen Rahmens und ihrer Grenzen im Ringen um eine wesentliche Erweiterung ihres Massenanhangs sowie nach ihrer ganzen Ideologie und Struktur relativ ungeeignet, eine unverhüllte Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie über die Massen bei gleichzeitiger Verhinderung revolutionärer Massenkämpfe zu errichten. Daher entsprachen die Naziartei und ihr erfolgversprechender Kampf gegen das „System“ der Weimarer Republik mehr und mehr den Interessen des deutschen Monopolkapitals. Das wurde zur ausschlaggebenden Ursache für das nunmehr einsetzende, sprunghafte Anwachsen des Masseneinflusses der NSDAP, die die ihr bis dahin gewährte monopolbourgeoise Förderung als Chance zum Aufbau einer nach Millionen zählenden Bewegung zu nutzen verstand.

Im Mai 1929 hatten E. Kirdorf, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, F. Thyssen, Hjalmar Schacht, Albert Vögler u. a. im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Young-Plan eine Verschärfung des innenpolitischen Kurses beraten.⁷³ Der Abbau des bürgerlichen Parlamentarismus wurde von den beiden großen Monopolgruppierungen Kohle – Eisen – Stahl und Chemie – Elektroindustrie (wenn auch in unterschiedlichem Maße) vorangetrieben. Der $\uparrow$ *RDI* begann in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 mit einem Großangriff auf die demokratischen Rechte und gegen die Weimarer Republik. In seiner für den Faschisierungsprozeß bedeutsamen Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang?“ und auf der außerordentlichen Versammlung des *RDI* vom 12. Dezember 1929 ging es um die Einschränkung bzw. auch um die Beseitigung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, um einen „neuen Staat“ und eine entschiedene Frontstellung gegen die Arbeiterbewegung. Seine Forderung nach einer „festen und beständigen Regierung“ und nach einem generellen „Ermächtigungsgesetz“ bedeutete die politische Konsequenz des ökonomischen Programms, das der *RDI* zur Sicherung der Profite des Monopolkapitals gleichzeitig verkündet hatte und das für die weitere Entwicklung der NSDAP in der Zeit der Weltwirtschaftskrise von größter Bedeutung werden sollte.⁷⁴

⁷² Ebenda, S. 41-59.

⁷³ Siehe Bernhard Menne: Krupp. Deutschlands Kanonenkönige, Zürich 1937, S. 356 ff.

⁷⁴ Siehe Fritz Klein: Zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur durch die deutsche Großbourgeoisie (1929-1932). In: ZfG, 1953, H. 6, S. 884 ff. Dirk Stegmann: Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929-1934. Thesen und Materialien zur Restituierung des Primats der Großindustrie zwischen Weltwirtschaftskrise und beginnender Rüstungskonjunktur. In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie, Bd. 6, Frankfurt (Main) 1976,

Allerdings versuchte die Mehrheit des deutschen Finanzkapitals und des *RDI* in den ersten Jahren der Weltwirtschaftskrise, den Abbau der demokratischen Rechte und Freiheiten der Werktätigen sowie des parlamentarischen Systems allmählich und schrittweise sowie ohne eine weitgehende Einbeziehung der NSDAP durchzusetzen. Ihr aggressives Programm der Errichtung einer offenen Diktatur sollte unter weitgehender Beibehaltung verfassungsmäßiger Formen und gestützt auf eine Kombination traditioneller Parteien, die von der rechten SPD-Führung toleriert wurde, verwirklicht werden. Die offen terroristische Diktatur wurde von ihr nicht aus prinzipiellen Erwägungen abgelehnt, sondern aus Furcht vor dem zu erwartenden erbitterten Widerstand der Arbeiterklasse und auch humanistisch gesinnter bürgerlicher Kreise und damit vor der Gefahr eines Bürgerkrieges. Die damals noch überwiegenden nichtnationalsozialistischen Teile der deutschen Großbourgeoisie wollten den imperialistischen Herrschaftsmechanismus der neuen Situation anpassen, und zwar auf der Grundlage des Artikels 48 der Weimarer Verfassung und einer extensiven Verstärkung von Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse. Die führenden Monopolvertreter der Chemie- und der Elektroindustrie, die Deutsche Bank, der Klöckner-Konzern und die Gruppe um Otto Wolff, orientierten sich zunächst stärker auf das ↑ *Zentrum* und auf das erste Präsidialkabinett unter Brüning, das allerdings entscheidende Voraussetzungen für die Errichtung der faschistischen Diktatur schuf und in keiner Weise eine Alternative zum Faschisierungsprozeß darstellte.⁷⁵

Die ökonomische Situation der damals entscheidenden Schichten und Gruppen der Monopolbourgeoisie verlangte noch keine solche radikale Lösung, wie sie insbesondere einige Schwerindustrielle und die NSDAP mit der Errichtung der offenen terroristischen Diktatur planten. Die am stärksten von der Krise betroffenen Kreise der Monopolbourgeoisie – vor allem die Vertreter der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr – und die mit ihnen verbundenen Banken betrieben demgegenüber in wachsendem Maße extrem reaktionäre Politik und orientierten sich unter den bürgerlichen Parteien immer stärker auf die NSDAP. Sie drängten am heftigsten zum Faschismus und statteten die Nazi-partei großzügig auch mit finanziellen Mitteln aus, wobei die Beträge immer dann stiegen, wenn die NSDAP neue Nachweise ihrer Fähigkeit zur Massenbeeinflussung erbringen konnte. Aus dem politischen Fonds des *Vereins für die bergbaulichen Interessen von Rheinland und Westfalen*, dem sog. Ruhrschatz, erhielten die Nationalsozialisten allein im Jahre 1929 die Summe von 6,15 Mill. RM.⁷⁶ Im Interesse dieser Kreise proklamierte F. Thyssen am 27. November 1930 in einer Sitzung des Hauptausschusses des *RDI* den Führungsanspruch der NSDAP.⁷⁷ E. Kirdorf gelang es, im Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat den Beschluß durchzusetzen, daß alle angeschlossenen Unternehmen ab 1. Januar 1931 pro Tonne verkaufter Steinkohle 5 Pfennig zugunsten der Nazi-partei zahlen sollten. Allerdings konnte dieser Beschluß nicht lange aufrecht erhalten werden.⁷⁸

Die *KPD* erkannte die große Gefahr, die für die gesamte Arbeiterklasse heraufzog. Sie setzte ihren seit langem geführten Kampf gegen die Nazi-partei und den sich ständig verstärkenden faschistischen Terror konsequent fort. Schritt für Schritt erarbeitete sie dabei die richtigen, der jeweiligen Situation entsprechenden taktischen Losungen, die sie – sektiererische und opportunistische Tendenzen in den eigenen Reihen dabei überwindend – zur Grundlage ihrer gesamten Tätigkeit machte. Bereits auf der Tagung des ZK vom 24./25. Oktober 1929 kennzeichnete Ernst Thälmann den Klas-

spricht auf S. 31 in diesem Zusammenhang davon, daß die „tendenzielle Verformung“ von antidemokratischen und autoritären Vorstellungen „zu genuin faschistischen“ unübersehbar sei. D. Stegmann wendet sich damit vor allem gegen H. A. Turner jr., der nachzuweisen versucht, „daß die große Mehrheit der deutschen Großunternehmer Hitlers Triumph weder gewünscht noch materiell zu ihm beigetragen hat“ (S. 30), und damit bewußte Kapitalismus-Apologie betreibt.

⁷⁵ Diese These vertreten bürgerliche Historiker im Anschluß an Werner Conze: Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929/1930. In: HZ, Bd. 178, 1954.

⁷⁶ Siehe Joachim Hellwig/Wolfgang Weiß: So macht man Kanzler, Berlin (1962), S. 46.

⁷⁷ Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Nr. 55, Dezember 1930.

⁷⁸ Siehe Eberhard Czichon: Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln (1967), S. 19. Siehe auch die Übersicht über großindustrielle Finanzierungsaktionen, aus denen allerdings falsche Schlußfolgerungen gezogen werden, bei Thomas Trumpp: Zur Finanzierung der NSDAP durch die deutsche Großindustrie. Versuch einer Bilanz. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1981, H. 4, S. 223 ff.

sencharakter der Nazi­partei und orientierte auf eine „Offensive gegen den Faschismus“.⁷⁹ Am 4. Juni 1930 erklärten die Kommunisten, daß an der Spitze der NSDAP „ausschließlich bewußte und skrupellose Agenten des Finanzkapitals, besonders des schwerindustriellen Unternehmertums“ stehen. Gleichzeitig schlußfolgerten sie: „Diese Lage zwingt unsere Partei und die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft, den Kampf gegen die faschistische Gefahr auf das äußerste zu verschärfen.“ Die Generallinie der KPD für ihre antifaschistische Tätigkeit wurde in der „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ vom 24. August 1930 niedergelegt, die die arbeiter- und volksfeindliche Rolle der Nazi­partei entlarvte und das Ziel setzte: Verhinderung der faschistischen Diktatur durch die Brechung der Macht des deutschen Imperialismus und Militarismus.⁸⁰ In der Sozialdemokratie gab es eine Reihe von Versuchen, klassenmäßig richtige Auffassungen⁸¹ über das Wesen des Faschismus durchzusetzen, jedoch überwogen die von sozialdemokratischen Führern propagierten Thesen („Faschismus gleich aufständisches Kleinbürgertum“, „Faschismus ist eine Form der Staatsmacht über den Klassen“ u. ä.), die den Klassencharakter des Nationalsozialismus verwischten und die Bildung einer einheitlichen Front gegen ihn verhinderten. Mit starken Worten wurde zwar vor der faschistischen Gefahr gewarnt, aber ernst zu nehmende Schritte blieben aus.⁸²

Die NSDAP, die von der Wende in der Politik der Monopolisten und Junker und ebenso von der Rechtsschwenkung der anderen bürgerlichen Parteien am meisten profitierte, führte den Kampf um die faschistische Manipulation der Massen im wesentlichen in zwei Richtungen. Sie orientierte sich einmal auf das städtische und ländliche Kleinbürgertum, zum anderen auf die von der Krise besonders betroffenen und politisch nicht organisierten Schichten der Arbeiterklasse. Gleichzeitig versuchte sie, alle Gruppen des Monopolkapitals von der eigenen Nützlichkeit zu überzeugen und sich an die Spitze des Kampfes gegen die deutsche Arbeiterklasse und zur Vorbereitung eines neuen Krieges zu stellen. Bezeichnenderweise stand der Reichsparteitag Anfang August 1929 unter dem Motto „Die NSDAP als Kampforganisation des deutschen Volkes“. In der Propaganda dominierten die Aufrufe zur „Sammlung in der NSDAP“.⁸³ Die nationalsozialistische „Bündnispolitik“, die vom Inhalt der nationalsozialistischen Agitation unterschieden werden muß, orientierte sich im wesentlichen auf die ↑ DNVP und auf die Reichswehrgeneralität, von denen sie nicht nur politisch, sondern in nicht zu unterschätzendem Maße auch finanziell unterstützt wurde.⁸⁴

Das ländliche wie das städtische Kleinbürgertum sprachen die deutschen Faschisten mit einer auf die Krisensituation ausgerichteten chauvinistischen Propaganda sowie mit sozialdemagogischen „mittelständischen“ Parolen an. Ihnen wurde eingeredet, daß die Wirtschaftskrise vor allem auf die von Deutschland zu zahlenden und vom „Weimarer System“ anerkannten Reparationen und damit auf den Vertrag von Versailles zurückzuführen sei. Als geeignetster Weg zur Lösung der nationalen und sozialen Frage wurde verstärkt die „Brechung der Zinsknechtschaft“ gepriesen. In den Jahren 1928/29 betrieb die NSDAP auch eine ausgedehnte Propaganda gegen die großen Warenhäuser, um sich als Interessenvertreter der Einzelhändler und der kaufmännischen Angestellten ausgeben zu können.⁸⁵ Den Angehörigen der Mittelschichten wurde die Wirtschaftspolitik des „Weimarer Systems“ als verfehlt dargestellt. Jene kleinbürgerlichen Kreise, die in starkem Maße die Krisenlasten zu tragen hatten, zeigten sich der nationalsozialistischen Demagogie zugänglich. Viele der enttäuschten, schwankenden und auf eine bessere Zukunft hoffenden Angehörigen der Mittelschichten erblickten während der Krisenjahre, die den Verlust eines sicheren Halts bedeuteten, im starren und

⁷⁹ Siehe Ernst Thälmann. Eine Biographie, Berlin 1979, S. 444.

⁸⁰ Siehe Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 1: 1847 bis 1945, Berlin 1981, S. 246 ff.

⁸¹ Siehe z. B. Hans Vogel: Faschismus – Nationalsozialismus, Berlin 1930.

⁸² Siehe Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Autorenkollektiv unter Leitung von Heinz Niemann, Berlin 1982, S. 238.

⁸³ Siehe VB, 3.8.1929.

⁸⁴ Siehe Karl Nuß: Militär und Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik. Zur politischen Rolle und Entwicklung der Reichswehr, Berlin 1977. Sefton Delmer: Die Deutschen und ich, Hamburg 1962, S. 121 ff., berichtet, daß Schleicher der NSDAP und der SA aus den Geheimfonds der Reichswehr 42 Mill. RM zukommen ließ.

⁸⁵ Siehe Heinrich Uhlig: Die Warenhäuser im Dritten Reich, Köln-Opladen (1956), S. 36 f.

konsequent erscheinenden politischen Kurs der NSDAP auch ihren persönlichen Rettungsanker. Sie glaubten den Lügen und überhörten die Warnungen der deutschen Kommunisten und anderer anti-faschistischer Kreise.

Die bereits vor der Weltwirtschaftskrise wirkende Agrarkrise und die sozialökonomische Situation auf dem Lande boten den Faschisten die Möglichkeit aktiver Werbung unter den politisch wenig erfahrenen Bauern und Landarbeitern. Die NSDAP stellte in ihrer Propaganda landwirtschaftliche Interessen stark heraus und ergänzte das als „unumstößlich“ bezeichnete Programm. In den Wochen des Wahlkampfes 1928 und 1930 ergingen jeweils „parteiämliche Kundgebungen“⁸⁶, die die Forderungen nach einer Bodenreform rückgängig machten und damit den Großbauern und Junkern den Weg in die NSDAP öffneten und die Krisenstimmung der Bauern gegen den Weimarer Staat zu lenken versuchten. Am 13. April 1928 hieß es: „Da die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus ‚unentgeltliche Enteignung‘ nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohles verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulationsgesellschaften.“

Am 6. März 1930 lautete die „Ergänzung“ des 25-Punkte-Programms: „Bezüglich der Größe der landwirtschaftlichen Betriebe kann es keine schematische Regelung geben. Eine große Zahl lebensfähiger, kleiner und mittlerer Bauernstellen ist vom bevölkerungspolitischen Standpunkt aus vor allem wichtig. Daneben erfüllt aber auch der Großbetrieb seine besonders notwendigen Aufgaben ...“

Zur organisatorischen Erfassung der Bauern wurde in der Reichsleitung der NSDAP eine neue Abteilung unter der Leitung von R. W. Darré geschaffen. Landwirtschaftliche Facharbeiter unterstützten nunmehr die Tätigkeit der Kreis- und Gauleitungen. Seit dem 1. September 1930 erschien die „Nationalsozialistische Landpost“. In manchen Gebieten Deutschlands gab sich die NSDAP sogar weitgehend den Anstrich einer Bauernpartei.⁸⁷

Sozialstrukturelle Untersuchungen über die Zusammensetzung der NSDAP-Mitglieder, die in der Zeit von 1925 bis 1929 und 1930 neu eingetreten sind, bestätigen den hohen Anteil von relativ jungen Angehörigen der Mittelschichten, wobei zunächst der Zuwachs auf dem Land und in den kleinen Städten wesentlich stärker als in den Großstädten war. 26,7% der neuen Mitglieder waren in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus Handwerker, 17,9% Landwirte, 16,9% ungelernzte Arbeiter hauptsächlich aus ländlichen Wohngebieten, 13,6 % untere und mittlere Angestellte, weitere 13,6% sog. Kaufleute. Der Zugang an Facharbeitern betrug nur 9,2%, wobei er auf dem Lande bei 10,2% und in den Großstädten bei 7,5% lag und außerdem in hohem Maße Arbeitslose mit einem Durchschnittsalter von 25,5 Jahren betraf.⁸⁸

In den Jahren 1929/30 konzentrierten die Faschisten ihr propagandistisches Feuer auf den Young-Plan, dem die steigende Arbeitslosigkeit und das Sinken des Lebensstandards der werktätigen Bevölkerung Deutschlands zur Last gelegt wurde. Die gemeinsam mit der ↑ DNVP, dem ↑ *Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten* (*Stahlhelm*), dem ↑ ADV und mit anderen reaktionären Organisationen durchgeführte Kampagne für das Volksbegehren und für den Volksentscheid gegen die Annahme

⁸⁶ Gottfried Feder: Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundlagen, München 1932, S. 4 f. und 9 f.

⁸⁷ Siehe Martin Broszat: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1969, S. 62.

⁸⁸ Siehe Michael H. Kater: Sozialer Wandel in der NSDAP im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung. In: Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich. Hrsg. Wolfgang Schieder, Hamburg 1976, S. 30. Diese Analysen beruhen auf einer soziologisch angelegten Auswertung von 2000 einzelnen Unterlagen der NSDAP-Zentralkartei, die sich im Document Center in Berlin (West) befindet. Siehe auch Michael H. Kater: Methodologische Überlegungen über Möglichkeiten und Grenzen einer Analyse der sozialen Zusammensetzung der NSDAP von 1925 bis 1945. In: Die Nationalsozialisten. Analysen faschistischer Bewegungen. Hrsg. Reinhard Mann, Stuttgart 1980, S. 155 ff. Diese Untersuchungen widerlegen trotz ihrer Schlußfolgerung, die NSDAP sei seit Ende der zwanziger Jahre als „Integrations“- oder „Volkspartei“ anzusehen, die neuerlichen Bemühungen anderer bürgerlicher Ideologen, wieder die „Arbeiterwähler“ als entscheidend hinzustellen. Siehe Jürgen W. Falter/Jan-Bernd Lohmüller u. a.: Hitlers Wähler, Opladen 1983.

des Young-Planes war der erste Schritt in der Formierung der „nationalen Opposition“. Ihre Aktionen dienten dazu, die chauvinistische Hetze zu schüren, um so das Volk für einen zweiten Waffengang zur Verwirklichung der Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus reif machen zu können, sowie die Umgestaltung der Machtverhältnisse in Deutschland und innerhalb der herrschenden Klasse vorbereiten zu helfen. Der „VB“ schrieb am 19. Oktober 1929: „Die Entscheidung um die Annahme oder Ablehnung des Young-Planes hat erst in zweiter Linie eine außenpolitische Wirkung. Die erste Frage ist die innenpolitische Umwälzung. Es geht heute um die Macht im Staat.“ Die Faschisten entfalteten während dieser Monate eine ausgedehnte Aktivität, die ohne die politische, publizistische und finanzielle⁸⁹ Unterstützung durch Hugenberg undenkbar gewesen wäre. Plakate, Flugblätter, Aufmärsche, Agitation auf dem Lande sowie ein zunehmender faschistischer Terror gegen alle Andersgesinnten kennzeichneten die Tätigkeit der NSDAP.

Die „nationale Opposition“ erreichte beim Volksbegehren (16. bis 29. Oktober 1929) lediglich 0,02% mehr Stimmen, als zur Einleitung des Volksentscheides benötigt wurden. Auch die 5,8 Mill. Stimmen (13,8%) vom 22. Dezember 1929 reichten nicht für die Durchsetzung des von den Organisatoren des Volksentscheides geforderten „Freiheitsgesetzes“ aus. Die Niederlage traf jedoch in erster Linie die Deutschnationalen, während die Nationalsozialisten ihre bisherige Rolle des „geduldeten“ Partners mit der eines „salonfähigen“ und „gleichberechtigten“ Teilhabers in der Front der reaktionärsten und konterrevolutionären Kreise vertauschen konnten. Da der Reichstag den Young-Plan trotz der „Freiheits“-Kampagne annahm, benutzten die Faschisten den Eintritt von Martin Schiele in die Regierung Brüning, um sich von den Deutschnationalen zu trennen. Die DNVP wurde mit der Schuld an der Erfolglosigkeit des Volksentscheides belastet.⁹⁰ Der schärferen Kritik aus der Strasser-Richtung⁹¹ ließ Hitler allerdings sofort eine vorsichtigeren, die Türen für zukünftige Verbindungen mit der DNVP offenlassende Erklärung folgen.⁹²

Mit allem Nachdruck versuchten die deutschen Faschisten 1930/31, in die Arbeiterklasse als dem größten Bevölkerungsteil einzudringen und Teile für die Durchsetzung des imperialistischen Raubprogramms zu gewinnen. Die NSDAP konnte ihren Einfluß in erheblichem Maße auf Kreise der Erwerbslosen, auf Angestellte (↑ DHV) und Jugendliche sowie auf einige Randschichten des Proletariats ausdehnen. Die Propaganda vom kommenden „Dritten Reich“, das allen Arbeit und Brot bieten würde, und die Versuche, den Erwerbslosen eine gewisse Existenz in den SA-Kasernen zu verschaffen, blieben nicht ohne Wirkung. In auffallender Weise bemühten sich die Faschisten in den Krisenjahren um die Beeinflussung der Arbeitslosen. Demonstrationen wurden organisiert und selbst die Teilnahme an Kundgebungen verfügt, die unter der Leitung der KPD standen. Die Faschisten proklamierten sogar „das Recht auf Arbeit und die Wiederherstellung des natürlichen Auskommens“.⁹³ E. Röhm äußerte 1931: „Ich habe mir vorgenommen, die Millionen deutscher Arbeitslosen daran zu hindern, unter kommunistischen Einfluß zu geraten ... Ich will statt dessen eine tüchtige Bürgerwehr aus ihnen machen, die Deutschland gegen den bolschewistischen Feind in und außerhalb unserer Grenzen verteidigt.“⁹⁴ Die ökonomischen Hintergründe offenbarten sich in der Verknüpfung des „Rechts auf Arbeit“ mit der Forderung nach einer Arbeitsdienstpflicht, die den Unternehmern billigste Arbeitskräfte verhieß. J. Goebbels soll eindeutig erklärt haben: „... der Sozialismus ist in unserem Programm nur der Leim, um damit die Vögel zu fangen.“⁹⁵

Um ihren Einfluß in der Arbeiterklasse zu verstärken, sahen sich die Faschisten dennoch gezwungen, zu einzelnen die Arbeiterklasse unmittelbar berührenden Fragen konkret Stellung zu nehmen.⁹⁶

⁸⁹ Die NSDAP erhielt nach George W. F. Hallgarten: Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Geschichte der Jahre 1918-1933, Frankfurt (Main) 1955, S. 99, ein Fünftel aller Gelder, die dem „Ausschuß zur Bekämpfung des Young-Plans“ von den Monopolen zur Verfügung gestellt wurden.

⁹⁰ VB, 25.3.1930.

⁹¹ Der Nationale Sozialist, 5.4.1930.

⁹² VB, 8.4.1930.

⁹³ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 26062, Bl. 18 und Nr. 26068, Bl. 192.

⁹⁴ Zit. in: S. Delmer, S. 107 f.

⁹⁵ Zit. in: Die Weimarer Republik (Dokumente und Materialien), Berlin 1963, S. 25.

⁹⁶ Siehe VB, 13.2.1926, 27.3.1926, 10.4.1926 und 1.5.1926.

Der Nürnberger Parteitag von 1929 befaßte sich in einer Sondersitzung mit gewerkschaftlichen Fragen und beschloß die Gründung der ↑ *NSBO*. Streikbrecher sollten künftig aus der Partei ausgeschlossen werden. Der mangelnde Einfluß in den Betrieben und ein gewisses Desinteresse der Hitler-Clique an der *NSBO*, deren Eigenständigkeitstendenzen ihren Vorstellungen von einer zentralisierten, straff organisierten Partei zuwiderliefen, ließen den Beschluß zunächst unwirksam werden. Der Stellvertreter von J. Goebbels, Reinhold Muchow, arbeitete einen Plan für die Berliner Gaubetriebszellenorganisation aus, in dem es hieß: „Die Gewinnung der zum übergroßen Teil im marxistischen Lager stehenden deutschen Arbeiterschaft für den Nationalsozialismus wird immer mehr die Kardinalfrage der nationalsozialistischen Bewegung ... Die Gewinnung der marxistischen Arbeiterschaft bleibt ... die Hauptaufgabe der NSDAP.“⁹⁷ Daher starteten die Nazifaschisten am 1. September 1931 die „Hib“-Aktion („Hinein in die Betriebe“), die jedoch mit einem kläglichen Fiasko bei den Betriebsrätewahlen endete. Ihnen gelang kein Einbruch in die organisierte Industriearbeiterschaft, im Gegenteil, aus diesen Teilen der Arbeiterklasse erwuchsen ihnen die konsequentesten Gegner, die dem Ruf der *KPD* zum antifaschistischen Kampf folgten. Die Gründung der *NSBO* und die „Hib“-Aktion blieben im Grunde ergebnislos, sie erwiesen sich als fehlgeschlagene Reaktionen der Faschisten auf die verstärkte antifaschistische Arbeit der *KPD*. Gegen die revolutionären Kräfte, die sich von den Parolen und Versprechungen der Nazis nicht blenden ließen und den antifaschistischen Kampforganisierten, entfaltete die NSDAP daher eine Terroraktion nach der anderen. Im Jahre 1930 fielen 77 Arbeiter den Kugeln und Messern der Faschisten zum Opfer. Ein Jahr später erhöhte sich die Zahl auf 114 und 1932 sogar auf 219 Ermordete. Polizei und Justiz der Weimarer Republik standen bei den blutigen Zusammenstößen zwischen den SA-Banden und Arbeitern in der Regel auf der Seite der Nazis.

Mit Unterstützung der *DNVP* und der Reichswehrgeneralität konnte die Nazipartei ihren Stimmenanteil bei den Landtagswahlen der Jahre 1929/30 beträchtlich steigern. So ergaben z. B. die am 8. Dezember 1929 durchgeführten thüringischen Landtagswahlen 90336 Stimmen und 6 Mandate für die NSDAP, die hier mit W. Frick den ersten nationalsozialistischen Minister stellte (23. Januar 1930 bis 1. April 1931). Vor dem Hintergrund der allgemeinen Rechtsentwicklung, auf der Grundlage der Faschisierungspolitik extrem reaktionärer Kräfte des deutschen Monopolkapitals in den Jahren 1929/30 sowie unter dem weit verbreiteten Eindruck, die NSDAP erlebe als neue, junge und unverbrauchte Partei einen unaufhaltsamen Aufstieg, kam es schließlich zu dem großen Stimmenzuwachs der NSDAP bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930, der die faschistische Gefahr für Deutschland schlaglichtartig verdeutlichte. 6,4 Mill. Stimmen ließen die NSDAP zur wählerstärksten Partei des Monopolkapitals werden. 107 Faschisten zogen in den Reichstag ein. Die mit hohem Aufwand durchgeführten 34.000 Wahlveranstaltungen, die zahllosen Verheißungen und Versprechungen, die neuen Reklametechniken und der gezielte Einsatz des Terrors hatten sich für die NSDAP ausgezahlt. Ihr Wahlsieg veränderte das gesamte politische Klima in Deutschland.

7. Politische und ideologische Auseinandersetzungen in der NSDAP 1930/31

Das Wahlergebnis von 1930 bestärkte die deutsche Monopolbourgeoisie und insbesondere deren reaktionärste Kräfte in der Durchsetzung ihrer Konzeption eines rascheren und radikalen Abbaus der bürgerlich-parlamentarischen Republik von Weimar. Im Herbst 1930 begannen die Versuche, die NSDAP für eine Beteiligung an der Regierung zu gewinnen, wobei sich die Vertreter der verschiedensten Monopolgruppen dafür einsetzten. Während die reaktionärsten Monopolherren damit den Faschisten ein Sprungbrett zur Übernahme der gesamten Staatsgewalt bauen wollten, verfolgten andere das Ziel, ihnen durch die Übertragung der „Mitverantwortung am Staat“ die revoluzzerhafte und „antikapitalistische“ Note zu nehmen. Einigen ging es auch darum, das Wachstum der NSDAP durch deren Bindung an die unpopuläre Notverordnungspolitik aufzuhalten. Die ersten Sondierungsgespräche, die z. B. zwischen Brüning und Hitler stattfanden und einer schwarz-braunen Koalition den Weg ebneten sollten, scheiterten jedoch.

⁹⁷ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 26066, Bl. 100.

Die Auseinandersetzungen innerhalb des Monopolkapitals über die verschiedenen Konzeptionen des Faschisierungsprozesses spiegelten sich weitgehend auch in der inneren Entwicklung der Nazi-partei während der Jahre 1930/31 wider. Der Aufbau der Massenbasis des Faschismus und die zahlreichen taktischen Wendungen der NSDAP vollzogen sich unter starken Spannungen innerhalb der Partei. In ihnen kamen sowohl der Gegensatz zwischen dem Kurs der Führung und den Interessen der nationalsozialistischen Anhänger, das divergierende Anliegen einzelner Führer als auch die unterschiedlichen taktischen Orientierungen einzelner Monopole auf die Partei zum Ausdruck. Insbesondere tat die Führung der NSDAP alles, um jeden Schritt zu einer wirklichen Vertretung der sozialen Interessen des werktätigen Volkes strikt zu vermeiden. Die soziale Demagogie, auf die die NSDAP nicht verzichten konnte, wurde damit aber gerade in jenen Jahren, in denen die Führung der Nazis von vielen Seiten gedrängt wurde, ihr Wirtschaftsprogramm deutlicher und konkreter zu artikulieren, zu einer zweiseitigen Angelegenheit.

Dies war bereits deutlich geworden, als sich Hitler von dem Brief des Sprechers der nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten in Sachsen, Hellmuth von Mücke, vom 29. Juni 1929 an die kommunistische und an die sozialdemokratische Fraktion distanzierte.⁹⁸ Offensichtlich wollten die sächsischen Faschisten mit einem Angebot an die Arbeiterparteien den Schein einer „sozialistischen“ Haltung wahren, nachdem sie kurz zuvor der Bildung einer bürgerlichen Regierung in Sachsen zugestimmt hatten. Die deutschen Monopolherren, die sich mit dem Chauvinismus und der Kriegspolitik der NSDAP einverstanden erklärten und diese in zunehmendem Maße unterstützten, verlangten jedoch angesichts solcher Tendenzen nachdrücklich von ihr Beweise, daß sie tatsächlich nur soziale Demagogie – und auch das nur innerhalb bestimmter Grenzen – betrieb und daß sie sich als fähig erwies, die vor allem mit Hilfe der „sozialistischen“ Phrasen gewonnenen Massen auch im Zaum halten zu können. Ganz offen sprach das die „Berliner Börsenzeitung“ am 15. März 1930 aus: „Kein Zweifel: die weitesten Kreise Deutschlands haben dem Nationalsozialismus lange Zeit sympathisch gegenübergestanden und tun es auch heute noch, weil sie in ihm den ersten tatkräftigen Versuch sehen zu können glauben, die deutsche Arbeiterschaft aus der Umstrickung des volksfremden Marxismus und Internationalismus zu lösen ... Man wird es Herrn Adolf Hitler zugute halten, daß er dieses Ziel anstrebt oder wenigstens anzustreben glaubt. Die Frage ist aber nur, *ob er noch alle diese Fäden in der Hand hält*, um diese Arbeiterbewegung zu schaffen ...“ Von deutschnationaler Seite wurde eine ähnliche Feststellung getroffen: „Hitler selbst ist Idealist und ein Schwärmer, der das Gute will. Es mußte aber mit dem Erstarken der nationalsozialistischen Bewegung und dem Eintritt unzuverlässiger Elemente unbedingt der Zeitpunkt eintreten, *an dem Hitler nicht mehr die Gewalt über die Massen in den Händen behalten konnte*, vielmehr Ehrgeizige die Macht an sich reißen und das ursprünglich gut Gedachte durch Eigenbrötelei zertrümmern würden.“⁹⁹

Die Gruppe um O. und G. Strasser gab sogar zu erkennen, daß sie im Interesse der Glaubwürdigkeit ihrer „sozialistisch“ aufgemachten faschistischen Argumentation Streikbewegungen der Arbeiterklasse zu unterstützen bereit sei, worauf der ↑ *RDI* mit dem Entzug der finanziellen Unterstützung für die NSDAP drohte.¹⁰⁰ Die Ablehnung von Streiks durch die Reichsleitung führte zu großen Protesten unter den nationalsozialistischen Anhängern. Daraufhin erzwang bzw. provozierte Hitler den Austritt von O. Strasser, der von der NSDAP die Rückkehr zum „Sozialismus“, das Ende ihrer „Verbürgerlichung“ und eine Abkehr von ihrer Legalitätstaktik verlangte (↑ *Kampfgemeinschaft Revolutionäre Nationalsozialisten [KG]*).

Diese innerparteilichen Auseinandersetzungen vom Sommer 1930 zeigten allerdings für die NSDAP relativ geringe negative Auswirkungen. Große Teile des Kleinbürgertums, die den pseudo-

⁹⁸ Siehe Vorwärts, 4.7.1929 und Vossische Zeitung, 4.7.1929. Da H. von Mücke von der Reichsleitung nicht gedeckt wurde, trat er am 10. Juli 1929 aus der NSDAP aus und lieferte manche Interna an die Presse, z. B. über die Rolle des Fabrikanten und Gauleiters Martin Mutschmann. Siehe Materialsammlung gegen die Nationalsozialisten, hrsg. vom Parteivorstand der SPD, o. O., o. J., S. 24.

⁹⁹ Siehe auch Nationalsozialistische Arbeiterpartei (Deutschnationales Rüstzeug, Nr. 11a), Berlin 1928, S. 5 (Hervorhebungen M. W.). Ähnlich formulierte die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ am 7.3.1932.

¹⁰⁰ Siehe Otto Strasser: Hitler und ich, Konstanz 1948, S. 128.

sozialistischen Phrasen wenig Sympathien entgegengebracht hatten, sahen nun keine Hindernisse mehr, ihren Übertritt zur NSDAP offen zu vollziehen. Andererseits hielt das Verbleiben von G. Strasser¹⁰¹ viele Anhänger des „nationalen Sozialismus“ vom Austritt zurück. G. Strasser machte die Abspaltung nicht mit, weil er die Ziele des deutschen Faschismus gefährdet sah, wenn dessen soziale Demagogie zu sehr eingeschränkt würde. Die NSDAP konnte sogar aus dem Hinauswurf O. Strassers einen gewissen Nutzen ziehen, da die faschistische Führung und insbesondere auch Hitler ihre Verlässlichkeit im Dienst der herrschenden Klasse bekundet hatten und weiterer Unterstützung gewiß sein konnten.

Stärker als bei der Abspaltung der KG stand bei den Differenzen mit der Gruppe um Walter Stennes die Opposition gegen Hitlers Legalitätstaktik im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Am 29. August 1930 legte F. Pfeffer von Salomon seine Funktion als Führer der SA nieder, Hitler deklarierte sich selbst von nun an als Obersten SA-Führer (OSAF). Der Führungswechsel wurde notwendig, weil die als eindeutiges Terrorinstrument und als braune Armee aufgebaute SA das absolute Legalitätsprinzip zu behindern vermochte. Vor allem die Reichswehrgeneralität stellte das „legale“ Vorgehen der Faschisten als Bedingung für die Weiterführung der seit langem eingeleiteten Zusammenarbeit. Hitlers Schwur vom 25. September 1930 vor dem Reichsgericht, das gegen Richard Scheringer, Hans Friedrich Wendt und Hanns Ludin wegen nationalsozialistischer Tätigkeit innerhalb der Reichswehr verhandelte, die „nationale Revolution“ legal und nicht à la Kapp vollziehen zu wollen, war ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Vertiefung der offenen Zusammenarbeit zwischen der Hitler-Partei, den Monopolisten, Junkern und der Reichswehrgeneralität. Der neue Chef des Stabes der SA, E. Röhm, baute diese Zusammenarbeit auch tatsächlich weiter aus, wobei er besonders die Verbindungen zu Franz Halder und Schleicher ausnutzen konnte.¹⁰² Der SA-Führer für die Gebiete östlich der Elbe, W. Stennes, wandte sich gegen die Unterordnung der SA unter die politische Führung der Partei, weil diese ihre „revolutionäre Idee“ aufgeben und den „revolutionären Schwung“ verloren habe.¹⁰³ Er beabsichtigte, die SA rein militärisch aufzubauen und die faschistische Diktatur durch einen Putsch herzustellen.

Die Berliner SA begann bereits im Wahlkampf vor dem 14. September 1930 Versammlungen der NSDAP zu boykottieren und Büros der Partei zu überfallen. Hitler mußte persönlich in Berlin erscheinen und sie beschwichtigen, wobei materielle Zuwendungen eine Rolle spielten. Im Siegestaumel nach den Reichstagswahlen ging die SA-Opposition zunächst unter. Sie brach jedoch mit unverminderter Wucht im Frühjahr 1931 wieder auf. W. Stennes versuchte, J. Goebbels auszuschalten und sich selbst die Führung der faschistischen Bewegung in den Gauen Berlin, Brandenburg, Pommern, Mecklenburg, Grenzmark, Schlesien, Oberschlesien und Danzig zu übertragen. Die Reichsleitung der NSDAP ging sofort gegen W. Stennes vor. Er wurde am 1. April 1931 seiner Funktion enthoben. Daraufhin besetzte die meuternde Berliner SA das Gaubüro und die Druckerei der Goebbels-Zeitung „Der Angriff“, in der am 2. April die Absetzung des sog. OSAF-Ost demontiert wurde. Den Umfang der Meuterei zeigte der Ausschluß von etwa 1400 Personen aus SA und NSDAP, die sich als *Nationalsozialistische Kampfbewegung Deutschlands* organisierten.¹⁰⁴ Auch die große Zahl der Maßnahmen und Aufrufe, die Beschwichtigungen, die Treueerklärungen, die Versicherungen von J. Goebbels, keine Minute geschwankt zu haben, und die hektische Atmosphäre in der Partei enthüllten das ganze Ausmaß der innerparteilichen Spannungen und deren Gefährlichkeit für die Stellung der NSDAP, die sie bisher im System der politischen Organisiertheit des Monopolkapitals hatte erringen können und nun festigte. Die Reichswehrführung beantwortete die Niederschlagung der Stennes-Gruppe mit der Anerkennung der SA als „Element der Landesverteidigung“. Das bedeutete ein Versprechen für verstärkte Unterstützung der SA durch Offiziere der

¹⁰¹ Der bürgerliche Historiker Udo Kissenkoetter: Gregor Strasser und die NSDAP, Stuttgart 1978, S. 44 ff., bestreitet das Zusammenwirken der Brüder Strasser in und nach der NSDAP-Krise vom Sommer 1930.

¹⁰² Siehe Kurt Schütze: Reichswehr wider die Nation. Zur Rolle der Reichswehr bei der Vorbereitung und Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland (1929-1933), Berlin 1963, S. 98.

¹⁰³ Siehe ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 25791, Bl. 494.

¹⁰⁴ Am 3. Juni 1931 erfolgte ihre Vereinigung mit der ↑ KG zur Nationalsozialistischen Kampfgemeinschaft Deutschlands, die jedoch am 11. September 1931 wieder auseinanderfiel.

Reichswehr; Truppenübungsplätze, militärische Geräte aller Art und die geheimen Waffenlager standen dadurch der SA zur Verfügung. Schleicher sicherte E. Röhm zu, die SA im „Ernstfalle“ dem Kommando von Reichswehroffizieren zu unterstellen.

Die KPD schätzte diese Differenzen als Streitereien verschiedener Führercliquen auf einem ernsten sozialen Hintergrund ein und erklärte, „daß ein Spitzenwechsel keine Änderung des Kurses bedeute ... Vieles hängt davon ab, ob es gelingt, die aktivistischen, ehrlich an den Sozialismus glaubenden Elemente der NSDAP davon zu überzeugen, daß sie sich von Hitler, diesem Schrittmacher der Schwerindustrie, losmachen und Schulter an Schulter mit dem revolutionären Proletariat unter Leitung der KPD Scheringers Weg zum siegreichen Kampf für die innere und äußere Befreiung Deutschlands gehen.“¹⁰⁵

Das entsprach der richtigen politischen Linie der KPD, die die notwendige Verbreiterung der antifaschistischen Kampffront zum Ziele hatte.

8. Die Harzburger Front und die Beziehungen der NSDAP zu den anderen bürgerlichen Parteien 1931/32

Im Sommer und Herbst 1931 verschärfte sich der Faschisierungsprozeß, der mit der Gründung der *Harzburger Front* und der Umbildung des Kabinetts Brüning im Oktober in eine neue Etappe eintrat. Dem deutschen Imperialismus genügte der von Brüning erreichte Stand des Abbaus der Demokratie nicht mehr. Die KPD errang immer größere Anziehungskraft, da mit der Vertiefung der Krise die Realität ihrer „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“, des „Bauernhilfsprogramms“ und des „Arbeitsbeschaffungsplanes“ immer deutlicher zutage trat. Die Brüning-Regierung konnte diesem Revolutionierungsprozeß der Arbeiterklasse nicht begegnen. Das Scheitern des Planes einer Zollunion mit Österreich bedeutete einen Mißerfolg für die ersten größeren Expansionspläne des deutschen Imperialismus nach dem ersten Weltkrieg. Der Bankenkrach im Sommer 1931, das starke Absinken der Löhne und das Ansteigen der Arbeitslosenzahl, die gärende Unzufriedenheit in allen Schichten des werktätigen Volkes – das waren wichtige Signale für die um die Erweiterung ihrer Profite ringende Großbourgeoisie.

Die Verschärfung der Krise vollzog sich parallel mit dem Ansteigen der direkten und indirekten, der offenen und geheimen Beziehungen zwischen den Führern der NSDAP und zahlreichen Gruppen des deutschen Finanzkapitals. Die Monopolbourgeoisie, in deren Reihen mehr und mehr nach einer Alternative zum Brüning-Kurs gesucht und eine Hinwendung zur NSDAP spürbar wurde, ordnete sich die Führung der Nazipartei immer direkter unter. Sie bestimmte vor allem deren konkretes wirtschaftliches und politisches Programm. Die Reichsleitung der Nazipartei richtete am 1. Januar 1931 eine Wirtschaftspolitische Abteilung ein. Als ihr Leiter, Otto Wilhelm Wagener¹⁰⁶, in einigen programmatischen Ausarbeitungen Maßnahmen empfahl, die einer gewissen Beschneidung der Profitquellen des Monopolkapitals gleichkamen, wurden diese wieder zurückgezogen, nachdem August Heinrichsbauer, ein Vertrauensmann der Montanindustrie, Einspruch erhoben hatte. Zur Mitarbeit in der Wirtschaftspolitischen Abteilung wurden hauptamtliche Konzernmanager herangezogen, u. a. Ernst Rudolf Fischer (IG Farbenindustrie), Hans von Lucke (Vereinigte Hüttenwerke Gleiwitz) und Hermann Corde-Mann (Siemens-Schuckert-Konzern).

1931 wurde Walther Funk (Hauptschriftleiter des Handelsteils im führenden Finanzblatt „Berliner Börsenzeitung“ und späterer Reichswirtschaftsminister) zu einem der wichtigsten Verbindungsmänner zwischen der Industrie und der NSDAP. W. Funk drängte den Einfluß G. Feders als bisherigem Wirtschaftsberater Hitlers zurück und legte weniger Gewicht auf die „soziale“ Propaganda.¹⁰⁷ Er gab für etwa 60 außerordentlich gut zahlende Abonnenten den „Wirtschaftspolitischen Informationsdienst der NSDAP“ heraus. W. Funk nannte vor dem Nürnberger Militärgerichtshof u. a. fol-

¹⁰⁵ Die Rote Fahne, 11.6.1931.

¹⁰⁶ Siehe: Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. H. A. Turner jr., Frankfurt (Main) – Berlin (West) – Wien 1978.

¹⁰⁷ Siehe E. Czichon, S. 20 ff.

gende Konzerne und deren Vertreter als aktive Förderer der Hitler-Bewegung: August Diehn (Geschäftsführer des Deutschen Kalisyndikats), Carl Duisberg (Aufsichtsratsvorsitzender der IG Farben), Otto Christian Fischer (Vorstandsmitglied der Reichs-Kredit-Gesellschaft), Jacob Herle und Ludwig Kastl (Mitglieder des Präsidiums des *RDI*), Eduard Hilgard und Kurt Schmitt (Vorstandsmitglieder der Allianz-Versicherungsgesellschaft), Hermann Kellermann (Vorstandsmitglied der Gutehoffnungshütte), Peter Klöckner (Inhaber des Klöckner-Konzerns), Heinrich Gustav Knepper, Ernst Poensgen, F. Thyssen und A. Vögler (führende Vorstandsmitglieder der Vereinigten Stahlwerke AG), G. Krupp von Bohlen und Halbach (Aufsichtsratsvorsitzender der Friedrich Krupp AG), Friedrich Reinhart (Vorstandsmitglied der Commerz- und Privat-Bank-AG), August Rosterg (Vorstandsmitglied der Wintershall AG), Emil Georg von Stauß (Direktor der Deutschen Bank), Ernst Tengelmann (Generaldirektor der Essener Steinkohlen AG) und Ludwig von Winterfeld (Vorstandsmitglied der Siemens & Halske AG). Außerdem traten auch Vertreter des internationalen Finanzkapitals, wie Henry Deterding, H. Ford und Ivar Kreuger, mit Überweisungen größerer Summen an die NSDAP in Erscheinung.

O. Dietrich bestätigte später ungewollt in seinen Berichten über die Reisen Hitlers die Bedeutung des Jahres 1931 für das Bündnis vor allem zwischen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie und Hitler. Die Reisen und Aussprachen dienten dazu, den Charakter der NSDAP als einer Partei des deutschen Imperialismus und als einer funktionsfähigen Waffe gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung nachzuweisen und die notwendige Diskrepanz zwischen ihren Zielen und ihrer sozialen Demagogie zu erläutern. Vor allem ging es um die Beantwortung der Frage, wie die NSDAP-Führung zum Privateigentum an den Produktionsmitteln steht und was Hitler zu tun in der Lage ist, wenn sich der Massenanhang infolge der Nichterfüllung aller sozialen Versprechungen auflöst. Hitler nahm dazu auch gegenüber Richard Breiting Stellung, der als Chefredakteur der einflußreichen „Leipziger Neuesten Nachrichten“ und Politiker der *↑ DVP* gerade darüber im Frühjahr 1931 ausführlich mit dem Faschistenführer sprach.¹⁰⁸ In diesem Sinne schrieb z. B. der Gauleiter von Sachsen, Martin Mutschmann, an einen Fabrikbesitzer: „Lassen Sie sich doch nicht immer durch die Schlagworte ‚Nieder mit dem Kapitalismus!‘, die wir auf unsere Plakate schreiben, verwirren. Diese Schlagworte sind notwendig. Sie müssen wissen, mit der Losung ‚Deutschnational oder National‘ allein würde es nie möglich sein, unser Ziel zu erreichen. Wir müssen die Sprache der verbitterten sozialistischen Arbeiter sprechen, sonst werden sich diese nie bei uns zu Hause fühlen. Aus diplomatischen Gründen können wir nicht mit unserem wirklichen Programm herauskommen, ohne dessen Durchführung von vornherein unmöglich zu machen.“¹⁰⁹

Mit Unterstützung der extrem reaktionären Vertreter des Monopolkapitals¹¹⁰ erstarkte die Nazibewegung im Jahre 1931 weiter, wodurch sich wiederum der Faschisierungskurs des deutschen Finanzkapitals verstärken konnte. NSDAP und *DNVP* konzentrierten sich dabei zunächst auf die Beseitigung der sozialdemokratisch geführten Koalitionsregierung in Preußen. Sie hofften bei den Neuwahlen, die durch einen Volksentscheid über die Auflösung des preußischen Landtages erzwungen werden sollten, einen ähnlichen Erfolg wie im September 1930 erringen zu können. Das Scheitern des Volksentscheides hielt die weitere Vergrößerung des faschistischen Einflusses nicht auf.

Am 9. Juli 1931 konferierten Hugenberg und Hitler über den Zusammenschluß der „nationalen Opposition“ und stellten sich das Ziel, den Endkampf gegen die Weimarer Republik zu beginnen. Den Nazis gelang es, die *DNVP* in immer größere Abhängigkeit von der faschistischen Bewegung zu bringen. Innerhalb der „nationalen Opposition“ veränderte sich das Kräfteverhältnis zugunsten der NSDAP. Das zeigte sich auch in der *Harzburger Front*, die am 11. Oktober 1931 gebildet wurde. In Bad Harzburg fanden sich nach der Umbildung der Regierung Brüning vom 9. Oktober 1931 die

¹⁰⁸ Siehe Edouard Calic: Ohne Maske. Hitler – Breiting. Geheimgespräche 1931, Frankfurt (Main) 1968, S. 34 ff.

¹⁰⁹ Zit. in: Hans-Gerd Schumann: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront“, Hannover-Frankfurt (Main) 1958, S. 45 f.

¹¹⁰ Siehe dazu auch den informativen Artikel von Kurt Gossweiler: Sie setzten auf die Nazis als Rammbock zur Zerstörung der Weimarer Republik. Die „Weißwäsher“ der Industriellen lieferten selbst den Schuldbeweis. In: Die Tat. Antifaschistische Wochenzeitung, Nr. 4 vom 28.1.1983, Sonderausgabe.

Vertreter der NSDAP, der ↑ *DNVP*, des ↑ *Stahlhelm*, des ↑ *ADV*, des ↑ *RLB*, der ↑ *Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands* sowie eine Reihe anderer führender Persönlichkeiten der Reaktion zusammen, um einen raschen und unmittelbaren Übergang zur faschistischen Diktatur zu fordern. Die NSDAP stimmte zwar der „gemeinsamen“ Erklärung zu, da sie noch auf den deutsch-nationalen Bündnispartner angewiesen war, ließ jedoch deutlich erkennen, daß sie einen absoluten Macht- und Führungsanspruch erhob. Hitler beachtete in Bad Harzburg demonstrativ nur den Vorbeimarsch der SA. Der „VB“ veröffentlichte am 13. Oktober sogar ein eigenes „Großes Manifest“ über die *Harzburger Front*. Ihren Führungsanspruch machten die Nazis mit der Losung „Alles oder nichts“ deutlich, hinter der die Forderung steckte, Hitler zum Reichskanzler zu machen und nicht mit irgendeinem Ministerposten zu betrauen.

Am 17. und 18. Oktober 1931 ließ die NSDAP-Führung noch ein eigenes Treffen der SA-Gruppe Nord in Braunschweig durchführen. Über 100.000 SA- und SS-Angehörige marschierten zu einer Kundgebung auf, die als Ersatz für die 1930 und 1931 ausgefallenen Reichsparteitage bezeichnet wurde. Hitler verkündete, daß er die letzten SA-Standarten vor seiner Machtübernahme (!) weihe. Bei Überfällen auf Braunschweiger Arbeiterviertel wurden 3 Arbeiter ermordet und über 50 schwer verletzt. W. Frick begründete in einer Fraktionssitzung das Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien mit rein taktischen Erwägungen. J. Goebbels verkündete am 21. Oktober 1931 im „Angriff“: „Harzburg war taktische Teilstation, Braunschweig aber die Proklamation des unveränderlichen Endzieles.“ Kurze Zeit später fiel die *Harzburger Front* auseinander. Der Versuch, die verschiedenen Strömungen im Lager der rechtsextremen Kräfte zu vereinheitlichen und zu einer faschistischen Front zusammenzufassen, war mißlungen. Als das Mißtrauensvotum von NSDAP und *DNVP* zum Sturz der Regierung Brüning vom Reichstag nicht angenommen wurde, warf Hugenberg dem Naziführer vor, die Spaltung der „nationalen Opposition“ habe die Möglichkeit vereitelt, in den „gemeinsamen Besitz der Macht“ zu kommen.¹¹¹ Hitlers abermalige Beteuerung der Legalitätstaktik von Ende 1931 richtete sich in erster Linie an jene Teile des Monopolkapitals, die der Nazipartei noch mißtrauisch gegenüberstanden, aber auch gegen bestimmte Kräfte in der NSDAP, die die *Harzburger Front*, den Braunschweiger Aufmarsch sowie die Niederlage im Reichstag anlässlich der Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen Brüning zum Aufleben erneuter putschistischer Absichten benutzten. Mitte November 1931 wurden die Boxheimer Dokumente bekannt, die detaillierte Terrormaßnahmen beschrieben, mit denen die Faschisten nach der Machtübernahme zu regieren gedachten. Hitler mußte sich zwar von diesen Plänen distanzieren, ihr Verfasser Werner Best genöß jedoch später hohes Ansehen und brachte es bis zum Reichskommissar im okkupierten Dänemark.

Den extrem reaktionären Teilen des deutschen Monopolkapitals gelang es im Oktober 1931 noch nicht, sich gegen die das Kabinett Brünings stützenden Kräfte durchzusetzen. W. Funk vermochte am 16. Oktober 1931 auch den ↑ *Deutschen Herrenklub (DHK)* nicht von der Notwendigkeit einer Kanzlerschaft Hitlers zu überzeugen. Daraufhin setzte Hitler den Aktionär der Chemischen Werke Odin GmbH, Wilhelm Keppler, als neuen Wirtschaftsberater der NSDAP ein. Hitler übernahm selbst den Vortrag, den eigentlich W. Funk vor dem Düsseldorfer Industrieklub halten sollte.¹¹² Hitlers Vortrag und die Veranstaltung vom 26. Januar 1932 wurden zu einem Höhepunkt in der Zusammenarbeit der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie mit der faschistischen Nazipartei.

Die Veranstaltung, zu der wesentlich mehr Gäste als bei anderen Zusammenkünften des Industrieklubs erschienen, war von F. Thyssen vorbereitet worden und endete mit „stürmischem, langanhaltendem Beifall“.¹¹³ F. Thyssen bekannte sich auf der Versammlung erneut als Anhänger der NSDAP. Später schrieb er: „In Auswirkung der Ansprache, die einen tiefen Eindruck hinterließ, flossen dem Schatzmeister der Nazipartei eine Reihe größerer Beiträge aus schwerindustriellen Kreisen zu.“¹¹⁴ Mit Begeisterung wurden Hitlers Worte aufgenommen: „Es ist ein Widersinn, wirt-

¹¹¹ ZStA Potsdam, DVP, Nr. 124, Bl. 117.

¹¹² Siehe E. Czichon, S. 26 f.

¹¹³ Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrieklub Düsseldorf am 27. Januar 1932, München o. J., S. 31.

¹¹⁴ F. Thyssen, S. 101.

schaftlich das Leben auf dem Gedanken der Leistung, des Persönlichkeitswertes, damit praktisch auf der Autorität der Persönlichkeit aufzubauen, politisch aber diese Autorität der Persönlichkeit zu leugnen und das Gesetz der größeren Zahl, die Demokratie, an dessen Stelle zu schieben ... Der politischen Demokratie analog ist auf wirtschaftlichem Gebiet aber der Kommunismus.“

Die Vorstellungen Hitlers über die Diktatur entsprachen den Wünschen der Industriellen von Rhein und Ruhr wie auch das Versprechen: „... wir haben den unerbittlichen Beschluß gefaßt, den Marxismus bis zur letzten Wurzel in Deutschland auszurotten.“¹¹⁵

Einen Tag später konferierten die drei Direktoren des Stahltrusts F. Thyssen, E. Poensgen und A. Vögler mit Hitler, H. Göring und E. Röhm über die Bildung einer Regierung, in der die entscheidenden Positionen von Nationalsozialisten besetzt werden sollten. Zahlreiche andere Einzelberatungen zwischen Großindustriellen und Naziführern folgten.

Im Jahre 1932 formierte W. Keppler, der über gute Beziehungen vor allem zu den Ruhrindustriellen – u. a. auch zu Friedrich Flick – verfügte, den Freundeskreis der Wirtschaft (den späteren Freundeskreis Himmler), dem zunächst folgende Repräsentanten des deutschen Monopolkapitals angehörten: H. Schacht, Kurt von Schröder (Teilhaber des Privatbankhauses J. H. Stein und Mitglied des Aufsichtsrates bei der Charlottenhöhe AG, die zum Flick-Konzern gehörte), A. Rosterg, Gottfried Graf von Bismarck-Schönhausen, Otto Steinbrinck (Bevollmächtigter des Flick-Konzerns in Berlin), A. Vögler, Ewald Hecker (Aufsichtsratsmitglied der Ilseder-Hütte), Emil Helfferich (Vertreter der Hamburg-Amerika-Linie), Erich Meyer (Direktor der Dresdener Bank), F. Reinhart und Rudolf Bingel (Vorstandsmitglied der Siemens-Schuckert-Werke AG).¹¹⁶

In der Zeit der Vorbereitung und Durchführung der im Frühjahr 1932 fälligen Reichspräsidentenwahlen traten die Nazifaschisten und die Deutschnationalen als feindliche Brüder auf, wobei der Einfluß der letzteren immer mehr zurückging. Als Anfang 1932 Brüning und Wilhelm Groener die Faschisten um Zustimmung zu dem Plan einer Amtsverlängerung für Hindenburg durch den Reichstag ersuchten, schwankte Hitler bei den Gesprächen vom 6. und 7. Januar, während Hugenberg die Zustimmung mit der Forderung nach Entlassung Brünings verband und damit den Plan ablehnte. Die „nationale Opposition“ präsentierte schließlich gegen Hindenburg gleich zwei Kandidaten: den zweiten Vorsitzenden des *Stahlhelm*, Th. Duesterberg, und Hitler. Letzterer, der rasch mit einer Ernennung zum braunschweigischen Regierungsrat eingebürgert wurde¹¹⁷, erhielt im ersten Wahlgang 11,3 Mill. Stimmen, im zweiten Wahlgang vom 10. April 1932 13,4 Mill. Das war eine Verdoppelung im Verhältnis zu den Reichstagswahlen von 1930, die von der nunmehr unmittelbar drohenden Gefahr eines faschistischen Machtantritts kündete. Nur die KPD erkannte die gefährliche Situation und verstärkte im Frühjahr 1932 ihren heldenhaften antifaschistischen Kampf, der seine Krönung in der Antifaschistischen Aktion fand.

Die nicht bzw. noch nicht an der Machtübergabe an die Faschisten interessierten Kräfte nutzten den Wahlsieg Hindenburgs (18,6 und 19,3 Mill. Stimmen) aus, um auf die Naziartei einen Druck auszuüben, der sie zur Aufgabe ihres absoluten Führungsanspruches zwingen sollte. Am 13. April 1932 erließ Hindenburg eine Notverordnung gegen die SA und SS. Das Verbot, das außerdem dem antifaschistischen Kampf der Arbeiterklasse ein gewisses Ventil schaffen sollte, entsprach den Interessen auch der profaschistischen Kräfte, die zwar die Massenbasis der NSDAP ausnutzen, dieser aber nicht die alleinige Führung übertragen und Hitler unter Kontrolle halten wollten. Das Verbot wurde sehr inkonsequent gehandhabt und lief letztlich nur darauf hinaus, nicht uniformiert auftreten zu können. Die Führung der Naziartei war sogar vor dem Beginn der polizeilichen Aktionen informiert worden.¹¹⁸ Schleicher verhandelte mit W.-H. von Helldorff, E. Röhm und H. Himmler und am

¹¹⁵ Vortrag Adolf Hitlers, S. 10 f. und 28.

¹¹⁶ Siehe Klaus Drobisch: Der Freundeskreis Himmler. Ein Beispiel für die Unterordnung der Naziartei und des faschistischen Staatsapparates durch die Finanzoligarchie. In: ZfG, 1960, H. 2, S. 309 ff.

¹¹⁷ Die Ernennung erfolgte, nachdem die Versuche gescheitert waren, Hitler als Gendarmeriewachtmeister von Hildburghausen und als Professor für angewandte Pädagogik an der Technischen Hochschule Braunschweig in ein Beamtenverhältnis zu bringen.

¹¹⁸ Siehe Joseph Goebbels: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1934, S. 79. Siehe auch K. Schützle, S. 175.

8. Mai 1932 auch mit Hitler über die Beteiligung der NSDAP an der nächsten Regierung. In den Verhandlungen wollte er zumindest eine Tolerierung des geplanten Übergangskabinetts durch die Faschisten erreichen.

Die reaktionärsten Teile des deutschen Imperialismus und Militarismus nahmen das Verbot zum Anlaß, W. Groener als Reichswehrminister zu stürzen und das Kabinett Brüning endgültig zu beseitigen. Die Reichstagsfraktion der Faschisten lieferte dazu am 10. Mai den notwendigen Rahmen, indem sie mit Beschimpfungen, Gelächter und Tumult W. Groeners Erklärungen zum SA- und SS-Verbot und seinen Plan zur Schaffung einer neuen großen „nationalen Organisation“ wirkungslos machte. Die am 1. Juni 1932 erfolgte Bildung der Regierung Papen bedeutete einen weiteren Schritt auf dem Wege des deutschen Monopolkapitals zur faschistischen Diktatur. Papens Aufgabe bestand darin, die Präsidialregierung, die bisher vom *Zentrum* getragen und von der *SPD* toleriert worden war, auf eine Unterstützung durch die NSDAP umzustellen. Damit sollte eine Sammlung der konterrevolutionären Kräfte herbeigeführt werden. Papen schien dafür geeignet, weil er trotz des erzwungenen Austritts aus dem *Zentrum* vielfältige Beziehungen zu den verschiedensten Gruppen der herrschenden Klasse besaß. Die anfängliche Duldung des neuen Kabinetts durch die Faschisten erkaufte Schleicher mit dem Eingehen auf die Forderungen der NSDAP. Diese verlangte eine möglichst rasche Neuwahl des Reichstages, welcher der Volksstimmung entspräche, und die alsbaldige Aufhebung des SA-Verbots. Schleicher versprach darüber hinaus eine die NSDAP befriedigende Lösung in den Auseinandersetzungen um die Bildung einer neuen Regierung in Preußen. Die Erfüllung der Versprechen ließ nicht lange auf sich warten. Am 4. Juni wurde der Reichstag aufgelöst, die neuen Wahlen mußten angesichts des Trends bei den vorangegangenen Wahlen allein den Faschisten Vorteile bringen. Wenige Tage später konnten die Nazis erstmalig den Rundfunk für ihre Propaganda benutzen. Am 14. Juni erfolgte die Aufhebung des SA- und SS-Verbotes. Der faschistische Terror war wieder legalisiert. Sofort stieg die Zahl der ermordeten revolutionären Arbeiter, fanden neue Terroraktionen gegen das werktätige Volk statt. H. Göring befahl der SA, nunmehr Waffen zu tragen. In den ersten vier Wochen nach Aufhebung des SA-Verbotes fielen insgesamt 99 Menschen den faschistischen Bluttaten zum Opfer, weitere 1125 wurden verletzt. Insbesondere der Blutsonntag vom 17. Juli in Altona war eine faschistische Demonstration von Mord und Terror sowie der zu erwartenden Methoden einer Hitler-Regierung. Einige Jahre später hatte der „Führer“ die Stirn zu behaupten: „Auf dem Wege unserer Bewegung liegt nicht ein einziger von uns ermordeter Gegner. Nie kämpften wir mit diesen Waffen.“¹¹⁹ Im August 1932 nannte er jedoch die Mörder von Potempa, die wegen der planmäßigen und besonders grausamen Ermordung eines kommunistischen Bergarbeiters zum Tode verurteilt werden mußten, seine „Kameraden“ und versicherte ihnen: „Eure Ehre ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre.“ Die Justiz der Weimarer Republik unterstützte weitgehend den faschistischen Terror und richtete ihre ganze Kraft gegen die KPD. Im Zeitraum vom 1. Mai bis zum 1. August 1932 erhielten 472 Nationalsozialisten wegen politischer Vergehen lediglich Freiheitsstrafen in Höhe von 110 Jahren und 3 Monaten, dagegen wurden 396 Antifaschisten zu 774 Jahren und 9 Monaten Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt.

Der Staatsstreich vom 20. Juli 1932, der die legale preußische Regierung unter Otto Braun beseitigte und den Staatsapparat weiter zentralisierte, war ein wichtiger Schritt im Prozeß der Faschisierung. In gewisser Weise ging es um eine Art Generalprobe für die Machtübertragung an die NSDAP.^{119a} Mit der preußischen Polizei wurde den rechten SPD-Führern ein Instrument aus den Händen genommen, das im Rahmen einer proletarischen Einheitsfront gegen den Faschismus von großer Bedeutung hätte sein können. Die Faschisten boten der Reichswehr ihre Unterstützung beim Staatsstreich an, falls es zu Komplikationen mit der Arbeiterklasse kommen sollte. H. Göring erklärte, daß jeweils 30.000 bis 50.000 SA-Männer in Berlin, Stettin und Frankfurt (Oder) sofort in Marsch gesetzt werden könnten. Die NSDAP-Führer waren mit der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen einverstanden, weil sie sich von den erneuten Reichstagswahlen (31. Juli 1932) eine absolute Mehrheit, das Reichskanzleramt und damit auch den entscheidenden Einfluß in Preu-

¹¹⁹ Erklärung Hitlers vom 13.2.1936. In: E. J. Gumbel: Vom Fememord zur Reichskanzlei, Heidelberg 1962, S. 82.

^{119a} Siehe Joachim Petzold: Generalprobe für Hitler. Illustrierte historische Hefte, H. 24, Berlin 1980.

ßen erhofften. J. Goebbels schrieb am 4. Juni 1932 in sein Tagebuch: „Auf jeden Fall müssen wir die Verantwortung entweder ganz oder gar nicht übernehmen.“¹²⁰

Die NSDAP versprach sich von der Tolerierung der Papen-Regierung die Erfüllung ihrer drei wichtigen Forderungen, von denen sie sich die rasche Errichtung der offenen terroristischen Diktatur des deutschen Imperialismus erhoffte. Ihre Forderung, selbst an der Spitze der Diktatur zu stehen, kleidete sie erneut in die taktische Formel „Alles oder nichts“, womit wiederum der Reichskanzlerposten für Hitler gemeint war. Der Kampf der Antifaschistischen Aktion sowie die weiter bestehenden Gegensätze zwischen den beiden großen Monopolfractionen und innerhalb ihrer jeweiligen politischen Organisationen erlaubten der herrschenden Klasse im Sommer 1932 noch nicht, das faschistische Regime zu errichten. Die Regierung Papen unterstützte die Faschisten und leitete eine neue Offensive gegen das werktätige Volk ein, wurde aber bald von der NSDAP nicht mehr toleriert. J. Goebbels hat die Gründe für diese Entscheidung seiner Partei offen dargelegt: „Er (gemeint war der Innenminister Papens, M. W.) muß weg, sonst wachsen die Roten ihm und uns über den Kopf. Das soll auch bei der Wahlpropaganda beachtet werden. Es liegt an uns, uns möglichst schnell aus der kompromittierenden Nachbarschaft dieser bürgerlichen Halbstarken zu verdrücken. Sonst sind wir verloren.“¹²¹

Im Sommer 1932 gelang es den Nazis, in den Landesregierungen von Oldenburg, Mecklenburg-Strelitz, Anhalt und Thüringen dominierende Positionen zu erringen. Die Verdoppelung der Stimmen bei den Wahlen vom 31. Juli 1932 gegenüber 1930 wurde von den Faschisten laut gefeiert. Die NSDAP erreichte ihren bis dahin größten Einfluß auf die Massen¹²², obwohl sich bereits ein Ende des Stimmenzuwachses gegenüber den Wahlen vom April 1932 bemerkbar machte. Diese Stagnation erschwerte es den faschistischen Kräften, ihre weiteren Pläne so schnell auszuführen, wie sie es nach ihren bisherigen Siegen und nach dem 20. Juli 1932 erhofft hatten. „Wir müssen an die Macht ... Wir müssen jetzt an die Macht“, schlußfolgerte J. Goebbels aus dem Wahlergebnis.¹²³

In den Verhandlungen über die Bildung einer Regierung von Anfang August stellte sich neben den unterschiedlichen Auffassungen darüber, wie dem Anwachsen der Antifaschistischen Aktion am wirksamsten und mit dem geringsten Risiko zu begegnen wäre, die Besetzung des Kanzlerstuhles als wichtigste Frage heraus, über die jedoch keine Einigung erzielt werden konnte. Die taktischen Konzeptionen der großen Monopole hatten sich zwar im Sommer 1932 einander weiter genähert, aber in der Frage, wer die Führung im Kampf gegen die Arbeiterklasse und bei der profitablen Vorbereitung eines neuen Krieges übernehmen sollte, gab es nach wie vor entscheidende Gegensätze. Darin ist der gesellschaftliche Hintergrund der Entscheidung vom 13. August 1932 zu sehen. Hitler lehnte an diesem Tage in einem Gespräch mit Hindenburg den angebotenen Posten eines Vizekanzlers ab. Der Eintritt in eine nicht von der breiten Zustimmung des Volkes getragene Regierung hätte die Wähler der NSDAP gegen ihre Führung aufgebracht, den Faschismus vorzeitig sozial entlarvt und ihm jeden weiteren Zugang zu neuen Wählerschichten versperrt.¹²⁴ Die Differenzen betrafen also im Kern die Anwendung der für den deutschen Imperialismus und Militarismus zweckmäßigsten Methoden und das Tempo der Faschisierung. Die NSDAP und die unmittelbar hinter ihr stehenden Monopolisten konnten sich in diesen Wochen selbst mit der Drohung eines Staatsstreiches nicht durchsetzen. Hitler mußte den von E. Röhm an die SA gegebenen Geheimbefehl, der einen Marsch auf Berlin und die Verhaftung der Arbeiterführer vorsah, wieder aufheben. Die aufgeputschte und jetzt enttäuschte SA wurde von Hitler nach dem ergebnislosen 13. August für zwei Wochen in Urlaub geschickt.¹²⁵

¹²⁰ J. Goebbels, S. 106.

¹²¹ Ebenda, S. 111 und 116.

¹²² Zum Anteil der NSDAP bei den Reichstagswahlen von 1924 bis 1933 und seiner regionalen Struktur siehe: Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten. Hrsg. Ernst Deuerlein, München 1974, S. 427 ff.

¹²³ J. Goebbels, S. 135 und 137.

¹²⁴ Siehe K. Pätzold/M. Weißbecker, S. 178.

¹²⁵ Siehe Edgar von Schmidt-Pauli: Hitlers Kampf um die Macht. Der Nationalismus und die Ereignisse des Jahres 1932, 2. Aufl., Berlin o. J., S. 96.

9. Der Weg zum 30. Januar 1933

Die Papen-Regierung erwies sich bald als unfähig, den antifaschistischen Kampf einzudämmen. Ihre soziale und politische Offensive gegen das werktätige Volk stieß auf eine im Frühherbst ansteigende Streikwelle. Der raschen Zuspitzung der politischen Krise setzten die reaktionärsten Teile des Finanzkapitals den Kurs auf eine wesentliche Beschleunigung des Faschisierungsprozesses entgegen. Jedoch erforderte auch die innere Entwicklung der NSDAP eine solche Veränderung des Tempos, da ihre Massenbasis zu zerbröckeln begann und die Bewegung in eine tiefere Krise geriet. Unter dem Einfluß des erfolgreichen Kampfes der Antifaschistischen Aktion begannen manche der verblendeten Mitläufer den wahren Charakter der faschistischen Partei zu erkennen. Andere Teile der NSDAP-Mitglieder resignierten und gaben die Hoffnung auf, daß ihre Partei jemals die demagogischen Phrasen über die Linderung der Not und über die soziale Befreiung verwirklichen werde.

Die Enttäuschung zahlreicher aufgeputschter Anhänger verdichtete sich nach dem 13. August 1932 zu einer neuen innerparteilichen Opposition. Diese blieb zwar zahlenmäßig recht klein, doch besagte allein ihre Existenz, daß unter sich verschlechternden Umständen auch eine Massenabkehr von der Nazibewegung möglich war.¹²⁶ Anfang September 1932 spaltete sich eine Gruppe von der NSDAP ab, die sich den Namen *Deutsch-Sozialistische Arbeiterpartei* gab und unter Führung von Arno Franke und Wilhelm Kluthe stand. Ihr Ziel war es, die Massen aufzufangen, die „an die Worte der Führer (der NSDAP, M. W.) nicht mehr glauben könnten“. ¹²⁷ Ferner entstand in Hamburg eine *Völkisch-sozialistische Freiheitsbewegung Großdeutschlands*, in Oldenburg formierte sich die *Deutsch-revolutionäre Freiheitspartei*. Insgesamt splitteten im Herbst 1932 zwölf Oppositionsgruppen ab, deren Anhängerschaft auf 4000 geschätzt wurde. Ganze Ortsgruppen der NSDAP lösten sich auf. Austritte und Ausschlüsse häuften sich, zahlreiche „Führer“ wurden abgesetzt. Allein der Gau Hessen meldete 1600 Austritte, denen nur 220 Neuaufnahmen gegenüberstanden. Auch in der SA und in der HJ offenbarten sich zunehmende Zersetzungserscheinungen. Höhepunkt dieser Krise der NSDAP war schließlich das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 6. November. Die Faschisten verloren ca. 2 Mill. Stimmen. Bei den Gemeindewahlen vom 4. Dezember in Thüringen, dem „Trutzgau des Führers“, fielen im Verhältnis zu den Ergebnissen vom 31. Juli 1932 sogar 40% der Wähler von der NSDAP ab.¹²⁸ Der faschistische Erfolgsnimbus war zerstört, ein rascher Schwund des Massenanhangs der Nazipartei rückte in den Bereich des Möglichen.

Die Krise und die innerpolitischen Auseinandersetzungen in der NSDAP führten auch zu den zahlreichen Veränderungen in der Struktur der Reichsleitung. Der strukturellen Ordnung vom 31. August 1931, mit der die im Laufe der Jahre entstandene Zweiteilung des gesamten Apparates nach seinen organisatorisch-koordinierenden und kontrollierenden Funktionen bestätigt wurde, folgte im Juni 1932 die Verschmelzung der beiden Reichsorganisationsämter in G. Strassers Hand, was den Einfluß der von ihm verkörperten Richtung zu verstärken schien. Der Apparat erlebte Ende September und Anfang Oktober 1932 seine erste Umwandlung. G. Strassers Hauptabteilung III schrumpfte zusammen und konnte die von ihr geforderte „Generalstabsarbeit“ und Tätigkeit als „wissenschaftliches Laboratorium“ der Partei nicht erfüllen. Die Größe der Krise in der NSDAP wurde auch durch die Veränderungen in der Struktur der Reichsleitung im Dezember 1932 sichtbar. Die Anlehnung an den Aufbau des Staatsapparates wurde nunmehr fast völlig aufgehoben, statt dessen dominierten die Kontroll- und Überwachungsinstanzen. Die Politische Zentralkommission erhielt lediglich die Aufgabe, die Parteiämter zu beraten, alle parteiamtlichen Mitteilungen zu überwachen, alle Anträge der nationalsozialistischen Fraktionen in den Länderparlamenten und Gemeinden (mit Ausnahme des Reichstags, des preußischen und bayerischen Landtags) und alle Anträge bezüglich der Beteiligung an Streiks und Aussperrung zu überprüfen.¹²⁹

In der krisengeschüttelten Partei entwickelten sich scharfe Auseinandersetzungen. Die Vertreter zweier unterschiedlicher taktischer Konzepte standen sich hinsichtlich der Frage gegenüber, wie der

¹²⁶ Siehe W. Ruge: Das Ende von Weimar, S. 274.

¹²⁷ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 25795, Bl. 25.

¹²⁸ Ebenda, Nr. 26071, Bl. 382 und 269 sowie Nr. 26093, Bl. 354.

¹²⁹ W. Schäfer, S. 20 ff. und ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 26133, Bl. 339.

Ausweg aus dieser Krise gefunden werden könnte. G. Strasser war der Repräsentant jenes Teiles der NSDAP, der die Zerfallstendenzen innerhalb der nationalsozialistischen Anhängerschaft mit Hilfe einer verstärkten Anwendung der sozialen und „sozialistischen“ Demagogie zu bekämpfen trachtete und der – im Sinne der Forderung, daß „etwas geschieht“ – mit den Konkurrenten im Kampf um die Macht zu verhandeln bereit war. G. Strasser hatte mit seiner Reichstagsrede vom 10. Mai 1932 eine Propagandaaktion eingeleitet, die von der „antikapitalistischen Sehnsucht“ des deutschen Volkes ausging. Im Gegensatz zu H. Göring und J. Goebbels wollte die Gruppe um G. Strasser die Gespräche mit dem ↑ *Zentrum* vom August 1932 nicht nur als Druckmittel und als Drohung gegen Hindenburg und Papen aufgefaßt wissen. Die Bereitschaft zu Verhandlungen, die das ↑ *Zentrum* bereits am 2. August hatte erkennen lassen, kam jedoch allen Richtungen innerhalb der NSDAP entgegen, weil so eine Auflösung des Reichstages und neue, für sie geringeren Erfolg versprechende Wahlen vermieden werden konnten. Die Faschisten beteuerten in dieser Zeit sogar ihre angebliche Anerkennung parlamentarischer Arbeit, insbesondere H. Göring, der am 30. August mit Unterstützung des *Zentrums* Reichspräsident geworden war. Die *KPD* zwang sie, unter dem Druck der Massen am 12. September 1932 den Mißtrauensantrag gegen die Regierung Papen aktiv zu unterstützen. Der Reichstag wurde daraufhin aufgelöst.

Auf einer Sportpalastkundgebung der Vertreter der Berliner *NSBO* richtete G. Strasser im Oktober 1932 ein offenes Angebot zu gemeinsamen Verhandlungen an die *DNVP* und die freien Gewerkschaften¹³⁰, das der politischen Konzeption Schleichers entsprach. Gegen diesen Kurs setzten die reaktionären rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen alle Hebel in Bewegung. H. Schacht, führender Sprecher dieser Kräfte, riet in einem Brief vom 29. August 1932 an Hitler, auf dem bisherigen Standpunkt zu beharren und nicht „falschen Idolen“ nachzulaufen. Vor allem warnte er vor einem detaillierten Wirtschaftsprogramm, auf das die Nazipartei die 14 Mill. Anhänger doch nicht einigen könnte (!). Das war eine eindeutige Warnung vor möglichen putschistischen Reaktionen auf das Ergebnis vom 13. August, aber auch ein eindeutiger Hinweis darauf, daß es erst noch zu einer weiteren Einigung der politischen Gruppierungen des Monopolkapitals kommen müsse. Eine noch klarere Diktion hatte der Brief H. Schachts an Hitler vom 12. November 1932: „Ich hoffe, daß in den nächsten Tagen und Wochen die kleinen Unebenheiten, die bei der Propaganda notwendigerweise mit unterlaufen, nicht so stark sein werden, daß sie den Gegnern berechnete Gelegenheit zur Entrüstung geben.“¹³¹

Den Warnungen folgten konkrete Maßnahmen. Die durch die zahlreichen Wahlkämpfe sowie die kostspieligen vier Deutschlandflüge Hitlers¹³² erschöpften Kassen blieben leer, wovon die Klagelieder in J. Goebbels' Tagebuch zeugen. O. Strasser sprach von 12 Mill. RM Schulden.¹³³ Gleichzeitig nahmen die Proteste der Monopolpresse gegen den „sozialistischen“ Kurs der NSDAP zu, vor allem, als diese sich an einem von Kommunisten organisierten Streik der Berliner Verkehrsarbeiter zu beteiligen gezwungen sah. Die faschistischen Streikpläne hatten keinerlei Bedeutung für eine „braun-rote“ Einheitsfront zur Beseitigung der Weimarer Republik¹³⁴, sondern ausschließlich taktische Ursachen, die J. Goebbels offen dargelegt hat: „Wir befinden uns in einer keineswegs beneidenswerten Lage. Viele bürgerliche Kreise werden durch unsere Teilnahme am Streik abgeschreckt. Das ist aber nicht das Entscheidende. Diese Kreise kann man später sehr leicht wiedergewinnen; hat man aber den Arbeiter einmal verloren, dann ist er auf immer verloren.“¹³⁵

¹³⁰ Siehe Deutsche Zeitung, Nr. 248b vom 21.10.1932. Der „Angriff“ verschwieg in seinem Bericht über diese Veranstaltung am 24.10.1932 dieses Angebot.

¹³¹ Zit. in: J. Hellwig/W. Weiß, S. 75.

¹³² 3.-9.4., 16.-23.4., 15.-30.7. und 11.10. bis 4.11.1932.

¹³³ Otto Strasser: Exil, München 1958, S. 63. Indirekt bestätigt wurden am 4.12.1932 die finanziellen Schwierigkeiten durch den „VB“, der eine „Erklärung zu den Tendenzlügen über angebliche Kassenschwierigkeiten in der NSDAP“ veröffentlichte.

¹³⁴ Siehe Joachim Oltmann: Das Paradedepferd der Totalitarismustheorie. Der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter im November 1932. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1982, H. 11, S. 1374 ff.

¹³⁵ J. Goebbels, S. 192.

Den für den unmittelbaren Übergang zur faschistischen Diktatur nationalsozialistischer Prägung bedeutsamsten Anstoß gaben die reaktionärsten Kreise des deutschen Finanzkapitals im November 1932. Sie verstärkten ihren Druck auf Hindenburg in der Furcht, den richtigen Zeitpunkt für den Einsatz der NSDAP zu verpassen. Die mühsam aufgebaute Massenbasis, ohne die eine offene Diktatur des Imperialismus nicht errichtet werden konnte, begann zu zerbröckeln, und auf der anderen Seite wuchs ständig die Kraft der Antifaschisten unter Führung der KPD. Der Bankier K. von Schröder betonte in seinen Aussagen nach dem zweiten Weltkrieg, daß die Unterstützung der NSDAP nach dem 6. November 1932 „eine Sache von besonderer Dringlichkeit“ geworden sei.¹³⁶ Den stärksten Druck übten die extrem reaktionären Monopolherren mit der bekannten, in ziemlicher Eile fertiggestellten Eingabe an Hindenburg vom 19. November 1932 aus, in der die „Überwindung des Klassengegensatzes“ als eine „unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft“ postuliert und für diesen Zweck die „Übertragung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe“ gefordert wurde.¹³⁷ Unter diesem bedeutenden Dokument standen die Namen von H. Schacht, K. von Schröder, F. Thyssen, Eberhard Graf von Kalckreuth, F. Reinhardt, Kurt Woermann, Fritz Bendorff, Kurt von Eichborn, E. Helfferich, E. Hecker, Carl Vincent Krogmann, Erich Lübbert, Erwin Merck, Joachim von Oppen-Dannenwalde, Rudolf Ventzki, Franz Heinrich Witthoefft, A. Rosterg, Robert Graf von Keyserlingk-Cammerau, Kurt von Rohrmann und Engelbert Beckmann. A. Vögler, Paul Reusch und Fritz Springorum unterstützten die Eingabe, scheuten aber das Licht der Öffentlichkeit. Aber auch Chemie- und Elektro-Industrielle sowie G. Krupp von Bohlen und Halbach und Paul Silverberg¹³⁸ begannen, sich der Nazipartei zu nähern. Ende 1932 war die IG Farben bereit, 1 Mill. RM an die NSDAP zu zahlen, während sich C. Duisberg darüber im Juli 1932 noch ablehnend geäußert hatte.¹³⁹

Als Anfang Dezember 1932 G. Strasser Verhandlungen¹⁴⁰ mit dem inzwischen zum Reichskanzler berufenen Schleicher begann und sich mit der Funktion eines Vizekanzlers einverstanden erklärte, kam es in der Reichsleitung und der Reichstagsfraktion der NSDAP zum offenen Ausbruch der Krise. Die unterschiedlichen Strömungen in der Partei fanden keine gemeinsame Basis mehr. Etwa ein Drittel aller Abgeordneten stand in Opposition zur führenden Hitler-Göring-Gruppe, es unterlag jedoch in den offenen Auseinandersetzungen und Machtkämpfen. Hitler ließ sich in einer melodramatischen Szene von allen Unterführern wieder absolute Treue schwören und drohte: „Wenn die Partei einmal zerfällt, dann mache ich in 3 Minuten mit der Pistole Schluß.“ G. Strasser resignierte und legte am 7. Dezember alle seine Parteiämter nieder. Hitler übernahm das wichtige Amt des Organisationsleiters selbst. Der Abfall G. Strassers wurde den Mitgliedern zunächst als „Krankheitsurlaub“ verschleiert. Gleichzeitig nahm auch G. Feder „Urlaub“. Mit Hilfe vielfältiger Mittel konnte die Hitler-Clique die Opposition in der Partei relativ rasch niederschlagen. Das Vertrauen der Großindustriellen in die Fähigkeit Hitlers, mit antikapitalistischen Tendenzen fertig zu werden, festigte sich dadurch erneut.¹⁴¹

¹³⁶ Zit. in: Reinhard Kühnl: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1977, S. 174.

¹³⁷ Albert Schreiner: Die Eingabe deutscher Finanzmagnaten, Monopolisten und Junker an Hindenburg für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler (November 1932). In: ZfG, 1956, H. 2, S. 367.

¹³⁸ Zum profaschistischen Gesinnungsumschwung bei P. Silverberg siehe Reinhard Neebe: Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933. Paul Silverberg und Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981.

¹³⁹ Siehe E. Czichon, S. 50. Zu den Versuchen bürgerlicher Historiker, die Novemberpetition in Frage oder in Abrede zu stellen, siehe Joachim Petzold: Großbürgerliche Initiativen für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler. Zur Novemberpetition von 1932 des Keppler-Kreises deutscher Bankiers, Großindustrieller, Übersekaufleute und Großgrundbesitzer. In: ZfG, 1983, H. 1, S. 38 ff.

¹⁴⁰ Ablauf und Form dieser Gespräche liegen noch weitgehend im Dunkeln. Siehe Axel Schildt: Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt-New York 1981, S. 137.

¹⁴¹ Siehe Dirk Stegmann: Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933. In: Archiv für Sozialgeschichte, 1973, S. 660.

Die aggressivsten monopolkapitalistischen Kräfte organisierten nun die unmittelbare Übergabe der Regierungsgeschäfte an die NSDAP. Die Versuche der Regierung Schleicher, sich eine parlamentarische Basis – von G. Strasser bis zum *Zentrum* und sogar bis zu den Führern der reformistischen und der christlichen Gewerkschaften – für eine militärfaschistische Herrschaft zu verschaffen, waren trotz der teilweisen Tolerierungspolitik der bürgerlichen Parteien in der ersten Hälfte des Dezembers gescheitert. Als einzige relativ stabile Massenbasis kam im weiteren Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterklasse und gegen alle demokratischen Kräfte nur noch die nationalsozialistische Bewegung in Frage. Die Verhandlungen und Gespräche zwischen dem Reichspräsidenten und Vertretern aller Monopolfraktionen und Parteien häuften sich und beschäftigten sich immer konkreter mit der Zusammensetzung einer neuen Regierung unter der Kanzlerschaft Hitlers. Mit Hilfe Papens, der Hitler über die geheimen Gespräche Schleichers und G. Strassers informiert hatte, fand Hitler im entscheidenden Augenblick die Unterstützung aller jener Kreise der Industrie, die bisher der „sozialistischen“ Demagogie mißtraut und eine weitere Rückläufigkeit der faschistischen Bewegung befürchtet hatten. Papen schrieb am 10. Dezember 1932, unmittelbar nach der Ausschaltung von G. Strasser, einen Brief an Hitler, in welchem er sich mit den getroffenen Maßnahmen grundsätzlich einverstanden erklärte und ihm vorschlug, die Einzelheiten über die Bildung eines von der NSDAP geführten Kabinetts in einer persönlichen Begegnung zu regeln. Auf der Veranstaltung des *DHK* vom 16. Dezember 1932 plädierte Papen in aller Öffentlichkeit für neue Verhandlungen mit der NSDAP und erhielt von K. von Schröder faktisch den Auftrag, Gespräche mit den führenden Nazis vorzubereiten.¹⁴² Diese Aktivität der reaktionärsten Monopolherren und des Klüngels um Hindenburg führte direkt zu der entscheidenden Aussprache zwischen K. von Schröder, Papen und Hitler, die am 4. Januar 1933 in der Kölner Villa des Bankiers stattfand. Hier wurden die prinzipiellen Richtlinien für eine Koalition von NSDAP und *DNVP* unter der Führung Hitlers ausgehandelt. Der unheilvolle Pakt zwischen den reaktionärsten Vertretern der deutschen Monopolbourgeoisie und der NSDAP nahm konkrete und endgültige Gestalt an. Hitler und die Nazipartei waren nunmehr die politischen Exponenten einer Mehrheit unter den deutschen Monopolherren geworden.

Papen verhandelte wenige Tage später mit deutschnationalen Funktionären in Düsseldorf und Dortmund, mit den Großindustriellen F. Springorum und A. Vögler sowie mit Hindenburg. Hitler und Papen trafen sich erneut am 10. Januar in der Berliner Wohnung Joachim von Ribbentrops. Die Ergebnisse der sich beinahe überstürzenden Kette von Gesprächen zeigten sich rasch. Der *RLB* protestierte am 11. Januar bei Hindenburg gegen Schleichers Siedlungs-, Zoll- und Finanzpolitik, die nach seiner Meinung nur bewirken würde, daß „der Kleinbauer restlos der kommunistischen Hetze verfällt“.¹⁴³ Da der *RLB* stark unter deutschnationalem und nationalsozialistischem Einfluß stand, bedeutete sein Vorstoß eine Wiederbelebung der *Harzburger Front*, die den Nazifaschisten angesichts ihrer schwindenden Massenbasis nicht mehr verdammungswürdig erschien.

Nachdem noch am 2. Januar ein Steuerberater bei einem Berliner Finanzamt zu Protokoll gegeben hatte, die Partei könne die rückständigen Steuern nicht zahlen, standen für den Wahlkampf in dem kleinen Ländchen Lippe große Summen zur Verfügung. Damit konnte die NSDAP ihren Plan verwirklichen, hier am 15. Januar einen Prestigeerfolg zu erringen. J. Goebbels schrieb zu dieser Taktik in sein Tagebuch: „Alles hängt nunmehr vom Ausgang der Lipper Wahl ab. Wenn es uns gelingt, dort zum Erfolg zu kommen, dann wird das Kabinett stürzen.“¹⁴⁴ Das Ergebnis (39,5% gegenüber 34,7% vom 6. November 1932) wurde als ein Beweis der Brauchbarkeit der Partei für den deutschen Imperialismus hochgespielt: Die NSDAP habe gezeigt, daß sie den Rückgang ihrer Massenbasis aufhalten könne.

Im Schatten der erfolgreichen Verhandlungen über die Bildung einer Regierung unter Führung der Nazipartei wurden zugleich neue, wenn auch kleinere Unzufriedenheiten in der Partei unterdrückt. Hitler setzte sich am 14. Januar 1933 im „VB“ mit „Gerüchten“ in der NSDAP auseinander, er habe

¹⁴² Siehe Ulrike Hörster-Philipps: *Konservative Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Die Regierung Franz von Papen*, Köln 1981.

¹⁴³ Zit. in: K. Schützle, S. 204.

¹⁴⁴ J. Goebbels, S. 238.

die Partei an „die Wirtschaft“ verkauft, und bezeichnete sie als „erstunken und erlogen“. Zwei Tage vorher hatten E. Röhm und Hitler den SA-Gruppenführer von Mittelfranken, Wilhelm Stegmann, seiner Funktion enthoben, obwohl sich die ganze SA dieses Gaues zunächst hinter ihn stellte. Am 13. Januar 1933 mußte der „VB“ den Austritt des ehemaligen Bezirksleiters von Lippe aus der Partei bekanntgeben. Dieser hatte u. a. erklärt, „daß die Partei die parlamentarische Schlamperei fortsetze, statt das System von Weimar zu vernichten“. Er wandte sich ferner gegen das „Bonzentum“, gegen den „überhandnehmenden Byzantinismus“, gegen „die ständige Rivalität, die Intrigen, Verleumdungen, Bespitzelungen usw.“, die G. Strasser zum Verhängnis geworden seien.¹⁴⁵ Auf der Gauleitertagung vom 16. Januar 1933 in Weimar stand immer noch die Auseinandersetzung mit der Strasser-Richtung im Mittelpunkt.

Als Beweis für ihre Fähigkeit, sich trotz aller äußeren und inneren Probleme auf den Kampf um die „Ausrottung“ des gesamten Marxismus konzentrieren zu können, organisierte die NSDAP-Führung am 22. Januar 1933 einen provokatorischen Aufmarsch vor dem Berliner Karl-Liebknecht-Haus, dem Sitz des ZK der KPD. Das sichtbare Zeichen ihres militanten Antikommunismus fand unter Polizeischutz statt. Drei Tage später, als eine der größten antifaschistischen Kundgebungen mit über 130.000 Teilnehmern stattfand und das Berliner Proletariat den Organisatoren der Provokation vom 12. Januar eine entschiedene Antwort erteilte, begann die Reihe der letzten Gesprächsrunden, in denen die Zusammensetzung einer neuen Regierung ausgehandelt wurde.

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler berufen. Die Nacht des Faschismus senkte sich für zwölf furchtbare und opferreiche Jahre über Deutschland. Die NSDAP, an deren Spitze er stand, war als Partei bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise nur ein Teil im System der politischen Reaktion in der Weimarer Republik und innerhalb der faschistischen Bestrebungen der reaktionärsten Kräfte des deutschen Finanzkapitals gewesen. Jetzt stand sie an der Spitze der Regierung und konnte Kurs auf ihre alleinige Machtausübung nehmen. Ihr war gelungen, was sich Angehörige der Monopolbourgeoisie zwar erhofft, lange Zeit aber für unmöglich gehalten hatten. Der Erfolg der NSDAP, der auch einen Sieg über die anderen bürgerlichen Parteien bedeutete, ist hauptsächlich auf die direkte und zunehmende Unterstützung durch die herrschende Klasse zurückzuführen. Dadurch war es ihr möglich, in einer Zeit der sich schnell polarisierenden Klassenfronten, des wachsenden antiimperialistischen Kampfes großer Teile des werktätigen Volkes und des sinkenden Einflusses der rechten sozialdemokratischen Politiker, eine den Interessen des deutschen Imperialismus und Militarismus dienende Massenbasis aufzubauen. Dabei zeigte sich, daß der Nazipartei die größtmögliche Verschmelzung der beiden, von W. I. Lenin charakterisierten Methoden in der politischen Massenbeeinflussung gelang, also der Methode der Gewalt und der „Methode des Betrugs, der Schmeichelei, der Phrase, der millionenfachen Versprechungen, der lumpigen Bettelgaben, der Zugeständnisse im Unwichtigen, der Erhaltung des Wichtigen“.¹⁴⁶ Keine andere bürgerliche Partei¹⁴⁷ hat in der Weimarer Zeit sowohl die nationale als auch die soziale Demagogie in solcher Einheitlichkeit beherrscht. Die Nazis faßten auf diese Weise fast alle möglichen Anhänger vor allem aus kleinbürgerlichen Schichten und deklassierte proletarische Elemente zusammen. Die NSDAP schuf die für die Herrschaft des Imperialismus unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise in Deutschland notwendige relativ stabile – wenn auch nur für eine historisch kurze Frist – ideologische und organisatorische Bindung bestimmter Bevölkerungsteile an die aggressive, revanchistische und militant-antikommunistische Politik der herrschenden Klasse. Daher konnte die NSDAP am 30. Januar 1933 und danach parteipolitischer Träger der faschistischen Diktatur, der weiteren Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland sowie des forcierten Marsches in den zweiten Weltkrieg werden.

Die folgenden Kapitel 10-13 beschränken sich auf die Behandlung jener Schritte und Maßnahmen, die für die Geschichte der nationalsozialistischen Organisationen von wesentlicher Bedeutung geworden sind, sowie auf solche Verände-

¹⁴⁵ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 26072, Bl. 2.

¹⁴⁶ W. I. Lenin: Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution. In: Werke, Bd. 24, Berlin 1959, S. 48.

¹⁴⁷ Siehe Manfred Weißbecker: Thesen zur Rolle und Funktion der NSDAP im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus. In: JBP, Nr. 37/38 (Mai 1976), S. 14 ff.

rungen, die sich hinsichtlich der Funktion, der Struktur und der Tätigkeit der faschistischen Partei einschließlich ihrer Gliederungen gegenüber der Weimarer Zeit ergeben haben. Die Geschichte der faschistischen Diktatur und des zweiten Weltkrieges kann hier nicht dargestellt werden.

10. Die Taktik der NSDAP in den ersten Phasen der Festigung der faschistischen Diktatur

Mit allen Mitteln gingen die faschistischen Kräfte des deutschen Monopolkapitals und die NSDAP nach dem 30. Januar daran, die labile und ungefestigte Machtposition politisch, ökonomisch und ideologisch auszubauen und zu sichern. Dies wurde auch ermöglicht durch Aufrufe rechter sozialdemokratischer Führer, abzuwarten und „Ruhe zu bewahren“, sowie durch die Verhinderung des von der KPD vorgeschlagenen einheitlichen Generalstreiks.

Es war vor allem die Angst vor dem Generalstreik, die trotz des in der Öffentlichkeit demonstrierten Siegesrausches die weitere Taktik der Faschisten bestimmte und Hitler in der ersten Kabinettsitzung erklären ließ, ein solches Aufbegehren der Arbeiter sei „für die Wirtschaft“ weit gefährlicher als die „mit Neuwahlen verbundene Unsicherheit und Beunruhigung“. ¹⁴⁸ Die NSDAP unternahm alles, um zunächst die Kommunisten auszuschalten, weil nur so die schrittweise Zerschlagung der proletarischen Organisationen sowie die weitere Spaltung der Arbeiterklasse und der Werktätigen möglich war. Die wichtigsten Mittel zur Verwirklichung dieser Taktik bestanden in der Entfaltung eines in diesem Charakter und in diesen Ausmaßen bis dahin unbekannten Systems von Terror und politischem Druck, einer raffinierten nationalen und sozialen Demagogie sowie in dem scheinbaren Verharren im Bereich der „Legalität“. Die Faschisten kleideten alle Maßnahmen zur Festigung ihrer Herrschaft in formal der Weimarer Verfassung entsprechende Verordnungen und Gesetze. Sie nutzten so die in den Weimarer Jahren bewußt geschaffenen demokratischen und parlamentarischen Illusionen für die Festigung der faschistischen Diktatur aus.

Die Vorbereitungen der NSDAP auf die für den 5. März 1933 anberaumten Wahlen begannen praktisch mit dem Regierungsauftrag vom 1. Februar, der mit Versprechungen aller Art für alle Bevölkerungsteile nicht sparte. Er verlangte freie Hand für die Regierung und bezeichnete die „Überwindung der kommunistischen Zersetzung Deutschlands“ als die entscheidende Aufgabe. ¹⁴⁹ Die „Umkehrung“ der innenpolitischen Zustände erklärte Hitler am 3. Februar 1933 in einer Rede vor Reichswehrgeneralen als Grundlage der notwendigen „Eroberung neuen Lebensraums im Osten“. ¹⁵⁰ Diesem Ziel entsprechend versuchte die NSDAP, in ihrer Versamlungs- und Demonstrationenkampagne während der Wahlvorbereitung eine Pogromstimmung gegen die KPD zu entfachen. Gleichzeitig diente der militante Antikommunismus im taktischen Konzept der Faschisten als Mittel, die Alleinherrschaft der NSDAP zu errichten und die anderen bürgerlichen Parteien und Verbände völlig auszuschalten, was sie selbst als „Gleichschaltung“ bezeichneten.

Die Entfaltung eines allseitigen Systems faschistischen Terrors und eine neue Stufe raffinierter Demagogie kennzeichneten die ersten Schritte der nunmehr zur Regierungspartei gewordenen NSDAP sowie ihren weiteren Weg bis zur Stunde der Befreiung des deutschen Volkes. Auf offener Straße wurden kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter und Funktionäre erschossen, erstochen oder niedergeschlagen. Folterungen und Mißhandlungen beherrschten das Bild in den SA-Kasernen und Sturmlokalitäten, die oft zu ersten Konzentrationslagern wurden. Verbote trafen die Presse der KPD, aber auch sozialdemokratische und andere oppositionelle Zeitungen. Versammlungen und Demonstrationen wurden aufgelöst und brutal auseinandergeknüpelt, wobei sich die Faschisten vor allem auf solche Protestkundgebungen stürzten, in denen die Arbeiterklasse einheitlich und geschlossen auftrat. Hervorragende humanistische Künstler und Wissenschaftler wurden verfolgt, entlassen und in die Emigration getrieben. Auch in ihrem fanatischen Rassismus und in ihrer Kul-

¹⁴⁸ Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945-1. Oktober 1946, Nürnberg 1949 (im folgenden: IMG), Bd. XXV, S. 165 ff.

¹⁴⁹ Zit. in: Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten 1849-1934. Hrsg. Johannes Hohlfeld, Bd. IV, Berlin 1934, S. 577 f.

¹⁵⁰ Zit. in: Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935. Hrsg. Wolfgang Ruge/Wolfgang Schumann. Bearbeitet von Kurt Pätzold unter Mitarbeit von Kristina Shabaviz, Berlin 1977, S. 23 ff.

turfeindlichkeit offenbarte die Naziartei das Programm des faschistischen deutschen Imperialismus.¹⁵¹

Bereits die ersten Wochen des faschistischen Regimes verdeutlichten, in wessen Interesse die NSDAP regierte. Keine der vielen „sozialistischen“ Versprechungen wurde in Angriff genommen oder gar verwirklicht. Befürchtungen einzelner Monopolherren wegen einer eventuellen Realisierung der sozialdemagogischen Parolen wollte Hitler auch mit seiner Erklärung gegenstandslos machen, erst müsse das Politische geregelt sein, bevor wirtschaftliche Entscheidungen fallen könnten. Am 20. Februar 1933 trafen sich etwa 25 Monopolisten mit Hitler und H. Göring, unter ihnen H. Schacht, G. Krupp von Bohlen und Halbach, A. Vögler, K. von Schröder, Georg von Schnitzler. In diesem Kreis sprachen Hitler und H. Göring offen über den weiteren Weg. Das unmittelbare Ergebnis dieser bedeutungsvollen Besprechung war eine Spende von 3 Mill. RM für den Wahlfonds der NSDAP. Die Versammelten nahmen dankbar die Versicherung H. Görings entgegen, daß die Wahl am 5. März die letzte sicherlich innerhalb von zehn Jahren, voraussichtlich aber in hundert Jahren sei.¹⁵² Zwei Monate später versicherte G. Krupp von Bohlen und Halbach als Vorsitzender des *RDI*-Präsidiums in einem Brief an Hitler: „Die politische Entwicklung begegnet sich mit Wünschen, die ich selbst und das Präsidium seit langem gehegt haben.“¹⁵³ Entsprechend dieser Orientierung und der konsequenten Maßnahmen der NSDAP-Führung gegen bestimmte „wirtschaftsstörende“ Praktiken einzelner Gruppen der faschistischen Anhängerschaft¹⁵⁴ flossen die Gelder aus industriellen Kreisen jetzt noch reichlicher in die Kassen der Partei. Die Monopole übermittelten im Rahmen der vom *RDI* am 30. Mai 1933 vorgeschlagenen „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ riesige Summen¹⁵⁵ an R. Heß, der am 21. April offiziell zum „Stellvertreter des Führers“ berufen worden war.¹⁵⁶

Mit der berüchtigten Reichstagsbrandprovokation vom 27. Februar 1933 verfolgten die Faschisten die Absicht, ihren Terror zu rechtfertigen, die *KPD* von den Massen zu isolieren, die Bestrebungen der deutschen Arbeiterklasse zur Herstellung der Einheitsfront einzuschränken und eine absolute Mehrheit der Stimmen für die NSDAP bei den kommenden Wahlen zu sichern. Nicht zuletzt wollten sich die Faschisten den anderen imperialistischen Mächten der Welt als zuverlässiges „Bollwerk gegen den Bolschewismus“ empfehlen. Unmittelbar nach dem Brand wurden, auch unter Beteiligung der zur Hitler-Polizei avancierten SA, ca. 10.000 Antifaschisten verhaftet. Die *KPD* geriet faktisch in die Illegalität. Am 3. März fiel Ernst Thälmann in die Hände der Faschisten, die ihm allerdings niemals den angekündigten Prozeß zu machen wagten und ihn elf Jahre später heimlich ermordeten.

Die Notverordnung „Zum Schutze von Volk und Staat“ öffnete Tür und Tor für zügellose Willkür und grenzenlosen Terror. Im Ergebnis der Massenverhaftungen waren die Kerker überfüllt, so daß sich H. Göring als preußischer Innenminister genötigt sah, die ersten staatlichen Konzentrationslager zu schaffen, eine Institution, die schließlich das Gesicht des „Dritten Reiches“ als eines „KZ-Staates“ wesentlich prägen sollte.¹⁵⁷ Trotz dieser Vorbereitungen erfüllten sich die hochgespannten Erwartungen der Naziartei am 5. März 1933 nicht. Sie erhielt zwar 17,2 Mill. Stimmen, aber nicht

¹⁵¹ Siehe Kurt Pätzold: *Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933-1935)*, Berlin 1975 und Lionel Richard: *Deutscher Faschismus und Kultur. Aus der Sicht eines Franzosen*, Berlin 1982.

¹⁵² *IMG*, Bd. XXXV, S. 47 f.

¹⁵³ Ebenda, S. 26.

¹⁵⁴ Siehe Lotte Zump: *Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 bis 1945. Mit einem Kapitel über Außenhandel und Okkupationswirtschaft 1939 bis 1945* von Berthold Puchert (*Wirtschaft und Staat in Deutschland*, Bd. 3), Berlin 1980, S. 48 ff.

¹⁵⁵ Von 1933 bis 1944 „spendeten“ allein die IG-Farben ca. 84 Mill. RM. Der Gesamtbetrag der „Adolf-Hitler-Spende“ betrug 700 Mill. RM. Siehe Klaus Drobisch: *Hindenburg-, Hitler-, Adenauerspender*. In: *ZfG*, 1967, H. 3, S. 453.

¹⁵⁶ Siehe Wulf Schwarzwäller: „Der Stellvertreter des Führers“. Rudolf Heß. Der Mann in Spandau, Wien – München – Zürich 1974, S. 113 f.

¹⁵⁷ Siehe Heinz Kühnrich: *Der KZ-Staat. Die faschistischen Konzentrationslager 1933 bis 1945*, Berlin 1980.

die absolute Mehrheit. Auch nach der Streichung der 81 kommunistischen Mandate (gegen die keine der noch im Reichstag verbliebenen Parteien protestierte!) waren Manipulationen mit der Geschäftsordnung der „Volksvertretung“ und Verhandlungen mit dem ↑ *Zentrum* notwendig, um zu einem Ermächtigungsgesetz gelangen zu können, das von Hitler bereits im November 1932 während der zahlreichen Gespräche mit einzelnen Monopolherren und mit Hindenburg versprochen worden war. Der Reichstag sollte endgültig auf seine wichtigsten legislativen Rechte verzichten und sich selbst entmachten. Das am 23. März beschlossene Ermächtigungsgesetz, demagogisch „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ genannt, sicherte der Nazipartei neue entscheidende Machtbefugnisse zur Durchsetzung der Ziele des gesamten deutschen Monopolkapitals.

Den nächsten Schlag ihres innenpolitischen, blitzkriegsähnlich geführten Kampfes um die Stabilisierung der Macht richteten die Faschisten gegen die Millionenorganisation des *ADGB*, in dessen Reihen die Bereitschaft zum aktiven und einheitlichen Auftreten wuchs. Den Gewerkschaftsführern wurde seit Anfang April 1933 – nach der stets angewandten Devise, den politischen Gegner moralisch zu diffamieren – Korruption, Bestechlichkeit und Unterschlagung von Arbeitergeldern unterstellt. Die *NSBO*, verhandelte mit Theodor Leipart und Peter Graßmann über die Einsetzung eines Reichskommissars für die Gewerkschaften. Den Illusionen der rechten Führer des *ADGB* stand jedoch die Erklärung R. Leys, seit Dezember 1933 Stabsleiter der Politischen Organisation der Reichsleitung der *NSDAP*, gegenüber: „Die Leiparts und Graßmänner mögen Hitler noch so viel Ergebenheit heucheln, es ist besser, sie befinden sich in Schutzhaft.“¹⁵⁸ Ein geheimes Aktionskomitee bereitete die schlagartige Besetzung aller Gewerkschaftshäuser und die Verhaftung der Funktionäre vor. Der 1. Mai wurde als „Tag der nationalen Arbeit“ mißbraucht, am 2. Mai 1933 die größte Arbeiterorganisation zerschlagen, die Arbeiterklasse jeder gewerkschaftlichen Interessenvertretung beraubt. Statt dessen gründeten die Faschisten am 10. Mai 1933 die ↑ *DAF*.

Hand in Hand mit der brutalen Unterdrückung der antifaschistischen Organisationen gingen die Versuche der *NSDAP*, die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu forcieren und in diesem Prozeß den Staatsapparat fest in den Griff zu bekommen. Auf der Grundlage des Gesetzes zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ und der Gleichschaltung der Länder erfolgte im ganzen Reich die Säuberung des Staatsapparates von demokratischen und nichtnationalsozialistischen Kräften. Die Schlüsselstellungen wurden mit „bewährten“ Parteimitgliedern besetzt, wobei u. a. eine Reihe von Gauleitern die neue Funktion von Reichsstatthaltern übertragen bekam. Sie übten die Kontrolle über jene Staatsbeamte aus, deren bürokratisches Fachwissen das faschistische Regime nicht entbehren konnte. Die *NSDAP* verfügte zu diesem Zeitpunkt nicht über genügend ausgebildete Kader, die den gesamten Apparat hätten besetzen können.¹⁵⁹ Jedoch orientierte sich der größte Teil der Beamten auf ein Parteibuch der *NSDAP*, deren Mitgliederbestand gerade in den Monaten März und April 1933 answoll. Aus den Reihen der Beamten und Angestellten rekrutierte sich die Gruppe der „Märzgefallenen“, die sich der Nazipartei aus unterschiedlichen, in der Regel aber aus antikommunistischen und karrieristischen Erwägungen anschloß. Es gab in geringem Maße auch Kreise, die in dem ehrlichen Bestreben der *NSDAP* beitraten, diese in ihrem proklamierten Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Hunger sowie für eine stabile Staatsmacht zu unterstützen. Das Anwachsen der Heterogenität in der sozialen Zusammensetzung der faschistischen Partei führte in der folgenden Zeit zu weiteren Konflikten zwischen der führenden Naziclique und der Masse ihrer Anhänger, zwischen dem imperialistischen Klassencharakter der Partei und der zumeist kleinbürgerlichen Massenbasis.

Die Sicherung und der Ausbau der neuen Machtpositionen bedingten gleichzeitig den Kampf der Nazis gegen den deutschnationalen Regierungspartner und gegen die anderen bürgerlichen Parteien. Von Anfang an waren alle Maßnahmen der *NSDAP* auch gegen die *DNVP* gerichtet, obwohl die Errichtung der faschistischen Diktatur nur über eine Koalitionsregierung möglich gewesen war. Der Weg zur absoluten Monopolstellung, der 1933/34 von der *NSDAP* unter erheblichen Schwierigkei-

¹⁵⁸ Zit. in: K. D. Bracher/W. Sauer/G. Schulz, S. 185.

¹⁵⁹ Siehe W. Schäfer, S. 25 ff.

ten verfolgt wurde, entsprang keineswegs lediglich subjektiven Vorstellungen und Motiven. Dieses Streben war in den Interessengegensätzen der verschiedenen Monopolgruppen sowie im Wesen des Nationalsozialismus begründet. Die politische Konzeption Hugenburgs und anderer bürgerlicher Politiker sollte ihren Organisationen im faschistischen Regime feste Machtpositionen sichern, um damit ein außerhalb der NSDAP wirkendes Gegengewicht zu dem als unsicher und schwer beherrschbar eingeschätzten Massenanhang der NSDAP zu haben. Diese Konzeption mußte scheitern, weil sie auf der gleichen extrem reaktionären Grundlage beruhte wie die Politik der faschistischen Partei. Die hinter der NSDAP stehenden Gruppen der deutschen Monopolbourgeoisie erblickten in der Ausschaltung der anderen bürgerlichen Parteien und Verbände eine Methode zur Sicherung und Festigung ihrer neuen Vormachtstellung. Darüber hinaus hatte die NSDAP in den vorhergehenden Jahren gegen den „jüdisch-liberalen Parlamentarismus“ und für die Beseitigung des „Parteiensystems“ gekämpft, so daß die Verwirklichung dieser Losungen denjenigen Sand in die Augen zu streuen vermochte, die auf Erfüllung der wirtschaftlichen Versprechungen drängten. Nachdem die organisierte Arbeiterbewegung einschließlich der SPD zerschlagen worden war, gab es für die NSDAP keine Hemmnisse mehr, den deutschnationalen Partner auszubooten und die anderen bürgerlichen Parteien zu vernichten bzw. zur Selbstauflösung zu zwingen.

Hitler konnte am 6. Juli 1933 in einer Rede vor den Reichsstatthaltern und Gauleitern erklären, die „deutsche Revolution“ sei abgeschlossen. Für die Naziartei begann eine neue Etappe ihrer Entwicklung, die im wesentlichen ihre Verschmelzung mit dem Staatsapparat und die konkrete Bestimmung ihrer Funktionen als die einer Staatspartei zum Inhalt hatte.

11. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen 1933/34

Die Entwicklung der NSDAP zur Staatspartei und die Herstellung des Einparteiensystems im Sommer 1933 führten zu einer Festigung der faschistischen Diktatur. Auf dieser Grundlage begann die NSDAP im Interesse aller Gruppierungen des deutschen Imperialismus jeden Bereich des öffentlichen Lebens und des Staatsapparates schrittweise zu durchdringen und neu zu organisieren, um zu einer ungehinderten und ausgedehnten Rüstungsproduktion übergehen zu können. Dabei kam es zu Gegensätzen zwischen einzelnen Monopolgruppierungen und zwischen verschiedenen Gruppen in der NSDAP, die versuchten, den eigenen Einfluß auf die gesamte Partei oder auf einzelne Teile der faschistischen Organisationen zu erweitern. Nach außen immer ihre Geschlossenheit betonend, war die Partei in Wirklichkeit Schauplatz machtpolitischer und taktische Fragen berührender Auseinandersetzungen. Vor allem 1933/34 ergaben sich Differenzen über den weiteren Weg sowie über die günstigsten Formen und Methoden zur Niederhaltung der Volksmassen. Des weiteren existierten unterschiedliche Auffassungen über das Tempo der Aufrüstung und über die nächsten außenpolitischen Schritte zur Beseitigung des Versailler Vertrages.¹⁶⁰

Eine wichtige Rolle spielte dabei die wachsende Unzufriedenheit der kleinbürgerlichen Mitglieder in der Naziartei. Schon der erklärte „Abschluß der Revolution“ bedeutete eine erste Warnung an jene Kräfte, die bestrebt waren, das mittelständisch aufgemachte Programm der Partei in die Tat umzusetzen. Hitlers Worte „Über Wirtschaft darf nur das Können ausschlaggebend sein“¹⁶¹ richteten sich insbesondere gegen die Tätigkeit des ↑ KgM, der, auf die SA gestützt, Kommissare in den Leitungen einiger Berufs- und Interessenverbände einsetzte¹⁶², den Boykott gegen Warenhäuser und jüdische Geschäfte führte sowie eine lebhafte Agitation gegen die Großbanken und Trusts betrieb. Seine Auflösung bzw. seine Überführung in die DAF (7. August 1933) trug zur Desillusionierung von Teilen der verblendeten Mittelschichten bei. In diesen Kreisen breitete sich Enttäuschung und Unzufriedenheit aus, die im Ruf nach einer „zweiten Revolution“ gipfelten. Der Trend zu einer krisenhaften Entwicklung innerhalb der Partei zeigte sich besonders kraß in der starken Fluktuation

¹⁶⁰ Siehe Kurt Gossweiler: Die Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhm-Affäre, phil. Diss., Berlin 1963, S. 469.

¹⁶¹ Zit. in: J. Hohlfeld (Hrsg.), S. 660.

¹⁶² Z.B. im ↑ Deutschen Industrie- und Handelstag, an dessen Spitze jetzt ebenso wie im Reichsstand des Deutschen Handels und im Reichsstand des Deutschen Handwerks Th. A. von Renteln stand.

der Funktionäre. Von den 280.886 leitenden Kadern der NSDAP – nach faschistischem Sprachgebrauch sowohl Hoheitsträger als auch Mitglieder des Korps der Politischen Leiter – schieden in den ersten beiden Jahren der faschistischen Diktatur insgesamt 40.153 aus ihren Funktionen aus. Das waren in erster Linie Kreisleiter und Ortsgruppenleiter, von denen ca. 20% vor 1933 der Partei beigetreten waren.¹⁶³ Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der größte Teil aus politischen Gründen ausgeschieden ist. Ähnliches gilt für die Formierung des Anfang 1934 geschaffenen Korps der Politischen Leiter der NSDAP sowie für die zahlreichen Unterführer auf lokaler und regionaler Ebene.¹⁶⁴

Die Führung der NSDAP versuchte im Frühjahr 1934 ähnlich wie im Herbst 1932, ihre Fähigkeiten in der politischen Massenbeeinflussung nachzuweisen. Zunächst sollten die Ernennung E. Röhm zum Mitglied der Reichsregierung und ein Gesetz über die Versorgung der „alten Kämpfer“ zur Beruhigung der SA beitragen. Die Wirkungslosigkeit dieser und anderer Maßnahmen offenbarte sich, als E. Röhm am 18. April 1934 vor dem diplomatischen Korps und vor der Auslandspresse eine Rede hielt, in der er sich gegen alle Versuche wandte, „auch nur die geringsten Abstriche von unserem konsequent sozialistischen Wollen“ zu machen. Seine Kritik an der „unbegreiflichen Milde“ des Regimes gegenüber den Kräften der alten „Reaktion“ verband er mit der Aussage, daß sich in der SA alles verkörpere, was „den Begriff der Revolution“ ausmache.¹⁶⁵

Gegen solche Auffassungen und Tendenzen lief der Propagandaapparat auf Hochtouren, der schließlich seit dem 11. Mai 1934 zu einem regelrechten „Feldzug gegen Kritiker und Miesmacher, gegen Gerüchtemacher und Nichtskönnner, gegen Saboteure und Hetzer“ überging. Die Presse verkündete: „Beginnend mit den ersten Maitagen bis zum 30. Juni sollen Versammlungen, Demonstrationen und Kundgebungen gleich einem Trommelfeuer das Volk aufrütteln gegen diese Landplage, die ein für allemal verschwinden muß.“¹⁶⁶ Der propagandistische Einsatz war von einer erneuten Terrorwelle begleitet, die wie im Frühjahr 1933 durch die brutale Willkür der SA gekennzeichnet war.

Die Forderungen der Denkschrift E. Röhm vom Februar 1934 konnten von den faschistischen Führern nicht erfüllt werden, da dies die Ausschaltung der Reichswehr bedeutet hätte. Das deutsche Monopolkapital war auch nicht daran interessiert, das schlagkräftigste Instrument des aggressiven deutschen Imperialismus mit den sozialen Spannungen der SA zu belasten. Da die SA noch bewaffnet war¹⁶⁷, drängten die Reichswehrgenerale, die sich am 11. April 1934 mit Hitler auf dem Panzerschiff „Deutschland“ trafen, auf eine baldige Entscheidung. Sie wiederholten ihre von H. Schacht und F. Thyssen unterstützten Forderungen um so stärker, je mehr die Krankheit Hindenburgs die Frage nach dem neuen Reichspräsidenten akut werden ließ.

Die Ereignisse vom 30. Juni 1934 spielten im Prozeß der Konsolidierung der faschistischen Diktatur eine entscheidende Rolle. Die Ermordung zahlreicher SA-Führer – mindestens 300 – sowie von Schleicher, G. Strasser und anderen bürgerlichen Politikern war der blutige Höhepunkt der Konflikte innerhalb der faschistischen Führung und ihrer monopolkapitalistischen Hintermänner. Die Reichswehrrführung, in deren Namen Werner von Blomberg Hitler zu dem erfolgreichen Blutbad beglückwünschte, fand kein Wort des Protestes selbst gegen den Tod zweier Generäle. Als die „Deutsche Bergwerkszeitung“ am 5. Juli von ehrgeizigen Cliquen, die einen neuen Kampf um die Macht hätten entfesseln wollen, schrieb und erklärte: „Von dieser Gefahr ist die Wirtschaft durch das schnelle Zupacken am 30. Juni gerettet worden. Sie wird ihren Dank dafür abstatten“, waren

¹⁶³ Siehe W. Schäfer, S. 41.

¹⁶⁴ Siehe Christa Olschewski: Die Leitung der Politischen Organisation (PO) der NSDAP und ihre Tätigkeit während der Konsolidierungsphase der faschistischen Diktatur in Deutschland (1933/1934), phil. Diss., Berlin 1982. Zit. in: R. Kühnl: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, S. 241 f.

¹⁶⁵ Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Hrsg. von Ulrich Thürauf, 1934, München 1935, S. 131 ff.

¹⁶⁶ Ihre Bewaffnung entsprach der von 10 Reichswehrrdivisionen und sollte noch verstärkt werden. E. Röhm forderte auch die Ersetzung H. Görings durch G. Strasser. Siehe Kurt Gossweiler: Ernst Röhm. Historische Miniaturen und Porträts. 1933/35. Hrsg. Helmut Bock/Wolfgang Ruge/Marianne Thoms, Leipzig-Jena-Berlin 1983, S. 266 ff.

sowohl das Gesamtinteresse der herrschenden Klasse an einer stabilen Diktatur als auch jene monopolistischen Kreise erkennbar, in deren unmittelbarem Interesse die Mordaktion organisiert worden war. Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie und die um die Dresdener Bank gruppierten Kräfte, die maßgeblich die Machtübertragung an die Faschisten herbeigeführt hatten, trugen auch jetzt einen – wenn auch nur relativen – Sieg über die um die Deutsche Bank und die IG-Farben gruppierten Monopole davon. Ihre Politik einer Verstärkung des Terrors und einer beschleunigten Aufrüstung diktierte der Nazipartei den Kurs auf Expansion und Aggression; das faschistische Deutschland, das vorgab, lediglich um seine „Gleichberechtigung“ zu kämpfen, entwickelte sich zusehends zu einem gefährlichen Kriegsherd im Zentrum Europas.

Diese Machtverschiebung innerhalb des deutschen Monopolkapitals hatte jedoch nur wenige Jahre Bestand. In der 1936 eingeleiteten Vierjahrplanperiode war der Einfluß der um die Deutsche Bank und den IG-Farben-Konzern gruppierten Monopolherren auf die NSDAP stärker als je zuvor. Das änderte jedoch nichts am abenteuerlich-aggressiven Charakter der Partei, da in den verschiedenen Entwicklungsphasen nach 1933 jeweils diejenigen Gruppen des Monopolkapitals den größten Einfluß erlangten, deren Konzeption dem Gesamtinteresse des deutschen faschistischen Imperialismus am besten entsprach, die im Interesse der beschleunigten Kriegsvorbereitung alle wirtschaftlichen Reserven ohne Rücksicht auf Exportfähigkeit oder Rentabilität mobilisierten, die einheimische Rohstoffproduktion steigerten und nach völliger Autarkie strebten. Die Gruppe um die IG-Farben, die Elektro-Konzerne und die Firmen Krupp, Flick und Mannesmann drängten schließlich in großer Einheitlichkeit auf ein verschärftes Rüstungsprogramm und auf eine unverzügliche Realisierung ihrer jeweiligen militärischen Eroberungsabsichten im Osten und Westen Europas.

Die NSDAP war als Partei und Institution zu einem gewichtigen und unentbehrlichen Organ der reaktionärsten und abenteuerlichsten Gruppen des deutschen Finanzkapitals geworden. Ihre Führung konnte in der Regel innerhalb des Machtmechanismus der faschistischen Diktatur wichtige, sich teilweise auch gegen spezielle Interessen einzelner Unternehmer und Monopole richtende Entscheidungen fällen, sie konnte sich jedoch nicht gegen die Gesamtinteressen der herrschenden Klasse wenden. Die NSDAP wirkte daher als ein relativ eigenständiger Faktor innerhalb des politischen Herrschaftssystems des deutschen Faschismus, sie war eine wirksame Nahtstelle zwischen den verschiedenen Bestandteilen des politischen Herrschaftssystems und stellte gewissermaßen einen positiven Katalysator des gesamten staatsmonopolistischen Entwicklungsprozesses dar.¹⁶⁸ Die einzelnen monopolistischen Kräfte und Gruppen hatten aus diesem Grunde bei ihren Machtkämpfen die spezifischen Bedingungen der 1933 eingeführten Form imperialistischer Machtausübung zu beachten; die Herrschaft über die Arbeiterklasse und das werktätige Volk mußte ins Wanken geraten, sobald sich ihre Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit vollzogen oder sogar gegen die Institution der faschistischen Staatspartei wandten. Die Monopolbourgeoisie mußte darüber hinaus auch berücksichtigen, daß ihre Kontroversen nicht zu Lasten des als „Führer und Reichskanzler“ hochgespielten und mit einem Mythos versehenen Hitler gingen. Der oberste NSDAP-Führer hatte sich endgültig als die zentrale und alleinige Integrationsfigur für alle Bestandteile der Parteihierarchie durchzusetzen vermocht. Die Reichs- und Gauleiter der Partei und ihrer Gliederungen ordneten sich ihm bedingungslos unter, sie anerkannten seine Rolle und stärkten Hitlers Autorität, wo sie nur konnten, sahen sie doch in seiner unantastbaren Stellung zugleich die sichere Gewähr für ihren eigenen Machtanteil.

12. Funktion, Struktur und Tätigkeit der faschistischen Staatspartei

Im Prozeß der Festigung des Hitler-Regimes hatte sich das mit dem Staat immer enger verschmelzende Einparteiensystem herausgebildet. Die Führung der NSDAP sah sich aber auch im Zusammenhang mit den innerparteilichen Auseinandersetzungen von 1933/34 gezwungen, die Rolle der Partei und ihrer Gliederungen im System der terroristischen Diktatur neu und im Gegensatz zu früheren programmatischen Äußerungen exakter zu formulieren. Bereits die Führertagung vom 14. bis 16. Juni 1933 beschäftigte sich eingehend mit den Fragen, die aus dem Verhältnis von Partei und Staat erwuchsen. Der im März 1933 entstandene „Verbindungsstab der NSDAP“, der die Fäden

¹⁶⁸ Siehe M. Weißbecker: Thesen, S. 13 f.

zwischen der nach wie vor in München sitzenden Reichsleitung der Partei und der Reichskanzlei bzw. den einzelnen Ministerien knüpfen sollte, genügte den Anforderungen schon bald nicht mehr.

Unter den verschiedenen Auffassungen über das Verhältnis von Partei und Staat schälten sich zunächst drei Richtungen heraus. Vor allem in höheren Beamtenkreisen wurde die Zurückdrängung der Partei und ihres Einflusses in den Verwaltungen des Staates angestrebt. Einem Vorschlag von Helmut Nicolai zufolge, der bald darauf seine Ämter verlor, sollte die NSDAP dem Propagandaministerium unterstellt werden.¹⁶⁹ Auch der Regierungsvizepräsident von Merseburg ließ sich von der Sorge um die weitere Funktionstüchtigkeit des Staatsapparates, der nicht dem wechselnden Erfolg einer Partei untergeordnet sein dürfe, leiten, als er sich gegen die Ansicht wandte, „daß die Staatsorgane auf jeder Stufe des staatlichen Aufbaus lediglich die Vollzugsorgane der politischen Leiter zu sein haben ...“.¹⁷⁰ Diese Meinung spiegelte auch der „Preußische Pressedienst der NSDAP“ am 2. März 1934 wider: „Es wird in den letzten Wochen in kleineren Kreisen viel davon geredet, daß doch eigentlich die Partei überflüssig sei ... So geht es vielen. Einig ist man sich darin, daß die Partei verschwinden muß, entweder weil man meint, daß die Partei ihre Aufgabe erfüllt hat, oder aber, weil man bei den Einrichtungen des Staates mehr Verständnis zu finden hofft.“

Eine zweite Richtung äußerte sich in der Anerkennung von Staat und Partei als gleichberechtigte Faktoren und der Tatsache, daß die Partei neben den Staat getreten sei.¹⁷¹ Partei und Staat galten für sie als die beiden großen „Organisationsformen des deutschen Volkes“.¹⁷² Beide Auffassungen entsprachen nicht den Vorstellungen der führenden nazistischen Clique, in deren Auftrag R. Ley, seit November 1933 Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Ende Januar 1934 vor einer Versammlung von Politischen Leitern in Berlin erklärte: „Nicht Staat und Partei sind eins, sondern Partei und Staat.“ Was nach der Machtergreifung noch zu tun bleibe, das sei die „Organisation des Volkes“, die jedoch nicht der Staat, sondern nur die Partei bewirken könne.¹⁷³ R. Ley sprach auch über das „Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“ vom 1. Dezember 1933, mit dem der Verschmelzungsprozeß beider Institutionen juristisch verankert werden sollte. Das Gesetz bezeichnete die NSDAP als eine Körperschaft des öffentlichen Rechts¹⁷⁴, die mit dem Staat unlöslich verbunden sei und deren Mitglieder einer besonderen Partei- und SA-Gerichtsbarkeit unterstellt würden. R. Heß wurde in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Parteiführers zum Mitglied der Regierung ernannt. Mit dem Gesetz war die juristische Vormachtstellung der Partei im Staat erreicht, ohne daß der konkreten Entfaltung des faschistischen Einparteiensystems ein Weg gewiesen worden wäre. Die Schaffung neuer Partei- und Staatsorgane verlief nicht in geregelten Bahnen, da in ihnen unterschiedliche machtpolitische Interessen verfolgt wurden. Neben offiziellen Behörden begannen andere, teilweise auch parallel arbeitende Geheiminstitutionen zu wirken, ohne daß daraus nun ein uneffektives System nationalsozialistischer Polykratie entstanden wäre.¹⁷⁵

Programmatisch umriß Hitler die Aufgaben der faschistischen Staatspartei auf dem „Parteitag der Freiheit“ von 1935: „1. Aufbau ihrer inneren Organisation zur Herstellung einer stabilen, sich selbst forterhaltenden ewigen Zelle der nationalsozialistischen Lehre; 2. Die Erziehung des gesamten Volkes im Sinne der Gedanken dieser Idee; 3. die Abstellung der Erzeugenen an den Staat zu seiner Führung und als seine Gefolgschaft.“¹⁷⁶

¹⁶⁹ Siehe K. D. Bracher/W. Sauer/G. Schulz, S. 586 f.

¹⁷⁰ Ernst von Heydebrand und der Lasa an die Reichskanzlei, 14.3.1933. In: ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 25794/2, Bl. 450 ff.

¹⁷¹ Gottfried Neeße: Partei und Staat, Hamburg 1936, S. 37 f.

¹⁷² Siehe Wilhelm Stuckart/Wilhelm Albrecht: Neues Staatsrecht, Leipzig 1936, S. 43.

¹⁷³ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 25794/2, Bl. 283.

¹⁷⁴ Durch einen Erlaß Hitlers vom 12.12.1942 über die Rechtsstellung der NSDAP wurde diese Bestimmung aufgehoben und nunmehr festgelegt: „Die innere Ordnung und Organisation bestimmt sich ausschließlich nach Parteirecht.“ Siehe RGBL, I, 1942, S. 733.

¹⁷⁵ Peter Hüttenberger: Nationalsozialistische Polykratie. In: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, 1976, H. 4, S. 420, versteht unter Polykratie „eine Vielzahl von weitgehend autonomen (!, M. W.) Machsträgern ...“.

¹⁷⁶ Zit. in: W. Schäfer, S. 50.

Der Platz der NSDAP im staatsmonopolistischen System der Hitler-Diktatur bedingte diese auf absolute Unterdrückung der Volksmassen ausgerichtete Aufgabenstellung. Sie und ihre Gliederungen hatten eine Monopolstellung erreicht und waren zum entscheidenden und alleinigen Instrument der politischen Beeinflussung der Massen durch die herrschende Klasse geworden. Damit erhielten die Organisierung der Partei, ihre Festigung, Ausweitung und vor allem ihre Sicherung, ausschlaggebende Bedeutung für die Stabilität und für den Bestand der offen terroristischen Diktatur des deutschen Imperialismus. In diesem Sinne schrieb ein führender Faschist: „Diese dauernde Sicherung der Macht kann nicht etwa durch Waffen- und Polizeigewalt, sondern allein durch die in der Partei verkörperte politische Willensmacht gewährleistet werden.“ Um die gleichzeitig formulierte Forderung durchzusetzen, daß jeder „die Autorität der Partei als letzte überwachende und entscheidende Instanz und als letzte Richterin“ anerkenne¹⁷⁷, mußten die Grenzen der Parteiorganisation sowohl inhaltlich als auch organisatorisch im Laufe der Entwicklung immer weiter gesteckt werden, was selbstverständlich nicht ohne Spannungen und Auseinandersetzungen innerhalb des Systems der faschistischen Organisationen erfolgte.

Die Wirkung der im Mai 1933 verhängten Aufnahmesperre für neue Mitglieder bestand daher auch nur in propagandistischem Sinne, denn von ihr waren Angehörige der *HJ*, der *NSBO*, der *SA* und der *SS* ausgenommen. Die fast völlige Aufhebung der mehr als Filter gedachten Mitgliedersperre im Mai 1937 begründete R. Heß damit, daß die Aufgaben der Partei „größer geworden und in ihrer Bedeutung bestimmt nicht geringer“ seien als vor der Machtergreifung. Die Faschisten planten die direkte organisatorische Erfassung von 10% der ca. 45 Mill. wahlberechtigten „Volksgenossen“ als Mitglieder der Parteiorganisation.¹⁷⁸ Damit waren die Vorstellungen über die „strenge Auswahl der neuen Mitglieder“ und über die Gestaltung der Partei als einer „Eliteorganisation“ innerhalb der „nationalsozialistischen Bewegung“, wie sie Hitler noch 1933 verkündet hatte und wie sie insbesondere Franz Xaver Schwarz als der für das Mitgliedswesen zuständige Reichsleiter immer wieder propagierte¹⁷⁹, endgültig zu den Akten gelegt.

Die NSDAP stand an der Spitze eines raffiniert und vielgestaltig aufgebauten Systems der Kriegsvorbereitungen und der Einflußnahme auf alle Gebiete des gesellschaftlichen und persönlichen Lebens. Der Einfluß ihres Apparates sollte, dem vom absoluten Führerprinzip getragenen Aufbau entsprechend, über 33 Gauleitungen, 760 Kreisleitungen, 21.354 Ortsgruppen- und Stützpunktleitungen, 74.091 Zellen- und 397.040 Blockleitungen bis in jedes Haus und bis in jede Familie reichen. Im Februar 1934 wurden auf den Gauparteitagen 373.000 Leiter der Politischen Organisation und im April 1937 insgesamt 824.000 Funktionäre der faschistischen Partei auf Hitler vereidigt.

Die Führung der NSDAP sah die „Stärke der Partei ... im Blockleitersystem“, das die „restlose Betreuung und Erfassung jedes Volksgenossen“ ermöglichen sollte.¹⁸⁰ Daher legte sie die Aufgaben der Blockleiter sehr exakt fest, die in der Beitragseinzahlung, im Verkauf von Broschüren und ganz besonders in der „nationalsozialistischen Propaganda von Mund zu Mund“ bestanden. Ferner oblag dem Blockleiter, die „Verbreiter schädigender Gerüchte“ festzustellen. Seine Spitzelfunktion wurde so umschrieben: „Er wird bei den ewigen Unzufriedenen allmählich das Verständnis wecken für oft nur falsch ausgelegte und mißverständene Maßnahmen und Gesetze der nationalsozialistischen Regierung. Er soll die Volksgenossen auffordern, Fragen zu stellen, und darauf hinweisen, daß sie sich ihm gegenüber ruhig aussprechen sollen, ohne daß ihnen deshalb Schwierigkeiten bereitet werden, sie im übrigen jedoch betreffs Redereien anderen Volksgenossen gegenüber gegebenenfalls zur Zu-

¹⁷⁷ Hans Fabricius: Organisatorischer Aufbau der NSDAP. In: Die Verwaltungsakademie. Ein Handbuch für den Beamten im national- sozialistischen Staat. Hrsg. Hans-Heinrich Lammers/Hans Pfundtner, Bd. I, Gruppe I, Nr. 6a, Berlin (1938), S. 9.

¹⁷⁸ Anordnung des Reichsschatzmeisters der NSDAP vom 10.5.1939. In: WAP Opole, NSDAP-Kreisleitung Hindenburg (unpag.).

¹⁷⁹ Siehe Ulf Lükemann: Der Reichsschatzmeister der NSDAP. Ein Beitrag zur inneren Parteistruktur, phil. Diss., Berlin (West) 1963, S. 30 ff.

¹⁸⁰ Walther Ruthe: Der Nationalsozialismus in seinen Programmpunkten, Organisationsformen und Aufbaumaßnahmen, Frankfurt (Main) 1937, S. 12.

rückhaltung ermahnen ... er muß in jedem Fall bestrebt sein, positiv und lebensbejahend zu denken und durch seine zuverlässige Haltung auf die betreuten Menschen entsprechend einzuwirken.“¹⁸¹

Berufliche Nachteile, Freiheitsstrafen und Todesurteile waren der Preis, den Tausende Menschen für das geforderte „Vertrauen“ zahlen mußten.

Der deutsche Faschismus konnte nicht einmal die vage Andeutung eines demokratischen Meinungsaustausches und einer öffentlichen Meinungsbildung dulden, so daß ein eigentliches Parteileben, selbst gemessen an dem der anderen bürgerlichen Parteien in der Weimarer Republik, nicht zugelassen wurde. Die NSDAP forderte von den Mitgliedern lediglich die angeblich „unerläßlichen Tugenden des Gehorsams, der Opferbereitschaft, der Treue und fanatischen Kampfgeist“.¹⁸² Das „Parteileben“ spielte sich in starkem Maße auf der Straße bei Akklamationsakten aller Art ab. 1938 wurde ein Rundschreiben an die Politischen Leiter verschickt, das eine „erhöhte Aufmarschtätigkeit“ anordnete, weil die „Propaganda nicht mehr die Durchschlagskraft“ besitze, die sie in der „Kampfzeit“ gehabt hätte.¹⁸³ Solche Aufmärsche kamen den militärischen Übungen gleich, die vor allem die Tätigkeit der Mitglieder in der SA, im NSKK und in der HJ ausmachten.

Die faschistischen Organisationen, die direkt oder indirekt der NSDAP angeschlossen waren, ergänzten die Tätigkeit des unmittelbaren Parteiapparates und halfen, die personellen Anforderungen des wachsenden Repressivapparates zu erfüllen. Diese Organisationen knüpften an spezifische Interessen bestimmter Gruppen von Menschen an und nutzten sie rigoros für die ideologische und politische Vorbereitung des zweiten Weltkrieges aus. Das System der nazistischen Massenorganisationen wurde nach 1933 ergänzt bzw. den neuen Bedingungen angepaßt.

Eine der wichtigsten Neugründungen war die ↑ DAF, mit deren Hilfe vor allem die deutsche Arbeiterklasse geknebelt und unterjocht werden sollte. Mit ihren 20 Mill. Mitgliedern war die nach „ständischen“ Prinzipien aufgebaute DAF zugleich die größte unter den nazistischen Organisationen. Sie verband die Entrechtung der Arbeiterklasse eng mit der fortschreitenden Militarisierung im Produktionsprozeß und diente unmittelbar der politischen und ideologischen Vorbereitung der Arbeiter in den Betrieben auf die ihnen zugedachten Aufgaben während des kommenden Krieges. Die Versuche der faschistischen Partei und der DAF, die Arbeiter mit Hilfe sozialpolitischer Konzessionen zu gewinnen, erreichten ihren Höhepunkt in der Schaffung (27. November 1933) und Tätigkeit der Freizeitorganisation „*Nach der Arbeit*“, die bald in KdF umbenannt wurde.

Im Rahmen der großsprecherischen sozialen Demagogie der Faschisten betätigten sich weiterhin solche Organisationen wie die *Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung* und die NSV. Letztere zeichnete vor allem für das 1933 eingeführte „Winterhilfswerk“ verantwortlich, durch das den Werktätigen ebenfalls große Geld- und Sachwerte entzogen wurden und das gleichzeitig die Realität der „geschlossenen deutschen Volksgemeinschaft“ beweisen sollte. Aber auch über das „Winterhilfswerk“ hinaus strapazierten Sammlungen, Eintopfessen und sog. Hilfsaktionen verschiedenster Art die Opferbereitschaft der Menschen in fast unerträglichem Maße. Ein kleiner Teil der Sammelergebnisse diente der besonderen Versorgung der durch den ersten Weltkrieg Geschädigten, galt es doch die Sorgen zu beschwichtigen, die den Werktätigen aus den drohenden materiellen Verlusten des neuen Krieges er, wuchsen.

Eine größere Gruppe von nazistischen Organisationen orientierte sich an den beruflichen Interessen der Ärzte, Lehrer, Juristen, Techniker usw. Die Beurteilungen, die diese Organisationen über ihre Mitglieder abgaben, waren für jede Tätigkeit im Beruf, in hohem Maße jedoch für die „Karriere“ von ausschlaggebender Bedeutung. Die institutionelle und personelle Verflechtung mit den entsprechenden Ämtern in den Leitungen der NSDAP ermöglichte den Bündeln eine große Einflußnahme auf die staatlich gelenkte Tätigkeit der jeweiligen Berufsgruppen. Der *Nationalsozialistische Rechtswahrerbund* trug entscheidend zur Durchsetzung und Verwirklichung der faschistischen Ma-

¹⁸¹ Erhard Kadatz: Block und Zelle in der NSDAP, Dresden 1937, S. 19.

¹⁸² W. Ruthe, S. 11.

¹⁸³ Siehe Stadtarchiv Erfurt, Ortsgruppe Riethnordhausen der NSDAP (ohne Sign. und Paginierung).

xime „Recht ist, was dem Staate nützt“ bei, auf die sich der gesamte Justizapparat einzustellen hatte. Der „Reichsrechtsführer“ H. Frank erklärte den Juristen im Januar 1936: „Grundlage der Auslegung aller Rechtsquellen ist die nationalsozialistische Weltanschauung, wie sie insbesondere in dem Parteiprogramm und den Äußerungen unseres Führers ihren Ausdruck findet.“¹⁸⁴ Im *Nationalsozialistischen Lehrerbund*¹⁸⁵ besaß die Partei ein Instrument zur Faschisierung des Schulwesens. Jeder Lehrer mußte Mitglied des Bundes sein und Hitler Treue und Gehorsam schwören. Zahlreiche Schulungskurse des Bundes trugen dazu bei, die Schule und das gesamte Erziehungswesen mit der faschistischen Ideologie zu durchdringen.

Größte Aufmerksamkeit widmete die Führungsclique der NSDAP den vielfältigen und raffinierten Methoden zur politisch-ideologischen Beeinflussung und Verhetzung der Frauen und der Jugend. Bis 1941 stieg die Zahl der Mitglieder der *NSF* und des *Deutschen Frauenwerkes* auf 6 Mill., weitere 6 Mill. waren in anderen faschistischen Organisationen erfaßt.¹⁸⁶ Hand in Hand mit der faschistischen Schule, die keine „Stätte geistiger Akrobatik“ sein sollte und vor allem das „Heranzüchten kerngesunder Körper“¹⁸⁷ betrieb, gelang es der Naziartei, auf die Jugend größeren Einfluß zu gewinnen. Das nach der Auflösung der Arbeiterjugendorganisationen offen verkündete Ziel der *HJ*, „einzige Jugendorganisation“ zu sein¹⁸⁸, wurde auf dem Wege der Gleichschaltung des ↑ *Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände*, der Schaffung des staatlichen Amtes „Jugendführer des Deutschen Reiches“, der Eingliederung der evangelischen Jugend und des Verbots der katholischen Vereine erreicht. Hatte die *HJ* 1932 erst ca. 100.000 Mitglieder, so waren es Ende 1934 bereits 3,5 Mill. und Ende 1938 8,7 Mill. Mitglieder. Das Gesetz vom 1. Dezember 1936 verankerte die rechtliche Stellung der *HJ* als alleiniger „Erziehungsträger“ neben Elternhaus und Schule. 1939 wurde das formale Prinzip der Freiwilligkeit des Beitritts aufgehoben. Neben die Arbeitsdienst- und Wehrpflicht trat eine alle Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren betreffende Jugenddienstpflicht. Der 1937 verfügte jährliche Ernteeinsatz der *HJ*, das Land- oder Haushaltspflichtjahr der Mädchen, die Beteiligung an Sammelaktionen und der regelmäßig veranstaltete Reichsberufswettkampf bildeten feste Bestandteile der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung und -durchführung sowie der schonungslosen Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskräfte.

Dem Zweck der faschistischen Jugendorganisation entsprach ihre starre, nach Alter und Geschlecht gegliederte Struktur. Das *Deutsche Jungvolk* erfaßte die 10- bis 14jährigen Jungen, die schuljahrgangsweise am 20. April jeden Jahres aufgenommen bzw. in die eigentliche *HJ*, die Organisation der 14- bis 18jährigen Jungen, überwiesen wurden. Ähnlich verhielt es sich mit den Gruppen *Jungmädels* und dem *BDM*, wobei innerhalb des letzteren ein besonderes Werk „*Glaube und Schönheit*“ die 17- bis 21jährigen Mädchen erfaßte. Sondereinheiten bildeten die Nachrichten-, Marine-, Flieger- und Motor-*HJ* sowie der *HI-Streifendienst*, der als Kontroll- und Terroreinheit eng mit der *SS* und der *Gestapo* zusammenwirkte. Die eigentliche Tätigkeit in der *HJ* war außer von der „weltanschaulichen Schulung“ vor allem durch die immer wieder geforderte körperliche Ertüchtigung, durch wehrsportliche Ausbildung und militärische Übungen bestimmt. Die ausgesprochen militante Form des „Dienstes“ der Jungen und Mädchen diente dazu, die deutsche Jugend auf den imperialistischen Eroberungskrieg ihrer Führer vorzubereiten. Während des zweiten Weltkrieges wurden die Mitglieder der *HJ* zu propagandistischen Einsätzen, zu Kurier-, Wach- und Meldediensten, zu Arbeitskommandos und als Luftwaffenhelfer herangezogen. Ferner hatten sie bei verschiedenen staatlichen Institutionen (Post, Eisenbahn, Polizei, *Teno*) Hilfsdienst zu leisten. Die Evakuierung von ca. 800.000 Kindern im Rahmen der seit 1941 erfolgenden „Kinderlandverschickung“ gehörte zu den wichtigsten Aufgaben der *HJ* in den letzten Jahren ihres Bestehens. Dabei sahen die Faschisten vor

¹⁸⁴ Zit. in: William L. Shirer: *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*, Köln – Berlin (West) (1961), S. 259.

¹⁸⁵ Siehe Willi Feiten: *Der Nationalsozialistische Lehrerbund. Entwicklung und Organisation. Ein Beitrag zum Aufbau und zur Organisationsstruktur des nationalsozialistischen Herrschaftssystems*, Weinheim – Basel 1981.

¹⁸⁶ Siehe Michael H. Kater: *Frauen in der NS- Bewegung*. In: *VjZ*, 1983, H. 2, S. 223. Siehe auch Gertrud Scholtz-Klink: *Die Frau im Dritten Reich*, Tübingen 1978, S. 75 ff.

¹⁸⁷ A. Hitler: *Mein Kampf*, S. 452.

¹⁸⁸ Baldur von Schirach: *Die Hitlerjugend*, Berlin 1934, S. 69.

allem die Möglichkeit, das Elternhaus als Erziehungsfaktor auszuschalten sowie die Jugendlichen in großem Rahmen zu beeinflussen.¹⁸⁹

Einen breiten Raum nahmen im Leben des „Dritten Reiches“ jene Organisationen ein, die unmittelbar der paramilitärischen Ausbildung und Erziehung breiter Kreise des deutschen Volkes dienten: ↑ SA und ↑ SS, das NSKK, das NSFK und nicht zuletzt der ↑ RAD. Sie verbreiteten die aggressive und revanchistische Ideologie des faschistischen deutschen Imperialismus und Militarismus und schufen damit wesentliche Voraussetzungen für die Entfesselung eines neuen Krieges. Durch ihre Teilnahme an den antisemitischen Pogromen – vor allem an der sog. Reichskristallnacht vom 9. zum 10. November 1938 – wurden zahlreiche Deutsche auf die Praxis der geplanten faschistischen Kriegsführung orientiert. Durch diese Organisationen und ihre vormilitärischen Übungen erweiterte sich das Reservoir der faschistischen Wehrmacht. Als Hauptterrorinstrument der faschistischen Partei errang die seit dem Jahre 1934 von der SA getrennte SS durch die schrittweise, systematische Verschmelzung mit dem Unterdrückungsapparat des faschistischen Staates eine führende Position. Ihr oblag in stärkstem Maße die täglich und stündlich neu zu realisierende Hauptaufgabe der faschistischen Staatspartei: die Sicherung der Macht des reaktionären staatsmonopolistischen Systems. Der Machtzuwachs der SS, der auch zu Eigenständigkeitstendenzen und zu Spannungen mit der Politischen Organisation der NSDAP führte¹⁹⁰, widerspiegelte eine gesetzmäßige Entwicklung innerhalb der faschistischen Diktatur. Die Rolle der Bürgerkriegstruppe mußte in dem Maße wachsen, wie die Massenbasis der Partei objektiv zurückging. Die Aufgabe der ständigen „Sicherung der Macht“ konnte nur mit einem sich mehr und mehr verbreiternden, immer stärker zentralisierten, gleichgeschalteten Apparat bewältigt werden, wozu die SS als Teil der NSDAP die günstigsten Voraussetzungen besaß.

Auf ihrem Wege zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges schuf die faschistische Staatspartei auch einige mehr oder weniger selbständige Organisationen, deren Aufgaben hauptsächlich von den jeweiligen diplomatischen Bemühungen um die Erhöhung des internationalen Einflusses der nazifaschistischen Machthaber sowie von den Beziehungen zu den faschistischen und profaschistischen Kräften in anderen Ländern bestimmt wurden. Ferner bestand ihre Aufgabe in der Schaffung Fünfter Kolonnen in den zur Okkupation und Ausplünderung vorgesehenen Ländern. Bei der gewaltsamen Durchsetzung der Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus spielte die Ausnutzung der im Ausland lebenden Bürger deutscher Nationalität eine wichtige Rolle. Auf der Grundlage der betrügerischen Losungen vom „Volk ohne Raum“ und von der Notwendigkeit einer expansiven „Bodenpolitik“, die durch Karl Haushofers pseudowissenschaftliche Geopolitik untermauert werden sollte, versuchten die Faschisten das deutsche Volk glauben zu machen, es könne seine sozialen Probleme nur nach der Annexion neuer Gebiete und nach dem Erwerb von Kolonien lösen.

Nach 1933, vor allem in den Jahren 1936/37, wurden die verschiedenen außen- und kolonialpolitisch orientierten Propagandaorganisationen des deutschen Monopolkapitals vereinheitlicht (↑ BDO, ↑ VDA, *Reichskolonialbund*) und der direkten Leitung des faschistischen Partei- und Staatsapparates unterstellt. Das wirksamste Instrument der nationalsozialistischen Wühlarbeit im Ausland war die Auslands-Organisation der NSDAP (AO), die aus der am 1. Mai 1931 gegründeten Auslandsabteilung der Reichsleitung hervorgegangen war und seit dem 1. April 1935 als selbständiger Gau galt. Ihr Leiter, Ernst Wilhelm Bohle, wurde 1937 zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt ernannt. Im gleichen Jahr leiteten etwa 700 hauptamtliche Mitarbeiter der AO die Untergrundtätigkeit von ca. 50.000 Mitgliedern der faschistischen Partei in aller Welt.¹⁹¹ Am 3. Juli 1935 erhielt die AO von J. von Ribbentrop Richtlinien¹⁹², deren betont friedliche Formulierungen völlig der damaligen Taktik

¹⁸⁹ Siehe Arno Klönne: Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner. Dokumente und Analysen, Düsseldorf – Köln 1982. Martin Klaus: Mädchen im Dritten Reich. Der Bund Deutscher Mädel (BDM), Köln 1983, und Hannsjoachim W. Koch: Hitlerjugend, München 1981.

¹⁹⁰ Bürgerliche Historiker versuchen diese Spannungen vor allem aus dem persönlichen Gegensatz von H. Himmler und M. Bormann abzuleiten.

¹⁹¹ Siehe Louis de Jong: Die deutsche Fünfte Kolonne im zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1959, S. 260.

¹⁹² Siehe Horst Kühne: Faschistische Kolonialideologie und zweiter Weltkrieg, Berlin 1962, S. 189.

der faschistischen Partei entsprachen; tarnte doch diese ihre Kriegs- und Eroberungspläne ebenfalls ständig mit Friedensbeteuerungen, deren demagogischen Charakter Hitler am 10. November 1938 selbst aufgedeckt hat.¹⁹³

Das von der faschistischen Staatspartei aufgebaute gesamte System der politisch-organisatorischen Massenbeeinflussung und -lenkung war bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges vollständig den Zwecken der forcierten ideologischen, politischen und militärischen Kriegsvorbereitung angepaßt. Durch den Apparat der Partei und ihrer Gliederungen wurde der aggressiven antikomunistischen, rassistischen und antinationalen Ideologie des deutschen Imperialismus der Boden bereitet, auf dem eine furchtbare Saat aufgehen konnte. Ausgerüstet mit einem raffinierten terroristischen und demagogischen System der Massenbeeinflussung durch vielgestaltige politische und paramilitärische Organisationen ging die faschistische Partei 1939 daran, das deutsche Volk zum zweiten Male innerhalb weniger Jahrzehnte für die Profitinteressen der Monopolherren in die Katastrophe eines weltumspannenden Krieges zu stürzen. Für diesen war seit Mitte Mai 1938 durch eine Abteilung Mobilisierung im Stab des Stellvertreters des Führers ein Mobilmachungsplan „Einsatz der Partei und der angeschlossenen Verbände im A-Falle“ vorbereitet worden¹⁹⁴, der nun in Kraft trat.

13. Die NSDAP während des zweiten Weltkrieges

Mit der Entfesselung des neuen Krieges zwischen den imperialistischen Großmächten Europas durch den deutschen Faschismus entstanden auch für die NSDAP wiederum neue Bedingungen, die mit einem weiteren Ausbau des verzweigten Terrorsystems und einer wesentlichen Verstärkung des politisch-ideologischen Druckes auf die Bevölkerung in Deutschland beantwortet wurden. Sie hatte jetzt Regierungsgewalt und Massenbasis unmittelbar für die Kriegführung sowie für den Aufbau faschistischer Machtapparate in den eroberten Gebieten zu nutzen. War sie bis 1939 auf eine allseitige Kriegsvorbereitung orientiert gewesen, galt es nunmehr, die verfügbaren Kräfte wirksam einzusetzen, um siegen, rauben, plündern und – im Gegensatz zu 1918/19 – gleichzeitig die „innere Front“ sichern zu können. Beim „Kriegseinsatz“ der NSDAP trat ihre Hauptfunktion – die Sicherung der Macht des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in Deutschland als Voraussetzung der „Neuordnung Europas“ und der erstrebten Weltherrschaft¹⁹⁵ – ganz kraß in Erscheinung. Die von Reinhard Heydrich am 3. September 1939 allen wichtigen Dienststellen im „Dritten Reich“ zugeleiteten „Grundsätze der inneren Staatssicherung während des Krieges“ sahen vor allem vor: „1. Jeder Versuch, die Geschlossenheit und den Kampfwillen des deutschen Volkes zu zersetzen, ist rücksichtslos zu unterdrücken. Insbesondere ist gegen jede Person sofort durch Festnahme einzuschreiten, die in ihren Äußerungen am Sieg des deutschen Volkes zweifelt oder das Recht des Krieges in Frage stellt. 2. Dagegen sind mit psychologischem Verständnis und mit erzieherisch bestärkendem Bemühen diejenigen Volksgenossen zu behandeln, die aus äußerer oder innerer Not in Augenblicken der Schwäche sich Entgleisungen irgendwelcher Art zuschulden kommen lassen.“¹⁹⁶

Diesem Erlaß, der am 20. September 1939 ergänzt wurde, folgten die staatsmonopolistische Zusammenfassung aller staatlichen und gesellschaftlichen Organe zur gewaltsamen Unterdrückung der Werktätigen im Reichssicherheits-Hauptamt sowie eine zunehmende Willkür und Bestialität in der Verfolgung aller antifaschistischen Kräfte. Der gesamte Apparat der NSDAP mit etwa 150.000 hauptamtlichen Angestellten und der ihrer Gliederungen war in die Überwachung und Bespitzelung der Bevölkerung eingeschaltet. Allein der Sicherheitsdienst der SS, der ursprünglich eine Institution der NSDAP war, verfügte zu Beginn des Krieges über 3000 hauptamtliche und weitere 50.000 V-Leute.¹⁹⁷ Während die Naziartei und vor allem die SS den Terrorapparat ausbauten, verstärkte J.

¹⁹³ Siehe Rede Hitlers vor der deutschen Presse (10. November 1938). In: VjZ, 1958, H. 2, S. 182.

¹⁹⁴ Siehe K. Pätzold/M. Weißbecker, S. 289 f.

¹⁹⁵ Siehe Konzept für die Neuordnung der Welt. Die Kriegsziele des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann, Berlin 1977.

¹⁹⁶ Zit. in: Dokumente zur deutschen Geschichte 1939-1942. Hrsg. Wolfgang Ruge/Wolfgang Schumann. Bearbeitet von Gerhart Hass/Klaus Drobisch/Anke Wappler unter Mitarbeit von Gisela Fischer, Berlin 1977, S. 23.

¹⁹⁷ Siehe Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941, Berlin 1974, S. 193.

Goebbels mit Hilfe seines ausgedehnten Apparates die antikommunistische, rassistische und militaristische Verhetzung des deutschen Volkes. Die raffinierte Propaganda vom notwendigen „Verteidigungskrieg“, vom Krieg im Interesse des „deutschen Sozialismus“ und vom „baldigen Sieg“ fiel in breiten Kreisen auf einen auch durch materielle Korruption (z. B. durch „Geschenke“ aus den okkupierten und ausgeplünderten Ländern) bereiteten Boden. Die Presse betonte immer wieder, es gehe für das deutsche Volk in diesem Krieg nur um die Alternative „Sieg oder Untergang“. Mit allen Mitteln wurden neue Kräfte zur Fortsetzung des hitlerfaschistischen Krieges mobilisiert.

Bewußt und zielgerichtet wurde u. a. auch der Kult um Hitler auf eine neue Stufe gehoben.¹⁹⁸ Das Bild des dem Siege zustrebenden, auf alle Äußerlichkeiten und Annehmlichkeiten verzichtenden „Führers“ sollte die Massen weiter vom eigenen Denken abhalten und vom Erfassen der für den deutschen Imperialismus immer ungünstiger werdenden Situation ablenken. Offen erklärte J. Goebbels in einem Gespräch, das er im Dezember 1941 über seine persönliche Rolle in der Partei führte, daß eine seiner wichtigsten Leistungen die Schaffung des Führer-Mythos sei. Er habe Hitler den „Heiligenschein der Unfehlbarkeit“ verliehen und dadurch „erreicht, daß von den zahlreichen Volksgenossen, die sich auch nach 1933 nicht recht mit der Partei befreunden konnten, viele ihr schrankenloses Vertrauen in Hitlers Persönlichkeit bekundet hätten. Das gelte noch immer und gerade in der Kriegszeit, da Millionen von Deutschen zwar nicht der Partei, wohl aber dem Führer ihr Vertrauen schenken.“¹⁹⁹ Diesem Ziel diene ebenfalls der ständige Vergleich mit dem Ende des ersten Weltkrieges, das lediglich mit dem „Versagen“ der damaligen Führung begründet wurde. „Diesmal sei ein Versagen der Führung im Augenblick unserer größten nationalen Kraftanstrengung ausgeschlossen, weil es der unerschütterliche Wille des Führers sei, den Krieg für das ganze Volk zu gewinnen.“²⁰⁰

Die faschistische Demagogie war trotz des heroischen Kampfes der deutschen Widerstandsbewegung in den ersten Jahren des zweiten Weltkrieges außerordentlich wirksam. 1940 wurde Deutschland vorübergehend von einer regelrechten Welle chauvinistischen Siegestaumels überspült. Die NSDAP steigerte ebenso ihre soziale Demagogie und versprach die Realisierung eines großen „Sozialprogramms“ (Altersversorgung, Wohnungsneubau, Gesundheitsfürsorge, Urlaubsbetreuung) für die Zeit nach dem Kriege. Die Wirksamkeit dieser ideologischen Manipulation zeigte z. B., die Eintreibung von 602,5 Mill. RM durch das „Erste Kriegswinterhilfswerk“ 1939/40. Zusätzlich organisierten die Faschisten im Sommer 1940 das „Kriegshilfswerk für das Deutsche Rote Kreuz“, so daß im ersten Jahr des imperialistischen Eroberungskrieges allein dadurch die Werk-tätigen um 1026,5 Mill. RM betrogen wurden. Obwohl behauptet wurde, diese Gelder seien für die „sozialen Einrichtungen“ bestimmt, blieb es auch in dieser Hinsicht bei Versprechungen.

Die Tätigkeit der NSDAP und ihrer Teilorganisationen erstreckte sich während des Krieges außerdem in zunehmendem Maße auf die politisch-organisatorische Verwaltungsarbeit im zivilen und im militärischen Bereich, die angesichts der krisenhaften Entwicklung des „Großdeutschen Reiches“, dessen Vergrößerung zum „Großgermanischen Reich“ geplant war, nicht mehr allein vom traditionellen Staatsapparat bewältigt werden konnte. Das geschah in solch starkem Maße, daß sich J. Goebbels im Sommer 1943 zu der Klage veranlaßt sah: „Wir treiben zuviel Kriegführung und zuwenig Politik. In der gegenwärtigen Situation, in der unsere Waffenerfolge nicht gerade übermäßig sind, wäre es gut, daß wir wieder mehr das politische Instrument zu handhaben verständen.“²⁰¹

Die Mitglieder der Partei, denen ständig ein Verfahren beim Parteigericht wegen „Interesselosigkeit“ und erhebliche Strafen drohten, wenn sie ein Amt oder eine Aufgabe ablehnten²⁰², wurden

¹⁹⁸ Ian Kershaw: Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich, Stuttgart 1980, S. 135 ff., spricht in diesem Zusammenhang von der „letzten Aufgipfelung des Hitler-Nimbus“ sowie von einem „weiteren Prestigeverlust“ der NSDAP.

¹⁹⁹ Zit. in: Heinrich Fraenkel/Roger Manvell: Goebbels. Eine Biographie, Köln – Berlin (West) (1960), S. 249.

²⁰⁰ J. Goebbels in einer Rede am 17.12.1940. In: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, München 1942, S. 243.

²⁰¹ Zit. in: Alan Bullock: Hitler. Eine Studie über Tyrannei, Stuttgart 1964, S. 735.

²⁰² Siehe die Wiedergabe einer Anordnung von R. Heß in einem Brief der NSDAP-Kreisleitung Hindenburg an die Ortsgruppenleiter vom 15.9.1940. In: WAP Opole, NSDAP-Kreisleitung Hindenburg (unpag.).

angehalten, auf dem Kriegsschauplatz „Innerdeutschland“ vor allem folgende wichtige Aufgaben zu verwirklichen:

- unter dem Deckmantel der „Betreuung“ jeden Verdächtigen zu bespitzeln, wobei im Laufe des Krieges die „Rechte“ der Parteiangehörigen immer größer wurden, bis schließlich nach einem Rundschreiben von M. Bormann jeder jeden festnehmen konnte²⁰³;
- die wachsende Arbeitshetze in der Rüstungsproduktion zu organisieren und den damit verbundenen Abbau des Arbeitsschutzes und anderer sozialer Aufwendungen durchzusetzen;
- die Zwangsarbeitslager, in denen über 7 Mill. ausländische Arbeiter den Rüstungskonzernen ungeheure Profite einbrachten, zu verwalten und von der deutschen Bevölkerung zu isolieren;
- die Einbringung der Ernten und die Frühjahrsbestellung durch jährliche Einsätze zu gewährleisten;
- den Luftschutz zu organisieren, d. h. die Verdunkelung zu überwachen und in den Kellern für eine „zuversichtliche Stimmung“ zu sorgen (der *Reichsluftschutzbund* galt nur als Lehr- und Ausbildungsorganisation)²⁰⁴;
- die Evakuierung aus den zerbombten Großstädten sowie die Vertreibung der Menschen aus ihren Heimatgebieten im Sinne der Taktik der „verbrannten Erde“ zu leiten und gegen jeden Widerstand durchzusetzen;
- als letzte Reserve des deutschen Militarismus den *Deutschen Volkssturm* (Erlaß vom 25. September 1944)²⁰⁵ und schließlich den *Werwolf*²⁰⁶ zu mobilisieren, um mit Hilfe der propagierten Militarisierung des Volkes und Politisierung der Wehrmacht die Niederlage des deutschen Faschismus noch hinauszuzögern.

Nachdem 1940/41 das Potential fast ganz Europas militärisch gesichert und in Deutschland entsprechende innenpolitische Voraussetzungen geschaffen worden waren, begann die planmäßige Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR, die in der NSDAP mit starken Konzentrations- und Zentralisierungsbestrebungen verbunden war. Zu außerordentlich bedeutsamen Veränderungen in der Führung der NSDAP kam es im Mai 1941, als die geheimen Sondierungen für einen antisowjetischen Kreuzzug Englands an der Seite des faschistischen Deutschlands scheiterten und der Versuch von R. Heß vom 11. Mai erfolglos blieb.

M. Bormann, bisher Stabschef bei R. Heß, bekam einen Tag danach die Leitung der neugeschaffenen Parteikanzlei übertragen. Nach seinen Vorstellungen sollte diese neue Institution zu einem „politischen Generalstab“ des faschistischen Staates ausgebaut werden. In der Hierarchie der NSDAP nahm sie bald einen dominierenden Platz ein. In vielen Fällen konnte der vom Vertrauen Hitlers getragene M. Bormann auch Rivalitäten mit R. Ley, J. Goebbels, A. Rosenberg und anderen Reichs- und Gauleitern zu seinen Gunsten entscheiden.²⁰⁷

Seit dem Scheitern der faschistischen Blitzkriegsstrategie in der Schlacht vor Moskau bemühte sich die Führung der NSDAP, um das System ihrer Herrschaftsorganisation und Massenbeeinflussung den Bedingungen eines langen und kräftezehrenden Krieges anpassen zu können, ihren Platz bei der notwendigen Umorganisation, Neugruppierung und Zentralisation des staatsmonopolistischen Herrschaftsmechanismus zu wahren und auszubauen. Der Übergang zur totalen und rücksichtslosesten Mobilisierung aller Kräfte entsprang dem Versuch, der beginnenden Krise des faschistischen Regimes zu begegnen. Bereits 1942 wurde eine umfassende Kampagne zur „Aktivierung der NSDAP“

²⁰³ Siehe ZStA Potsdam, NSDAP, Dienststelle Rosenberg, Nr. 3, Bl. 99 ff.

²⁰⁴ Siehe Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Folge 216, Januar 1941.

²⁰⁵ Siehe Klaus Mammach: *Der Volkssturm. Bestandteil des totalen Kriegseinsatzes der deutschen Bevölkerung 1944/45*, Berlin 1981.

²⁰⁶ Siehe Arno Rose: *Werwolf 1944-1945*, Stuttgart 1980.

²⁰⁷ Siehe Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1, S. 554.

eingeleitet, die 1943 ihren Höhepunkt erlebte und zu einer nicht unbeträchtlichen Stabilisierung der faschistischen Massenbeeinflussung führte. Die Krise der NSDAP war jedoch nicht mehr aufzuhalten oder abzuwenden.

In den letzten Kriegsjahren, als nach der militärischen Wende die allgemeine Ernüchterung und Mißstimmung breiter Bevölkerungsschichten zunahm, verlagerten sich die Aufgaben der NSDAP noch weiter auf das militärisch-verwaltungsmäßige Gebiet. Die führende faschistische Clique suchte dieser Erscheinung, die sie als „Zersetzung“ diffamierte, durch eine Reihe einschneidender politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen zu begegnen. Bereits am 16. November 1942 waren die Gauleiter der NSDAP generell zu Reichsverteidigungskommissaren ernannt worden (16 der 42 Gauleiter waren es bereits seit dem 1. September 1939), einige von ihnen erhielten nach und nach bestimmte Sonderfunktionen. Die Naziclique bereitete sich systematisch und mit Unterstützung der führenden Konzerne, deren Vertrauensmann nach 1942 vor allem A. Speer – Hitlers Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion und Leiter der Zentralverwaltung zur Planung der gesamten faschistischen Kriegswirtschaft – war, auf den Krieg bis „fünf Minuten nach zwölf“ vor.

Die NSDAP entwickelte sich zu einem der Hauptträger in der Organisation des totalen Kriegseinsatzes der Bevölkerung. Demzufolge wurde die in den ersten Kriegsjahren erfolgte Einschränkung des Parteiapparates 1942 gestoppt, erst der berüchtigte „Führererlaß“ über den totalen Kriegseinsatz vom 25. Juli 1944 sah wieder solche Maßnahmen vor. M. Bormann, der 1943 „Sekretär des Führers“ wurde und eine Schlüsselstellung mit großer Machtfülle einnahm, so daß die Tätigkeit der Partei in dieser Zeit vor allem mit seinem Namen verbunden war, ordnete am 19. August 1944 in einem aufschlußreichen Schreiben an: „Angesichts der immer größer werdenden seelischen und moralischen Belastungen, die das deutsche Volk auf sich nehmen muß, angesichts des Heranrückens der Fronten an die Heimatgrenzen werden die politischen Aufgaben der Partei immer entscheidender. Noch weit eindringender und umfassender als bisher muß der Zusammenhalt zwischen den Volksgenossen täglich aufs neue sichergestellt werden. Es wäre ebenso töricht wie verantwortungslos, wenn wir Mitarbeiter, die für diesen Aufgabenbereich notwendig und wichtig sind, freigäben. Einrichtungen der Partei, die zur Aufrechterhaltung und Festigung des Gemeinschaftsgefühls, des Widerstandswillens und der Einsatzbereitschaft des Volkes dienen, dürfen deshalb keinesfalls eingeschränkt werden. Die täglich neue Festigung des Volksgefüges ist von kriegsentscheidender Bedeutung.“²⁰⁸

Der Untergang der faschistischen Organisationen war nicht aufzuhalten. Jede sich bietende Chance wurde jedoch mit brutaler Konsequenz wahrgenommen, um den Zeitpunkt der endgültigen Zerschlagung der faschistischen Barbarei hinauszuzögern. Die einzelnen Cliquen in der Führung der Partei unternahmen alle Anstrengungen, um auf verschiedenen Wegen (und damit auch gegeneinander)²⁰⁹ ihre Macht aufrechtzuerhalten. Ihre Tätigkeit war auf das Ziel gerichtet, „die seelischen Kräfte des deutschen Volkes für die Gefahren und für die Gestaltung des kommenden Friedens hart und bereit zu machen“.²¹⁰

J. Goebbels versuchte, den Nationalsozialismus zu erneuern und stärkere „sozialistische“ Akzente zu setzen und damit seiner fanatischen Durchhaltepropaganda größere Resonanz zu verschaffen. Noch am 6. April 1945 ließ er in Berlin Plakate verbreiten, die zum Durchhalten aufforderten: „Der Bolschewismus steht vor der entscheidenden Niederlage seiner Geschichte“, „An der Oder wird sich das Schicksal Europas entscheiden“ und „Wer an den Führer glaubt, glaubt an den Sieg“. Die führende Naziclique zögerte das Kriegsende in der Hoffnung hinaus, die Antihitlerkoalition noch in

²⁰⁸ ZStA Potsdam, NSDAP, Dienststelle Rosenberg, Nr. 3, Bl. 66 f.

²⁰⁹ Die Divergenzen betrafen im Vergleich zu früher immer weniger nur Fragen von taktischem Rang, sie verliefen quer durch den gesamten faschistischen Machtapparat und galten dem Gedanken an einen Übergang vom Krieg zum Frieden, bei dem die Machtgrundlagen des deutschen Imperialismus erhalten werden konnten. Siehe Joachim Piskol: Konzeptionelle Pläne und Maßnahmen der deutschen Monopolbourgeoisie für den Übergang vom imperialistischen Krieg zum imperialistischen Frieden und zur Rettung ihrer Machtgrundlagen aus der faschistischen Niederlage (1943-1945), phil. Diss., Berlin 1972, S. 237.

²¹⁰ ZStA Potsdam, Film Nr. 13669.

letzter Minute spalten und den Krieg gemeinsam mit den USA und England gegen die Sowjetunion fortsetzen zu können. In einem Schreiben erklärte die Parteikanzlei den faschistischen Leitern, daß „von nun an unsere ganze Aufmerksamkeit ausschließlich nach dem Osten gerichtet ist, unabhängig davon, was im Westen geschieht. Die Aufrechterhaltung der Ostfront ist die Voraussetzung für einen Umschwung im Kriegsverlauf.“²¹¹

H. Himmler erließ am 1. August 1944 einen Sonderbefehl „Über die ideologische Erziehung“²¹² und ließ die Waffen-SS zu einer Millionenarmee ausbauen, während in der Wehrmacht seit dem 22. Dezember 1943 „Nationalsozialistische Führungsoffiziere“ gegen Befehlsverweigerungen und „Wehrkraftzersetzung“ vorgingen. In den letzten Monaten des Krieges nahm die Zahl der verhafteten und ermordeten Antifaschisten sprunghaft zu. Mit zahlreichen Durchhaltebefehlen und Vernichtungsanweisungen plante die Führung der zerbröckelnden faschistischen Staatspartei die Vernichtung aller Existenzgrundlagen des deutschen Volkes, die es für die Nachkriegszeit dringend benötigte. Diese brutale Vernichtungstaktik gefährdete jedoch mit der Existenz des deutschen Volkes auch die Grundlagen des deutschen Imperialismus. Daher orientierten sich einige Gruppen der Bourgeoisie auf ein antikommunistisches Bündnis mit den westlichen Alliierten und beabsichtigten zu diesem Zweck, den „Führer“, jedoch noch nicht die faschistische Partei (!), zu beseitigen, und sabotierten einige seiner Befehle in den westlichen Teilen Deutschlands. Der 20. Juli 1944²¹³ widerspiegelte die politische Krise des faschistischen Reiches und die Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Kreise des deutschen Imperialismus über die Frage, wie sie angesichts der militärischen Niederlage Hitler-Deutschlands ihre Macht retten könnten.

Der „Kriegseinsatz“ der NSDAP wuchs 1944/45 sogar noch in dem Maße an, wie sich der Widerspruch zwischen den Anforderungen des Krieges und den tatsächlich vorhandenen Ressourcen zuspitzte. So sehr sich die Aufgaben der NSDAP ständig erhöhten, so wuchs doch gleichzeitig die Diskrepanz zwischen den existentiellen Zielen der deutschen Monopolbourgeoisie und den Ergebnissen des Einsatzes der NSDAP. Dieser Widerspruch prägte die krisenhafte Entwicklung der Partei in den letzten Monaten des zweiten Weltkrieges. Ihr Wirken war selbst in den allerletzten Wochen noch weitgehend systemstabilisierend, doch in der Konzeption des Monopolkapitals für die kommende Zeit blieb kein Platz mehr für die krisengeschüttelte, diskreditierte und letztlich gescheiterte NSDAP. Als deren Führer begriffen, daß sie nach der Niederlage ausgespielt haben würden, entschieden sie sich vollends für die Parole „Sieg oder Untergang“, mit der sich mehr und mehr nur noch ihre persönlichen Interessen deckten.

Die Krise erfaßte die gesamte Hierarchie der NSDAP und selbst die Führung der Partei. Der Chef des Reichssicherheits-Hauptamtes, Ernst Kaltenbrunner, informierte im März 1945 M. Bormann vom völligen Zerfall des Apparates der faschistischen Partei. Die Anordnungen der Parteikanzlei verfehlten ihre Wirkung, sie erreichten oft nicht einmal die Adressaten. Entgegen allen Vorstellungen und Befehlen verließen die nazistischen Leiter unter Ausnutzung ihrer Stellung in der Regel als erste die Gebiete, die von der sowjetischen Armee in zähem Kampf und Schritt für Schritt befreit wurden.

Ganz im Sinne der nach Hunderten und Tausenden zählenden Anordnungen zur Mobilisierung aller Reserven der Bevölkerung befahl Hitler am 19. März 1945 allen Gauleitern, den Krieg ohne Rücksicht auf die eigene Bevölkerung zu führen.²¹⁴ Wenige Tage zuvor, am 24. Februar, hatte er in einer Rundfunkrede den „Sieg des Deutschen Reiches“ prophezeit. Hitlers letztes öffentliches Auftreten galt dem 25. Jahrestag der Verkündung des Parteiprogramms und wurde damit zu einem Symbol für Anfang und Ende der barbarischsten und zeitweilig erfolgreichsten Partei des deutschen Imperialismus.

²¹¹ Zit. in: G. Rosanow, S. 102 und 94.

²¹² Siehe ebenda, S. 31.

²¹³ Siehe Kurt Finker: Stauffenberg und der 20. Juli 1944, Berlin 1972.

²¹⁴ Siehe IMG, Bd. XVI, S. 549.

Die Agonie der faschistischen Diktatur des deutschen Imperialismus war gleichbedeutend mit dem Ende der nazistischen Partei, deren Führer am 30. April 1945 Selbstmord beging. Bei den letzten Rettungsversuchen zugunsten der um ihre Existenz bangenden Monopolherren, den Verhandlungen mit dem schwedischen Grafen Folke Bernadotte, plante H. Himmler, die NSDAP einschließlich der SS aufzulösen bzw. durch eine neue „Partei der Nationalen Einheit“ zu ersetzen.²¹⁵ M. Bormann, den das Testament Hitlers zum Parteiminister designierte, konnte in dieser Funktion nicht wirksam werden; bei einem Ausbruchversuch aus Berlin nahm er sich das Leben. Ebenso erfolglos blieb der Versuch des neuen „Staatsoberhauptes“ Karl Dönitz, der am 2. Mai die „Einheit von Partei und Staat“ aufhob, um seiner Regierung den Anschein einer „überparteilichen Beamtenregierung“ zu verleihen²¹⁶; K. Dönitz veränderte die Zusammensetzung der neuen Regierung und trennte sich von den allzu kompromittierten faschistischen Führern wie J. von Ribbentrop und H. Himmler. Davon erhoffte er sich eine günstigere Ausgangsposition für die Verhandlungen mit den westlichen Alliierten.

Der bedingungslosen Kapitulation folgte in den einzelnen Besatzungszonen sofort das Verbot jeder Tätigkeit für die NSDAP. Am 2. Mai 1945 hieß es im ersten Befehl des sowjetischen Stadtkommandanten von Berlin: „Die nationalsozialistische Partei und ihre Organisationen sind aufgelöst, ihre Tätigkeit ist verboten.“²¹⁷

In ihrer 25jährigen Geschichte brachte die NSDAP im Auftrag und im Dienst des deutschen Monopolkapitals unermessliches Leid über Deutschland und über fast alle Länder der Welt. Ihre Bilanz war furchtbar und grauenerregend, sie ist mit nüchternen Zahlen über die Ermordeten und Vergasteten, über die Toten und Verwundeten und die materiellen Verluste kaum zu erfassen. Ihre Herrschaft des Terrors und der Willkür, die Massenmorde und schweren Kriegsverbrechen verschuldeten den Tod von mehr als 50 Mill. Menschen. Der 8. Mai 1945, der Tag der Befreiung des deutschen Volkes von der faschistischen Barbarei, bereitete dem gewaltsamen Versuch der deutschen Monopolbourgeoisie und seiner aggressivsten Kräfte, den gesetzmäßigen Lauf der Geschichte hin zu einer friedliebenden, demokratischen und sozialistischen Gesellschaft aufhalten zu wollen, ein Ende. Einige Führer der Nazi-partei wurden – soweit sie sich nicht selbst dem gerechten Urteil der Völker entzogen – in Nürnberg als Hauptkriegsverbrecher hingerichtet.²¹⁸ Das Korps der Politischen Leiter der NSDAP, die SS, der Sicherheitsdienst und die Gestapo wurden zu verbrecherischen Organisationen erklärt.

14. Quellen und Literatur

Im Auftrag der Parteikanzlei der NSDAP sind am Ende des zweiten Weltkrieges größere Aktenbestände einzelner Institutionen und Organisationen vernichtet worden. Das betrifft vor allem die Akten des Reichsschatzmeisters, so daß der Komplex der Finanzierung der NSDAP nur indirekt zu erfassen ist, aber auch die der Parteikanzlei und der Reichsjugendführung. Dennoch steht ausreichendes Material zur Verfügung, aus dem sich der Klassencharakter und die objektive Funktion der faschistischen Partei sowie zahlreiche Details zur Geschichte der NSDAP erschließen lassen. Über Verluste, Stand und Probleme in der archivalischen Erfassung des erhalten gebliebenen Schriftgutes der nazifaschistischen Partei informieren u. a. Heinz Jaeger und Heinz Boberach.²¹⁹

In der DDR ist direktes archivalisches Gut der NSDAP nur in geringem Maße vorhanden. Aufschlußreiches und die gesamte Geschichte der NSDAP erhellendes Material enthalten aber vor allem die Bestände Reichskanzlei, RMdI und RKO sowie die umfangreiche Filmsammlung des ZStA Potsdam.²²⁰ Darüber hinaus finden sich verwertbare Aussagen zu Geschichte, Politik und Ideologie des deutschen Faschismus in fast allen Beständen der einzelnen Ministerien des Deutschen Reiches,

²¹⁵ Siehe K. Pätzold/M. Weißbecker, S. 380.

²¹⁶ Siehe Karl Dönitz: Zehn Jahre und zwanzig Tage, Bonn 1958, S. 445.

²¹⁷ Zit. in: G. Rosanow, S. 221.

²¹⁸ In der DDR wurden weitere 16.572 Personen angeklagt und 12.807 verurteilt. Siehe Die Haltung der beiden deutschen Staaten zu den Nazi- und Kriegsverbrechen. Eine Dokumentation, Berlin 1965, S. 27.

²¹⁹ Heinz Jaeger: Problematik und Aussagewert der überlieferungsgestörten Schriftgutbestände der NS-Zeit. In: Der Archivar, 1975, S. 275 ff. Heinz Boberach: Das Schriftgut der staatlichen Verwaltung, der Wehrmacht und der NSDAP aus der Zeit von 1933-1945. In: Ebenda, 1968, S. 138 ff.

²²⁰ Siehe z.B. die Anm. 48, 57, 97, 103, 111, 127, 129, 145, 170, 203 und 210.

der Deutschen Bank, anderer Parteien und Organisationen, der NL und Sammlungen des gleichen Archivs, des ZStA Merseburg sowie der anderen StA der DDR. Wertvolle Unterlagen befinden sich auch in den Betriebsarchiven und Stadtarchiven, im MA Potsdam sowie in den Archiven einzelner wissenschaftlicher und kulturpolitischer Einrichtungen der DDR.

Das ehemalige Hauptarchiv der NSDAP²²¹ lagert im wesentlichen im BA Koblenz, das auch andere für die Geschichte der NSDAP bedeutsame Bestände enthält. Im Institut für Zeitgeschichte München, wo seit 1947 umfangreiches Material gesammelt worden ist, wird an einem Verzeichnis der erhalten gebliebenen und in verschiedenen Archiven aufbewahrten Parteikanzlei-Akten gearbeitet. Das immer noch von den USA verwaltete Document Center in Berlin (West) verfügt über ca. 25-30 Mill. bisher kaum ausgewertete Karteikarten von Mitgliedern der NSDAP und anderer nazifaschistischer Organisationen.²²² Das Bayerische Hauptstaatsarchiv München muß für die Frühgeschichte des Faschismus, das Geheime Staatsarchiv Berlin (West) für die Geschichte der NSDAP in Preußen berücksichtigt werden.²²³ Regionalgeschichtliches Material ist in der BRD in breitem Ausmaß vorhanden und für zahlreiche Detailstudien benutzt worden.²²⁴

Das nazifaschistische Schrifttum²²⁵ besitzt naturgemäß lediglich begrenzten Aussagewert; ihm können jedoch viele Angaben entnommen werden, die die Selbstdarstellung der NSDAP und deren demagogische Methoden erhellen helfen. Außerordentlich nützlich sind in dieser Hinsicht die umfangreichen Zeitungsausschnittsammlungen in den Beständen RLB und DAF des ZStA Potsdam. Herangezogen wurden ferner die 3 Bände „Partei-Statistik“ von 1935 (siehe Anm. 2), das „Organisationshandbuch der NSDAP“, das von 1936 bis 1943 jährlich vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Robert Ley, herausgegeben wurde, sowie eine Reihe von Publikationen nationalsozialistischer Ideologen (siehe Anm. 10, 26, 31, 37, 38, 66, 86, 100, 108, 113, 118, 125, 133, 177, 180, 181, 186, 188).

Die wissenschaftliche Literatur über den deutschen Faschismus ist heute fast unüberschaubar geworden. Das belegen auch die Bibliographien, die laufend in verschiedenen Zeitschriften, insbesondere in den „VjZ“, erscheinen. Am aufschlußreichsten unter den Spezialbibliographien sind die von Peter Hüttenberger, Peter D. Stachura sowie die von Helen Kehr und Janet Langmaid.²²⁶ Vielfältige bibliographische Hinweise können ferner den Literaturberichten in der Zeitschrift „Neue Politische Literatur“ entnommen werden.²²⁷ Der umfassendste systematische Literaturbericht ist in der bürgerlichen Geschichtsschreibung von Klaus Hildebrand vorgelegt worden.²²⁸

²²¹ Siehe A Guide to the NSDAP Hauptarchiv. Compiled and edited by Grete Heinz, Stanford (California) 1965.

²²² Siehe George C. Browder: Potentials of the Berlin Document Center. In: Central European History, 1972, S. 362 ff.

²²³ Siehe dazu die entsprechenden Angaben in K. Pätzold/M. Weißbecker, S. 393 ff.

²²⁴ Siehe Wolfgang Horn: Regionale Entwicklung des Nationalsozialismus. In: Neue Politische Literatur, 1976, H. 3, S. 366 ff. Siehe auch die umfassende Bibliographie in Rudolf Rietzler: „Kampf in der Nordmark“. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919-1928), Neumünster 1982, S. 462 ff. Eike Hennig: Regionale Unterschiede bei der Entstehung des deutschen Faschismus. Ein Plädoyer für „mikroanalytische“ Studien zur Erforschung der NSDAP. In: Politische Vierteljahresschrift, 1980, H. 2, S. 152 ff., erklärt den Trend zur „Lokal- und Regionalanalyse“ als eine „Reaktion auf die Ausprägung einer schlecht abstrakten Faschismusanalyse“, womit er vor allem gegen die Bemühungen progressiver Historiker und Politologen in der BRD zielt.

²²⁵ Siehe Nationalsozialistische Bibliographie. Monatshefte der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums. Hrsg. Reichsleiter Philipp Bouhler (1936-1941) sowie Nationalsozialismus und Faschismus. Eine Dokumentation (Antiquariats-Katalog Nr. 9/1969), Frankfurt (Main) 1969.

²²⁶ Siehe Peter Hüttenberger: Bibliographie zum Nationalsozialismus, Göttingen 1980. Peter D. Stachura: The Weimar Era and Hitler. 1918-1933. A Critical Bibliography, Oxford 1977. Diese Bibliographie umfaßt über 3000 kurz kommentierte Titel in englischer, französischer und deutscher Sprache aus den Jahren 1945 bis 1975. Über 6500 Titel verzeichnen Helen Kehr/Janet Langmaid: The Nazi Era 1919-1945. A select bibliography of published works from the early roots to 1980, London 1982.

²²⁷ Siehe Neue Politische Literatur, 1971, H. 4, S. 395 ff., 1973, H. 2, S. 194 ff., 1974, H. 1, S. 60 ff., 1976, H. 3, S. 366 ff., 1978, H. 4, S. 421 ff., 1982, H. 1, S. 20 ff. und 47 ff., 1983, H. 1, S. 57 ff.

²²⁸ Klaus Hildebrand: Grundprobleme und Tendenzen der Forschung. In: Ders.: Das Dritte Reich, 2. Aufl., München – Wien 1980, S. 117-194. Von geringerem Wert ist Andreas Hillgruber: Endlich genug über Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg? Forschungsstand und Literatur, Düsseldorf 1982.

Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft der DDR, die sich auch auf die zeitgenössischen Faschismusanalysen der KPD und der Kommunistischen Internationale sowie auf zahlreiche Arbeiten von Führern der internationalen Arbeiterbewegung stützen kann²²⁹, hat sich eingehend sowohl mit der Gesamtgeschichte der NSDAP als auch mit vielen Einzelfragen beschäftigt. Informative und fast vollzählige Überblicke über die Ergebnisse der Geschichtswissenschaft der DDR, die die Geschichte der NSDAP betreffen oder berühren, bieten die 3 Sonderbände der „ZfG“.²³⁰ Über die Ergebnisse, die bis 1975 erreicht werden konnten, referierte im bilanzierenden und die weitere Forschung orientierenden Sinne Kurt Gossweiler.²³¹ Seither ist eine Vielzahl neuerer Arbeiten erschienen, in denen anhand umfangreichen Materials und mit differenzierten Fragestellungen die Grundaussagen der Theorie des Marxismus-Leninismus über den Faschismus und die nazifaschistischen Organisationen erhärtet und präzisiert werden konnten. Dazu gehören vor allem die Arbeiten von K. Gossweiler (siehe Anm. 2, 6, 7, 70, 110, 167), Kurt Pätzold (siehe Anm. 8, 150, 151), Joachim Petzold (siehe Anm. 19, 29, 41, 56, 119, 139), Wolfgang Ruge (siehe Anm. 47, 150, 167, 196), Wolfgang Schumann (siehe Anm. 150, 195, 196, 197), Manfred Weißbecker (siehe Anm. 8, 30, 44, 147) und Lotte Zumpke (siehe Anm. 154). Aufschlußreich für die Geschichte der NSDAP sind ferner auch die vom ZIG an der Akademie der Wissenschaften der DDR herausgegebenen Dokumentenbände²³² und die „Deutsche Chronik“ von Heinz Bergschicker.²³³ In zahlreichen, hier nicht anzuführenden Arbeiten über die Geschichte der KPD und die antifaschistische Widerstandstätigkeit anderer Kräfte sind auch wesentliche Erkenntnisse über einzelne nazifaschistische Organisationen enthalten.

In der sowjetischen Geschichtswissenschaft und in der anderer sozialistischer Länder existieren ebenfalls umfangreiche Arbeiten zur Geschichte der NSDAP, insbesondere zur Kriegs- und Okkupationspolitik des deutschen Faschismus. Mit den Ursprüngen des Faschismus haben sich vor allem P. J. Rachšmir und A. S. Blank, mit der allgemeinen Geschichte des deutschen Faschismus A. A. Gafkin, L. I. Ginsberg, L. Besymenski, German Rosanow u. a. beschäftigt.²³⁴ Über die sowjetische Faschismusforschung informiert der Sammelband „Geschichte des Faschismus in Westeuropa“, der unter der Leitung von G. S. Filatov entstand und 1978 in Moskau erschien.

Auf der Grundlage der von der Kommunistischen Internationale erarbeiteten Einschätzung zum Klassencharakter des Faschismus und seiner Parteien (siehe Anm. 2 und 15) sowie auf der Basis ihrer eigenen Forschungsergebnisse betreibt die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft der DDR

²²⁹ Siehe dazu vor allem Elfriede Lewerenz: Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale. Die Aufdeckung von Wesen und Funktion des Faschismus während der Vorbereitung und Durchführung des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale (1933-1935), Berlin 1975. Darin findet sich auf S. 204 ff. ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis. Aufschlußreich sind auch die biographischen Arbeiten über Führer der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung. Siehe z. B. Ernst Thälmann. Eine Biographie, Berlin 1979. Heinz Voßke/Gerhard Nitzsche: Wilhelm Pieck. Biographischer Abriß, Berlin 1975. Erich Honecker. Skizze seines politischen Lebens, Berlin 1977. Heinz Voßke: Walter Ulbricht. Biographischer Abriß, Berlin 1983. Reichhaltiges Material publiziert dazu vor allem die Zeitschrift „BzG“.

²³⁰ Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte. Zum XI. Internationalen Historikerkongreß in Stockholm August 1960 (ZfG, Sonderband), Berlin 1960, S. 344-425. Historische Forschungen in der DDR 1960-1970. Analysen und Berichte. Zum XIII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau 1970 (ZfG, Sonderband), Berlin 1970, S. 515-589. Historische Forschungen in der DDR 1970-1980. Analysen und Berichte. Zum XV. Internationalen Historikerkongreß in Bukarest 1980 (ZfG, Sonderband), Berlin 1980, S. 241-309.

²³¹ Kurt Gossweiler: Stand und Probleme der Faschismusforschung in der DDR. In: Bulletin des Arbeitskreises „zweiter Weltkrieg“, Nr. 1/1976, S. 4-32.

²³² Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945. Hrsg. Wolfgang Schumann/Ludwig Nestler unter Mitarbeit von Willibald Gutsche/Wolfgang Ruge, Berlin 1975. Hier auf S. 7 auch Hinweise auf frühere Dokumentationen.

²³³ Heinz Bergschicker: Deutsche Chronik 1933-1945. Ein Zeitbild der faschistischen Diktatur, Berlin 1981.

²³⁴ P. J. Rachšmir: Der Ursprung des Faschismus, Moskau 1981 (in deutscher Sprache). A. S. Blank: Iz istorii ranego fašizma v Germanii. Organizacija, ideologija, metody, Moskva 1978. L. I. Ginsberg: Rabočee i kommunističeskoe dvifonie Germanii v bor'be protiv fašizma (1919-1933), Moskva 1978. A. A. Gal'kin: Germanskij fašizm, Moskva 1967. L. Besymenski: Die letzten Notizen von Martin Bormann. Ein Dokument und sein Verfasser, Stuttgart 1974.

eine intensive und differenzierte Auseinandersetzung mit den Grundthesen der bürgerlichen Historiographie zur Geschichte des Faschismus und der NSDAP. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Arbeiten von Gerhard Lozek und Rolf Richter²³⁵, der Band „Unbewältigte Vergangenheit“²³⁶, die Dissertationsschriften von R. Richter²³⁷ und Hans-Rainer Baum²³⁸ sowie ein Heft von M. Weißbecker²³⁹ zu nennen. Diese Arbeiten charakterisieren generell solche Grundlinien und Wesenszüge bürgerlicher Faschismustheorien, die auch völlig auf die spezielle Darstellung der Geschichte der NSDAP in der bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Geschichtsschreibung zutreffen.

In der Regel behandeln die bürgerlichen Historiker die NSDAP als ein genuines Produkt einer autonomen mittelständischen Bewegung, als eine Arbeiterpartei oder als eine alle Klassen und Schichten repräsentierende „Volkspartei“.²⁴⁰ Unzulässig wird in jedem Fall von der sozialen Struktur der Mitglieder auf den Charakter bzw. auf die soziale Funktion der NSDAP geschlossen. Die entscheidende Frage nach dem Klassenwesen dieser Partei erscheint demgegenüber als sekundär und anderen Merkmalen des geschichtlichen Geschehens untergeordnet. Auffällig ist das Fehlen zusammenfassender Publikationen zur Geschichte der NSDAP, wobei die von Dietrich Orlow eine der wenigen Ausnahmen bildet.²⁴¹ Verursacht ist dies nicht durch den Mut zur „Lücke“, wie Andreas Hillgruber leichtfertig formuliert²⁴², sondern durch die absolute Bevorzugung von Biographien und biographieähnlichen Darstellungen über Hitler²⁴³ und andere Führer der NSDAP. Der größte Teil aller bürgerlichen Arbeiten läuft darauf hinaus, die NSDAP als Ergebnis von Hitlers übermächtiger und dämonischer Wirksamkeit erscheinen zu lassen. Dieses personalistisch-subjektivistische Herangehen entspricht der traditionell in der bürgerlichen Geschichtsschreibung verfolgten Maxime „Männer machen Geschichte“ und findet hinsichtlich der geschichtlichen Rolle Hitlers eine extrem übersteigerte Ausprägung. Methodologisch bildet es zugleich die Grundlage für die zahlreichen psychologisierenden und anthropologisierenden Deutungsversuche, die sich sowohl mit Hitler und seinen Motivationen²⁴⁴ als auch mit der „Ermöglichung“ Hitlers durch die Massen und deren irrationalen Beweggründen beschäftigen.²⁴⁵

²³⁵ Siehe Anm. 1 und Gerhard Lozek/Rolf Richter: Zur Auseinandersetzung mit vorherrschenden bürgerlichen Faschismustheorien. In: Faschismus-Forschung, S. 417 ff. Siehe auch Gerhard Lozek: Zum Platz bürgerlicher Faschismusauffassungen in der gegenwärtigen imperialistischen Gesellschaftskonzeption und in der ideologischen Auseinandersetzung. In: JBP, Nr. 42 (September 1977), S. 40 ff.

²³⁶ Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD. Herausgeberkollektiv: Gerhard Lozek (Leiter)/Werner Berthold/Heinz Heitzer/Helmut Meier/Walter Schmidt. 3., neu bearb. und erw. Aufl., Berlin 1977.

²³⁷ Rolf Richter: Beiträge zur Analyse und Kritik bürgerlicher und anderer nichtmarxistischer Faschismuskonzeptionen und -darstellungen, Diss. B, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1980.

²³⁸ Hans-Rainer Baum: Analyse und Kritik der bürgerlichen Historiographie Italiens über den italienischen Faschismus (unter Beachtung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede hinsichtlich des deutschen Faschismus), phil. Diss., Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1981.

²³⁹ Manfred Weißbecker: Entteufelung der braunen Barbarei. Zu einigen neueren Tendenzen in der Geschichtsschreibung der BRD über Faschismus und faschistische Führer, Berlin 1975.

²⁴⁰ Diesen Begriff verwendet Hans Mommsen: Zur Verschränkung traditioneller und faschistischer Führungsgruppen in Deutschland beim Übergang von der Bewegungs- zur Systemphase. In: Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich. Hrsg. Wolfgang Schieder, Hamburg 1976, S. 157 ff. Er schreibt auf S. 165 f.: Die „soziale Oberschicht“ habe, als sie „ihre Zurückhaltung“ gegenüber der NSDAP aufgab, lediglich jenen Prozeß vollendet, „der die NSDAP aus einer im wesentlichen marginalen sozialen Gruppen umfassenden Partei auf dem Umweg über die Mobilisierung von nicht hinreichend in das Parteiensystem eingebundenen Wählergruppen aus ihrer sozialen Isolierung herausgelangen und zu einer virtuellen Volkspartei werden ließ“.

²⁴¹ Dietrich Orlow: The History of The Nazi Party 1919-1933, Pittsburgh 1969. Ders.: The History of The Nazi Party 1933-1945, Pittsburgh 1973. Die Arbeit von Michael H. Kater: The Nazi Party. A Social Portrait of Members and Leaders 1919-1945, Cambridge-Oxford 1983, stand noch nicht zur Verfügung.

²⁴² Andreas Hillgruber: Literaturbericht Innen- und Außenpolitik Deutschlands 1933-1945. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1983, H. 1, S. 67.

²⁴³ Siehe vor allem J. C. Fest und S. Haffner.

²⁴⁴ Das wohl am weitesten gehende Beispiel einer verfehlten psychologisierenden Geschichtsbetrachtung liefert Rudolph Binion: „... daß ihr mich gefunden habt“. Hitler und die Deutschen: eine Psychohistorie, Stuttgart 1978.

²⁴⁵ Diese Auffassungen gehen fast alle zurück auf Wilhelm Reich: Die Massenpsychologie des Faschismus (erstmalig 1933 in Dänemark erschienen).

Die personalistisch begründete Faschismusdeutung hat ausnahmslos in alle Varianten der bürgerlichen Auffassungen über den Faschismus Eingang gefunden.²⁴⁶ Das gilt auch für die strukturalistisch-sozialgeschichtlichen Darstellungen, die seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre verstärkt aufgetaucht sind und auf der Industriegesellschaftslehre, der Modernisierungskonzeption und dem Pluralismusmodell beruhen. In ihnen erscheint bei allen berechtigten Aussagen zu einzelnen Bereichen der ökonomischen Sphäre, des faschistischen Herrschaftsmechanismus, der Klassenbeziehungen und der Massenbasis der NSDAP dennoch Hitler zumindest als ein „in letzter Instanz“²⁴⁷ zu veranschlagender Faktor. Während der letzten Jahre ist deutlich der Versuch in den Vordergrund getreten, die Wirksamkeit Hitlers und „seiner“ NSDAP sozialgeschichtlich aus den „Stimmungen“ und Wünschen der werktätigen Massen abzuleiten.²⁴⁸

Die These von Hitlers „Alleinschuld“ oder letztendlicher Verantwortung soll die eigentlich treibenden Kräfte des Faschismus entlasten und die entscheidenden Wurzeln der NSDAP verschleiern. Dieses Anliegen verfolgt objektiv auch die Erforschung des „Alltags“ unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur, obwohl durch sie bisher unbekannte Fakten aufgedeckt werden. Mit der hauptsächlich beabsichtigten Auflösung der Geschichte des Faschismus in eine „Vielzahl unterschiedlicher Teilgeschichten“²⁴⁹ soll einer allgemeinen und geschichtliche Lehren ermöglichenden Wesensbestimmung des faschistischen Herrschaftssystems entgegengewirkt werden.²⁵⁰

Die sich in jüngster Zeit verstärkenden Bemühungen um eine Wiederbelebung und Weiterentwicklung der antikomunistischen Totalitarismus-Doktrin, die mit einer generellen Ablehnung des Faschismusbegriffs verbunden sind und objektiv der Rechtsentwicklung sowie dem imperialistischen Hochrüstungs- und Konfrontationskurs dienen, widerspiegeln sich in oberflächlichen Vergleichen zwischen faschistischen und kommunistischen Parteien²⁵¹ sowie in dem Versuch, die Parteien in den sozialistischen Ländern als totalitär²⁵² bzw. als faschistisch oder „linksfaschistisch“ zu diffamieren. In der bürgerlichen Parteienforschung, die von Soziologen und Politologen auf der Grundlage der Totalitarismus-Doktrin betrieben wird, wird die NSDAP weitgehend, für die Zeit von 1933 bis 1945 sogar völlig ausgeklammert.²⁵³

Alle bürgerlichen Theorien über den Faschismus und die Geschichte der NSDAP, gleich ob sie von personalistischen oder von strukturalistisch-sozialgeschichtlichen Grundpositionen ausgehen, ob sie sich mit der Massenbasis oder mit einzelnen Erscheinungsformen des Faschismus beschäftigen, zielen auf die Grundthese aller bürgerlichen Auffassungen, derzufolge der Faschismus nicht als ein Produkt kapitalistischer Produktionsverhältnisse und der allgemeinen Krise des Kapitalismus sowie als eine unter bestimmten Bedingungen auftretende imperialistische Herrschaftsform, Bewegung und Ideologie begriffen werden dürfe.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 3: Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften – Reichs- und freikonservative Partei Köln/Leipzig 1985, S. 460-523.

²⁴⁶ Siehe W. Ruge: Das Ende von Weimar, S. 6 ff.

²⁴⁷ So z. B. Heinrich August Winkler: Mittelstandsbewegung oder Volkspartei? Zur sozialen Basis der NSDAP. In: Faschismus als soziale Bewegung, S. 112.

²⁴⁸ David Schoenbaum: Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Köln-Berlin (West) 1968, S. 44, z. B. bezeichnet die NSDAP als „Mobilisierung des Unbehagens“.

²⁴⁹ Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte. Hrsg. Martin Broszat/Elke Fröhlich/Falk Wiesemann, München – Wien 1977, S. 13.

²⁵⁰ Siehe Rolf Richter: 1933 – Reicht es aus, sich mit dem „Alltag“ zu befassen? Zur Analyse und Kritik der nicht-marxistischen Alltagsgeschichtsschreibung. In: Konsequent, 1982, H. 4, S. 81 ff.

²⁵¹ Siehe z.B. Aryeh L. Unger: The Totalitarian Party. Party and People in Nazi Germany and Soviet Russia, Cambridge 1974.

²⁵² Siehe z. B. Karl Dietrich Bracher: Demokratie und Ideologie im Zeitalter der Machtergreifungen. In: VjZ, 1983, H. 1, S. 9 f.

²⁵³ Siehe z. B. Heino Kaack: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971.

Reichsarbeitsgemeinschaft deutscher Föderalisten (RdF) 1926-1935

[Mitautor: Herbert Gottwald]

Die RdF war der Versuch einer Zusammenfassung verschiedener regionaler und konfessioneller Organisationen, deren Ziel in der Durchsetzung antipreußisch-föderalistischer Positionen bestand. Sie erstrebte die Umwandlung der preußischen Provinzen in eigenständige Länder, wozu der Artikel 18 der Weimarer Verfassung Möglichkeiten bot. Die RdF wurde insbesondere vom Reichsbund Deutscher Föderalisten (RbDF) sowie vom Reichs- und Heimatbund Deutscher Katholiken (RHK) getragen. In den Reichsreformdebatten vertrat sie einen mystischen Heimatbegriff, eine großdeutsche Reichsideologie, berufsständisches Denken und teilweise auch antimilitaristische Auffassungen.

Tagungen

12.-13. Februar 1927 in Kassel

15.-16. September 1928 in Frankfurt (Main)

3.-4. April 1929 in Kassel

4.-5. Oktober 1930 in Hannover

30.-31. Mai 1931 in Gießen

27. September 1931 in Essen

23. Oktober 1932 in Aschaffenburg

Angeschlossene Organisationen

RbDF

RHK

Hessisches Volksbund (ab 1928: *Vereinigte Großdeutsch-Hessische Gemeinschaft*)

Evangelische Volkspartei in Hessen

Großdeutscher Orden „Heinrich der Löwe“

Arbeitsgemeinschaft für Frieden und Recht

Presse

„Vom Dritten Reich, Halbmonatsschrift für die Neugliederung Deutschlands. Deutsche föderalistische Korrespondenz“, Hannover (1926-1935, im Oktober 1931 umgewandelt in „Der Länderstaat. Großdeutsch-föderalistische Korrespondenz“)

„Schriften der Reichsarbeitsgemeinschaft deutscher Föderalisten“, hrsg. von Benedikt Schmittmann (7 Hefte, 1929-1930)

„Reich- und Heimatblätter. Mitteilungen des Reichs- und Heimatbundes Deutscher Katholiken“ (Köln 1925-1929), ab 1926 unter dem Titel: „Reich und Heimat. Mitteilungen des Reichs- und Heimatbundes Deutscher Katholiken“, Auflage: 5000

„Heimat und Volk. Blätter für katholisches und deutsches Volkstum“ (Köln 1926/27 bis 1933), Jg. 1 unter dem Titel:

„Volk und Heimat“

„Reich- und Heimatkorrespondenz“ (Köln 1929/30), aufgegangen in: „Heimat und Volk“

„Schriften des Reichs- und Heimatbundes Deutscher Katholiken“, H. 1 (1930) – H. 4 (1932)

Nach der Novemberrevolution zeigten sich die föderalistisch orientierten Kräfte der deutschen Bourgeoisie selbst mit den zaghaften unitaristischen Veränderungen im Staatsaufbau des Deutschen

Reiches unzufrieden. Gestützt auf einige in der Weimarer Verfassung verankerte Kompromißformeln, versuchten sie, ihren Positionen durch den Aufbau entsprechender Organisationen Nachdruck zu verleihen. Eine erste Tagung führten sie Pfingsten 1919 in Würzburg durch; auf ihr wurden Leitsätze angenommen, die von Constantin Frantz und seinen konservativ-ständischen Auffassungen einer mitteleuropäischen Föderation unter deutscher Führung ausgingen. Am 15. Februar 1920 fand in Kassel eine darauf aufbauende Konferenz statt, die von Karl Heldmann, Ordinarius für Geschichte an der Halleschen Universität, organisiert wurde und zur Gründung des *Deutschen Föderalistenbundes* führte¹, aus dem der *RbDF* hervorging. K. Heldmann gab die Schrift „Das deutsche Deutschland. Dreißig Sätze vom Deutschen Föderalistenbund“ heraus, die weite Verbreitung fand.

Obwohl im Ergebnis dieser Aktionen 1920 im Reichsinnenministerium eine Zentralstelle für die Gliederung des Reiches geschaffen wurde, blieben die regional stark zersplitterten Föderalisten weitgehend wirkungslos. Daher verstärkten sich ihre Bemühungen um eine überregionale Zusammenfassung, was später u. a. auch in der bezeichnenden Parole „Föderalisten aller Länder vereinigt Euch“² zum Ausdruck kam. Insbesondere die bayerischen Föderalisten strebten die Entwicklung einer föderalistischen Reichsbewegung an. Sie veranstalteten am 11. Februar 1921 in Weimar eine Tagung, zu der Föderalisten aus Hannover, Hessen, Schleswig-Holstein und aus dem Rheinland erschienen, bei der sich aber herausstellte, daß es für einen Einfluß der *BVP* über Bayern hinaus kaum eine Basis gab.³ Das zeigte sich vor allem 1925, als beim ersten Wahlgang zu den Reichspräsidentenwahlen lediglich die *Welfen* und die *Braunschweigisch-Niedersächsische Partei* für den Kandidaten der *BVP* stimmten, obwohl die Wahlentscheidung zugunsten Heinrich Helds als „Heerschau oder Probemobilmachung des gesamten deutschen Föderalismus“ angekündigt worden war.⁴

In dieser Zeit kristallisierten sich immer stärker zwei profilbestimmende Gruppen unter den deutschen Föderalisten außerhalb Bayerns heraus, als neben den *RbDF* der *RHK* trat. Letzterer wurde im Rahmen des Hannoveraner Katholikentages am 2. September 1924 gegründet. Nach seinen Satzungen erstrebte er „staatspolitisch ein festgefügtes bundesstaatliches Reich, das sich in natürlicher Gliederung ohne Vormachtstellung eines einzelnen Teiles organisch aufbaut auf gleichberechtigten und möglichst gleichwertigen Heimat-Stammesstaaten, in denen die körperschaftliche Selbstverwaltung im Staats- und Gemeindeleben zu verwirklichen ist. Er verfolgt ferner die Verwirklichung des föderalistischen Gedankens im Wirtschafts-, Sozial- und Völkerleben.“⁵ Die Realisierung dieser Aufgabe sollte mit folgenden Mitteln in Angriff genommen werden: „1. Erforschung der Geschichte des Deutschen Reiches und der Stämme; 2. Heimatpflege und Vertiefung der Heimat- und Vaterlandsliebe; 3. Pflege der föderalistischen Gesinnung im nationalen, wirtschaftlichen, sozialen und übernationalen Leben; 4. Einflußnahme auf die Gesetzgebung.“⁶

Politisch-ideologisch und organisatorisch führender Kopf des *RHK* war der Professor für Sozialpolitik an der Universität Köln B. Schmittmann, der nach dem ersten Weltkrieg kurze Zeit als Abgeordneter des ↑ *Zentrums* dem preußischen Landtag angehört und im Jahre 1919 den ↑ *Friedensbund Deutscher Katholiken* (*FDK*) im Rheinland mitbegründet hatte.⁷

Der Föderalismus B. Schmittmanns wurzelte einmal in seiner katholisch-konservativ-ständischen Auffassung, die durch das mittelalterliche Reichsideal bestimmt war und im Föderalismus die „Anwendung der christlichen Weltanschauung auf das Sozial- und Staatsleben“⁸ sah. Andererseits

¹ Siehe ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 25 673/9, Bl. 10 f.

² Vom Dritten Reich, Nr. 2 vom 7. 2. 1929, S. 35.

³ Siehe Klaus Schönhoven: Die Bayerische Volkspartei 1924-1932 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 46), Düsseldorf 1972, S. 48 f.

⁴ Ebenda, S. 122.

⁵ Reich- und Heimatblätter. Mitteilungen des Reichs- und Heimatbundes Deutscher Katholiken, 1. Jg. 1925, Nr. 1 und 2, S. 1.

⁶ Ebenda.

⁷ Neben dem Bundesvorsitzenden B. Schmittmann wirkten als 2. Vorsitzende: Otto Kurze (1926-1929) und Hans Pfeiffer (1929 bis 1933).

⁸ Benedikt Schmittmann: Föderalismus und Weltanschauung [MS]. In: ZStA Potsdam, NL Benedikt Schmittmann, Nr. 1, Bl. 30.

knüpfte B. Schmittmann aber auch an die gegen die Hegemoniepläne des militaristischen Preußens gerichteten föderalistischen Elemente in der demokratischen Bewegung West- und Süddeutschlands des 19. Jh. an und begründete von daher seinen antipreußischen rheinischen Föderalismus als Kampf gegen das „Land der militärischen Vormachtstellung“.⁹ Den widersprüchlichen Grundpositionen B. Schmittmanns entsprachen weitgehend auch Zusammensetzung und Politik des *RHK*.

So gehörten zu den Mitbegründern die bayerischen Politiker Sebastian Schlittenbauer, Karl Oskar von Soden und Theodor Freiherr von Cramer-Klett, der fortschrittliche katholische Publizist Leo Weismantel und die linksdemokratische Gruppe um die „Rhein-Mainische Volkszeitung“ mit Ernst Michel und Ernst Werner Thormann. In der Presse des *RHK* publizierten der erzreaktionäre Führer der Mayener Ständehausbewegung, Franz Kirchesch, und der Münchener Jesuitenpater Erich Przywara neben den bürgerlichen Demokraten und Pazifisten Friedrich Wilhelm Förster und Hellmut von Gerlach. Die Mitglieder des auf Ortsgruppen aufgebauten *RHK* rekrutierten sich vorwiegend aus der katholischen Geistlichkeit, akademischen Berufen und dem gewerblichen Mittelstand. Der regionale Schwerpunkt lag im Rheinland, dann folgten Bayern, Württemberg, Hessen, Baden und die Pfalz. Die Mitgliederzahl, über die der *RHK* keine Angaben veröffentlichte, dürfte einige Tausend nicht überschritten haben. Ausbreitung und Entwicklung des *RHK* wurden durch die Zurückhaltung und teilweise Ablehnung durch das *Zentrum* sowie durch die jahrelang zu Unrecht erhobene Verdächtigung separatistischer bzw. „sonderbündlerischer Bestrebungen“¹⁰ erschwert.

Obwohl die Führung des *RHK* bestrebt war, sich dem *Zentrum* als „eine echte kerndeutsche katholische Gruppe, die der Zentrumspartei Nutzen bringen will“¹¹, zu empfehlen, fand er nur in wenigen regionalen Zentrumsorganen eine positive Würdigung.¹² Die Zentrumsführung distanzierte sich von der katholischen Neugründung,¹³ und auch das Rheinische *Zentrum* wertete den *RHK* als überflüssigen Beitrag zur weiteren Zersplitterung des katholischen Vereinswesens.¹⁴ Gegen den Vorwurf, „separatistisch und staatsgefährlich“¹⁵ zu sein, führte die Führung des *RHK* ins Feld, daß sein Föderalismus „nicht wie der Separatismus gegen das deutsche Reich gerichtet“ sei, sondern vielmehr „durch die Stärkung und Verlebendigung seiner durch Tradition, Landschaft, Wirtschaft und Kultur geschaffenen natürlichen Glieder“ das Reich stärken will.¹⁶ Trotz dieser und analoger Beteuerungen wurde der *RHK* durch die preußische Polizei überwacht und wurden Spitzel in ihn hineingeschleust.¹⁷

Hauptmittel zur Propagierung des antipreußischen Föderalismus-Gedankens bildeten für den *RHK* neben der Verbreitung seiner Presseorgane vor allem Flugblattaktionen und eine zumindest im Rheinland und in Bayern relativ intensive Versammlungstätigkeit. Die ersten drei Flugblätter wurden in 60.000 Exemplaren verbreitet. Zu den Höhepunkten in der Vortrags- und Veranstaltungstätigkeit des *RHK* gestalteten sich die von ihm durchgeführten Feiern anlässlich des 150. Geburtstages von Joseph von Görres im Jahre 1926 und des 50. Todestages von Bischof Wilhelm Emanuel Freiherr von Ketteler im Jahre 1927. Mit der Kölner Tagung am 23. Februar 1927, auf der der ehemalige österreichische Ministerpräsident Max Freiherr von Hussarek und der Innsbrucker Chefredakteur Anton Klotz sprachen, intensivierte der *RHK* seine Zusammenarbeit mit den großdeutschen Kreisen

⁹ B. Schmittmann: Föderalismus und Friedensbewegung [MS]. In: Ebenda, Nr. 2, Bl. 23.

¹⁰ Redaktion der „Rheinischen Tageszeitung“ (Köln) an die Schriftleitung der „Korrespondenz“ der DNVP, 20.7.1925. In: Ebenda, DNVP, Nr. 482, Bl. 31.

¹¹ Das Zentrum und der Reichs- und Heimatbund. In: Reich und Heimat. Mitteilungen des Reichs- und Heimatbundes Deutscher Katholiken, 3. Jg. 1927, Nr. 2 und 3, S. 32.

¹² Siehe Alfred Kuhlmann: Das Lebenswerk Benedikt Schmittmanns (Schriften des Instituts für christliche Sozialwissenschaften der Universität Münster, Bd. 19), Münster 1971, S. 202.

¹³ So Theodor von Guérard am 11.3.1926 im Haushaltsausschuß des Reichstages. Siehe Der Reichs- und Heimatbund Deutscher Katholiken und das Zentrum. In: Reich und Heimat, 2. Jg. 1926, Nr. 3 und 4, S. 50.

¹⁴ Siehe Mitteilungen der Rheinischen Zentrumspartei, 2. Folge, Nr. 4, Februar 1925.

¹⁵ Föderalistische Volksordnung. Zu dem Briefwechsel Schmittmann – Sollmann. In: ZStA Potsdam, DNVP, Nr. 482, Bl. 33.

¹⁶ B. Schmittmann an Albert Pass, 20. 7. 1929. In: Ebenda, NL B. Schmittmann, Nr. 1, Bl. 28.

¹⁷ Siehe die Flugblätter des *RHK*: „Der Bund und die preußische Polizei“ und „Neue preußische Spitzeleyen“.

in Österreich, nachdem er bereits 1926 mit dem *Reichsbund der Österreicher* in Verbindung getreten war.¹⁸

Vom *RHK* gingen auch neue Initiativen zur Zentralisation der föderalistischen Organisationen aus. Unter seiner Führung wurde am 17. Oktober 1925 die Bildung der RdF vereinbart. In den Vorstand der RdF wurden außer B. Schmittmann auch Ludwig Alpers, der in Hannover den *RbDF* leitete und die Zeitschrift „Vom Dritten Reich“ herausgab,¹⁹ August Hampe (Braunschweig), Prof. Rudolf Henle (Rostock), Friedrich Graf von Schaumburg-Söcking, Prof. Ottomar Schuchardt (Dresden), Franz Schweyer (München) und Oberst a. D. Robert Ritter von Pohl (Wien) gewählt. Einen Vorsitzenden gab es nicht.

Die RdF sah ihre wichtigste Aufgabe darin, ihren antipreußischen Föderalismus-Gedanken zu propagieren und die Parteien dazu anzuhalten, bei den Wahlen jeweils nur solche Kandidaten aufzustellen, die den Artikel 18 der Weimarer Verfassung²⁰ anerkennen und eine „großpreußische Vorherrschaft in Deutschland“ ablehnen.²¹ Sie erstrebte die Umwandlung der preußischen Provinzen in eigenständige Länder sowie ein „hegemoniefreies“ großdeutsches Reich, das aus dem „engen Zusammenwirken der sich selbst verwaltenden deutschen Heimatländer“ hervorgehen sollte. Ihr „Reichsideal“ leitete sich aus dem christlichen Naturrecht ab, wobei sie bewußt anzuknüpfen versprach an die „föderalistisch-großdeutsche Vergangenheit in einem natürlich gegliederten Reich, das sich aus möglichst gleichstarken und gleichlebenskräftigen Gliedern zusammensetzt und so die Einheit in der Vielheit verkörpert ...“. Ein solches Reich betrachtete sie „als Vorbild und einenden Mittelpunkt eines befriedeten Europas“.²² In der Föderalisierung des Deutschen Reiches sah sie eine entscheidende „Voraussetzung einer kraftvollen Außenpolitik“.²³

1928/29 stand für die RdF der Kampf gegen den *Bund zur Erneuerung des Reiches (BER)* und dessen unitaristische Bemühungen um eine Reichsreform sowie gegen die zwischen 1928 und 1930 tagende Länderkonferenz zur Verfassungs- und Verwaltungsreform im Vordergrund. Sie bezeichnete in einer Entschließung vom Frühjahr 1928 ihre eigenen föderalistisch-partikularistischen Vorschläge zur Beseitigung des Dualismus Preußen – Reich als Ausdruck einer „wirklichen“ Erneuerung des Reiches.²⁴ Dieser Entschließung waren etwa 1200 Unterschriften beigelegt. Die Reichsreformpläne des *BER* charakterisierte die RdF als „Deckmantel für die fortschreitende Verpreußung Deutschlands“, für die „die machtstaatlichen Willensimpulse der Junker, der Schwerindustrie und des Sozialismus“ verantwortlich gemacht wurden.²⁵ In ihren Verlautbarungen klangen mitunter auch antimilitaristische, bürgerlich-demokratische und pazifistische Töne an, wobei auch Beziehungen zu rheinischen pazifistischen Föderalisten bestanden. Während B. Schmittmann im deutschen Faschismus eine Erscheinung sah, die „das Übel“ nur verschlimmern könne und einen Bürgerkrieg heraufbeschwören werde,²⁶ orientierte sich der von L. Alpers geführte *RbDF* auf eine offene Unterstützung der Rechtsentwicklung und Faschisierungsprozesse in der Zeit der Weltwirtschaftskrise. R. Henle, der im Anschluß an Kurt von Schuschnigg auf der RdF-Tagung in Hannover zum Thema „Großpreußische oder großdeutsche Lösung“ sprach, kritisierte die Reichsreformpläne

¹⁸ Siehe ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 25 673/9, Bl. 12 und Reich und Heimat, 3. Jg. 1927, Nr. 1, S. 2-5.

¹⁹ Mit L. Alpers kamen starke welfische Tendenzen in die RdF, die 1924 bei der von den Welfen initiierten Volksabstimmung eine Niederlage erlitten hatten. L. Alpers trat 1945 als Mitbegründer der Niedersächsischen Landespartei in Erscheinung, aus der die rechtskonservative Deutsche Partei hervorging.

²⁰ Dieser Artikel sah die Möglichkeit einer Neugliederung der Länder durch das Reich vor.

²¹ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 25673/9, Bl. 10. Siehe dazu auch Ederanus (d. i. Karl Heldmann): Die waldeckische Frage. Ein Kapitel aus der Verpreußungsgeschichte Deutschlands, Homberg 1927.

²² Flugblatt der RdF. Beilage zu Rudolf Henle: Kleindeutscher Einheitsstaat oder Großdeutsches Reich? Schriften der Reichsarbeitsgemeinschaft deutscher Föderalisten, H. 2, Köln 1929.

²³ Vom Dritten Reich, Nr. 9 vom 8.5.1930, S. 126.

²⁴ Siehe Die Erneuerung des Reiches. Schriften der Reichsarbeitsgemeinschaft deutscher Föderalisten, H. 1, Köln 1929, S. 30 ff.

²⁵ Benedikt Schmittmann: Großpreußen oder Deutscher Volksstaat? Schriften der Reichsarbeitsgemeinschaft deutscher Föderalisten, H. 6, Köln 1930, S. 26.

²⁶ Vom Dritten Reich, Nr. 4 vom 2.3.1931, S. 1.

der Regierung lediglich wegen ihrer propreußischen Tendenzen, die „Eindämmung des Parlamentarismus“ durch diese Pläne bezeichnete er dagegen ausdrücklich als „erwünscht“. Als Begründung führte er an, das Programm des RdF enthalte „kein Wort“ zugunsten des parlamentarischen Systems und seiner Aufrechterhaltung. Die Länder hätten doch schon bestanden, „ehe der Parlamentarismus eingeführt“ worden sei.²⁷

Die Auseinandersetzungen um diese Fragen führten zu einem offensichtlichen Rückgang der RdF. Der *RbDF* trat zwar ebenso wie der *RHK* unter dem Namen der RdF auf; mitunter bezeichnete er sich auch als *Reichsgemeinschaft Deutscher Föderalisten*. Gemeinsam wurden 1931/32 nur noch die Tagungen in Essen und Aschaffenburg durchgeführt. Nach der Umbenennung der Zeitschrift kam B. Schmittmann in ihr allerdings kaum noch zu Wort. Dies hing offensichtlich mit seinem Bemühen zusammen, sich nicht nur mit einzelnen Erscheinungen des Faschismus auseinanderzusetzen. Er sprach vom „Zusammenfließen des Großkapitals mit der gewaltigen Kampffront des Nationalsozialismus“²⁸ und erkannte, daß die ↑ *NSDAP* „von der im politischen Deckmantel operierenden Hochfinanz“²⁹ geführt wurde. Eine bestimmte Klarsicht bewies B. Schmittmann auch in der Einschätzung der Notverordnungen der Brüning-Regierung, die „den Weg zur Diktatur bahnen ließ“, und der Reichspräsidentenwahlen, die zwischen Hitler und Hindenburg „ein Kampf zwischen verschiedenen Parolen der Rechten waren“.³⁰

Der Erkenntnis der faschistischen Gefahr entsprangen die Bestrebungen des *RHK* zur Zusammenarbeit mit demokratischen und pazifistischen Gruppierungen, wie dem *FDK*, der *Großdeutschen Volksgemeinschaft* und der *Arbeitsgemeinschaft Friede durch Recht*. Die antifaschistischen Aktivitäten des *RHK* erfuhren eine wesentliche Einschränkung durch einen katholisch geprägten Antikommunismus und Antisowjetismus sowie durch eine maßlose Überschätzung der Möglichkeiten des Föderalismus. Ausgehend von einem nach B. Schmittmann gleichermaßen abzulehnenden „kapitalorientierten Faschismus“ und „proletariatorientierten Bolschewismus“ sowie angeregt durch die Enzyklika „*Quadragesimo anno*“, intensivierte B. Schmittmann seine Arbeiten an einem auf Heinrich Peschi fußenden solidaristischen Wirtschaftssystem und einer ständischen Gesellschaftsgliederung, um damit Faschismus und Kommunismus ein „drittes Wirtschaftsideal“ gegenüberzustellen.³¹ Angesichts der zunehmenden Bedeutungslosigkeit föderalistischer Momente in den politischen Auseinandersetzungen des Jahres 1932 kamen realistisch eingestellte Föderalisten zu der Erkenntnis, daß die praktische Bedeutung des Föderalismus „heute ganz geringe und die föderalistische Bewegung „verkalkt und vergreist“³² sei. Demgegenüber gewann die Bundesleitung des *RHK* nach der Aschaffener Reichsversammlung der RdF im Oktober 1932 die „Erkenntnis des Durchbruchs, den unsere Bewegung nach Aschaffenburg fand“.³³ Doch weder die Hoffnung auf das *Zentrum* als „Bannerträger Einer besseren Zukunft“³⁴ noch die Orientierung auf einen Kampf gegen die „absolute Herrschaft des Totalstaates“³⁵ vermochten die Errichtung der faschistischen Diktatur aufzuhalten. Die Besetzung der Druckerei von „Heimat und Volk“ und das Verbot der Zeitschrift bedeuteten das faktische Ende des *RHK*. B. Schmittmann, der mit gewisser Berechtigung von sich sagen konnte, daß er die „furchtbare Tragödie mit Sicherheit anmarschiert kommen“ sah³⁶, wurde seines Lehramtes beraubt und mehrere Wochen in „Schutzhaft“ genommen. Am Beginn des zweiten Weltkrieges wurde er erneut verhaftet und am 13. September 1939 im KZ Sachsenhausen ermordet.

²⁷ Vom Dritten Reich, Nr. 19/20 vom 16.10.1930, S. 241.

²⁸ Heimat und Volk, Nr. 23 vom 15.11.1931.

²⁹ Ebenda, Nr. 17 vom 23.8.1931.

³⁰ Ebenda, Nr. 16 vom 7.8.1932, Nr. 9 vom 3.5.1931 und Nr. 6 vom 20.3.1932.

³¹ B. Schmittmann: Wirtschafts- und Sozialordnung als Aufgabe, Stuttgart 1932 und Heimat und Volk, Nr. 3 vom 7.2.1932.

³² Karl Heldmann an B. Schmittmann (ohne Datum, 1932). In: ZStA Potsdam, NL B. Schmittmann, Nr. 1, Bl. 57 f.

³³ Rundschreiben der Bundesleitung des *RHK*, Weihnachten 1932. In: Ebenda, Nr. 1, Bl. 262.

³⁴ Heimat und Volk, Nr. 5 vom 4.3.1933.

³⁵ Rundschreiben der Bundesleitung des *RHK*.

³⁶ So in einem Gespräch mit Martin Spahn am 25.2.1933. In: ZStA Potsdam, NL B. Schmittmann, Nr. 1, Bl. 45.

Im Unterschied zur Führung des *RHK* begrüßten die um L. Alpers gruppierten Kräfte das großdeutsche Programm der *NSDAP*, wobei die Kritik an deren Preußentum nicht aufgegeben wurde.³⁷ Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur pries L. Alpers Einschätzungen des Föderalismus in der „die energische Inangriffnahme der Reichsreform“ durch Hitler. Er warnte zwar vor einem gewissen Übermaß an Zentralisation, erklärte aber: „Die *Form* bedeutet wenig, der Geist ist entscheidend.“³⁸

Im Verlauf des Jahres 1934 gab der *RbDF* das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches und die Zusammenlegung verschiedener Reichs- und preußischer Ministerien als Verwirklichung seines Programms aus; das „sittliche Preußentum“, das er in Hermann Göring verkörpert sah, nannte er nunmehr sogar „Träger des Reichsgedankens“. Sein neues Aufgabengebiet sah er in der Schaffung einer Gegenkraft zu den paneuropäischen Ideen. Er gründete 1934 eine *Arbeitsgemeinschaft Reich und Abendland* und erklärte ganz im Sinne der Faschisten: „Nahziel ist die Neuordnung Europas, Fernziel die Wiedergeburt des Abendlandes.“³⁹ Obwohl er sich um eine propagandistische Verbreitung „des alten herrlichen großdeutschen Reichsgedankens und die in Geschichte, Stammesblut und Heimatboden ruhenden Aufgaben“ bemühte, fand er im System der nazifaschistischen Organisationen keinen Platz und hörte 1935 auf zu existieren.

Quellen und Literatur

Archivalisches Material in geringem Umfang befindet sich im ZStA Potsdam (Teil-NL Benedikt Schmittmann, RMdI und DNVP). Aufschlüsse vermittelt die Presse der föderalistischen Organisationen. Darstellungen über die RdF liegen bisher nicht vor, sie findet mitunter Erwähnung in bürgerlichen Publikationen zum Problem des Föderalismus.

Im Rahmen ihrer biographischen Arbeiten über B. Schmittmann gehen Albert Lotz „Benedikt Schmittmann“ (Frankfurt [Main] 1949) und Alfred Kuhlmann (siehe Anm. 12) ein unpräzises und grobschlächtiges Bild des RHK und vermag dessen Vielschichtigkeit nicht gerecht zu werden. Die Arbeit von Roswitha Berndt „Preußen in der Weimarer Republik. Zum staatsrechtlichen Verhältnis Preußen – Reich zwischen 1918 und 1933“ (Diss. B, Halle 1975) enthält auch generelle Einschätzungen des Föderalismus in der Weimarer Republik.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 3: Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften – Reichs- und freikonservative Partei Köln/Leipzig 1985, S. 619-624.

³⁷ Siehe z. B. *Der Länderstaat*, Nr. 23 vom 1.12.1932, S. 5.

³⁸ *Der Länderstaat*, Nr. 8 vom 20.4.1933, S. 2 f.

³⁹ *Der Länderstaat*, Nr. 6 vom 15.3.1934, S. 6.

Reichsgruppe Industrie (RI) 1933-1945

(1933/34 Reichsstand der Deutschen Industrie [RStDI])

[Mिताutor: Jürgen John]

Die RI ging aus dem RStDI, der 1933 gegründeten Nachfolgeorganisation des ↑ RDI, hervor und stellte innerhalb der nazifaschistischen „Organisation der gewerblichen Wirtschaft“ und des staatsmonopolistischen Lenkungsapparates den einflußreichsten „selbstverwaltenden“¹ Unternehmerverband dar. Durch die Zwangsmitgliedschaft aller industriellen Unternehmer und das faschistische Führerprinzip konnten die maßgeblichen und größten industriellen Monopole ihre Positionen in den Industrieverbänden und in der Wirtschaft, im Staat und in der Gesellschaft wesentlich verstärken. Die RI-Führung setzte die ökonomischen und politischen Interessen der reaktionärsten und aggressivsten Kreise des deutschen Imperialismus im Rahmen der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen sowie in der Rüstungs- und Kriegswirtschaft durch. Die RI war entscheidend an der Planung der faschistischen Kriegsziele, an der Ausplünderung der okkupierten Länder und an der Ausbeutung der „Zwangsarbeiter“ beteiligt. Während des zweiten Weltkrieges erreichte sie eine sich ständig vertiefende und in vielfältigen Formen realisierte Zentralisierung des staatsmonopolistischen Lenkungs- und Kontrollapparates, wobei sie gemeinsam mit dem 1940 gegründeten Reichsministerium für Bewaffnung und Munition die ausschlaggebenden Entscheidungsbefugnisse in der gesamten Kriegswirtschaft gewann.

1. Entstehung, Aufbau und Aufgaben der RI
2. Die RI während des zweiten Weltkrieges
3. Quellen und Literatur

Leiter

Gustav Krupp von Bohlen und Halbach (1933-1934); Ewald Hecker (1934-1935); Ernst Trendelenburg (1935-1936); Gottfried Dierig (1937-1938); Wilhelm Zangen (1938-1945)

Stellvertretende Leiter

Albert Pietzsch (1933-? [August 1934]); Karl Seeliger (? [1934]-1939); Rudolf Stahl (1939-1945); Walther Schieber (1942-1945) als 2. stellvertretender Leiter

Geschäfts- bzw. Hauptgeschäftsführer

Jacob Herle (1933-1934); Karl Guth (1934-1945)

Mitglieder

Den 31 Wirtschaftsgruppen² der RI gehörten 1941 ca. 170.200 Mitglieder, den Industrieabteilungen 93.350 Mitglieder an.

Presse

„Geschäftliche Mitteilungen für die Mitglieder des Reichsstandes der Deutschen Industrie“ (1933-1934); „Geschäftliche Mitteilungen für die Mitglieder der Reichsgruppe Industrie“ (1935-1939); „Mitteilungen für die Mitglieder der Reichsgruppe Industrie“ (1940-1945)

¹ Mit dem Begriff der Selbstverwaltung, der von den Unternehmerverbänden in der Zeit der Weimarer Republik gegen die bürgerlich-parlamentarische Herrschaftsform verwandt wurde, bezeichneten die maßgeblichen Großindustriellen in der Zeit der faschistischen Diktatur die Erweiterung der Befugnisse ihres monopolistischen Regulierungsapparates um staatliche Vollmachten

² Siehe die ausführliche Wiedergabe in Lotte Zumpke: *Wirtschaft & Staat in Deutschland 1933 bis 1945* (Wirtschaft und Staat in Deutschland, Bd. 3), Berlin 1980, S. 457 ff. Siehe auch Rainer Eckert: *Die Leiter und Geschäftsführer der Reichsgruppe Industrie, ihrer Haupt- und Wirtschaftsgruppen. Dokumentation über ihre Stellung zu Monopolen, monopolistischen Verbänden und bei der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung*. In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 1979, Teil IV, S. 243 ff. und 1980, Teil I, S. 177 ff.

1. Entstehung, Aufbau und Aufgaben der RI

Am 19. Juni 1933 schlossen sich die Spitzenverbände der deutschen Monopolbourgeoisie ↑ *RDI* und ↑ *VgDA* zum RStDI zusammen. Die Gesamtleitung übernahm der *RDI*-Präsident G. Krupp von Bohlen und Halbach. Aus dem *RDI* ging die Wirtschaftspolitische Abteilung des RStDI hervor. Geschäftsführer wurde J. Herle vom *RDI*, zuständiger Vizepräsident der Präsident der Industrie- und Handelskammer München, A. Pietzsch. Die *VgDA* bildete mit Carl Köttgen als Vizepräsident und Roland Brauweiler als Geschäftsführer die Sozialpolitische Abteilung des RStDI. Mit der Gründung des RStDI hatten sich die von G. Krupp von Bohlen und Halbach repräsentierten Führungskräfte der deutschen Monopolbourgeoisie, die im Januar 1933 aktiv an der Machtübertragung an die Nazifaschisten beteiligt waren, gegenüber den konkurrierenden Thyssen- und Hugenberg-Gruppen durchgesetzt, „ständisch“-oppositionelle Aktionen nicht-monopolistischer Unternehmerkreise unterbunden und die Grundlagen für den Aufbau einer faschistischen staatsmonopolistischen Organisation gelegt.

Die „reorganisierten“ Unternehmerverbände fungierten als neuartiges Bindeglied zwischen Monopolen und faschistischem Staat. Nach dem Sturz Hugenburgs und der Abberufung der im April 1933 von Hugenberg eingesetzten Reichskommissare für den *RDI* und die übrige Wirtschaft, Otto Wilhelm Wagener und Alfred Möllers, druckten die „Geschäftlichen Mitteilungen“ des RStDI mit Genugtuung detaillierte Übersichten über die „Regierungsmaßnahmen zur Beruhigung und Belebung der Wirtschaft seit Hugenburgs Rücktritt“ ab. G. Krupp von Bohlen und Halbach stellte sich am 13. Juli 1933 hinter den neuen Reichswirtschaftsminister Kurt Schmitt.³ Zusammen mit Carl Bosch, Carl Friedrich von Siemens, Fritz Thyssen und Albert Vögler vertrat er den RStDI in dem am 15. Juli 1933 berufenen Generalrat der deutschen Wirtschaft. In einem Briefwechsel mit Paul Reusch betonte J. Herle, nach der „Zeit der Resolutionen und großen Protestkundgebungen“ komme nun für den RStDI die Zeit der sachlichen, aber einflußreichen Mitarbeit.⁴ Am 22. August 1933 ordnete G. Krupp von Bohlen und Halbach die Einführung des Hitler-Grußes in den Betrieben an. Auf der ersten Tagung des Generalrates dankte er am 20. September 1933 den Rednern Hitler und K. Schmitt und gelobte feierlich die „rückhaltlose und bedingungslose Unterstützung der Reichsregierung“, eine Erklärung, die er telegraphisch zur „Volksabstimmung“ über den Austritt aus dem Völkerbund am 12. November 1933 wiederholte.⁵ Der RStDI spielte bei der Konsolidierung des faschistischen Regimes und beim Aufbau der faschistischen staatsmonopolistischen „Organisation der gewerblichen Wirtschaft“ eine führende Rolle, wobei sich die RStDI-Führung auf das Prinzip der „Selbstverwaltung der Wirtschaft“ stützte. Mit Hilfe des im Mai 1933 eingeführten faschistischen Führerprinzips und der faktischen Zwangsmitgliedschaft begann G. Krupp von Bohlen und Halbach im „engsten Einvernehmen“ mit dem Reichswirtschaftsministerium den Reorganisationsplan vom April/Mai 1933 (↑ *RDI*) zu verwirklichen.⁶ Dabei konnte der RStDI das bereits weitgehend zentralisierte Fachgruppenmodell des *RDI* übernehmen und die 1500 angeschlossenen Fachverbände in 29 Fachgruppen zusammenfassen. Dagegen wurde der Regionalaufbau erheblich verändert. Um die 23 regionalen und 28 örtlichen Mitgliedsverbände in stärkere Abhängigkeit von der RStDI-Führung zu bringen und den nichtmonopolistischen Bestrebungen den Boden zu entziehen, wurden im Juli 1933 die wichtigsten Regionalverbände vom Reichswirtschaftsministerium als Bezirksgruppen des RStDI anerkannt. Im Dezember 1933 bildeten sie Führerbeiräte.

Die Mehrzahl der 16 Ausschüsse (mit einer Reihe von Unter- und Sonderausschüssen) des RStDI wurde vom *RDI* übernommen und in ihrer Organisationsform vereinheitlicht, darunter der Kartell-,

³ Siehe Geschäftliche Mitteilungen für die Mitglieder des Reichsstandes der Deutschen Industrie (bzw. der Reichsgruppe Industrie) (im folgenden: GM), Nr. 12 vom 20.7.1933, S. 89.

⁴ Zit. in: Dirk Stegmann: Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933. Ein Beitrag zur sog. Machtergreifung. In: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XIII, 1973, S. 482.

⁵ GM, Nr. 16 vom 23.9.1933, S. 123 und Die Industrie im Neuen Reich. Tätigkeitsbericht des Reichsstandes der Deutschen Industrie (Wirtschaftspolitische Abteilung) für die Zeit von Mitte Juni bis Mitte Oktober 1933, o. O., o. J., S. 3.

⁶ Siehe das Rundschreiben vom 19. Juli 1933. Nr. 6557, Bl. 86 f.

der Steuer-, der Rußland- und der Ausstellungsausschuß und der Handelspolitische Ausschuß. 1933 waren der Arbeitsbeschaffungs- und der Luftschutzausschuß sowie die Ausschüsse für Sicherheitsfragen (einschließlich Werkspionage), für Unternehmer-Ethik und für den ständischen Aufbau gegründet worden. Um die Kompetenzstreitigkeiten über die Struktur und Führung der künftigen staatsmonopolistischen Organisationen klären zu können, richteten RStDI, ↑ *Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT)* und der *Reichsstand des Deutschen Handels* am 18. Oktober 1933 einen Ausschuß für Fragen des gemeinsamen Geschäftsverkehrs zwischen Industrie und Handel ein. Der RStDI sicherte sich die Federführung im Geschäftsverkehr mit Behörden und Organisationen und wies erfolgreich den sog. Renteln-Plan zurück, der eine „mittelständisch“ und am Kammer-Prinzip orientierte Organisation mit dem *DIHT* an der Spitze vorsah. Im August 1934 setzte der RStDI einen Kunst- und Kulturausschuß zur Zusammenarbeit mit der Reichskulturkammer ein. Mit dem Ausbau des faschistischen staatsmonopolistischen Organisationswesens wurden die Zahl der Ausschüsse auf 23 (1941) erweitert und ihre Struktur und Aufgaben mehrfach verändert. Anstelle des im Mai 1933 aufgelösten *RDI*-Präsidiums bildete der RStDI am 18. Oktober 1933 unter Teilnahme der Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsminister K. Schmitt und Franz Seldte einen Ausschuß für allgemeine Wirtschafts- und Sozialpolitik.⁷ In ihm wurde über die Vorarbeiten für das berüchtigte „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ (AOG) vom 20. Januar 1934 (↑ *DAF*) beraten, u. a. am 11. Januar 1934, als A. Pietzsch und Richard Walther Darré offiziell über den Abschluß der Vorarbeiten zum AOG sowie über „Aufbau und Wesen des Reichsnährstandes“⁸ informierten. Zur weiteren Zentralisierung und „Bereinigung“ der vom RStDI im Juni 1933 ins Leben gerufenen „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ und der sonstigen Spendenaktionen für die ↑ *NSDAP* bildete der RStDI einen Arbeitsausschuß und eine besondere „Vertrauensstelle“.⁹

Das „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft“ vom 27. Februar 1934 ermächtigte den Reichswirtschaftsminister zu weitreichenden Eingriffen in das System der Wirtschaftsverbände einschließlich des Rechtes, Wirtschaftsverbände als alleinige Vertretung ihres Wirtschaftszweiges anzuerkennen, zu errichten oder aufzulösen. Die am 13. März bekanntgegebene Organisationsstruktur sah 12 (später 13) Hauptwirtschaftsgruppen vor, davon 7 industrielle Hauptgruppen, die in Fach- und Fachuntergruppen untergliedert waren. An ihre Spitze wurde als „Führer der Wirtschaft“ ein Vertreter der Elektrokonzerne, Philipp Kessler (Bergmann-Elektrizitätswerke AG/Siemens/AEG), berufen, der am 24. April 1934 dieses Schema auf einer Tagung des Ausschusses für Allgemeine Wirtschafts- und Sozialpolitik über Fragen der „Wirtschaftslenkung“ dem RStDI erläuterte.¹⁰ Das auf Zwangsmitgliedschaft beruhende neue Organisationsmodell setzte allen „ständischen“ Bestrebungen sowie dem Plan des ↑ *DIHT* ein Ende, führte das staatsmonopolistische Gruppen- und „Selbstverwaltungs“-Prinzip ein und verwirklichte konsequent das Fachprinzip. Insofern entsprach es den Organisationsplänen des RStDI. Andererseits verschob es die Gewichte innerhalb des staatsmonopolistischen Wirkungsmechanismus zugunsten des Reichswirtschaftsministeriums und entsprach ungenügend dem als „Selbstverwaltung“ propagierten Grundsatz erhöhter, direkter Einflußnahme der Verbände. Es hätte die Führungsrolle des RStDI in der Industrie beseitigt. G. Krupp von Bohlen und Halbach wurde auf die Leitung der Hauptgruppe 1 (Bergbau, Eisen- und Metallgewinnung) abgedrängt. Daher stieß die Schmittsche Organisation beim RStDI ebenso wie bei der Reichswehrführung auf Widerstand. A. Pietzsch betonte in seinem Vortrag am 24. April 1934 die Notwendigkeit der Einheit in „staatsgebundener“ und „freier“ Wirtschaftslenkung und bezeichnete die bisherigen Maßnahmen als Experimente auf dem Weg zur „klaren Wirtschaftslenkung“.¹¹ Die RStDI-Führung setzte sich mit ihrer Konzeption für den Aufbau der „Organisation der

⁷ Siehe *Die Industrie im neuen Reich*, S. 7 ff.

⁸ Siehe *GM*, Nr. 1 vom 18.1.1934, S. 1.

⁹ Siehe das Rundschreiben vom 8. März 1934. In: Stadtarchiv Berlin, A. Borsig-Zentralverwaltung GmbH, Nr. 32 (unpag.).

¹⁰ Siehe *Wirtschaftslenkung*. Tagung des Ausschusses für Allgemeine Wirtschafts- und Sozialpolitik des Reichsstandes der Deutschen Industrie, 24. April 1934, o. O., o. J., S. 7 ff.

¹¹ Ebenda, S. 10 ff. Siehe auch Albert Pietzsch/ Ferdinand Grünig: *Grundlagen der Wirtschaftslenkung* (Grundlagen, Aufbau und Wirtschaftsordnung des nationalsozialistischen Staates, Bd. 3, Beitrag 45), Berlin-Wien 1936.

gewerblichen Wirtschaft“ durch, die den industriellen Verbänden das entscheidende Gewicht zu-
maß und ihnen eine, von den Industriemonopolen beherrschte, einheitliche Führungsspitze sicherte.

Nach dem Wechsel im Reichswirtschaftsministerium rückte Hjalmar Schacht vom Organisations-
plan des Wirtschaftsgesetzes ab und verwirklichte weitgehend die Pläne des RStDI, wobei das
Gruppenprinzip beibehalten wurde. Die Durchführungsverordnung vom 27. November 1934 zum
Wirtschaftsgesetz stellte die zentrale Stellung der industriellen Spitzenorganisation wieder her. Sie
faßte die 7 industriellen Hauptgruppen in der RI zusammen. Am 12. Januar 1935 wurde der RStDI
offiziell in die RI überführt.¹²

Die RI gliederte sich in 31 Wirtschaftsgruppen mit 161 Fach- und 137 Fachuntergruppen (Stand
1941), in denen die früheren Unternehmerverbände aufgingen.¹³ 1938 fiel die Zwischengliederung
der 7 Hauptgruppen weg. Diese ausschließlich fachliche Organisation wurde durch ein System von
332 regionalen und 83 lokalen Bezirks- und Zweigstellen der Fach- und Fachuntergruppen ergänzt.
Darüber hinaus bildete die RI 18 Bezirksgruppen. Diese sollten die Tätigkeit der regionalen Stellen
koordinieren und unterstanden nicht den Wirtschaftsgruppen, sondern direkt der Geschäftsführung
der RI. Damit entstand eine regionale Doppelorganisation zu den 18 Wirtschaftskammern, die auf
Grund der Durchführungsverordnung in den 14 Treuhänderbezirken als Regionalvertretung aller
Wirtschaftsverbände und Industrie- und Handelskammern eingerichtet wurden. Kompetenzproble-
me und zahlreiche Reibereien waren die Folge, die die RI-Führung im Juni 1935 vergeblich durch
entsprechende Richtlinien beizulegen versuchte.¹⁴ Durch den sog. Reformerlaß des Reichswirt-
schaftsministers vom 7. Juli 1936 wurden die Bezirksgruppen der RI aufgelöst und als Industrieab-
teilungen den Wirtschaftskammern eingegliedert. Das Weisungsrecht lag weiter bei der RI-
Führung.¹⁵ Danach bestanden nach der Annexion Österreichs und der Zerschlagung der ČSR 1939
insgesamt 827 fachliche und regionale Gliederungen der RI mit 530 Geschäftsstellen. Abgren-
zungsprobleme gab es auch zwischen den *Reichsgruppen Industrie und Handwerk*.¹⁶

Neben der RI wurden durch die Novemberverordnung von 1934 aus den ehemaligen Hauptgruppen
die *Reichsgruppen Handel, Banken, Versicherung, Energiewirtschaft, Handwerk* sowie die Organi-
sation des Verkehrsgewerbes gebildet und mit den 18 Wirtschaftskammern in der Reichswirt-
schaftskammer (RWK) zusammengefaßt. Der aufgelöste *DIHT* ging als selbständige *Arbeitsge-
meinschaft der Industrie- und Handelskammern* in der RWK auf, die dem Reichswirtschaftsministe-
rium unterstand. Am 24. August 1934 hatte der damalige „Führer der Wirtschaft“ die Kompetenzen
zwischen der ↑ *DAF* und der „sozialpolitischen Tätigkeit der Wirtschaftsverbände“ abgegrenzt.¹⁷
Die sog. Leipziger Vereinbarung vom März 1935 regelte die Beziehungen zwischen *DAF* und
RWK, wobei letztere der *DAF* korporativ beitrug. Beide bildeten zusammen einen sog. Reichsar-
beits- und Reichswirtschaftsrat mit entsprechendem Unterbau.¹⁸ Die RWK wurde zunächst von E.
Hecker (Präsident der Industrie- und Handelskammer Hannover, 1932 Mitglied des Keppler-
Kreises), seit dem 1. Januar 1937 von A. Pietzsch und 1944/45 von Karl Lindemann geleitet. Sie
war die Dachorganisation der faschistischen staatsmonopolistischen „Organisation der gewerbli-

¹² Siehe GM, Nr. 17 vom 13.12.1934, S. 161 und Nr. 1 vom 17.1.1935, S. 1.

¹³ Siehe u.a. Handbuch des Aufbaus der gewerblichen Wirtschaft. Hrsg. Hermann Teschemacher, 3 Bde., Leipzig
1935/37, Bd. I und III. Albert Pietzsch: Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft (Schriften zum Staatsauf-
bau, T.II, H. 20), Berlin 1938. Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft. Verzeichnis der Mitglieder der
Reichswirtschaftskammer und deren Untergliederungen, Berlin 1938 (2. Ausg. 1939). Gliederung der Reichs-
gruppe Industrie, Leipzig 1936 (2. Ausg. 1939 und 3. Ausg. 1941). Karl Guth: Die Reichsgruppe Industrie.
Standort und Aufgabe der industriellen Organisation (Schriften zum Staatsaufbau, T. II, H. 55/56), Berlin 1941,
S. 35 ff.

¹⁴ Siehe GM, Nr. 5 vom 7.6.1935, S. 51 f.

¹⁵ Zur Durchführung des Reformerlasses siehe ebenda, Nr. 9 vom 19.11.1936, S. 82 f. und Nr. 2 vom 17.2.1937, S.
13 ff.

¹⁶ Siehe ebenda, Nr. 8 vom 2.10.1936, S. 70.

¹⁷ Siehe die Anlage zum Rundschreiben des RStDI vom 27. August 1934. In: Betriebsarchiv Carl Zeiss Jena, Nr.
3735.

¹⁸ Siehe Artur Bernhard Krause: Organisation von Arbeit und Wirtschaft, Berlin 1935, S. 151 ff.

chen Wirtschaft“. In ihrem Rahmen verwirklichte die RI die „Selbstverwaltung der Wirtschaft“¹⁹, fungierte als „Mittlerin zwischen Staat und Wirtschaft“ und als „verlängerter Arm des Staates“.²⁰ Sie war damit das Bindeglied zwischen industriellem Monopolkapital und faschistischem Staat und die bedeutendste Gliederung der RWK²¹, ein nach dem Führerprinzip und nach dem Prinzip der Pflichtmitgliedschaft aufgebautes, streng „hierarchisches Gebilde“.²² An der Spitze der RI bzw. der jeweiligen Wirtschafts- und Fachgruppen standen führende Vertreter des industriellen Monopolkapitals als Leiter, ihnen zur Seite hauptamtliche Geschäftsführer sowie Beiräte und Ausschüsse. Innerhalb ihres Verantwortungsbereiches hatten die Leiter der RI und ihrer Gliederungen Weisungsbefugnisse, die während des Krieges zur Befehlsgewalt wurden.

Als W. Zangen (Generaldirektor der Mannesmann-Röhren-Werke) im Herbst 1938 die Leitung der RI übernahm²³, verstärkte sich die wirtschaftliche Vorbereitung des neuen Revanche- und Eroberungskrieges in erheblichem Maße. Bereits 1937 war offen über die Vorrangstellung der „industriellen Mobilmachung innerhalb der Wehrwirtschaft“ und die Vorbereitung eines „totalen“ Krieges geschrieben worden.²⁴ In einer seiner ersten Reden, die er – nach der Annexion Österreichs und der CSR sowie nach der Aneignung großer Teile der tschechischen Eisenindustrie durch den Mannesmann-Konzern – am 12. Mai 1939 hielt, erklärte er: „Niemand darf aber nun glauben, daß der Zeitpunkt schon gekommen sei, langsamer zu treten oder gar die Hände in den Schoß zu legen.“²⁵

Die RI setzte im Prozeß der enormen Erweiterung der Rüstungskapazität und der Pläne für die wirtschaftliche Mobilmachung durch, daß ihr und den Wirtschaftsgruppen weitgehend die Entscheidung über Art und Ausführung der Wehrmachtaufträge übertragen wurden und nicht mehr allein dem Wehrwirtschaftsamt im Oberkommando der Wehrmacht (OKW) oblagen. Bei den internen Auseinandersetzungen, die in der deutschen Monopolbourgeoisie und zwischen den verschiedenen staatsmonopolistischen Institutionen stattfanden und deren Heftigkeit und Ausmaß ständig zunahmen²⁶, ging es hauptsächlich um die Frage des Ausmaßes der „Generalmobilmachung“ der Wirtschaft für den Krieg, um die Alternative „Breitenrüstung“ oder „Tiefenrüstung“²⁷ sowie um eine Entscheidung darüber, ob man die nur in begrenztem Maße vorhandenen Arbeitskräfte und Rohstoffe „ganz für die erhöhte Produktion von Waffen und Munition einsetzen oder ob man einen großen Teil auf weite Sicht zur Verbreiterung der fabrikatorischen Basis verwenden sollte“.²⁸ Im Sinne der „Tiefenrüstung“ und der Forderung nach entsprechenden radikalen Maßnahmen bei der Umstellung der Industrie auf die Kriegsproduktion referierte Generalmajor Georg Thomas, Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes im OKW, am 29. November 1939 vor der RI, in der er wenig Resonanz fand.

¹⁹ A. Pietzsch: Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft, S. 5 ff. und 20 ff.

²⁰ Handbuch des Aufbaus der gewerblichen Wirtschaft, Bd. III, S. 3 und K. Guth, S. 31.

²¹ Siehe L. Zumpe: Wirtschaft & Staat in Deutschland 1933 bis 1945, S. 133. Siehe auch Wolfgang Bleyer: Die Reichsgruppe Industrie – eine wirtschaftliche Kommandostelle des „totalen Krieges“. In: Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, Berlin 1966, S. 186 f.

²² K. Guth, S. 31.

²³ Gemeinsam mit Friedrich Flick besaß er einen maßgeblichen Einfluß im Engeren Beirat der RI. Siehe Georg W. F. Hallgarten/Joachim Radkau: Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Frankfurt (Main)-Köln 1974, S. 299. Auf die spezifischen Interessen von W. Zangen und F. Flick dürfte auch die Auflösung der 7 Hauptgruppen in der RI zurückzuführen sein, die allerdings als „Organisationsvereinfachung“ hingestellt wurde.

²⁴ Justus Schmitt: Kriegswichtig. Industrie im System der Wirtschaftspolitik, Berlin 1937, S. 9.

²⁵ Zit. in: Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1, Berlin 1975, S. 137. W. Zangen sei von einem „Expansionsrausch“ ergriffen worden und habe für Deutschland einen zusätzlichen agrarischen Wirtschaftsraum gefordert, der der „industriellen Kapazität“ entsprechen müsse. Siehe G. W. F. Hallgarten/J. Radkau, S. 366 f.

²⁶ Zu den Ursachen siehe Lotte Zumpe: Ökonomischer und außerökonomischer Zwang – Zur Funktion und Wirkungsweise im Kapitalismus, insbesondere im staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Beiträge zur Entwicklungsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland. Hrsg. Lotte Zumpe, Berlin 1976, S. 51.

²⁷ Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. I: 1939-1941, Berlin 1969, S. 17 ff.

²⁸ Georg Thomas: Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918 bis 1943/45). Hrsg. Wolfgang Birkenfeld, Boppard 1966, S. 171.

2. Die RI während des zweiten Weltkrieges

Das Bestreben der RI und der an deren staatsmonopolistischen Institutionen, die Rüstungspolitik jeweils unter ihrer Führung zu vereinheitlichen und die entscheidenden Machtbefugnisse in den eigenen Händen zu konzentrieren, führte nach der Entfesselung des zweiten Weltkrieges in den Jahren 1939/40 zu einem ersten Umbau im staatsmonopolistischen Apparat sowie zu einer weiteren Vergrößerung des unmittelbaren Einflusses der Monopolherren auf den Staatsapparat. Dieser Umbau verstärkte die Positionen der RI. Als am 7. Dezember 1939 Walther Funk von Hermann Göring seiner Funktion als Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft enthoben wurde, gingen dessen Vollmachten für die Umstellung der Wirtschaft auf die Kriegsproduktion weitgehend an die RI und deren Wirtschaftsgruppen über. Chef des zwei Tage zuvor gebildeten und unter der Schirmherrschaft H. Görings stehenden Reichsamtes für Wirtschaftsaufbau wurde Carl Krauch, der 1940 zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der IG Farbenindustrie AG avancierte. Am 17. März 1940 berief Hitler Fritz Todt an die Spitze des neu gebildeten Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition, für dessen Schaffung sich die RI engagiert hatte und dessen Tätigkeit sie auch weiterhin maßgeblich beeinflusste. Der in der zweiten Hälfte 1940 gebildete Rüstungsbeirat des Ministers formierte sich aus führenden Monopolherren und wurde im Auftrag der RI von Ph. Kessler geleitet. Bereits im Mai 1940 war ein Munitionsbeirat der RI entstanden, dem wiederum die Vorsitzenden der Munitionsausschüsse des Ministeriums angehörten. Die zentrale regulierende Gewalt in der Produktion ging unmittelbar in die Hände der Konzerne über, die Staats- und Monopolgeschäfte verschmolzen in zunehmendem Maße sowohl institutionell als auch personell.²⁹ Dadurch erfuhr die „Aktionsfähigkeit“ der RI eine außerordentliche Erweiterung, was W. Zangen darauf zurückführte, „daß ihre prominenten Vertreter überall offene Türen fänden ...“.³⁰ In der Führung des RI wurde der Beirat zu einem Großen Beirat umgewandelt, der alle Mitglieder des Beirats, die Leiter der Wirtschaftsgruppen und Industrieabteilungen sowie die Vorsitzenden aller Ausschüsse der RI umfaßte und in den ersten Jahren des Krieges häufig tagte.³¹ Der Engere Beirat blieb bestehen.

An der Ausarbeitung des weitläufigen und umfassenden Programms zur „Neuordnung Europas“, die nach der militärischen Zerschlagung Frankreichs und im Rahmen der unmittelbaren Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR erfolgte, war die RI führend beteiligt, ja sie nahm die Planung der „Neuordnung“ weitgehend in eigene Regie. K. Guth forderte in einer Beratung mit den Hauptgeschäftsführern der Wirtschaftsgruppen am 17. Juni 1940 die „planmäßige Vorbereitung einer europäischen Industriewirtschaft“³² sowie die Erarbeitung von „Industrieanalysen nebst ausdrücklichen Interessenwünschen“ bis zum 20. Juli 1940. Am 4. Juli 1940 wandte sich die RI erneut an die Wirtschaftsgruppen, die auf Annexionen größten Ausmaßes orientiert wurden.³³

Im Ergebnis einer Sitzung des Großen Beirats der RI vom 18. Juli 1940 übermittelte die RI an das Reichsarbeitsministerium eine Denkschrift, die auf die massenhafte Ausbeutung von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern aus den okkupierten Ländern orientierte. Die führenden Industriellen des faschistischen deutschen Imperialismus beließen es keineswegs bei der Formulierung von Expansions- und Annexionswünschen, sie wiesen auch die Wege und Mittel zu deren Realisierung.³⁴ Auf ihre Initiative und im Interesse ihres expansiven Kriegszielprogramms, das trotz des relativ geringen eigenen ökonomischen Potentials weltweit realisiert werden sollte, setzte die terroristische Massenverschleppung ausländischer Zwangsarbeiter für das System extremster industrieller Lohnsklaverei ein.

²⁹ Siehe Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bd. I, S. 231.

³⁰ Zit. in: G. W. F. Hallgarten/J. Radkau, S. 316.

³¹ Siehe Mitteilungen für die Mitglieder der Reichsgruppe Industrie, H. 1/2, Juli 1940, S. 2.

³² Wolfgang Schumann: Neue Dokumente der Reichsgruppe Industrie zur „Neuordnung“ Europas. In: JfG, Bd. 5, Berlin 1971, S. 403 ff.

³³ Siehe Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges. Hrsg. Dietrich Eichholtz/Wolfgang Schumann, Berlin 1969, S. 261 f.

³⁴ Die Denkschrift ist abgedruckt bei W. Schumann: Neue Dokumente, S. 411-425. Siehe auch die umfangreichen Länderberichte der RI, die in den verschiedenen Quellen zu finden sind.

Den in dieser Zeit stark von Tages- und Teilinteressen getragenen Forderungen der RI nach einer baldigen und vollständigen Veränderung der Besitzverhältnisse in den okkupierten Ländern sowie nach einer raschen Ausschaltung der ausländischen Konkurrenten zugunsten der deutschen Industrie³⁵ stellte Gustav Schlotterer als Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums in der Sitzung des Großen Beirats der RI vom 3. Oktober 1940 eine grundsätzliche Orientierung gegenüber, die auf den verstärkten Erwerb von Kapitalanteilen in den besetzten Ländern zielte. Dies war ein Versuch, den vielgestaltigen und im einzelnen oft divergierenden Planungen für die „Neuordnung“ eine einheitliche Linie zu geben und übergeordnete kriegswirtschaftliche Bedürfnisse für einen länger dauernden Krieg durchzusetzen. In Vorbereitung auf den Krieg gegen die UdSSR sollte den imperialistischen Konkurrenten Hoffnung auf einen relativ selbständigen Platz im faschistisch geführten Europa gelassen werden.³⁶

W. Zangen unterstützte diese Linie, die zwar den weitgehenden und rigorosen Interessen einzelner Monopole die Spitze nahm, aber die Ressourcen der besetzten und abhängigen Länder für die Welt-herrschaftspläne des deutschen Imperialismus besser auszuschöpfen versprach. Die RI orientierte sich damit im Oktober 1940 sowie mit der Sitzung des Großen Beirats vom 19. Dezember 1940, auf der W. Zangen nachdrücklich „Preisdisziplin“ verlangte und gegen zahlreiche Versuche zur hemmungslosen Erhöhung der Profite durch steigende Preise polemisierte³⁷, auf eine taktische Änderung des Nahzieles in der wirtschaftlichen „Neuordnung“ Europas. Dieser Kurs für die Behandlung der Kapitalisten der west- und nordeuropäischen Länder während der Kriegsdauer wurde im wesentlichen auch befolgt. Natürlich wollte die RI damit „kein Verhältnis der freundschaftlichen, gleichberechtigten Partnerschaft begründen“, sie entschied sich lediglich für eine „raffiniere imperialistische Taktik und griff der Entscheidung über die Methode der Neuordnung nach dem Endsieg überhaupt nicht vor“.³⁸

Mit der Vorbereitung des „Falls Barbarossa“ traten die gemeinsamen Klasseninteressen der deutschen und der westeuropäischen Monopolbourgeoisie stärker in den Vordergrund. Für den deutschen Faschismus war in dieser Situation die Kollaborationsbereitschaft der imperialistischen Konkurrenten wichtiger geworden als ein rasch realisiertes Programm zur „Neuordnung“ Europas in seiner ganzen Brutalität. Dieses Programm wurde von der RI jedoch nur aufgeschoben, was Hitler in die Worte kleidete, „er werde mit der Regierung in Vichy Fraktur reden, sobald die russische Aktion erledigt sei und er damit den Rücken frei habe“.³⁹

Ganz im Sinne der über Europa hinausgehenden Profitinteressen ihrer Mitglieder schuf die RI Anfang März 1941 einen Ostasien-Ausschuß, der von Hermann Waibel (Mitglied des Vorstandes der IG Farbenindustrie AG) geleitet wurde. Im Herbst des gleichen Jahres entstanden ein Kolonialwirtschaftlicher Ausschuß der RI, an dessen Spitze ebenfalls ein Vertreter der IG Farbenindustrie AG stand, ein Südost-Ausschuß, der in 7 Länderausschüsse gegliedert und von Max Ilgner (Vertreter der IG Farbenindustrie AG) geleitet wurde, sowie in der Geschäftsführung ein eigenständiges Ostreferat, das an die Stelle des aufgelösten Rußland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft trat. Die RI steuerte auch die sog. Ostgesellschaften, die eine erhebliche Rolle bei der wirtschaftlichen Ausplünderung der UdSSR spielten.

³⁵ In diesem Sinne hatte K. Guth auf einer Sitzung der RI am 4. September 1940 formuliert: „Man kann im gegenwärtigen Zwischenstadium manches erreichen, das hernach – wenn einmal der Friedensvertrag unterzeichnet ist – nicht mehr erreichbar ist. Man muß also die gegenwärtige labile Epoche ausnützen, um auf dem Verhandlungsweg die Grundlagen für die spätere Zusammenarbeit zu legen.“ Zit. in: Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945. Hrsg. Reinhard Opitz, Köln 1977, S. 774.

³⁶ Siehe D. Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, S. 370 f. Siehe auch Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg. Hrsg. Gerhart Hass/Wolfgang Schumann, Berlin 1972, S. 99 ff.

³⁷ Siehe Anlage zu den Mitteilungen für die Mitglieder der Reichsgruppe Industrie, 1941, H. 2.

³⁸ L. Zumpe: Wirtschaft & Staat in Deutschland 1933 bis 1945, S. 400.

³⁹ Zit. in: Henry Picker: Tischgespräch im Führerhauptquartier 1941-1942, Stuttgart 1965, S. 238.

Im Zusammenhang mit dem Scheitern der faschistischen Blitzkriegsstrategie in der Schlacht vor Moskau drängte die RI auf eine erneute Reorganisation des staatsmonopolistischen Mechanismus in der Lenkung der Kriegswirtschaft sowie auf eine stärkere „Totalisierung“ der Produktion für den Krieg. Sie nutzte gemeinsam mit dem Reichsminister für Bewaffnung und Munition den Erlaß Hitlers über die „Vereinfachung und Leistungssteigerung unserer Rüstungsproduktion“ vom 3. Dezember 1941 zur Stärkung ihrer Positionen und zur weiteren Durchsetzung ihrer Forderung nach größerer „Selbstverantwortung“. Im Gegensatz zu 1939/40, als mit dem Reichsministerium für Bewaffnung und Munition lediglich eine neue staatsmonopolistische Institution und keine zusammenfassende Spitzenbehörde entstand, ging es der RI jetzt um den Ausbau der Vollmachten und Befugnisse dieses Ministeriums. W. Zangen übernahm die Leitung eines im Ministerium von F. Todt gebildeten Hauptausschusses Allgemeines Wehrmachtgerät. Ebenso wurden in zahlreichen Fällen die anderen Hauptausschüsse, die nunmehr an die Stelle der Rüstungsausschüsse und Sonderkommissionen traten und eine vertikale Zusammenfassung aller Betriebe zur Herstellung bestimmter Produkte umfaßten, sowie die horizontal orientierten Industrieringe von RI-Vertretern geleitet und kontrolliert. Das Prinzip der Personalunion fand eine immer stärkere und breitere Ausprägung, insbesondere nach Übernahme der Leitung des Ministeriums für Bewaffnung und Munition durch Albert Speer im Frühjahr 1942, als dessen wichtigste Berater W. Zangen und A. Vögler galten. Welchen Grad die staatsmonopolistische Entwicklung durch die Veränderung von 1941/42 erreicht hatte, wurde in der gewachsenen Personalunion sowie in der Funktion der ministeriellen Hauptausschüsse deutlich, die „sowohl die Aufgaben eines Industriezweigunternehmens, als auch die der Zentrale eines überdimensionierten Trusts“ wahrnahmen.⁴⁰ Die RI dominierte auch im Reichsrüstungsrat, den A. Speer im April 1942 berief und dem neben den 5 Chefs der Wehrmachtrüstungsstellen 11 der bekanntesten Monopolherren angehörten.

Der Machtzuwachs der RI und die Zentralisation des staatsmonopolistischen Apparates gingen einher mit dem Sinken des Einflusses der Göringschen Vierjahresplanbehörde und der wirtschaftlichen Dienststellen der Wehrmacht. Diese Entwicklung des staatsmonopolistischen Apparates führte 1942 zu einer erheblichen Steigerung der Produktion, die bei Waffen und Kriegsgerät 40% betrug. Das setzte sich auch 1943 fort, als die deutschen Faschisten zur „totalen“ Mobilisierung aller Kräfte übergingen und auch jene Bereiche der Wirtschaft, die nicht zur Rüstungsproduktion gehörten, der weitgehenden Kontrolle durch das Ministerium A. Speers, durch die RI und deren Wirtschaftsgruppen unterwarfen. Nach Auffassung Hans Kehrls, der im Reichswirtschaftsministerium als Generalreferent für Sonderaufgaben fungierte, sollte jegliche Produktion „auf das kriegswirtschaftlich Unvermeidliche“ beschränkt werden.⁴¹ Den Wirtschaftsgruppen wurden Anfang 1943 auch die marktregulierenden Aufgaben der Kartelle übertragen, was faktisch deren Auflösung bedeutete.

Mitte 1943 setzte der dritte und tiefgreifendste Versuch zur weiteren Konzentration der Kräfte im Rahmen des staatsmonopolistischen Apparates der Kriegswirtschaft ein. A. Speer, dessen Befugnisse sich im Zusammenhang mit der Umbenennung seines Ministeriums (ab 2. September 1943: für Rüstung und Kriegsproduktion) auf Kosten des Reichswirtschaftsministeriums und auch der RI wesentlich erweiterten, forderte insbesondere in einer Rede vor den Gauleitern der *NSDAP*, deren Stellung durch die beabsichtigte und teilweise realisierte Einordnung der bezirklichen Gliederung der RI in die 1942 gegründeten einheitlichen Gauwirtschaftskammern gestärkt worden war⁴², endlich „mit dem totalen Krieg ... Ernst (zu) machen“.⁴³ Während die Wirtschafts- und Fachgruppen der RI in gewissem Maße zu ausführenden Organen der Ausschüsse und Ringe des Ministeriums wurden oder in neuen Institutionen aufgingen, konzentrierte sich die RI mehr und mehr auf „Fragen

⁴⁰ Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 2, Berlin 1975, S. 291. Zur Funktion der Hauptausschüsse und Industrieringe siehe auch L. Zumpe: Wirtschaft & Staat in Deutschland 1933 bis 1945, S. 340 ff.

⁴¹ Hans Kehrl: Krisenmanager im Dritten Reich, Düsseldorf 1965, S. 265 f.

⁴² Siehe Albert Pietzsch: Der Aufbau der Gauwirtschaftskammer, Berlin 1942. Offensichtlich setzte die RI zunächst dem Prozeß der Bildung dieser Gauwirtschaftskammern Widerstand entgegen, den sie jedoch nach einer Kompromißlösung aufgab.

⁴³ ZStA Potsdam, Film-Nr. 3570.

von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung“.⁴⁴ Da zu gehörten Fragen der Außenwirtschaft (was bereits für die beginnende Nachkriegsplanung wesentlich war) und Fragen der steigenden Schadenersatzansprüche an den Staat nach Luftangriffen und den Rückzügen der Wehrmacht aus den okkupierten Gebieten, für die in der Geschäftsführung der RI ein eigenes Kriegsschadenreferat geschaffen und Anfang 1945 sogar eine eigene Sitzung der RI durchgeführt wurde.⁴⁵

Im Rahmen dieser Entwicklung des gesamten staatsmonopolistischen Lenkungsapparates sowie des „totalen“ Krieges verlor die RI seit Ende 1942 und insbesondere im Herbst 1943 an Einfluß. Sie konnte sich jedoch wieder stärker profilieren, als sie ihre Verbindungen zum Reichswirtschaftsministerium und zur Führung der ↑ SS ausbaute und mit diesen gemeinsam gegen die zunehmende Machtkonzentration um das Speer-Ministerium Stellung bezog.⁴⁶ Die Sicherung eines Übergangs vom imperialistischen Krieg zu einem imperialistischen Frieden, der planmäßige Ausbau von zukunftssträchtigen außenwirtschaftlichen Kontakten zu Industriellen in anderen imperialistischen Ländern und eine wesentlich verstärkte Wirtschaftswerbung im Ausland – das waren Aufgaben, die nun für die RI in den Vordergrund traten.

1943/44 ging die RI daher angesichts der sich mehrenden militärischen Niederlagen des deutschen Faschismus von der „Neuordnungsplanung“ zur „Überlebensplanung“ über. Das war nicht mit einer Entflechtung von Staat und Wirtschaft verbunden, sondern führte zur erneuten Vertiefung der staatsmonopolistischen Verhältnisse im faschistischen Deutschland.⁴⁷ Zum wichtigsten Gremium der wirtschaftlichen Nachkriegsplanung entwickelte sich der Arbeitskreis für Außenwirtschaftsfragen, der am 23. März 1943 auf Initiative der *Reichsgruppen Industrie* und *Handel* sowie der SS-Führung gegründet wurde. Ihm gehörten mehrere Vertreter der RI an, u. a. Karl Albrecht, der die Außenwirtschaftsabteilung der RI leitete. In der Geschäftsführung der RI, die im Frühjahr 1945 ein regelrechtes „Sandkastenspiel des verlorenen Krieges“ durchführte⁴⁸, entstand im Sommer 1944 außerdem ein eigenes „Programm für die Bearbeitung wirtschaftlicher Nachkriegsprobleme vom Standpunkt der Industrie“, auf dessen Grundlage die Wirtschaftsgruppen angewiesen wurden, die „Umstellung auf die Friedenswirtschaft“ vorzubereiten.⁴⁹ Eine große Rolle spielte für die Nachkriegsplanung der RI u. a. das von ihr finanzierte Institut für Industrieforschung in Nürnberg, das unter der Leitung von Ludwig Erhard, einem Schwager von K. Guth, stand und das zahlreiche detaillierte Vorschläge für alle Wirtschaftsbereiche beriet. L. Erhard verfaßte eine Denkschrift „Kriegsfinanzen und Schuldenkonsolidierung“, die auch in Führungskreisen der SS bekannt war.⁵⁰ Die Furcht vor möglichen revolutionären Umgestaltungen in Deutschland als Folge der unaufhaltbaren militärischen Niederlage veranlaßte die RI 1944/45, neben den wirtschaftlichen Fragen, die den wichtigsten Bestandteil der Nachkriegsplanung darstellten, intensiv auch „schwebende Grundsatz- und Einzelfragen der Sozialwirtschaft“ zu beraten, darunter z. B. über eine „Gewinnbeteiligung der Arbeiter“ und die Ausgabe von „Gefolgschaftsaktien“.⁵¹ Der auf das ökonomische Überleben des deutschen Imperialismus gerichtete Kurs der RI verband sich aufs engste mit der gesamten faschistischen Antirevolutionsstrategie, wobei die ↑ NSDAP am Ende des zweiten Weltkrieges wieder stärker sozialdemagogische, antikapitalistische und pseudosozialistische Elemente der nationalsozialistischen Ideologie betonte. Solche und andere konzeptionelle Divergenzen traten jedoch in den Hintergrund, als es für den deutschen Imperialismus und an führender Stelle für die RI galt,

⁴⁴ Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 4, Berlin 1981, S. 443.

⁴⁵ Siehe Anatomie des Krieges, S. 479 ff.

⁴⁶ Siehe Wolfgang Schumann: Die wirtschaftliche Überlebensstrategie des deutschen Imperialismus in der Endphase des zweiten Weltkrieges. In: ZfG, 1979, H. 6, S. 507.

⁴⁷ Siehe Wolfgang Schumann: Politische Aspekte der Nachkriegsplanung des faschistischen deutschen Imperialismus in der Endphase des zweiten Weltkrieges. In: ZfG, 1979, H. 5, S. 388.

⁴⁸ Karl Albrecht: Das Menschliche hinter dem Wunder. 25 Jahre Mitwirkung am deutschen Wirtschaftsaufbau, Düsseldorf-Wien, 1970, S. 16.

⁴⁹ Wolfgang Schumann: Nachkriegsplanung der Reichsgruppe Industrie im Herbst 1944. Eine Dokumentation. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1972, T. III, S. 265.

⁵⁰ Ludwig Erhard: Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung. Denkschrift von 1943/44. Mit Vorbemerkungen von Ludwig Erhard, Theodor Eschenburg, Günter Schmolders, Frankfurt (Main) – Berlin (West)-Wien 1977.

⁵¹ W. Schumann: Politische Aspekte der Nachkriegsplanung, S. 407 f.

um jeden Preis die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse aufrechtzuerhalten und den imperialistischen Staat möglichst reibungslos weiter funktionieren zu lassen. Mit der militärischen Zerschlagung des deutschen Faschismus löste sich faktisch auch die RI auf. Ihre Mitarbeiter wurden, soweit erreichbar, von der amerikanischen Militärregierung unmittelbar nach Kriegsende in Bad Harzburg zusammengezogen.⁵² Einer Verurteilung in den von den westlichen Alliierten geführten Prozessen gegen Nazi- und Kriegsverbrecher sind sie weitgehend entgangen.

3. Quellen und Literatur

Das Archiv der RI ist bisher nicht aufgefunden worden, wobei sich einige Teile im BA Koblenz befinden. Aussagekräftiges Quellenmaterial enthalten die Bestände Deutsche Bank und Reichswirtschaftsministerium im ZStA Potsdam, die ehemaligen Konzernarchive (auf dem Territorium der DDR insbesondere in Staßfurt, Wolfen und Jena) sowie das Archiv der A. Borsig-Zentralverwaltung GmbH im Stadtarchiv Berlin. Eine Reihe von Dokumenten ist publiziert worden (siehe Anm. 32, 33, 35, 36 und 49). Quellenwert hinsichtlich der Struktur der RWK und der RI sowie des faschistischen Selbstverständnisses ihrer Aufgaben besitzen auch die zeitgenössischen Publikationen dieser Organisationen (siehe Anm. 10, 11, 13, 18, 24 und 42).

Unter dem Titel „Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft“ erschienen mehrere Übersichten über die einzelnen Wirtschaftskammerbezirke. Die „Geschäftlichen Mitteilungen“ geben nur bis 1936/37 begrenzte Auskünfte über die Tätigkeit des RStDI und der RI, danach wurden hauptsächlich wirtschafts- und verwaltungstechnische Informationen abgedruckt. Interne Informationen für die Mitglieder blieben auf die hektographierten Rundschreiben beschränkt.

Eine Monographie über die RI liegt nicht vor. Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft der DDR hat im Zusammenhang mit den Forschungen und Publikationen über die Geschichte des zweiten Weltkrieges, über die faschistische Kriegswirtschaft sowie über die Wirtschaftsgeschichte des deutschen Imperialismus wertvolles Material zur Geschichte und Funktion der RI vorgelegt und sich auch in Einzelaufsätzen mit der RI beschäftigt (siehe Anm. 2, 21, 25, 26, 27, 40, 44, 46, 47 und 49). Überblicksdarstellungen zur Geschichte der Unternehmerverbände enthalten kurze Abschnitte über die RI.⁵³ In einer Reihe von Dissertationen und Aufsätzen sind Teilbereiche des Aufbaus der faschistischen „Organisation der gewerblichen Wirtschaft“ und die inneren Auseinandersetzungen auch in regionalem Rahmen untersucht worden.⁵⁴ Der 2. Band der „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft“ von Dietrich Eichholtz liegt als Manuskript vor.

Mit der Flut bürgerlicher Literatur über den Nationalsozialismus kontrastieren die spärlichen Arbeiten über das industrielle Verbändewesen der Jahre 1933 bis 1945. In der vom Bundesverband der Deutschen Industrie herausgegebenen Schrift „Der Weg zum industriellen Spitzenverband“ (Darmstadt 1956) wurden die Jahre 1933/45 als Ausnahmesituation und die RI als eine aus dem sonstigen Rahmen fallende Episode behandelt. Die RI sei kein Unternehmerverband, sondern ein unmittelba-

⁵² Siehe Anatomie des Krieges, S. 492.

⁵³ Siehe Jürgen Kuczynski: Monopole und Unternehmerverbände, Berlin 1948 (Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, Bd. 1), S. 261 ff., und Walter Simon: Der Polyp. Die Macht der deutschen Unternehmerverbände, Berlin 1979, S. 50 ff.

⁵⁴ Siehe Kurt Gossweiler: Die Röhm-Affäre. Hintergründe - Zusammenhänge - Auswirkungen (Pahl-Rugenstein. Hochschulschriften Gesellschafts- und Naturwissenschaften, 151), Köln 1983, S. 355 ff. Manfred Ohlsen: Die Austragung des Gegensatzes zwischen Monopolkapital und kleinen und mittleren Unternehmern zu Beginn der faschistischen Herrschaft in Deutschland, 1933-1934 (unter besonderer Berücksichtigung der Umwandlung der Unternehmerverbände in staatsmonopolistische Regulierungsorgane des Faschismus), phil. Diss. (MS), Jena 1971. Ders.: „Ständischer Aufbau“ und Monopole 1933/34. In: ZfG, 1974, H. 1, S. 42 ff. Jürgen John: Faschistische Rüstungswirtschaft und regionale Industrie. Probleme der industriellen Entwicklung in Thüringen 1933 bis 1939, phil. Diss. (MS), Jena 1969. Ders.: Rüstungsindustrie und NSDAP-Organisation in Thüringen 1933 bis 1939. In: ZfG, 1974, H. 4, S. 412 ff. Reinhard Giersch: Die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) - ein Instrument zur Sicherung der Herrschaft und zur Kriegsvorbereitung des faschistischen deutschen Imperialismus (1933-1938), phil. Diss. (MS), Jena 1980.

res Organ des „totalen Staates“ und diesem völlig untergeordnet gewesen.⁵⁵ Die Auflösung des RDI, die Bildung des RStDI und der RI werden mehr oder weniger als „Gleichschaltung“, als „Kapitulation“ vor dem Faschismus und schließlich als dessen „Diktatur“ über die Industrie dargestellt.⁵⁶ Ähnliche Züge tragen auch die Memoiren einzelner Industrieller und Wirtschaftspolitiker (siehe Anm. 28, 41 und 48). Noch nicht benutzt werden konnte Ludolf Herbst „Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939-1945“ (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 21, Stuttgart 1983).

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 3: Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften – Reichs- und freikonservative Partei Köln/Leipzig 1985, S. 670-680.

⁵⁵ Siehe Fünf Jahre BDL Aufbau und Arbeitsziel des industriellen Spitzenverbandes. Hrsg. vom Bundesverband der Deutschen Industrie, Bergisch- Gladbach 1954, S. 15.

⁵⁶ Werner Sörgel: Metallindustrie und Nationalsozialismus. Eine Untersuchung über Struktur und Funktion industrieller Organisationen in Deutschland 1929 bis 1939, Frankfurt (Main) 1965, S. 37 ff. Arthur Schweitzer: Big Business in the Third Reich, London 1964, p. 247 ff. Ingeborg Esenwein-Rothe: Die Wirtschaftsverbände von 1933 bis 1945, Berlin 1965 (Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF, Bd. 37), S. 41 ff., 64 ff., 175 ff.

Reichshammerbund (Rh) 1910/12-1920

Der Rh war eine rassistisch-antisemitische Organisation, die sich um den Verleger und Publizisten Theodor Fritsch und die von ihm herausgegebene Zeitschrift „Hammer“ gebildet hatte. Er bemühte sich ständig, eine koordinierende Dachorganisation für die zahlreichen völkischen Gruppen zu schaffen. 1919/20 ging er im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund (DSTB) auf.

Ehrenbundeswart

Th. Fritsch (1910/12-1920)

Bundeswarte

Karl August Hellwig (1910/12-1914); Alfred Roth (1914-1920)

Bundestage

4. Oktober 1913 in Eisenach

14. Juni 1914 in Weimar

Presse

„Hammer. Blätter für deutschen Sinn“ (1902-1940), durchschnittliche Auflagenhöhe: 10.000

„Reichshammerbund-Rundschreibens

Mitglieder

ca. 2000-3000 (Juni/Juli 1919)

Der Rh formierte sich nach einer zweijährigen Existenz als Geheimorganisation offiziell bei einem Treffen völkischer Antisemiten, zu dem Th. Fritsch, ein führendes Mitglied der ↑ *Deutschsozialen Partei (DSP)* und des *Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes*, Pfingsten 1912 nach Leipzig eingeladen diesem hatte.¹ Erschienen waren vor allem Vertreter einzelner Hammerbünde, die sich als Lesergemeinschaften des „Hammer“ in verschiedenen Städten Deutschlands zusammengefunden hatten. Die Zusammenführung dieser Bünde, die sich teilweise auch *Thor-Gemeinden* bezeichneten, sollte – ebenso wie zahlreiche andere antisemitische Organisationen in dieser Zeit – einem doppelten Zweck dienen: zum einen war sie gedacht als die breite „zusammenfassende nationale Organisation“, von der Th. Fritsch seit der Gründung seiner Zeitschrift immer wieder sprach², zum anderen sollte aus ihr ein „deutschvölkischer Generalstab“ zur einheitlichen Leitung der gesamten, in sich zersplitterten alldeutsch-völkisch-antisemitischen Bewegung hervorgehen.³ Besonders zuverlässige Rh-Mitglieder bildeten daher zur gleichen Zeit den *Germanenorden*, der unter der Leitung von Hermann Pohl stand, logenartig aufgebaut wurde und dessen Abzeichen das Hakenkreuz war.⁴

Th. Fritsch beabsichtigte, mit seinem mittelständisch drapierten und rassistisch-anthropologischen Antisemitismus hauptsächlich Arbeiterkreise zu beeinflussen und irrezuführen. Es müsse endlich, so formulierte er 1906, „dem national gesinnten und gesitteten Arbeiter die Möglichkeit gegeben werden, im Bunde mit seinesgleichen ehrliche Arbeiterinteressen zu vertreten, ohne dabei in jüdisch-internationale und revolutionäre Sonderbestrebungen hineingezogen zu werden“. Mit dem Hinweis, die christlichen Arbeiterorganisationen würden für diesen Zweck nicht genügen, propagierte er als Losung der Hammerbünde: „Für ehrliche Arbeiterinteressen – gegen das ausbeuterische – Großkapital – aber in treuer Anhänglichkeit an Vaterland und Königtum.“⁵ In antisozialdemokra-

¹ Siehe Uwe Lohalm: *Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919-1923*, Hamburg 1970, S. 30. Führende Mitglieder sprachen später davon, daß der Rh bereits 1910 gegründet worden sei. Siehe Willibald Schulze: *Aus den Jugendtagen des Hammerbundes und Anderes*. In: *Festschrift zum fünfundzwanzig-jährigen Bestehen des Hammer*, Leipzig 1926, S. 69 ff.

² Z. B. *Hammer*, Nr. 47 vom 1.6.1904, S. 254. Siehe auch die Verfassung des Rh vom Februar 1912 und die Richtlinien für den 1. von Ostern 1912. In: *BA Koblenz*, NS 26, 888.

³ Siehe *Hammer*, Nr. 45 vom 1.5.1904, S. 207 ff.

⁴ Nach dem Zerfall des Rh schied Th. Fritsch 1921 mit einem Teil seiner Anhänger aus dem Germanenorden aus, dessen Reste sich dem Wälsungerorden einzugliedern versuchten. Siehe *Hammer*, 1.3.1936, S. 104 ff.

⁵ *Hammer*, Nr. 99 vom 1.8.1906, S. 456 ff.

tischen und antiparlamentarischen Sinne unterstützte er z. B. den *Bund vaterländischer Arbeitervereine* und schuf bereits 1904 die *Deutsche Erneuerungsgemeinde (DEG)*, in der er ein Modell für die „Wiedergeburt der germanischen Rasse“ sowie für eine „Verjüngung des ganzen deutschen Volkes“ sah.⁶ In den Siedlungen der *DEG* wollte er „jenen gemeinen, herabziehenden Konkurrenzkampf ausschalten, den der Semit in unser Leben hineingetragen hat und dem der Germane mit seinem geraden ehrlichen Wesen auf keinen Fall gewachsen ist“. Sein Ziel bestand in der Heranzüchtung eines modernen Germanen-Typus, der „den Zuständen der neuen Welt besser gewachsen ist“.⁷ Die Organisationen der Antisemiten sollten dafür die entsprechenden Lebensbedingungen erkämpfen.

Als programmatisches Dokument des Rh galt das Buch „Varuna“, das 1902 von Willibald Hentschel veröffentlicht worden war. W. Hentschel – von Beruf Chemiker – war zugleich Leiter des völkisch-antisemitischen *Mittgart-Bundes*.⁸ Nach den Vorstellungen des Verfassers und des Rh sollten allein 300 „Menschen-Pflanzungen“ („Neudörfer“) schon „einen jährlichen Zufluß von 100.000 neuen Menschen in den Adern des deutschen Volkes bewirken“.⁹ Diese frühfaschistischen Blut- und Boden-Theorien widerspiegelten sich auch in den „Aufklärungsblättern“ der *DEG*, die von 1919 bis 1932 erschienen und ebenfalls von Th. Fritsch sowie von Walther oder herausgegeben wurden. Die *DEG* gründete verschiedene Siedlungs-Gesellschaften „Heimland“, z. B. 1908 bei Rheinsberg, ferner Siedlerschulen und Kinderheime. Ihr Ziel bestand in der „Erneuerung des Lebens durch Züchtung neuer überlegener Menschen, Auslese der Tüchtigen, Ausmerzung aller Entarteten aus dem Fortpflanzungskreis“. Die „spartanischen Hochzucht-Menschen“ sollten Höchstleistungen durch ein wie „im preußischen Heere herangezuchtetes Führertum“ erreichen.¹⁰

Als der Rh 1912 in Erscheinung trat, hob er als sein Ziel hervor, eine breite völkisch-rassentheoretische „Volksaufklärung“ durch die zwanglose Vereinigung der „Freunde der Hammer-Bestrebungen“ zu ermöglichen. Im einzelnen sollte durch die ca. 20 Ortsgruppen, die insbesondere in Hamburg, Magdeburg, München und Stuttgart einen gewissen Einfluß erlangten, erreicht werden: „die Verteidigung der deutschen Kultur und des deutschen Geisteslebens gegen die Angriffe alles Fremdtums, die Hochhaltung des germanischen Idealismus gegen die niederziehenden Einflüsse des immer mehr um sich greifenden rohen Materialismus und Semitismus, die Bekämpfung aller Korruption, die Erneuerung des deutschen Volkstums geistig, sittlich, körperlich und kulturell, Pflege der germanischen Rasse-Eigenschaften, Veredelung und Höherzüchtung des Menschentums, Ausscheidung der unverdaulichen Fremdassen aus dem deutschen Volkskörper, Läuterung des Rechts- und Sittenbewußtseins, kurz: die Förderung aller Kräfte zum Aufbau einer wahrhaft deutschen Edel-Kultur.“¹¹

Mit dem Beginn des ersten Weltkrieges, der regelrecht als „Erlösung“ und als rassische Bewährungsprobe gefeiert wurde¹², beschränkte sich die Tätigkeit des Rh weitgehend auf die Verbreitung des „Hammer“ und anderer Flugschriften. Offensichtlich wirkte sich auch der Tod von K.A. Hellwig, der ein rühriger Organisator war und teilweise im Gegensatz zu Th. Fritsch für ein durch Satzungen geregeltes Vereinsleben des Rh eintrat, negativ aus. Die Bemühungen zur Schaffung einer Dachorganisation wurden zurückgestellt und durch Aufrufe zur Unterstützung des ↑ *ADW*¹³ bzw. der ↑ *Deutschen Vaterlandspartei*¹⁴ ersetzt. Zusammen mit anderen Organisationen forderte der Rh von der Reichsregierung, sog. Kriegsermittlungen über die Juden anzustellen, über deren Verluste und „Leistungen“. Mit dieser „Judenstatistik“ wollten sie sich für den „antisemitischen Entscheidungskampf“ nach dem Kriege rüsten.¹⁵ Seit Anfang 1918 bereitete sich der Rh ganz offen auf neue

⁶ Hammer, Nr. 156 vom 15.12.1908, S. 748.

⁷ Ebenda, S. 749 f.

⁸ Siehe Wolfgang R. Krabbe: *Gesellschaftsveränderung durch Lebensreform*, Göttingen 1974.

⁹ Willibald Hentschel: *Varuna. Das Gesetz des aufsteigenden und sinkenden Lebens in der Geschichte*, Leipzig 2./1907, S. 593. Siehe dazu auch Claus Ritter: *Start nach Utopolis*, Berlin 1978, S. 358 ff.

¹⁰ BA Koblenz, Zeitgeschichtliche Sammlung (ZGS) 1-263/6 (1).

¹¹ Hammer, Nr. 233 vom 1.3.1912, S. 133 f.

¹² Siehe Hammer, Nr. 293 vom 1.9.1914, i

¹³ Hammer, Nr. 351 vom 1.2.1917, S. 65 ff.

¹⁴ Hammer, Nr. 370 vom 15.11.1917, S. 602 ff.

¹⁵ Siehe U. Lohalm, S. 63.

Aufgaben nach dem absehbaren Kriegsende vor: „Die Macht der inneren Verderber ist während des Krieges unheimlich gewachsen; einen Augiasstall von Unrat wird es auszuräumen geben; der inneren Läuterungs- und Erneuerungsarbeit wird sich ein unübersehbares Gebiet erschließen.“ Daher wurde auch wieder öffentlich für den Beitritt zum Rh geworben.¹⁶

In der Zeit während und unmittelbar nach der Novemberrevolution entfaltete der Rh eine außerordentlich umfangreiche propagandistische Tätigkeit.¹⁷ Von November 1918 bis März 1925 sollen 15,2 Mill. Flugblätter des Rh und der *DEG* verbreitet worden sein.¹⁸ A. Roth, der aus dem ↑ *DHV* kam, nutzte seine Stellung im Rh für den Aufbau des *Deutschen Schutz- und Trutzbundes*. Aus beiden Organisationen sowie aus dem *Deutschvölkischen Bund* entstand am 1. Oktober 1919 der ↑ *DSTB*, in dem der Rh bis zu seiner Auflösung am 1. April 1920 formal selbständig, im Grunde aber als sein organisatorischer Kern mitwirkte.¹⁹

Th. Fritsch stand dieser Entwicklung des Rh mit einer gewissen kritischen Distanz gegenüber. Er forderte 1920/21 die Schaffung einer neuen „Erneuerungspartei“, die sowohl antijüdisch als auch antikapitalistisch und bodenreformerisch, mittelstands- und arbeiterfreundlich sowie „freiheitlich und fortschrittlich im besten Sinne“ sein sollte: „Auf neuen Grundlagen aufbauend dürfte sie nicht die Eierschalen irgendeiner alten, ‚kompromittierten‘ Partei nachschleppen, sondern – neugeboren und unbefleckt – mit reinem Gewand vor Jedermann hintreten.“²⁰ Seine Hoffnungen ruhten auf der ↑ *Deutschsozialistischen Partei*, der *Großdeutschen Freiheitspartei* (↑ *Nationaldemokratische Partei*) und nach 1922 auf der ↑ *Deutschvölkischen Freiheitspartei*, bevor er sich Ende der 20er Jahre der ↑ *NSDAP* zuwandte.

Die Auflösung des *DSTB* führte bei einigen Leitern der ehemaligen Hammerbünde 1922/23 zu Versuchen, den Rh wieder aufleben zu lassen, jedoch ohne Erfolg.²¹ Auch die Debatte, die Anfang 1927 im „Hammer“ über diese Frage geführt wurde, verlief ohne jedes Ergebnis.²² Obgleich die eigentliche Organisationsgeschichte relativ bedeutungslos war, spielte die von Th. Fritsch und vom Rh verbreitete Ideologie des völkisch-rassistischen Antisemitismus eine große Rolle für die Gewinnung breiter Kreise der Mittelschichten als Massenbasis der *NSDAP* und der faschistischen Diktatur des deutschen Imperialismus.

Ein geschlossener archivalischer Bestand existiert nicht. Aufschlußreiche Materialien enthält der Bestand Alld deutscher Verband im ZStA Potsdam. In den Akten NS 26, 886 ff. des BA Koblenz befinden sich einige Rundschreiben und Briefe des Rh. Archivalien wurden auch von der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg gesammelt. Auf ihrer Grundlage hat Uwe Lohalm (siehe Anm. 1) seine detailreiche Dissertationsschrift erarbeitet, in der von bürgerlich-antinationalsozialistischen Positionen die Geschichte des Rh erhellt wird. Mitunter taucht der Rh auch in Darstellungen zur Vorgeschichte der ↑ *NSDAP* auf.²³ Vereinzelt sind Angaben zum Rh im „Hammer“ sowie in der „Festschrift zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen des Hammer“ (Leipzig 1926) enthalten.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 3: Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften – Reichs- und freikonservative Partei Köln/Leipzig 1985, S. 681-683.

¹⁶ Hammer, Nr. 376 vom 15.2.1918, S. 76 f.

¹⁷ Siehe Geheimes Staatsarchiv Berlin (West), Hauptabteilung XII-IV/281.

¹⁸ BA Koblenz, ZGS 1-163/6 (5).

¹⁹ Der *DSTB* veröffentlichte 1919/20 eine Schriftenreihe „Hammer-Schlägen“.

²⁰ Hammer, Nr. 421 vom 1.1.1920, S. 9 ff. und Nr. 451 vom 1.4.1921, S. 121 ff.

²¹ Siehe U. Lohalm, S. 269 und 274.

²² Hammer, Nr. 589 vom 1.1.1927, S. 23 f., Nr. 590 vom 15.1.1927, S. 54 und Nr. 591 vom 1.2.1927, S. 81.

²³ Siehe z. B. Reginald H. Phelps: „Before Hitler came“. Thule Society and Germanen Orden. In: *The Journal of Modern History*, 1963, S. 248 f.

Wir handeln getreu dem Schwur: Alles für den Frieden

Zum 40. Jahrestag des Schwurs von Buchenwald am 19. April 1945

Erst vor kurzem hatte ich wieder einmal Gelegenheit, eine ausländische Delegation bei ihrem Besuch im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald zu begleiten. Es war für mich wie immer – erschütternd zu sehen, was die braune Barbarei der Nazis für die ca. 240.000 Menschen aus 32 Nationen Schreckliches bedeutete. Aber es war für mich auch wiederum aufrüttelnd und erhebend, den unbeugsamen Geist jener gepeinigten Häftlinge zu verspüren, die unter den Bedingungen des SS-Terrors und hinter dem Tor mit der zynischen Inschrift jedem das Seine“ Widerstand leisteten und die sich schließlich am 11. April 1945 erhoben, 125 SS-Wachposten gefangensetzten und sich selbst befreiten. Buchenwald – das war nicht nur eine Stätte des Grauens und des Mordens, es war auch ein Ort des kämpferischen antifaschistischen Widerstandes, des harten Ringens für eine gerechte Sache.

Worte, die stets aufs neue beeindrucken

Liest man heute, vier Jahrzehnte danach, den Text des Schwurs der 21.000 überlebenden Buchenwalder, beeindruckt der klare und konsequente Inhalt aufs neue. Kompromißlos wurde als erstes die Bestrafung der Schuldigen verlangt. Der antifaschistische Widerstand hatte sich gegen den schlimmsten Feind der Menschheit gerichtet; er mußte nun selbst zum Richter werden, wollte er seinem Anliegen treu bleiben und die gewonnene Freiheit zur Schaffung und Sicherung menschlicher Verhältnisse nutzen. Daran heute zu erinnern, ist angesichts dessen, daß in der BRD etwa 200.000 Kriegsverbrecher unangetastet und wohlfeil leben können, keineswegs überflüssig oder unpassend.

Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher – das war nach dem Sieg über den Faschismus eine der ersten Aufgaben der Antifaschisten zur sinnvollen Wahrnehmung der objektiven Chance, die ihnen mit der weltgeschichtlich bedeutsamen Befreiungstal der Sowjetunion für ihre Zukunft und die unseres Volkes geboten worden ist. Sie galt im Sinne des Völkerrechts und der entsprechenden Vereinbarungen der Antihitler-Koalition als unabdingbare Voraussetzung einer stabilen Friedensordnung. Die DDR legte diese Position schließlich auch ihrem Gesetz über die Nichtverjährung von Nazi- und Kriegsverbrechen vom 1. September 1964 zugrunde.

Beim Rundgang durch Lager, Museum und Mahnmal empfindet man immer wieder, in welchem Maße die deutschen Antifaschisten zur großen internationalen Gemeinschaft aller Hitlergegner gehörten. Am 19. April 1945 beseelte die zum Schwur Vereinten nur ein Gedanke, die gleiche Idee: Es gilt gemeinsam zu kämpfen, bis alle Wurzeln der Nazi-Tyrannie beseitigt sind! Das Erlebte sollte sich niemals wiederholen! Kriege sollten künftig unmöglich sein und rechtzeitig verhindert werden! Den Frieden gilt es dauerhaft zu sichern!

Befreiung bot Chance für Neubeginn

Dieser Gedanke verlangte eine konsequente Weiterführung des im Kampf um den Sturz der Hitlerdiktatur und für die Beendigung des zweiten Weltkrieges gewachsenen Antifaschismus.

Nach dem Sieg über den Faschismus waren notwendigerweise auch jene zu entmachten, die diesen überhaupt erst ermöglicht und durch seine Herrschaft die größten Profite erlangt hatten. Die gesellschaftlichen Verhältnisse mußten grundlegend umgestaltet werden. Mit der Befreiungstat der Sowjetunion bot sich die Chance für einen Neubeginn. Diese Chance wurde konsequent genutzt. Die geeinte Arbeiterklasse hat im Bündnis mit allen demokratischen Kräften die Wurzeln für Faschismus und Militarismus für immer ausgerottet.

Der Schwur der Buchenwalder, diese historische Verpflichtung des Antifaschismus, ist erfüllt. Unser Staat hat den Aufbau einer „neuen Welt des Friedens und der Freiheit“ zu seiner vornehmsten Aufgabe gemacht. Er war seiner Entstehung nach und ist seinem Wesen nach ein Staat des konsequenten Antifaschismus. Dieser erwies nach 1945 seine starke Schubkraft für den gesellschaftlichen Fortschritt. Er mündete international in eine neue Welle von Revolutionen, es wuchs und erstarkte

das sozialistische Weltsystem, und, auch auf deutschem Boden schloß sich an ihn jene gewaltige Umwälzung an, aus der schließlich unsere sozialistische DDR hervorging.

Unser Staat – Eckpfeiler des Friedens in Europa

Unser Staat tut heute alles, aber auch wirklich alles, damit nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgeht. Als Eckpfeiler des Friedens und des Sozialismus im Herzen Europas stellt die DDR eine aktive Kraft für eine weltweite Koalition der Vernunft und des Realismus dar. Deshalb auch unterstützen wir leidenschaftlich die sowjetische Friedenspolitik, die sich in den jüngsten Vorschlägen von Michail Gorbatschow so eindrucksvoll widerspiegelt. Und deshalb auch handelt jeder täglich nach dem Grundsatz: Je stärker der Sozialismus, desto sicherer der Frieden.

Volkswacht, 18.04.1985, S. 6.

Rezension

Der Nationalsozialismus an der Macht. Aspekte nationalsozialistischer Politik und Herrschaft. Mit Beiträgen von Thomas Klein, Peter Krüger, Volker Losemann, Gunther Mai, Gottfried Plumpe, Hellmut Seier. Hrsg. v. Klaus Malettke. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1984. 200 S. 8° (Kleine Vandenhoeck-Reihe. 1503.)

Als im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Errichtung der faschistischen Diktatur 1933 überall in der BRD Veranstaltungen unterschiedlichster Art durchgeführt wurden, mochte sich der Fachbereich Geschichtswissenschaften der Philipps-Universität Marburg nicht ausschließen. Er organisierte eine Vortragsreihe, deren Ergebnis nunmehr nach „gründlicher“ Überarbeitung (S. 6) vorliegt und hier zu besprechen ist. Da lediglich ein Beitrag (Hans Lemberg: „Reaktionen auf den NS-Staat in Osteuropa 1933 bis 1938“) an anderer Stelle publiziert wird, kann auch zum Konzept der Veranstaltungsreihe Stellung genommen werden. Dies ist insofern von Bedeutung, weil die Auswahl der Themen fast ebenso aufschlußreich wie der Inhalt der Vorträge zu sein pflegt. Der Hrsg. Klaus Malettke macht den hohen Anspruch aller sechs Autoren geltend, sowohl „eine Zusammenfassung des bisherigen Forschungsstandes“ (S. 7) als auch eigene neue Forschungsergebnisse zu bieten. Darüber hinaus soll ein breiter Leserkreis angesprochen werden, wobei man sich „hinreichend verständlich machen“ und den beklagten Zustand einer, begrenzte(n) Breitenwirkung neuer Forschungsergebnisse“ (S. 5) überwinden will.

Ganz offensichtlich können die Autoren nicht an den selbst gesetzten Maßstäben gemessen werden. Das insgesamt magere Ergebnis wird – auch bei Berücksichtigung einer ganzen Reihe treffender Aussagen sowie der in Sammelbänden stets gegebenen unterschiedlichen Qualität der einzelnen Beiträge – kaum Bestand haben. Bei anderen Vertretern der bürgerlichen Geschichtsschreibung der BRD liest sich das, was von den Autoren ausgesagt werden soll, besser und treffender. Das gilt auch für die politisch-aktuelle Funktion der jeweiligen Thesen im Prozeß der von der Regierung Kohl angestrebten „geistigen Wende“ in der BRD, eine Funktion, die nicht offen ausgesprochen wird, aber dennoch deutlich zutage tritt.

Im ersten und schwächsten aller Beiträge behandelt Volker Losemann das Thema „Nationalsozialistische Weltanschauung und Herrschaftspraxis 1933 bis 1935“ (S. 9-52). Es geht ihm allerdings lediglich um die Entwicklung des „rassenpolitischen Programms“ der Nazis vor 1933 sowie um die „antijüdische Politik“ in den ersten Jahren der faschistischen Diktatur. Bei der Bestimmung der „Primärinhalte“ von Hitlers Weltanschauung kommt L. über bloße Behauptungen nicht hinaus; daß Hitler vor allem immer wieder die „Ausrottung des Marxismus“ und damit die Liquidierung der gesamten Arbeiterbewegung beschwor, scheint für ihn nicht einmal zu existieren. Die Verfolgung der Juden firmiert bei ihm hauptsächlich unter dem Begriff der „rassenhygienischen Maßnahmen“ (S. 21), die Boykott-Aktion vom 1. April 1933 als „Lehrstück nationalsozialistischer Herrschaftspraxis“ (S. 35). Vehement, aber dadurch nicht überzeugender wendet sich L. gegen jeden Ansatz einer „Verharmlosung“ Hitlers in der sog. „revisionistischen“ Geschichtsbetrachtung einiger Historiker der BRD, d. h. gegen jede Relativierung der diesem zugeschriebenen zentralen, alles bestimmenden Rolle. Substantiell führt der Beitrag schlicht und einfach zu dem Schluß, daß „ein früher Einsatz“ der Rassenpolitik Hitlers, in der sich „antijüdische und eugenische Maßnahmen“ verbanden, sichtbar geworden sei (S. 46). Noch etwas ist am Rande zu bemerken: Wer ernsthaft über das Thema der Judenverfolgung 1933-1935 arbeiten will und an der auch in der BRD bekannten Studie von Kurt Pätzold¹ achtlos vorübergeht, disqualifiziert sich selbst, noch dazu, wenn vom „bisherigen Forschungsstand“ ausgegangen werden soll!

Etwas aufschlußreicher ist der Beitrag „Wirtschaftskrise, Wirtschaftspolitik und Nationalsozialismus“ (S. 53-84) von Gottfried Plumpe. Er reiht sich ein in die Versuche, für die Wirtschaftspolitik Brünings trotz ihrer Fehler mehr und größeres Verständnis als bisher aufzubringen, da es für sie zumindest bis zum Herbst 1931 keine Alternative gegeben habe (S. 53 f. und 61). Seine Frage, inwieweit die Wirtschaftspolitik der Kabinette Papen und Schleicher „durchaus praktikable Alternati-

¹ Kurt Pätzold: Faschismus, Rassenwahn, Antisemitismus. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933-1945), Berlin 1975.

ven zu Brünnings Politik“ (S. 72) gezeigt hätte, bleibt weitgehend spekulativ. Seiner These, daß Brüning die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Reparations- und Revisionspolitik „untergeordnet“ und damit keine „wirtschaftlichen“ Ziele verfolgt habe, kann nicht zugestimmt werden. Gerade der Blick auf den Zusammenhang von Ökonomie und Politik in der Periode der Weltwirtschaftskrise, in der sich Krisenbewältigungstaktik, Revisionspolitik und Antirevolutionsstrategie der deutschen Monopolbourgeoisie vielfach durchdrangen, verbietet das. Deutlich schimmert „Wende“-Geist der CDU/CSU hindurch, wenn es bei P. verallgemeinernd heißt: „Wirtschaftspolitik sollte ... nicht als Instrument für andere als wirtschaftliche Ziele mißbraucht werden ... Eine Wirtschaftspolitik aber, die sich in einer so tiefen Krise von allen relevanten (wirtschaftlichen, d. h. unmittelbar monopolbourgeois, M. W.) Interessen entfernte, hätte auch stabilere politische Ordnung als die Weimarer Republik gefährdet.“ (S. 76)

Gunther Mai widmet sich mit dem Thema „Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in der Phase der ‚Machtergreifung‘“ (S. 85-109) einer unter Antifaschisten breit diskutierten Frage, betont jedoch zu stark den Aspekt der *Bündnisunfähigkeit* von SPD und KPD. M. erfaßt durchaus richtig einige kritikwürdige Aspekte der rechtssozialdemokratischen Politik, vermag aber demgegenüber keine der gängigen antikommunistischen Formeln auch nur ansatzweise zu prüfen oder gar an der historischen Realität zu messen. Ähnlich wie Broszat, Fröhlich und Löwenthal plädiert er für „das Zurückschneiden eines überwuchernden Widerstands-Begriffs“ (S. 85) und schlußfolgert: „Abgesehen von isolierten Einzelgruppen und Einzelaktionen ist es zu keiner Zeit zur Vorbereitung oder Ausbildung eines spontanen oder organisierten, umfassenden Protestes, Widerstandes oder gar Aufstandsversuchs gekommen.“ (S. 92 f.) Für 1933 behauptet er den Erfolg einer „temporäre(n) Pazifizierung“ der klassenbewußten Arbeiter durch die Faschisten: „Repression und Einschüchterung mischten sich dabei mit ängstlichem Attentismus, präventiver Anpassung und offenem Opportunismus ebenso wie mit überzeugter Zustimmung und ‚nationaler‘ Integrationswilligkeit.“ (S. 98) Dies ist für ihn zugleich Anlaß zu fragen, ob es die von den Faschisten propagierte „Volksgemeinschaft“ nicht doch zumindest in der „Volkserfahrung“ gegeben habe (S. 104).

„Marburg-Stadt und Marburg-Land in der amtlichen Berichterstattung“ lautet der Beitrag von Thomas Klein (S. 110-142), der in der Sache subtile Hinweise auf Verfasser und Empfänger von Gestapo-Berichten über die Provinz Hessen-Nassau sowie von Berichten aus dem Regierungsbezirk Kassel zu geben vermag, in den Schlußfolgerungen zu allzu pauschalen Aussagen tendiert. Enttäuschend ist das, was der Verf. zum Auftreten Papens vom 17. Juni 1934 in Marburg und zu den Reaktionen darauf berichten kann. Ausgehend von der Geschichte der Marburger Philipps-Universität zeichnet Hellmut Seier ein Bild von „Universität und im nationalsozialistischen Staat“ (S. 143-166). Er spricht von der Ambivalenz der Hochschulwirklichkeit, die durch die Gleichschaltung sowie durch deren Grenzen charakterisiert gewesen sei. S. zielt auf „Gründe und Wirkungen dieses Sachverhalts und auf die Schlußfolgerungen, die sich für die Einschätzung sowohl des Wissenschaftsalltags als auch des Lenkungssystems daraus ergeben“ (S. 144).

Den abschließenden Beitrag „Rückkehr zum internationalen Faustrecht. Außenpolitik als Herrschaftsinstrument des Nationalsozialismus“ (S. 166-191) verfaßte Peter Krüger, aus dessen Feder einige interessante Arbeiten über den Versailler Vertrag und das Reparationsproblem stammen. Hier bemüht er sich, die Entwicklungsetappen der nationalsozialistischen Außenpolitik (die für ihn lediglich die Außenpolitik Hitlers ist, und noch dazu allein aus dessen ideologischer Fixierung heraus abgeleitet wird, wie er auf S. 172 und 184 ausdrücklich betont) zu skizzieren und den Nationalismus breiter Schichten des deutschen Volkes als wesentlichen „Schlüssel zum Verständnis der Durchsetzungskraft Hitlers“ (S. 169) zu charakterisieren. Viele richtige Aussagen des Verf. zur Rolle der faschistischen „Disponiertheit“ und Anfälligkeit eines „rücksichtslosen Nationalismus“ (S. 169 f.), zur Brutalisierung der faschistischen Außenpolitik seit 1936, zu den innenpolitisch-stabilisierenden Wirkungen der außenpolitischen Erfolge in den 30er Jahren sowie zu einigen wirtschaftlichen Aspekten in der Außenpolitik sind eingebettet in eindeutige Fehltritte (z. B. hinsichtlich der unterschiedlichen Positionen innerhalb der faschistischen Führung über die Gestaltung des Verhältnisses zum besiegten Frankreich im Rahmen der Debatten um die „Neuordnung“ Europas,

S. 167 f.) und vage Schlußfolgerungen (z. B. daß Hitler „im Grunde gar kein wirklicher Nationalist“ gewesen sei, S. 173). Die Tendenz zu psychologisierender Geschichtsbetrachtung ist unverkennbar.

Alles in allem hinterläßt der Band einen zwiespältigen Eindruck. Aufschlußreich dürfte er – trotz seiner Lücken und der teilweise geringen Qualität – vor allem dafür sein, was ein Kreis konservativer und anderer rechtsstehender Historiker gegenwärtig als hervorhebenswerte und einem breiten Leserkreis zu offerierende Aspekte des Themas „Politik und Herrschaft“ des Nationalsozialismus betrachtet. Im Vordergrund stehen Hitler als die angeblich allein dominierende Triebkraft der Geschichte von 1919 bis 1945 (so daß Fragen nach anderen und eigentlich entscheidenden Faktoren überflüssig erscheinen!), das rassenideologische Programm der Nazis (bzw. Hitlers) und Fragen der faschistischen Massenbasis. In einem solchen Geschichtsbild finden die auf der Hand liegenden Zusammenhänge von Faschismus und Krieg, von NSDAP und herrschender Klasse, von Nazismus und imperialistischer Antirevolutionsstrategie keinen Raum. Wenn der Rez. dies als Marxist kritisiert, so ist dies selbstverständlich, aber keineswegs allein ausschlaggebend; die genannten Fragen und viele weitere Probleme werden in anderen Publikationen von BRD-Historikern und -Politologen nicht oder zumindest nicht völlig umgangen. Wer den „bisherigen Forschungsstand“ widerspiegeln will und sich solche Lücken erlaubt, darf den Kritiker jedoch nicht in erster Linie nach seiner politisch-weltanschaulichen Position einordnen wollen.

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Herausgegeben im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 106, Heft 5/6 – Mai/Juni 1985, Spalte 424-427.

Rezension

Verfolgung – Vertreibung – Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942. Hrsg. Kurt Pätzold (= Reclams Universal-Bibliothek, Bd. 1008). Verlag Philipp Reclam jun., Leipzig 1983, 368 S.

Der Bd. enthält 321 Dokumente in sieben chronologisch aufgebauten Kapiteln, ferner kurze Charakterisierungen der jeweiligen Etappe. In der Einleitung werden auf knappstem Raum fast alle zentralen Fragen des faschistischen Antisemitismus und seiner Entwicklung behandelt: treffend, klar, zusammenfassend und überzeugend. Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft hat sich bisher vor allem auf die Untersuchung des faschistischen Verbrechens an der jüdischen Bevölkerung während des zweiten Weltkrieges konzentriert sowie die generellen sozialökonomischen, politischen und ideologischen Wurzeln aufgedeckt. Die Arbeit von Pätzold belegt dies erneut, führt jedoch die geschichtswissenschaftliche Analyse weiter. Er stellt sich der Aufgabe, sowohl die Komplexität aller gesellschaftlichen Voraussetzungen des Mordes an den sechs Millionen Juden als auch die innere Logik des seit 1933 beschrittenen Weges zum Holocaust zu erfassen.

Die ausgewählten Dokumente lassen erkennen, daß es sich bei den Ursachen des faschistisch-antisemitischen Genozids um ein vielgestaltiges Geflecht unterschiedlichster Faktoren handelte, diese allerdings nicht so betrachtet werden können, als stünden sie in lediglich pluralistischer Unverbindlichkeit nebeneinander. Sorgfältig und überzeugungskräftig wird dargelegt, daß sich alle der in diesem Zusammenhang zu nennenden Faktoren um einen primär wirkenden Faktor gruppieren: die historische Verantwortung der reaktionärsten Teile der deutschen Monopolbourgeoisie für die spätere „Endlösung“ der Judenfrage. Dies wird gerade dadurch deutlich, daß allen direkten und indirekten, mittelbaren und unmittelbaren Widerspiegelungen ihrer Positionen nachgegangen wird. Damit widerlegt P. auch Auffassungen, wonach die Konturen von Auschwitz bereits im Ansatz so und nicht anders erkennbar gewesen sein sollen. (Analog dazu wird man ebensowenig sagen können, daß der zweite Weltkrieg so und nicht anders im Expansionismus und in der Programmatik der extrem reaktionären Kräfte des deutschen Imperialismus angelegt gewesen sei bzw. daß es sich nur um die Realisierung eines „Fahrplans der Welteroberung“ gehandelt habe!) Die innere Logik der historischen Entwicklung wird in den vom Hrsg. belegten Tatsachen sichtbar: von der Verfolgung zur Vertreibung und schließlich zur Vernichtung der Juden, die ohne den Krieg nicht denkbar gewesen wäre und während der ersten relativ erfolgreichen Kriegsaktionen, auf jeden Fall vor dem Debakel in der Schlacht vor Moskau, beschlossen worden ist.

P. beschreibt die in jeder einzelnen Phase dieses Entwicklungsprozesses wirkenden Bedingungen. Nur so konnte ein beweiskräftiges Bild gezeichnet werden, das frei ist von deterministisch-mechanistischen Vorstellungen aller Art und gleichzeitig den historischen Prozeß nicht als das bloße Ergebnis von Zufälligkeiten erscheinen läßt. Den theoretischen Verallgemeinerungen und Erkenntnissen, die sich in den Texten des Hrsg. finden, ist daher voll und ganz zuzustimmen.

Die Kennzeichnung des faschistischen Antisemitismus als einem „sozialen Feld imperialistischer Herrschafts-, Macht- und Profitinteressen“ (S. 19) entstammend, gilt auch für die mit dem Krieg einsetzende Etappe, in der an die Stelle von Unterdrückung und Verfolgung der i Juden deren Deportation und Vernichtung traten und die in der bürgerlichen Geschichtsschreibung vielfältig zum apologetischen Beweis bemüht wird, daß die massenhafte Tötung von Menschen nicht dem allgemeinen Interesse des Kapitals entsprochen habe. P. geht von den konkreten inhaltlichen Zusammenhängen zwischen den Weltherrschaftsplänen des faschistischen deutschen Imperialismus, dem Stand ihrer Realisierung bzw. dem Denken der maßgeblichen Führer darüber und der antisemitischen Massenvernichtung aus. Er sieht letztere nicht durch ein „positives ökonomisches Interesse“ (S. 24) des Kapitals verursacht, wohl aber leitet er ihr Hervorgehen „aus dem Generalkurs“ (S. 25) des Faschismus ab. Damit wendet er sich prononciert gegen jede vulgärmaterialistische und nur-ökonomische Verzeichnung des verbrecherischen Sachverhalts, gegen „jede Unterschätzung der relativ selbständigen Wirkung der Ideologie“ (S. 25), die der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft von bürgerlichen Ideologen immer wieder unterstellt werden. Gegen die Auf-

fassung, derzufolge der Massenmord an den jüdischen Menschen rassenideologisch begründet und das eigentliche Kriegsziel Hitlers gewesen sei, setzt er die Erkenntnis: „Das Kriegsgeschehen machte ihn (den antisemitischen Genozid, M. W.) möglich, schuf seine allgemeinen Bedingungen und führte den deutschen Imperialismus gerade an jenen Punkt seiner Machtausdehnung, wo sich abenteuerlichste Weltherrschaftserwartungen realpolitische Überlegungen rassistischer Fanatismus kreuzten und zugleich potenzierten“ (S. 26 f.).

Im Dokumententeil hat der Hrsg. zahlreiche kleine Mosaiksteinchen zusammengetragen, die an sich oft Belangloses widerspiegeln, insgesamt jedoch ein komplexes, aufschlußreiches Bild des grauenhaften politischen Verbrechens ergeben. Zitiert wird aus Gesetzen, Verordnungen und Erlassen, aus Reden und Artikeln sowie aus Briefen und Berichten. Die faschistischen Schreibtischmörder kommen zu Wort, erschreckend nüchtern und beiläufig-alltäglich in ihrer todbringenden Bürokratensprache. Der Bd. enthüllt allerdings auch, in welch hohem Maße sich die Ziele der Herrschenden in das Denken und Handeln der vom Faschismus Irreführten eingebrannt hatten, so „daß es möglich war, sich darauf zu berufen und einen angeblichen „Volkswillen“ vorzutäuschen. Schade, daß angesichts des außerordentlich geringen Grades an intellektuellem Niveau so. mancher antisemitischen Argumentation in dem Bd. nicht mehr Platz für „entlarvende Selbstdarstellung“ eingeräumt werden konnte (z. B. Dok. 224). Der Fachmann mag auch das Fehlen des einen anderen Dokuments bedauern, beispielsweise solcher aus der Feder konservativ-profasischer Politiker, die im Jahre 1933 nicht nur die Errichtung der faschistischen Diktatur begrüßten und rechtfertigten.

Jede Wiedergabe historischen Geschehens in Form einer Dokumentation bezieht auch Ereignisse, Prozesse, Organisationen, Institutionen, Orte und Personen ein, die an und für sich nebensächlich sind. Der interessierte Leser will jedoch auch über sie etwas erfahren, um seine eigenen Vorstellungen präzisieren oder veranschaulichen, um mit dem Material arbeiten und weitere Zusammenhänge erschließen zu können. Dabei helfen ihm nur einige wenige Anmerkungen. Mitunter (z. B. S. 133, 186) wird in ihnen nicht argumentiert, sondern eine weitere erläuterungsbedürftige Behauptung formuliert, werden faschistische Termini nicht bei ihrer ersten Nennung erläutert (z. B. S. 143 und 195), fehlen notwendige Hinweise auf Charakter und Spezifik des jeweiligen Dokuments oder werden handelnde Personen nicht vorgestellt (z. B. S. 269).

Dennoch: Keine der kritischen Bemerkungen kann und soll die insgesamt außerordentlich hoch zu bewertende Leistung des Hrsg. schmälern.

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, XXXIII. Jg., 1985, Heft 8, S. 748-749.

Dreiste Fälschungen im Dienste der NATO-Hochrüstung

Das Gedächtnis der Menschheit verzeichnet Daten, die von einem Geschehen mit unermesslich großer und geschichtsbestimmender Tragweite künden. Der 8. Mai gehört zu diesen Daten ebenso wie der heutige 2. August, der Jahrestag der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens durch die Regierungschefs der UdSSR, der USA und Großbritanniens. Es verwundert in keiner Weise, daß sich Apologeten der geschlagenen Faschisten und zahlreiche andere bürgerliche Ideologen finden, um das historische Geschehen im Frühjahr und Sommer vor 40 Jahren – wenn es schon nicht mehr rückgängig gemacht werden kann – zumindest als „Katastrophe“ zu diffamieren und als „Zusammenbruch“ zu entwerten. Sieg und unzerstörbare Lebenskraft des Sozialismus und des historischen Fortschritts, die immer deutlicher hervortretende Einheit von Sozialismus und Frieden rufen Leute auf den Plan, die das Gegenteil beweisen und von eigentlichen, den imperialistischen Quellen der verheerenden Kriege unseres Jahrhunderts, ablenken wollen.

Auf recht eigenartige Weise. Wird in der bürgerlichen Geschichtsbeschreibung interpretiert, welche Kriegsziele die UdSSR verfolgte und wie sie ihre Nachkriegspolitik gestaltet hat. Man will vergessen machen, dass sich damals vor allem in Jalta und Potsdam die Mächte der Antihitlerkoalition auf ein gemeinsames Programm zur Sicherung einer gerechten und stabilen Friedensordnung in Europa geeinigt haben. Der UdSSR wird unterstellt, sie hätte Europa spalten und „bolschewisieren“ wollen, lediglich einen „Ausbau ihrer strategischen Stellung in der Welt“ angestrebt und westliche („zivilisierte“) Völker unter ihre Herrschaft zu bringen versucht. Daraus leiten bürgerliche Politiker vom Schlage Dreggers die Schlussfolgerung ab, man dürfe nicht von einer Befreiung des deutschen Volkes, man müsse vielmehr von einer „Katastrophe“ für das deutsche Volk sprechen, die 1945 hereingebrochen und von größerem Schaden sei, als die faschistische Diktatur und der Krieg selbst. Das gewachsene Ansehen der UdSSR und des Sozialismus ist ein Kriegsergebnis, das vielen bürgerlichen Ideologen nicht paßt und diese zu eigenartigen, den Revanche-Gedanken fördernden Thesen führt.

Auch die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges scheint Leuten dieses Schlages zu Verleumdungen und Verdrehung besonders geeignet. Da wird dreist behauptet, die außenpolitischen Bemühungen der UdSSR hätten den Krieg überhaupt erst möglich gemacht. Die Tatsachen sprechen jedoch eine andere Sprache. Wären die Vorschläge der sowjetischen Regierung, in den 30er Jahren gegen den hochrüstenden faschistischen Aggressor ein System der kollektiven Sicherheit zu schaffen, auf offene Ohren und vernünftige Politiker in westlichen Ländern gestoßen – die Nazis hätten dann bereits vor ihrem Überfall auf Polen einer Antihitlerkoalition gegenüber gestanden!

Obwohl die Faschisten von 1941 bis 1945 stets ca. 60-70 Prozent ihres gesamten militärischen Potentials gegen die UdSSR einsetzten und damit die quantitativen Aspekte ganz eindeutig sind, versuchen bürgerliche Historiker, den Beitrag der sowjetischen Armeen zur Zerschlagung der faschistischen Kriegsmaschinerie zu schmälern. Nach ihrer Auffassung sei der Sieg über Hitlerdeutschland in erster Linie den USA und England zu verdanken. Da wird z. B. behauptet, die Stalingrader Schlacht sei lediglich eine unter vielen anderen gewesen. Die gleichzeitig stattfindende Schlacht von El Alamein habe eine größere Bedeutung gehabt, weil durch sie die entscheidende Wende im Kriegsverlauf begonnen worden sei, meint der englische Historiker W. Butler. Vergleicht man aber beide Kriegsergebnisse, muß gegenüber solchen Behauptungen wohl doch hauptsächlich davon ausgegangen werden, daß die Faschisten an der Wolga 16mal mehr Verluste erlitten als in Nordafrika, daß hier dank der Führungskraft sowjetischer Generäle und dem heldenhaften Kampfes aller Soldaten der grundlegende Umschwung im Kriegsverlauf eingeleitet werden konnte. Weil die Rote Armee den faschistischen Offensiven bei Stalingrad ein Ende setzte, konnten sich die Truppen der Westmächte unter günstigeren Bedingungen an anderen Fronten erfolgreich entfalten. Der sowjetische Sieg in der Schlacht an der Wolga bedeutete den entscheidenden Wendepunkt des gesamten Krieges. Die amerikanischen Historiker Frankland und Dawling sprechen von 14 großen Schlachten des Krieges und nennen dabei nur drei, die an der deutsch-sowjetischen Front geschlagen wurden (Moskau, Stalingrad und Kursk). Kein marxistischer Wissenschaftler leugnet den Einfluß des

Kriegsgeschehens im Mittelmeerraum, im Stillen Ozean und (seit Juni 1944!) an der zweiten Front in Westeuropa. Keiner schätzt den Anteil der anglo-amerikanischen Truppen am Sieg über den faschistischen Mächteblock als geringfügig, unerheblich, usw. Es bedeutet aber eine Geschichtsfälschung, wenn erklärt wird – und anlässlich des 40. Jahrestages der Landung westlicher Truppen in der Normandie war das häufig zu hören und zu lesen –, der 6. Juni 1944 sei der wichtigste Tag in der Geschichte des zweiten Weltkrieges gewesen.

Immer wieder tritt in diesen Zusammenhängen im bürgerlichen Sprachgebrauch das „Argument“ hervor, eine Zusammenarbeit mit der UdSSR wirke lediglich als „Einbahnstraße“ und zugunsten des Sozialismus. Damit wird die Friedensordnung in Frage gestellt, die 1945 entstanden ist und die – an dieser Erkenntnis führt kein Weg vorbei – nunmehr bereits vier Jahrzehnte Frieden in Europa garantiert. Wer heute die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, die Vereinbarungen von Jalta und Potsdam in Frage stellen und „Überwinden“ will – dies formulierte z. B. der ehemalige Sicherheitsberater des USA-Präsidenten, Z. Brzezinski, als Aufgabe auf dem Wege zur „Schaffung eines echten Europas“ –, der treibt zum neuen Krieg, der todsicher ein atomarer sein wird und dem kein weiterer Krieg folgen kann, weil niemand auf unserer Erde überlebt. Jedes Gerede von einer „offenen“ europäischen und „deutschen Frage“ ist verantwortungslos gegenüber der Menschheit, gegenüber ihrer Geschichte und erst recht ihrer Zukunft.

Man könnte noch die bürgerliche These anführen, derzufolge den Verbrechen der Faschisten die „Verbrechen“ der Sieger gefolgt seien, daß also „aufzurechnen“ sei und damit alle von Schuld freigesprochen werden müssen. Niemand dürfe den Deutschen etwas vorwerfen, denn nur sie seien 1945 „bestraft“ worden, schrieb Augstein im „Spiegel“ (Nr. 2/1985), wobei er noch biologisierend hinzufügte, „der Mensch in sich und als solcher ist ein Kriegsverbrecher“. Geographische Zufälligkeiten und Launen des Klimas werden ebenfalls bemüht.

Doch genug davon. Es bleibt die Frage, wozu solche Fälschungen und Verdrehungen in die Welt gesetzt und intensiv verbreitet werden. Alles, aber auch alles mündet in den Versuch, den Hochrüstungs- und Konfrontationskurs der aggressivsten Kräfte in den USA und in der NATO ideologisch zu rechtfertigen.

Alles ist von einem militanten Antikommunismus durchdrungen, der darauf zielt, die berechtigte Sorge breiter Kreise der Völker vor den neuen totalen Waffen durch die noch größere Angst vor einem angeblich „totalen“ Feind zu verdrängen. Mit Hilfe des Antikommunismus und Antisowjetismus soll die Friedensbewegung gespalten, soll sie politisch und geistig entwaffnet werden. Die Antihitlerkoalition ist den Kriegskräften unserer Tage selbstverständlich ein Dorn im Auge. Daher wird sie zu einem „unnatürlichen Bündnis“ degradiert, daher soll verhindert werden, daß sich die Menschheit auf jene Erfahrungen besinnt, die ein gemeinsamer Kampf aller von Faschismus und Krieg Betroffenen zum Erfolg, zum Sieg geführt haben. Alle Fälschungen der Geschichte des zweiten Weltkrieges stehen im Dienste jener, die neue Spannungen heraufbeschwören, das Wettrüsten anheizen sowie das Konzept eines „begrenzten“ und „gewinnbaren“ Atomkrieges ausgearbeitet haben. Wer den historischen Fortschritt aus der Geschichte wieder „herausschießen“ will, wer einen Kreuzzug gegen den Sozialismus plant und nach imperialistischer Weltherrschaft strebt, der steht nicht nur im Gegensatz zu den Interessen aller friedliebenden Menschen, der steht – zwangsläufig – auch mit der historischen Wahrheit auf Kriegsfuß.

Freies Wort, 02.08.1985, S. 3.

Laudatio auf Herrn Otto Wolff von Amerongen ...

... vorgetragen vom Dekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät Professor Dr. phil. habil. Manfred Weißbecker

Auf Beschluß des Wissenschaftlichen Rates der Friedrich-Schiller-Universität Jena, seines Senats und seiner Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät verleiht die Friedrich-Schiller-Universität Jena unter dem Rektorat des ordentlichen Professors Dr. sc. nat. Bernd Wilhelmi und dem Dekanat des ordentlichen Professors Dr. phil. habil. Manfred Weißbecker

Herrn Otto Wolff von Amerongen

die Würde eines Ehrendoktors der Wirtschaftswissenschaften.

Mit seinem großen Wissen um komplizierte ökonomische und politische Zusammenhänge sowie durch sein aktives Wirken im Dienste der Völkerverständigung erwarb sich Herr Otto Wolff von Amerongen hohes Ansehen in der Welt. Er kann heute als Wirtschaftsexperte und Politiker, als Wissenschaftler und Förderer eines für alle Partner Nutzen bringenden Welthandels auf eine langjährige verdienstvolle Tätigkeit zurückblicken.

1918 in Köln als Sohn eines Industriellen geboren, absolvierte er nach seinem Abitur eine kaufmännische Ausbildung und übernahm schon frühzeitig – mit 22 Jahren – die Leitung des väterlichen Betriebes.

In realistischer Einschätzung der ökonomischen und politischen Bedingungen, zugleich einer Tradition seiner Familie folgend, setzte sich Herr Otto Wolff von Amerongen nach dem zweiten Weltkrieg für die Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den sozialistischen Ländern, insbesondere der UdSSR, ein. Die auch von seinem Vater geknüpften Wirtschaftsbeziehungen zur Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik – die bereits im Oktober 1922 von Lenin als für beide Seiten vorteilhaft gewertet und hoch gewürdigt wurden – fanden ihre Fortsetzung durch sein persönliches Engagement.

Herr Otto Wolff von Amerongen leistete in den zurückliegenden Jahrzehnten einen bedeutsamen, nicht mehr wegzudenkenden Beitrag beim Aufbau wie auch beim Ausbau des Ost-West-Handels. Er nahm wesentlichen Anteil an Ausarbeitung und Gestaltung des Handelsvertrages der Bundesrepublik Deutschland mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken aus dem Jahre 1961. Danach war er Vorsitzender eines Komitees, das die Industriemesse von 1962 in Moskau vorbereitete.

Wir ehren mit unserem Beschluß zur Verleihung der Ehrendoktorwürde an Herrn Otto Wolff von Amerongen einen Menschen, der mit großer persönlicher Ausstrahlungskraft seine reichen wirtschaftspolitischen Erfahrungen in mehr als 20 bedeutenden nationalen und internationalen Gremien im Interesse der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zukunftsorientiert einsetzt. Er steht als Präsident an der Spitze des Deutschen Industrie- und Handelstages der Bundesrepublik Deutschland, er wirkt als Vorsitzender des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft und hier zugleich als Vorsitzender des Arbeitskreises UdSSR. Seine konstruktive, von hohem wissenschaftlichen Niveau getragene Arbeit in diesen und ebenso in vielen anderen Funktionen fand international hohe Anerkennung.

Als langjähriger Präsident der Gruppe der Bundesrepublik Deutschland der Internationalen Handelskammer in Paris und bei seiner Tätigkeit im Internationalen Rat für neue Initiativen in der Ost-West-Kooperation in Wien, in dem auch die Deutsche Demokratische Republik mit großem Engagement für friedliche Zusammenarbeit und gegenseitig vorteilhaften Handel auftritt, hat sich Herr Otto Wolff von Amerongen an einer Nahtstelle zwischen Wirtschaft und Politik außerordentliche Verdienste erworben. Sein vom Gedanken der friedlichen Koexistenz durchdrungenes Wirken in diesen Gremien läßt das intensive Bemühen um die Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung sowie zur Verbesserung des politischen Klimas deutlich erkennen. Getreu seinem Ideal von der völkerverbindenden, friedenssichernden und damit humanistischen Funktion des internationalen Handels wirkt er seit rund drei Jahrzehnten unermüdlich als

aktiver Mitgestalter der Zusammenarbeit zwischen Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Er wertet diese Beziehungen – und nun sei zitiert – als einen „Teil der Brückenfunktion zwischen Ost und West ..., die wir ständig brauchen.“

In zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten, so u. a. in den Beiträgen

- „Trendwende im Osthandel“ aus dem Jahre 1977,
- „Wirtschaft und Handel vor dem Hintergrund der weltpolitischen Spannungsfelder“ aus dem Jahre 1980 und
- „Ökonomische Sanktionen als Mittel der Außenpolitik. ebenfalls 1980 veröffentlicht,

hat Herr Otto Wolff von Amerongen den entspannungsfördernden Gehalt der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West angesprochen. Seine Publikationen lassen einen Autor spüren, dem es um das klärende Argument, um konstruktive wirtschaftspolitische Lösungen und um sinnvolle politische Wirkungen geht.

In Auswertung reicher historischer Erfahrungen wird in seinen Veröffentlichungen das aufrichtige Streben nach realistischen und gegenseitig vorteilhaften Formen des Zusammenwirkens der Staaten sichtbar. Er unterstreicht dabei, daß friedliche Koexistenz und ökonomische Zusammenarbeit – in Zeit und Raum eingeordnet – zu einem wichtigen Lebensgesetz der menschlichen Gesellschaft geworden sind.

Herr Otto Wolff von Amerongen nahm viele Gelegenheiten zum Anlaß – häufig auch die Leipziger Messe –, um in persönlichen Gesprächen mit Repräsentanten der Partei- und Staatsführung der Deutschen Demokratischen Republik und anderer sozialistischer Länder Wege ebnen zu helfen für eine ungestörte Entwicklung der Ost-West-Zusammenarbeit zum Nutzen aller Beteiligten. Im Wissen um seine und unser aller Verantwortung für die Erhaltung des Friedens vertrat und vertritt er in überzeugender Weise die Erkenntnis, daß angesichts der zugespitzten internationalen Lage der Gestaltung einer guten Nachbarschaft zwischen den beiden deutschen Staaten weitgreifende Bedeutung zukommt.

Seine Feststellung, aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland hätten sich „die – naturgemäß Schwankungen unterliegenden – Wirtschaftsbeziehungen mit den Ländern des RGW zu den stabilsten überhaupt entwickelt, zeigt, wie auch unter komplizierten internationalen Bedingungen der von ihm mitgestaltete Weg des Handels zum gegenseitigen Vorteil entwickelt und gefestigt werden kann. Mit dieser Haltung leistet er einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur politischen Entspannung. Als ein Verfechter des freien Handels, der mutig gegen Embargo und Diskriminierung, Restriktionen und Wirtschaftsblockaden auftritt, fand Herr Otto Wolff von Amerongen nicht nur Befürworter und Freunde noch gibt es Vorbehalte, ja sogar Aktionen, gerichtet gegen eine Vertiefung des intersystemaren Handels und gegen die Erweiterung der wirtschaftlichen Kooperation. Die ständig intensiver werdende wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West erbrachte demgegenüber schon längst den überzeugenden Beweis für die Richtigkeit der von ihm deutlich vertretenen Forderung nach Förderung und insbesondere nach einer Liberalisierung des Welthandels, einschließlich des Ost-West-Handels. Wir wissen uns deshalb mit Herrn Otto Wolff von Amerongen einig in der Gewißheit, daß ein enger Zusammenhang zwischen friedlicher Koexistenz und ökonomischer Zusammenarbeit besteht und daß sich eine gute wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen positiv auf die politischen Rahmenbedingungen des internationalen Handels auswirkt.

Die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Friedrich-Schiller-Universität Jena würdigt in Herrn Otto Wolff von Amerongen auch einen Förderer von Wissenschaft und Technik. Er genießt uneingeschränktes Ansehen auch dank seiner bedeutenden Leistungen, die er als Wissenschaftler, Wirtschaftsexperte und wirtschaftspolitischer Berater in vielen nationalen und internationalen Gremien erbracht hat. Seine langjährigen engen Verbindungen zu wissenschaftlichen Einrichtungen, aber auch seine unmittelbare Arbeit in der Industrie, u. a. als Vorsitzender des Vorstandes der Otto Wolff AG, Köln, widerspiegeln die Fähigkeit, Prozesse und Prob-

leme der technisch-ökonomischen Entwicklung präzise zu sehen und wissenschaftlich zu analysieren. Sie führten ihn zu der Überzeugung, daß moderne Technik und Technologie als Ausdruck des wissenschaftlich-technischen Fortschritts einen integralen Bestandteil des Welthandels darstellt. Gerade die ungestörte Kooperation auf diesem Gebiet sichert einen intensiven Gedankenaustausch, der im Sinne der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa für die Gestaltung einer dauerhaften Friedensordnung unentbehrlich ist.

Wenn wir heute Herrn Otto Wolff von Amerongen ehren, dann nicht zuletzt auch als Förderer des Sports. Sein Wirken als Präsident des Kölner Tennis- und Hockey-Clubs „Rot-Weiß“ dient nicht nur der Gesundheit und Lebensfreude der Menschen, sondern unterstützt zugleich das Bemühen der Jugend der Welt, in fairem Wettstreit die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern zu vertiefen.

Die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Friedrich-Schiller-Universität Jena erweist einer Persönlichkeit ihren Respekt, die über Jahrzehnte hinweg die Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten zum gegenseitigen Vorteil mitgestaltete und sich dadurch bleibende Verdienste erwarb. Wir ehren einen Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland, der in realistischer Einschätzung der bestehenden ökonomischen und politischen Bedingungen sein Wissen und Können, seine ganze Persönlichkeit für die Gestaltung friedlicher Koexistenz eingesetzt hat.

Im Sinne Friedrich Schillers, der 1789 in seiner akademischen Antrittsrede an unserer Alma mater jenensis davon sprach, daß der Mensch „mit seinen Schlüssen in die ferne Zukunft voraus zu eilen“ habe, bereicherten Sie, sehr geehrter Herr Otto Wolff von Amerongen, die Problemsicht vieler Wissenschaftler und Praktiker der Wirtschaft, verstanden Sie es, durch Informationen und Beratungen ertragreiche Diskussionen anzuregen und durch einen ständigen Dialog bedeutsame Grundlagen für ein vertrauensvolles Zusammenwirken zu schaffen.

Wir freuen uns, daß die Verleihung der Würde eines Doktors honoris causa an unserer traditionsreichen Universität erfolgen kann und verbinden diese höchste akademische Ehrung mit vielen guten Wünschen für Gesundheit, Erfolg und persönliches Wohlergehen in einer für uns alle friedlichen Zukunft.

Festveranstaltung des Wissenschaftlichen Rates der Friedrich-Schiller-Universität Jena zur Verleihung des Doktors der Wirtschaftswissenschaften e. h. an Herrn Otto Wolff von Amerongen, 17. September 1985, S. 7-11.

Thule-Gesellschaft (ThG) 1918-1933/34

Die ThG formierte sich aus der bayerischen Ordensprovinz des völkisch-antisemitischen Germanen-Ordens und war ein geheimes Organisationszentrum der Konterrevolution in München, aus dem sich mehrere frühfaschistische Parteien, darunter auch die ↑ Deutschsozialistische Partei (DsP) und die ↑ NSDAP, entwickelten. Seit Mitte 1919 ging die politisch-militärische Bedeutung der ThG rasch zurück; sie betätigte sich im wesentlichen als ein elitärer literarischer Zirkel zum Studium alter germanischer Geschichte und Sitten.

Vorsitzende

Rudolf von Sebottendorff¹ (1918/19); Hanns Dahn (1919); dann folgten Johannes Hering, Prof. Hermann Bauer und Max Sesselmann; R. von Sebottendorff (1933); Franz Dannehl (1933/34)

Mitglieder

Am 1. November 1918 sollen es 250 in München und ca. 1500 in Bayern gewesen sein. 1925 gab es lediglich 25 Mitglieder, 1933 ca. 75 ehemalige „Thule-Kameraden“.²

Presse

„Münchener Beobachter“, seit 9. August 1919 parallel dazu als Reichsausgabe mit dem Titel „Völkischer Beobachter“ und seit 3. Januar 1920 generell als „Völkischer Beobachter“ (1918-1920)

„Runen. Zeitschrift für germanische Geistesoffenbarungen und Wissenschaften. Merkblatt für den Freundschaftsgrad des Germanen-Ordens“ (gegr. 1918)

„Allgemeine Ordens-Nachrichten“ (gegr. 1918)

„Thule-Bote“ (1933/34)

Als sich der 1912 gegründete und nach Art der Freimaurerlogen tätige *Germanen-Orden*³ während des ersten Weltkrieges spaltete, übernahm R. von Sebottendorff Ende 1917 in engem Zusammenwirken mit den Münchener Ortsgruppen des ↑ *Alldeutschen Verbandes* (ADV) und des ↑ *Reichshammerbundes* die Leitung der bayerischen Ordensprovinz, die am 17. August 1918 zur ThG umgestaltet wurde. Bewußt wählte ihr Gründer die geheimnisvolle Bezeichnung Thule, die an den sagenhaften Ursprungs- und Zufluchtsort der Germanen erinnern sollte. Im Sinne des *Germanen-Ordens* galt es für die Mitglieder der ThG als zentrale Aufgabe, „den schädlichen fremdvölkischen Einfluß der Juden“ zurückzudrängen⁴ und – den „reichen, tiefen Born germanischer Geisteswissenschaften“ nutzend – „unentwegt an Deutschlands Erneuerung“ zu arbeiten.⁵

In München entfaltete die ThG eine rege propagandistische und organisatorische Tätigkeit, die zur Grundlage und „Wiege der Nazibewegung“⁶ werden sollte. Bereits vor der Novemberrevolution erwies sich die ThG als ein Koordinierungszentrum der gerade in München außerordentlich zahlreichen und intensiv wirkenden völkisch-antisemitischen Organisationen. Besondere Unterstützung fand sie durch Julius Friedrich Lehmann, der in München den ↑ ADV leitete und als finanzkräftiger

¹ Sein eigentlicher Name war Adam Alfred Rudolph Glauer, mitunter nannte er sich auch Erwin Torre. Der 1875 in Hoyerswerda geborene Hochstapler und Abenteurer war nach eigenen Angaben in der Türkei von einem Freiherrn namens Sebottendorff adoptiert worden.

² Siehe Rudolf von Sebottendorff: *Bevor Hitler kam. Urkundliches aus der Frühzeit der nationalsozialistischen Bewegung*, München 1933, S. 53 und 198.

³ Siehe Joachim Petzold: *Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur*, Berlin 1982, S. 61 ff. Siehe auch Uwe Lohalm: *Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919-1923*, Hamburg 1970, S. 30 und 61.

⁴ Anleitung für die Ausbreitung des Germanen-Ordens in Franken aus dem Jahre 1915. In: BA Koblenz, NS 26, Nr. 852.

⁵ *Münchener Beobachter*, 9.11.1918. Zit. in: R. von Sebottendorff, S. 53.

⁶ J. Petzold, S. 61. Die ThG war dennoch nicht die „mächtigste Geheimorganisation in Deutschland“, wie behauptet worden ist. Siehe James und Suzanne Pool: *Hitlers Wegbereiter zur Macht. Die geheimen deutschen und internationalen Geldquellen, die Hitlers Aufstieg zur Macht ermöglichten*, Bern-München 1979, S. 14.

Verleger zahlreiche chauvinistische und frühfaschistische Publikationen veröffentlichte⁷, der aber auch Waffen beschaffte und von den Mitgliedern der ThG illegal deponieren ließ.⁸ R. von Sebottendorff kaufte nach dem Tode des bisherigen Herausgebers Franz Eher im Sommer 1918 den „Münchener Beobachter“, wobei er ihm zeitweilig den Charakter einer Sportzeitung gab. Im vornehmen Münchener Hotel „Vier Jahreszeiten“ mietete er mehrere Räume für die ThG, die von vielen völkisch-antisemitischen Organisationen für Veranstaltungen aller Art genutzt wurden und wo es, seiner Aussage nach, lebhaft „wie in einem Taubenschlage“, zugeht und jeder, der „irgendwelche nationalen Belange vertrat, ... Unterkunft fand.“⁹

Die ThG versuchte in dieser Zeit, „die rechtsstehenden Parteien zu einer starken völkischen Einheit zusammen zu bringen und die Frontsoldaten in einer völkischen Partei zusammen zu schweißen“.¹⁰ Sie rief um die Jahreswende 1918/19 in der Nr. 15 der „Allgemeinen Ordens-Nachrichten“ zur Bildung einer Partei auf, die sowohl „deutsch-völkisch“ als auch „sozialistisch“ sein sollte. Die ThG stand über den ADV in Verbindung mit Alfred Brunner, der diesen Aufruf verfaßt hatte und später die *† DsP* schuf. Karl Harrer gründete als Mitglied der ThG im Januar 1919, nach der Entstehung der Deutschen Arbeiterpartei (*† NSDAP*), den Deutschen Arbeiterverein, in dem er den Reichsvorsitz übernahm und Anton Drexler sein Stellvertreter wurde. R. von Sebottendorff stellte auch diesem Verein alle erforderlichen Mittel zur Verfügung. Das galt ebenso für die im Mai 1919 unter seinem Einfluß entstandene und unter Leitung von Hans Georg Grassinger stehende DsP (zunächst Deutsch-Sozialistische Arbeitsgemeinschaft), der er den „Münchener Beobachter“ überließ.

Am 10. November 1918, unmittelbar nach dem Beginn der Novemberrevolution, schuf die ThG einen militärischen Kampfbund, der als terroristische konterrevolutionäre Organisation auch öffentlich in Erscheinung trat. Gegliedert war dieser Kampfbund, der in München einen nicht unbeträchtlichen Zulauf verzeichnen konnte, in zwei Abteilungen. Die erste wurde von Oberleutnant Heinz Kurz geleitet und diente unmittelbar der Werbung für die Bürgerwehren sowie der (in Bayern verbotenen) Werbung für die *† Freikorps*, aber auch der Schaffung und Bewaffnung eigener paramilitärischer Verbände. Aus den letzteren ging das *† Freikorps Oberland* hervor, das sich gemeinsam mit dem *Freikorps Epp* aktiv an der Niederschlagung der Räterepublik in Bayern beteiligte. An der Spitze der zweiten Abteilung stand Leutnant Edgar Kraus. Ihre Aufgaben waren „nachrichtendienstlicher“ Art und galten der Bespitzelung und Unterwanderung von Arbeiterorganisationen, insbesondere von KPD und USPD. R. von Sebottendorff traf später eine zweifellos überhöhte, wenn gleich nicht völlig unberechtigte Bewertung der Aktivitäten dieser Abteilung: „In je der kommunistischen Sektion saßen Leute des Kampfbundes, meist als Schreiber oder Schriftführer, die jeden Abend die Nachrichten nach der Marstallstraße brachten.“¹¹

Am 4. Dezember 1918 wollte die ThG mit ihrem Kampfbund eine Kundgebung Kurt Eisners in Bad Aibling benutzen, um diesen mit Hilfe eines militärisch ausgerüsteten Trupps sowie aufgeputschter Bauern gefangenzunehmen und abzusetzen. An seiner Stelle sollte der rechte Sozialdemokrat Erhard Auer zum bayerischen Ministerpräsidenten ausgerufen werden. Der Plan scheiterte jedoch. Der Kampfbund spielte insbesondere im April 1919 eine größere Rolle, als er sich in die konterrevolutionäre Front gegen die Räterepublik eingereiht hatte. R. von Sebottendorff stellte seine Organisation sogar der nach Bamberg geflüchteten Regierung des rechten Sozialdemokraten Johannes Hoffmann zur Verfügung. Für Kurierdienste, Waffentransporte sowie für Reisen der Spitzel und der Führungs-Mitglieder wurden Fahrausweise der Eisenbahn gefälscht. In großem Maße wurden die militärischen Absichten und Maßnahmen der bayerischen Roten Armee ausgekundschaftet.¹² Die

⁷ Siehe Julius Friedrich Lehmann: Vierzig Jahre Dienst am Deutschtum, München 1930. Siehe auch Margarete Elisabeth Roentsch: J. F. Lehmann als Zeitschriftenverleger, phil. Diss., Berlin 1940.

⁸ Siehe Kurt Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919-1924, Berlin 1982, S. 223 f.

⁹ R. von Sebottendorff, S. 62.

¹⁰ Ebenda, S. 105.

¹¹ Ebenda, S. 107.

¹² Siehe Georg Franz-Willing: Die Hitlerbewegung. Der Ursprung 1919-1922, Hamburg-Berlin (West) 1962, S. 31 ff.

dafür erforderlichen finanziellen Mittel kamen von großbürgerlichen Kräften Münchens sowie von R. von Sebottendorff, der persönlich über beträchtliche Summen aus unbekannten Quellen verfügte.¹³

Für die Nacht vom 12. zum 13. April 1919 bereitete die ThG in Abstimmung mit der Bamberger Regierung einen Putsch gegen die Scheinräterepublik vor. Sie wollte in München alle führenden Funktionäre der Arbeiterbewegung verhaften und die Stadt für den Einmarsch von 6000 „zuverlässigen Leuten“¹⁴ vorbereiten. Obwohl auch dieser Versuch am aktiven Widerstand der Münchener Arbeiter scheiterte und seine Antwort im Aufbau einer wirklichen Räterepublik fand, konnte die ThG in München ihre konterrevolutionäre Tätigkeit relativ ungehindert weiterführen. Erst am 26. April hob man die Zentrale aus, die dabei verhafteten 7 Thule-Leute wurden am 30. April 1919 als der Verschwörung überführte Diversanten und Plünderer erschossen. Die ThG profitierte von deren Kennzeichnung als unschuldige Geiseln in allen bürgerlichen Zeitungen und rühmte sich später selbst: „Thule-Leute starben als erste den Tod für das Hakenkreuz.“¹⁵

Mit der Zerschlagung der Bayerischen Räterepublik war die militärische Tätigkeit der ThG im wesentlichen beendet. Auch in politischer Hinsicht ging ihr Einfluß zurück. R. von Sebottendorff mußte München verlassen, weil ihm ein gerichtliches Verfahren wegen Hochstapelei drohte und dies den geplanten „Geiselmordprozeß“ gegen revolutionäre Arbeiter beeinträchtigt hätte. Das „Patronat“ der ThG über die Deutsche Arbeiterpartei bzw. die NSDAP und A. Drexler wurde mehr und mehr zu einer Angelegenheit des bayerischen Reichswehrgruppenkommandos.¹⁶ Von den Mitgliedern der ThG tauchten im Laufe der Zeit bei der ↑ NSDAP auf: Rudolf Heß, Hans Frank, Alfred Rosenberg, Karl Fiehler, Dietrich Eckart, Gottfried Feder, K. Harrer, H. G. Grassinger, Hermann Esser und J. F. Lehmann¹⁷ sowie Paul Tafel (↑ *Bayerischer Ordnungsblock*).

Die Geschichte der ThG liegt für die Zeit nach 1919/20 weitgehend im Dunkeln. Zweifellos wirkte sie nicht nur als „schöngestiger Zirkel“.¹⁸ Auf Veranlassung K. Fiehlers traten nach dem Hitler-Ludendorff-Putsch vom November 1923 zahlreiche MSIUP-Mitglieder der ThG bei. Am 9. September 1933 wurde, wiederum im Münchener Hotel „Vier Jahreszeiten“, das 15jährige Stiftungsfest der ThG mit deren Neugründung verbunden. Seit einer Toten-Gedächtnisfeier vom 31. Oktober 1933 sollten sich die ThG-Mitglieder an jedem Samstagabend versammeln.¹⁹ Das Verbot für die „Erinnerungen“ R. von Sebottendorffs, nachdem sie 1934 noch einmal in zweiter Auflage erschienen waren, setzte offensichtlich auch der ThG ein Ende. Ihre Mitglieder wurden vom nazifaschistischen Sicherheitsdienst unter Beobachtung gestellt.²⁰

Quellen und Literatur

Da kaum archivalische Quellen vorhanden sind – eine Ausnahme bilden die Akten-Nr. 851, 852 und 865 im Bestand NS 26 des BA Koblenz –, stützen sich die häufigen Erwähnungen der ThG in der Literatur hauptsächlich auf die Erinnerungen Rudolf von Sebottendorffs (siehe Anm. 2), wobei deren Zuverlässigkeit von Reginald H. Phelps nicht ohne Grund bestritten wird.²¹ In der marxisti-

¹³ 1939 schrieb J. Hering in seinem Manuskript „Beiträge zur Geschichte der Thule Gesellschaft“, S. 2: „Erstaunlich war es immer, wie er die Leute zusammenbekam, ebenso bekam er in jenen geldarmen Zeiten die Mittel zusammen, konnte aber mehrere Male keine Rechenschaft über Einnahmen und Ausgaben ablegen.“ In: BA Koblenz, NS 26, Nr. 865.

¹⁴ R. von Sebottendorff, S. 111. Zum Putsch siehe Hans Beyer: Die Revolution in Bayern 1918/1919, Berlin 1982, S. 96 ff.

¹⁵ R. von Sebottendorff, S. 165.

¹⁶ Siehe K. Gossweiler, S. 182.

¹⁷ Siehe Fritz Hitzer: Der Mord im Hofbräuhaus. Unbekanntes und Vergessenes aus der Bayerischen Räterepublik, Frankfurt (Main) 1981, S. 521 f.

¹⁸ G. Franz-Willing, S. 34.

¹⁹ Siehe R. von Sebottendorff, S. 198 ff.

²⁰ Siehe George C. Browder: Die Anfänge des SD. Dokumente aus der Organisationsgeschichte des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS. In: VjZ, 1979, H. 2, S. 315.

²¹ Reginald H. Phelps: „Before Hitler came“: Thule Society and Germanen Orden. In: Journal of modern History, 1963, S. 245 ff.

schen Geschichtswissenschaft haben sich Kurt Gossweiler (siehe Anm. 8) und Joachim Petzold (siehe Anm. 3) am ausführlichsten mit dem Wirken der ThG in der Zeit der Novemberrevolution 1918/19 befaßt. Der Antifaschist Friedrich Hitzer (siehe Anm. 17) stützt sich auf ein unveröffentlichtes Manuskript von Franz Schrenk.²² Eine für 1979 angekündigte Arbeit „Ideologie und Wirklichkeit der Thule-Gesellschaft“ von Hermann Gilbhard ist bisher noch nicht erschienen.²³ Siehe auch die Literaturangaben zur Frühgeschichte der ↑ NSDAP.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 4: Reichsverband der Deutschen Industrie – Zweckverband der freien Deutschumsvereine, Köln/Leipzig 1986. S. 195-198.

²² Dieses Manuskript ist offensichtlich nicht identisch mit Franz Schrenk: Die Thule-Gesellschaft – ein Zentrum der Konterrevolution. In: 60 Jahre Münchener Räte-Republik. Illustrierte Geschichte, Augenzeugenberichte, Dokumente, Nr. 1 „Münchner Rote Fahne“. Hrsg. DKP-Bezirksvorstand Südbayern 1979, S. 50 ff.

²³ Siehe jedoch Hermann Gilbhard: Die Thule-Gesellschaft – eine Wegbereiterin des Faschismus in München 1918/19. In: Staatliche Kunsthalle Berlin. Bericht 1983, Berlin (West) 1983, S. 17-28.

Unabhängige Nationalsozialistische Partei Deutschlands (UNS) 1926-1927

Die UNS stellte eine der wenigen Splittergruppen der ↑ *NSDAP* dar. Ihr erschien die Verhetzung der Massen im sozialdemagogischen, nationalistischen und putschistischen Sinne durch die faschistische Naziartei als zu gering. Sie erlangte keinen größeren Einfluß und zerfiel im Sommer 1927.

Vorsitzender

Heinz Oskar Hauenstein

Organisationsleiter

Fritz Kannenberg

Propagandaleiter

Erich Thimm

Mitglieder etwa 1500

Presse „Deutsche Freiheit“ (4 Nrn.)

Die Entstehung dieser Gruppe ist auf taktische, aber auch auf eine Reihe persönlicher Auseinandersetzungen in der *NSDAP* nach deren Neugründung zurückzuführen. Ihr Anhang rekrutierte sich vor allem aus Berliner Angehörigen der ↑ *SA*, die gegen den offiziell propagierten „Legalitätskurs“ Hitlers opponierten. Als ihr Führer galt H. O. Hauenstein, der zu Beginn der 20er Jahre aktiv in den s ↑ *Freikorps* tätig gewesen war und auch nach dem Beginn der relativen Stabilisierung des Kapitalismus die Beibehaltung der gescheiterten putschistischen Taktik des Jahres 1923 erwartete und rechtfertigte. Die Gründung der UNS erfolgte am 24. November 1926 in Berlin, nachdem er und eine Reihe anderer Faschisten aus der *NSDAP* ausgeschlossen worden waren. Gruppen aus Halle (*Nationalsozialistischer Kameradschaftsbund*) und Leipzig schlossen sich an.

H. O. Hauenstein vertrat ein offen terroristisch-faschistisches Programm, dem eigene Erfahrungen als Leiter der *Sturm-Abteilung Heinz* im Baltikum und als Verantwortlicher für die Feme in Oberschlesien zugrunde lagen. Zur Gewinnung einer Massenbasis für die Vorbereitung eines neuen Putsches gegen die Weimarer Republik sollten die „von den Unterführern Hitlers vernachlässigten wirtschaftlichen Fragen der Hitlerschen 25 Thesen“¹ stärker propagiert werden. Die „Unabhängigen“ orientierten sich in erster Linie auf die Arbeitslosen, die sie rasch radikalisieren zu können glaubten. Die Bildung eines eigenen *Zentralverbandes der Erwerbslosen* diente diesem Ziel. Gleichzeitig wandte sich die UNS Anfang 1927 mit einem Aufruf an die „Kameraden des Rotfrontkämpferbundes“, in dem versucht wurde, ein angeblich gemeinsames Ziel herauszustellen und die Mitglieder der *KPD* zu irritieren bzw. in antisemitischem Sinne zu beeinflussen: „Wenn Du also gegen das Finanz- und Leihkapital kämpfen willst, dann vernichte mit uns seinen Träger, das Judentum!“²

Die taktischen Auseinandersetzungen unter den Faschisten verschmolzen mit persönlichen Streitereien, die sogar in Tötlichkeiten zwischen H. O. Hauenstein und Otto Strasser ausarteten. Dementsprechend wandten sich die „Unabhängigen“ gegen die „unwahren Führer“³ in der *NSDAP*, aber auch gegen Hitler: „Bangend und zweifelnd fragt sich heute so mancher deutsche Parteigenosse: Was ist mit Hitler? Er ist nicht mehr der alte von 23 ... Seine Person tritt mehr und mehr in den Hintergrund. Mehrere Männer tauchen neben ihm auf, andere Männer und ein anderer Geist ... Mit neuen Männern kam die neue Parole: Heran an den Staat! Hinein in die Parlamente! Der Kampf um die Futterkrippe, um die Aussichten auf Pöstchen und Pensionen begann. Die Gaue zerfleischten sich im Kampf um die Führung. Die Führer intrigierten untereinander und verleumdeten sich gegenseitig zur Freude der Judenpresse.“⁴

¹ ZStA Potsdam, RKO, Nr. 316, Bl. 5. Siehe auch Otto-Ernst Schüddekopf: Linke Leute von rechts. Die national-revolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960, S. 210.

² Deutsche Freiheit, 10.1.1927.

³ Ebenda, 7.12.1926.

⁴ ZStA Potsdam, RKO, Nr. 316, Bl. 11.

Die UNS deckte einige Interna der faschistischen Bewegung auf und brachte sie an die Öffentlichkeit⁵, aber zur Durchsetzung ihrer Taktik eines erneuten Putsches gab es in den Jahren der relativ en Stabilisierung des Kapitalismus keine Chance. Die Mitglieder gingen wieder zur *NSDAP*, auch H. O. Hauenstein, der 1930-1933 den *Schlageter-Bund Deutscher Freiheitskämpfer* und 1933 den *Ruhrkämpfer-Bund. Bund der aktiven Ruhrkämpfer 1923* leitete sowie deren Zeitungen⁶ herausgab. Nach der sog. Röhm-Affäre wurde er als „Saboteur“ der ↑ *DAF* bezeichnet.⁷

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 4: Reichsverband der Deutschen Industrie – Zweckverband der freien Deutschumsvereine, Köln/Leipzig 1986. S. 201-202.

⁵ Siehe Otto May: Adolf Hitler und seine Canaille, 1. Teil, Berlin 1928 und Martin Broszat: Die Anfänge der Berliner NSDAP. In: VjZ, 1960, H.I., S. 85 ff.

⁶ „OS-Korrespondenz. Nachrichtenblatt aus den deutschen Grenzgebieten im bedrohten Osten“, „Der Reiter gen Osten. Bundesblatt der Kameraden Schlageters. Kampfblatt der Baltikumer, Freikorps-, Selbstschutz- und Ruhrkämpfer. Nachrichtenblatt aus den Grenzgebieten im bedrohten Osten“. Außerdem gab er 1933/34 „Die Lagerfahne“ im Auftrag der Gesellschaft für Arbeitspädagogik heraus.

⁷ Zit. in: Hans-Gerd Schumann: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover- Frankfurt (Main) 1958, S. 104 f.

Volksbund „Rettet die Ehre“ (VRE) (gegr. 1919)

Der VRE war neben dem ↑ Arbeitsausschuß Deutscher Verbände (AADV) eine der größten und propagandistisch aktivsten Organisationen, die sich dem chauvinistisch-revanchistischen Kampf gegen den Versailler Friedensvertrag, insbesondere gegen dessen Kriegsschuld-Artikel und Auslieferungsbestimmungen, widmeten.

Vorsitzender

Otto Hartwich

Presse

„RDE. Korrespondenz des Volksbundes ‚Rettet die Ehre‘“

Im Dezember 1919 gründete der Bremer Domprediger O. Hartwich mit dem VRE eine Organisation, die ihre gesamte propagandistische und auslandspolitische Tätigkeit unter das Motto stellte: „Ehre verloren, alles verloren! Rettet die Ehre!“ Der VRE richtete sich vor allem gegen die Strafbestimmungen (Artikel 227 bis 230) des Versailler Friedensvertrages, in denen die Auslieferung deutscher Kriegsverbrecher und deren Aburteilung durch alliierte Gerichte gefordert worden war. Außerdem griff er vehement den Artikel 231 an, der mit seiner Fixierung einer alleinigen deutschen Kriegsschuld die Grundlage aller Reparationsforderungen der Siegermächte darstellte.

In Bremen richtete der VRE unmittelbar nach seiner Entstehung ein „Deutsches Ehrenkonto“ ein, auf das bis Februar 1920 ca. 40.000 M Spenden eingingen. Binnen kurzer Zeit verfügte der VRE über organisatorische Stützpunkte in 486 Städten und 375 ländlichen Kreisen. Die Zahl seiner Mitglieder bezifferte er selbst auf Hunderttausende. Darunter sollen sich Angehörige „aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten“ befunden haben.¹ Offensichtlich war der VRE reichlich mit finanziellen Mitteln ausgestattet. Seine „Korrespondenz“ ging zweimal in der Woche den meisten Zeitungen in Deutschland zu. Die von ihm veröffentlichten Broschüren erschienen in hohen Auflagen sowie in 8 Sprachen. Sie wurden in der Regel kostenlos verteilt und in jeweils über 1 Mill. Exemplaren ins Ausland geschickt, wo Vertrauensmänner gewonnen worden waren.

Der VRE betrachtete es zunächst als seine wichtigste Aufgabe, die Auslieferungsartikel des Versailler Vertrages zu bekämpfen. Er verbreitete einen von Peter Denk verfaßten „Aufruf an alle echten Deutschen“ vom Januar 1920, der sich gegen die „Aburteilung deutscher Fürsten, Beamten, Offiziere und Mannschaften vor Gerichten der Feinde“ wandte und dies als einen beabsichtigten „Justizmord an Deutschlands Ehre“ bezeichnete. Eine in gleichem Sinne abgefaßte Eingabe wurde vom VRE an „alle Regierungen der Kulturstaaten der Welt“ übermittelt. An den Reichspräsidenten Friedrich Ebert erging die Aufforderung, ein Gericht abhalten zu lassen, das die Kriegsverbrechen der Entente untersucht und verurteilt.² Als erste der zahlreichen deutschen Anti-Versailles-Organisationen verlangte der VRE von der deutschen Regierung eine „Gegenliste“, die diese über das Auswärtige Amt am 29. Februar 1920 auch zusagte, aber nicht zu veröffentlichen wagte. Das Buch des Majors Otto von Stülpnagel „Die Wahrheit über die deutschen Kriegsverbrechen“, das einen großen Teil dieser Gegenliste enthielt, wurde vom VRE verbreitet.³ Obwohl P. Denk die damals geläufige Parole „Deutsche gehören vor deutsche Gerichte“ nicht aufgegriffen hatte, sah sich der VRE veranlaßt, das im Juli 1920 erreichte und dieser Forderung entsprechende Zugeständnis der Entente nicht nur als einen großen Sieg, sondern auch als Ergebnis der eigenen Anstrengungen zu feiern.⁴

¹ Dritter Arbeitsbericht für die Freunde und Förderer des Bundes vom April 1921, S. 1. In: BA Koblenz, R 57-1019/53.

² Peter Denk: Ehre verloren, alles verloren! Ein Aufruf an alle echten Deutschen im Januar 1920. Dem Volksbunde „Rettet die Ehre“ gewidmet, Bremen 1920, S. 1 und 14.

³ Der VRE besorgte auch eine Volksausgabe dieses Buches, das nur 3 statt der ursprünglichen 27 M kostete.

⁴ Siehe Dritter Arbeitsbericht, S. 1.

Als die französische Regierung Sanktionsmaßnahmen zur Unterstützung ihrer Reparationsforderungen mit Hilfe von Truppen einleitete, in die auch Farbige aus den Kolonien integriert waren, begann der VRE eine Kampagne zur Beseitigung der „Schwarzen Schmach“.⁵ Er organisierte zahlreiche Protestkundgebungen und wurde im Namen von 67 deutschen, österreichischen und niederländischen Frauenverbänden beim Völkerbund vorstellig. Die Eingabe „zwecks Zurücknahme der französischen Kolonialtruppen aus dem besetzten Rheinland“ vom November 1920 verbreitete er auch in den USA und in Argentinien.⁶ Der VRE führte es auf seine Tätigkeit zurück, daß Frankreich gezwungen werden konnte, die farbigen Soldaten zurückzuziehen und 1926 offiziell zu erklären, es gäbe nur noch „zwei Neger“ in den besetzten Teilen Deutschlands sowie einige wenige Marokkaner, Algerier und Araber, die beim „Train und in der Kraftfahrtruppe“ stünden.⁷

In enger Verknüpfung mit dieser jahrelangen Kampagne stand der Kampf gegen die sog. Kolonialschuld. In mehreren Broschüren suchte der VRE die Ungerechtigkeit der entsprechenden Artikel des Versailler Vertrages nachzuweisen. Um die „Kolonisationsfähigkeit“ des Deutschen Reiches demonstrieren zu können, unterstützte er die Bemühungen um die Tilgung einer deutschen „Ehrenschild“, d. h. um die Auszahlung des rückständigen Kriegssoldes an ehemalige Truppen des Generals Paul von Lettow-Vorbeck.⁸

Nicht zuletzt befaßte sich der VRE in den ersten Jahren seiner Existenz mit einer Reihe einzelner Fälle, so z. B. – in Zusammenarbeit mit dem *Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen* – mit der Organisation von Aktionen für die Freilassung des U-Boot-Kommandanten Wendlandt aus Bremen und anderer See-Offiziere, die von den Siegermächten wegen „Kriegsverbrechen“ angeklagt worden waren, sowie mit den als skandalös bezeichneten Verhältnissen in den französischen Kriegsgefangenenlagern Avignon und Cuers.⁹ Der VRE betrachtete die Propaganda gegen solche „Kriegsgreuel“ als einen wesentlichen Bestandteil seines Kampfes, dennoch gab er – wegen des erforderlichen großen Aufwandes – das „Eintreten für einzelne Landsleute“ bald auf.

Im Vorfeld der Londoner Konferenz der Siegermächte begann der VRE am 13. Februar 1921 mit einer generellen und umfassenden Kampagne gegen die „Kriegsschuld“ der Alliierten. Eine Rede von O. Hartwich wurde im März 1921 in 160.000 Exemplaren verbreitet. In ihr bezeichnete er die Frage nach der Kriegsschuld als „eine vaterländische Frage erster Ordnung“, von der die „Revision des Friedensvertrages“ und die „ganze deutsche Zukunft“ abhängen würden.¹⁰ Mit einer willkürlichen Auswahl von Zitaten aus Publikationen englischer, französischer, österreichischer und deutscher Politiker sollte nicht nur die Kriegsschuld der deutschen Regierung ad absurdum geführt, sondern auch die These David Lloyd Georges widerlegt werden, derzufolge die Völker in den Krieg hineingeglitten und hineingestolpert wären. Nach Auffassung O. Hartwichs sollte von einer eindeutigen Kriegsschuld Englands gesprochen werden, weil es „mit voller und klarer Berechnung“ die Lunte ins Pulverfaß geworfen habe, „um konkurrenzlos den Weltmarkt zu behalten!“¹¹ In diesem Sinne folgten kurze Zeit später Broschüren unter dem Titel „Die Kriegsschuld Englands“ und „Frankreichs Kriegsschuld“, in denen vor allem die amtlichen Dokumentenpublikationen des Deutschen Reiches massenpropagandistisch ausgewertet wurden.

Die gleichen Positionen vertrat der VRE im Kampf der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des deutschen Imperialismus gegen das Dawes-Abkommen und gegen den Young-Plan. Nach wie vor betrieb er „eine planmäßige Kleinarbeit im Auslande über die Kriegsschuld“, wobei er das elitäre Konzept verfolgte, „den moralischen Widerstand der alliierten Volksmassen zu brechen und

⁵ Siehe E. D. Morel: *Der Schrecken am Rhein*, o. O., o. J.

⁶ Dritter Arbeitsbericht, S. 2.

⁷ Achter Arbeitsbericht für die Freunde und Gönner des Bundes vom Mai 1927, S. 2. In: BA Koblenz, ZSg 1-E/90.

⁸ Ebenda.

⁹ Die Ausgabe der VRE-„Korrespondenz“ vom 5. September 1921 erschien unter den Schlagworten „Heraus mit den letzten Avignon-Gefangenen!“ und „Unsere Avignon-Gefangenen keine gemeinen Verbrecher“.

¹⁰ O. Hartwich: *Die große Lüge*. Beitrag zur Kriegsschuld-Frage, Bremen 1921, S. 3.

¹¹ Ebenda, S. 24.

den politischen Führern der Alliierten den Boden zum Abbau des Dawes-Abkommens in ihren eigenen Völkern ebnen zu helfen“.¹²

Dennoch verlor der VRE in der zweiten Hälfte der 20er Jahre an Bedeutung und Einfluß. Obwohl er sich selbst als eine neben dem AADV stehende Organisation betrachtete und 1931 erneut eine Dokumentation veröffentlichte, ging er faktisch in diesem Dachverband auf. Über die Beendigung seiner Tätigkeit konnte nichts ermittelt werden.

Quellen und Literatur

Archivalien (siehe Anm. 1 und 7) existieren nur in geringem Umfang. In der Literatur wird der VRE kaum behandelt (↑ AADV).

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 4: Reichsverband der Deutschen Industrie – Zweckverband der freien Deutschtumsvereine, Köln/Leipzig 1986. S. 420-422.

¹² Begleitbrief zum Achten Arbeitsbericht.

Wirtschaftspolitische Gesellschaft (WPG) 1922-1945

Die WPG war eine kleine, aber wirkungsvoll arbeitende Propagandaorganisation großindustrieller Kreise, die sich eine persönliche Beeinflussung führender Kräfte der herrschenden Klasse vor allem in England, aber auch in Frankreich und in den USA zum Ziel gesetzt hatte. Sie betrieb in der Zeit der Weimarer Republik eine intensive Auslandspropaganda gegen den Versailler Vertrag. Nach 1933 trug sie, dem Auswärtigen Amt als selbständige Einrichtung angegliedert, zu außenpolitischen Rechtfertigungsaktionen der faschistischen Diktatur bei.

Geschäftsführer

Margarete Gärtner (1922-1945)

Vorsitzende

Bruno Bruhn (1922-1927); Kurt Sorge (1927-1928); Edmund Pietrkowski (1929 bis 1933); Otto Christian Fischer (1933 bis 1945)

Die WPG knüpfte an die Erfahrungen an, die während des ersten Weltkrieges auf dem Gebiet der Auslandspropaganda von der Zentralstelle für Auslandsdienst (ZfA) innerhalb des Auswärtigen Amtes gesammelt worden waren. Die ZfA hatte in den Jahren 1914-1918 fast 600 Schriften verbreitet, die zum größten Teil in mehreren Sprachen erschienen. Eine ihrer aktivsten Mitarbeiterinnen war M. Gärtner, die nach der faktischen Auflösung der ZfA zeitweise in der neuen Reichszentrale für Heimatdienst tätig war und propagandistische Aktionen gegen die französische Besatzungsmacht in einigen westdeutschen Gebieten durchführte. An sie wandte sich im Sommer 1921 der kaufmännische Direktor des Krupp-Konzerns, B. Bruhn, mit der Aufforderung, in England propagandistische Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Geschäftsbeziehungen zwischen der Friedrich Krupp AG und den Vickers-Armstrong-Werken zu schaffen. Die Gründung der WPG erfolgte im Februar 1922 durch B. Bruhn und Craß (beide als Vertreter des Krupp-Konzerns), Albert Janus (Generaldirektor des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats), Paul Reusch (Generaldirektor der Gutehoffnungs-Hütte), Hermann Röchling (Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke G. m. b. H.), Ottmar Strauss (Mitinhaber der Firma Otto Wolff & Co. in Köln) und Paul Kempner (Mitinhaber des Bankhauses Mendelssohn & Co. in Berlin).¹ Später kamen zu diesem Kreis großindustrieller Auftraggeber, Finanziers und Förderer u. a. hinzu: Fritz Thyssen (Aufsichtsratsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke AG), Ludwig Kastl (Präsidiumsmitglied des ↑ *RDI*), Wilhelm Cuno (HAPAG), K. Sorge (1919/24 Vorsitzender des *RDI*), E. Pietrkowski (Geschäftsführender Vorsitzender des *Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands*²), O. Ch. Fischer (Vorstandsmitglied der Reichs-Kreditgesellschaft und seit 1935 Leiter der faschistischen *Reichsgruppe Banken*).

In den Statuten der WPG wurde es als deren Aufgabe bezeichnet, „das Ausland über alle Folgen des Versailler Vertrages für Deutschland aufzuklären und ein besseres Verhältnis besonders mit den angelsächsischen Ländern herbeizuführen“.³ M. Gärtner betonte, das Neue an der Tätigkeit der WPG bestehe darin, daß sie nicht mit den üblichen Propagandamitteln arbeiten würde, sondern ihre Ziele „durch Arbeit des unterrichteten Ausländers im Ausland selbst erreichen will“. Daher habe sie den „Versuch gemacht, zu führenden Ausländern ein persönliches Verhältnis zu gewinnen, damit diese in ihrem eigenen Kreise wirken können“.⁴ Sie lehnte die Methode der massenhaften Versendung von Flugblättern und sonstigen Materialien ab, wie sie der ↑ *Arbeitsausschuß Deutscher Verbände* (AADV) und auch der *Deutsche Fichte-Bund* betrieben.

¹ Siehe Margarete Gärtner: Botschafterin des guten Willens. Außenpolitische Arbeit 1914-1950, Bonn 1955, S. 69 ff. und 83.

² E. Pietrkowski trat 1933 von der Leitung der WPG zurück, weil er als Jude deren Existenz nicht gefährden wollte. Siehe ebenda, S. 242.

³ Ebenda, S. 84.

⁴ Kurzer Abriß über Organisation und Arbeit der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e. V., S. 1. In: Geheimes Staatsarchiv Berlin (West), NL Margarete Gärtner, Nr. 1.

Entsprechend dieser Zielstellung warb die WPG im Ausland für Besuchsreisen nach Deutschland, organisierte sie „sachkundige“ Betreuung der Reisen den sowie vertrauliche Gesprächsrunden mit Industriellen, Regierungsvertretern und Parteipolitikern. Fast immer sah das Reiseprogramm einen Besuch in Schlesien, Danzig oder Ostpreußen vor, um auf diese Weise die angebliche Notwendigkeit einer Revision vor allem der deutschen Ostgrenzen nachzuweisen. Am Ende der 20er Jahre verfügte die WPG über ca. 1000 Adressen von Ausländern. Zu diesen waren persönliche Beziehungen hergestellt worden, die sich als stabil erwiesen hatten.⁵ Diese erhielten ständig publizistische Materialien, Statistiken und Manuskripte zugeschickt. Sorgfältig beobachtete die WPG, welche Ergebnisse damit erzielt wurden. Uneffektive Beziehungen wurden konsequent abgebrochen.

Als eines der wichtigsten Tätigkeitsgebiete der WPG kristallisierte sich die Ausarbeitung von Publikationen aller Art und deren gezielte Verbreitung über vertrauenswürdige Mittelsmänner in England und in anderen westlichen Ländern heraus. Einer der Vertrauensmänner in England war der Journalist Victor Blackwell, der bereits 1921 Artikelserien in mehreren englischen Zeitungen zugunsten der Revisionsforderungen des imperialistischen Deutschlands veröffentlicht hatte. In den Jahren 1927 bis 1929 wurden von der WPG monatlich etwa 110 Artikel nach London übermittelt, wo sie als Publikationen englischer Autoren erschienen. An den Büchern von Sir Robert Donald („The Polish Corridor and the Consequences“), Graham Seton Hutchison („Silesia Revisited 1929“), William Harbutt Dawson („Germany under the Treaty“), Sir Raymond Beazly („The Road to Ruin“) und F. Bomert („Europe's Only Hope“) hatte die WPG durch Sammlung von Material, Beschaffung von Illustrationen und Korrekturlesen mitgewirkt. Außerdem waren „mit allen örtlichen Stellen und dem Auswärtigen Amt alle Angaben und ihre durch den Zeitablauf bedingten Änderungen nachgeprüft“⁶ worden. Solchen Zwecken dienten auch regelmäßige Reisen von M. Gärtner und anderen Mitarbeitern der WPG nach England und Frankreich.

Finanziert wurde die WPG hauptsächlich von ihren großindustriellen Mitgliedern. 1926 erhielt sie z. B. von der Rohstahlgemeinschaft 85.000 RM für die Pressearbeit in England sowie 15.000 RM für die Pressearbeit in Frankreich. Den Fonds verwaltete ein Kuratorium, dem u. a. auch F. Thyssen und L. Kastl angehörten. Das Auswärtige Amt, zu dem die WPG stets sehr enge Beziehungen unterhielt, stellte 50.000 RM zur Verfügung, die Pressestelle der Reichsregierung 1500 RM⁷. Außerdem stand die WPG in einem kartellähnlichen Verhältnis zum ↑ AADV, zum ↑ *Deutschen Schutzbund*, zum ↑ *Bund der Auslandsdeutschen*, zum *Frauenausschuß gegen die Schuldflüge* sowie zum ↑ *Volksbund „Rettet die Ehre“*. M. Gärtner gehörte dem ↑ *Bund der Saarvereine* an und war auch Mitglied des Arbeitsausschusses der *Vereinigung aller Völker. Berliner Gruppe*, die unter Leitung von Hugo Eckener stand und Mitglied der 1930 in England gegründeten *All People's Association (APA)* war.⁸

In der Zeit der Weltwirtschaftskrise ging die Bedeutung der WPG etwas zurück, obwohl deren anti-sowjetische Grundorientierung immer stärker hervortrat und es in ihrer Betriebsamkeit kein Nachlassen gab. Der Rückgang ihrer Wirksamkeit war ein Ergebnis der ökonomischen Krise, aber auch der verbesserten politischen Beziehungen zwischen dem deutschen und englischen Imperialismus. Weitere Organisationen waren entstanden, so die *Deutsch-Englische Gesellschaft*, die neben der APA auf dem gleichen Gebiet wie die WPG wirkte. Nach dem Vorbild der WPG gründeten Verfechter von guten Beziehungen zu Frankreich und zu den USA das *Deutsch-Französische Studienkomitee* bzw. die *Vereinigung Carl Schurz*. Die WPG führte ihre Arbeit zwar intensiv und mit großem Aufwand weiter, hatte aber häufig über Geldsorgen zu klagen. 1929 wurde der eigenständige Pressedienst nach England eingestellt. Zu Beginn der 30er Jahre widmete sich die WPG immer stärker den sog. Ostfragen, wobei die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen so eng wurde, daß

⁵ Siehe Geschäftsbericht für die Jahre 1927-1929, S. 22. In: Ebenda.

⁶ Ebenda, S. 17. In ihren Erinnerungen schrieb M. Gärtner, daß das Buch von G. S. Hutchison bei einer Reise in Deutschland entstand und vom Vf. nach dessen Rückkehr nur noch der „Umbruch zu überwachen“ gewesen wäre. M. Gärtner, S. 94.

⁷ Siehe Kurzer Abriß über Organisation und Arbeit, S. 4 ff.

⁸ Die APA wurde 1934 in Deutschland verboten.

„die nichtamtliche Auslandsaufklärung in den Ostfragen bei der W. P. G. im Wesentlichen vereinigt“ werden konnte.⁹

Unberührt von der Errichtung der faschistischen Diktatur, setzte die WPG ihre Tätigkeit auch nach dem 30. Januar 1933 kontinuierlich fort. Sie stellte nun „die Wiedererweckung des Verständnisses ... für die (terroristischen!, M. W.) Vorgänge in Deutschland“ als eine Aufgabe dar, der ein gleicher Rang zukomme wie der „Gewinnung neuer Beziehungen“, die auch nach 1933 immer noch in reichem Maße angeknüpft werden konnten.¹⁰ 1934 und Anfang 1935 beteiligte sich M. Gärtner aktiv an der Vorbereitung der Volksabstimmung im Saargebiet. 1936/37 unternahm sie eine Studienreise in die USA, die gemeinsam mit dem ↑ *Bund Deutscher Osten* vorbereitet wurde. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes reiste M. Gärtner von Januar bis September 1940 ein weiteres Mal in die USA. Sie hielt zahlreiche Vorträge und führte politische Gespräche, deren Zweck darin bestand, in den USA Stimmungen gegen eine Unterstützung der westlichen Alliierten und der antifaschistischen Kräfte zu stimulieren und zu stärken. Ähnliche Aufgaben verfolgte M. Gärtner mit ihren Reisen nach Schweden und in die Schweiz, die sie 1941 bzw. 1943 unternahm.

Während des zweiten Weltkrieges kam die Tätigkeit der WPG faktisch zum Erliegen, obwohl keine offizielle Auflösung erfolgte und sie weiterhin ihren Etat vom Auswärtigen Amt erhielt. Die WPG wurde zu einem Teil der Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes, in deren Auftrag sie regelmäßig die „Common Sense“ – eine Übersicht über die Nachrichten der Auslandspresse – sowie antisowjetische Broschüren (z. B. über den sog. Fall Katyn) herausgab. M. Gärtner wurde trotz ihrer engen Beziehungen zu Adam von Trott zu Solz, der ebenfalls in der Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes arbeitete, nach dem 20. Juli 1944 nicht verfolgt. Mit dem Ende der faschistischen Diktatur in Deutschland zerfiel die WPG endgültig.¹¹

Quellen und Literatur

Aufschlußreiches Material enthalten der NL (siehe Anm. 4) und die stark antisowjetisch gefärbten Erinnerungen (siehe Anm. 1) von Margarete Gärtner. Sie gestatten einen fast vollständigen Einblick in die Tätigkeit der WPG, deren Geschichte in der Literatur bisher noch nicht ausführlich behandelt worden ist.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 4: Reichsverband der Deutschen Industrie – Zweckverband der freien Deutschumsvereine, Köln/Leipzig 1986. S. 493-495.

⁹ Geschäftsbericht Januar 1931-15.3.1933, S. 4. In: Geheimes Staatsarchiv Berlin (West), NL M. Gärtner, Nr. 1.

¹⁰ Geschäftsbericht, 1.4.1935-31.3.1936, S. 1. In: Ebenda.

¹¹ M. Gärtner versuchte, nach 1945 ihre Tätigkeit fortzusetzen, u. a. auch in der Sowjetischen Besatzungszone als Referentin bei Jakob Kaiser. Die neue Wirtschaftspolitische Gesellschaft, von 1947, die von William Borm, Ludwig Erhard, Theodor Heuss, Otto Klepper und Robert Pferdmenges gegründet wurde, hatte nichts mit der WPG und mit den Aktivitäten von M. Gärtner zu tun.

Zweckverband der freien Deutschtumsvereine (ZfD) 1922-1932/33

Mit dem ZfD schuf sich der Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) in Verbindung mit dem Reichsaußenministerium eine durch ihn geführte Arbeitsgemeinschaft von mehr als 90% aller am sog. Auslandsdeutschtum interessierten Verbände. Er koordinierte deren Tätigkeit und versuchte, die zwischen ihnen bestehenden und z. T. erheblichen Diskrepanzen zu beseitigen. In der Öffentlichkeit trat er nicht auf, war aber dennoch eine wichtige Schaltstelle in den auslandspolitischen Aktivitäten des deutschen Imperialismus. In den Jahren der Weltwirtschaftskrise besaß er bereits keine Bedeutung mehr.

Angeschlossene Organisationen

↑ *Bund der Auslandsdeutschen* (BdA), ↑ *Deutsche Kolonialgesellschaft* (DKG), ↑ *Deutscher Schutzbund* (DtSB), *Reichsverband für die katholischen Auslandsdeutschen* (RkA), *Vereinigung Deutsch-Evangelisch im Ausland* (VDEA), *Vereinigung für deutsche Siedlung und Wanderung* (VfSW), Deutsches Auslands-Institut Stuttgart (DAI)

Im ersten Weltkrieg, vor allem aber nach der militärischen Niederlage des deutschen Imperialismus gewannen alle Probleme, die mit dem sog. Auslandsdeutschtum und mit der Schaffung einer deutschen Irredenta zusammenhingen, strategische Bedeutung für die um eine Beseitigung des Versailler Friedensvertrages ringende deutsche Monopolbourgeoisie. Im Sinne ihrer Revisions- und Revanchepolitik sollte das „reichsdeutsche Staatsbewußtsein“ durch ein „gesamtdeutsches Volksbewußtsein“ ergänzt und der Nationsbegriff im weitesten Sinne aufgefaßt werden. An die Stelle der These von der „Staatsnation“ trat die von der „Kulturnation“. Franz von Reichenau, Vorsitzender des VDA, beklagte das angebliche Verharren „im Staatsbegriffe“, demgegenüber der „Gedanke an die Volkheit ... zum wesenlosen Schemen“ verblaßt sei.¹ Rettung aus der Not und eine neue deutsche Weltgeltung könnten nur von einem gesunden und einigen deutschen Volk, zu dem die 60 Mill. im Reich ebenso wie die 35 bis 40 Mill. im Ausland lebenden Menschen deutscher Nationalität gehören würden, nicht jedoch von dem durch „Siechtum und Parteisucht“ geschwächten Staat ausgehen. Daher forderte er: „Es genügt nicht, daß wir ein Volk sind, notwendig ist, daß wir das Bewußtsein und den Willen haben, ein Volk zu sein ... Endlich muß das Wort von der Zusammengehörigkeit der Deutschen in der Welt aufhören, eine leere Phrase zu sein und zur lebendigen Wirklichkeit werden.“²

Auf dieser Grundlage entstanden 1918/19 zahlreiche neue Organisationen. Es wuchs die Tendenz zur Zersplitterung der auslandspolitischen Tätigkeit. Große Bedeutung erlangte das bereits 1917 gegründete DAI, das allein ein Register von 32.952 auslandsdeutschen Vereinen führte.³ Als einer der ersten forderte Prof. Ludwig Bergsträsser die Schaffung einer koordinierenden „Reichsstelle für Auslandsdeutschtum“.⁴ Das Reichsinnenministerium machte am 27. Mai 1920 sogar die geplante Zahlung von 15 Mill. M vom Zusammenschluß „zu einem Verbands unter einer einheitlichen Leitung“ abhängig.⁵ Solange jedoch die Reichsregierung von der SPD geführt bzw. mitgetragen wurde, wollte sich die VDA-Führung dazu nicht positiv äußern.⁶ Nach dem 1919 – mit Hilfe des VDA – eine erste Zusammenfassung der auslandsdeutschen Vereine für die sog. Grenzgebiete (d. h. für die durch den Versailler Vertrag vom Reich abgetrennten Gebiete) im Rahmen des ↑ *DtSB* erreicht worden war und sich der VDA Ende 1920 mit dem *Deutschen Schulverein in Wien* vereinigt hatte, entstand am 23. März 1922 im Ergebnis eines „Vertrages“⁷ zwischen den beteiligten Organisatio-

¹ Volk und Heimat, Zeitschrift des Vereins für das Deutschtum im Ausland. Nachrichtenblatt des Deutschen Schutzbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen, 1920, Nr. 1 vom 1.1.1920, S. 2.

² Ebenda.

³ Siehe Erwin Barta/Karl Bell: Geschichte der Schutzarbeit am deutschen Volkstum, Dresden 1930, S. 233.

⁴ Volk und Heimat, 1920, Nr. 2 vom 15.1.1920, S. 28.

⁵ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 18 466, Bl. 61.

⁶ Siehe Volk und Heimat, 1920, Nr. 2 vom 15.1.1920, S. 28.

⁷ Text in: BA Koblenz, DAI, Nr. 1 050/8. Dieser Vertrag entsprach im wesentlichen dem Organisationsplan des Reichsaußenministeriums für die „Zusammenfassung der Deutschtumspolitik“, der am 14. Februar 1922 beraten worden war. Siehe Norbert Krekler: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheiten in Polen, Stuttgart 1973, S. 34 ff.

nen der ZfD. Dieser sollte von vorn herein als „Arbeitsgemeinschaft“ die bestehenden Vereine stärker als „integriertes Moment der amtlichen deutschen Außenpolitik“⁸ zur Geltung bringen. Der ZfD stärkte als ein Instrument des Reichsaußenministeriums die Positionen rechtsgerichteter, konservativer und nationalliberaler Kreise in der sog. Deutschtumsarbeit. Demgegenüber bemühte sich das Reichsinnenministerium, das zeitweilig sogar die Auflösung des ZfD forderte⁹, auch jene Verbände, die der bürgerlich-parlamentarischen Verfassung der Weimarer Republik aufgeschlossen gegenüberstanden, in eine solche Dachorganisation einzubeziehen. Die Idee, den ZfD als „Parlament des Deutschtums“ aufzubauen, wurde bald wieder fallengelassen. Der deutsche Imperialismus strebte nach einer Organisation aller Auslandsdeutschen und an der auslandsdeutschen Arbeit Interessierten, die für ihn nur dann als effektiv galt, wenn sie innerhalb des Deutschen Reiches eine straffe einheitliche Lenkung erlaubte und von außen nicht angegriffen werden konnte.

Als sein unmittelbares Ziel formulierte der ZfD, die Arbeit der Vereine vor allem in den geplanten monatlichen Sitzungen des Reichsausschusses „aufeinander abzustimmen und in die gesamte freie Deutschtumsarbeit Planmäßigkeit zu bringen“.¹⁰ Insbesondere wurde eine klare Abgrenzung der Arbeitsgebiete angestrebt. Entsprechend den getroffenen Vereinbarungen hatte sich der ↑ VDA nur noch auf die „Betreuung der Grenz- und Auslandsdeutschen auf kulturellem Gebiet“ zu konzentrieren, um damit ihrer irredentistischen Tätigkeit den Anschein des Unpolitischen geben zu können, während sich der BdA der Entschädigungsfrage sowie dem „Wiederaufbau ... des Auslands-Reichs-Deutschtums“ widmen sollte.¹¹ Der ↑ DKG kam die Aufgabe zu, die „in den ehemaligen deutschen Kolonien und den ihnen benachbarten fremden Kolonien“ lebenden deutschen Bürger zu erfassen, den beiden konfessionellen Organisationen die kirchlich-religiöse Betreuung aller „Grenz-, Kolonial- und Auslandsdeutschen“.¹² Mit Hilfe der VfSW wurde die „Betreuung bzw. Gründung geschlossener auslandsdeutscher Siedlungen“ angestrebt. Als Aufgabe des DtSB galt: „Betreuung und Verbindung der bedrohten Grenz- und Auslandsdeutschen auf dem Gebiete des Minderheitenschutzes und der Selbstbestimmung. Verbindung der mit wissenschaftlicher, literarischer und sonstiger Publizistik.“¹³

Diesen Zentralisationsbestrebungen des VDA als dem geschäftsführenden Verein des ZfD wirkte das DAI zunächst entgegen. Es nahm auch gegen den Plan Stellung, den ZfD als zentrale Organisation zur Veranstaltung von Sammlungen zu entwickeln und kritisierte dies als ein ungerechtfertigtes und uneffektives Sammlungsmonopol.¹⁴ Das DAI trat zwar nach einer Beratung im Reichsaußenministerium (5. Mai 1923) und auf dessen Druck¹⁵ bei (was u. a. mit der Umbenennung des ZfD in Verband der freien Deutschtumsvereine verbunden war), drohte jedoch wiederholt mit dem Austritt. Dies erfolgte z. B. auf der Sitzung des ZfD vom 3. Mai 1927, die hauptsächlich die Denkschrift „Deutsch oder reichsdeutsch?“ behandelte, als sein Vortragsmonopol im Radiosender „Deutsche Welle“ zugunsten des BdA angetastet werden sollte.¹⁶ Auf seinen Einfluß war offensichtlich auch zurückzuführen, daß der ZfD kaum mit der 1920 gegründeten und von Rudolf Pechel geleiteten *Arbeitsgemeinschaft deutscher Zeitschriften für die Interessen des Grenz- und Auslandsdeutschtums* Zusammenarbeiten konnte.¹⁷ Dagegen besaß er gute Beziehungen zur *Deutschen Kunstgesellschaft*,

⁸ Karl-Heinz Grundmann: Deutschtumspolitik zur Zeit der Weimarer Republik. Eine Studie am Beispiel der deutsch-baltischen Minderheit in Estland und Lettland (Beiträge zur baltischen Geschichte, Bd. 7), Hannover-Döhren 1977, S. 7.

⁹ Siehe N. Krekeler, S. 41.

¹⁰ E. Barta/K. Bell, S. 230.

¹¹ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 18 469, Bl. 148 f.

¹² Der RkA war 1918 gegründet worden, stand unter der Leitung von Alois Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg und Florian Klöckner und umfaßte ca. 80 Vereine und Ordensgesellschaften. Der VDEA galt als Vertreter des Gustav-Adolf-Vereins im ZfD.

¹³ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 18 469, Bl. 148 f.

¹⁴ Siehe das datierte Manuskript „Zur Organisation der Deutschtumspflege“. In: BA Koblenz, DAI, Nr. 1017/1.

¹⁵ Siehe ZStA Potsdam, DKG, Nr. 341, Bl. 213.

¹⁶ Siehe Geheimes Staatsarchiv Berlin (West), NL Heinrich Schnee, Nr. 55, Bl. 5 und Nr. 27, Bl. 87.

¹⁷ Siehe BA Koblenz, NL Rudolf Pechel, Nr. 124, 125 und 137. Siehe auch Volker Mauersberger: Rudolf Pechel und die „Deutsche Rundschau“ 1919-1933. Eine Studie zur konservativ-revolutionären Publizistik in der Weimarer Republik, Bremen 1971, S. 160 ff.

die sich der Förderung künstlerischer Arbeiten von Auslandsdeutschen widmete und an den Tagungen des ZfD teilnahm, sowie zur ebenfalls im Frühjahr 1921 gegründeten *Vereinigten Fürsorge für das Auslandsdeutschtum*, die im Interesse der „Wohlfahrtspflege für hilfsbedürftige Auslandsdeutsche“ vom Reichsamt für deutsche Einwanderung, Rückwanderung und Auswanderung („Reichsauswanderungsamt“) gefordert wurde.¹⁸ Eine ausgesprochen gute Zusammenarbeit pflegte der ZfD mit der Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und Pflege des Deutschtums – Deutsche Akademie, die 1925 in München entstand, von dem Geopolitiker Prof. Karl Haushofer geleitet wurde und sich selbst als „das geistige Repräsentantenhaus Großdeutschlands“ betrachtete.¹⁹ Die Aufnahmeanträge solcher Verbände, die wie der ↑ *Deutsche Ostbund* auch auf regionaler Ebene arbeiteten, wurden grundsätzlich abgelehnt.²⁰

Gegenüber den Versuchen, einen direkten Weltbund der Auslandsdeutschen zu schaffen, wie dies einige Führer des ↑ *BdA* beabsichtigten, verhielt sich der ZfD reserviert. Er warnte vor einem zu hohen Grad an Konzentration und Zentralisation, weil es nicht angehe, „die vielen Millionen Menschen in der Welt, die mit uns keine *politische* Verbindung haben dürfen, durch organisatorische Plumpheiten (zu) belasten“. Ein wirklicher Weltbund aller Deutschen könne unter den Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit „nur in einer Geistes- und Kulturgemeinschaft bestehen, die sich nicht gegen andere Völker und Staaten richtet, aber dennoch alles, was in seinem Wesen und in seiner Sprache deutsch ist und deutsch bleiben will, zu kultur- und wirtschaftsfördernder Arbeit zusammenfaßt“.²¹ Der ZfD nahm auch Stellung gegen andere Versuche zur Zentralisierung der Deutschtumsorganisationen, so z. B. im November 1922 gegen den Zusammenschluß von zwei reichsdeutschen Grenzvereinen und einem deutsch-österreichischen Verein mit dem DAI.²²

Die Finanzierung des ZfD erfolgte hauptsächlich durch den VDA. Darüber hinaus stellte das Reichsaußenministerium jährlich einen gewissen, allerdings nicht allzu hohen Betrag zur Verfügung. Dieser belief sich im Rechnungsjahr 1927/28 auf 36.000 M und 1928/29 auf 24.000 M²³, was sich neben den ca. 100.000 M bescheiden ausnahm, die das Reichsinnenministerium in den vorhergehenden Jahren übermittelt hatte.²⁴ Heinrich Schnee drohte sogar damit, die geringfügige Unterstützung durch das Außenministerium im Reichstag zur Sprache zu bringen.²⁵ Die seit 1925 beabsichtigte Schaffung eines sog. Deutschtumsfonds bzw. des Rings für Deutschtumshilfe führte zu keinem bemerkenswerten Ergebnis.

Der ZfD trat in der Öffentlichkeit nicht in Erscheinung, spielte aber bis Mitte der 20er Jahre bei der Lenkung und Koordinierung der sog. auslandsdeutschen Arbeit eine nicht zu unterschätzende Rolle.²⁶ Die analytische Arbeit nahm breiten Raum ein. Bei den relativ häufig stattfindenden Sitzungen des ZfD-Reichsausschusses²⁷ erstatteten die Mitgliedsverbände und geladenen Gäste Bericht zur Situation der Deutschen im Ausland sowie zur Lage in den jeweiligen Organisationen. Ferner wurden Vorschläge für die weitere Tätigkeit eingebracht. Die Tagungen der Verbände konnten inhaltlich und terminlich aufeinander abgestimmt werden. Die Verteilung der zur Verfügung stehenden

¹⁸ ZStA Potsdam, RMdI, Nr. 18 467, Bl. 146 und Nr. 18469, Bl. 102 f.

¹⁹ BA Koblenz, NL R. Pechel, Nr. 142. Siehe auch Wolfgang Schlicker: Die „Deutsche Akademie“. Die „Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und Pflege des Deutschtums (Deutsche Akademie)“ als Institution imperialistischer Auslandskulturpolitik in der Zeit der Weimarer Republik und des Faschismus. In: Jahrbuch für Volkskunde und Kulturgeschichte, Bd. 20/NF Bd. 5, Berlin 1979, S. 43 ff.

²⁰ Siehe Sitzungsprotokoll des ZfD, 19.2.1924, S. 1. In: BA Koblenz, DAI, Nr. 1050/8.

²¹ Volk und Heimat, 1922, Nr. 2, Februar 1922, S. 46.

²² Siehe ebenda, Nr. 11, November 1922, S. 251.

²³ Siehe ZStA Potsdam, DKG, Nr. 341, Bl. 35 und 49.

²⁴ Siehe K.-H. Grundmann, S. 174.

²⁵ Siehe Sitzungsprotokoll des ZfD, 19.2.1924. In: BA Koblenz, DAI, Nr. 1 050/8. Siehe auch Geheimes Staatsarchiv Berlin (West), NL H. Schnee, Nr. 31, Bl. 69.

²⁶ Die pauschale Auffassung, der ZfD habe „eklatant versagt“ und durch „persönliches Hegemonialstreben“ keine Bedeutung erlangt (siehe Ernst Ritter: Das Deutsche Auslands-Institut in Stuttgart 1917-1945. Ein Beispiel deutscher Volkstumsarbeit zwischen den Weltkriegen [Frankfurter Historische Abhandlungen, Bd. 14], Wiesbaden 1976, S. 22), läßt sich nicht beweisen

²⁷ Allein für die Jahre 1924-1929 sind ca. 50 Sitzungen nachweisbar. Siehe BA Koblenz, DAI, Nr. 1050/8.

finanziellen Mittel sicherte dem ZfD ebenfalls gewisse Einflußmöglichkeiten, die er vor allem zugunsten der großen Organisationen nutzte.²⁸

Als der wiedererstarke deutsche Imperialismus Mitte der 20er Jahre eine neue Etappe seiner Außenpolitik begann, war der ZfD den inhaltlichen Konsequenzen für die sog. Deutschtumsarbeit nur noch in geringem Maße gewachsen. Das kam vor allem in den Auseinandersetzungen zwischen dem VDA und dem DtSB zum Ausdruck. Der VDA erhob 1927 Bedenken gegen den Übergang des DtSB zur „volkspolitischen“ Arbeit, gegen dessen Kritik an seiner „karitativ-erhaltenden Betreuung“ sowie gegen einen als vorzeitig empfundenen „Einbau“ der Deutschtumsorganisationen „in das große Ringen um eine Neuordnung Europas“.²⁹ Er drohte sogar mit einem Austritt aus dem DtSB, wobei das taktisch bedingte Anliegen deutlich zutage trat, als ein VDA-Vertreter erklärte: „... der Schutzbund müsse politisch und irredentistisch arbeiten. VDA soll nach außen hin nur seine kulturellen Aufgaben zeigen. Nach außen hin müsse es so aussehen, als ob *keine* Gemeinschaft bestände.“³⁰ Karl Christian von Loesch, der als Vertreter des DtSB nicht in den VDA-Vorstand gewählt wurde, warnte vor einer schweren Erschütterung des ZfD³¹, die es danach ganz offensichtlich auch gegeben hat. Vereinzelt fanden zwar noch Sitzungen statt, doch hatten sie einen anderen und mehr informativen Charakter. Offiziell ist der ZfD nicht aufgelöst worden. Der VDA bemühte sich, die Dinge so darzustellen, als würde der ZfD normal weiterarbeiten, was jedoch nicht den Tatsachen entsprach.³²

Auf den auch vom ZfD geschaffenen Fundamenten konnte schließlich der zentralisierte nazistische Deutschtumsapparat aufbauen und den Übergang zur direkten Einbeziehung der Auslandsdeutschen in die allseitige Vorbereitung des zweiten Weltkrieges bewerkstelligen. Seine Fortsetzung, ohne daß allerdings auf ihn Bezug genommen worden wäre, erfuhr der ZfD im *Volksdeutschen Rat*, den sich das faschistische Regime am 27. Oktober 1933 als zentrales Organ der „Volkstumsführung“ schuf und der 1937 in der *Volksdeutschen Mittelstelle* der ↑ SS aufging. Der ZfD trug wesentlich zum „geistig(en) Wandel vom staatlichen zum Volksdeutschen Denken in Deutschland“³³ bei, der dem faschistischen deutschen Imperialismus half, zeitweilig das „großdeutsche Reich“ zu schaffen und den zweiten Weltkrieg für ein weltumspannendes „Großgermanisches Reich“ zu entfesseln.

Quellen und Literatur

Der ZfD hat kein eigenes Archivgut hinterlassen. Aussagefähig sind die Quellen des DAI und des ↑ VDA. In der Literatur wird er verschiedentlich, jedoch meist nur am Rande erwähnt (siehe die Anmerkungen). Etwas ausführlicher hat sich Norbert Krekeler (siehe Anm. 7) mit der Entstehung des ZfD befaßt.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in vier Bänden. Herausgegeben von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Band 4: Reichsverband der Deutschen Industrie – Zweckverband der freien Deutschtumsvereine, Köln/Leipzig 1986. S. 642-646.

²⁸ Siehe z.B. Sitzungsprotokoll des ZfD, 18.12.1923, S. 2. In: BA Koblenz, DAI, Nr. 1050/8.

²⁹ Bericht über die Berliner Schlußbesprechung des Deutschen Schutzbundes (vom 14. bis 17. März) 1928. In: BA Koblenz, DAI, Nr. 1 017/2.

³⁰ Niederschrift über die gemeinsame Besprechung zwischen V.D.A. und Deutschem Schutzbund am 20. September 1927, S. 3. In: BA Koblenz, DAI, Nr. 1 009/2.

³¹ Siehe ebenda, S. 1.

³² 1928/29 gab es nur noch 3 Sitzungen des ZfD-Reichsausschusses. Siehe BA Koblenz, DAI, Nr. 1 050/8. In seinen offiziellen Jahresberichten 1930, 1931 und 1932 beteuerte der VDA zwar, die Sitzungen des ZfD seien monatlich durchgeführt worden, doch enthalten sie sich jeglicher konkreter Angaben. Siehe z. B. Ein Jahr Arbeit am deutschen Volke. Jahresbericht des Vereins für das Deutschtum im Ausland, erstattet auf der Pfingsttagung 1932 in Elbing, Berlin 1932, S. 9.

³³ E. Barta/K Bell, S. 237.

Kriegsideologie und Friedensdemagogie in der NSDAP 1919-1933

I.

Ganz sicher dachte Hitler nicht an einen Scherz, als er ausgerechnet am 1. April des Jahres 1939 beim Stapellauf des Schlachtschiffes „Tirpitz“ in Wilhelmshaven verkündete, im September werde die NSDAP wieder einen Kongreß durchführen, der als „Parteitag des Friedens“¹ in die Geschichte eingehen solle. Aufwendige Vorbereitungsarbeiten begannen, ebenso die üblichen, von Ehrgeiz und Mißgunst geprägten Rängeleien der Nazi-Prominenz um die begehrten Einladungen und Plätze für die als besonders attraktiv geltenden Zusammenkünfte. Das für die Tage vom 4. bis 11. September erarbeitete Programm ließ jedoch die vorgegebene thematische Orientierung kaum erkennen; es unterschied sich wenig von dem der anderen alljährlichen Nürnberger Spektakelveranstaltungen mit ihren unzähligen Aufmärschen, Appellen, Paraden und Führerreden, sieht man eventuell davon ab, daß eine Ausstellung dem Thema „Frau und Mutter – Lebensquell des Volkes“ gewidmet sein sollte.²

Es überraschte nach dem verhängnisvollen 1. September jenes Jahres allerdings wohl nur wenige Beteiligte, als dieses „Friedens“-Unternehmen stillschweigend in der Versenkung verschwand, als es den Befehlen zum Überfall auf Polen und damit zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges wich. Ein „Parteitag des Krieges“ – er hätte eher zu den eigentlichen Plänen der Naziführung gepaßt – fand nicht statt. Der Begriff des Krieges wurde sogar bewußt gemieden, wie nicht nur aus der Weisung von Joseph Goebbels, seines Zeichens Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, an die Presse des Deutschen Reiches hervorgeht: „Keine Überschriften, in denen das Wort Krieg enthalten ist! Nach der Rede des Führers schlagen wir nur zurück.“³ So las und hörte also jeder, dem antifaschistische Quellen nicht zugänglich waren, nur von einem „Abwehrschlag“, von notwendiger „Verteidigung“ und vom „Gegenschlag“, zu dem die Reichsregierung, die nichts sehnlicher als den Frieden wünsche, leider gezwungen worden sei.⁴

Wer sich eingehend mit der langjährigen Vorbereitung des neuen Völkermordens und seiner Entfesselung durch den deutschen Faschismus beschäftigt, wird in der zeitlichen Übereinstimmung von vielfältigem demagogischem Mißbrauch des Friedensbegriffes und der tatsächlichen Mobilisierung aller NSDAP-Organisationen für den Krieg⁵ nicht das unbestimmbare Walten irgendeines beliebigen Zufalls erblicken können. Viel eher muß ihm die penetrante Wortwahl der deutschen Faschisten im Jahre 1939 nicht nur als wohlüberlegt, sondern letztlich auch als ein logischer und unvermeidlicher Bestandteil ihrer von Anfang an konsequent betriebenen Politik zur Vorbereitung eines neuen Revanche- und Eroberungskrieges erscheinen. Diese Politik war aufs engste mit einer „Weltanschauung“ verknüpft worden, die nichts anderes als „ein Zweckprodukt, ein Präparat eigens für den Krieg“ darstellte.⁶ Es wäre jedoch zu kurzschlüssig, würde die faschistische Ideologie, ihrem Charakter nach insgesamt eine der schlimmsten Erscheinungsformen imperialistischer Kriegsideologie⁷, isoliert von der Friedensdemagogie der deutschen Faschisten betrachtet. Die Nazis betrieben diese – was hier nachzuweisen sein wird – nicht erst, seit sie am 30. Januar 1933 an die Macht gebracht wurden und mit der direkten Vorbereitung eines neuen Völkermordens begannen. Mit Recht wiesen

¹ Programmatische Bezeichnungen der NSDAP-Parteitage gab es seit der Errichtung der faschistischen Diktatur. Sie lauteten 1933 „Kongreß des Sieges“, 1934 „Triumph des Willens“, 1935 „Parteitag der Freiheit“, 1936 „Parteitag der Ehre“, 1937 „Parteitag der Arbeit“ und 1938 „Parteitag Großdeutschlands“.

² Bundesarchiv Koblenz, NS 26/470.

³ Zit. nach Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. I: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Regierungspolitik. Von Wilhelm Deist, Manfred Messerschmidt, Hans-Erich Volkmann und Wolfram Wette, Stuttgart 1979, S. 139.

⁴ Siehe Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941, Berlin (auch Köln) 1974, S. 170 f.

⁵ Siehe Laurenz Demps: Dokumente zur Funktion und Rolle der faschistischen Partei (NSDAP) bei der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges (1937–1939). In: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, Nr. 3/4 – 1977, S. 52 ff.

⁶ Hans Günther: Der Herren eigener Geist. Ausgewählte Schriften. Hrsg. von Werner Röhr unter Mitarbeit von Simone Barck, Berlin/Weimar 1981, S. 91.

⁷ Siehe dazu: Zur imperialistischen Kriegsideologie, Berlin 1982, S. 8 ff.; Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges. Hrsg. von der Militärakademie „Friedrich Engels“, Berlin 1984, S. 166 f.

Antifaschisten damals auf den eklatanten Widerspruch hin, der zwischen den taktierenden „Friedensreden“ von Hitler, Goebbels, Heß, Ley und der eigentlichen nationalsozialistischen Ideologie klappte. Jede Schlußfolgerung, es habe vor 1933 „vom heutigen Friedensgeschwätz nicht die Spur“ gegeben⁸, übersah jedoch die Existenz friedensdemagogischer Elemente in der sich nach dem ersten Weltkrieg entwickelnden „Weltanschauung“ der Nazis.

Tatsächlich wird man sagen können, daß für die Propaganda der NSDAP in der gesamten Zeit zwischen den beiden Weltkriegen generell ein friedensfeindliches, kriegsförderndes und sich lediglich in den jeweiligen Akzentsetzungen veränderndes Mixtum compositum von Kriegsideologie und Friedensdemagogie charakteristisch war. Die Entwicklung dieser Partei des deutschen Faschismus wurde sowohl von einer mehr oder weniger unverhüllten Verherrlichung und Rechtfertigung des Krieges als auch von raffinierten Beteuerungen der eigenen Friedensliebe begleitet. Ihre Ideologie für den Krieg wurde mehrgleisig⁹, aber dennoch – um im Bilde zu bleiben – „einspurig“ und zielgerichtet verbreitet. Die als faschistische Herrschaftstechnik entwickelte Manipulation¹⁰ der Massen stützte sich sogar ganz erheblich auch auf die Friedensdemagogie, ohne die in den ersten Jahren nach 1918 weder eine Rechtfertigung noch eine Verherrlichung des Krieges möglich war. Der faschistische Mißbrauch des Friedensbegriffes zielte auf den Krieg, den die extrem reaktionären und aggressivsten Teile der herrschenden Klasse anstrebten und für den diese eine offen terroristische Diktatur ebenso wie eine Partei mit stabiler Massenbasis und ausgedehntem Manipulationsapparat benötigten. Jedes Streben nach Profitmaximierung und jeder neue Krieg hätten anderenfalls ihren Sinn für die deutsche Monopolbourgeoisie verloren, wenn nicht gleichzeitig gesichert werden konnte, das bürgerliche Gesellschafts- und Wirtschaftssystem am Ende des Krieges – gleich ob bei Sieg oder Niederlage – aufrechtzuerhalten und einen neuen 9. November 1918 zu verhindern.¹¹

Wenn hier von faschistischer Kriegsideologie in der NSDAP gesprochen wird, ist vor allem das Denken der Naziführer über Krieg, politische Macht und Gewalt als eine den Kriegsvorbereitungen, der Kriegsentfesselung und der Kriegführung unmittelbar dienende Variante der bürgerlichen Ideologie gemeint. Ihre wesensbestimmenden Bestandteile sind

- a) die offene Verherrlichung der „Macht des Schwertes“, militärischer Aktionen und der Vorbereitung, Auslösung und Führung eines ungerechten Krieges zur Eroberung neuen „Lebensraumes“, zur Unterjochung und „Ausrottung“ anderer Völker;
- b) die theoretische, juristische und moralisch-weltanschauliche Rechtfertigung des Einsatzes jeglicher militärischer Gewalt für die rücksichtslose Durchsetzung der weitgespannten Ziele extrem reaktionärer Kräfte;
- c) die allgemeine Aufwertung des Krieges als einer angeblich naturbedingten, „ewigen“ Erscheinung in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft und ihres „Lebenskampfes“;
- d) die damit verbundene Abwertung des Friedens und weiterer grundlegender Menschenrechte als Faktoren, die dem Krieg zu- oder sogar untergeordnet werden müßten;
- e) die Rechtfertigung eines „Sieg“- und Gewaltfriedens über andere, als rassistisch minderwertig diskreditierte Völker;
- f) die Propagierung der angeblichen existentiellen Notwendigkeit eines Erfolges um jeden Preis über die zu bekämpfenden und zu besiegenden Gegner;

⁸ Günther: Der Herren eigener Geist, S. 87. Ähnlich auch Horst Kühne: Zur Friedensdemagogie des faschistischen deutschen Imperialismus bei der Vorbereitung und Entfesselung des zweiten Weltkrieges. In: Militärwesen. Zeitschrift für Militärpolitik und Militärtheorie, H. 10/1964, S. 1377 f.

⁹ Siehe das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, S. 30.

¹⁰ Siehe Günther Rose: Manipulation als imperialistische Herrschaftstechnik. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (künftig: ZfG), 3/1982, S. 195 ff.

¹¹ Siehe Christa Olschewski, Laurenz Demps, Kurt Pätzold: Die Novemberrevolution als Trauma in der faschistischen Kriegsplanung. In: Wiss. Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Sprach- und Gesellschaftswissenschaftliche Reihe 1980, H. 3/4, S. 317 ff. Siehe auch Manfred Weißbecker: Bemerkungen zur Rolle der NSDAP im politischen Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus. In: Abendroth-Forum. Marburger Gespräche aus Anlaß des 70. Geburtstages von Wolfgang Abendroth. Hrsg. von Frank Deppe u. a., Marburg 1977, S. 366 f.

- g) die apologetische Verherrlichung und bigotte Glorifizierung des Krieges als existenzbedingende und -fördernde Möglichkeit zur „Bewährung“ einer Idee, eines Staates, eines Führers usw.;
- h) die totale Ablehnung der Existenz des eigenen Volkes unter anderen als den von der herrschenden Gruppe erstrebten Bedingungen.¹²

Kriegsideologie und Friedensdemagogie der Nazipartei stellten in allen ihren historisch-konkreten Erscheinungsformen eine logische Einheit zweier wesensadäquater, sich gegenseitig bedingender und ergänzender Elemente der faschistischen Politik und Ideologie dar. Die Kluft zwischen der Tat und dem Wort, zwischen den praktischen Kriegsvorbereitungen und den heuchlerischen Friedensbeteuerungen widerspiegelte die objektive Situation des deutschen Imperialismus in den 20er und 30er Jahren. Diese war in zunehmendem Maße – sowohl in der Weimarer Republik als auch in der Zeit der faschistischen Diktatur – von einem Grundwiderspruch zwischen den Profitinteressen der ökonomisch Herrschenden einerseits und den Lebensbedürfnissen der werktätigen Massen andererseits geprägt. In der Geschichte der NSDAP verkörperte sich ebenfalls dieser Widerspruch, und zwar außerordentlich deutlich.

Die Nazipartei präsentierte sich auch in dieser Hinsicht weder als eine abnorme Erscheinung noch als eine Ausnahme. Man wird beinahe zwangsläufig an den amerikanischen Philosophen John Dewey erinnert, der 1931 – das Problem verallgemeinernd und mit den Folgen waffentechnischer Entwicklungsprozesse verbindend – offen erklärte: „Je schauervoller ein unpersönlicher wissenschaftlicher Massenkrieg wird, um so notwendiger wird es, allgemein wirkende, ideale Beweggründe aufzufinden, die ihn rechtfertigen... Je prosaischer die wirklichen Ursachen sind, um so nötiger ist es, erhabene Motive von glühenden Farben zu finden.“¹³

II.

Seit dem Ende des ersten Weltkrieges, der in seiner Brutalität und in seinen Folgen alle vorhergehenden Kriege in den Schatten stellte, verlor die bis dahin nicht nur in Deutschland übliche und offen praktizierte Kriegsverherrlichung schlagartig und weitgehend an Massenwirksamkeit. Von nun an bedurfte jede imperialistische Kriegspolitik, ja selbst die der Faschisten, ständig einer auf Täuschung und ideologische Verstrickung der Massen bedachten Tarnung. Die friedensdemagogische Umhüllung von aggressivem Denken und Handeln erfolgte in vielfältiger Variationsbreite. Diese reichte von Bedrohungslügen und Selbstverharmlosung bis zu chauvinistischer Kriegsschuldabwälzung und Rechtfertigung von „Verteidigungs“-Kriegen, von verbaler Verständigungsbereitschaft bis zur Theorie von der Rechtmäßigkeit eigener Präventivkriege.¹⁴ Sie umfaßte eine breite Palette skrupellos verwendeter „Sophismen“, mit deren Hilfe „das Geheimnis ... in dem der Krieg geboren wird“, konstruiert und zugleich versucht wurde, die Menschen erneut in den Krieg „hineinzuziehen“. Es war bekanntlich W. I. Lenin, der vor den folgeschweren gesellschaftlichen Wirkungskräften solcher „Sophismen“ sowie vor den Gefahren ihrer Unterschätzung warnte.¹⁵

Die militärische Niederlage von 1918 sowie die enormen Lasten im Gefolge des Krieges und des Versailler Friedensvertrages hatten die Friedenssehnsucht der Massen sprunghaft anschwellen lassen. Die totale Ablehnung des Krieges artikulierte sich am deutlichsten in der Novemberrevolution 1918/19 sowie in dem Bestreben der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, mit dem Sieg über den Krieg und mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zugleich alle Wurzeln des Krieges zu beseitigen. Es bildeten sich neue Grundlagen für eine breite Friedensbewegung heraus, in der objektiv (was sich leider zu oft im subjektiven Selbstverständnis der handelnden Kräfte nicht widerspiegelte!) kommunistische, sozialdemokratische, gewerkschaftliche, pazifistische, bürgerlich-demokratische und christlich gebundene Kräfte miteinander ein gemeinsames Ziel verfolgen konn-

¹² Siehe Manfred Weißbecker: Imperialistische Kriegsideologie und Friedensdemagogie – geschichtliche Erfahrungen und aktuelle Probleme. In: Pro pace mundi. Jenaer Gesellschaftswissenschaftler über Frieden und Friedenskampf. Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1985, S. 115 ff.

¹³ John Dewey: Die menschliche Natur. Ihr Wesen und ihr Verhalten, Stuttgart/Berlin 1931, S. 117 f.

¹⁴ Zu den möglichen Varianten imperialistischer Friedensdemagogie in der Gegenwart siehe Weißbecker: Imperialistische Kriegsideologie und Friedensdemagogie, S. 124 f.

¹⁵ W. I. Lenin: Bemerkungen zu den Aufgaben unserer Delegation im Haag. In: Werke, Bd. 33, Berlin 1982, S. 434.

ten. Die Bourgeoisie, mit einiger Mühe und Not über die Novemberrevolution triumphierend, vermochte sich jedoch deren friedensfördernden Auswirkungen und gesellschaftsverändernden Impulsen nur wenig zu entziehen. Konservative Theoretiker wie Oswald Spengler, Arthur Moeller van den Bruck, Max Hildebert Boehm, Eduard Stadtler u. a. beklagten die Tatsache, daß „ganze Klassen und Schichten der Bevölkerung des Krieges müde werden“.¹⁶ Frieden und Sozialismus – das waren damals die wichtigsten Schlagworte, die das Sinnen und Trachten einer überwiegenden Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse bestimmten. Allein die Forderung „Nie wieder Krieg“ entsprach dem antimilitaristischen und pazifistischen Denken vieler Millionen Menschen.

Wollte die herrschende Klasse auch nur einigermaßen realistisch und sinnvoll an die Verwirklichung ihres Strebens nach einer Revision des Friedens von 1919 und an die Vorbereitung einer Revanche herangehen, sah sie sich unabweislich mit der Friedenssehnsucht der Massen konfrontiert. Jeder Gedanke eines neuen, künftigen „Griffs nach der Weltmacht“ – und davon gab es mehr als genug¹⁷ – stieß unmittelbar auf aktiven oder passiven Widerstand des vom ersten Weltkrieg so arg betroffenen deutschen Volkes. Angesichts dieser Antikriegsstimmung und des wachsenden antimilitaristischen, antiimperialistischen Denkens unter den Massen verknüpften sich für die deutsche Bourgeoisie die außen- und innenpolitischen Ziele in einer qualitativ neuen Weise. Das Ringen um die Beseitigung jener Schranken, die der Friedensvertrag von Versailles ihrem Konkurrenzkampf gegen die imperialistischen Siegermächte auferlegt hatte, und der Kampf um die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 sowie für die Erreichung jener Ziele – denen zuliebe ja der erste Weltkrieg „gewollt“¹⁸ worden war – setzten eine erfolgreiche Bewältigung der inneren Probleme, insbesondere die „Entrevolutionierung“ der Arbeiterklasse, die „Entpazifizierung“ der Massen voraus.

Alle Militaristen und Politiker, die nach 1918 in Briefen, Gesprächen und Reden vor geladenen Gästen ihrer Auffassung vom notwendigen erneuten Streben nach einem „Platz an der Sonne“ unverblümt Ausdruck verliehen, machten mehr oder weniger zähneknirschend auf den Primat der zunächst zu schaffenden innenpolitischen Voraussetzungen aufmerksam. Aus der unterschiedlichen Sicht auf die Zusammenhänge zwischen den außenpolitischen Zielsetzungen und den zu sichernden innenpolitischen Prämissen ergaben sich allerdings auch einige wesentliche Unterschiede in den Konzepten einzelner Gruppen oder Persönlichkeiten der deutschen Bourgeoisie. In ihrer Gesamtheit liefen diese Konzepte jedoch grundsätzlich darauf hinaus, schrittweise solche als entscheidend betrachteten Grundlagen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet zu schaffen, die es dem Deutschen Reich ermöglichen sollten, wieder „Weltgeltung“ zu erringen.

Der bekannte Soziologe und Gesellschaftstheoretiker Max Weber ging in diesem Zusammenhang am 24. November 1918 in einem sehr hohen Maß von der realen Situation aus. In einem Brief schrieb er: „Mit einer weltpolitischen Rolle Deutschlands ist es vorbei: die angelsächsische Weltherrschaft ... ist Tatsache. Sie ist höchst unerfreulich, aber: viel Schlimmeres – die russische Knute! – haben wir abgewendet.“ Im Interesse der Aufrechterhaltung einer bourgeoisen Klassenherrschaft in Deutschland war er bereit, die Aggressivität und den Expansionsdrang deutscher Imperialisten zu zügeln sowie die ihm realpolitisch notwendig erscheinende Anerkennung der Vorherrschaft eines imperialistischen Konkurrenten in der Welt zu propagieren: „Hoffentlich bleibt es dabei, daß sie (die Weltherrschaft des USA-Monopolkapitals, M. W.) nicht mit Rußland geteilt wird. Dies ist für mich das Ziel unserer künftigen Weltpolitik; denn die russische Gefahr ist nur für jetzt, nicht für immer beschworen.“¹⁹ Eine „Weltpolitik“ als untergeordneter, zweit- oder sogar dritrangiger Partner der größten Macht des Imperialismus zu betreiben, auch um die siegreiche sozialistische Revolution in

¹⁶ So z. B. Oswald Spengler: *Preußentum und Sozialismus*, München 1919. Zit. nach Günther: *Der Herren eigener Geist*, S. 94.

¹⁷ Siehe *Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945*. Hrsg. und eingeleitet von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler unter Mitarbeit von Willibald Gutsche und Wolfgang Ruge, Berlin 1975; *Europastrategien des deutschen Kapitals*. Hrsg. von Reinhard Opitz, Köln 1977.

¹⁸ Siehe Willibald Gutsche: *Der gewollte Krieg. Der deutsche Imperialismus und der Erste Weltkrieg*, Köln 1984.

¹⁹ Zit. nach Werner Conze: *Deutschlands weltpolitische Sonderstellung in den zwanziger Jahren*. In: *Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte* (künftig: *VjZ*), 2/1961, S. 166 f.

Sowjetrußland rückgängig machen zu können – das war der Kern dieser konzeptionellen Vorstellung Max Webers und anderer, die gleichzeitig auf innenpolitischem Gebiet den Übergang zu einer bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsform des deutschen Imperialismus befürworteten. Eine solche „Weltpolitik“ mußte sich zwangsläufig als bündnisfähig und erst recht als „friedfertig“ darstellen. Es galt, aus der Not eine Tugend zu machen und letztere demonstrativ zu betonen. In diesem Sinne verfaßte der Deutsche Industrierat, aus dem kurze Zeit später der Reichsverband der Deutschen Industrie als Spitzen- und Dachorganisation aller Monopolherren hervorging, am 8. Januar 1919 ein Rundschreiben, das darauf orientierte, „unseren Gegnern (zu) zeigen, daß wir ..., durch den Krieg belehrt, für die Zukunft allen uferlosen wirtschaftlichen Expansionsplänen entsagt haben“.²⁰

Eine solche Absage an alle Eroberungs- und Weltmachtpläne war friedensdemagogisch und deklarativ. Sie beschränkte sich in zweierlei Hinsicht: Zum einen richtete sie sich lediglich an die Adresse der imperialistischen Großmächte, zum anderen ließ sie offen, für welchen Zeitraum sie gelten sollte. Auf jeden Fall wurde von den militaristischen Kreisen langfristig darauf Kurs genommen, schrittweise die Ergebnisse des ersten Weltkrieges zu revidieren. Diese Orientierung – sie bestimmte in den Jahren der Weimarer Republik weitgehend die deutsche Außenpolitik, deren Protagonist Gustav Stresemann war – ging bereits aus dem Konzept Kurt von Schleichers hervor, das er als Mitarbeiter der Obersten Heeresleitung bei einer politischen Beratung im Generalstab am 20. Dezember 1918 verkündete. In drei Etappen sei vorzugehen: „Zunächst müsse man im Innern eine Regierungsgewalt wieder aufrichten, die sich durchzusetzen vermöge. Wenn der Soldat dabei helfe, könne das verhältnismäßig schnell gehen. Auf der Basis der wiederhergestellten Ordnung müsse man sodann zur Gesundung der Wirtschaft kommen. Erst auf den Schultern einer aus den Trümmern wieder aufgebauten Wirtschaft könne alsdann nach langen, mühevollen Jahren an die Wiedererrichtung der äußeren Macht herangegangen werden. „ Auseinandersetzungen entwickelten sich nach dem Vortrag Schleichers unter den mitten in der Novemberrevolution beratenschlagenden Militaristen lediglich über die Frage Hans von Seeckts, ob nicht die „Pflicht“ bestünde, „die belassene Wehrmacht wenigstens so zu gestalten, daß man ein begehrenswerter Bundesgenosse für andere würde ... Deutschland müsse so schnell als möglich wieder bündnisfähig sein.“²¹

Noch offener äußerte sich Wilhelm Groener auf einer Beratung der Obersten Heeresleitung am 19. und 20. Mai 1919. Wegen ihrer klaren Diktion und ihres entlarvenden Charakters soll hier die Einschätzung Groeners zur Situation, zu den alten und neuen Zielen sowie zu den Methoden deutscher „Machtpolitik“ ausführlicher zitiert werden: „Wir sind ausgeschieden aus der Reihe der Großmächte. Wir sind verurteilt – auf wie lange Zeit kann niemand vorhersagen –, die Rolle der Mächte zweiten Ranges zu spielen.“ Dieser Zustand sei jedoch untragbar, man müsse ihm entgegenwirken und dabei ein „klar erkennbares Ziel vor den Augen“ haben: „Wenn man um die Weltherrschaft kämpfen will, muß man dies von *langer Hand her vorausschauend mit rücksichtsloser Konsequenz* vorbereiten. Man darf *nicht hin- und herschaukeln und Friedenspolitik* treiben, sondern man muß *restlos Machtpolitik* treiben. Dazu gehört aber, daß der Grund und Boden, auf dem man steht, im Innern wie nach außen fest und unerschütterlich bleibt.“ Mit einer kritischen Rückschau auf die deutsche Vorkriegspolitik schlußfolgerte Groener: „Wir haben unbewußt nach der Weltherrschaft gestrebt, ehe wir unsere Kontinentalstellung festgemacht haben ... Von der norddeutschen Tiefebene ausgehend, muß ein neues deutsches Reich errichtet werden, zunächst (M. W.) auf der Stufe eines Staates zweiten Ranges. Wenn wir dies erreicht haben, haben wir schon viel gewonnen. Wir haben m. E. für unsere Zukunft alles gewonnen, wenn wir dann noch arbeiten und unsere Jugend die politischen Führer findet, die, den Forderungen der neuen Zeit Rechnung tragend, die alte törichte deutsche Parteibildung beseitigen ... Dann sehe ich nicht ein, weshalb wir nicht wieder vorwärtskommen sollten, vor allem auch wirtschaftlich. *Militärisch wird's so bald* nicht gehen.“²²

²⁰ Zit. nach Weltherrschaft im Visier, a. a. O.; S. 15.

²¹ Zit. nach Seeckt, Aus seinem Leben 1918-1936. Hrsg. von Friedrich von Rabenau, Leipzig 1940, S. 117 f. und S. 118.

²² Zit. nach Weltherrschaft im Visier, S. 165. Hervorhebungen vom Vf. Dieses Dokument widerlegt auch die These, Deutschland habe 1919 in seiner Friedenspolitik „Züge echter Verständigungsbereitschaft“ gezeigt (siehe Leo

Diese Rede wurde in einer Zeit gehalten, in der mit der Niederschlagung der Münchener Räterepublik die Novemberrevolution abgeschlossen worden war und sich die herrschende Klasse in einer intensiven Diskussion über die von den Westmächten diktierten Bedingungen des Versailler Friedensvertrages befand. Sie stellte eine enge, dialektische Wechselbeziehung von Innen- und Außenpolitik in den Vordergrund. Sie enthielt darüber hinaus kein Wort des Verzichts auf einen zweiten militärischen „Griff nach der Weltmacht“, kein Wort von Frieden, Abrüstung oder Rüstungsbegrenzung. Groener konnte in internem Kreise auf jeden friedensdemagogischen Schnörkel verzichten und den Begriff der „Friedenspolitik“ sogar völlig abwertend verwenden. Mit seinem chauvinistisch-revanchistischen Verständnis von „Machtpolitik“ entsprach er völlig den tatsächlichen Forderungen jener deutschen Industriellen und Bankiers, Großagrarien und Militaristen, die in ihren zahlreichen Exposés, Denkschriften und Eingaben an die Regierung eine expansive Markterweiterung erwarteten und von ihren jeweiligen politischen Repräsentanten neue, besonders für die Rüstung wichtige Rohstoffquellen und Absatzgebiete verlangten. Sie attackierten alle von Anfang an den Versailler Vertrag und die Reparationsforderungen, sie orientierten auf eine mehr oder weniger totale Ausschaltung der revolutionären Arbeiterbewegung und strebten einen zumindest im wirtschaftlichen Bereich funktionierenden Zusammenschluß der Länder Mittel-, West- und Osteuropas unter deutscher, d. h. unter ihrer Führung an.

Erkennbar ist – trotz aller Widersprüchlichkeiten und Divergenzen, trotz der Parallelitäten und Überschneidungen in den einzelnen Plänen, gleichsam als Resultante – eine eindeutige Entwicklungslinie: Mit dem Erstarken des imperialistischen Deutschlands in der Zeit der Weimarer Republik erhöhte sich Schritt für Schritt das Ausmaß der außenpolitischen Forderungen. Dem Ruf nach einem mitteleuropäischen Wirtschaftsblock folgte der Schrei nach einem noch größeren europäischen Wirtschaftsblock, den Forderungen nach einer Revision der Grenzen folgte schließlich auch die nach einer weitgehenden Deckungsgleichheit von wirtschaftspolitischen Einflußgebieten und deutschem Staatsgebiet. Logisch ergibt sich daraus, daß die früher geäußerten Positionen nicht als Alternativen der später formulierten und praktizierten bezeichnet werden können. Sie resultierten jeweils aus einer situationsgebundenen Taktik²³, deren Methode und Ziel von Gustav Stresemann – Reichsaußenminister und Friedensnobelpreisträger des Jahres 1927 – in einer Rede vor internem Kreis offen fixiert worden sind: „Es ist das Schicksal jedes Außenministers, daß er der öffentlichen Kritik, die an der auswärtigen Politik oft geübt wird, nie so entgegenreten kann, als wenn es sich um innere Fragen handelt; denn das Letzte zu sagen, was einer Aktion zugrunde liegt, würde vielleicht diese Aktion selbst stören...“ Man dürfe „sich nicht auf den Standpunkt eines Kindes stellen, das für den Heiligen Abend einen Wunschzettel schreibt, in dem alles steht, was das Kind in den nächsten 15 Jahren braucht“.²⁴

Für die Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik stellt es sich als eine nicht zu bestreitende Tatsache dar, daß die von den Führern des deutschen Faschismus propagierte Lebensraum- und Kriegszielpolitik – wenn auch oft in anderen Worten ausgedrückt – auf den ökonomischen und politischen Interessen des deutschen Imperialismus beruht. Hitler und andere faschistische Führer legten diese Interessen ihrer politischen Praxis zugrunde, sie verdeutlichten sie ebenfalls in ihren Äußerungen, die oft gerade wegen ihrer zugespitzten und skrupellosen Offenheit die eigentlichen konterrevolutionären und antisowjetischen Ziele des deutschen Imperialismus entlarvten. Es gab jedoch auch für die Faschisten keine Möglichkeit, auf die für alle Teile der herrschenden Klasse in Deutschland unabdingbare und unumgängliche Friedensdemagogie zu verzichten. Weder das „Junior-Programm“ realistisch denkender Kreise der deutschen Bourgeoisie noch die weitgespannten Pläne der deutschen Faschisten ließen sich ohne eine solche Tarnung als angebliche Poli-

Haupts: Deutsche Friedenspolitik 1918-1919. Eine Alternative zur Machtpolitik des Ersten Weltkrieges, Düsseldorf 1976, S. 413), sowie die Behauptung, das Deutsche Reich sei mehr an einer „Sicherheitspolitik“ interessiert gewesen als an einem Revisionismus gegenüber dem Versailler Vertrag (Siehe Dietrich Geyer: Aufrüstung oder Sicherheit? Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1936, Wiesbaden 1980, S. 1).

²³ Siehe dazu den Beitrag von Wolfgang Ruge in diesem Band.

²⁴ Gustav Stresemann: Rede vor der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Landsmannschaften vom 14.12.1925. Zit. nach Weltherrschaft im Visier, S. 180 und 17.

tik für den Frieden betreiben. Der Faschismus erwies sich also trotz seiner unverkennbaren und extrem reaktionären Kriegsideologie auch in dieser Hinsicht als ein Bestandteil des deutschen Imperialismus.

III.

Kriegsideologie und Friedensdemagogie der NSDAP bewegten sich in den Jahren der Weimarer Republik grundsätzlich in den von der herrschenden Klasse gewiesenen Bahnen. Sie zielten allerdings in einer sehr spezifischen, extrem reaktionär und extrem aggressiven Weise auf einen neuen Krieg und seine Ermöglichung. Daher standen außenpolitische Forderungen an der Spitze des faschistischen Parteiprogramms, ohne daß auch nur mit einem Wort auf die Frage eingegangen worden wäre, wie sie verwirklicht werden sollten. Die ersten drei der 25 Punkte verlangten den „Zusammenschluß aller Deutschen... zu einem Großdeutschland“, die „Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen und Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain“ sowie den Erwerb von „Land und Boden (Kolonien)“. In wenigen, nahezu lapidaren Sätzen machte die NSDAP die größten Gebietsansprüche des deutschen Imperialismus geltend, die niemals anders als durch Krieg realisiert werden konnten. In dieser aggressiven und chauvinistisch-revanchistischen Orientierung blieb kein Platz für eine Äußerung zum Friedenswunsch der Massen oder für die Verurteilung des Krieges. Der Punkt 12, ohne den die Programmschöpfer nicht auskamen, bezeichnete lediglich „die persönliche Bereicherung durch den Krieg“, als ein „Verbrechen am Volke“ und postulierte mit einem demagogischen Blick „auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, ... restlose Einziehung der Kriegsgewinne“.²⁵

Kennzeichnend für die Kriegsideologie und ihre faschistisch-demagogische Umhüllung ist in der Frühgeschichte der NSDAP ferner die weitgehende Übereinstimmung mit den propagandistischen Leitlinien, die innerhalb der Reichswehr sowie von den führenden Militaristen Hindenburg und Ludendorff im Rahmen ihrer Legenden vom „Dolchstoß“ vertreten wurden.²⁶ Die nationalistische Verherrlichung der „Leistungen“ des deutschen Heeres in den Schlachten des ersten Weltkrieges führte stets zu der Aussage, der deutsche Soldat sei eigentlich „im Felde unbesiegt“ geblieben und lediglich einem Verrat der Heimat, eben dem „Dolchstoß“ in den Rücken des kämpfenden Heeres zum Opfer gefallen. So gehörte es auch zu den ständig wiederholten Behauptungen der NSDAP-Führer, daß die deutschen Armeen während des Krieges allen anderen Armeen überlegen gewesen wären. In einer seiner ersten Reden auf einer Versammlung der Deutschen Arbeiterpartei (DAP)²⁷ verband Hitler dies mit dem die mobilisierende Funktion dieser Legende entlarvenden Satz: „Doch die Erinnerung, daß wir 4½ Jahre alles leisteten, was eine Nation zu leisten imstande ist, ist zu groß, um sich erniedrigen zu lassen.“²⁸ Im April 1920 erklärte er dann sogar in den für ihn oft kennzeichnenden unlogischen und in sich widersprüchlichen Gedankenketten: „Heldenhaft hat unser Volk den Krieg gewonnen. 4½ Jahre hat es bedurft, um unser Volk so weit zu vergiften, daß es sich dann selbst besiegte.“ (HA, 123)

Im Verlauf der ersten Jahre seiner politischen Tätigkeit verfeinerte und präzierte Hitler die Aussagen zu diesem Thema, wobei sich volksfeindliche, elitäre Gedanken verstärkten. In seiner Rede „Nieder mit den Novemberverbrechern“ äußerte er am 11. Januar 1923: „Deutschland war unbesiegt vor der ganzen Welt; 26 Feindstaaten brachten es nicht fertig, Deutschland in 4½ Jahren auf die Knie zu zwingen. Erst durch die Novembertage von 1918, die Ehrlosmachung, deren fürchterlichster Akt der Dolchstoß in den Rücken des alten Heeres war, die Wehrlosmachung, die noch je-

²⁵ Zit. nach Reinhard Kühnl: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, 2/1977, S. 105 ff.

²⁶ Siehe vor allem dazu die Kapitel IV und V bei Kurt Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919–1924, Berlin 1982; Siehe auch Karl Nuß: Militär und Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik, Zur politischen Rolle und Entwicklung der Reichswehr, Berlin 1977, S. 103 ff.; Joachim Petzold: Die Dolchstoßlegende. Eine Geschichtsfälschung im Dienst des deutschen Imperialismus und Militarismus, Berlin 1963.

²⁷ Siehe Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker: Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens, Berlin, auch Köln (unter dem Titel: Geschichte der NSDAP 1920–1945) 1981, S. 14 ff.

²⁸ Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924. Hrsg. von Eberhard Jäckel zusammen mit Axel Kuhn, Stuttgart 1980, S. 97. Die Seitenangaben erfolgen künftig im Text in Klammern und verbunden mit dem Kürzel HA.

des ehrlos gewordenen Volkes Schicksal war, die Macht- und Rechtlosigkeit, die uns zum Gespött der ganzen feindlichen Welt erniedrigt, sind wir der völligen Versklavung verfallen ...“ Das Ende des ersten Weltkrieges, das von den Massen herbeigesehnt und herbeigeführt worden war, galt ihm nur als Anlaß, die Massen deshalb zu diskreditieren: „Ein Volk, das wie das deutsche nach dem 8. November 1918 seine Führer preisgibt, das es fertigbringt, seinen eigenen Führern die Achselklappen und Kokarden herunterzureißen, gleichzeitig aber vor feindlichen Führern präsentiert, das seine große Vergangenheit von sich wirft wie wertlosen Ballast, ein solches Volk hat alle Voraussetzungen für einen inneren Zerfall geschaffen, hat uns für ewig unerfüllbare wirtschaftliche Lasten aufgebürdet, hat Deutschland zu einer Kolonie der Feindesstaaten herabgedrückt ...“ (HA, 781)

Gleichsam leitmotivisch kehrte er immer wieder und in unzähligen Variationen zu der Frage zurück, wer – wenn nicht die militärischen Gegner – über Deutschland gesiegt habe, um zu antworten: „Wir haben unsere bittere Not zum größten Teil selbst verschuldet.“ (HA, 101) Und diese Argumentationslinie endete gewöhnlich in den bekannten wüsten Ausfällen gegen die „Novemberverbrecher von 1918“ sowie in der Forderung, nunmehr sei eine „zweite“ Revolution vorzubereiten, die sich gegen „die eigentlichen Urheber am Elend: gegen die Juden“ zu richten habe und die – in der für den deutschen Faschismus typischen (hier nicht näher zu erläuternden) Koppelung von konterrevolutionärer und antisemitischer Ideologie – „mit dem Judenpack gründlich aufräumt“. (HA, 128)

Die frühe nationalsozialistische Variante im Miteinander von Kriegsideologie und Friedensdemagogie äußerte sich auch in den verschwommenen, substanz- und haltlosen Auslassungen über die Ursachen des ersten Weltkrieges. Wenn solche Fragen berührt wurden, erfolgte dies stets im Rahmen regelrechter Kampagnen gegen die Verbreitung der historischen Wahrheit durch revolutionäre und auch durch pazifistische Kräfte.²⁹ „*Die Schuld am Kriege*“ trug weder der Kaiser noch der deutsche ‚Militarismus‘. Kriege wird es geben, solange die Welt besteht ... *Die Urschuld der Kriege ist England*.“ (HA, 147) Der eigentliche Zweck des Krieges sei die „wirtschaftliche und politische Vernichtung Deutschlands“ (HA, 268) gewesen, wobei sich Hitler meistens nebulös über eine „Naturnotwendigkeit“ und darüber, daß es eben so kommen mußte (HA, 229), äußerte. Selten ließ er sich auf eine Beweisführung ein, er schob alles stereotyp auf den Versailler Vertrag. Aus ihm leitete er den Kriegswillen und die Kriegsziele der Entente ab, die auch ihr Friedensdiktat gegenüber Deutschland bestimmen würden.

Dem Kriegsstreben der anderen stellte die nazistische Propaganda strikt die deutsche Friedensliebe gegenüber. 1919/20 verglich Hitler in diesem Zusammenhang daher immer wieder den Raubfrieden von Brest-Litowsk, den die Reichsleitung im März 1918 Sowjetrußland aufgezwungen hatte³⁰, mit dem Versailler Vertrag. Den ersteren behandelte er als ein wahres Musterbeispiel deutscher Friedens-Verständigung, empört darüber, daß er völlig ungerechtfertigt ein „Schandfrieden“ genannt werde. (HA, 93) In einem Flugblatt der Nazipartei wurde hervorgehoben, in Brest-Litowsk sei die Waffenruhe bei Aufrechterhaltung der militärischen Stellungen vereinbart worden, während Deutschland sofort nach dem 11. November 1918 demobilisieren und die besetzten Gebiete habe räumen müssen. Im Unterschied zu Brest-Litowsk sei Versailles allein aus diesem Grunde kein „Friede der Versöhnung und Verständigung, sondern Friede der Gewalt und des Betruges.“ (HA, 101 ff.) Der „Völkische Beobachter“ vom 15. Mai 1920 berichtete über das Auftreten Hitlers in einer Versammlung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes³¹, in der er „klar und einleuchtend“ nachgewiesen habe, „daß der Friede von Brest, dessen Härte Deutschland immer vorgeworfen wird, – selbst von gewissen ‚Deutschen‘ – ein reiner Versöhnungsfriede (!, M. W.) war im Vergleich mit dem Schmachfrieden von Versailles. In Brest hatte Rußland keine entehrenden Bedin-

²⁹ Siehe die entsprechende Erklärung Hitlers vom 13.4.1923. In: Ebenda, S. 886.

³⁰ Siehe dazu Günter Rosenfeld: Sowjetrußland und Deutschland 1911 bis 1922, Berlin 2./1984.

³¹ Siehe Willi Krebs: Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund. In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945). In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker (künftig: Lexikon zur Parteiengeschichte), Bd. 2, Leipzig (auch Köln) 1984, S. 562 ff.

gungen zu unterschreiben, wurde ihm keine Lebensnotwendigkeit geraubt, während das Schanddokument von Versailles uns entehren und versklaven soll auf ewige Zeiten.“ (HA, 140) Der knapp vier Druckseiten umfassende Text des Vertrages mit Sowjetrußland und jeder der einzelnen Artikel würden „Liebe (!, M.W.), Versöhnung und Verständigung“ atmen, und alles sei von „deutscher Gutmütigkeit“ geprägt. (HA, 149 u. 234)

Bei einer Reihe von Gelegenheiten, die sich allerdings in bescheidenen Grenzen hielten, ergänzte Hitler seine Reden auch mit allgemeinen Äußerungen gegen den Krieg als einer Erscheinung in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft, in deren Gefolge stets „Hunger und Pest“ aufgetreten seien und durch die die Völker „schwer heimgesucht“ worden seien: „Politik ist grausam, der Krieg ist grausamer. Pestilenz, Hunger und Krieg sind drei unzertrennliche Faktoren.“ Seine Schlußfolgerung lautete: „Die Sehnsucht nach Frieden ist begreiflich.“ (HA, 221 ff.) In welchem chauvinistisch-antihumanistischen Sinne solche Äußerungen tatsächlich zu verstehen waren, verdeutlichte er in einem Artikel, der am 6. März 1921 im „Völkischen Beobachter“ erschien: „Ja, ja, der Krieg war in seiner Art sicherlich ein ungeheuerliches Erlebnis dieser Erde, aber noch wesentlich ungeheuerlicher ist die Art der Belügung und Begaunerung unseres Volkes seit Beendigung dieses Krieges.“ (HA, 331) Diese Art allgemeinsten Verurteilung des Krieges, so wenig sie auch am Wesen der faschistischen Kriegsideologie änderte, unterschied sich dennoch von jenen kriegsverherrlichenden Ergüssen z. B. in Ernst Jüngers Büchern „In Stahlgewittern“ (1920) und „Der Kampf als inneres Erlebnis“ (1922) und denen zahlreicher anderer konservativer Autoren, die regelrecht in Blutrausch und Kriegsdemagogie versanken.³²

Es handelte sich offensichtlich auch um friedensdemagogische Elemente in der faschistischen Propaganda, wenn – verquickt mit antikapitalistischen Vokabeln – die Kriege und insbesondere der von 1914 bis 1918 als Ergebnis des Wirkens der jüdischen Menschen bezeichnet wurden. So sei der erste Weltkrieg ein „Krieg des jüdischen Leihkapitals“ gewesen, und seit den Zeiten des Alten Testaments hätten „die Juden immer nur Krieg geführt, um sich die Völker zinsbar zu machen, um andere für sich arbeiten zu lassen ...“ Generalisierend hieß es bei Hitler, der Jude „finanziert Kriege und ‚macht‘ in Revolution – kurz: er hat seine Hand überall im Spiele und beutet alle aus zu seinem Vorteil“. (HA, 689) Am 13. April 1923 veranstaltete die NSDAP im Münchener Zirkus Krone eine Großveranstaltung unter dem Titel „Weltjude und Weltbörse, die Urschuldigen am Weltkriege“ (HA, 885), der stillschweigend die zunächst vertretene These von der „Urschuld Englands“ korrigierte und das Krieg-Frieden-Problem in den faschistisch-rassistischen Antisemitismus einordnete.

Es ist auffällig, wie stark alle bisher genannten Elemente der frühen faschistischen Kriegsideologie und Friedensdemagogie während der Jahre 1921/22 und 1923 an den Rand der NSDAP-Propaganda gerieten. Natürlich verschwanden sie nicht, sie traten jedoch hinter die programmatischen und organisationspolitischen Fragen des Aufbaus und der Erweiterung der Naziartei zurück. Vor allem überwogen jetzt die unmittelbaren und tagespolitisch akzentuierten Stellungnahmen zu den konkreten außen- und innenpolitischen Ereignissen jener Jahre. Hatte bis dahin alle Propaganda gegen Versailles in aktivistische Aufrufe gemündet, diesen Vertrag nicht zu unterzeichnen und nicht anzuerkennen, gegen ihn Sturm zu laufen und zu erklären, man befinde sich „in einem Zustand, den man zwar nicht mit Krieg bezeichnen kann, aber der auch gewiß nicht Friede ist“ (HA, 143)³³, so verschärften sich jetzt durchweg die Beschimpfungen und die Verächtlichmachung der Reichsregierung. In einer „großen deutschen Festfeier zur Erinnerung an das deutsche Heer“, die von der NSDAP am 10. Mai 1922 durchgeführt wurde, rief Hitler emphatisch aus: „Es gab einmal *ein* deutsches Volk, das sich *gegen eine ganze Welt* heldenhaft verteidigt hat, ein *Heldenvolk* ... Wir wollen

³² Darauf macht auch Hans Günther: Der Herren eigener Geist, S. 84, aufmerksam. Siehe auch Joachim Petzold: Konservative Theoretiker des deutschen Faschismus. Jungkonservative Ideologen in der Weimarer Republik als geistige Wegbereiter der faschistischen Diktatur, Berlin 2./1982. Petzold konzentriert sich allerdings auf die konservative Sozialismusdemagogie und behandelt die Stellung der Jungkonservativen zur Krieg-Frieden-Problematik nur am Rande.

³³ Am 11.8.1922 hieß es dazu rückblickend: „Wären wir damals bei Unterzeichnung des Friedensvertrages energisch vorgegangen, so hätten wir heute bessere Zustände.“ HA, 682.

heute nur eins: Aufwecken! Aufwecken zur Dankbarkeit! ... Wir wollen *nicht* Friede und Einsicht und Eintracht, *sondern Haß* wecken! Haß gegen die Verbrecher, die den Tod unserer Helden umfälschten und noch heute unsere ‚Führer‘ sind. Aufpeitschen wollen wir auch gegen die, die keine Nachsicht verdienen, die uns alle noch heute verkaufen und verraten, die uns heute zur Schlachtbank führen wollen; nicht zur Befreiung, sondern zum Ausbluten. Ein Schwert *der Rache wollen wir* schmieden ...“ (HA, 641)

IV.

Die erste, allerdings noch recht obskure und dilettantische Aktion des in diesem Geiste geschmiedeten „Haß- und Racheschwerts“ fand am 8./9. November 1923 in München statt. Nach dem Scheitern des Ludendorff-Hitler-Putsches und mit dem Übergang von der putschistischen Taktik gegen die Weimarer Republik zu einer „Legalitäts-Taktik“³⁴ veränderte sich in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus auch die Sicht der deutschen Faschisten auf die Krieg-Frieden-Problematik. Diese existierte für sie nur in ganz geringem Maße als ein allgemeines, weltanschaulich-theoretisches Problem. In ihren Überlegungen traten vielmehr solche Aspekte aus der Geschichte des ersten Weltkrieges in den Vordergrund, die hauptsächlich Lehren und Schlußfolgerungen aus der Niederlage von 1918 für neue militärische Auseinandersetzungen und natürlich für deren siegreiche Gestaltung beinhalteten. Daß es in einer mehr oder weniger fernen Zukunft wieder zum Kriege kommen würde, galt als eine indirekt und immanent vorausgesetzte Selbstverständlichkeit. Friedensdemagogische Akzente wurden nunmehr in Politik und Propaganda der NSDAP anders, aber auch seltener als während der ersten Nachkriegsjahre gesetzt. Sie blieben jedoch immer spürbar.

Am sinnfälligsten trat der Versuch, den alten Krieg zugunsten eines neuen zu bewältigen, in Hitlers „Mein Kampf“ zutage. Dieses Buch, das bis 1945 in nahezu 10 Millionen Exemplaren aufgelegt wurde³⁵, enthielt in teilweise wirrer Folge autobiographische, pseudophilosophische und historisch-politische Argumentationen zu den Zielen und Methoden der extrem reaktionären Kräfte des deutschen Imperialismus und Militarismus.³⁶ Eine Auswertung dieser zur „Beinahe-Bibel“ hochstilisierten Kampfschrift des Naziführers unter dem Aspekt, um den es im vorliegenden Beitrag geht, ist bisher kaum erfolgt³⁷, jedoch aufschlußreich. Nicht zufällig und übereinstimmend mit der Flut militaristischer Erinnerungs- und Rechtfertigungsliteratur formulierte Hitler, die Frage nach den Ursachen des „deutschen Zusammenbruchs“ sei von „*ausschlaggebender Bedeutung*, vor allem für eine politische Bewegung, deren Ziel ja eben die *Überwindung der Niederlage* sein soll“.³⁸

Das gesamte Buch läßt zunächst einmal – fragt man nach Hitlers Stellung zu Krieg und Frieden – deutlich erkennen, in welchem hohen Maße die Friedenssehnsucht breiter Teile der Bevölkerung ebenso wie die Vorstellungen einiger Gruppen der herrschenden Klasse hinsichtlich einer realistischen Außenpolitik einen bevorzugten Gegenstand der faschistischen Polemik darstellten. Mehrere der 15 Kapitel befassen sich direkt mit der Niederlage Deutschlands im ersten Weltkrieg. Eines der in dieser Hinsicht ausschlaggebendsten und zugleich umfangreichsten Kapitel trägt sogar den Titel „Ursachen des Zusammenbruchs“. Es wird organisch in dem über „Volk und Rasse“ fortgeführt. Die letzten drei Kapitel („Deutsche Bündnispolitik nach dem Kriege“, „Ostorientierung oder Ostpolitik“ und „Notwehr als Recht“) enthalten schließlich das Programm einer faschistischen Außen- und Kriegspolitik als Konsequenz aus allen anderen Darlegungen.

³⁴ Siehe Pätzold/Weißbecker, S. 86 f.

³⁵ Siehe Hermann Hammer: Die deutschen Ausgaben von Hitlers „Mein Kampf“. In: VjZ 2/1956, S. 161 ff.

³⁶ Siehe Pätzold/Weißbecker, S. 46 ff.; Eine ausführliche Behandlung erfährt „Mein Kampf“ bei Joachim Petzold: Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, Berlin 1982, S. 164 ff. Siehe auch Werner Maser: Hitlers Mein Kampf. Entstehung, Aufbau, Stil, Änderung, Quellen, Quellenentwurf, komment. Auszüge, München/Esslingen 1966.

³⁷ Selbstverständlich ist in keiner Interpretation das außenpolitische Programm Hitlers übergangen worden, das gewissermaßen den Kern der kriegsideologischen und friedensdemagogischen Positionen der NSDAP enthält.

³⁸ Hier und im folgenden wird benutzt Adolf Hitler: Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe. 390/394. Auflage, München 1939, S. 247. Hervorhebungen in der Regel vom Verfasser. Die Seitenangaben erfolgen künftig im Text in Klammern und verbunden mit dem Kürzel MK.

Immer wieder rieb sich Hitler am Begriff des Pazifismus, den er nicht als Ausdruck für eine politische Strömung, sondern nur als pejoratives Synonym für allgemeine Friedensliebe verwendete. Ein solcher Pazifismus sei aber – nach seiner Vorstellung – doch nur für den gut, der sich „zum alleinigen Herren dieser Erde macht“. In chauvinistisch-demagogischer Manier identifizierte Hitler „die Deutschen“ in mehrfacher Hinsicht – scheinbar positiv, vor allem aber negativ – mit dem Pazifismus: Wer., den Sieg des pazifistischen Gedankens in dieser Welt wirklich von Herzen wünschen wollte, müßte sich mit allen Mitteln für die Eroberung der Welt durch die Deutschen einsetzen; denn wenn es umgekehrt kommen sollte, würde sehr leicht mit dem letzten Deutschen auch der letzte Pazifist aussterben, da die andere Welt auf diesen *natur- und vernunftwidrigen Unsinn* kaum je so tief hereingefallen ist als leider unser eigenes Volk.“ (MK, 315)

Ebenso haßerfüllt polemisierte der NSDAP-Führer gegen den als „Unsinn“ verunglimpften Gedanken eines Teils der deutschen Bourgeoisie, die Welt einer „wirtschaftsfriedlichen Eroberung“ (MK, 160) zu unterwerfen. Dabei ging es ihm nicht um das Ziel, das er selbstverständlich anerkannte, sondern nur um die Methode zur Erreichung eines solchen Zieles. Eroberung der Welt – ja, aber auf anderem Wege. Nicht nur das Friedensstreben und die pazifistische Gesinnung unter den Massen, auch ein Pazifismus in Gestalt des getarnten Machtstrebens der bürgerlichen Verständigungs- und Erfüllungspolitiker waren ihm zutiefst verhaßt. Daraus resultierte seine These, eine Eroberung der Welt für die Wirtschaft müsse und dürfe nicht durch die Wirtschaft, sondern nur durch die Politik und das Schwert erfolgen. Der deutschen Vorkriegspolitik unterstellte er, sie habe „der bisherigen Gewaltpolitik ein für allemal das Genick brechen“ wollen und nicht genügend die Flottenrüstung gegen England unterstützt: „Das Gerede der ‚wirtschaftsfriedlichen‘ Eroberung der Welt war wohl der größte Unsinn, der jemals zum leitenden Prinzip der Staatspolitik erhoben wurde.“ Dem stellte er die britische Staatskunst gegenüber, die mit größter „Brutalität“ die wirtschaftlichen Eroberungen Englands „mit dem Schwerte ... vorbereitet und später verteidigt“ habe. Am Beispiel verdeutlichte Hitler die für ihn einzig erfolgversprechende Methode: „England besaß immer die Rüstung, die es eben nötig hatte. Es kämpfte immer mit den Waffen, die der Erfolg verlangte. Es schlug sich mit Söldnern, solange Söldner genügten; es griff aber auch tief hinein in das wertvolle Blut der ganzen Nation, wenn nur mehr ein solches Opfer den Sieg bringen konnte; immer aber blieb die Entschlossenheit zum Kampf und die Zähigkeit wie rücksichtslose Führung desselben die gleiche.“ (MK, 158)

Gegen wen auch immer gerichtet: Hitler malte jetzt eine regelrechte Schreckensvision vom Untergang der Menschheit „im ewigen Frieden“ (MK, 149). Dies bedeutete eine totale Absage an den klassischen bürgerlichen Humanismus. Der NSDAP-Führer griff damit auch alle friedensfeindlichen Thesen feudaler und bürgerlicher Ideologen – von Johann Valentin Embser, Heinrich von Treitschke, Helmuth von Moltke, Friedrich Nietzsche bis Carl Lüder und Erich Kaufmann³⁹ – auf. Die Abscheu vor den „Greueln eines ewigen Friedens“, die „notwendig die Erde zur Mördergrube und Hölle umschaffen“ würden⁴⁰, spiegelte sich vielfach in der faschistischen Propaganda.⁴¹ Vom Frieden wurde lediglich gesprochen, wenn er als beschönigende Chiffre chauvinistischen Macht- und Überlegenheitsstrebens des deutschen Imperialismus benutzt bzw. mißbraucht werden konnte. Die faschistische Friedensdemagogie diente daher nun nichts anderem als der Schaffung neuer innenpolitischer Voraussetzungen für einen Krieg; später diente sie der Schaffung neuer außenpolitischer Bedingungen für die aktive Vorbereitung des Krieges und schließlich dessen Entfesselung.

³⁹ Siehe Manfred Weißbecker: Kriege in der Geschichte – Geschichte für den Frieden. In: Geschichte – Frieden – Wissenschaft. Beiträge zur Krieg-Frieden-Problematik in historischer Sicht. Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1983, Jena 1983, S. 14 f.

⁴⁰ Diese Worte Embsers von 1779 sind zit. nach Wilhelm Janssen: Friede. In: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Hrsg. von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Kosellek, Bd. 2 (EG), Stuttgart 1975, S. 576 ff.

⁴¹ Vergrößernd und zugespitzt erklärte z. B. der NSDAP-Gauleiter von Thüringen am 20.4.1933: „Nach der Revolution von 1918 glaubten die Toren, einer Menschheit verkünden zu können, daß nun der ewige Friede in Europa eingekehrt sei. Es kam kein Friede, es kam nur die Schmach für uns... Und mit den idealen Werten sanken auch die Güter der Nation in ein Nichts zusammen.“ Fritz Sauckels Kampffrieden. Dokumente aus der Zeit der Wende und des Aufbaus, Weimar 1934, S. 58.

Hitler richtete in „Mein Kampf“ ganz bewußt den Blick auf den nächsten Krieg. In vier eng miteinander verflochtenen Komplexen zog er Schlußfolgerungen aus dem ersten Weltkrieg bzw. aus der Niederlage von 1918. Diese betreffen

- a) die Auswahl der Zielstellungen für einen neuen Krieg und ihre moralische Rechtfertigung;
- b) die bündnispolitische Suche nach geeigneten Partnern unter den europäischen Mächten;
- c) die Methoden zur Herstellung und Sicherung der erforderlichen innenpolitischen Voraussetzungen für die Außenpolitik des deutschen Imperialismus sowie
- d) die Frage nach der eigenen Initiative und nach dem richtigen Zeitpunkt für die Entfesselung des Krieges.

Wortreich und die gleichen Gedanken mehrfach wiederholend sammelte Hitler in seiner Landsberger Haftzeit alle Argumente, die beweisen sollten, daß die Bourgeoisie vor dem ersten Weltkrieg und in seinem Verlauf ein zu hohes Maß an „Ziellosigkeit in der deutschen Innen- und Außenpolitik“, an „Plan- und Gedankenlosigkeit“ zu erkennen gegeben habe. Für die siegversprechende Leitung des Reiches fehlte „die nötige Unterlage einer bestimmten Weltanschauung sowie die notwendige Klarheit über die inneren Entwicklungsgesetze des politischen Lebens überhaupt.“ (MK, 295 f.) Die einzig richtige Lösung der deutschen Probleme, die von Hitler häufig mit sozialimperialistischen Parolen versehen werden, sei durch den „Verzicht auf die Gewinnung neuen Bodens“ verpaßt worden. (MK, 255) Die Zukunft der Nation könne jedoch „ohne neuen Grund und Boden“ nicht sichergestellt werden: „Die Erwerbung von neuem Grund und Boden zur Ansiedlung der überlaufenden Volkszahl besitzt unendlich viele Vorzüge, besonders wenn man nicht die Gegenwart, sondern die Zukunft ins Auge faßt.“ (MK, 149 u. 151)

In seiner Auseinandersetzung mit der Kolonialpolitik des früheren Deutschen Reiches argumentierte Hitler für Bodenraub in Europa und „im großen und ganzen nur auf Kosten Rußlands“. Außereuropäische Kolonialpolitik sei nur „auf dem Wege eines schweren Kampfes durchzuführen gewesen ..., der dann aber zweckmäßiger ... für Land im Heimatkontinent selbst ausgefochten“ hätte werden müssen. (MK, 153 f.) Die Schlußfolgerungen sind bekannt und oft zitiert: „Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken. Das Schicksal selbst scheint uns hier einen Fingerzeig geben zu wollen. Indem es Rußland dem Bolschewismus überantwortete, raubte es dem russischen Volke jene Intelligenz, die bisher dessen staatlichen Bestand herbeiführte und garantierte.“ (MK, 742)

Damit war die Hauptstoßrichtung in einem neuen Krieg des deutschen Imperialismus und Militarismus vorgezeichnet. Sie galt der sozialistischen Sowjetunion, die nicht nur in geographischer Hinsicht, sondern vor allem als Staat mit einer neuen, den Weltfrieden als Ideal proklamierenden Gesellschaftsordnung das wichtigste Hindernis für jegliche Kriegspolitik und erst recht für den faschistischen Expansionismus darstellte. Noch deutlicher sah Hitler den Zusammenhang von Expansions- und Klassenkrieg in seinem „Zweiten Buch“, das er 1928 verfaßte, allerdings nicht zu veröffentlichen wagte.⁴² Unmißverständlich steuerte Hitler auch seinen Teil zur antisowjetischen Legende von der „Gefahr aus dem Osten“ bei. Er sah einen Sieg des „panslawischen Gedankens gegen die bolschewistische jüdische Staatsidee“ voraus und schlußfolgerte: „Indem dieser Staat keine irgendwie mehr verankerte staaterhaltende Oberschicht besitzen wird, wird er zu einer Quelle ewiger Unruhe und ewiger Unsicherheit werden. Ein gigantisches Landgebiet wird damit dem wechselvollsten Schicksal ausgeliefert sein, und statt einer Stabilisierung der Staatsverhältnisse auf der Erde wird eine Periode unruhewoller Veränderungen beginnen.“ Das Ziel der deutschen Außenpolitik sei daher „dort zu suchen, wo es einzig und allein liegen kann: Raum im Osten.“⁴³ Der spätere Krieg gegen

⁴² Siehe Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928. Eingel. und komment. von Gerhard L. Weinberg, Stuttgart 1961.

⁴³ Ebenda, S. 158 f.

die UdSSR als einer „Zentralentscheidung“ im Kampf um die Herrschaft über Europa, als der dominierenden Schlüsselfrage im Kriegszielprogramm des faschistischen deutschen Imperialismus und die späteren Parolen vom „Weltanschauungskrieg“, der den Einsatz jedes Mittels erfordere und rechtfertige, zeichneten sich bereits klar ab.

In die expansionistischen Forderungen nach „neuem Boden“ integrierten sich bereits in der Mitte der 20er Jahre Vorstellungen über das Verhältnis zu den Völkern, die zur Zeit über diesen Boden verfügten. Der Boden, nicht die Menschen, sei zu „germanisieren“, so daß der europäische Kontinent „nach kaum hundert Jahren“ durch 250 Millionen Deutsche besiedelt und beherrscht werde. (MK, 767) Wiederum in deutlicher Abgrenzung zu bestimmten Methoden, wie sie im Wilhelminischen Reich verwendet worden waren, wandte sich der Naziführer strikt gegen eine „rein sprachliche Eindeutschung“. (MK, 430) Man sei sich weder im Deutschen Reich noch in Österreich im geringsten darüber klar geworden, „daß Germanisation nur am Boden vorgenommen werden kann und niemals am Menschen.“ (MK, 428) Die menschenfeindlichen Konsequenzen und die spätere Politik des Völkermordes erscheinen damit in ihren ersten Konturen. Allerdings wurden sie ebensowenig formuliert wie das zwangsläufige Ergebnis des Gierens nach fremdem Grund und Boden. Den Begriff des Krieges für die geplanten neuen militärischen Aktionen des deutschen Imperialismus mied Hitler, wo und wann er nur dazu in der Lage war. An beschönigenden Umschreibungen des tatsächlichen Sachverhaltes mangelte es ihm nicht: da ist die Rede von der „Faust“, die sich zu nehmen habe, was „der Güte verweigert wird“ (MK, 152), da wird in „der ewig gleichmäßigen Anwendung der Gewalt“ das allerwichtigste Mittel des Erfolges gesehen und „die Waffe der brutalen Gewalt“ propagiert (MK, 188 f.), da ernten die völkischen Konkurrenten der NSDAP den Spott, sie würden nur mit „vorsorglich nachgemachten Blechschwertern in den Lüften herumfuchtelnd“ und lediglich den „Kampf mit geistigen Waffen“ predigen. (MK, 396) Weitere Belege dieser Art lassen sich dutzendfach ermitteln; von einer bezeichnenden Ausnahme wird später noch zu reden sein.

Das auf der Hand liegende Argument, jede Politik mit einer solchen Zielsetzung könne nur zu einem Krieg von noch größerem Ausmaß als dem von 1914 bis 1918 führen, umging Hitler. Ohne Rücksicht auf die geschichtliche Entwicklung der Grenzen und auf das Existenz- und Selbstbestimmungsrecht anderer Völker begründete er den Expansionismus der herrschenden Kreise Deutschlands zunächst mit Hilfe der Behauptung, es gebe „Grenzen des ewigen Rechtes“. Ein Staat, in dem pro Quadratkilometer die meisten und außerdem noch – aus chauvinistisch-rassistischer Sicht – die besten, wertvollsten und reinblütigsten Menschen leben, der habe einfach einen rechtlich begründeten Anspruch auf mehr Raum und dürfe sich davon nicht „abbringen lassen“. (MK, 152) Die offensichtliche Einfältigkeit einer sich auf das „ewige Recht“ stützenden Argumentationslinie veranlaßte den NSDAP-Führer wohl auch, bereits im zweiten Teil von „Mein Kampf“ sich selbst zu widersprechen: kein Volk besitze „auf dieser Erde auch nur einen Quadratmeter Grund und Boden auf höheren Wunsch und laut höherem Recht“. (MK, 740) Auch in seinem „Zweiten Buch“ ging er darauf nicht mehr ein. Hier hob er die Notwendigkeit des „Lebenskampfes und das „Recht des Stärkeren“ hervor.⁴⁴ „Lebenskampf“ – mit dieser sozialdarwinistischen Formel konnte der Krieg zum Normalzustand der menschlichen Gesellschaft erhoben, konnte die Unterscheidung von Kriegs- und Friedenspolitik tatsächlich als hinfällig betrachtet werden.

Die sorgfältige Suche nach geeigneten Partnern unter den europäischen Mächten nahm in der faschistischen Kriegsideologie einen breiten Raum ein. In der Manier eines Biertischstrategen breitete sich Hitler in „Mein Kampf“ umständlich und langatmig darüber aus, wie wenig zweckmäßig und wie falsch doch die Bündnispolitik des Deutschen Reiches vor dem ersten Weltkrieg gewesen sei. Das Zusammengehen mit Österreich galt ihm als „ein wahrer Wahnsinn“. (MK, 157) Das „mögliche Bündnis mit England“ sei einer Kolonial- und Handelspolitik geopfert worden, ohne sich dabei

⁴⁴ Hitlers Zweites Buch, S. 46 ff.; Später folgte einmal die Erklärung, „daß das letzte Recht immer in der Macht liegt“. Adolf Hitlers Geheimrede vom 23. November 1931. Zit. nach Henry Picker: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier. Vollständig überarbeitete und erweiterte Neuauflage mit bisher unbekannten Selbstzeugnissen Adolf Hitlers, Abbildungen, Augenzeugenberichten und Erläuterungen des Autors: Hitler, wie er wirklich war, Stuttgart 3./1976, S. 486.

auf Rußland zu stützen. (MK, 691) Für die Nachkriegszeit hielt er ein Bündnis mit England zur „Hemmung des maßlosen französischen Hegemonie-Triebes“ für unumgänglich. (MK, 697) Da Frankreich „der unerbittliche Todfeind des deutschen Volkes ist und bleibt“, müsse man sich mit England, selbst wenn es gegen „Deutschland als Weltmacht“ eingestellt sei, sowie mit Italien verbünden. (MK, 699 f. u. 755 ff.) Zugunsten eines Paktierens mit letzterem begab sich der Naziführer sogar in die nationalistischen Fallstricke seines Verzichts auf Forderungen nach einer Rückgabe Südtirols an Österreich. Er versuchte zwar diesen Verzicht in besonderer Vehemenz zu begründen und selbstverständlich auch antisemitisch zu deuten⁴⁵ – eine ganze Reihe konservativer Nationalisten und Revanchisten konnte ihm das jedoch bis in die ersten erfolgreichen Jahre des zweiten Weltkrieges hinein nicht verzeihen.⁴⁶

Im Rahmen seiner bündnispolitischen Überlegungen sah Hitler im Verhältnis Deutschlands zur UdSSR „die vielleicht entscheidendste Angelegenheit der deutschen Außenpolitik überhaupt“ und widmete ihm sogar ein Kapitel in „Mein Kampf“, vor allem um mit „Voreingenommenheiten“ zahlreicher NSDAP-Mitglieder aufräumen zu können. (MK, 726) Auch gegen Bismarcks Rußland-Politik gerichtet, verneinte er jede Möglichkeit eines Zusammengehens, da mit einer „Koalition von Krüppeln“ nichts zu erreichen sei: „Das derzeitige, seiner germanischen Oberschicht entkleidete Rußland ist, ganz abgesehen von den inneren Absichten seiner neuen Herren, kein Verbündeter für einen Freiheitskampf der deutschen Nation.“ (MK, 747 f.) Über diesen Hauch eines anscheinend sachlichen Arguments stellte Hitler jedoch eine billige und blutrünstige antibolschewistische Agitation. Er unterstellte, die sowjetische Regierung denke gar nicht daran, „in ehrlicher Weise einen Bund einzugehen oder ihn gar zu halten. Man vergesse doch nie, daß die Regenten des heutigen Rußlands blutbefleckte gemeine Verbrecher sind, daß es sich hier um einen Abschaum der Menschheit handelt, der, begünstigt durch die Verhältnisse, in einer tragischen Stunde, einen großen Staat überrannte ... Man schließt aber keinen Vertrag mit einem Partner, dessen einziges Interesse die Vernichtung des anderen ist.“ Deutschland sei das „nächste große Kampfziel“ des russischen Bolschewismus, der einen „Versuch des Judentums“ darstelle, „sich die Weltherrschaft anzueignen“. Auf die Frage, wie man „dem deutschen Arbeiter den Bolschewismus als fluchwürdiges Menschenheitsverbrechen klarmachen“ wolle, wenn man „sich selbst mit den Organisationen dieser Ausgeburt der Hölle verbündet“, antwortete Hitler: „Der Kampf gegen die jüdische Weltbolschewisierung erfordert eine klare Einstellung zu Sowjetrußland. Man kann nicht den Teufel mit dem Beelzebub austreiben.“ (MK, 750 ff.)

Das Interessante am Kapitel „Ostorientierung oder Ostpolitik“ liegt aber weniger in der Argumentation, die keinerlei inhaltliche Überraschungen bietet, sondern in der Offenheit, in der hier direkt – allen üblichen friedensdemagogischen Schnörkeln widersprechend – die Notwendigkeit eines Krieges propagiert wurde.⁴⁷ Hitler untersuchte zahlreiche Aspekte „eines Krieges Deutschland-Rußland gegen den Westen Europas“, die militärisch/strategische Situation der UdSSR ebenso wie den Stand der sowjetischen Militärtechnik. Dabei entschlüpfte ihm eine generelle, die faschistische Bündnispolitik entlarvende Sentenz: „Man wende nun nicht ein, bei einem Bund mit Rußland müsse nicht gleich an einen Krieg gedacht werden, oder wenn, könne man sich auf einen solchen gründlich vorbereiten. Nein. *Ein Bündnis, dessen Ziel nicht die Absicht zu einem Krieg umfaßt, ist sinn- und wertlos.* Bündnisse schließt man nur zum Kampf. Und mag die Auseinandersetzung im Augenblick des Abschlusses eines Bündnisvertrages in noch so weiter Ferne liegen, die Aussicht auf eine kriegerische Verwicklung ist nichtsdestoweniger die innere Veranlassung zu ihm.“ (MK, 749)

⁴⁵ MK, S. 707 ff.; Hitlers Zweites Buch, S. 176-212.

⁴⁶ Siehe Manfred Weißbecker: Die nationalistisch-revanchistische „Deutschlandpolitik“ in der Geschichte des deutschen Imperialismus. Thesen. In: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 48 (Januar 1986) S. 6 ff.

⁴⁷ Was in „Mein Kampf“ noch die Ausnahme darstellte, dominierte in Hitlers zweitem Buch. In gleicher Weise verstärkte sich die negative Bewertung des Friedens. Eine „grundsätzlich friedliche Politik“ werde zu einer „Geißel“ und: „Während der Krieg im höchsten Fall einen Bruchteil der Gegenwart tötet, mordet er (der Frieden, M. W.) die Zukunft.“ (Hitlers Zweites Buch, S. 50 und 48). Wahrscheinlich war auch dies ein Grund für die Nichtveröffentlichung, da sich ja gerade 1928 in Deutschland der antimilitaristische Kampf der Arbeiterbewegung und ihrer Verbündeten erheblich verstärkte.

Im gleichen Kapitel ließ er sich auch darüber aus, daß er die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 allenfalls für ein Minimalziel deutscher Revanchebestrebungen halte. Es sei dies aber „ein politischer Unsinn von Ausmaßen und Folgen, die ihn als Verbrechen erscheinen lassen“. (MK, 736) Für die Grenzen Vorkriegsdeutschlands lohne es nicht, „erneut das Blut unseres Volkes einzusetzen“, was aber unvermeidlich sei. Wenn schon – so ließ er sich offener als in den übrigen Teilen des Buches vernehmen, allerdings auch hier unter Vermeidung des Kriegsbegriffs – die „deutsche Zukunft, so oder so, den *höchsten Einsatz* erfordert, muß man ... um dieses Einsatzes willen ein dessen würdiges Ziel aufstellen und verfechten“. (MK, 738)

Wie ein roter Fader durchzieht „Mein Kampf“ die (hier nicht ausführlich zu erörternde, da in der Literatur vielfach behandelte) Frage nach den geeignetsten Methoden zur Herstellung und Sicherung der für eine aggressive und expansionistische Kriegspolitik des deutschen Imperialismus erforderlichen innenpolitischen Voraussetzungen. Der „permanenten Kriegserklärung“ an die Sowjetunion und an Frankreich⁴⁸ ging die des Bürgerkrieges an das deutsche Volk, an seine revolutionäre Arbeiterbewegung, an die Sozialdemokratie und alle friedliebenden Kräfte voraus. Aus der Kritik an den innenpolitischen „Halbheiten“ des Kaiserreichs leitete Hitler einerseits die Notwendigkeit eines brutalen, terroristischen Kampfes gegen alle Gegner der Kriegspolitik und -ideologie des deutschen Imperialismus ab, andererseits auch die als entscheidend betrachtete Frage: „Wie erzeugen wir den Geist, der ein Volk befähigt, Waffen zu tragen?“ Daran knüpfte er folgenden Gedanken an: „Wenn dieser Geist ein Volk beherrscht, findet der Wille tausend Wege, von denen jeder bei einer Waffe endet! ... Begreift man aber, daß die Wiedererhebung der deutschen Nation eine Frage der Wiedergewinnung unseres politischen Selbsterhaltungswillens darstellt, so ist es auch klar, daß dem nicht genügt wird durch eine Gewinnung von an sich schon wenigstens dem Willen nach nationalen Elementen, sondern *nur durch die Nationalisierung der bewußt antinationalen Masse*.“ (MK, 365 f.) Ihm und anderen Naziführern stand dabei vor Augen, mit welcher Begeisterung große Teile der Massen im August 1914 in den Krieg gezogen waren. Den damaligen Hurrapatriotismus stilisierte ein Otto Strasser zur „Deutschen Revolution“ hoch⁴⁹, während Alfred Rosenberg nach einer Synthese des „Baldur- und Siegfried-Mythus... mit dem Wesen des deutschen Soldaten von 1914“ sowie nach einer heroischen „Losung“ suchte, für die erneut „Millionen und aber Millionen ... zum Opfertod bereit gemacht werden“ könnten.⁵⁰

Aufschlußreich für die „Lehren“ und Schlußfolgerungen der deutschen Faschisten, die sie und ihr „Führer“ aus der Niederlage des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg für die Vorbereitung eines neuen Krieges zogen, sind nicht zuletzt auch die Auslassungen über die Notwendigkeit eines Angriffskrieges sowie über die Wahl eines richtigen Zeitpunktes für die Entfesselung des Krieges. Die entscheidende Voraussetzung für das Kriegsergebnis liege im Angriff, nicht in der Verteidigung.⁵¹ Dabei war von einer Verteidigung während der 20er Jahre niemals im Sinne von Abwehr einer unmittelbaren Bedrohung die Rede; dies tauchte erst später auf, als die faschistischen Kriegspläne konkrete Gestalt annahmen und nach konkreten friedensdemagogischen Floskeln gesucht wurde. 1924 gingen Hitlers Überlegungen zehn Jahre zurück: Die angeblich auf Erhaltung des Weltfriedens (!) bzw. auf das Hinausschieben des Krieges bedachte Politik Deutschlands und Österreichs sei damals ein „Fluch“ gewesen, da man dadurch sowie durch den Zufall des Attentats von

⁴⁸ Petzold: Die Demagogie des Hitlerfaschismus, S. 189.

⁴⁹ Siehe Manfred Weißbecker: Kampfgemeinschaft Revolutionäre Nationalsozialisten. In: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, Leipzig (auch Köln) 1985, S. 172 ff.

⁵⁰ Alfred Rosenberg: Der Mythus des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, München 1930, S. 685 und 698.

⁵¹ MK, 161 u. 300. Gerade an diesem Beispiel läßt sich sehr gut erkennen, wie sich Hitler in die militaristische Literatur zur Auswertung des ersten Weltkrieges einordnete: Erich Ludendorff hatte 1922 (Kriegführung und Politik, S. 10) geschrieben, er könne der Ansicht von Clausewitz nicht zustimmen, „daß die verteidigende Form des Kriegführens an sich stärker als die angreifende ist ...“ Zum Zusammenhang zwischen den zahlreichen Rechtfertigungsschriften führender Militaristen und den Auffassungen Hitlers siehe auch Jutta Sywottek: Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg, Opladen 1976, S. 19 ff.

Sarajevo „gezwungen war, zu der ungünstigsten Stunde zu schlagen“. (MK, 175) Obwohl Probleme einer „optischen Regie des Kriegsausbruches“⁵² erst in der Zeit nach 1936 behandelt wurden, waren in gewisser Weise mit diesen Gedanken die Grundlinien einer solchen Regie benannt. Die deutschen Imperialisten und Militaristen wollten in der Krieg-Frieden-Frage das Heft in ihre Hände bekommen, Initiative und offensiven Geist pflegen sowie die Bereitschaft zum militärischen Abenteuer in jeder günstig erscheinenden Situation – bei militärischer Überlegenheit und erfolgversprechender politischer Konstellation – entwickeln.

Im „Zweiten Buch“ polemisierte Hitler sogar ausführlich gegen die „Anti-Präventivkriegs-Friedensphilosophen“.⁵³ Dabei führte er auch eine Reihe geschichtlicher Beispiele an, für die er wiederum neue friedensdemagogische Akzente fand. Er behauptete unverfroren, „ein Präventivkrieg, der im Jahre 1904, als Rußland in Ostasien gefesselt schien, Frankreich niedergeworfen hätte“, wäre leichter vor der Geschichte zu verantworten gewesen als der erste Weltkrieg. Mehr oder weniger logisch ergab sich daraus die Kritik an Teilen der Reichswehrführung, denen angeblich als „schönstes Ideal“ das unmilitärische Dasein als einer „republikanisch-demokratischen Parlamentswache“ vorschwebte und die das Militär zur „Wach- und Schließgesellschaft international-pazifistischer Börseninteressen“ geraten lassen würden. Statt dessen müsse die Reichswehr „ein Instrument des Krieges“ sein: „Man kann keine Armee ausbilden, von hohem Eigenwert, wenn das Ziel ihrer Existenz nicht die Vorbereitung zum Kriege ist. Armeen zur Erhaltung des Friedens gibt es nicht, sondern nur zum siegreichen Durchfechten des Krieges.“⁵⁴ Wen wundert es, daß für den Krieg bis zum Sieg der „totale“ Einsatz aller Mittel, „planmäßige Vorbereitung des Krieges“ (MK, 691) und „schärfste Kampfweise“ (MK, 195) gefordert wurden, was mit Fug und Recht von Hans Günther als Konstituierung von „Bestialität zum Aktionsprinzip“ charakterisiert worden ist.⁵⁵

V.

In der faschistischen Propaganda traten am Ende der 20er und zu Beginn der 30er Jahre, parallel zur steigenden Mitglieder- und Wählerzahl, die ursprünglichen friedensdemagogischen Akzente immer stärker in den Hintergrund.⁵⁶ Erst 1933, unmittelbar nach der Errichtung der faschistischen Diktatur, gewannen sie im propagandistischen Kalkül der Naziführung wieder an Boden; dies allerdings in einem erheblichen und erstaunlichen Ausmaß.⁵⁷ Diktiert von den Notwendigkeiten der innenpolitischen Absicherung⁵⁸ verging im Jahre 1933 seit der offiziellen Regierungserklärung keine Veranstaltung der Nazis, keine Rede Hitlers oder anderer Führer ohne weitschweifige Beteuerungen des eigenen Friedenswillens.⁵⁹ Den Höhepunkt stellt die Reichstagsrede Hitlers vom 17. Mai dar, mit deren Hilfe die Weltöffentlichkeit beruhigt und irreführt werden sollte. Daher legte die Regierung auch großen Wert darauf, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion (genauer: das, was von ihr an-

⁵² Gerhard L. Weinberg: Deutschlands Wille zum Krieg. Die internationalen Beziehungen 1937-1939. In: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz, Düsseldorf 1983, S. 413.

⁵³ Hitlers Zweites Buch, S. 108.

⁵⁴ Ebenda, S. 110 f.

⁵⁵ Günther: Der Herren eigener Geist, S. 78.

⁵⁶ In der bekannten Rede vor dem Düsseldorfer Industrie-Klub, in der Hitler die Ausrottung des Marxismus und die Schaffung einer deutschen 8-Millionen-Armee forderte, tauchte der Friedensbegriff lediglich im Schlußsatz auf: Der „deutsche Wiederaufstieg“ benötige „einen vollständig innerlich regenerierten deutschen Volkskörper ... unduldsam und unerbittlich gegen jeden ... – und im übrigen zu Freundschaft und Frieden bereit mit jedem, der Freundschaft und Frieden will!“ Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Klub zu Düsseldorf am 27. Januar 1932, München 1932, S. 31.

⁵⁷ Diese Tatsache berechtigt nicht zu der undifferenzierten Schlußfolgerung, erst seit 1933 habe die NSDAP-Führung ihren „Friedenswillen“ beteuert. Siehe Hans-Adolf Jacobsen: Krieg in Weltanschauung und Praxis des Nationalsozialismus (1919-1945). In: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz, Düsseldorf 1983, S. 431.

⁵⁸ Auf die Ursachen des verstärkten und neuartigen Hervortretens der faschistischen Friedensdemagogie kann hier nicht eingegangen werden.

⁵⁹ Siehe die informative und detaillierte Übersicht in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, S. 113 ff.

gesichts des faschistischen Terrors übriggeblieben war!) für die Teilnahme an dieser Sitzung und für eine Zustimmung zur Regierungserklärung zu gewinnen.⁶⁰

Eingangs seiner Rede nahm der Reichskanzler sogar, wenn auch vorsichtig, Abstand von den bisher lautstark erhobenen Forderungen nach einer raschen Revision des Versailler Vertrages. Er legte dar, was nach seiner Auffassung im Jahre 1919 ein echter, friedensstiftender, den „wirklichen Frieden“ herbeiführender Friedensvertrag gewesen wäre. Er anerkannte die damalige Notwendigkeit einer „territoriale(n) Neugestaltung Europas“, verband sie jedoch mit der Forderung nach einer Deckungsgleichheit von Volks- und Staatsgrenzen sowie nach einer Gleichberechtigung aller Völker. Letzteres entsprach in keiner Weise der chauvinistisch-revanchistischen Ideologie der Faschisten, ebensowenig die Erklärung, „die nationalen Rechte auch der anderen Völker“ respektieren zu wollen. Noch verlogener gestaltete sich eine Passage, die – aus dem Zusammenhang herausgegriffen – überraschen mußte: „Kein neuer europäischer Krieg wäre in der Lage, an Stelle der unbefriedigenden Zustände von heute etwas Besseres zu setzen. Im Gegenteil, weder politisch noch wirtschaftlich könnte die Anwendung irgendeiner Gewalt in Europa eine günstigere Situation hervorrufen, als sie heute besteht. Selbst bei ausschlaggebendem Erfolg einer neuen europäischen Gewaltlösung würde als Endergebnis eine Vergrößerung der Störung des europäischen Gleichgewichts eintreten und damit so oder so der Keim für spätere neue Gegensätze und neue Verwicklungen gelegt werden. Neue Kriege, neue Unsicherheit und eine neue Wirtschaftsnot würden die Folge sein.“⁶¹ Die deutsche Regierung sei „überzeugt, daß es heute nur eine große Aufgabe geben kann: den Frieden der Welt zu sichern ... Deutschland denkt nicht an einen Angriff, sondern an seine Sicherheit.“⁶²

War in den 20er Jahren der Kriegsbegriff weitgehend vermieden und schon gar nicht mit dem Ringen um die „deutsche Zukunft“ in Zusammenhang gebracht worden, so wurde er nunmehr – auf der Grundlage der Behauptung über den eigenen „Friedenswillen“ – in Verbindung mit der angeblich friedensgefährdenden Politik anderer Länder massiv verwendet. Die psychologisch-propagandistische Einstimmung der Massen auf den ins eigene Visier genommenen Krieg hatte ein neues Stadium erreicht. Dieser, die Kriegsschuldzuweisung prophylaktisch vorwegnehmenden Variante der faschistischen Friedensdemagogie – in der Propaganda der Nazis vielfältig variiert und ergänzt⁶³ – wurde eine Reihe drohender, unüberhörbarer Untertöne hinzugefügt. Hitler kündigte am 17. Mai indirekt den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und den Boykott der internationalen Abrüstungskonferenz für den Fall an, daß keine Verständigung über die Abrüstung (sprich: über die deutsche Aufrüstung!) erreicht werden könne: „Das deutsche Volk besitzt aber heute genug Charakter, in einem solchen Falle ... die dann einzig möglichen Konsequenzen zu ziehen.“⁶⁴ Daß es sich bei diesen Konsequenzen nicht nur um den Austritt aus dem Völkerbund, sondern auch um den Übergang zu einer beschleunigten Aufrüstung und Kriegsvorbereitung handelte, machte Hitler wenige Tage nach der „Friedensrede“ deutlich, er an einem Manöver⁶⁵ der Marine in Kiel teilnahm. Gleich-

⁶⁰ Siehe Autorenkollektiv unter Leitung von Heinz Niemann: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917 bis 1945, Berlin 1982, S. 335 ff.

⁶¹ Zit. nach Max Domarus: Hitler, Reden und Proklamationen 1932-1945. Komment. von einem deutschen Zeitgenossen. Bd. 1, Erster Halbband, München 1965, S. 273. An die zitierte Passage schloß sich sofort der antikommunistische Hinweis an die Westmächte an, daß ein neuer Krieg in Europa zum „Zusammenbruch der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung“ sowie zum „kommunistischen Chaos“ führen würde.

⁶² Ebenda, S. 277. In seinem Interview mit dem englischen Korrespondenten Ward Price vom 5.8.1934 steigerte Hitler noch einmal diese Heuchelei: „Soweit es an Deutschland liegt, wird es keinen neuen Krieg geben... Es ist die Überzeugung der nationalsozialistischen Bewegung, daß Krieg niemand Nutzen bringt und nur Ruin zur Folge haben kann. Uns würde ein Krieg keinen Gewinn bringen. 1918 war für uns eine Lehre und eine Warnung ... Wir werden bestimmt niemals wieder kämpfen außer in Notwehr.“ Ebenda, S. 432.

⁶³ So erklärte z. B. der NSDAP-Gauleiter von Thüringen am 16.5.1933: „Unser heißester Wunsch ist es, endlich in der Welt den Frieden zu bekommen. Nichts brauchen wir notwendiger, nichts ersehnen wir heißer für unsere Kinder, für unsere Heimat, für unser Volk, das so furchtbar schwer geprüft ist, als eben den Frieden.“ Fritz Sauckels Kampfreden, S. 69.

⁶⁴ Max Domarus, S. 278.

⁶⁵ Kurze Zeit danach erging vom Goebbels-Ministerium allerdings die Anweisung, das Wort „Manöver“ in der zu drosselnden Berichterstattung der Presse über die „kleinen Übungen“ der Reichswehr nicht zu verwenden. Das Auswärtige Amt schrieb am 6.7.1933 der Inlandpropaganda vor: „Wer dem Gegner fahrlässig oder vorsätzlich

zeitig beschwor einer der faschistischen Gauleiter vor der 57. SS-Standarte in Meiningen das Bündnis von Reichswehr und Nazipartei und verkündete nach dem unentbehrlichen Satz, der Frieden sei das Köstlichste auf der Welt: „Unser Kampf ist noch nicht zu Ende, darf nicht zu Ende sein, denn die Frage des Lebens auf dieser Männererde wird nicht gelöst durch den, der die Ruhe und die satte Bequemlichkeit sich zum Lebensprinzip erhoben hat, sondern diese Frage löst nur der beste und härteste Mann, der jederzeit zur Tat bereit ist. Darum kennen wir nur den einen Ehrgeiz, die besten und härtesten Kämpfer unseres Volkes zu sein und zu bleiben.“⁶⁶ Deutlich zeichnete sich am politischen Horizont die „Pax germanica“, ein Frieden zu den Bedingungen des faschistischen deutschen Imperialismus, ein Frieden *gegen* die anderen Völker ab.

Die Hitlersche „Friedensrede“ vom 17. Mai 1933 eröffnete eine ganze, bis in den zweiten Weltkrieg reichende Serie so und ähnlich bezeichneter Dokumente. 1936 behauptete Hitler von sich selbst, kein Mann in der Welt habe mehr als er „von Frieden und für den Frieden geredet und gerungen ...“.⁶⁷ Tatsächlich gelang der Naziführung „ein einziges grandioses Täuschungsmanöver“⁶⁸, das die faschistische Rüstungspolitik und Kriegsvorbereitung in den 30er Jahren ständig begleitete. Vordergründig-agitatorisch, losgelöst von jeder Orientierungssuche nach sinngebenden Lebenswerten entleerte die faschistische Propaganda in zunehmendem Maße den Friedensbegriff, drängte sie die Friedenssehnsucht unter den Massen zurück. Es gelang der Naziführung, unter dem größten Teil der deutschen Bevölkerung nationalistische und großmachtchauvinistische Positionen zu verbreiten, denen zufolge der Frieden nur als Sicherheit für sich selbst, als zu rechtfertigende Unsicherheit der anderen Völker gelten dürfte. Frieden – das wurde zu einem Zustand degradiert, der nur noch als Friedensdiktat der vor Überlegenheit strotzenden Deutschen über alle anderen Nationen und Rassen denkbar sein sollte.⁶⁹

Als Hitler jedoch in seiner geheimen Rede vom 10. November 1938 vor Vertretern der deutschen Presse den Übergang zu einer offeneren und offensiven Propaganda im Rahmen der faschistischen Kriegsvorbereitung verlangte und rückblickend erklärte, die Umstände hätten ihn gezwungen, „jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden“⁷⁰, machte er sich wiederum einer demagogischen Täuschung schuldig. Die Geschichte der faschistischen Kriegsideologie und Friedensdemagogie der 20er Jahre weist eindeutig aus, daß in allen Phasen ihrer Entwicklung die Aufrüstung und die Militarisierung Deutschlands für einen neuen Krieg, für militärische Aktionen zur Eroberung der Vorherrschaft des deutschen Imperialismus in Europa und in der Welt gerechtfertigt und propagiert worden sind. Die deutschen Faschisten haben weder vor dem 10. November 1938 allein vom Frieden geredet, noch danach ausschließlich kriegsideologisch argumentiert.⁷¹ Es vollzog sich lediglich ein erneuter Wandel in der Kombination beider Elemente der propagandistisch-psychologischen Vorbereitung der Massen auf jenen Krieg, den die Nazis schließlich unmittelbar vor dem geplanten „Reichsparteitag des Friedens“ entfesselten.⁷²

Reinhard Kühnl/Karen Schönwälder (Hrsg.), Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg. Friedensdemagogie und Kriegsvorbereitung in Geschichte und Gegenwart, Köln 1986, S. 137-173.

Material für seine Propaganda und für die in Genf gegen Deutschland gerichtete Aktion liefert, d. h. wer innerdeutsche Vorgänge durch Bild, Schrift und Wort so darstellt, daß der Gegner dadurch einen Vorwand finden kann, sich der eigenen Abrüstung zu entziehen, begeht Landesverrat ...“ Zit. nach NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation, Bd. 1: 1933. Bearb. von Gabriele Toepser-Ziegert. Mit einem Vorwort von Fritz Sängler, München u. a. 1984, S. 98 f.

⁶⁶ Fritz Sauckels Kampffrieden, S. 72 ff.

⁶⁷ Domarus, Bd. I, Zweiter Halbband, S. 614.

⁶⁸ Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, S. 113.

⁶⁹ Bezeichnenderweise wurde in Bd. 4 der 8. Auflage von Meyers Lexikon, Leipzig 1938, Sp. 704 f. unter dem Stichwort „Frieden“ lediglich formuliert, er sei „Gegensatz zu Krieg und Streit, Zustand der Ruhe und Ordnung“, ansonsten aber gleichbedeutend mit „Friedensschluß“, über den dann ausführlich referiert wurde.

⁷⁰ Domarus, Bd. I, Zweiter Halbband, S. 974.

⁷¹ Eine Analyse allein der Reden und Aufsätze Goebbels verrät, daß es im Jahre 1939 zu einem regelrechten Höhepunkt der faschistischen Friedensdemagogie in allen ihren Varianten kam. Siehe Joseph Goebbels: Die Zeit ohne Beispiel. Reden und Aufsätze aus den Jahren 1939/40/41, München 1941, S. 39 ff., 47, 73 ff. und passim.

⁷² Siehe dazu auch den Beitrag von Kurz Pätzold in diesem Band.

Vorwort

Am 3. und 4. Oktober 1985 beschäftigte sich das 15. Jenaer Faschismus-Kolloquium mit dem Thema „Nationalismus und Revanchismus – konstitutive Elemente der politischen Organisation der Gesellschaft des imperialistischen Deutschlands“. An der lebhaften Diskussion beteiligten sich Historiker, Juristen, Philosophen, Kulturwissenschaftler und Vertreter anderer gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen. Viele Beiträge – von ihnen kann hier nur eine Auswahl veröffentlicht werden – gingen von den besorgniserregenden Erscheinungsformen einer neuen Welle des Nationalismus, gleichzeitig aber auch von den immer deutlicher zutage tretenden Differenzierungsprozessen unter den bürgerlichen Kräften in der BRD aus. Gefragt wurde nach dem Zusammenhang von nationalen und sozialökonomischen Strukturen der Gesellschaft, nach den langfristig wirksamen nationalen Entwicklungsprozessen in der bürgerlichen Gesellschaft, nach den Gesetzmäßigkeiten im Wirken nationalistischer Ideologien für die Organisiertheit des antirevolutionären und antihumanen Willens der Monopolbourgeoisie. Das vorliegende Heft spiegelt in gewissem Umfang auch den Meinungsstreit marxistisch-leninistischer Gesellschaftswissenschaftler wider, der die notwendige Exaktheit in der begrifflichen Erfassung von nationalem Denken, Nationalgefühl und Patriotismus einerseits und von Nationalismus in allen seinen Spielarten andererseits sowie die Rolle des Kampfes gegen den bürgerlichen Nationalismus und Revanchismus in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung betraf. Mit ihm soll daher einer Fortsetzung der begonnenen Debatten gedient werden, nicht zuletzt weil über sie und mit ihrer Hilfe größere Komplexität, Differenziertheit und Aktualität in der geschichtswissenschaftlichen Erforschung der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland erreichbar scheinen.

Prof. Dr. Manfred Weißbecker

Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte. Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland“ der Sektion Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Nr. 48, Januar 1986, S. 5.

Die nationalistisch-revanchistische „Deutschumpolitik“ in der Geschichte des deutschen Imperialismus – Thesen*

„Einst im Bierkeller zu Göttingen äußerte ein junger Altdeutscher, daß man Rache an den Franzosen nehmen müsse für Konradin von Staufen, den sie zu Neapel geköpft. Ihr habt das gewiß längst vergessen. Wir aber vergessen nichts. Ihr seht, wenn wir mal Lust bekommen mit euch anzubinden, so wird es uns nicht an triftigen Gründen fehlen. Jedenfalls rate ich euch daher auf eurer Hut zu sein.“ (Heinrich Heine: Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland, 1834)

„Der deutsche Nationalismus (dessen Wiederbelebung ja jetzt offiziell und unwidersprochen verkündet worden ist) war bis 1918 auf Westen zu fast noch wilder als auf Osten zu; nun ist er gen Westen so zahm wie ein weiser Eunuch, gen Osten ist der neu verkündete Nationalismus wie der gestiefelte Plumpsack-Suppenkasper; man hängt eben immer das Falsche zum Halse heraus: die Zunge, die nach verzehrter Suppe schreit, oder was ins Geröll des Rheins gehörte.“ (Heinrich Böll, Gesichter, 1979)

1. Die an der Jenaer Sektion beginnende Forschungsarbeit zur Geschichte der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft¹ geht von der Forderung Lenins aus, die „Gesamtheit der Bestrebungen aller Mitglieder einer gegebenen Gesellschaft zu untersuchen, da nur so „das Resultat dieser Bestrebungen wissenschaftlich zu bestimmen“ sei.² Dieser auf die marxistische Theorie des Klassenkampfes bezogene Hinweis gilt auch den Wechselbeziehungen aller Elemente der politischen Organisation des imperialistischen Deutschlands. Bei einer Analyse des Zusammenwirkens von imperialistischem Staat (in seiner Gesamtheit ebenso wie in seinen einzelnen Bestandteilen) mit dem umfassenden Bereich bürgerlicher Parteien, Verbände, Vereine usw. wird jenen Strömungen und Ideologien, die klassen- und epochenübergreifenden Charakter tragen, besondere Aufmerksamkeit zu widmen sein. Insbesondere sind solche politischen und weltanschaulich-ideologischen Ideen und Denkweisen zu berücksichtigen, die trotz ihres eindeutig bestimmbareren Klassencharakters Wirkungen von gesamtgesellschaftlichem Ausmaß erreichen, die für Angehörige aller Klassen und Schichten Normen ihres politisch-moralischen Verhaltens zu setzen vermögen.

Im Verhältnis von Staat und Gesellschaft³ sowie von Gesellschaft und Individuum lassen sich – erforscht man dies konkret für die Geschichte des deutschen Imperialismus – Erklärungen für das weitgehende Funktionieren und für die Aufrechterhaltung des krisengeschüttelten Systems der bourgeoisen Klassendiktatur finden. Auf dieses Verhältnis wirkt primär der Antagonismus zwischen den Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaftsformation, es wirken jedoch auch Strömungen, Wertvorstellungen und Denkweisen ein, die von tatsächlichen bzw. von anscheinend klassenübergreifenden Erscheinungen ausgehen. Sie ermöglichen der herrschenden Klasse – über die dominanten sozialökonomischen Schranken hinweg und in Ergänzung aller Mittel staatlicher Gewalt –, „eine merkwürdige Einheit von Peiniger und Gepeinigten, von Ausnutzer und Ausgenutzten, von Lügner und Belogenen“⁴ zu konstruieren. Häufig genug sind in der Geschichte des Imperialismus solche „Gemeinschaften“ mit vermeintlicher Überwindung antagonistischer Gegensätze spürbar und wirksam geworden. Alle Versuche dieser Art gründeten sich insbesondere auf ethnische, nationale, rassische oder religiöse Aspekte menschlichen Zusammenlebens.

* Diese Thesen wurden als Diskussionsmaterial für das 15. Jenaer Faschismuskolloquium zum Thema „Nationalismus und Revanchismus – konstitutive Elemente der politischen Organisation der Gesellschaft des imperialistischen Deutschlands, das am 3./4.10.1985 stattfand, erarbeitet. Beiträge des Kolloquiums sowie diese Thesen sind erstmals veröffentlicht in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 48 (1986).

¹ Vgl. Dieter Fricke, Zur Geschichte der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft. Methodologische Probleme. In: ZfG, 8/1985; Vgl. Staatsrecht bürgerlicher Staaten. Lehrbuch, Berlin 1980, S. 33, wo die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft als die politische Struktur dieser Gesellschaft verstanden wird. Diese umfaßt alle Institutionen, Formen und Methoden, die die verschiedenen Klassen und Schichten dieser Gesellschaftsformation zur Austragung des Klassenkampfes entwickelt haben.

² W. I. Lenin, Karl Marx (Kurzer biographischer Abriß mit einer Darlegung des Marxismus). In: Werke, Bd. 21, Berlin 1977, S. 46.

³ Marx sah in der Gesellschaft eine „durch die ... vorhandenen Produktionskräfte bedingte und sie wiederum bedingende Verkehrsform“ der Menschen, die insofern „über den Staat und die Nation“ hinausgehe, „obwohl sie andererseits wieder nach außen hin als Nationalität sich geltend machten, nach innen als Staat sich gliedern muß.“ Karl Marx, Die Deutsche Ideologie. In: MEW, Bd. 3, Berlin, S. 36.

⁴ Bertold Brecht, Volkstümlichkeit und Realismus. In: Zur Tradition der deutschen sozialistischen Literatur. Eine Auswahl von Dokumenten 1935-1941, Berlin/Weimar 1979, S. 684 f.

2. Die Nation stellt eine der wichtigsten Struktur- und Entwicklungsformen in der gesamten Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft dar. Obwohl es stets Tendenzen einer Internationalisierung der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, der Politik usw. gab, auf deren Grundlage sich weltbürgerliche, kosmopolitische Auffassungen entwickelten, standen vor allem beim Aufkommen und bei der Durchsetzung der kapitalistischen Gesellschaftsformation nationale Integrationsprozesse⁵ im Vordergrund. In der Herausbildung und Entwicklung der Nationen verschmolz deren dominierender sozialer Inhalt mit den ethnischen Eigenschaften, Merkmalen und Bindungen (Sprache, Heimatgebundenheit, Besonderheiten der Lebensweise und Kultur, Sitten, Gebräuche, Bewußtsein der Zusammengehörigkeit) bestimmter Bevölkerungen.

Nationalgefühl, Patriotismus, Heimatverbundenheit sowie die dem dynastischen Prinzip entgegengesetzte Nationalstaatsidee stellten wichtige ideologische Reflexe des Kampfes der Bourgeoisie um ihren ökonomischen, sozialen und politischen Aufstieg dar. Gleichzeitig wirkten sie als Triebkräfte für die Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft, für die Gestaltung von deren politischer Organisation im Prozeß der Aufhebung feudaler Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse.

Der nationale Gedanke, der in allgemeinstem Sinne das Streben nach Bildung, Stärkung und Ausweitung eines bürgerlichen Nationalstaates beinhaltet und dabei eine Übereinstimmung von politischen und ethnographischen Grenzen anstrebt, kann geradezu als ein konstitutives wesensbestimmendes Element jeder politischen Organisation der Gesellschaft auf dem Boden des Kapitalismus betrachtet werden. Die von der Bourgeoisie beherrschte Gesellschaft ist ohne ihn undenkbar, ebenso aber auch ohne seine Überbetonung, seine Verabsolutierung im bürgerlichen Nationalismus. Dieser war niemals einheitlich und in sich geschlossen; die Bourgeoisie bildete ihn in unterschiedlichen Formen und Typen aus⁶, sie ordnete ihn in unterschiedlichem Maße in die Gesamtheit ihrer Politik und Ideologie ein bzw. dieser zu und unter.

3. Mit dem Übergang zum Imperialismus und in der Abstiegsphase der kapitalistischen Gesellschaftsformation wandelte sich das nationale Ethos der Bourgeoisie (ebenso wie die bürgerlich-demokratischen Losungen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und von den allgemeinen, angeblich unveräußerlichen Menschenrechten) grundsätzlich in ein sinnentleertes Pathos. Aus der bürgerlichen Gesellschaft ist es damit jedoch keineswegs verschwunden; einzelne Vertreter und Gruppen dieser Klasse bemühen sich nach wie vor um seine Aufrechterhaltung, in der Regel heben es andere gesellschaftliche Kräfte übernommen, gegen den bürgerlichen Nationalismus verteidigt und inhaltlich neu bestimmt. Für die herrschende Monopolbourgeoisie gilt der nationale Gedanke lediglich als ein Instrument imperialistischer, aggressiver, konterrevolutionärer und damit grundsätzlich antinationaler Politik. Er wurde zu einem Mittel imperialistischer massenorientierter Demagogie und Manipulation, dessen sich vor allem die reaktionärsten und aggressivsten Kräfte der herrschenden Klasse ausgiebig bedienten (und euch weiterhin bedienen werden!). Die Unfähigkeit der Monopolbourgeoisie, ein echtes Nationalgefühl zu bewahren, sowie das Hervortreten von Nationalismus in allen seinen Formen sind daher generell als ein Ausdruck der allgemeinen Krise des Kapitalismus und dessen allgemeiner historischen Defensivposition seit dem Beginn unserer Epoche zu bewerten.

⁵ Als nationale Prozesse bezeichnet Kosing „alle gesellschaftlichen Vorgänge ..., die mit dem Zusammenschluß von Bevölkerungen und Territorien zu Nationen, mit nationaler Integration und Konsolidierung, mit nationalen Bewegungen und dem Kampf um staatliche Einheit und nationale Unabhängigkeit, mit der Bildung und der inneren Aktivität von Nationalstaaten, mit der Entwicklung nationaler Besonderheiten in Wirtschaft, Politik, Kultur und im gesellschaftlichen Bewußtsein sowie mit der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Nation in die sozialistische Nation verbunden sind. Es handelt sich also um Vorgänge in allen Bereichen und Sphären des gesellschaftlichen Lebens, sofern sie sich im nationalen Rahmen abspielen und auf die Entwicklung der Nation gerichtet sind.“ Alfred Kosing, *Nation in Geschichte und Gegenwart. Studie zur historisch-materialistischen Theorie der Nation*, Berlin 1976, S. 10 f.

⁶ Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft hat dieses Problem noch nicht eingehend untersucht und z. B. die Begriffe Alldeutschum, Pangermanismus usw. noch nicht exakt bestimmt. Bürgerliche Ideologen, z. B. Jürgen Domes, der sich mit einer Reihe von Typologisierungen des Nationalismus in der bürgerlichen Politikwissenschaft beschäftigt, sprechen zusammenfassend von vier Typen: Emanzipations-Nationalismus, Integrations-Nationalismus, Konfrontations-Nationalismus und Hegemonial-Nationalismus. Vgl. *Politisch-Pädagogisches Handwörterbuch*, hrsg. von Peter Gutjahr-Löser und Klaus Hornung, München 1980, S. 242 f.

4. Der bürgerliche Nationalismus wird in der gegenwärtigen imperialismus-apologetischen Literatur gern als „eine rückwärts gewandte Ideologie“ beschrieben, deren „Hoch-Zeit“ zumindest in Europa weit hinter ihm liege.⁷ Dennoch stellt er sich auch heute – insbesondere in seiner Kombination mit dem Revanchismus – als eines der besonders zu beachtenden Hindernisse für das Ringen um die Verhinderung eines weltweiten Nuklearkrieges und für den Kampf um die weitere Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts dar. Auch im Friedenskampf – als dem wichtigsten aller nationalen und internationalen Probleme unserer Zeit – gilt es, den jeweiligen Inhalt, das spezifische Wesen und die vielfältigen Funktionen des Nationalismus richtig zu erfassen. Wer jeden friedensbedrohenden Versuch einer Revision der bestehenden Grenzen, wer den Revanchismus bekämpfen will, muß dessen Wurzeln aufdecken sowie die logischen und die historisch-konkreten Zusammenhänge zwischen ihm und dem Nationalismus erhellen. Der Revanchismus war und ist stets eine spezifische Erscheinungsform des bürgerlichen Nationalismus, vor allem in imperialistischen Ländern nach verlorenen Kriegen.⁸ Dabei wäre in diesem Zusammenhang vor allem seine Bedeutung für die aggressivsten Kräfte des Imperialismus zu analysieren, die als Grundlage und als Ergänzung jeglicher kosmopolitischen Betonung von „Atlantismus“ und „Westeuropäischer Gemeinschaft“ unverkennbar ist. Weiterhin wäre es unsere Aufgabe, aus der Geschichte des Nationalismus Lehren für seine heute mögliche Einschränkung und für seine schließliche Überwindung abzuleiten sowie alle bündnispolitischen Möglichkeiten, die auch im Ergebnis seiner inneren Widersprüchlichkeit vorhanden sind, für eine sinnvolle Nutzung in der Friedensbewegung aufzubereiten. Insgesamt ist und bleibt die marxistisch-leninistische Kritik des bürgerlichen Nationalismus in allen seinen Erscheinungsformen ein wichtiger Bestandteil der ideologischen Auseinandersetzungen unserer Zeit.⁹

5. In der deutschen Geschichte der letzten 100 Jahre verknüpfte sich der den reaktionären Zielen umfassend dienstbar gemachte bürgerliche Nationalgedanke als Nationalismus mit der besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus. Auf dem Wege zum August 1914 äußerte er sich daher vorwiegend als Großmachtchauvinismus, dessen Realisierung lediglich durch eine militärische Revision des „Besitzstandes“ der imperialistischen Konkurrenten (insbesondere England, Frankreich und Rußland) erreichbar sein konnte. Nach der Niederlage im ersten Weltkrieg widerspiegelte er sich vor allem im Streben nach einer generellen Revision der Ergebnisse des Krieges. Auf seiner Grundlage und ihn skrupellos ausnutzend erwuchs – mehr und mehr auch deutlich von den in Deutschland herrschenden Kreisen selbst formuliert – die Absicht, sich zu „revanchieren“ und einen zweiten Anlauf zum Kampf um ihre Vorherrschaft in Europa und der Welt vorzubereiten. Bürgerlicher Nationalismus, territoriales Revisionsstreben und der Revanche-Gedanke (im engeren Sinne des Begriffes als Rache, Vergeltung usw. verstanden) verschmolzen in der Weimarer Zeit zum Revanchismus und damit zu einer Erscheinung von weitgehend neuer historischer Qualität.

6. Die Entwicklung der übergreifenden Grundlagen und Ideen der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland stand in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen weitgehend im Zeichen eines sich „überparteilich“ firmierenden Nationalismus und Revanchismus. Es gab in der Weimarer Republik kaum eine bürgerliche Partei oder eine sonstige bürgerliche Vereinigung, keine politisch-ideologische Strömung und keine Institution der bürgerlichen Gesellschaft,

⁷ Vgl. Nationalismus in der Welt von heute, hrsg. von Heinrich August Winkler, Göttingen 1982, S. 7. An anderer Stelle formuliert Winkler: „Die strukturellen Veränderungen seit 1945, zu denen neben der wirtschaftlichen Integration Westeuropas auch die militärischen Verflechtungen zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten gehören, dürften sich als irreversible Weichenstellung erweisen. Einen einschneidenden Funktionsverlust des Nationalismus konstatieren heißt freilich nicht das Ende nationaler Identität überhaupt.“; Heinrich August Winkler, Der Nationalismus und seine Funktionen. In: Nationalismus, hrsg. von Heinrich August Winkler („Neue Wissenschaftl. Bibliothek“, Bd. 100), Königstein/Ts. 1978, S. 32.

⁸ Es ist keineswegs zufällig, daß in der bürgerlichen Literatur über den Nationalismus kaum auf diese Zusammenhänge Bezug genommen wird.

⁹ Vgl. Alfred Loesdau, Zur gegenwärtigen Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Nationalismus der BRD. In: Zur Forcierung der sozialistischen deutschen Nation. Forschungsbeiträge. Thematische Information und Dokumentation der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Reihe A, H. 42, Berlin 1984, S. 128; Vgl. Michael Lemke, Aktuelle Aspekte „deutschlandpolitischer“ Orientierungen der CDU/CSU. In: Ebenda, S. 133 ff.

die davon nicht erfaßt worden ist, deren Führer und Träger nicht zugleich bereit gewesen wären, sich diesem Ziel – bei allen möglichen Differenzen in den Fragen des Klassenkampfes, der Gestaltung des Systems der bourgeoisen Herrschaftssicherung und der außenpolitischen Taktik – unterzuordnen bzw. zumindest zuzuordnen, Sie alle sprachen damals von der als offen betrachteten „deutschen Frage“, die es zu bewältigen gelte. Im einzelnen sollten – selbstverständlich „auf friedlichem Wege“¹⁰ angestrebt werden

- die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1914;
- die Überwindung der als beschränkt empfundenen Situation einer „kleindeutschen Staatsnation“ durch eine Annexion Österreichs;
- die Bildung eines Staates, „dessen politische Grenzen alle deutschen Volksteile umfaßt, die innerhalb des geschlossenen Siedlungsgebietes in Mitteleuropa leben und den Anschluß an das Deutsche Reich wünschen ...“¹¹,
- die Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschafts- und Staatenbundes unter Führung des deutschen Imperialismus;
- der „Zusammenschluß aller Deutschen“ zu einer nationalen Einheit „eine Forderung, die in ihrer logischen Konsequenz jedoch von vornherein nur als deutscher Nationalstaat mit wesentlich erweiterten Grenzen denkbar war und die im faschistischen Streben nach einem „Großgermanischen Reich“ gipfelte.

7. Dieses nationalistisch-revanchistische Revisionsstreben stellte neben dem Antikommunismus/Antisowjetismus ein weiteres Mittel der herrschenden Klasse zur Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung dar. Es erwies sich in dieser Hinsicht ebenfalls als ein konstitutives Element der politischen Organisation der Gesellschaft im imperialistischen Deutschland. Auch auf der durch den bürgerlichen Nationalismus mitgeprägten Basis erfolgte die weitgehende Durchsetzung des Opportunismus in der SPD und im ADGB und konnte der einheitsfrontverhindernde Einfluß der rechten Sozialdemokraten in allen Krisensituationen des deutschen Imperialismus aufrechterhalten werden. Die Konzeption des „dritten Weges“ und des sog. demokratischen Sozialismus beruhte nicht zuletzt auf der nahezu vorbehaltlosen Anerkennung des bürgerlichen Nationalismus (und damit objektiv auch des Revanchismus) und einer strikten Ablehnung der marxistischen Sicht auf die notwendige Einheit von Patriotismus und proletarischen Internationalismus. Demgegenüber schrieben insbesondere die reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des deutschen Imperialismus den Kampf gegen den Internationalismus der Arbeiterbewegung sowie um die „Nationalisierung“ des deutschen Arbeiters auf ihre Fahne. Und Hitler erklärte: „Die Nationalisierung unserer Masse wird nur gelingen, wenn bei allen positivem Kampf um die Seele unseres Volkes ihre internationalen Vergifter ausgerottet werden.“¹² An anderer Stelle formulierte er: „Die Angst unserer Zeit vor Chauvinismus ist das Zeichen ihrer Impotenz.“¹³ Alle tatsächlich dem nationalen Anliegen des deutschen Volkes dienenden Aktionen der revolutionären Arbeiterbewegung wurden als antinational diffamiert.

8. Weder der bürgerliche Nationalismus noch der ihn logisch fortsetzende Revanchismus bedingten jenen Weg, den der deutsche Imperialismus in der Weimarer Zeit zu seiner offen terroristischen Herrschaftsform ging, wohl aber bildeten beide einen wesentlichen Nährboden für die Genesis und

¹⁰ Ein führendes Mitglied der DNVP schrieb Anfang 1920, es müsse „eine Formel gefunden werden, die auch programmatisch unzweifelhaft feststellt, daß wir uns mit dem schreienden Unrecht und den inneren Unmöglichkeiten des Versailler Friedens niemals abfinden, sondern, *auf friedlichem Wege* unabänderlich eine Revision anstreben werden. Eine derartige Formulierung kann uns die Entente nicht verdenken, und wir selber können innerlich den Vorbehalt machen, daß, wenn friedliche Mittel nicht zum Ziele führen, nötigenfalls auch andere ergriffen werden müssen. Ich gebe zu, daß das etwas Jesuitisch gehandelt ist, aber ohne eine kleine Dosis davon kommen wir in der Politik nicht weiter.“ Zit. nach: Wolfgang Ruge, Zur chauvinistischen Propaganda gegen den Versailler Vertrag 1919 bis 1929. In: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 1, Berlin 1967, S. 99.

¹¹ So Gustav Stresemann in seiner geheimen Denkschrift vom Januar 1925.

¹² Diese innere Logik läßt sich nicht als Pervertierung und Unterwerfung der Nationalstaatsidee unter ein biologisches Dogma charakterisieren. Vgl. dazu z. B. Andreas Hillgruber, Ewiges Dilemma: Die Deutsche Frage. Vom unvollendeten und unvollendbaren deutschen Nationalstaat. In: Frankfurter Allgemeine, 30.1.1982.

¹³ Adolf Hitler, Mein Kampf. 390/394. Aufl., München 1939, S. 372. Ebenda, S. 475.

für die Entwicklung des faschistischen Konzepts. Dieses besagte, den Versailler Vertrag mit abenteuerlich-militaristischen Mitteln und Lösungen überwinden, ihn mit einem Super-Versailles im Ergebnis eines neuen, besser vorbereiteten und „total“ geführten Krieges beantworten zu wollen. Die Verbreitung des Nationalismus und Revanchismus ermöglichte die kontinuierliche (aber keineswegs lineare) Rechtsentwicklung sowie deren Übergang in den Faschisierungsprozeß zu Beginn der Weltwirtschaftskrise. Sie half schließlich entscheidend mit, die Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und aggressivsten Kräfte des Finanzkapitals zu errichten sowie dem nationalen und internationalistischen Anliegen der revolutionären Arbeiterbewegung eine schwere Niederlage zu bereiten.

9. Der Revanchismus des deutschen Monopolkapitals enthielt in den 20er Jahren nach dem gescheiterten Baltikum-Abenteuer und im Ergebnis der spezifischen Stellung des deutschen Imperialismus in der Welt und aufgrund seiner starken „West“-Orientierung gegenüber den Konkurrenten mit einem wesensgleichen gesellschaftspolitischen System – zunächst kaum Aspekte, die den Expansionsdrang mit außenpolitisch-konterrevolutionären Zielen verknüpften, d. h. mit dem Ziel, den Sozialismus in der UdSSR geschichtlich rückgängig zu machen. Solche (in der Gegenwart stark hervortretenden) „sozialen“ Aspekte des Revanchismus¹⁴ fanden sich jedoch von vornherein in der Politik der Siegermächte des ersten Weltkrieges gegenüber Sowjetrußland, das sogar mit einer militärischen Intervention überzogen und mit Kriegen bedroht wurde. Wirtschaftliche, gesellschaftspolitische und territoriale Ambitionen bildeten in der Politik der führenden Mächte des Weltimperialismus gegenüber der UdSSR stets eine Einheit. Ihr Ziel war es, im Interesse der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, die neuen sozialökonomischen Verhältnisse des Sozialismus zu revidieren. Im deutschen Revanchismus trat dieser Aspekt in dem Maße hervor, wie sich die deutsche Monopolbourgeoisie als weltweite „Speerspitze“ gegen die UdSSR verstand und selbst den Überfall auf den ersten sozialistischen Staat der Welt vorzubereiten begann.

10. Alle weltanschaulich-theoretischen und politisch-ideologischen Postulate, die auf der Grundlage des Nationalismus und Revanchismus vertreten wurden, führten bereits in der Weimarer Republik – in Umfang und Intensität bei den einzelnen politischen Gruppierungen selbstverständlich sehr differenziert – zu einem regelrechten Kult der reaktionären Gewalt. Dies äußerte sich in einer allgemeinen Rechtfertigung der bewaffneten Konflikte und Kriege jener Zeit; eine konkrete Zustimmung erfuhren diese jedoch nur insoweit, als sie den Zielen des deutschen Imperialismus entsprachen. Gewalt, Aufrüstung und Kriege seiner imperialistischen Konkurrenten wurden in der Regel gebrandmarkt und friedensdemagogisch angegriffen.

Besonders das, was sich in seiner Propaganda als Verletzung, Unterdrückung und Benachteiligung des „deutschen Volkstums“ durch die imperialistischen Siegermächte und angeblich auch durch die UdSSR verwerten ließ, wurde in diesem Sinne hervorgehoben. Gerade das „Deutschtum“ außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches – untergliedert in Grenzland-, Kolonial- und allgemeines Auslandsdeutschtum sowie beziffert auf 35 bis 40 Mill. Menschen – galt rasch als eine neue, wirksame Waffe des militärisch entwaffneten deutschen Imperialismus.¹⁵ Als wichtiger Bestandteil der damaligen Politik zur Lösung der „deutschen Frage“ avancierte die „Deutschtumspolitik“ zu einem grundlegenden außenpolitischen Anliegen aller nationalistischen und revanchistischen Kräfte.

¹⁴ Hier wird bewußt der Begriff „sozialer Revanchismus“ vermieden.

¹⁵ „Der deutschen Außenpolitik ist ihr wichtigster (!, M. W.) Träger, ist die Stütze auf Heer und Marine genommen. Sie ist damit auf rein wirtschaftliche und geistige Fragen weit stärker hingewiesen, als das bei den Regierungen der Siegerstaaten der Fall ist, bei denen Heeres- und Marineverabredungen oder -gegnerschaften in den außenpolitischen Beziehungen eine weit stärkere Rolle spielen, bei denen altvorhandener Kolonial- und neu hinzugekommener Mandatsbesitz die Außenpolitik weit stärker bestimmt ... Umso stärker muß die auswärtige Politik des Reiches Stütze suchen in der ungebrochenen und auch durch noch so harten feindlichen Druck nicht zu brechenden geistigen Stärke des deutschen Volkes innerhalb und außerhalb des Reiches. An die Stelle militärischen und maritimen Drucke tritt die Macht sittlicher und kultureller Gedankenreihen ...“. Fritz Wertheimer, Auslandsdeutschtum und Deutschtumspolitik. In: Volk und Reich der Deutschen. Vorlesungen gehalten in der Deutschen Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung, hrsg. von Bernhard Harms, Berlin 1929, Bd. 3, S. 218 f.

11. In Gestaltung und Entwicklung der „Deutschtumspolitik“ zwischen 1918 und 1939 lassen sich die spezifischen, historisch-konkreten Funktionen des Nationalismus und Revanchismus sehr deutlich ablesen. Entsprechend der vom deutschen Imperialismus verfolgten Strategie einer schrittweisen Aushöhlung und Beseitigung des Versailler Vertrages¹⁶ veränderten sich in deutlich voneinander abzuhebenden Etappen die allgemeinen Ziele, Mittel und Formen der „Deutschtumspolitik“ sowie die konkreten Aufgaben der einzelnen auf diesem Gebiet tätigen Organisationen. Diese wandelten sich. – dem Sprachgebrauch der nationalistischen und revanchistischen Kräfte folgend – von der harmlos anmutenden „Pflege“ und „Bewahrung“ der deutschen Kultur im Ausland während der 20er Jahre zum Ringen um das Recht, als deutsche „Volksgruppe“ in den jeweiligen Ländern gleichberechtigt anerkannt zu werden, und schließlich in der zweiten Hälfte der 30er Jahre zum politisch-militärischen Einsatz im Sinne einer „fünften Kolonne“.

12. Da die „Deutschtumspolitik“ im Wilhelminischen Reich eine untergeordnete Rolle gespielt und lediglich eine Domäne der völkisch-alldeutschen Kreise dargestellt hatte, mußten sich mit der Herausbildung der neuen „deutschtumspolitischen“ Bedürfnisse des deutschen Imperialismus auch die Positionen der extrem reaktionären Kräfte verbessern, als diese nach 1918/19 mit ihrer „Kritik“ an der angeblich zu starren Reichspolitik gangbare Wege in die Zukunft zu weisen schienen. Allerdings gab es hierbei zunächst große Verwirrungen und Belastungen unterschiedlichster Art. Im Vordergrund standen vor allem von Selbstmitleid getragene, vorwiegend moralisierende Anklagen gegen einzelne „deutschfeindlichen Praktiken der Siegermächte. Die nationalistisch-revanchistischen Organisationen waren außerordentlich zersplittert. Ihre Zusammenführung in Dachverbänden gestaltete sich kompliziert, ebenso deren Arbeitsteilung mit dem Staatsapparat, die mehr den gravierenden Auseinandersetzungen vor allem zwischen dem Reichsinnenministerium und dem Auswärtigen Amt litt. Nicht zuletzt erwies sich die große Zahl von 300.000¹⁷ nach Deutschland zurückgekehrten Auslandsdeutschen – wozu sie durch den Krieg und vor allem durch den Versailler Vertrag gezwungen worden waren – in ökonomischer Hinsicht als Problem. Durch den Artikel 297 (i) des Friedensvertrages war dem Deutschen Reich offiziell die Regreßpflicht für das von den Alliierten konfiszierte Eigentum der Auslandsdeutschen auferlegt worden.

13. In einer solchen Situation ließ sich die Revisionstaktik grundsätzlich nur defensiv gestalten und blieb innerhalb der herrschenden Klasse der Grad der Erkenntnis vom politisch-ideologischen und manipulativen Nutzen der „Deutschtumspolitik“ noch relativ gering. Die in dieser Hinsicht weit-sichtigeren Vertreter des VDA und anderer Organisationen verstanden sich daher selbst oft als „Ru-fer in der Wüste“. Dennoch erarbeiteten sie bereits damals die für den deutschen Imperialismus zukunftssträchtigen Theorien über „Deutschtum“ und „Volkstum“ sowie über deren Verhältnis zum Staat bzw. zur Staatsnation. Einer der Führer des VDA beschrieb später die Veränderungen in den Auffassungen, wie sie seit 1914 und besonders nach 1918 eingetreten waren, folgendermaßen: „Es gab nur noch Deutsche schlechthin, Menschen deutscher Abstammung, Sprache und Sitte. So wünschenswert der Staat, der Nationalstaat als höchste Ausdrucksform reifen Volkstums blieb, er trat in der Schätzung hinter dem Volkstum und Volksbewußtsein, der Nation und dem Nationalgefühl zurück. Volkstum wurde wieder als das Naturhafte und Ewige gewertet, das vor dem Staate ist und nach ihm sein wird, des weit über seine Grenzen hinausreichen kann, ohne deshalb seine Echtheit und Ursprünglichkeit zu verlieren.“¹⁸ Die Kritik an der Wilhelminischen Reichsleitung lautete, diese habe zu starr zwischen „Reichsdeutschen“ und „Auslandsdeutschen“ unterschieden, die gedankliche Trennung von „Staatsbürgerschaft und Volkszugehörigkeit“ zu weit getrieben und das Prinzip

¹⁶ Vgl. vor allem Wolfgang Ruge, Zur chauvinistischen Propaganda ..., S. 65 ff.

¹⁷ Diese Zahl wurde 1934 offiziell angegeben. Für die Entschädigungen lagen bis zum Kriegsschädenschlußgesetz vom 30.3.1928 und zur Auflösung des Reichsentschädigungsamtes am 30.3.1930 ca. 150 000 Anträge vor. Vgl. Manfred Weißbecker, Bund des Auslandsdeutschen (BdA). In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), in vier Bänden, hrsg. von Dieter Fricke u. a., Bd. 1, Leipzig 1983, S. 202 ff.

¹⁸ Otto Schäfer, Sinn und Wesen des V. D. A. Volksbundes für das Deutschtum im Auslande, Opladen, 3. verbesserte Aufl. 1934, S. 9.

der „Volksbürgerschaft“ unterschätzt.¹⁹ Die These von der unzerstörbaren Einheit des Volkstums“ mündete damals folgerichtig in die Parole, daß unter dem Begriff Deutschland „nicht nur das Deutsche Reich verstanden“ werden dürfe.²⁰

14. Mitte der 20er Jahre vollzog sich hinsichtlich des politischen Gewichts der „Deutschtumspolitik“ für die nationalistisch-revanchistische Strategie des deutschen Imperialismus eine erste Wende. Die bekannte Stresemannsche Denkschrift über die deutschen Minderheiten in Europa vom Januar 1925²¹, die programmatische Umwandlung des Stuttgarter Deutschen Auslands-Instituts in ein „Haus des Deutschtums“²² und zahlreiche Proklamationen der Verbände mit neuen Zielsetzungen widerspiegeln eine nunmehr offensivere Gestaltung der gesamten „Deutschtumspolitik“. Diese war zu einem die militärische Schwäche ausgleichenden „volks- und kulturpolitischen“ Faktor der offiziellen Außenpolitik des Weimarer Staates geworden. Friedensdemagogisch wurde der Kampf um die Erhaltung des Deutschtums in aller Welt als „Sonderaufgabe in der umfassenderen größeren Aufgabe der Befriedung Europas“ und als „Unterbau des europäischen Friedens“ propagiert.²³ Gleichzeitig vollzog sich eine erhebliche Verschiebung in der territorialen Ausrichtung der „deutschtumspolitischen“ Arbeit. Der Locarno-Pakt sowie die geringen Aussichten einer Wiederherstellung „deutscher Oberseestellung“ ließen das „Oberlanddeutschtum“ in Osteuropa stärker ins Blickfeld geraten. Im „Ostdeutschtum“ wurde mehr und mehr „eine Brücke zu stärkerer kontinentaler Wirtschaftsausbreitung des Reichs“ gesehen.²⁴

15. Die Errichtung der faschistischen Diktatur bedeutete für die „Deutschtumspolitik“ in inhaltlicher Hinsicht keinen wesentlichen Einschnitt, sie brachte vorrangig organisatorische und personelle Veränderungen größeren Umfangs mit sich. Viele dieser Veränderungen stellten mehr einen Wechsel auf die Zukunft dar, als eine terroristische „Gleichschaltung“, von der in der bürgerlichen Literatur und vor allem in den Memoiren beteiligter Deutschtumspolitiker (z. B. Hans Steinacher²⁵ und Heinrich Schnee²⁶) wider besseres Wissen die Rede ist. Allerdings sahen es manche konservativ orientierte Führer des faschisierten VDA, RKB und BdA dank eines gewissen Beharrungsvermögens und ihrer durch die Faschisten zunächst verstärkten Illusionen als möglich an, auch weiterhin vorwiegend Deutschtums-„Pflege“ betreiben zu können und eine „friedliche“, d. h. nichtmilitärische Revision der Versailler Grenzregelung propagieren zu sollen. Sie beharrten auf einer solchen Taktik auch dann noch, als der deutsche Faschismus zur forcierten Aufrüstung und direkten Kriegsvorbereitung übergegangen war, so daß Auseinandersetzungen u. ä. m. unvermeidlich wurden. In diesen hat sich jedoch kaum einer der Deutschtumspolitiker antifaschistisch verhalten. Sie dienten dem Naziregime – trotz persönlicher Verärgerung und Benachteiligung – auf anderen Gebieten und in anderen Positionen, ja sie nahmen sogar selbstkritisch Stellung, als in den ersten Jahren des zweiten Weltkrieges die expansionistische Europa-Konzeption der Faschisten zumindest zeitweilig reale Gestalt annahm.²⁷ Konservative Kräfte, die nach 1945 gern ihre Differenzen mit den Nazifaschisten

¹⁹ Fritz Wertheimer, S. 208.

²⁰ Ebenda, S. 212 f.

²¹ In ihr hieß es u. a.: „Die Schaffung eines Staates, dessen politische Grenzen alle deutschen Volksteile umfaßt, die innerhalb des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes in Mitteleuropa leben und den Anschluß an das Reich wünschen, ist das ferne Ziel deutschen Hoffens, die schrittweise Revision der politisch und wirtschaftlich unhaltbarsten Grenzbestimmungen der Friedensdiktate (polnischer Korridor, Oberschlesien) das nächstliegende Ziel der deutschen Außenpolitik. Die Mischlage der Nationalitäten in Mitteleuropa bringt es mit sich, daß keines dieser engeren oder weiteren Ziele sich verwirklichen läßt, ohne daß neben unseren Volksgenossen auch Angehörige fremder Nationalität unter deutsche Staatshoheit gestellt werden.“ Dokument. zur deutschen Geschichte 1924-1929, hrsg. von Wolfgang Ruge und Wolfgang Schumann, Berlin 1975, S. 35.

²² Vgl. Ernst Ritter, Das Deutsche Auslands-Institut in Stuttgart 1917-1945. Ein Beispiel deutscher Volkstumsarbeit zwischen den Weltkriegen, Wiesbaden 1976.

²³ Fritz Wertheimer, S. 222 f.

²⁴ Ebenda, S. 211.

²⁵ Vgl. Hans Steinacher, Bundesleiter des VDA 1933-1937 – Erinnerungen und Dokumente – hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Boppard am Rhein 1970.

²⁶ Vgl. Heinrich Schnee, Wie alles kam. Hitlerreich und sein Zusammenbruch. Unveröffentlichtes Manuskript. In: Geheimes Staatsarchiv Berlin(West), Nachlaß Heinrich Schnee, Nr. 13 f.

²⁷ Vgl. Hans Steinacher, S. XXXII.

herausstellten, gingen in ihren Forderungen häufig sogar viel weiter als Hitler, der sich z. B. in der Südtirol-Frage von pragmatischen Motiven leiten ließ, während sie die Parole „Heim ins Reich“ auch auf das italienische Gebiet um Bozen angewandt wissen wollten.

16. Die Wende von 1936/37 war zweifellos die umfassendste und folgenreichste in der gesamten Geschichte der „Deutschtumspolitik“. Sie stand in engstem Zusammenhang mit dem offenen Übergang des faschistischen Regimes zur unmittelbaren Vorbereitung des neuen Krieges. Alte Ideale waren nun überhaupt nicht mehr gefragt, ja sie konnten sich unter den neuen Bedingungen sogar als hinderlich erweisen. Sehr deutlich sind die veränderten Anforderungen vom Leiter des Bundes Deutscher Osten, Theodor Oberländer, 1936 unter dem Titel „Der neue Weg“ formuliert worden: „Der Volkstums-kampf ist unter dem Deckmantel des Friedens nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Nicht mit Gas, Granaten und Maschinengewehren, sondern ein Kampf um Haus, Hof, um die Schule und um die Seele der Kinder, ein Kampf, dessen Ende im Gegensatz zum Kriege nicht absehbar ist, ... der sich auf Generationen hinzieht, mit dem einzigen Ziel: Ausrottung!“²⁸ Im gleichen Jahr forderte Hans R. Wiese, das Auslandsdeutschtum unter Ablehnung „bewährter“ Methoden der „Alten“ auf völlig neue Grundlage zu stellen. Im Interesse deutschen Lebensraumes benötige man die „uneingeschränkte Bereitschaft, für den deutschen Menschen einfach alles zu opfern.“²⁹

Als neue organisatorische Zentrale der gesamten „deutschtumspolitischen“ Arbeit entstand 1936 die Volksdeutsche Mittelstelle (Vomi), die von der SB geführt wurde und 1939 in das neu geschaffene Amt des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums (RKF) einging.³⁰

17. Der gesamte Entwicklungsprozeß der nationalistisch-revanchistischen „Deutschtumspolitik“ läßt sich im Lebenslauf eines ihrer führenden Vertreter sinnfällig ablesen. *Heinrich Schnee* (1871-1949) verkörperte gleichsam alle Stufen und Wendungen sowie die Komplexität und Kompliziertheit dieses Prozesses, darüber hinaus repräsentierte er eine der verbindungsstärksten Nahtstellen zwischen Konservatismus und Faschismus. Seine politische Laufbahn begann in der Kolonialverwaltung des Wilhelminischen Reiches, in der er während des ersten Weltkrieges als Gouverneur von Deutsch-Ostafrika mit dem militärischen Kommandeur (Paul von Lettow-Vorbeck) rivalisierte. Seine Kritik an den Militärs prädestinierte ihn zu einem Kolonialpolitiker der Weimarer Zeit, in der die Kolonialfrage weitgehend unter wirtschaftlichen und kulturellen Aspekten behandelt wurde. Zugleich sprach er sich Mitte der 20er Jahre für die friedliche „Verständigung zwischen den Nationen“ und für eine „Selbstbeschränkung des Imperialismus der Großmächte“ aus, um auf diesem Wege „eine solche Gestaltung der Weltverhältnisse zu erreichen, welche der friedlichen Entwicklung und dem Fortschritt der Menschheit dient.“³¹

In Schnee personifizierten sich die seit Mitte der 20er Jahre verstärkten Zentralisierungstendenzen der „deutschtumspolitischen“ Organisationen: 1926-1933 war er Präsident des Bundes der Auslandsdeutschen, 1925-1937 Präsident des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände, 1931-1933 Präsident der Nationalen Arbeitsgemeinschaft für Freiheit und deutsches Volkstum (der sich die Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft, der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände und der Bund der Auslandsdeutschen angeschlossen hatten), 1930-1936 Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft bzw. Leiter des Reichskolonialbundes, 1931-1945 Präsident der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft sowie 1933-1945 Präsident der Deutschen Gesellschaft für Völkerbundfragen, die 1937 in die Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht und Weltpolitik umgewandelt wurde. Heinrich Schnee verkörperte in vieler Hinsicht die Kontinuität der nationalistisch-revanchistischen „Deutschtumspolitik“. Er wurde zu Beginn der 20er Jahre aktiv in sie einbezogen, gestaltete ihren Übergang zu einem offensiv

²⁸ Theodor Oberländer, *Der neue Weg*, Königsberg 1936. S. 3; Vgl. dazu Manfred Weißbecker, *Bund Deutscher Osten (BDO)*. In: *Lexikon zur Parteiengeschichte*, Bd. 1, S. 311.

²⁹ Hans R. Wiese, *Auslandsdeutsche Erneuerung*, Berlin 1936. S. 5 f.; Vgl. auch Maria Beckmann, *Die Deutschen draußen*, Rudolstadt 1938.

³⁰ Vomi und RKF sind von der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft bisher leider noch nicht eingehend untersucht worden.

³¹ Heinrich Schnee, *Nationalismus und Imperialismus*, Berlin 1928, S. 362. Alle weiteren Angaben zu Schnee sind seinem Nachlaß entnommen, der sich im Geheimen Staatsarchiv Berlin(West) befindet.

wirkenden nichtstaatlichen Faktor der offiziellen Außenpolitik und beförderte aktiv die Faschisierung der von ihm geleiteten Organisationen. Die Wende von 1936/37 konnte er nur teilweise mitvollziehen. Sein Beharren auf einer breiten Kolonialpropaganda, die er sogar vorrangig betrieben sehen wollte, ließ sich nicht mit der nazifaschistischen Taktik vereinbaren. Schnee zog sich etwas zurück, wurde aber 1941 von Hitler mit dem „Adlerschild des Deutschen Reiches“ geehrt und war propagandistisch tätig, bis 1944 sein Berliner Büro den Bomben zum Opfer fiel.³² Sein Antrag auf Entnazifizierung mußte 1948 von einer Westberliner Spruchkammer abgelehnt werden.

18. Angesichts der immensen kriegsfördernden Rolle der Deutschtums- und Volksgruppenpolitik des deutschen Imperialismus war es folgerichtig, daß die Alliierten nach ihrem opferreichen Sieg über den Faschismus übereinstimmend und friedensgebietend festlegten, Jeder Möglichkeit eines künftigen deutschen Revanchismus sei der Boden zu entziehen.³³ Die Vereinbarungen von Jalta und Potsdam hinsichtlich der deutschen Grenzen und deren Übereinstimmung mit ethnisch- nationalen Siedlungsräumen ergaben sich aus diesem Ziel. Sie waren zugleich Ausdruck einer gerechten, einer antifaschistischen und antimilitaristischen Friedensregelung, die nicht mit dem Versailler Vertrag verglichen und in der Gegenwart auch nicht mit der Forderung nach einem „endgültigen“ Friedensvertrag aufgehoben werden kann. In keiner Weise wurde damit etwa die Existenz des deutschen Volkes „aufs Spiel gesetzt“ (wie Jene Kräfte um Dregger behaupten, die sich heute wieder unbefangen als „deutschnational“ bezeichnen!), lediglich die seiner faschistischen Verderber und ihrer sozialen Stützen wurde eingeschränkt.

19. Das historische Wissen um die Ergebnisse des Revisionsstrebens in der Weimarer Republik und während der 30er Jahre sowie die Kenntnis der menscheitsvernichtenden Folgen eines neuen Weltkrieges offenbarten die außerordentlich große Gefahr, die gegenwärtig Jedes Infragestellen der Grenzen, Jede Forderung nach Grenzveränderungen und Jeder Versuch zum „Offenhalten der deutschen Frage“ mit sich bringen müssen.³⁴ Wer Jalta und Potsdam aufkündigen will, löst entscheidende völkerrechtliche Sicherungen, die seit vier Jahrzehnten den europäischen Frieden ermöglichen. Wer – in welcher deutschtümelnden, theoretisierenden und rechtlichen Form auch immer – die Grenzen von 1945 für veränderlich hält und Gebietsansprüche – auf welchem Wege auch immer – durchsetzen will³⁵, der produziert und provoziert einen zunehmend aggressiven Revanchismus, der gerät zwangsläufig in die Fesseln eines ausschließlich militärischen Denkens und gefährdet in höchstem Maße den Frieden. Es handelt sich letztlich auch dann um ein Spiel mit dem atomaren Feuer, wenn die Forderungen außerordentlich verschleiert und in Friedensbeteuerungen eingehüllt vorgetragen werden. Alle geschichtlichen Erfahrungen besagen, daß die Übergänge von einer zunächst nur verbal verfochtenen Position zur politischen Praxis fließend sind. Diese innere Logik der revanchistischen Positionen hat daher für die reale Politik ihrer Gegner, die sich um eine rechtzeitige Verhinderung neuer Kriege bemühen, von größerem Gewicht zu sein als die regelmäßig wiederholte Versicherung der BRD-Regierung, daß sie bereit sei, Geist und Buchstaben der mit den sozialistischen Staaten geschlossenen Verträge achten zu wollen. Es gilt selbstverständlich dafür Sorge zu tragen, daß solchen Erklärungen auch entsprechende Taten folgen; dennoch ist mit Recht auf zahlreiche Wider-

³² Zum Jahreswechsel 1943/44 versandte Schnee einen Rundbrief, in dem es u. a. hieß: „Unser Volk hat in diesem Krieg an der Front und in der Heimat bewiesen, zu welcher heroischen Leistung es fähig ist. Darin liegt auch die entscheidende Berechtigung für seinen Anspruch auf führende Mitwirkung bei der künftigen Gestaltung des Wirtschaftslebens Europas und der Welt. Möge das Jahr 1944 nach siegreicher Beendigung des Krieges zur Erreichung dieses Zieles ... wesentlich beitragen.“

³³ Vgl. Rolf Badstübner: Die Potsdamer (Berliner) Konferenz und Deutschland. Die Antihitlerkoalition zwischen verstärktem Konsens und zunehmender Divergenz. In: ZfG 1/1985, S. 5 ff.

³⁴ Siehe Georg Herde: Revanchismus in der Bundesrepublik kein Thema mehr? Eine dokumentarische Zwischenbilanz nach zwei Jahren CDU/CSU/FDP-Bundesregierung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 8/1984, S. 912 ff.

³⁵ Ein besonders penetrantes Beispiel lieferte P. R. Hafstätter, als er mit Blick auf die These, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen dürfe, bemerkte: „Des sagt sich so leichthin und mit moralischer Genugtuung, aber ein ‚Krieg‘ wird aus einer einseitigen Machtverschiebung erst dann, wenn die Seite, zu deren Lasten diese geht, sich wehrt. Zur Errichtung des ‚Protektorats Böhmen und Mähren‘ bedurfte es im März 1939 z. B. keines Krieges ...“ Rheinischer Merkur/Christ und Welt, 10.12.1982.

sprüche aufmerksam gemacht und in diesem Zusammenhang gefragt worden: „Wozu werden dann amerikanische Atomraketen, die Erstschlagwaffen sind, in der BRD stationiert? Wozu wird die Ausrüstung der Bundeswehr mit neuen Kriegführungsmitteln vorangetrieben? Und wozu schließlich erweist Bonn allen Revanchistenverbänden, deren besonders eifrige Rädelsführer wieder offen zu einem Drang nach Osten aufrufen, politische und finanzielle Unterstützung?“³⁶

20. Waren die Grenzrevisionsforderungen und die „deutschtumspolitischen“ Aktivitäten in der Weimarer Republik gefährlich und – wie die Geschichte gezeigt hat – direkt kriegsvorbereitend, so sind es die nach 1945 in der BRD nie verstummt und seit dem Ende der 70er Jahre wieder lautstärker verkündeten Fragen nach der „Endgültigkeit“ der Oder-Neiße-Linie und aller anderen Nachkriegsgrenzen in einem unendlich größerem Maße. Darüber besteht bei allen progressiven Kräften offensichtlich Übereinstimmung. Die Friedensbewegung versteht sich weitgehend als eine Bewegung gegen die Landsmannschaften und deren Parolen, insbesondere gegen die der Schlesier, die gegenwärtig eine gewisse Vorreiter-Rolle im Revanchismus spielen und dabei die Spitze eines Eisberges sichtbar machen.³⁷ Hinsichtlich der Bewertung offizieller Stellungnahmen und Erklärungen der Bundesregierung³⁸ ist der Konsens nicht ganz so einheitlich, und unklar ist bei einigen Teilen die Frage nach der zutreffenden Einschätzung der Welle des neuen Nationalismus im Gefolge der konservativen „Wende“-Politik.

Hier wird die These vertreten, daß die seit einigen Jahren feststellbare Debatte bürgerlicher Historiker (Michael Stürmer, Ernst Nolte u. a.), Philosophen (Günter Rohrmoser u. a.), Politologen (Werner Weidenfeld, Bernard Willms u. a.) und sonstiger Ideologen um die „deutsche Identität“ nicht nur nationalistischen, sondern in hohem Maße auch revanchistischen Charakter trägt. Vor allem konservative und noch weiter rechts stehende Kräfte suchen in ihr ganz offen nach einem „gesamt-deutschen Nationalbewußtsein“, das die Verbrechen des Faschismus zu relativieren und den Antifaschismus zu verdrängen vermag. Sie wollen erneut – den politischen Gegebenheiten der BRD als Bestandteil der NATO und der sog. westeuropäischen Gemeinschaft angepaßt – die integrativen, disziplinierenden und mobilisierenden Nutzungsmöglichkeiten des bürgerlichen Nationalismus aufdecken.³⁹ Zum Thema „Deutsche Identität heute“ erklärte im Juni 1983 auf einer Tagung des Studienzentrums Weikersheim der frühere Nazi-Richter Hans Filbinger: „Nichts Geringeres als die Existenz unseres Volkes steht auf dem Spiel, wenn wir die Identifikation mit uns selbst und als Nation nicht meistern. Die Nation ist der *einzigste Bezugspunkt*, der unser tief zerrissenes Volk *zusammenzuführen* vermag. Die Alternative dazu bestünde in der anarchistischen Entartung ...“⁴⁰

Noch offener und zugespitzter Postulierte Bernard Willms den „nationalen Imperativ“ zu einem kategorischen, der mit der Anweisung verbunden sei: „Wiederherstellung der Nation“. Willms schlußfolgerte aus seinen „Überlegungen zur Zukunft der Deutschen Nation“: „Der Nationalismus der Idee ist gesellschaftlich die Theorie der Rücknahme anspruchsvoller Sinnlosigkeit und politisch die Theorie der Wiederherstellung der Nation. Die Identität ist die minimale Voraussetzung für erfahrbaren Sinn. Wenn mit der menschlichen Existenz überhaupt ein politischer Sinn verbunden ist, dann muß *ein Recht als Grundlage allen Menschenrechts* und *jeder Bürgerpflicht* erkannt und anerkannt werden: Das Recht auf Nation!“⁴¹

³⁶ Wladimir Ostrogorsk : Kanzler Kohls Bemerkungen über die territorialen und politischen Realitäten im Herzen Europas. In: Neues Deutschland, 4.12.1984.

³⁷ Vgl. dazu vor allem Werner Flach und Christa Konschil, Kreuzritter in Trachten. Organisierter Revanchismus und seine Macher, Leipzig/Jena/Berlin 1984.

³⁸ Dieses Problem soll in den vorliegenden Thesen bewußt ausgeklammert bleiben, obwohl es im Kampf gegen den gegenwärtigen Revanchismus in der BRD eine zentrale Rolle spielt.

³⁹ Vgl. Hans Gerhard Müller, Chauvinistische Dogmen im Dienste konfrontativer Strategie. In: IPW-Berichte, 6/1985, S. 13 ff.; Karen Schönwälder, Auf der Suche nach der „deutschen Identität“. Ein Literaturbericht. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/1985.

⁴⁰ Deutsche Identität heute. Mit einem Vorwort von Heinrich Windelen, hrsg. vom Studienzentrum Weikersheim e. V., Mainz 1983, S. 178. Auf dieser Tagung sprachen auch Ernst Nolte, Michael Stürmer, Bernard Willms und Günter Rohrmoser.

⁴¹ In: Nation und Selbstbestimmung in Politik und Recht. Berlin(West) 1984, S. 85, 108.

21. Gleichwohl ist die Feststellung notwendig, daß es der herrschenden Klasse der BRD bisher nicht in jenem Maße gelang und auch nicht gelingen kann, die politische Organisation ihrer Gesellschaft mit dem Nationalismus und Revanchismus so zu prägen, wie das in der Weimarer Zeit und bis 1945 möglich gewesen ist. Die Monopolbourgeoisie der BRD muß hauptsächlich den geringer gewordenen Grad der Massenwirksamkeit ihrer manipulativen nationalistischen und revanchistischen Propaganda berücksichtigen.⁴² Sie unterliegt einem ihre Pläne erheblich störenden Zwang zur Verschleierung aller militaristischen Konsequenzen ihrer Politik des „Offenhaltens der deutschen Frage“ und ihrer Orientierung auf einen „endgültigen“ Friedensvertrag der Sieger des zweiten Weltkrieges mit einem wiedervereinten Deutschen Reich in den Grenzen von 1937. Sie sieht sich ständig veranlaßt, von allzu forschenden Tönen vorprellender Revanchisten abzurücken, selbst um den Preis einer, gewisse Risiken in sich bergenden Verstärkung der inneren Auseinandersetzung im Lager der Regierungsparteien. Die Grenzen des BRD-Imperialismus zeigen sich hinsichtlich der nationalistischen und revanchistischen Bestandteile seiner Politik auch im Bereich der politischen Organisation: Er war z. B. nicht in der Lage, erneut massenwirksame, spezielle deutschumpolitische Organisationen aufzubauen. Die Bemühungen um eine Wiedergründung des BdA (1950) und des VDA (1953) scheiterten kläglich. Von „Deutschumpolitik“ ist kaum die Rede mehr (was rechtskonservative und neofaschistische Kräfte beklagen⁴³, aber nicht ändern können); im Vordergrund stehen solche Orientierungen, die in gewisser Weise mit den Nahzielen der deutschen Außenpolitik der Weimarer Republik verglichen werden können.⁴⁴

22. Im Rahmen einer interdisziplinären historischen Imperialismus-Forschung, die Anliegen sowohl der Geschichtswissenschaft als auch der aktuellen politikwissenschaftlichen Forschung der DDR in sich vereinigt, stellen sich angesichts der bisher unzureichenden Ergebnisse – zahlreiche Fragen für intensive empirische Analyse und tiefgründige theoretische Deutung. Dazu gehören u. a. folgende Probleme, über die während des Kolloquiums diskutiert werden könnte:

- Worin bestehen die spezifischen weltanschaulichen und gesellschaftstheoretischen Merkmale des Nationalismus und Revanchismus in den einzelnen Etappen der Geschichte des deutschen Imperialismus? Wie müßte eine marxistisch-leninistische Typologie des Nationalismus aussehen und wie könnte sie erarbeitet werden? Von welchen konkreten Erscheinungsformen des Nationalismus und Revanchismus ist im Verlaufe des bisherigen 20. Jahrhunderts zu sprechen?
- In welchem Ausmaß erreichten Nationalismus und Revanchismus als politisch-ideologische Strömung eine relativ eigenständige Wirkung? Welche Eigengesetzlichkeiten entwickelten sich auf ihrer Grundlage und wie wirkten diese auf den konkreten Geschichtsverlauf?
- Welche Rolle spielen völker- und andere sozialpsychische Faktoren für die Wirkungsmechanismen des Nationalismus?
- Welchen Einfluß erreichte der Nationalismus auf die deutsche Arbeiterklasse sowie auf die verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung? Wie vollzog sich konkret die Auseinandersetzung von bürgerlichem Nationalismus und Kosmopolitismus mit dem proletarischen Internationalismus?
- Wie wirkten Nationalismus und Revanchismus auf die anderen Klassen und Schichten des deutschen Volkes? Welche sozialökonomischen und sozialstrukturellen Affinitäten lassen sich feststellen?
- Inwieweit konnten Nationalismus und z. T. auch der Revanchismus durch direkte und indirekte Vermittlung sowie durch ihre „Alltäglichkeit“ dauerhaftere, stabilere und mobilisierbare Bewußtseinsinhalte unter den Massen als andere ideologische Strömungen erzielen?

⁴² Eine Emnid-Umfrage ergab Anfang Oktober 1984 u. a. folgendes Ergebnis bei der Beantwortung der Frage, ob es in der BRD Revanchisten gebe und wieviele es wären: 6% „Niemand denkt so“, 33% „Nur einzelne Außen-seiter denken so“, 39% „Nur eine kleine Minderheit denkt so“, 21% „Viele Leute denken so“. Als Kriterium war vorgegeben: „Unter Revanchisten versteht man Leute, die mit den heutigen Grenzen im Osten nicht einverstanden sind und sie ändern wollen.“ Der Spiegel, 29.10.1984, S. 43; Mit der konservativen Kritik an dieser für die Revanchisten der BRD so unbefriedigenden Situation befaßt sich u.a. Alfred Loesdau, S. 128 ff.

⁴³ Vgl. z.B. Rudolf Aschenauer: Die Auslandsdeutschen. 100 Jahre Volkstumsarbeit. Leistung und Schicksal, Berg/Starnberger See 1981, S. 278 ff.

⁴⁴ Siehe Anm. 21.

- Wie und mit welchem Ergebnis wird in der BRD versucht, antifaschistischen Kampf und die Friedensbewegung als „antideutsch“ zu verfälschen?
- Welche politischen Funktionen erfüllen die Auseinandersetzungen, die in den letzten Jahren in der BRD-Historiographie geführt wurden und die der These vom deutschen Sonderweg, den Kategorien Kulturnation-Staatsnation-Volksnation, der sog. Tragik des unvollendeten und unvollendbaren deutschen Problems sowie der Frage „Alternative zum Nationalstaat oder Nationalstaat als Alternative“ für die Entwicklung der BRD von 1945 bis 1955 galten?
- Was charakterisiert gegenwärtig das konservative und das neofaschistische Nationsverständnis in der BRD und im Vergleich dazu in den anderen imperialistischen Ländern? Was hat sich in der BRD nach der „Wende“ von 1982 an neuen Merkmalen und Erscheinungsformen des Nationalismus offenbart?
- Welche Rolle spielen die neuen „völkischen“ Elemente in der Ideologie bundesdeutscher Politiker und Politologen?⁴⁵
- Wie setzen wir uns mit Tendenzen einiger „Linker“ (z. B. Peter Brandt) in der BRD auseinander, die für die Friedensbewegung nach einer neuen „nationalen Identität“ suchen und demonstrativen Beifall aller Konservativen finden?⁴⁶
- Welche Ergebnisse zeitigten die politischen, und ideologischen Auseinandersetzungen um den 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus und der Befreiung des deutschen Volkes von der Nazibarbarei?

Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, Nr. 1-4, Berlin 1986, S. 161-188.

Ebenfalls veröffentlicht in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte. Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland“ der Sektion Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Nr. 48, Januar 1986, S. 6-28.

⁴⁵ Vgl. Reinhard Opitz, Faschismus und Neofaschismus, Frankfurt a. M. 1984, S. 318 ff.

⁴⁶ Gerd-Klaus Kaltenbrunner, „Die Besinnung der Konservativen und Sozialisten auf ihr Deutschsein (ist) ein faszinierendes Zeichen.“ Zit. in: Deutsche Identität heute, S. 179.

Rezension

Klaus Mammach, *Widerstand 1933-1939*. Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration. Berlin: Akademie-Verlag 1984. VI, 330 S., 8° Abb. 80 M 11,80.

Es mag ungewöhnlich sein, wenn am Anfang dieser Besprechung vom Schlußteil des hier zu rezensierenden Buches ausgegangen wird: Die beiden Register umfassen allein mehr als 20 Seiten und damit immerhin 6-Prozent des Bandes. Es ist bereits dies als ein sinnfälliger Ausdruck der Fülle des von Klaus Mammach verarbeiteten Materials zu werten. Tatsächlich dürfte M. alle wesentlichen Namen und Aktionen des „Widerstandes“ während der Jahre 1933 bis 1939 erfaßt sowie zu einem übersichtlichen und auch überzeugenden Gesamtbild der Lebens- und Kampfbedingungen der deutschen Antifaschisten zusammengefügt haben. Daß jeder Kenner der Materie weitere Beispiele anführen könnte, die hier – sicher auch angesichts des vorgegebenen Umfangs – keine Erwähnung fanden, ändert nichts daran. Jeder Name eines Widerstandskämpfers verkörpert ein Schicksal, ruft die außergewöhnliche Situation ins Gedächtnis, der sich die aufrechten, ungebrochenen, friedliebenden und zukunftsorientierten Kräfte des deutschen Volkes nach der Errichtung der faschistischen Diktatur zu stellen hatten.

Es gehört zu den zahlreichen Vorzügen des Bandes, wie – häufig mit wenigen und kurzen Angaben, mit eingestreuten Erinnerungsberichten (z. B. S. 103 f., 169 ff.) sowie mit an und für sich trockenen Zahlen und Tabellen – das sog. Umfeld des Lebens im Widerstand gegen die braune Barbarei veranschaulicht wird. Den beiden großen Kapiteln, die den Etappen vom Frühjahr 1933 bis zum Herbst 1935 (S. 27-148) und dann bis zum Sommer 1939 (S. 149-288) gewidmet sind, stellt der Verf. jeweils einen Abschnitt über „allgemeine Verhältnisse“ und „Bedingungen für den Widerstand“ voran. Die Einleitung und das Kapitel „Erste Reaktionen der Antihitlerkräfte im Januar/Februar 1933 auf die Errichtung der faschistischen Diktatur“ (S. 7-26) dienen dem in gleicher Weise. Es gelingt dem Verf. sehr gut, deutlich zu machen, wie sich die jeweiligen Veränderungen im terroristischen System der faschistischen Diktatur, in der sozialen Lage der einzelnen Klassen und Schichten und nicht zuletzt in der internationalen Stellung Nazideutschlands auf die Widerstandsaktionen, ihre Wirksamkeit und Entwicklung auswirkten. Zugleich wird offensichtlich, aus welchen sozialen und politischen Gruppen die Hauptkräfte des Antifaschismus kamen. Legitimiert durch die historischen Fakten, gelten fast zwei Drittel der gesamten Darstellung dem Kampf der deutschen Kommunisten und der mit ihnen verbundenen Antifaschisten. Danach behandelt M. jeweils das Ringen sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Kräfte sowie das der christlichen und bürgerlichen Nazigegner. Die Nachteile, die sich aus einer solchen systematisierenden Anlage der Kapitel ergeben müssen, nimmt M. offensichtlich bewußt in Kauf, er versucht sie in einer kleinen Zusammenfassung am Ende des Bandes auszugleichen.

Bevor darauf näher eingegangen wird, seien jedoch erst einige Dinge benannt, die sich ebenfalls zu den Vorzügen des Bandes rechnen lassen. Fast durchweg dominiert Konkretheit.¹ Seine Darstellung ist eine Ereignisgeschichte im besten Sinne dieses Begriffes. Mitunter wird sogar etwas zu nüchtern und trocken berichtet, dennoch sprechen die Fakten für sich und argumentiert der Verf. mit ihrer Hilfe, an einigen Stellen durchaus auch auf emotionale Wirkung bedacht. Es gibt kaum überflüssiges Beiwerk, bloße Behauptungen oder platzfüllende Interpretationen. Gerade dadurch strahlt das Buch Überzeugungskraft aus, wirkt es entlarvend gegenüber den plumpen wie auch den feineren Verfälschungen der Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung in der bürgerlichen Historiographie. Insbesondere die diffamierenden Thesen vom angeblichen Zerfall der KPD und von der geschichtlichen „Sinnlosigkeit“ ihres Ringens können als eindeutig widerlegt betrachtet werden. Und ebenso erledigt sich die böswillige Unterstellung beinahe von selbst, in der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung würde Widerstand aus anderen als aus kommunistischen

¹ Wie schwierig es angesichts der Quellenlage ist, konkrete Angaben zum Thema zu bringen, verdeutlichen die folgenden, leider nicht untypischen Formulierungen: „Eine Anzahl von Intellektuellen lehnte die neue Regierung ab.“ (S. 23), „Andererseits jedoch bekannten sich viele Intellektuelle zum neuen Regime ...“ (S. 32), „Große Teile der Intelligenz profitierten von der Aufrüstung ...“ (S. 36).

tischen Motiven nicht gewürdigt und heruntergespielt. Es hängt wohl vor allem mit dem vom Verf. bevorzugten Stil seiner Darstellung zusammen, daß die Auseinandersetzung mit einzelnen Thesen bürgerlicher Historiker (z. B. S. 11, 57, 140, 206, 258 und 289 ff.) jeweils nur angedeutet erscheint. Das gilt auch, wenn hier ferner gesagt werden muß, daß angesichts seiner großen weltanschaulich-politischen Brisanz gerade dieses Thema in unserer heutigen Zeit einen etwas offensiveren, etwas grundsätzlicheren Akzent und eine zusammenfassende Bewertung vertragen hätte.

Hervorzuheben wäre ferner eine ganze Reihe von Aussagen zur Situation der einzelnen Klassen und Schichten in Nazideutschland, die gleichsam nebenbei frühere Vereinfachungen korrigieren und differenziertere Einschätzung vor allem zu den im Verlaufe der 30er Jahre geringer werdenden Möglichkeiten des antifaschistischen Kampfes erlauben. Besonders gelungen erscheint dem Rez. der Abschnitt „Ansätze der Volksfront im Exil“ (S. 239-257), in dem material- und problemreich nicht nur der „Widerstand“, sondern tatsächlich die „Geschichte der Widerstandsbewegung“ dargestellt wird.

Damit sei nun, ohne dies als Kritik verstehen zu wollen, der Nachteil des vorliegenden Bandes benannt: Die Fülle des Materials will sich angesichts der gewählten Vielzahl systematisierender Darstellungskriterien nicht zu einer wirklichen Synthese fügen. Zeitliche Zusammenhänge sind oft „zerhackt“, chronologische Sprünge keine Seltenheit. Beispielsweise wird erst im 9. Abschnitt des 2. Kap. (S. 94 ff.), also fast an dessen Ende und vor der Behandlung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und der Brüsseler Konferenz der KPD, auf den Kampf der deutschen Kommunisten gegen die wachsende Kriegsgefahr eingegangen. Dabei erfolgen notwendige Rückgriffe auf Dokumente der Partei von 1933/34, ohne daß deutlich werden kann, welchen hohen und zentralen Stellenwert gerade der Kampf gegen den friedensbedrohenden Charakter des Faschismus in der gesamten Orientierung der Partei nach dem 30. Januar 1933 besaß. Vielleicht wäre es nützlich gewesen, bei der Darstellung noch mehr vom Prinzip des „Nebeneinanders“ einzelner Problemkreise abzugehen. Man kann sich auch vorstellen, daß dem Entwicklungsprozeß in der Widerstandsbewegung breiterer Raum hätte gewidmet werden können. Der abschließende Teil „Zur Rolle der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933 bis 1939“ (S. 289-299) vermag in dieser Hinsicht keinen befriedigenden Ausgleich zu schaffen zu cursorisch bleiben hier die Angaben über die Breite und die Uneinheitlichkeit der Widerstandsbewegung, über die unterschiedlichen Motive und Formen des antifaschistischen Kampfes sowie über die Entwicklungsetappen des Antifaschismus. Der Leser würde sicher gern auch etwas über die Spezifik des Widerstandes in den Jahren 1933 bis 1939 gegenüber der Zeit vorher und nachher erfahren wollen, wie er wahrscheinlich ebenso daran interessiert sein dürfte, etwas über das – zweifelsfrei sehr schwer zu erfassende – Übergangsfeld vom Widerstand hin zu abwartenden, skeptischen und unbewußt oppositionellen Verhaltensweisen bestimmter Teile der Bevölkerung zu erfahren, die leider nur kurz angedeutet sind (z. B. S. 161). Eine Aussage zu den Zusammenhängen von sozialstrukturellen und regionalen Aspekten des Themas wäre schließlich nicht unangebracht gewesen.

Und dennoch: Auch wenn sich einige kleinere Fehler² eingeschlichen haben (z. B. bei den Zahlen über die Mitglieder der NSDAP auf S. 33), wenn man einiges an Fakten und in der verwendeten Literatur vermißt und wenn unterschiedliche Auffassungen zu Darstellungsprinzipien bestehen – all dies schmälert keineswegs die große Leistung des Verf., die uneingeschränkt anerkannt wird.

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Herausgegeben im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 107, Heft 4 – April 1986, Spalte 303-306.

² Dazu ist allerdings nicht zu zählen, daß der Verlag das Buch des gleichen Verf. „Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933-1939“ (Dietz Verlag Berlin 1974) hätte erwähnen sollen, unabhängig vom sicher erheblichen Grad der Überarbeitung durch den Verf.

Das interdisziplinäre wissenschaftliche Leben stärker entfalten

Viele Gesellschaftswissenschaftler unserer Universität können wohl mit Recht stolz sein auf die Ergebnisse ihrer Arbeit in der zurückliegenden Zeit. Sie sind es auch auf die Anerkennungen, die ihre Leistungen an der Universität und darüber hinaus gefunden haben. Nach dem XI. Parteitag bemühen sie sich ernsthaft und angestrengt darum, seinen hohen Anforderungen zu entsprechen.

Wir wollen unseren Beitrag zur weiteren Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften als theoretisches und politisch-ideologisches Instrument der Partei vor allem durch eine qualitative Verbesserung unserer gesamten Arbeit leisten, und das in der Einheit von Lehre und Forschung ebenso wie in dem unabdingbar notwendigen engeren Zusammenwirken von Theorie und Praxis. Insbesondere gilt es, mit neuen Forschungsergebnissen sowohl an der Vervollkommnung als auch an der Verwirklichung unserer Gesellschaftsstrategie, sowohl an der wissenschaftlichen Fundierung der Staatspolitik als auch an der erfolgreichen Führung des politisch-ideologischen Kampfes mitzuwirken. Fast alle Gesellschaftswissenschaften sind in diesem Sinne verstanden grundsätzlich Leitungswissenschaften; Wissenschaften von der Gesellschaft und ihrer Leitung sowie Wissenschaften für die Leitung der Gesellschaft. Unsere Zeit erfordert mehr gesellschaftswissenschaftliche Grundlagenforschung als bisher, d. h. unmittelbar praxiswirksame und prognostisch wirksame Forschung. Sie erfordert auf jeden Fall mehr als eine Selbstbeschränkung auf rein reflektierende, bewußtseinsbildende und propagandistische Aufgaben. Gegenwärtig gilt es für alle Gesellschaftswissenschaftler, insbesondere die Einheit von Theorie und Praxis auf einem wesentlich höheren Niveau als bisher zu bewältigen.

Trotz aller Erfolge sollten wir uns jedoch ständig die Gefahr jener Kluft vor Augen führen, die zwischen den gesellschaftlichen Anforderungen und unseren Arbeitsergebnissen zwangsläufig entstehen muß, wenn es uns nicht gelingt, die vorhandenen Kräfte als Bestandteil der gesamten Universität zu vervielfachen, sie wesentlich produktiver und effektiver als bisher zu nutzen.

Mitunter taucht die Frage auf, ob dies überhaupt möglich sei. Auch und vor allem unausgesprochen liegt sie verschiedenen Erscheinungen zugrunde.

Nach meiner Auffassung ist die Frage eindeutig mit ja zu beantworten, allerdings nur, wenn es uns gelingt, überall zu einer echten Intensivierung überzugehen, wenn wir eine größere Dynamik, wenn wir mehr Konsequenz im Aufgreifen und Bewältigen jener neuen Probleme erreichen, die uns allen auf den Nägeln brennen.

Ich vertrete die Auffassung, daß künftig die Leitung der wissenschaftlichen Prozesse noch ergebnisorientierter und -verbundenen als bisher erfolgen muß, dabei sollten das Resultat, das Produkt und die Produktivität der wissenschaftlichen Arbeit selbst Gegenstand von Leitungstätigkeit sein.

Weiter möchte ich die Überlegung vortragen, da sich die Leitungstätigkeit auf die Entwicklung der Interdisziplinarität des wissenschaftlichen Lebens und die dabei auftretenden sektions- und fakultätsübergreifenden Spezifika konzentrieren sollte. Das, was sich in dieser Hinsicht von unten her und häufig spontan entwickelt, reicht in der Regel noch nicht aus. Es erweist sich auch nicht als stabil genug.

Alljährlich stellen wir bei den Forschungsberichten, feste daß die Erkenntnisfortschritte sehr pauschal oder gar nicht formuliert worden sind. Die Ergebnisse werden mehr als Selbstverständlichkeit zur Kenntnis genommen und zu den Akten gelegt. Leider gilt das auch für manche Promotionschriften. Möglich ist so etwas nur, wenn an einer Sektion das wissenschaftliche Leben nicht in Ordnung ist und die Arbeitsatmosphäre problemhafte Impulse, Neugier und Risikobereitschaft vermissen läßt. In meinen Gesprächen mit den Promovenden wurde häufig darüber geklagt, daß ihre Arbeiten relativ wenig genutzt worden seien. Die Zahlen der UB über die Ausleihe von Dissertationsschriften sagen ähnliches aus. Auffällig ist nicht zuletzt eine gewisse Diskrepanz zwischen den guten Bewertungen von Qualifizierungsarbeiten und den Tatsache, daß sie kaum größere nationale Wirksamkeit oder internationale Aufmerksamkeit finden.

Promotionsschriften werden nach meinem Eindruck auch zu wenig als Mittel für die Vorbereitung und Ausarbeitung langfristiger Forschungsstrategien gesehen. Die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät orientiert ihre eigene Arbeit vor allem auf die Entwicklung eines reichhaltigen, lebendigen und von kameradschaftlichem Meinungsstreit getragenen wissenschaftlichen Lebens an den Sektionen und an der Universität, in das junge Kader von Anfang an, möglichst schon während ihres Studiums, einbezogen sind.

Die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät wird sich im neuen Studienjahr auch mit ihrer Verantwortung gegenüber der Bewältigung des Verhältnisses von Wissenschaft und Produktion im Territorium beschäftigen. Wenn ich dabei den Begriff „Territorialforschung“ verwenden möchte, dann ist dies mehr im Sinne einer neuen wissenschaftlichen Disziplin als im Sinne einer manchmal schon apostrophierten „Zeiss“- bzw. „Bezirks“-Universität zu verstehen. In einer vom Territorium ausgehenden und nach theoretischer Substanz von hohem Verallgemeinerungsgrad strebenden Forschung würden sich sehr präzise viele der neuen Anforderungen widerspiegeln. Hinzu kommt, daß sie ein gemeinsames inhaltliches Anliegen von Naturwissenschaftlern, Medizinerinnen und Gesellschaftswissenschaftlern enthält, das niemals von einer Disziplin allein bewältigt werden kann. Jeder kennt bzw. erahnt die gewaltigen Dimensionen jener Aufgaben, die mit der in der DDR wohl einmaligen Ballung von Schlüsseltechnologien in Jena entstehen werden. Zahlreiche Probleme liegen auf der Hand: Wie ist die gegenwärtige Altersstruktur der Bevölkerung im Territorium hinsichtlich der Möglichkeiten und der Konsequenzen des Aufbaus von Schlüsseltechnologien einzuschätzen? Arbeitskräfte-Lenkung und Freizeitprobleme werden, wachsen, aber wie? Welche sozialstrukturellen, bildungspolitischen kaderpolitischen und auch geistig-kulturellen Konsequenzen werden sich ergeben? Was wird unter solchen Bedingungen Heimatverbundenheit sein? Welche Erbe- und Traditionsarbeit ist erforderlich?

Das und vieles andere sind Fragen, die nicht erst im Nachhinein und schon gar nicht im Sinne einer in (wesentlichen) westlichen Ländern betriebenen „Technologiefolgenabschätzung“ beantwortet werden können. Eine richtig verstandene und betriebene Territorialforschung wäre eine wissenschaftliche Fundierung des Wirkens der Universität in unserem Territorium und wäre zugleich ein über das Territorium hinausreichender interdisziplinärer Beitrag zur Realisierung der ökonomischen und der gesamten Gesellschaftsstrategie unserer Partei. Ich würde nicht zuletzt in ihr eine äußerst sinnvolle Klammer für die beiden Hauptprofillinien des gesellschaftswissenschaftlichen Bereiches sowie für ein gemeinsames weltanschauliches Wirken aller Bereiche sehen.

Universitätszeitung, Nr. 4/1983, S. 3.

Das Nürnberger Tribunal der friedliebenden Völker

Vor 40 Jahren Prozeß gegen Hauptkriegsverbrecher

Letztlich spricht die Geschichte – einer alten Erfahrung gemäß – über alle Verbrechen ein gerechtes Urteil, zuweilen jedoch erst viele Jahre und Jahrzehnte danach und für die Betroffenen oft zu spät. Selten erfolgte die Abrechnung mit barbarischen Untaten hingegen so rasch und in einem politischen Akt von so großer Tragweite wie durch den Nürnberger Prozeß gegen die faschistischen Hauptkriegsverbrecher des zweiten Weltkrieges.

Die Aufgabe des Nürnberger Prozesses bestand vor allem darin, auf der Grundlage unbestreitbarer, juristisch überprüfbarer Tatsachen und Beweise vor der Menschheit die Verbrechen des Hitlerfaschismus zu enthüllen und die dafür Hauptverantwortlichen zu verurteilen. Die Anklagevertreter der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs – Repräsentanten von Ländern verschiedener Gesellschaftsordnungen, jedoch einig in dieser menscheitsbewegenden Frage – hatten das Mandat aller Staaten der Antihitlerkoalition. Sie sprachen Recht im Namen der Völker, im Namen der Lebenden und Toten, der über 50 Millionen Opfer, die der vom deutschen Imperialismus und Militarismus entfesselte verbrecherische Krieg gefordert hatte.

Als sich die Tore des Justizpalastes öffneten ...

Als sich in der zerstörten Stadt der Nazi-„Reichsparteitage“ am 20. November 1945 die Tore des Justizpalastes öffneten, standen führende Nazis – soweit sie sich nicht der Verantwortung durch Selbstmord oder Flucht entzogen hatten – unter Anklage. Dazu gehörten u. a. Göring, Heß, Kaltenbrunner, Rosenberg, Speer, Schacht und Dönitz.

An einer der Längsseiten des großen Eichensaaes erstreckte sich der Richtertisch, an dem Sir Geoffrey Lawrence (Großbritannien, Präsident des Tribunals), I. T. Nikitschenko (UdSSR), Francis A. Biddle (USA) und Henri Donnedieu de Vabres (Frankreich) und ihre vier Stellvertreter saßen. Ihnen gegenüber hatten die Angeklagten in zwei Reihen Platz genommen. Der dazwischenliegende Raum gab den Verteidigern und der Anklage Platz, während die Schmalseiten von Zeugenstand und Dolmetscherkabinen auf der einen und von Besucher- und Pressetribünen auf der Seite flankiert waren.

Die Illusionen und Hoffnungen der Angeklagten, ungestraft davonkommen zu können – etwa wie die deutschen Kriegsverbrecher nach dem ersten Weltkrieg – schrumpften allmählich. In dem Verfahren gegen diese persönlich angeklagten Kriegsverbrecher wollte das Gericht zugleich prüfen, inwieweit einzelne Organisationen, so die Reichsregierung, das Korps der politischen Leiter der NSDAP, die SS, die Gestapo, die SA und das Oberkommando der Wehrmacht, als kriminelle Gruppen und Organisationen zu verurteilen waren.

Gemeinsamer Entschluß der Antihitlerkoalition

Über die Notwendigkeit der Bildung eines Gerichtshofes der Völker hatte in den Reihen der Antihitlerkoalition im Grunde seit ihrer Entstehung Übereinstimmung geherrscht. Diese feste Absicht verstärkte sich in dem Maße, wie die Empörung der Weltöffentlichkeit über die faschistischen Okkupationspraktiken wuchs und je mehr das Ausmaß der faschistischen Barbarei bekannt wurde.

Eine der wichtigsten Stationen auf dem Wege zur Verwirklichung des Entschlusses, die Kriegsverbrecher abzuurteilen, bildete die Konferenz der Außenminister der UdSSR, der USA und Großbritanniens vom Oktober 1943 in Moskau. In deren Ergebnis wurde eine „Erklärung über die Verantwortlichkeit der Hitleranhänger für begangene Greuelthaten“ veröffentlicht.

Namens der Antihitlerkoalition gaben die drei Außenminister ihren Entschluß bekannt, die faschistischen Verbrecher „bis an die äußersten Enden der Welt (zu) verfolgen und sie ihren Anklägern aus(zu)liefern, damit Gerechtigkeit geschehe.“ Sie erklärten, daß „diejenigen deutschen Offiziere und Mannschaften sowie Mitglieder der NSDAP, die für Grausamkeiten und Verbrechen verantwortlich waren, oder ihre Zustimmung dazu gegeben haben, in die Länder zurückgebracht werden sollen, in denen ihre abscheulichen Taten begangen wurden sind ...“ Vorgesehen war ferner, die

Verbrecher nach den Gesetzen der befreiten Länder und der Regierungen, die dort gebildet werden, zu verurteilen. Im Potsdamer Abkommen bestätigten die Antihitlerkoalition dann am 2. August 1945 ihre Entschlossenheit, alles zu tun, damit die Kriegsverbrecher aufgespürt und an die Justiz ausgeliefert werden.

Schließlich bestimmte für Verbrechen ohne geographisch bestimmbar Tatort sechs Tage später das Londoner Viermächteabkommen – die völkerrechtliche Geburtsurkunde des Nürnberger Tribunals – die Einsetzung eines Internationalen Militärgerichtshofes, legte dessen Statut fest sowie die vier Hauptpunkte der Anklage: 1. Verschwörung gegen den Frieden; 2. Verbrechen gegen den Frieden (Angriffskrieg); 3. Kriegsverbrechen; 4. Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Es war, wie der sowjetische Hauptankläger R. A. Rudenko ausführte, das erste Mal in der Geschichte, daß ein Gericht „aus friedens- und freiheitsliebenden Nationen den Willen und die Interessen der ganzen fortschrittlichen Menschheit“ ausdrückte, die eine „Wiederholung des Elends nicht will“.

Als nun vor 40 Jahren 21 der engsten Komplizen Hitlers in Nürnberg auf der Anklagebank Platz genommen hatten, bezeichnete der USA-Hauptankläger Robert H. Jackson als das wichtigste Ziel des Prozesses, „den Frieden sicherer zu machen“. Und der britische Hauptankläger Sir Hartley Shawcross setzte hinzu: „Von nun an soll, wer einen Krieg beginnt, dies mit einem Strick um den Hals tun müssen.“

Bleibende Maßstäbe für Gegenwart und Zukunft

Der Tag. Der Eröffnung des Gerichtes der Völker über die Hauptkriegsverbrecher verging mit der Verlesung der umfangreichen Anklageschrift, die die Angeklagten teilweise für das interessiert verfolgten. Bis zum 1. Oktober 1946 fanden über 400 öffentliche Sitzungen statt. Woran auch? Etwa 250 Journalisten aus aller Welt teilnahmen. Schließlich erhielten 12 Angeklagte das verdiente Todesurteil zugesprochen. Bis auf den in Abwesenheit verurteilten Martin Bormann wurden alle Todesurteile wenig später vollstreckt. Göring beginnt kurz zuvor Selbstmord. Drei Mensch. Angeklagte wurden zu lebenslänglicher und vier zu zehn bis 20 Jahren Haft verurteilt. Drei Angeklagte wurden unter Protest des sowjetischen Richters und der Öffentlichkeit freigesprochen, darunter der langjährige Reichsbankpräsident Schacht.

Der Nürnberger Prozeß hat bleibende Maßstäbe für die Verurteilung und Verfolgung von Verbrechen gegen den Frieden, von Kriegsverbrechen und von Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesetzt. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen bestätigte die Grundsätze des Statuts und des Urteils von Nürnberg bereits am 11. Dezember 1946 als „allgemeines Völkerrecht“. Die Grundsätze von Nürnberg waren und bleiben lebendiger Bestandteil des neuen demokratischen Völkerrechts, Ausdruck einer Epoche, in der es zur friedlichen Koexistenz unterschiedlicher sozialer Systeme keine vernünftige Alternative gibt.

Neues Deutschland, 16./17. November 1985, S. 13.

Rezension

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. Hrsg. v. Jürgen Schmädke u. Peter Steinbach. Mit einem Vorwort v. Wolfgang Treue. Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. München, Zürich: Piper 1985. XXXVIII, 1185 S. 8° (Publikationen der Historischen Kommission zu Berlin.) DM 29,80.

Der hier zu besprechende Band entstand nach einer Konferenz, die anlässlich des 40. Jahrestages des Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 in Berlin (West) mit großem Aufwand und in geschickter Diskussionsregie durchgeführt wurde. Nicht allein sein außerordentlicher Umfang – 66 Beiträge und eine längere Einleitung der Hrsg. Jürgen Schmädke und Peter Steinbach – sowie das ausführliche Tagungsresümee (S. 1119-1158), sondern die Wiedergabe und die Reflexion unterschiedlichster Positionen lassen ihn als eine Art Kompendium bisheriger Ergebnisse und Versäumnisse sozialdemokratischer, liberaler und konservativer Widerstandsforschung in der BRD erscheinen. Das Bemühen um einen breiten und bilanzierenden Überblick, um eine kritische Bestandsaufnahme ist unverkennbar. Ebenso kennzeichnend sind allerdings die Schranken, die durch das totalitarismustheoretisch-pluralistische Selbstverständnis der Organisatoren und Hrsg. nach links gesetzt worden sind; ausgeklammert blieben alle Historiker und Politologen der BRD, die sich dem konsequenten Antifaschismus verpflichtet fühlen und jeden Versuch ablehnen, die Kommunisten aus dem Widerstand gegen Hitler und seinen Traditionen auszugrenzen.

Es wäre vermessen, hier jeden einzelnen Beitrag behandeln und werten zu wollen. In ihnen ist, das kann verallgemeinernd festgestellt werden, ein umfassendes und vielfach auch beeindruckendes Material ausgebreitet worden. Gerade in ihrer Detail-Fülle zeugen sie von der erheblichen Intensivierung, die während der letzten Jahre in der BRD die Erforschung des Widerstandes und oppositionellen Verhaltens gegen das faschistische Regime erfahren hat. Zugleich wird damit das endgültige Scheitern jener Konzeption deutlich, die bis in die 70er Jahre von der bürgerlichen Geschichtsschreibung verfochten worden ist. Widerstand nur im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 anzuerkennen – diese untaugliche und weitgehend von den militant antikommunistischen Prämissen des kalten Krieges geprägte Betrachtungsweise mußte aufgegeben werden. Es kann nicht länger geleugnet werden, daß die deutschen Kommunisten den größten Anteil an der deutschen Widerstandsbewegung besaßen und die meisten Opfer im Kampf gegen Faschismus und Krieg brachten. Völlig aufgegeben ist die veraltete Konzeption noch nicht, sonst hätten sich die Hrsg. nicht damit zufriedengeben können, daß sich eigentlich nur vier Beiträge – sie stammen von Hermann Weber, Arnold Sywottek, Detlef J. K. Peukert und Alexander Fischer – direkt und auch etwas pauschal mit der Geschichte der KPD befassen. Die Mehrzahl aller Beiträge ist, teilweise außerordentlich detailliert, den „nationalkonservativen“ Hitlergegnern gewidmet. Peinlich mutet es jedoch an, wenn man vergeblich nach Beiträgen über den antifaschistischen Kampf im Exil sucht.

Wird damit also der Titel des Bandes („Der Widerstand ...“) nicht erfüllt, so bleibt manches auch vom programmatischen Untertitel offen. Zum Thema „deutsche Gesellschaft“ wären solche Fragen wie die nach dem Klassencharakter und den sozialen Funktionen des Faschismus, nach den Förderern der NSDAP und nach der nationalistisch-revanchistischen Aggressivität der herrschenden Kreise der deutschen Monopolbourgeoisie, nach dem Wesen und den Wurzeln des faschistischen Terrorismus, nach dem Antisowjetismus und dem Weltmachtstreben der Naziführung eigentlich eine unentbehrliche Voraussetzung gewesen. Die überwiegend erkennbare Orientierung auf eine legitimatorische Einbindung der Geschichte von „Widerständigen“ in das Traditionsbild (und natürlich auch in das politische „freiheitlich-demokratische“ Gegenwartsverständnis) der BRD¹ führt zur Ablehnung des Antifaschismus-Begriffs, in dem sich ja nicht nur eine humanistische Antwort auf das Phänomen des Faschismus, sondern eine kämpferische Alternative zum terroristischen Angriff der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte auf die gesamte Arbeiterbewegung, auf den Frieden, auf Demokratie und Parlamentarismus, auf Kultur und Humanität spiegelt. Sie führt auch zu letztlich

¹ In seinem Geleitwort macht Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister von Berlin (West), bewußt auf den angeblichen Mißbrauch des Widerstandsbegriffs aufmerksam, der „in der schwierigen Friedensfrage ... immer wieder (zu) erleben“ sei (S. VI).

diffamierenden Thesen, die u. a. bei Detlef J. K. Peukert („Volksfront und Volksbewegungskonzept im kommunistischen Widerstand“) in der Aussage gipfeln, der deutsche Widerstand könne – weil er nicht zu einem sichtbaren Erfolg führte – keinen „Anspruch auf die Gestaltung Nachkriegsdeutschlands vorweisen ...“. Erst die „Besatzungshoheit der Roten Armee“ habe den „für den Widerstand der KPD konstitutiven Widerspruch zwischen Minderheitenposition und revolutionärem Machtanspruch“ lösen geholfen (S. 887).

Der Band gliedert sich in zehn Teile, wobei die meisten den Themen entsprechen, die für die einzelnen Sitzungen der Konferenz formuliert worden waren. Nach allgemeineren Beiträgen (Hans Mommsen, Klaus-Jürgen Müller, Ger van Roon) wird der „Widerstand in der Konsolidierungsphase des NS-Regimes“ behandelt. Hier fällt besonders auf, daß nicht von den objektiven Bedingungen für den Widerstand, sondern von der subjektiven „Unterschätzung“ des Faschismus durch *alle* seine Gegner ausgegangen und darin das „Versagen“ der gesamten deutschen Gesellschaft gegenüber den Nazis gesehen wird.

Im Teil III „Kirchen und Konfessionen zwischen Kooperation und Teilwiderstand“ gibt Günther van Norden einen aufschlußreichen Überblick über unterschiedliche Forschungspositionen (S. 227 ff.). In der Diskussion wurde nachdrücklich zwischen dem Widerstand von einzelnen Christen und der Haltung kirchlicher Institutionen differenziert, und von H. Mommsen sogar erklärt, es sei eine „Lebenslüge“ der Kirchen, wenn sie erklären, damals „unpolitisch“ gehandelt zu haben (S. 1126).

Ein eigener Teil gilt den „Konservative(n) zwischen Anpassung und Opposition“. Dessen Spannweite reicht von der Frage der Staatsstreich-Vorstellungen im Jahre 1938, der Tätigkeit „national-konservativer“ Kräfte im Auswärtigen Amt, in der Abwehr und in der Wehrmacht bis zur Bewertung der unterschiedlichen „Generationen“. Interessant erscheint hier vor allem der Versuch, über die bisherige biographische Forschung hinauszugehen und auch einen „gruppenbeschreibende(n) Ansatz“ (S. 1131) wahrzunehmen.

Auf Fragen des Rechtsstaates, der Gewerkschaftsvorstellungen und des Antisemitismus (siehe Christoph Dipper „Der Widerstand und die Juden“, S. 598 ff.) konzentrierte sich die Diskussion zu den Beiträgen, die im fünften Teil von Arnold Sywottek, Detlef Lehnert, Michael Schneider, Ekkehart Klauss, Steven Krolak, Ger van Roon, Hans Mommsen und Peter Steinbach über „Gesellschaftliche und politische Zielvorstellungen des Widerstandes“ vorgelegt worden sind.

Die größte geistige Enge weist wohl der Teil „Auslandsbeziehungen des Widerstands“ auf, in dem lediglich das Verhältnis konservativer Kräfte zu den Westmächten beleuchtet und recht oberflächlich nach Ursachen für die fehlende Unterstützung des Widerstandes durch diese gefragt wird. Da alles nur auf kognitive Wurzeln zurückgeführt (und von klassenmäßigen Zusammenhängen weggeführt!) wird, ist der zweifellos komplizierten Verschränkung innen- und außenpolitischer Faktoren nicht beizukommen. Karl W. Deutsch bezeichnet es als „Realitätsverlust“ des deutschen Widerstandes (wobei er grundsätzlich mit diesem Begriff nur die bürgerliche Opposition gegen Hitler meint), daß auch für ihn „die national-machtpolitischen Prägungen kennzeichnend“ gewesen wären und er den „tiefgreifenden Wandel“ der Welt nicht bewußt aufgenommen habe (S. 1136 f.).

Außenpolitische Fragen spielen auch im achten Teil eine gravierende Rolle, in dem die allgemeine „Entschlußlage“ im Frühsommer 1944 behandelt wird. Hier vertritt insbesondere Ernst Nolte, der die entsprechende Diskussionsveranstaltung leitete und dabei auf erheblichen Widerspruch stieß, offen militant-antisowjetische Positionen. War für ihn früher der Faschismus ein Reagieren auf den Bolschewismus, so warnt er jetzt davor, in Hitler „einen bloßen Sozialdarwinisten oder Lebensraumpolitiker“ zu sehen und zu übersehen, „welchen ganz außerordentlichen Eindruck der Bolschewismus auf Hitler gemacht hatte, und zwar gerade durch seine Vernichtungsmaßnahmen“ (S. 1149). Logisch ergibt sich daraus, daß die Kommunisten nicht zum Widerstand gezählt werden dürfen (S. 1150).²

² Inzwischen hat Nolte diese Positionen noch weiter zugespitzt und in den Rang einer profaschistischen Rechtfertigungsapologie erhoben. Siehe Ernst Nolte: Vergangenheit, die nicht vergehen will, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.6.1986.

Die Hrsg. des vorliegenden Bandes ziehen aus der Konferenz selbst folgendes Fazit: „Von zentraler Bedeutung waren die Debatten über antisemitische Vorstellungen im Widerstand und über die Einbindung außenpolitischer Vorstellungen der Opposition gegen Hitler in die Auseinandersetzung zwischen Ost und West, die sich dann nach der Befreiung vom Nationalsozialismus zum Kalten Krieg steigerte. Auch die Grundsatzdebatte zwischen Intentionalisten und Revisionisten war durchgängig zu spüren. Die Ausdehnung der modernen alltagsgeschichtlichen Dimensionen wurde auch für die Untersuchung des Widerstands im Umkreis des 20. Juli 1944 gefordert; in diesem Sinne wurde auf die Diskrepanz zwischen schriftlicher Überlieferung und dem damals mit den verwendeten Begriffen verbundenen ‚Sinn‘ hingewiesen und die Notwendigkeit einer Widerstandsforschung betont, welche die ‚analytische Kälte‘ der modernen Widerstandsgeschichte vermeide, wie sie aus der Soziologisierung vieler Begriffe resultiere, und statt dessen das Lebensgefühl der Widerstandskämpfer mitbedenke. Umstritten blieb die grundsätzliche Bedeutung des Widerstands als Ansatz, Weimarer politische Vorstellungen zu überwinden und Orientierungen für eine Nachkriegsordnung vorzubereiten.“ (S. 1157 f.) Kann das alles sein?

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Herausgegeben im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 108, Heft 1 – Januar 1987, Spalte 64-67.

Die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft

[Mitautoren: Werner Fritsch, Reinhard Giersch und Rüdiger Stutz]

Strukturen und Wandlungsprozesse in der Novemberrevolution 1918/19 und in der Weimarer Republik¹

In der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus vollzogen sich vor allem nach dem ersten Weltkrieg, in der Novemberrevolution 1918/19 und in der Weimarer Republik mehrfach gravierende Veränderungen in der politischen Organisation der Gesellschaft des imperialistischen Deutschlands. Sie sind auf zahlreiche Prozesse in der ökonomischen Basis – zu denken ist insbesondere an die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus unter den Bedingungen der allgemeinen Krise der kapitalistischen Gesellschaftsformation – sowie auf politische und ideologische Ursachen zurückzuführen. Diese Veränderungen erfaßten alle Bereiche der bürgerlichen Gesellschaft, alle auf ihrem Boden wirkenden Institutionen und Organisationen sowohl der Bourgeoisie als auch der Arbeiterklasse und aller anderen Klassen, Schichten und sozialen Gruppen. Sie beeinflussten maßgeblich den Kampf der Arbeiterbewegung um den historischen Fortschritt. In Deutschland kam es nach dem Beginn unserer Epoche, auch bedingt durch die starke Revolutionierung und allgemeine Politisierung der Massen, die antiimperialistische Volksrevolution, die Gründung der KPD und ihren wachsenden Masseneinfluß sowie durch die steigende Bedeutung der gesamten Arbeiterbewegung zu einem relativ häufigen Wechsel in der Herrschaftsform (junkerlich-imperialistische Monarchie, bürgerlich-parlamentarische Demokratie, faschistische Diktatur). Das schloß einen mehrfachen Wechsel der Regierungsformen in sich ein und bedingte zugleich einen Struktur- und Bedeutungswandel der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien, der Unternehmerverbände, der rechtssozialdemokratisch geführten Arbeiterbewegung, der sonstigen politischen Organisationen (Vereine!) und selbstverständlich auch der Massenmedien usw.

Am Beispiel der Jahre 1917/19, 1924/25 und 1929/30 lassen sich die unterschiedliche Qualität von Veränderungen in der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft, die quantitativen Wachstums- und die qualitativen Umschlagsprozesse untersuchen. Während mit der ersten Zäsur eine neue Herrschaftsform hervorgebracht wurde, vollzogen sich die Umgestaltungen der folgenden und qualitativ deutlich davon abzuhebenden Schnittpunkte im Rahmen der gegebenen Bedingungen eines bürgerlich-parlamentarischen Systems. Diese Veränderungen betrafen daher lediglich einzelne Ebenen, Seiten und Elemente, den Stellenwert und den Mechanismus des Zusammenwirkens ihrer Teile. Aus ihnen ergaben sich vor allem neue Entwicklungstendenzen mit „Langzeitwirkung“ u. a. m., wobei in unseren Untersuchungen der Frage nach dem Verhältnis von Quantitativem und Qualitativem sowohl konkret-historisch als auch methodologisch noch weiter nachzugehen sein wird. Zahlreiche Fragen ergeben sich auch aus der Tatsache, daß sich nach 1933 mit der Errichtung der faschistischen Diktatur Veränderungen in der politischen Organisation der Gesellschaft in Deutschland vollzogen, die gravierender als alle anderen seit 1870/71 feststellbaren Veränderungen waren.

Der vorliegende Beitrag versucht zunächst einige Fragen zu klären, die mit der Kategorie „politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft“ und ihrer geschichtswissenschaftlichen Anwendung zusammenhängen, bevor er die Zäsuren von 1917-1919, 1924/25 und 1929/30 sowie die Dia-

¹ Der vorliegende Beitrag – angeregt durch die Bemühungen Dieter Frickes um die Anwendung der Kategorie „politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft“ auf unsere geschichtswissenschaftliche Arbeit – entstand aus Thesen, die von den Verfassern für den Arbeitskreis III der wissenschaftlichen Konferenz „Die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland. Funktionen und Wandlungsprozesse vorbereitet worden sind. Die Konferenz wurde am 30. und 31. Oktober 1986 von der Sektion Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena durchgeführt. Siehe dazu die Berichte, die in den Jenaer Beiträgen zur Parteiengeschichte Nr. 49, veröffentlicht werden. Siehe dort auch das einleitende Referat von Manfred Weißbecker, das im Arbeitskreis III zum Thema „Die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland am Beginn unserer Epoche – Aktualität und ausgewählte geschichtstheoretische Aspekte“ gehalten wurde. Die Diskussionsbeiträge von Werner Fritsch, Reinhard Giersch und Rüdiger Stutz werden in Heft 51 der Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte enthalten sein.

lektik von inneren und äußeren Faktoren behandelt. Selbstverständlich bietet der Beitrag nur eine beschränkte Auswahl an Erläuterungen dazu, wie mit der analytischen Verwendung einer relativ jungen Kategorie des historischen Materialismus die konkreten politisch relevanten Ereignisse, Strukturen und Prozesse jeweiliger historischer Perioden in ihrer gesamtgesellschaftlichen Komplexität zu erfassen sind. Es gilt, wie in Anlehnung an ein mitten in der Novemberrevolution zu Papier gebrachtes Wort von Rosa Luxemburg zu formulieren wäre, eine „wissenschaftliche Blendlaterne an die verborgensten Triebfedern des ökonomischen und politischen Räderwerkes der bürgerlichen Gesellschaft?“ zu halten sowie deren „Tun und Gehaben bis in die feinste Veränderung ihres Fühlens und Denkens“ auszuleuchten und alles zu erkennen „als Ausfluß der großen Grundtatsache, daß sie (die bürgerliche Gesellschaft die Vf.) ihr Leben wie der Vampir vom Blute des Proletariats fristet“.²

Politische Verhältnisse und Organisation der Gesellschaft am Beginn unserer Epoche

Der Begriff „politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft“ gilt uns als eine relativ neue und noch zu präzisierende Kategorie des historischen Materialismus.³ Dennoch läßt sich bereits jetzt erkennen, daß mit ihrer Hilfe die geschichtswissenschaftliche Forschung in der DDR künftig – besser als es ihr bisher gelang – die Komplexität der gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse erfassen sowie die Dialektik von Einheit und Kampf der Gegensätze *innerhalb* der gesamten auf dem Kapitalismus beruhenden Gesellschaft berücksichtigen kann. Diese Kategorie ist jeder konkreten längs- und querschnittartigen Darstellung von Ereignissen, Strukturen und kausalen Zusammenhängen aus der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts zugrundezulegen. Für Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Klassenkräften in der bürgerlichen Gesellschaft ist sie ebenfalls unentbehrlich. Sie wird sich darüber hinaus auch als eine unabdingbar zu verwendende Kategorie erweisen, wenn die historischen Wurzeln und die Erscheinungsformen der „sozialen Senilität“ der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft und der Verschleiß ihrer inneren „Immunsysteme“ zu analysieren sind.⁴ Die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft kann als das institutionalisierte und organisierte Substrat aller politischen Verhältnisse dieser Gesellschaft betrachtet werden. Faßt man die Begriffe Institution und Organisation zu dem soziologisch-politikwissenschaftlichen Begriff der Assoziation zusammen, dann wäre als unser Ziel zu bestimmen, die politisch-assoziative Struktur und Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft zu analysieren. Dies würde wiederum bedeuten, sowohl die allgemeine Assoziationsfähigkeit *der* bürgerlichen Gesellschaft als auch die politisch-assoziativen Möglichkeiten *in* ihr und *gegen* sie aufzuspüren.

Die erforderliche Diskussion zur inhaltlichen Präzisierung der von uns gewählten Begriffe sollte vor allem von folgenden, hier hypothetisch und in vier Aspekten formulierten Begriffsinhalten ausgehen:

1. Die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft umfaßt in der 1917 eingeleiteten Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus die Gesamtheit
 - aller staatlichen, nichtstaatlichen und sonstigen Institutionen und Organisationen der herrschenden Klasse – insbesondere die der jeweils in ihr dominierenden Kreise der Monopolbourgeoisie – sowie
 - die Organisationen und Einrichtungen der Arbeiterklasse, deren Tätigkeit ihre historische Mission verwirklichen hilft und dem geschichtlichen Fortschritt dient, und ebenso
 - die Organisationen und Einrichtungen jener Schichten und sozialen Gruppen, die sich im Spannungsfeld zwischen den Hauptklassen bewegen.

² Rosa Luxemburg: Nationalversammlung oder Räteregierung? In: Gesammelte Werke. Bd. 4, August 1914 bis Januar 1919, Berlin 1974, S. 461.

³ Siehe Dieter Fricke: Zur Geschichte der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft. Methodologische Probleme. In: ZfG, 1985, H. 8, S. 683 f.

⁴ Siehe Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Berlin 1986, S. 17.

2. In der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft widerspiegeln sich sowohl die grundlegenden antagonistischen als auch die nichtantagonistischen Beziehungen und Wechselwirkungen der verschiedenen Klassen und Schichten, d. h. ihr Gegen-, Neben- und Miteinander in seiner Komplexität und in allen seinen politischen Aspekten. Dabei ist zu beachten, daß sich die Auseinandersetzungen zwischen den Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft auch im wachsenden Widerspruch zwischen den werktätigen Massen und einer immer kleiner werdenden Gruppe extrem reaktionärer und aggressiver Kräfte der Monopolbourgeoisie spiegeln. Ferner ist zu beachten, daß die *geschichtsbestimmenden* Auseinandersetzungen zwischen den Hauptklassen auch von konkreten *geschichtsgestaltenden* nationalen, ethnischen, religiösen und geographischen Strukturen sowie von zahlreichen anderen Faktoren, die sich vor allem aus bestimmten gesamtgesellschaftlichen Reproduktionserfordernissen und allgemeinen Funktionen des Staates ableiten, geprägt sind.

3. Die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft ist in ihrer Vielfalt von Institutionen und Organisationen, die von den verschiedenen Klassen und Schichten zur Austragung des Klassenkampfes und aller anderen politischen Auseinandersetzungen entwickelt wurden, sowohl Ergebnis als auch Ausdruck der im imperialistischen Stadium der kapitalistischen Gesellschaftsformation vorhandenen – letztlich ökonomisch determinierten – politischen Interessen. Dabei handelt es sich vor allem um solche Interessen, die auf die Verteidigung und den Ausbau oder auf die Erringung der politischen Macht gerichtet sind, um Interessen der historisch überlebten Bourgeoisie und der aufsteigenden Arbeiterklasse, aber auch um solche der anderen Klassen und Schichten, die ebenfalls in der bürgerlichen Gesellschaft existieren.

4. Im Rahmen der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft wird seit Beginn unserer Epoche immer spürbarer, daß – trotz zeitweiliger und erheblicher Rückschläge – die auf eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse orientierten Kräfte an Einfluß gewinnen. Auch mit Hilfe reformistischer Kräfte können ökonomische und politische Teilziele durchgesetzt, können einige Instrumentarien der herrschenden Klasse genutzt werden. Allerdings verknüpft sich in bestimmten Situationen mit der erfolgreichen Realisierung von Teilzielen auch eine systemstabilisierende, die imperialistische Klassendiktatur festigende Wirkung.

Die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft wurde in der Weimarer Republik entscheidend von den Klassenauseinandersetzungen zwischen Arbeiterklasse und Monopolbourgeoisie geprägt. Sie war vor allem ein Resultat der Klassenkämpfe in der Novemberrevolution 1918/19. Auch in der Folgezeit führten die Verschärfung des Klassenkampfes und die Veränderungen im Kräfteverhältnis der Klassen wiederholt zu einzelnen Wandlungsprozessen in der politischen Organisation der Gesellschaft, die schließlich 1933 im Übergang zur faschistischen Diktatur kulminierten.

Der soziale Antagonismus der Hauptklassen spiegelte sich in der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft wider. Daher gliederte sie sich in zwei Hauptbestandteile:

- den imperialistischen Staat und die anderen Institutionen und Organisationen der Monopolbourgeoisie (Mechanismus der imperialistischen Herrschaft bzw. System der imperialistischen Klassenherrschaft) und
- die Organisationen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen (Mechanismus des Klassenwiderstandes).

Den wichtigsten Faktor im System des Klassenwiderstandes stellte in der Weimarer Zeit die KPD dar. Diese nahm eine klare marxistisch-leninistische Einschätzung des Staates vor und sah in der Weimarer Republik eine bürgerlich-parlamentarische Form der Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie. Gleichzeitig ging sie davon aus, daß wichtige Ergebnisse des Kampfes der Arbeiterklasse während der Novemberrevolution in diesem Staat ihren Niederschlag gefunden hatten. Sie lehnte den Weimarer Staat wegen seines bürgerlichen Klassencharakters und seiner konterrevolutionären Züge ab, verteidigte aber alles, was die Republik an demokratischen Elementen enthielt, gegen die Reaktion.

Zwischen den Hauptbestandteilen der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft fand in der Zeit der Weimarer Republik ein ständiger politischer und ideologischer Kampf statt; die politische Organisation der Gesellschaft war somit noch unmittelbarer als vorher zu einem Hauptfeld der Klassenauseinandersetzungen geworden. Es ist jedoch erforderlich, dies dialektisch zu betrachten. Oftmals waren die Grenzen zwischen dem imperialistischen Herrschaftssystem und dem Mechanismus des Klassenwiderstandes fließend. Die politische Organisation der Gesellschaft wies gerade in dieser Hinsicht zahlreiche Erscheinungsformen ihrer inneren Einheit aus. Sie spiegelte die Wechselwirkungen der sich antagonistisch gegenüberstehenden Klassenkräfte, aber auch die bedeutsamen gegensätzlichen Interessen zwischen den verschiedenen Strömungen und Gruppen innerhalb der herrschenden Klasse wider. Hinzu kommt, daß sich neben dem Grundwiderspruch auf dem Boden des Imperialismus auch andere Widersprüche (z. B. Militarismus – Antimilitarismus, Krieg – Frieden, Faschismus – Antifaschismus usw.) entwickelten und immer wirksamer wurden.

Die in der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft sich gegenüberstehenden Mechanismen der imperialistischen Klassenherrschaft und des Klassenwiderstandes waren in vielfältiger Weise miteinander verbunden. Ihre Wechselbeziehungen schlugen sich auch institutionell und organisationsmäßig nieder, was – bei aller Begrenztheit und Fragwürdigkeit dieser Wortwahl – als Zwischen- oder Verbindungsglieder bezeichnet werden könnte. Solche „Glieder“ waren insbesondere die reformistischen Arbeiterbewegung sowie bürgerlich-demokratische und pazifistische Organisationen. Sie standen in unterschiedlichen und widerspruchsvollen Beziehungen zu Elementen beider Hauptbestandteile bzw. reichten in diese hinein.

Im Kampf zwischen Reaktion und Fortschritt nahm die SPD eine zwiespältige Haltung ein. Die neue Stufe im Zusammenspiel zwischen Imperialismus und Opportunismus kam vor allem darin zum Ausdruck, daß sich die rechtsozialdemokratischen Führer fest in das imperialistische Herrschaftssystem integrierten, maßgeblich am Ausbau des Weimarer Staates mitwirkten und mit dem gemäßigten, flexibleren Teil der imperialistischen Bourgeoisie eng zusammenwirkten (Weimarer Koalition bzw. Große Koalition). Sie orientierten sich an der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, deren Grundsätze sie als Maßstab für Demokratie schlechthin ansahen.

Da die Weimarer Republik von Anfang an von den Rechtskräften bekämpft wurde, geriet die SPD in Gegensatz zu diesen Kreisen und trat als „Verteidigerin der Demokratie“ auf. Sie blieb als demokratische, antifaschistische Kraft jedoch stets inkonsequent. Zeitweise oder längerfristig (z. B. in Preußen) besaß die SPD wichtige Positionen im Staatsapparat. Dies bot ihr gewisse Möglichkeiten zur Wahrnehmung von Arbeiterinteressen sowie im Kampf gegen extremreaktionäre Kräfte, die sie jedoch völlig unzureichend nutzte. Immer wieder wurde sichtbar, daß die rechten Führer der SPD ihrer Koalitionspolitik mit der herrschenden Klasse einen höheren Stellenwert einräumten als einer Politik gegen Militarismus und Faschismus und für sozialen Fortschritt. Dies verstärkte den Differenzierungsprozeß innerhalb der SPD. Diejenigen Kräfte, die sich an Arbeiterinteressen orientierten und sich gegen die prinzipienlose Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien wandten, tendierten zum System des Klassenwiderstandes bzw. reihten sich in dieses ein. Obwohl sie sich in der Partei nicht durchsetzen konnten, gewannen sie an Einfluß und verkörperten damit zugleich das wachsende Gegeneinander von imperialistischem Staat und einer Gesellschaft, in der sich - spontan und organisiert, unbewußt oder bewußt – antiimperialistische Kräfte formierten und um die Lösung des Hauptwiderspruches bemühten.

Unsere Epoche und die Weimarer Republik

Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft gewann seit 1917 eine neue Qualität. Bei aller Verstärkung des staatlichen Einwirkens auf die Gesellschaft (was von marxistisch-leninistischen Staatstheoretikern wie Karl-Heinz Röder verabsolutierend in den Vordergrund gestellt wird⁵), ist das Ausmaß der Bemühungen um eine Mobilisierung gesellschaftlicher Kräfte und Mittel als Ergänzung,

⁵ Siehe Staat und Gesellschaft im Kapitalismus der Gegenwart. In: Politische Theorie und sozialer Fortschritt. Hrsg. von Karl-Heinz Röder, Berlin 1986, S. 87 ff.

Erweiterung und Unterstützung des imperialistischen Staates nicht zu übersehen und schon gar nicht zu unterschätzen. Hinter die These, gerade der staatliche Mechanismus habe sich als entscheidender „Stoßdämpfer“ und als fähig erwiesen, „krisenhafte Erschütterungen in bedeutendem Maße zu paralysieren“⁶, muß mit dem Blick auf das historische Geschehen in den Jahren 1918 und 1945 zumindest ein Fragezeichen gesetzt werden. Ebenso erscheint es uns als ahistorisch, wenn marxistisch-leninistische Imperialismusforscher der DDR behaupten, es habe „bis in die Ära der Truman-Doktrin und des kalten Krieges“ lediglich fragmentarische Ansätze und Elemente von „Strategien zur relativen Stabilisierung des politischen Herrschaftssystems des Kapitalismus“ gegeben.⁷

Nach unserer Auffassung benötigt die Monopolbourgeoisie seit dem Beginn unserer Epoche und mit ihrer wachsenden Krisenanfälligkeit einen immer größeren, vielgestaltigeren und dadurch in sich komplizierter und widersprüchlicher werdenden Machtapparat zur Aufrechterhaltung der von ihr noch beherrschten gesellschaftlichen Verhältnisse, zur Sicherung ihrer Profit- und Existenzbedingungen. Dabei kann ihr ein einziger „Leviathan“ immer weniger genügen. Sie bedarf für ihren Staat – d. h. neben diesem und gleichsam um ihn herum – einen ergänzenden, sich ausdehnenden, alles umfassenden sowie die gesamte Gesellschaft durchdringenden Mechanismus ihrer politischen Macht.

In der Weimarer Republik nahm insbesondere der Einfluß der Verbände des Monopolkapitals auf alle Bereiche der Gesellschaft zu. Diese spielten häufig die entscheidende Rolle bei der Umsetzung ökonomischer in politische Macht, von bourgeoisen Klasseninteressen in politische Entscheidungen. Sie entwickelten sich zu starken Regulierungszentren innerhalb des Systems der imperialistischen Klassendiktatur. Dadurch veränderte und erweiterte sich der Handlungsspielraum der großen bürgerlichen Parteien erneut, nachdem er bereits mit dem Übergang zur parlamentarischen Herrschaftsform 1918/19 außerordentlich angewachsen war. Im Vergleich zur Zeit vor dem ersten Weltkrieg gelang es auch einer Reihe von Organisationen, die spezielle Ziele verfolgten (militaristische, nationalistisch-revanchistische, kolonialpolitische, berufsständische u. ä. m.), ihren Einfluß auf die Gesellschaft zu erhöhen. Hier wäre auch auf die wachsende Politisierung solcher Institutionen wie der Kirchen, des Bildungswesens und der zahlreichen Vereine zu verweisen, ferner auf die neue Rolle der Medien.

In der konkreten geschichtswissenschaftlichen Anwendung der Kategorie „politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft“ auf die Zeit der Weimarer Republik zeigt sich, daß diese einerseits gesamtgesellschaftliche Probleme und Erfordernisse, andererseits aber auch die innere Dynamik des Systems der imperialistischen Klassendiktatur widerspiegelt, und dies sogar in einem überwiegenenden Ausmaß. Die sich häufig verändernden Wechselbeziehungen zwischen den verschiedensten Elementen dieses Systems, die sich ungleichmäßig entwickeln, sind nicht immer auch mit einem Rückgang traditionell wirksamer Herrschaftsinstrumente und -methoden verbunden. Die daraus resultierende Dynamik äußerte sich seit Beginn unserer Epoche u. a.

– in einem ständigen quantitativen Anwachsen des staatlichen Machtapparates und einer qualitativen Erweiterung der Zahl seiner Funktionen;

⁶ Siehe Monopolmacht in der Krise. Zur politischen Labilität des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Unter der Gesamtreaktion von Hans Heinrich Angermüller und Hellmuth Kolbe, Berlin 1985, S. 39.

⁷ Monopolmacht in der Krise, S. 148 f. Die Geschichte des deutschen Imperialismus und seines „Reagierens“ auf die Große Sozialistische Oktoberrevolution und auf die Novemberrevolution offenbart das Gegenteil. Aus der Sicht von Historikern, die alle Perioden unserer Epoche und der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu überblicken bemüht sind, stellt sich gerade diese Zeit als eine des mannigfaltigsten Suchens aller Konterrevolutionäre nach neuen, effizienten und präventiven Strategien der Systemstabilisierung dar. In großer Spannweite wurde „experimentiert“ und ausprobiert, wurden neue Erfahrungen gesammelt und verarbeitet. Diese Strategien reichten von der Nutzung der vor allem durch die Massen erzwungenen „freiesten“ Verfassung in der imperialistischen Welt über die zielstrebig verfolgte Spaltungspolitik gegenüber der Arbeiterbewegung bis zum totalen Gegenteil einer bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsform in Gestalt der faschistischen Diktatur. Sie widerspiegeln damit ein breites Spektrum strategisch nutzbarer Möglichkeiten, über die der Imperialismus seit 1945 in keiner Weise mehr verfügt.

- im gleichzeitigen (zeitweilig sogar besonders rasch erfolgenden) Wachstum der Rolle von Monopolverbänden;
- im Prozeß der sich erweiternden Rolle der politischen Parteien der Monopolbourgeoisie in den Parlamenten (Legislative), bei Regierungsbildungen und in der praktischen Regierungspolitik (Exekutive);
- im Hervortreten integrativer Mechanismen zwischen dem staatlichen und dem nichtstaatlichen Bereich in der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft (z. B. der Parteiführerbesprechung in der Reichskanzlei, interfraktioneller Ausschüsse im Reichstag und in den Länderparlamenten, der Industriausschüsse verschiedener bürgerlicher Parteien, der Klubs und der „Lobby“ u. a. m.);
- in einer zeitweiligen politischen Dominanz einzelner Teile des Staatsapparates (z. B. der Reichswehr);
- im vielfältig verursachten zeltgebundenen Hervortreten bestimmter Kräfte (z. B. der DDP 1919/20, der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes nach dem Inflationshöhepunkt von 1923 und letztlich auch der NSDAP);
- in den ständigen Versuchen zur Schaffung neuer politischer Organisationen und Institutionen;
- in den Auseinandersetzungen um Zersplitterung und Zentralisierung, um Vereinheitlichung und Polarisierung innerhalb der politisch-ideologischen Grundströmungen der bürgerlichen Gesellschaft (bürgerlicher und kleinbürgerlicher Demokratismus, Liberalismus, Konservatismus, Faschismus);
- in der häufig bewußten Handhabung von personellem Wechsel als einem wirkungsvollen „Abzugskanal für die öffentliche Leidenschaft“.⁸

Das außerordentlich starke Anwachsen der Vielgestaltigkeit und die komplizierter werdenden Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Elementen der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft seit dem Beginn unserer Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ergaben sich vor allem aus der Tatsache,

- daß die gesamte bürgerliche Gesellschaft in eine allgemeine Krise geraten ist und sich die Labilität als ein Wesenszug des politischen Systems der monopolistischen bzw. staatsmonopolistischen Diktatur unaufhaltsam durchzusetzen beginnt;
- daß dieser Labilität mit einer Vielzahl von Versuchen zur Anpassung zu staatsmonopolistisch-terroristischer Stabilisierung und zu politisch-ideologischer Massenmanipulation entgegengewirkt wird, wodurch wiederum neue Widersprüche auftreten;
- daß sich neue sozialstrukturelle Prozesse vollziehen, die die Struktur der bürgerlichen Gesellschaft weiter differenzieren;
- daß sich sowohl Umfang als auch Qualität in der Leitung und Organisation der Wirtschaft erweitern;
- daß sich im Rahmen von Internationalisierungsprozessen in der bürgerlichen Gesellschaft neuartige Wechselbeziehungen zwischen innen- und außenpolitischen Faktoren entwickeln;
- daß sich aus den ökonomischen Krisen und auch aus der politischen Labilität keineswegs vorrangig und automatisch eine Belebung und entscheidende Verstärkung des revolutionären Klassenkampfes ableitet.

Seit dem Beginn unserer Epoche vermochte die deutsche Monopolbourgeoisie – vor allem im Ergebnis einer verstärkten Nutzung und zielgerichteten Weiterentwicklung wesentlicher Elemente der politischen Organisation der Gesellschaft – dem Untergang der überlebten kapitalistischen Wirt-

⁸ Karl Marx: Aus dem Parlament (Die Anträge Roebucks und Bulwars). In: MEW, Bd. 11, Berlin 1963, S. 352. Hier heißt es u. a. auch: „Die Oligarchie verewigt sich nicht durch den ständigen Besitz der Gewalt in *derselben* Hand, sondern dadurch, daß sie die Gewalt abwechselnd aus ihrer einen Hand fallen läßt, um sie mit ihrer anderen aufzufangen.“

schaftsordnung entgegenzuwirken. Dabei mobilisierte sie beachtliche Stabilitätsreserven, die ihr sowohl ein Wachstum ökonomischer Potentiale als auch eine damit verbundene große sozialpolitische Manövrierfähigkeit sichern halfen. Dazu gehörten u. a.:

- die Entwicklung neuer, immer komplexer und tiefer gestaffelter staatlicher Repressions- und Kontrollmechanismen
- die verstärkte Wirksamkeit von Organisationen und Institutionen des nichtstaatlichen Bereichs innerhalb und auch am „Rande“ des Systems der monopolistischen Klassendiktatur;
- die Vertiefung der Spaltung der Arbeiterbewegung;
- die Entwicklung und auf Perfektion orientierte Ausgestaltung eines ganzen Systems ideologischer Beeinflussung und Manipulation der Massen zur Schaffung einer systemstabilisierenden „öffentlichen Meinung“ als demagogische Legitimationsgrundlage
- die Festigung alter Traditionen der Staatsräson, der Lebensweise in der bürgerlichen Gesellschaft und des Einflusses der bürgerlichen Ideologie auf die werktätigen Massen;
- die Schaffung neuer Formen zur Regulierung der Klassenbeziehungen, in denen mehr und mehr präventive Maßnahmen gegen Massenkämpfe und revolutionäre Bewegung in den Vordergrund treten.

Die Jahre 1917-1919 in der Geschichte der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland

In den Jahren von 1917 bis 1919 vollzogen sich in Deutschland wesentliche Veränderungen in allen politischen Verhältnissen der Gesellschaft. Damit waren auch wichtige Transformationsprozesse ihrer politischen Organisation verbunden. Die neuen politisch-assoziativen Erscheinungen hoben sich von allen vorangegangenen Veränderungen ab, ohne dabei vorhandene Grundstrukturen aufzuheben, die sich auch weiterhin auf die Gesellschaft des imperialistischen Deutschlands erheblich auswirkten. Vor allem im Vergleich zu den politischen und organisationsstrukturellen Veränderungen, die sich beim Übergang des vormonopolistischen Kapitalismus zum Imperialismus zwar auch vollzogen hatten, jedoch nicht immer deutlich zutage getreten waren, verkörperten sie im dialektischen Verhältnis von Kontinuität und Diskontinuität der geschichtlichen Entwicklung ein gewisses Überwiegen der letzteren. Unter dem Druck der revolutionären Massen, aber auch aufbauend auf liberalen und bürgerlich-demokratischen Vorstellungen, die gerade während des ersten Weltkrieges⁹ angesichts des kriegswirtschaftlich-staatsmonopolistischen Apparates und der „Kanonokratie“¹⁰ verstärkt zum Vorschein gekommen waren, nehmen die Bestrebungen eines wachsenden Teils der herrschenden Klasse zur „Demokratisierung“ und „Parlamentarisierung“ einen immer größeren Umfang an. Die hinsichtlich der Herrschaftsform und einzelner Herrschaftsmethoden beabsichtigten Reformen sollten keinesfalls über den Rahmen des bourgeoisien Machtapparates hinausgehen, dennoch betrafen sie generell *alle* Elemente der politischen Organisation der Gesellschaft.

Diese Veränderungen trugen dazu bei, die Instabilität des durch Krieg und Krisen ohnehin erschütterten Staates zu vertiefen. Dessen wachsende Ohnmacht gegenüber der revolutionären Arbeiterbewegung und der Antikriegsstimmung der Massen im Herbst 1918 potenzierte auch die Wirksamkeit der bürgerlichen Opposition gegen den monarchistischen „Obrigkeitsstaat“ und verlieh schließlich dessen Zusammenbruch einen einschneidenden Charakter. Die Veränderungen im System der imperialistischen Klassendiktatur wirkten sich erheblich auf alle anderen Bestandteile der politischen Organisation der Gesellschaft aus und führten zu neuen Beziehungen zwischen ihnen. Angesichts

⁹ Die direkten und indirekten, die kurzfristigen und langfristigen Auswirkungen des ersten Weltkrieges auf die Entwicklung der politischen Struktur und Organisiertheit der Gesellschaft des imperialistischen Deutschlands sind noch weitgehend unerforscht, dürfen aber sicher nicht unterschätzt werden.

¹⁰ Karl Liebknecht sprach davon, daß sich der Staat im imperialistischen Krieg „zu einer bis ins einzelne durchgebildeten Maschine“ entwickelt habe und die „Bürokratie ... zur Kanonokratie emporgediehen“ sei. Karl Liebknecht: Antimilitarismus: In: Gesammelte Reden und Schriften. Bd. VIII, Berlin 1965, S. 275.

dieser Tatsache war für die Monopolbourgeoisie der „rettende“ Übergang zu einer neuen, zur bürgerlich-parlamentarischen Staatsform nur möglich, wenn:

- der Widerstand gegen den Sturz der Monarchie aufgegeben wurde;
- die Integration von rechtsopportunistischen Kräften der deutschen Arbeiterbewegung in den imperialistischen Machtmechanismus betrieben wurde;
- für revolutionäre und andere demokratische Kräfte der Gesellschaft faktisch und schließlich auch verfassungsrechtlich erhebliche „Ventile“, d. h. Möglichkeiten zum Einwirken auf den Staat geöffnet wurden.

Es spricht für die starke Wirksamkeit der Idee des bürgerlichen Parlamentarismus in der gesamten Gesellschaft, daß ihre Verfechter aus den Reihen der Bourgeoisie während der Novemberrevolution die Linie des konterrevolutionären Handelns der gesamten herrschenden Klasse grundlegend bestimmen konnten, ohne in der ersten Phase der Revolution über die dieser Idee entsprechenden Institutionen und Organisationen zu verfügen. Es gelang nicht einmal, den 1912 gewählten Reichstag und die Länderparlamente zu irgendeiner Sitzung zusammentreten zu lassen, geschweige denn ihnen die Rolle einer ernstzunehmenden Alternative gegenüber der Forderung „Alle Macht den Räten!“, aber auch gegenüber der nach einer neuen verfassungsgebenden Konstituante zuzuweisen. Die alten bürgerlichen Parteien waren zunächst zu aktiver konterrevolutionärer Tätigkeit im Sinne ihrer politischen Funktion unfähig und fast ausschließlich mit ihrem inneren Neuformierungsprozeß beschäftigt.

Demgegenüber spielten die Monopolverbände eine größere Rolle, die sie sogar durch einen raschen Zentralisationsprozeß zu verstärken wußten. Sie initiierten entscheidende Veränderungen in den politischen Grundorientierungen (Düsseldorfer Stahlhof-Tagung führender Monopolherren am 9. Oktober 1918), sie traten als im Grund staatlich legitimierte Verhandlungspartner mit den Gewerkschaften auf (Arbeitsgemeinschaftsabkommen vom 15. November 1918) und entwickelten in raschem Tempo auch neue Finanzierungsmechanismen gegenüber bürgerlichen Organisationen aller Art.

Zugunsten der Konterrevolution und, ihres schließlichen Sieges wirkte auch die Tatsache, daß weder die revolutionäre Arbeiterbewegung noch die Antikriegsbewegung der Massen jene traditionell proimperialistischen Wirkungen wesentlich zu beeinträchtigen vermochten, die von solchen Bestandteilen der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft ausgingen wie den Kirchen, den Schulen, der Presse sowie von dem großen Feld der sozialkulturellen und sonstigen Vereine (für die die Novemberrevolution jedoch erst das Recht der Vereins- und Versammlungsfreiheit erkämpft hatte).

Die neue politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft fand in der Weimarer Verfassung weitgehend einen ihr adäquaten Ausdruck. Diese fixierte im Teil I mit seinen 108 Artikeln die Organisation des Staates und der bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsform. Verbal wurden zwar in ihr dem Reichstag – dem Prinzip der Volkssouveränität entsprechend – das größte Gewicht eingeräumt und der Parlamentarismus zur dominierenden Leitlinie der Verfassungskonstruktion erklärt, allerdings ließ bereits die Bezeichnung des Reichspräsidenten, der Reichsregierung und des Reichsrates als gleichberechtigte oberste Reichsgewalten erkennen, daß sich in der Verfassung auch eine starke antiparlamentarische und auf Stärkung der Exekutive bedachte Orientierung niederschlug. Aus Furcht vor einem „Parlaments-Absolutismus“¹¹, d. h. vor der Möglichkeit eines die Schranken der bürgerlichen Gesellschaft antastenden Mehrheitsverhältnisses im Reichstag, wurde die Weimarer Republik auch als eine Präsidenschaftsrepublik konstituiert. Der bürgerliche Parlamentarismus Weimarer Prägung, der auch keine verfassungsrechtlichen Grundsätze für die politischen Parteien und für die Verbände kannte und unterschiedliche Formen der staatlichen Organisation miteinander koppelte, war also von vornherein ein eingeschränkter, begrenzter Parlamentarismus, was durch die unangetastete Stellung der Judikative noch verstärkt wurde.

¹¹ Hugo Preuß: Staat, Recht und Freiheit. Aus 40 Jahren deutscher Politik und Geschichte. Tübingen 1926, S. 326.

Daraus ergaben sich für die neue politische Organisation der Gesellschaft nur indirekt, mittelbar und bedingt Konsequenzen. Wesentlich stärker wirkte sich dagegen die Tatsache aus, daß auf Druck der revolutionierten Massen erstmals ein in sich nicht geschlossener, dennoch umfangreicher Katalog an Grundrechten (immerhin 56 von 165 Artikeln) in die Verfassung eines imperialistischen Staates aufgenommen werden mußte. Mit Mühe konnten die Vertreter der bürgerlichen Parteien im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung die Aufnahme eines Passus verhindern, demzufolge die demokratischen Rechte des Volkes zu „Richtschnur und Schranke für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reich und in den Ländern“ erklärt werden sollten.¹² Das, was mit Fug und Recht die Weimarer Verfassung zu einer der demokratischsten und freiesten Verfassung im imperialistischen Teil der Welt werden ließ, stand jedoch ständig im Kreuzfeuer der monopolbourgeoisen Kritik und wurde Schritt für Schritt abgebaut. Die Befugnisse der Exekutive, insbesondere die des Reichspräsidenten dienten im Rahmen der Rechtsentwicklung als „ein Instrument zur Disziplinierung des Parlaments wie zur Beherrschung der Institutionen der bürgerlichen Demokratie überhaupt“.¹³ Die Beschneidung der Parlamentsrechte, vor allem der Kontrollbefugnisse, war antidemokratisch und zielte auf reaktionäre Veränderungen in der politischen Organisation der Gesellschaft. Hierin liegen zugleich entscheidende Ursachen für die Instabilität des Weimarer Machtapparates, was z. B. in der Zahl von 20 Kabinetten und in der Tatsache, daß alle Reichstage vor Ablauf dieser Wahlperiode aufgelöst wurden, zum Ausdruck kam.

Wandlungsprozesse beim Übergang zur relativen Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland

Das Erstarken des deutschen Imperialismus und Militarismus Mitte der 20er Jahre führte zu neuen Entwicklungstendenzen auch in der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft. Zwar blieb deren Grundstruktur bestehen, jedoch kam es im Zusammenhang mit der Stabilisierung der ökonomischen Macht des Monopolkapitals, der verstärkten staatsmonopolistischen Entwicklung, der politischen Rechtsentwicklung und der beginnenden Wiederaufrüstung zu Veränderungen in der Rolle und Funktion einzelner Elemente sowie im Mechanismus ihres Zusammenwirkens. Die Kräfteverschiebung zugunsten der reaktionärsten Gruppen der herrschenden Klasse hatte vielfältige, kurzfristige und langfristige Auswirkungen auf die politische Organisation. Die imperialistische Staatsmacht mit ihrem Repressivapparat wurde ausgebaut und sowohl gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung als auch gegen andere demokratische Kräfte eingesetzt. Antirepublikanische Kreise breiteten sich aus und verstärkten ihre Aktivitäten. Einen neuen Stellenwert in den politischen Auseinandersetzungen nahmen die militaristischen Massenorganisationen ein, insbesondere der Stahlhelm.

Auf die Führung des Weimarer Staates sowie auf den gesamten Staatsapparat erlangten Rechtskräfte immer mehr Einfluß. Mit der Bildung der Bürgerblockregierung Hans Luther im Januar 1925 beteiligte sich erstmals die offen antirepublikanisch orientierte DNVP an einer Reichsregierung. Durch die Übernahme des Innen-, Wirtschafts- und Finanzministeriums gerieten wichtige staatliche Positionen in ihre Hände. Bei der erneuten Regierungsbeteiligung 1927 konnte sie diese noch weiter ausbauen. Die DNVP benutzte ihre staatlichen Einflußmöglichkeiten zur Unterminierung des bürgerlich-parlamentarischen Systems. Verbunden war dies mit Entlassungen republikanisch gesinnter Beamter und der offenen Förderung der Rechtskräfte. Ähnliche Prozesse spielten sich auch in einigen Ländern ab, so z. B. in Thüringen.

Mit der Wahl des ehemaligen kaiserlichen Generalfeldmarschalls Hindenburg zum Präsidenten der Weimarer Republik wurde die „antirepublikanische Wendung“¹⁴ in jener Zeit offensichtlich. Nuncmehr trat ein erklärter Feind der Weimarer Republik an ihre Spitze. Die dem Reichspräsidenten durch die Verfassung gegebenen außerordentlich großen Machtbefugnisse wurden in den Dienst der Rechtskräfte gestellt. Dies beeinflusste nachhaltig das Gesamtgefüge der politischen Organisation,

¹² Bericht des Verfassungsausschusses. Verhandlungen der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. Bd. 336, Berlin 1920, S. 10.

¹³ Das politische System der BRD. Geschichte und Gegenwart. Berlin 1985, S. 177.

¹⁴ Wolfgang Ruge: Weimar-Republik auf Zeit. 2. überarb. Aufl., Berlin 1980, S. 156.

die Wechselbeziehungen innerhalb der staatlichen Machtorgane sowie auch den nichtstaatlichen Bereich und hatte langfristig verhängnisvolle Auswirkungen für die Weimarer Republik.

Kennzeichnend war ein verstärkter Einfluß der Reichswehr auf die Staatsführung sowie der Ausbau der Klassenjustiz (u. a. wachsende Rolle des Reichsgerichts und Inszenierung von sogenannten Landesverratsprozessen gegen fortschrittliche Kräfte). Diese Tendenzen standen im engen Zusammenhang mit den Bestrebungen des Monopolkapitals, die Präsidialgewalt zu -stärken und den Staatsapparat zu konzentrieren und zu zentralisieren. Die von verschiedenen bürgerlichen Organisationen entfaltete Kampagne für eine „Verfassungsreform“ führte schließlich Anfang 1928 zur Bildung des Bundes zur Erneuerung des Reiches, der wichtige ideologische und konzeptionelle Vorarbeit bei der Beseitigung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie leistete.¹⁵

In der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus gestaltete sich das Zusammenwirken einzelner Elemente des imperialistischen Herrschaftssystems immer enger. Eine neue Stufe erreichte die unmittelbare Einflußnahme der Verbände des Monopolkapitals auf den Kurs der Reichsregierungen sowie auf die Haltung der bürgerlichen Parteien. Die von Stresemann geleitete DVP trat als führende Partei des Monopolkapitals immer stärker in den Vordergrund. Die DNVP wurde 1924 vorübergehend stärkste Partei im Reichstag. Erstmals war auch eine faschistische Fraktion in den Reichstag eingezogen. Andererseits verlor die DDP, die als die am engsten mit dem bürgerlich-parlamentarischen System verbundene bürgerliche Partei angesehen werden kann, zunehmend an Einfluß. Die Unterstützung durch das Monopolkapital ging ständig zurück, führende Vertreter der herrschenden Klasse, z. B. Siemens und Schacht, verließen die Partei. Bei den bürgerlichen Parteien kam es verstärkt zu Krisenerscheinungen und Rechtstendenzen.

Die Rechtsentwicklung ging jedoch keineswegs linear vonstatten. Sie verlief äußerst kompliziert und widersprüchlich. Dabei spielten die Differenzierungsprozesse innerhalb der herrschenden Klasse und in den bürgerlichen Parteien eine wichtige Rolle. Die Offensive des Monopolkapitals gegen die sozialen und demokratischen Rechte war begleitet von einer verstärkten Nutzung des bürgerlichen Parlamentarismus zur Konsolidierung der imperialistischen Herrschaft, zur Integration größerer Teile der Arbeiterklasse und zur Bindung der Mittelschichten an die herrschende Klasse. Gleichzeitig bestanden aber auch günstige Bedingungen für die parlamentarische Tätigkeit der KPD, die es ihr ermöglichten, den antidemokratischen und sozialreaktionären Bestrebungen wirksam entgegenzutreten und Teilerfolge bei der Vertretung der Tagesinteressen der Arbeiterklasse und anderer Werktätigen zu erzielen.¹⁶

Das System des Klassenwiderstandes gegen Imperialismus und Militarismus konnte in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus weiter ausgebildet werden. Das führte zu Erfolgen bei der Sicherung und Nutzung der demokratischen und sozialen Rechte. Die KPD ging nach der Bildung des Thälmannschen ZK zu einer zielstrebigem Massen- und Bündnispolitik über und erhöhte ihre Anziehungskraft. Es wurde ein breites Netz revolutionärer proletarischer Massenorganisationen geschaffen (RFB, RHD, IAH u. a.). Beachtliche Aktivitäten im Kampf gegen die Rechtsentwicklung und die Wiederaufrüstung entfalteten auch bürgerlich-demokratische und pazifistische Organisationen und Gruppen.¹⁷ Im Ringen gegen die Fürstenabfindung gelang es der KPD, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ein Zusammenwirken mit bürgerlich-demokratischen und pazifistischen Kräften zu erreichen. Das System des Klassenwiderstandes trat hier relativ geschlossen in Erscheinung, und es wurden neue Formen des Zusammenschlusses entwickelt (Kuczynski-Aus-

¹⁵ Siehe Werner Müller: Die Monopolbourgeoisie und die Verfassung der Weimarer Republik. Eine Studie über die Strategie und Taktik zur Beseitigung des bürgerlich-parlamentarischen Systems (1927-1930). Phil. Diss., Berlin 1970, S. 53 ff. sowie Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Bd. 1, Leipzig 1983, S. 374 ff.

¹⁶ Siehe Jürgen Hermann/Karl-Heinz Leidigkeit: Die KPD und der parlamentarische Kampf Im Reichstag der Weimarer Republik. In: KPD und Staatsfrage. Staats- und rechtstheoretisches Erbe in der Politik der KPD von 1919 bis 1945. Berlin 1986, S. 50 ff.

¹⁷ Siehe Deutsche Demokraten. Die nichtproletarischen demokratischen Kräfte In der deutschen Geschichte 1830 bis 1945. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, 2. durchges. Aufl., Berlin 1982, S. 272 ff.

schuß, Einheitskomitees). Insbesondere das Festhalten der rechtssozialdemokratischen Führer an ihrer Politik der Klassenzusammenarbeit sowie ihr Ende der 20er Jahre verstärkt hervortretender antikommunistischer Kurs verhinderte einen engeren dauerhaften Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte.

Wandlungsprozesse in der Zeit der Weltwirtschaftskrise

Auf dem Boden der Weltwirtschaftskrise verschärfen sich in Deutschland alle Widersprüche, es kam zu den gravierendsten Veränderungen der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft zwischen 1919 und 1932. Der Sturz der letzten Regierung der Großen Koalition unter Hermann Müller und die Installierung des ersten Brüning-Kabinettes leiteten die Ära des Notverordnungs- und Präsidialregimes ein. Es begann jene bewußt und gezielt in Gang gesetzte, intensiv betriebene Faschisierungspolitik¹⁸ der rasch an Einfluß gewinnenden reaktionärsten imperialistischen Kreise, deren Strategie in dem bekannten Thyssen-Ausspruch vom Mai 1929 sinnfällig zum Ausdruck kam: „Diese Krise brauche ich jetzt! Nur dann sind Lohnfragen und Reparationsfragen auf einmal zu beseitigen!“¹⁹ Auf dieser die Dialektik von Innen- und Außenpolitik widerspiegelnden Linie, die eine volle Ausnutzung der Krise im Interesse jener Ziele einschloß, fanden sich – bei allen taktischen Differenzen – entscheidende Kräfte der herrschenden Klasse zusammen. Sie wollten nunmehr endgültig die Weimarer Republik liquidieren, die Reparationslasten abschütteln und die langfristige Kriegsvorbereitung in Angriff nehmen. Damit wurden dem Weimarer Verfassungssystem und dem bürgerlichen Parlamentarismus als wesentlichem Element der bürgerlichen Demokratie die entscheidenden Grundlagen entzogen.

So sehr es in diesem Zusammenhang gerechtfertigt ist, davon zu sprechen, daß die Präsidialregimes mit ihrer Faschisierungspolitik „faktisch diktatorisch“ regierten und Grundregeln des bürgerlich-parlamentarischen Systems „unwirksam“ machten, kann der verabsolutierenden These nicht zugestimmt werden, daß damit bereits „die bürgerlich-parlamentarische Demokratie außer Kraft“ gesetzt worden sei.²⁰ Diese Aussage folgt de facto – sicherlich unbeabsichtigt – der falschen Auffassung der KPD vom Anfang der 30er Jahre, wonach bereits das erste Brüning-Kabinett ein faschistisches Regime und damit der Wechsel in der Staatsform praktisch schon vollzogen sei.

Zunächst muß darauf verwiesen werden, daß die erste Notverordnung und die Auflösung des Reichstages Monate nach der Installierung des Brüning-Kabinettes erfolgten. Entscheidend ist jedoch, daß mit der zunehmenden Ausschaltung der Legislative und, parallel dazu, mit der einseitigen Verstärkung der Exekutive nicht schlechthin die bürgerlich-parlamentarische Demokratie beseitigt wurde, sondern der Kurs der „kalten“ Faschisierung bei Fortexistenz eines Teils ihrer Elemente vonstatten ging. Der Stellenwert der einzelnen Faktoren veränderte sich, die Monopole vergrößerten ihren Einfluß auf den Staat wesentlich. Der Reichspräsident und der Reichskanzler regierten mit Hilfe des Artikels 48 der Weimarer Verfassung am Parlament vorbei. Aber die bürgerlichen Parteien wirkten fort, Wahlen wurden auch weiterhin abgehalten, parlamentarische Institutionen agierten ebenfalls weiter und die Form des Staatsaufbaues blieb im wesentlichen erhalten. Die Arbeiterparteien – im Falle der KPD z. T. eingeschränkt – und die Gewerkschaften hatten legale Existenz- und Betätigungsmöglichkeiten u. a. m.

Es sollte, um die einschneidenden Veränderungen im politischen Regime zu verdeutlichen, doch besser davon gesprochen werden, daß die Präsidialregimes die bürgerliche Demokratie wesentlich einschränkten und bis an ihre Grenzen autoritär deformierten sich die präfaschistische Formierung von Staat und Gesellschaft zum Ziel setzten und eine Übergangsform hin zur faschistischen Diktatur darstellten.

¹⁸ Zum Begriff der Faschisierungspolitik siehe Walter Wimmer: Alle Kraft gegen den drohenden Faschismus! Zum Kampf der KPD gegen die Faschisierungspolitik des deutschen Imperialismus 1929 bis 1933. In: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde. Berlin 1979, H. 2, S. 154.

¹⁹ Zit. nach Bernhard Menne: Krupp. Deutschlands Kanonenkönige. Zürich 1938, S. 357.

²⁰ Siehe Manfred Nussbaum: Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik. Berlin 1978, S. 291.

Die Veränderungen im System der imperialistischen Klassendiktatur zeigten sich 1929/30 vor allem in folgendem: Auf der Grundlage der ökonomischen Wirkungen der Krise und des forcierten ~ Verschmelzungsprozesses einerseits sowie der profit- und machtbedingten taktischen Differenzen in der Bourgeoisie andererseits stieg die Rolle des Staates als Vertreter der Gesamtinteressen des Monopolkapitals. z. T. sprunghaft an. Die wachsende Bedeutung des Staates als „kollektiver Kapitalist“ (vor allem nach den großen Sanierungsmaßnahmen bei der Hapag, dem Norddeutschen Lloyd, der Dresdener Bank und der Gelsenkirchener Bergwerks AG), insbesondere jedoch das intensivierte staatliche Regulierungsbemühen (das auch und gerade die volle Ausnutzung der Krise als innen- und außenpolitische „Waffe“ einschloß), die Brüningssche Deflationspolitik und die finanzpolitische Ausrichtung seiner Notverordnungen riefen den heftigsten Konkurrenzkampf der Monopole um die Kommandohöhen im Staatsapparat und um den bestimmenden Einfluß auf dessen Politik hervor.²¹

Verbunden war dieser Prozeß mit einer enormen reaktionären Politisierung der Unternehmerverbände und einer noch unverblümteren Ausnutzung des Staates im Interesse des Monopolkapitals, bis hin zu direkter und unmittelbarer Einflußnahme auf den Kanzler und zahlreiche seiner Regierungsmaßnahmen durch einzelne Monopolisten bzw. durch monopolbourgeoise Gruppen.²² Bestimmte Bereiche bzw. Elemente des Staates nahmen bei der beginnenden Umgestaltung der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft Schlüsselpositionen ein, z. B. die Reichsbank, das Reichsfinanzministerium, die Reichswehrführung, das System der Justizorgane sowie die Polizei. Die Exekutivorgane gewannen zunehmend eine dominierende Bedeutung und drängten die Legislative auf Reichsebene durch die faktische Ausschaltung des Zentralparlaments in die Bedeutungslosigkeit.

Trotz des realen Substanz- und Machtverlustes der traditionellen bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme von Zentrum und NSDAP, erfüllten alle bürgerlichen Parteien, natürlich in unterschiedlichem Maße, auch in der Zeit der Brüning-Kabinette wichtige Funktionen bei der Herrschaftssicherung sowie bei der Umgestaltung von Staat und Gesellschaft. Sie stellten – zumindest in den ersten Krisenjahren – dem Staat weitgehend die „politische Elite“ zur Verfügung und nahmen entsprechend ihrer Möglichkeiten – durch persönliche Kontakte, Denkschriften, Gesetzesvorlagen u. a. m. – Einfluß auf die Regierung und ihre Politik. Gerade die Spitzenpolitiker bürgerlicher Parteien waren aktiv am Meinungsbildungsprozeß der herrschenden Klasse beteiligt, der sich allerdings immer stärker in persönlichen und internen Beratungen oder in z. T. neu geschaffenen bzw. wieder belebten exklusiven Zirkeln (wie etwa dem Bund zur Erneuerung des Reiches, dem Herrenklub, der Gesellschaft für deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik, Gesellschaft zum Studium des Faschismus u. a.) unter fast vollständigem Ausschluß der Öffentlichkeit vollzog. Der Beitrag zur ideologischen Manipulierung ging weit über die bekannten antisowjetischen, antikommunistischen, nationalistischen u. a. Kampagnen hinaus. Das Festhalten an der Orientierung auf zentrale Wahlen, obwohl Stimmengewinne und Mehrheitsverhältnisse bei der Regierungsbildung immer weniger berücksichtigt wurden, halfen bei einer Verschleierung der tatsächlichen Rechtsentwicklung und bei der Demontage der bürgerlichen Demokratie wirkungsvoll mit.

Die schwindende Wählerbasis der bürgerlich-parlamentarischen Regierungsform, die Einengung der sozialen Basis des Staates, dessen zunehmende „Entfremdung“ von der Gesellschaft sowie der Verschleiß der meisten bürgerlichen Parteien führten nicht nur zu einem objektiven Anwachsen der staatlichen Repressivfunktion, sondern auch zum steigenden Bedürfnis nach wirkungsvoller Manipulation. In diesem Umfeld wuchs die Rolle der dafür immer neue Möglichkeiten eröffnenden Massenmedien rasch an. Weitgehend von der Monopolbourgeoisie (Hugenberg) kontrolliert und im Falle der neuen Medien (Rundfunk, Tonfilm) fast vollständig von ihr beherrscht, entwickelten sie sich sogar zu einem Machtfaktor, der die nachlassende integrative und manipulative Kraft bürgerlicher Parteien z. T. kompensieren und in hohem Maße in den Dienst der Faschisierungspolitik stellen konnte. Angesichts der politisch-ideologischen, weltanschaulichen und organisatorischen Krise

²¹ Siehe ebenda, S. 324 ff.

²² Siehe ebenda, S. 283 ff.

der konservativen und liberalen Parteien erfüllten zunächst der reaktionäre politische Klerikalismus und die Zentrumsparlei mit ihrer relativ stabilen Massenbasis die Funktion massenpolitischer Absicherung der Faschisierungspolitik. Mit dem Niedergang des bürgerlichen Parlamentarismus, der Ausschaltung des Reichstages und der Ignorierung der Wahlergebnisse bei der Regierungsbildung gewann der außerparlamentarische Kampf sprunghaft an Bedeutung, übernahm die NSDAP als „bürgerliche Partei neuen Typs“ zunehmend die Funktion des gesamten bürgerlichen Parteienwesens im Interesse der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals.

Das System des Klassenwiderstandes war in der Zeit der Weltwirtschaftskrise durch widersprüchliche Tendenzen gekennzeichnet. In seiner Gesamtheit vermochten sie es, zeitweilig die imperialistische Massenbasis einzuengen. Die KPD als konsequenteste und führende Kraft des antiimperialistischen und antifaschistischen Kampfes entwickelte 1930/31 ihre Bündnispolitik und ihre alternativen Gesellschaftsvorstellungen weiter. Allerdings schloß dieser Prozeß ernste Rückschläge und Fehler der KPD vor allem in der Bündnispolitik (Sozialfaschismus-These) sowie bei der Beurteilung des politischen Regimes (die Brüning-Regierung wurde als faschistisches Kabinett klassifiziert) ein, die einer raschen Formierung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte abträglich waren und erst allmählich überwunden werden konnten. Die KPD verteidigte aufopferungsvoll die verbliebenen Reste bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten der Novemberrevolution und gewann als treibende Kraft vieler Abwehrkämpfe des Proletariats an Masseneinfluß.

Die wachsende Kampfbereitschaft an der Parteibasis und das objektiv antifaschistische Potential der SPD kamen auf Grund des Antikommunismus und der Tolerierungspolitik der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer nicht bzw. nur zeitweilig oder regional zum Tragen. Deren Festhalten am gescheiterten Konzept der Klassenkollaboration, des bürgerlichen Demokratismus und Parlamentarismus sowie die antikommunistischen Grundpositionen desorientierten viele Mitglieder und Anhänger der SPD. Eine bisher in geschichtswissenschaftlichen Forschungen zu stark vernachlässigte Ursache für jenen verhängnisvollen Verlust klassenkämpferischen Potentials der SPD ist in dem von ihrer Führung selbst aktiv betriebenen Kurs auf die „Verrechtlichung“ des politischen, ideologischen und ökonomischen Klassenkampfes zu suchen, der als Alternative zum außerparlamentarischen Kampf verstanden wurde. Diese Politik beeinflusste das gesellschaftliche Wertesystem und die Struktur der Klassenbeziehungen nachhaltig, so daß soziale Kämpfe und Machtfragen in „Probleme der Rechtsfindung neutralisiert“ und damit der „Sphäre der unmittelbar Beteiligten“ entzogen werden.²³ Die rechtsopportunistische Politik zementierte insgesamt nicht nur die Spaltung der Arbeiterklasse, sie verhinderte die Herstellung einer Einheitsfront und führte langfristig zu einer weiteren Aufsplitterung der Arbeiterbewegung. Sie hatte auch wesentlichen Anteil daran, daß viele nichtproletarische demokratische Kräfte im Polarisierungsprozeß der Klassenkräfte orientierungslos blieben, daß die kleinbürgerlichen Schichten massenhaft zur NSDAP abwanderten. Für die weitere konkrete Gestaltung der politischen Organisation der Gesellschaft wirkte sich diese Situation außerordentlich negativ aus, wie schließlich der Sieg des Faschismus bewies.

Zur Wirksamkeit internationaler und außenpolitischer Faktoren auf die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft

Alle Entwicklungsprozesse in der politischen Organisation der Gesellschaft waren in der Zeit der Weimarer Republik, insbesondere bei den Zäsuren von 1918/19, 1924/25 und 1929/30, auf das engste mit außenpolitischen Problemen verknüpft. Manche der internationalen Faktoren, vor allem jene, die sich aus der Niederlage des deutschen Imperialismus und Militarismus im ersten Weltkrieg ergeben hatten, dürften sogar „limitierende“ Auswirkungen auf die konkrete Gestaltung der innenpolitischen Verhältnisse besessen haben.

Die Geschichtswissenschaft der DDR hat zwar noch nicht sehr intensiv über die äußeren Bedingungen der Weimarer Republik geforscht, dennoch liegt zur Geschichte der Außenpolitik der Weimarer

²³ Otto Kirchheimer: Bedeutungswandel des Parlamentarismus. In: Ders.: Von der Weimarer Republik zum Faschismus: Die Auflösung der demokratischen Rechtsordnung. Hrsg. v. Wolfgang Luthardt, Frankfurt a. Main 1976, S. 91.

Republik so viel Material vor, daß die Wirksamkeit internationaler und außenpolitischer Faktoren auf die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft und auf deren Entwicklung analysiert werden kann. Bei einer solchen Analyse wären vor allem folgende Tatsachen zu berücksichtigen:

Nach seiner militärischen Niederlage büßte der deutsche Imperialismus erhebliche weltwirtschaftliche Positionen und damit an weltpolitischer Bedeutung ein. Deutschland sank innerhalb eines Jahrzehnts von einer Weltmacht zu einem industrialisierten „Kolonialland“ herab, wie es Eugen Varga aufgrund eingehender Wirtschaftsstudien 1926 formulierte.²⁴ Die Dynamik der Entwicklung schien sich – freilich infolge unterschiedlich gewichteter Vorgänge – von Zentraleuropa in die osteuropäisch-asiatische bzw. amerikanisch-pazifische Hemisphäre zu verlagern. Sowohl in Kreisen der Intelligenz als auch namhafter bürgerlicher Politiker reflektierte man diesen Umstand als schicksalhafte Mittellage Deutschlands und leitete davon positiv eine Scharnier- oder Brückenfunktion des deutschen Imperialismus zwischen Ost und West ab. Dahinter verbarg sich ein erpresserisches Kalkül gegenüber den alliierten Siegermächten. Die Einsicht, auch gegenüber Sowjetrußland einen wirtschaftlichen und diplomatischen Handlungsspielraum zu bewahren, gewann allerdings erst ab 1920 breiteren Raum. Der realistische Kern dieser Brückenschlagposition bestand in der richtigen Erkenntnis, daß alle Nachkriegsregelungen auch von Seiten der Ententestaaten danach beurteilt werden mußten, inwieweit sie eine Reorganisation des internationalen Beziehungsgefüges zuließen. Auf lange Sicht hat sich jedoch die berechnende Taktik des geschlagenen deutschen Imperialismus durchgesetzt, seine Konkurrenten mit antikommunistischen und antisowjetischen Argumenten zum Nachgeben zu veranlassen und die eigenen Profit- und Machtbestrebungen als gesamtimperialistische Belange auszugeben.²⁵ Der Revanchegedanke durchzog von Anfang an als außenpolitische Grundlinie durch die innenpolitische die Strategie der herrschenden Klasse im neuen Staat.

Die unumgängliche Annahme des Versailler Friedensvertrages und die Eingrenzung ihres innenpolitischen Handlungsspielraumes erzwangen zunächst eine Konzentration auf den Herrschaftsausbau im Innern. Dem wurde auch die Sicherung der internationalen Existenzbedingungen als europäische Großmacht untergeordnet. Regierung, Massenmedien und Interessenorganisationen des deutschen Imperialismus rückten allerdings von Anfang an die Bestimmungen und Auswirkungen des Versailler Vertrages sowie die antisowjetische Bedrohungslüge in den Mittelpunkt ihrer Propaganda, um aufkeimende innenpolitische Auseinandersetzungen beschwichtigen und den Zusammenhang zwischen der Konsolidierung der bürgerlich-parlamentarischen Staatsform und dem Vormarsch der Konterrevolution verschleiern zu können.

Wie ein Vergleich der außenpolitischen Grundsätze aller bürgerlichen Parteien zeigt, orientierten sie geschlossen auf eine Revision des Versailler Vertrages. Auch die übergroße Mehrheit der Bevölkerung empfand diesen als Diktat. Tatsächlich bildete er eine Art „zweite Reichsverfassung“.²⁶ Er erforderte von der herrschenden Klasse neue und effektive Lösungen zur Gewährleistung ihrer politischen und ökonomischen Interessenvertretung. Die Einflußmöglichkeiten antiimperialistischer, ja bürgerlich-demokratischer Kräfte wurden im Prozeß der Auseinandersetzung um seine Annahme und Erfüllbarkeit in vielerlei Hinsicht eingeengt.

Breite Resonanz fanden angesichts der chauvinistischen Hetzpropaganda und der schlechten Lebensbedingungen solche Behauptungen, wonach durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages die „nationale Identität“ Deutschlands und seine Existenzfähigkeit bedroht wären. Das war insofern falsch, als der Friedensvertrag zwar die Niederlage des Kaiserreiches und ihre Folgen fixierte, doch dies gerade die Sicherung der kapitalistischen Eigentums- und bürgerlichen Machtverhältnisse zur Voraussetzung hatte. Dennoch lösten seine einschneidenden Festlegungen in der Bourgeoisie, im neuen Mittelstand und wohl auch in Teilen der Arbeiterklasse Verunsicherung und Zukunftsspei-

²⁴ Siehe Eugen Varga: Ausgewählte Schriften 1918-1964. 2. Bd. Die Wirtschaftskrisen, Berlin 1979, S. 125.

²⁵ Siehe Wolfgang Ruge: An den Quellen von Erfüllungs- und Katastrophenpolitik. Antikommunismus und Antisowjetismus auf dem Wege nach Versailles. In: Jahrbuch für Geschichte. Bd. 24, Berlin 1981, S. 101.

²⁶ Zit. nach Rudolf Morsey Die Außenpolitik der improvisierten Republik. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 228, 2.10.1986, S. 30.

mismus aus, die zielgerichtet zur Verbreitung reaktionärer Gesellschaftsvisionen genutzt wurden. Dadurch gewannen klassenübergreifende Leitbilder im Verhältnis von Individuum und Gesellschaft oder von Gesellschaft und Staat zunehmend an Boden. Diese bürgerlichen Gesellschaftsmodelle – scheinbar lediglich rückwärts orientiert – spiegelten verzerrt Elemente der staatsmonopolistischen Realität aber auch jene Ursachen wider, die zu diesen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Verschiebungen geführt hatten.

Nach 1919 lösten außenpolitische Entscheidungen mehrmals Regierungsumbildungen aus, die insofern von beträchtlicher Wirkung auf die politische Organisation der Gesellschaft waren, als sie den raschen Verschleiß bürgerlich-gemäßigter und sozialdemokratischer Politiker offenbarten. Zielgerichtet kritisierten die Rechtskräfte deren „Zurückhaltung“ gegenüber den Siegermächten mit traditionell-konservativen Auffassungen zur Außenpolitik (Politik der „Stärke“ zur Machterhaltung und -erweiterung). Sie untergruben so die massenpolitische Basis der Weimarer Staatsform, wenn zunächst auch führende Sozialdemokraten versuchten, gerade die Außenpolitik als Bewährungsfeld und Aushängeschild der „jungen Republik“ auszugeben. Heinrich August Winkler überhöht allerdings den Einfluß internationaler Faktoren in unzulässiger Weise, wenn er behauptet, der Versailler Vertrag *mußte* (im Original hervorgehoben) „jene Kräfte in Deutschland belasten, denen am Frieden und an der Demokratie gelegen war“.²⁷ Unter Berücksichtigung des dialektischen Wechselverhältnisses von inneren und äußeren Faktoren liegt der Schluß nahe, daß eine rückhaltlose Aufdeckung des Charakters des ersten Weltkrieges und der Hauptverantwortung des imperialistischen Deutschlands an seinem Ausbruch etwa durch die regierenden Sozialdemokraten das innenpolitische Kräfteverhältnis zugunsten von Frieden und Fortschritt beeinflußt hätte.

Die Intensivierung der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung Mitte der 20er Jahre und die mit dem Dawes-Plan verstärkte Weltmarktorientierung des deutschen Imperialismus riefen neue „Leistungsanforderungen“ der herrschenden Kreise an die Außenpolitik hervor. Dabei war die mit Hilfe anglo-amerikanischen Kapitals bewerkstelligte Währungsstabilisierung eine erste und der Nachweis innerer politischer Stabilität eine weitere Voraussetzung für die Gewährung der Dollaranleihen, was in der Einleitung der sog. „Verständigungspolitik“ durch Stresemann seinen Niederschlag fand. Durch diese zunehmende ökonomische, vor allem monetäre Bedingtheit politischer Entscheidungen entwickelte sich die traditionelle Außenpolitik (einiger Spitzendiplomaten) zu komplexeren Außenbeziehungen, die sowohl vom Staat als auch von nichtstaatlichen Gremien und monopolkapitalistischen Interessengruppen wahrgenommen wurden. Die ökonomische Stärkung des deutschen Imperialismus und Militarismus führte zu einer größeren außenpolitischen Interessendifferenzierung in der herrschenden Klasse, die sich hauptsächlich aus der unterschiedlichen Beurteilung von Tempo und Zeitpunkt einer möglichen Revision der Versailler Bestimmungen ergab.

In Ergänzung und in Konkurrenz zur offiziellen Außenpolitik bildete sich ferner mehr und mehr eine Art Nebenaußenpolitik einzelner Reichsministerien heraus. Außerdem intensivierte die Monopolbourgeoisie ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen. Die dabei auftretenden relativen Gegensätze zwischen den weltmarkt- und binnenmarktorientierten Branchen hatten zur Folge, daß sich sektorale Instrumente ihrer internationalen Interessenvertretung profilierten (z. B. die Internationale Handelskammer bzw. das Deutsch-Französische Studienkomitee, wobei die Öffentlichkeitsarbeit der letzteren vom Auswärtigen Amt zunächst nicht in gleicher Weise unterstützt wurde). Das Reichswehrministerium war ein wesentlicher Träger der funktionalen Handhabung der Außenpolitik für innenpolitische Integrationszwecke mittels vielfältiger Spielarten des Nationalismus, was auch eine deutliche Spitze gegen das „parlamentarische System“ aufwies. Durch ein geschicktes Ausspielen der vorübergehenden militärischen Schwächung Deutschlands und der Rüstungsüberlegenheit der Siegermächte gelang es den konservativ-militaristischen Kreisen, Haßgefühle gegen Polen und Frankreich zu schüren sowie Enthüllungen über die geheime Wiederaufrüstung zu bagatellisieren.

²⁷ Heinrich August Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin (West) – Bonn 1984, S. 218.

Die nationalistische Stimmungsmache bewirkte eine gewisse Vereinheitlichung der politischen Ideologie der imperialistischen Bourgeoisie und entsprach zudem der Langzeit- und Stufenstrategie weit vorausplanender bürgerlicher Politiker und Generäle. In ihrem Revanchekonzept bildete die organisatorische Sammlung nationalistischer Potentiale eine wichtige Voraussetzung, wozu gerade außenpolitische Revisionsforderungen besonders werbewirksam erschienen. Gleichzeitig waren Tendenzen der Zusammenfassung des Auslandsdeutschtums als wichtiger Voraussetzung für die Gründung eines „gesamteuropäischen Minderheitenverbandes“ unübersehbar. Otto Wels hatte bereits am 26. Juli 1919 in der Nationalversammlung die programmatische Auffassung vertreten, die „auswärtige Politik“ habe ein oberstes Gesetz, das hieße, „den Schutz der nationalen Minderheiten *sobald als möglich zur Weltsache*“²⁸ zu machen. Die dabei zunächst vertretene Forderung nach „Kulturautonomie“ diene „einerseits der nationalistischen Verhetzung der werktätigen Massen in Deutschland und bezweckte andererseits die Schaffung einer Konfliktsituation zwischen den Nachbarstaaten Deutschlands und ihren nationalen Minderheiten“.²⁹

Gustav Stresemann gilt als wichtigster Vertreter einer langfristigen Revisionsstrategie des deutschen Imperialismus, der es zudem verstand, die SPD auf seine außenpolitische Linie einzuschwören. Seine Revisionsforderungen eigneten sich in ihrer friedfertigen wie antisowjetischen Aufmachung zur Disziplinierung der reformistisch und nationalistisch eingestellten Arbeiter und Angestellten. Trotz unleugbarer pazifistischer Illusionen oder Hoffnungen über die Wirkungsmöglichkeiten des Völkerbundes und von Schiedsgerichten in der deutschen Sozialdemokratie konnte der bürgerliche Nationalismus bis weit in die organisierte Arbeiterbewegung vordringen, wodurch sich die politische Hegemonie der Bourgeoisie verfestigte.³⁰ Da aber eine über Versailles hinausgehende „Verständigung“ mit dem französischen Imperialismus de facto auf handelspolitische Absprachen und intensivere Wirtschaftsbeziehungen beschränkt blieb und zu keiner Anerkennung der deutschen Ostgrenze führte, konnten die rechten Scharfmacher und Kritiker Stresemanns in Wirklichkeit mühelos an die Ergebnisse seiner Revisionspolitik anknüpfen, obwohl sie diese in der Öffentlichkeit verteufelten, um eine kleinbürgerlich-hurrapatriotische Massenbasis zustande zu bringen.

Bei aller Betonung der kontinuierlichen Entwicklungslinie von Stresemann zu Brüning versuchte der erste Präsidialkanzler seine innenpolitische Position durch eine noch aggressivere Außenpolitik zu festigen. Die mit Brünnings verschärftem Deflationskurs verbundenen sozialpolitischen Folgen sollten mit einer lautstark angestrebten „Endlösung der Reparationsfrage“ gerechtfertigt und verdeckt werden. Die nationalistische Grundhaltung maßgeblicher Sozialdemokraten in der Außen-, Militär- und Sicherheitspolitik führte nun zu einem teils offenen, teils versteckten Zusammenwirken mit ausgesprochen rechtsstehenden bürgerlichen Kräften. Hier scheint eine Ursache für die Handlungsunfähigkeit der SPD im Jahre 1932 angelegt zu sein, obwohl die Parteibasis weithin auf proletarischen Klassenkampfformen verharrte.

Selbstverständlich war mit dem Deflationskurs ein weitgehender Verzicht auf (kurzfristige) US-Kredite unumgänglich, was die Einflußmöglichkeiten der USA begrenzte und in erster Linie die exportorientierten Wirtschaftssektoren zurückwarf. Gleichzeitig gewannen wieder die alten „Mitteleuropa“-Pläne an Gewicht (1930 Vorvertrag über eine deutsch-österreichische Zollunion), was noch in der Ära Stresemann sorgsam vorbereitet worden war und die betont nationalistischen, binnenmarktorientierten Monopolkapitalisten auf den Plan rief. Diese Prozesse mündeten beispielsweise in die Umstrukturierung der deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages (MWT) ein.

²⁸ Zit. nach Maria Rothbarth: Grenzrevision und Minderheitenpolitik des deutschen Imperialismus. Der Europäische Minderheitenkongreß als Instrument imperialistischer deutscher „Revisionsstrategie 1925-1930. In: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 24, Berlin 1981, S. 218 und 228. Seit Mitte 1921 wurde vom nordwestdeutschen Landesverband des Bundes der Auslandsdeutschen versucht, den organisatorischen Rahmen eines Weltbundes der Auslandsdeutschen zu schaffen. Das Auswärtige Amt unterstützte diese Aktivitäten bezeichnenderweise nicht, um „unangebrachten Lärm im Auslande“ zu vermeiden. Siehe Lexikon zur Parteigeschichte, Bd. I, S. 208.

²⁹ Maria Rothbarth, S. 221.

³⁰ Siehe zum Begriff „politische Hegemonie“ Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften. Leipzig 1986, S. 278.

Die weiteren Arbeiten zur Geschichte der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland erfordern sowohl gründliche methodologische Diskussionen als auch historisch-konkrete Forschungen. Beiden sollte vor allem der Entschleierung des „Geheimnisses“ dienen, das – in Anlehnung an ein bekanntes Lenin-Zitat³¹ – die Machtausübung der imperialistischen Bourgeoisie umgibt bzw. durch bürgerliche Ideologen systematisch produziert und verbreitet wird. Auf folgende theoretische und methodologische Fragen sollten wir dabei vor allem unsere Aufmerksamkeit richten:

- die Dialektik von Ganzheit und Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer politischen Verhältnisse, das Verhältnis von Kontinuität und Diskontinuität in der Entwicklung der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft am Beginn unserer Epoche,
- das Verhältnis von Ökonomie und Politik, insbesondere die dialektische Einheit von letztllicher Bestimmtheit der Politik durch die Ökonomie und gleichzeitiger konkreter Determination der Ökonomie durch die Politik (Primat der Politik)
- das Verhältnis von kurzfristig wirksamen politischen Veränderungen *in* der Gesellschaft und den darauf aufbauenden, sich jedoch erst langfristig in der politischen Organisation *der* Gesellschaft niederschlagenden Wandlungsprozesse
- das Beziehungsgeflecht von objektiven und subjektiven Faktoren,
- die Rolle von Ideologie sowie von Ideologie-Produktion und Verbreitung,
- die Wechselwirkungen von innen- und außenpolitischen Faktoren.

Klassen, Parteien. Gesellschaft. Dieter Fricke zum 60. Geburtstag. Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1987, S. 88-114.

³¹ W. I. Lenin: Bemerkungen zu den Aufgaben unserer Delegation im Haag. In: Werke. Bd. 33, Berlin 1982, S. 433.

Andreas Hillgruber und das Jahr 1945

Anmerkungen zu einem konservativ-nationalistischen Historiker

Während Hillgruber, einer der führenden bürgerlichen Historiker in der BRD, vor einigen Jahren mit der These vom „unvollendeten und unvollendbaren deutschen Nationalstaat“ auftrat und damit einen gewissen Ansatz realpolitischer Einsichten deutlich machen konnte, äußerte er sich im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus in einer Weise, die ihn jetzt als großdeutschnationalistischen Rechtskonservativen erkennen läßt. In seiner Darstellung erscheint der Sieg der Antihitlerkoalition lediglich als „Katastrophe des deutschen Ostens ...“, die mit dem Abschluß der letzten Etappe der Geschichte der Großmacht Deutsches Reich, seiner Zerstörung, zusammenfiel.“

Hillgruber kritisiert Hitler, da sich dieser zu wenig um den deutschen Osten gesorgt habe, und die Westmächte, da sie ihn aufgrund ihres „extrem negativen, klischeehaften Preußen-Bildes“ preisgegeben hätten. Vor allem bemüht er sich, die anti-sowjetische Greuelpropaganda der Nazis zu rechtfertigen sowie die sowjetischen Kriegsziele zu verfälschen, indem er ihnen „stalinistischen“ Expansionismus und Barbarismus unterstellt. Hillgruber unterscheidet strikt die tatsächlich unhaltbare Ostkonzeption Hitlers von der „der traditionellen deutschen Führungsgruppen“. Letztere wird gerechtfertigt, obwohl sie die Revision des Versailler Vertrages, die Annexion Österreichs und der sog. Sudetengebiete sowie ein „deutsch-geführtes Mitteleuropa“ beinhaltete.

Es wird deutlich, daß sich Hillgruber im Grunde rechts von der offiziellen konservativen Politik der BRD-Regierung bewegt. Allerdings zieht er selbst kaum konfrontative und militante Schlußfolgerungen. Seine Position verdient in unseren Bemühungen um eine sorgfältige Differenzierung innerhalb des gegenwärtigen Konservatismus auch insofern Aufmerksamkeit, da sie einerseits eine rechtskonservative Variante darstellt, andererseits aber auch künftige Auffassungen derer, die z. Z. „nur“ die Wiederherstellung der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 (d. h. der von 1919!) fordern, vorwegzunehmen vermag.

Konservatismus der achtziger Jahre im Widerstreit zu Frieden, Demokratie und sozialem Fortschritt. II. Internationales Konservatismus-Kolloquium, veranstaltet vom Wissenschaftlichen Rat für Grundfragen des ideologischen Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus bei der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Sektion Marxismus-Leninismus, Jena am 25. und 26. Juni 1986. Informationsbulletin. Aus dem philosophischen Leben der DDR, Jahrgang 23 (1987) Heft 1, S. 37 (Arbeitskreis 1/2; Leiter: Ernst Voit).

Vom ersten zum zweiten Weltkrieg

Zu einigen Aspekten der konterrevolutionären und antisowjetischen Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus 1917/18-1941

Auf die Nachricht vom siegreichen Kampf der Arbeiter und Bauern Rußlands und vom Dekret über den Frieden, das der Zweite Gesamtrussische Sowjetkongreß am 8. November 1917 beschlossen hatte, reagierte Karl Liebknecht voller Anerkennung der welthistorischen Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. In einem Brief, den er seiner Frau am 11. November aus dem Luckauer Zuchthaus schrieb, hob er hervor, daß der „ungeheure“ Prozeß der sozialen und wirtschaftlichen Revolutionierung Rußlands“ nicht „am Abschluß, sondern im Beginn, vor unbegrenzten Möglichkeiten – weit größeren, als die Große Französische Revolution stehe.¹ Karl Liebknechts prophetische Sicht, die sich auch in zahlreichen anderen Dokumenten aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung jener Zeit findet², sollte sich in der weiteren Entwicklung der Welt und auch in der deutschen Geschichte voll und ganz bestätigen.

Wer nun die deutsche Geschichte seit dem Epochenjahr 1917 und insbesondere für die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen unseres Jahrhunderts nach ihren Wesenszügen, ihren hauptsächlichen Merkmalen und nach ihrer Bedeutung für unsere Gegenwart befragt, stößt auf ein vielgestaltiges, kompliziertes und an Widersprüchen reiches Bild. Da fallen zunächst – vor allem aus der Sicht, die uns auf der Grundlage der inzwischen erreichten neuen gesellschaftlichen Verhältnisse möglich ist – jene revolutionären Kämpfe ins Gewicht, die von den besten Kräften der deutschen Arbeiterbewegung seit dem Beginn unserer Epoche ununterbrochen, konsequent und stets getreu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus geführt wurden. Die Novemberrevolution 1918/19, die geschlossene Erhebung des Proletariats und seiner Verbündeten gegen den Kapp-Putsch vom März 1920, die Kämpfe um das Herankommen an die sozialistische Revolution im Herbst 1923, die Entwicklung der Kommunistischen Partei Deutschlands zu einer marxistisch-leninistischen Massenpartei und, ihr verantwortungsvolles Ringen gegen die Wiederaufrüstung, gegen den preußisch-deutschen Militarismus und gegen die drohende Gefahr der Errichtung einer faschistischen Diktatur gehören zu den herausragenden Ereignissen in der Zeit der Weimarer Republik.³ Diese steht insofern in der Traditionslinie des historischen Fortschritts und des Weges zur sozialistischen Gesellschaft, als sie neue, bis dahin nicht gekannte Möglichkeiten für eine legale Bestätigung der Kommunisten und ihrer Verbündeten bot, als sie sich zu einer Verfassung bekannte, die weitestgehend die Ideale der bürgerlichen Demokratie aufgegriffen hatte und mit Recht zu den „freiesten“ Verfassungen im kapitalistischen Teil der Welt gerechnet werden konnte.⁴

Die Weimarer Republik stand jedoch von Anfang an unter dem Druck ihrer konterrevolutionären, vor allem der extrem reaktionären und auf einen neuen „Griff nach der Weltmacht“ orientierenden Gegner. Dem Ansturm der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des deutschen Imperialismus erlag die Weimarer Republik Schritt auf Schritt; sie zerbrach schließlich am 30. Januar 1933, als die offen terroristische Diktatur des faschistischen deutschen Imperialismus geschaffen und ein entscheidender Schritt hin zur forcierten Vorbereitung und Entfesselung des zweiten Weltkrieges einschließlich des Überfalls auf die UdSSR gegangen wurde.⁵

Im hier zu behandelnden Abschnitt der Geschichte des deutschen Imperialismus und Militarismus dominierten – seit diese den ersten Weltkrieg verloren und gegen die Novemberrevolution mühsam gesiegt hatten, seit also die Machtfrage im Inneren und das objektiv bedingte Weltmachtstreben in einer neuen Qualität miteinander verknüpft waren – die kontinuierlich unternommenen Versuche:

¹ Liebknecht, Karl: Gesammelte Reden und Schriften. Bd. IX, Berlin 1971, S. 371.

² Siehe Benser, Günter, Hortzschansky, Günter und Mammach, Klaus: Die Lehren der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und ihre Bedeutung für den Weg der deutschen Arbeiterklasse zur Macht. In: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und Deutschland, Bd. 1, Berlin 1967, S. 5 ff.

³ Siehe Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Berlin 1978, S. 40 ff.

⁴ Auf die grundlegenden Unterschiede zwischen der Weimarer Verfassung und der Verfassung der RSFSR von 1918 macht aufmerksam J. S. Drabkin: Die Entstehung der Weimarer Republik, Berlin 1983, S. 500 ff.

⁵ Siehe Deutschland im zweiten Weltkrieg. Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941, Berlin 1974, S. 67 ff.

- den weltverändernden Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution mit allen denkbaren und ihnen möglich erscheinenden Mitteln entgegenzutreten,
- den ersten sozialistischen Staat der Welt politisch, diplomatisch und auch militärisch zu bekämpfen sowie
- dem unaufhaltsamen historischen Fortschritt durch das eigene ökonomische und politische Weltmachtstreben zu begegnen.

Alle davon bestimmten Konzeptionen und Aktionen der herrschenden Klasse in Deutschland lassen sich als Erscheinungsformen ihres Reagierens auf den Beginn des zweiten Kapitels der Menschheitsgeschichte, auf den Beginn unserer Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus fassen.⁶ Die Geschichte des deutschen Monopolkapitals war daher von 1917/18 an bis zu dem verbrecherischen Überfall auf die UdSSR vom 22. Juni 1941 konterrevolutionär, fortschrittsfeindlich, aggressiv und hauptsächlich gegen den Hort des weltrevolutionären Prozesses gerichtet. Diese Charakteristika bleiben auch dann evident, wenn berücksichtigt wird, daß damals einige Vertreter und Organisationen der Bourgeoisie durchaus bereit waren, andere Konsequenzen aus der Situation nach dem ersten Weltkrieg und dem neuen internationalen Kräfteverhältnis zu ziehen sowie eine realistische, den Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen entsprechende Außenpolitik zu betreiben.⁷ Im Gegenteil: Unter den damaligen Bedingungen erwiesen sich die Ansätze eines bürgerlich-demokratischen Staatswesens und des Strebens nach einer Außenpolitik zugunsten von Frieden und Verständigung objektiv als eine sinnvolle Ergänzung jenes friedensdemagogischen Tarnmantels, sich die reaktionärsten Kräfte des deutschen Imperialismus in ihrem Kampf um eine „Revision“ des Versailler Vertrages und um die Vorbereitung eines neuen Krieges zur Realisierung ihrer Weltmachtinteressen zugelegt hatten.⁸

Eine Reihe bürgerlicher Politiker, Ideologen und Militärs gab in Briefen und Gesprächen nach 1918 ihrem erneuten Streben nach einem „Platz an der Sonne“ unverblümt Ausdruck. Sie entwickelten für diese Zwecke unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg unterschiedliche; z. T. auch divergierende Konzepte. In ihrer Gesamtheit liefen diese jedoch darauf hinaus, schrittweise die als entscheidend betrachteten Voraussetzungen auf wirtschaftlichem, politischen und militärischem Gebiet zu schaffen, die es dem Deutschen Reich ermöglichen sollten, wieder „Weltgeltung“ zu erringen. Der bekannte Soziologe und Gesellschaftstheoretiker Max Weber ging in diesem Zusammenhang am 24. November 1918 von der realen Situation aus. In einem Brief schrieb er:

„Mit ein er weltpolitischen Rolle Deutschlands ist es vorbei: die angelsächsische Weltherrschaft ... ist Tatsache. Sie ist höchst unerfreulich, aber: viel Schlimmeres – die russische Knute! – haben wir abgewendet.“

Im Interesse der Aufrechterhaltung einer bourgeoisen Klassenherrschaft in Deutschland war er bereit, die realpolitisch notwendige Anerkennung der Vorherrschaft eines imperialistischen Konkurrenten in der Welt zu propagieren:

„Hoffentlich bleibt es dabei, daß sie (die Weltherrschaft des USA-Monopolkapitals, M. W) nicht mit Rußland geteilt wird. Dies ist für mich das Ziel unserer künftigen Weltpolitik; denn die russische Gefahr ist nur für jetzt, nicht für immer beschworen.“⁹

⁶ Siehe Bertsch, Herbert und Weißbecker, Manfred: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland und die Große Sozialistische Oktoberrevolution. In: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und Deutschland, Bd. 1, Berlin 1967, S. 199 ff.

⁷ Hier ist nicht die berechtigte Frage zu untersuchen, inwieweit sich nach 1945 angesichts der wachsenden Stärke des Sozialismus die Zahl und der Einfluß der realpolitischen denkenden Angehörigen der Bourgeoisie erweiterten.

⁸ Siehe Weißbecker, Manfred: Die nationalistisch-revanchistische „Deutschumspolitik“ in der Geschichte des deutschen Imperialismus (Thesen). In: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 48 (Januar 1986), S. 6 ff. Siehe auch Fritsch, Werner: Zur Haltung bürgerlich-liberaler Kräfte zum bürgerlichen Nationalismus und Revanchismus in der Weimarer Republik. In: Ebenda, S. 131 ff.

⁹ Zit. nach Conze, Werner: Deutschlands weltpolitische Sonderstellung in den zwanziger Jahren. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, H. 2/1961, S. 166 f.

Eine „Weltpolitik“ als untergeordneter, zweitrangiger Partner der größten Macht des Imperialismus zu betreiben, um die siegreiche sozialistische Revolution bekämpfen und schließlich auch rückgängig machen zu können – das war der Kern dieser konzeptionellen Vorstellung Max Webers und anderer¹⁰, die gleichzeitig auf innenpolitischem Gebiet den Übergang zu einer bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsform des deutschen Imperialismus befürworteten. Diese „Weltpolitik“ mußte sich zwangsläufig als bündnisfähig und natürlich auch als „friedfertig“ darstellen. Es galt, aus der Not eine Tugend zu machen.¹¹ In diesem Sinne verfaßte der Deutsche Industrierat, aus dem kurze Zeit später der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) als Dachorganisation aller Monopolherren hervorging, am 8. Januar 1919 ein Rundschreiben, man solle „unseren Gegnern zeigen, daß wir ..., durch den Krieg belehrt, für die Zukunft allen uferlosen wirtschaftlichen Expansionsplänen entsagt haben.“¹²

Eine solche Absage an alle Expansions- und Weltmachtpläne war friedensdemagogisch und deklarativ. Sie beschränkte sich in zweierlei Hinsicht: Zum einen richtete sie sich lediglich an die Adresse der imperialistischen Großmächte, zum anderen ließ sie offen, für welchen Zeitraum sie gelten sollte. Auf jeden Fall wurde langfristig darauf Kurs genommen, die Ergebnisse des ersten Weltkrieges zu revidieren. Dies geht auch aus dem Konzept Kurt von Schleichers hervor, das er als Mitarbeiter der Obersten Heeresleitung bei einer politischen Beratung im Generalstab am 20. Dezember 1918 verkündete. In drei Etappen sei vorzugehen:

„Zunächst müsse man im Innern eine Regierungsgewalt wieder aufrichten, die sich durchzusetzen vermöge. Wenn der Soldat dabei helfe, könnte das verhältnismäßig schnell gehen. Auf der Basis der widerhergestellten Ordnung müsse man sodann zur Gesundung der Wirtschaft kommen. Erst auf den Schultern einer aus den Trümmern wieder aufgebauten Wirtschaft könne alsdann nach langen, mühevollen Jahren an die Wiedererrichtung der äußeren Macht herangegangen werden.“¹³

Auseinandersetzungen entwickelten sich unter den deutschen Militaristen über die Frage Hans von Seeckts, ob nicht die „Pflicht“ bestünde, „die belassene Wehrmacht wenigstens so zu gestalten, daß man ein begehrenswerter Bundesgenosse für andere würde ... Deutschland müsse so schnell als möglich wieder bündnisfähig sein“.¹⁴

Noch offener äußerte sich Wilhelm Groener am 19. und 20. Mai 1919: „Wir sind ausgeschieden aus der Reihe der Großmächte. Wir sind verurteilt – auf wie lange Zeit kann niemand vorhersagen –, die Rolle der Mächte zweiten Ranges zu spielen.“ Dieser Zustand sei jedoch untragbar, man müsse ihm entgegenwirken und ein „klar erkennbares Ziel vor den Augen“ haben:

„Wenn man um die Weltherrschaft kämpfen will, muß man dies von langer Hand her vorausschauend mit rücksichtsloser Konsequenz vorbereiten. Man darf nicht hin- und herschaukeln und Friedenspolitik treiben, sondern man muß restlos Machtpolitik treiben. Dazu gehört aber, daß der Grund und Boden, auf dem man steht, im Innern wie nach außen fest und unerschütterlich bleibt. Wir ha-

¹⁰ Diese Konzeption ist nach 1945 von zahlreichen bürgerlichen Politikern und Ideologen aufgegriffen worden. Historiker der BRD versuchen immer wieder, mit der Hervorhebung solcher Positionen ihre These von der Diskontinuität in der Entwicklung der deutschen Außenpolitik zwischen den beiden Weltkriegen zu belegen. Im Interesse der gegenwärtigen Bündnispolitik der BRD in Westeuropa betonen sie, daß die 20er und 30er Jahre „für die Bewahrung und den Ausbau der im Weltkrieg 1914/1918 zwar erschütterten, aber nicht zerstörten deutschen Großmachtstellung, für eine potentiell erhalten gebliebene Führerrolle des Reiches in Mitteleuropa, eine beachtliche Aussicht“ gegeben hätte, diese Chance jedoch von Hitler verspielt worden sei, was schließlich zu der „Katastrophe“ (!) von 1945 geführt habe. Hillgruber, Andreas: Der Zusammenbruch im Osten 1944/45 als Problem der deutschen Nationalgeschichte und der europäischen Geschichte. Opladen 1985, S. 31 f.

¹¹ Weißbecker, Manfred: Siehe Imperialistische Kriegsideologie und Friedensdemagogie – geschichtliche Erfahrungen und aktuelle Probleme. In: Pro pace mundi. Gesellschaftswissenschaftler der Friedrich-Schiller-Universität Jena über Frieden und Friedenskampf (Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität 1985), Jena 1985, S. 115 ff.

¹² Zit. nach Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945. Hrsg. und eingeleitet von Schumann, Wolfgang und Nestler, Ludwig unter Mitarbeit von Gutsche, Willibald und Ruge, Wolfgang, Berlin 1975, S. 15.

¹³ Zit. nach Seeckt. Aus seinem Leben 1918-1936. Hrsg. von Rabenau, von Friedrich, Leipzig 1940, S. 117 f.

¹⁴ Ebenda, S. 118.

ben unbewußt nach der Weltherrschaft gestrebt, ehe wir unsere Kontinentalstellung festgemacht haben ... Von der norddeutschen Tiefebene ausgehend, muß ein neues deutsches Reich errichtet werden, zunächst (!, M. W.) auf der Stufe eines Staates zweiten Ranges. Wenn wir dies erreicht haben, haben wir schon viel gewonnen. Wir haben m. E. für unsere Zukunft alles gewonnen, wenn wir dann noch arbeiten und unsere Jugend die politischen Führer findet, die, den Forderungen der neuen Zeit Rechnung tragend, die alte törichte deutsche Parteibildung beseitigen ... Dann sehe ich nicht ein, weshalb wir nicht wieder vorwärtskommen sollten, vor allem auch wirtschaftlich. Militärisch wird's sobald nicht gehen.“¹⁵

Diese Rede wurde in einer Zeit gehalten, in der mit der Niederschlagung der Räterepublik in Bayern die Novemberrevolution abgeschlossen war und sich die herrschende Klasse in einer intensiven Diskussion über die von den Westmächten diktierten Bedingungen des Friedensvertrages befand. Sie stellte eine enge, dialektische Wechselbeziehung von Innen- und Außenpolitik in den Vordergrund. Sie enthielt darüber hinaus kein Wort des Verzichts auf einen zweiten militärischen „Griff nach der Weltmacht“, kein Wort von Frieden, Abrüstung oder Rüstungsbegrenzung. Wilhelm Groener konnte in internem Kreise auf jeden friedensdemagogischen Schnörkel verzichten und entsprach damit den tatsächlichen Forderungen deutscher Industrieller und Bankiers, deutscher Großagrariarier und Militaristen, die in ihren zahlreichen Exposés, Denkschriften und Eingaben an die Regierung eine expansive Markterweiterung erwarteten und von ihren jeweiligen politischen Repräsentanten neue, besonders für die Rüstung wichtige Rohstoffquellen und Arbeitskräfte verlangten. Sie attackierten alle von Anfang an den Versailler Vertrag und die Reparationen, sie orientierten auf eine mehr oder weniger totale Ausschaltung der revolutionären Arbeiterbewegung und strebten einen zumindest im wirtschaftlichen Bereich funktionierenden Zusammenschluß der Länder Mittel-, West- und Osteuropas unter deutscher, d. h. unter ihrer Führung an. Und sie kalkulierten auch den Krieg als einziges reales Mittel ein, trotz aller Hoffnungen, manches vielleicht ohne ihn bekommen zu können, und natürlich auch im Gegensatz zur heuchlerischen Friedensdemagogie. Sehr deutlich formulierte der Großindustrielle Edmund Hugo Stinnes 1931 in einem Brief die eigentlichen Bedingungen: „Ich scheu dennoch nicht vor einem Krieg zurück, wenn es keinen anderen Weg mehr gibt und wenn die Konstellation einen hohen Grad an Erfolg verspricht.“¹⁶

Die Planungen des damals noch geheimen deutschen Generalstabes und die Programme der extrem reaktionären Organisationen entsprachen diesen Zielvorstellungen der Herren von Industrie und Finanz weitgehend. So legte z. B. der RDI in seiner sogenannten Weihnachtsdenkschrift von 1925 die allgemeinen Expansionsziele der deutschen Wirtschaft dar. Diese gipfelten damals in der Forderung, auf dem Wege über eine „europäische Zollunion“¹⁷ einen Block kapitalistischer Staaten unter deutscher Vorherrschaft zu bilden. Ende April 1929 unterstrich das Präsidium des RDI die nicht nur wirtschaftlich orientierten Expansionsabsichten der Industrie und Banken, als auf einer gemeinsamen Tagung mit der „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ im damaligen Breslau nach dem jahrelang verwendeten Mittel des Zollkrieges gegen Polen offen die Revision der Ostgrenzen gefordert wurde. Als im Verlauf der Weltwirtschaftskrise der In- und Auslandsabsatz der deutschen Industrie zurückging, konzentrierte sich das Interesse des Finanzkapitals auf die Schaffung einer deutsch-österreichischen Zollunion. Über den Vorposten großdeutscher Wirtschaft an der Donau, wie es Carl Duisberg einmal formuliert hat, wollte man zu einem „größeren mitteleuropäischen Wirtschaftsraum“¹⁸ und schließlich zu einem geschlossenen „Wirtschaftsblock von Bordeaux bis

¹⁵ Zit. nach Weltherrschaft im Visier, S. 165. Dieses Dokument widerlegt auch die These, Deutschland habe 1919 in seiner Friedenspolitik „Züge echter Verständigungsbereitschaft“ gezeigt (siehe Haupts, Leo: Deutsche Friedenspolitik 1918-1919. Eine Alternative zur Machtpolitik des Ersten Weltkrieges. Düsseldorf 1976, S. 413), sowie die Behauptung, das Deutsche Reich sei mehr an einer „Sicherheitspolitik“ interessiert gewesen als an einem Revisionismus gegenüber dem Versailler Vertrag (siehe Geyer, Dietrich: Aufrüstung oder Sicherheit? Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1936. Wiesbaden 1980, S. 1).

¹⁶ Edmund Hugo Stinnes an Hitler. Brief vom 9.7.1931. Zit. nach Weltherrschaft im Visier, S. 221.

¹⁷ Siehe Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik. Veröffentlichung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Berlin 1925, H. 29, S. 57.

¹⁸ Duisberg, Carl: Abhandlung, Verträge und Reden aus den Jahren 1922-1933. Berlin 1933, S. 351.

Odessa“¹⁹ gelangen. Zur gleichen Zeit, da die Reichswehrführung die Ausbildung der paramilitärischen Verbände der faschistischen Partei großzügig unterstützte und ihnen Ausbilder zur Verfügung stellte, forderte die offiziöse Zeitschrift des Reichswehrministeriums, das „Militär-Wochenblatt“, Mitte April 1929 die Schaffung der von Deutschland abhängigen „Vereinigten Staaten von Mitteleuropa“, die sich „von der Maas bis zu den Rokitnosümpfen, von Hamburg bis Saloniki“ erstrecken sollten.

Erkennbar ist – trotz aller Widersprüchlichkeiten und Divergenzen, trotz der Parallelitäten und Überschneidungen in den einzelnen Plänen – als Resultante eine eindeutige Entwicklungslinie: Mit dem Erstarken des imperialistischen Deutschlands in der Zeit der Weimarer Republik erhöhten sich Grad und Inhalt der außenpolitischen Forderungen. Dem Ruf nach einem mitteleuropäischen Wirtschaftsblock folgte der nach einem noch größeren europäischen Wirtschaftsblock, es folgten Forderungen nach einer Revision der Grenzen und schließlich auch nach einer weitgehenden Deckungsgleichheit von Wirtschaftseinflußgebieten und deutschem Staatsgebiet.

Logisch ergibt sich, daß sich die früher geäußerten Positionen nicht als Alternativen der später formulierten und praktizierten bezeichnen lassen. Sie resultierten jeweils aus einer situationsgebundenen Taktik, deren Methode und Ziele von Gustav Stresemann – Reichsaußenminister 1923-1929 und Friedensnobelpreisträger des Jahres 1927 – in einer Rede vor internem Kreis offen fixiert worden sind:

„Es ist das Schicksal jedes Außenministers, daß er der öffentlichen Kritik, die an der auswärtigen Politik oft geübt wird, nie so entgegentreten kann, als wenn es sich um innere Fragen handelt; denn das Letzte zu sagen, was einer Aktion zugrunde liegt, würde vielleicht diese Aktion selbst stören ...“ Man dürfe „sich nicht auf den Standpunkt eines Kindes stellen, das für den Heiligen Abend einen Wunschzettel schreibt, in dem alles steht, was das Kind in den nächsten 15 Jahren braucht“.²⁰

Für die Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik stellt es eine nicht zu bestreitende Tatsache dar, daß die von den Führern des deutschen Faschismus propagierte Lebensraum- und Kriegszielpolitik – wenn auch oft in anderen Worten ausgedrückt – auf den ökonomischen und politischen Interessen des deutschen Imperialismus beruht. Hitler und andere faschistische Führer verdeutlichten sie in ihrer politischen Praxis, aber auch in ihren Äußerungen, die oft gerade in ihrer zugespitzten und skrupellosen Offenheit dessen eigentliche Ziele zu entlarven vermögen.

Im Februar 1934 erklärte Hitler als der seit einem Jahr amtierende Reichskanzler gegenüber dem späteren Völkerbundsbeauftragten für Danzig, Carl Jakob Burckhardt:

„Alles, was ich unternehme, ist gegen Rußland gerichtet; wenn der Westen zu dumm und zu blind ist, um dies zu begreifen, werde ich gezwungen sein, mich mit den Russen zu verständigen, den Westen zu schlagen und dann nach seiner Niederlage mich mit meinen versammelten Kräften gegen die Sowjetunion zu wenden.“²¹

Das ganze Problem des Verhältnisses von klarer Grundorientierung einerseits und von den in einzelnen Situationen durchaus Unklarheiten verratenden taktischen Umsetzungs-Varianten gegenüber den verschiedenen europäischen Nachbarstaaten andererseits wird in diesen Worten deutlich. Seine Beantwortung erlaubt den richtigen Zugang zur Bestimmung des Wesens, der objektiven Funktion und ebenso der zahlreichen einzelnen Erscheinungsformen faschistischer Weltmachtpolitik als der Politik einer schrittweisen Erringung von politischer und militärischer Überlegenheit zur Vorbereitung der Herrschaft über die Welt.

In seinen beiden Büchern forderte Hitler, mit allen militärischen Mitteln „vorausschauend“ aufzurüsten und darüber hinaus auch alle Möglichkeiten der Propaganda zur psychologischen Kriegsvorbereitung „rücksichtslos“ auszunutzen. Ohne jeglichen originären Gedanken verlangte er, den Ver-

¹⁹ Berliner Börsen-Courier, 25.3.1931.

²⁰ Stresemann, Gustav: Rede vor der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Landsmannschaften vom 14.12.1925. Zit. nach Weltherrschaft im Visier, S. 180 und 17.

²¹ Burckhardt, Carl J.: Meine Danziger Mission 1937-1939. München 1960, S. 348.

sailer Vertrag rückgängig zu machen, neuen „Lebensraum“ noch über die ehemaligen Grenzen von 1914 hinaus zu erobern und zu kämpfen, bis Deutschland eine „Weltmacht“ geworden sei. Der Hauptstoß eines neuen Krieges – und anderes als Krieg war in logischer Konsequenz dieser Ziele schon damals nicht möglich – sollte in jedem Fall nach Osten, gegen die sozialistische Sowjetunion gerichtet werden. Daraus resultierte jene häufig zitierte „Mein Kampf“-Passage:

„Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken.“²²

In seinem „Zweiten Buch“ bezeichnete Hitler im Jahre 1928 ebenfalls den Osten Europas als Hauptaggressionsrichtung des deutschen Reiches. Das „Ziel der deutschen Außenpolitik“ sei „dort zu suchen, wo es einzig und allein liegen kann: Raum im Osten“.²³

Hierin wird generell deutlich, daß es auch in der faschistischen Großmachtstrategie Prioritäten und unterschiedliche Akzentsetzungen gab. So vielgestaltig sich der europäische Kontinent, auf den sich die Aggressionsbestrebungen des faschistischen deutschen Imperialismus als erstes richteten, nun einmal darstellt, so komplex das faschistische Eroberungs- und Vernichtungsprogramm auch gewesen ist – die Europapolitik war in ihrem Kern immer eine expansive Politik zumindest gegenüber den europäischen Teil der UdSSR. In dieser Hinsicht decken sich unsere Auffassungen mit denen einiger bürgerlicher Historiker.²⁴ Keine Übereinstimmung besteht allerdings in der wichtigen Frage, ob es – um mit den Worten von Jochen Thies²⁵ zu sprechen – um die „Konservierung einer Sozial- und Herrschaftsordnung (ging), wie die alten politischen und sozialen Führungsgruppen hofften“, oder ob es sich lediglich „um die Durchsetzung einer außen- und rassenpolitischen Zielvorstellung“ Hitlers gehandelt habe. Aus meiner Sicht ist der anscheinend vordergründige Aspekt der Rassen- und Geopolitik nicht von der übergeordneten und tatsächlich dominierenden gesellschaftspolitischen Tendenz des Antisozialismus zu trennen. Letzterer verstärkte die Aggressivität, das barbarische Element der faschistischen Außenpolitik, aber in gleicher Weise auch die terroristische Innenpolitik. Antisozialismus und Expansionsdrang sind nun einmal nicht ohne Rückwirkung auf das Verhältnis ihrer Vertreter zu den inneren gesellschaftlichen Verhältnissen im eigenen Land und erst recht nicht zu jenem Land, das als erstes den Ewigkeitsanspruch der bürgerlichen Gesellschaft durchbrochen hatte. Als Hitler 1931 von Wilhelm Breiting, dem Chefredakteur der großbürgerlichen Zeitung „Leipziger Neueste Nachrichten“ interviewt wurde, entwickelte er drei gerade in dieser Hinsicht interessante „Grundprinzipien“ der Außenpolitik der NSDAP:

„Erstens wollen wir den Kommunisten den Weg versperren, so daß sich die traurigen Ereignisse von 1918 nicht wiederholen können.“ Das stand also an der Spitze einer Außenpolitik, die ja von ihrem ideologischen Ansatz ohnehin alles Übel in Deutschland einer „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ zuschob. Auch die weiteren Forderungen sind im eigentlichen Sinne noch nicht außenpolitischer Natur: „Zweitens wollen wir eine stabile Regierungspolitik betreiben, und das auf allen Gebieten im Staat. Drittens wollen wir keine Verpflichtungen eingehen, die wir möglicherweise nicht erfüllen können.“²⁶

Als extrem reaktionären Kräfte waren sich darüber im klaren, daß die genannten nur durch eine diktatorische Herrschaftsform nach innen sowie durch neue Aggressionskriege nach außen mit einer „Zentralentscheidung“ im Kampf gegen die UdSSR zu erreichen waren. Dieser Begriff der „Zentralentscheidung“ ist nicht vom Historiker erfunden worden; man kann ihn häufig nachlesen, z. B. in

²² Hitler, Adolf: Mein Kampf. München 1939, S. 742.

²³ Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928. Eingel. und kommentiert von Gerhard L. Weinberg, Stuttgart 1961, S. 159.

²⁴ Darauf verwies z. B. auch Kühnl, Reinhard: Der deutsche Faschismus in der neueren Forschung Beiträge zur Kausalfrage und zum Herrschaftssystem. In: Neue Politische Literatur, 1983, H. 1, S. 75.

²⁵ Thies, Jochen: Architekt der Weltherrschaft. Die „Endziele“ Hitlers. Düsseldorf 1980, S. 192.

²⁶ Galic, Edoard: Ohne Maske. Hitler-Breiting-Geheimgespräche 1931. Frankfurt a. M. 1968, S. 72 f.

einem Artikel. „Das Reich sind Europa“ in der „Zeitschrift für Politik“ (H. 12/1941, S. 703). Die Zerschlagung, Ausplünderung und „Germanisierung“ der Sowjetunion sowie die Nutzung der Ressourcen des Sowjetlandes „war die Kardinalfrage in der Kriegszielprogrammatik des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg“.²⁷ Die antisowjetische Grundorientierung in der faschistischen Außenpolitik schloß keineswegs Ziele aus, die sich gegen imperialistische Konkurrenten im Westen richteten. In gewisser Weise war der faschistische „Antiplutokratismus“ sogar ein notwendiger Bestandteil aller vorbereitenden Schritte der „Zentralentscheidung“. Zur Verstärkung seiner materiellen Ressourcen und zur Beseitigung der seine Kriegspläne gefährdenden Möglichkeit einer Politik der kollektiven Sicherheit ging es dem faschistischen deutschen Imperialismus auch um aggressive und expansive Aktionen in westlicher Richtung, wobei, die konkreten Zielsetzungen häufig wechselten. Hitler schrieb z. B. 1928 nieder, daß Frankreich „Deutschlands Feind bleiben“ werde, geschlagen werden müsse und seine Stellung als Großmacht zu verlieren habe, bevor sich die deutsche Raumpolitik dem Osten zuwenden könne.²⁸ Später, unter anderem in dem erwähnten Interview von 1931, sprach er davon, „geordnete und gesunde Verhältnisse zu Frankreich herstellen“ zu wollen, wobei als Voraussetzung herauszulesen war, Frankreich müsse die Deutschen als „gleichberechtigten Partner“ und „großen Nachbarstaat“ anerkennen.²⁹ Auch spätere Angebote und Erklärungen, in denen 1935 nach dem faschistischen Abstimmungserfolg an der Saar verlautete, es gäbe nun zwischen Deutschland und Frankreich kein territoriales Problem mehr also auch keinen Streit über Elsaß-Lothringen –, sind nicht nur als reine Demagogie und auf raffinierte Täuschung zielende Niederträchtigkeit zu werten. Sie brauchen auch keine Verwunderung hervorzurufen, wie das z. B. bei Franz Knipping der Fall ist.³⁰ In der faschistischen Europastrategie spielten gerade solche, d. h. die antisowjetische Bündnis- und Achsenpolitik ergänzenden Partnerschaftsvorstellungen eine nicht unerhebliche Rolle. Motive und Hintergründe dieser Variante der faschistischen Außenpolitik gegenüber Frankreich und England ergaben sich eindeutig aus den übergeordneten Zielsetzungen.

Im zweiten seiner Gespräche mit Breiting vom Juni 1931, das noch offener als das erste geführt wurde und der internen Verständigung unterschiedlicher Kreise der herrschenden Klasse in Deutschland diene, äußerte sich Hitler auch zu diesem Verhältnis von Ost- und Westpolitik, verbrämt in einer Fülle von antisowjetischen Tiraden:

„Wir müssen den Tatsachen ins Auge blicken. Die Sowjetunion wird eines Tages eine riesige Macht sein und könnte Deutschland und Europa überfluten. Wir dürfen das nicht aus den Augen verlieren ... Wir müssen unseren Wiederaufbau vollenden, bevor die Sowjetunion zu einer Weltmacht geworden ist, bevor der Raum von 7 Millionen Quadratkilometern, den die USA besitzen, zum Arsenal des Weltjudentums geworden ist. Noch schlafen diese Kolosse. Wenn sie erwachen, dann ist mit Deutschland Schluß ... Vor einer Intervention der Russen brauchen wir noch lange keine Angst zu haben. Noch liegt zwischen Deutschland und Rußland ein chauvinistisches Polen.“³¹

Nach diesen Worten hieß es weiter zur eigenen Taktik:

„Bevor Rußland für uns zur Gefahr wird, werden wir es isolieren. Wir werden antikommunistische Kräfte in allen Ländern hervorrufen ... Deshalb denken wir schon heute an eine Anti-Komintern-Politik in allen Ländern ... Für Moskau wird Gefahr drohen, wenn wir in Europa eine politische Macht sein werden.“³²

Der eigentliche Sinn dieser Worte: Wir wollen eine Macht werden, um Moskau bedrohen zu können ...

²⁷ Konzept für die „Neuordnung“ der Welt. Die Kriegsziele des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Schumann, Wolfgang, Berlin 1977, S. 93.

²⁸ Hitlers Zweites Buch, S. 163.

²⁹ Calic, Edoard, S. 73.

³⁰ Siehe Knipping, Franz: Frankreich in Hitlers Außenpolitik 1933 bis 1939. In: Hitler, Deutschland und die Mächte, Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches. Hrsg. von Funke, Manfred, Krohberg/Ts und Düsseldorf 1978, S. 612 ff.

³¹ Calic, Edoard, S. 71 f.

³² Ebenda, S. 76.

Vor allem in den ersten Jahren der faschistischen Diktatur verfolgte deren Führung einen außenpolitischen Kurs, der diesem Ziel der Schaffung eines gesamteuropäischen Machtfaktors gegen die UdSSR diene, verbal aber unter dem Motto „Beseitigung von Versailles“ und Herstellung einer „Gleichberechtigung“ Deutschlands mit den anderen imperialistischen Großmächten lief. Dieser Kurs unterschied sich nicht wesentlich von dem früherer Rechtsregierungen in der Weimarer Republik. Kontinuität und die nationalistisch-revanchistische Variante der Friedensdemagogie dominierten noch. Auf dem Wege zum antisowjetischen geeinten Europa stand das Ziel „Großdeutschland“ eindeutig im Vordergrund des außenpolitischen Strebens der Faschisten, aber dieses Ziel war nicht identisch mit dem Programm, es bildete nur die erste Etappe der Realisierung ihrer antisozialistischen Großraumkonzeption.

Hinsichtlich dieser faschistischen Gesamtstrategie zeigten sich auf dem Wege zum zweiten Weltkrieg Differenzen innerhalb der herrschenden Klasse, und dies vor allem – wenn auch nicht ausschließlich – über taktische Aspekte. So fand eine Reihe von Auseinandersetzungen statt, ohne deren exakte Kenntnis die konkrete Geschichte der faschistischen Kriegsvorbereitung und -entfesselung nicht zu erfassen ist. Es gab – resultierend aus unterschiedlichen politischen und ökonomischen Interessen – vielfältige und auch gegensätzliche Pläne verschiedener Gruppen der herrschenden Klasse. Aber es gab keine gravierenden Unterschiede im Hinblick auf das generelle Expansions- und Weltmachtstreben als Grundlinie in der Politik des deutschen Imperialismus. Streit flammte auf, wenn es um das „Wie“ ging; das „Ob“ stand weitestgehend außer Frage. Die Auffassungen divergierten daher z. B. über das Ausmaß der Expansion, über ihre jeweiligen Voraussetzungen und Hauptstoßrichtungen sowie über die Reihenfolge der zu erreichenden Ziele, über das Tempo ihrer Verwirklichung und nicht zuletzt über die Methoden der Beherrschung und Ausbeutung des dem deutschen Faschismus unterworfenen europäischen Kontinents.³³ Aber das ist nicht verwunderlich und schon gar nicht als ein Phänomen zu betrachten, das die marxistische Geschichtswissenschaft – wie bürgerliche Historiker ihr vorwerfen – nicht erklären könnte, da sie so monokausal und ökonomistisch sei, so undifferenziert und dogmatisch urteile. Die Differenzen dieser Art waren verwurzelt in den unterschiedlichen Produktions- und Marktbedingungen sowie in den jeweiligen Profitinteressen der verschiedenen Finanz- und Monopolgruppen. Sie hingen aber ebenso mit divergierenden militär- und rüstungsstrategischen Überlegungen in der Wehrmachtsführung sowie in anderen Institutionen des staatsmonopolistischen Herrschaftsapparates zusammen.

In den Jahren vor dem Überfall des deutschen Faschismus auf die UdSSR wurden keineswegs nur Minimalziele verfolgt, selbst wenn diese im Vordergrund der friedensdemagogisch orientierten Propaganda standen und dem die einzelnen tagespolitischen Schritte zu entsprechen schienen. Zwei grundsätzliche Faktoren wurden auch bei diesen Planungen und Vorbereitungen auf den großen Krieg gegen die UdSSR nicht außer acht gelassen: Die Schaffung des „Großdeutschen Reiches“ und die Ausschaltung westlicher Konkurrenten waren erstens als eine der wichtigsten Voraussetzungen gedacht, um den Krieg gegen die Sowjetunion für einen geeigneten Zeitpunkt vorzubereiten. Sowohl von Hitler und seinen ihm am nächsten stehenden Führern der faschistischen Partei, der SS und des Staatsapparates, als auch von den Hitler ergebenden Generalen der Wehrmachtsführung, von Vertretern des Auswärtigen Amtes, von „Geopolitikern“ und „Ostforschern“ sowie von zahlreichen führenden Industriellen wurde zum Ausdruck gebracht, daß „die letzte und entscheidende Aufgabe der deutschen Politik“, wie es z. B. der Mitarbeiter der Dienststelle Ribbentrop, Peter Kleist, in einem Gespräch im März 1939 mit einem Journalisten formulierte, der „Krieg gegen die Sowjetunion“ sei.³⁴ Diesem strategischen Anliegen war die Absicht zu- und untergeordnet, den seit Hitlers scharfmacherischer Rede vom September 1936 auf allen Gebieten verstärkt gesteuerten Kurs antisowjetischer Hetze zugleich als taktisches Mittel zu nutzen, um die imperialistischen Westmächte in Ruhe zu wiegen und in ihrer Appeasement-Politik zu bestärken.

³³ Siehe Konzept für die „Neuordnung“ der Welt, S. 19. Die folgenden Ausführungen stützen sich vor allem auf diese Darstellung.

³⁴ Zit. nach ebenda, S. 24.

Die Schaffung des „Großdeutschen Reiches“ war zweitens zugleich als wichtiger Ausgangspunkt für die Errichtung der Vorherrschaft des deutschen Imperialismus in ganz Europa sowie in der Welt gedacht.

Als Hitler im Januar 1939 vor Offizieren in der Reichskanzlei und im Februar in der Kroll-Oper vor Truppenkommandeuren sprach, richteten sich seine Reden kurzerhand auf folgende Ziele: „a) Herrschaft in Europa, b) Weltherrschaft für Jahrhunderte“.³⁵ Dieser Gedanke war bereits in einer Rede Himmlers vor Gruppenführern der SS im November 1938 aufgetaucht, als er andeutete, daß mit dem vorbereiteten Krieg „das großgermanische Reich“ geschaffen werden solle.³⁶ Der Antisowjetismus und das faschistische Vorherrschaftsstreben erwiesen sich als zwei Seiten einer Medaille, als kriegsfördernd und als Quelle jener blutigen Opfer und furchtbaren Zerstörungen, die die Menschheit im zweiten Weltkrieg erleiden mußte.

Im Friedensvertrag von Versailles war der Keim eines neuen Krieges enthalten, weil er zwar die Konkurrenz-Verhältnisse zugunsten der westlichen Siegermächte des ersten Weltkrieges veränderte, die Grundlagen imperialistischen Weltmacht- und Überlegenheitsstrebens jedoch in keiner Weise antastete. Die Gier des deutschen Imperialismus und Militarismus nach einer Vorherrschaft in der Welt trieb ihn zu einer äußerst aggressiven Außenpolitik. Eine der wichtigsten Lehren aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen besteht daher in der Forderung an alle politisch agierenden Kräfte der westlichen Länder, endlich die Realitäten anzuerkennen, auf Versuche jeglicher Art zur Revision der bestehenden Grenzen zu verzichten sowie koexistentielle Vernunft walten zu lassen, statt sinnlos nach atomarer Überlegenheit zu streben und erneut einen zutiefst menschenfeindlichen Antisowjetismus zu propagieren.

Wider den Krieg. Sieben Jahrzehnte im Zeichen sozialistischer Friedenspolitik. Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität. Gesellschaftswissenschaftliche Reihe, 38. Jahrgang, 2/1987, S. 247-257.

³⁵ Großcourth, Helmuth: Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940. Mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler. Hrsg. von Krausnick, Helmut und Harald O. Deutsch unter Mitarbeit von Kotze, Hildegard von, Stuttgart 1970, S. 166 f.

³⁶ Siehe Himmler, Heinrich, Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen. Hrsg. von Smith, Bradley, F., und Peterson, Agnes, F., mit einer Einführung von Fest, Joachim C., Frankfurt (Main) 1974, S. 26.

Berlin – eine schwierige Stadt für den deutschen Faschismus

Überblickt man das Verhältnis der faschistischen NSDAP zu Berlin als der Hauptstadt des Deutschen Reiches, so läßt sich eindeutig konstatieren, daß es stets problematisch und von zahlreichen Schwierigkeiten geprägt war. An fünf ausgewählten Beispielen sollen hier das Ausmaß der Probleme und einige ihrer Ursachen angedeutet werden.

Zunächst sei darauf verwiesen, daß die deutschen Faschisten von Anfang an – seit sie auf der politischen Bühne auftauchten – gegen Berlin wetterten. Die Palette nazifaschistischer Schimpfkanonaden ist umfangreich. In den Jahren 1921/22 lassen sich beispielsweise belegen: „Berliner Sowjetjuden“, „Berliner Asiaten“, „Berliner Judenknechte“, „Berliner Judenzentrale“, „Berliner Judenwirtschaft“, „Berliner Bolschewistenkreise“, „Berliner jüdisch internationale Marxisten und Unitaristen“.¹ Ablehnung und Haß werden sichtbar. Sie trugen eindeutig politischen Charakter und gaben der in rechten Kreisen weit verbreiteten Stimmung gegen das „rote Berlin“ ein faschistisch-rassistisches Gepräge. Trotz gelegentlicher Andeutungen entsprangen sie nicht föderalistischen, partikularistischen oder gar separatistischen Auffassungen. In ihnen zeigte sich allenfalls das Bemühen, die weißblauen und antipreußischen Denk- und Verhaltensweisen bürgerlicher und kleinbürgerlicher Kreise in Bayern für ihre Ziele zu mißbrauchen. Dafür gab es verschiedene Möglichkeiten: War München beispielsweise bis zum ersten Weltkrieg ein Anziehungspunkt für viele Intellektuelle, Künstler und Literaten gewesen, so wanderten danach viele von ihnen nach Berlin. Erinert sei an Heinrich Mann, Georg Kaiser, Arnold Zweig, Ernst Toller und Lion Feuchtwanger. Ihrer Stimmung verlieh vor allem Heinrich Mann Ausdruck, als er 1921 in einem enthusiastischen Essay über Berlin schrieb, diese Stadt – nun nicht mehr eingeeengt in den „eisernen Gürtel Militarismus“ – sei „das stärkste Bollwerk unserer Vernunft“. Ferner hieß es bei ihm: „Die Zukunft Deutschlands wird heute andeutungsweise vorausgelebt in Berlin. Wer Hoffnung fassen will, der blicke dorthin.“²

In den Aussagen der NSDAP und ihrer Führer über Berlin dominierten in den ersten Jahren der Weimarer Republik eindeutig konterrevolutionäre politische Aspekte. Unbändig und haßerfüllt waren die Attacken der Nazis gegen Berlin, weil sie in dieser Stadt das Zentrum der Revolution erkannten. Sie sahen in Berlin aber zugleich das Zentrum aller Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung, der bürgerlich-parlamentarischen Bestrebungen, des Pazifismus sowie aller anderen demokratischen Kräfte. Alles, was ihrem extrem reaktionären und aggressiven Programm entgegenstand, fanden sie in Berlin symbolisiert.

Meine zweite Bemerkung gilt der Tatsache, daß das Verhältnis der Nazifaschisten zu Berlin nicht nur von Ablehnung, sondern zugleich vom Willen bestimmt war, diese Stadt in ein Zentrum der Konterrevolution und eines wiedererstarkten Militarismus umzuwandeln. Aus dieser in sich widersprüchlichen Position ergaben sich indirekt, z. T. aber auch direkt die ersten Krisen der NSDAP. Vor der später kontrovers behandelten Frage, wie Berlin in einen Hort der Reaktion, in eine Ordnungszelle des Reiches umfunktioniert werden kann, stand die krisenerregende Frage, *ob* dies überhaupt angestrebt werden soll. Darüber hatten sich die Nazis immer wieder auseinanderzusetzen, wenn sie mit gleichgesinnten Organisationen verhandelten, um die faschistische Partei zu vergrößern. In diesem Sinne ist der Brief von Anton Drexler und Adolf Hitler vom 1. März 1920 an Walther Riehl, einen österreichischen Nationalsozialisten, außerordentlich aufschlußreich. Beide NSDAP-Führer schrieben, man dürfe sich nicht der Täuschung hingeben, „daß irgendeine dauernde Einigung unseres Volkes nicht möglich ist, ohne für *einen unbedingt anerkannten Mittelpunkt* der gesamten Organisation und Verwaltung des Reiches zu sorgen. Die Fehler und Schattenseiten *Berlins* erscheinen uns nicht als unzertrennlich von dieser Stadt an und für sich, sondern nur als notwendige Folge einer sogenannten Kultur, die in ihrem Wesen nach nicht sehr bestimmt wird durch Einflüsse germanischer Rassenart, sondern jüdischer. Es ist nur zu natürlich, daß in der größten Stadt des Reiches der Fluch dieser Mißkultur-auch am verderblichsten zur Geltung kommen muß,

¹ Vgl. Hitler, *Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924* (im folgenden: Hitler, *Sämtliche Aufzeichnungen*). Hrsg. von Eberhard Jäckel zusammen mit Axel Kuhn, Stuttgart 1980, passim.

² Heinrich Mann, *Essays*. Zweiter Band, Berlin 1956, S. 90 ff.

ganz gleich, ob diese Stadt Berlin oder anders heißt. Deshalb *kann unser Kampf auch nicht dieser Stadt* als solcher gelten, sondern den allgemeinen Ursachen dieser Zustände. Wir empfinden den sogenannten ‚Kampf gegen Berlin‘ als Maske für das Ziel, Deutschland durch Beseitigung der Reichshauptstadt politisch in seine frühere Ohnmacht und Zersplitterung zurückzuschleudern und durch Schaffung gleich großer, sich gegenseitig als gleich starke Rivalen bekämpfende Einzelstaaten im ewigen Bruderkampf verbluten zu lassen. Unbedingt ablehnen müssen wir die Schaffung eines zweiten Ost-Roms.“³

Die Warnung vor dem Versuch, dem Deutschen Reich eine andere Hauptstadt zu suchen, war keineswegs unreal oder nur gegen Denkweisen am Rande des Geschehens gerichtet. Süddeutsche Politiker und Ideologen hatten dies während der Novemberrevolution deutlich formuliert, Separatisten es zu praktizieren versucht.⁴ Die Nazis strebten aber gegen das „rote Berlin“ die Schaffung eines konterrevolutionären Zentrums, ein neues politisches „Ost-Rom“ an, um das eigentliche Zentrum erobern zu können. Hitler faßte dies am 5. September 1923 in die Worte: „Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder marschiert Berlin und endet in München, oder München marschiert und endet in Berlin! (Es kann kein Nebeneinander geben eines bolschewistischen Norddeutschlands und eines nationalen Bayern ...).“⁵

Der dritten Bemerkung möchte ich vorausschicken, daß es wünschenswert wäre, wenn wir mehr historische Wahlforschung betreiben würden. Die Wahlen, die z.B. von 1928 bis 1932 in Berlin stattgefunden haben, sollten gerade unter unseren Fragestellungen intensiver analysiert werden, als dies bisher geschehen ist. So könnte unter anderem die nur allgemein bekannte Tatsache untersucht werden, daß und warum es den Nazis in Berlin niemals gelang, mehr Stimmen als KPD und SPD zu gewinnen.⁶ Es wäre auch interessant, die Diskrepanzen in den einzelnen Stadtteilen zu analysieren.⁷ Die unterschiedlichen Durchschnittsergebnisse von Berlin und Reich harren noch einer eingehenden Untersuchung. Aus ihnen läßt sich bereits auf den ersten Blick ableiten, daß die Differenz im angegebenen Zeitraum immer größer geworden ist. Betrug die Differenz zwischen dem Durchschnittsergebnis für die NSDAP in Berlin und im Reich bei den Reichstagswahlen 1928 nur einen Prozentpunkt, so war sie 1930 auf 3,7 Prozentpunkte angestiegen. Bei den preußischen Landtagswahlen vom 24. März 1932 waren es 6,4 Prozentpunkte, und bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 sogar 8,6. Erst am 6. November 1932 gab es einen leichten Rückgang auf 7,1. Warum es beim zweiten Wahlgang zu den Reichspräsidentenwahlen 1932 nur 5,6 Prozentpunkte waren, müßte noch untersucht werden.⁸

Meine vierte Bemerkung kann ich relativ kurz halten. Sie bezieht sich auf die Mittel und Methoden, die von den Nazis in Berlin zur Bewältigung ihrer Schwierigkeiten angewandt worden sind und die dem Wesen des Faschismus in besonders auffälliger, zugespitzter Weise entsprachen. In Berlin offenbarten die Nazis ihre Brutalität, ihren Terrorismus und ihre Feindschaft gegen alles Progressive gleichsam modellhaft. Das gilt ebenso für ihre Taktik der provokatorischen Aufmärsche in Arbeitervierteln und an Brennpunkten der revolutionären Arbeiterbewegung. Das gilt auch für ihre rassistisch verkleideten, hinterhältigen Kampagnen gegen einzelne Repräsentanten der Weimarer Republik, wie beispielsweise gegen den Berliner Vizepolizeipräsidenten Bernhard Weiß.⁹ In Berlin pfleg-

³ Hitler, *Sämtliche Aufzeichnungen*, S. 112.

⁴ Vgl. z. B. Ludwig Finckh, *Der Geist von Berlin*, in: *Schwäbischer Merkur*, 10.1.1919, Nr. 14. Zit. in: Hermann Kähler, *Berlin – Asphalt und Licht. Die große Stadt in der Literatur der Weimarer Republik*, Berlin 1986, S. 86 ff.

⁵ Hitler, *Sämtliche Aufzeichnungen*, S. 1004 (ähnlich auf S. 1022).

⁶ KPD und SPD erreichten in Berlin bei Reichstagswahlen am 20.5.1928 57,5%, am 14.9.1930 54,5%, am 31.7.1932 54,6% und am 6.11.1932 54,3%. Bei den Berliner Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen vom 17.11.1929 erhielten sie 53,0% und bei den Preußischen Landtagswahlen vom 24.4.1932 52,7%.

⁷ Einen Ansatz dazu bietet Walter Wimmer, ... und haben dem Sozialismus Bahn gebrochen, in: *Einheit* 1/1987, S. 34.

⁸ Zusammengestellt nach dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches. Vgl. auch Hans-Norbert Burkert, Klaus Matussek und Wolfgang Wippermann, *Machtergreifung Berlin 1933*, Berlin (West) 1982, S. 24 f.

⁹ Vgl. Dieter Bering, *Von der Notwendigkeit politischer Beleidigungsprozesse. Der Beginn der Auseinandersetzungen zwischen Polizeivizepräsident Bernhard Weiß und der NSDAP*, in: *Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin* 1983, Hrsg. von Hans 3. Reichhardt, Berlin (West) 1983, S. 87 ff.

ten die Nazis stets ihre sozialdemagogischen und pseudosozialistischen Parolen in besonderer Lautstärke zu verbreiten, selbst wenn sie dabei die Risiken unerquicklicher innerparteilicher Auseinandersetzungen¹⁰ bzw. Verärgerungen bei ihren monopolbourgeois Hintermännern – z. B. anlässlich ihrer Beteiligung am BVG-Streik vom November 1932 – in Kauf zu nehmen hatten.

Mit meiner fünften Bemerkung möchte ich belegen, daß die Schwierigkeiten der deutschen Faschisten in Berlin auch nach der Errichtung ihrer offen terroristischen Diktatur nicht aufhörten. Aufschlußreich sind in dieser Hinsicht unter anderem die Angaben der offiziellen Parteistatistik der NSDAP von 1935. Danach zählte der Gau Groß-Berlin mit 138.117 Mitgliedern zu den mitgliederstärksten Gauen der Nazipartei. Vor ihm rangierten lediglich Sachsen (234.681) und die sog. Kurmark (158.262). Im Verhältnis zur Einwohnerzahl bzw. zur Wählerzahl stand er jedoch unter den 32 Gauen erst an 27. bzw. 31. Stelle. Die NSDAP-Reichsleitung folgerte daraus, daß ca. 72.000 neue Mitglieder geworben werden müßten. Auch hinsichtlich der Sozialstruktur der Mitglieder nahm Berlin einen vom Reichsdurchschnitt erheblich abweichenden Platz ein. Offiziell wurde der Anteil von Arbeitern unter den NSDAP-Mitgliedern mit 30,3 Prozent angegeben¹¹, in Berlin betrug er dagegen 26,2 Prozent. Bei den Angestellten lauteten die Zahlen 19,4 Prozent im Reich und 34,6 Prozent in Berlin. Bei einer Unterscheidung von aktiv tätigen und nicht-aktiven Mitgliedern der Nazipartei stellte sich heraus, daß in Berlin nur 54,8 Prozent, im Grunde also jedes zweite Mitglied, zu den Aktiven gerechnet werden konnten, was in der Rangfolge der Gaue den 22. Platz bedeutete.¹²

Angesichts der hier angedeuteten Tatsachen bieten sich vielfältige Aspekte an, die bei einer Gesamteinschätzung der nazifaschistischen Berlin-Politik unbedingt zu berücksichtigen wären. Unter anderem ergibt sich aus ihnen die Frage, ob hier nicht die Ursachen dafür zu suchen sind, daß das Jubiläum der Stadt im Jahre 1937 nicht in jenem Pomp und Aufwand begangen wurde, wie es eigentlich hätte erwartet werden können. Es ist auch die Frage zu stellen, ob die Zerstörung Berlins nicht bereits vor dem zweiten Weltkrieg zu dem Zeitpunkt (30. Januar 1937) begann, als die Nazis vorgaben, Berlin völlig neu gestalten zu wollen.¹³ Und nicht zuletzt läßt sich auch vermuten, daß 1945 in den Naziführern der alte Haß auf Berlin neu erwachte, als Hitler erklärte, das deutsche Volk sei nicht wert zu existieren, wenn es nicht zu siegen verstünde, und von Berlin annehmen durfte, daß es – befreit von der barbarischen Diktatur – wieder das rote“ Zentrum eines vorwärts schreitenden Deutschland würde.

Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, Nr. 3-4, Berlin 1987, S. 124-130.

¹⁰ Vgl. Martin Broszat, Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1960, H. 1, S. 85 ff.

¹¹ Nach den offiziellen Angaben waren keine der gebräuchlichen sozialstrukturellen Kriterien verwendet worden, so daß sie stark bezweifelt werden müssen. Die Parteistatistik gab im einzelnen an: 6,2% gelernte, Metall verarbeitend“, 12,9% „gelernte (alle übrigen)“, 0,9% „Bergbau“, 3,8% Landarbeiter (insgesamt), 6,5% „ungelernte“.

¹² Partei-Statistik, Stand 1. Januar 1935 (ohne Saargebiet: Bd. 1, Parteimitglieder. Hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, München 1935, passim.

¹³ Bürgerliche Historiker konzentrieren sich in diesem Zusammenhang häufig lediglich auf die Feststellung des Gigantismus und der Impulse, die von Hitler auf Architektur und Bauwesen ausgingen. Die friedensdemagogischen Akzente des am 30.1.1937 verkündeten Bauprogramms für Berlin und der „feierlichen Einweihung der Verwandlung Berlins“ vom 14.6. 1938 sind in der bisherigen Forschung insgesamt wenig berücksichtigt worden. Vgl. Harald von Koenigswald, Das verwandelte Antlitz, Berlin 1938, S. 236 f.

Rezension

Reinhard Opitz, *Faschismus und Neofaschismus*. Berlin: Akademie-Verlag 1984. Lizenzausgabe des Verlages Marxistische Blätter, Frankfurt a. M. 1984. 544 S. 80 M 19,50.

Die Rezension des vorliegenden Bandes muß mit einem Nachruf beginnen: Am 3. April 1986 verstarb Reinhard Opitz, viel zu jung und eine tiefe Lücke in den Reihen jener hinterlassend, die sich konsequent und kämpferisch mit allen Spielarten des Faschismus auseinanderzusetzen verpflichtet fühlen. In zahlreichen und bemerkenswerten Arbeiten galt seine wissenschaftliche und politische Aufmerksamkeit immer wieder den Problemen von Kontinuität und Diskontinuität in den politisch-ideologischen Grundströmungen des deutschen Imperialismus unseres Jahrhunderts. Er beschäftigte sich mit der Geschichte bürgerlicher Parteien über die Zäsuren von 1918 und 1945 hinweg und analysierte die expansionistischen „Europastrategien des deutschen Kapitals“ zwischen 1900 und 1945.¹ Leider wird „Faschismus und Neofaschismus“ sein letztes Werk bleiben.²

Ausgangspunkt für die lesenswerten und anregenden Überlegungen von Opitz ist die Leninsche Analyse des Imperialismus. Er fragt nach dem aus den objektiven Bedingungen und aus den generellen Interessen imperialistischer Kräfte resultierenden *Ideologiebedarf* und seiner Erfüllung durch „diejenigen, denen es um die Integration der Arbeiterschaft in den imperialistischen Kriegswillen zu tun war ...“ (S. 25). In detaillierten und längsschnittartig angelegten ideologehistorischen Passagen enthüllt er die innere Logik der Gedankenfolge und die „Argumentationsleistungen“ (S. 28) einzelner bürgerlicher Theoretiker, dabei stets auch den Entwicklungsprozeß dieser Auffassungen erhellend.

Das erste Kapitel des Buches ist insgesamt dem Entstehen der „völkischen“ Richtung im politischen Kräftespektrum der bürgerlichen Gesellschaft gewidmet. Neben den inhaltlichen Aspekten in der Darstellung des sich schon vor der Jahrhundertwende herausbildenden Sozialdarwinismus und Rassismus gilt des Verf. Aufmerksamkeit besonders jener Vielzahl neuer politischer Organisationen der deutschen Monopolbourgeoisie, die auf rassistisch-antisemitischer Grundlage ein ideologisches „Modell der völkischen Sozialismusdemagogie“ (S. 25) sowie ein „Organisationen konstituierendes Mobilisierungsmodell“ (S. 29) zu formieren trachteten, und die damit hauptsächlich das Kunststück fertigbringen wollten, „die Arbeiterschaft im Namen des Sozialismus für den Imperialismus zu gewinnen“ (S. 21).

Entstehung und Entwicklung der NSDAP bis zum Münchener Ludendorff-Hitler-Putsch vom 8./9. November 1923 verfolgt das zweite Kapitel. O. stellt hier die Auseinandersetzung mit der weit verbreiteten These bürgerlicher Historiker in den Vordergrund, derzufolge die Nazi-Partei „autonom“ und völlig „unabhängig“ vom Kapital entstanden sei. Anhand seiner ausführlichen Analysen der Thule-Gesellschaft³ sowie der Tätigkeit von Ernst Röhm und Karl Mayr bietet der Verf. ein argumentativ-lebendiges und überzeugendes Bild von der Frühgeschichte der faschistischen Partei, das sich haushoch über die Vielzahl von personalisierenden Darstellungen bürgerlicher Autoren erhebt, die nichts anderes sehen wollen und können als die Chimäre eines alles beeinflussenden und bewirkenden „Führers“.

Auch in seinem dritten Kapitel geht O. von einer in der BRD verbreiteten Auffassung über die angebliche Existenz sozialrevolutionärer Strömungen und „ehrlicher“ Sozialisten im deutschen Fa-

¹ Siehe Reinhard Opitz: *Der deutsche Sozialliberalismus 1917-1933*, Köln 1973; ders.: *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977.

² In kleineren Arbeiten, die seit seinem Erscheinen veröffentlicht wurden, ist manche der Aussagen zum Neofaschismus noch vertieft worden. Siehe z. B. die Bestimmung der Funktionen des Neofaschismus in den achtziger Jahren durch Reinhard Opitz in: *Neofaschismus. Dulden? Verboten? Ignorieren? Bekämpfen?*, hrsg. von Kurt Faller und Heinz Siebold, Frankfurt a. M. 1986, S. 122 f. Als letztes beschäftigte sich Opitz mit dem Thema „Wissenschaft und ‚Neue Rechte‘“. Siehe *Forum Wissenschaft. Das linke Wissenschaftsmagazin*, Nr. 2/Juli 1986, S. 54 f.

³ Siehe dazu auch meinen Beitrag in: *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945)*. In vier Bänden, hrsg. von Dieter Fricke, (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker, Bd. 4, Leipzig 1986, S. 195 ff.

schismus aus. Strikt verneint er die Existenz eines „linken“ Flügels in der NSDAP. Den „deutschen Sozialismus“ Otto und Gregor Strassers entlarvt er als eine Variante der völkischen Sozialismusde-magogie, wobei er ihm entgegenhält, was in den Veröffentlichungen der Strasser-Brüder tatsächlich zu lesen war (S. 127). In diesem Zusammenhang werden auch die solidaristischen Theorien von Eduard Stadtler, Arthur Moeller van den Bruck und Max Hildebert Böhm behandelt.

Ein eigener Abschnitt befaßt sich mit Ernst Niekisch und den „Nationalrevolutionären“, auf die sich in der BRD mehrere neofaschistische Gruppen berufen. In Niekischs Aussagen, die ausführlich zitiert werden, sieht O. „ein Programm von gefährlicher Bösartigkeit“ (S. 175). Aus den inneren Auseinandersetzungen in der NSDAP, vor allem jenen des Jahres 1930, schlußfolgert O.: „So wird der Interessenkampf zwischen zwei monopolkapitalistischen Gruppierungen in seiner öffentlichen Vortrags- und Äußerungsform zu einem Kampf unter Sozialisten (die sich wechselseitig diesen Titel bestreiten) um die richtigere Sozialismusauslegung“. (S. 140)

Von besonderem Interesse ist – angesichts vielfältiger Bemühungen bürgerlicher Ideologen, die den Faschismus lediglich als Antisemitismus erklären möchten –, wie O. im vierten Kapitel die Zusammenhänge von faschistischer Judenverfolgungspolitik, Judenvernichtung und monopolkapitalistischen Interessen erläutert. Er leitet den Antisemitismus der Nazis vor allem aus den expansionistischen Plänen der herrschenden Klasse ab, d. h. vor allem aus den Problemen einer „inneren dauernden Sicherung“ des zu „erobernden Großraumes gegen die gesamte übrige Welt“. Das Streben nach einem globalen Krieg war es, das nach seiner Auffassung eine Lösung dieser Aufgabe erforderte und zwar durch die „systematische Rassenselektionspolitik und die Schaffung eines für seine deutsche Besiedlung vorgesehenen menschenleeren Raums einerseits“ sowie durch die strategische „Beherrschung des Restes der Fremdvölkischen durch zweckentsprechende Aufsplitterung und Umsiedlung und perspektivische Vernichtung aller auch nur verdachtsweise unbotmäßigen Gruppierungen andererseits“ (S. 196). Für O. ist das „Raumsicherungsinteresse“ der entscheidende Schlüssel zum Verständnis der faschistischen Massenvernichtungspolitik; eine These, die bereits viele Debatten auch unter marxistischen Faschismusforschern ausgelöst hat.

Der zweite Teil des Bandes (ab S. 238) gilt dem Begriff und den Entwicklungstendenzen des Neofaschismus in der BRD. Außerordentlich fundiert und differenziert wird hier das breite Spektrum neonazistischer Gruppen und der sogenannten Neuen Rechte analysiert, wird dem historischen Hintergrund des Auf und Ab einzelner Organisationen sowie den in die Geschichte der Wilhelminischen und der Weimarer Zeit hineinreichenden geistigen Kontinuitätslinien nachgespürt. O. verfolgt detailliert die theoretisch-ideologische „Selbsterneuerung“ und die politische Redynamisierung des (Neo-)Faschismus seit Mitte der fünfziger Jahre. Ebenso aufschlußreich erscheinen die Aussagen zur „gegenwärtigen Konstellation“ im Neofaschismus, zu den „Solidaristen“, „Nationalen Sozialisten“ und „Nationalrevolutionären“ in der BRD. Besondere Anerkennung muß dabei dem vom Verf. erhellten „Ideologiemuster“ der „Neuen Rechten“ gelten (biologisch-anthropologisches Menschenbild, okzidentale Erkenntnistheorie, Bio-Humanismus, Ethnopluralismus, Befreiungsnationalismus, europäischer Sozialismus; S. 318). In einem abschließenden Kapitel untersucht er die aktuelle Rekonstitution des „Völkischen“ in der Literatur der „nationalen Welle“ (S. 351 ff.), auf die sehr früh aufmerksam gemacht zu haben auch sein Verdienst ist.

Beiden Teilen des Bandes, der zunächst im Frankfurter Verlag der Marxistischen Blätter erschien, liegt eine Vortragsreihe zugrunde, die O. 1982 bei der Marx-Engels-Stiftung e. V. (Wuppertal) gehalten hat.

Sie wurde durch 1300 Anmerkungen (S. 371-537) ergänzt, die teilweise ausführliche Exkurse darstellen und von einem überbordenden Materialreichtum des Verf. zeugen. In mancher Hinsicht kann sogar von einem enzyklopädischen Ansatz gesprochen werden, der jedoch allein durch das Fehlen eines Registers nicht richtig zur Geltung kommt.

Die Darstellung bietet mehr als eine Addition von Studien, sie will eine Art Gesamtschau sein, wobei die bewußte Ausklammerung des Faschismus an der Macht vertreten werden kann, obwohl sie nicht günstig ist, wenn es um die Kontinuität in der Entwicklung von Faschismus und Neofaschis-

mus geht. Sie will darüber hinaus Lücken in der marxistischen Geschichtsschreibung schließen helfen, was allerdings zu bestimmten Disproportionen führt und manches unberücksichtigt läßt.

Pietät gebietet es jedoch, hier mehr zu referieren und auf die Darlegung von Lücken, kleineren Irrtümern sowie auf einen Meinungsstreit zu verzichten. Zu einem solchen aber angeregt,⁴ ihn im echten Sinne des Wortes provoziert und ermöglicht zu haben, das ist ein großer Gewinn, den uns Reinhard Opitz hinterließ und der weit in die Zukunft der marxistischen Faschismusforschung reicht. In einer Zeit, in der aller Antifaschismus ein neues Gewicht erhalten hat und gleichsam zu einem historischen Erfahrungsmodell für die in unserem existenziellen Friedenskampf erforderliche Koalition der Vernunft geworden ist, wird dem vorliegenden Buch ganz sicher eine erhebliche Wirkung zukommen.

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Herausgegeben im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 108, Heft 4 – April 1987, Spalte 309-312.

⁴ Siehe z. B. die Rezension von Rüdiger Stutz (Jena), die in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ erscheint.

Rezension

Inge Marßolek/Reni Otto: Bremen im Dritten Reich. Anpassung – Widerstand – Verfolgung. Unter Mitarbeit von Peter Brandt! Hartmut Müller/Hans-Josef Steinberg. Carl Schünemann Verlag, Bremen 1986, 542 S., Abb.

In dem materialreichen und mit sozialdemokratisch-antifaschistischem Engagement geschriebenen Buch analysieren *Marßolek, Otto* den Widerstand gegen die Nazidiktatur sowie das oppositionelle Verhalten in Bremen. Sie reflektieren – in Auseinandersetzung mit dem Resistenzbegriff M. Broszats sowie mit regional- geschichtlichen Studien – eine Reihe aktueller theoretisch-methodologischer Fragen der Sozial-, der Alltags- und der Motivationsgeschichte. Es wird detailliert nachgewiesen, wie stark das Streben nach einheitlichem Handeln an der Basis fast aller Arbeiter-Organisationen verbreitet war, welche Hindernisse ihm entgegenwirkten und wie sich der Widerstand von Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaften, Christen, bürgerlichen Demokraten in jenen Jahren im einzelnen entwickelte. Die Untersuchungen erstrecken sich ferner auf die Tätigkeit von NSDAP und Gestapo (wobei die Rolle des faschistischen Gauleiters von Weser-Ems, Carl Röver, und sein Verhältnis zu dem differenziert bewerteten Wehrwirtschaftsführer und Werftdirektor der Weser AG, Franz Stapelfeldt, etwas unterbelichtet sind), auf die Entwicklung von Industrie und Handel, die Verfolgung bremischer Juden und Zigeuner sowie auf die Ausbeutung der Kriegsgefangenen, Zwangsarbeiter und Deportierten.

Das umfangreichste und zugleich ein sehr problematisches Kapitel ist das über „Bremen in der Endphase der Weimarer Republik“. Die Vf. vertreten die Auffassung, die politische Entwicklung Bremens sei in der Zeit von der Niederschlagung der Räterepublik bis zur Errichtung der faschistischen Diktatur in „geradezu ungewöhnlich ruhigen Bahnen“ verlaufen (S. 42), unter den Arbeitern hätten „Ohnmacht und Resignation“ bereits seit Beginn der Weltwirtschaftskrise dominiert (S. 40) und die Kommunisten wären ab 1930/31 noch schlimmer als die Sozialdemokraten „von einem schleichenden Erosionsprozeß betroffen“ gewesen (S. 54, ähnlich S. 82). Obwohl sie sich um eine sachliche, z. T. verständnisvolle Darstellung des Kampfes der Kommunisten bemühen, haben die Vf. bestimmte antikommunistische Klischees nicht überwunden. Widersprüchlich erscheinen auch manche Wertungen des politischen Standorts der bremischen Sozialdemokraten. Die Frage nach dem Klassencharakter des Faschismus wird nicht gestellt, die nach der Vermeidbarkeit des 30. Januar 1933 mit zweifelhaften Argumenten beantwortet.

Das Schwergewicht der Darstellung des Widerstandes liegt bei den ersten Jahren der Nazierrschaft (Kapitel III-VI), während der Zeit des zweiten Weltkrieges nur ein Kapitel mit etwa 30 Seiten eingeräumt wird. Dies kann nicht mit dem Fehlen von Akten erklärt werden, zumal M./O. in ihrer Einleitung eine andere Position beziehen. Da für sie Organisations- und Aktionsfragen im Vordergrund stehen, geraten die nach dem Inhalt antifaschistischen Handelns an den Rand. Das gilt auch für die notwendige geistige Bewältigung des damaligen Geschehens hinsichtlich der Ausarbeitung einer antifaschistischen Strategie. Aus der umfangreichen geschichtswissenschaftlichen Literatur der DDR wurden im wesentlichen nur ältere Arbeiten über einzelne Widerstandsgruppen berücksichtigt.

Das Problem einer komplexen Darstellung von Anpassung, Widerstand und Verfolgung bezeichnen die Autoren selbst (und zu Recht) als nicht bewältigt, was jedoch ihre beträchtliche Leistung bei der Schließung einer regionalgeschichtlichen Forschungslücke nicht schmälert. Vollständigkeit konnte nicht erreicht werden. Das belegt die Tatsache, daß den Vf. in ihrer Auswertung aller erreichbaren Quellen (darunter vor allem der Akten aus den Spruchkammerverfahren zur Entnazifizierung nach 1945) und der Literatur die Tätigkeit Heinrich Schmeers, eines Beauftragten des ZK der KPD, im August 1940 in Bremen und die von Fedor Fedajew, einem sowjetischen Kriegsgefangenen, geleitete Widerstandsorganisation entgangen ist. Otto Hartwich wird nur als verfolgter Freimaurer genannt, nicht auch als Leiter des 1919 gegründeten nationalistisch-revanchistischen Volksbundes „Rettet die Ehre“.

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, XXXV. Jg., 1987, Heft 5, S. 449-450.

Partner der Wissenschaftler

Zum 65. Geburtstag von Genossen Bolko Schweinitz

Wer das Gebäude der Sektion Geschichte im Jenaer Thälmannring 24a betritt, den führt der Weg zunächst an einer kleinen und unscheinbaren Vitrine vorbei. In ihr liegen etwa zwei Dutzend Hefte, die neuesten Publikationen der Jenaer Universität: rote und grüne Hefte der „Wissenschaftlichen Zeitschrift“, Hefte aus der Reihe „Wissenschaftliche Beiträge“ oder der Reihe „Jenaer Reden und Schriften“ und ähnliches mehr. Sie alle widerspiegeln das Ergebnis der stillen Arbeit einer Institution, die sich schlicht „Abteilung Wissenschaftliche Publikationen“ nennt, ohne die jedoch wissenschaftliches Leben an der Alma mater Jenensis fast undenkbar wäre.

Mancher Gast des Hauses findet sich selbst auch in der Vitrine vertreten. Aber nicht nur er weiß, daß hier mehr als das Ergebnis seiner eigenen Arbeit ausgestellt wird. Vor ihm liegt zugleich das Resultat der fleißigen, stets hilfsbereiten und rastlos tätigen Kollegen der Abteilung Wissenschaftliche Publikationen, vor allem das Produkt der Arbeit ihres langjährigen Leiters, Genossen Bolko Schweinitz, der 65 Jahre alt wurde. Aber jeder, der ihn kennt, möchte lieber schreiben: 65 Jahre jung. Und der Glückwunsch, der alles einschließt – persönliches Wohlergehen, Gesundheit, Freude, Glück –, gerät zum Dank für seine beträchtliche, in ihrer Spezifik ganz einzigartige Leistung.

Seit 1962 leitet er diese Abteilung. Seither hat sie einen erheblichen Aufschwung erlebt. Jährlich verlassen die Universität 12 Hefte der „Wissenschaftlichen Zeitschrift“, die in alle Teile der Welt gehen, ca. 30 Hefte der „Wissenschaftlichen Beiträge“ und zahlreiche andere Schriften. Rund tausend Seiten sind Jahr für Jahr zu bewältigen, jedes Heft verlangt volle Konzentration und unermüdlichen Einsatz, jede Publikation erfordert die Mühen einer sorgfältigen Bearbeitung und vielgestaltiger Verhandlungen mit Verlagen, Druckereien, Buchhandlungen, Transporteinrichtungen, Schreibkräften u. a. Mit diesen Ergebnissen konnte das Ansehen der Jenaer Universität im In- und Ausland wesentlich erhöht werden. Die Zusammenarbeit mit den Universitäten in Kraków, Tbilisi und Minsk haben sich zur Freude aller Beteiligten produktiv entwickelt. Herausragendes Ergebnis der Zusammenarbeit mit der georgischen Universität sind die Hefte der Zeitschrift „Georgica“, von denen jetzt das zehnte erscheint und eine Bilanz verkörpert, die unter den Universitäten und Hochschulen der DDR einmalig sein dürfte.

Jeder Hochschullehrer, der an unserer Universität mit dieser Abteilung zu tun hat, weiß um die solide und gediegene Arbeit, die hier geleistet wird. Ohne Übertreibung kann wohl gesagt werden, daß es sich fast um die umfängliche Arbeit eines Verlages handelt, die seit eh und je von drei Kollegen verantwortungsbewußt bewältigt wird.

An der Spitze dieser Abteilung steht Genosse Bolko Schweinitz. Ihm ist viel zu verdanken, ihm gebührt großer Dank. An ihm sind seine hohe Einsatzbereitschaft, sein vielseitiges Verständnis und seine schöpferische Unterstützung für die publizierenden Wissenschaftler zu rühmen. Ganz sicher ist er mehr als ein Redakteur, er darf als ein kameradschaftlicher Partner der Wissenschaftler gelten. Viele wären ohne ihn, ohne seine Initiative und Erfahrungen, ohne sein Wissen und Können hilflos. Viele schätzen die ruhige, besonnene Art seines Reagierens auf die große Zahl der bei solcher Arbeit unvermeidlich auftauchenden Probleme. Und nicht zuletzt wird er von vielen auch deshalb so geachtet, weil er fuchsteufelswild werden kann, gelangen ihm schlampige Manuskripte auf den Schreibtisch und behindert bürokratisches Unverständnis unnötig die termingetreue Fertigstellung der Publikationen.

Genosse Bolko Schweinitz geht voll auf in seiner Arbeit für die Universität. Er ist ihr und der Wissenschaft seit mehreren Jahrzehnten eng verbunden. Nach seinem erfolgreichen Studium der Slavistik wirkte er von 1954 bis 1957 an der Friedrich-Schiller-Universität als Lehrbeauftragter für Russisch. Danach blieb er als Chefredakteur des URANIA-Verlages in Jena und in dieser Funktion ebenfalls für die Universität wirksam. Im Jahre 1962 holte ihn die Universitätsleitung zurück – eine glückliche Entscheidung, wie sich sehr bald herausstellen sollte.

Überblickt man die letzten 23 Jahre, so geraten einem viele wichtige Publikationen der Jenaer Universität ins Gedächtnis. Leider können nicht alle erwähnt werden, für die Genosse Schweinitz mit verantwortlich zeichnete. Wer kennt aber nicht die großartige Dokumentation über Karl Marx und seine Jenaer Promotion, nicht die Arbeiten zur 425-Jahr-Feier der Universität bzw. zum 40. Jahrestag ihrer Neueröffnung, nicht die von ihm sorgfältig aus dem Polnischen und Russischen übersetzten Arbeiten, nicht die mannigfaltigen Jubiläumsschriften und Protokollbände?

Sein verlegerisches Geschick, seine redaktionelle Umsicht und sein politisches Verantwortungsbeußtsein haben wesentlich zu jenem großen Ansehen der Jenaer Universitätspublikationen beigetragen, von dem immer wieder und bei zahlreichen Gelegenheiten gesprochen wird, das sich aber auch in der Anerkennung der Leistungen von Genossen Bolko Schweinitz mit der Verdienstmedaille der DDR widerspiegelt.

Es ist der Lauf der Dinge, daß mit dem 65. Lebensjahr für Angehörig, der Univesität ein neuer Abschnitt im persönlichen Leben beginnt. Einen Rentner Bolko Schweinitz kann sich wohl noch keiner vorstellen; die Lücke, die sein Ausscheiden hinterlassen wird, wahrscheinlich noch viel weniger. Wir wünschen Ihm jedoch alles Gute 1

N.B. Die Jenaer Universität ist vor allem in zwei großen repräsentativen Gebäuden zu Hause, Was spricht eigentlich dagegen, im Hauptgebäude oder im Hochhaus und nicht allein an abseitiger Stelle die Resultate Jenaer Wissenschaftler und der Abteilung Wissenschaftliche Publikationen vorzustellen? Den Jubilar und alle seine Freunde würde es sicher von Herzen erfreuen ...

Sozialistische Universität, Nr. 18 vom 27.05.1987.

Laudatio für Prof. Dr. phil. habil. et. Dr. h. c. Günther Drefahl ...

... vorgetragen vom Dekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Prof. Dr. sc. phil. Manfred Weißbecker

Im Jahr der Gründung unserer Deutschen Demokratischen Republik als Professor mit vollem Lehrauftrag für spezielle organische Chemie und Chemie der Naturstoffe an die Friedrich-Schiller-Universität Jena berufen, begann der damals siebenundzwanzigjährige Hochschullehrer Günther Drefahl seine Tätigkeit, die heute einen würdigen ehrenvollen Anlaß für die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät des Wissenschaftlichen Rates unserer Alma mater Jenensis bietet. Von ihm, von seinem Wirken, gingen in Lehre und Erziehung, in Forschung und Überführung entscheidende Impulse aus. Er beförderte die Wissenschaftsentwicklung und trug zur Erfüllung des wachsenden Auftrages der Universitäten in der sozialistischen Gesellschaft unseres Landes bei. Von 1951 bis 1962 als Prorektor für Forschung und von 1958 bis 1962 gleichzeitig als Stellvertreter des Rektors tätig, wurde er im letztgenannten Jahr zum Rektor gewählt. Er stand für die folgenden sechs Jahre an der Spitze der Friedrich-Schiller-Universität, energisch, drängend sowie zum verantwortungsvollen Nachdenken und zu Initiative zwingend, vielen unter uns noch in guter Erinnerung, für alle so im Bildnis festgehalten. Im Zeitraum zweier Jahrzehnte vermochte er sich bleibende Verdienste bei der Erprobung und Einführung von Grundprinzipien der Organisation und Planung der wissenschaftlichen Arbeit an den Universitäten zu erwerben. Vielfältige Vorbehalte galt es dabei zu überwinden und sind mit seiner Hilfe überwunden worden. Und stets charakterisierte ihn eine den Rahmen der eigenen Universität überschreitende hohe Aktivität auf wissenschafts- und bildungspolitischem Gebiet. Ungewöhnlich groß ist die Zahl der Professoren, die unter der verantwortlichen Leitung von Günther Drefahl erfolgreich ihren Weg zum Hochschullehrer gegangen sind, erfreulich die Tatsache, daß auch ihr Wirken heute das wissenschaftliche Leben an Universitäten, Hochschulen und Akademieeinrichtungen unseres Landes formt. In ihrer Person und ihrem wissenschaftlichen Werk legen sie Zeugnis ab: Günther Drefahl verstand es mustergültig, Lehre und Forschung, Kaderentwicklung und Wissenschaftsleitung zu vereinen. Die vielseitige Tätigkeit als Wissenschaftler, Wissenschaftsorganisator und Hochschullehrer ist von ihm selbst wohl bei jeder Gelegenheit als persönlicher, bewußter Beitrag zur Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik begriffen worden. Sie mündete auch ein in die produktive Gestaltung freundschaftlicher Beziehungen zu Universitäten, wissenschaftlichen Gesellschaften und politischen Institutionen unserer befreundeten sozialistischen Länder und anderer Staaten.

Heute – und dieses Heute währt bereits seit dem Jahre 1968 – ist Günther Drefahl weit über das Hochschulwesen hinaus bei den Bürgern unseres sozialistischen Vaterlandes vor allem dank seines engagierten Beitrages im Ringen um die Sicherung des Friedens, um die Bewahrung der Menschheit vor einem atomaren Holocaust bekannt. Als Präsident des Friedensrates, als Präsidiumsmitglied des Weltfriedensrates und als Mitglied des Nationalrates der DDR besitzt er einen ins Gewicht fallenden Anteil daran, daß – wie er selbst einmal, anläßlich des Weltfriedenstag am 1. September 1984, betonte – die friedensstabilisierende Politik der UdSSR, der DDR und der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft und unser Programm des Friedens, der Entspannung und der Abrüstung immer breitere Zustimmung und Unterstützung findet. Er vertrat und vertritt auf mannigfache, stets überzeugende Weise die alles umfassende, alles betreffende Erkenntnis, daß es angesichts der gefährlich zugespitzten internationalen Lage nichts Wichtigeres gibt, als der Vernunft, dem Realismus und dem Willen zu konstruktiven, friedlichen Lösungen strittiger Probleme in den internationalen Beziehungen zum Durchbruch zu verhelfen.

In Kenntnis der reichen historischen Erfahrungen des Ringens um die Achtung und Beseitigung der Atomwaffen seit dem ersten Stockholmer Appell orientiert sich Günther Drefahl an der Maxime, mit allen Menschen guten Willens zusammenzuwirken, mit allen, die trotz einzelner unterschiedlicher Auffassungen in der Hauptfrage der Gegenwart mit uns einer Meinung sind. Im Wissen um seine und unser aller Verantwortung formt und vertieft er jene Grundüberzeugungen der Bürger unseres Landes, auf die sich sozialistische Friedenspolitik gründet und in denen persönliches Enga-

gement für den Frieden motiviert ist. Mit ihm und auch dank seiner Tätigkeit sind wir überzeugt, daß ein neuer Weltkrieg vermeidbar ist, der Frieden sich jedoch keineswegs im Selbstlauf durchsetzt; daß die Menschheit gegenwärtig ernsthaft durch die von den aggressivsten Kräften des Imperialismus betriebene Politik der Konfrontation und des Wettrüstens bedroht ist, daß der Frieden bewahrt werden kann, wenn er aktiv geschützt und verteidigt wird; daß für unser Handeln der Grundsatz bestimmend war, ist und bleibt, alles zu tun, damit von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht.

Groß ist, so der Präsident des Friedensrates, die Genugtuung der einheitlichen Friedensbewegung unseres Landes darüber, in ihrer Vielfalt dort wirken zu können, wo Völkerfriede als oberste, unverletzliche Staatsräson gilt, wo Wohlfahrt des Bürgers sowie praktizierte Humanität jeden Herzschlag des pulsierenden Lebens ausmachen. Unter seiner Leitung demonstriert der Friedensrat in unermüdlich-rastlosem Ringen den Vorzug der Friedensbewegung unseres Landes: Sie kann in einem Staat wirken, der mit ihren Vorstellungen und Zielen völlig identisch ist, der sie selbst repräsentiert und respektiert, ihre Aktionen initiiert und tatkräftig unterstützt. Und groß ist ebenso Günther Drefahls nachhaltiger Beitrag zur internationalen Wirksamkeit unserer Friedenspolitik. Mit seiner Hilfe ist die Deutsche Demokratische Republik zu einem weltweit anerkannten Synonym für die Einheit von Friedenswort und Friedenstat geworden.

Günther Drefahls humanistisches Denken – den Anforderungen unserer Zeit und ihren Kämpfen gemäß – läßt jene, an die er sich wendet, nachvollziehen, warum es ihr von Gewissen und Verantwortung gewiesener Auftrag ist, aktiv einzutreten für die Verteidigung der Menschheit höchster Werte, für einen dauerhaften Frieden und den gesellschaftlichen Fortschritt, für einen konstruktiven Dialog zwischen den Staaten zur Regelung aller strittigen Probleme ausschließlich auf dem Verhandlungswege, für die Fortführung und Durchsetzung unserer Politik der Entspannung und der Abrüstung.

Des Reichtums und der Schönheit unserer Muttersprache sich stets bedienend, trifft er Verstand und Herz derjenigen, an die er seine Gedanken richtet. Mit Autorität, überzeugender Ausstrahlungskraft und persönlicher Herzlichkeit hilft er, das Friedensengagement des Volkes unserer Republik zu verstärken und das Bündnis aller Vernünftigen im Ringen um Frieden und Sozialismus zu festigen.

So konnte Prof. Dr. Günther Drefahl bei vielen Menschen das Verständnis für den realen, kämpferischen Humanismus unserer sozialistischen Gesellschaft vertiefen. Er half, neue Bündnismöglichkeiten zu erkennen und zu erschließen. Auch seinem Wirken ist es zu danken, wenn die Angehörigen der Intelligenz ihren Platz an der Seite der Arbeiter und Bauern fanden, wenn sie sich zu der großen Schar der Friedensaktivisten zählen, die durch ihren persönlichen Einsatz unseren sozialistischen Staat zur Erfüllung seiner Ziele und Aufgaben im Interesse der Menschheit stärken, wenn heute Gewißheit darüber herrscht, daß die Kräfte des Friedens stärker als jene des Krieges sein können.

Prof. Dr. Günther Drefahl findet mit seiner ausgeprägten Fähigkeit, persönliche Erfahrungen von gesellschaftlichem Rang der nachfolgenden Generation als Anstoß zum Denken und Handeln zu vermitteln, nicht zuletzt bei Jugendlichen großen Widerhall. Anspruchsvoll ihren Verstand fordernd und ihre Gefühle berücksichtigend, vermag er so ein vertrauensvolles Zusammenwirken der Generationen mitzugestalten und dadurch zur kommunistischen Erziehung der Jugend beizutragen.

Im Wissen darum, daß sich die Existenz der DDR im Zentrum Europas als Faktor des Friedens und der Sicherheit der Völker erweist sowie die politische und moralische Verantwortung seiner Funktionen wahrnehmend, stellt er sich in die vorderste Reihe der Bürger unserer Republik, die gemeinsam mit vielen Millionen Friedenskämpfern in aller Welt um deren Sicherheit, Existenz und Glück bemüht sind. In ihm verkörpert sich das stets lebendige, sich immer wieder erneuernde leidenschaftliche Friedensbekenntnis des Volkes der Deutschen Demokratischen Republik. Dieses fand Ausdruck in jenem Bekenntnis, das am 3. September des vergangenen Jahres dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR übergeben worden ist: von einer Delegation des Friedensrates, der Arbeiter, Bauern, Wissenschaftler, Künstler, Vertreter von Parteien und Massenorganisationen sowie Repräsentanten des Bundes der Evangelischen Kirchen angehörten und die von Günther Drefahl geleitet

wurde. In ihm faßte der Friedensrat der DDR seine Position zu den Auseinandersetzungen der Gegenwart mit den Worten zusammen: „Heute, da durch eine unverantwortliche abenteuerliche Politik aggressiver imperialistischer Kräfte der Frieden erneut in Gefahr gerät, ist es allen Friedenskräften höchste Verpflichtung, den Frieden, das Leben, die Existenz unseres Planeten so rechtzeitig und so engagiert zu verteidigen, daß niemals ein atomarer Weltkrieg stattfinden kann. Jetzt entscheidet die Aktion – die Völker müssen die Sache des Friedens in ihre starken Hände nehmen.“

Es ist, dem heutigen Anlaß gemäß und in der Rückschau auf das Ergebnis, das in den vier Jahrzehnten seit dem Sieg über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes vom Joch nazistischer Barbarei erreicht werden konnte, sehr wohl angemessen, auf die Mahnung des Namenspatrons unserer Alma mater Jenensis zurückzugreifen, die er in seiner Antrittsvorlesung für den Schluß aufgespart hat: Es gelte, so Friedrich Schiller, zu lernen, „einen Werth auf die Güter zu legen, ... kostbare theure Güter, an denen das Blut der Besten und Edelsten klebt, die durch die schwere Arbeit so vieler Generationen haben errungen werden müssen!“

Für seinen wirkungsvollen Einsatz im Ringen um den Frieden, das wichtigste dieser Güter, wie auch für seine Tätigkeit als Hochschullehrer einer Universität, der er trotz umfangreicher Verpflichtungen mit Rat und Tat zur Seite steht, fühlen wir uns Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Günther Drefahl zu großem Dank verpflichtet.

Jena, 26. Juni 1985

Günther Drefahl zum 65. Geburtstag. Jenaer Reden und Schriften. Friedrich-Schiller-Universität Jena 1987, S. 16-19.

Rezension

Das Große Lexikon des Dritten Reiches. Hrsg. v. Christian Zentner u. Friedemann Bedürftig. München: Südwest Verlag 1985. 686 S., zahlreiche z. T. farbige Abb. 40 DM 128,00.

Werbeerfahrene Verlagsredakteure fanden für die Rückseite des Umschlages die Formulierung, in dem hier zu besprechenden Lexikon sei „das gesamte Wissen über das Dritte Reich in selektiver Verdichtung systematisch“ dargestellt. Es enthalte „gebündelte und verständliche Information über die Zeit unter dem Hakenkreuz, über die weltgeschichtliche Zäsur der Herrschaft Hitlers und des Dritten Reiches“. Damit wurde ein hoher Anspruch erhoben – ein zu hoher, wie sich bei der Lektüre des so gepriesenen und insgesamt auch brauchbaren Bandes ergeben soll.

Anzuerkennen sind vor allem die viele Gebiete umfassenden Bemühungen von Christian Zentner und Friedemann Bedürftig. Sie haben wesentliche Ergebnisse der Geschichtsschreibung ihres Landes, teilweise auch die der marxistischen Faschismusforschung der DDR, in 1200 Abbildungen und ca. 3000 Stichwörtern zusammengetragen. Darunter werden vor allem biographische Angaben zu führenden Faschisten (Reichs- und Gauleiter der NSDAP, SS-Führer, Wehrmachtsgeneräle, Kriegsverbrecher), zu international wirksamen Politikern und zu Repräsentanten der Weimarer Republik, zu damals bekannten Künstlern, Wissenschaftlern, Technikern und Sportlern, zu prominenten Anhängern und Mitläufern der Nazis sowie zu einigen antifaschistischen Widerstandskämpfern und anderen Oppositionellen geboten. Angehörige der deutschen Monopolbourgeoisie findet man allerdings seltener (sieht man von Flick, Kirdorf, Krupp, Thyssen, Vögler, Zangen und einigen anderen ab). Mit Hilfe eines zusätzlichen Namenregisters lassen sich etwa 600 weitere Personen erschließen.¹

Behandelt werden ferner die wichtigsten der nazifaschistischen Organisationen, Gesetze, Verordnungen und Weisungen, internationale Verträge, einzelne Spielfilme und Bücher, Länder und Orte in ihrem jeweiligen Bezug zur Geschichte jener zwölf Jahre, wichtige Bestandteile der nationalsozialistischen Ideologie sowie Begriffe und Wendungen aus dem faschistischen „Jargon“. Letzteres geht in viele Lebensbereiche hinein und läßt – anders als das gerade in dieser Hinsicht völlig mißlungene „Jugendlexikon Nationalsozialismus“² – echte aufklärerische und auch anti-faschistische Diktion erkennen. Aufgenommen wurden auch zahlreiche Personen, Ereignisse und Begriffe aus der Zeit der Weimarer Republik, obgleich hier der Bezug zum Thema nicht immer erkennbar wird (z. B. bei Gustav Bauer, Konstantin Fehrenbach, Max Hölz). Eine ganze Reihe von Stichwörtern gilt der Überwindung des Faschismus nach 1945 in beiden deutschen Staaten: unvollständig und nicht frei von Unsachlichkeiten für die DDR, „neutral“ und inhaltlich schwach bei Erscheinungen in der BRD. Zu nennen wären hier solche Stichwörter wie Entnazifizierung, Holocaust, Interzonenhandel (?), Neofaschismus und Neonazismus, Nürnberger Prozesse, wobei letzteres zu denen gehört, die eigentlich unter dem Niveau liegen. Bei der Vorstellung von Hans Globke, Theodor Oberländer und Friedrich Karl Vialon ist eine mehr oder weniger „vornehme“ Zurückhaltung bei der Erwähnung ihrer Verbrechen unverkennbar.

Für den Benutzer des Lexikons ist von Bedeutung zu wissen, daß Probleme des zweiten Weltkrieges in weitgehendem Maße ausgeklammert worden sind. Hierzu soll ein eigener Lexikonband erarbeitet werden. Diesem Gedanken kann zugestimmt werden, obwohl die Einheit von Faschismus und Krieg eigentlich unaufhebbar ist. Anderen Lücken kann nicht mit gleichem Wohlwollen begegnet werden. Unterbelichtet bleiben leider das faschistische Pressewesen und der Manipulationsapparat. Ein Stichwort Terror oder Terrorismus sucht man vergeblich. Das gilt auch für Chauvinismus, Her-

¹ In dieser Hinsicht profitieren die Hrsg. von einer Reihe bereits vorliegender biographischer Lexika. An Informationsdichte und -breite übertrifft es den 400 Personen erfassenden Band von Robert Wistrich: Wer war wer im Dritten Reich, München 1983. Nicht genutzt worden ist offensichtlich: Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben. München u. a. 1980.

² Siehe Hilde Kammer/Elisabet Bartsch unter Mitarbeit von Marion Eppenstein-Baukhage: Jugendlexikon Nationalsozialismus. Begriffe aus der Zeit der Gewaltherrschaft 1933-1945, Reinbek bei Hamburg 1982. Vgl. dazu meine Besprechung in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1984, H. 5, S. 475.

renmenschentum und Revanchismus. Wenig Raum erhalten jene nationalistischen und kolonialpolitischen Organisationen, die den Weg zur faschistischen Diktatur aktiv unterstützten und 1933 nicht „gleichgeschaltet“ werden brauchten, da sie von allein in einen braunen Gleichschritt verfielen. Der Volksbund für das Deutschtum im Ausland erschien den Hrsg. ganze zehn Zeilen³ wert, auf die Erwähnung seines engagierten und rührigen Leiters Hans Steinacher wurde sogar ganz verzichtet. Die Volksdeutsche Mittelstelle wird mit 17 Zeilen abgetan, der Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums mit 9 Zeilen. Den Reichskolonialbund scheint es nicht gegeben zu haben, während in 5 (!) Zeilen das Kolonialpolitische Amt der NSDAP vorgestellt wird. Die knapp gehaltenen Stichworte „Auslandsdeutsche“, „Bund der Auslandsdeutschen“, „Bund Deutscher Osten“ und „Volksdeutsche“ enthalten sachliche Fehler. Der Begriff „Grenzlanddeutsche“ bleibt unerörtert.

Natürlich wird es bei jedem derartigen nützlichen Werk Auslassungen und Disproportionen geben. Dies steht hier nicht zur Kritik. Beim vorliegenden Lexikon lassen sich jedoch bestimmte konzeptionelle Schwächen und Mängel gerade daran besonders gut erkennen. Der Kapp-Putsch erhielt mit 28 Zeilen ebensoviel Platz wie die Beschreibung von Karin Hall, das Göring „1934 erwarb“. Für Johannes R. Becher gab es 16, für Kurt Becher, einen Obersten der Waffen-SS, dagegen 40 Zeilen. Zum Thema der Kollaboration sind zwei Abbildungen beigelegt, die Aktionen von Antifaschisten nach ihrer Befreiung gegen ehemalige Komplizen der Nazis in Frankreich und Italien wiedergeben. Mit 27 Zeilen wird die Geschichte der KPD in den Jahren 1933 bis 1945 dargelegt, wobei die Vokabeln „klein“, „zersplittert“, „wirkungslos“, „ohne Echo“ dominieren und die Fakten zur Organisation nicht stimmen. Zu dieser Sichtweise paßt die unvollständige und z. T. abwertende Würdigung des Beitrags der deutschen Kommunisten und ihrer Verbündeten im antifaschistischen Widerstand. Es fehlt der Ausschluß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront in Paris. Das Stichwort Antifaschismus verrät eigentlich mehr über den Antikommunismus seiner Verf., wenn es darin heißt: „... allg. Gegnerschaft gegen jede Form des Faschismus, ob weltanschaulich, polit. oder organisator.; im engeren Sinn durch kommunist. Doktrinbildung geprägtes Schlagwort, das sich von der Bez. für die Frontstellung gegen faschist. Parteien und Regime der Vergangenheit zum Etikett für den kommunist.-revolutionären Kampf überhaupt wandelte, sozusagen als Definition des Kommunismus ex negativo.“

Zum konzeptionellen Anliegen gehört auch das Herunterspielen der Rolle, die das deutsche Monopolkapital bei der Errichtung und Festigung des faschistischen Herrschaftsregimes sowie bei der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges gespielt hat. Dem pluralistischen Selbstverständnis der Verf. und Hrsg. entsprechend, wird mitunter etwas angedeutet, jedoch nur in Verbindung mit Ausfällen gegen die marxistische Faschismusauffassung (z. B. S. 171) und in Verschleierung wichtiger Tatsachen. Dies sei an einem vielsagenden Beispiel erläutert: Im Artikel über den Reichsverband der deutschen Industrie erfährt der Leser lediglich, daß dieser einen autoritären Staat forderte, in der Zeit der Schleicher-Regierung „in die Nähe der NSDAP“ geriet, „die er allerdings erst nach der Machtergreifung massiv materiell förderte und auch politisch bedingungslos unterstützte.“ 1934 sei er durch die Reichsgruppe Industrie abgelöst worden. Unter dem Stichwort Wilhelm Zangen ist von dessen Vorsitz in der „einflußreichen Reichsgruppe Industrie“ ab 1938 die Rede. Dieser tatsächlich äußerst einflußreichen staatsmonopolistischen Organisation, die die ökonomischen und politischen Interessen der reaktionärsten und aggressivsten Kreise der deutschen Monopolbourgeoisie im Rahmen der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen sowie in der Rüstungs- und Kriegswirtschaft mit wachsendem Entscheidungsbefugnissen durchsetzte⁴, wurde jedoch kein eigenes Stichwort zugebilligt. Sie wird lediglich noch einmal in dem (ebenfalls dürftigen) Beitrag über die Organisation der gewerblichen Wirtschaft erwähnt.

Zwei weitere konzeptionelle Linien sind insbesondere in den 26 „Großbeiträgen“ erkennbar. Diese essayistisch gestalteten Beiträge (jeweils eine bis vier Druckseiten) sollen dem Benutzer helfen,

³ Zu berücksichtigen ist dabei noch der zweispaltige Druck aller Stichwörter.

⁴ Siehe Jürgen John, Manfred Weißbecker: Reichsgruppe Industrie. In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker, Bd. 3, Leipzig 1985, S. 670 ff.

„Zusammenhänge“ zu erkennen und zu bewahren, die in einer „alphabetischen Auflösung leicht verlorenginge(n) (S. 5). Genannt seien hier folgende Titel: „Adolf-Hitler-Straßen und -Plätze“, „Attentate auf Hitler“, „Adolf Hitler“, „Die Weltanschauung Hitlers“ sowie „Antisemitismus“, „Endlösung“ und „Judenverfolgung“. Diese Großbeiträge sind auch durch Farbtafeln ergänzt, von denen dem Band insgesamt 23 beigegeben sind. Keinen Rang als Zusammenfassung und Orientierung erhielten dagegen solche Stichworte wie Antifaschismus, Aufrüstung, faschistische Friedensdemagogie, Gestapo, NSDAP, Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß, Neuordnung Europas, Okkupationspolitik, Umsiedlungspolitik u. a. m. Sicherlich hängen solche Begriffe nach Auffassung der Hrsg. wenig mit dem zusammen, was sie als Credo Hitlers verabsolutieren: Raum und Rasse. Der Faschismus wird weitgehend auf Hitler und den Antisemitismus reduziert. Peinlich, aber im Rahmen solcher – letztlich aus politischen Ambitionen abgeleiteten – Leitlinien erklärbar, wirken das Fehlen eines Stichwortes „Befreiung“ und die Behandlung des 8. Mai 1945 unter dem Stichwort „Zusammenbruch“.

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Herausgegeben im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 108, Heft 9 – September 1987, Spalte 722-724.

Laudatio für Prof. em. Dr. Dr. h. c. Helmut Ridder

Die Alma mater Jenensis, an der Ehrenpromotionen überhaupt zu den Ungewöhnlichkeiten ihres akademischen Lebens zählen und in deren jüngsten Annalen die Verleihung des Ehrendoktorats an einen Gesellschaftswissenschaftler der Bundesrepublik Deutschland nicht vermerkt ist, muß gute Gründe sehen, einen Juristen des anderen deutschen Staates in solcher Weise ehren zu wollen. Sie findet diese nicht in einem markanten Lebensdatum des zu Würdigenden und nicht in einem anlaßgebietenden Jubiläum der eigenen Geschichte, sie erblickt sie im umfangreichen, noch keineswegs abgeschlossenen Lebenswerk von Helmut Ridder, Emeritus an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Ihm erweist die Friedrich-Schiller-Universität ihren hohen Respekt, sich mit Ihnen, sehr verehrter Herr Kollege Ridder, in Hochachtung, Sympathie und Dankbarkeit verbunden fühlend. Davon kündigt der einmütige Beschluß der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät des Wissenschaftlichen Rates zur Verleihung der Würde eines Doktors der Rechtswissenschaft ehrenhalber, davon zeugt die gleichermaßen einmütige Zustimmung, die der Senat ausgesprochen hat.

Professor Helmut Ridder wurde am 18. Juli 1919 im westfälischen Bocholt geboren, zu einer Zeit also, in der im uns benachbarten Weimar das Ringen um die staatsrechtliche Kodifizierung des politisch-staatlichen Ergebnisses der Novemberrevolution und des ersten Weltkrieges unmittelbar vor dem Abschluß stand. Die Jahre der Kindheit waren mit der Lebenszeit der ersten deutschen Republik deckungsgleich. Deren Schicksal, vor allem die Gründe, die einem bürgerlich-demokratischen Ansatz zur Gestaltung des öffentlichen Lebens dessen furchtbare faschistische Negation sowie die forcierte Vorbereitung des zweiten Weltkrieges folgen ließen, konnten naturgemäß von dem Kind nicht erfaßt werden, sie sollten jedoch später zu den bestimmenden Größen wissenschaftlichen und politischen Wirkens werden.

Dem humanistischen Gymnasium, 1937 mit dem Abitur abgeschlossen, folgte der Arbeitsdienst. Ihm schloß sich ein Rechtsstudium an, dessen Stationen Münster, Freiburg, Köln und Jena hießen.

In unsere Stadt kam der junge Jurastudent auf Grund kriegsbedingter Umschichtungen im Hochschulwesen. Der Jenaer Aufenthalt war kurz, ließ aber eine Beziehung zur Stadt und zu ihrer Universität entstehen, die nie ganz abgerissen ist und der Helmut Ridder gelegentlich einen nostalgischen Zug zuschreibt.

Heute, nach bald Fünfjhrzehnten, verbindet sich die Friedrich-Schiller-Universität aufs Neue und unter gänzlich veränderten Umständen mit ihrem ehemaligen Studenten, den sie sich selbst ehrend, in der ihr höchstmöglichen Form auszeichnet. Das erste juristische Staatsexamen konnte noch 1940 absolviert werden. Die sich anschließende Praxis war die eines Soldaten in der faschistischen Wehrmacht. Sie fand mit der Befreiung des deutschen Volkes durch die Truppen der Antihitlerkoalition ihr Ende. Wie wohl für die Mehrheit seiner Zeitgenossen bedeutete der Mai 1945 auch für Helmut Ridder eine gewichtige Zäsur im persönlichen Leben. Davon überzeugt, daß der 8. Mai dieses Jahres einen bedeutenden Markstein in der staatlichen und rechtlichen Geschichte Deutschlands darstellt, in der Gewißheit, daß mit dem Ende des Krieges das Deutsche Reich untergegangen ist und ein demokratischer Neubeginn der Gesellschaft vom Hervorbringen eines ebenso neuen demokratischen deutschen Staatswesens begleitet sein müsse, zog er persönlich – zweifellos im Widerspruch zur Mehrheit der Berufskollegen seines Landes – eine wesentliche Konsequenz aus den geschichtlichen Vorgängen. Nicht um bloß richtig zu Konstatierendes und zu Klassifizierendes ging es und geht es Helmut Ridder in seinen vielgestaltigen wissenschaftlichen Äußerungen, die sich um das Datum des 8. Mai 1945 ranken. Es war ihm immer zu tun um die Chance der Demokratie, um das in der Gesellschaft zu tun Erforderliche, damit in dem weitgehend obrigkeitsstaatlich beeinflussten Deutschland antifaschistische Demokratie real werden konnte; es ging ihm um die Kräfte, die dies im Schutterschluß progressiven Handelns zu bewirken hatten, und gleichzeitig um jene, deren verhängnisvoller antidemokratischer Einfluß gebrochen werden mußte. Daß kein Volk zur Demokratie befreit werden, sondern sich nur selbst dazu befreien kann, zählt zu Helmut Ridders tiefsten Erkenntnissen und Überzeugungen.

Wir dürfen vermerken der Jurist Helmut Ridder gewann und praktiziert ein Verständnis von Staat und Recht, in dem diese stets in ihrer Geschichtlichkeit, in ihrer Relation zu den realen gesellschaft-

lichen Prozessen gesehen werden. Sich einen Staat lediglich als Rechtsfigur zu denken, ist ihm fremd. Er grenzt sich von solcher Sichtweise methodologisch ab, daraus gleichermaßen theoretische wie praktisch-politische Folgerungen ziehend.

1947 wurde Helmut Ridder in Münster mit der Dissertation über „Wesen und Friedensaufgabe des Waffenstillstandes“ zum Doktor juris promoviert. Drei Jahre später habilitierte er sich, ebenfalls in Münster, mit seiner Arbeit „Verfassungsrecht und Verwaltungsemanzipation in England“. Ihm wurde die Lehrbefähigung für öffentliches Recht und Rechtsvergleichung zuerkannt. Den Dreiund-dreißigjährigen berief die Universität Frankfurt am Main zum Ordinarius für Öffentliches Recht. 1959 folgte das Ordinariat für Öffentliches Recht in Bonn. Seit 1965 wirkt er als ordentlicher Professor in Gießen, wo die Wiedererrichtung der Rechtswissenschaftlichen Fakultät mit seinem Namen untrennbar verbunden bleibt. Er zählte nicht nur zu den ersten, sondern zu den in Forschung und Lehre profilgebenden Hochschullehrern dieser Fakultät. Komplexität in einem Studium, das Anschlußstellen für interdisziplinäres Denken schafft und über das Streben nach theoretischer Tiefe Disponibilität fördert, Unmittelbarkeit im Verhältnis von Hochschullehrer und Student, das dadurch zugleich ein partnerschaftliches und demokratisches sein kann, sowie die Einheit von Forschung und Lehre zeugen für das Verständnis von der Berufung eines Hochschullehrers, das Professor Helmut Ridder in dem sogenannten „Gießener Modell“ zu verwirklichen trachtete. Nahezu 80 Doktoranden hatten in Helmut Ridder ihren Betreuer, sehen in ihm Ihren Doktorvater.

Eine Gastdozentur 1948 in Cambridge, eine Gastprofessur 1954 an der Georgetown-University in Washington, Lehre an der Westberliner Universität, an der Technischen Hochschule Darmstadt, an der „Akademie der Arbeit“, einer gewerkschaftlichen Einrichtung in Frankfurt am Main, gehören ebenfalls zu seinen Stationen als Hochschullehrer.

Das wissenschaftlich-publizistische Werk Helmut Ridders ist beeindruckend: Das Verzeichnis der Veröffentlichungen, die ihn allein als Autor ausweisen, umfaßt etwa 400 Titel, und es wächst gleichsam von Tag zu Tag, von Woche zu Woche. Zwei Dutzend weitere Arbeiten sind gemeinsam mit anderen Autoren geschrieben worden. Monographien, Aufsätze, Rezensionen und Besprechungen von Urteilen bilden die Formen, in denen wir seine beispielhafte Produktivität zur Kenntnis nehmen können. Verfassungs-, Staats- und Völkerrecht, Politik und Geschichte, Verwaltungs- und Finanzrecht, Urheber- und Hochschulrecht sind die wichtigsten Gebiete, zu denen Professor Ridder Wichtiges beigesteuert hat.

Editorische Leistung muß genannt werden. Die „Neue politische Literatur“, eine Rezensionszeitschrift von großem Format, die auch in unserem Lande weit verbreiteten „Blätter für deutsche und internationale Politik“, die Zeitschrift „Begegnung mit Polen“, die Sammlung „Rechtsprechung zum Urheberrecht“ zählen Helmut Ridder zu ihren Herausgebern. Jahrelang war er Mitherausgeber und verantwortliches Redaktionsmitglied von „Demokratie und Recht“. Er arbeitet mit bei „Das Argument“, „Düsseldorfer Debatte“ und „Libérale Drucksachen“. Die sechste Auflage des „Staatslexikons“ der Görres-Gesellschaft weist ihn als Mitglied des Redaktionsgremiums und als Mitarbeiter aus. „New Directions in International Law“ ist nicht allein der Titel eines unter Helmut Ridders maßgeblichem Einfluß entstandenen renommierten Sammelwerkes zu Ehren von Wolfgang Abendroth, sondern auch ein Gegenstand wissenschaftlicher Arbeit, die reiche Früchte erbracht hat.

Der zweibändige „Alternativkommentar zum Grundgesetz“ ist gleichfalls vom Mitglied des Redaktionsgremiums und Kommentator Ridder nicht zu trennen. Den „Alternativkommentar“ zeichnet in besonderem Maße das Bemühen seiner Verfasser aus, durch ihre Kommentierung jene Elemente des Grundgesetzes im Ganzen und seiner Einzelbestimmungen für den Umgang mit der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland produktiv zu machen, die der antifaschistischen Intention der Verfassungsschöpfung und dem Friedensgebot besonders verpflichtet sind, die durch ein Demokratieverständnis Funktion gewinnen, das demokratische Aktivitäten nicht nur als verfassungskonform anerkennt, wenn sie in Strukturen der repräsentativen Demokratie einmünden. Im Alternativkommentar sind die Grundrechte daraufhin befragt, was ihnen in diesem Sinne an zu bewahrender und auszuweitender gestalterischer Potenz immanent ist. Passfähigkeit zur herrschenden Meinung lag nicht im Ehrgeiz der Autoren, wohl aber ein Blick auf das Verfassungsrecht, das in

ihm einen Auftrag, ein Mittel und eine Garantie sieht, der Verfassung gerade dadurch gerecht zu werden, daß mit ihr Volk und tätiger Bürger, Frieden und Demokratie, soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Progress zum Prinzip allen öffentlichen Lebens werden. Bei all dem trifft der Leser auf recht unterschiedliche Handschriften. So scheuen wir uns nicht, das Werk selbst als Zeugnis eines mit der ersten Auflage nicht abgeschlossenen demokratischen Prozesses zu bezeichnen.

Nötigt der Umfang wissenschaftlicher Produktivität bereits Respekt ab, so fordert ihn die Substanz des Geleisteten verstärkt heraus. Scharfsinnige staats- und verwaltungsrechtliche Analysen, vor allem zum Recht der Bundesrepublik Deutschland – darunter Arbeiten zu den Grundrechten, zur Sozialordnung des Grundgesetzes, zur Idee und Praxis der Verfassungsgerichtsbarkeit und zum Demokratieproblem – bereichern unser Wissen in erheblichem Umfang. Kenntnisreiche Abhandlungen über Entwicklung und Untergang des Deutschen Reiches, das Entstehen der beiden deutschen Staaten und deren Beziehungen untereinander, die zugleich einen Beitrag zur Theorie der Souveränität darstellen, können mit Fug und Recht als vorzüglicher Beitrag zur Wissenschaftsentwicklung betrachtet werden.

Es macht den Wert und den Reiz vieler Publikationen Helmut Ridders aus, daß in ihnen Staats- und Völkerrecht, Rechtswissenschaft und Politikwissenschaft, Geschichte und Gegenwart zu einer Synthese geführt sind. Interdisziplinarität ist für die ihm eigene wissenschaftliche Persönlichkeit geradezu charakteristisch. Subtiler Umgang mit dem geltenden Recht und dessen Einbettung in die gesellschaftlichen Prozesse, die Öffnung des Blicks auf die Traditionen progressiven bürgerlichen Staats- und Rechtsdenkens und die Ableitung intellektueller wie praktisch-politischer Kraft aus dem, was die Geschichte für die Aufgaben unserer Tage an Erfahrungen und Lehren bereithält, verschaffen uns Gewinn. Nicht allein die Juristen, auch andere Gesellschaftswissenschaftler unseres Landes können aus Ridders Werk Nutzen ziehen, der auf dem Feld sachlichen Wissens genauso wie auf methodisch-methodologischem Gebiet liegt.

Ridders Arbeiten zu Gesellschaft, Staat und Recht in der Bundesrepublik Deutschland sind uns Sehhilfen für unser Betrachten dieser Gegenstände. Sie verdeutlichen Konturen und Prozesse, und sie haben ein Auflösungsvermögen, das uns ein differenzierteres Bild entstehen läßt. Vor allem aber wird uns Rat gegeben, welche Möglichkeiten sich erschließen lassen, um Partner zu finden, denen der Dialog ein Bedürfnis ist und die in der Kooperation eine Chance unserer Zeit sehen, die – ohne ihre Identität preiszugeben – bereit sind, als notwendig erachtete Wegstrecken gemeinsam zu gehen.

Hier wollen und dürfen wir nicht verschweigen, daß Professor Ridder uns zuweilen auch unsere eigene Wirklichkeit schärfer erkennen läßt. Bedarf es da des ausdrücklichen Wortes, daß wir sein Urteil auch und vielleicht gerade dort besonders ernst nehmen, wo es auf einer anderen, möglicherweise kritischen Sicht beruht?

Vor zehn Jahren, am 28. August 1978, gab Helmut Ridder der DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ ein Interview. Seine Überschrift „Frieden hat Vorrang vor allen anderen Problemen“ steht für gelebte Überzeugung. Sie bildet wohl das stärkste Motiv seines wissenschaftlichen Strebens und seines bewundernswerten selbstlosen demokratischen Engagements. Mit ihr lassen sich die meisten seiner Arbeiten insbesondere auf staats- und völkerrechtlichem, verfassungsrechtlichem und politikwissenschaftlichem Gebiet verklammern.

Daß Frieden für die Deutschen und für die Völker Europas von normalen zwischenstaatlichen Beziehungen, von gleichberechtigter Partnerschaft der Staaten unterschiedlicher politischer und wirtschaftlicher Ordnung, daß der Frieden weitgehend von der Anerkennung Jener Realitäten abhängt, die nach dem zweiten Weltkrieg in Form der sozialistischen Staaten und mit deren territorialem Bestand geschaffen wurden, und daß den Deutschen aus ihrer Geschichte eine besondere Verantwortung erwachsen ist, nach innen und außen friedensfördernd und -bewahrend zu wirken – alles das nachzuweisen ist Helmut Ridder nie müde geworden. So verstehen wir seine seit Jahrzehnten in Wort und Schrift vorgetragenen Plädoyers, von der Existenz zweier deutscher Staaten auszugehen, die einander gleichberechtigt begegnen müssen und deren Jurisdiktionsbereich durch ihr Staatsgebiet und ihre Bürgerschaft bestimmt ist. Was an Normalität zwischen beiden deutschen Staaten er-

reicht und vor allem im Grundlagenvertrag 1972 vereinbart werden konnte, verteidigt er gegen Angriffe und restriktive Auslegungen, von welcher Seite er sie auch kommen sieht. Wir lesen mit Hochachtung, was der Verfassungsrechtler Ridder zum Komplex des Grundlagenvertrages und zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in dieser Sache zu sagen hat. Dankbar sind wir für die Entschiedenheit, mit der er dafür ficht, das Fundament völkerrechtlicher Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland noch tragfähiger zu machen. Die uneingeschränkte Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR und die Kritik von Doktrinen und Praktiken, die der Konstruktion einer einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit verpflichtet sind, gehören folgerichtig zu den Gegenständen, denen er in diesem Sinne große Bedeutung beimißt.

Es entspricht innerer Logik seines Verhältnisses zu Völkerrecht und Frieden, daß Helmut Ridder mit der gleichen Entschiedenheit für normale Beziehungen zur Volksrepublik Polen eintritt. Stattdessen ist die Zahl der Beiträge, die diesem Themenkreis gewidmet sind. Das Wissen um die Geschichte des polnischen Volkes und um den Anteil, den aggressive deutsche Politik an ihr hatte, regte Helmut Ridder zu einem Einsatz an, der weit über die Sphäre des Völkerrechts hinausgetreten ist. Das belegt sein Wirken als erster Vorsitzender der „Deutsch — Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland“. Professor Ridder zählt zu den Persönlichkeiten, die in unserem Nachbarvolk dem Namen eines Deutschen wieder Ansehen eingebracht haben. Es ist uns gut bekannt, daß die Universität Łódź, die 1983 an ihn die juristische Ehrendoktorwürde vergab, damit einen Menschen ehren wollte, der sich „große Verdienste für eine nichts vergessende, aber alles aufarbeitende Vergangenheitsbewältigung erworben (hat)“.

In der auf Frieden und Abrüstung gerichteten Bewegung, die in dem sowjetisch-amerikanischen Abkommen über die Mittelstreckenraketen einen ersten sichtbaren Erfolg erzielen konnte, nimmt die Krefelder Initiative einen geachteten Platz ein. Helmut Ridder hat sie mit Ins Leben gerufen. In ihr gilt sein Wort ebenso wie in der Berliner Konferenz Europäischer Katholiken. Sein Friedenswort und seine Friedenstat von heute stehen in einer langen Tradition des demokratischen Bekenntnisses und Handelns. Das mag der Hinweis auf den wissenschaftlichen und praktisch-politischen Kampf gegen die Notstandsgesetze der 60er Jahre belegen. In der Bewegung, die sich dieser Gesetzgebung entgegenstellte, war Helmut Ridder Vorsitzender des „Kuratoriums Notstand der Demokratie“.

Von einem anderen Ehrendoktor unserer Universität, Thomas Mann, stammt das Wort vom Antikommunismus als der Grundtorheit unserer Epoche. Der nunmehr Jüngste in der Kette derer, die diese akademische Würde tragen, ist weder Kommunist noch Sozialist. Seine wissenschaftliche Redlichkeit und seine demokratische Haltung haben ihn jedoch veranlaßt, das Urteil über das Verbot der KPD zu analysieren, dessen rechtliche Unhaltbarkeit und antidemokratische Funktion nachzuweisen. Unter den Stimmen, die eine Aufhebung dieses Verbots verlangen, ist die Helmut Ridders unüberhörbar. Sie ist es nicht minder, wenn es darum geht, den undemokratischen Berufsverboten zu wehren. Hier trifft sich der Wissenschaftler mit dem Gutachter, der Hochschullehrer mit dem Anwalt.

Unsere Aussage über Professor Ridder kann nicht Vollständigkeit erstreben. Das Exemplarische aber erlaubt zu sagen: Helmut Ridder ist ein Jurist aus Passion und ein homo politicus aus Verantwortung, die er als Demokrat und – nach seinem eigenen Wort – als Republikaner erkennt und lebt.

Wir freuen uns, daß Professor Ridder in wissenschaftlichem Kontakt zu seinen Jenenser Kollegen steht. Seit 1966 war er mehrfach Gast an unserer Salana. Sein Wissen und sein wissenschaftliches Material waren Projekten nützlich, die hier bearbeitet wurden. Die Besuche in Jena haben den, der ihn hören und mit ihm sprechen konnte, eine bemerkenswerte Persönlichkeit kennenlernen lassen, die die Lauterkeit des Charakters mit der Streitbarkeit des Professors, des Bekenntners, verbindet, die aus einem reichen Wissen schöpft und das, was sie zu sagen hat, auf höchst originelle, anregende, auf riddersche Weise mitteilt.

Über Helmut Ridders Werk und dem Ethos seines Schaffens könnte das Wort stehen, mit dem Johann Gottlieb Fichte seine Jenaer Vorlesungen über die Bestimmung des Gelehrten schloß: „Han-

deln! Handeln! das ist es, wozu wir da sind ... Lassen Sie uns froh seyn über den Anblick des weiten Feldes, das wir zu bearbeiten haben! Lassen Sie uns froh seyn, daß wir Kraft in uns fühlen, und daß unsre Aufgabe unendlich ist!“

Wir wünschen dem Ehrendoktor Helmut Ridder Gesundheit und Kraft, Kreativität und Erfolg, Optimismus und gute Weggefährten; wir wünschen ihm und uns das Glück, einer Welt in Frieden und Fortschritt, in Demokratie und sozialer Gerechtigkeit näher zu kommen.

Ehrenpromotion Helmut Ridder. Ausgewählte Vorträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 6. Oktober 1987, S. 5-11.

Rezension

Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System. Hrsg. v. Dieter Rebentisch u. Karl Teppe. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1986. 434 S. gr. 8°

Zur Problematik des Untersuchungsgegenstandes und zur Zielsetzung des vorliegenden Bandes äußern sich die Hrsg. Dieter Rebentisch und Karl Teppe in einer umfänglichen, programmatischen Einleitung. Diese ist historiographisch angelegt und geht von der Unterscheidung zwischen „Intentionalisten“¹ und „Strukturalisten“ in der bürgerlichen Geschichtsschreibung der BRD aus. Damit wird von vornherein jeglicher Ansatz eines faschismustheoretischen Denkens vermieden, das im Staat ein Instrument der herrschenden Klasse sieht und in diese auch die hohen Staatsbeamten einordnet. Die NSDAP erscheint als eine „autonome“, von den gesellschaftlichen Verhältnissen losgelöste und diesen entgegenstehende Organisation, der Staat demgegenüber als eine letztlich nichtfaschisierte Institution. Die Frage nach dem Charakter und den Hauptzielen des faschistischen Herrschaftssystems wird auf diese Weise umgangen.² Der Staat erscheint dabei lediglich als eine Summe seiner Bestandteile, und die institutionelle Verwaltungsgeschichte wird von der Geschichte des Staates bzw. des gesamten Herrschaftssystems isoliert.

R. und T. weisen sich deutlich als Vertreter jener Auffassungen aus, denen zufolge die nazifaschistische Diktatur durch ihre „Polykratie“, durch „ein Machtgeflecht konkurrierender Teilgewalten und auseinanderstrebender gesellschaftlicher Interessen“ (S. 7) charakterisiert gewesen sei. Sie bezeichnen es als ihr Anliegen, „vornehmlich Beiträge zusammenzustellen, die die Verwaltungspraxis im Alltag des Dritten Reiches anschaulich machen und gleichzeitig zeigen, wo in der Verwaltungsrealität Spezifika des nationalsozialistischen Herrschaftssystems greifbar sind, d. h. Elemente, die das Regime produziert hat und für dieses konstitutiv waren. Es konnte nicht darum gehen, beim erneuten Aufweis der zur Genüge bekannten Kompetenzkonflikte stehen zu bleiben oder das Kriterium der Rationalität bzw. Irrationalität um Maßstab der Beurteilung von Verwaltung im Dritten Reich zu nehmen. Das Interesse richtet sich darauf, Kontinuitäten und Neubegründungen in der Verwaltung nach 1933 anzusprechen, zu zeigen, ob, wo und wie sich ein neuer Typus von Verwaltung und Verwaltungshandeln entwickelte, sich durchsetzte oder scheiterte.“ Präzisiert wird dies in der allerdings unbeantwortet bleibenden Frage: „Dominierte ein blinder Aktionismus und erschöpfte sich die instanzielle Expansion letztlich in bloßer Machteroberung und -erhaltung oder zeichneten sich, wenn vielleicht auch nur rudimentär, Tendenzen der Transformation und Ansätze von Neuordnungskonzepten für die innere Verwaltung im NS-System ab?“ (S. 12 f.)

Die Hrsg. sehen in der Auswahl der Beiträge für den vorliegenden Band übergreifende verwaltungsgeschichtliche Strukturmerkmale berührt, denen ein „paradigmatischer Stellenwert“ zukomme. Dazu gehören nach ihrer Auffassung: „der Dualismus von Partei und Staat; die Mediatisierung von staatlichen Aufgaben durch Parteidienststellen; die parasitäre Zersetzung des Behördenaufbaus sowie die Bedrohung und Korrumpierung der Rechtmäßigkeit und des Gleichheitsgrundsatzes der Verwaltung; die Entstehung und Wirksamkeit führerunmittelbarer Sonderverwaltungen; der Ressortpartikularismus und das ungelöste Problem der Koordinierung von Verwaltungshandeln unterhalb der Führerspitze; die Kompetenzvielfalt, die sich aus der Anwendung des sozialdarwinistischen Auslese- und Herrschaftsprinzips durch Hitler ergab; die Spannung zwischen Zentralismus und Partikularismus; die Konfrontation der Verwaltung mit dem Leitbild der nationalsozialistischen Menschenführung und die ständigen Versuche sie auf den Status funktionaler Aufgabenerledigung zurückzudrängen“ (S. 14 f.).

Mit der Wahl der Begriffe „Menschenführung“ und „Verwaltung“ wollen die Hrsg. auf die von ihnen behauptete Unvereinbarkeit „des nationalsozialistischen Herrschaftsstils und der preußisch-

¹ Damit sind jene Historiker gemeint, die alle Erscheinungen und Prozesse in den Jahren 1933-1945 auf die Vorstellungen und Entscheidungen Hitlers zurückführen.

² Siehe dazu Manfred Weißbecker: Thesen zur Rolle der NSDAP im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 37/38, Mai 1976, S. 1 ff.

deutschen Staatstradition“ (S. 32) aufmerksam machen. Allerdings kommen sie nicht umhin, an gleicher Stelle zu resümieren und ihre Aussage zu relativieren: „Beamtentum und Verwaltung blieben während der 12 Jahre der Herrschaft Hitlers immer eine Gegenkraft gegen die radikalen Tendenzen der NS-Bewegung, gleichzeitig [!] aber trugen sie wesentlich zur Stabilisierung des Regimes bei, indem sie die staatlichen Funktionen in Gang hielten und den Anschein der Normalität aufrecht erhielten. Das war die Doppelgesichtigkeit des Dritten Reiches.“

Die Aufsatzsammlung wird mit einem Beitrag von Eberhard Laux: „Führung und Verwaltung in der Rechtslehre des Nationalsozialismus“ eröffnet. In seiner wissenschaftsgeschichtlichen Analyse der zeitgenössischen Aussagen solcher namhaften Staats- und Verwaltungsrechtler wie Carl Schmitt, Ernst Forsthoff, Reinhard Höhn, Erich Becker, Theodor Maunz und Ernst Rudolf Huber gelangt L. zu der bitteren, aber zutreffenden Einschätzung, daß deren theoretische Erzeugnisse „weitgehend von der Kapitulation des juristischen Intellekts vor politischen Emotionen beherrscht“ (S. 62) seien.

Dieter Rebentisch befaßt sich mit dem Thema „Hitlers Reichskanzlei zwischen Politik und Verwaltung“ und spürt dabei insbesondere der Rolle von Hans-Heinrich Lammers nach, die dieser als Chef der Reichskanzlei und späterer Reichsminister gespielt hat. R. erfaßt auch den Beitrag anderer führender Mitarbeiter der Reichskanzlei, „dem notorischen Unrechtssystem einen trügerischen Schein von Rechtsstaatlichkeit umzuhängen“ (S. 86), sowie das Verhältnis zwischen Lammers und Bormann in den letzten Jahren des zweiten Weltkrieges.

Eine materialreiche Studie steuert Klaus Oldenhege: „Justizverwaltung und Lenkung der Rechtsprechung im Zweiten Weltkrieg“ bei, dem eine Analyse von Lageberichten der Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte zugrunde liegt. Ohne den verbrecherischen Charakter der faschistischen Diktatur bestreiten oder bagatellisieren zu wollen (und zu können!), vermag O. einige differenzierende Aussagen zu treffen: „Die Klagen über die Übergriffe anderer Stellen. Kritik an der Staatsführung, mit zunehmender Kriegsdauer vor allem an der Goebbelschen Propaganda und an den Redensarten vom sogenannten Endsieg und an den Vergeltungswaffen verstummen in den Lageberichten nicht.“ (S. 119)

Am Beispiel Düsseldorfs beschäftigt sich Horst Romeyk mit der Rolle, die die preußischen Regierungspräsidenten im System der Nazidiktatur spielten. Dabei werden insbesondere die Auswirkungen der Spannungen zwischen den NSDAP-Gauleitern Friedrich Karl Florian und Josef Terboven untersucht. Christian Kirchberg lotet die im Verlaufe der dreißiger Jahre abnehmenden Möglichkeiten des Badischen Verwaltungsgerichtshofes aus, eine gewisse Kontrolle gegenüber der „politischen Polizei“ auszuüben. Seine Untersuchungsergebnisse bestätigen die These von der „apriorischen Unvereinbarkeit nationalsozialistischer Verwaltungspolitik und verwaltungsgerichtlicher Kontrolle ...“ (S. 143).

Mit der Verwaltungstätigkeit von Institutionen der NSDAP und ihrer Gliederungen befassen sich die Beiträge von Hans Fenske: „Josef Bürckel und die Verwaltung der Pfalz (1933-1940)“, Gerhard Kratzsch: „Der Gauwirtschaftsberater im Gau Westfalen-Süd“, Jeremy Noakes: „Philipp Bouhler und die Kanzlei des Führers der NSDAP: Beispiel einer Sonderverwaltung im Dritten Reich“, Donald M. McKale: „Der öffentliche Dienst und die Parteigerichtsbarkeit der NSDAP“, Josef Henke: „Von den Grenzen der SS-Macht. Eine Fallstudie zur Tätigkeit des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamtes“ und Karl Teppe: „Der Reichsverteidigungskommissar. Organisation und Praxis in Westfalen“. Mit staatlichen Marktregelungen des Reichsnährstandes setzt sich Horst Gies auseinander.

Noch weitaus punktueller sind die folgenden Beiträge angelegt, die einzelne Sonderbehörden und Verwaltungseinrichtungen behandeln: Marie-Luise Recker: „Der Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau. Zu Aufbau, Stellung und Arbeitsweise einer führerunmittelbaren Sonderbehörde“, Christopher R. Browning: „Harald Turner und die Militärverwaltung in Serbien 1941-1942“, Diemut Majer: „Führerunmittelbare Sondergewalten in den besetzten Ostgebieten. Entstehung und Wirksamkeit“, Lothar Kettenacker: „Die Chefs der Zivilverwaltung im Zweiten Weltkrieg“.

Insgesamt verarbeiten die Verf. eine Fülle von Material. Informativ und anregend sind alle Beiträge, nicht zuletzt wegen der Erschließung neuer Quellen, die sachkundig bearbeitet wurden, wegen der Erfassung eines Gebietes, das lange Zeit als ein Desiderat in der Faschismusforschung gelten mußte. Die verwaltungsgeschichtlichen Studien geben vielfachen Aufschluß über die Organisation

der faschistischen Diktatur, letztlich auch über die – eigentlich bezweifelte³ – Effizienz des Regimes.

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Herausgegeben im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 108, Heft 12 – Dezember 1987, Spalte 951-954.

³ Diese Intention der Hrsg. und Verf. benutzt Bernd-Jürgen Wendt als zentralen Punkt seiner Rezension des Bandes, wenn er ihr den Titel gibt: „Die atomisierte Verwaltung im Nationalsozialismus“. Siehe: Das Parlament, Nr. 48 v. 29.11.1986, S. 15.

Geschichtswissenschaft und Friedensforschung

Zu einigen aktuellen Aufgaben des Historikers*

In einer Zeit, in der die Menschheit wie noch nie bedroht ist und ihre Existenz auf dem Spiel steht, gilt alle gesellschaftswissenschaftliche Arbeit dem großen Ziel, unsere Zukunft zu bewahren. Es gilt, auch mit ihrer Hilfe eine nukleare Katastrophe zu verhindern, eine radikale Abrüstung durchzusetzen und atomwaffenfrei die Schwelle zum neuen Jahrtausend zu überschreiten. Gesellschaftswissenschaftliche Forschungen zur marxistisch-leninistischen Konzeption des Friedens und der friedlichen Koexistenz, zur Einheit von Sozialismus und Frieden, zu den Traditionen der Friedensidee und des Friedenskampfes sowie zu neuen Erscheinungen in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft stellen einen wesentlichen Bestandteil sozialistischer Friedenspolitik dar. Sie gehören zu den unentbehrlichen Grundlagen einer erfolgreichen Realisierung des Friedensprogramms der Sowjetunion und der anderen Staaten des Warschauer Vertrages.¹

Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik leistete in den letzten Jahren eine Reihe wichtiger Beiträge zur Erhaltung der Krieg-Frieden-Problematik.² Dennoch hat sie bisher nicht den Stand anderer gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen erreichen können, der sich z. B. in der „Philosophie des Friedens“³ widerspiegelt oder von Juristen, Psychologen, Literatur- und Kunstwissenschaftlern unseres Landes erreicht worden ist. Ihre Verantwortung für die historische Dimension aller friedenswissenschaftlichen Arbeit läßt sich jedoch – angesichts der Fülle von Problemen – kaum ermessen. Völlig richtig ist daher bemerkt worden, daß die Historiker gegenwärtig eine Verantwortung wahrzunehmen haben, wie sie bisher noch keiner Generation von Geschichtswissenschaftlern übertragen worden sei.⁴

Im Zentralen Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR 1986 bis 1990⁵ sind die grundlegenden Orientierungen friedenswissenschaftlicher Arbeit fixiert. Davon ausgehend soll im folgenden der Versuch unternommen werden, einige Aspekte für die künftige Tätigkeit des Historikers zu erhellen und zur Diskussion zu stellen. Obwohl sich alle über die unabdingbare Notwendigkeit klar und auch darüber einig sind, die geschichtswissenschaftliche Forschung und Lehre wirksamer als bisher in den Dienst des Friedenskampfes zu stel-

* Der vorliegende und zu Beginn des Jahres 1987 ausgearbeitete Text diente als Grundlage und Ausgangspunkt für weitergehende Überlegungen, die während des Kolloquiums „Die Verantwortung der Wissenschaftler für die Erhaltung des Friedens“ am 16./17.9.1987 vorgetragen wurden und die einigen Erfordernissen in der gegenwärtigen marxistisch-leninistischen Faschismusforschung der DDR galten.

¹ Siehe Hannes Hörnig/Gregor Schirmer: Ergebnisse und Aufgaben gesellschaftswissenschaftlicher Forschung. In: Einheit, H. 8/1986, S. 695.

² Siehe z. B. Fritz Klein: Aufgaben der Historiker im Friedenskampf. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 12/1984, S. 1097 ff.; Kriegsgefahren und Friedens-chancen im 20. Jahrhundert. Hrsg. von Fritz Klein, Berlin 1985; Geschichte – Frieden – Wissenschaft. Beiträge zur Krieg-Frieden-Problematik in historischer Sicht. Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1983, Jena, 1983 Siehe auch die Beiträge von Eberhart Schulz, Peter Schäfer und Manfred Weißbecker in: Pro pace mundi. Gesellschaftswissenschaftler der Friedrich-Schiller-Universität Jena über Frieden und Friedenskampf. Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1985, Jena 1985. Siehe ferner die Beiträge von Willibald Gutsche, Wolfgang Ruge, Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker in: Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg, Friedensdemagogie und Kriegsvorbereitung in Geschichte und Gegenwart. Hrsg. von Reinhard Kühnl/Karen Schönwälder, Köln 1986. Siehe Wider den Krieg. Sieben Jahrzehnte im Zeichen sozialistischer Friedenspolitik. Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Gesellschaftswissenschaftliche Reihe, H. 2/1987. Siehe neuerdings vor allem den informativen und anregenden Sammelband, der vom Forschungsbereich Gesellschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR herausgegeben worden ist: Friedliche Koexistenz. Erfahrungen – Chancen – Gefahren, Berlin 1987. Er enthält u. a. einen Artikel von Karl Drechsler, Fritz Klein und Ernst Laboor zum Thema „Die Entwicklung der Konzeption der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung von 1917 bis zur Gegenwart“.

³ Siehe Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges. Hrsg. von der Militärakademie „Friedrich Engels“, Berlin 1984; Philosophie im Friedenskampf. Hrsg. von Wolfgang Eichhorn I und Hans Schulze, Berlin 1983; Philosophen im Friedenskampf, Berlin 1986.

⁴ Siehe Ernst Diehl: Geschichte – ein Kraftquell weiteren Voranschreitens. In: Einheit, H. 8/1986, S. 727.

⁵ Siehe ebenda, S. 681 ff.

len, wird zum theoretisch-methodologischen Herangehen noch viel zu überlegen und zu debattieren sein.⁶

Die Notwendigkeit von Meinungsstreit und konstruktiver Suche erklärt sich nicht zuletzt auch aus der Tatsache, daß in der bisherigen mehrtausendjährigen Geschichte die Kriege, Aggressionen und bewaffneten Konflikte einen breiten Raum eingenommen haben. Die Geschichte der Klassengesellschaft war nun einmal mit militärischen Auseinandersetzungen aller Art angefüllt. Der Krieg gehörte stets zum Alltag der Völker ebenso wie Ausbeutung und Unterdrückung, wie Elend und Not.⁷ Darin ist die Kenntnis vom allzu häufig ergebnislosen Bemühen aller humanistischen Kräfte um die Bewahrung und um die Sicherung des Friedens eingeschlossen. Auch in unserem Jahrhundert wurden die Warnungen allzu oft überhört, und erwiesen sich die Friedenskräfte – noch! – als zu schwach, die Entfesselung von mehr als 200 Kriegen zu verhindern.⁸ Pessimistische oder gar fatalistische Geschichtsdeutungen entsprechen jedoch nicht der vollen historischen Wahrheit. Im Gegenteil: gerade die Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse und aller ihrer Verbündeten gegen imperialistische Aufrüstung und Kriegsvorbereitungspolitik vermittelt eine Reihe wesentlicher, optimistisch stimmender Lehren. Diese können als Erfahrungen für jeden einzelnen dienen, der heute verantwortungsbewußt seinen eigenen Platz in der weltweiten Friedensbewegung sucht, In einer Bewegung also, die mit dem Epochenumbruch von 1917, mit dem Sieg von 1945 über den faschistischen Mächteblock und mit der weiteren Entwicklung unserer friedensgebietenden Kraft des Sozialismus von Zukunftsoptimismus getragen ist.

Das Wissen um jene geschichtlichen Fakten, die in dieser Hinsicht besonders relevant sind, stellt einen wichtigen und grundlegenden Bestandteil unseres marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes dar. Das Wissen um diese Fakten, aber auch um ihre Wurzeln und Zusammenhänge sowie über die unmittelbaren Wirkungen des Friedenskampfes im bisherigen 20. Jahrhundert, gehört unabdingbar zu unserem friedensorientierten Geschichts- und Gegenwartsverständnis. Aus der bewußten, wissenschaftlichen Aufnahme und Verarbeitung der historischen Lehren, der Erfahrungen mehrerer Generationen von Aufrüstungsgegnern und Friedenskämpfern lassen sich mobilisierende weltanschauliche Normen für lebensbewußtes Denken und aktives Handeln in unserer Zeit ableiten.

Die friedenspolitische Nutzung aller geschichtlichen Lehren und Erfahrungen wird um so wirkungsvoller sein, je mehr der Historiker in die gewaltigen geistigen Auseinandersetzungen der Gegenwart einzubringen hat⁹ und je wirksamer dies der Geschichtslehrer der jungen Generation zu vermitteln vermag.¹⁰ Die gesellschaftlichen Wirkungsmöglichkeiten solcher Lehren und Erfahrungen wachsen vor allem dann, wenn Geschichte sehr konkret dargestellt wird, wenn im Konkreten das Allgemeine und im Historischen das Logische aufzudecken möglich ist, wenn die Lehren auf die Analyse möglichst vieler gleichartiger und ähnlicher Erscheinungen gestützt sind, wenn sie langfristige Prozesse und geschichtliche Entwicklungslinien in ihrem jeweiligen Alternativzusammenhang reflektieren, wenn sie beim Vergleich zwischen den unterschiedlichen Erscheinungen sowohl deren Gemeinsamkeiten als auch ihre jeweiligen spezifischen Bedingungen sorgfältig berücksichtigen.

Friedenswissenschaftliches Denken und Handeln verlangen geradezu die historische Dimension, die von der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft auf drei Ebenen zu erarbeiten sein dürfte.

⁶ Diese Diskussion wird sicher die Vorbereitung des VIII. Historiker-Kongresses der DDR, der dem Thema „Frieden und Fortschritt in der Geschichte“ gewidmet ist, weitgehend bestimmen.

⁷ Siehe Manfred Weißbecker: Kriege in der Geschichte – Geschichte für den Frieden. In: Geschichte Frieden – Wissenschaft, S. 7 ff.

⁸ Siehe Lokale Kriege. Geschichte und Gegenwart. Unter der Redaktion von Armeegeneral. J. Schawrow, Berlin 1983, S. 278 ff.

⁹ Siehe Erfahrungen und Probleme einer wirksamen Geschichtspropaganda. Hrsg. vom Institut für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1986.

¹⁰ Dies ist auch Gegenstand der Diskussion zum Entwurf eines neuen Lehrplans für den Geschichtsunterricht. Siehe Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, H. 11/1986, S. 823 ff. Interessante Hinweise enthält auch der Artikel von Gerhard Schneider: „Krieg“ als Gegenstand des Geschichtsunterrichts. In Gewalt in der Geschichte, Beiträge zur Gewaltaufklärung Im Dienste des Friedens. Hrsg. von Jörg Calließ, Düsseldorf 1983, S. 85 ff.

Erstens geht es darum, die Untersuchungen zur Geschichte von Kriegen, Kriegsursachen, Friedensschlüssen, Friedensvertragsbrüchen, bewaffneten Konflikten und vor allem von Antikriegsaktionen der werktätigen Massen erheblich zu verstärken. Dabei handelt es sich um einen *direkten* Beitrag zur Erhellung der Krieg-Frieden-Problematik in der Geschichte. In den nächsten Jahren werden insbesondere der 75. Jahrestag des Beginns des ersten Weltkrieges und der 50. Jahrestag der Entfesselung des zweiten Weltkrieges Anlaß sein, die Im imperialistischen System liegenden Quellen der Kriegsgefahren in unserem Jahrhundert aufzudecken.

Gleichzeitig steht vor den Historikern die Aufgabe, „mit neuen Tatsachen und Problemstellungen die Einheit von Sozialismus und Frieden, das geschichtliche Verdienst der Sowjetunion vor der ganzen Menschheit im Kampf gegen imperialistische Aggressionspolitik, für dauerhaften Frieden aufzudecken und bewußtzumachen. Historische Überblicksdarstellung und speziellere Untersuchungen werden das unermessliche materielle und geistige Potential sowie die großen politischen Erfahrungen herausarbeiten, über die die Sowjetunion und die sozialistischen Länder im Kampf um den Frieden verfügen und die sie in das entscheidungsschwere Ringen um den Fortbestand der Menschheit einzubringen vermögen.“¹¹

Von besonderer Bedeutung wird es sein, das stetige Anwachsen aller Friedenskräfte darzustellen und die Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen ihnen und denen, die den Frieden bedrohten und bedrohen, zu verdeutlichen.¹² Mit der sozialistischen Sowjetunion und den anderen Ländern des Sozialismus ist zum ersten Mal eine *friedenssichernde* Kraft in die Geschichte eingetreten, die den Frieden aus dem Reich der Utopie herauszuheben vermag. Unter Ihrem direkten und indirekten Einfluß gewannen und gewinnen friedensfördernde Bewegungen in allen Teilen der Welt neue Stärke. Nicht zuletzt sind dadurch auch Bedingungen entstanden, die es realistisch denkenden Teilen der Bourgeoisie erlauben, bzw. sie dazu zwingen, in den Kategorien der friedlichen Koexistenz zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen zu denken. Den Frieden herzustellen und zu bewahren – das ist heute zu einer *realen* Möglichkeit geworden. Aus dieser unbestreitbaren Tatsache ergibt sich für den Historiker nicht zuletzt auch die Aufgabe, von der geschichtswissenschaftlichen Demaskierung des Krieges überzugehen zur Entschleierung des Geheimnisses (in Anlehnung an die berühmte Formulierung Lenins¹³), was Frieden ist, wie Frieden sein kann und muß.¹⁴

Eine *zweite* Ebene historisch-friedenswissenschaftlichen Arbeitens betrifft den Beitrag, den die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft als eine in sich geschlossene Wissenschaftsdisziplin und in ihrer Gesamtheit zu leisten hat. Analog zur „Philosophie des Friedens“ sollte sich auch die Geschichtswissenschaft als Friedensforschung verstehen. Dabei wird es vor allem darum gehen, von allen Teildisziplinen und -gebieten her unser Geschichtsbild zu vervollständigen und seine Komplexität anzustreben. Die Nachteile einer vorrangig auf die politische Geschichte bzw. auf einzelne Segmente orientierten Betrachtungsweise liegen auf der Hand; erst durch die Einbeziehung der Wirtschafts-, Sozial-, Kultur-, Militär-, Wissenschafts- und Alltagsgeschichte wird ein gesellschaftlich wirksames Geschichtsbewußtsein zu schaffen sein. Die friedenswissenschaftliche Arbeit des Historikers hat alle Perioden der Geschichte einzubeziehen, da es sich nun einmal bei der Krieg-Frieden-Problematik um einen formations- und epocheübergreifenden Untersuchungsgegenstand handelt. Die weltanschaulich-theoretischen Ergebnisse historisch-friedenswissenschaftlicher Forschung werden – vielleicht läßt sich dies als eine Faustregel formulieren – immer dann von besonderem Gewicht sein, wenn es gelingt, die relativ engen Grenzen jeweiliger Spezialthemen zu überwinden.

Die großen Lebensfragen unserer Zeit erfordern vor allem eine neue Sicht auf weltgeschichtliche Zusammenhänge und Entwicklungslinien, auf den höchst widersprüchlichen, aber letztlich doch aufsteigenden und bisher unaufhörlichen Prozeß der Durchsetzung des gesellschaftlichen Fort-

¹¹ Ernst Diehl, S. 726.

¹² Siehe Manfred Weißbecker: Kriege in der Geschichte – Geschichte für den Frieden, S. 16 ff.

¹³ Siehe W. I. Lenin: Bemerkungen zu den Aufgaben unserer Delegation Im Haag. In: Werke, Bd. 33, Berlin 1982, S. 433.

¹⁴ Siehe Roland Meister: Gedanken zur friedenswissenschaftlichen Arbeit. In: Sozialistische Universität, Jena, Nr. 11 v. 10.2.1987, S. 4.

schritts. Bei aller seiner Eigenart und Selbständigkeit, bei seiner spezifischen Bedeutung kann der heutige Kampf um die Sicherung des Weltfriedens nicht aus den sozialökonomischen und politisch-ideologischen Grundprozessen der 1917 eingeleiteten Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus herausgelöst werden.¹⁵ Ein der Zukunft verpflichtetes Geschichtsbewußtsein benötigt und bewirkt zugleich ein der Menschheit, ihrer Existenz und ihrem Fortschritt dienendes Gesellschaftsverständnis. Die Historiker sind daher zu breiter geschichtstheoretischer Arbeit geradezu verpflichtet. Die bevorstehenden Jahrestage der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, der Novemberrevolution und der bürgerlichen Revolution in Frankreich bieten Anlaß und Gründe genug, insbesondere den revolutions- und gesellschaftstheoretischen Problemen nachzuspüren.

Zu diesen Problemkomplexen gehört unter anderem das geschichtswirksame Zusammenspiel von gesellschaftlichen Widersprüchen unterschiedlichen Ranges. Wenn in unserer Zeit systemübergreifende und allgemein-menschliche Fragen an Bedeutung gewonnen haben und weiterhin gewinnen, stellt sich ihr stets vorhandener Zusammenhang mit dem antagonistischen Gegensatz von Kapital und Arbeit, von Bourgeoisie und Arbeiterklasse, von Imperialismus und Sozialismus neu dar, ohne diesen überdecken zu können oder gar verschwinden zu lassen. Das unabdingbare Gegeneinander der beiden Hauptklassen, die in der bürgerlichen Gesellschaft existieren, ist generell und auf vielfältige Weise mit nichtantagonistischen Widersprüchen, mit Widersprüchen innerhalb der beiden Klassen sowie zwischen diesen und anderen sozialen Schichten und Gruppen, mit Widersprüchen allgemeiner Natur verwoben. Eine bürgerlich-pluralistische, d. h. vom Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat losgelöste Betrachtung der Vielfalt gesellschaftlicher Verhältnisse und Beziehungen kann es für marxistisch-leninistische Historiker selbstverständlich nicht geben. Wohl aber ist eine sorgfältige Berücksichtigung der Pluralität aller Kräfte auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft erforderlich. In dieser existieren nun einmal eine ökonomische Basis sowie übergreifende Rahmenbedingungen staatlicher, nationaler und organisationsmäßiger Art. Die Dialektik von Ganzheit und Widersprüchlichkeit der Gesellschaft erweist sich somit für historisch-friedenswissenschaftliche Arbeit als ein unentbehrliches methodologisches Prinzip.

Damit scheint zugleich ein produktiver Ansatz für den vom Historiker zu leistenden Beitrag für die geistige Wegbereitung einer Koalition der Vernunft, des politischen Dialogs über System- und Klassengrenzen hinweg, gegeben zu sein. Letztlich bedeutet dies auch Wegbereitung für eine Variante des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in der die Friedenspolitik über ökonomische Rüstungsinteressen zu dominieren vermag, in der politische Organisiertheit zugunsten gemeinsamer Abrüstung und gleicher Sicherheit wirksam wird bzw. werden muß, wenn das im Nuklearzeitalter erforderliche neue Denken und Handeln dort durchgesetzt werden soll, wo sein Fehlen bisher zu Hochrüstung und Konfrontation führte.¹⁶

Imperialismusforscher der DDR wie Max Schmidt, Werner Paff u. a. sprechen von den wachsenden Interdependenzen der Staaten und Völker bei gleichzeitiger Entwicklung und zum Teil auch Verschärfung der Widersprüche in einer ganzheitlichen Welt.¹⁷ Interdependenzen, gegenseitige Abhängigkeiten und Wechselbeziehungen, sind aber in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft stets vorhanden gewesen. Sie waren und sind das Ergebnis der objektiv gegebenen Vielfalt politischer Verhältnisse und ihrer Entfaltung auf der Grundlage ihrer gesetzmäßig ungleichmäßigen Entwicklung. Ihre geschichtswissenschaftliche Analyse vermag wahrscheinlich wichtige Erfahrungen zu erschließen und bietet viele Möglichkeiten, diese für die zahlreichen aktuellen Fragen der komplizierten Einheit von Widersprüchlichkeit und Ganzheitlichkeit in der Welt von heute nutzbar zu machen.¹⁸ Eine solche historisch-friedenswissenschaftliche Arbeit kann auch dazu beitragen, zu siche-

¹⁵ Siehe Erich Hahn: Herausforderung an die Philosophen unseres Landes. In: Einheit, H. 8/1986, S. 716.

¹⁶ Siehe Max Schmidt: Vom X. und XI. Parteitag der SED. Ergebnisse und Aufgaben marxistisch-leninistischer Imperialismusforschung der DDR. In: (PW-Berichte, H. 4/1986), S. 9.

¹⁷ Siehe z. B. Max Schmidt/Wolfgang Schwarz: Frieden und Sicherheit im nuklear-kosmischen Zeitalter (I). In: IPW-Berichte, H. 9/1986, S. 1 ff.

¹⁸ Max Schmidt: Forschung im Dienste des Friedens und des Fortschritts. In: Einheit, H. 8/1986, S. 729, erklärt dies sogar zu einem zentralen Problem unserer Forschungsarbeit.

ren Erkenntnissen der Imperialismusforschung über tatsächlich neue Erscheinungen zu gelangen und oberflächliche Vergleiche mit geschichtlichen Prozessen zu vermeiden.

Jeder kann verstehen, daß unter solchen Aspekten die Geschichte der Weimarer Republik, die hier als ein konkretisierendes Beispiel für die bisherigen allgemeinen Überlegungen genannt werden soll, besonders interessant sein muß. Natürlich bleibt die Weimarer Periode in der deutschen Geschichte immer die Vorgeschichte der faschistischen Barbarei. Daneben stellt sie sich aber auch als ein Teil der Vorgeschichte unserer Gegenwart dar. Insofern sind für uns und unser sich dynamisch entwickelndes Geschichtsbild manche Erscheinungen, Teilaspekte und Prozesse der Jahre 1918/19 bis 1933 bedeutsamer, als es ihrem realen Gewicht auf dem Weg zum 30. Januar 1933 bzw. gegen diesen Weg entspricht. In ihnen deuten sich politische *Möglichkeiten* eines anderen Geschichtsverlaufs an und offenbaren sich Alternativen zum tatsächlichen Geschehen sowie friedenspolitisch nutzbare Erfahrungen. Die Weimarer Republik war ein in sich höchst widersprüchlicher Staat; in seinem Klassencharakter eindeutig imperialistisch, in seinen gesellschaftlichen Verhältnissen jedoch von starken demokratischen, antimilitaristischen und antifaschistischen Potentialen geprägt. Die Novemberrevolution von 1918/19 hatte zu zahlreichen Wandlungsprozessen im politischen und geistigen Leben der Gesellschaft geführt. Ihre politischen, sozialen und friedensfördernden Wirkungen lassen sich nicht allein mit einem engen Blick auf die Jahre von 1918 bis 1933 erfassen.

Aus der Sicht unseres Jahrhunderts stellt sich für den Historiker, der sich mit der Weimarer Republik beschäftigt, nicht zuletzt die Frage, welche Chancen der damalige deutsche Staat für die Gestaltung und Sicherung friedlicher internationaler Beziehungen zwischen den Völkern und auch zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung bot. Das geistige Potential der Weimarer Republik für eine Politik des Realismus und der Vernunft war zweifellos beachtlich und verdient in unserer Forschungsarbeit mehr Beachtung. Es kann in seiner Aktualität auch nicht durch die Tatsache entwertet werden, daß es von vielen bürgerlichen Politikern lediglich als friedensdemagogische Tarnung aggressiver Politik mißbraucht worden ist.

Für den Historiker ist wahrscheinlich die *dritte* Ebene der hier behandelten Frage nach seinen friedenswissenschaftlichen Möglichkeiten am schwierigsten zu bewältigen. Das enthebt ihn aber keineswegs der Aufgabe, die Geschichtswissenschaft in die neue Wissenschaftsdisziplin, die sich im Ensemble aller Wissenschaften herausgebildet hat, in die marxistisch-leninistische Friedensforschung¹⁹ einzubringen. Damit ist seine Fähigkeit zur Interdisziplinarität gefordert.²⁰ Probleme, die beispielsweise mit der geschichtlichen und künftigen Rolle der Volksmassen im Friedenskampf zusammenhängen, werden sich wahrscheinlich nur gemeinsam von marxistisch-leninistischen Philosophen und Historikern erfolgversprechend behandeln lassen.²¹ Geschichtswissenschaft und Imperialismusforschung sollten nicht weiter getrennt die Fragen der Differenziertheit im Lager unseres Klassengegners, ihres Ausmaßes, ihrer Entwicklungstendenzen und ihrer Grenzen, untersuchen. Fragen des Verhältnisses von Unvernunft der Bourgeoisie und Vernunft in der Bourgeoisie warten geradezu auf eine interdisziplinäre Beantwortung. Das gilt in gleicher Weise für die „Sprache des Friedens“ und den Kampf gegen jeglichen friedensdemagogisch-manipulativen Mißbrauch der Sprache.

Das wachsende Bemühen der Geschichtswissenschaftler der DDR, das historische Erbe in seiner Ganzheit und Differenziertheit zu erschließen, erfordert eine fruchtbare Wechselwirkung mit ande-

¹⁹ Siehe dazu die entsprechende Feststellung von Hannes Hörnig/Gregor Schirmer, S. 695.

²⁰ Es muß bedenklich stimmen, wenn der Anteil der Historiker an interdisziplinären friedenswissenschaftlichen Publikationen sehr gering ist. Siehe z. B. Dem Frieden verpflichtet. Friedensforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1985. An diesem ersten Band des Interdisziplinären Zentrums Friedensforschung an der Humboldt-Universität beteiligte sich kein Geschichtswissenschaftler. Leider gilt dies auch für das 1986 vom gleichen Zentrum herausgegebene Humboldt-Journal für Friedensforschung „Wissenschaft und Verantwortung im nuklearen Zeitalter“. Ähnlich – mit Ausnahme eines Beitrages von Jürgen Kuczynski – bei dem Band: Frieden ohne Alternative. Hrsg. von Herbert Meißner und Karlheinz Lohs, Berlin 1985.

²¹ Siehe Frank Rupprecht: Die wachsende Rolle der Volksmassen und die geschichtliche Qualität des gegenwärtigen Friedenskampfes. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, H. 2/1986, S. 97 ff.

ren gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen und enge Zusammenarbeit mit Kunst und Literatur.²² Die Gesamtheit aller revolutionären, progressiven, humanistischen Traditionen der Geschichte läßt sich wohl nur erfassen, wenn die verschiedensten gesellschaftlichen Lebensbereiche in ihrer Gesamtheit berücksichtigt werden. Schließlich sei noch erwähnt, daß die neuen Erfordernisse der politisch-ideologischen Auseinandersetzung mit bürgerlichen Gesellschafts- und Geschichtstheorien nicht ohne entsprechende historisch-friedenswissenschaftliche Interdisziplinarität erfolgen kann und darf.²³

Insgesamt wird man sagen können, daß sich die Frage des Friedens in keiner Weise für uns vordergründig-aktuell stellt. Sie ist vielmehr eine Frage nach dem Lebenssinn, nach dem sinnvollen und verantwortungsbewußten Leben in der Geschichte. Sie offenbart sich als eine vom Historischen nicht zu lösende Orientierungssuche nach den eigenen Lebenswerten und dem eigenen Standort in der Gesellschaft. Die Geschichte läßt sich vielleicht – ohne das Bild mit einem allzu hohen Anspruch versehen zu wollen – als ein geistiger Trainingsplatz für die existentiell notwendige Bewältigung aller weltanschaulich-theoretischen und praktischen Fragen unseres Friedenskampfes betrachten. Alle Erfahrungen vergangener Generationen aufzuarbeiten sowie daraus die richtigen Lehren für unsere Gegenwart und Zukunft abzuleiten – dies dürfte die wichtigste und zugleich vornehmste Aufgabe historisch-friedenswissenschaftlicher Forschung bzw. einer historischen Friedensforschung²⁴ sein.

Peo pace mundi. 3. Die Verantwortung der Wissenschaftler für die Erhaltung des Friedens. Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 1988, S. 142-151.

²² Siehe Ernst Diehl, S. 724 ff.

²³ Siehe dazu die im Druck befindlichen Hefte Nr. 49 und Nr. 51 der „Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte“.

²⁴ In jüngster Zeit wird häufig dieser Begriff der historischen Friedensforschung verwendet. (Siehe z. B. Jost Dülffer/Karl Holl – Hrsg.): Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890 – 1915. Beiträge zur historischen Friedensforschung, Göttingen 1986. Er erscheint dem Vf. als zu eng, weil er lediglich auf die erste der drei hier behandelten Ebenen in der friedenswissenschaftlichen Arbeit des Historikers bezogen ist. Außerdem könnte er dazu führen, daß diese lediglich als ein neues geschichtswissenschaftliches Spezialgebiet betrachtet wird.

„Das Übermaß der Chancen für die Bourgeoisie führte 1933 zur Niederlage aller nichtfaschistischen Kräfte“

Weimarer Republik – Weimarer Verfassung – Weimarer Demokratie: das sind Begriffe, die wohl bei jedem politisch engagierten Historiker auf besonderes Interesse stoßen. Dies gilt für mich um so mehr, da ich nur zwanzig Kilometer von jenem namenspendenden Ort zu Hause bin und vielleicht auch deshalb, weil ich weiß, daß es um ein Haar heißen müßte: Jenaer Republik oder Nürnberger Verfassung, Kasseler Demokratie usw.¹

Die hauptstadtfeindliche Suche der damals Verantwortlichen nach einem passenden Ort für die Nationalversammlung und die schließliche Entscheidung für das – damals – geruhssame thüringische Residenzstädtchen haben viel mit dem zu tun, was unser heutiges Thema ausmacht. Die Wahl eines Tagungsortes fern von den Zentren der Novemberrevolution betraf bereits die Chancen, die dem *in* der Revolution, *mit* der Revolution und *gegen* die Revolution entstehenden Staat beschieden sein sollten. Die räumliche Entfernung der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung von Berlin war mehr als nur ein Symbol der Entfernung vom Streben der Arbeiter aus den unterschiedlichsten Richtungen nach einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Krieg. Sie war – wie es der Jurist Karl Polak einmal in der Verfassungsdiskussion der DDR von 1949/50 bezeichnet hat – eine „Entfremdung des Volkes von der Verfassungsschöpfung“ und damit „der erste Schritt der Entfremdung des Volkes von dieser Republik selbst ...“²

Die Ortsbestimmung für die Nationalversammlung verriet in vielerlei Hinsicht Standortbestimmung für die Republik. Sie verdeutlichte, *wem* von den verschiedenen Kräften der klassengespaltenen Gesellschaft *welche* Chancen, Chancen in *welchem* Ausmaß und mit *welchen* Grenzen zugestanden werden sollten.

Langwierig, qualvoll und widersprüchlich vollzog sich seit dem Beginn der Novemberrevolution die Konstituierung der Weimarer Republik. Keiner der 276 Tage zwischen dem Sturz der Monarchie und der Unterzeichnung der Weimarer Verfassung läßt sich als Geburts-Tag dieses Staates in Anspruch nehmen. Die politischen und geistigen Väter dieses Staates bemühten sich zwar, einen Tag zum Feiertag der Republik zu erheben – jedoch vergeblich. Weder der 9. November noch der 19. Januar, weder der 6. Februar noch der 11. August ließen sich durchsetzen. Weder der große Revolutionstag noch der Tag, an dem die Wahlen zur Nationalversammlung stattfanden, weder der Tag des ersten Zusammentretens der neuen Konstituante noch der sogenannte Verfassungstag repräsentierten *die* Gründung der Weimarer Republik.

Demgegenüber läßt sich eindeutig terminieren, wann faschistische und rechtskonservative Kräfte aus Wirtschaft, Militär, Parteien und Bürokratie diesen Staat zerschlugen, mit dessen Existenz sie sich niemals abgefunden hatten und dem Chancen zu gewähren sie niemals bereit gewesen waren. Sie hatten dessen Scheitern in unterschiedlichster Art, jedoch von Anfang an erstrebt. Er war ihnen ein Dorn im Auge, weil er nicht ausschließlich ihren Interessen Raum und Chancen bot.

Die Weimarer Republik existierte lediglich vierzehn Jahre – eine historisch kurze Frist. Sie beinhalten keineswegs lediglich eine Leidensgeschichte. Noch weniger läßt sich ihr Scheitern als zwangsläufig und unumgänglich betrachten. Aber es gab solche Auffassungen; verständlicherweise. Nach der Zerschlagung der Weimarer Republik dominierte bei allen jenen Kräften, die mit ihr besiegt worden sind, die Suche nach neuen Strategien des antifaschistischen Kampfes. Mit Recht wurde dabei bis zur Novemberrevolution zurückgeschaut, zu Entscheidungen wie beispielsweise denen über die faktische Weiterführung des alten Staatsapparates u. ä. m. In der Weimarer Republik wurde vor allem die Vorgeschichte der faschistischen Barbarei gesehen. In diesem Sinne war die Losung „Nie wieder Faschismus und Krieg – kein Zurück zu Weimar“ zu verstehen, unter der Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und bürgerliche Humanisten nach 1933 Widerstand

¹ Siehe Manfred Weißbecker: Flucht nach Weimar 1918/1919. Illustriertes Historisches Heft, Nr. 25, Berlin 1981, S. 30 f.

² Karl Polak: Die Weimarer Verfassung – ihre Errungenschaften und Mängel. In: Ders.: Zur Entwicklung der Arbeiter-und-Bauern-Macht. Reden und Aufsätze, Berlin 1968, S. 179.

leisteten, mit der sie nach dem 8. Mai 1945 begannen, nicht nur die Erscheinungsformen des Faschismus, sondern auch seine Wurzeln zu beseitigen.

Je weiter wir uns *heute* von der Geschichte der Weimarer Republik entfernen und je größer der historische Abstand wird, desto stärker stellt sich jedoch die damalige Zeit *auch* als ein Teil der Vorgeschichte unserer Gegenwart dar. Die Chancen, die es in der Weimarer Republik für die Weiterentwicklung ihrer demokratischen Instrumentarien bis zu deren notwendiger dialektischer „Aufhebung“ (Hegel!) gab, wirkten und wirken weit über 1933 hinaus. Insofern sind für uns manche Erscheinungen und Prozesse, Ansatzpunkte und Teilaspekte *aus* der Geschichte der Weimarer Republik bedeutender, als es ihrem realen Gewicht *in* den Jahren 1918 bis 1933 entsprach. In ihnen deuteten sich politische und geistige Möglichkeiten eines anderen, eines weniger Opfer fordernden Geschichtsverlaufs an. In ihnen offenbarten sich gewisse Alternativen zum tatsächlichen Geschehen, die – ohne schematische Vergleiche anstellen zu wollen – heute wesentlich größere Realisierungschancen und -notwendigkeiten aufweisen. Vor allem erschließen sich uns friedenspolitisch nutzbare Erfahrungen.

Solche Fragestellungen an die Geschichte der Weimarer Republik sind naturgemäß mehr mit ihren Anfängen als mit ihrem Ende verknüpft. In Abstimmung mit dem Beitrag Walter Wimmers sei daher hier etwas mehr auf die ersteren eingegangen, zumal eine Einschränkung des weiten Feldes, auf dem wir uns thematisch bewegen wollen, geboten scheint.

Ich sprach bereits von der Vielzahl der Geburtswehen des neuen Staates. In ihnen offenbarte sich das widersprüchliche Verhältnis, das die einzelnen *in* der Revolution agierenden und *von* ihr betroffenen Klassenkräfte zu ihm einnahmen. Wo es sich komplex in politischen Einfluß umsetzte, führte es zu unterschiedlichen Kennzeichen der Weimarer Republik, ja teilweise sogar zu janusköpfigen Eigenheiten und Widersprüchlichkeiten insbesondere in der Verfassung. Dennoch stellte die Weimarer Republik hinsichtlich ihres Charakters einen bürgerlichen Staat dar. Sein Klassencharakter war eindeutig bestimmt und entsprach dem prägenden Sieg der Konterrevolution über alle Versuche, die Novemberrevolution zu einem Sieg sozialistischer Hoffnungen und Wünsche der Arbeiterklasse weiterzuführen. Aber sie spiegelte in sich eben auch ein Ergebnis der Novemberrevolution selbst, sie war ein Resultat des Drucks der demokratischen Massenbewegung.

Dieses gewisse, wenn auch keineswegs gleichrangig zu verstehende „Sowohl-Als-auch“ in der Entstehung der Weimarer Republik bot allen Klassenkräften neue Bedingungen für ihren weiteren Kampf, wobei die Chancen von Beginn an sehr ungleich verteilt waren. In diesem „Sowohl-Als-auch“ widerspiegelt sich, daß diejenigen, die ihre Macht über Krieg und Revolution hinweg zu retten verstanden hatten, die gewichtigen und weitreichenden Wandlungen im politischen, sozialen und geistigen Leben der Gesellschaft berücksichtigen und anerkennen mußten. Daher paarten sich bei ihnen vorsichtiges Taktieren und kompromißgewandte Anpassungsbereitschaft mit antirevolutionärer und massenfeindlicher Rigorosität. Das erste trat beispielsweise in den Verfassungsdiskussionen zutage, letzteres vor allem in der Gestaltung der Verfassungswirklichkeit, in der allzu häufigen Ausübung der politischen Macht entgegen der demokratischen Substanz der zweifellos hervorragend formulierten Artikel des zweiten Teils der Weimarer Verfassung.

Die Frage nach den Chancen der Weimarer Republik stellt sich für mich – und das wird hier keinen überraschen – nicht als eine Alternative für den revolutionären Weg zum Sozialismus, sondern als Chance eines evolutionären Weges im Rahmen des bestehenden Staates. In diesem Sinne war die Weimarer Republik kein Ausdruck eines zweiten oder dritten Weges. Vielmehr stellt sich für mich die Frage nach den Chancen gemäß dem eigenen Anspruch, gemäß der fixierten Normen, der verkündeten Ideale. Die Frage nach den Chancen der demokratischen Substanz von Weimar ist nicht zuletzt eine Frage nach dem bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftssystem der Weimarer Republik, nach den Grundsätzen der Verfassung dieses Staates.

Tatsächlich stand das Grundsatzdokument von Weimar hinsichtlich seines bürgerlich-demokratischen Charakters durchaus gut da. Es brauchte in dieser Hinsicht den Vergleich zu den Verfassungstexten aus anderen bürgerlichen Ländern keineswegs zu scheuen. In den revolutionären Auseinandersetzungen geriet die Verfassung so gut, das heißt so demokratisch, wie der bürgerlichen

Rechten die Kodifizierung demokratischer Rechte für die Massen abgerungen werden konnte. Unverkennbar manifestierte sich vor allem in den Grundrechten ein historischer Fortschritt, der für den notwendigen weiteren Kampf der Arbeiterbewegung von außerordentlich großer Bedeutung gewesen wäre, hätten sie durchgesetzt, erweitert und gesichert werden können. Die Verfassung bot Chancen für jene Kräfte, deren Anliegen nicht allein die Beibehaltung des Erreichten, sondern der Kampf für Demokratie und Sozialismus, für Frieden und Fortschritt war – ungeachtet ihrer Begrenztheiten und ihres dominierenden Widerspruchs zwischen den Ansätzen zu einem wirklichen bürgerlich-demokratischen Leben der Gesellschaft und pseudodemokratischen Exekutive-Befugnissen des Weimarer Staates.

Natürlich ist der Parlamentarismus der Weimarer Republik von bürgerlichen Parteien und Politikern nicht nur akzeptiert, sondern auch erstrebt worden. Deren Auseinandersetzung mit dem wilhelminischen Obrigkeitsstaat und der Diktatur der Obersten Heeresleitung bereiteten ebenfalls den Boden für die Republik, wenngleich sie in ihr hauptsächlich die Chance einer erfolgreichen Spaltung der Arbeiterbewegung sowie der Integration einiger ihrer Teile in den bürgerlichen Staat sahen. Widerwillig hatte schon Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg am 27. Februar 1917 in einer Reichstagssitzung von der Notwendigkeit einer „Neuordnung“ gesprochen. Am Tage des Sieges der bürgerlich-demokratischen Revolution im zaristischen Rußland erklärte er: „Überall, wo politische Rechte neu zu ordnen sein werden, da handelt es sich nicht darum, das Volk zu belohnen für das, was es getan hat – diese Vorstellung ist mir immer als geradezu entwürdigend erschienen –, sondern es handelt sich ausschließlich darum, den richtigen politischen und staatlichen Ausdruck für das zu finden, was dieses Volk ist.“³

Was aber ist das Volk, was soll es nach dem Willen der Herrschenden sein? Wie soll es von einer, von seiner Revolution ferngehalten werden? In welcher Weise läßt es sich so beeinflussen, daß es die bürgerliche Herrschaft nicht nur nicht bekämpft, sondern sich in sie einordnet, sie akzeptiert und sich mit ihr identifiziert? Diese generellen Fragen gewannen für die Bourgeoisie eine völlig neue Qualität, als mit den Revolutionen von 1917/18 die Ablösung der auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhenden Gesellschaftsformation auf die Tagesordnung der Geschichte gestellt wurde.

Mit einem geschichtlichen Blick auf die große Revolution in Frankreich, auf die damals nicht verhinderten Auswirkungen dieser Revolution auf Deutschland, postulierte der führende Politiker der Deutschen Demokratischen Partei, Friedrich Naumann, in den Beratungen des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung am 31. März 1919 mit Besorgnis: „Niemand von uns ist heute sicher, welchen Weg die bolschewistische Verfassung von Moskau aus nach Westen geht ... Es ist leicht, das zu ignorieren, aber damit hat man nicht aus der Welt geschafft, daß schon heute diese Verfassung und die in ihr enthaltene politische Weltanschauung in unserem eigenen Volke und Vaterlande eine große wirkende Kraft hat. Wenn demgegenüber hier eine Verfassung geschaffen wird, die es nicht fertigbringt, sich von einer anderen Grundidee aus dem entgegenzustellen, dann ist das ein allzu schwacher Zusammenhalt des Staates, für den wir hier die Verfassung zurechtmachen.“⁴

Es wäre sehr interessant, am Beispiel der chancenbietenden Verfassungsdebatte darzustellen, wie Schritt für Schritt – vor allem nach dem Ende der Novemberrevolution – diese andere Grundidee durchgesetzt und gleichzeitig wieder abgebaut und zurückgenommen worden ist, was ursprünglich in den weiterreichenden demokratischen Intentionen einer ganzen Reihe der Verfassungsväter enthalten war. Allein die Streichung des Artikels 107 aus dem sogenannten vierten Entwurf war nahezu symbolisch. Dieser Artikel hatte vorgesehen, daß die Grundrechte und Grundpflichten „Richtschnur und Schranke für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reich und in den Ländern“ bilden. Auf diese Weise wäre den Grundrechten eine unmittelbar verpflichtende gesetzliche Kraft zugekommen. Die rechten Parteien erreichten die ersatzlose Aufhebung dieses Artikels, was erheblich dazu beitrug, die Grundrechte mehr oder weniger zu bloßen Absichtserklärungen werden zu lassen, zu einer „Aphorismen-Sammlung“, wie Vertreter der bürgerlichen Rechte

³ Theobald von Bethmann Hollweg: Die Kanzlerrede vom 27. Februar, Berlin 1917, S. 10.

⁴ Berichte der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung 1919, Nr. 21. Bericht und Protokoll des Achten Ausschusses über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, Berlin 1920, S. 180 f.

damals spöttelten. Hier handelte es sich um einen Abbau der Verfassung, bevor sie noch angenommen worden war. Aber jeder Abbau der Verfassung – das wird man in so allgemeiner Form sagen können – richtete sich gegen die Chancen, die sich die antiimperialistische Massenbewegung in der Revolution hatte erkämpfen können.

Damit ist zugleich gesagt, daß auch im weiteren Verlauf die Chancen der Weimarer Republik dort lagen, wo es die Arbeiterbewegung und ihre Verbündeten verstanden, die Errungenschaften des Novembers 1918 zu verteidigen. Deren Schutz verlangte ein aktives, kontinuierliches und konsequentes Ringen um ihre Realisierung und um ihre Erweiterung, verlangte Einheitlichkeit und Partnerschaft aller Kräfte, die an einer weiteren Schwächung der reaktionärsten und aggressivsten Kreise, am wirksamen Kampf gegen die Wiederaufrüstung und gegen die Gefahr einer faschistischen Diktatur interessiert waren. Die Geschichte der Arbeiterparteien in der Weimarer Republik bietet dafür positive und negative Beweise, aus denen zu lernen notwendig und möglich ist, nicht zuletzt in solchen Gesprächen, wie dem von gestern und heute. Es gehört zu den tragischen Elementen der deutschen Geschichte, daß es den Herrschenden – auch mit Hilfe des Weimarer Staates und seines Chancenangebots für die Rechten – gelingen konnte, die Spaltung der Arbeiterklasse zu vertiefen. Daraus erwuchsen zusätzliche, potenzierte Chancen für jene bürgerlichen Kräfte, die eigentlich mit der Weimarer Republik nichts, zumindest nicht viel im Sinn hatten. In den rechtskonservativen und faschistischen Organisationen entfaltete sich daher ein neues Machtstreben, das sich nicht allein gegen alle Teile der Arbeiterbewegung richtete, das sich mehr und mehr gegen den bürgerlichen Parlamentarismus und alle demokratischen Elemente der Weimarer Gesellschaft erhob. Diese Kräfte nahmen schließlich die Errichtung einer terroristischen Diktatur und die Entfesselung eines neuen Weltkrieges von deutschem Boden aus in ihr Visier. Hierin sehe ich primär die Ursache des Scheiterns der Weimarer Republik. Allerdings ist damit keineswegs die geschichtliche Wirksamkeit anderer Faktoren geringschätzig abgetan, wie der marxistisch-leninistischen Faschismus-Forschung der DDR immer wieder mit dem klischeehaften Vorwurf unterstellt wird, sie verkürze die Erklärung des Faschismus auf eine grobschlächtige „Agenten-Theorie“.

Gerade mein differenziertes und differenzierendes Bild vom Faschismus und seinen vielfältigen Ursachen führt mich zu der These: Je geringer in der Weimarer Republik die Chancen der antimilitaristischen und antifaschistischen Kräfte gehalten, je stärker sie in der Wahrnehmung und Durchsetzung ihrer Ziele behindert wurden, desto mehr sah sich auch die Weimarer Republik ihren Zerstörern in wachsender Chancenlosigkeit und Ohnmacht ausgeliefert.

Mit dem Blick auf das Scheitern der Weimarer Republik wird sich daher wohl verallgemeinernd formulieren lassen: Das Übermaß der Chancen für die Bourgeoisie und an bürgerlicher Macht gegen die Arbeiterbewegung führte schließlich 1933 zur Niederlage aller nichtfaschistischen Kräfte. Deren Chancen hätten in ihrer Aufgabe gelegen, alle rechten Kräfte chancenlos werden zu lassen. Obwohl es dazu Chancen noch am 30. Januar gab – sie wurden versäumt.

An das Ende meiner Ausführungen gestatten Sie mir bitte ein Zitat von Hugo Preuß zu stellen. 1924 schrieb er, nicht ohne eine gewisse Resignation: „Schlimm ist es freilich, daß sich., das Schwerkewicht sehr bedenklich nach rechts verschoben hat und der Einfluß von Anschauungen und Personen allzu stark geworden ist, die zwar gern in einer Regierung, auch in einer republikanischen sitzen, aber nur ungern in einer demokratischen Republik leben.“ Fast prophetisch setzte er hinzu: Es werde sich zeigen, „daß eine Rückwärtsrevidierung der Verfassung von Weimar das nationale Dasein des deutschen Volkes und seine ganze wirtschaftliche Existenz in Frage stellt“⁵. Analog zur These von Kommunisten, Sozialdemokraten und auch eines Joseph Wirth „Der Feind steht rechts“ kritisierte Preuß als Erbübel, Schwäche und Kurzsichtigkeit des deutschen Bürgertums, daß es leider dazu neige, „die Gefahren von links mit einem Vergrößerungsglase und aus Furcht vor diesen Gefahren die von rechts gar nicht zu sehen“⁶.

⁵ Hugo Preuß: Um die Reichsverfassung von Weimar, Berlin 1924, S. 13 ff.

⁶ Ebenda, S. 72.

Welche Chancen hätte es gegeben, wäre es gelungen, dies zur vorherrschenden Auffassung in der Weimarer Republik zu machen!

Disput

Manfred Weißbecker

Wenn irgend jemand den Eindruck gehabt haben sollte, die Geschichte und ihr Erbe wären einfach zu bewältigen, so zeigt ihm unser heutiges Gespräch, daß dem nicht der Fall sein kann. Geschichte ist nun mal etwas sehr Kompliziertes, und die Geschichte seit 1918/19 ist es in besonderem Maße. Erhöht das nicht unsere Verantwortung gegenüber dieser Geschichte? Erhöht das nicht unsere Verantwortung bei der Diskussion darüber? Daß das Erbe der jüngsten Geschichte sehr viel mehr Trennendes zwischen uns enthält als die Debatte über den Begriff „Revolution von oben“ – Genosse Engelberg wird mich verstehen –, versteht sich eigentlich von selbst. Ein Gespräch, das ja wohl von allen Beteiligten als absolut erforderlich betrachtet wird, sollte nicht unbedingt dort beginnen, wo die Unterschiede am größten sind und wo wir, selbst wenn mehr Zeit zur Verfügung stünde, sicherlich – ich möchte das ganz klar sagen – keine Übereinstimmung erzielen werden. Manches wäre auch zunächst im Sinne eines gegenseitigen Nachholbedarfs an Informationen zu leisten. Wenn vom Trauma des Sozialfaschismus gesprochen worden ist, dann muß in gleicher Weise der Blick auf das Trauma des Blutmai 1929 sowie auf viele andere antikommunistische Tatsachen gerichtet werden. Aber ich bleibe bei meinem Ausgangspunkt und bei der Frage, was solche Gespräche überhaupt zu leisten vermögen, sollen sie sinnvoll sein. Es darf zwar keine Verwischung der Unterschiede geben, aber es muß doch vor allem um die Fixierung dessen gehen, was uns einen friedenspolitischen Konsens ermöglicht. Dies ist meine Ausgangsposition, die ich ganz bewußt auch aus meinem Statement wiederhole.

Weiter glaube ich, daß für unsere schwierigen Gespräche ganz sicher manche Begriffe geklärt und manche Klischees abgebaut werden müssen. Dazu gehört für mich das hier verwendete und uns diskreditierende Wort von der Agententheorie. In der Debatte wurde zwar sehr vornehm von ihrer Beseitigung als einer künftigen Aufgabe der Geschichtswissenschaft in der DDR gesprochen. Dennoch will ich darauf verweisen, daß das, was mit „Agententheorie“ gemeint ist, eigentlich schon auf das nicht zutrifft, was zum Beispiel von Dimitroff im Jahre 1935 formuliert worden ist. Nehmen wir nur einmal die hier zitierte Formulierung vom Faschismus an der Macht als einer offen terroristischen Diktatur der reaktionärsten und aggressivsten Kreise des Finanzkapitals, dann können wir etwas sehen, was mit „Agenten der Monopole“ nichts gemein hat. Die Betonung lag darauf, daß es sich beim Faschismus (an der Macht und nicht schlechthin!) um eine Herrschaft bestimmter Teile der Bourgeoisie und nicht allgemein der Bourgeoisie handelte. Das beinhaltete eine wichtige Weiterentwicklung der Erkenntnisse der Kommunisten im antifaschistischen Kampf. Darin kam ein wichtiger Erkenntnisfortschritt gegenüber früher getroffenen Aussagen zum Ausdruck, in denen nur von der Offensive, von der Macht oder vom Angriff der Bourgeoisie gesprochen wurde. Ich bitte, diesen Aspekt bei der Betrachtung und Wertung der marxistisch-leninistischen Definition des Faschismus zu beachten, weil er keine pejorativen Urteile darüber zuläßt, was der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale verallgemeinert hat.

Ich verweise auch darauf, daß bereits bei Dimitroff sehr viel mehr zum Thema als nur der eine immer wieder angeführte Satz zu lesen ist. Er sagte viel zu dem, was uns hier als angebliches Desiderat in unserer Faschismus-Auffassung begegnet ist, also zum Beispiel über Haltungen, Bewußtseinsstand und Fehlentwicklungen unter den Massen. Nachzuschlagen lohnt, und wer nicht bis zu Dimitroff zurückgehen will, dem könnte ich manches aus der geschichtswissenschaftlichen Literatur unseres Landes nennen. Ich will hier beispielsweise anführen, daß wir uns in Jena vor acht Jahren auf einer Konferenz mit dem Thema „Bürgerliche Parteien und die werktätigen Massen“ beschäftigt haben. Dabei sind wir von solchen generellen Fragestellungen eines historisch-materialistischen Geschichtsverständnisses ausgegangen, die das wechselseitige Verhältnis von Ökonomie, Politik und Ideologie in der Geschichte betreffen. Wir sind zu Erkenntnissen gelangt, die Walter Schmidt schon gestern angedeutet hat. Unsere Erkenntnisse erlauben einen anderen Blick auf die Rolle der Massen,

als es Herr Kocka angeboten hat. Wir sehen andere Ursachen als primär für Aufstieg und Sieg des Faschismus an. Nicht zuletzt will ich auch an den antifaschistischen Auftrag des Historikers erinnern. Wir betreiben Faschismusforschung bewußt und willentlich zur Verhinderung und zur Überwindung von Faschismus. Eine antifaschistische Strategiegewinnung aus der Aussage heraus, der Faschismus sei vor allem und tief in den Massen verwurzelt, führt meines Erachtens in die Irre.

Sicher handelt es sich beim Verhältnis von Faschismus und Massen um eine insgesamt komplizierte und differenziert zu sehende Frage. Aber verweisen will ich noch einmal auf die Tatsache, daß das Problem des Faschismus schon lange existent war, bevor er Massen für sich hatte gewinnen können. Ursachen und Wirkungen sind also nicht zu verwechseln. Muß uns nicht gerade das veranlassen, die Relationen anders zu sehen? Auch die zwischen dem Masseneinfluß der NSDAP vor und nach 1933? Das Bild aus den Jahren nach 1933 darf nicht ohne Berücksichtigung der veränderten Verhältnisse auf die Weimarer Zeit übertragen werden. Das ist sicher auch methodologisch für jeden Historiker einleuchtend.

Ich will mich hier einer Bemerkung zu den aufgeworfenen Problemen nicht entziehen, die die Geschichte der KPD und deren Stellung zur Weimarer Republik betreffen. Walter Wimmer wird das zwar sicher sehr viel genauer, sachkundiger und präziser tun, aber für mich spielt eine große und entscheidende Rolle, daß der außerordentlich hohe Blutzoll, den die Kommunisten zu erstatten hatten, in erster Linie von der extremen Reaktion verursacht worden ist. Ich führe diesen Blutzoll auf den faschistischen Terror und nicht so sehr darauf zurück, daß die Kommunisten etwa den Übergang von legalen bzw. halblegalen in die illegalen Kampfbedingungen nicht voll und ganz bewältigt haben. Ich sehe, was die Nationalsozialisten mit Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen angestellt haben. Ein anderes Verhältnis zur Weimarer Republik hätte am Wesen des Faschismus bzw. des Nationalsozialismus nichts geändert.

Natürlich muß auch das Verhältnis der Kommunisten zur Weimarer Republik differenziert gesehen werden, auch hinsichtlich der Geschlossenheit, die es damals in der Partei zu dieser Frage gab. Man darf heutige Verhältnisse hinsichtlich der inneren Geschlossenheit der Partei nicht einfach in die Geschichte zurückprojizieren. So ist es zu erklären, daß es in der KPD auf der einen Seite die These vom Sozialfaschismus gegeben hat, die von uns seit langer Zeit und auch selbstkritisch als falsch gekennzeichnet worden ist, auf der anderen Seite aber auch die historisch notwendigen und politisch wie ideologisch richtigen Appelle zum gemeinsamen Vorgehen aller Arbeiter-Organisationen gegen den Faschismus gegeben hat. Dieses zeitweilige Nebeneinander ist übrigens aus meiner Sicht kein Grund dafür, an der Ehrlichkeit der Einheitsfrontangebote der KPD zu zweifeln.

Susanne Miller/Malte Ristau (Hrsg.), Erben deutscher Geschichte. DDR – BRD: Protokolle einer historischen Begegnung. Reinbek bei Hamburg 1988, S. 154-161, 171-174.

Laudatio für Prof. em. Dr. phil. Dr. h.c. Wolfgang Ruge

Es ist für die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Friedrich-Schiller-Universität Jena ein beglückender Anlaß, am heutigen Tage ein ungewöhnliches Lebenswerk, eine außergewöhnliche Leistung, eine anerkannte Persönlichkeit des wissenschaftlichen Lebens in der Deutschen Demokratischen Republik zu würdigen. Hoherfreut kann sie eine Ehrung aussprechen, die ihr selbst und mit ihr der Alma mater Jenensis zur Ehre gereichen wird.

Wenn heute bei uns, aber auch in den anderen sozialistischen Ländern sowie in einer ganzen Reihe westlicher Staaten von der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, der Deutschen Demokratischen Republik gesprochen wird, fällt für keinen überraschend und beinahe unweigerlich der Name Wolfgang Ruges.

Zweifellos gehört er zu den produktivsten und profiliertesten, zu den bekanntesten und anregendsten unter den Historikern unseres Staates, eines Landes, das ein so unbestechlich klares Verhältnis zur Geschichte besitzt und dessen geschichtswissenschaftliche Leistungen immer wieder zur Debatte stehen – im Guten wie natürlich auch im Bösen, anerkennend und kritisch zugleich.

Zahlreiche monographische Werke entstammen seiner geschliffenen Feder, gewichtig in Inhalt und Wirkung. Wenn sich Studenten aller geschichtswissenschaftlichen Sektionen die Historie der Weimarer Republik erarbeiten, benutzen sie *den* Ruge. Gemeint ist dann wie selbstverständlich des großartige Lehrbuch Deutschland von 1917-1933, das 1967 erstmalig erschien und heute bereits in der vierten Auflage vorliegt, das immer wieder verlangt und in der Benutzung von Hochschullehrern, Nachwuchswissenschaftlern und Studenten gleichermaßen gelobt wird. Wenn in den Diskussionen der Fachwelt vom Weimarer Staat als einer „Republik auf Zeit“ gesprochen wird, dann knüpft dies an die einleuchtende und hervorragend gestaltete Darstellung zur Geschichte der Novemberrevolution und der Weimarer Republik an, die Wolfgang Ruge 1969 unter diesem Titel veröffentlichte. Auch dieses Werk liegt bereits in der vierten Auflage vor, es ist in der BRD erschienen und ins Japanische übersetzt worden.

Wenn der wissenschaftliche Meinungsstreit das immer und immer wieder auftauchende Problem erfaßt, wie aus Deutschland, dem Land der Dichter und Denker, das Entsetzen verbreitende Land der braunen Richter und Henker werden konnte, und wenn die uns heute noch so bewegende Frage diskutiert wird, wie es zum Scheitern der Weimarer Republik und zur Errichtung der nazifaschistischen Diktatur kam, dann vergewissert sich jeder auch der Meinung, die dazu der Autor des Buches „Das Ende von Weimar. Monopolkapital und Hitler“ vertreten hat, eines außerordentlich anregenden Buches, das in der UdSSR unter dem Titel „Wie Hitler zur Macht kam“ sowie in der Bundesrepublik – hier als „Hitler, die Weimarer Republik und die Machtergreifung“ – erschien.

Mit großer Freude ist immer wieder und gerade auch von den Jenaer Historikern aufgenommen worden, wie sich Wolfgang Ruge um die Darstellung der Lebensweg, führender Gestalten der Geschichte unseres Jahrhunderts bemüht. Sein großes Interesse für die biographische Arbeit des Historikers, die wiederum auf das größte Interesse zahlreicher Leser stößt, führte zu den bemerkenswerten Büchern über Gustav Stresemann, Matthias Erzberger und Hindenburg. Mit großer Spannung werden die Biographie Heinrich Brünnings und eine Studie über Walther Rathenau erwartet, an denen er gegenwärtig arbeitet.

Daß in der Deutschen Demokratischen Republik die marxistisch-leninistische Biographik einen vielfach festgestellten erfreulichen und eindrucksvollen Aufschwung nehmen konnte, ist in hohem Maße Wolfgang Ruge geschuldet. Mit Recht kann er geradezu als ein Wegbereiter dieser speziellen und besonders anspruchsvollen Art von Geschichtsliteratur bezeichnet werden. Mit Recht darf sein Beitrag hervorgehoben werden, den er damit auch zur Widerlegung aller personalistischen Geschichtstheorien von den „großen Männern“, die angeblich die Geschichte machen, leistete. Gerade jene, die gern den gesetzmäßigen Zusammenhang von Imperialismus und Faschismus, von Monopolkapital und Nazipartei bagatellisieren oder sogar völlig leugnen, wollen glauben machen, die historische Verantwortung für Faschismus und Krieg ruhe allein auf Hitler, er sei die einzige, über-

mächtige und unaufhaltsame Triebkraft des Geschehens gewesen. Dem setzt Wolfgang Ruge die dialektische Betrachtungsweise eines komplizierten, vielgestaltigen und in sich widersprüchlichen Mechanismus, der bei der Umsetzung ökonomischer Macht in Politik abläuft, entgegen. Ein wichtiges Resümee seiner Auffassungen kleidete er u. a. in die Worte:

„Das Großkapital ist nicht in der Lage, sich einfach Regierungschefs und Minister zu kaufen, die die rechtlichen Grundlagen für die profitabelsten Ausbeutungsbedingungen schaffen, sondern muß – wie eben auch die Karriere Hitlers zeigt – bestrebt sein, solche Politiker an die Exekutivgewalt heranzuführen, die die Profitschöpfung und den Expansionsdrang auch ideologisch, massenpolitisch und organisatorisch abzusichern vermögen, das heißt, imstande sind, mit hunderterlei, zum Teil auch riskanten oder imperialistische Teilinteressen beeinträchtigenden Mitteln beträchtliche Teile der Werktätigen zur aktiven Unterstützung ihrer Herrschaft zu bewegen.“

Fast unübersehbar ist die Vielzahl wissenschaftlicher Aufsätze, Rezensionen und Presseartikel, die neben vielen seiner Bücher auch in der UdSSR, in Bulgarien, Ungarn, Jugoslawien, Dänemark, Japan und nicht zuletzt in der BRD erschienen. An zahlreichen Rundfunk- und Fernsehsendungen wirkte er mit. Mit einer Reihe von Beiträgen konnte er richtungsweisende Lösungen vorlegen und in die großen Debatten der Historiker der Deutschen Demokratischen Republik eingreifen, gleich ob sie die Differenziertheit und innere Widersprüchlichkeit in der deutschen Monopolbourgeoisie betrafen, das Problem der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die Fragen von Geschichtsbild, Geschichtsbewußtsein und historischen Traditionen oder die zur Entwicklung der deutschen Nation in unserer Epoche.

An allen großen Gesamtdarstellungen zur deutschen Geschichte und zur Geschichte der Arbeiterbewegung, an den großen historiographischen Sammelbänden, an den wichtigen Dokumentationen und den Lexika war er als Herausgeber und Autor beteiligt.

Trotz häufiger Anfeindungen führt er mit Konsequenz und Geschick die Auseinandersetzung mit nichtmarxistischen Geschichtsdeutungen, vor allem mit den reaktionärsten bürgerlichen Auffassungen und ihren friedensbedrohenden Aspekten. Andererseits sehen wir in ihm auch die geschichtswissenschaftliche Sinnerfüllung des proletarischen Internationalismus, sehen wir sein Verdienst um die Erschließung und Verarbeitung zahlreicher anregender Beiträge der sowjetischen Historiographie.

Immer wieder ist auch zu spüren, wie sehr ihm die populärwissenschaftliche Vermittlung neuester Forschungserkenntnisse am Herzen liegt. Davon zeugen insbesondere jene zwei Sammelbände, für die er als Mitherausgeber verantwortlich zeichnete und gewichtige Beiträge beisteuerte. Überall ist ein positives und zustimmendes Echo auf die Bände „Gewalten und Gestalten. Miniaturen und Porträt zur deutschen Novemberrevolution 1918/19“ und „Sturz ins Dritte Reich. Historische Miniaturen und Porträts 1933-1935“ festzustellen. Keineswegs zufällig erfuhr der Band über Gustav Stresemann, 1966, eine hohe Auszeichnung durch die Ministerien für Kultur und für Volksbildung der DDR sowie durch die Urania, die ein Preisausschreiben zur Förderung der populärwissenschaftlichen Literatur veranstaltet hatten.

Wolfgang Ruge versteht es, historisches Interesse zu wecken und ihm Genüge zu tun. Er vermag es, sozialistisches Geschichtsbewußtsein entwickeln zu helfen, nicht zuletzt durch das überzeugungskräftige Erfassen der dialektischen Einheit von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, von Wissenschaft und Politik.

Auch eine Laudatio größeren Umfangs, zu der ich mich eigentlich angespornt und persönlich verpflichtet fühle, wohl wissend, daß sie nicht möglich ist, auch eine solche Laudatio könnte nicht alle wissenschaftlichen Ergebnisse aufführen, nicht den reichen Ertrag dreier Jahrzehnte im Leben des Geschichtsschreibers Wolfgang Ruge benennen. Ich sage es daher mit anderen Worten: Seine umfassende wissenschaftliche Arbeit fand ihre Würdigung mit der Verleihung des Vaterländischen Verdienstordens in Bronze und in Silber sowie des Nationalpreises der Deutschen Demokratischen Republik. Auszeichnungen erfuhr er ebenso durch die Akademie der Wissenschaften der DDR, die

Akademie der Wissenschaften der UdSSR sowie auch durch die Jenaer Friedrich-Schiller-Universität, der er sich seit langem und eng verbunden weiß.

Die wissenschaftlichen Arbeiten der Jenaer Geschichtssektion sind von Wolfgang Ruge stets gefördert und aktiv unterstützt worden. Seine Beiträge über die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei gehören zu den tragenden, sowohl in dem 1968 und 1970 veröffentlichten Handbuch zur Geschichte der bürgerlichen Parteien als auch im neueren „Lexikon zur Parteiengeschichte“. Seit vielen Jahren nimmt er an allen Konferenzen, vor allem am Jenaer Faschismus-Kolloquium teil. Seine Ergebnisse und Wirkungen sind in vielfacher Hinsicht Wolfgang Ruge zu danken. Gutachten von bestechend klarer Konstruktivität halfen so manchem, die vor dem wissenschaftlichen Nachwuchs aufgebauten Hürden zu bewältigen.

Wolfgang Ruges Arbeiten und Wirken basieren auf einer eindrucksvollen Materialfülle, sie sind getragen vom schöpferischen Miteinander wissenschaftlicher Objektivität und sozialistischer Parteilichkeit. Sie atmen allesamt den Geist einer revolutionären Generation, deren Weltbild und persönlicher Entwicklungsweg auf das Engste mit dem Epochenjahr 1917 verbunden ist.

Er entstammt einem kommunistischen Elternhaus, gehörte zunächst zu einigen kommunistischen Kindergruppen und zum Jung-Spartakusbund. In den Jahren der großen Weltwirtschaftskrise zählte er zu den aktiven Mitgliedern im Arbeitersportverein Fichte, im Sozialistischen Schülerbund und im Kommunistischen Jugendverband.

Wie so viele andere war nach dem 30. Januar 1933 für seine Familie und ihn kein Bleiben in Deutschland. Von Ende 1933 bis 1956 lebte er in der Sowjetunion, die ihm 1936 ihre Staatsbürgerschaft verlieh. Von 1934 bis 1941 war er als Zeichenlehrer, Zeichner und Kartograph in Moskau tätig. Nach dem Erwerb des Abiturs begann er 1940 ein Fernstudium an der Historischen sowie an der Literarischen Fakultät des Moskauer Tschernyschewski-Instituts für Philosophie, Literatur und Geschichte.

Mit dem faschistischen Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR trat auch der junge Deutsche Wolfgang Ruge in eine schwere Zeit ein, verständlicherweise. Sie sah ihn als Landarbeiter in Kasachstan, als Holzfäller und Forstarbeiter in westsibirischen Gebieten, als Techniker und als Ingenieur beim Eisenbahnbau, seit 1951 als Oberingenieur im Projektierungsbüro des Forstbetriebes Nr. 239 im Uralgebiet. Von 1947 bis 1948 absolvierte er an der Historisch-Philosophischen Lenin-Universität Swerdlowsk ein Fernstudium, das er erfolgreich als Diplomhistoriker mit einer Arbeit über den Schwarzmeerhandel Venedigs und Genuss im 13. und 14. Jahrhundert abschließen konnte. Mit einem Zertifikat als Übersetzer für Englisch-Russisch beendete er 1950 ein Fernstudium am Moskauer Fremdsprachen-Institut.

Sein Lebensweg in der DDR sah den als Verfolgten des Naziregimes Anerkannten von Anfang an als wissenschaftlichen Mitarbeiter im heutigen Zentralthinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Von 1958 bis 1977 leitete er die Abteilung Weimarer Republik. In dieser Zeit promovierte er mit einer Arbeit über die Stellungnahme der UdSSR zur Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen im Jahre 1923. Aus der Dissertationsschrift ging seine erste Monographie hervor, die 1962 erschien. 1968 konnte er sich habilitieren.

Mit allen seinen Arbeiten, mit seiner stetigen Bereitschaft zu konstruktiver Diskussion und mit seinem Gespür für die jeweils gravierenden Probleme der Wissenschaftsentwicklung leistete Wolfgang Ruge zum Werden und Wachsen der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft in der DDR einen bedeutsamen, einen wirkungsvollen und unverwechselbaren Beitrag.

Ihnen, hochverehrter Genosse Professor Ruge – Dir, lieber Wolfgang – dafür gebührende Anerkennung und herzlichen Dank zu zollen, verbindet die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät des Wissenschaftlichen Rates unserer Alma mater Jenensis mit der heutigen Verleihung der Ehrendoktorwürde.

Ehrenpromotion Wolfgang Ruge. Ausgewählte Vorträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1988, S. 5-10.

Der deutsche Faschismus als Gegenstand geschichtswissenschaftlicher Forschungen in der DDR – unter Berücksichtigung historisch-pädagogischer Fragestellungen

Seit der Befreiung Deutschlands von der braunen Barbarei galten und gelten der vollständigen Überwindung und der konsequenten Bewältigung des Faschismus stets auch umfangreiche und intensive Bemühungen von Gesellschaftswissenschaftlern der DDR. Der deutsche Faschismus, verantwortlich für den schlimmsten aller Kriege in der an Kriegen so reichen Menschheitsgeschichte, hatte ein in jeder Hinsicht furchtbares Erbe hinterlassen, das zu beseitigen ihr verpflichtendes antifaschistisches Ziel war und ist. Dies entsprach voll und ganz dem konsequent-antifaschistischen Wesen eines Staates, der im Prozeß der Auseinandersetzungen um die Sicherung des militärischen Sieges der Anti-Hitler-Koalition über den Faschismus sowie um die Beseitigung von dessen sozial-ökonomischen Wurzeln entstanden ist. Dies entsprach und entspricht dem geschichtlichen und zukunftsorientierten Selbstverständnis der DDR ebenso wie den in ihr gewachsenen wissenschaftsgeschichtlichen Aufgaben und Traditionen. Gleichzeitig sind von Historikern, Philosophen, Literaturwissenschaftlern und auch von Pädagogen ständig neue Fragen in die Diskussion eingebracht worden. Das Thema „Faschismus“ konnte zu keinem Zeitpunkt und kann auch heute nicht als „erledigt“, als „überflüssig“ betrachtet oder gar abgehakt werden. Trotz der insgesamt erfolgreichen Bewältigung des dunkelsten Kapitels deutscher Vergangenheit wird weiterhin über jene 12 der geplanten 1000 Jahre geforscht und publiziert; Fragen an diese Vergangenheit sind immer wieder neu zu stellen und zu beantworten. Sie ergeben sich sowohl aus dem Prozeß der Gesellschafts- und Wissenschaftsgeschichte der DDR als auch – damit eng verbunden – aus den Fragen neuer Generationen, die diese Zeit nicht mehr unmittelbar miterlebt haben.

Der folgende Überblick über die geschichtswissenschaftliche und historisch-pädagogische Behandlung von Faschismus und Antifaschismus in der DDR muß zwangsläufig kursorisch und unvollständig bleiben. Die Fülle der historiographisch noch nicht aufgearbeiteten Literatur (König 1980; Gossweiler 1986, S. XI ff.) zwingt zur Auswahl und zur Beschränkung auf einige Aspekte des Themas. Die Auswahl erfolgt vor allem mit dem Blick auf die Entwicklungsprozesse, die sich in der Faschismus-Forschung der DDR vollzogen haben und die als solche der Vervollständigung, Präzisierung und Erweiterung der marxistischen Auffassungen vom Faschismus zu bezeichnen sind. Dabei können die allgemeinen Entwicklungsprozesse, die insbesondere in den fünfziger Jahren zur Konstituierung der sozialistischen deutschen Geschichtswissenschaft der DDR (Schmidt 1983, S. 291 ff.) geführt haben, nicht außer Betracht bleiben.

Die Entwicklung der historisch-pädagogischen Forschung vollzog sich als Bestandteil und auf der Grundlage der marxistischen Faschismustheorie. Deren Spannweite verdeutlicht der Blick auf einige Bücher, die im Abstand von über vier Jahrzehnten erschienen sind. Sie reicht von einer für den antifaschistischen Beginn gesellschaftswissenschaftlicher Forschungen in der DDR bedeutungsvollen und aussagekräftigen Arbeit des Dichters Johannes R. Becher bis hin zu einigen 1987 erschienenen grundlegenden Arbeiten wie der 15. Auflage der Geschichte Der Erziehung, dem von Werner Lemm betreuten Band über die Schulgeschichte in Berlin sowie der von Karl-Heinz Jahnke herausgegebenen „illustrierten Geschichte der Arbeiterjugendbewegung“ von 1904 bis 1945. Neben zahlreichen, von Spezialisten verschiedenster gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen verfaßten Arbeiten spiegeln sich in den zuletzt genannten Titeln nicht nur der neueste Erkenntnisstand, sondern auch der Weg, den die Gesellschaftswissenschaften der DDR bei ihrer Beschäftigung mit der Geschichte des Faschismus und des antifaschistischen Widerstandes gegangen sind.

1. Konsequenter Antifaschismus als Grundlage der Faschismus-Forschung

Im September 1946 publizierte der Berliner Verlag Volk und Wissen ein Buch, das den Titel trug: „Erziehung zur Freiheit. Gedanken und Betrachtungen“. Es stammte aus der Feder Johannes R. Bechers, des Mitbegründers der proletarisch-revolutionären Literatur und späteren Kultusministers der DDR, und enthielt Arbeiten aus den Jahren 1943 bis 1946. Vor allem gingen zwei größere Beiträge in das damals viel gelesene und breit diskutierte Buch ein. Ihre Titel verrieten Programmati-

ches: „Zur Frage der politisch-moralischen Vernichtung des Faschismus“ und „Bemerkungen zu unseren Kulturaufgaben“ (Becher 1978, S. 515-656).

Als Motto wählte Becher einen Satz aus Goethes „Dichtung und Wahrheit“: „Alles, was der Mensch zu leisten unternimmt, es wurde nun durch Tat oder Wort oder sonst hervorgebracht, muß aus sämtlichen vereinigten Kräften entspringen, alles Vereinzelte ist verwerflich.“ Nur in der Vereinigung aller vom Faschismus verfolgten, unterdrückten oder bedrohten Menschen sah er eine Chance, die faschistische Barbarei zu bewältigen. Mit einer „Gesamtleistung der besten deutschen Menschen“ strebte Becher in „Deutschlands schwerster Notzeit“ jedoch mehr als nur eine kontemplative Rückschau an, sollte doch eine wirkliche und auf die Zukunft orientierte Vergangenheitsbewältigung erreicht werden. Jede Wiederholung der Katastrophe müsse verhindert werden, und zwar durch die grundsätzliche Abwendung des deutschen Volkes vom Imperialismus. Becher wollte die Entwicklung zu „einer grundlegenden Wandlung ..., zu einer Reformation an Haupt und Gliedern“ geführt wissen. Und weiter hieß es bei ihm:

„Die Geschichte lehrt uns, daß aus solch einem Zusammenbruch ein Volk nur herausgeführt werden kann, wenn hohe Aufgaben gestellt, strengste Forderungen erhoben, neue begeisternde Ziele aufgezeigt werden. Indem sie all das rückhaltlos aufdeckt und schonungslos vernichtet, was Deutschlands totalen Zusammenbruch verschuldet hat, indem sie auch dem ideologischen Kriegsverbrechertum den Vernichtungskampf ansagt, setzt eine neue deutsche Lehre wieder Maß und Wert und legt damit zugleich den festen Grund, worauf sich unser Volk geistig und moralisch wieder erheben kann“ (Becher 1978, S. 515 ff.).

Als Kommunist stellte sich Becher auch die Frage, welches wohl die entscheidenden Kreise der deutschen Bevölkerung für die „Erziehung zur Freiheit“ sein könnten. Damit griff er die antifaschistische Bündnispolitik seiner Partei, der er seit 1919 angehörte, auf und suchte ihr neue, den Bedingungen der ersten Nachkriegsjahre adäquate Impulse zu verleihen. „Welches sind die Kräfte“, so lautete seine Fragestellung, „denen in einem neuen Deutschland ein ganz anderes gesellschaftliches Gewicht zukommen wird als bisher und deren gesellschaftliche, nationale Stellung eine besonders bevorzugte und gehobene sein wird?“ Seine Antwort, die manchen überraschen mag, betraf drei Gruppen: erstens die Lehrer, zweitens die Pfarrer und drittens die Literaten und Künstler (Becher 1978, S. 583 f.).

Das Thema des vorliegenden Beitrages erfordert geradezu, die Argumentation Bechers zur Rolle der Lehrer und des Erziehungswesens bei der Überwindung und Bewältigung des Faschismus genauer und ausführlicher darzulegen. Ohne die Lehrer könne das deutsche Volk „nicht geistig wieder aufleben“, könne keine „Grundlage einer Erneuerung“ gelegt werden. Von ihnen werde im wesentlichen abhängen, was aus der vom deutschen Faschismus so nachhaltig beeinflussen, mißbrauchten und irregeführten Jugend in der Zukunft werde. Im einzelnen heißt es bei Becher zu den neuen, auf die Veränderung der Gesellschaft zielenden antifaschistischen Erziehungsinhalten:

„Folgende Lehrfächer und Wissensgebiete beanspruchen unser besonderes Interesse: Pädagogik, Geschichte, Philosophie, Gesellschaftswissenschaften.

Was die *Pädagogik* betrifft, so müssen wir, im Rahmen unserer nationalen Totalkritik, unser gesamtes Erziehungswesen einer gründlichen Prüfung unterziehen. Wenn wir unser Erziehungswesen der letzten drei Jahrzehnte überprüfen, so ist es geradezu erschreckend, wie teils borniert, teils hilflos sich die bedeutendsten Erzieher den entscheidenden Fragen einer Jugendführung gegenüber verhalten haben. Es war vor allem ein ganz und gar reaktionäres oder indifferentes Verhalten, was sie in negativstem Sinne auszeichnete. Pädagogik, insofern sie nicht die berüchtigte chauvinistische Erziehung war, entartete zur Technologie; nach dem Gehalt der Lehre, nach dem ‚Was‘ und ‚Wofür‘ wurde kaum gefragt; sie wurden als mehr oder weniger gegeben vorausgesetzt. Das ‚Wie‘ wurde zum Hauptinhalt der Erziehung. ‚Der Erzieher selbst muß erzogen werden.‘ Das bisherige Erziehungswesen trägt mit die Hauptschuld an dem Versagen unseres Volkes in einem selbständigen nationalbewußten Fühlen und Denken.

Die *Geschichte* wird den Mittelpunkt des Unterrichts bilden. Wer die Schulbücher verfaßt, schreibt Geschichte. Darum muß dem Schulbuch, dem geschichtlichen Elementarunterricht die größte Aufmerksamkeit zukommen. ‚Die ganze Geschichte muß neu studiert werden.‘ Gerade auf dem Gebiet der Geschichte muß eine grundlegende Umwälzung erfolgen. Ob wir endlich geschichtliche Geschichtswerke schaffen oder nicht, ist hauptentscheidend dafür, ob wir überhaupt noch eine deutsche Geschichte haben werden oder nicht.

Was die *Philosophie* betrifft, so erscheint deren Studium und Pflege unerlässlich, um mit dem nihilistischen Spuk, wie ihn die Nazis geschaffen haben, gründlichst aufzuräumen und um festen Boden, objektive Maße und Wertungen zu gewinnen. An einem Übermaß philosophischen Denkens ist noch nie ein Volk zugrunde gegangen, sehr wohl aber hat schon ein Volk, wie auch das deutsche, den Mangel an Philosophie, das heißt an objektivem Denkvermögen, schwer zu büßen gehabt.

Was die *Gesellschaftswissenschaften* betrifft, so ist deren unverantwortliche Vernachlässigung eines unserer ideologischen Erbübel, das den Nazis unter anderem gestattete, ihren demagogischen Großbetrug vom ‚deutschen Sozialismus‘ so erfolgreich zu starten, und es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß der Deutsche auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften weniger ein Stümper als ein totaler Ignorant ist, bar jedes höheren ökonomischen Bewußtseins.

Pädagogik, Geschichte, Philosophie, Gesellschaftswissenschaften müssen allgemein zugänglich gemacht werden ...“(Becher 1978, S. 584 f.).

Becher beläßt es nicht bei diesen allgemeinen Hinweisen auf spezifische Lehrfächer und Wissensgebiete, sondern er entwickelt auch, welche Grundthesen den verhängnisvollen Irrlehren der deutschen Faschisten entgegengestellt werden sollen:

„1. Die Lehre von der Gleichheit der Menschen und Völker und von der einheitlichen Entwicklung des Menschengeschlechts.

2. Die Lehre vom Krieg als ... einer gesellschaftlichen Erscheinung. Die Lehre vom wahren Völkerfrieden, die Lehre von der freiheitlichen Entwicklung der Menschheit und von der höchst möglichen Ausbildung der menschlichen Fähigkeiten in jedem einzelnen Menschen als Sinn und Höchstform des menschlichen Lebens.

3. Die Lehre von der inneren freiheitlichen Ordnung eines Volkes als der Voraussetzung des Lebensglücks jedes einzelnen und der gesellschaftlich-geschichtlichen Vollkommenheit.

4. Die Lehre vom objektiven Denken. Die Anerkennung objektiver Gesetzmäßigkeiten sowohl in der Natur als auch in der Entwicklung der Gesellschaft und der Geschichte.

5. Die Lehre von der fortschreitenden Entwicklung des Menschengeschlechts und von der nationalen Notwendigkeit jedes Volkes, die reaktionären Hindernisse auf diesem Wege zu beseitigen und in der Konstituierung einer streitbaren Demokratie eine Höherentwicklung zu erreichen.

6. Die Lehre von der Arbeiterschaft als der entscheidenden Produktivkraft der modernen Gesellschaft und damit im Zusammenhang die Lehre von der führenden Rolle der Arbeiterschaft im gesellschaftlich-politischen Leben eines Volkes.

7. Die Lehre vom Menschen als eines gesellschaftlichen politischen Wesens. Die Lehre vom Demokratismus sowohl als einer Lebenshaltung und Weltanschauung als auch eines politisch-staatlichen Ausdrucks. Ein entschiedener, entschlossener Demokratismus allein ist imstande, die Lebenshaltung, die Bildungsmöglichkeiten eines Volkes zu steigern und unter Anteilnahme breiter Schichten dauernde Höchstleistungen auf allen Gebieten im Gesamtinteresse zu erzielen“ (Becher 1978, S. 575 f.).

Viele der Aussagen Bechers charakterisieren in hervorragender Weise die Notwendigkeiten und Inhalte, aber auch die Ziele und Merkmale jener ersten Phase, in der sich auf dem Boden der DDR die Bewältigung des faschistischen Erbes vollzog. Frühzeitigkeit und Konsequenz sowie die Einheit von Wort und Tat erscheinen als deren wichtigste Kennzeichen. Die Übereinstimmung mit dem antifaschistischen Konsens der Anti-Hitler-Koalition, wie er sich noch im Potsdamer Abkommen

und in den Prinzipien des Internationalen Militärtribunals von Nürnberg äußerte, gehörte ebenso dazu wie das bewußte Lernen aus den leidvollen Erfahrungen des antifaschistischen Widerstandes. „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ – so lautete die Losung deutscher Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Christen und bürgerlicher Demokraten. Zu ihrer Verwirklichung galt es zunächst alle Erscheinungsformen des Faschismus zu beseitigen sowie die Nazi- und Kriegsverbrecher zu bestrafen, galt es aber auch die sozialökonomischen Wurzeln anzutasten, d.h. im Sinne Bertolt Brechts den „Schoß“ unfruchtbar zu machen, aus dem einst die braune Barbarei gekrochen war. Die damit einhergehende Schaffung solider Fundamente einer antifaschistisch-demokratischen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse verlangte, antifaschistisches Denken und Handeln – bis 1945 nur bei einer absoluten Minderheit des deutschen Volkes vorhanden – unter den Massen zu verbreiten und durchzusetzen.

Alle geschichtswissenschaftliche und historisch-pädagogische Literatur hatte sich daher zunächst um eine neuartige konzeptionelle Klärung historischer Grundprozesse in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft zu bemühen und hinsichtlich der Behandlung von Faschismus und Krieg eine ausgesprochen politisch-aufklärerische Funktion zu erfüllen. Sie entstammte auch mehr der Feder von Opfern des nationalsozialistischen Regimes und antifaschistischer Intellektueller, die an die Spitze des sich neu herausbildenden Systems der politischen Organisation der Gesellschaft traten. Die neue Generation von Gesellschaftswissenschaftlern stand noch im Lernprozeß; sie war zugleich Träger und Resultat der antifaschistischen Bemühungen. Historiker wie Ernst Engelberg, Alfred Meusel, Karl Obermann, Erich Paterna, Heinrich Scheel und Walter Bartel begannen erst mit dem Aufbau einer marxistischen Geschichtsschreibung, als deren Nestoren sie heute große Achtung genießen. Ihnen standen führende Funktionäre der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die sich intensiv mit historischen Problemen beschäftigten wie Alexander Abusch, Anton Ackermann, Otto Buchwitz, Otto Grotewohl, Albert Norden, Otto Winzer u. a. m., zur Seite. In der eigentlichen „Zunft“ der Historiker dominierten bis in die fünfziger Jahre hinein bürgerliche Geschichtswissenschaftler, die einen starken Rückhalt in der BRD-Historiographie besaßen, sich jedoch relativ wenig mit Fragen der jüngsten deutschen Geschichte befaßten (Schmidt 1983, S. 293).

In den ersten faschismusgeschichtlichen Arbeiten standen Untersuchungen zur Rolle der Monopolherren und Großgrundbesitzer, zu den Ursachen des Zweiten Weltkrieges sowie zu den geschichtlichen Wurzeln der faschistischen Ideologie im Vordergrund. Insbesondere zum ersten Problemkreis legten Bartel, Engelberg, Klein, Kuczynski und Schreiner wichtige Arbeiten vor, die das marxistische Bild vom Faschismus auch forschungsmäßig fundieren halfen. Dabei gab es – zwangsläufig, berücksichtigt man Kenntnisstand und die wissenschaftsgeschichtlichen Voraussetzungen – auch gewisse sektiererisch-dogmatische Vergröberungen, unvollständige und verabsolutierend-einseitige Aussagen. Sie betrafen insbesondere den unmittelbaren Mechanismus der faschistischen Diktatur und die relativ eigenständige Rolle der NSDAP im Herrschaftssystem. Die reaktionäre Linie in der gesamten deutschen Geschichte wurde überbetont.

Die tatsächlich erreichten Leistungen und Veränderungen im antifaschistisch-demokratischen Umwälzungsprozeß lassen sich keineswegs an diesen Schwächen messen. Entscheidend war die *politisch-praktische* Bewältigung des Faschismus, die auch neue und bis dahin unbekannte Voraussetzungen für dessen *geistige* Bewältigung schaffen konnte. Dazu zählte die Entnazifizierung der Verwaltung, bei der allein in Thüringen über 60.000 Personen aus ihren Ämtern in Justiz, Staatsbürokratie und Schulen entlassen wurden – eine Aktion, die Anfang 1946 im wesentlichen abgeschlossen werden konnte; dazu gehörten die demokratische Bodenreform und die Schulreform – sie war mit der Gewinnung von Neulehrern anstelle der ca. 28.000 faschistischen Lehrerinnen und Lehrer verbunden – sowie die Enteignung der großkapitalistischen Nazi- und Kriegsverbrecher nach dem Volksentscheid vom 30. Juni 1946 in Sachsen, der ein klares Votum von 77,6% für die Weiterführung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung erbracht hatte. Im Frühjahr 1948 konnte die Entnazifizierung abgeschlossen werden, als deren Ergebnis etwa 520.000 ehemalige Faschisten, Militaristen und Kriegsverbrecher aus dem Staatsapparat entfernt worden waren. Damit wurde jedoch die strafrechtliche Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen nicht beendet. Bis 1964 wur-

den insgesamt 16.572 Personen gerichtlich angeklagt und 12.807 von ihnen wegen erwiesener Verbrechen verurteilt. Mit dem Abschluß der offiziellen Entnazifizierung eröffnete sich eine Möglichkeit, auch breite Kreise der ehemaligen „Mitläufer“ und „kleinen Pg's“ für eine Mitwirkung an den gesellschaftlichen Veränderungen zu gewinnen, zumindest sie zu deren Duldung zu veranlassen. Nicht zuletzt gehörten zu der erfolgreichen Bewältigung des faschistischen Erbes alle jene erfolgreich genutzten Möglichkeiten für politisch-organisatorische Formierung der antifaschistischen Parteien, der anderen Verbände und Ausschüsse, mit deren Hilfe auch die unheilvolle Spaltung der Arbeiterbewegung überwunden werden konnte, die Arbeiterklasse zur führenden politischen Kraft heranwuchs und neue demokratische Staatsorgane aufzubauen begonnen wurde.

2. Entwicklung und Probleme der Faschismus-Forschung

Noch deutlicher als in der ersten Entwicklungsphase der marxistischen Geschichtswissenschaft der DDR steht in ihrer zweiten – sie umfaßt die späten fünfziger und die sechziger Jahre – die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung und der antifaschistischen Widerstandsbewegung im Vordergrund, wovon umfangreiche Literaturberichte eindrucksvoll Zeugnis ablegen (Schumann/Wehling 1960; Forster u. a. 1970; Lange u. a. 1980). Ihre Bedingungen sind vom Kalten Krieg, von der Spaltung Deutschlands und von den unaufhörlichen Versuchen führender Kreise der Bundesrepublik, die Entwicklung in der DDR aufzuhalten und rückgängig zu machen, bestimmt. In der dadurch geprägten Faschismusforschung der DDR dominierte eine die Kontinuität mitunter überbetonende Sicht auf die Entwicklung des deutschen Imperialismus, die vereinzelt sogar in einer Charakterisierung der Bundesrepublik als eines klerikal-faschistischen Staates kulminierte. Von größter Bedeutung war jedoch eine ausführliche und produktive Diskussion zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus sowie zum Faschismus als eine seiner Erscheinungsformen, die eigentlich seither ständig geführt worden ist und auch heute noch anhält.

An dieser Diskussion beteiligten sich vor allem die Historiker Jürgen Kuczynski, Dietrich Eichholtz, Kurt Gossweiler und Wolfgang Ruge. In ihr wuchs einerseits die Kenntnis von der historischen Verantwortung der reaktionärsten und aggressivsten Kreise des deutschen Monopolkapitals für Faschismus und Krieg, erweiterte sich andererseits auch die Sicht auf innere Prozesse in der Entwicklung der herrschenden Klasse. In den Vordergrund traten Auffassungen über die Dialektik von Einheitlichkeit und Widersprüchlichkeit kapitalistischer Interessen, über das komplizierte Geflecht von Gesamtinteressen und Teil- bzw. Gruppeninteressen. Damit gewannen die inneren Auseinandersetzungen in der monopolistischen Bourgeoisie einen neuen Stellenwert in den faschismusgeschichtlichen Überlegungen, ohne allerdings dadurch die früher gewonnenen grundsätzlichen Erkenntnisse über die sozialökonomischen Wurzeln des Faschismus in Frage zu stellen: Es wurde genauer gefragt, es wurden neue Details einbezogen und vereinfachende Thesen einer nun möglich gewordenen Prüfung unterzogen. Am eindrucksvollsten und nachhaltigsten sind die Ergebnisse dieser Diskussion von Lotte Zumpe (1980) verarbeitet worden.

Nach wie vor spielt bei qualifizierten (Kröpelin 1982) und unqualifizierten Attacken (Thamer 1987) gegen die marxistische Faschismus-Forschung der DDR das theoretisch-methodologische Problem des Verhältnisses von Ökonomie, Politik und Ideologie in der Geschichte eine dominierende Rolle. Mitunter existieren auch lediglich auf Unkenntnis beruhende Mißverständnisse. Zumindest ist von ungenauer Kenntnis zu sprechen, wenn etwa unterstellt wird, die marxistische Auffassung vom Klassencharakter des Faschismus habe als „ökonomistisch“ oder „reduktionistisch“ zu gelten und sei als „Agententheorie“ abzutun. Daher mag es erlaubt sein, hier einige grundsätzliche Bemerkungen zum geschichtstheoretischen Verständnis der Rolle von Ökonomie, Politik und Ideologie einzufügen, die sich insbesondere auf Ergebnisse der in Jena betriebenen Erforschung der Geschichte bürgerlicher und kleinbürgerlicher Parteien stützen (Lexikon zur Parteiengeschichte 1983 ff.).

Diesen Untersuchungen zufolge lassen sich sowohl die Entstehung als auch die politische Zielsetzung der faschistischen NSDAP grundsätzlich aus den objektiven Problemen und Bedürfnissen ableiten, die in der bürgerlichen Gesellschaft nach 1917/18 für die in ihrer Macht gefährdete herrschende Klasse zutage getreten waren. Dadurch wurde der allgemeine Charakter der faschistischen

Organisationen geprägt, bestimmte sich ihr Platz in der Gesellschaft, prägten sich ihre umfassenden und generellen Ziele (Pätzold/Weißbecker 1981, S. 14 f.). In gewisser Weise ergab sich daraus sogar die demonstrative Antibürgerlichkeit der NSDAP, mit deren Hilfe sie neue, auch von den nicht-bürgerlichen Massen gestützte Voraussetzungen für die weitere Existenz der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse anstrebte.

Doch es gibt in der Gesellschaft keine Organisation, die nicht von Allgemeinem *und* von Besonderem gekennzeichnet wäre, die nicht zugleich Merkmale des Logischen und des Historischen in sich vereinte. Daher ist bei jeder Organisation nach ihrem allgemeinen Charakter *und* nach ihren spezifischen Kennzeichen zu fragen. Die Spezifika des nationalsozialistischen Organisationssystems lagen hauptsächlich in dem ausufernden Gewicht seiner militaristisch-terroristischen Bestandteile, im ursprünglich konsequenten Ausweichen vor einer eigenen Organisation für Angehörige der Arbeiterklasse sowie in der lautstark herausgestellten und praktizierten Ablehnung jener Organisations- und Führungsprinzipien, die den Bedingungen des bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftssystems entsprachen.

Entstehung und Entwicklung der faschistischen Organisationen sind wohl trotz des großen Gewichts ihrer Spezifika auch in jene Bestrebungen der herrschenden Klasse Deutschlands einzuordnen, für ihren im Krieg und vor allem durch die Novemberrevolution erschütterten Staat - gleichsam neben diesem und um ihn herum - einen zusätzlichen, komplementären und die gesamte Gesellschaft in neuer Qualität durchdringenden Mechanismus ihrer politischen Macht zu schaffen (Weißbecker 1987, S. 94 f.). Aus dem wachsenden (und selbstverständlich konkurrierenden Verhalten einschließenden) Miteinander von Staat und bürgerlichen Organisationen erwuchs insbesondere den ökonomisch mächtigen monopolbourgeois Kreisen ein beträchtliches Machtpotential.

In allgemeinstem Sinne stellt sich dabei tatsächlich das Verhältnis von Ökonomie, Politik und Ideologie als ein kausales dar. Die Gesamtheit von ökonomischen Verhältnissen verkörpert in der Gesellschaft das Ursprüngliche und das *letztlich* Dominierende. Aber die Ökonomie bestimmt die politischen Verhältnisse, *indem* sie in dialektischer Einheit mit anderen Faktoren wirkt. Aus deren Vielfalt ergibt sich schließlich der konkrete Geschichtsverlauf als eine keineswegs monokausale „Resultante“, worauf Friedrich Engels in seinen Altersbriefen immer wieder hingewiesen hat (Engels 1979, S. 27 ff.; 63 ff.); dies stellt gleichsam den theoretisch-methodologischen Leitfaden unserer Parteien- und Verbändeforschung dar.

Die Zurückführung von Politischem auf Ökonomisches erfolgt nach unserer Auffassung nicht mechanisch und linear, weder unvermittelt-direkt noch in einem alles umfassenden Sinne. Die letztliche und allgemeine Bestimmtheit der Politik durch die Ökonomie schließt immer zweierlei in sich ein: zum einen die Möglichkeit konkreter Determination der Politik durch die Ökonomie und zum anderen die der konkreten Determination der Ökonomie durch die Politik. Ökonomie und Politik sind also in gegenseitiger Bedingtheit und Verschränkung miteinander verbunden. Die einzelnen ökonomischen, politischen, rechtlichen, moralischen, kulturellen und anderen Verhältnisse existieren nicht als voneinander isolierte Faktoren mit allenfalls äußerlicher, vordergründiger Verknüpfung. Sie stellen eine Gesamtheit dar, wobei sich in jedem Teil das Ganze nachweisen läßt. Mit Recht hat Günter Söder, ein marxistischer Wirtschaftstheoretiker der DDR, auf die theoretische Notwendigkeit verwiesen, über die Feststellung der Existenz zahlreicher geschichtswirksamer Faktoren hinaus auch zur Frage vorzudringen, ob es in jener Mannigfaltigkeit von Verhältnissen nicht ganz bestimmte Relationen gibt, ob diese Verhältnisse nicht ein System darstellen, ob es nicht „Primäres und Sekundäres, Determinierendes und Abgeleitetes gibt“ (Söder 1977, S. 52).

Die Transformation ökonomischer Interessen in Politik, Ideologie und Organisation erfolgt als Resultat bewußter Aktivität organisierender und organisierter Kräfte. Daraus ergibt sich, daß sich die in der marxistischen Literatur vertretenen Thesen von der letztlichen Dominanz der Ökonomie einer Gesellschaft sowie vom Primat der Politik im Klassenkampf nicht gegenseitig ausschließen. In ihrer dialektischen Wechselbeziehung stellen sich beide Thesen als grundlegend auch für jede marxistische Faschismusforschung dar.

Zusammenfassend sind dazu 6 geschichtstheoretische Aspekte zu nennen, die hinsichtlich der Erforschung und Darstellung der Rolle politischer Organisation und ideologischer Konzeptionen in der bürgerlichen Gesellschaft zu berücksichtigen wären:

1. Die ökonomischen Verhältnisse bestimmen die Politik am stärksten, aber nicht allein.
2. Die Ökonomie besitzt kein Determinationsmonopol gegenüber Politik und Ideologie.
3. In der Gesellschaft wirkt eine Vielzahl von Kräften, die jedoch von ungleichem Gewicht für die Geschichte sind.
4. Das wechselseitige Verhältnis von Ökonomie, Politik und Ideologie schließt auch die Dialektik von Notwendigkeit und Zufall ein.
5. Die Politik besitzt gegenüber der Ökonomie eine relative Selbständigkeit und wie die Ideologie auch Triebkraftfunktion.
6. Nicht jede politische Erscheinung ist auf ökonomische Ursachen zurückzuführen.

Diese theoretisch-methodologischen Positionen erlauben rationale Erklärungen auch für die kompliziertesten Erscheinungen in der Geschichte des deutschen Faschismus. Auf ihrer Grundlage läßt sich erkennen, weshalb es der ursprünglich so kleinen und bedeutungslosen NSDAP gelingen konnte, sich über die Vielzahl der anderen rechtsextremen, völkisch-antisemitischen Verbände zu erheben, weshalb sie später in eine ernsthafte Konkurrenz zu den traditionellen bürgerlichen Parteien treten und schließlich diese überflügeln konnte. Auch das Ergebnis ihrer Entwicklung gleicht jener „Resultante“, von der Friedrich Engels meinte, sie gehe aus unzähligen einander durchkreuzenden Kräften, aus einer unendlichen Gruppe von Kräfteparallelogrammen hervor.

Die Ursachen des „Aufstiegs“ der faschistischen Organisationen bilden daher aus der Sicht der Faschismus-Forschung der DDR ein vielgestaltiges und kompliziertes Geflecht ökonomischer, politischer, ideologischer, rechtlicher, kultureller, psychologischer und individueller Faktoren. Auch die Finanzierung der NSDAP durch Großindustrielle kann nur als ein Faktor neben vielen anderen gelten, wenn auch als ein gewichtiger. Seine Bedeutung ergibt sich nicht so sehr aus dem Umfang und aus den Summen. Hinter den Beträgen standen Macht und Intentionen von Herrschenden. Ein solches Gewicht konnte keine „Selbstfinanzierung“ aufbringen. Insgesamt vollzog sich die Transformation ökonomischer Interessen in Politik und Organisation des Nationalsozialismus sowohl über direkte Forderungen und Initiativen, über materielle Förderung unterschiedlichster Art als auch über Beteiligung und ideelle Unterstützung, ja auch über widerspruchslose Duldung und Inkaufnahme der NSDAP, ihrer Führer und ihrer Eigenheiten.

Die NSDAP konnte schließlich bei der Zerstörung der Weimarer Republik als entscheidender parteipolitischer Faktor in Erscheinung treten, nachdem sie sich – im Gegensatz zu den traditionellen Rechtsparteien der Weimarer Zeit – einen großen, stabil erscheinenden und ausbaufähigen Masseneinfluß zu schaffen vermocht hatte. Dabei kamen ihr die Schwächen der anderen Parteien zugute. Es ist z. B. bekannt, welche Gründe es sowohl für die Deutschnationale Volkspartei als auch für das Zentrum gab, ihren Schatten (sprich: ihre begrenzten Mitglieder- und Wählerzahlen) nicht überspringen zu können. In der Zeit der Weltwirtschaftskrise, angesichts neuer Anforderungen der monopolbourgeois Krisenbewältigungs- und Krisennutzungsstrategie, war beispielsweise das katholische Zentrum bereits bei dem dieser Partei möglichen Maximum an Masseneinfluß angekommen. Bei nüchternem Kalkül durfte nicht erwartet werden, daß sich dieser noch erweitern lassen würde. Aber in der Notwendigkeit einer wesentlichen Erweiterung und Vereinheitlichung der Massenbasis bestand gerade das Problem der herrschenden Klasse während der Endphase der Weimarer Republik.

Zahlreiche Ursachen, in denen sich das vielgestaltige Wechselverhältnis von Ökonomie, Politik und Ideologie reflektierte, führten zum Erfolg der NSDAP im Jahre 1933. Dabei spielte auch die von skrupelloser Zielstrebigkeit und zweckbestimmter Rationalität gekennzeichnete Schaffung eines breiten Systems nationalsozialistischer Organisationen, dessen Konturen bereits 1929/30 voll und ganz erkennbar waren, eine erhebliche Rolle. Für Struktur und Entwicklung des faschistischen

Herrschaftssystemen sollten die NSDAP und ihre Organisationen seit 1933 konstitutiven Charakter erlangen. Man wird sogar sagen können, daß die Bedeutung der nationalsozialistischen Organisationen für das faschistische Herrschaftssystem in Deutschland während jener 12 Jahre größer war als es die aller Parteien, Verbände, Vereine usw. für das bürgerlich-parlamentarische Herrschaftssystem der Weimarer Republik haben sein können. Die unheilige Dreieinigkeit von offenem Terror, verbrecherischer Ideologie und sozialer Korruption fand eine alles überwölbende und zugleich durchdringende Ergänzung im faschistischen Organisationssystem.

3. Historisch-pädagogische Beiträge zur Faschismusforschung

Die Faschismus-Forschung der DDR konnte sich seit den siebziger Jahren erheblich verbreitern und qualifizieren (vgl. das Vorwort von Rolf Richter in: Gossweiler 1986, S. XVII; weiterhin stellvertretend für viele andere Autoren: Eichholtz/Gossweiler 1980). Im folgenden soll nun an wenigen Beispielen gezeigt werden, welchen Beitrag historisch-pädagogische Arbeiten zur Faschismus-Forschung der DDR geleistet haben. Dabei ist vorab darauf hinzuweisen, daß die Untersuchungsgegenstände dieser Arbeiten tendenziell andere waren als in der Bundesrepublik und deren Zielvorstellungen und Methoden sich an den marxistischen Gesellschaftswissenschaften orientiert haben. Die Kritik Brita Rangs (Rang-Dudzick 1976; Rang, B. 1982) an den Ergebnissen dieser Forschung geht von falschen Prämissen aus und verkennet insbesondere, daß es auch in der historisch-pädagogischen DDR-Forschung Entwicklungsprozesse und Meinungsstreit gegeben hat, worauf Karl-Heinz Guenther in einem bemerkenswerten Artikel hingewiesen hat (Guenther 1983).

Unverwechselbares Spezifikum der historisch-pädagogischen Arbeiten der DDR zur Geschichte der Jahre 1933 bis 1945 war, daß für sie – im Rahmen der konzeptionellen Bemühungen um das progressive pädagogische Erbe (Geschichte der Erziehung 1957) – die Erforschung und Darstellung des antifaschistischen Kampfes von Lehrern im Vordergrund stand. Davon zeugen vor allem die Arbeiten von Gerd Hohendorf, Klaus Drobisch und Helmut König, wofür letzterer 1985 von der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet worden ist. Hohendorf zeichnete 1974 für die Herausgabe eines umfangreichen Bandes über Lehrer im antifaschistischen Widerstandskampf der Völker verantwortlich. Dessen 34 Beiträge boten ein eindrucksvolles Bild von den Bemühungen antifaschistischer Lehrer in den heutigen sozialistischen Ländern, darüber hinaus auch in Griechenland und in Japan. In 16 biographischen Beiträgen behandelten prominente Autoren den Lebensweg deutscher Lehrer, unter anderem von Theodor Neubauer, Ernst Schneller, Erich Mader, Martin Schwantes, Kurt Steffelbauer, Alfred Schmidt-Sas, Maria Grollmuss und Adolf Reichwein. Aufschlußreiche Erinnerungen steuerten Willy Wolf und Fritz Rucker über die Rolle der Lehrer im Nationalkomitee „Freies Deutschland“, Walter Wolf über den Kampf antifaschistischer Lehrer in Thüringen von 1933 bis 1937 sowie Hans Brumme über die Tätigkeit der Erziehungskommission des Volksfrontkomitees im KZ Buchenwald bei. Von besonderem Interesse ist der Beitrag von Klaus Drobisch in diesem Band. Er bot einen ersten Überblick über die wichtigsten erziehungs- und schulpolitischen Positionen der illegalen KPD und charakterisierte die unterschiedlichen Ebenen, auf denen sich Lehrerwiderstand formierte und in Widerstandsaktionen wirksam wurde. Den heutigen Forschungsstand erfaßt Gerd Hohendorf in der neuesten Auflage der „Geschichte der Erziehung“ (1987, S. 650 ff.).

In bezug auf die nationalsozialistische Erziehungspolitik und -organisation richteten Helmut König, Horst Diere, Hermann Langer und Gerd Hohendorf ihr Interesse auf allgemeine Wesenszüge der faschistischen Ideologie und Politik, wobei sie diese zunehmend konkretisierend und differenziert erfaßten. Ihre Fragestellungen gingen grundsätzlich vom Klassencharakter des Faschismus aus, wie er in der kommunistischen Weltbewegung und in der marxistischen Geschichtsschreibung definiert worden ist, ihn belegend und erhärtend. Sie gingen ferner von den Erscheinungsformen seines offenen terroristischen Herrschaftssystems, von seiner Ideologie und seinen Manipulationsmechanismen und nicht zuletzt von der Frage aus, die auch in der DDR jede neue Schüler-Generation ihren Lehrern vorlegt: wie konnte es dem deutschen Faschismus gelingen, für seine friedens- und menschenfeindliche, für seine verbrecherische Politik die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung zu gewinnen, ja sogar zu begeistern und humanistischem Denken fast total zu entfremden. Es ver-

wundert daher nicht, wenn sich Faschismus-Forschung und Erziehungsgeschichte gerade bei der Behandlung dieses Problems immer wieder begegnen, sich kreuzen und auch voneinander lernen. Aus der Sicht des Historikers sind zahlreiche historisch-pädagogische Publikationen zu folgenden speziellen Gebieten von besonderem Interesse:

Erstens zur Faschisierung der bürgerlichen Erziehungspolitik und der Schule am Ende der Weimarer Republik: Dazu liegen vielfältige und sorgsam differenzierende regional- und lokalgeschichtliche Studien vor, die nach den Entwicklungsmöglichkeiten der nationalsozialistischen Erziehungspolitik und -organisation vor 1933 sowie nach den Ursachen von Stabilisierung und Stabilität der faschistischen Diktatur fragen. Hier sind vor allem die Schulgeschichte in Berlin (Lemm 1987, S. 111 ff.) sowie die schon etwas älteren Arbeiten von Horst Briesemeister (1968), Paul Mitzenheim (1968), Lothar Wagner (1973) und Horst Wenkel (1973) zu nennen.

Zweitens zu den erziehungspolitischen Konzepten der NSDAP, der HJ und anderer faschistischer Organisationen und Institutionen: Dazu geben vor allem die Arbeiten von Hermann Langer (1969; 1973; 1985), Erhard Naake (1972; 1973) und Hans-Jürgen Arendt (1983) Auskunft, mehr am Rande behandeln sie auch Reinhard Giersch (1981), Horst Diere (1982), Kurt Pätzold (1983) und Manfred Weißbecker (Pätzold/Weißbecker 1981), Joachim Petzold (1982) u. a. m. Eine große Rolle spielen die Prinzipien und Erscheinungsformen der faschistischen Jugenderziehung in der literaturhistorischen Analyse (Hartung 1983; Berger 1985). Leider hat der Nationalsozialistische Lehrerbund noch keine Darstellung gefunden, noch gewichtiger erscheint das Fehlen einer geschlossenen Untersuchung zur Geschichte der HJ.

Drittens zu Unterricht und Alltag in der Schule während der Zeit des „Dritten Reiches“: Hier sind die prinzipielle Substitution von „Bildung“ durch „Erziehung“, die Reduzierung und Trivialisierung der Ausbildung sowie die alles durchdringende Politisierung des alltäglichen Lebens in der Schule hinreichend erforscht worden. Die Untersuchungen zur Geschichte der Schullehrbücher sind leider mit dem frühzeitigen Tode Rudolf Hubs (1970; 1978) unterbrochen worden. Der Band *Die zwei Entwicklungswege unserer Nation und ihre Widerspiegelung im Schulbuch* behandelt insbesondere den faschistischen Inhalt der sog. Rassenkunde sowie des Biologie- und Geographieunterrichts. Zu nennen wären vor allem noch die Arbeiten des in der DDR führenden Geschichtsdidaktikers Horst Diere (1976; 1979) sowie die von Edith Heinrich (1966), Johannes Irmischer (1966) und Renate Schäfer (1972). Zu beklagen ist das Fehlen eigenständiger Arbeiten über die „Leibesertüchtigung“ und ihren Platz in der faschistischen Erziehungspolitik, wenn vom dritten Band der Geschichte der Körperkultur in Deutschland (1967) abgesehen wird. Über die Feindschaft gegenüber psychisch und physisch geschädigten Kindern, den Abbau von Sonder- und Hilfsschulen sowie über die antihumanistische Behandlung traditionsreicher Einrichtungen informieren Werner Lemm u. a. (1987, S. 136) sowie an einem ausgewählten Beispiel Gerhard Arnhardt (1982).

Viertens zur Situation von Schule und Jugend während des Zweiten Weltkrieges: Obwohl dieses Thema in einer ganzen Reihe von Arbeiten (Langer 1983; Hohendorf 1974; Lemm u. a. 1987) behandelt und in fast allen Arbeiten zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges berührt wird, trifft die Kritik Kurt Pätzolds in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (34, 1986, S. 1097) völlig zu, daß in der sechsbändigen Darstellung *Deutschland im Zweiten Weltkrieg* (1974 ff.) die Entwicklung des faschistischen Schulwesens bedauerlicherweise ausgeklammert worden sei.

Fünftens zur Situation von Jugend und Schule im Jahre 1945: Hierzu bietet eine umfangreiche Literatur (Uhlig 1965; Römhild/Gerlach 1984) Aufschlüsse über die komplizierte Situation der Jugendlichen und das desolatte Schulwesen in Deutschland, über ein furchtbares Erbe, dessen Überwindung und Bewältigung zum Hauptanliegen aller antifaschistischen Kräfte in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone bzw. in der DDR wurde.

*

Wenn versucht wird, eine abschließende knappe Gesamtbewertung der Faschismusforschung, ihrer Ergebnisse und ihrer Entwicklungsetappen in der DDR zu formulieren, so ist dies im Rückgriff auf

die einleitend zitierte Forderung Johannes R. Bechers nach einer „Reformation an Haupt und Gliedern“ möglich: Die von antifaschistischen Widerstandskämpfern in leidvollem Ringen gewonnene Forderung konnte verwirklicht werden. In einem revolutionären Umwälzungsprozeß wurden konsequent die für den Faschismus letztlich verantwortlichen sozialökonomisch-gesellschaftlichen Wurzeln beseitigt, die grauenvolle Hinterlassenschaft des Faschismus überwunden und unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse völlig neue gesellschaftliche Verhältnisse geschaffen. Damit hat sich eine Bewältigung der braunen Vergangenheit vollzogen, die zu berechtigtem Stolz veranlaßt, jedoch zugleich den nüchternen Blick auf sich immer wieder neu stellende antifaschistische Aufgaben bzw. neue Probleme erfordert.

Literaturverzeichnis

Arendt, H.-J.: Mädchenerziehung im faschistischen Deutschland – unterbesonderer Berücksichtigung des BDM. In: Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte 23 (1983), S. 107-127.

Arnhardt, G.: Schulpforte im faschistischen Deutschland – Bruch mit einer vierhundertjährigen humanistischen Bildungstradition. In: Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte 22 (1982), S. 121-138

Becher, J. R.: Erziehung zur Freiheit. Gedanken und Betrachtungen. In: Ders.: Gesammelte Werke, Bd. 16. Berlin/Weimar 1978, S. 515-656.

Briesemeister, H.: Der Kampf der demokratischen Kräfte unter Führung der KPD gegen die Schulpolitik der Frick-Baum-Kästner-Regierung für ein demokratisches Schulwesen in Thüringen 1930/31. Diss. phil. Erfurt 1968.

Diere, H.: Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Zur Entstehung, Struktur und Rolle der zentralen schulpolitischen Institution im faschistischen Deutschland. In: Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte 22 (1982), S. 108-120

Ders.: Zum Anteil der Schule und ihres Geschichtsunterrichts an der ideologischen Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges in der Anfangsphase der faschistischen Diktatur in Deutschland. In: Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte 19(1979), S. 108-172.

Eichholtz, D./Gossweiler, K. (Hrsg.): Faschismusforschung. Positionen – Probleme – Polemik. Berlin 1980.

Engels, F.: Briefe über den Historischen Materialismus (1890-1895). Berlin 1979.

FÖRSTER, G. u. a.: Forschungen zur deutschen Geschichte 1933 bis 1945. In: Historische Forschungen in der DDR 1960-1970. Analysen und Berichte. Sonderband der Zs. f. Geschichtswiss. 18 (1970), S. 552-589

Geschichte der Erziehung. Berlin 1957; ¹⁵1987.

Geschichte der Körperkultur in Deutschland von 1917 Bis 1945. (Geschichte der Körperkultur in Deutschland, Bd. 3). Berlin 1967.

Giersch, R.: Die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) – ein Instrument zur Sicherung der Herrschaft und zur Kriegsvorbereitung des faschistischen deutschen Imperialismus (1933-1938). Diss. phil. Jena 1981.

DERS.: Aufsätze zum Faschismus. Mit einem Vorwort von Rolf RICHTER. Berlin 1986.

Günther, H.: Der Herren eigener Geist. Berlin/Weimar 1981 Guenther, K.-H.: Um die Wirksamkeit der Geschichte der Erziehung. In: Vergleichende Pädagogik 19 (1983), S. 233-241.

Hartung, G.: Literatur und Ästhetik des deutschen Faschismus. Berlin 1983.

Heinrich, E.: Der Mißbrauch des Literaturunterrichtes für die Ziele der deutschen Faschisten. Diss. paed. Leipzig 1966.

Hohendorf, G.: Lehrer im antifaschistischen Widerstandskampf der Völker. Berlin 1974.

Hub, R.: Historische Traditionen und die Folgen ihrer reaktionären, opportunistischen und sektiererischen Entstellung. In: Wiss. Zs. der Päd. Hochschule Erfurt/Mühlhausen H. 1/1970.

Ders.: Grundlagen, Funktion, Inhalt und Entwicklung der Schulgeschichtsschreibung in der BRD. In: Wiss. Zs. der Päd. Hochschule Erfurt/Mühlhausen H. 2/1978.

Irmscher, J.: Altsprachlicher Unterricht im faschistischen Deutschland. In: Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte 5/6 (1965/66), S. 223-271.

KÖNIG, H.: Imperialistische und militaristische Erziehung in den Hörsälen und Schulstuben Deutschlands (1870-1960). Berlin 1962

Kröpelin, B.: Entwicklung und Struktur einer Theorie über den deutschen Faschismus in der Geschichtswissenschaft der DDR. Diss. Marburg 1982.

- Lange, D. u. a.: Forschungen zur deutschen Geschichte 1933-1945. In: Historische Forschungen in der DDR 1970-1980. Analysen und Berichte. Sonderband der Zs. f. Geschichtswiss. 1980, S. 279-309.
- Langer, H.: Zum Anteil des Kriegsverbrechers Baldur von Schirach an der psychologischen Kriegsführung des faschistischen deutschen Imperialismus. In: Wiss. Zs. der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald 1969.
- Lemm, W. (Kollektivleiter) u. a.: Schulgeschichte in Berlin. Berlin 1987.
- Lexikon der Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). 4 Bde. Leipzig 1983 ff.
- Mitzenheim, P.: Zum Kampf der demokratischen Kräfte gegen die Faschisierung des Thüringer Schulwesens vor 1933 (Texte). In: Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte 8 (1968), S. 177-198.
- Naake, E.: Zur Theorie und Praxis der Erziehung in den Nationalpolitischen Erziehungsanstalten und ähnlichen faschistischen „Eliteschulen“. Diss. paed. Jena 1972.
- Ders.: Die Herausbildung des Führernachwuchses im faschistischen Deutschland. In: Zs. f. Geschichtswiss. 21(1973), S. 181-195.
- Pätzold, K.: Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942. Leipzig 1983,
- Pätzold, K./Weißbecker, M.: Geschichte der NSDAP 1920- 1945. Köln 1981.
- Petzold, K.: Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur. Berlin 1982.
- Rang(-Dudzik), B.: Entwicklungsbedingungen und Entwicklungstendenzen der pädagogischen Geschichtsschreibung der DDR. In: Bildung und Erziehung 29 (1976), S. 471-493
- Dies.: Pädagogische Geschichtsschreibung in der DDR. Entwicklung und Entwicklungsbedingungen der pädagogischen Historiographie 1945- 1965. Frankfurt/M./New York 1982
- Römhild, D./Gerlach, F.: Die Hilfe der sowjetischen Bildungsoffiziere der Sowjetischen Militäradministration Thüringens bei der antifaschistisch-demokratischen Schulreform in Südthüringen 1945-1949. Diss. paed. Jena 1984.
- Schäfer, R.: Die gesellschaftliche Bedingtheit des Fibelinhaltes. Ein Beitrag zur Geschichte des Erstlesebuchs. V. Einige Tendenzen der inhaltlichen Gestaltung deutscher Fabeln während der Zeit des Faschismus. In: Jahrbuch der Erziehungs- und Schulgeschichte 12 (1972), S. 107-138.
- SCHMIDT, W.: Die Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger Jahren. Ihre Konstituierung als sozialistische deutsche Geschichtswissenschaft. In: Zs. f. Geschichtswiss. 31 (1983), S. 291-312.
- Schumann, H./Wehling, W.: Literatur über Probleme der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung. In: Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte. Sonderheft der Zs. f. Geschichtswiss. 1960, S. 381-402
- Söder, G.: Ökonomie – Politik – Wirtschaftspolitik. Weltanschaulich-philosophische Aspekte des Verhältnisses von Politik und Wirtschaft im Sozialismus. Berlin 1977.
- Thamer, H.-U.: Nationalsozialismus und Faschismus in der DDR-Historiographie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B 13 v. 28.3.1987, S. 27-37.
- Uhlig, G.: Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Schulreform 1945-1946. Berlin 1965.
- Wagner, L.: Der Kampf der faschistischen Naziartei um die Errichtung und Stabilisierung der Diktatur in Thüringen Juli 1932 bis Juli 1933. Diss. phil. Jena 1973.
- Weißbecker, M. u. a.: Die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft. Strukturen und Wandlungsprozesse in der Novemberrevolution 1918/19 und in der Weimarer Republik. In: Ders./Gottwald, H. (Hrsg.): Klassen – Parteien – Gesellschaft. Dieter Fricke zum 60. Geburtstag. Jena 1987, S. 88-114
- Wenkel, H.: Zur Taktik der faschistischen Naziartei und zu ihren Methoden gegen die Arbeiterklasse und andere demokratische Kräfte in Thüringen 1929-1932. Diss. phil. Jena 1973.
- Zumpe, L.: Wirtschaft & Staat in Deutschland 1933 bis 1945. Berlin 1980.
- Pädagogen und Pädagogik im Nationalsozialismus – Ein unerledigtes Problem der Erziehungswissenschaft. Wolfgang Keim (Hrsg.). Studien zur Bildungsreform Band 16, Peter Lang Frankfurt am Main, Bern, New York, Paris 1988, S. 191-206.

Der deutsche Faschismus und seine Kritik in der Publizistik Johannes R. Bechers

So mancher wundert sich heute, auch hierzulande, über die große Aufmerksamkeit, die das Thema Faschismus in der Öffentlichkeit genießt, in der veröffentlichten Meinung ebenso wie in der anderen. Ja, es will scheinen, als steigerten sich Interesse und Wissensdurst, als würde der Drang, bis in jede Einzelheit alles aus jenen zwölf dunklen Jahren zu erfahren, immer größer. Das gilt nicht nur der braunen Barbarei, das gilt in gleicher Weise dem Verhalten, Denken, Fühlen, Handeln, dem Scheitern und dem Gewinnen im antifaschistischen Widerstandskampf. Nicht zuletzt will mir auch scheinen, als wüchse angesichts solcher Stichworte wie Bitburg, Barbie oder „Das Boot“ der Bedarf an theoretischer Verallgemeinerung, an eindeutiger und zugleich differenzierter Durchdringung, an wissenschaftlicher Substanz, mit deren Hilfe Antworten auf aktuelle Fragen, letztlich auf die Fragen nach dem Lebenssinn gegenwärtigen Auseinandersetzungen, leichter fallen.¹

Wer diese Aktualität von Faschismus und Antifaschismus zu den Merkwürdigkeiten unserer Zeit rechnen will, der mag durchaus recht haben. Allerdings fassen jene Erklärungsversuche viel zu kurz, die vor allem von rechten Wende-Ideologen stammen und die da vom zunehmenden zeitlichen Abstand dem 30. Januar 1933, des 1. September 1939 und des 8. Mai 1945 ausgehen sowie die Möglichkeit eines angeblich neu gewonnenen, von der faschistischen Vergangenheit unbelasteten ‚Freiraums‘ nutzen wollen. Allzu nahe liegt beispielsweise für Ernst Nolte – einer der rechtesten unter den rechtskonservativen Historikern in Westberlin, für den die Vergangenheit nicht vergehen will² – der Wunsch zur „Enttabuisierung“ des Faschismus, zu seiner teilweisen oder weitgehenden Rechtfertigung, der Wunsch, das immer noch dominierende antifaschistische Geschichtsbild zu verdrängen. Der sogenannte Historikerstreit in der BRD legte davon jüngst ein äußerst makabres Zeugnis ab, waren doch gerade in ihm die Bemühungen deutlich, mit unverblümter Wiederholung der originalen faschistischen Argumente und mit „Beweisen“ neofaschistischer Provenienz sowohl die Entstehung des Faschismus zu verfälschen, d. h. auf „asiatisch-bolschewistische“ Wurzeln zurückzuführen, als auch den zweiten Weltkrieg aus der Verantwortung Hitler zu lösen und diese dorthin zu verlagern, wo ein amerikanischer Präsident das „Reich der Bösen“ sehen möchte. In diesem Streit, der selbstverständlich kein Streit der Historiker war und ist, ging es um den Versuch einer „Entsorgung“³ von der Schuld an Faschismus und faschistischem Krieg, ging es um das Bemühen, den Antifaschismus als Grundkonsens aller demokratischen Kräfte zu beseitigen, indem er als „Volksfront- und Antifa-Mythologie“⁴ oder noch einfacher als kommunistisch diskreditiert wurde.

Nolte, Fest, Hillgruber, Hildebrand – alles konservative Historiker der BRD – scheinen in vieler Hinsicht augenblicklich das Gegenteil des Gewollten erreicht zu haben, etwas, was ich hauptsächlich als eine politisch-kritischen Zeitgeist geschuldete Befestigung ursprünglichen und neuen antifaschistischen Denkens betrachten möchte. Die eigentlichen Wurzeln des neuerlichen und kritischen Interesses für den Faschismus dürfen wohl vor allem dort vermutet werden, wo erschreckende Nähe und gedankliche Parallelität alter, überwunden geglaubter völkervernichtender Verbrechen in der Gestalt noch umfassenderer wahnwitziger Menschheitsvernichtungspläne geradezu ins Auge springen.

Es ist diese bittere und existenzbedrohende Aktualität, die mich wagen läßt, in Ihrem literaturwissenschaftlichen Arbeitskreis zu meinem geschichtswissenschaftlichen Anliegen zu sprechen. Dabei kann ich Johannes R. Becher nur als Zeugen anrufen, ihn nicht detailliert analysieren, schon gar

Bei Johannes R. Becher beziehen sich die Bandangaben grundsätzlich auf die Ausgabe der Gesammelten Werke (GW) in achtzehn Bänden, Berlin und Weimar 1966-1981.

¹ Vgl. Ernst Diehl: Geschichte – ein Kraftquell weiteren Voranschreitens. In: Einheit 8/1986.

² Ernst Nolte: Vergangenheit, die nicht vergehen will. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juni 1986.

³ Vgl. Jürgen Habermas: Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der Zeitgeschichtsschreibung. In: Die Zeit vom 11. Juli 1986.

⁴ So Michael Stürmer in seinem Leitartikel „Was Geschichte wiegt“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Nov. 1986.

nicht mit so vermessener Absicht, die Becher-Forschung bereichern zu wollen.⁵ Drei Problem-bereichen gelten meine Ausführungen: dem der Notwendigkeit und der Nützlichkeit von Faschismuskritik, dem der ständig wachsenden Komplexität unserer Auseinandersetzungen mit dem historischen Phänomen des Faschismus sowie der Aktualität des Problems der Rechtzeitigkeit von antifaschistischer Kritik im antifaschistischen Kampf.

In Bechers Pariser Rede von 1935, die der heutigen Konferenz ihren weit gespannten Titel lieh, las ich – mit wissenschaftlicher und politischer Freude – den Satz: „Gegengift hat nur dann eine Wirkung, wenn die Zusammensetzung und die Wirksamkeit des angewandten Giftes genau bekannt sind.“⁶ Ein wichtiger Satz! In ihm dominiert die Forderung nach exakter und umfassender Analyse der Wirklichkeit, nach gründlicher Beschäftigung mit dem Gegner, mit allen Einzelheiten seines Tuns sowie mit den tatsächlichen Ergebnissen seines Handelns. Bechers Aussage besitzt für mich, der ich leider oft erlebe, in Prüfungen, Schulstunden u. ä. m., wie ganz allgemein von *dem* Imperialismus, von *den* Kriegstreibern, von *den* Faschisten gesprochen wird, größten Wert. Wer gegen Imperialismus, Kriegstreiber, Faschisten kämpfen, ja siegen will, darf nicht bei bloßer Verurteilung, bei selbstverständlicher Ablehnung stehenbleiben. Antifaschistische *Grundposition* allein genügt nicht. Mit der richtigen Bestimmung der Klassennatur des Faschismus ist zwar die entscheidende und primäre Voraussetzung gegeben, ist ein Weg gewiesen, dieser Weg selbst noch lange nicht ausgesprochen. Ohne eine genaueste Analyse dessen, was vor sich geht, und der kausalen Zusammenhänge, ohne Beantwortung der Frage, warum dieses so und nicht anders vor sich geht, kann Antifaschismus, kann – und ich will es ganz gegenwartsbezogen sagen – Friedensbemühung nicht bestehen.

Becher dürfte 1935 manche der bereite überholten Positionen der Partei – seiner Partei – und von ihm selbst im Auge gehabt haben. Es ist doch wohl gerade ein Ausdruck ungenügender analytischer Fähigkeit und unzureichender Bereitschaft dazu, wenn er noch im Sommer 1932 der These vom Sozialfaschismus folgte,⁷ in einer Zeit also, in der Thälmann jenes berühmte Gespräch mit sozialdemokratischen Arbeitern führte und die KPD um eine Neuorientierung auf die antifaschistische Aktion rang. Faschismus in allem zu sehen, was andere Ziele verfolgte und weltanschaulichen Grundsätzen anhing, bedeutet aber, selbst bei unbestrittener Notwendigkeit, gegen diese Ziele und Grundsätze Stellung zu nehmen, den Kampf an der zentralen Front undifferenziert führen zu wollen; es führte auch lediglich dazu, die eigene Kraft zu überschätzen. Faschismus definitorisch bei denen festzumachen, die ihn zwar objektiv durch unwirksam geführten antifaschistischen Kampf unterstützten, denen jedoch der Faschismus fremd sein mußte und es ja auch war, das hieß die einzige vernünftige Alternative zum Faschismus behindern, das hieß die unumgängliche Politik zugunsten einer antifaschistischen Einheitsfront und eines breiten Volksfrontbündnisses erschweren.

Becher erläuterte 1935 an zwei Beispielen die Notwendigkeit sorgfältigen Hinsehens und Beobachtens, um jene Frage beantworten bzw. zu ihrer Beantwortung beitragen zu können, die damals mit brennender Sorge gestellt worden ist und seither immer und immer wieder gestellt wird: Wie konnte es geschehen, was veranlaßte große Teile des Volkes, so eklatant wider ihre eigentlichen Interessen, ja wider die Natur des Menschen und gegen die Lebensbedürfnisse der Menschheit zu handeln? Beide Beispiele sind wie beiläufig eingeordnet in das Anliegen, den „Weltgreueln“ wirkliche Weltliteratur entgegenzustellen, aber sie scheinen mir keineswegs zufällig gewählt. Zu beiden können wir in den zeitgenössischen Dokumenten der Partei relativ wenig, und wenn, dann kaum Differenziertes oder sogar Gegenteiliges finden. Beide betreffen die objektive Situation, die objektiven Bedingungen, unter denen den Massen Absurdes plausibel⁸ erscheinen kann, unter denen die ideologi-

⁵ Allerdings fällt auf, daß auf die Frage nach den Auffassungen Bechers über den Faschismus – sieht man von den Arbeiten ab, in denen seine Aktivitäten während der Jahre 1945 und 1946 ausführlich behandelt werden – kaum eingegangen wird. Vgl. Simone Barck: Johannes R. Bechers Publizistik in der Sowjetunion 1935-1945, Berlin 1976; Horst Haase: Johannes R. Becher. Leben und Werk, Berlin 1981; Werner Herden: Wege zur Volksfront, Schriftsteller im antifaschistischen Bündnis, Berlin 1978.

⁶ Johannes R. Becher: GW, Bd. 15, S. 460.

⁷ Ebenda, S. 342, S. 366, S. 269.

⁸ Becher knüpfte mehrmals und offensichtlich gern an den Satz „Wer die Menschen betrügen will, muß vor allen Dingen das Absurde plausibel machen“ aus Goethes Maximen und Reflektionen an. Vgl. auch GW, Bd. 16, S. 644.

schen Manipulationsmechanismen der faschistischen Diktatur überhaupt erst wirksam werden konnten. Beide betreffen die Fähigkeit des Faschismus zu manövrieren, geschickt vorzugehen und sich – die Hand ständig am Puls der Massen haltend – wechselnden Situationen, Stimmungen und Wünschen anzupassen. Die Beispiele belegen auch, daß Becher durchaus nicht nur die ideologischen Hebel des Imperialismus im Auge hatte, obwohl es mitunter so scheint, etwa wenn er 1930 geschrieben hat: „... Nebel, Nebelbomben über Deutschland, Verschleierung, Tarnung überall, daß die Gehirne mulmig werden und keiner mehr mit klarem Auge hindurohieht. Es ist, als stiegen ununterbrochen, Tag und Nacht, Flugzeuggeschwader auf und streuten jenes ideologische Giftgas ab, das, von einer ungeheuren Ansteckungsfähigkeit, systematisch Verblendung und Irreführung und bei den meisten Menschen Worte und Taten wider ihr eigenes Lebensinteresse hervorruft.“⁹ Dabei handelte es sich um ein waffentechnisch geprägtes Bild, das er immer und immer wieder verwandte.

Das eine Beispiel bezieht sich auf den faschistischen Terror. Zweifellos bestand in diesem das wesentlichste, auf fälligste und wohl auch wirksamste Herrschaftselement der braunen Barbarei. Mit Recht nimmt er in unserer Definition des Faschismus als offener terroristischer Diktatur einen zentralen Raum ein. Mit brutaler Gewalt und mit Terror in bisher ungekanntem Ausmaß stellten die deutschen Faschisten „die politischen Grundverhältnisse des Regimes her“.¹⁰ Der Terror war allgegenwärtig, er lähmte, disziplinierte und mobilisierte, er zwang – auch ohne direkt angewendet zu werden und ihm unmittelbar ausgesetzt zu sein – zu systemdienlichem Verhalten. Aber die richtige Definition als Ergebnis früherer Analysen und die treffende Bestimmung seiner Funktion ersetzten eben nicht die weitere faschismuskritische Analyse aller konkreten Erscheinungsformen, aller einzelnen Entwicklungsstadien des Terrors. Mir ist übrigens kaum eine andere, den Terror und die faschistischen Verbrechen selbst differenziert betrachtende zeitgenössische Aussage bekannt. Daher hat der Satz wohl großes Gewicht, den Becher in diesen Zusammenhang formulierte und der da 1935 lautete: „Man schafft zum Beispiel, nach außen hin, recht auffällig sichtbar, den Polizeiknäppel ab zum Zeichen der Verbundenheit von Volk und Polizei, nachdem man das Volk durch Foltern und Aufderfluchterschießen genügend eingeschüchtert hat und außerdem, je nach Bedarf, inwendig in den Zellen die Widerspenstigen zu Tode prügelt.“¹¹ Die dosierte, gezielte und exemplarische Anwendung des Terrors machte eine wichtige Seite des Alltags im Faschismus aus, sie war jedoch nicht der Alltag selbst. Und sicher sind wir heute auch gut beraten, wenn wir vermeiden, das Wüten der faschistischen Bestien von 1944/45 als einen für alle zwölf Jahre gültigen Maßstab zu nehmen. Bechers Faschismuskritik schloß mit Recht unterschiedliche Ebenen und wechselnde Methoden des faschistischen Terrors ein. Sie diente damit praktisch jener Weiterentwicklung und Korrektur in der antifaschistischen Taktik der KPD, sie nützte deren qualitativ neuer und von vielen Genossen nicht verstandener Orientierung auf die Taktik des „Trojanischen Pferdes“, d. h. auf eine Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen sowie auf die Ausnutzung legaler und halblegaler Möglichkeiten.

Noch gravierender scheint mir das andere Beispiel zu sein. Aus den Quellen kennen wir so manche Einschätzung, die ein wenig schlicht die verbreitete Parole „Kanonen statt Butter“ für bare Münze nahm und nicht berücksichtigt, daß von den Faschisten eigentlich Kanonen *und* Butter angestrebt wurden. Jeder neue Krieg mußte für die Herrschenden doch seinen Sinn verlieren, wenn an dessen Ende erneut ein 9. November 1918 stehen konnte, den man als eine historische Zufälligkeit, lediglich durch eigene Fehler, durch Hunger und Elend, durch den Rübenwinter von 1917/18 verursacht wähnte. Um im Bild zu bleiben: die Nazis sorgten durchaus auch für Butter. Das Ende der großen Massenarbeitslosigkeit und die beginnende Rüstungskonjunktur veränderten die sozialpolitische Lage der Bevölkerung, auch die der Arbeiterklasse, sowie das Denken über diese Lage. Zwar ist der relativ gute durchschnittliche Lebensstandard von 1926/27 in den 30er Jahren weder angestrebt

⁹ Ebenda, S. 239.

¹⁰ Kurt Pätzold: Die faschistische Manipulation des deutschen Volkes. Zu einem Forschungsproblem. In: Jenaer Beiträge zur Parteigeschichte, Nr. 35 (Februar 1981), S. 30.

¹¹ Johannes R. Becher: GW, Bd. 15, S. 460.

noch wieder erreicht worden, doch lag er immerhin um ein vielfaches höher als in den Jahren der Weltwirtschaftskrise. Schlechthin und allgemein von der weiteren Verelendung der Arbeiter unter dem Faschismus zu sprechen, konnte den antifaschistischen Kampf wenig befördern. Lange Zeit rechnete die Partei damit, daß die Hitler-Regierung ähnlich wie die Brünnings die noch bestehenden Tarifverträge außer Kraft setzen und auf solchem Wege einen massiven Lohnabbau ansteuern würde.¹² In Vorbereitung auf den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale überprüfte und präzierte sie ihre Auffassung, als gäbe es immer noch dieselbe absolute Verelendung der Massen wie in den Jahren der Krise. Johannes R. Becher dürfte mit seinen wenigen, aber wirklichkeitsnahen Bemerkungen geholfen haben, die Versuche der Nazis zur sozialpolitischen Beeinflussung der Arbeiterklasse nicht länger als Bluff und Schwindel abzutun, nicht länger bei einfacher Agitation gegen die Aktionen der Organisationen Deutsche Arbeitsfront, „Kraft durch Freude“ oder des sogenannten Winterhilfswerks stehenzubleiben und lediglich Boykottlosungen auszugeben.

Becher machte damit eigentlich sehr früh – und wiederum sage ich: mit Recht – auf tatsächliche soziale Verbesserungen sowie auf die regimestabilisierende Wirksamkeit sozialdemagogischer Aktionen der Nazifaschisten aufmerksam. Ich darf zitieren: „Es kann auch sehr wohl vorkommen, daß es gewissen Arbeiterschichten zeitweilig sogar besser geht, daß die Kapitalisten (im Interesse ihrer Klasse) bestimmte Einschränkungen sich erlauben *müssen*, Feste zur ‚Ehre der Arbeit‘ veranstalten und den Arbeiter als ‚Herrn des Staates‘ und als ‚Stolz der Nation‘ groß herausstellen – oder wenn die herrschende Klasse einen Krieg vorbereitet, kann es sehr wohl sein, daß sie ihre Arbeiter füttert, um sie in guter Stimmung zu erhalten ...“¹³

Becher berührte damit ein damals viel diskutiertes Problem, das zunächst von Palmiro Togliatti für die italienischen Verhältnisse aufgeworfen worden war. Gefragt wurde, ob und inwieweit es dem Faschismus nicht sogar gelingt, eine neue, ihm ideologisch und organisatorisch eng verbundene Oberschicht im Proletariat zu schaffen.¹⁴ Er hat diese Frage selbst nicht weiter verfolgt, aber wohl immer im Auge gehabt, mitunter allerdings auch wieder hinter neue Erkenntnisse zurückfallend oder falsche, hoffnungsvoll-illusionäre Schlußfolgerungen für die Situationsbewertung ziehend. Beiträge wie die über die Bank von England oder über die sogenannte Reichskristallnacht verdeutlichen diese sicher zu bedauernde, aber zu verstehende Tatsache.¹⁵

Später, bereichert durch die unmittelbaren Erfahrungen des Krieges, traf Becher noch viele gültige Aussagen zu einer ganzen Reihe sozialer Mechanismen, die in einem erheblichen Maße zugunsten von Faschismus und Krieg wirksam wurden. Es sei mir gestattet, dazu noch einmal Beispiele anzuführen. In der faschismuskritisch wohl bedeutsamsten, von der Forschung bisher zu wenig berück-

¹² Vgl. Elke Reuter: Die KPD zur faschistischen Lohnpolitik und Manipulierung der Arbeiter 1934/1935. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2/1987, S. 190 f.

¹³ Johannes R. Bechers GW, Bd. 15, S. 460.

¹⁴ Vgl. Elke Reuter, s. Anm. 12, S. 196.

¹⁵ So schreibt Johannes R. Becher z.B. 1936 im stark agitatorisch gefärbten Artikel „Die Bank von England“ in Widerspruch zum Pariser Referat: „Die Lebenshaltung der deutschen werktätigen Bevölkerung ist nach dem Willen seiner derzeitigen Gewalthaber auf ein Maß heruntergedrückt worden, das im zwanzigsten Jahrhundert in Westeuropa niemals gekannt worden ist ... Es gilt in Deutschland als todeswürdiges Verbrechen, für die materiellen Interessen einer zu Sklavenarbeit verurteilten hochqualifizierten Arbeiterschaft einzutreten.“ In: GW, Bd. 15, S. 467 f. Über die sogenannte Reichskristallnacht vom 9. November 1938 schreibt er in seinem Artikel „Tyrannen-Schmach“, es gäbe in Deutschland eine „Anfang-vom-Ende“-Stimmung. Er wagt sogar den völlig unpassenden und vielleicht durch vordergründiges Jubiläumsdenken angeregten Vergleich mit dem November 1918: „1918 – ein aktuelles Jahr im sechsten Jahr des Dritten Reichs! Diese Aktualität bedeutet, daß eine ähnliche Zeit wie der November 1918 auch für die faschistische Gewaltherrschaft drohend im Heraufdämmern ist. ‚Es muß anders werden!‘ – ‚Es muß endlich wieder Friede werden!‘ – ‚Hitler ist Krieg!‘ Alle so und ähnlich Denkenden zu verfolgen, dazu reicht die Kraft nicht. Die Bande muß ja auch noch sich selbst untereinander verfolgen, der eine mißtraut dem anderen, keiner ist vor dem anderen des Lebens sicher. November 1918: zu neuen Terrormaßnahmen schreckt er die Faschisten auf. Aber die Novemberstürme werden sich nicht legen, Erinnerungen brausen heran, die roten werden leben.“ Ebenda, S. 589. Ähnlich auch in dem „Iswestija“-Artikel vom 1.8.1938 „Eine untaugliche Waffe“, in dem es heißt: „Der moralische Zustand des deutschen Volkes ist aber nicht von der Art, daß er die Faschisten zu irgendwelchen kühnen Hoffnungen berechtigen könnte.“ Ebenda, S. 682.

sichtigten¹⁶ Schrift, „Erziehung zur Freiheit“ zitierte er den erschütternden und gleichermaßen erschreckenden Feldpostbrief einer Frau: „Es ist trostlos, es ist nicht mehr zum Aushalten, entsetzlich dieser Krieg, Schluß damit um jeden Preis ... Aber da habe ich gestern gerade zur rechten Zeit erfahren, daß mein Schwager Hauptmann geworden ist. Hoffentlich fällt davon auch etwas auf uns ab. Immer eine Stufe höher, näher heran an den General ... Da kann meinetwegen der Krieg weitergehen, noch eine ganze Zeit lang ...“¹⁷ Verbittert, ja enttäuscht von der unbezweifelbaren Massenhaftigkeit solcher Erscheinungen und ohne sozialstrukturelle Differenzierungssorgfalt, verurteilt Becher – sicher etwas ungerecht und überspitzt, aber historisch sehr wohl verständlich – den Verzicht so vieler Menschen auf ein Aufbegehren, „es braucht nur in fernster Zukunft eine Anwartschaft auf ‚Millionen Freßpakete‘ oder gar ein Hoffungsstreifen Karriere zu winken“.¹⁸ Und im gleichen Zusammenhang heißt es: „Nach oben hin kriechend und speichelleckerisch, nach unten hin aber, oft unter Wutanfällen, Fußtritte versetzend, gilt das Bestreben vieler Deutscher nur dem einen: eine gesicherte Lebensstellung zu erreichen, mit geregelten Bürostunden, ausreichendem Einkommen, geregelter Verdauung und mit Pensionsberechtigung selbstredend. Um dieses Lebensziel zu erringen, finden sie sich bereit zu jeder Tücke und Niedertracht, und für die Aussicht auf ein Sparguthaben oder gar auf ein Eigenheim lassen sie sich nicht lange bitten, Krieg zu führen, Massenschlächtereien zu veranstalten und freiheitsliebende Völker zu unterjochen. Wenn solchen Sklaven die Gelegenheit geboten wird, selbst Sklavenhalter zu werden, wenn auch in bescheidenem Ausmaße, dann hat sich ihr Traum erfüllt, und blutrünstig rast in ihnen die tollgewordene Spießerseele vor Begeisterung ...“¹⁹

Ich vermag in diesen Worten weder elitäre Massenfeindlichkeit noch nationalen Nihilismus, weder antideutschen Anthropologismus noch eine sich von der marxistischen Definition des Klassencharakters faschistischer Herrschaft entfernende Faschismusdeutung zu erblicken. Tatsächlich tauchen Vorwürfe dieser Art immer mal wieder auf, wenn vom notwendigen Abstraktum einer Definition ausgehend und auf ihrer Grundlage zu konkreter Analyse sozialer Erscheinungen und Mechanismen vorangeschritten wird. Unsere Faschismusforschung darf durchaus, nein: sie muß auch das berücksichtigen, was Lenin einmal – an Friedrich Engels angelehnt²⁰ – über die beiden Tendenzen im Verhalten der Arbeiterklasse unter kapitalistischen Verhältnissen schrieb: „Die eine Tendenz besteht darin, sich möglichst bequem und erträglich unter dem Kapitalismus einzurichten. Die andere Tendenz besteht darin, an die Spitze aller werktätigen und ausgebeuteten Massen zu treten zum revolutionären Sturz der Herrschaft des Kapitals überhaupt.“²¹ Die zweifellos demoralisierende, aber nicht aus der Geschichte herauszulösende Anpassung an die ökonomischen, politischen und ideologischen Gegebenheiten der bürgerlichen Gesellschaft machte um den Gegensatz von Faschismus und Antifaschismus keinen Bogen, so wie sich auch heute in das Problem Nummer eins aller Politik hineinreicht und so manche innere Schranke von Friedensbewegungen bewirkt.

Doch zurück zum Thema, zu Bechers Faschismuskritik, zu den von ihm 1935 genannten Beispielen ihrer Grundvoraussetzungen. Wenn man von der Analyse der Wirklichkeit ausgeht und diese behandelt, wie sie nun einmal ist, dann hat es – ich zitiere ihn wieder – „wenig Sinn, ‚im großen und ganzen‘ und ‚im allgemeinen‘ nur immer von Unterdrückung und Terror zu deklamieren. Große Linien-Räusche ohne exakte Detailkenntnisse sind auch hier zu nichts nütze.“²² Wohlgemerkt: Be-

¹⁶ Vgl. Dieter Schiller: Bechers Gedanke einer demokratischen Erneuerung der deutschen Kultur und der Kulturbund (1943-1947). In: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“ 1-4/1985, S. 168.

¹⁷ Johannes R. Becher: GW, Bd. 16, S. 625.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Ebenda, S. 624.

²⁰ Vgl. dazu Ulla Planer: Zum demokratischen und Friedenspotential der Sozialdemokratie. In: Sozialdemokratie in Westeuropa heute. Stellung im politischen System. Verhältnis zu sozialen und politischen Kräften. Thematische Informationen und Dokumentation, hrsg. v. d. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1986, Reihe A, Heft 58, S. 6 ff.

²¹ Wladimir I. Lenin: Ursprünglicher Entwurf des Artikels „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“. In: Werke, Bd. 27, Berlin 1978, S. 206.

²² Johannes R. Becher: GW, Bd. 15, S. 460.

cher äußerte sich nicht gegen die große Linie, gegen die in mein Thema passende Linie zur Charakteristik der Klassennatur des Faschismus. Im übrigen weist Bechers Publizistik auch dazu Gültiges aus.²³ Sie stand für ihn niemals zur Disposition, er behandelte sie als Selbstverständlichkeit, zu deren Erhärtung und Beweis er sich weder veranlaßt noch berufen fühlte. Daraus erklärt sich vielleicht auch manche Unsicherheit in der exakten Bezeichnung der sozialen Triebkräfte des Faschismus, der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und aggressiven Teile des Monopolkapitals.²⁴ Doch auch von anderen Kommunisten ist dieser Erkenntnisfortschritt gegenüber früheren Aussagen über den Faschismus als Offensive der Bourgeoisie nicht immer konsequent umgesetzt und in die richtigen Worte gekleidet worden ...

Ich will und kann darauf nicht, näher eingehen, auch nicht auf die an und für sich reizvolle parteiverbundene Polemik gegen parteischädigende „Linien-Räusche“. Ich will – dem Thema eher gemäß – an die im Zitat auch angedeutete Frage von Nützlichkeit und Nutzlosigkeit faschismuskritischer Beschäftigung anknüpfen. Denn wichtig ist es schon zu wissen, in welchem hohem Maße sich für Becher das Bemühen um präzise und treffende Faschismusanalyse mit dem Bemühen um einen wirklichen antifaschistischen Kampf, mit dessen treffsicherer Strategiebestimmung unauflöslich verband. Antifaschismus – das war eben auch für Becher nicht allein das Gegenteil des Faschismus, schon gar nicht kontemplative Geschichts- und Gegenwartsschau. Antifaschismus – das war für ihn eine kämpferische Alternative zum allgemeinen Angriff der extrem reaktionären und aggressiven Kreise der herrschenden Klasse. Antifaschismus bedeutete Auflehnung, Verteidigung des Menschen gegen eine hereingebrochene Unmenschlichkeit. Antifaschismus bedeutete Kampf, auf jeden Fall mehr als ein bloßes inwendiges Rasonieren. Faschismuskritik als Selbstzweck konnte und durfte es nicht geben, oder man gab sich auf, den Menschen und die Menschheit.

Antifaschismus – das war aber auch mehr als nur ein Verteidigungskampf. Da der Faschismus alle anderen nichtfaschistischen Kräfte zur Stellungnahme zwang, weil er nicht nur der Arbeiterbewegung in Todfeindschaft begegnete, sondern auch Anhänger der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und Pazifisten verfolgte, die Vertreter humanistischer Kultur und gläubige Menschen bedrohte, Angehörige anderer Rassen und Völker zu vernichten suchte usw., deshalb waren die Motive für antifaschistisches Denken und Handeln außerordentlich vielfältig. Antifaschistisch motiviert konnte eigentlich jeder sein, dessen tätiges Gefühl für Gerechtigkeit und menschlichen Anstand sich nicht mit der Nazi-Unmoral vertrug, jeder, der sich in der Behauptung seiner Vernunft gegen den Irrationalismus faschistischer Ideologen sträubte, dessen Friedfertigkeit und menschliche Verantwortung das bramarbasierende Kriegsgeschrei der NSDAP nicht ertrug. Der Antifaschismus erwies sich daher insgesamt als ein mögliches, und wie sich bereits bis 1945, vor allem aber danach herausstellen sollte, auch als ein geschichtswirksames Bindeglied für die sozial-politisch ideologisch und weltanschaulich sehr heterogenen Kräfte im Kampf gegen einen gemeinsamen Feind sowie für ein übereinstimmendes Ziel.

Antifaschistischer Kampf – ja, aber wofür und was danach? Darin lag in jener Zeit für viele ein Problem, das innerhalb des Antifaschismus überflüssige Schranken aufrichtete. Antifaschismus bedeutete in erster Linie Kampf gegen alle Erscheinungsformen und Entäußerungen des Regimes. Aber es ging darüber hinaus auch um einen Antifaschismus als Kampf gegen die den Faschismus hervorrufenden, ihn stützenden, fördernden, benötigenden Kräfte der bürgerlichen Gesellschaft. Anders ausgedrückt: Es gab Antifaschismus unterschiedlichsten Charakters. In der Politik und Ideo-

²³ Verwiesen sei hier lediglich auf den dementsprechenden Einstieg, den Becher für seine Rede „Das große Bündnis“ auf dem Ersten Unionskongreß der Sowjetschriftsteller von 1934 wählte und in dem er den Faschismus als den „wildesten, erbarmungslosesten Feind der Arbeiterklasse“ beschrieb und hinzufügte: „Er vertilgt und verbrennt, fälscht und schändet, was die besten Geister der Vergangenheit, die kühnsten Denker, die größten Meister der Literatur und Kunst, der revolutionären Klasse unserem Zeitalter als Vermächtnis hinterlassen haben. Sie, diese Henker und Menschenjäger, erfüllen die Befehle eines Häufleins von kapitalistischen Sklavenhaltern, die wissen, daß die Tage des kapitalistischen Systems gezählt sind. Die Furcht vor der proletarischen Revolution ist die tiefste Wurzel, aus welcher die faschistische Despotie entspringt, aus welcher die terroristischen Handlungen und die mystischen Ideologien der Faschisten sich ableiten.“ Ebenda, S. 415.

²⁴ Johannes R. Bechers GW, 34. 16, S. 525.

logie unserer Partei gehörte konsequenter, umfassender und bis zu Ende gedachter Antifaschismus zu ihren Grundzügen. In diesem Sinne hat sich die KPD als eine zuverlässige und wirksame antifaschistische Kraft bewährt. Eine marxistisch-leninistische, auch die Wurzeln des Faschismus ins Visier nehmende Position bildete jedoch keineswegs die Voraussetzung für antifaschistische Haltung und antifaschistisches Handeln. Der Gegensatz von Faschismus und Antifaschismus war und ist nun einmal – ebensowenig wie der zwischen Krieg und Frieden – mit dem Hauptwiderspruch zwischen Imperialismus und Sozialismus identisch. Zahlreichen übereinstimmenden Momenten stehen gravierende Unterschiede gegenüber. Deren Zusammengehörigkeit und Wechselwirkung, deren Konvergenz und Divergenz richtig zu erfassen, verlangte eine komplexe Sicht.

Unmittelbar im Anschluß an die Replik zu den unnützen großen „Linien-Räuschen“ formulierte Johannes R. Becher auch seine Sicht auf die Notwendigkeit einer solchen komplexen Analyse: „Die Kunst, den Gegner zu treffen, besteht darin, das *ganze* Geheimnis der Unterdrückung aufzuspüren, die Lehre von der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen bis in alle Einzelheiten und Winkelzüge hinein auszuarbeiten, denn gerade die unsichtbaren und klug versteckten Formen der Unterdrückung sind es, die am Ende das große Unheil anrichten.“²⁵

Jawohl, alles und jeder, auch das Unsichtbare, ist zu berücksichtigen, wenn nicht lediglich ein kleiner Angriff, ein geringer Erfolg, ein nur wenig dauerhaftes Ergebnis erzielt werden soll. Becher bewegte sich damit auf den Bahnen marxistischer Wissenschaftstraditionen und folgte beispielsweise der Forderung Rosa Luxemburgs, die mitten in der Novemberrevolution schrieb, es gelte eine „wissenschaftliche Blendlaterne an die verborgensten Triebfedern des ökonomischen und politischen Räderwerkes der bürgerlichen Gesellschaft“ zu halten sowie deren „Tun und Gebaben bis in die feinste Veränderung ihres Fühlens und Denkens“ auszuleuchten, und zugleich alles zu erkennen „als Ausfluß der großen Grundtatsache, daß sie (die herrschende Klasse, M. W.) ihr Leben wie der Vampir vom Blute des Proletariats fristet“.²⁶ Wenn heute in unserer Zeit gesamtgesellschaftliche, systemübergreifende, epocheumspannende und auch allgemein-menschliche Fragen an Bedeutung gewonnen haben und künftig wohl noch mehr gewinnen werden,²⁷ dann stellt sich der Zusammenhang aller die Geschichte bewirkender Faktoren als theoretisches Problem in neuer Qualität. Dann stellt sich auch die Interdependenz des antagonistischen Gegensatzes von Kapital und Arbeit mit allen anderen auf, dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft existierenden Gegensätze neu dar. Das unabdingbare Gegeneinander der beiden Hauptklassen ist generell und auf vielfältige Weise mit nichtantagonistischen Widersprüchen und Solchen allgemeinsten ‚Natur‘ verwoben. Eine sorgfältige und komplexe Berücksichtigung der Pluralität geschichtswirksamer Faktoren vermag jenes „ganze Geheimnis“ zu erhellen, von dem Becher sprach. So vorzugehen heißt aber auch, sich nicht in den Fallstricken bürgerlicher Pluralismus-Theorien zu verfangen.

Ein abschließendes Wort sei noch gesagt zu dem „Gebot der Stunde“, von dem Becher häufig sprach, also zu dem Problem der Rechtzeitigkeit richtiger Faschismuskritik und seiner Rolle im antifaschistischen Kampf. Rückblickend schrieb Johannes R. Becher in der „Erziehung zur Freiheit“, daß er damals, „als alles darum ging, daß Deutschland sich rechtzeitig aus dem Bann des Verderbens löse“, versucht habe, „das ‚Gebot der Stunde‘, wie es der Dichter zu erfüllen hat, in dem Begriff der ‚Deutschland-Dichtung‘ zu fassen“.²⁸ So „schrieb“ Becher, habe ich soeben formuliert. Müßte es aber nicht eigentlich heißen: so konnte er schreiben, war er noch in der Lage zu schreiben, hatte er noch die Möglichkeit zu schreiben? 1945 erfolgte eine Befreiung, gab einen Sieg über den Faschismus, obwohl sich das deutsche Volk nicht aus dem „Bann des Verdorbenen“ zu lösen vermocht hatte. Für die Antifaschisten jener Zeit gab es eben durchaus Hoffnung, eines nahen oder fernen Tages trotz eigener Schwächen und Fehler zu den Siegern gehören zu können. Unsere heutige Situation ist eine andere: Schwäche wird nicht allein mit einer Niederlage bestraft, mit einer dunklen Macht, und dauerte sie gleich 12 Jahre, mit Opfern, die danach bewältigt werden können.

²⁵ Johannes R. Becher: GW, 34. 15, S. 460.

²⁶ Rosa Luxemburg: Nationalversammlung oder Räteregeirung? In: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 463.

²⁷ Vgl. Erich Hahn: Herausforderung an die Philosophen unseres Landes. In: Einheit 8/1986, S. 716.

²⁸ Johannes R. Becher: GW, Bd. 16, S. 594.

Es geht um weitaus mehr, einfach um alles, was im Zeichen des Menschen und der Menschheit steht.

Gibt es also, und so habe ich die von den Organisatoren dieser Konferenz an mich gestellten Fragen verstanden, gibt es auch aus der Sicht des zeitverbundenen Historikers in Bechers Faschismuskritik wichtige Ansatzpunkte für die Bewältigung der großen Menschheitsaufgaben unserer Zeit? Die Antwort fällt mir leicht: ja, in vieler Hinsicht und mit guten Gründen.

Im Zeichen des Menschen und der Menschheit. Johannes R. Bechers Publizistik (1912-1945) als aktuelles Erbe. Kulturbund der DDR. Zentraler Arbeitskreis Johannes R. Becher, Berlin 1988, S. 70-86.

„Ertön o Wort, das gleich zur Tat gerinnt!“

Historische und aktuelle Aspekte des Themas Wissenschaft und Verantwortung aus der Sicht eines DDR-Historikers.

„Ihr –: laßt uns gern vom ewigen Frieden reden!
Ja, wissend sehr, daß er Gestalt gewinnt
Noch süßester Traum nur. Unsere Hände jäten
Das Unkraut aus, das jenen Weg bespinnt.
Ertön o Wort, das gleich zur Tat gerinnt!
Das Wort muß wirken! Also laßt uns reden!!“
(Johannes R. Becher)

Mitten im Ersten Weltkrieg, kurz bevor er in Jena zu studieren begann, schrieb Johannes R. Becher – später langjähriger Kulturminister meines Landes – das Gedicht „An den Frieden“¹, dessen Konsequenz ich hier, der Einladung zur Teilnahme herzlich dankend, folgen möchte. Dem notwendigen und sicher nützlichen Gespräch über die Verantwortung von Wissenschaftlern in Geschichte, Gegenwart und Zukunft soll auch mein Wort dienen, mein Versuch einer Antwort auf die der heutigen Veranstaltung gestellten Fragen. Dabei gilt ein *erster* Teil den historischen Rahmenbedingungen der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR, die von ausschlaggebender Bedeutung für die erfolgreiche Überwindung und Bewältigung des Faschismus sein dürften, ein *zweiter* der Aktualität jener immer wieder aufgeworfenen und zweifellos sehr komplizierten Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik.

Der deutsche Faschismus, verantwortlich für ein barbarisch-terroristisches Herrschaftssystem und für den schlimmsten aller Kriege in der an Kriegen doch so reichen Menschheitsgeschichte, hat – als er 1945 militärisch durch die Anti-Hitler-Koalition besiegt werden konnte – ein in jeder Hinsicht furchtbares Erbe hinterlassen. Dieses politisch-praktisch zu überwinden und geistig zu bewältigen, war und ist für die Historiker der DDR ein verpflichtendes antifaschistisches Ziel. Damit entsprechen und entsprechen sie dem konsequent-antifaschistischen Wesen eines Staates, der im Prozeß der Auseinandersetzungen um die Sicherung des militärischen Sieges über den Faschismus sowie um die Beseitigung von dessen sozial-ökonomischen Wurzeln entstanden ist. Dies stimmt voll und ganz mit dem geschichtlichen und zukunftsorientierten Selbstverständnis der DDR ebenso wie mit den in ihr gewachsenen wissenschaftsgeschichtlichen Aufgaben und Traditionen überein. Gleichzeitig sind von Historikern und anderen Gesellschaftswissenschaftlern immer wieder neue Fragen in die Diskussion eingebracht worden. Das Thema Faschismus konnte zu keinem Zeitpunkt und kann auch heute nicht als „erledigt“, als „überflüssig“ betrachtet oder gar abgehakt werden. Trotz der insgesamt erfolgreichen Bewältigung des dunkelsten Kapitels deutscher Vergangenheit wird weiter über jene zwölf der geplanten tausend Jahre geforscht und publiziert. Fragen an die Vergangenheit im allgemeinen und insbesondere an diese Vergangenheit sind immer wieder neu zu stellen und neu zu beantworten gewesen. Dabei handelte es sich um Fragen, die sich sowohl aus dem Gang der Wissenschaftsgeschichte ergaben als auch um Fragen neuer Generationen an die Vergangenheit, die nicht mehr unmittelbar ihre eigene Vergangenheit war. Immer ging es um Fragen, die in den einzelnen Etappen der DDR-Geschichte jeweils zu stellen notwendig und zu beantworten möglich waren.

Frühzeitigkeit und Konsequenz sowie die strikte Einheit von Wort und Tat lassen sich als die wichtigsten Merkmale der ersten Phase erkennen, in der sich auf dem heutigen Boden der DDR die Bewältigung des faschistischen Erbes vollzog. Die Übereinstimmung mit dem antifaschistischen Konsens der Anti-Hitler-Koalition, wie er sich noch im Potsdamer Abkommen und in den Prinzipien des Internationalen Militärtribunals von Nürnberg äußerte, gehörte ebenso dazu wie das bewußte Lernen aus den leidvollen Erfahrungen des antifaschistischen Widerstandes. „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ – so lautete die Losung deutscher Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Christen und bürgerlicher Demokraten. Zu ihrer Verwirklichung galt es zunächst, alle Er-

¹ Johannes R. Becher: Ausgewählte Gedichte 1911-1918. (= Gesammelte Werke, Bd. 1). Berlin und Weimar: 1966. S. 294.

scheinungsformen des Faschismus zu beseitigen sowie die Nazi- und Kriegsverbrecher zu bestrafen, galt es aber auch, die sozialökonomischen Wurzeln anzutasten, d. h. im Sinne Bertolt Brechts den „Schoß“ unfruchtbar zu machen, aus dem einst die braune Barbarei gekrochen war. Die damit einhergehende Schaffung solider Fundamente einer antifaschistisch-demokratischen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse verlangte, antifaschistisches Denken und Handeln – bis 1945 nur bei einer absoluten Minderheit des deutschen Volkes vorhanden – unter den Massen zu verbreiten und durchzusetzen.

Alle geschichtswissenschaftliche Literatur hatte sich daher zunächst um eine neuartige konzeptionelle Klärung historischer Grundprozesse in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft zu bemühen und hinsichtlich der Behandlung von Faschismus und Krieg eine ausgesprochen politisch-aufklärerische Funktion zu erfüllen. Sie entstammte auch mehr der Feder von Opfern des nationalsozialistischen Regimes und antifaschistischer Intellektueller, die an die Spitze des sich neu herausbildenden Systems der politischen Organisation der Gesellschaft traten. Die neue Generation von Gesellschaftswissenschaftlern stand noch im Lernprozeß, in sich selbst gleichermaßen die Beteiligung und das Resultat antifaschistischer Bemühungen verkörpernd. Historiker wie Walter Bartel, Ernst Engelberg, Walter Markov, Alfred Meusel, Karl Obermann, Erich Paterna, Heinrich Scheel, Albert Schreiner u. a. m. begannen erst mit dem Aufbau der marxistischen Geschichtsschreibung. In der „Zunft“ der Historiker dominierten bis in die 50er Jahre hinein bürgerliche Geschichtswissenschaftler, die einen starken Rückhalt in der BRD-Historiographie besaßen und sich relativ wenig mit der jüngsten deutschen Geschichte befaßten.²

In den ersten faschismusgeschichtlichen Arbeiten standen Untersuchungen zur Rolle der Monopolherren und Großgrundbesitzer, zu den Ursachen des Zweiten Weltkrieges sowie zu den geschichtlichen Wurzeln der faschistischen Ideologie im Vordergrund. Insbesondere zum ersten Problemkreis legten Walter Bartel, Fritz Klein, Jürgen Kuczynski und Albert Schreiner wichtige Arbeiten vor, die das marxistische Bild vom Faschismus auch forschungsmäßig fundieren halfen.³ Dabei gab es – zwangsläufig, berücksichtigt man Kenntnisstand und die wissenschaftsgeschichtlichen Voraussetzungen – auch gewisse sektiererisch-dogmatische Vergröberungen, unvollständige und verabsolutierend-einseitige Aussagen. Sie betrafen insbesondere den unmittelbaren Mechanismus der faschistischen Diktatur und die relativ eigenständige Rolle der NSDAP im Herrschaftssystem. Die reaktionäre Linie in der gesamten deutschen Geschichte wurde überbetont. Die tatsächlich erreichten Leistungen und Veränderungen im antifaschistisch-demokratischen Umwälzungsprozeß lassen sich jedoch keineswegs an diesen Schwächen messen.

Entscheidend war die politisch-praktische Bewältigung des Faschismus, die auch neue und bis dahin unbekannte Voraussetzungen für die geistige Bewältigung des Faschismus schaffen konnte.

Dazu zählte die Entnazifizierung der Verwaltung, bei der allein in Thüringen über 60.000 Personen aus ihren Ämtern in Justiz, Staatsbürokratie und Schulen entlassen wurden – eine Aktion, die Anfang 1946 im wesentlichen abgeschlossen werden konnte; dazu gehörten die demokratische Bodenreform und die Schulreform – sie war mit der Gewinnung von Neulehrern anstelle der ca. 28.000 faschistischen Lehrerinnen und Lehrer verbunden – sowie die Enteignung der großkapitalistischen Nazi- und Kriegsverbrecher nach dem Volksentscheid vom 30. Juni 1946 in Sachsen, der ein klares Votum von 77,6 Prozent für die Weiterführung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung erbracht hatte. Im Frühjahr 1948 konnte die Entnazifizierung abgeschlossen werden, in deren Ergebnis etwa 520.000 ehemalige Faschisten, Militaristen und Kriegsverbrecher aus dem Staatsapparat entfernt wurden. Damit war jedoch die strafrechtliche Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern nicht beendet. Bis 1964 wurden insgesamt 16.572 Personen gerichtlich angeklagt und 12.807 von ihnen wegen erwiesener Verbrechen verurteilt. Mit dem Abschluß der offiziellen Entnazifizierung eröffnete sich eine Möglichkeit, auch breite Kreise der ehemaligen „Mitläufer“ und „kleinen

² Siehe Walter Schmidt: Die Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger Jahren. Ihre Konstituierung als sozialistische deutsche Geschichtswissenschaft. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. (1983)4, S. 291 ff.

³ Siehe das Vorwort von Rolf Richter zu Kurt Gossweiler: Aufsätze zum Faschismus. Berlin: 1986, S. XI ff.

Pg's“ für eine Mitwirkung an den gesellschaftlichen Veränderungen zu gewinnen, zumindest sie zu deren Duldung zu veranlassen. Nicht zuletzt gehörten zu der erfolgreichen Bewältigung des faschistischen Erbes alle jene erfolgreich genutzten Möglichkeiten zur politisch-organisatorischen Formierung der antifaschistischen Parteien, der anderen Verbände und Ausschüsse, mit deren Hilfe auch die unheilvolle Spaltung der Arbeiterbewegung überwunden werden konnte, die Arbeiterklasse zur führenden politischen Kraft heranwuchs und neue demokratische Staatsorgane aufzubauen begonnen wurde.⁴

Noch deutlicher als in der ersten Entwicklungsphase der marxistischen Geschichtswissenschaft der DDR steht in ihrer zweiten – sie umfaßt die späten 50er und die 60er Jahre – die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung und der antifaschistischen Widerstandsbewegung im Vordergrund, wovon umfangreiche Literaturberichte eindrucksvoll Zeugnis ablegen.⁵ Ihre Bedingungen sind vom Kalten Krieg, von der Spaltung Deutschlands und von den unaufhörlichen Versuchen führender Kreise der Bundesrepublik, die Entwicklung in der DDR aufzuhalten und rückgängig zu machen, bestimmt. In der dadurch geprägten Faschismusforschung der DDR dominierte eine die Kontinuität mitunter überbetonende Sicht auf die Entwicklung des deutschen Imperialismus, die vereinzelt sogar in einer Charakterisierung der Bundesrepublik als eines klerikal-faschistischen Staates kulminierte. Von größter Bedeutung war jedoch eine ausführliche und produktive Diskussion zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus sowie zum Faschismus als eine seiner Erscheinungsformen, die eigentlich seither ständig geführt worden ist und auch heute noch anhält.

An dieser Diskussion beteiligten sich neben den Verfassern des Buches „Imperialismus heute“ (Berlin 1965) vor allem die Historiker Jürgen Kuczynski, Dietrich Eichholtz, Kurt Gossweiler und Wolfgang Ruge.⁶ In ihr wuchs einerseits die Kenntnis von der historischen Verantwortung, die von den reaktionärsten und aggressivsten Kreisen des deutschen Monopolkapitals für Faschismus und Krieg getragen worden war, erweiterte sich andererseits auch die Sicht auf innere Prozesse in der Entwicklung der herrschenden Klasse. In den Vordergrund traten Auffassungen über die Dialektik von Einheitlichkeit und Widersprüchlichkeit kapitalistischer Interessen, über das komplizierte Geflecht von Gesamtinteressen und Teil- bzw. Gruppeninteressen. Damit gewannen die inneren Auseinandersetzungen in der monopolistischen Bourgeoisie einen neuen Stellenwert in den faschismusgeschichtlichen Überlegungen, ohne allerdings dadurch die früher gewonnenen grundsätzlichen Erkenntnisse über die sozialökonomischen Wurzeln des Faschismus in Frage zu stellen: Es wurde genauer gefragt, es wurden neue Details einbezogen und vereinfachende Thesen einer nun möglich gewordenen Prüfung unterzogen.

Die Faschismusforschung der DDR konnte sich seit den 70er Jahren erheblich verbreitern und qualifizieren, wie Rolf Richter in einer einfühlsamen, knappen Übersicht bemerkt.⁷ Dies widerspiegelt auch der Band „Faschismusforschung“, der 1980 von Kurt Gossweiler und Dietrich Eichholtz herausgegeben worden ist. Das verdeutlichen auch die zahlreichen neueren, hier im einzelnen nicht vorzustellenden Arbeiten von Heinz Bergschicker, Klaus Drobisch, Olaf Groehler, Joachim Lehmann, Kurt Pätzold, Joachim Petzold, Rolf Richter, Wolfgang Ruge, Wolfgang Schumann, Manfred Weißbecker u. a. m.

Ihre Fragestellungen gingen grundsätzlich vom Klassencharakter des Faschismus aus und galten in dialektischer Verknüpfung mit den dazu bereits erarbeiteten Grunderkenntnissen den vielfältigen Erscheinungsformen des Hitlerregimes, der nationalsozialistischen Ideologie, den Manipulationsmechanismen, der Rolle von Terror und Demagogie sowie der zweifellos schwer zu beantwortenden Frage, wie es dem deutschen Faschismus gelingen konnte, die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung zu gewinnen und humanistischem Denken fast total zu entfremden.

⁴ Siehe Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Rolf Badstübner. Berlin: 1981. (Insbesondere die Abschnitte 1-4).

⁵ Siehe die entsprechenden Beiträge in den Sonderbänden „Historische Forschungen in der DDR“, die von der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1960, 1970 und 1980 herausgegeben worden sind.

⁶ Siehe Rolf Richter: A. a. O., S. XIV ff.

⁷ Ebd. S. XVII.

Die im antifaschistischen Widerstand leidvoll gewonnene Forderung „Nie wieder Faschismus!“ konnte – nicht zuletzt auch dank der sich entfaltenden marxistischen Faschismusforschung – verwirklicht werden. In einem revolutionären Umwälzungsprozeß wurden konsequent die für den Faschismus letztlich verantwortlichen sozialökonomisch-gesellschaftlichen Wurzeln beseitigt, die grauenvolle Hinterlassenschaft des Faschismus überwunden und unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse völlig neue gesellschaftliche Verhältnisse geschaffen. Damit hat sich eine Bewältigung der braunen Vergangenheit vollzogen, die zu berechtigtem Stolz veranlaßt, jedoch zugleich den nüchternen Blick auf sich immer wieder stellende antifaschistische Aufgaben oder auf neue Probleme erfordert.

Die historische Dimension der gegenwärtig und künftig von Geschichtswissenschaftlern der DDR wahrzunehmende Verantwortung liegt auf der Hand: Sie ist eingebettet in eine über vierzig jährige Geschichte marxistisch-leninistisch geführter und praktizierter antifaschistischer Wissenschaftspolitik. Aus ihr ergeben sich Grundsätze und „Faustregeln“ aktueller Verantwortungswahrnehmung, die primär der Verhinderung eines atomaren Menschheitsunterganges und der Sicherung des wichtigsten Menschenrechtes – eines Lebens in Frieden – zu gelten hat. Dazu darf ich mit dem Blick auf Anforderungen, wie sie sich an marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaftler in der DDR stellen, noch folgende thesenartige Bemerkungen machen.

Erstens trägt der Gesellschaftswissenschaftler eine besondere Verantwortung für den Frieden. Diese wahrzunehmen darf für ihn nicht nur eine Frage des guten Willens sein. Sie bezieht sich auf seine wissenschaftliche Pflicht in der Gesellschaft und für die Gesellschaft. Wahrnehmung von friedenspolitischer Verantwortung durch den Gesellschaftswissenschaftler verlangt *zweitens* eine bewußte, eindeutige Haltung zur Politik. Seine allgemeine Autorität ist auch für den Inhalt der Politik gefordert; natürlich nicht allein, denn Verantwortung verlangt alles andere als eine oberflächliche, undialektisch-schematisierende Politisierung des jeweils vertretenen Wissenschaftsgebietes. Daraus ergibt sich *drittens*, daß ein Wissenschaftler heute seiner Verantwortung in erster Linie gerecht werden kann, wenn er mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten in die Politik eingreift, diese unterstützt oder hemmt. Wissenschaftliche Größe und Bewährung offenbaren sich heute darin, inwieweit sich ein Gesellschaftswissenschaftler von seiner jeweiligen Fachdisziplin her auch als Vordenker und Vorkämpfer für die durch Politik zu gestaltende Zukunft der Menschheit erweist. Verantwortungswahrnehmung heißt *viertens*, auch wissenschaftlich das leidige, bedrückende und folgenreiche Problem von Verantwortungslosigkeit in Wissenschaft und Politik zu behandeln, was nicht nur als eine Forderung an die Ethik als einer gesellschaftswissenschaftlichen Spezialdisziplin verstanden werden darf.

Und schließlich bedeutet Verantwortungswahrnehmung für den marxistischen Gesellschaftswissenschaftler der DDR *fünftens* immer auch Parteinahme, ob bewußt oder unbewußt, ob man will oder nicht. Immer lautet die Frage konkret: Verantwortung wofür, für wen, vor wem und wie weit? Bewußte Wahrnehmung von Verantwortung verlangt aus meiner Sicht gerade vom Gesellschaftswissenschaftler in der DDR einen klaren Blick auf den Zusammenhang von Wissenschaft und Gesellschaft, auf die in den Gesellschaftswissenschaften dominierende dialektische Einheit von Objektivität und Parteilichkeit – wobei ich letzteres weder mit parteiischer Haltung noch gar mit Parteizugehörigkeit allein identifiziere.

Nach unserer Auffassung – getragen vom Historischen Materialismus, der bekanntlich die Welt, wie sie ist und wie sie geworden ist, nicht nur erklären, sondern auch verändern will – entspricht das methodologische Prinzip der Einheit sowie der Wechselwirkung von Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit keineswegs irgendwelchen frommen Wünschen oder einem vorgefaßten Meinen. Diese Tatsache läßt sich historisch belegen.⁸ Parteilichkeit war beispielsweise für die Ideologen des aufstrebenden Bürgertums etwas Selbstverständliches. Mit klarem Blick ist von der gesamten europäischen Aufklärungsbewegung in allgemeinstem Sinne Partei ergriffen und jeder Mangel an Parteilichkeit verurteilt worden. Sollte jemand zu keiner Partei gehören, so kann im „Allgemeinen

⁸ Siehe Manfred Weißbecker: Gedanken zur Verantwortung des Historikers in seiner Zeit. In: Alma mater jenensis. Studien zur Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte. H. 5; Jena 1988.

Handwörterbuch der philosophischen Wissenschaften“ von 1833 nachgelesen werden, würde dies „eine völlige Indolenz und Indifferenz verraten“. ⁹ Heinrich Luden, seit 1806 für mehr als vier Jahrzehnte Historiker in Jena, gab ebenfalls eine eindeutige Antwort, als er z.B. seine Zeitschrift „Nemesis“ als das politische Gewissen seiner Zeit konzipierte und schrieb: „[...] unparteiisch in Rücksicht dessen, was geschehen ist, aber durchaus parteiisch für Freiheit und Recht: das sei der Wahlspruch.“ ¹⁰ Parteilichkeit stellt sich also keineswegs als eine Erfindung marxistischer Historiker dar, eher als ein Erbe aus allen Zeiten, in denen besonders aktiv um den gesellschaftlichen Fortschritt gerungen worden ist.

Betrachtet man nach dem historischen Aspekt den logischen, dann ist unverkennbar, daß Objektivität und Parteilichkeit mehr darstellen als das Ergebnis einer bloßen Additionsaufgabe. Parteilichkeit tritt nicht einfach zur Objektivität hinzu. Sie bildet nicht nur einen immanenten, sondern auch tragenden, konstitutiven Bestandteil allen geschichtswissenschaftlichen Erkennens und davon abgeleiteten Handelns.

Parteilichkeit ist in diesem Sinne auch mehr als eine bloß subjektive Zutat zur „eigentlichen“ geschichtswissenschaftlichen Forschung. Die Konjunktion „und“ zwischen den Begriffen Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit vermag tatsächlich ihre innere, ihre untrennbare Einheit nur sehr schwach zum Ausdruck zu bringen. ¹¹ Die Aufhebung auch nur einer Seite dieser dialektischen Wechselbeziehung würde alles aufheben. Parteilichkeit kann von Objektivität nicht losgelöst werden, soll sie dadurch nicht zu einer Angelegenheit subjektiver, tagespolitisch bedingter oder anderer Zufälligkeiten geraten.

Das Thema Verantwortung legt ferner nahe, die Einheit von Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit zugleich als Einheit von Denken und Handeln, von Erkennen und Verhalten zu betrachten. Alle Geschichte vollzieht sich notwendig, jedoch notwendig über das Handeln des Menschen, der natürlich auch individuelle, jedoch vor allem – seinem sozialen, klassengebundenen Standort in der Gesellschaft zufolge – jeweils bestimmte Ziele verfolgt. Es wäre geradezu ahistorisch und unlogisch, anderes erwarten zu wollen. Auch aus diesem Grunde ist das Prinzip der Einheit und Wechselwirkung von Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit für den marxistischen Gesellschaftswissenschaftler unteilbar. ¹² Das aber setzt mit Notwendigkeit ein „Bewußtsein vom Ganzen“ voraus, vom Sinn des ganzen Lebens und aller seiner einzelnen Erscheinungen. Jede konkrete und spezialisierte Geschichtsforschung – wie es sich in anderen Disziplinen der Gesellschaftswissenschaften verhält, müßte debattiert werden – bedarf daher immer, erst recht aber heute solcher Grundlegung, der Weite des Blickes, der allgemeinen weltanschaulich-theoretischen Fundierung. Jeder marxistische Historiker kann nach meiner Auffassung nur so seiner allgemeinen und insbesondere seiner friedenspolitischen Verantwortung entsprechen; dabei wohl wissend, daß er Verantwortung trägt und vor ihm lediglich die Frage steht, wie er sie wahrnimmt und erfüllt. Sein Wort darf – ganz im Sinne des eingangs zitierten Dichters und Politikers – nicht nur ertönen, er muß es auch zur Tat gerinnen lassen.

Forum Wissenschaft. Studienhefte 5: Wissenschaft: Geschichte und Verantwortung. Eine Dokumentation, Münster 1988, S. 15-18.

⁹ Manfred Buhr: Eingriffe – Stellungnahmen – Äußerungen. Zur Geschichte und gesellschaftlichen Funktion von Philosophie und Wissenschaft Berlin: 1987, S. 158.

¹⁰ Zit. nach Elisabeth Reissig: Heinrich Luden als Publizist und Politiker. In: Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichts- und Altertumskunde. Neue Folge, Bd. 23. Jena: 1988, S. 239.

¹¹ Siehe Manfred Buhr: A. a. O., S. 145.

¹² Siehe Ernst Engelberg: Parteilichkeit und Objektivität in der Geschichtswissenschaft. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (1969) 1-2, S. 74 ff.; Gerhard Brendler: Zum Prinzip der Parteilichkeit in der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, In: Ebd., (1972) 3, S. 277 ff.; Ders.: Zur Rolle der Parteilichkeit im Erkenntnisprozeß des Historikers. In: Engelberg, Ernst (Hrsg.): Probleme der Geschichtsmethodologie. Berlin 1972, S. 103 ff.; Gerhard Lozek: Das Problem von Objektivität und Parteilichkeit und die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Geschichtsschreibung. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. (1983) 5, S. 387 ff.

Über ein Buch von Kurt Gossweiler

Dem Rezensenten überreichte Kurt Gossweiler, als der vorliegende Band erschien, ein Exemplar mit der von typischer Bescheidenheit zeugenden Erläuterung, es handle sich nur um eine Sammlung „alter“ Früchte, die hoffentlich noch nicht „vertrocknet“ seien. Der Verf. kann – um im Bilde zu bleiben – beruhigt werden: Gerade das Alter der meisten Beiträge offenbart, wie groß eigentlich ihre geistige Frische, ihr wissenschaftliches Gewicht und ihr außerordentlicher hoher Wert für die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Faschismusforschung in der DDR sowie für die Auseinandersetzung mit allen nichtmarxistischen Deutungsversuchen des Faschismus sind. Mit Recht spricht Rolf Richter in seinem Vorwort, in dem er sowohl den Autor als auch die Faschismusforschung der DDR würdigt, von G. als einem „der produktivsten Faschismusforscher“ (S. XI), wobei die hier noch einmal veröffentlichten Beiträge in engem Zusammenhang mit den großen Monographien zu sehen sind, die G. (bisher) erarbeiten konnte: der Dissertation „Die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhm-Affäre“ von 1963¹ der Arbeit „Großbanken – Industriemonopole – Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914-1932“² und mit dem Buch „Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919 bis 1924.“³

Der vorliegende Band enthält 21 Aufsätze, Vorträge und kleinere populärwissenschaftliche Schriften aus den Jahren 1953-1984. Ergänzt wurde er durch eine Ausarbeitung „Das deutsche ‚Wirtschaftswunder‘“, die aus dem Jahre 1938 stammt und damals in einer illegalen Gruppe des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands diskutiert worden ist. In ihr unternahm der 21 Jahre junge Student der Volkswirtschaft den Versuch, finanzpolitischen und allgemeinen wirtschaftsgeschichtlichen Quellen der „Erfolge“ des deutschen Faschismus nachzuspüren. Heute gehört sie selbst zu den Dokumenten des Widerstandskampfes. Ihr Abdruck ist sehr zu begrüßen, da sie nun in der Literatur über den antifaschistischen Widerstand genutzt werden kann. Sie verrät dem Leser zugleich etwas von jener lebenslangen kämpferischen Haltung des engagierten Antifaschisten und überzeugten Kommunisten, von einer Haltung, die den Verf. in seinen weltanschaulich-theoretischen und wissenschaftlich-politischen Positionen bis heute prägt.

Die ausgewählten Beiträge repräsentieren in vieler Hinsicht den Werdegang, einzelne Stationen, wichtige Diskussionsfelder und herausragende Ergebnisse der Faschismusforschung unseres Landes. In einer solchen Form aufbereitet, legen sie zunächst Zeugnis ab von „hingebungsvoller Arbeit des Forschers, Lehrers und des aktiven Kämpfers gegen den Faschismus, für den Forschung, politisches Bekenntnis und persönliche Lebensgestaltung stets eine untrennbare Einheit bildeten. Die hier vereinten Beiträge dokumentieren die Beharrlichkeit und die Konsequenz, mit denen sich Kurt Gossweiler den praktischen und theoretischen Fragen des antifaschistischen Kampfes, als dessen unveräußerbares Element er die wissenschaftliche Analyse des Faschismus versteht, zuwandte“ (S. XI).

Über diesen dokumentarischen Sinn und Zweck hinaus gewinnt der Band weitere Dimensionen. Wer einmal die Geschichte der marxistisch-leninistischen Faschismusforschung in der DDR zu erarbeiten hat,⁴ dem werden die vorliegenden Aufsätze gerade in ihrer eindrucksvollen und offensichtlichen Zeitverbundenheit wichtige Materialien und Erkenntnisse bieten. An ihnen läßt sich deutlich ablesen, wie sich die Grundprinzipien der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft in einem immer breiteren und umfassenderen Spektrum der Gedanken verwirklichten und wie sie immer wieder zu neuen Ergebnissen führten. Dies gilt vor allem für die überall spürbare Berücksichtigung der dialektischen Einheit von wissenschaftlicher Objektivität und konsequenter Parteilichkeit, aber auch für das produktiv genutzte Wechselverhältnis von Empirie und Theorie. So

¹ Sie erschien in einem unveränderten Nachdruck 1983 in Köln unter dem Titel „Die Röhm-Affäre. Hintergründe – Zusammenhänge – Auswirkungen“.

² Berlin 1971; siehe dazu die Rezension von M. Nussbaum in *Deutsche Literaturzeitung* 93/1972, H. 7/8, Sp. 641-643.

³ Berlin 1982; siehe dazu die Rezension des Vf. in: *Deutsche Literaturzeitung* 105/1984, H. 2/3, Sp. 176 bis 179.

⁴ Bisher gibt es dazu nur einen als ernsthaft zu benennenden Versuch eines progressiven Historikers der BRD. Siehe Bernd Kröpelin: Entwicklung und Struktur einer Theorie über den deutschen Faschismus in der Geschichtswissenschaft der DDR, Phil. Diss., Marburg 1982.

vermag G. Geschichte sehr konkret darzustellen, ohne sich in den Fakten zu verlieren. Ihm gelingt es zugleich, im Konkreten das Allgemeine und das theoretisch Verallgemeinerungswürdige aufzudecken, im Historischen das Logische zu zeigen.

In fast allen Beiträgen geht es dem Verf. um die Frage nach dem Klassencharakter des Faschismus, d. h. um den zentralen und entscheidenden Punkt der marxistisch-leninistischen Faschismusforschung und ihrer Auseinandersetzung mit anderen Theorien über den Faschismus. Für ihn ist der Zusammenhang von Imperialismus, allgemeiner Krise, staatsmonopolistischer Entwicklung und Faschismus sowohl konstitutiver Natur als auch Gegenstand von stets zu führender und immer wieder neu zu betreibender Beweisführung. Auf der Grundlage sorgfältiger Archiv- und Literaturstudien bewegt er sich dabei gleichsam zwischen den vielfältig aufeinander bezogenen Eckpunkten eines Quadrats: Wesen und historische Situation des Imperialismus:

ökonomische und politische Bedürfnisse extrem reaktionärer Monopolkreise, Entstehungsbedingungen und Wirkungsmöglichkeiten faschistischer Organisationen und ihres Massenanhangs, Situation und Rolle der antifaschistischen Gegenkräfte. Diese Forschungsmethode geht von einer dialektischen Sichtweise auf die Einheit von Ökonomie, Politik und Ideologie aus, wobei dem Verf. – im Gegensatz zu gewissen Standardbehauptungen bürgerlicher Historiker⁵ – keinerlei „Ökonomismus“ oder „Reduktionismus“ (was so viel wie eine mechanistische, vordergründige und unzutreffende Ableitung von Politik aus den ökonomischen Interessen der herrschenden Klasse bedeuten soll) vorgeworfen werden kann.

Eine Besprechung der einzelnen Beiträge soll und kann hier nicht erfolgen. Sie ordnen sich in verschiedene Komplexe, obwohl der Band im wesentlichen chronologisch aufgebaut ist. Der erste gilt ökonomischen und politischen Prozessen am Ende der Weimarer Republik sowie in den ersten Jahren der Konsolidierung der nazifaschistischen Diktatur. Hier erscheint die Wiederbegegnung mit der zu einem umfassenden Artikel geratenen Rezension des Buches „Die Auflösung der Weimarer Republik“ aus der Feder Karl Dietrich Brachers als besonders interessant. Der Beitrag erschien vor nunmehr drei Jahrzehnten. In Sprache und Diktion deutlich von den zugespitzten Kämpfen jener Zeit des „kalten Krieges“ beeinflusst, enthält er dennoch auch heute noch gültige inhaltliche Aussagen zu Brachers politischen und methodologischen Grundpositionen, die in ihrem antikomunistischen und totalitarismustheoretischen Charakter hervorzuheben auch deshalb notwendig ist, weil gerade in der jüngeren BRD-Historiographie die Glorifizierung Brachers einen breiten Raum einnimmt.⁶ Mehrere Beiträge befassen sich mit einzelnen Monopolen, Monopolgruppen und vor allem mit der Rolle der Großbanken. Sie verstehen sich als Bestandteil der „Diskussion über den Mechanismus, die Gesetzmäßigkeiten, Möglichkeiten und Grenzen staatsmonopolistischer Regulierung“ (S. 131). Diese Diskussion – der Verf. führte sie vor allem mit Jürgen Kuczynski, aber auch mit Werner Krause, Leo Stern, Hans Dress u. a. m. – läßt ihn als einen streitbaren und konsequenten Historiker erkennen.

Mehrere Beiträge gelten dem Problem der faschistischen Massenbasis, das für ihn stets relevant ist, jedoch grundsätzlich nicht zu den Kriterien für die Bestimmung des Klassencharakters faschistischer Organisationen und Regimes zählt (siehe z.B. S. 357 ff.). G. beschäftigte sich mit den Mittelschichten ebenso intensiv wie mit der Arbeiterklasse und ihrer jeweiligen Rolle für die extrem reaktionären und aggressivsten Kräfte der herrschenden Klasse. Kennzeichnend ist die Tatsache, daß gerade solche Fragen in stetiger und differenzierter Auseinandersetzung – sachlich, scharf und im

⁵ Ein Beispiel dieser Art lieferte jüngst Hans-Ulrich Thamer: Nationalsozialismus und Faschismus in der DDR-Historiographie, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 13 v. 28. 3. 1987, S. 27 ff.

⁶ Siehe dazu u. a. die distanzlose Sichtweise von Horst Möller: Die Weimarer Republik in der zeitgeschichtlichen Perspektive der Bundesrepublik Deutschland. Traditionen, Problemstellungen und Entwicklungslinien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 30.5.1987, S. 3 ff.; siehe auch die Festschrift zum 65. Geburtstag von K. D. Bracher: *Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa*, hrsg. von Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen, Hans-Helmuth Knütter, Hans-Peter Schwarz, Düsseldorf 1987.

besten Sinne des Wortes auch polemisch – mit bürgerlichen Faschismusauffassungen, die auf eine Bagatellisierung oder Leugnung der historischen Verantwortung der Monopolbourgeoisie für den Faschismus hinauslaufen, konstruktiv entwickelt werden.

Einigen Beiträgen ist auch zu entnehmen, in welcher Weise und mit welchem Nachdruck G. aus seinen konkreten Forschungen allgemeine Forderungen an die Faschismusforschung der DDR ableitet, nüchtern deren Desiderata fixiert und neue Lösungswege anbietet. Vor allem die Artikel und Vorträge aus der jüngsten Zeit demonstrieren wichtige Ansätze einer vergleichenden Faschismusanalyse, die nach wie vor in der DDR zu wenig betrieben wird. Hier wäre vor allem der Beitrag „Über Ursprünge und Spielarten des Faschismus“ (S. 516-619) anzuführen, der aus dem Jahr 1980 stammt. Gerade er enthält eine Fülle von Denkanstößen und forschungsorientierenden Hinweisen, für die man nur dankbar sein kann. Das gilt auch für die Arbeiten über den Antifaschismus (siehe „Faschismus und antifaschistischer Kampf“, S. 533-575, sowie „Was ist Antifaschismus? Welche Bedeutung hat er heute?“, S. 646-658).

Es bleibt, nach der notwendigen Anerkennung für den Verf., in diesem Falle auch dem Verlag zu danken. Mit dem vorliegenden Band erfolgte eine wesentliche Bereicherung der immer wieder geforderten gründlichen geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung der Quellen von Kriegsgefahr⁷ sowie eine wirksame Unterstützung für die Ausstrahlungskraft unserer marxistisch-leninistischen Faschismusforschung. Der schöpferischen Diskussion zu alten und neuen Problemen werden vielfältige Impulse verliehen. Dennoch sei hier eine Frage gestattet: Vielleicht häufen sich die Gelegenheiten zu solchen der Selbstdarstellung verpflichteten Bänden, da Entwicklung und Erkenntnisfortschritt der Geschichtswissenschaft in der DDR gegenwärtig weniger von den nicht allzu zahlreichen Monographien, sondern mehr von kleinen, häufig versteckt erscheinenden oder nur teilweise publizierten Artikeln getragen zu sein scheinen. Wäre es da nicht sinnvoll, solche Bände wie den vorliegenden von vornherein und nachdrücklicher mit dem völlig berechtigten Anliegen zu verknüpfen, Bausteine für eine Geschichte der Geschichtswissenschaft unseres Landes zu schaffen?

Kurt Gossweiler: Aufsätze zum Faschismus. Mit einem Vorwort von Rolf Richter. Berlin, Akademie-Verlag 1986 sowie Köln 1987, XXVI und 724 S. Die Rezension erschien in der *Deutschen Literaturzeitung*, H. 5/6 1988, Sp. 421-424.

⁷ Ernst Diehl: Geschichte – ein Kraftquell weiteren Voranschreitens, in: *Einheit*, H. 8, 1986, S. 726.

Rezension

[Mitautor: Gert Noack]

Friedliche Koexistenz. Erfahrungen – Chancen – Gefahren. Hrsg. Forschungsbereich Gesellschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR. Interdisziplinäre Arbeitsgruppe „Der Kampf um Frieden und friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“: Sigrig Bock/Alfred Bönisch/Georg Domin/Fritz Klein (Leiter)/Ernst Laboor (stellv. Leiter)/Bernd P. Löwe/Berthold Puchert/Gerda Voigt. Akademie-Verlag, Berlin 1987, 276 S.

Der Bd. erbringt den Nachweis des hohen Nutzens, den marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaftler im Ringen um die Verhinderung eines atomaren Endes von aller Geschichte, im Kampf um Frieden und Abrüstung zu erzielen imstande sind, wenn sie von der dialektischen Einheit von Wissenschaft und Politik, wissenschaftlicher Objektivität und sozialistischer Parteilichkeit ausgehen. Er enthält Beiträge, die, ausgehend von den speziellen Forschungsgebieten ihrer Vf., Fragen der Entstehung, der Entwicklung und der Realisierung von Konzeption und Politik der friedlichen Koexistenz beantworten. Alle Autoren stimmen in der Grundthese überein, daß der Kampf um die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz heute zur entscheidenden und alternativlosen Menschheitsaufgabe geworden ist, daß der Blick auf Vergangenheit und Gegenwart wichtige Lehren für den Kampf um die Zukunft der Menschheit erbringen muß.

Im einleitenden und tragenden Beitrag untersuchen K. Drechsler/Klein/Laboor „Die Entwicklung der Konzeption der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung von 1917 bis zur Gegenwart“.¹ Sie schlagen einen Bogen vom Dekret über den Frieden bis zu den jüngsten Plänen für ein. umfassendes System der internationalen Sicherheit. Sie zeigen, daß „friedliche Koexistenz ... kein statischer Zustand“ ist und ihre Durchsetzung immer „vom Kräfteverhältnis zwischen ihren Befürwortern und Gegnern“ (S. 48) abhängt. Ihr Hauptaugenmerk gilt zunächst der Genese des Konzepts der friedlichen Koexistenz. Sie wird eingeordnet in das komplizierte und keineswegs spannungsfreie Wechselverhältnis von Frieden und Revolution am Beginn der Epoche. Die Vf. verfolgen ihre Weiterentwicklung und die erste erfolgreiche Realisierung des friedlichen Nebeneinanders eines sozialistischen Landes mit .kapitalistischen Staaten in den zwanziger Jahren. Die deutschowjetischen Beziehungen werden für die Zeit bis 1933 als „beispielhaft“ (S. 20) gewürdigt. Klar wird auch herausgestellt, daß das Nebeneinanderbestehen von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in dieser Zeit durchaus labil war. Etwas zu knapp ist die Darstellung der Jahre von 1933 bis 1945. Der Leser vermißt ein prägnanteres Herausarbeiten von Erfahrungen und Lehren des Ringens um ein System der kollektiven Sicherheit (aber ,auch des Scheiterns dieser Bemühungen). Für die Zeit seit 1945 weisen die Vf. nach, daß das sozialistische Weltsystem und die Nationalstaaten den entscheidenden Beitrag zur Verwirklichung der friedlichen Koexistenz leisteten. Der Übergang zu erneuter Konfrontation verdeutlicht mahnend, daß nur der Weg der Entspannung realistisch und zukunftsweisend ist.

Puchert unterbreitet interessantes Material über die 1 Wirtschaftsbeziehungen der imperialistischen Mächte zur UdSSR in der Zeit zwischen den Weltkriegen. Die, UdSSR nutzte hierbei die innenimperialistischen Differenzen. Der Vf. legt, die Ursachen für die realistische Haltung Deutschlands und Großbritanniens, aber auch die Gründe für, die entgegengesetzte Position des französischen und des USA-Imperialismus dar. Als Hauptlehren formuliert P., daß Handelsbeziehungen wohl einen friedensfördernden ,Faktor darstellen, ein „florierender Außenhandel allein. keineswegs genügt, um den Frieden zu bewahren“ (S. 84). „Wirtschaftstheoretische Probleme von Rüstung und Abrüstung“ behandelt Bönisch. Ihm geht es bei der Auseinandersetzung mit bürgerlichen ökonomischen Theorien vorrangig darum, die Differenzierungstendenzen präzise zu erfassen, um Erkenntnisfortschritte und Bündnismöglichkeiten richtig beurteilen zu können. Er geht dem Verhältnis von Rüstung und Beschäftigung, von Rüstungsproduktion und Wirtschaftswachstum sowie Möglichkeiten einer, Konversion von Rüstungsproduktion in zivile nach.

¹ Vgl. auch K. Drechsler/F. Klein/E. Laboor, Friedenssicherung durch Koexistenz: Geschichtliche Entwicklung einer politischen Konzeption, in: ZfG, 1985, H. 5.

H. Busse und B. Graefrath wenden sich den Aufgaben der UNO bei der Sicherung des Friedens und der Entstehung, der Deklaration über die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu. Beide Vf. nennen als Hauptaufgabe der UNO die „Aufrechterhaltung des Weltfriedens und die Festigung der internationalen Sicherheit“ (S. 167). Besonders G. verdeutlicht die Erfolge der sozialistischen Länder im Bündnis mit der Bewegung , Nichtpaktgebundenen bei der Entstehung der Deklaration zur friedlichen Koexistenz. Daß diese Deklaration nach 10 Jahren harten diplomatischen Ringens 1970 angenommen werden konnte und somit das „völkerrechtliche Skelett einer Friedensordnung“ (S. 204) Wirklichkeit wurde, ist vor allem ein Verdienst dieser Kräfte, ihrer Kompromißbereitschaft und ihrer Stärke. Mit Forschungen zu Wirkungsbedingungen und Wirkungsweise der Antikriegsliteratur zwischen den beiden Weltkriegen betritt 5. Bock .weithin Neuland. Es geht der Vf. nicht in erster Linie um eine literaturwissenschaftliche Textanalyse, sondern vor allem um das gesellschaftliche und historische Umfeld dieser Literatur. B. kennzeichnet die, Antikriegsliteratur als „eines der glänzendsten Kapitel deutscher Literaturgeschichte“ (S. 99), verdeutlicht aber auch, daß diese Literatur – wenn sie sich auf die Darstellung der Greuel des Krieges allein beschränkte – unter den Herrschaftsbedingungen der Weimarer Republik auch gegensätzliche Wirkungen haben konnte. Die Vf. hat auch die kriegsverherrlichende Literatur in die Analyse der Wirkungsbedingungen der Antikriegsliteratur einbezogen, die durch die Tatsache der Massenauflagen dominierte. Im Unterschied zur Kriegsliteratur, die schon seit Bestehen der Weimarer Republik existierte, äußerten sich progressive Autoren – von wenigen Ausnahmen abgesehen – erst seit 1925/26 künstlerisch zum Thema Krieg, so daß der „friedensstiftende Wirkungsanspruch der Autoren“ (S. 131) zu spät zur Geltung kam, um entscheidenden Einfluß gewinnen zu können.

Mit der bürgerlichen Ideologie setzte sich Löwe auseinander, der sich am Beispiel der „Realistischen Schule von der Politik“ mit Hauptlinien des außenpolitischen Denkens in den USA über das Verhältnis zur sozialistischen Welt nach dem zweiten Weltkrieg befaßt. *Domin* äußert sich zum Beitrag des Wissenschaftlers im Friedenskampf sowie zur wachsenden gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft. Er konstatiert, daß durch „die Ambivalenz der wissenschaftlichen Erkenntnis im Prozeß ihrer gesellschaftlichen Nutzung“ (S. 250) eine besondere Verantwortung des Wissenschaftlers erwächst. Heute gilt, daß „die ganze Wissenschaft, ihre uneingeschränkte Objektivität und Wahrheit, ihre zutiefst humanistische Bestimmung als Produktivkraft und Kulturgut und die volle Verantwortung der Wissenschaftler für ihr Tun ... in den Dienst des Friedenskampfes gestellt werden“ müssen (S. 274).

Die von den Autoren unterbreiteten Ergebnisse wecken auch Wünsche nach einer Klärung offengebliebener Fragen, darunter die, inwieweit angesichts der jüngsten Entwicklungsprozesse in der Welt noch konsequenter hätte versucht werden können, zu einer Präzisierung der Theorie von der friedlichen Koexistenz zu gelangen. Das Verhältnis von Frieden und Revolution hätte noch treffender dargestellt werden können, wenn es nicht nur auf den Beginn der Epoche, sondern auf den gesamten Zeitraum der letzten sieben Jahrzehnte bezogen worden wäre. Bei der insgesamt gelungenen Darstellung der konkreten Erscheinungsformen von friedlicher Koexistenz in den einzelnen Etappen der sieben Jahrzehnte seit 1917 vermißt man doch eine Analyse der Entwicklungslinien hin zu den gegenwärtigen Auffassungen der sozialistischen Länder über die friedliche Koexistenz. Möglicherweise ergibt sich diese Schwäche aus der auffälligen Ausklammerung von Ergebnissen der Imperialismusforschung der DDR. Literatur und Denkansätze des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft werden kaum berücksichtigt.

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, XXXVI. Jg., 1988, Heft 5, S. 448-449.

Rezension

Hans-Ulrich Thamer, *Verführung und Gewalt*. Deutschland 1933-1945. Berlin (West): Siedler 1986. 837 S., 395 Abb. gr. 8° (Die Deutschen und ihre Nation. Bd. 5.) DM 98,00.

Mit innerer Spannung nahm der Rez. den vorliegenden voluminösen Band zur Hand, mit zwiespältigen Eindrücken, ja auch mit einer gewissen Verärgerung legte er ihn beiseite. Der Zufall wollte es, daß er kurz zuvor lesen konnte, was Hans-Ulrich Thamer über das Thema „Nationalsozialismus und Faschismus in der DDR-Historiographie“¹ zu sagen weiß und welchen Ansprüchen er sich in der Auseinandersetzung mit der marxistischen Faschismusforschung selbst stellt. Statt seine Positionen im und zum „Historiker“-Streit in der BRD darzulegen und gegen die provozierenden Thesen von Andreas Hillgruber, Ernst Nolte und Walter Gillessen Stellung zu nehmen – eben weil er in seinem Buch Material darlegt, das deren Auffassungen ad absurdum führt –, schien es ihm offensichtlich eher angebracht, die angeblich „zur Formelhaftigkeit erstarrten Interpretationsmuster“² der Faschismusforschung in der DDR in wenig überzeugender Art zu attackieren. Es mag aber auch sein, daß T. nach dem Erscheinen des Bandes gewisse Skrupel bekommen hat, da er sich in ihm in keiner Weise Kenntnis von dieser zu nehmen bereit zeigte. Lediglich auf drei Titel aus der DDR wird im umfangreichen Literaturverzeichnis verwiesen, noch dazu mit falschen Angaben über Erscheinungsjahre. Obwohl der Verf. gerade faschismustheoretischen Ansprüchen genügen und eine komplexe Darstellung bieten wollte, ließ er alles unter den Tisch fallen, was aus marxistischer Sicht dazu existiert. Dies gilt selbst für die zahlreichen Arbeiten progressiver Autoren aus der BRD wie Wolfgang Abendroth, Reinhard Kühnl, Reinhard Opitz, Wolfgang Fritz Haug, Dirk Stegmann u. a. m.

Diese Arbeitsweise bedarf – bevor eine eigentliche Besprechung des Ergebnisses erfolgt – einer grundsätzlichen kritischen Bemerkung. Alle Wissenschaft lebt nun einmal auch von den unterschiedlichsten Denkansätzen und weltanschaulich-theoretischen Positionen, so kontrovers diese zueinander stehen mögen. Wissenschaftlichkeit verlangt daher also, die Werke anderer Autoren – selbst wenn deren Meinung nicht geteilt wird – zumindest zur Kenntnis zu nehmen, wenn nicht sogar aufzugreifen und für die Präzisierung der eigenen Position zu verarbeiten. Wissenschaftliche Arbeitsmethodik verlangt ganz allgemein, zunächst einmal das richtig zu erfassen, was andere schreiben, ja sie verlangt schlicht und einfach richtiges Zitieren. Von Letzterem kann in dem Beitrag des Verf. über die Faschismusforschung in der DDR nicht die Rede sein; Unvollständigkeit und willkürliches Herausgreifen einzelner Worte dominieren, ja es ist sogar eigenes Gedankenkonstrukt als Zitat unterstellt.³ Insgesamt wird über die marxistisch-leninistische Theorie pauschalisierend geurteilt, für sie sei „Politik nur eine direkte Funktion von Ökonomie“ und die Politik würde von ihr der Ökonomie „völlig unterstellt“.⁴ Abgesehen davon, daß die marxistische Auffassung von der Dialektik zwischen Ökonomie und Politik eigentlich bereits in den Altersbriefen von Friedrich Engels klar herausgearbeitet und allein in der DDR eine Fülle von entsprechenden Arbeiten publiziert worden ist, wäre nun zu erwarten gewesen, in der umfangreichen Gesamtdarstellung jener 12 Jahre des sog. Tausendjährigen Reiches die Auffassung des Verf. dazu dargelegt und exemplifiziert zu finden. Doch gerade dies geschieht nicht, trotz der vielen Seiten, die er beneidenswerterweise zur Verfügung hatte.

Politik erscheint ihm lediglich und ohne jedes Hinterfragen als eine „autonome“ Größe, also als etwas, was völlig unabhängig von allen Fragen des Eigentums an den Produktionsmitteln, der Spaltung der Gesellschaft in verschiedene Klassen und des Klassenkampfes existiert und agiert, was sich im konkreten und hier zu behandelnden Falle die Gestalt einer „Glaubens- und Protestbewegung“ (S. 9, 775) gegeben und in Hitler personifiziert habe. Ökonomische Interessen spielen daher kaum und nur eine belanglose Rolle. Wenn sie erwähnt werden, dann an untergeordneter Stelle und mit vielen

¹ In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 13 v. 28.3.1987, S. 27 ff.

² Ebenda S. 29.

³ Leider kann hier nicht im einzelnen darauf eingegangen werden. Allerdings möchte ich mich strikt gegen die von wenig Akribie zeugende Unterstellung wehren (siehe ebenda, S. 30 f.), ich hätte in einer meiner Arbeiten von 1970 (warum wird eigentlich nicht die zweite Auflage von 1985 dazu herangezogen?) behauptet, die NSDAP sei von einer Gruppe des Monopolkapitals „gegründet“ (!) worden.

⁴ Ebenda, S. 27.

Relativierungen versehen. Wenn bestimmte großindustrielle Förderer und Finanziere der NSDAP genannt werden, erfolgt dies in einer Weise, die eigentlich noch hinter die Kenntnisse und Positionen von Henry Ashby Turner jr. zurückgeht.⁵) Als Fazit gegen die sogenannten Auffassungen von einem „Kauf-, Manipulations- oder Verschwörungspakt seitens des Großkapitals“ formuliert T.: „Es war nicht das große Kapital, das die NSDAP großgemacht hat, es waren die Ängste und Hoffnungen der Menschen.“ (S. 207 f.) So leicht kann man es sich machen, wenn allen Faschismusforschern, die nach dem Zusammenhang von Imperialismus und Faschismus, von Monopolkapital und NSDAP suchen, einfach eine vulgärmaterialistische und mechanistische Auffassung unterstellt wird. Und was nicht ins Konzept paßt, wird weggelassen. Darauf machte auch Günter Wolf in seiner Rezension des Buches im „Hamburger Abendblatt“ vom 25.1.1987 aufmerksam. Er verweist auf das Fehlen von Hinweisen zur Förderung der NSDAP durch Ernst Borsig, Emil Gansser, Sir Henry Deterding, Fritz Springorum und Hermann Bücher. Ein besonders eklatantes Beispiel bietet T. in der Erwähnung von Hauptmann Karl Mayr, der am 24.9.1920 an Wolfgang Kapp schrieb, er hätte „sehr tüchtige Leute auf die Beine gebracht“, und dabei von der NSDAP und Hitler berichtete. T. erwähnt Mayr zwar auch, aber nicht mit dieser Aussage, sondern lediglich mit einem in diesem Zusammenhang belanglosen Zitat, das er einfach aus dem Hitler-Buch von Werner Maser übernommen hat. Kurt Gossweiler hat den Brief publiziert,⁶ der die These von der klassen-unabhängigen „Autonomie“ der NSDAP in der Frühgeschichte des deutschen Faschismus widerlegen hilft.

Bereits die Fragen auf S. 19 des vorliegenden Buches sprechen für sich, Fragen, die T. an seinen Stoff stellt und die er zu beantworten sich bemüht. Es sind Fragen, die vergessen machen können, daß der gleiche Autor gegen eine Reduzierung des Nationalsozialismus auf einen „bloßen Hitlerismus“ Stellung bezieht (S. 71). Sie lauten: „Welches waren nun die tatsächlichen Ziele Hitlers? Inwiefern stellten sie eine bloße Fortsetzung von Traditionen des preußisch-deutschen Nationalstaates dar? Wo lag der Bruch mit der bisherigen politisch-gesellschaftlichen Entwicklung Deutschlands? Wie läßt sich die Vielfalt und Doppelgesichtigkeit des Nationalsozialismus erklären? Welchen Grad von Verbindlichkeit hatte Hitlers Programm für seine Politik, und wie konnte es realisiert werden? Welche Rolle spielte Hitler innerhalb des Nationalsozialismus und dessen Herrschaft? War und ist der Nationalsozialismus ohne Hitler vorstellbar? Und schließlich, wie war es möglich, daß eine politisch, kulturell und technisch-administrativ hoch entwickelte Nation sich scheinbar freiwillig der Herrschaft einer Partei unterwarf, die ihre auf Verfolgung, Vernichtung und Eroberung gerichteten Ziele immer wieder offen ausgesprochen hatte?“

In der Beantwortung dieser Fragen verengt sich bei T. sehr viel zu dem Versuch, die von der Geschichtswissenschaft der DDR niemals geleugnete oder übersehene Massenakzeptanz des Faschismus hauptsächlich und recht vordergründig aus den Hoffnungen und Ängsten der Massen selbst zu erklären. Verführung und Gewalt stellen dabei die zentralen Begriffe dar. Verführung meint dabei immer mehr die Verführbarkeit der Massen als etwa die Aktivität der Verführer und deren Platz in der krisengeschüttelten bürgerlichen Gesellschaft Deutschlands nach dem ersten Weltkrieg. Gewaltausübung erscheint an zweiter Stelle, wobei die Reihenfolge auch als Rangfolge zu verstehen ist. Unverständlich ist die Aussage, der Nationalsozialismus habe sich erst nach 1933 radikalisiert und „politische Gewalttätigkeit“ entwickelt (S. 39). Die zentrale Bedeutung, die der faschistische Terror (und nicht nur schlechthin: die Gewalt) für das braune Herrschaftssystem besaß,⁷ wird weder thematisiert noch behandelt. Zu lesen ist: Die „Führerdiktatur beruhte ebenso auf Hoffnung und Zustimmung wie auf Terror und Angst“ (S. 772). Das Fehlen eines breiten und offenen Widerstandes gegen Faschismus und Krieg führt der Verf. zurück auf die „alte Verbindung von Verführung und Gewalt, die die Stabilität des Regimes bis in die Katastrophe hinein sicherte.“⁸ Die Rücksicht-

⁵ Siehe die Besprechung von Jürgen John und vom Rez. in DLZ, 108, 1987, H. 5/6, Sp. 437-441, zu Turners Buch „Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers“, Berlin (West) 1985.

⁶ Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919–1924, Berlin 1982, S. 554 ff.

⁷ Siehe dazu Kurt Pätzold: Die faschistische Manipulation des deutschen Volkes. Zu einem Forschungsproblem, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 45 (Februar 1981), S. 22 ff.

⁸ Es ist sicher ein Druckfehler, daß hier kein Doppelpunkt steht.

nahme auf die materiellen und emotionalen Bedürfnisse der Menschen, verbunden mit Einschüchterung und Terror, die Atomisierung der Gesellschaft und der weitgehende Verzicht auf gesellschaftliche Verantwortung, eine sich verstärkende Realitätsflucht wie das Eingeständnis einer partiellen Komplicenschaft mit dem Regime, der sich nur langsam aufzehrende Führermythos wie patriotische Loyalitäten. Es war ein Bündel von Einstellungen, Motiven und Zwängen, die einen offenen Widerstand fast völlig ausschlossen, die auch jede Kraft schwächten, eine andere politische Wirklichkeit zu denken.“ (S. 725 f.)

Die Einleitung betitelt T., der vielfach kurzen und dadurch sehr verknappten Überschriften den Vorzug vor exakter Formulierungen gibt, mit dem Wort „Fehleinschätzungen“. Diese hätten „Hitlers Weg zur Macht begleitet und erleichtert“. Das stimmt zwar, aber nicht in jener apodiktischen Betrachtungsweise, die T. von Karl Dietrich Bracher übernommen hat. Der bekannte Satz Ernst Thälmanns bzw. die Wahlparole der KPD „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ taucht dabei nicht auf. Diese paßt selbstverständlich nicht in das Konzept, den 30. Januar 1933 von den Massen her zu erklären, auch nicht zu dem Versuch, das „Unvermögen“ aller anderen gesellschaftlichen Kräfte darin sehen zu wollen, daß sie nicht in der Lage gewesen wären, „die Glaubens- und Protestbewegung ernst zu nehmen und als neuartiges Phänomen zu begreifen ...“ (S. 9). Der „Charakter des Faschismus als Massenbewegung“ sei gering geachtet, die „Machtübernahme“ nicht als „eine Mobilisierung breiter bürgerlicher und auch proletarischer Schichten“ verstanden worden (S. 17). Wiederum wird nicht auf die in einer Gesamtdarstellung naheliegende Frage eingegangen, welche konkrete anti-faschistische Strategie daraus abzuleiten gewesen wäre. Daher bleibt am Ende der gut gemeinte und von den antinationalsozialistischen Positionen des Verf. zeugende Satz, daß der „Triumph des nationalsozialistischen Protests gegen alles Bestehende“ trotz seiner Kurzlebigkeit eine Mahnung für unsere Zeit sei, doch recht plakativ (S. 777, ähnlich auch S. 19).

Im Kapitel „Voraussetzungen“, das allgemeinen europäischen und nationalen deutschen Bedingungen in der Entwicklung der Massen während des 19. und des frühen 20. Jh. gilt, wird ganz in diesem Sinne postuliert: „Der nationalsozialistische Totalitarismus war ein Kind der Politisierung und Nationalisierung dieser Massen und versprach eine Antwort auf das Verlangen nach Einheit und Identität, das das parlamentarische System nicht mehr befriedigen konnte. Nicht durch Zwang allein wurde diese fiktive Einheit hergestellt, sondern durch ideologische Verführung und politische Gewalt.“ (S. 38) In ähnlicher Weise sind auch jene Kapitel angelegt, die der Vorgeschichte des 30. Januar 1933 gewidmet sind und die immerhin fast ein Drittel des Bandes ausmachen. Trotz der grundsätzlich bevorzugten chronologischen Darstellung drängt es T. zu vielen systematisch angelegten Abschnitten, die mitunter ohne engeren Konnex nebeneinander stehen. Dies gilt insbesondere für das Kapitel „Der Führerstaat“ (S. 337-465), in dem Hitler als „Führer der Nation“, die Polykratie der Diktatur, der SS-Staat, Entrechtung und Verfolgung, Hitlerjugend und Erziehung, Feiern und Propaganda, Kirchen sowie Widerstand und Emigration behandelt werden. Ein Gesamtbild des faschistischen Herrschaftssystems kann so nicht entstehen, zumal es inhaltlich und auch gliederungsmäßig von den nächsten Kapiteln („Industriegesellschaft unterm Hakenkreuz“, S. 467-521; „Der Weg in den Krieg“, S. 523-623) getrennt wird. Die sechs Jahre des zweiten Weltkrieges erfahren lediglich im letzten Kapitel eine Behandlung, d. h. auf nicht einmal 20% des Textes.

Eine Fülle von einzelnen Problemen wäre anzuführen, was hier nicht möglich ist.⁹ Vieles muß zwangsläufig offen bleiben und erscheint in unscharfen Konturen. Die Darstellung enthält auch einander widersprechende Aussagen. Oft ist das Bemühen spürbar, zwischen unterschiedlichen

⁹ Verwiesen sei nur auf die magere und z. T. sogar falsche Behandlung des 25-Punkte-Programms der NSDAP (S. 124), auf die Fehlurteile über den Widerstand (S. 447 ff.) und die einstige, selbst von der BRD-Historiographie weitgehend überwundene Überbewertung des 20. Juli 1944 als *der* deutsche Widerstand (S. 727 ff.), auf die Nichtbehandlung der Auseinandersetzungen um „Breitenrüstung“ oder „Tiefenrüstung“ 1938/39 und die Reduzierung des Problems auf „waffentechnische Versäumnisse“ (S. 652), auf die Unterbewertung des Antisowjetismus in der englischen Außenpolitik, die dem Ziel gedient habe, „den Frieden in Europa aufrechtzuerhalten“ (S. 582), auf die abschätzige Behandlung der Debatten um die „Neuordnung Europas 1940/41 (S. 649) u. a. m.

Denkrichtungen der bürgerlichen Historiker in der BRD eine vermittelnde Position einzunehmen, z. B. in der Debatte um die Frage, ob das faschistische Regime mono- oder polykratisch gewesen und ob die Entscheidung zur „Endlösung“ von Hitler oder von anderen ausgegangen sei. Der Band ist in gutem Stil geschrieben, der Verlag hat ihn hervorragend ausgestattet – und dennoch hinterläßt er jenen zwiespältigen Eindruck, von dem zu Beginn dieser Rezension schon die Rede war.

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Herausgegeben im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 109, Heft 7/8 – Juli/August 1988, Spalte 552-556.

Faschismusforschung in der DDR

Entwicklungsetappen, Ergebnisse und gegenwärtige Erwägungen¹

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lassen Sie mich bitte meinen Dank für die ehrenvolle Einladung zur heutigen Veranstaltung mit einer Vorbemerkung verbinden. Ich komme aus Jena, von einer Universität der Deutschen Demokratischen Republik, deren Namenspatron vor fast zwei Jahrhunderten als Geschichtsprofessor seine berühmte akademische Antrittsvorlesung hielt. Ihr Titel lautete: „Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?“ Ihr großes Anliegen: ein menschliches Jahrhundert herbeiführen zu helfen. Seine Forderungen kleidete Friedrich Schiller in die Worte: „Ein edles Verlangen muß in uns entglühen, zu dem reichen Vermächtnis von Wahrheit, Sittlichkeit und Freiheit, das wir von der Vorwelt überkamen und reich vermehrt an die Folgewelt wieder abgeben müssen, auch aus unsern Mitteln einen Beitrag zu legen, und an dieser unvergänglichen Kette, die durch alle Menschengeschlechter schlechter sich windet, unser fliehendes Dasein zu befestigen.“

Diese Rede wurde 1789 gehalten. Am Ende unseres Jahrhunderts, das wohl nur teilweise als ein menschliches bezeichnet werden darf, steht eine menscheitsbewahrende Aufgabe auf dem Plan, ist aus einer unverkennbar idealistisch-pathetischen Forderung an den Historiker ganz und gar eine existenzielle Bestimmung geworden. Jede Geschichtswissenschaft – auch jede Faschismusforschung – befindet sich in dieser Pflicht, in einer Verantwortung, die lediglich danach fragen läßt, wie man sie wahrnimmt und erfüllt.

Nun zu meinem heutigen Anliegen: Zu welchem Ende, zu welchem Zweck wurde und wird in der DDR Faschismusforschung betrieben? Wozu sind, so läßt sich fragen, auch in der DDR ganze Bibliotheken vollgeschrieben worden?²

Der deutsche Faschismus in seiner nationalsozialistischen Gestalt war verantwortlich für ein barbarisch-terroristisches Herrschaftssystem und für den schlimmsten aller Kriege in der an Kriegen doch so reichen Menschheitsgeschichte. Er hat – als er 1945 militärisch durch die Antihitlerkoalition besiegt werden konnte – ein in jeder Hinsicht furchtbares Erbe hinterlassen. Dieses politisch-praktisch zu überwinden und geistig zu bewältigen, war, ist und bleibt für die Historiker der DDR ein verpflichtendes antifaschistisches Ziel. Damit entsprachen und entsprechen sie dem konsequent-antifaschistischen Wesen eines Staates, der im Prozeß der Auseinandersetzungen um die Sicherung des militärischen Sieges über den Faschismus sowie um die Beseitigung von dessen sozialökonomischen Wurzeln entstanden ist. Dies stimmt voll und ganz mit dem geschichtlichen wie mit dem zukunftsorientierten Selbstverständnis der DDR ebenso wie mit den in ihr gewachsenen wissenschaftlichen Aufgaben und Traditionen überein. Gleichzeitig sind von Historikern und anderen Gesellschaftswissenschaftlern immer wieder neue Fragen in die Diskussion eingebracht worden. Das Thema Faschismus konnte zu keinem Zeitpunkt und kann auch heute nicht als „erledigt“, als „überflüssig“ betrachtet oder gar abgehakt werden. Trotz der insgesamt erfolgreichen Bewältigung des dunkelsten Kapitels deutscher Vergangenheit wird weiter über jene zwölf der geplanten tausend Jahre geforscht und publiziert. Fragen an die Vergangenheit im allgemeinen und insbesondere an diese Vergangenheit sind immer wieder neu zu stellen und neu zu beantworten gewesen. Dabei han-

¹ Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrages, den der Vf. am 9. Juni 1988 in Amsterdam gehalten hat.

² Einen konzentrierten bibliographischen Überblick bietet Rolf Richter in seinem Vorwort zu Kurt Gossweiler: Aufsätze zum Faschismus, Berlin 1986, S. XI ff. Ausführlich informieren die anlässlich der Internationalen Historiker-Kongresse in den Jahren 1960, 1970 und 1980 unter dem Titel „Historische Forschungen in der DDR“ erschienenen Sonderbände der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), die auch Forschungsberichte zur Geschichte des Faschismus enthalten. Der nächste ZfG-Sonderband wird 1990 erscheinen; Siehe auch Manfred Weißbecker: Der deutsche Faschismus als Gegenstand geschichtswissenschaftlicher Forschungen in der DDR – unter besonderer Berücksichtigung historisch-pädagogischer Fragestellungen. In: Pädagogen und Pädagogik im Nationalsozialismus – Ein unerledigtes Problem der Erziehungswissenschaft. Hrsg. von Wolfgang Keim, Frankfurt/Main u. a.: 1988, S. 191 ff. Der Vortrag stützt sich in hohem Maße auf diesen Beitrag und führt ihn zugleich weiter.

delte es sich um Fragen, die sich sowohl aus dem Gang der Wissenschaftsgeschichte ergaben als auch um Fragen neuer Generationen an die Vergangenheit, die nicht mehr unmittelbar ihre eigene Vergangenheit war. Immer ging es um Fragen, die in den einzelnen Etappen der DDR-Geschichte jeweils zu stellen notwendig und zu beantworten möglich war.

Antifaschistische Grundlagen und Merkmale der Faschismusforschung

Frühzeitigkeit und Konsequenz sowie das Bemühen um die strikte Einheit von Wort und Tat lassen sich als die wichtigsten Merkmale der ersten Phase erkennen, in der sich auf dem heutigen Boden der DDR die Bewältigung des faschistischen Erbes vollzog. Die Übereinstimmung mit dem antifaschistischen Konsens der Antihitlerkoalition, wie er sich noch im Potsdamer Abkommen und in den Prinzipien des Internationalen Militärtribunals von Nürnberg äußerte, gehörte ebenso dazu wie das bewußte Lernen aus den leidvollen Erfahrungen des antifaschistischen Widerstandes. „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ – so lautete die Losung deutscher Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Christen und bürgerlicher Demokraten. Zu ihrer Verwirklichung galt es zunächst, alle Erscheinungsformen des Faschismus zu beseitigen sowie die Nazi- und Kriegsverbrecher zu bestrafen, galt es aber auch die sozialökonomischen Wurzeln anzutasten, d. h. im Sinne Bert Brechts den „Schoß“ unfruchtbar zu machen, aus dem einst die braune Barbarei gekrochen war. Die damit einhergehende Schaffung solider Fundamente einer antifaschistisch-demokratischen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse verlangte, antifaschistisches Denken und Handeln – bis 1945 nur bei einer absoluten Minderheit des deutschen Volkes vorhanden – unter den Massen zu verbreiten und durchzusetzen.

Alle geschichtswissenschaftliche Literatur hatte sich daher zunächst um eine neuartige konzeptionelle Klärung historischer Grundprozesse in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft zu bemühen und hinsichtlich der Behandlung von Faschismus und Krieg eine ausgesprochen politisch-aufklärerische Funktion zu erfüllen. Sie entstammte auch mehr der Feder von Opfern des nationalsozialistischen Regimes und antifaschistischer Intellektueller, die an die Spitze des sich neu herausbildenden Systems der politischen Organisation der Gesellschaft traten. Die neue Generation von Gesellschaftswissenschaftlern stand noch im Lernprozeß, in sich selbst gleichermaßen die Beteiligung und das Resultat antifaschistischer Bemühungen verkörpernd. Historiker wie Walter Bartel, Ernst Engelberg, Walter Markov, Alfred Meusel, Karl Obermann, Erich Paterna, Heinrich Scheel, Albert Schreiner u. a. m. begannen erst mit dem Aufbau der marxistischen Geschichtsschreibung. In der „Zunft“ der Historiker in unserem Lande dominierten bis in die fünfziger Jahre hinein bürgerliche Geschichtswissenschaftler, die einen starken Rückhalt in der BRD-Historiographie besaßen und sich relativ wenig mit der jüngsten deutschen Geschichte befaßten.³

in den ersten faschismusgeschichtlichen Arbeiten standen Untersuchungen zur Rolle der Monopolverherren und Großgrundbesitzer, zu den Ursachen des zweiten Weltkrieges sowie zu den geschichtlichen Wurzeln der faschistischen Ideologie im Vordergrund. Insbesondere zum ersten Problemkreis legten Walter Bartel, Fritz Klein, Jürgen Kuczynski und Albert Schreiner wichtige Arbeiten vor, die das marxistische Bild vom Faschismus auch forschungsmäßig fundieren halfen.⁴ Dabei gab es – zwangsläufig, berücksichtigt man Kenntnisstand und die wissenschaftsgeschichtlichen Voraussetzungen – auch gewisse sektiererisch-dogmatische Vergröberungen, unvollständige und verabsolutierend-einseitige Aussagen. Sie betrafen insbesondere den unmittelbaren Mechanismus der faschistischen Diktatur und die relativ eigenständige Rolle der NSDAP im Herrschaftssystem. Die reaktionäre Linie in der gesamten deutschen Geschichte wurde einseitig hervorgehoben und überbetont. Die tatsächlich erreichten Leistungen und Veränderungen im antifaschistisch-demokratischen Umwälzungsprozeß lassen sich jedoch keineswegs an diesen Schwächen messen. Entscheidend war die politisch-praktische Bewältigung des Faschismus, die auch neue und bis dahin unbekannte Voraussetzungen für die geistige Bewältigung des Faschismus schaffen konnte.

³ Siehe Walter Schmidt: Die Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger Jahren. Ihre Konstituierung als sozialistische deutsche Geschichtswissenschaft. In: ZfG (1983), H. 4, S. 291 ff.

⁴ Siehe Richter, S. XIII.

Dazu zählte die Entnazifizierung der Verwaltung, bei der allein in Thüringen über 60.000 Personen aus ihren Ämtern in Justiz, Staatsbürokratie und Schulen entlassen wurden – eine Aktion, die Anfang 1946 im wesentlichen abgeschlossen werden konnte; dazu gehörten die demokratische Bodenreform und die Schulreform – sie war mit der Gewinnung von Neulehrern anstelle der ca. 28.000 faschistischen Lehrerinnen und Lehrer verbunden – sowie die Enteignung der großkapitalistischen Nazi- und Kriegsverbrecher nach dem Volksentscheid vom 30. Juni 1946 in Sachsen, der ein klares Votum von 77,6 Prozent für die Weiterführung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung erbracht hatte. Im Frühjahr 1948 konnte die Entnazifizierung abgeschlossen werden, in deren Ergebnis etwa 520.000 ehemalige Faschisten, Militaristen und Kriegsverbrecher aus dem Staatsapparat entfernt wurden. Damit war jedoch die strafrechtliche Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern nicht beendet. Bis 1964 wurden insgesamt 16.572 Personen gerichtlich angeklagt und 12.807 von ihnen wegen erwiesener Verbrechen verurteilt. Mit dem Abschluß der offiziellen Entnazifizierung eröffnete sich eine Möglichkeit, auch breite Kreise der ehemaligen „Mitläufern und „kleinen Pg's“ für eine Mitwirkung an den gesellschaftlichen Veränderungen zu gewinnen, zumindest sie zu deren Duldung zu veranlassen. Nicht zuletzt gehörten zu der erfolgreichen Bewältigung des faschistischen Erbes alle jene erfolgreich genutzten Möglichkeiten zur politisch-organisatorischen Formierung der antifaschistischen Parteien, der anderen Verbände und Ausschüsse, mit deren Hilfe auch die unheilvolle Spaltung der Arbeiterbewegung überwunden werden konnte, die Arbeiterklasse zur führenden politischen Kraft heranwuchs und neue demokratische Staatsorgane aufzubauen begonnen wurde.⁵

Noch deutlicher als in der ersten Entwicklungsphase der marxistischen Geschichtswissenschaft der DDR steht in ihrer zweiten – sie umfaßt die späten fünfziger und die sechziger Jahre – die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung und der antifaschistischen Widerstandsbewegung im Vordergrund, wovon die erwähnten umfangreichen Literaturberichte Zeugnis ablegen. Ihre Bedingungen sind vom kalten Krieg, von der Spaltung Deutschlands und von den unaufhörlichen Versuchen führender Kreise der Bundesrepublik, die Entwicklung in der DDR aufzuhalten und rückgängig zu machen, bestimmt. In der dadurch geprägten Faschismusforschung der DDR dominierte eine die Kontinuität mitunter überbetonende Sicht auf die Entwicklung des deutschen Imperialismus, die vereinzelt sogar in einer Charakterisierung der Bundesrepublik als eines klerikalfaschistischen Staates kulminierte. Von größter Bedeutung war jedoch eine ausführliche und produktive Diskussion zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus sowie zum Faschismus als eine seiner Erscheinungsformen, die eigentlich seither ständig geführt worden ist und auch heute noch anhält.

An dieser Diskussion beteiligten sich neben den Verfassern des Buches „Imperialismus heute“ (Berlin 1965) vor allem die Historiker Jürgen Kuczynski, Dietrich Eichholtz, Kurt Gossweiler und Wolfgang Ruge. In ihr wuchs einerseits die Kenntnis von der historischen Verantwortung, die von den reaktionärsten und aggressivsten Kreisen des deutschen Monopolkapitals für Faschismus und Krieg getragen worden war, erweiterte sich andererseits auch die Sicht auf innere Prozesse in der Entwicklung der herrschenden Klasse. In den Vordergrund traten Auffassungen über die Dialektik von Einheitlichkeit und Widersprüchlichkeit kapitalistischer Interessen, über das komplizierte Geflecht von Gesamtinteressen und Teil- bzw. Gruppeninteressen. Damit gewannen die inneren Auseinandersetzungen in der monopolistischen Bourgeoisie einen neuen Stellenwert in den faschismusgeschichtlichen Überlegungen, ohne allerdings dadurch die früher gewonnenen grundsätzlichen Erkenntnisse über die sozialökonomischen Wurzeln des Faschismus in Frage zu stellen: Es wurde genauer gefragt, es wurden neue Details einbezogen und vereinfachende Thesen einer nun möglich gewordenen Prüfung unterzogen.

Die Faschismusforschung der DDR konnte sich seit den siebziger Jahren erheblich verbreitern und qualifizieren, wie Rolf Richter in einer einfühlsamen, knappen Übersicht bemerkt.⁶ Dies widerspie-

⁵ Siehe Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Rolf Badstübner, Berlin: 1981 (insbesondere die Abschnitte 1-4).

⁶ Siehe Richter, S. XVII.

gelt auch der Band „Faschismusforschung“, der 1980 von Kurt Gossweiler und Dietrich Eichholtz herausgegeben worden ist.⁷ Das verdeutlichen auch die zahlreichen neueren, hier im einzelnen nicht vorzustellenden Arbeiten von Heinz Bergschicker, Laurenz Demps, Klaus Drobisch, Dietrich Eichholtz, Kurt Gossweiler, Olaf Groehler, Joachim Lehmann, Kurt Pätzold, Joachim Petzold, Rolf Richter, Wolfgang Ruge, Wolfgang Schumann, Manfred Weißbecker u. a. m.⁸

Ihre Fragestellungen gingen grundsätzlich vom Klassencharakter des Faschismus aus und galten in dialektischer Verknüpfung mit den dazu bereits erarbeiteten Grunderkenntnissen den vielfältigen Erscheinungsformen des Hitlerregimes, der nationalsozialistischen Ideologie, den Manipulationsmechanismen, der Rolle von Terror und Demagogie sowie der zweifellos schwer zu beantwortenden Frage, wie es dem deutschen Faschismus nach 1933 gelingen konnte, die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung zu gewinnen und humanistischen Denken fast total zu entfremden.

Problemfeld: Faschismus-Genese

Zwei Problemfelder sind in der jüngeren Faschismusforschung der DDR mit besonderem Interesse verfolgt worden. Sie betreffen einerseits die historische Verantwortung jener Teile der herrschenden Klasse, die den Nationalsozialismus gefördert haben und ihn schließlich an die Macht befördern konnten, und sie gelten andererseits den Entwicklungsprozessen in der überwiegenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Beide Fragenkomplexe hängen eng miteinander zusammen und führten zu einem Ergebnis, das thesenartig so formuliert werden könnte: Die Umsetzung ökonomisch determinierter Interessen von Großindustriellen, Bankiers, Großagrariern usw. in nationalsozialistische Politik und Organisation – obwohl Ausgangspunkt und Voraussetzung – läßt sich nicht ohne Berücksichtigung der Ergebnisse bourgeoiser Politik gegenüber den Massen erforschen, und ebensowenig sind elementare wie bewußte Denk- und Verhaltensweisen der Massen ohne deren sozialökonomisch-gesamtgesellschaftliche Grundlagen zu erklären. Jede im Allgemeinen verharrende Antwort verbietet sich. Erklärungsversuche und -modelle können nur historisch-konkret ermittelt werden. Im folgenden sollen dazu einige Überlegungen aus parteiengeschichtlicher Sicht, der sich der Verfasser verpflichtet weiß⁹, zur Entstehung und Entwicklung der NSDAP als eines immanenten Bestandteils des massenpolitischen Interessengeflechts bürgerlicher deutscher Organisationen in der Zeit der Novemberrevolution 1918/1919 und der ersten Nachkriegsjahre angestellt werden.

Ein ganzes Bündel von Faktoren unterschiedlichsten Ranges ließ am 5. Januar 1919 – mitten in der Revolutionszeit – die Deutsche Arbeiterpartei, den unmittelbaren Vorläufer der NSDAP, entstehen. Sie knüpfte – personell und auch organisationsmäßig vom berüchtigtsten Alldeutschen Verband initiiert – an die Deutsche Vaterlandspartei und an zahlreiche andere völkisch-antisemitische Gruppen an. Zur gleichen Zeit formierten sich auch eine „Deutschsozialistische Partei“ sowie der „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund“, dem sich fast 200.000 Mitglieder anschlossen. Insgesamt umfaßte dieses Spektrum am rechten Rand der bürgerlichen Gesellschaft mehr als 200 Vereine und ähnliche Organisationen, die jedoch häufig nur lokale oder regionale Bedeutung erlangten. Dennoch war unverkennbar: Hier bildeten sich neue rechtsextreme terroristische Potentiale heraus, die alle reaktionären Leitbilder der kapitalistischen Gesellschaft aufgriffen und als Mobilisierungsideologie¹⁰ für die kommenden Kämpfe aufbereiteten.

Der Schwerpunkt frühfaschistischer Organisationen lag in Bayern. Hier hatten die ökonomische und soziale Rückständigkeit, das Überwiegen einer bäuerlich-mittelständischen Struktur der Bevölke-

⁷ Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik. Hrsg. von Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler, Berlin: 1980.

⁸ Siehe Rolf Richter: Zur Faschismusforschung in der DDR (Positionen – Kristallisationspunkte – Ergebnisse – Aufgaben). Beitrag auf dem Kolloquium von Historikern der DDR und der USA „Der deutsche Faschismus – Ergebnisse und Probleme seiner Erforschung“ an der Humboldt-Universität, Berlin 26.-28.11.1987 (Manuskript).

⁹ Siehe Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker, Leipzig 1983-1986.

¹⁰ Siehe Wolfgang Heise: Aufbruch in die Illusion. Zur Kritik der bürgerlichen Philosophie in Deutschland, Berlin: 1964, S. 319 ff.

rung, die Traditionen eines weißblauen Partikularismus und wittelsbachisch geprägten Antipreußentums sowie der starke klerikale Einfluß eine rasche Polarisierung der Klassenkräfte bewirkt. Gefördert von Unternehmern, die sich durch die Münchener Räterepublik besonders in Angst und Schrecken versetzt fühlten, und unter der Schirmherrschaft militaristischer Kräfte, die wie in keinem anderen Land entscheidenden Einfluß auf die innere Politik ausübten, tummelten sich in Bayern Dutzende von nationalistischen und pseudosozialistischen Demagogen, „Trommlern“ und „Führer“-Kandidaten. Ein als „Aufklärer“ getarnter Spitzel und Handlanger der bayerischen Reichswehrführung tat sich dabei besonders hervor: Adolf Hitler. Er hatte in seinen Jugendjahren willig den Geist des großdeutschen Chauvinismus und des Rassismus in sich aufgesogen. Sein Denken und Handeln, auch seine zynische Verachtung der Massen waren von den verbrecherischen Zielen und Ideen der reaktionärsten Kräfte Deutschlands geprägt – von Anfang an bis zum bitteren Ende. Die Reichswehr, der er bis zum 31. März 1920 offiziell angehörte, bot ihm im Rivalitätsgerangel der nach einer politischen „Karriere“ strebenden Kräfte eine Chance. Er verstand sie ehrgeizig, geschickt und skrupellos zu nutzen.

In einem späteren Brief an den Putschisten-Führer Kapp stellte Hauptmann Karl Mayr, Leiter der Propaganda- und Presseabteilung des Münchener Reichswehrgruppenkommandos, die DAP als eine „Organisation des nationalen Radikalismus“, vor allem aber als eigene Schöpfung hin.¹¹ Gerade die den Kapp-Putsch vorbereitenden Generale und Offiziere der Reichswehrführung suchten mit großer Intensität nach einer willfähigen Massenbasis, ohne die sie wieder bei der unmittelbar geplanten Aktion noch bei der beabsichtigten weiteren Entwicklung nach rechts auskommen konnten. Mag es ein Zufall gewesen sein, aber die Tatsachen spiegelten deutlich einen situationsbedingten Zusammenhang in der Entwicklung der militaristisch-konservativen und der faschistischen Kräfte in Deutschland wider; Vor dem Startschuß der antirepublikanischen Verschwörer um Kapp und Lüttwitz fand am 24. Februar 1920 in München jene erste öffentliche Massenveranstaltung der Deutschen Arbeiterpartei statt, in der das 25 Punkte umfassende faschistische Programm vorgestellt sowie die Namensänderung der Organisation in „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ bekannt gegeben wurden. Damit war ein ideologisch drapiertes Bedürfnis von Eliten der bürgerlichen Gesellschaft erkennbar geworden, größere Teile der Arbeiterklasse und anderer Schichten des werktätigen Volkes gegen die revolutionäre, aber auch gegen die reformistische Arbeiterbewegung sowie gegen alle demokratischen und humanistischen Kräfte zu formieren.

Die Entstehungsgeschichte der NSDAP widerspiegelt in hohem Maße das Bewußtsein der Herrschenden vom Verlust bisheriger Allmacht. Die Einflußmöglichkeiten des Staates und der bürgerlichen Parteien auf die Massen hatten sich als anfällig erwiesen. Das Volk war nicht länger ein Objekt gesellschaftlichen Handelns der Herrschenden geblieben, im Gegenteil: Es nahm im Rahmen der allgemeinen Demokratisierungsbestrebungen, des in den Revolutionen von 1917/18 eröffneten Weges in eine neue Gesellschaft immer mehr eine Subjektposition ein. Ungleich stärker als vorher bestand daher die Hauptfunktion derjenigen Parteien, Verbände und Vereine, die auf dem Boden und zugunsten der bürgerlichen Gesellschaft agierten, in der Gewinnung, Erhaltung und Festigung eines stabilen Einflusses auf die Massen, insbesondere auf die Arbeiterklasse. Bereits zu Beginn des Jahre 1918 hatte der Nationalliberale Friedrich Thimme in einem vielbeachteten Artikel über die Zukunft seiner Partei geschrieben: „Klar zutage liegt ja, daß eine Partei nur dann eine große Zukunftsbedeutung haben kann, wenn sie nicht allein in den oberen Zehntausenden und Hunderttausenden, sondern zugleich und mehr noch in den Millionen der breiten Massen restzusetzen und zu verankern weiß.“¹²

Es ist ein empirisch abgesicherter Befund der Parteiengeschichtsforschung, daß seit dem Ende des ersten Weltkrieges alle bürgerlichen Parteien in Deutschland – unabhängig von ihrer demokratischen, liberalen, konservativen oder faschistischen Grundorientierung – das Ziel verfolgten, sich

¹¹ Siehe Kurt Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919-1924, Berlin: 1982, S. 556.

¹² Zit. nach Herbert Bertsch/Manfred Weißbecker: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland und die Große Sozialistische Oktoberrevolution. In: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und Deutschland, Bd. 1, Berlin: 1967, S. 227.

endgültig aus dem alten Rahmen von Honoratiorenparteien und Wählervereinigungen zu lösen. Ohne einen wachsenden politisierten Massenanhang und dessen organisationsmäßige Bindung konnte keine Partei mehr ihrem sozialen Auftrag gerecht werden. Nur als integrationsfähige Massenorganisation konnte jede von ihnen die vorrangigen Ziele der Herrschenden in ihr Visier nehmen: künftig einen 9. November 1918 zu verhindern und die Ergebnisse des ersten Weltkrieges zu revidieren. Diese Tatsache bedeutet auch, daß der Umfang ihres Masseneinflusses den Grad ihrer jeweiligen Bedeutsamkeit für die Eliten in der bürgerlichen Gesellschaft bestimmte.

In der Zeit der Novemberrevolution und der Herausbildung des parlamentarischen Herrschaftssystems der Weimarer Republik paßten sich die bürgerlichen Parteien dieser Situation an. Im Prozeß ihrer Neuformierung entstanden „Volksparteien“, die recht vordergründig mit ihrem Namen zum Ausdruck bringen wollten, daß sie nicht mehr – wie ihre unverkennbar klassen- und schichtengebundenen Vorgänger – allein die Interessen einzelner Teile des Volkes oder gar nur der herrschenden Klasse zu vertreten bereit seien. Ferner gab es verstärkte Anstrengungen, mehrere der früheren bürgerlichen Parteien zu wenigen großen zusammenzuschließen. In allen Parteien entstanden neue Apparate mit einer bis dahin unbekannten Zahl an hauptamtlichen Mitarbeitern. Es wuchs das Bestreben fast aller bürgerlichen Parteien, sich an der Gründung und Tätigkeit militanter und sog. Überparteilicher Organisationen zu beteiligen (z. B. der Freikorps, der Bürgerräte, der Einwohnerwehren und der Antibolschewistischen Liga).

1918/19 dominierte bei allen großen bürgerlichen Parteien nicht nur das Bemühen, Mitglieder in möglichst großer Zahl zu gewinnen; sie versuchten darüber hinaus auch, sozusagen um sich herum und auf der Grundlage ihrer jeweiligen politisch-ideologischen Linie weitere Massenorganisationen zu schaffen. Dabei spielte nicht zuletzt der Blick auf die erfolgreiche Entwicklung von proletarischen, aber auch von christlichen Massenorganisationen eine nicht unbeträchtliche Rolle. Sowohl die DDP als auch die DNVP verfügten nach relativ kurzer Zeit über parteinahe Organisationen und Institutionen in einer breit gefächerten Anlage. Entsprechend den großen Parteiströmungen gab es jeweils bürgerliche Gewerkschaftsverbände für Arbeiter und Angestellte, Organisationen für Angehörige anderer sozialer Schichten und Gruppen, Organisationen für Jugendliche, Studenten und Frauen, berufsorientierte und „ständische“ Organisationen, Organisationen für einzelne religiöse, ethnische und regionalgebundene Gruppen der Bevölkerung, militärisch-paramilitärische Verbände und Kriegervereine, Organisationen mit vorwiegend außenpolitischen Ambitionen, Organisationen mit spezifischen politisch-weltanschaulichen Orientierungen, ideologieproduzierende und -verbreitende Organisationen, Klubs und Gesellschaften sowie eine Vielzahl anderer Organisationstypen.

Die damit einhergehende Zersplitterung des bürgerlichen Organisationswesens in der Weimarer Republik verstärkte wiederum die von Anfang an feststellbare Tendenz zur Bildung einheitlicher Dachorganisationen, zu häufig nur kurzzeitig funktionierenden Zusammenschlüssen aller Art. Für die ökonomisch Mächtigen verknüpfte sich dieses Problem nicht zuletzt auch mit der Frage eines möglichst effektiven Einsatzes jener Gelder, die sie immer gezahlt hatten und weiterhin erst recht zu zahlen bereit waren, um mit ihrer Hilfe ebenfalls Politik und Politiker beeinflussen zu können. Unmittelbar vor dem Kapp-Putsch, am 29. Februar 1920 und ohne dabei die NSDAP im Auge zu haben, orientierte Alfred Hugenberg die Unternehmer des Industriebezirks Essen erneut darauf, mit ihren finanziellen Mitteln nicht nur eine einzelne Partei zu fördern: „Die Industrie hat vielmehr nach der ganzen Vielgestaltigkeit ihrer Zusammensetzung die Aufgabe, möglichst viele Parteien zu durchdringen und alsdann auf ihren politischen Zusammenschluß hin zu arbeiten, damit wir endlich zu einer regierungsfähigen, staaterhaltenden Parteibildung gelangen ...“¹³ Was sich in dieser Hinsicht wie eine harmlose Attacke gegen die Vielfalt im bürgerlichen Parteienwesen ausnahm, zielte jedoch inhaltlich viel weiter. Die Aussage galt der Regierungsfähigkeit, der Staaterhaltung und einer einheitlichen Partei als grundlegender Voraussetzung völlig uneingeschränkter, offen diktatorischer Macht.

¹³ Zit. nach Gerald D. Feldman: Die Großindustrie und der Kapp-Putsch. In: Ders., Vom Weltkrieg zur Wirtschaftskrise, Göttingen: 1984, S. 196.

Ökonomische und politische Faktoren des Aufstiegs zur Massenpartei.

Wie die Entstehung und das Anliegen ist auch der Aufstieg der NSDAP grundsätzlich aus den objektiven Bedürfnissen abzuleiten, die in der bürgerlichen Gesellschaft nach 1917/18 für die in ihrer Macht gefährdete herrschende Klasse zutage getreten waren. Durch sie wurde der allgemeine Charakter der faschistischen Organisationen geprägt, bestimmte sich deren sozialer Platz in der Gesellschaft, prägten sich ihre generellen Ziele. In gewisser Weise ergab sich daraus auch die demonstrative Antibürgerlichen Massen gestützte Voraussetzungen für die weitere Existenz der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse anstrebte.

Natürlich gibt es in der Gesellschaft keine Organisation, die nicht von Allgemeine und von Besonderem gekennzeichnet wäre, die nicht zugleich Merkmale des Logischen und des Historischen in sich vereinte. Daher ist bei jeder Organisation sowohl nach ihrem allgemeinem Charakter als auch nach ihren spezifischen Kennzeichen sowie nach dem Verhältnis zwischen beiden Merkmalsebenen zu fragen. Die Spezifika der nationalsozialistischen Organisationen lagen weniger in ihrem Streben nach einem großen Masseneinfluß, eher schon darin, wie sie ihn später zu erreichen vermochten. Was die NSDAP eine faschistische Organisation sein läßt, war ihr extrem reaktionäres und revanchistisch-chauvinistisches Programm, war das Ziel einer vollständigen Durchsetzung militaristisch-terroristischer Herrschaftsformen in der Gesellschaft, war die lautstark herausgestellte und praktiziert Ablehnung jener Organisations- und Führungsprinzipien, die den Bedingungen eines parlamentarischen Herrschaftssystems entsprachen.

Trotz des großen Gewichts ihrer Spezifika ist die NSDAP generell in jene Bestrebungen bestimmter Gruppen der traditionellen Eliten Deutschlands einzuordnen, für ihren in Krieg und Revolution erschütterten Staat – gleichsam neben diesem und um ihn herum – einen zusätzlichen, komplementären und die gesamte Gesellschaft in neuer Qualität durchdringenden Mechanismus ihrer politischen Macht zu schaffen.¹⁴ Aus dem wachsenden Miteinander von Staat und bürgerlichen Organisationen erwuchs insbesondere den ökonomisch dominierenden Kreisen ein beträchtliches politisches Einfluß- und Machtpotential¹⁵. Das Gegeneinander in diesem Mechanismus, die Ungleichmäßigkeit in der Entwicklung seiner Träger sowie die zunehmende Kompliziertheit seines Funktionierens eröffneten zwar einen breiten Spielraum für gesellschaftswirksame Bewegungen unter den Massen, gleichzeitig aber auch für deren manipulative Beeinflussung und Lenkung.

Der hier gewählte gesellschafts- und parteiengeschichtliche Forschungsansatz zielt daher auf eine Komplexe, alle Seiten der historischen Realität erfassenden Antwort auf die zentralen Fragen nach dem Klassencharakter der faschistischen Organisationen, nach dem Wesen der NSDAP als einer Partei besonderen Typs sowie nach der Diskrepanz zwischen dem Charakter einerseits und der überwiegend nichtbürgerlichen Massenbasis des Nationalsozialismus andererseits. Damit ist vor allem das gravierende, in allen theoretischen Auseinandersetzungen um den Faschismus dominierende methodologische Problem des Verhältnisses von Ökonomie, Politik und Ideologie und der Geschichte angesprochen, ohne dessen Berücksichtigung die innere Einheitlichkeit ebenso wenig wie die Widersprüchlichkeit von erfolgreicher Massenbeeinflussung und erfolgsermöglichender Massenbasis zu klären sein dürfte.

Das von der geschichtswissenschaftlichen Forschung vorgelegte Material – das hier nicht ausgebaut werden kann, weshalb ein theoretischer Exkurs erlaubt sein sollte – läßt in hinreichendem Maße erkennen, daß sich das Verhältnis von Ökonomie, Politik und Ideologie letztlich als ein kausales darstellt. Es bestätigt die Rolle, die nach dem Selbstverständnis der marxistischen Geschichts-

¹⁴ Siehe Manfred Weißbecker u. a.: Die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft. Strukturen und Wandlungsprozesse in der Novemberrevolution 1918/19 und in der Weimarer Republik. In: Klassen – Parteien – Gesellschaft. Dieter Fricke zum 60. Geburtstag. Hrsg. von Manfred Weißbecker und Herbert Gottwald, Jena: 1987, S. 94 f.

¹⁵ Die damit verbundenen Erscheinungen und Prozesse sind mit den in der Literatur bisher verwendeten Begriffen (staatsmonopolistisches Parteiensystem, Parteienstaat, Dualismus von Partei und Staat, Verstaatlichung der Parteien bzw. Verparteilichung des Staates u. a. m.) offensichtlich nur unzureichend zu erfassen.

theorie und der darauf aufbauenden Faschismusforschung die Gesamtheit ökonomischer Verhältnisse in der Gesellschaft, in ihren großen Epochen und Entwicklungslinien als Ursprüngliches und letztlich Dominierendes spielen. Diese Gesamtheit ökonomischer Verhältnisse bestimmt jedoch stets die politischen Verhältnisse einer Gesellschaft in Einheit mit vielfältigen anderen Faktoren. Aus deren Vielzahl und vielgestaltiger Verflochtenheit resultiert erst der konkrete Geschichtsverlauf; und dieser stellt keineswegs eine monokausale „Resultante“ dar, wie Friedrich Engels in seinen Altersbriefen immer wieder betont hat.¹⁶ Politisches ergibt sich nicht mechanisch und linear aus Ökonomischem, weder unvermittelt-direkt noch in einem alles umfassenden Sinne. Die letztliche und allgemeine Bestimmtheit der Politik durch die Ökonomie schließt immer zweierlei in sich ein: zum einen die Möglichkeit konkreter Determination der Politik durch die Ökonomie wie auch zum anderen die der konkreten Determination der Ökonomie durch die Politik.

Ökonomie und Politik sind also in gegenseitiger Bedingtheit und Verschränkung miteinander verbunden. Die einzelnen ökonomischen, politischen, rechtlichen, moralischen, kulturellen und anderen Verhältnisse existieren nicht als voneinander isolierte Faktoren mit allenfalls äußerlicher, vordergründiger Verknüpfung. Sie stellen eine Gesamtheit dar, wobei sich in jedem Teil das Ganze nachweisen läßt. Mit Recht hat Günter Söder, ein Wirtschaftstheoretiker der DDR, auf die Notwendigkeit verwiesen, über die Feststellung der Existenz zahlreicher geschichtswirksamer Faktoren hinaus auch zur Frage vorzudringen, ob es in jener Mannigfaltigkeit von Verhältnissen nicht ganz bestimmte Relationen gibt, ob diese Verhältnisse nicht ein System darstellen, ob es darin nicht „Primäres und Sekundäres, Determinierendes und Abgeleitetes gibt.“¹⁷

Die Transformation ökonomischer Interessen der herrschenden Klasse in Politik, Ideologie und Organisation erfolgt ferner als Resultat bewußter Aktivität organisierender und organisierter Kräfte. Daher schließen sich die Axioma von der letztlichen Dominanz der Ökonomik einer Gesellschaft sowie vom Primat der Politik im Klassenkampf nicht gegenseitig aus. Im Gegenteil: Ihre dialektischen Wechselbeziehungen¹⁸ sind bei der Erforschung und Darstellung der Geschichte politischer Organisationen sorgfältig zu berücksichtigen. Sie zu erfassen ermöglicht, über die Fülle hinaus und die Widersprüchlichkeit der geschichtlichen Fakten hinaus einen rationalen Zugang selbst zu den kompliziertesten Erscheinungen in der deutschen Geschichte zwischen den beiden Weltkriegen zu gewinnen. Das gilt wohl besonders für eine Antwort auf die bohrende Frage, weshalb es der ursprünglich so kleinen und bedeutungslosen NSDAP gelingen konnte, sich im Nachkriegsdeutschland über die Vielzahl der anderen rechtsextremen, völkisch-antisemitischen Verbände zu erheben, weshalb sie später in eine ernsthafte Konkurrenz zu den traditionellen bürgerlichen Parteien treten und schließlich diese in den Jahren 1932/33 überflügeln konnte. Das Ergebnis ihrer Entwicklung zur faschistischen Massenpartei gleicht jener „Resultante“, von der Friedrich Engels meinte, sie gehe aus unzähligen einander durchkreuzenden Kräften, aus einer unendlichen Gruppe von Kräfteparallelogrammen hervor.¹⁹

Die Ursachen des Aufstiegs der faschistischen Organisationen bilden ein vielgestaltiges und kompliziertes Geflecht ökonomischer, politischer, ideologischer, rechtlicher, kultureller, sozialpsychologischer und individueller Faktoren. In diesem Geflecht spielten neben der allgemeinen Ermöglichung und Förderung des Nationalsozialismus durch die bürgerliche Gesellschaft auch die großen Erfolge in der „Werbung“ der NSDAP unter den Massen eine große Rolle. Solche Art parteipolitischer und -organisatorischer „Bewährung“ führte zu erweiterter Förderung. Programm und Ergebnis, Bewährung und Förderung, Gewinn und Investitionen schaukelten sich so in den Jahren der Weltwirtschaftskrise gleichsam gegenseitig auf. Daher kann auch die Finanzierung der NSDAP

¹⁶ Siehe insbesondere den Brief an Joseph Block vom 21.9.1890 und den an Franz Mehring vom 14.7.1893. In: Karl Marx und Friedrich Engels, Werke, Bd. 37, Berlin: 1967, S. 462 ff. und Bd. 39, Berlin: 1968, S. 96 ff.

¹⁷ Günter Söder: Ökonomie – Politik – Wirtschaftspolitik. Weltanschaulich-philosophische Aspekte des Verhältnisses von Politik und Wirtschaft im Sozialismus, Berlin: 1977, S. 52.

¹⁸ Siehe dazu auch Günter Söder: Determination in letzter Instanz. In: Beiträge zum marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium, H. 3: 1980, S. 9.

¹⁹ Engels an Bloch, a. a. O., S. 464.

durch Großindustrielle, die es unbestreitbar gegeben hat und in der sich der allgemeine Charakter der faschistischen Partei spiegelte, nur als ein Faktor neben vielen anderen gelten. Über die Höhe der Gelder, die aus den Kassen der Unternehmer und ihrer Verbände in die der NSDAP geflossen sind, wird in der Forschung nach wie vor gestritten; wahrscheinlich kann sogar angesichts der komplizierten Quellsituation kein vollständiges Bild gewonnen werden. Fest steht jedoch, daß der Faktor „Finanzierung“ als ein außerordentlich wichtiger zu betrachten ist. Seine unmittelbare Bedeutung ergibt sich nicht vordergründig aus dem Umfang und aus den Summen: Hinter den Beträgen standen Macht und Intentionen von Herrschenden. Ein solches Gewicht konnte keine „Selbstfinanzierung“ aufbringen, mag sie auch größer und massenwirksamer als bei anderen bürgerlichen Parteien gewesen sein.²⁰ Insgesamt vollzog sich die Transformation ökonomischer Interessen in Politik und Organisation des Nationalsozialismus sowohl über direkte Forderungen und Initiativen, über materielle Förderung unterschiedlichster Art als auch über Beteiligung und ideelle Unterstützung, ja auch über widerspruchslose Duldung und Inkaufnahme der NSDAP, ihrer Führung und ihrer Eigenheiten.

Die NSDAP konnte schließlich bei der Zerstörung der Weimarer Republik als entscheidender parteipolitischer Faktor in Erscheinung treten, nachdem sie sich unter Nutzung aller gebotenen Unterstützungen – im Gegensatz zu den traditionellen Rechtsparteien der Weimarer Zeit – einen großen, stabil erscheinenden und ausbaufähigen Masseneinfluß zu schaffen vermocht hatte. Dabei kamen ihr die verheerenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, die Zerstrittenheit der Arbeiterbewegung, die anziehungskräftige Dynamik ihrer eigenen Organisation und in hohem Maße auch die Schwächen der anderen bürgerlichen Parteien zugute. Es ist z. B. bekannt, welche Gründe es sowohl für die Deutschnationale Volkspartei als auch für das Zentrum gab, ihren Schatten (sprich: die Grenzen ihrer Mitglieder- und Wählerzahlen) nicht überspringen zu können. In der Zeit der Weltwirtschaftskrise, angesichts neuer Anforderungen bourgeoiser Krisenbewältigungs- und Krisennutzungsstrategie, war beispielsweise das Zentrum bereits bei dem dieser Partei möglichen Maximum an Einfluß unter dem katholischen Bevölkerungsteil Deutschlands angekommen. Bei nüchternem Kalkül durfte nicht erwartet werden, daß sich dieser noch erweitern lassen würde. Aber gerade in der Notwendigkeit einer wesentlichen Erweiterung und Vereinheitlichung der Massenbasis bestand während der Endphase der Weimarer Republik das Problem aller Gruppen und Schichten der herrschenden Klasse.²¹ Daraus ergaben sich schließlich auch Veränderungen in den Beziehungen zwischen den traditionellen und den neu entstandenen Eliten in der bürgerlichen Gesellschaft Deutschlands, im Wechselverhältnis von Förderern und Geförderten, von ökonomisch Mächtigen und politischen Machträgern.²²

Den Weg zur mitglieder- und wählerstärksten Partei markierten die vielfältigsten Mittel und Methoden nationalsozialistischer „Werbung“ unter den Massen. Gerade sie sind es, die zweifelsfrei die Diskrepanz zwischen den Zielen der deutschen Faschisten und den Interessen der nur scheinbar durch sie repräsentierten Massen erkennen lassen. Die Verschwommenheit des NSDAP-Programms, die unlogisch-gegensätzlichen sozialen Versprechungen an alle Kreise der Bevölkerung, die pseudosozialistische Revolutionsphraseologie sowie fast alle anderen Elemente der vielfarbig schillernden nationalsozialistischen Ideologie zielten auf einen Mißbrauch von Hoffnungen und Idealen der Massen, keineswegs auf deren Erfüllung. An ihre Interessen und Wünsche wurde lediglich angeknüpft, mehr nicht: Die NSDAP-Führung strebte nach einer bewußten Identifikation national und patriotisch denkender Menschen mit ihren eigenen chauvinistisch-revanchistischen

²⁰ Der Zusammenhang von Finanzierung und „Selbstfinanzierung“ der NSDAP ist in der satirischen Zeitschrift der KPD („Eulenspiegel“, Nr. 5: 1932, S. 4) in einer treffenden Karikatur erfaßt worden. Dargestellt ist ein Schöpfrad, das Geld aus den Taschen Werktätiger in den Zylinder eines Unternehmers befördert. Gleichzeitig werden Hitler die Worte „Schade – na, die Masse muß es bringen ...“ in den Mund gelegt. Damit antwortet er auf die Entschuldigung des Unternehmers, der einen Scheck übermittelt und gleichzeitig erklärt, er könne leider nicht so viel wie seine „Kollegen Deterding und der selige Ivar“ spenden.

²¹ Siehe Weißbecker u. a., Die politische Organisation, S. 94 f.

²² Dieser Aspekt ist in der Faschismusforschung der DDR zwar stets berücksichtigt, jedoch noch nicht systematisch aufgearbeitet worden.

Vorstellungen. Sie bemühte sich, antikommunistisch gestimmte Teile der Bevölkerung für ihr eigenes militantes Programm einer „Ausrottung des Marxismus“ und für ihren friedensbedrohenden Antisowjetismus zu gewinnen. Sie nutzte die breite Empörung über soziale und politische Unzulänglichkeiten der Weimarer Republik zur Bekräftigung ihres Ringens um eine vollständige Beseitigung des „Systems“. Die Massen hätten, so erklärte Hitler unverblümt, das Wesen der faschistischen Zielstrebingen „weniger im Buchstaben unserer Leitsätze“ zu suchen, als „vielmehr in dem Sinne, den wir ihnen zu geben imstande sind.“²³

Am Ende der Weimarer Republik sah sich die NSDAP als mitglieder- und wählerstärkste Partei noch nicht an ihrem eigentlichen Ziel. Als sie am 30. Januar 1933 die Regierungsgewalt erhielt, stand ihr immerhin eine Mehrheit des deutschen Volkes entgegen. Auch bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 verfehlte sie die absolute Mehrheit. In Schritt für Schritt gefestigten Macht verstand sie es allerdings relativ rasch, über den bisherigen Anhängerkreis der Partei hinaus dem Regime eine breite, fast alle Teile des Volkes umfassende Massenbasis zu schaffen.

Dies gelang zunächst vor allem durch die schwere Niederlage, die sie der organisierten deutschen Arbeiterbewegung und der gesamten Arbeiterklasse beibringen konnte. Dadurch veränderte sich das politische Kräfteverhältnis grundlegend zu ihren Gunsten. Die Art und Weise, in der dies von den betroffenen Parteien und Gewerkschaften hingenommen werden mußte, verstärkte zwar bei bewußten und willensstarken Kräften die Entschlossenheit, nunmehr im illegalen antifaschistischen Widerstandskampf den objektiv keineswegs verschwundenen Gegensatz von Kapital und Arbeit, von Diktatur und Demokratie, von Reaktion und Fortschritt auszufeuchten. Dennoch: Enttäuschung, Verwirrung, Ratlosigkeit, aber auch Resignation sowie eine Bereitschaft zum Sichabfinden und Sicheinrichten in den neuen Verhältnissen ließen einen wachsenden Einfluß der braunen Machthaber auch in der Arbeiterklasse zu.

Die Wurzeln der quantitativen und qualitativen Erweiterung der faschistischen Massenbasis lagen hauptsächlich in den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen. Es bedurfte dazu des faschistischen Herrschaftssystems mit seiner unheiligen Dreieinigkeit von offenem Terror, von nationaler und sozialer Demagogie sowie von materiell-sozialer und politisch-moralischer „Bestechung durch Erfolg“.²⁴ Hinzu trat das alles durchdringende, überwölbende und die angeblich klassenlose „Volksgemeinschaft“ vorgaukelnde Organisationssystem, das es bislang weder in diesem Ausmaß noch in seiner Wirkungsintensität gegeben hatte. So erreichte das faschistische Regime schließlich einen hohen, bislang nicht gekannten Masseneinfluß. Die große Rolle, die schließlich die NSDAP in der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges zu spielen vermochte, leitete sich aus ihrem Platz im gesamten faschistischen Herrschaftsmechanismus sowie aus ihren spezifischen Funktionen bei der Massenbeeinflussung ab. Mit dem Blick auf den Krieg entwickelte sie sich nach 1933 aus einer Regierungspartei zu einer faschistischen Staatspartei. In dieser verkörperte sich bald eine neue Qualität von Herrschaft über das eigene Volk. Die NSDAP stellte eine neuartige Form von gesellschaftlicher und staatsmonopolistischer Dachorganisation im Zentrum des gesamten Herrschaftssystems dar. Sie war damit zugleich zu einer integrativen Nahstelle, zu einem Verbindungsglied zwischen den verschiedensten Bestandteilen dieses Systems geworden. Ohne die NSDAP vermochte es nicht zu funktionieren, obwohl sie selbst keineswegs seinen ausschließlich Sinn und Zweck darstellen konnte.²⁵

Die NSDAP „erhob“ sich damit keineswegs über die Grundinteressen der reaktionärsten und aggressivsten Kreise der deutschen Bourgeoisie. Selbst die weitreichendsten Veränderungen des politischen Herrschaftssystems bedeuteten keine Beseitigung der Fundamente, auf denen die bürgerliche Gesellschaft beruhte. Dennoch modifizierten sich die konkreten Existenz- und Wirkungsbedin-

²³ Adolf Hitler: Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe. 390./394. Auflage, München 1939, S. 514.

²⁴ Siehe Manfred Weißbecker: Thesen zu Rolle und Funktion der NSDAP im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus. In: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 37/38 (Mai 1976), S. 13 f.

²⁵ Siehe dazu W. E. Gulijew: Der imperialistische Staat der Gegenwart, Berlin 1976, S. 66 ff.

gungen vieler Gruppen der traditionellen Eliten recht beträchtlich. Diese vermochten nach der Errichtung der faschistischen Diktatur, vor allem nach deren Konsolidierung nicht mehr, ihre allgemeinen oder jeweilige spezifische Interessen ohne oder gegen die mit der NSDAP an die Spitze des gesamten politischen Machtapparates gelangten Kräfte durchzusetzen. Das faschistische Herrschaftssystem war zum alleinigen Bezugsrahmen für die Artikulation politischer Interessen geworden. Im Wechselverhältnis der verschiedenen Gruppen und Kräfte der herrschenden Klasse hatten sich die Gewichte zugunsten jener verschoben, die unmittelbar und direkt über die politischen Machtinstrumente, darunter auch über die nationalsozialistischen Organisationen verfügten. Das erhöhte die Möglichkeiten und die Fähigkeiten der NSDAP-Führung sowie des „Führers“, dem konkreten Leben der Gesellschaft ihren eigenen Stempel aufzuprägen. In diesem Sinne besaß das von der NSDAP repräsentierte Regime mehr politische Kraft und sah es sich mit größeren Befugnissen ausgestattet, als dies jemals bei einer anderen Partei oder Regierung der Fall gewesen war. Die relative Selbständigkeit des politischen Machtapparates, die in der bürgerlichen Gesellschaft stets zu beachten und als eine allgemeine bzw. als eine „gewöhnliche“ bezeichnet worden ist, nahm zu und sogar außergewöhnliche Formen an.²⁶ So boten sich dem Hitlerregime ein großer Spielraum und taktische Manövrierfähigkeit bei der Realisierung seiner Ziele, selbst wenn dabei auch neue Widersprüche und offene Ungereimtheiten zutage traten. Hinsichtlich der Auswirkungen dieser Probleme, die das Regime wohl nicht nur negativ beeinträchtigt haben dürften, ist auch in der marxistischen Forschung noch lange nicht das letzte Wort gesprochen worden.

Zu einigen künftigen Aufgaben der DDR-Faschismusforschung

Die im antifaschistischen Widerstand leidvoll gewonnene Forderung „Nie wieder Faschismus!“ konnte in der DDR – nicht zuletzt auch dank der sich entfaltenden marxistischen Faschismusforschung verwirklicht werden. In einem revolutionären Umwälzungsprozeß wurden konsequent die für den Faschismus letztlich verantwortlichen sozialökonomisch-gesellschaftlichen Wurzeln beseitigt, die grauenvolle Hinterlassenschaft des Faschismus überwunden und unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse völlig neue gesellschaftliche Verhältnisse geschaffen. Damit hat sich eine Bewältigung der braunen Vergangenheit vollzogen, die zu berechtigtem Stolz veranlaßt, jedoch zugleich den nüchternen Blick auf sich immer wieder stellende antifaschistische Aufgaben oder auf neue Probleme erfordert. Letzteres gilt voll und ganz für die Faschismusforschung, deren Aufgaben geradezu anzuwachsen und sich auszuweiten scheinen. Dazu seien noch einige ausgewählte Bemerkungen und Thesen formuliert:

Eine erste Bemerkung gilt der m. E. unabdingbar weiter zu entwickelnden gesamtgesellschaftlich-weltgeschichtlichen Sicht auf den Faschismus, genauer gesagt: auf die Auseinandersetzung von Faschismus und Antifaschismus. Bei den in Mode kommenden Jahrhundert-Bilanzen wird sich rasch erweisen, in welche hohem Maße diese Auseinandersetzung den konkreten Geschichtsverlauf geprägt hat, wie sie sich als Ausdruck und Erscheinungsform des epochebestimmenden Hauptwiderspruchs darstellt, ohne mit diesem identisch zu sein. Nach wie vor interessiert hauptsächlich das Klassenwesen des Faschismus, interessieren seine gesellschaftlichen Wurzeln, seine Funktionen in der bürgerlichen Gesellschaft, deren Grundanliegen er vertrat und vertritt, trotz häufig demonstrativ betonter Antibürgerlichkeit oder pseudosozialistischer Parolen-Spielerei. Dabei wäre jede Beschränkung des allgemeinen Zusammenhangs von Imperialismus und Faschismus auf den konkreten zwischen Großindustriellen und faschistischen Parteiführern bzw. gar auf Finanzierungsfragen wenig hilfreich. Die Erforschung der vielgestaltigen und vielfach verschleierte Transformationsprozesse ökonomischer Interessen der herrschenden Klasse in faschistische Politik, Organisation und Ideologie muß ebenso vom Engelsschen Grundsatz der „letzlichen“ Dominanz der Ökonomie wie vom Primat der Politik mit Klassenkampf ausgehen. Beide Axiome schließen einander nicht aus. Die Berücksichtigung ihrer dialektischen Wechselbeziehungen läßt erkennen, daß die Ursachen des Aufstiegs beispielsweise der NSDAP ein kompliziertes Geflecht zahlreicher ökonomischer, politischer, ideologischer, rechtlicher, kultureller, sozialpsychologischer und individueller Faktoren bilden.

²⁶ Siehe Pätzold/Weißbecker, S. 297 f.

Eine Ergänzung zu dieser Aussage halte ich noch für notwendig: Ja, es geht uns um den Klassencharakter des Faschismus, aber gleichzeitig gilt, daß Allgemeines ohne Spezifisches, ohne das Besondere und Einzelne nicht existiert. Daher muß Faschismusforschung heute, bei uns, nachdem die sozialökonomischen Wurzeln des Faschismus beseitigt sind und sich die Lebenskraft des Antifaschismus grundsätzlich bewahrt hat, dem gelten, was den differenzierten Anteil des Klassenspezifischen im Spezifischen ausmacht. Konkrete Forschung gilt es also wohl gerade auf Gebieten zu leisten, die uns fern zu liegen scheinen ...

Eine zweite These bezieht sich auf die Komplexität der Erforschung aller Spielarten des Faschismus, also der verschiedenen Faschismen, die es in den einzelnen Ländern Europas, aber auch andere Kontinente gegeben hat und gibt. Vergleichende, typologisierende Faschismusforschung sollte an die Stelle einer leider tief verwurzelten germanozentrierten Nabelschau treten. Diese Forderung ist, obwohl schon sehr alt, immer noch aktuell. Ansatzpunkte und Wege hat dankenswerterweise Kurt Gossweiler gewiesen.²⁷ Aber viel Forschung wird nötig sein, um auch in dieser Hinsicht zu einer komplexen, in sich geschlossenen Faschismus-Theorie gelangen zu können. Darin eingeschlossen sehe ich auch notwendige weitere Arbeiten zur faschistischen Ideologie, zu allen ihren Bestandteilen sowie insbesondere zu ihren weltanschaulichen Klammern wie Rassismus und Chauvinismus.

Drittens gilt die Forderung nach komplexer Faschismusforschung auch in temporärer Hinsicht. Heute sind bereits sieben Jahrzehnte Entwicklung des Faschismus zu überschauen; Periodisierung ist ebenso verlangt wie eine periodenabhängige Spezifizierung allgemeiner Aussagen über Wesen und Funktionen des Faschismus, insbesondere über den Zusammenhang von Faschismus und Krieg. Der VII. Weltkongreß der KI fand vor über 50 Jahren statt, in der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg und vor dem Weltweiten militärischen Sieg einer Koalition von Antifaschisten, in der das gemeinsame vernunftfordernde Anliegen gegenüber sozialer, politischer und weltanschaulicher Heterogenität dominierte. Von der Notwendigkeit, die Geschichte des Neofaschismus eingehend darzustellen, will ich wenigstens am Rande etwas gesagt haben.

Von größter Wichtigkeit scheint mir – und hier wende ich mich doch wieder der deutschen Geschichte zu – viertens die Erhellung der vielgestaltigen Wirkungsmechanismen faschistischer Herrschaft, d. h. des Wechselverhältnisses von Macht und Massen in den alltäglichen, ja in den als „normal“ empfundenen Lebensverhältnissen zu sein. Es gibt keine andere Frage, die in Schulen und Universitäten unseres Landes, in geschichtspropagandistischen Veranstaltungen und Diskussionen so häufig wie diese gestellt wird. Bewährung im gegenwärtigen Alltag sucht nun einmal Antworten auch aus geschichtlichem Versagen zu gewinnen, mitunter sogar weitaus stärker als aus dem historischen Vorbild, vor allem wenn dieses mitunter etwas schlicht heroisiert zu sein scheint.

Neben dem immer wieder darzustellenden (d. h. nicht bloß zu behauptenden) Zusammenhang von Terror, Ideologie, Erfolgsbestechung und Organisationsdruck sollte aus meiner Sicht vor allem der Entwicklungsprozeß des mannigfaltigen Beziehungsgeflechts von Faschismus und Massen analysiert werden. Die Geschichte des Faschismus beginnt selbstverständlich nicht in und mit den Massen. Insofern kann jede „Autonomie“-These leicht widerlegt werden, derzufolge der Faschismus eine angeblich klassenunabhängige Bewegungsform der Massen bzw. dieser oder jener Teile der Massen gewesen sei. Auch für den „Aufstieg“ des deutschen Faschismus zur Macht gilt grundsätzlich unser Satz, daß sein Sieg zwar von den Millionen an Mitgliedern und Wählern ermöglicht, jedoch nicht verursacht worden ist. Nach dem 30. Januar 1933 verstand es das etablierte und sich konsolidierende Regime allerdings relativ rasch, über den bisherigen Kreis von Mitgliedern und Anhängern der NSDAP eine breite, fast alle Teile des deutschen Volkes umfassende Massenbasis zu schaffen. So erreichte das faschistische Regime schließlich einen hohen, bislang nicht gekannten Masseneinfluß, der so bitter es ist – auch zu veränderten Bewußtseinsstrukturen und faschismusadäquaten Verhaltensformen der Massen selbst führte. Das historische Entwicklungsniveau der Volksmassen nahm rasch in erschreckendem Maße ab. Die These von Martin Broszat ist falsch und

²⁷ Kurt Gossweiler: Faschismus und Arbeiterklasse. In: Faschismusforschung, S. 99 ff.; ders.: Aufsätze zum Faschismus, S. 513., S. 576 ff. und S. 659 ff.

in einer Hinsicht zugleich richtig. Es heißt bei ihm: „Die vage populistische Attraktivität des Nationalsozialismus ist viel höher einzuschätzen als die ideologische Indoktrination seiner sozialer Massenbasis.“²⁸ Tatsächlich stehen wir vor der Notwendigkeit, anders als bisher und auch interdisziplinär, auf jeden Fall sehr eingehend die Attraktivitätsfaktoren des Faschismus, populistische Erscheinungen und Affinitäten bestimmter Bevölkerungskreise zum Rechtsextremismus in bestimmten Zeiten der bürgerlichen Gesellschaft zu untersuchen.

Faschismusforschung verlangt von der Sache her fünftens eine tiefgründige geschichtswissenschaftliche Analyse des Wirkens faschistischer Führer. Die konkrete Geschichte der NSDAP ist – so wie sie nun einmal verlaufen ist – ohne Hitler undenkbar. Das entsprechende Publikations- und Forschungsdefizit in der DDR darf daher nicht länger übersehen werden. Die Tatsache einer jahrzehntelangen bürgerlich-historiographischen Einengung aller Erscheinungen auf den „Führer“ erlaubt weder dessen faktische Verdrängung aus unserem Geschichtsbild noch eine simplifizierende Aussage, er habe keine Rolle gespielt und sei bloß ein Werkzeug in den Händen von Monopolgewaltigen gewesen. In biographietheoretischer Hinsicht wird man für unsere Epoche – und damit endlich einmal auch über den sehr verdienstvollen Plechanow²⁹ von 1898 hinaus – wohl von der Erkenntnis auszugehen haben, daß sich die Geschichtswirksamkeit sowohl der Volksmassen als auch die der führenden Persönlichkeiten auf der Grundlage der veränderten Verhältnisse in Gesellschaft, Politik, Wissenschaft, Technik usw. enorm vergrößert haben. Und der individuelle Prägestempel impliziert nun einmal alle Eigenheiten, Fähigkeiten und Neigungen der großen Männer, die allzu häufig nicht jene „Beginner“ sind, von denen eben Plechanow sprach.

Abschließend sei noch ein Gedanke geäußert, der sicherlich nicht nur für die marxistische Faschismusforschung gültig sein dürfte: Faschismusforschung muß heute in besonderem Maße dialogfähig sein, ihren Teil zur Verständigung aller antifaschistischen und nichtfaschistischen Kräfte beitragen. Sie hat sich – trotz grundlegender Unterschiede in der trennenden Frage nach dem Klassenwesen des Faschismusoffenzuhalten für Möglichkeiten eines breiten Bündnisses aller jener, die auch am Ende unseres Jahrhunderts mit Friedrich Schiller – ich zitierte ihn zu Beginn meines Vortrages – eine unvergängliche Kette der Menschengeschlechter anstreben, um so „unser fliehendes Dasein zu befestigen.“

Mein herzlicher Dank gilt ihrer freundlichen Aufmerksamkeit.

Stiching ter bevordring van Duitslandstudien in Nederland, Amsterdam o. J., S. 54-100.

²⁸ Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von Martin Broszat. Hrsg. von Hermann Graml und Klaus-Dietmar Henke, München: 1987, S. 168.

²⁹ Siehe Georgi Plechanow: über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte. Über materialistische Geschichtsauffassung, Berlin: 1982.

Die NSDAP – eine Massenpartei für den Krieg der Eliten

Am Ende des vor einem halben Jahrhundert entfesselten weltumspannenden Krieges stand für alle Partner der Antihitlerkoalition eine ihrer gemeinsamen Entscheidungen außerhalb jeden Zweifels: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei sowie ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände sollten kurzerhand verboten werden. Die entsprechenden Maßnahmen der Siegermächte erfolgten auf der Grundlage ihrer Vereinbarungen von Teheran und Jalta, die in dieser Hinsicht völlig schnörkellos und unzweideutig ausgefallen waren. Das Potsdamer Abkommen – insbesondere die Übereinkunft der Alliierten zu den politischen Grundsätzen, die für die künftige Behandlung Deutschlands gelten sollten – ging ebenfalls strikt von der Auffassung aus, dass es im Interesse aller Völker und ihrer friedlichen Zukunft notwendig ist, den deutschen Militarismus und Nazismus auszurotten. Es seien Maßregeln zu treffen, „damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“¹ Die Konferenz von Potsdam bekräftigte das Verbot der NSDAP und die Auflösung aller nationalsozialistischen Ämter. Sie verband dies mit der Forderung, solche Sicherungen zu schaffen, dass Parteien, Verbände und Institutionen des Faschismus „in keiner Form wieder auferstehen“ können.²

Über die unmittelbaren Verbots- und Zerschlagungsaktionen hinaus klagte der Internationale Militärgerichtshof das Korps der Politischen Leiter der NSDAP an, entsprechend Punkt 6 des Londoner Statuts³ eine „verbrecherische“ Organisation gewesen zu sein und als der „innere Kern“ der Verschwörung gegen den Frieden gewirkt zu haben.⁴ Das von der Anklageschrift lediglich in einigen Punkten abweichende Urteil⁵ führte damit einen neuen und eigenständigen Straftatbestand in das Völkerrecht ein; erstmalig wurden nicht nur Personen angeklagt und verurteilt, sondern auch einige der von ihnen ins Leben gerufenen Einrichtungen. Seither kann die Verurteilung einer Organisation oder Institution als verbrecherisch auch für jedes einzelne Mitglied der betreffenden Organisation und Institution entsprechende Folgen haben. Das Prinzip der persönlichen strafrechtlichen Verantwortlichkeit für internationale Verbrechen gegen den Frieden, für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurde in weiteren Prozessen gegen Politische Leiter der NSDAP, Angehörige der SS und des Sicherheitsdienstes sowie der Gestapo angewandt.⁶ Es fand keine Anwendung auf jene Menschen, die als einfache Mitglieder und Anhänger, als Mitläufer und „kleine Pgs“ zu bezeichnen und nicht direkt an den Verbrechen beteiligt waren.

Mit dem Verbot der NSDAP, der Verurteilung ihres Führungskorps und der Bestrafung der nationalsozialistischen Hauptkriegsverbrecher zogen die Siegermächte einen ersten bedeutungsvollen und zukunftsweisenden Schlussstrich unter die grauenvolle Bilanz der fünfundzwanzigjährigen Geschichte einer Partei, deren Wirken einzig und allein von offen terroristischer und von vielfach verschleierte Friedlosigkeit, von erbarmungsloser Kriegsideologie und schließlich auch von den erbärmlichen Kriegsverbrechen aller Art gekennzeichnet war. Auf dem faschistischen Schuldkonto standen die nach Millionen zählenden Opfer aller Völker, die durch eine beispiellose aggressiv-revanchistische und maßlos-expansionistische Kriegspolitik in den verderbenbringenden Strudel des zweiten weltumfassenden Völkermordens während unseres 20. Jahrhunderts hineingerissen worden sind. Auf das Schuldkonto der NSDAP kamen auch die unsägliche Not und das bittere Elend des deutschen Volkes. Wie nach 1918 hatte es allein die Lasten zu tragen, die sich aus Niederlage und Kriegsfolgen ergaben. Es musste nun auch dafür zahlen, in seiner überwiegenden Mehrheit dem Regime nahezu blind und ohne machtvollen Widerstand gefolgt zu sein. Große Teile der Bevölkerung hatten die Barbarei nicht nur geduldet, sondern in vielfältiger Weise getragen, ja sich selbst

¹ Zit. nach: Das Potsdamer Abkommen. Dokumentensammlung, Berlin 1975, S. 218.

² Vgl. ebenda, S. 219 f.

³ Ebenda, S. 242 f.

⁴ Zit. nach: Der Nürnberger Prozess. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Ausgew. und eingel. von P. A. Steiniger, Bd. 1, Berlin 1957, S. 69.

⁵ Vgl. ebenda, S. 213 f.

⁶ Vgl. Günther Wieland: Der Jahrhundertprozess von Nürnberg. Nazi- und Kriegsverbrecher vor Gericht, Berlin 1986, S. 26 ff.

sogar als handlungswilliges Instrument für den Weg in die Katastrophe hergegeben. Dennoch gehörte auch das deutsche Volk gleich allen anderen Völkern mit zu den Opfern nationalsozialistischer Politik und Ideologie.

Von der Mehrheit der Massen geduldet, hingenommen und unterstützt, konnten die Führer des deutschen Faschismus bis fünf Minuten nach zwölf alles, aber auch alles, ja sogar die Existenz des deutschen Volkes aufs Spiel setzen. In jeder Phase der unheilvollen Geschichte der NSDAP galt ihre abenteuerliche Parole „Alles oder nichts!“. Mit menschenverachtender Skrupellosigkeit, erstrebte sie alles Erdenkliche an Macht und Profit, sich dabei von allen anderen an politischer Macht und kapitalistischem Profit interessierten Kreisen der bürgerlichen Gesellschaft im Deutschen Reich hauptsächlich durch das enorme, ja vielfach direkt absonderliche Ausmaß ihres terroristischen, aggressiven und expansionistischen Konzepts unterscheidend. In völliger Verkennung des realen Kräfteverhältnisses in der Welt wollten die Nazis über Europa und auf anderen Kontinenten herrschen, wollten sie den ersten sozialistischen Staat vernichten, die organisierte deutsche Arbeiterbewegung zerschlagen, den Parlamentarismus, die Demokratie und jeglichen Humanismus in den Staub eines „Tausendjährigen Reiches“ treten. Sie gaben vor, dem deutschen Volk neue Geltung in der Welt verschaffen zu können, es aus der Situation eines „Habenichtss“ befreien und zum „Herrenvolk“ machen zu wollen.

Nichts war davon zu verwirklichen, nichts war zu gewinnen, lediglich alles zu verlieren. Woraus resultierte dann aber die totale, so aufs Ganze gehende und die Existenz des deutschen Volkes gefährdende Kriegspolitik? Wer konnte überhaupt an solchen Risiken ein Interesse haben? Die alles wagende Kriegspolitik wurzelte nicht in den Massen, sie entsprang weder ihrem Willen noch ihren Bedürfnissen. Wohl aber war sie ein Ergebnis ihres Verhaltens möglich geworden. Die mehr oder weniger bewusst vollzogene Akzeptanz des Faschismus durch die Massen führte schließlich dazu, dass sich dessen Politik und ihre Folgen auch gegen sie selbst richteten. Insofern konnte die NSDAP in die deutsche Geschichte als eine Partei eingehen, die eine Massenpartei von bislang ungeahntem Ausmaß darstellte und gleichzeitig verbrecherischen, massenfeindlichen Zielen einiger Gruppen unter den Eliten der deutschen Gesellschaft diente, die wesentliche Voraussetzungen für den Weg der herrschenden Klasse vom ersten zum zweiten Weltkrieg schaffen half und zugleich dafür missbraucht worden ist.

Die Stringenz des Kurses auf eine Revision der Ergebnisse des ersten Weltkrieges auch mit militärischen Mitteln – getragen von Revanchegeist und von Expansionsplänen, die die der Alldeutschen weit übertrafen – wurzelte in hohem Maße in der NSDAP und in den Interessen ihres Führungskorps. Jedoch stellte deren apodiktischer und schließlich auch apokalyptische Züge annehmender Marsch in den Krieg keine Erscheinung sui generis dar. Programmatik und Politik der NSDAP-Führer zeigten sich mit der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland durch mehr als tausend Fäden verbunden. Sie waren in diese Gesellschaft eingebettet, von dieser hervorgebracht und gefördert, auf sie zurückwirkend und ihre konkrete Gestalt ebenso beeinflussend wie alle anderen in ihr agierenden politischen Kräfte. Existenz und Entwicklung der NSDAP widerspiegeln Bedürfnisse und Interesse von führenden Kreisen dieser Gesellschaft, d.h. von Großindustriellen, Bankiers, Großagrariern, Militärs, hohen Beamten, Diplomaten, Partei- und Verbandspolitikern, Mediengewaltigen und anderen sozialen Gruppen, von denen hier als den traditionellen Eliten der bürgerlichen Gesellschaft die Rede sein soll, von denen in der marxistischen Terminologie als der Klasse der Bourgeoisie gesprochen wird.

Zwei Fragenkomplexe sind daher in der Faschismusforschung der DDR⁷ stets mit besonderem Interesse verfolgt worden. Sie betreffen die historische Verantwortung jener Teile der herrschenden Klasse, die den Faschismus gefördert haben und schließlich an die Macht befördern konnten, und sie gelten den Entwicklungsprozessen in der überwiegenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Beides hängt eng miteinander zusammen. Die Umsetzung ökonomisch determinierter Interessen in nationalsozialistische Politik und Organisation – obwohl Ausgangspunkt und Voraussetzung – lässt

⁷ Vgl. dazu Manfred Weißbecker: Der deutsche Faschismus als Gegenstand geschichtswissenschaftlicher Forschungen in der DDR – unter besonderer Berücksichtigung historisch-pädagogischer Fragestellungen, in: Pädagogen und Pädagogik im Nationalsozialismus – Ein unerledigtes Problem der Erziehungswissenschaft. Hrsg. von Wolfgang Klein, Frankfurt a. M. u. a. 1988, S. 191 ff.

sich nicht ohne Berücksichtigung der Ergebnisse bourgeoiser Politik gegenüber den Massen erforschen; ebenso wenig sind die Denk- und Verhaltensweisen der Massen ohne deren sozialökonomisch-gesamtgesellschaftliche Grundlagen zu erklären.

Dennoch: So eindeutig für unsere marxistische Faschismusforschung die auf einen Krieg zielenden Absichten der faschistischen Führer, deren Bereitschaft zu barbarischster Kriegsführung und ihre überreichen Fähigkeiten zur verderbenbringenden Manipulation großer Teile des Volkes zu erkennen waren und sind, so kompliziert stellte und stellt sich das Problem der Mitverantwortung, der Verführbarkeit von irrezuleitenden Millionen deutscher Menschen dar. Auch heute, trotz einer kaum noch zu überschauenden Fülle an Publikationen zur deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, erscheint noch immer das Phänomen einer so umfangreichen, mobilisierungsfähigen und stabilen Massenbasis des Hitlerregimes fast unerklärlich.

Fragen über Fragen stellen sich in diesem Zusammenhang: Das häufig zitierte Bild jubelnder, fanatisierter Massen – auf welchen Gehalt und Grad faschistischen Massenbewusstseins lässt es Schlussfolgerungen zu? In welchem Maße stimmten in ihm Erscheinungen und Wesen überein? Aus welchen Situationen stammt es und auf welche Quellen sind wir bei seiner Bewertung angewiesen? Welchen Entwicklungsprozess gab es in dieser Hinsicht? Lassen sich die widersprüchlichen „Welträtsel“, von den Zeitgenossen in diesem Zusammenhang sprachen⁸, auflösen? Lassen sich rationale Erklärungen finden, die sinnvolle und handlungsorientierende Schlussfolgerungen anstelle menschenverachtender Thesen irrationalen und elitären Charakters erlauben?

Jede im Allgemeinen verharrende Antwort verbietet sich. Erklärungen können nur historisch-konkret ermittelt werden. Sie fallen daher zwangsläufig für jede Phase in der Geschichte der NSDAP anders aus. Eine parteiengeschichtlich angelegte Forschung – auf ihr beruht der vorliegende Beitrag⁹ – vermag eine Reihe von Antworten zu geben, die mit vielen anderen zu einem komplexen und einleuchtenden Bild der historischen Realität zusammengefügt werden kann; Antworten, die sich aus einer Analyse von Genese und Aufstieg der NSDAP sowie aus der Darstellung ihrer Rolle für die herrschenden Eliten in der deutschen Gesellschaft jenes Vierteljahrhunderts von 1919 bis 1945 ableiten lassen.

Ein ganzes Bündel von Faktoren unterschiedlichsten Ranges ließ am 5. Januar 1919, mitten in der Novemberrevolution, die Deutsche Arbeiterpartei, den unmittelbaren Vorläufer der NSDAP, entstehen. Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, gründete eine Handvoll nationalistisch und antisemitisch beeinflusster kleinbürgerlicher Möchtegern-Politiker eine neue Organisation, in solchem Tun einem damals weit verbreiteten Trend unzähliger Kreise folgend sowie zugleich von den Möglichkeiten der Vereins- und Koalitionsfreiheit unter den neuen Verhältnissen profitierend. Die Organisation der Drexler, Harrer und Lotter – Hitler stieß mit seinen besonderen Fähigkeiten, „Trommler“ und „Führer“ des Nationalsozialismus zu sein, erst ein dreiviertel Jahr später hinzu – bemühte sich von Anfang an, die Ergebnisse des verlorenen Krieges zu revidieren und alle fortschrittsträchtigen Resultate vom November 1918 so rasch wie möglich rückgängig zu machen. Ihnen erschien es als unerträglicher Dorn im Auge, sehen zu müssen, dass die bis dahin beherrschten, beherrschbaren und – wie der Jubel vom August 1914 bewiesen hatte – selbst für einen Krieg mobilisierbaren Massen nunmehr zu eigener geschichtlicher Aktion fanden. Nach dem 9. November 1918 hatten sich die Herrschenden damit abzufinden, dass das über Jahrhunderte hinweg stabile monarchistische System von den Massen gestürzt worden und wie ein Kartenhaus in sich zusammengebrochen war. Das Ende des ersten Weltkrieges war gegen ihren Willen erzwungen worden, selbst der schüchterne Versuch zu einer „levée en masse“ [Massenaushebung] scheiterte kläglich. Die bürgerliche Gesellschaft wankte in ihren Grundfesten, die Massen eroberten sich demokratische und soziale Rechte wie nie zuvor in der deutschen Geschichte. Allerdings erlaubte die Unzulänglichkeit der Revolution auch die Formierung der Konterrevolution, führte die Begrenztheit des Fortschritts zu einer fast grenzenlosen

⁸ Vgl. Hans Günther: *Der Herren eigener Geist. Ausgewählte Schriften*, Berlin/Weimar 1981, S. 59.

⁹ Der Vf. stützt sich dabei auf Ergebnisse und Teile eigener Veröffentlichungen (vgl. Anm. 10, 21, 22, 25 und 28) und klammert hier Fragen von Mentalität, Faschismus-Affinität und sozialpsychologischen Wirkungsfaktoren der einzelnen Klassen und Schichten aus, ohne sie unterschätzen zu wollen.

Möglichkeit der Reaktion, neue Wege zur Aufrechterhaltung und Festigung bürgerlicher Macht sowie zur Durchsetzung ihrer spezifischen Interessen suchen zu können.

Ohne Berücksichtigung dieses geschichtlichen Hintergrundes bleibt die NSDAP-Entstehung in jedem Analyseversuch eine lediglich subjektiv-individuelle Angelegenheit von Kräften, die nicht mehr als nur sich selbst repräsentierten. Es war jedoch das breite Feld der militant-antikommunistischen, friedensfeindlichen und rassistisch gefärbten Konterrevolution, auf dem sich die Deutsche Arbeiterpartei gleich einer Vielzahl ähnlicher Organisationen formierte und der Nationalsozialismus als Bestandteil und schließlich profilprägende Erscheinungsform des deutschen Faschismus sein Haupt erhob. Der weiße Terror gegen die Revolution gebar den faschistischen Terrorismus. Enttäuschung und Wut über das „unbotmäßige“ Verhalten der Massen, aber auch über die als schlappe Nachgiebigkeit und vermeidbare Anpassungssucht diskreditierte Politik liberaler, bürgerlich-parlamentarisch orientierter Parteien bewirkten eine fieberhafte Suche nach neuen Konzepten, nunmehr *mit* den Massen bzw. mit bestimmten größeren Teilen der Massen Politik für massenfeindliche Ziele betreiben zu können. Ausführlich wurde im Alldeutschen Verband, in der Deutschen Vaterlandspartei und in allen Organisationen, aus denen die Gründer der DAP kamen und von denen sie sich leiten ließen, darüber beraten, wie am besten „die Massen einzufangen“ wären, wie es beispielsweise mit Hilfe des Antisemitismus besser als bisher ermöglicht werden könne, „an das Volk heranzukommen“.¹⁰

Die Naziartei entstand fern von den Massen, sie war in den ersten zehn Jahren ihrer Existenz auch keine Massenpartei. Entscheidend für ihren Platz in der Gesellschaft und im Spektrum aller Parteien war ihre Programmatik. Ihre Entstehung vollzog sich – darin der Genese fast aller Parteien, Verbände und Vereine vergleichbar – spontan, jedoch keineswegs zufällig oder „klassenunabhängig“. Sie verdeutlichte einen allgemeinen Reflex grundlegender Bedürfnisse der in ihrer Macht schwer erschütterten herrschenden Klasse; zugleich war sie Reflex jener Kräfte innerhalb der Bourgeoisie, für die eine Wiedergewinnung außen- und innenpolitischer Stärke auf einer Grundlage wie der des parlamentarischen Herrschaftssystems der Weimarer Republik unmöglich zu sein schien.

Die Entwicklung der NSDAP widerspiegelte die krisenhafte Situation der Herrschenden, aus der objektiv ein neues und gleichsam verdoppeltes Bedürfnis gegenüber der Arbeiterklasse und ihren Organisationen resultierte.¹¹ Da gab es zum einen das Bedürfnis, die Arbeiterbewegung – über die zu triumphieren in der Zeit der Novemberrevolution ihnen recht schwer gefallen war – als Hauptträger künftiger Revolutionen *präventiv* auszuschalten. Und es gab zum anderen das wachsende Bedürfnis, große Teile der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen als eine eigene, eine „entrevolutionierte“ und willenlos manipulierbare Massenbasis zu gewinnen. Dies sollte vor allem durch ein in seiner Wirksamkeit noch zu erprobendes Gemisch von Terror und Demagogie, von nationalistischem und pseudosozialistisch-antibürgerlich drapiertem Ungeist erfolgen, weniger durch politische und soziale Zugeständnisse, zu denen sich die liberalen Parteien in der Revolution mit machtsicherndem Erfolg bereitgefunden hatten. Die eigenen Interessen mit denen Deutschlands identifizierend, erklärte der deutsch-nationale Politiker Hans Schlange-Schönningen geradezu apodiktisch: „Entweder wird es in Deutschland gelingen, die Seele des deutschen Arbeiters in dem Kampf um Deutschlands Zukunft zu gewinnen, oder wir werden überhaupt keine deutsche Zukunft mehr erleben.“¹²

Von einer schlagkräftigen und wirkungsvollen Partei, die alle Mittel politischer Unterdrückung und ideologischer Massenbeeinflussung in neuer Einheitlichkeit beherrscht, hatten rechte Politiker in Deutschland bereits in den ersten Tagen der Novemberrevolution geträumt. Eduard Stadtler, Grün-

¹⁰ Diese Formulierungen stammen von Heinrich dass, dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes. Zit. nach Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker: Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens, Berlin 1981, S. 19; Vgl. auch Joachim Petzold: Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, Berlin 1982, S. 47 ff.

¹¹ Vgl. Kurt Gossweiler: Faschismus und Arbeiterklasse, in: Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik. Hrsg. Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweiler, Berlin 1980, S. 122.

¹² Hans Schlange-Schönningen Massengunst oder Staatspolitik, Rede, gehalten am 10. Oktober 1925 in Stettin, o. O. 1925, S. 3.

der und Chef der berüchtigten Antibolschewistischen Liga, betrachtete den Neuformierungsprozess der bürgerlichen Parteien während der Monate November und Dezember 1918 lediglich als eine Reihe „ganz minderwertige(r) taktische(r) Änderungen“, wodurch sie weder innen- noch außenpolitisch dem „Bolschewismus“ gewachsen seien. Seine Forderung lief auf die Bildung einer großen, einheitlichen Partei sowie auf die „Umwälzung“ des gesamten Parteienwesens hinaus.¹³ Dabei spielte auch die Überlegung eine Rolle, dass ein rein negierendes Programm sowie ein lediglich defensiv geführter Kampf ihre Wirkung verfehlten, wenn nicht ein eigenständiges massenwirksames Programm entwickelt und mit einer politisch-ideologischen Offensive verbunden wird. Stadtler formulierte: „Wir müssen all das, was Deutschland in der Vergangenheit großgemacht hat – und davon steckt auch viel im konservativen Preußen –, verbinden mit dem, was das Lebendigste ist an der deutschen und an der russischen Revolution: das ist der sozialistische Gedanke, damit durch die Zusammenfassung dieser beiden Grundgedanken die deutsche Revolution etwas Eigenartiges nach dem Osten und nach dem Westen darstellt.“¹⁴ An anderer Stelle wurde von der Liga demagogisch behauptet: „Die Arbeiterkreise sollten wissen, hören und erleben, dass unser Antibolschewismus unter keinen Umständen nur negativ sei oder gar eine Spitze gegen die Arbeiterschaft enthalte.“¹⁵ Stadtler betrachtete sein Programm als das einer „nationalsozialistischen Vereinigung“, einer „Partei der Zukunft“, in die alle alten Parteien „eingeschmolzen“ würden.¹⁶

Der deutschnationale Publizist Paul Herre beklagte im April 1919 den „unfesten Aggregatzustand“ der bürgerlichen Parteien. Diese würden „in unbestimmten Farben“ schillern. Nach seiner Auffassung wäre eine „neue revolutionäre Umwälzung“ nötig, um das Parteienwesen zu verändern.¹⁷ Die Großdeutsche Freiheitspartei, eine der zahlreichen Splitterorganisationen jener Zeit, warf den großen bürgerlichen Parteien vor, sie würden „die wahre Meinung der breitesten Schichten des deutschen Volkes keineswegs richtig zum Ausdruck“ bringen. Ihr Führer Ernst Grosse forderte daher den Aufbau einer Partei, in der „Kapital und Arbeit zusammengespannt werden, um Deutschland zu retten.“¹⁸ Harald Schultz-Hencke versuchte, die „Überwindung der Parteien durch die Jugend“ zu erreichen. Die Jugendlichen aus allen bestehenden Parteien sollten sich zu einer neuen „Partei der Zukunft“ vereinigen.¹⁹ Ähnliche Gedanken zur Bildung einer großen einheitlichen Partei der Reaktion verfochten die konservativ-preußischen und jungkonservativen Kreise um Heinrich von Gleichen-Rußwurm, Max Hildebert Boehm und Arthur Moeller van den Bruck. Sie griffen insbesondere den Liberalismus an, an dem die Völker zugrunde gingen, wenn er und seine parteipolitische „Einfall“ nicht entschieden bekämpft wurden.²⁰

Die gegen die Novemberrevolution und gegen die Weimarer Republik gerichteten Pläne zur Bildung einer einheitlichen, großen Partei aller rechten Kräfte gingen am stärksten in die faschistische Naziartei ein, die alle Ideen von der „dritten Partei“ und der „über den Parteien“ stehenden Organisationen einige Jahre später – unter anderen Bedingungen, aber im Interesse der gleichen Klassenkräfte – zu realisieren trachtete. Diese parteipolitischen Pläne verkörperten erste faschistoide, frühfaschistische Tendenzen im bürgerlichen Parteienwesen der Weimarer Republik.²¹ In ihnen reflektierten sich einige Elemente jener gesellschaftlichen Wurzeln, aus denen sich der deutsche Faschismus und seine wichtigste Organisation, die NSDAP, entwickeln konnten. Verbunden war dies auch mit der Herausbildung einer neuen Gruppe im Kreise der traditionellen Eliten sowie mit ihrem Bestreben, sich selbst zu einer Macht im Kreise der Mächtigen zu entwickeln.

¹³ Eduard Stadtler: Die Revolution und das alte Parteiwesen, Berlin (1919), S. 4 ff.

¹⁴ Eduard Stadtler: Der kommende Krieg – bolschewistische Weltrevolutionspläne, Berlin (1919), S. 15.

¹⁵ Eduard Stadtler: Als Antibolschewist 1918/19. Lebenserinnerungen, Bd. 3, Düsseldorf 1935, S. 76 f.

¹⁶ Ebenda, S. 28.

¹⁷ Der Tag, Berlin, 5.4.1919.

¹⁸ Ernst Grosse: Die fehlende politische Richtung, Berlin 1920, S. 1 f.

¹⁹ Harald Schultz-Hencke: Die Überwindung der Parteien durch die Jugend, Gotha 1921, S. 38.

²⁰ Die neue Front. Hrsg. von Arthur Moeller van den Bruck, Heinrich von Gleichen, Max Hildebert Boehm, Berlin 1922, S. 13 ff.

²¹ Vgl. Herbert Bartsch/Manfred Weißbecker: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland und die Große Sozialistische Oktoberrevolution, in: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und Deutschland, Bd. 1, Berlin 1967, S. 255 f.

Die NSDAP konnte bei der Zerstörung der Weimarer Republik als entscheidender parteipolitischer Faktor in Erscheinung treten, nachdem sie sich unter Nutzung aller gebotenen Unterstützungen – im Gegensatz zu den traditionellen Rechtsparteien der Weimarer Zeit – einen großen, stabil erscheinenden und ausbaufähigen Masseneinfluss zu schaffen vermocht hatte. Dabei kamen ihr die verheerenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, die Zerstrittenheit der Arbeiterbewegung, die anziehungskräftige Dynamik ihrer eigenen Organisation und in hohem Maße auch die Schwächen der anderen bürgerlichen Parteien zugute. Es ist zu bekannt, welche Gründe es sowohl für die Deutsch-nationale Volkspartei als auch für das Zentrum gab, ihren Schatten (sprich: die Grenzen ihrer Mitglieder- und Wählerzahlen) nicht überspringen zu können. In der Zeit der Weltwirtschaftskrise, angesichts neuer Anforderungen bourgeoiser Krisenbewältigungs- und Krisennutzungsstrategie, war beispielsweise das Zentrum bereits bei dem dieser Partei möglichen Maximum an Einfluss unter dem katholischen Bevölkerungsteil Deutschlands angekommen. Bei nüchternem Kalkül durfte nicht erwartet werden, dass sich dieser noch erweitern lassen würde. Aber gerade in der Notwendigkeit einer wesentlichen Erweiterung und Vereinheitlichung der Massenbasis bestand während der Endphase der Weimarer Republik das Problem aller Gruppen und Schichten der herrschenden Klasse.²² Daraus ergaben sich schließlich auch Veränderungen in den Beziehungen zwischen den traditionellen und den neu entstandenen Eliten in der bürgerlichen Gesellschaft Deutschlands, im Wechselverhältnis von Förderern und Geförderten, von ökonomisch Mächtigen und politischen Machthabern.²³

Nach dem 30. Januar 1933 kam es zu einer erheblichen quantitativen und qualitativen Erweiterung der faschistischen Massenbasis. Deren Wurzeln lagen hauptsächlich in den grundsätzlich veränderten gesellschaftlichen Bedingungen. Sie lagen vor allem im faschistischen Herrschaftssystem mit seiner unheiligen Dreieinigkeit von offenem Terror, von nationaler und sozialer Demagogie sowie von materiell-sozialer und politisch-moralischer „Bestechung durch Erfolg“.²⁴ Hinzu trat das alles durchdringende, überwölbende und die angeblich klassenlose „Volksgemeinschaft“ vorgaukelnde Organisationssystem, das es bislang weder in diesem Ausmaß noch in seiner Wirkungsintensität gegeben hatte. So erreichte das faschistische Regime schließlich einen hohen, bislang nicht gekannten Masseneinfluss.

Die große Rolle, die schließlich die NSDAP in der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges zu spielen vermochte, leitete sich aus ihrem Platz im gesamten faschistischen Herrschaftsmechanismus sowie aus ihren spezifischen Funktionen bei der Massenbeeinflussung ab. Mit dem Blick auf den Krieg entwickelte sie sich nach 1933 aus einer Regierungspartei zu einer faschistischen Staatspartei. In dieser verkörperte sich bald eine neue Qualität von Herrschaft über das eigene Volk. Die NSDAP stellte eine neuartige Form von gesellschaftlicher und staatsmonopolistischer Dachorganisation im Zentrum des gesamten Herrschaftssystems dar. Sie war damit zugleich zu einer integrativen Nahtstelle, zu einem Verbindungsglied zwischen den verschiedenen Bestandteilen dieses Systems geworden. Ohne die NSDAP vermochte es nicht zu funktionieren, obwohl sie selbst keineswegs seinen ausschließlich Sinn und Zweck darstellen konnte.²⁵

²² Vgl. Manfred Weißbecker u. a.: Die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft. Strukturen und Wandlungsprozesse in der Novemberrevolution 1918/19 und in der Weimarer Republik, in: Klassen – Parteien – Gesellschaft. Dieter Fricke zum 60. Geburtstag. Hrsg. Manfred Weißbecker/Herbert Gottwald, Jena 1987, S. 94 f.

²³ Dieser Aspekt ist in der Faschismusforschung der DDR zwar stets berücksichtigt, aber noch nicht systematisch dargestellt worden.

²⁴ Zu diesen drei Faktoren siehe Kurt Pätzold: Die faschistische Manipulation des deutschen Volkes. Zu einem Forschungsproblem, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 45 (Februar 1981), S. 22 ff.; Vgl. auch ders.: „Faustisches Volk oder Räuberhorde?“ Faschistische Politik und Propaganda 1933-1940, in: Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg. Friedensdemagogie und Kriegsvorbereitung in Geschichte und Gegenwart. Hrsg. von Reinhard Kühnl und Karen Schönwälder, Köln 1986, S. 174 ff.; Vgl. auch Manfred Weißbecker: Kriegsideologie und Friedensdemagogie in der NSDAP 1919-1933, in: Ebenda, S. 137 ff.

²⁵ Vgl. Manfred Weißbecker: Thesen zu Rolle und Funktion der NSDAP im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 37/38 (Mai 1976), S. 13 f.

Die NSDAP „erhob“ sich damit keineswegs über die Grundinteressen der reaktionärsten und aggressivsten Kreise der deutschen Bourgeoisie. Selbst die weitreichendsten Veränderungen des politischen Herrschaftssystems bedeuteten keine Beseitigung der Fundamente, auf denen die bürgerliche Gesellschaft beruhte. Dennoch modifizierten sich die konkreten Existenz- und Wirkungsbedingungen vieler Gruppen der traditionellen Eliten recht beträchtlich. Diese vermochten nach der Errichtung der faschistischen Diktatur, vor allem nach deren Konsolidierung nicht mehr, ihre allgemeinen oder jeweiligen spezifischen Interessen ohne oder gegen die mit der NSDAP an die Spitze des gesamten politischen Machtapparates gelangten Kräfte durchzusetzen. Das faschistische Herrschaftssystem war zum alleinigen Bezugsrahmen für die Artikulation politischer Interessen geworden. Im Wechselverhältnis der verschiedenen Gruppen und Kräfte der herrschenden Klasse hatten sich die Gewichte zugunsten jener verschoben, die unmittelbar und direkt über die politischen Machtinstrumente, darunter auch über die nationalsozialistischen Organisationen verfügten. Das erhöhte die Möglichkeiten und die Fähigkeiten der NSDAP-Führung sowie des „Führers“, dem konkreten Leben der Gesellschaft ihren eigenen Stempel aufzuprägen. In diesem Sinne besaß das von der NSDAP repräsentierte Regime mehr politische Kraft und sah es sich mit größeren Befugnissen ausgestattet, als dies jemals bei einer anderen Partei oder Regierung der Fall gewesen war. Die relative Selbständigkeit des politischen Machtapparates, die in der bürgerlichen Gesellschaft stets zu beobachten und als eine allgemeine bzw. als eine „gewöhnliche“ bezeichnet worden ist, nahm zu und sogar außergewöhnliche Formen an.²⁶ So boten sich dem Hitlerregime ein großer Spielraum und taktische Manövrierfähigkeit bei der Realisierung seiner Ziele, selbst wenn dabei auch neue Widersprüche und offene Ungereimtheiten zutage traten. Hinsichtlich der Auswirkungen dieser Probleme, die das Regime wohl nicht nur negativ beeinträchtigt haben dürften, ist auch in der marxistischen Forschung noch lange nicht das letzte Wort gesprochen worden.

Zahlreiche Äußerungen faschistischer Politiker und Maßnahmen der NSDAP-Führung belegen, dass diese 1938/39 das Resultat ihrer politischen, ideologischen und organisatorischen Anstrengungen zur Mobilisierung der Massen für den Krieg immer noch als unzureichend und unbefriedigend einschätzten.²⁷ Ganz offensichtlich war es ihnen noch nicht gelungen, ihre eigene Friedlosigkeit und menschenverachtende Kriegsbereitschaft als alleinige Grundlage allen Denkens und Handelns in Deutschland durchsetzen zu können, obwohl sich der größte Teil der Bevölkerung weitgehend mit dem Regime und insbesondere mit seinem obersten Repräsentanten identifizierte. In der Volkstimmung existierte ein widersprüchliches Gemisch von Friedensgläubigkeit und Kriegsangst, von völligem Einverständnis mit der so friedfertig erscheinenden Außenpolitik und Hoffnung auf weitere „großdeutsche“ Eroberungen ohne Krieg. Da solche Stimmungen weder präzise bewertet noch ihre Entwicklungsrichtungen genau bestimmt werden konnten, breiteten sich im faschistischen Macht- und Propagandaapparat Unsicherheiten aus. Mit dem wachsenden Tempo kriegsentfesselnder Politik nahm auch die pragmatisch-kurzatmige Hektik in der politisch-ideologischen Beeinflussung der Massen sowie in der „Mobilisierung“ der NSDAP für den Krieg zu.²⁸

Als schließlich der neue Weltkrieg vom Zaun gebrochen war und sich alle Befürchtungen, man werde die Massen nicht so ohne weiteres zum bedingungslosen Marschieren bringen, als unbegründet herausgestellt hatten, konnte das Führungskorps der NSDAP in aller Öffentlichkeit bekennen, eine Partei des Krieges und für den Krieg zu sein. Robert Ley plauderte im September 1939 freimütig aus, die Partei sei von Hitler in erster Linie aus der „Erkenntnis“ heraus geschaffen worden, dass ein moderner Krieg keineswegs „nur eine Angelegenheit der Soldaten“ sein werde. Er postulierte die Notwendigkeit einer „inneren Front“. Die „Heimatfront“ habe die gleiche Bedeutung wie die

²⁶ Vgl. dazu W. E. Gulijew: Der imperialistische Staat der Gegenwart, Berlin 1976, S. 66 ff.

²⁷ Vgl. Pätzold/Weißbecker, S. 297 f.

²⁸ Vgl. Laurenz Damps: Dokumente zur Funktion der faschistischen Partei (NSDAP) bei der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges (1937-1939), in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, Nr. 3/4, 1977, S. 52 ff. Vgl. auch Manfred Weißbecker/Gert Noack: „Die Partei als Rückgrat der inneren Front“. Mobilisierungspläne der NSDAP für den Krieg (1937-1939). Manuskript für den Band: Der Weg in den Krieg. Hrsg. Dietrich Eichholtz/Kurt Pätzold (im Druck).

militärische gegen den äußeren Feind.²⁹ Die NSDAP verstand sich selbst als stärkendes und schützendes „Rückgrat“ dieser Front im Innern, einer Front gegen das eigene Volk.³⁰ In solchen Einschätzungen und Maßnahmen widerspiegelten sich die Erfahrungen, dass bis 1938/39 die friedensdemagogische Propaganda einer der ausschlaggebenden systemstabilisierenden und die Massen mobilisierenden Faktoren gewesen war, und besorgte Fragen, wie es jetzt in dieser Hinsicht weiter gehen sollte.

Es ist hier nicht der Platz, den Entwicklungsprozessen im Verhältnis der Massen zum faschistischen Regime während der Kriegsjahre nachzuspüren. Bei einer solchen Analyse wäre sicher zunächst von einer Erweiterung und Vertiefung des Masseneinflusses nach den erfolgreichen Blitzkriegen zu reden, aber auch von den ersten Tendenzen einer Lockerung im Vertrauen zur NSDAP nach dem Überfall auf die UdSSR und dem unverkennbaren Beginn der militärischen Niederlagen. Da wären weiter jene Faktoren des herausgeforderten Nationalgefühls und des aufkeimenden Schuldbewusstseins zu analysieren, die nach der Kriegswende neu zugunsten des Regimes wirkten, das außerdem die terroristischen Fesseln enger und enger ziehen ließ. Ebenso wären neuerliche Veränderungen im Wechselverhältnis zwischen den traditionellen Eliten und der nationalsozialistischen Parteiführung festzustellen. Sie führten nicht zuletzt zum Anwachsen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler sowie zum Versuch eines antifaschistischen Aufstandes am 20. Juli 1944, worin ein regelrechtes Aufsprengen jenes hohen Grades an innerer Verflechtung unter den herrschenden Kreisen Deutschlands, der sich seit der Mitte der dreißiger Jahre und insbesondere in den ersten Kriegsjahren herausgebildet hatte, zum Ausdruck kam.

Welche Antworten die Forschung dazu auch im Einzelnen bereit hält, auf eine Tatsache würde man bei allen weiteren Untersuchungen immer wieder stoßen: Die entscheidenden Schritte der NSDAP in den Krieg, die nationalsozialistische Kriegsideologie in Aktion und die Erfüllung des Ziels, eine Partei des Krieges und für den Krieg sein zu wollen – alles das bedeutete den Anfang vom Ende ihrer Existenz, bedeutete gleichsam den Auftakt zu ihrer Zerschlagung und ihrem Verbot, die 1945 von den Siegermächten und den überlebenden deutschen Antifaschisten vollzogen wurden. Die NSDAP – aus dem ersten Weltkrieg erwachsen und selbst von Krieg zu Krieg treibend – geriet in dem mit ihrer Hilfe entfesselten zweiten Weltkrieg zwangsläufig in den Strudel einer von vornherein absehbaren und unvermeidbaren Katastrophe. In diese riss sie die betrogenen, getäuschten und dennoch mitschuldig gewordenen Massen hinein. In ihre totale Niederlage verstrickte sie aber auch jene Kräfte der über die Massen herrschenden Schichten, die es – wider alle Vernunft und ohne jeglichen Realitätssinn – für möglich, je sogar für notwendig gehalten hatten, die Zukunft der bürgerlichen Gesellschaft Deutschlands einem neuen mörderischen Weltkrieg anzuvertrauen und das deutsche Volk einer solchen Partei wie der NSDAP zu unterwerfen.

Deutscher Faschismus – Terror und Widerstand. Zur 2. Tagung der IREX-Unterkommission „Faschismus – Theorie und Praxis“ von Historikern der USA und der DDR in Princeton, N. J., im Mai 1989. Beiträge der Historiker der DDR. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1989, S. 56-70.

²⁹ Robert Ley: Die Partei als Rückgrat der inneren Front, in: Völkischer Beobachter vom 23.9. 1939. Der Artikel erschien auch etwas variiert unter dem Titel „Die innere Front tut ihre Pflicht“, in: Der Schulungsbrief. Hrsg. Der Reichsorganisationsleiter. 9. Folge 1939, S. 330 ff.

³⁰ Vgl. Reinhard Heydrich: Der Volksmeldedienst. Die Mobilmachung gegen Verrat und Denunziation, in: Ebenda, S. 338 f.

Faschismusforschung heute*

Es mag verwundern, in einem Gesprächskreis über den Antifaschismus in der DDR einen Beitrag über das Thema „Faschismusforschung heute“ aufgenommen zu sehen. Dennoch dürfte es nicht nur legitim, sondern geradezu als unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen unseres heutigen Unternehmens zu bezeichnen sein, wenn hier vom Faschismus und seiner weiteren Erforschung in einem Staat des Antifaschismus gesprochen wird. In der ganzen Geschichte der Arbeiterbewegung und erst recht in der Geschichte der DDR verstand sich Faschismusforschung immer als unentbehrlicher Teil des antifaschistischen und des darauf aufbauenden sozialistischen Ringens. Ohne ein klares, eindeutiges und zugleich differenziertes Bild vom Gegner konnte nie ein erfolgreicher Kampf gegen diesen geführt werden. Ohne ein umfassendes Bild von der Geschichte der braunen Barbaren kann es – dies stelle ich durchaus apodiktisch als Behauptung voran – auch kein überzeugendes, wahrhaftes Bild eigener antifaschistischer Leistungen geben, kann Antifaschismus als ein mögliches und geschichtswirksames Bindeglied an sich sehr heterogener gesellschaftlicher Kräfte im Kampf gegen einen gemeinsamen Gegner, im Ringen um ein gemeinsames Ziel wenig erfahrbar gemacht und in dynamischer, produktiver Traditionsarbeit nur unzureichend genutzt werden. Ohne den nüchternen Blick auf die sich immer wieder neu stellenden Aufgaben und Probleme des Antifaschismus, schmilzt berechtigter Stolz möglicherweise rasch dahin. In diesem Sinne stimmt das Bild vom Antifaschisten als einer dem Sisyphus vergleichbaren Figur, das Stephan Hermlin in aktuelle Debatten eingeführt hat, ist seine Verwendung notwendig, obgleich keiner darin historische Vergeblichkeit angesprochen fühlen kann.

Da lediglich knappe Aussagen, diskussionsfördernde Andeutungen, also provozierende Aufgabenstellungen, als Grundlage des Gesprächs gewünscht sind, beschränke ich mich auf einige ausgewählte Thesen.

Eine *erste* Bemerkung gilt der notwendigen Konkretheit – von der hier schon die Rede war – auf der Grundlage einer ebenso notwendigen gesamtgesellschaftlich-weltgeschichtlichen Sicht auf den Faschismus, genauer gesagt: auf die Auseinandersetzung von Faschismus und Antifaschismus. Bei den in Mode kommenden Jahrhundert-Bilanzen wird sich rasch erweisen, in welchem hohem Maße diese Auseinandersetzung den konkreten Geschichtsverlauf geprägt hat, wie sie sich als Ausdruck und Erscheinungsform des epochebestimmenden Hauptwiderspruchs darstellt, ohne mit diesem identisch zu sein. Nach wie vor interessiert hauptsächlich das Klassenwesen des Faschismus, interessieren seine gesellschaftlichen Wurzeln, seine Funktionen in der bürgerlichen Gesellschaft, deren Grundanliegen er vertrat und vertritt, trotz häufig demonstrativ betonter Antibürgerlichkeit oder pseudosozialistischer Parolen-Spielerei. Dabei wäre jede Beschränkung des allgemeinen Zusammenhangs von Imperialismus und Faschismus auf den konkreten zwischen Großindustriellen und faschistischen Parteiführern bzw. auf Finanzierungsfragen wenig hilfreich. Die Erforschung der vielgestaltigen und vielfach verschleierte Transformationsprozesse ökonomischer Interessen der herrschenden Klasse in faschistische Politik, Organisation und Ideologie muß ebenso vom Engelsschen Grundsatz der „letzlichen“ Dominanz der Ökonomie wie vom Primat der Politik im Klassenkampf ausgehen. Beide Axiome schließen einander nicht aus. Die Berücksichtigung ihrer dialektischen Wechselbeziehungen läßt erkennen, daß die Ursachen des Aufstiegs beispielsweise der NSDAP ein kompliziertes Geflecht zahlreicher ökonomischer, politischer, ideologischer, rechtlicher, kultureller, sozialpsychologischer und individueller Faktoren bilden.

Eine Ergänzung zu dieser Aussage halte ich noch für notwendig: Ja, es geht uns um den Klassencharakter des Faschismus, aber gleichzeitig gilt, daß Allgemeines ohne Spezifisches, ohne das Besondere und Einzelne nicht existiert. Daher muß Faschismusforschung heute, bei uns, nachdem die sozialökonomischen Wurzeln des Faschismus beseitigt sind und sich die Lebenskraft des Antifaschismus grundsätzlich bewahrt hat, dem gelten, was den differenzierten Anteil des Klassenmäßigen im Spezifischen ausmacht. Konkrete Forschung gilt es also wohl gerade auf Gebieten zu leisten, die uns fern zu liegen scheinen ...

* Dieser Text ist Teil eines umfangreicheren Beitrags (Antifaschismus in der DDR. Traditionswurzeln. Geschichtliche Leistungen, neue Anforderungen), der von anderen Autoren geschrieben wurde.

Eine *zweite* These bezieht sich auf die Komplexität der Erforschung aller Spielarten des Faschismus, also der verschiedenen Faschismen, die es in den einzelnen Ländern Europas, aber auch anderer Kontinente gegeben hat und gibt. Vergleichende, typologisierende Faschismusforschung sollte an die Stelle einer leider tief verwurzelten germanozentrierten Nabelschau treten. Diese Forderung ist, obwohl schon sehr alt, immer noch aktuell. Ansatzpunkte und Wege hat dankenswerterweise Kurt Gossweiler gewiesen. Aber viel Forschung wird nötig sein, um auch in dieser Hinsicht zu einer komplexen, in sich geschlossenen Faschismustheorie gelangen zu können. Darin eingebettet sehe ich auch notwendige weitere Arbeiten zur faschistischen Ideologie, zu allen ihren Bestandteilen sowie insbesondere zu ihren weltanschaulichen Klammern des Rassismus und Chauvinismus.

Drittens gilt die Forderung nach komplexer Faschismusforschung auch in temporärer Hinsicht. Heute sind bereits sieben Jahrzehnte Entwicklung des Faschismus zu überschauen; Periodisierung ist ebenso verlangt wie eine periodenabhängige Spezifizierung allgemeiner Aussagen über Wesen und Funktionen des Faschismus, insbesondere über den Zusammenhang von Faschismus und Krieg. Der VII. Weltkongreß der KI fand vor über 50 Jahren statt, in der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg und vor dem weltweiten militärischen Sieg einer Koalition von Antifaschisten, in der das gemeinsame vernunftfordernde Anliegen gegenüber sozialer, politischer und weltanschaulicher Heterogenität dominierte. Von der Notwendigkeit, die Geschichte des Neofaschismus eingehend darzustellen, will ich wenigstens am Bande etwas gesagt haben. Von größter Wichtigkeit scheint mir – und hier wende ich mich doch wieder der deutschen Geschichte zu – *viertens* die Erhellung der vielgestaltigen Wirkungsmechanismen faschistischer Herrschaft, d. h. des Wechselverhältnisses von Macht und Massen in den alltäglichen, in den als „normal“ empfundenen Lebensverhältnissen zu sein. Es gibt keine andere Frage, die in Schulen und Universitäten unseres Landes, in geschichtspropagandistischen Veranstaltungen und Diskussionen so häufig wie diese gestellt wird. Bewährung im gegenwärtigen Alltag sucht nun einmal Antworten auch aus geschichtlichem Versagen zu gewinnen, mitunter sogar weitaus stärker als aus dem historischen Vorbild, vor allem wenn diese mitunter etwas schlicht heroisiert zu sein scheint.

Neben dem immer wieder darzustellenden (d. h. nicht bloß zu behauptenden) Zusammenhang von Terror, Ideologie, Erfolgsbestechung und Organisationsdruck sollte aus meiner Sicht vor allem der Entwicklungsprozeß des mannigfaltigen Beziehungsgeflechts von Faschismus und Massen analysiert werden. Die Geschichte des Faschismus beginnt selbstverständlich nicht in und mit den Massen. Insofern kann jede „Autonomie“-These bürgerlicher Provenienz leicht widerlegt werden, derzufolge der Faschismus eine angeblich klassenunabhängige Bewegungsform der Massen bzw. dieser oder jener Teile der Massen gewesen sei. Auch für den „Aufstieg“ des deutschen Faschismus zur Macht gilt grundsätzlich unser Satz, daß sein Sieg zwar von den Millionen an Mitgliedern und Wählern *ermöglicht*, jedoch *nicht verursacht* worden ist. Nach dem 30. Januar 1933 verstand es das etablierte und sich konsolidierende Regime allerdings relativ rasch, über den bisherigen Kreis von Mitgliedern und Anhängern der NSDAP eine breite, fast alle Teile des deutschen Volkes umfassende Massenbasis zu schaffen.

Wesentliche Wurzeln dieser quantitativen und qualitativen Erweiterung des faschistischen Masseneinflusses lagen in den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen. Der Sieg über die gespaltene deutsche Arbeiterbewegung veränderte das politische Kräfteverhältnis grundlegend. Trotz entschiedenen Widerstandes konsequenter Antifaschisten ließen Enttäuschung, Verwirrung, Ratlosigkeit, aber auch Resignation sowie eine Bereitschaft zum Sichabfinden und Sicheinrichten in den neuen Verhältnissen einen wachsenden Einfluß der braunen Machthaber auch in der Arbeiterklasse zu. Es bedurfte dazu des faschistischen Herrschaftssystems mit seiner unheiligen Dreieinigkeit von offenem Terror, von nationaler und sozialer Demagogie sowie von materiell-sozialer und politisch-moralischer „Bestechung durch Erfolg“. Hinzu trat das alles durchdringende, überwölbende und die angeblich klassenlose „Volksgemeinschaft“ vorgaukelnde Organisationssystem, das es bislang wieder in diesem Ausmaß noch in seiner Wirkungsintensität gegeben hatte.

So erreichte das faschistische Regime schließlich einen hohen, bislang nicht gekannten Masseneinfluß, der – so bitter es ist – auch zu veränderten Bewußtseinsstrukturen und faschismusadäquaten

Verhaltensformen der Massen selbst führte. Das historische Entwicklungsniveau der Volksmassen nahm rasch in erschreckendem Maße ab. Die These von Martin Broszat ist falsch und in einer Hinsicht zugleich richtig. Es heißt bei ihm: „Die vage populistische Attraktivität des Nationalsozialismus ist viel höher einzuschätzen als die ideologischen Indoktrination seiner sozialen Massenbasis.“¹ Tatsächlich stehen wir vor der Notwendigkeit, anders als bisher und auch interdisziplinär, auf jeden Fall sehr eingehend die Attraktivitätsfaktoren des Faschismus, populistische Erscheinungen und Affinitäten bestimmter Bevölkerungskreise zum Rechtsextremismus in bestimmten Zeiten der bürgerlichen Gesellschaft zu untersuchen.

Faschismusforschung verlangt von der Sache her *fünftens* eine tiefgründige geschichtswissenschaftliche Analyse des Wirkens faschistischer Führer. Die konkrete Geschichte der NSDAP ist – so wie sie nun einmal verlaufen ist – ohne Hitler undenkbar. Das entsprechende Publikations- und Forschungsdefizit in der DDR darf daher nicht länger übersehen werden. Die Tatsache einer jahrzehntelangen bürgerlich-historiographischen Einengung aller Erscheinungen auf den „Führer“ erlaubt weder dessen faktische Verdrängung aus unserem Geschichtsbild noch eine simplifizierende Aussage, er habe keine Rolle gespielt und sei bloß ein Werkzeug in den Händen von Monopolgewaltigen gewesen. In biographie- theoretischer Hinsicht wird man für unsere Epoche – und damit endlich einmal auch über den sehr verdienstvollen Plechanow von 1898 hinaus – wohl von der Erkenntnis auszugehen haben, daß sich die Geschichtswirksamkeit sowohl der Volksmassen als auch die der führenden Persönlichkeiten auf der Grundlage der veränderten Verhältnisse in Gesellschaft, Politik, Wissenschaft, Technik usw. enorm vergrößert haben. Und der individuelle Prägestempel impliziert nun einmal alle Eigenheiten, Fähigkeiten und Neigungen der großen Männer, die allzu häufig nicht jene „Beginner“ sind, von denen eben Plechanow sprach.

Abschließend sei noch ein Gedanke geäußert, der sicherlich nicht nur für die marxistische Faschismusforschung gültig sein dürfte: Faschismusforschung muß heute in besonderem Maße dialogfähig sein, ihren Teil zur Verständigung aller antifaschistischen und nichtfaschistischen Kräfte beitragen. Sie hat sich – trotz grundlegender Unterschiede in der trennenden Frage nach dem Klassenwesen des Faschismus – offenzuhalten für Möglichkeiten eines breiten Bündnisses mit Vertretern anderer Auffassungen, deren geringe oder sogar fehlende Konsequenz im Antifaschismus, im Friedenskampf, im Ringen um die Lösung der neuen Menschheitsprobleme zwar zu kritisieren, deren Position diesseits der großen Barrikade unserer Zeit jedoch nicht zu übersehen ist.

Bewährte Strategie – erfolgreiche Praxis. Beiträge zur Geschichte der SED und der DDR in den siebziger und achtziger Jahren. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED/Gewerkschaftshochschule „Fritz Heckert“ beim Bundesvorstand des FDGB. Berlin 1989, S. 58-63.

¹ Vgl. Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von Martin Broszat, hrsg. von Hermann Graul und Klaus-Dietmar Enke, München 1987, S. 168.

Rezension

Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von Martin Broszat. Hrsg. v. Hermann Graml u. Klaus-Dietmar Henke. 2. Aufl. München: Oldenbourg 1987. 326 S. gr. 8°

Gegen die konservativen und noch weiter rechts stehenden bundesdeutschen Historiker Michael Stürmer und Ernst Nolte gerichtet, bezog der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München – sein 60. Geburtstag bot den Anlaß für den vorliegenden Band – im sogenannten Historiker-Streit eine Position, die in vieler Hinsicht auch als Bilanz der hier noch einmal zusammengefaßten 29 wissenschaftlichen und historisch-publizistischen Beiträge verstanden werden kann. Martin Broszat schrieb am 3. Oktober 1986 in „Die Zeit“, dabei den aufschlußreichen Titel „Wo sich die Geister scheiden“¹ benutzend: „Wer den Bürgern der Bundesrepublik den selbstkritischen Umgang mit ihrer älteren und jüngeren Geschichte wegschwatzen will, raubt ihnen eines der besten Elemente politischer Gesittung, das seit den späten fünfziger Jahren allmählich in diesem Staatswesen entwickelt worden ist.“ Eindeutig, wenngleich nicht ganz frei von gewissen Illusionen, schreibt er weiter:

„In solchen Perversionen patriotischen Geschichtsverlangens droht der einzige Gewinn verspielt zu werden, der der Erfahrung der Hitlerzeit zu danken ist. War es doch gerade auch diese Erfahrung, die die Westdeutschen in den Stand gesetzt hat, sich auch ohne national-emotionale Nachhilfe allmählich in der Rechts-, Sozial- und Zivilisationsgesellschaft der Bundesrepublik heimisch zu machen. Zum erstenmal in der deutschen Geschichte haben sie die politische Realität bejaht – nicht in einem großartigen nationalen Sonderbewußtsein, sondern in schlichtem zivilisatorischen Wohlgefühl. Die Klage darüber, daß dies nicht genügend tragfähig sei und durch nationale Geschichte kompensiert werden müsse, hat, so scheint mir, mit der Realität des Empfindens der jüngeren Generation in der Bundesrepublik wenig zu tun, es reflektiert weit mehr den Kulturträger-Ehrgeiz politisch ambitionierter Eliten in unserem Land, die bei ihrer angemessenen ordnungspolitischen Führungsrolle glauben, ohne nationalpädagogisches Wächteramt nicht auskommen zu können.“

Offen und zupackend-polemisch benennt der Verf. hier wie auch im vorliegenden Band jene Probleme, die der BRD (und damit auch den Nachbarn in Ost- und Westeuropa!) stets dann erwachsen, wenn rechtsorientierte und nationalistisch-antikommunistische Kreise der herrschenden Klasse bemüht waren, die antifaschistischen Erfahrungen und Lehren der opf. reichen Vergangenheit von 1933 bis 1945 in den Hintergrund zu drängen, vergessen zu machen oder völlig zu diskreditieren. Von solchen Schwierigkeiten im Umgang mit der Geschichte fühlte und fühlt sich der liberale Historiker Martin Broszat offensichtlich stets gefordert, sie exakt zu bestimmen und ihre Schwachpunkte zu benennen, und das mit der ausdrücklich hervorgehobenen Zielstellung, ihnen besser entgegenzutreten zu können. Kaum ein anderer unter den führenden Historikern der BRD hat wohl so prononciert und engagiert von dieser politisch-erzieherischen Funktion der Geschichtsschreibung, insbesondere der zeitgeschichtlichen Forschung in der BRD, geschrieben wie der Autor des hier zu besprechenden Opus.

Jeder Beitrag, den die Hrsg. Hermann Graml und Klaus-Dieter Henke in eigener Verantwortung und ohne Kenntnis des Autors für den vorliegenden Band auswählten, enthält die auf solche Weise fast ein Lebenswerk bestimmenden Ansprüche an die deutsche Geschichte und an die Gesellschaft der BRD. Von drei Ausnahmen² abgesehen, stammen alle Beiträge aus den Jahren 1975 bis 1986. Sie gruppieren sich erstens und am umfangreichsten (S. 9-173) um die Frage, wie B. die grundsätzlichen und ebenso die jeweils aktuellen Aufgaben der Faschismusforschung in der BRD zu bestimmen verstanden hat, zweitens um einige historiographische Streitfelder der Geschichtsschreibung (die mit den Namen von William Shirer, David Irving, Albert Speer, Jürgen Kocka und Arnulf Baring anzudeuten genügt) und drittens um divergierende Themen mit deutlich politischem Akzent. Es ist schon beeindruckend, daß und wie der Verf. eigentlich zu allen zentralen und die Gemüter heftig erregenden Problemen, zu Büchern und Filmen, zu Kontroversen und Fälschungen engagiert Stellung genommen hat. Für eine detaillierte Besprechung der inhaltlich breit gefächerten Abhandlungen

¹ Aufschlußreich dürfte er auch für die Position sein, die Broszat nunmehr gegen Nolte einnimmt, was aus dem Band nicht ohne weiteres abgeleitet werden kann. Siehe dazu auch die ähnliche Einschätzung durch Hans-Ulrich Wehler: *Entsorgung. der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“*, München 1988, S. 101 ff.

² Hier handelt es sich um Beiträge aus den Jahren 1957, 1963 und 1972.

gen bleibt kein Raum. Selbst die einfache Verzeichnung der Titel aller Beiträge würde an dieser Stelle zu weit gehen.³

Die Aufnahme des 1957 veröffentlichten Artikels „Aufgaben und Probleme zeitgeschichtlichen Unterrichts“ ist begrüßenswert, demonstriert dieser doch sehr sinnfällig alle wesentlichen Ausgangspunkte in B.s Denken, die bis in die Gegenwart beibehalten oder präzisiert bzw. korrigiert worden sind. In ihm setzte sich der Verf. für einen von „Wahrheitssuche und pädagogischem Verantwortungsgefühl“ geleiteten Geschichtsunterricht ein, da sonst zeitgeschichtliches Verständnis vorrangig von „zweifelhaften Memoirenschreiber(n)“ und Illustrierten erreicht werde (S. 13). Gleichzeitig sprach B. von der Notwendigkeit einer „nationalpädagogischen Funktion des zeitgeschichtlichen Unterrichts“, durch die ein Ende der „Verwirrung“ angestrebt werden müsse, „in die unser nationales Geschichtsbewußtsein mit dem Jahr 1945 geraten ist“. B. bemühte sich schon damals um ein „historisch gerechtes, weder von Apologie noch von Anklage gefärbtes Bild von der Wirklichkeit des Dritten Reiches“ (S. 16).

Das war eine widersprüchliche und vor allem mißverständliche, d. h. auch von den restaurativ-nationalistischen und konservativen Kräften der BRD zu mißbrauchende Zielbestimmung. Die an und für sich einleuchtende Forderung nach „verstehender Durchdringung“ bedeutete im historisch-konkreten Umfeld aber leider auch das Postulat einer Revision jenes Urteils, „welches im Zusammenhang mit den Nürnberger Prozessen und der aus ihrem Klima erwachsenen ausländischen Publizistik über das Dritte Reich, das deutsche Volk und seine Geschichte gefällt wurde ...“ (ebd.). Dieses kennzeichnende Sowohl-als-Auch markiert einen widersprüchlichen, etwas zwiespältigen und inkonsequenten Antifaschismus, auch wenn die Sicht auf „das Positive im Nationalsozialismus“, die dem Verf. vorrangig aus gesamtgeschichtlicher Sicht notwendig zu sein scheint, bei ihm selbst niemals zu einer Relativierung oder gar zu einer Verharmlosung der faschistischen Verbrechen am deutschen Volk und an vielen anderen Völkern geführt hat.

Vom ersten Beitrag führt eine direkte Linie zu dem ebenfalls der Politischen Pädagogik gewidmeten und vielfach diskutierten Artikel aus dem Jahre 1985, der den Titel trägt: „Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus“. Hier interessiert vor allem das Bestreben des Verf., das angeblich „zur Stereotypie verflachte Diktum der ‚nationalsozialistischen Gewaltherrschaft‘... durch stärker differenzierende historische Einsicht auch moralisch neu“ zu erschließen. Die „Moralität der Betroffenheit von der NS-Vergangenheit (hat) sich mittlerweile stark erschöpft“, so lautet die Ausgangsthese, die nicht bewiesen wird und wohl gerade für das Jahr 1985 – als sich die staatsoffizielle Erinnerung in der BRD an die Ereignisse vier Jahrzehnte zuvor erstmalig vom Befreiungsgedanken leiten lassen mußte, wogegen rechtskonservative Historiker ein Jahr später den Aufbruch wagten und den sogenannten Historiker-Streit provozierten – nicht überzeugungskräftig bewiesen werden kann. Leider wird der Begriff der Historisierung (siehe dazu vor allem S. 118 ff.) zu wenig problematisiert⁴, so daß seine Ambivalenz die unterschiedlichsten Ebenen von Politik und Wissenschaft ebenso erfaßt wie die unterschiedlichsten Strömungen in Politik und Wissenschaft. Dieser Eindruck

³ Den Hrsg. ist zu danken, daß sie auch bisher unveröffentlichte Manuskripte von Rundfunkvorträgen und ähnlichen Gelegenheiten eruiert und in den Band aufgenommen haben.

⁴ Auf allgemeine Tendenzen in der Verwendung des Historisierungsbegriffes macht aufmerksam Gerhard Lozek: Der Streit geht weiter. Zum Versuch einer apologetischen Revision des Faschismusbildes durch rechtskonservative Historiker der BRD, in: Ztschr. f. Geschichtswiss. 1988, H. 1, S. 10. – In einem Briefwechsel mit dem israelischen Historiker Saul Friedländer hat Martin Broszat noch einmal sein Verständnis zum Begriff „Historisierung“ präzisiert: „Ein Grundmißverständnis des Begriffs von Historisierung, wie ich ihn vorgebracht habe, ist die Annahme, es gehe dabei um eine bewußte oder fahrlässig bewirkte – Revision der in der Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik mit fast ausnahmsloser Übereinstimmung seit langem fest etablierten klaren Be- und Vorurteilung der historisch inzwischen in großer Breite erforschten und dokumentierten freiheitsfeindlichen, rechtsbrecherischen inhumanen und kriminellen Züge und Maßnahmen des NS-Regimes ... Die Bewußtmachung des faktisch schon lange im Gange befindlichen Prozesses der Historisierung beziehungsweise das Plädoyer für mehr Historisierung der NS-Zeit zielt vielmehr ab auf eine sinnvolle Weiterführung, auf eine neue Stufe der ‚Verarbeitung‘ der NS-Vergangenheit (in der Geschichtswissenschaft wie in der öffentlichen Diskussion) auf der Basis dieser fest etablierten Bewertung ihres Grundcharakters.“ (Die Zeit, Nr. 17 vom 22.4.1988)

verstärkt sich, wenn in anderem Zusammenhang eine völlig undifferenzierte „deutsche Sicht“ gegen eine tatsächliche oder vermeintliche „totale Pädagogisierung des schmerzhaften Kapitels der neuesten deutschen Geschichte“ ins Spiel gebracht wird (S. 320 f.).

Richtig sieht B. das „gewandelte und sich wahrscheinlich weiter verändernde Verhältnis von Moralität und historischem Verstehen“ (S. 159), wobei er wieder im Ergebnis einer unzulässigen Identifikation von Kategorien der Ethik und von politisch-ideologischen Grundpositionen des Antifaschismus ungewollt Anhaltspunkte für konservativ gefärbten Anti-Antifaschismus bietet. Wie sollen seine Warnung vor „pauschale(r) Denunziation“ und seine Forderung nach einer Neubestimmung des geschichtlichen Ortes des Nationalsozialismus richtig verstanden werden, wenn er sie in rigoros anmutende Sätze wie die folgenden kleidet:

„Nicht alles, was sich in der NS-Zeit ereignete und historisch bedeutsam war, diente nur den diktatorischen und inhumanen Herrschaftszielen des Regimes. Die zum Teil auch in der Geschichtswissenschaft noch immer bestehende Tendenz, alle in die NS-Zeit fallenden Veränderungen, etwa auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Rechts, gänzlich unter dem Gesichtspunkt ihrer Funktion für die Stabilisierung dieser Herrschaft zu interpretieren, zwingt sozusagen noch nachträglich auch die vor- und außernationalsozialistischen Bestände deutscher Geschichte unter das Diktat der Nazi-Herrschaft und schottet die zwölf Jahre nach vorn und hinten hermetisch ab... Statt der pauschalen moralischen Abspernung der Hitler-Zeit ist eine Entschlackung unseres eingefahrenen Begriffs- und auch Sprachinstrumentariums vonnöten, eine historische Befreiung (sic!) auch mancher ereignis- und personengeschichtlicher Perspektiven aus dem Zwangskorsett der Vorstellung von einer alles erfassenden Gewaltherrschaft.“ (S. 172)

Dem, der solche Fragen komplexen und epochenübergreifenden Charakters materialistisch-dialektisch angeht, bereiten sie übrigens keine Schwierigkeiten (was jedoch unterschiedliche Akzentsetzungen hinsichtlich des Verhältnisses von Kontinuität und Diskontinuität in der Geschichte bei marxistischen Historikern keineswegs ausschließt).

Die Beiträge aus der Feder Martin Broszats sind in keiner Weise einer Parteilichkeit zugunsten des konsequenten Antifaschismus geschuldet, aber sie lassen sich am selbstgewählten hohen Anspruch messen und anerkennen. Dieser gilt in erster Linie den Idealen „Demokratie, Völkergemeinschaft und Humanität“ (S. 34) und damit objektiv mehr als nur einem nebulösen Nicht-Faschismus oder einer totalitarismusfreien Gesellschaft. Der Anspruch des Verf. gilt wohl auch solchen gesellschaftlichen Verhältnissen, die jegliche Neuerscheinung von Faschismus und nationalsozialistischer Kriegspolitik verhindern und, wenn das nicht möglich sein sollte, zumindest deren energische Bekämpfung erlauben und ermöglichen. So gelesen, lassen sich zahlreiche Anregungen zum weiteren Nachdenken finden und erweist sich der vorliegende Band als sehr nützlich.

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Herausgegeben im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 110, Heft 1 – Januar 1989, Spalte 70-74.

Vorbemerkung

Am 30. und 31. Mai 1989 fand auf Einladung des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR ein Diskussionsforum von Historikern der DDR mit Historikern der Historischen Kommission der SPD statt. Zur Diskussion standen zwei Themen: „August Bebel und die Arbeiterbewegung an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert“ sowie „Massenbewegungen und parlamentarische Demokratie in den ersten Jahren der Weimarer Republik“. Die Materialien dieser wissenschaftlichen Veranstaltung unterbreiten wir hiermit der Öffentlichkeit.

Die Publikation enthält die Begrüßungen und Schlußworte zum Diskussionsforum, die Einleitungen und abschließenden Bemerkungen der Moderatoren, sämtliche Statements und die ergänzenden Referate zu beiden Themen sowie die von den Moderatoren verfaßten Berichte über die Diskussion.

Denjenigen, die die vorliegende Publikation ermöglichten, sei an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

Walter Schmidt

Manfred Weißbecker

Parlamentarismus und Demokratie im Verständnis proletarischer Massen in Deutschland 1918/19

Massenbewegungen sowie die Mentalitätsstrukturen, Stimmungen, Denk- und Verhaltensweisen organisierter und vor allem nichtorganisierter Massen gehören – obwohl von ihnen in geschichtswissenschaftlichen Darstellungen häufig die Rede ist – dennoch zu jenen Gegenständen, die in Diskussion und Forschung mehr Aufmerksamkeit erfahren sollten. Eine der offenen Fragen unseres Themas ist wohl die nach Existenz und Wirkungsweisen elementaren Denkens und Verhaltens, noch Spontaneität und Bewußtheit politischen Handelns. In dieser Frage spiegelt sich m. E. vieles aus dem breiten und komplizierten Beziehungsgeflecht wider, das stets im Ringen um Tages- und um Zukunftsinteressen anzutreffen ist und das in mancher Hinsicht ein anderes Bild als das der bekannten Strömungen in der organisierten Arbeiterbewegung bietet.

Andere und in Anlehnung an einen bekannten Satz von Marx und Engels¹ formuliert: Wer die „Gründlichkeit“ der historischen Massenaktionen von 1918/19 und der folgenden Jahre erfassen will, hat auch die vielfältigen Wechselwirkungen und Abstufungen in den unterschiedlichsten Erscheinungsformen spontanen Handelns der Massen mit zu berücksichtigen. In der Aktion entäußerte sich häufig beides, sowohl Spontaneität als auch Bewußtheit. Beides existiert nicht in einem Ausschließlichkeitsverhältnis zueinander, zeigt sich dagegen durch qualitative Faktoren unterschieden und stellt sich durch vielfältige Übergangsformen miteinander verbunden dar. In diesem Sinne hatte Lenin bereits im Jahre 1902 erstere als eine „Keimform“ der letzteren charakterisiert² und außerdem geschlußfolgert, daß es ohne Spontaneität überhaupt keine Revolution geben könne.³ Lenin sah also keineswegs in der Bewußtheit die alle anderen Denk- und Verhaltensweisen ausschließende Alternative.

Mein Beitrag, geordnet in drei Komplexe, kann dazu keine detaillierten Forschungsergebnisse bieten. Er will lediglich einige Überlegungen in unsere Diskussion einbringen und so zu deren uns allen am Herzen liegenden Gelingen beitragen.

Ein erster Gedanke soll dem Charakter der damaligen Massenbewegungen gelten. Dabei ist von der Tatsache auszugehen, daß ihre Forderungen („Frieden, Freiheit und Brot“) vor dem Ende des Krieges und in der Anfangsphase der Revolution vorrangig *antimilitaristischen* und *antimonarchistischen* Charakter trugen. Ihre antiimperialistischen Wesensmerkmale leiteten sich hauptsächlich aus der entschiedenen Negation grundlegender Erscheinungsformen der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse ab. Daher greift eine Charakterisierung als bloße „Protestbewegung“ oder als alleinige „Auf-nach-Hause-Massenstimmung“ auf jeden Fall zu kurz. Nur selten wurden damals Forderungen nach einem Frieden um jeden Preis laut, wie Karl Dietrich Bracher behauptet. Auch in der „Friedensbewegung“ jener Jahre verknüpften sich mit der Überwindung von Krieg und Militarismus grundsätzlich gesellschafts- und zukunftsgestaltende Aspekte. Es blieb weder bei einer reinen Kriegsverdrossenheit, noch erschöpfte sich alles in bloßen Friedensbekundungen. Die zu lösenden Tagesaufgaben verlangten immer stärker ein politisches Denken, programmatische Zukunftsüberlegungen und – in logischer Konsequenz – ein hohes Maß an Organisiertheit.

Allerdings prägten diese Erfordernisse die damaligen Massenbewegungen nicht in jeder Hinsicht. So darf nicht übersehen werden, daß in dem Maße, wie die unmittelbaren, sozusagen die herrschaftsstürzenden Aufgaben im November 1918 erfüllt schienen, die Differenziertheit zwischen den unterschiedlichen Strömungen und Parteirichtungen erneut anwuchs und die zunächst relativ geschlossen auf Frieden, Demokratie und Sozialismus orientierte Massenbewegung auseinanderfiel.

¹ „Mit der Gründlichkeit der geschichtlichen Aktion wird also der Umfang der Masse zunehmen, deren Aktion es ist.“ Karl Marx/Friedrich Engels: Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. In: Dies., Werke, Bd. 2, Berlin 1962, S. 86.

² W. I. Lenin: Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung. In: Ders., Werke, Bd. 5, Mai 1901-Februar 1902, S. 385.

³ W. I. Lenin: Die Helden der Berner Internationale. In: Ders., Werke, Bd. 29, März-August 1919; Berlin 1979, S. 385.

Eine der Ursachen liegt wohl darin, daß die sich in den Jahren 1918/19 artikulierenden und formierenden Massenbewegungen überwiegend einen spontanen und elementaren Reflex auf die von oben, insbesondere nationalistisch manipulierte „Bewegung“ der Massen sowie auf die eigene – nunmehr kritisch gesehene – Bereitwilligkeit zum Marsch in den Krieg darstellten. Mit und in ihnen reagierten große Teile der Arbeiterklasse und anderer Schichten des werktätigen Volkes auf den Krieg, auf seine Verursacher und seine Befürworter. Gerade aus dem spontanen Charakter dieser Bewegung erwuchs ein Trend zu nunmehr endgültig sein wollender Konsequenz und Radikalität, die den Blick für neue Probleme und auch für potentielle Partner trübten. Nebenbei: Den Massen wurden demokratisches „Bewegtsein“ und revolutionäre „Bewegung“ weder von außen aufgezungen noch von unverantwortlich handelnden sektiererischen Kräften aufgebürdet, wie mitunter behauptet wird. Etwas anderes scheint mir viel wichtiger zu sein. Die Dominanz des Wunsches „Nie wieder Krieg“ und allgemeiner Vorstellungen von einer neuen Zukunft der Gesellschaft schloß nämlich die Tatsache mit ein, daß weitere traditionell in der bürgerlichen Gesellschaft wirkende Momente wie z. B. die Religion, das geschlechtsspezifische Rollenverhalten, Familien- und Eheideale usw., die alle die Mentalitätsstrukturen zu prägen geholfen hatten, nicht in gleicher Weise wie das politische Denken vom damaligen „Aufbruch“ der Massen erfaßt worden sind.

In der Novemberrevolution vollzog sich – und damit wäre ich bei meiner zweiten Überlegung – ein Entwicklungsprozeß. Nach dem Revolutionsbeginn traten die Massenbewegungen weniger spontan, sondern in wachsendem und sehr unterschiedlichem Maße organisiert auf. Der Grad ihrer Organisiertheit blieb jedoch trotz seines vehementen Ansteigens gegenüber dem der neu etablierten bürgerlichen, insbesondere der offen konterrevolutionären Kräfte schwächer. Dafür gab es vielfältige Ursachen, die hauptsächlich mit dem politischen Kräfteverhältnis, mit Erfahrungen und Traditionen bürgerlicher Herrschaft, generell, nicht zuletzt aber auch mit der widersprüchlichen Sicht proletarischer Führer auf den Stand der „Reife“ der Massen für den Kampf um den historischen Fortschritt zusammenhingen.

Auch davon beeinflusst vollzogen sich damals unter den Massen, in ihren Denk- und Verhaltensweisen, deren Vielgestaltigkeit und innere Widersprüchlichkeit zu beachten sind, vor allem zwei Prozesse: zum einen der Prozeß einer in ihren Ausmaßen bis dahin unbekannten *Politisierung* allen Denkens und Handelns, in dem sich zugleich erhebliche Teile der Arbeiterklasse radikalisierten und revolutionierten; zum anderen der Prozeß einer *Polarisierung* zwischen und in den verschiedenen Teilen der Arbeiterbewegung. während letzteres relativ gut erforscht worden ist, sind in der Untersuchung von Tiefe, Umfang und historischer Dimension der Politisierungswelle, viele Fragen unbeantwortet geblieben. Dazu gehören leider alle jene, in denen sich das Wirken spontaner Faktoren in Kreisen der Nichtorganisierten spiegelte. Gerade von diesen hingen aber die wechselnden Erwartungshorizonte, die Akzeptanz politischer Veränderungen, das Ausmaß sowie vor allem Stabilität und Perspektive der Bewegung unter den Massen weitgehend ab.

Der dritte Komplex meiner Überlegungen betrifft das dialektische, empirisch allerdings schwer erfaßbare Verhältnis demokratisch-parlamentarischer Zielvorstellungen einerseits und des sozialistischen Ideals andererseits. Das strikte, häufig nahezu apodiktische Auseinanderhalten beider Zukunftswerte – ist das nicht, so möchte ich fragen, vielleicht mehr in den *für* die Massen formulierten Zielen und der darauf beruhenden Literatur als in der damaligen Realität des Massendenkens anzutreffen? Im Vordergrund der 1918/19 in den Massenbewegungen artikulierten Ziele stand die allgemeine Forderung nach einer generellen Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Alle Teile der Arbeiterbewegung hielten in der Revolutionszeit eine tiefgreifende Änderung der politischen Machtverhältnisse und die Vergesellschaftung entscheidender Produktionsmittel für unabdingbar. Alle Aktionen verbanden sich mit dem Wunsch nach Sozialismus, gleichgültig was subjektiv und im einzelnen darunter verstanden wurde. In diesem Sinne sind offensichtlich auch jene Aktionen zu werten, die im November/Dezember 1918 im Zeichen von „Ruhe und Ordnung“ standen. Sie galten einer Ruhe und Ordnung *für* des sozialistische Programm des sich je auch als sozialistische Regierung bezeichnenden „Rates der Volksbeauftragten“. Sie können daher wohl nur sehr bedingt als ein ausschließliches Votum für eine bürgerlich-parlamentarische Republik bzw. als Absa-

ge an Spartakus gewertet werden. An dieser Stelle möchte ich doch einmal zitieren, und zwar den Kölner Sozialdemokraten Johannes Meerfeld, der 1914/15 die Gegner der Kriegskreditebewilligung als „Revolutionsromantiker, Ignoranten und Phantasten“ bezeichnet hatte⁴ und der am 21. Februar 1919 in der Nationalversammlung erklärte: „Für uns ist die Sozialreform nur eine Vorstufe des Sozialismus, für uns sind Reformen nur die Vorstufen zu höheren gesellschaftlichen Formen, und in diesem Rahmen werden wir uns ... nach wie vor das Recht anmaßen, von der sozialistischen Republik zu sprechen.“ An der gleichen Stelle appellierte Meerfeld mit großer Eindringlichkeit an die Fraktion der Zentrumspartei: „... nehmen Sie nicht den Massen den Glauben an. die Zukunft, den *Glauben an den Sozialismus*. Das wäre heute gefährlich und verhängnisvoll; denn was bisher die Stiefkinder des Glücks, die Massen des darbenden Volkes, vor der Anarchie noch rettete, das war doch ihr unzerstörbarer Glaube an die proletarische Sendung, das war der Glaube, das Vertrauen auf eine bessere Welt, die da kommen werde, der Glaube, der zutiefst auf dem Urgrund der menschlichen Seele lebt mit einer geradezu visionären Kraft ... Dieser Glaube ... drängt nach Beseelung der Arbeit durch Sozialisierung, nach einem Gesellschaftszustand, wo der Mensch das Maß aller Dinge ist, und zu diesem Zustand können und werden wir kommen ... Wir haben den theoretischen Sozialismus begründet und wollen nunmehr Führer sein auf dem Wege zum praktischen Sozialismus.“⁵

Dieses sich wohl kaum auf die Minderheit der organisierten Kommunisten beschränkende Drängen nach Sozialismus verband sich eng mit einer sich vertiefenden Anerkennung der von der gesamten Arbeiterbewegung bereite programmatisch aufgenommenen bürgerlich-demokratischen Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Aber: Den Demokratie-Begriff kennzeichnete dabei eine ähnliche Verschwommenheit wie den des Sozialismus. Relativ diffus verwendeten ihn breite Kreise auch als synonym ihrer Sozialismus-Vorstellungen. Die gleichzeitig angestrebte Durchsetzung des Parlamentarismus galt häufig mehr als ein Mittel bzw. als ein notwendiger Schritt auf dem Weg zu neuen gesellschaftlichen Verhältnissen.

Im Bewußtsein größerer Teile der proletarischen Massen setzten sich die Verselbständigung und Verabsolutierung der parlamentarischen Demokratie zu einem strategischen Ziel erst nach der entscheidenden Niederlage der Revolution und nach der Konstituierung der Weimarer Republik durch. Jeder organisierte Versuch, in der Arbeiterbewegung parlamentarische und demokratische Forderungen vom Sozialismus zu trennen, so wie er von ihr gefordert und im allgemeinen verstanden wurde, mußte in dieser Zeit den seit langem geschaffenen Graben zwischen reformistischen und revolutionären Strömungen erheblich vertiefen.

Auch in den ersten Jahren der Weimarer Republik zeigte sich das ausschließlich und letztendlich auf eine bürgerlich-demokratische Demokratie zielende Konzept unter großen Teilen der Massen – trotz der prinzipiellen Zustimmung zur Nationalversammlung – doch wohl etwas weniger verankert als angenommen wird. Die Massen standen immer noch unter dem Eindruck unmittelbarer Erfahrungen ihrer geschichtlichen Aktion. Für ihr erfahrungs- und situationsgebundenes Selbstverständnis war maßgeblich, daß alle ihre Erfolge keineswegs direkt in den Parlamenten, sondern hauptsächlich auf außerparlamentarischen Wegen und gegen die den Begriff der Demokratie mißbrauchende offene Konterrevolution errungen werden konnten bzw. erzwungen werden mußten. Das hatte sich hauptsächlich in den ersten Tagen der Revolution gezeigt, das zeigte sich aber auch später – als es um die Verteidigung der errungenen Rechte sowie um deren Erweiterung. als es um die Sicherung der Weimarer Verfassung ging – beispielsweise im Kampf um die Betriebsräte, beim Sieg über den Kapp-Lüttwitz-Putsch, im Ringen um den Schutz der Republik vor separatistischen, monarchistischen oder faschistischen Anschlägen in den Jahren 1922/23.

Den proletarischen Massen stellten sich die auf parlamentarischem Wege vor allem in den Gemeinden und Ländern – erreichten sozialpolitischen Erfolge zunächst als Ergebnisse einheitlicher und

⁴ Reinhold Billstein: Krieg und Revolution. Die Kölner Sozialdemokratie in den Jahren von 1914 bis 1918. In: Reinhold Billstein (Hrsg.): Das andere Köln. Demokratische Traditionen seit der Französischen Revolution, Köln 1979, S. 195.

⁵ Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919. Hrsg. von Ed. Heilfron, Bd. 2, Berlin 1919, S. 625 f.

koordinierter parlamentarischer und außerparlamentarischer Anstrengungen dar. Erst mit dem schrittweisen Abflauen der revolutionären Welle fanden schließlich jene politisch-strategischen Darstellungen eine immer größere Resonanz, die den Parlamentarismus und bürgerlich-pluralistische Vorstellungen überhöhten. Gleichzeitig ergab sich aus dem Gefühl revolutionärer Ohnmacht bei erfolversprechender Nutzung des neuen Kampfbodens ein folgenreicher Gewöhnungs-Effekt. Die notwendige Akzeptanz der „kleinen Schritte“ und des Ringens um Teilziele lockerte die Sicht auf die erforderliche dialektische Einheit im Kampf um Tages- und um Zukunftsinteressen. Die damit verbundene und sich verstärkende Akzeptanz des bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftssystems der Weimarer Republik schränkte die Fähigkeit ein, dessen Schritt für Schritt vollzogene Rechtsentwicklung konsequent zu bekämpfen. Die häufig beschworene Toleranz-Grenze („Bis hierher und nicht weiter“) wurde immer weiter hinausgeschoben.

Für die KPD – sie befand sich in den ersten Jahren ihrer Existenz noch auf der Suche nach einer konkreten Ausgestaltung ihres grundsätzlichen Programms und damit in einem inneren Widerstreit unterschiedlicher sozialistischer Ideen, Persönlichkeiten und Gruppen – standen das strategische Ziel des Herankommens an die sozialistische Revolution sowie die Formierung zu einer revolutionären Massenpartei im Vordergrund. In dem Maße, wie die anspruchsvollen und greifbar nahe scheinenden Zukunftsideale von den Tagesaufgaben überlagert wurden, wuchs – und dies durchaus auch spontan – in Teilen der Arbeiterklasse das Bedürfnis nach einer politischen Kraft, der ein erfolgreicher Kampf um die in die Ferne rückenden Ziele zugetraut werden konnte. Auf diesem Boden erstarkte und formierte sich die KPD. Sie bekämpfte folgerichtig die realen revolutions- und sozialismusfeindlichen Erscheinungen der Weimarer parlamentarischen Demokratie, ohne sofort unter den damaligen Bedingungen die alternativen Möglichkeiten dieser Demokratie in ihr sich entwickelndes Konzept zur Verteidigung der Interessen der deutschen Arbeiterklasse schlüssig integrieren zu können.

Die von Clara Zetkin 1921 formulierte Position eines gleichzeitig zu führenden Kampfes für die Verteidigung *und* für den Ausbau der Weimarer Republik, so richtig sie im Grundsätzlichen war, wurde in der Partei eigentlich erst 1923 in breiterem Maße Allgemeingut und Grundlage eines erfolgreichen Entwicklungsprozesses, der jedoch noch nicht dauerhaft gestaltet werden konnte. Die erneute Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung im Herbst 1923 setzte dieser Position zeitweilig neue und teilweise recht erhebliche Schranken. Vielfach bestimmten die Alltagserfahrungen mit der sich demokratisch gerierenden, aber nach rechts entwickelnden Weimarer Republik das Verhältnis zu dieser. Deren Ablehnung war jedoch nicht schlechthin mit Antidemokratismus oder Antiparlamentarismus identisch. Die Fehler von 1919 wiederholten sich nicht, im Gegenteil: Die parlamentarische Tätigkeit der KPD erlebte auf allen Ebenen einen außerordentlichen Aufschwung.

Insgesamt kann und muß grundsätzlich von einem demokratischen Charakter der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gesprochen werden. Maßstab ist dabei nun einmal nicht, wie intensiv oder ahistorisch-abstrakt das Wort von der Demokratie im Munde geführt wird. 1918/19 waren alle Bewegungen gegen Krieg und Monarchie *an sich* demokratisch. Sie verkörperten *in sich* Demokratie, indem und weil sie diese für sich erstrebten. Maßstäbe boten dafür die Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen, deren Vertretung und Realisierung unter den damaligen Bedingungen einer Interessenvertretung ihrer Gegner diametral entgegenstand. Es zeigte sich sehr bald, daß selbst die weitreichende Weimarer Demokratie, die tatsächlich „freieste“ Verfassung aller westlichen Staaten in der bürgerlichen Gesellschaft nicht ausreichte, um den geschichtlich neuen Demokratie-Bedürfnissen und -Erfordernissen gerecht werden zu können.

In der geschichtlichen Realität zeichnete sich aber auch eine – wie ich meine – der Beginn einer epochefüllenden Dialektik von Kontinuität und Diskontinuität zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie ab. In diesem Sinne wäre zu fragen, ob sich nicht vor dem Hintergrund der revolutionären Massenaktionen in ersten Umrissen ein neuartiges Verhältnis zwischen den Möglichkeiten einer von den Massen aktiv getragenen und mitgestalteten parlamentarischen Demokratie vom Zuschnitt der Weimarer Verfassungsideale sowie der Konzeption einer Demokratie, die nicht mehr bürgerlichen, jedoch auch noch nicht sozialistischen Charakter aufweist, ergeben hat? Wie bekannt,

gab es damals gerade zu diesem Problem zahlreiche heftige Debatten. Ich bin sicher: Es wird sie auch heute und in Zukunft geben, wiederum voller Chancen und Gefahren. Wir sollten die ersteren in produktiver Weise und in unser aller Interesse nutzen, auch um jede Wiederholung der damals so verhängnisvollen Streit-Folgen vermeiden zu können.

Perspektive und Aktion. Erfahrungen deutscher Arbeiterbewegung. Friedrich-Schiller-Universität Jena 1989, S. 67-82.

„Die Partei als Rückgrat der inneren Front“

Mobilmachungspläne der NSDAP für den Krieg (1937 bis 1939)

[Mिताutor: Gert Noack]

Mitten in der Mai-Krise 1938, die durch den provokatorischen Druck des faschistischen Deutschland auf die Tschechoslowakei hervorgerufen war und Europa an den Rand eines Krieges trieb, fiel in der Führung der NSDAP eine wichtige Entscheidung über die weitere Vorbereitung des riesigen faschistischen Organisationsgefüges auf den Krieg und über dessen Rolle im Kriegsverlauf. Am 16. Mai 1938 fixierte die „Abteilung Mobilmachung“, die bereits ein Jahr zuvor im Stab des Stellvertreters des Führers gebildet worden war, die streng vertraulichen „Arbeitspläne der Reichsleitung der NSDAP für den Einsatz der Partei und der angeschlossenen Verbände im A-Falle“. Diese Pläne und das auf ihrer Grundlage forciert erstellte umfangreiche Bündel von Weisungen, Richtlinien und Ablaufplänen für die M-Beauftragten der Gau- und Kreisleitungen, für die Ortsgruppenleiter sowie für die Gliederungen und angeschlossenen Verbände der Nazipartei bestimmten klar und detailliert den konkreten Platz und die wichtigsten Aufgaben des faschistischen Organisationsgefüges im Gesamtprozeß der Vorbereitung des Aggressionskriegs. Sie legten ferner fest, welche Rolle den einzelnen faschistischen Organisationen im Kriege zufallen sollte.

Zunächst erfuhr nur ein ganz kleiner Kreis von Personen, die sich unmittelbar an der Kriegsplanung zu beteiligen hatten, von der Existenz dieser Papiere. Erst am 23. September 1939, nach der Entfesselung des zweiten Weltkrieges und dem militärischen Erfolg über Polen, erschien im „Völkischen Beobachter“ ein Artikel unter der bezeichnenden Überschrift „Die Partei als Rückgrat der inneren Front“. Sein Autor, Reichsorganisationsleiter der Nazipartei und Leiter der Deutschen Arbeitsfront Robert Ley, gab bekannt, daß die NSDAP zwei Jahre zuvor mit ihren „Vorbereitungen für den Ernstfall“ begonnen und sich „im Stab des Stellvertreters des Führers eine besondere Abteilung“ geschaffen hatte, die „als Kopf“ einer in „allen Gliederungen und Verbänden, Gauen, Kreisen und Ortsgruppen verankerte(n) Mob-Organisation“ vorstand.¹ Zu den kriegsvorbereitenden Mobilisierungsaktionen der faschistischen Organisationen, insbesondere der SS, gehörte auch das, was Reinhard Heydrich zur gleichen Zeit schrieb. Offen forderte der Chef des neu eingerichteten Reichssicherheitshauptamtes, „die bereits durchgeführte totale Mobilmachung des deutschen Volkes zu ergänzen durch die Mobilisierung der Aufmerksamkeit der Volksgenossen zum Schutze des Reiches“², womit vor allem zu verstärkter Denunziation und extremer Spitzelei aufgerufen wurde. Beide, Ley und Heydrich, strapazierten den Vergleich mit dem Ende des ersten Weltkrieges und hoben in schwülstigen Phrasen hervor, es müsse „heute und immerdar dem gesamten deutschen Volke wiederholt werden: ebenso wichtig wie der Kampf an der Front ist der Kampf in der Heimat, jener Kampf, der dem Aufbau und der Ausrichtung der inneren Front Deutschlands zu dienen hat.“ Die „innere Front“, also die Front gegen Kriegsgegner und Kriegsunwillige, sei mit „der gleichen Präzision wie die militärische Front mobilisiert“ und durch eine „Unsumme von Kleinarbeit“ vorbereitet worden.³

Die Mobilmachung der Nazipartei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände für den Krieg war mithin Bestandteil der Mobilmachung des deutschen Imperialismus. Sie erweiterte die militärische, wirtschaftliche, politische und ideologische Kriegsvorbereitung. Mit ihr fanden die bis dahin üblichen Formen und Wege der Mobilmachung – diese sehr allgemein als „Umstellung des Landes auf die Erfordernisse des Krieges“ mit dem „Übergang der Streitkräfte von der Friedens- auf die Kriegsstärke“ als Kernstück verstanden⁴ – eine wesentliche und den faschistischen Terrorismus stützende Ergänzung. Die vorliegende Studie soll sich sowohl mit den verbrecherischen Zie-

¹ VB, 23. September 1939, S. 6. Ein ähnlicher Artikel von R. Ley erschien unter dem Titel „Die innere Front tut ihre Pflicht“ auch in: Der Schulungsbrief Hrsg. Der Reichsorganisationsleiter, 9. Folge, 1939, S. 330 ff. Er wurde in vollem Wortlaut aufgenommen in die Dokumentation von Laurenz Demps, Dokumente zur Funktion der faschistischen Partei (NSDAP) bei der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges (1937-1939), in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, 3/4/1977, S. 52 ff.

² Reinhard Heydrich, Der Volksmeldedienst. Die Mobilmachung gegen Verrat und Denunziation, in: Der Schulungsbrief 9. Folge, 1939, S. 338 f.

³ Ley, Die innere Front, S. 330.

⁴ Wörterbuch zur deutschen Militärgeschichte, Bd. 2, Berlin 1985, S. 644.

len als auch mit den politisch-ideologischen Inhalten der NSDAP-Mobilisierungspläne beschäftigen, deren Erarbeitung und schrittweise Vervollständigung in den Jahren 1937 bis 1939 erhellen und so dazu beitragen, die Rolle der Nazi-Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände im faschistischen Machtmechanismus konkret zu erfassen.

1. Die Mobilmachungspläne der NSDAP als Gegenstand der Faschismusforschung

Geschichtswissenschaft der DDR widmete dieser Problematik bisher in einigen Monographien und kleineren Beiträgen eine mehr oder weniger große Aufmerksamkeit. Von der Tatsache ausgehend, daß sich die faschistische Blitzkriegsstrategie und die Mobilmachungsplanungen in der Geschichte des deutschen Imperialismus gegenseitig bedingten: und beeinflussten, legten zunächst Militärgeschichtler aufschlußreiche Analysen zur Mobilmachung der imperialistischen deutschen Armeen vor. Ein besonderes Verdienst gebührt dabei Hermann Rahne, der die militärischen Mobilmachungspläne und -techniken in einer Längsschnittanalyse von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges untersuchte. Er gelangt zu wesentlichen, mitunter auch nur punktuellen Erkenntnissen über Funktion und Tätigkeit politischer Institutionen des staatsmonopolistischen Machtapparates bei der Mobilmachung für den zweiten Weltkrieg.⁵ Die Publikationen zum preußisch-deutschen Generalstab und zur inneren Funktion der faschistischen Wehrmacht⁶ lieferten unter den spezifischen Gesichtspunkten der militärstrategischen Planung bzw. der Herrschaftssicherung wichtige Aufschlüsse zur Mobilmachungsplanung und -durchführung. Die Konzentration auf die militärische Mobilmachung ist für die Zeit bis zum ersten Weltkrieg und zum Teil auch noch für die der Weimarer Republik gerechtfertigt. Eine Analyse der faschistischen Mobilmachungsvorbereitungen erfordert eine Erweiterung des Blickfeldes, erfaßten sie doch alle Bereiche der Gesellschaft. Indessen: die Funktionen der Nazi-Partei und des gesamten faschistischen Organisationsgefüges bei der langfristigen kriegsvorbereitenden Mobilmachung, die vollständige Militarisierung der Gesellschaft und die Rolle des gesamten Herrschaftssystems des faschistischen deutschen Imperialismus auf dem Weg in den Krieg bilden noch immer eine ungelöste Forschungsaufgabe. Eine allgemeine, mehr das Grundsätzliche betonende Einschätzung der Mobilmachungspläne der NSDAP ist in der Darstellung zur Geschichte der NSDAP von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker gegeben worden.⁷ Laurenz Demps⁸ hat erstmals wichtige Quellen zur Rolle der NSDAP in der unmittelbaren Kriegsvorbereitung veröffentlicht und mit einer fundierten Einleitung versehen.⁹ Demgegenüber sagen die Autoren des einschlägigen Bandes von „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ zu dieser Problematik nur wenig aus.¹⁰ Die Forschungsprobleme resultieren vor allem aus der komplizierten Quellenlage. Die überlieferten Quellen erlauben zwar eine weitgehende Rekonstruktion der Pläne, die es innerhalb der NSDAP für den „A-Fall“¹¹ gab, schweigen aber nahezu ganz über den Prozeß der Einbeziehung der NSDAP in die direkte Kriegsvor-

⁵ Hermann Rahne, Mobilmachung. Militärische Mobilmachungsplanung und -technik in Preußen und im Deutschen Reich von Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum zweiten Weltkrieg, Berlin 1983.

⁶ Gerhard Förster/Heinz Helmert u. a., Der preußisch-deutsche Generalstab 1640-1965. Zu seiner politischen Rolle in der Geschichte, Berlin 1966; Wolfgang Kern, Die innere Funktion der Wehrmacht 1933 bis 1939, Berlin 1979.

⁷ Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker, Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens, Berlin 1981, S. 289 ff.

⁸ Siehe Demps, Dokumente.

⁹ Demps veröffentlicht folgende Dokumente: 1. Aus dem Rundschreiben des Reichsverteidigungsausschusses vom 14.4.1937 mit der Weisung über die Einsetzung eines Referenten der NSDAP im Rahmen der Vorbereitung des Krieges (ZStA, Potsdam, Film 1757). 2. Aus dem Artikel von Robert Ley, Reichsorganisationsleiter der NSDAP, „Die innere Front tut ihre Pflicht“ (Der Schulungsbrief 9. Folge, 1939, S. 330 ff.), 3. Auszug aus der Zuarbeit der faschistischen Partei für das Mob-Buch der Zivilverwaltungen; Kennziffernverzeichnis vom 16.5.1938 (ZStA, Potsdam, Film 5581). 4. Anordnung 170/39 vom 15.9.1939. Hrsg. vom Stab des Stellvertreters des Führers, betr.: „Zusammenfassung aller Kräfte der Partei“ (Verfügungen, Anordnungen und Bekanntgaben der Parteikanzlei, o. O., o. J. (München 1944), Bd. 1, S. 32 f.). 5. Aus der Anordnung 173/39 der faschistischen Partei vom 18.9.1939 betr.: „Einsatz der NSDAP“ (ZStA, Potsdam, Film 1668).

¹⁰ Dz W, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941, Leitung Gerhart Hass, Berlin 1974.

¹¹ Am ergiebigsten ist in dieser Hinsicht der Bestand Partei-Kanzlei der NSDAP (NS 6) im BA, Koblenz. Das von Josef Henke erarbeitete und mit einer umfangreichen Einleitung versehene Findbuch zu diesem Bestand geht inhaltlich allerdings nicht auf die Mobilisierungspläne der NSDAP ein. Ähnlich auch Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes. Regesten, München u. a. 1983.

bereitung auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet. Ferner erlauben sie nur wenige Aussagen über die Realisierung der Mobilmachungspläne nach Kriegsbeginn.

In zahlreichen Publikationen der bürgerlichen Geschichtsschreibung werden die Mobilmachungspläne aus anderen Gründen ignoriert oder als unwichtig abgetan. In ihnen verschwindet die NSDAP mehr oder weniger vollständig hinter dem „Führer“ und dessen Intentionen oder der Faschismus wird undifferenziert als „Massenbewegung“ interpretiert. In dieser Sicht erscheint eine Behandlung der letztlich gegen das deutsche Volk gerichteten Mobilisierungspläne der NSDAP als überflüssig. Für Hans-Ulrich Thamer, von dem die jüngste zusammenfassende Darstellung der Jahre 1933 bis 1945 stammt, stellt sich der Weg in den Krieg lediglich als ein Problem der Militär- und Außenpolitik Hitlers dar. Ihm genügen wenige Sätze über deren Wechselwirkung zur Innenpolitik, die er zudem fast ausschließlich als Ausdruck polykratischer Bestrebungen einzelner faschistischer Führer begreift. Eine relativ kurze Erwähnung finden die Mobilisierungsaktionen der NSDAP bei Dietrich Orlow, der sie jedoch zu eng in die machtpolitischen Bemühungen von Rudolf Heß in seinem Amt als Stellvertreter des Führers einordnet, allerdings richtig auf die innere Widersprüchlichkeit der Nazi-Partei als politische Führungskraft und als „popular ombudsman“ verweist. Auch Wolfram Wette, der sich mit „Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches“ befaßt, geht nur kurz auf die Mobilisierungspläne der NSDAP ein.¹²

Der neue Krieg im totalen Kalkül der herrschenden Klasse

Obwohl die deutschen Faschisten erst 1943 offiziell erklärten, einen „totalen“ Krieg führen zu wollen, weil angeblich nur so ein „totaler“ Sieg möglich sei, stand bereits ihre Kriegsvorbereitung im Zeichen ihres Totalitätskonzepts. Charakter und Inhalt dieses Konzepts entsprangen nicht dem Machtwillen einzelner faschistischer Führer, sondern wurzelten im Wesen des Faschismus und seinem Ziel, die Vorherrschaft über Europa und die Welt zu erringen. Im Mittelpunkt der Strategie des deutschen Imperialismus stand der Vernichtungsfeldzug gegen den ersten sozialistischen Staat sowie die Liquidierung der kommunistischen Weltbewegung. Der Krieg gegen die Sowjetunion wurde „zur letzten und entscheidenden Aufgabe der deutschen Politik erklärt.“¹³

Eine derart weitgreifende, extrem abenteuerliche Zielsetzung bedingte auch einen komplexeren Charakter und Inhalt der Kriegsvorbereitung, den Einsatz von neuen – faschistischen – Mitteln und Methoden. Die Totalität im faschistischen Kurs auf den Krieg entwickelte sich seit dem 30. Januar in einem Prozeß von ständig steigender Intensität und mit qualitativen Einschnitten. Dieser Prozeß verband sich mit Wandlungen sowohl im Wirtschaftssystem als auch bei den einzelnen institutionellen Trägern der Kriegsvorbereitung. Das widerspiegeln auch die Mobilmachungsplanungen im militärischen wie im zivilen Bereich sowie die dort festgeschriebenen jeweiligen Funktionen der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände.

Die geschichtlich beispiellose Einbeziehung einer bürgerlichen Partei in den direkten Kriegskurs geschah vor dem Hintergrund eines veränderten imperialistischen Kriegsdenkens seit 1918. Hatten die Mobilmachungsplanungen im Vorfeld des ersten Weltkrieges fast ausschließlich die Armee betroffen, so entwickelten führende Militärs und Politiker nach Kriegsniederlage und Novemberrevolution auch neue Vorstellungen über Ausmaß, Inhalt und Funktion der Mobilmachung. Das grundlegende Postulat der deutschen Monopolbourgeoisie – „keine Wiederholung des 9. November 1918“ – und das daraus abgeleitete Konzept dauerhafter Herrschaftsstabilisierung für die Vorbereitung eines neuen Krieges¹⁴ durchzogen von nun an alle Mobilmachungspläne.

¹² Hans-Ulrich Thamer, *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945 (= Die Deutschen und ihre Nation)*, Berlin (West) 1986, S. 676 f.; Dietrich Orlow, *The History of the Nazi Party 1933-1945*, Pittsburgh 1973, S. 260 f.; *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Hrsg. Militärgeschichtliches Forschungsamt. Bd. 1: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Regierungspolitik. Von Wilhelm Deist, Manfred Messerschmidt u. a., Stuttgart 1979, S. 125.

¹³ Zit. nach Konzept für die Neuordnung der Welt. Die Kriegsziele des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann, Berlin 1977, S. 24.

¹⁴ Siehe Christa Olschewski/Laurenz Demps/Kurt Pätzold, *Die Novemberrevolution als Trauma der faschistischen Kriegsplanung*, in: WZ der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, Jg. 29, 1980, H. 3/4, S. 317.

Alle reaktionären Militärs, die über den zukünftigen Krieg nachdachten, maßten ihm komplexen und jeden Bereich von Staat und Gesellschaft durchdringenden Charakter bei. Alle Vorbereitungen sollten so getroffen werden, daß eine revolutionäre Erhebung der Unterdrückten gegen den Krieg ausgeschlossen war. Dieser Geist sprach auch aus einer Rede, die Oberstleutnant Joachim v. Stülpnagel im Jahre 1924 vor Offizieren des Reichswehrministeriums hielt: „Der zukünftige Krieg bedingt von vornherein den Einsatz der ganzen Volkskraft, sei es im Kampf mit der Waffe, sei es in der Kriegsindustrie oder Lebensmittelversorgung, sei es im Stellungs-, Wege- und Rampenbau. Diktatorische Gesetze, strengste Zucht, höchste Ansprüche an die Führer jeden Grades sind selbstverständlich. Opfer müssen von jedem Volksgenossen gebracht werden.“¹⁵

Ein solch volksfeindlicher Mobilisierungs- und Kriegskurs ließ sich unter den innen- und außenpolitischen Bedingungen der Weimarer Republik allerdings nur planen. Realisiert wurde er nach der Errichtung der faschistischen Diktatur, und dies um so rascher, je weiter die Vorarbeiten der Reichswehrführung und der Präsidialkabinette gediehen waren. Schon 1930 war ein Referentenausschuß für die Reichsverteidigung gegründet worden, dem höhere Beamte kriegswichtiger Ministerien angehörten und dessen Ziel die einheitliche Ausrichtung des gesamten zivilen Staatsapparates auf den angestrebten Revanchekrieg unter Führung der Reichswehr war.¹⁶ Den Vorsitz führte Oberst Wilhelm Keitel, zugleich „Chef der für alle Mobilmachungsfragen kompetenten Organisationsabteilung des Truppenamtes“¹⁷ unter seiner Leitung wurden noch vor 1933 die ersten Arbeitspläne einzelner Ministerien für den Kriegsfall aufgestellt.

Die mit der Machtübernahme durch die Faschisten erfolgende Wende zum Krieg war untrennbar mit dem neuen nazifaschistischen Organisationssystem verbunden, an dessen Spitze die NSDAP stand. Die Tatsache, daß die NSDAP bis 1937 in einigen Koordinierungsorganen für die Mobilmachungsplanung nicht direkt vertreten war¹⁸ und daß sie auch im Reichsverteidigungsgesetz vom 21. Mai 1935 unerwähnt blieb, bedeutete nicht, daß die Naziapartei bei der Kriegsvorbereitung untätig war. Seit dem Erlaß des Gesetzes über die „Einheit von Partei und Staat“ vom 1. Dezember 1933 war ihre Führung an der Gesetzgebung, also auch an der Ausarbeitung des sogenannten Reichsverteidigungsgesetzes, beteiligt. Rudolf Heß gehörte dem Reichsverteidigungsrat als Mitglied an.

Die große Rolle, die die NSDAP in der Kriegsvorbereitung zu spielen vermochte, leitete sich aus ihrem Platz im faschistischen Herrschaftssystem ab.¹⁹ Robert Ley plauderte offenherzig aus, daß Hitler die Naziapartei aus der „Erkenntnis“ heraus geschaffen habe, ein moderner Krieg könne keineswegs „nur eine Angelegenheit der Soldaten“ sein.²⁰ Mit dem Blick auf den Krieg entwickelte sich die NSDAP nach 1933 aus der anfänglichen Regierungspartei zur faschistischen Staatspartei. Sie stellte eine Art von gesellschaftlicher und staatsmonopolistischer Dachorganisation dar und war zugleich zu einem Verbindungsglied zwischen den verschiedenen Bestandteilen des Herrschaftssystems geworden. Ohne die NSAP war dieses System als Ganzes nicht funktionstüchtig.

Nach 1933 gewannen die Machthaber durch die „Gleichschaltung“, die weitgehende Zentralisierung des bürgerlichen Organisationswesens sowie die vollständige Durchsetzung des antidemokratischen Führer-Gefolgschaft-Prinzips bis dahin unbekannte Möglichkeiten der Massenmanipulation, wobei sie sich auf Terror, reaktionärste Ideologie und soziale Korruption stützten. Damit erhöhten sich die innen- und außenpolitischen Potenzen des deutschen Imperialismus.²¹ Dies bot dem Hitlerregime einen großen Spielraum und taktische Manövrierfähigkeit bei der Realisierung seiner Ziele,

¹⁵ Das Krisenjahr 1923. Militär und Innenpolitik 1922-1924. Bearb. von Heinz Hürten Düsseldorf 1980, S. 271.

¹⁶ Rahne, S. 178.

¹⁷ Ebenda, S. 179.

¹⁸ Vgl. Demps, Dokumente, S. 61.

¹⁹ Siehe dazu auch Manfred Weißbecker, Faschistische Organisationen in Deutschland und ihre Bedeutung für das Herrschaftssystem, in: Der deutsche Faschismus-Ergebnisse und Probleme seiner Erforschung. Protokoll eines Kolloquiums von Historikern der DDR und der USA, Berlin 26.-28. November 1987.

²⁰ Ley, S. 330.

²¹ Manfred Weißbecker, Thesen zu Rolle und Funktion der NSDAP im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 37/38 (Mai 1976), S. 13 f.

was allerdings auch mit neuen Widersprüchen und offenen Ungereimtheiten²² verbunden war. Parallel zur Machterweiterung des Regimes beeinträchtigten unklare Strukturen seine Wirksamkeit, erhöhte sich die relative Eigenständigkeit im Wirken der einzelnen faschistischen Organisationen gegenüber anderen Bestandteilen des faschistischen Herrschaftssystems, veränderte sich auch das machtpolitische Gewicht einzelner Organisationen.

All das spiegelte sich auch in der Planung und Vorbereitung der Mobilmachung der NSDAP für den Krieg in den Jahren 1937 bis 1939 wider. Dabei traten die in der marxistischen Faschismusforschung bisher herausgearbeiteten wesentlichen Merkmale der nationalsozialistischen Organisationen deutlich hervor:

- a) Die nationalsozialistischen Organisationen waren durch den hohen Grad ihrer Orientierung und Konzentration auf die Realisierung der allgemeinen Funktionen des Faschismus, seiner Machtsicherung und Machtexpansion gekennzeichnet. Jede Organisation fungierte in erster Linie als eine Bespitzelungs- und Verfolgungsinstanz, als ein politisch-soziales Kontrollorgan. Ihre Bedeutung für das Herrschaftssystem und für die Kriegsvorbereitung erlangten sie vor allem dadurch, daß sie die traditionellen gesetzlichen und moralischen Schranken der bürgerlichen Macht aufbrachen und durch sich bürokratisch perfektionierende Willkür ersetzten, womit sie Allgewalt und Alltäglichkeit des Regimes in den Lebensbedingungen der Menschen prägten.
- b) Innerhalb des faschistischen Herrschaftssystems stellten die Organisationen der NSDAP ein stets einsatzbereites und rasch wandlungsfähiges Instrument dar, das zeitweilig die grundsätzliche Diskrepanz zwischen den weitgespannten annexionistischen Zielen des Hitlerregimes und deren unzureichenden Realisierungschancen überdecken konnte.
- c) Angesichts der wachsenden Anforderungen des Herrschaftssystems (Machtsicherung, Kriegsvorbereitung, Kriegführung, Okkupationsapparat u. a. m.) erweiterten und radikalisierten sich die Kompetenzen zahlreicher nationalsozialistischer Organisationen.²³ Diese Tatsache stärkte und schwächte zugleich das faschistische Herrschaftssystem. Sie vertiefte den generell in der bürgerlichen Gesellschaft existierenden Dualismus von Parteien und Staat.
- d) Das faschistische Organisationssystem widerspiegelte die mit der Errichtung der Hitler-diktatur keineswegs beseitigte innere Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft und der herrschenden Klasse. Dies führte auch zu Organisationspartikularismus und schuf Möglichkeiten, selbst einzelne Organisationen für Machtrivalitäten und persönliches Machtstreben zu nutzen.
- e) Die 1935 fixierte Struktur des faschistischen Organisationssystems entstand als Ergebnis des Konsolidierungsprozesses der Diktatur und insbesondere im Verlauf der Auseinandersetzungen, die um den Platz des größten faschistischen Verbandes, der Deutschen Arbeitsfront, entstanden waren. Sie regelte insonderheit die rechtlichen und finanziellen Unterstellungsverhältnisse der einzelnen Organisationen. Die Zuordnung von sieben Organisationen zur NSDAP als deren Gliederungen, von acht weiteren Organisationen – sechs von ihnen waren und blieben nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch eingetragene Vereine – als „angeschlossene Verbände“ der NSDAP sowie die später erfolgte Rubrizierung „betreute Organisationen“²⁴ war widersprüchlich und situationsgebunden²⁵; obendrein förderte sie die häufig überbewerteten Kompetenzrängeleien.

²² Tatsächlich war das Bild verwirrend, das die Vielfalt der nationalsozialistischen Institutionen und Organisationen dem zeitgenössischen Beobachter bot. Selbst ein so logischer Denker wie Carl Schmitt vermochte sich nur formelhaft über die Rolle der NSDAP im faschistischen Herrschaftssystem zu äußern: „Partei und Staat sind unterschieden, aber nicht getrennt, verbunden, aber nicht verschmolzen.“ (Carl Schmitt, Staat, Bewegung, Volk, Berlin 1934, S. 21)

²³ Siehe dazu u. a. Reinhard Giersch, Zu Rolle und Funktion der Deutschen Arbeitsfront (DAF) im staatsmonopolistischen System der faschistischen Diktatur in Deutschland, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 37/38 (Mai 1976), S. 40 ff.; Hans-Otto Fleischer, Einige Bemerkungen zur besonderen Rolle der SS innerhalb des Systems der faschistischen Organisationen (1933-1945), in: Ebenda, S. 74 ff.

²⁴ Siehe Oskar Redelberger, Von der NSDAP betreute Organisationen – ein neues Rechtsgebilde, in: Deutsche Verwaltung 1939.

²⁵ Darauf lief auch die zeitgenössische Einschätzung hinaus. Siehe u. B. Gottfried Neeße, Partei und Staat, Hamburg 1936, S. 41.

Bei der Mobilisierung für den Krieg kamen den Mitgliedern der nationalsozialistischen Organisationen unabhängig von deren jeweiligen Spezifika im wesentlichen gleiche Funktionen zu. Sie hatten vor allem als „Herrenmenschen“ die Kontrolle über das willfährige, gehorsame und eigenem verantwortungsbewußten Denken entfremdete Verhalten der „Volksgenossen“ auszuüben, Nazigegner und Menschen nichtkonformer Gesinnung zu denunzieren sowie vielerlei über das normale Maß hinausgehende „Leistungen“ zu vollbringen. Darüber hinaus sollten sie durch ihr alltägliches demonstratives Auftreten den Eindruck von Dynamik, Aktivität und Erfolg ihres Einsatzes erwecken, die Mehrheit der Bevölkerung auf diese Weise beeindrucken und auch einschüchtern sowie über die rasch erstarrten neuen Strukturen und die grundlegenden Schwächen des faschistischen Herrschaftssystems hinwegtäuschen. Sie hatten in gleicher Weise mobilisierender Vermittler und „vorbildlicher“ Repräsentant der nationalsozialistischen Idee zu sein; insbesondere standen sie für plebiszitär angelegte Akklamationsakte zur Verfügung. Schließlich wollte das Regime mit ihrer Hilfe die wachsenden personellen Anforderungen des faschistischen Repressiv- und Verwaltungsapparates, im Krieg auch diejenigen in den okkupierten Ländern, erfüllen.

2. Sie unmittelbare Einbindung der NSDAP in den Apparat der Kriegsvorbereitung und -entfesselung

Leistete die Naziartei in den ersten Jahren der faschistischen Diktatur ihren Beitrag zur Vorbereitung des Aggressionskrieges, ohne unmittelbar in den Planungs- und Koordinierungsinstanzen für die Mobilmachung vertreten zu sein, so änderte sich dies im Jahre 1937.²⁶ Das erste Dokument, welches Aufschluß über die angestrebte engere Einbindung der NSDAP in den Kriegskurs gibt, stammt vom 14. April 1937. In diesem von Wilhelm Keitel unterzeichneten Rundschreiben des Reichsverteidigungsausschusses, eines interministeriellen Koordinierungsorgans, dessen Ausfertigung einen Tag nach der 14. Sitzung dieses Gremiums erfolgte²⁷, wurde die Einsetzung des SS-Oberführers Burghardt als eines Referenten der NSDAP für die Reichsverteidigung im Stabe des Stellvertreters des Führers mitgeteilt. Aller Schriftverkehr der NSDAP und ihrer Gliederungen zu Fragen der Reichsverteidigung sollte über Burghardt geführt werden, wobei bezeichnenderweise der „Bereich des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei“ von vornherein ausgenommen wurde.²⁸

Zugleich erfolgte eine genauere Bestimmung der Aufgaben der faschistischen Partei, die diese „in ständiger Zusammenarbeit der Organe von Staat und Partei im Rahmen des Reichsverteidigungsausschusses“ zu leisten hatte. Dazu zählten – als „Elemente der totalen Kriegsführung“ bezeichnet – „die Betreuung des Volkes unter den Einwirkungen von Luftkrieg, Räumung und der allgemeinen Kriegslasten, seine Erziehung zu unbedingter Gefolgschaft und Opferbereitschaft, die Sorge um eine geschlossene Haltung und Stimmung des Volkes, die Volkswohlfahrt und die Sicherung einer gesunden sozialen Basis“²⁹. Zugleich wurde die Aufstellung eines „Arbeitsplanes (R. V.)“ für die NSDAP veranlaßt, offensichtlich als Zuarbeit zum Mobilmachungsbuch für die Zivilverwaltungen. Schon einen Tag später, am 15. April 1937, wurde die Mobilmachungsverfügung 1/37 für die NSDAP von einer Spezialabteilung im Stab des Stellvertreters des Führers erlassen. Das verdeutlicht Intensität und Tempo, mit denen die Naziartei die von den Wehrmachtsdienststellen geforderte detaillierte Mobilmachungsplanung in Angriff nahm.

Die ersten Arbeiten gingen offensichtlich noch von der Konzeption aus, der NSDAP vor allem propagandistische Funktionen zuzuweisen. In einem Schreiben des Referenten für die Landesverteidigung im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda vom 7. Mai 1937 an Jodl – damals Chef der Abteilung Landesverteidigung im Wehrmachtsamt – hieß es: „Die NSDAP bereitet ihre Mobilmachung nunmehr selbst vor. Der im Schreiben 103/35 gRs vom 17.10.1935 unter Abteilung II aufgeführte Apparat der Landesstellen wird von der Partei mobilgemacht ... In Bezug auf

²⁶ Siehe Weißbecker, Thesen ..., S. 28 f.

²⁷ Das Datum der 14. Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses ist durch eine Tagebucheintragung Jodls bekannt, in: IMG, Bd. 28, S. 354.

²⁸ Auch das Folgende nach Demps, Dokumente, S. 92.

²⁹ Zit. nach Ebenda, S. 91.

Freistellung und Reklamation der Parteigenossen werden diese Parteistellen (Stab des Stellvertreters des Führers; Gauleitungen – die Vf.) jetzt direkt mit den Einsatzbehörden (der Wehrmacht – die Vf.) und Landesarbeitsämtern verkehren.“³⁰ Auch in der erwähnten Verfügung 1/37 wurde festgestellt, daß „bereits Vorarbeiten für die personelle Mobilmachung“ innerhalb des Propagandaapparates³¹ und zum Teil auch innerhalb der Partei geleistet worden seien.³² In diesem Zusammenhang scheint außerdem bedeutsam zu sein, daß die sogenannten Landesstellen des Goebbels-Ministeriums bei den zivilen Luftschutzvorbereitungen – ein Gebiet, welchem die NSDAP ab 1938 einen Großteil ihrer Weisungen widmete – schon seit 1935 propagandistisch tätig waren.³³

Bei genauerer Betrachtung überrascht es keineswegs, daß das Propagandaministerium eine Vorreiterrolle gespielt und bereits einen zivilen Mobilmachungsapparat aufgebaut hatte, den die NSDAP nun in der Phase der unmittelbaren Vorbereitung des Krieges zu nutzen begann und entscheidend erweiterte. Bei der Ausgestaltung des faschistischen Herrschaftssystems gab es in den ersten Jahren nach 1933 tatsächlich auch Überlegungen, die Nazi-partei wie eine traditionelle Regierungspartei fungieren zu lassen, sie nicht als Staatspartei auszubauen und als eine hauptsächlich der Propaganda dienende Organisation dem Goebbels-Ministerium zu unterstellen. Dieser Plan wurde nicht realisiert; dennoch übernahm das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda faktisch seit 1935 jene Aufgaben, die später der NSDAP übertragen wurden.³⁴ Das bezeugt den großen Stellenwert, den die faschistische Führung der Propaganda bei ihrer Herrschaftsausübung und Kriegsvorbereitung beimaß. Es erschien nur als logisch, daß 1935 das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda in den Reichsverteidigungsausschuß aufgenommen wurde³⁵ und eigene Mobilmachungspläne vorbereitete. Als die NSDAP dann ihrerseits Mobilmachungspläne aufstellte, sollte sich zwischen beiden Organisationen eine effektive, wenn auch nicht konfliktfreie Arbeitsteilung entwickeln.³⁶

Die Führung der Partei baute seit dem April 1937 einen eigenen vielgegliederten Mobilmachungsapparat auf. Beim Stab des Stellvertreters des Führers etablierte sich die „Abteilung M“ als zentrales Koordinierungsorgan der NSDAP. Sie war faktisch den anderen Abteilungen des Stabes gleichgestellt, d. h. vor allem der von Helmuth Friedrichs geleiteten Abteilung II „Innere Parteiangelegenheiten“ sowie der von Walther Sommer, ab 1941 von Gerhard Klopfer geleiteten Abteilung III „Staatsrechtliche Fragen“. Mitunter wurde sie auch als Abteilung „II M“ ausgewiesen.³⁷

Die Leitung der „Abteilung M“ übernahm SS-Oberführer Kurt Knoblauch, der offensichtlich als Folge seiner Zugehörigkeit zur Reichswehr relativ spät Mitglied der NSDAP (Mitgliedsnummer 2.750.158) und der SS (Mitgliedsnummer 266.653) geworden war. Knoblauch hatte eine steile SS-Karriere hinter sich. Am 12. April 1935 war er sofort zum Sturmbannführer und am 15. September des gleichen Jahres zum Obersturmbannführer ernannt worden. 1936 beförderte man ihn zum Standartenführer, 1937 zum Oberführer, 1939 zum Brigadeführer.³⁸

Die Abteilung M leitete Knoblauch bis zum Mai 1941. Dann setzte er sein verbrecherisches Wirken beim Aufbau des „Kommandostabes Reichsführer SS“ fort, der einer verstärkten Organisierung und Koordinierung des Kampfes gegen die Partisanen in den okkupierten Gebieten dienen sollte.³⁹

³⁰ BA, Koblenz, NS 6/355, Bl. 1.

³¹ Ebenda, Bl. 59.

³² Ebenda.

³³ IMG, Bd. 36, S. 476, Dok. EI-406.

³⁴ Siehe Demps, Dokumente, S. 62 und das in Anm. 30 erwähnte Schreiben v. 7.5.1937.

³⁵ Siehe IMG, Bd. 36, Dok. EC-405, S. 410 ff.

³⁶ Siehe „Arbeitspläne der Reichsleitung der NSDAP für den Einsatz der Partei und der angeschlossenen Verbände im A-Falle.“ Hrsg. Abteilung M des Stabes des Stellvertreters des Führers. München, den 16. Mai 1938, in: BA, Koblenz, NS 6/379, Bl. 14 (Kennziffer 74).

³⁷ Siehe Henke, S. XXVI.

³⁸ Dienstaltersliste der Schutzstaffel der NSDAP, Stand vom 1. Dezember 1938, Berlin 1938, S. 20.

³⁹ Siehe Demps, Dokumente, S. 88.

Tabelle 1: Mobilmachungsbeauftragte der NSDAP in den Gauleitungen, Hauptämtern der NSDAP-Reichsleitung sowie angeschlossenen Verbänden

1. Baden	– Stellv. Gauleiter	Röhn
2. Bayrische Ostmark	– Stellv. Gauleiter	Ruckdeschel
3. Berlin	– Gauamtsleiter	Petzold
4. Düsseldorf	– Stellv. Gauleiter	Overhues
5. Essen	– Stellv. Gauleiter	Schlessmann
6. Franken	– Stellv. Gauleiter	Holz
7. Halle-Merseburg	– Stellv. Gauleiter	Tesche
8. Hamburg	– Stellv. Gauleiter	Henningsen
9. Hessen-Nassau	– Stellv. Gauleiter	Linder
10. Kärnten	– Stellv. Gauleiter	Kutschera
11. Koblenz-Trier	– Stellv. Gauleiter	Neumann
12. Köln-Aachen	– Gauamtsleiter	Dr. Evertz
13. Kurhessen	– Stellv. Gauleiter	Solbrig
14. Magdeburg-Anhalt	– Stellv. Gauleiter	Trautmann
15. Mainfranken	– Stellv. Gauleiter	Kühnreich
16. Brandenburg	– Stellv. Gauleiter	Wegener
17. Mecklenburg	– Gauamtsleiter	Fitzner
18. München-Oberbayern	– Gauamtsleiter	Förtsch
19. Niederdonau	– Stellv. Gauleiter	Gerland
20. Oberdonau	– Stellv. Gauleiter	Eisenkolb
21. Ost-Hannover	– Stellv. Gauleiter	Peper
22. Ostpreußen	– Stellv. Gauleiter	Grossherr
23. Pommern	– Geschäftsführer	Eckhardt
24. Saarpfalz	– Stellv. Gauleiter	Leyser
25. Sachsen	– ?	Kasprick
26. Salzburg	– Stellv. Gauleiter	Wintersteiger
27. Schlesien	– Gauorganisationsleiter	Bruno Müller
28. Schleswig-Holstein	– Stellv. Gauleiter	Sieh
29. Schwaben	– Stellv. Gauleiter	Traeg
30. Steiermark	– Stellv. Gauleiter	Dr. Portschy
31. Sudetenland	– Stellv. Gauleiter	?
32. Süd-Hannover-Braunschweig	– Gauamtsleiter	Nebelung
33. Thüringen	– Stellv. Gauleiter	Siekmeier
34. Tirol-Vorarlberg	– Gauorganisationsleiter	Braunsdorff
35. Weser-Ems	– Stellv. Gauleiter	Joel
36. Westfalen-Nord	– Stellv. Gauleiter	Stangier
37. Westfalen-Süd	– Stellv. Gauleiter	Vetter
38. Wien	– ?	Erwin Richter
39. Württemberg-Hohenzollern	– Gaugeschäftsleiter	Baumert
1. Deutsche Arbeitsfront: Hauptamtsleiter Melchert		
2. Hauptamt für Volkswohlfahrt: Reichsamtsleiter Wulff		
3. NS.-Frauensschaft: Abteilungsleiterin Frl. Kohnle		
4. Reichsschatzmeister: Hauptdienstleiter Saupert		
5. Reichsorganisationsleitung: Hauptamtsleiter Mehnert		
6. NS.-Kriegsopferversorgung: Reichshauptstellenleiter Neumann		
7. Reichsleiter für die Presse: Hauptamtsleiter Dr. Rienhardt		
8. Reichspressechef der NSDAP.: Reichsamtsleiter Sündermann		
9. Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums: Hauptamtsleiter Hederich		
10. Auslandsorganisation der NSDAP.: SS-Standartenführer Cohrs		
11. Oberstes Parteigericht: Parteirichter Koch-Schweißfurth		
12. Kommission für Wirtschaftspolitik: Reichsamtsleiter Köhler		
13. Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Erziehung der NSDAP.: Hauptamtsleiter Urban		
14. Beauftragter für außenpolitische Fragen: Oberregierungsrat Böttger		
15. Hauptamt für Volksgesundheit: Obergruppenführer Dr. Brauneck		
16. Agrarpolitisches Amt der NSDAP.: Hauptamtsleiter Backe		
17. Außenpolitisches Amt der NSDAP: Reichshauptstellenleiter Malletke		
18. Kanzlei des Führers der NSDAP.: Reichsamtsleiter Jaensch		
19. Hauptamt für Erzieher: Reichshauptstellenleiter Eybel		
20. Hauptamt für Beamte: Reichshauptstellenleiter Wehling		

Die Quellen schweigen über das genaue Gründungsdatum der Abteilung M, aber sie arbeitete nachweislich seit April 1937 aktiv an der Vorbereitung der NSDAP auf den Krieg. Sie schuf einen Apparat, der die gleichen hierarchischen Strukturen wie die Nazi-partei aufwies. Ihre Stützen waren die sogenannten Mob.-Beauftragten der Gauleitungen, Gliederungen und Verbände (siehe Tabelle 1), die ihrerseits wieder funktionierende bürokratische Apparate aufbauten, welche dann den Kreisleitungen bzw. den regionalen und lokalen Führungen der Gliederungen in Fragen der Mobilmachung zu befehlen hatten. In jedem Falle war die „M-Stelle ... personell so stark zu besetzen, daß die Arbeiten nicht durch Personalmangel verzögert“⁴⁰ wurden.

Schon zu Beginn der forcierten Kriegsvorbereitung ging also die direkte Einbeziehung der faschistischen Partei weit über das hinaus, was ursprünglich vom Reichsverteidigungsausschuß geplant worden war. Die Beziehungen zur Wehrmachtführung wurden seit 1937 wesentlich verstärkt und institutionalisiert. Der Geschäftsverteilungsplan der Abteilung Inland der Wehrmacht⁴¹ weist für das Jahr 1937 mehrere Verbindungen zur NSDAP auf. Hauptmann G. Thomey – Leiter der Gruppe innerpolitische und allgemeine Angelegenheiten – wurde Verbindungsoffizier zu Heß. Ihm unterstellte Mitarbeiter vertraten die Gebiete „Verhältnis zur NSDAP, ihren Gliederungen und Verbänden“ und „Richtlinien für die Zusammenarbeit mit K. d. F.“⁴²

Es ist zu fragen, warum die Führung der Nazi-partei gerade 1937 solche Anstrengungen für die Durchsetzung des Kriegskurses unternahm, welche Ursachen sie hatten und welche strategischen Zielsetzungen mit ihnen verbunden waren. Dabei scheint es nützlich zu sein, den von Willibald Gutsche und Fritz Klein mit Blick auf das Vorfeld des ersten Weltkrieges entwickelten Begriff des Übergangs zu einer unmittelbaren Kriegsdiskposition auch auf die Jahre 1937 bis 1939 anzuwenden. Beide Autoren charakterisieren damit eine spezielle Phase bzw. Stufe in der geschichtswirksamen Umsetzung der dem Imperialismus wesenseigenen Aggressivität. Zugleich ist damit der konkrete Prozeß gemeint, in dessen Verlauf sich eine unmittelbare Bereitschaft zur Entfesselung von Kriegen herausbildet.⁴³ Mit der Errichtung der faschistischen Diktatur war der deutsche Imperialismus zwar einen wesentlichen Schritt in diese Richtung gegangen, seine Bereitschaft und Fähigkeit zu einem neuen Aggressionskrieg entstanden erst seit Mitte der dreißiger Jahre.

Zahlreiche Ereignisse verdeutlichten gerade 1937 den Übergang des faschistischen deutschen Imperialismus in eine unmittelbare Kriegsdiskposition. Dies zeigte sich nicht nur in forcierter Aufrüstung – erinnert sei an den Vierjahresplan und an die bis 1939 größte Heereserhöhung von 596.000 auf 760.000 Mann⁴⁴ –, sondern auch in einer neuen Qualität der militärischen Mobilmachungspläne. Am 12. März 1937 wurde der neue „Mob.-Plan für das Heer“ erlassen⁴⁵, der bis zur Entfesselung des Krieges gültig blieb. Bereits einen Monat später fanden die schon genannten Sitzungen statt und ergingen die erwähnten Erlasse und Verfügungen des Reichsverteidigungsausschusses und der NSDAP.

Die NSDAP bot sich keinesfalls nur als „zusätzlicher Faktor bei der Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse im Hinterland“⁴⁶ an. Vielmehr wird man feststellen können, daß eine sie und ihr Organisationsgefüge das faschistische Herrschaftssystem in seiner Gesamtheit nicht funktionierte, es dem deutschen Imperialismus nicht möglich gewesen wäre, einen „totalen“ Krieg zu führen. Der ganze Komplex von Terror, sozialer Demagogie, Korruption und faschistischer Ideologie, den die Machthaber aufboten, um einen neuen 9. November zu verhindern, war nur mit Hilfe der NSDAP, in erheblichem Grade auch nur durch sie selbst zu realisieren. Insofern vollzog

⁴⁰ „Arbeitspläne ...“, Bl. 5.

⁴¹ Veröffentlicht bei Kern, S. 236 ff.

⁴² Zit. nach Ebenda, S. 237, siehe auch S. 106.

⁴³ Willibald Gutsche, Zur Herausbildung der unmittelbaren Kriegsdiskposition des deutschen Imperialismus im Sommer 1914, in: Militärgeschichte, 2/1984, S. 107 ff.

⁴⁴ Siehe Rahne, S. 197.

⁴⁵ Ebenda, S. 200.

⁴⁶ Demps, Dokumente, S. 63.

sich weniger eine „Aufwertung der faschistischen Partei“,⁴⁷ sondern vielmehr eine Veränderung ihrer Funktionen und Tätigkeitsbereiche unter den sich verändernden Bedingungen der unmittelbaren Kriegsvorbereitung.

Als „Aufgaben der Partei im Kriegsfall“ wurden am 16. Mai 1938 im Rahmen der sogenannten Kennziffern 1 bis 14 bestimmt:

„1 Haltung und Hebung der seelischen Widerstandsfähigkeit des Volkes im Kriege.

2 Seelische, sittliche und soziale Betreuung aller werktätigen deutschen Volksgenossen unter Mithilfe DAF., NSV., und NS-Frauenschaft.

3 Sicherung des sozialen Friedens in den Betrieben.

4 Politische und seelische Betreuung des Volkes bei Luftangriffen.

5 Abwendung der wirtschaftlichen, gesundheitlichen und seelischen Notstände unter Einsatz der bestehenden Hilfswerke und durch Mithilfe der Gliederungen und angeschlossenen Verbände.

6 Führung der Reichsdeutschen im Ausland in engster Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt.

7 Durchführung eines Kriegshilfswerkes für das deutsche Volk.

8 Unterstützung der Wehrmacht in der Verwundeten- und Krankenpflege durch NSV und NS-Frauenschaft.

9 Unterstützung der Wehrmacht bei dringlichen Maßnahmen durch Zurverfügungstellung von parteieigenen Einrichtungen und Stellung nicht wehrdienstpflichtiger Parteigenossen, Angehöriger der Gliederungen und angeschlossenen Verbände.

10 Mithilfe bei der Räumung feindbedrohter Gebiete.

11 Durchführung der Parteiräumung.

12 Betreuung der aus dem Räumungsgebiet zurückgezogenen Bevölkerung.

13 Betreuung der Bevölkerung im feindbesetzten Heimatgebiet.

14 Betreuung und politische Führung der Bevölkerung im besetzten Feindgebiet.“⁴⁸

Trotz der demagogischen Sprachregelungen geben diese Formulierungen wesentliche Aufschlüsse. Die Verantwortlichen rechneten offensichtlich zu diesem Zeitpunkt vor allem mit einem Krieg, der sich auf deutschem Boden abspielt. Dies mag der generell üblichen Friedensdemagogie der Nazi-führung geschuldet sein, es zeugt aber wohl eher von einer Überschätzung der Bereitschaft Großbritanniens und Frankreichs zur Abwehr der faschistischen Annexionspolitik. Veränderungen in einzelnen Verfügungen und Richtlinien, die vor allem im Jahre 1939 vorgenommen wurden, scheinen diese Annahme zu bestätigen.⁴⁹

Die Aufgaben des faschistischen Organisationssystems sollten weit über kriegslastenmindernde und repressive Aspekte hinausgehen. Die einzelnen Organisationen hatten in ideologischer, personeller und materieller Hinsicht mobilisierend für den Krieg zu wirken. Generell waren die Mobilmachungspläne der NSDAP von vier strategischen Zielsetzungen durchzogen: *Erstens* vom Ziel einer totalen Militarisierung und Mobilisierung der Gesellschaft für den Krieg, *zweitens* von der Absicht zur Verhinderung jeden Widerstandes gegen die faschistische Kriegspolitik schon im Ansatz, *drittens* vom Bemühen, die Kriegslasten für größere Teile der deutschen Bevölkerung möglichst gering zu halten, und schließlich *viertens* – als unmittelbare Voraussetzung dafür – von dem von vielen Nazis auch persönlich erstrebten Ziel, die Arbeitsfähigkeit des Parteiapparates unter den Kriegsbedingungen und fern von den militärischen Fronten zu sichern.

⁴⁷ Ebenda, S. 65.

⁴⁸ „Arbeitspläne ...“, Bl. 9 f.

⁴⁹ BA, Koblenz, NS 6/335, Bl. 158-170. Aufschlußreich sind in dieser Hinsicht besonders die von Knoblauch am 2.6.1939 verschickten „Änderungen und Zusätze für die Merkblätter, Anordnungen und Richtlinien für den Einsatz der Partei im Kriegsfall“. Die früher verwendete Formulierung „Verhalten bei plötzlichem feindlichem Einfall“ fiel beispielsweise ersatzlos weg.

Die Naziführung wandte damit für die Realisierung dieser Strategie neue Mittel und Methoden an. Die faschistische Partei erwies sich auch deshalb als eine „bürgerliche Partei neuen Typs“⁵⁰, weil sie erstmals in der Geschichte der bürgerlichen Parteien eine vollständige Militarisierung der Gesellschaft einschließlich ihrer eigenen Organisationen anstrebte und ihren gesamten Apparat auf die Bedürfnisse eines Aggressionskrieges ausrichtete. Die ersten Weisungen und Anordnungen der „Abteilung M“ galten diesen Zielen, sie erhielten höchste Geheimhaltungsstufen, um unter allen Umständen eine „Kriegspsychose“ zu vermeiden.⁵¹

Hand in Hand mit der Ausarbeitung der Mobilmachungspläne für die NSDAP erfolgten weitere Sicherungsmaßnahmen, die ein bezeichnendes Licht auf die Absichten und auf die Situation der Naziapartei vor dem zweiten Weltkrieg werfen. Am 1. Juli 1938 erging ein von der „Abteilung M“ ausgearbeitetes und von Rudolf Heß unterzeichnetes „Geheimes Material betr. Abwehrmaßnahmen der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände“, das die „Zuverlässigkeit auch der kleinsten Parteidienststelle“ forderte. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß der „Reichsverteidigungsreferent der NSDAP und Leiter der Mob-Abteilung“ im Stab des Stellvertreters des Führers zugleich die Funktion eines Abwehrbeauftragten der Partei übernommen habe.⁵² Dem folgten am 1. März 1939 „Richtlinien für die abwehrmäßige Überprüfung von Arbeitskräften bei Behörden und Dienststellen außerhalb der Wehrmacht.“⁵³

Im Sommer 1938 arbeitete der Heß-Stab mit Nachdruck an einer präzisierten Fassung der „Disziplinarstrafordnung für die Politischen Leiter der NSDAP“. In diesem Zusammenhang äußerte sich der Reichsamtsleiter Albert Hoffmann über die Notwendigkeit, durch die Naziapartei auch Freiheitsstrafen verhängen zu können. Im Kriegsfall komme man um eine derartige Maßnahme nicht herum. Seine aufschlußreiche Begründung lautete: „Die Ausstoßung disziplinloser Parteigenossen aus der Gemeinschaft der Partei wird in unruhigen Zeiten ungenügend sein, da diese Geister dann froh sind, wenn sie der Kontrolle der Partei nicht mehr unterstehen und freiweg meckern können. Eine Inhaftierung von Parteigenossen in staatlichen Strafanstalten kann natürlich in keinem Fall in Frage kommen, es können nur Arrestlokale verwandt werden, die in parteieigenem Besitz sind (z. B. in der SS-Verfügungstruppe)“.⁵⁴ Gleichzeitig wurde überlegt, im Interesse der faschistischen „Menschenführung“ den Reichsnährstand und die Reichskulturkammer „in die Partei zu übernehmen“ und zu entsprechenden Organisationen umzugestalten.⁵⁵

Die „Abteilung M“ übernahm schließlich im Rahmen der Sicherungsmaßnahmen für die Mobilmachung der NSDAP auch die Aufgabe, für deren „Selbstschutz“ Sorge zu tragen. Knoblauch versandte am 29. Juli 1939 eine tags zuvor fixierte detaillierte „Anweisung für den Aufbau und die Durchführung des erweiterten Selbstschutzes und Selbstschutzes in den Dienststellen der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände“. Als sogenannte Selbstschutzreferenten bei den Gau- und Kreisleitungen der NSDAP waren hauptamtliche SA-Führer vorgesehen, die in enger Zusammenarbeit mit den Dienststellen des Reichsluftschutzbundes wirken sollten.⁵⁶

4. Die „Arbeitsplätze“ der NSDAP für den A-Fall

Neben den hier nicht näher zu behandelnden Plänen für die materielle Mobilmachung der faschistischen Organisationen, bei denen es sich vor allem um die Sicherung der Verkehrs- und Nachrichtenmittel, der Grundstücke und Anlagen sowie der Ausrüstung der Naziapartei handelte⁵⁷, stand die personelle Handlungsfähigkeit des Parteiapparates im Vordergrund. Von den Vorstellungen eines totalen Krieges und also von besonders großen „Anforderungen an die Bevölkerung in der Heimat“

⁵⁰ Zu diesem Begriff siehe Palmiro Togliatti, Lektionen über den Faschismus, Frankfurt a. M. 1973, S. 125 ff.

⁵¹ BA, Koblenz, NS 6/355, Bl. 75, Schreiben Knoblauchs an alle M.-Beauftragten vom 25.6.1938. Ergänzend hieß es: „Die weiblichen Personen sind besonders streng zu ermahnen.“

⁵² Ebenda, Bd. 454, Bl. 22 ff.

⁵³ Ebenda, Bl. 26 f.

⁵⁴ BA, Koblenz, NS 6/380, Bl. 66 und 139.

⁵⁵ Ebenda, Bl. 141.

⁵⁶ BA, Koblenz, NS 6/453, Bl. 7 ff.

⁵⁷ Siehe dazu BA, Koblenz, NS 6/357 und 455.

ausgehend, leiteten die Nazioberen ab, daß die Partei „erst recht nicht in einem Kriege auf das bisher als selbstverständlich beanspruchte Recht der politischen Führung verzichten“ dürfe. Um dies aber realisieren zu können, müsse sie „darauf bestehen, daß ihr diejenigen Männer, die zur Menschenführung in der Heimat und zur Betreuung der Volksgenossen nicht entbehrt werden können, vom Waffendienst für die Zeit ihres politischen Kriegsdienstes freigestellt werden.“⁵⁸

Seit der ersten Mobilmachungsverfügung vom 15. April 1937 gehörte es zur Praxis aller Formationen und Institutionen der NSDAP, bei der „Abteilung M“ sogenannte Unabkömmlichkeitsanträge einzureichen. Der erste Termin war der 1. Juni 1937, wobei Knoblauch anwies, daß die personelle Mobilmachung der Partei „stufenweise wie folgt vorgenommen wird: 1.) Gau- und Kreisleitung, 2.) Ortsgruppen und Stützpunkte, 3.) Gliederungen, angeschlossene Verbände usw.“⁵⁹ Es war vorgesehen, die Funktionäre vom Kreisleiter an aufwärts keinen Wehrdienst mehr ausüben zu lassen.

Eine Anordnung, die sich mit der „Sicherstellung“ der Ortsgruppen im Kriegsfall befafte, wurde erst am 1. Dezember 1937 erlassen.⁶⁰ Den Ortsgruppenleitern, „als denjenigen Politischen Leitern, die in engster Verbindung mit allen Volksgenossen stehen und im Kriege ein erhöhtes Maß an Verantwortung zu tragen haben“, kam in den faschistischen Plänen eine besondere Bedeutung zu. (Siehe Anhang, a.) Es war der faschistischen Führungsspitze sehr wohl bewußt, daß die Wirkungen und Schrecken des Krieges den Alltag jeder einzelnen Familie betreffen würden. Das konnte gerade auf lokaler Ebene zu sozialen Protesten führen. Daher sollte ein arbeitsfähiger Parteiapparat vor Ort jeden Widerstandsversuch sofort erkennen und in Zusammenarbeit mit allen Terrororganen im Keim ersticken. Darüber hinaus war es gerade in den Ortsgruppen möglich, ein gewisses Gefühl der „Sorge“ der Partei für ihre Mitglieder und Anhänger zu suggerieren.⁶²

Aber schon in dieser Weisung wird die große Diskrepanz zwischen dem Streben nach der stärksten „inneren Front“ und der Aufbietung eines Massenheeres sichtbar. Da Freistellungen in der Regel nur für die nicht von der Wehrmacht erfaßten, d. h. für ältere NSDAP-Mitglieder beantragt werden durften, mußte zusätzlich eine verstärkte ehrenamtliche Tätigkeit von Nazifunktionären verlangt werden. Insgesamt mußte 1937 die Vorbereitung der Mobilmachung der Ortsgruppen „wegen der großen Zahl“ der Befreiungsanträge vom Militärdienst noch zurückgestellt werden.⁶³

Einen Ausweg aus dem Dilemma, das sich später als unüberwindbar herausstellte, sollte die nahezu minutiöse Planung des Einsatzes der NSDAP im Krieg bieten. Dem entsprachen die „Arbeitspläne der Reichsleitung der NSDAP für den Einsatz der Partei und der angeschlossenen Verbände im A-Falle“⁶⁴ vom 16. Mai 1938. Sie umfaßten 41 Seiten und ergänzten in abgestimmter Weise das „Mobilmachungsbuch für die Zivilverwaltungen“, welches unter Leitung des OKW seit 1935 erstellt worden war.⁶⁵ Dieses Dokument, das als Ergebnis und Ausdruck der totalen Kriegsvorbereitung durch den faschistischen deutschen Imperialismus betrachtet werden kann, vereinte die Mobilmachungspapiere von 20 verschiedenen kriegswichtigen Institutionen des faschistischen Staates außerhalb der Wehrmacht. Es war als eine Art Rahmenprogramm gedacht, welches „die einheitliche Grundlage für die Durchführung der Mobilmachung“ bildete.⁶⁶ Mit seiner Hilfe sollten die „Umstellung der Staatsführung und des Volkslebens auf die Notwendigkeiten der Kriegführung in politischer, sozialer und staatsrechtlicher Hinsicht und die Bereitstellung aller personellen und materiel-

⁵⁸ Zit. nach Demps, Dokumente, S. 75.

⁵⁹ BA, Koblenz, NS 6/355, Bl. 2, Schreiben Knoblauchs an die Mob-Beauftragten der Gauleitungen vom 18.5.1937.

⁶⁰ Ebenda, Bl. 60 f., Richtlinien über die personelle Mobilmachung der Partei: Verfügung Nr. 2/37, vom 1.12.1937.

⁶¹ Ebenda.

⁶² Mit dieser Frage beschäftigte sich besonders die Anordnung Nr. 3/37 vom 6. 12. 1937, die sich mit der personellen Sicherstellung der NSV befafte. In ihr hieß es: „Im Kriege werden der NSV im Rahmen der Gesamtaufgabe der Partei an Bedeutung und Tiefenwirkung wesentliche Arbeitsgebiete zufallen. Der personelle Bedarf ist daher sicherzustellen.“ (Ebenda, Bl. 62 f.).

⁶³ Ebenda, Bl. 60 f. und 91.

⁶⁴ Siehe Anm. 34.

⁶⁵ Siehe Demps, Dokumente, S. 81.

⁶⁶ IMG, Bd. 36, S. 462, Dok. EC-406.

len Kräfte des Volkes für die Kriegführung“⁶⁷ realisiert werden. Ein vollständiges Exemplar liegt der Forschung bis jetzt nicht vor. So ist nicht zu entscheiden, ob es jemals die beabsichtigte Fassung und Dreiteilung in Arbeitsplane“, „Mob.-Buch“ und „Mob.-Kalender“⁶⁸ gegeben hat. Seine Bedeutung lag wohl auch weniger darin, daß alle mit insgesamt 9500 Kennziffern bezeichneten Maßnahmen⁶⁹ durchgeführt werden sollten bzw. konnten. Wie Jodl vor den Nürnberger Richtern erklärte, sei es um eine Koordinierung der Mobilmachungsplanungen insbesondere mit dem militärischen Bereich unter Leitung des OKW gegangen.⁷⁰

Die „Arbeitspläne“ der NSDAP wurden zu einem nicht genau bekannten Zeitpunkt⁷¹ in das „Mob.-Buch“ unter den Kennziffern 9000 bis 9500 aufgenommen. Sie sollten „die einheitliche Grundlage für alle Mob.-Anordnungen“ der NSDAP bilden und „der Parteiführung die Übersicht über Art und Umfang der Mobilmachungsmaßnahmen“⁷² schaffen. Sie gliederten sich in „Vorzubereitende Maßnahmen“, „Aufgaben im Kriegsfall“ und „Mitwirkung bei Maßnahmen anderer“, wobei sie neben der Bestimmung allgemeiner Aufgaben der NSDAP im Krieg und neben dem Arbeitsplan der Abteilung M auch die DAF, NSV, NSF, NSKOV sowie fast alle Hauptämter der Reichsleitung umfaßten.⁷³ Das Dokument widerspiegelt direkt die schon skizzierte Strategie für den Einsatz der NSDAP bei der Vorbereitung und Führung des Aggressionskrieges, drückte mittelbar aber auch die Befürchtungen der NSDAP-Führung über die Wirkungen des Krieges auf die deutsche Bevölkerung und die daraus erwachsenden Gefahren für die eigene Herrschaft aus (Siehe Anhang, b).

Aus den „Arbeitsplänen“ geht hervor, daß es für die Nazipartei als erstrangig galt, ihre faschistisch-militärische Ideologie in kriegsmobilisierender Weise zu verbreiten. Dabei sollte die Abt. M – deren federführende Rolle in allen Mobilmachungsplanungen mehrmals und ausdrücklich betont wurde – „Richtlinien über die Zusammenarbeit der Partei mit dem RPM (d. i. das Goebbels-Ministerium – die Vf.) insbesondere über die wehrpolitische Erziehung des Volkes aufstellen“ und einen Aufruf „zum Einsatz der Partei im Kriegsfall“ entwerfen.⁷⁴ Außerdem hieß es, alle Dienststellen der NSDAP hätten ihre Vorbereitungsarbeiten „in engstem Einvernehmen mit der Abteilung M durchzuführen“ und dieser „auf Wunsch zu jeder Zeit Einblick in den Stand der Vorbereitungsarbeiten zu geben.“⁷⁵

Als weiterer Aufgabenbereich wurde die „Betreuung“ der Bevölkerung fixiert. Die faschistische Führungsspitze plante die verheerenden Wirkungen des Krieges auf die Zivilbevölkerung ein und suchte ihnen mit einem sozialdemagogischen Konzept zu begegnen. Es sollte dazu beitragen, die Kriegslasten, die die Bevölkerung zu tragen hatte, in gewissem Umfang zu mindern, um so der Gefahr einer Herrschaftsdestabilisierung zu entgehen. Die „politische und seelische Betreuung des Volkes bei Luftangriffen“, „Durchführung eines Kriegshilfswerkes für das deutsche Volk“, der „Einsatz von KdF“⁷⁶ und weitere ähnliche Maßnahmen schlossen sich an Lehren an, die aus Erfahrungen mit dem Massenelend während des ersten Weltkrieges gewonnen worden waren.

Die „Arbeitspläne“ richteten sich ferner darauf, eine höchst effektive Rüstungsproduktion zu gewährleisten. Aus der Kennziffer 102 („Sicherung des sozialen Friedens in den Betrieben“)⁷⁷ entwickelte sich nach 1938 ein ganzes Bündel von Aufgabenstellungen, mit denen der Deutschen Arbeitsfront ihr Platz im Krieg zugewiesen wurde. Am 25. Juni 1938 erging für sie eine spezielle Weisung.⁷⁸

⁶⁷ IMG, Bd. 27, S. 392, Dok. PS-1639.

⁶⁸ Ebenda, Bd. 36, S. 462, Dok. EC-406.

⁶⁹ Ebenda, Bd. 27, S. 401, Dok. PS-1639.

⁷⁰ Ebenda, Bd. 15, S. 382.

⁷¹ Zwischen Mai 1938 und März 1939.

⁷² BA, Koblenz, NS 6/379, Bl. 4.

⁷³ Ebenda, Bl. 3. Der Frage, welche der unzähligen faschistischen Organisationen von den Mobilmachungsplänen nicht erfaßt worden sind, müßte noch einmal gesondert nachgegangen werden.

⁷⁴ Ebenda, Bl. 13 f.

⁷⁵ Ebenda, Bl. 3.

⁷⁶ Ebenda, Bl. 9 und 15.

⁷⁷ Ebenda, Bl. 15.

⁷⁸ BA, Koblenz, NS 6355, Bl. 65 f.

Die „Arbeitspläne“ – deren Inhalt jegliche Friedensbeteuerungen faschistischer Politiker in jenen Jahren ad absurdum führen – bedeuten einen wichtigen Schritt bei der Vorbereitung der NSDAP auf den Krieg. Aber sie stellten noch keine konkreten Befehle an das Korps der Politischen Leiter dar. Diese wurden unmittelbar danach in einem umfangreichen Bündel von Richtlinien, Befehlen und Merkblättern formuliert. Darin flossen bereits die Mobilmachungserfahrungen bei der Annexion Österreichs und bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei⁷⁹ ein, ebenso die weitere Ausformung der Kriegsstrategie.

Als Göring am 10. September 1939 ausrief, es gebe „nicht mehr nur einen Mobilmachungsbefehl für den Soldaten zwischen dem und dem Jahrgang, sondern einen Mobilmachungsbefehl für jeden Deutschen, sobald er 16 Jahre alt geworden ist, Mädchen wie Junge“⁸⁰, war dies zwar prahlerisch übertrieben – hatten es die Faschisten doch nicht einmal gewagt, die Frauenarbeitspflicht einzuführen –; doch für die NSDAP und für ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände traf es weitgehend zu.

Im Sommer 1939 hatte die NSDAP ihre Aktionen zur Freistellung von haupt- und nebenamtlichen Nazifunktionären vom Militärdienst abgeschlossen. Sie konnte unter anderem darauf verweisen, daß 18.630 Männer (9010 hauptamtlich und 9620 ehrenamtlich tätig) und 10.985 hauptamtlich tätige Frauen von der „Abteilung M“ erfaßt worden seien. Das war ein verhältnismäßig hoher Anteil, der in Wirklichkeit sogar noch größer war, da die faschistische Wehrmacht zunächst nicht alle zum Militärdienst einberief, die auf ihren Listen für die Mobilmachung standen. Zum Stichtag 1. Januar 1940 waren von den 1.231.104 haupt- und nebenamtlichen Politischen Leitern lediglich 243.471, d. h. 19,8 Prozent, von den 21.185 hauptamtlichen Politischen Leitern 7283, d. h. 34,4 Prozent zur Wehrmacht eingezogen.⁸¹

In der Phase der Blitzkriege und leicht errungener Siege blieb der Apparat der Nazi-Partei weitgehend funktionstüchtig. Doch stellte sich alsbald heraus, daß die Freistellung von vielen politischen Leitern der NSDAP und anderen Nazifunktionären einem zweiseitigen Schwert glich. Gerade diejenigen Führer, welche die Stimmung der Zivilbevölkerung hochhalten und die Grundlagen für äußerste Kriegsmobilisierung schaffen sollten, gerieten in den Geruch, sich vor dem Kampf an der Front zu drücken. Solche Beurteilungen mußten die faschistische Führungsgruppe politisch um so ärger treffen, als gerade sie es gewesen war, die seit den Jahren der Weimarer Republik das „Frontkämpfertum“ verherrlicht und den Schützengraben als den einzigen Platz charakterisiert hatte, an den ein wehrdiensttauglicher Mann im Kriege gehörte. Deshalb kam es der NSDAP-Führung durchaus recht, daß nach Kriegsausbruch auch höher-gestellte Leiter in die Wehrmacht drängten und sich militärische Orden und Kriegsrühm erwerben wollten. Daher nahmen auch die Mitteilungen über den „Heldentod“ von haupt- und nebenamtlichen Leitern von Nazi-Organisationen in der faschistischen Presse einen augenfälligen Platz ein. Mit den militärischen Dienstgraden und Meriten der Kriegstoten wurden stets die Stellungen genannt, die sie im Organisationsgefüge der NSDAP bekleidet hatten.

Mit dem Ende der Blitzkriege, in einer Situation, da die Nazi-Organisationen erst in vollem Ausmaß die vorgedachte Rolle einnehmen und über die kritische Lage hinweghelfen sollten, klafften die Vorkriegsmobilmachungspläne und die Kriegswirklichkeit dann immer mehr auseinander.

⁷⁹ BA, Koblenz, NS 6/356, Bl. 1. Siehe Brief von Knoblauch an SS-Brigadeführer Petri vom 29.11.1938. Darin wird von „gewisse(n) Vorkommnisse(n), die bei der Teilmobilmachung im Falle Tschecho-Slowakei zutage getreten sind ...“ gesprochen. Offensichtlich ging es dabei um das Verhältnis zwischen den Mobilmachungsplänen der NSDAP und der SS.

⁸⁰ Zit. nach Günter Kaufmann, Das kommende Deutschland. Die Erziehung der Jugend im Reich Adolf Hitler, Berlin 1943, S. 56.

⁸¹ BA, Koblenz NS 6/317, Bl. 4 f., Zusammenstellung über den Mob-Personalbestand der NSDAP und ihrer angeschlossenen Verbände vom 16.5.1939. Aus dieser Quelle geht auch hervor, daß mit der Zahl von 29.615 durch die „Abteilung M“ Erfaßten nicht alle Nazifunktionäre gemeint sein konnten, die für die unmittelbaren Zwecke der NSDAP im Kriege mobilisiert worden sind. So ist u. a. von ca. 4000 Betriebsobmännern Hauptbetriebszellenobmännern und Frauenwalterinnen ausgesagt, daß ihre Freistellung vom Militärdienst über die „Arbeitsämter und Betriebe“ erfolgte. Außerdem hieß es: „Nicht eingeschlossen sind hierbei etwa 18.000 Fachkräfte der NSV und rund 2000 Fachkräfte der NS-Frauenschaft, die ‚blockiert‘, d. h. ohne besondere Sicherstellung nur für Zwecke im Mob-Fall zur Verfügung stehen.“ BA, Koblenz, NS 6/317, Bl. 22.

5. Anhang

a. Anordnungen und Richtlinien der „Abteilung M“ im Stab des Stellvertreters des Führers für den „Einsatz des Ortsgruppenleiters im Kriege“ – undatiert (BA, Koblenz, NS 6/146, Bl. 16 f.; mit Auslassungen)

1. Stellung und Rechte des Hoheitsträgers

Der Hoheitsträger (Gauleiter Kreisleiter Ortsgruppenleiter) ist für die *politische Führung und Betreuung der Bevölkerung seines Hoheitsgebietes* verantwortlich. Zur Durchführung dieser Aufgabe ist er berechtigt, den im Kriegsdienst der NSDAP stehenden nachgeordneten Politischen Leitern, Führern und Angehörigen der Gliederungen sowie Hilfskräften seines Hoheitsgebietes Anordnungen, Weisungen und Aufträge zu erteilen. Diese sind verpflichtet den Anordnungen und Weisungen Folge zu leisten und die Aufträge zu erfüllen. Die Nichtbefolgung wird nach den Kriegsgesetzen bestraft, sofern nicht die Anwendung besonderer Schutzmaßnahmen notwendig wird.

2. Einsatz der Kräfte und Sachmittel

Die der Partei im Kriege zufallenden Aufgaben machen den *einheitlichen Einsatz und die straffe Zusammenstellung aller der Partei zur Verfügung stehenden Kräfte und Sachmittel* notwendig. Die Führung dieses Gesamteinsatzes kann nur von einer Stelle aus verantwortlich geleitet werden. Diese verantwortliche Stelle führt im Gau der M-Beauftragte der Gauleitung als Sachbearbeiter des Gauleiters, im Kreis der Kreisleiter und in der Ortsgruppe der Ortsgruppenleiter der NSDAP.

Bei der Anforderung, Verteilung und Zuweisung der *weiblichen Kräfte* soll die Ortsfrauenschaftsleiterin weitgehend verantwortlich beteiligt werden. Staatliche und militärische Stellen sind bei Anforderung von Kräften und Sachmitteln an den Kreisleiter zu verweisen.

3. Aufgaben des Ortsgruppenleiters

Die Aufgabe des Ortsgruppenleiters ist im Kriege wie im Frieden die *politische Führung und Betreuung der Bevölkerung* seines Hoheitsgebietes. Er ist für die Durchführung der in dem Merkblatt „Aufgaben und Pflichten des Hoheitsträgers und Politischen Leiters im Kriegsfall“ aufgeführten Aufgaben verantwortlich und hat dafür zu sorgen, daß diese Aufgaben und Pflichten zum geistigen Eigentum jedes einzelnen Politischen Leiters werden. Der Ortsgruppenleiter soll immer wieder zur Vorsicht und Verschwiegenheit auch über scheinbar unwichtige Dinge mahnen.

Er soll seine Mitarbeiter unermüdlich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anspornen. Zur restlosen Erfüllung seiner Führungsaufgabe soll der Ortsgruppenleiter sich von allen Aufgaben freihalten, die auch ein anderer an seiner Stelle übernehmen kann.

Der Ortsgruppenleiter soll insbesondere um die *Abstellung der festgestellten Mängel und Mißstände* unter Einsatz der eigenen Dienststellen bzw. in Zusammenarbeit mit den staatlichen und militärischen Dienststellen bemüht sein. Ist die Abstellung nicht möglich, so hat er seinem Kreisleiter umgehend Meldung zu erstatten.

Der Ortsgruppenleiter hat innerhalb seiner Ortsgruppe für die *reibungslose Zusammenarbeit aller Kräfte* zu sorgen. Er hat bei der Durchführung von Maßnahmen die allgemeinen Richtlinien zu beachten.

4. Beratung und Hilfeleistung

Im Kriegsfall soll die Dienststelle des Hoheitsträgers die Zentrale sein, in der alle Volksgenossen Rat und Hilfe finden. Nach Möglichkeit müssen daher die Beratungsstellen des Hoheitsträgers, der NSV. und der NS.-Frauenschaſt so zusammengelegt werden, daß den Hilfesuchenden schnell und ohne große Umstände geholfen werden kann.

5. Ausrichtung und Führerschaft der Ortsgruppe

Der Ortsgruppenleiter soll so oft es notwendig ist oder von der vorgesetzten Dienststelle gefordert wird, die führenden Männer und wichtigen Persönlichkeiten der Ortsgruppe zusammenrufen, um ihnen immer wieder eine *einheitliche politische Ausrichtung* und ein *einheitliches politisches Ziel* zu geben. Es handelt sich in der Ortsgruppe im allgemeinen um folgende Persönlichkeiten:

Bürgermeister, Ortsgruppenamtsleiter, Ortsbauernführer, Schulleiter, Betriebsführer.

Der Kreis dieser Personen soll im allgemeinen nicht stärker als 20 Mann sein. Der Ortsgruppenleiter soll bei dieser Ausrichtung außer den ihm gegebenen Richtlinien und Anweisungen die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen und besonders auf jene örtlichen Vorkommnisse Bezug nehmen, die sich zum Schaden der allgemeinen Stimmung ausgewirkt haben.

6. Sofortmaßnahmen des Ortsgruppenleiters

2. *Mobilmachungstag bzw. auf Anordnung des Kreisleiters: Sofortappell der Ortsgruppen.* Unterrichtung der Politischen Leiter über ihre Aufgaben und Pflichten. Einleitung der Ersatzgestellung.

5. *Mobilmachung bzw. auf Anordnung des Kreisleiters: Generalappell der Ortsgruppen.* Durchführung der Ersatzgestellung.

7. Überwachung der Maßnahmen der Gliederungen und angeschlossenen Verbände

3. *Mobilmachungstag bzw. auf Anordnung des Kreisleiters: Meldung des HJ-Einheitsführers* der Ortsgruppe über die Zahl derjenigen HJ-Angehörigen, die neben ihrer Berufstätigkeit zu Kriegsaufgaben der Partei herangezogen werden können.

4. *Mobilmachungstag bzw. auf Anordnung des Kreisleiters: Meldung der BDM.-Einheitsführerin* der Ortsgruppe an die Ortsfrauenschaftsleiterin. Namentliche Aufstellung derjenigen BDM.-Mädel mit Angabe der Eignung, die zu Kriegsaufgaben der Partei herangezogen werden können.

10. *Mobilmachungstag bzw. auf Anordnung des Kreisleiters: Meldung der örtlichen Einheitsführer* der SA.

md des NSKK. über die Zahl der der Partei zum Einsatz zur Verfügung stehenden Kräfte an den Ortsgruppenleiter.

8. Verhalten während der Mobilmachung

Für den erfolgreichen Beginn des Krieges ist der reibungslose Ablauf der Mobilmachung von ausschlaggebender Bedeutung. Voraussetzung hierfür ist die verständnisvolle Zusammenarbeit aller Teile.

Der Ortsgruppenleiter soll durch seine politische Unterstützung an dem reibungslosen Ablauf der Mobilmachung innerhalb der Ortsgruppe mitwirken.

Bei einer Mobilmachung sind Härten unvermeidlich. Aufgabe des Ortsgruppenleiters ist es daher, das Verständnis der Bevölkerung für jene Maßnahmen zu wecken, deren Zweck und Notwendigkeit der Öffentlichkeit nicht ohne weiteres einleuchtend sind. Dennoch muß versucht werden, alle Maßnahmen zu vermeiden, die zu einer Gefährdung der Stimmung führen könnten.

Wo der Ortsgruppenleiter sich gezwungen sieht, vermittelnd und ausgleichend einzugreifen, hat dies mit Takt und Geschick zu erfolgen. Erscheint dem Ortsgruppenleiter die Abstellung unbilliger und gerechtfertigter Härten notwendig, und ist er zur Abstellung dieser Mängel selbst nicht in der Lage, so ist der Kreisleiter umgehend zu verständigen.

9. Verhalten bei Fliegeralarm

In Orten, in denen das Hoheitsgebiet der Ortsgruppe im wesentlichen mit den Grenzen des LS-Ortes übereinstimmt, hat der Ortsgruppenleiter bei Fliegeralarm sofort seine Arbeitsstätte zu verlassen und die *Befehlsstelle des örtlichen LS-Leiters* aufzusuchen oder einen Vertreter dorthin zu entsenden. (In Orten, in denen sich keine Befehlsstelle des örtlichen Luftschutzleiters befindet, hat der Ortsgruppenleiter sich sofort in seine Dienststelle zu begeben.) Er hat die Verbindung von der Ortsgruppenleitung zur Kreisleitung durch einen Kurier zu sichern.

Die *Ortsfrauenschaftsleiterin*, der *Ortswalter NSV.*, der *Ortsobmann DAF.* sowie der *Ortspropagandaleiter* haben bei Fliegeralarm sofort die Dienststelle des Ortsgruppenleiters aufzusuchen, wo sie diesem zur Verfügung stehen.

Den im Luftschutz der NSDAP tätigen Politischen Leitern und Mitarbeitern sind die grünen Armbinden mit dem Aufdruck „Luftschutz – NSDAP.“ auszuhändigen.

Aufgabe des Ortsgruppenleiters während des Luftangriffs und nach dem Luftangriff ist die politische Führung und Betreuung der Bevölkerung seiner Ortsgruppe. Der Ortsgruppenleiter soll die Volksgenossen anhalten, den Weisungen der örtlichen Luftschutzleitung zu folgen.

Der Ortsgruppenleiter trifft im Rahmen der vom örtlichen Luftschutzleiter gegebenen Anordnungen alle Maßnahmen, die zur Behebung der entstandenen oder zu befürchtenden Notstände erforderlich sind. Er ordnet insbesondere den Einsatz der der Partei im Hoheitsgebiet zur Verfügung stehenden Kräfte und Sachmittel an. Der Kreisleiter ist von wesentlichen Maßnahmen zu unterrichten.

10. Verhalten bei der Durchführung von Räumungsmaßnahmen

Mit der Mobilmachung werden in einigen Gebieten Deutschlands Räumungsmaßnahmen durchgeführt. Sie dienen der Sicherstellung gewisser wichtiger Stoffe, Gegenstände und Einrichtungen; es werden ferner die in diesen Gebieten wohnenden wehrdienstpflichtigen männlichen Personen in das Innere des Landes zurückgeführt.

Bei dieser Räumung handelt es sich lediglich um Vorsichtsmaßnahmen, die durch die Nähe der feindlichen Grenze gefordert werden.

Aufgabe des Ortsgruppenleiters ist es, die Bevölkerung von der Notwendigkeit der Räumungsmaßnahmen zu überzeugen, sie zur Ruhe und Besinnung zu ermahnen und jede Flüchtlingsbewegung verhindern zu helfen.

Der Ortsgruppenleiter hat im Räumungsgebiet alle Maßnahmen, die aus militärischen Rücksichten oder zum Schutze der Bevölkerung getroffen werden müssen, mit allen zur Verfügung stehenden Kräften und Sachmitteln zu unterstützen.

Der Ortsgruppenleiter hat ferner auf Anordnung des Kreisleiters evtl. Räumungsmaßnahmen innerhalb der Parteidienststellen nach den gegebenen Weisungen durchzuführen.

11. Verhalten bei plötzlichem feindlichen Einfall

Bei plötzlichem feindlichen Einfall verhalten sich die in der politischen Führung tätigen Politischen Leiter und Parteigenossen wie die Angehörigen der Wehrbezirkskommandos und der Wehrmeldeämter; die in der Fürsorge eingesetzten Walter (NSV., NS.-Frauensschaft) wie die Angehörigen der Dienststellen des Staates. Bei Unklarheit ist sofortige Rückfrage beim Kreisleiter zu halten.

Alle wichtigen Akten sind sofort zu vernichten. Wichtige Akten sind Schriftstücke und Drucksachen, die den Stempel „Geheime Reichssache“, „Geheim“, „Streng vertraulich“, „Vertraulich“ und „Nur zum Dienstgebrauch“ tragen, ferner alle Personalausweise, Personalienbogen und Karteikarten.

12. Partei und Wehrmacht

Immer, wo sich Gelegenheit bietet, soll der Hoheitsträger die enge Verbundenheit zwischen innerer und äußerer Front, zwischen Wehrmacht und Partei zeigen:

beim Ausrücken der Truppen an die Front, bei der Ankunft von Verwundetentransporten, bei der Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen usw.

Der Ortsgruppenleiter soll sich ferner um die seelische Betreuung der Verwundeten und Kranken in den heimatlichen Lazaretten bemühen. Er soll ihnen das Gefühl der engen Verbundenheit mit der Heimat vermitteln und ihnen zeigen, daß die Heimat ihnen ihren Einsatz dankt. Der Ortsgruppenleiter soll versuchen, die Wünsche der Verwundeten und Kranken zu erfüllen und sich bemühen, ihnen durch den Einsatz der ihm geeignet erscheinenden Mittel neue Kräfte und neuen Mut zu geben.

13. Aufgaben und Einsatz der Gliederungen und angeschlossenen Verbände SA., NSKK., HJ.

Die Gliederungen (außer der SS) stellen ihre Angehörigen, soweit diese nicht bereits für andere Kriegszwecke erfaßt oder verpflichtet sind, zur Durchführung des Einsatzes der Partei zur Verfügung. Jungvolk und Jungmädels sind nach ihrer Eignung für den Einsatz heranzuziehen.

Die *Gliederungen* bleiben für die Organisation, Ausrichtung und Disziplin ihrer Angehörigen verantwortlich.

Die *Anforderung der Kräfte* hat bei dem zuständigen Einheitsführer der Gliederung zu erfolgen, die Anforderung der BDM.-Angehörigen durch die Frauenschaftsleiterin bei der zuständigen BDM.-Einheitsführerin.

Die Angehörigen der Gliederungen sind vornehmlich zur Durchführung propagandistischer Aktionen, zur Ersetzung ausfallender Kräfte sowie zur Durchführung von Spezialaufgaben, für die ihre Angehörigen eine besondere Eignung besitzen und Ausbildung genossen haben, einzusetzen.

NSV.

Der NSV. werden *im Rahmen des Einsatzes der Partei im Kriege* folgende Aufgabengebiete übertragen:

1. *Betreuung der Bevölkerung im Sinne der bisherigen NSV.-Arbeit,*
2. *Betreuung der Obdachlos gewordenen,*
3. *Betreuung der Flüchtlinge,*
4. *Betreuung der durch Luftangriffe betroffenen Volksgenossen.*

Aufgabe der NSV.-Walter ist es, sich im besonderen um jene Familien zu kümmern, deren Ernährer eingezogen wurden oder deren Führung durch andere Umstände des Krieges gefährdet ist. Die NSV.-Walter sollen in Fühlungnahme mit dem Hoheitsträger die notwendigen Maßnahmen zur Betreuung dieser Familien einleiten.

NS.-Frauensschaft

Aufgabe der NS.-Frauensschaft ist es, die deutschen Frauen zur höchsten seelischen Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft zu erziehen. Darüber hinaus soll die NS.-Frauensschaft und das Deutsche Frauenwerk die NSV. bei der Durchführung ihrer Aufgaben mit allen Kräften durch den Einsatz ihrer Angehörigen und Einrichtungen unterstützen.

Die *Betreuung der Familien* hat im engsten Einvernehmen mit den Waltern der NSV. zu erfolgen. Die NS.-Frauensschaft hat sich vor allem der seelischen Seite der Betreuung zu widmen. Der Hoheitsträger ist über die Maßnahmen zu unterrichten, die zur Unterstützung von Familien und sonstigen Personen durchgeführt werden.

NSKOV.

Die Angehörigen der NSKOV. sind vornehmlich bei der *Betreuung der Verwundeten und Kranken in den Lazaretten* zu beteiligen. Einzelne Angehörige der NSKOV. werden zur seelischen Betreuung der Kriegshinterbliebenen sowie zur Beratung und Unterstützung von Angehörigen Verwundeter, Vermißter und Gefallener besonders geeignet sein. Der Ortsgruppenleiter soll sich von dem zuständigen Ortsobmann bzw. Kameradschaftsführer der NSKOV. geeignete Kräfte namhaft machen lassen und sie nach Bedarf einsetzen.

b. Anordnungen und Richtlinien der „Abteilung M“ im Stab des Stellvertreters des Führers für den „Einsatz des M-Beauftragten im Kriege“ – undatiert (BA, Koblenz, NS 6/146, Bl. 12)

1. Durchführung des einheitlichen Einsatzes der Partei

Die der Partei im Kriege zufallenden Aufgaben machen den *einheitlichen Einsatz* und die *straffe Zusammenfassung* aller der Partei zur Verfügung stehenden Kräfte und Sachmittel notwendig. Die Führung dieses Gesamteinsatzes kann nur von einer Stelle aus verantwortlich geleitet werden. Diese verantwortliche Stelle führt im Gau der M-Beauftragte der Gauleitung als Sachbearbeiter des Gauleiters, im Kreis der Kreisleiter und in der Ortsgruppe der Ortsgruppenleiter der NSDAP.

2. Stellung und Aufgaben des M-Beauftragten

Der M-Beauftragte der Gauleitung ist der Sachbearbeiter des Gauleiters für den Einsatz der Partei im Kriege. Zur Durchführung seiner Aufgabe ist er berechtigt, den im Kriegsdienst der NSDAP. stehenden nachgeordneten Politischen Leitern, Führern und Angehörigen der Gliederungen sowie Hilfskräften innerhalb des Gaubereiches Anordnungen, Weisungen und Aufträge zu erteilen. Diese sind verpflichtet, den Anordnungen und Weisungen Folge zu leisten sowie die Aufträge zu erfüllen. Die Nichtbefolgung wird nach den Kriegsgesetzen bestraft, sofern nicht die Anwendung besonderer Schutzmaßnahmen notwendig wird.

Der M-Beauftragte der Gauleitung hat insbesondere für die Einhaltung und Durchführung der Richtlinien sowie das reibungslose Ineinandergreifen und Zusammenarbeiten aller Kräfte der Partei innerhalb des Gau- und Kreises zu sorgen.

Der M-Beauftragte hat darauf zu achten, daß alle Maßnahmen, die geheim durchgeführt werden müssen, auch geheim durchgeführt werden. Hierbei soll er immer wieder zur Vorsicht und Verschwiegenheit auch über scheinbar unwichtige Dinge mahnen. Zuverlässige Kuriere sind die sichersten Befehls- und Nachrichtenübermittler. Telephon und Telegraph können abgehört, Briefe auf der Post gestohlen werden.

Der M-Beauftragte hat im Kriege die Freistellung der Kräfte und Sachmittel zu erwirken, die zur Durchführung der der Partei übertragenen Aufgaben erforderlich sind. Er hat den *Ausgleich der Kräfte und Sachmittel* innerhalb seines Gaubereiches durchzuführen.

Der M-Beauftragte hat sich ferner um den *Austausch* und die *Ablösung der freigestellten Kräfte* gegen nichtwehrdienstpflichtige oder wehrdienstuntaugliche Personen zu bemühen.

In Fragen der *personellen Freistellung* und *materiellen Sicherstellung* führt der M-Beauftragte die Verhandlungen mit den entsprechenden staatlichen und militärischen Stellen des Gau- und Kreises.

3. Sofortmaßnahmen

Im Falle der Anordnung der allgemeinen Mobilmachung, auf besondere Weisung der Abt. M im Stab des Stellvertreters des Führers oder bei Durchgabe der Kennziffern P 9096 hat der M-Beauftragte der Gauleitung folgende Maßnahmen sofort durchzuführen:

1. *Anordnung der Kriegsstellenbesetzung* innerhalb der eigenen Dienststelle.
2. *Anordnung der Urlaubssperre* für die hauptamtlichen zur Verfügung stehenden Kräfte der Gauleitung.
3. *Zurückberufung der beurlaubten hauptamtlichen zur Verfügung stehenden Kräfte* der Gauleitung. (Die Gauamtsleiter/NSV., DAF. und die Gaufrauenchaftsleiterin rufen ihre Kräfte selbst zurück.)
4. *Einführung des Bereitschaftsdienstes*, sofern dieser nicht bereits angeordnet wurde. (Siehe besondere Richtlinien).
5. *Einführung des Kurierdienstes*, sofern dieser nicht bereits angeordnet wurde. (Siehe besondere Richtlinien).
6. Abbrechen laufender Schulungslehrgänge der NSDAP.
7. Aushändigung der Anordnungen und Richtlinien über den Einsatz im Kriegsfall an die Gauamtsleiter und an die Gaufrauenchaftsleiterinnen, sofern dies nicht bereits erfolgt ist. *Die von der Abteilung M zur Weitergabe an die Kreisleiter ausgelassenen Kennziffern (P 9096, P 9097) sind nach Empfang sofort fernmündlich, telegraphisch oder durch den Kurierdienst an die Kreisleiter weiterzugeben.*

4. Verhalten bei der Mobilmachung

Für den erfolgreichen Beginn des „Krieges“ ist der reibungslose Ablauf der Mobilmachung von ausschlaggebender Bedeutung. Voraussetzung hierfür ist die verständnisvolle Zusammenarbeit aller Teile.

Der M-Beauftragte der Gauleitung soll durch seine politische Unterstützung an dem reibungslosen Verlauf der Mobilmachung innerhalb des Gau- und Kreises mitwirken.

Hierbei ist es seine besondere Aufgabe, bei den zuständigen Dienststellen auf die Abstellung der von den Kreisleitern gemeldeten Mängel und Mißstände zu dringen. Gelingt dies nicht, so ist die Abt. M im Stab des Stellvertreters des Führers umgehend zu benachrichtigen.

5. Verhalten bei Fliegeralarm

Der M-Beauftragte der Gauleitung ist von einem Luftangriff sofort durch den Kreisleiter zu unterrichten.

Der M-Beauftragte hat die Meldung umgehend an den Gauleiter weiterzugeben und den Gaupropagandaleiter zu verständigen.

Irgendwelchen im Gaugebiet auftretenden falschen Gerüchten über den Luftangriff ist sofort nachdrücklich entgegenzutreten.

Aufgabe des M-Beauftragten der Gauleitung ist es weiter, nach den Weisungen des Gauleiters alle Maßnahmen zu treffen, die zur *Unterstützung der durch den Luftangriff betroffenen Kreise* erforderlich sind.

In Frage kommt insbesondere die Zurverfügungstellung von Kräften und Sachmitteln, die den nicht betroffenen Gebieten entzogen werden können.

Der M-Beauftragte der Gauleitung hat den ihn vom Kreisleiter einzureichenden Erfahrungsbericht über den Luftangriff sofort mit seiner Stellungnahme versehen möglichst durch Kurier, sonst als „Geheime Reichs-sache“ an die Abteilung M im Stab des Stellvertreters des Führers weiterzugeben.

Der M-Beauftragte der Gauleitung hat schnellstens für die Abstellung der sich bei den Luftangriffen gezeigten personellen und materiellen Mängel innerhalb des Parteiapparates zu sorgen. Hierbei ist nur der kleinste Kreis der notwendigsten Sachbearbeiter über die Gründe sachlicher und personeller Änderungen zu verständigen.

6. Verhalten bei Räumungsmaßnahmen

Bei der Durchführung von Räumungsmaßnahmen hat der M-Beauftragte im Einvernehmen mit dem verantwortlichen Räumungsbeauftragten des Generalkommandos zu handeln. Er hat insbesondere alle Anordnungen zu treffen, die zur Durchführung oder Einleitung der Räumung von Parteidienststellen, -Gebäuden usw. notwendig sind. Der M-Beauftragte kann diese Aufgabe einem besonderen Sachbearbeiter (Räumungsbeauftragten der Gauleitung) übertragen. Diese Regelung gilt bis zum Erlaß besonderer Räumungsanweisungen.

7. Inkrafttreten der Anordnungen und Richtlinien

Die Anordnungen und Richtlinien treten nur mit der Bekanntgabe der allgemeinen Mobilmachung, auf besondere Weisung der vorgesetzten Dienststelle oder bei Durchgabe der angeführten Kennziffern (P 9096, P 9097) in Kraft. *Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß bei einer Teilmobilmachung (Mobilmachung der Wehrmacht), d. h. bei Durchgabe der Kennziffer P 111 durch die Abt. M im Stab des Stellvertreters des Führers nur die unter dieser Kennziffer angeführten Vorausmaßnahmen durchgeführt werden dürfen.*

Der Weg in den Krieg. Hrsg. v. Dietrich Eichholtz und Kurt Pätzold. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939). Akademie-Verlag Berlin 1989, S. 67-90.

Vorwort

Unser 20. Jahrhundert erlebte zahlreiche militärische Auseinandersetzungen, die tief in das Schicksal der Völker eingriffen. Vor allem litten die Menschen an den beiden grauenvollen und opferreichen Weltkriegen. Obwohl ihr Beginn 75 bzw. 50 Jahre zurückliegt, gehört die Erinnerung aller Generationen an den Schreckensruf „Es ist Krieg!“ und an die furchtbaren Folgen zu den wesentlichen bewußtseins- und verhaltensprägenden Gedanken unserer Zeit. Angesichts der noch keineswegs abgewendeten Gefahren einer nuklearen Vernichtung der gesamten Menschheit, eines alles zerstörenden dritten Weltkrieges, gilt es mehr als jemals zuvor, das scheinbar undurchdringliche Geheimnis zu entschleiern, mit dem die Vorbereitung und Entfesselung der Kriege von profitgierigen und expansionslüsternen Kreisen der herrschenden Klassen umgeben worden sind.

Der vorliegende Band spiegelt die Bemühung junger Historiker der Sektion Geschichte, der Sektion Marxismus-Leninismus und der Sektion Sportwissenschaft wider, den sich daraus ableitenden Forderungen unserer Gegenwart und einer friedlichen Zukunft zu entsprechen. Aus dem breiten Feld der Ursachen, die zum 1. August 1914 und zum 1. September 1939 führten, wählten sie sich einen bisher durch die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft der DDR wenig erforschten Komplex, um neue Antworten auf alte Fragen geben, um unser Bild von den kriegsverursachenden Prozessen und Kräften vervollständigen und präzisieren zu können. Mit ihrem aner kennenswerthem Gespür für offene Fragen und ausgerüstet mit einer breiten Kenntnis des Forschungsstandes wagten sie den Versuch, dem zweifellos komplizierten Wechselverhältnis von politischem Herrschaftssystem und ideologischer Kriegsvorbereitung nachzugehen. In unterschiedlicher Weise verfolgten sie das Ziel, politische und ideologische Funktionsmechanismen in der bürgerlichen Gesellschaft zu erhellen, deren Wirksamkeit sowohl 1914 als auch 1939 den Widerstand der wer Massen gegen den Krieg brachen sowie den Einfluß nationalistischer Mobilisierungsideologien auf die Völker sichern halfen. Und sie wollten nicht zuletzt anregen, tiefgründig über das Problem von Kontinuität und Wandel im Wirken der imperialistischen Kriegsideologie und Friedensdemagogie nachzudenken.

Ich gestehe gern, viel von den Ergebnissen der beteiligten Nachwuchswissenschaftler gelernt zu haben und in den Diskussionen über Konzeption und Artikelentwürfe wiederholt angeregt worden zu sein. In der festen Annahme, daß dies auch zur Erfahrung vieler Leser werden kann, darf ich allen jungen Kolleginnen und Kollegen herzlich danken und ihnen auch weiterhin eine erfolgreiche wissenschaftliche Arbeit wünschen.

Ideologische Kriegsvorbereitung und imperialistisches Herrschaftssystem. Beiträge zur politisch-ideologischen Vorbereitung des deutschen Volkes auf den ersten und zweiten Weltkrieg. Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität. Gesellschaftswissenschaftliche Reihe, 38. Jahrgang, 3/1989, S. 272.

Rezension

Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil 1: Aufzeichnungen 1924-1941 Bd. 1: 27.6.1924-31.12.1930. Bd. 2: 1.1.1931-31.12.1936. Bd. 3: 1.1.1937-31.12.1939. Bd. 4: 1.1.1940-8.7.1941. Interimsregister. München, New York, London, Paris: Saur 1987. CVIII, 654 S.; V, 764 S.; V, 682 S.; V, 741 S.; 351 S. gr. 8° zus. DM 348,00.

Der allgemeine Nutzen und hohe Wert von gut gearbeiteten Quellenpublikationen liegt für die geschichtswissenschaftliche Lehre und Forschung auf der Hand. Diese Tatsache wird erst recht keiner bestreiten wollen, der sich mit der zweifellos komplizierten, vor allem aber so folgenreichen Geschichte des deutschen Faschismus beschäftigt. Für ihn ist ja gerade in den letzten Jahren offensichtlicher als jemals zuvor geworden, wie sehr der Gegenstand seiner Untersuchungen mit einer Vielzahl neuer Deutungen versehen wird oder unvollständig überlieferte Quellen bewußt fehlinterpretiert werden können. Der sogenannte Historiker-Streit in der BRD zeigte, daß rechtskonservative Kräfte bemüht sind, mit erheblichem Aufwand aus vielfach bekannten Dokumenten neue, in ihr Konzept passende und von neofaschistischen Positionen keineswegs weit entfernte verallgemeinernde Thesen zu konstruieren.¹ Dagegen hilft selbstverständlich auch jede neue und neuartige Quellenpublikation, insbesondere die hier zu besprechende.

Die vorliegenden vier Bände enthalten eine breite Flut von Mitteilungen, die in erster Linie den Alltag innerhalb der faschistischen Führungsspitze und damit ein wesentliches Stück des „gewöhnlichen Faschismus“ betreffen. Der faschistische Reichspropagandaleiter und Minister nahm zu allem und jedem Stellung, wenn er sein umfangreiches Tagewerk damit begann, die Ereignisse und Gespräche vom vergangenen Tag zu resümieren. Es ist wohl vor allem diese Mischung von Unmittelbarkeit des Erlebens und eines ersten Durchdenkens, von Tagebuchblättern und Memoirenentwurf, die das Material so interessant und nützlich macht. Seine Mitteilungen sind stets subjektiv gefärbt, widerspiegeln aber nicht nur seine individuelle Meinung. Sie gelten persönlichsten Dingen, den Verfasser aber selbst darin als einen Faschisten entlarvend. Und sie künden auch von dessen unverfrorener Geschäftstüchtigkeit sowie von Bereicherungspraktiken der Nazi-Führer: „Ich verkaufe Amann [Geschäftsführer des Zentralverlages der NSDAP, M. W.] meine Tagebücher. 20 Jahre nach meinem Tode zu veröffentlichen. Gleich 250.000 MK und jedes Jahr laufend 100.000 MK. Das ist sehr großzügig. Magda und ich sind glücklich. Amann hat damit eine gute Kapitalanlage“ (22. Oktober 1936).

Der gespiegelte Alltag des nationalsozialistischen Regimes fächert sich in eine Vielzahl von Lebensbereichen auf, die alle in irgendeiner Weise von Goebbels durchdacht und behandelt wurden. Beinahe erschreckend ist das Übermaß an Plattheiten und Geistlosigkeiten, das sich im Verlaufe der dreißiger Jahre sogar noch erhöhte. Triviales machte offensichtlich wesentliche Bedürfnisse eines Mannes aus, der sich selbst als einen Führer an der Seite seines „Führers“ und zugleich als Propagandisten für den kleinen Mann auf der Straße verstehen wollte. Insofern ermöglichen die Tagebuchfragmente insbesondere Einsicht in das, was man die „geistige“ Struktur des deutschen Faschismus im Kampf um die Eroberung der Macht und im Prozeß der Vorbereitung des Krieges nennen könnte.

Auffällig ist demgegenüber die Tatsache, daß die Tagebücher selbst kaum „Neuigkeiten“ und schon gar nicht irgendwelche sensationelle Enthüllungen mit sich bringen. Eine solche Hoffnung war aber von vornherein nicht mit der ebenso langfristig wie sorgfältig vorbereiteten Publikation zu verknüpfen. Dazu ist unser Wissen um die Ziele, das Anliegen und die Politik der deutschen Faschisten viel zu umfangreich und viel zu gründlich abgesichert. Dennoch bedeuten die vier Bände Gewinn für die Detailforschung. Es ist schon wesentlich zu erfahren, wie sich beispielsweise die NSDAP in Goebbels' Denken darstellt. Er sieht sie kaum in ihrer generellen Rolle, eher als Gegenstand von Spott und Ironie, wenn er sich etwa über zu viele Rundschreiben oder über eine „üble Art von Moralpufferei“ beschwert (17. und 21. Januar 1937). Informativ ist seine Aussage, daß Hitler es für

¹ Siehe dazu vor allem Reinhard Kühnl: Ein Kampf um das Geschichtsbild. Voraussetzungen – Verlauf – Bilanz. In: Vergangenheit, die nicht vergeht. Die „Historiker-Debatte“. Darstellung, Dokumentation, Kritik. Köln 1987, S. 200 ff.

notwendig hielt, die Partei auf sieben Millionen Mitglieder zu bringen (22. Oktober 1936), was gegenüber dem Stand vom 1. Januar 1935 fast eine Verdreifachung der Mitgliederzahl bedeutet hätte. Ein Jahr darauf lesen wir jedoch die Klage über ein „sehr ernstes Problem“. Dieses heißt: „Es kommen keine Arbeiter mehr in die Partei ...“ (9. September 1937).

Im Querschnitt dürfte auch gewichtig sein, was er über das deutsche Volk und die faschistische Massenbasis niederschrieb. Sorgfältig registrierte er jede positiv deutbare Stimmungswelle, ohne sie jemals einer tiefgründigeren Betrachtung zu unterziehen. Aufschlußreich sind alle Reflexionen zu den vielfältigen tagesbezogenen Erscheinungsformen der „großen“ Politik. Die Kriegsideologie der Nazis ist ebenso klar erkennbar wie die raffiniert betriebene, nach außen und nach innen gerichtete Friedensdemagogie. Furchtbar scheint die faschistische Rassenideologie auf, auch in ihrem jeweiligen historisch-konkreten Zusammenhang. So heißt es z. B. wenige Tage vor der antisemitischen Pogromnacht von 1938 bei ihm: „Der Jude ist ein Abfallprodukt. Mehr eine klinische als soziale Angelegenheit. Englands Schützlinge. Das müssen wir in unserer Propaganda viel mehr herausstellen.“ Immer wieder äußerte er sich über Filme und Drehbücher, über Künstler und Kulturpolitik. Darin verrät sich viel von seinem Konzept der Propaganda und von den bevorzugten Manipulationstechniken. Mit den vorliegenden Tagebüchern erschließen sich uns auch zahllose Figuren der braunen Barbarei, bekannte und unbekannte. Aus ihnen geht wenig über Hitler hervor, wohl aber ungeheuer viel über das Verhältnis des Tagebuchschreibers zu ihm. Goebbels sah sich im Spiegel Hitlers, genauer: er entnahm diesem, wie er sich selbst darin sehen wollte.

Insgesamt entfaltet sich für den Leser das erschreckende Persönlichkeitsbild einer Figur an der Spitze des faschistischen Herrschaftssystems. Seinem Tagebuch vertraute Goebbels an, wie groß seine Machtbesessenheit war, wie er sich selbst von krankhaftem Ehrgeiz zerfressen fühlte, wie fanatisch er sich in die Arbeit stürzen konnte, ohne sich trotz seines Intellektes auch nur um eine einzige Spur über das System erheben zu können. Stattdessen sonnt er sich in Selbstüberhebung, etwa bei der Nachricht, gegen Hitler, Göring und ihn sei ein Attentat geplant und sogleich der Schutz verstärkt worden. Da schreibt er nieder: „Die anderen sind ungefährdet, weil sie nichts bedeuten“ (17. März 1937). Das Bild seiner Persönlichkeit zeigt sich auch in der Entwicklung seines Verhaltens, die von Martin Broszat mit Recht als „fortschreitende Verrohung“ charakterisiert worden ist.²⁾

Der Nutzen der vorliegenden Bände ist also groß, nicht zuletzt deshalb, weil das rund 3 400 Namen umfassende und größtenteils kommentierte Personenregister unzählige Details erschließen hilft. Eine Kostprobe davon hat unlängst Elke Fröhlich selbst geliefert. Gegen die Memoiren der Leni Riefenstahl (München 1987) konnte sie deren „doppelte Buchführung“ und Legendenschöpfung nachweisen. Ihre durchaus verallgemeinerungsfähige Schlußfolgerung lautete: „Des großen Lügenmeisters Tagebuch hat in diesem Fall mehr Beweiskraft als die 54 Jahre später veröffentlichten Erinnerungen der Regisseurin. Es überführt Leni Riefenstahl der fälschlichen Selbstrechtfertigung und Reinwaschung ... Die Memoiren sind eher eine gefährliche Quelle der Desinformation.“³ Vermag also bereits ein Personenregister viel zu leisten, um wieviel mehr darf der forschende Nutzer auf ein Sachregister hoffen. Vielleicht erscheint es gemeinsam mit dem angekündigten sechsbändigen Teil II, der die Jahre von 1941 bis 1945 umfassen soll. Daß sich eine inhaltliche Kommentierung der Tagebücher von vornherein ausschloß, wie die Hrsgn. in ihrer informativen und lesenswerten Einleitung schreibt (Bd. 1, S. XIX f.), versteht sich angesichts der Fülle an Aussagen und Problemen von selbst.

Nicht zuletzt läßt sich der Nutzen des vorliegenden Werkes auch an den mäkelnden, politisch motivierten Reaktionen in einem Teil der BRD-Presse ablesen. Hierbei erstaunt vor allem, mit welchen durchsichtigen Argumenten z. B. Otto B. Roegge zu „großer Vorsicht“ bei der Benutzung der Bände aufruft.⁴ Natürlich ist es bedauerlich, daß für einige wichtige Zeiträume keine Tagebücher zur

² Zit. nach Claus Heinrich Meyer: Fragmente eines Verrohungsprozesses. In: Süddeutsche Zeitung, 27.8.1987.

³ Zeitschrift für Politik 1988, H. 3, S. 326 ff.

⁴ In: Rheinischer Merkur/Christ und Welt, 1.1.1988 und 4.3.1988. Siehe auch Ralf Georg Reuth: Seltsame Lücken in den Goebbels-Aufzeichnungen Was in den aus DDR-Archiven stammenden Texten fehlt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.11.1987.

Verfügung stehen und möglicherweise überhaupt nicht existieren. Daraus den Schluß zu ziehen, die fragmentarische Überlieferung sei manipuliert und reduziere den Wert des Überlieferten,⁵ läßt auf andere als wissenschaftliche Motive schließen. Die von Roegele benannten wenigen Fehler in der Entzifferung lassen ebenfalls keine Einschränkung des Urteils über die Tagebücher zu, zumal die Hrsgn. zu einigen Punkten überzeugend Stellung genommen hat.⁶ Der hohe Wert der vier Bände bleibt unbestreitbar.

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Hrsg. im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 110, Heft 5/6 – Mai/Juni 1989, Spalte 434-437.

⁵ Roegele hebt vor allem das Fehlen der Tagebücher für die Zeit des Reichstagsbrandes für den Herbst 1938 und für die Monate um den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag hervor und schreibt: „Daß Lücken entstehen, ist nicht verwunderlich; eher kann man sich wundern, wieviel in den Ruinen der Reichskanzlei über Jahrzehnte hinweg erhalten blieb. Aber es muß Verdacht erregen, daß gerade dort die Überlieferung abreißt, wo Goebbels Vorgänge behandelt haben dürfte, an deren Erhellung die Verwahrer und Auslieferer [gemeint sind Dienststellen der UdSSR und der DDR, die das Material für die Publikation zur Verfügung stellten, M. W.] nicht unbedingt Interesse haben.“ Daß es sehr viel mehr und keineswegs nur „belastende“ Lücken gibt, interessiert ihn weniger. Für den zuletzt genannten Zeitraum ist übrigens auch ein Blick in die von Goebbels selbst veröffentlichte Sammlung „Die Zeit ohne Beispiel. Reden und Aufsätze aus den Jahren 1939/40/41“ (München 1941) nützlich: Hier klafft eine Lücke zwischen 15.7. und 5.11.1939, die ja wohl kaum den „Verwahrer“-Interessen zuzuschreiben ist. Es bestätigt sich allein die komplizierte Vielgestaltigkeit der Quellenüberlieferung

⁶ Siehe Rheinischer Merkur/Christ und Welt, 4.3.1988.

Vorwort

Wenn in unserer Zeit geistige Auseinandersetzung stattfindet, stehen im Bemühen um die Sicherung des Weltfriedens auch Probleme von Faschismus und Antifaschismus zur Debatte. Wo über den Faschismus, insbesondere über das nationalsozialistische Regime in Deutschland und seine nicht verjährenden Untaten geforscht, geschrieben, gelehrt und gestritten, wo also Bewältigung dieser Vergangenheit angestrebt wird, da führt kein Weg vorbei an den furchtbaren Geschehnissen, denen Rassismus und Antisemitismus der braunen Barbaren ihren unheilvollen Stempel aufzuprägen vermochten.

In diesem Sinne fand am 27. September 1988 in der Aula der Friedrich-Schiller-Universität Jena eine Veranstaltung anlässlich des 50. Jahrestages der faschistischen Pogromnacht vom 9./10. November 1938 statt. Ein Gedenktag hatte Wissenschaftler, Studenten und Lehrer zusammengeführt. Dieses Gedenken ist weder auf einen Tag beschränkt noch als eine demonstrative Geste gemeint, von der mancher sprechen zu können glaubt, angesichts der Betonung, die wir gegenwärtig auf das Verhältnis zu den jüdischen Bürgern unseres Landes legen.

Obwohl ein halbes Jahrhundert vergangen ist und uns auch von dem trennt, was der Pogromnacht folgte und von den Tätern absichtsvoll „Endlösung“ genannt wurde: Die Erinnerung brennt nach wie vor! Mit Entsetzen, Empörung und auch voller Scham blicken wir zurück auf das, was im Namen des deutschen Volkes und leider auch von allzu vielen Angehörigen des Volkes vollbracht wurde.

Ein vielgestaltiges Ursachengeflecht gilt es dafür zu erhellen. Breit, gewichtig und viele Jahrhunderte umfassend ist daher das Thema formuliert.

Von weltgeschichtlichen Zusammenhängen gilt es zu reden, von den Triebkräften des faschistisch-rassistischen Antisemitismus, von Geschehnissen in unserer Region ebenso wie von Erscheinungen in der Geschichte unserer Stadt und unserer Universität.

Der Blick auf die ganze Geschichte des Antisemitismus eröffnet den Zugang zu Dimensionen und zugleich zu Alternativen menschlicher Haltungen und Handlungen im Umgang mit vermeintlichen Fremden, mit Menschen anderer Traditionen und religiöser Bekenntnisse. Wenn wir mit Abscheu und Grauen an die Verfolgungen und Greul erinnert werden und nicht vergessen dürfen, so muß unser Erinnern auch jenen Zeiten und Menschen gelten, denen antijüdische Einstellungen fremd waren, die solche überwinden halfen und die in der Zeit der braunen Barbarei mit mutigem Einsatz den Gedanken und die Hoffnung auf Menschlichkeit, Vernunft und Toleranz nicht völlig dem Untergang preisgaben. Was wir wirklich begreifen und erklären können, läßt sich bekämpfen, verhindern, überwinden. Neuen Gefahren kann – mit größeren Aussichten auf Erfolg – auch mit alten und nicht veraltenden Erfahrungen begegnet werden. Dazu gehört vor allem, daß jeglicher Antifaschismus, von dem unser Land von Grund auf geprägt ist, auch einen konsequenten Antirassismus beinhaltet. Dies mündet in die Überzeugung, daß das Bloßlegen historischer Wurzeln und das Bewahren aller Traditionen des antifaschistischen Ringens helfen können – nein: helfen müssen, eine Zukunft in Frieden, ohne Faschismus und Rassismus zu verwirklichen.

Judenhaß und Judenmord – Unerklärlich! Unbegreiflich? Beiträge einer Veranstaltung der Friedrich-Schiller-Universität Jena und des Bezirkskomitees Gera der Historiker-Gesellschaft der DDR am 29. September 1988. Jenaer Reden und Schriften, 1990. Friedrich-Schiller-Universität, S. 4-5.

1918-1939-1949: Jahrhundertssschritte deutscher Geschichte

Ursprünge und Alternativen

(Vortrag in der Sonntagsuniversität der Friedrich-Schiller-Universität am 1. Oktober 1989)

Mitunter kommt es mir so vor, meine sehr verehrten Gäste der heutigen Sonntags-Universität an der *Alme mater Jenensis*, als sei unser Bild über die Geschichte vorrangig vom Facettenreichtum häufiger Gedenk- und Feiertage sowie von einer arg spezialisierten Behandlung jeweils erinnerungsträchtiger Anlässe geprägt. Häufig genug fordern mehr oder auch weniger runde Daten, kabbalistisch faszinierende Zahlen historisches Wissen heraus, aber ein Wissen lediglich um einzelne Ereignisse, Tatsachen und Personen. Solche Annäherung an die Geschichte birgt Gefahren in sich. Sie unterliegt – beinahe notgedrungen – Konjunkturen und sonstigen Schwenkungen. Sie baut, da Platz und Gelegenheit zur Darstellung stets begrenzt sind, künstliche Schranken zwischen zusammenhängenden Erscheinungen auf, verwischt Vorder- und Hintergründe, vereinzelt und vereinfacht. Ursprünge und Fundamente geraten in ein gleisendes Licht von Zwangsläufigkeit: So und nicht andere habe alles kommen müssen ... Alternativen und Entwicklungsvarianten verschwimmen und tauchen allenfalls im Range eines Scheinproblems auf. Die tatsächlich vorhandene Pluralität der geschichtlichen Alternativen kommt kaum zur Geltung. Selbstverständlich sind es nicht allein Feststellungen und Befürchtungen dieser Art, die mich heute den Versuch – und nehmen Sie bitte diesen Ausdruck ganz wörtlich: den Versuch – wagen lassen, drei jubiläumsträchtige Jahreszahlen in den Rahmen unseres Jahrhunderts, unseres sich neigenden, wenngleich noch nicht völlig ausgeschrittenen und dennoch bereits zu Bilanzen herausfordernden 20. Jahrhunderts einzuordnen.

Die drei Zahlen – 1918, 1939, 1949 – entstammen alle der ersten Hälfte des Säkulums, über das insgesamt wegen seines herausragenden Platzes in der Jahrtausende umfassenden Menschheitsgeschichte noch viel zu sprechen sein wird. Dennoch ist gerade von jenen Ereignissen, für die sie symbolisch stehen, die ihnen folgende Geschichte der Deutschen in einem Maße beeinflusst worden, wie man es sich kaum vorzustellen vermag, vor allem nicht in einer Situation, in der Gegenwartsorgen so mannigfaltig dominieren und so manche der bisherigen Gewißheiten um die Zukunft völlig neu zu befragen sind.

Wenn in unserem neuen und an Problemen so reichhaltigen Studienjahr an den Anfang der Jenaer Sonntags-Universität die Vorlesung eines Historikers gestellt worden ist, dann haben die im allgemeinen kaum zu vermeidenden Zufälligkeiten vermutlich eine untergeordnete Rolle gespielt. Es war wohl eher der um die Zukunft besorgte Blick zurück in die Geschichte, der die Organisatoren dazu veranlaßte, der vielleicht auch Sie, meine Damen und Herren, in das heutige Auditorium lockte und der selbstverständlich notwendig, ja unentbehrlich ist, wie ich es zufrühbewußt meinen möchte. Ohne den Blick zurück ist nun einmal der Weg nach vorn nicht zu suchen. Ohne historische Besinnung kann bewußtes, verantwortungsvolles und wirksames Handeln für Gegenwart und für kommende Zeiten nicht gewonnen werden.

Wenn also Historiker gefragt sind, wenn – wie man in unseren Tagen ohne Übertreibung sagen darf – sich die Geschichtswissenschaft im Aufwind gesellschaftlicher Bedürfnisse befindet, dann steckt keinerlei Zufälligkeit dahinter. Wo immer neue Wege in das nächste Jahrhundert gesucht und erkundet werden, da wird mit Ernst und Bedacht über geschichtliche Probleme debattiert, auch über solche, die alle bereits gelöst glaubten, als klar und unverrückbar beantwortet ansahen. Wieder einmal zeigt sich: Zukunftsplanung enthält stets ein gutes Stück Vergangenheitsbewältigung. Fragen an die Geschichte dienen immer dem Heutigen sowie unserem Morgen und übermorgen. Fragen an die offenen, bislang ungeklärten und verdrängten Probleme von gestern gleichen im besonderem Maße der Suche nach einigermaßen gesicherten Pfaden in das Unbekannte der Zukunft.

Und so findet denn gerade heute und eigentlich überall ein Streit statt über die Geschichte. Er berührt zunächst die Geschichte, wie sie nun einmal verlaufen und wie sie von Historikern wahrheitsgemäß zu rekonstruieren ist. Dabei schält sich mit der Darstellung der Fakten zugleich eine Vielzahl von Ursprüngen heraus. In der Menge der kausal wirkenden Faktoren erwiesen und erweisen vor

allem antagonistische Widersprüche. Gegensätze. Mißverhältnisse, Konflikte und auf dieser Grundlage die Klassenkämpfe ihre drängende Triebkraft. Widersprüche und Kämpfe sozialer Gruppen gibt es nun einmal, ob wir wollen oder nicht, ob es uns gefällt oder nicht, ob wir sie darstellen oder verschweigen. Ohne sie existiert keine Geschichte, ohne sie werden weder Gegenwärtiges noch Zukünftiges zu Geschichte geraten können.

Historische Entwicklung und historischer Fortschritt als die das Fortschreiten der Gesellschaft ermöglichenden Voraussetzungen lassen sich mit konfliktreichen Obergängen zu jeweils neuen Tätigkeiten und gesellschaftlichen Zuständen vergleichen. Der große Grundgedanke Hegels sei, so faßte es Friedrich Engels in seine Worte, der, daß die Welt nicht als ein Komplex von fertigen *Dingen* zu fassen ist, sondern als ein Komplex von *Prozessen*, worin die scheinbar stabilen Dinge nicht minder wie ihre Gedankenabbilder in unserem Kopf, die Begriffe, eine ununterbrochene Veränderung des Werdens und Vergehens durchmachen, in der bei aller scheinbaren Zufälligkeit und trotz aller momentanen Rückläufigkeit schließlich eine fortschreitende Entwicklung sich durchsetzt ...¹

In der Geschichte findet stets Bewegung, Veränderung, Entwicklung statt. In ihr vollziehen sich große und kleine Schritte voran wie zurück, gibt es Zwischenschritte und auch Jahrhundertschritte. Letztere sind zweifellos nicht allein deshalb groß zu nennen, weil sie sich an erheblichen quantitativen Kriterien messen lassen oder weil sie etwa zu lupenreinen Veränderungen und kristallklaren Lösungen geführt hätten. Auch Jahrhundertschritte drohen vor innerer Widersprüchlichkeit zu beraten, wie dies die so bezeichnete und bezeichnende Figur Wolfgang Mattheuers auf der letzten Kunstaussstellung der DDR sinnfällig auszudrücken vermochte: Den linken Arm erhoben, die Hand zur Faust geballt, der rechte Arm zu jenem Gruß ausgestreckt, der sicher für immer an die 12 Jahre einer für 1000 Jahre geplanten faschistischen Herrschaft erinnert, das linke Bein angewinkelt, im rot gestreiften Barras-Stiefel stockend, das rechte und goldene von weitausschreitendem Gestus. Sicher steht jedem das eindrucksvolle Bild noch vor Augen, der diese bronzene Figur in ihrer so qualvollen Zerrissenheit zwischen dem bereits in Gang Gebrachten, Verwirklichten und dem immer noch Gegenwärtigen aus düsterer Vergangenheit, dem noch nicht Erreichten bietet. Mattheuer meinte sicher mehr als einer seiner Interpreten, der da mit Recht und doch etwas leichthin von sich gab: „Der erste Schritt ist getan“. Das Menschliche an unserem Jahrhundert, so äußerte sich ein anderer wohl zutreffend, breche den verkrusteten Panzer, die Verkrüppelung des eigenen Körpers auf. Und zugleich provoziere der kleine, eingezogene Kopf die von Beunruhigung keineswegs freie Frage, ob er wohl alle notwendigen Veränderungen zu steuern, zu bewältigen in der Lage ist. Es sind also die entscheidend-einschneidenden und zugleich widerspruchssprallen Schritte unseres Jahrhunderts, die größte und auf die Komplexität aller Zusammenhänge orientierende Aufmerksamkeit verdienen. In ihnen zeigt sich die ganze Geschichte. Streit über sie bedeutet Streit über die wohl ewig zu stellende Frage, warum sie sich so und nicht anders vollzogen hat. Noch mehr Streit gibt es allerdings über die nicht vollzogene Geschichte. Lassen Sie sich bitte von der scheinbaren Widersinnigkeit eines solchen Begriffs „nicht vollzogene Geschichte“, von seiner sprachlichen Unvollkommenheit nicht ablenken, mir in den Gedankengängen zu folgen. Was ich meine, das sind jene Varianten geschichtlicher Entwicklungswege, die nicht realisiert werden konnten. Ich denke an alternative, an unterschiedliche und entgegengesetzte Entwicklungsmöglichkeiten, die es zu allen Zeiten und in allen Gesellschaften gab und gibt. Deren Behandlung steht heute vielfach im Vordergrund, ja sie gewann sogar enorm an Gewicht für alle geistigen und politischen Auseinandersetzungen unserer Zeit. Dies sollte keinen erschrecken. Natürlich nehmen heute gerade die epochebezogenen und auf die Jeweiligen Systeme gerichteten Alternativfragen mehr und mehr Raum ein, und zwar in Jenem Maße, in dem – anders als bisher gedacht – ein wesentlich größerer Zeitraum für die große und alles andere überwölbende formationsbezogene Gesellschaftsalternative ins Auge zu fassen ist.

Jede historische Alternativfrage kann daher nützlich und sinnvoll sein. Wirklich produktiv ist sie besonders dann, wenn sie Jenseits einer schlicht spekulativen Frage Was wäre, wenn ...? erfolgt, wenn sie sich nicht gegen das Fortschreiten der Menschheit richtet. Sie kann produktiv sein, wenn

¹ Friedrich Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. In: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 21, 6. 293.

sie nicht an den geklärten, an den von der Geschichte selbst entschiedenen Fragen vorbeigeht, wenn sie die logische Einheit des möglichen Geschehenen und der nicht geschehenen Möglichkeiten wahr, wenn sie von Gewonnenem ausgeht und so nach dem neuen Gewinnbaren strebt. Immer haben wir mittels solcher Grundsätzlichkeit und fern von pragmatischer Historisierung der Tageserfordernisse eine Präzisierung und Vervollständigung unseres Bildes von der Geschichte angestrebt; immer durften Relativierung, Reduzierung oder gar ersatzlose Streichung von weltanschaulich-theoretischen Grunderkenntnissen nicht unser Fall sein.

Welches sind aber, nach den bisherigen allgemeinen Bemerkungen, jene konkrete Fragen, die im klärenden Ringen um das Problem von geschichtlicher Alternativität für mich im Vordergrund stehen? Es handelt sich um solche Alternativmöglichkeiten der deutschen Geschichte, die sowohl mit den ins Thema aufgenommenen Jahreszahlen als auch mit einer Reihe wesentlicher Gegenwartsfragen untrennbar verknüpft sind und die unvermeidlich auch mögliche Entwicklungsrichtungen der sich um uns herum verändernden Welt betreffen.

Des Jahr 1918, genauer gesagt: der 9. November dieses Jahres als Tag des Beginns der ersten antiimperialistischen Volksrevolution auf deutschem Boden, enthielt die eindrucksvolle Antwort großer Teile der werktätigen Massen auf den ersten Weltkrieg und stellte dessen Verursachern die Machtfrage. Der Ausbruch des Krieges vor nunmehr 75 Jahren – seine imperialistischen Ursprünge liegen unbezweifelbar auf der Hand, für jeden erkennbar und einsichtig – unterlag aus meiner Sicht kaum der Frage nach einer realen historischen Alternative. Dieser Krieg, den ein bürgerlicher Essayist durchaus treffend als den letzten des 19. Jahrhunderts bezeichnet hat, war in vieler Hinsicht unvermeidbar. Alle beteiligten Mächte hatten auf ihn hingewirkt. Es war ein von vielen Seiten gewollter Krieg. Eine reale Möglichkeit seiner Verhinderung dürfte es kaum gegeben haben. Unwahrscheinlich war anfangs auch die Möglichkeit seiner Umwandlung in einen revolutionären Krieg, entsprechend dem Liebknechtschen Motto vom Hauptfeind der Arbeiterklasse, der im eigenen Lande stehe. Zumindest 1914 und in den ersten Jahren dieses Krieges stand eine solche Losung keineswegs unter einem günstigen Stern. Den Antikriegs-Beschlüssen wichtiger Kongresse der II. Internationale und dem Sehnen breiter proletarischer Massen waren die sozialdemokratische Bewilligung der Kriegskredite und ähnliche Entscheidungen in anderen Ländern gefolgt. Durch Deutschland dröhnte aufwallendes Hurra-Geschrei und gellte das unfriedliche Parolen-Geplapper in der Art „Jeder Schuß – ein Russ’!“, „Jeder Stoß – ein Franzos! und „jeder Tritt – ein Brit’!“. Später priesen die Nazis gerade dies als die deutsche Revolution, als frühen Ausdruck ihres Nationalsozialismus, als Vorbild für eine vergleichbare Situation ...

Meine Damen und Herren!

Erst mit der Oktoberrevolution, genauer: mit ihrem Sieg traten auf den Schauplatz praktischer Geschichte bis dahin lediglich theoretisch erwogene Alternativmöglichkeiten größeren Ausmaßes. Ja, ich verwende bewußt den Plural: Möglichkeiten. Real war nunmehr die eine, die große Alternative geworden, in der sich der Fortschritt der Menschheit durch das Voranschreiten zu einer neuen sozialökonomischen Gesellschaftsformation vollziehen konnte: Statt Imperialismus – Sozialismus; statt Krieg – Frieden, ein demokratischer Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, wie damals formuliert wurde; statt politischer Macht von Ausbeutern und Unterdrückern – politische Macht von Ausgebeuteten und Unterdrückten; statt bürgerlicher Herrschaft – sozialistische Demokratie.

Gleichzeitig taten sich neben dieser formationsbezogenen Grundalternative sowie mit dieser vielgestaltig verwoben auch andere Alternativmöglichkeiten auf, und zwar solche, die sich auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse zu entfalten vermochten, in welche Richtung auch immer. Zu dem bisher im Kapitalismus gewöhnlichen „Siegfrieden“, dem Frieden des Siegers, der den Besiegten diktiert wurde, trat der Gedanke eines Verständigungsfriedens“. Und weiter: Republik statt Monarchie, bürgerlich-demokratischer Parlamentarismus statt parlamentsverbrämtem Halbabsolutismus wilhelmscher Prägung, proletarische Koalitionsfreiheit und Tarifrecht der Werktätigen statt unumschränkter Herr-im-Hause“-Standpunkt der Unternehmer. Gewiß, dies alles – und noch vieles mehr, das hier nicht im einzelnen zu benennen ist – war unvollständig, begrenzt, ambivalent. In allem verkörperte sich jedoch ein Stück historischer Fortschritt, ein Schritt voran. Modern und mit den Worten einiger Philosophen unseres Landes formuliert: Ein Schritt voran zum Fortschritt der Mensch-

heit, der als solcher zu sehen, zu werten ist, wenngleich in ihm der Formationsfortschritt der menschlichen Gesellschaft noch verborgen bleibt.²

Man mag diese Alternativen als klein gegenüber derjenigen zwischen Sozialismus und Imperialismus bezeichnen – von einer geringeren Geschichtswirksamkeit darf jedoch auf keinen Fall gesprochen werden. Das für unser Jahrhundert so charakteristische, mit den damaligen Revolutionen ins Leben getretene neuartige Nebeneinander und Gegeneinander von zwei Gesellschaftsformationen war folgenreich. Wenngleich eine von ihnen zunächst noch nicht viel mehr als eine um ihre nackte Existenz ringende staatsgewordene Idee darstellte, regte sie dennoch und sicher ungewollt an, was vielleicht eine stimulierte Produktivkraftentfaltung der alten Gesellschaft zu nennen wäre und vielfältige Aktivitäten zur Gewinnung eines stabilen politischen Einflusses unter den werktätigen Massen einschloß. Neue Antworten auf drängende Probleme wurden dieser Gesellschaft unerwartet möglich. Mit offensiver Kraft vervielfältigte sie trotz historischer Defensivposition nach dem ersten Weltkrieg einige der in ihr ruhenden alternativen Möglichkeiten. Das alles erhöhte wiederum die Verantwortung der geschichtlich Handelnden, aller Regierungen, Parteien, Persönlichkeiten. Und selbstverständlich, obgleich nicht zwangsläufig, wuchsen ebenso die Gefahren, solcher Verantwortung nicht gerecht werden zu können. Doch dazu möchte ich mich gern an anderer Stelle äußern. Lassen Sie mich bitte zunächst den Gedanken, daß unser Jahrhundert gleichsam von einer geschichtlich verdoppelten Alternativität geprägt sei, noch etwas weiter verfolgen. In zahlreichen bedeutungsschweren sowie in weniger bedeutungsschwangeren Ereignissen und Prozessen wurde die unaufhebbare Widersprüchlichkeit zwischen den Hauptklassen Bourgeoisie und Proletariat verstärkt. Zugleich verknüpften sich neue und andere Widerspruchsebenen mit dem Grundantagonismus der bürgerlichen Gesellschaft, diesen überlappend, kreuzend oder zeitweilig sogar überdeckend.

Nehmen wir die Novemberrevolution, in der ich den ersten Schritt säkularen Ranges voran in der Geschichte der Deutschen sehe. Von vielen der früheren Jahrhunderte gefügt, monarchisch-dynastische Staatsprinzipien verschwanden von einem Tag zum anderen ins politische Nichts. Unter dem gewaltigen Revolutionsdruck scheiterte jeder Versuch, den Krieg irgendwie fortzusetzen. Die kämpfenden Massen errangen auf einen Schlag mehr politische Freiheiten und soziale Rechte, als ihnen die Herrschenden – auch die reformwilligsten unter ihnen – jemals zuzugestehen bereit gewesen waren. Auf dem Boden ihrem Ringens erwuchs, was mit Fug und Recht als eines der wichtigsten Resultate der Revolution charakterisiert worden ist: die Formierung revolutionärer proletarischer Kräfte zu einer eigenständigen Partei. Als im Dezember 1918, insbesondere auf dem ersten Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte die Entscheidung in der Machtfrage zuungunsten der proletarisch-revolutionären Forderung „Alle Macht den Räten!“ und zugunsten eines Wahltermins für die allgemeine verfassungsgebende Nationalversammlung gefallen war, kam die junge Kommunistische Partei nicht umhin, für ihr Ringen um den vermeintlich nur geringfügig in die Ferne gerückten Sozialismus auf deutschem Boden nach neuen Schritten, Mitteln und Methoden zu suchen. Ohne Preisgabe des Zieles und der vielfältigen Revolutionsergebnisse galt es, Position zu gewinnen in zweifellos nun vielgestaltig-alternativ zu beantwortenden Fragen: Wenn sich das bürgerlich-parlamentarische Herrschaftssystem der Weimarer Republik durchsetzt, wieviel an bürgerlicher Demokratie und für wieviele soll ein Höchstmaß an erreichbarer Demokratie gewonnen werden? Wenn die politischen Arbeiter- und Soldatenräte, die Machtorgane der Revolution, im neuen Staat zu Betriebsräten umfunktioniert werden sollten, welches Maß an Rechten auf praktische Mitbestimmung sollte dann für sie angestrebt werden? Wie sollte mit den Mitteln des Weimarer Staates und auf der Grundlage seiner Verfassung – von der übrigens in der imperialistischen Welt durchaus gesagt werden konnte, sie sei die freieste und demokratischste – für den Erhalt und die Sicherung, insbesondere jedoch für den Ausbau der im November 1918 errungenen politischen und sozialen Rechte der deutschen Arbeiterklasse gekämpft werden?

Wir wissen um die Vielzahl hervorragender Leistungen der Partei in den zwanziger Jahren. Sie war eine für den grundsätzlichen Fortschritt des Jahrhunderts kämpfende sowie zugleich eine im tatsächlichen Fortschreiten für den Progreß lernende Partei. Das machte ihr Wesen, die Grundlage

² Siehe Frank Rupperecht: Formationsfortschritt und Menschheitsfortschritt in unserer Epoche. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, H. 1/1989, S. 1 ff.

ihrer Erfolge aus. In ihrer Stellung zur Weimarer Republik galt vorrangig, was Clara Zetkin bei einem der ersten Auftritte deutscher Kommunisten im Reichstag programmatisch erklärt hatte. Ich bitte um Entschuldigung, wenn das Zitat etwas länger gerät, doch es entlohnt durch seinen Gedankenreichtum. Es heißt also bei Clara Zetkin: „Diese Republik ist das Werk des Proletariats. Sie ist erkaufte und bezahlt mit dem Leben von Hunderttausenden Proletariern, die auf dem Schlachtfelde des Imperialismus im Westen und Osten gefallen sind, sie ist erkaufte mit den Schmerzen und Qualen der Verwundeten, der Krüppels sie ist erkaufte und bezahlt worden mit den Leiden und Entbehrungen, die die Frauen der Arbeitermassen während des Krieges in der Heimat erduldet haben. Daß sie bis jetzt besteht, ist letzten Endes auch die Tat des Proletariats, Aber die Republik, wie sie ist, kann nicht das Ziel, die Erfüllung des proletarischen Kampfes sein, sie hat bis heute nicht den sozialen Gehalt bekommen, der sie erst wirklich dem Herzen des Proletariats teuer zu machen vermochte. Trotzdem sind die Arbeiter – ich darf wohl sagen. ohne Unterschied der Partei – fest entschlossen, die Republik als einen politischen Fortschritt gegen ihre Feinde zu verteidigen und zu schützen – wenn es sein muß mit dem Einsatz ihrer Freiheit, ihres Blutes, ihres Lebens.“³

Letzteres, meine Damen und Herren. stand allzubald auf der Tagesordnung des Weimarer Alltags. Es zeigte sich, daß Fortschritt in Grenzen und auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft ein sehr verletzlicher und schwer zu hütender Fortschritt ist. Stagnation und Abbau der Revolutionsergebnisse wurden möglich. Im Kampf um Tagesinteressen der Werktätigen wurden deren grundlegende Zukunftsinteressen hinten gestellt. Rechtsentwicklung und Aufstieg von immer rabiateren Rechtskräften ließen die Weimarer Verfassung bereits an der Wende von den zwanziger zu den dreißiger Jahren, In der Zeit der katastrophalen Weltwirtschaftskrise zu einem Stück wenig beachtete ton Papiere werden. Die Lehren sind eindeutig, auch die bitteren Erfahrungen eigener Schwäche bei Mißachtung der Notwendigkeit einheitlicher Reihen in der gesamten Arbeiterbewegung: Wer voranschreiten wollte (und will!) in der Auseinandersetzung mit den Gegnern der Arbeiter und anderer werktätiger Massen, der benötigte (und benötigt!) eine ausgeprägte dialektische Sicht auf die innere Einheit von Möglichkeit und Wirklichkeit in der geschichtlichen Bewegung. Denn diese birgt stets ein dynamisches, variationsfähiges. allerdings nicht beliebig zu entfaltendes Potential in sich.

Bewußtsein darüber ist also nötig, daß einerseits der Gang der Geschichte *innerhalb* gegebener objektiver Bedingungen erfolgt, er andererseits jedoch verschiedene Möglichkeiten seiner Gestaltung im einzelnen und besonderen enthält. über die schließliche Realisierung einer dieser Möglichkeiten entscheiden nicht nur die objektiven Gegebenheiten. sondern auch subjektive Faktoren. Alternativen haben daher wesentlich das Verhalten der denkenden und handelnden sozialen Kräfte zum Bezugspunkt. Bei gegebenen objektiven Bedingungen sind Alternativen vor allem Ausdruck eines jeweils anderen Verhaltens der beteiligten Klassen, Gruppen, Parteien, Persönlichkeiten. Verantwortliches Handeln für die Geschichte bedeutet daher wohl immer, sich in der Politik und bei allen Maßnahmen nicht ausschließlich auf eine Möglichkeit einzustellen. In der Praxis des Klassenkampfes würde dies – wie der Philosoph Gottfried Stiehler, den die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät vor wenigen Tagen mit einer Ehrendoktorwürde auszeichnete, 1981 warnend hervorhob – „zur Vernachlässigung der Verschiedenheit der Kampfformen führen und außerdem verhindern, sich rechtzeitig und erfolgreich auf jähe Wendungen im Vorlauf der sozialen Kämpfe einstellen zu können.“⁴ Wenn aber Entscheidungen fallen, dann tritt auch mehr oder weniger offen zutage. daß es oft die günstige Alternative nicht gibt. Jede der zu wählenden Möglichkeiten besitzt Vor- und Nachteile. Dies belastet den Weg der Entscheidungsfindung mit mancherlei Schwierigkeiten – sind doch mannigfaltige Interessen, Bedingungen, Nah- und Fernwirkungen zu berücksichtigen.

Dies alles gilt keineswegs allein für die deutsche Geschichte und für das Ringen der deutschen Arbeiterbewegung nach dem Jahrhundertschritt von 1918. Das neue und vielfältigste Problem geschichtlicher Alternativität zeigte sich nach meiner Auffassung ebenso in der für die junge Sowjet-

³ Clara Zetkin: „Gegen das Gesetz zum Schutz der Republik“, 1. Oktober 1921. In: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. II, Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923, Berlin 1960, S. 336.

⁴ Gottfried Stiehler: Dialektik und Gesellschaft. Zur Anwendung der Dialektik im historischen Materialismus, Berlin 1981, S. 127 f.

union wie für die internationale kommunistische Arbeiterbewegung während der zwanziger Jahre zentralen Frage: Weltrevolution oder Aufbau des Sozialismus in einem Land? Das war eine Alternative, aus der sich für mich zahlreiche Erscheinungen des Mißverhältnisses von hervorragender sozial-ökonomischer Entwicklung einerseits und offensichtlicher Deformationen des politischen Systems andererseits ableiten lassen. War darin nicht zugleich die Frage eingeschlossen, bis zu welcher Konsequenz in einer einmal eine geschlagene Richtung gegangen werden darf, um sozialistischer Macht *und* sozialistischem Ideal zu entsprechen?

Das uns für das gesamte 20. Jahrhundert bewegende Alternativitätsproblem lag während der dreißiger Jahre in der Frage: Bündnis aller antifaschistischen Kräfte und nichtfaschistischen Staaten in einem System der kollektiven Sicherheit oder unaufhaltsamer Weg in den vom deutschen Faschismus beabsichtigten, geplanten und schließlich auch entfesselten zweiten Weltkrieg? Natürlich stand diese Frage vor den handelnden Akteuren in einer Zeit, die sich selbst dem Wissenden von heute als ein nur schwer zu entwirrendes Geflecht von Nachkriegs-, Zwischenkriegs- und Vorkriegszeiten, von Klassenkämpfen und nationalen Konflikten darstellt. Was hätte ihre richtig-rechtzeitige Beantwortung bewirken können! Aber leider entstand die Antihitlerkoalition erst 1941, begannen Volksfrontbewegungen erst und opferreich während des Krieges wirksam zu werden, kam es zum 1. September des Jahres 1939, der sich als ein Jahrhundertschritt ganz eigener Art und Folgen herausstellte.

An diesem Tag und an seine Ursprünge immer und immer wieder zu erinnern, ist dringliche und stets wahrzunehmende Pflicht. Kriegsursachenforschung stellt sich gerade heute als eine Aufgabe ersten Ranges dar. In beinahe irritierender Vielfalt stehen fünf Jahrzehnte danach aktuelle Fragen zum Jahr 1939 im Raum, aufgeworfen häufig von jenen, die alle Wurzeln des zweiten Weltkrieges und seiner Entfesselung auf die letzten Wochen und Tage des Monats August 1939 und allenfalls noch auf Hitlers pathologisch deutbare Kriegstreiberei begrenzt wissen möchten.

In zahlreichen gegenwärtigen Debatten wird die Betonung häufig auf den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939, seine Zusatzvereinbarungen und die Folgeabkommen gelegt. Fast könnte man von einer Gretchenfrage sprechen, ob denn Hitler seine Kriegspläne von der sowjetischen Entscheidung abhängig gemacht hat oder hätte. Es gibt dafür keinerlei Anzeichen! Es wäre außerdem sehr ahistorisch, heute nicht mehr wiesen zu wollen, was in Nürnberg vor dem Gericht der Völker aktenkundig erwiesen und bewiesen worden ist. Keine Präzisierung, Vervollkommnung und Erweiterung unseres historischen Wissens vermag die entscheidende Verantwortung zu schmälern oder gar aufzuheben, die der deutsche Imperialismus auf sich geladen hat. Nein, alle Forschungen zu der seither die überlebenden und Betroffenen bewegenden Frage, weshalb sich ausgerechnet die vom deutschen Faschismus betriebene Variante eines geschichtlichen Weges realisieren konnte, haben langfristigen Prozessen und dem Kontext des 20. Jahrhunderts zu gelten.

Demgegenüber läuft heute manche Meinungsäußerungen zum 50. Jahrestag der Entfesselung des zweiten Weltkrieges nicht einmal mehr auf das hinaus, was beispielsweise 1985 noch mit dem Bitburger Spektakel der Versöhnungsgeste Kohls und Reagens vor SS-Gräbern als Gleichstellung von Tätern und Opfern beabsichtigt war. Manches zielt heute wohl darauf, die wirklichen Täter als die eigentlichen Opfer hinzustellen: Ohne Stalin, so der Tenor mancher oft moralisierenden Botschaft, kein Hitler, ohne die UdSSR kein zweiter Weltkrieg!

Solche Thesen aus unserer Auseinandersetzung mit der Geschichte herausnehmen zu wollen, macht wenig Sinn. Denn tatsächlich existieren unbeantwortete Fragen. In der Regel handelt es sich um solche, von denen jeder Kenntnis hatte, also um alte Fragen, die nicht zuletzt deshalb neu daherkommen können, weil allzu lang gegen eine schlichte Erkenntnis verstoßen worden ist, die da besagt, daß an geschichtlichen Wahrheiten kein politischer Weg vorbei führen kann. Zweifellos gehört zu diesen Wahrheiten, daß die Bereitschaft der sowjetischen Regierung, in einer für sie alternativen Situation einen Nichtangriffsvertrag mit dem faschistischen Deutschland abzuschließen, den unmittelbaren Weg zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges erleichtert hat, Ich vermeide bewußt den Begriff der Ermöglichung, der mitunter auch verwendet wird. Aber selbst dann, wenn „nur“ von Erleichterung die Rede ist, sind Undeutlichkeiten und interpretationsbedürftige Ansätze nicht zu übersehen. Darunter wäre sehr viel an geschichtswirksamen Faktoren zu fassen, z. B. direkte Unter-

stützung und indirekte Schützenhilfe ebenso wie bewußte Verletzung und leichtfertige Preisgabe eigener Normen und Positionen. Darunter könnten risikovolle Ermunterung und leichtsinniges Gewährenlassen verstanden werden wie auch eine Notlösung oder eine verabsolutierende Überhöhung des Versuchs, aus der Not eine dann selbstverschuldete alternativlose Tugend machen zu wollen.

Historiker haben also noch viel zu tun, sowohl empirisch-quellenmäßig als auch geschichtstheoretisch! Letzteres gilt wohl in besonderem Maße angesichts des wachsenden Wissens um die damals geheimen Elemente sowjetischer Außenpolitik sowie um die Stalinschen Verbrechen am Sozialismus. Und es gilt ebenso angesichts des neuerlichen Anwachsens totalitarismustheoretischer Deutungen des Jahrhunderts, der neuen Möglichkeiten und aller stimmungsgewaltig formulierten Versuche, unser Bild von der Geschichte als falsch hinzustellen. Nicht zu verdrängen sind nun einmal solche Erscheinungen wie die offensichtliche Janusköpfigkeit des Terrors als eines Mittels politischer Auseinandersetzungen hier wie da, sind die Ähnlichkeiten des Denkens imperialistischer und sozialistischer Politiker während der dreißiger Jahre in Kategorien von militärischer Gewalt und des Krieges – letzteres ohne Berücksichtigung seines Funktionsverlustes für die Politik, der er in ihrer Fortsetzung zum Erfolg verhelfen sollte. Unverkennbar sind ferner bestimmte Gleichheiten in gewissen Denkstilen, Ähnlichkeiten in der Verwendung diplomatischer Mittel oder auch völkerrechtsfeindlicher Methoden.

Die durch ihr Wesen bestimmten Unterschiede von Gesellschaftssystemen heben die Tatsache nicht auf, daß es einander gleichende oder ähnelnde Formen ihrer Machtrealisierung gibt. Verbrechen bleiben Verbrechen, unter welchem Vorzeichen auch immer. Nationalismus und Großmachtpolitik reichten sich gegen andere Nationen, gleich wer sie betreibt. An solchen Tatsachen ändert sich auch nichts, wenn sie zu einer – mir völlig fern liegenden – Deutung der Geschichte benutzt bzw. mißbraucht werden, wie das beispielsweise in der Kennzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages als eines Paktes“ aufscheint, der zwischen „Teufel und Satan“ abgeschlossen worden sei.

Nein, eine auf das Wesen zielende Gleichstellung gleichartiger Erscheinungen verbietet sich. Faschistisches Verbrechen unterscheidet sich in dieser Hinsicht eben doch von den Stalinschen Repressalien. Das eine erfolgte gleichsam in vollendeter Perfektion einer vorhandenen, gegebenen Entwicklungslinie, das andere in offensichtlichem Verstoß gegen die eigene Gesellschaftskonzeption; das eine war Programm, das andere erfolgte dem Programm zuwider, vermeintlich im Ringen um dessen Realisierung und Sicherung, das eine erfolgte im Zeichen einer Ideologie, in der Gewalt und Terror dominierten, in der betrügerische Demagogie zum Prinzip konstituiert worden war, das andere im Zeichen einer – natürlich durch nichts zu entschuldigenden – Verletzung sozialistischer Ideale und Werte.

Es wäre zu leicht, sich mit letztlich nur moralisierenden Urteilen abfinden zu wollen. Zu fragen ist auch in diesem Zusammenhang nach den Ursprüngen. Lassen Sie mich bitte einen – einen von vielen – benennen, genauer: zur Diskussion stellen. Ich halte es für notwendig, bei Erklärungsversuchen zu den Ursachen komplizierter Erscheinungen hier wie da nicht bei einem Verweis auf die objektiv gegebenen und das jeweilige Gesellschaftssystem prägenden Wesensunterschiede stehen zu bleiben. Zu fragen wäre vielleicht nach gemeinsamen Wurzeln. In diesem Sinne würde ich Ähnlichkeiten und Gleichheiten bestimmter Erscheinungsformen der Politik unterschiedlicher Klassenkräfte als Ausdruck einer klassen- und systemübergreifenden Gleichzeitigkeit oder einer historischen Zeitgebundenheit sehen wollen.

Liegt nicht z. B. eine gemeinsame Wurzel der von Terror gestützten Politik im ersten Weltkrieg, in der durch ihn bewirkten und beförderten Verstärkung von Gewalt und Gegengewalt? Zeigte sich nach 1918 nicht in zahlreichen politischen Auseinandersetzungen eins gegenüber früheren Zeiten gewachsene kämpferische Militanz und Intoleranz? Traditionelle humanistische Werte der bürgerlichen Gesellschaft schienen generell außer Kraft gesetzt zu sein. Der Kriegszustand bewirkte auch über den Krieg hinaus bei vielen eine mehr oder weniger starke Entmenschlichung des alltäglichen Daseins. In ihm wurden Leben und Tod von vielen Menschen geringschätzig behandelt. Es wuchs die Gewöhnung an das scheinbar Unvermeidliche, das man vier Jahre lang Tag für Tag erlebt hatte.

Gleichzeitig traten eine Idealisierung des Opfers und der Kult um die in Krieg und Bürgerkrieg Gefallenen in den Vordergrund. Vom „Krieg der Klassen“ wurde nicht nur geredet, Es ehrt selbstverständlich einen Teil der Deutschen, wenn sich gegen solche Tendenzen ein neuer proletarischer sowie ein sich besinnender bürgerlich-demokratischer Humanismus erhoben, was jedoch in den Reihen seiner Verfechter keineswegs militante Auseinandersetzungen ausschloß. Insgesamt darf man wohl dem amerikanischen Historiker George L. Mosse zustimmen, wenn er für die damalige Zeit von einer allgemeinen „Brutalisierung der Politik“ spricht und erklärt, der Krieg sei zu einem „Bestimmungselement für das normale Leben“ geworden.⁵ Es konnte auch nicht ohne Einfluß bleiben, daß der Krieg selbst immer noch denkbar war. Immer noch entsprach er den Normen der in der Welt dominierenden Gesellschaft. Solcher Normsetzung konnte sich – wenn mir das als eine Nebenbei-Bemerkung gestattet wird – auch keiner entziehen, der zu befürchten hatte, in seinem Sechstel der Welt so überrollt zu werden wie die Kommunistische Partei Deutschlands bei der Errichtung der faschistischen Diktatur in ihrem Heimatland.

Meine Damen und Herren!

Das Unvollkommene und Widersprüchliche des nach vorn weisenden Jahrhundertschritts der Novemberrevolution trugen dazu bei, daß dem Aufbruch in der deutschen Gesellschaft ein herbes Ende bereitet werden konnte. Der 30. Januar 1933 markiert die Wende zwischen den Jahrhundertschritten Revolution und Entfesselung des zweiten Weltkrieges. Daß trotz des einen der andere Schritt möglich wurde, daß möglich wurde, was die Existenz von mehr als 50 Millionen Erdenbürgern auslöschte und die umfassendste aller bisherigen Menschheitskatastrophen brachte – dies verlangte nach der Befreiung des deutschen Volkes von jedem Angehörigen gerade dieses Volkes, von jedem politisch denkenden und handelnden Deutschen ein völlig neues Maß an Verantwortung.

Geschichtlich geforderte Konsequenz erlaubte keine Rückkehr zu Weimar, zu einer Erneuerung damaliger Möglichkeiten für Faschismus und Kriegsvorbereitung. Wer sich dem Schwur der überlebenden Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ anzuschließen bereit war, der durfte lediglich einen neuen Schritt voran im und für das 20. Jahrhundert ins Auge fassen. Die großen historischen Weichenstellungen vollzogen sich nun innerhalb des antifaschistischen Bündnisses. im Miteinander nichtfaschistischer Kräfte. Die Übereinstimmung von – wie ich es nenne – formationsbezogener und zeitgebundener Alternativität erwies ihre Kraft im Interesse des Fortschritts dort, wo es gelang, den Antifaschismus zu bewahren und ihn zu neuer und konsequenter, zu friedenspolitischer und auch sozialistischer Bewährung zu führen.

In diesem Sinne gilt für mich ohne Einschränkung und nach wie vor der Satz. demzufolge die Gründung der DDR vor nunmehr vier Jahrzehnten einen der entscheidendsten Wendepunkte in der deutschen und auch in der europäischen Geschichte darstelle. Wo wäre denn ein vergleichbarer Jahrhundertschritt zu suchen? Er allein bot allen alle Chancen, nunmehr zu verwirklichen, was in der Geschichte der Deutschen bis dahin Utopie und Traum, verschütteter Ansatz und unerfüllter Aufbruch zu wirklicher Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, was Sehnsucht nach Frieden, Demokratie und Sozialismus hatte bleiben müssen. Die Größe der neuen Chancen war erheblich, trotz der selbstverständlich auch mit ihnen verbundenen Belastungen. Verwirrungen und Schattenseiten. „Wir haben uns lange überlegt, ob wir mit einem Vorschlag zur Bildung einer Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hervortreten sollen, hatte Wilhelm Pieck vor des Parteivorstand der SED am 4. Oktober 1949 erklärt.⁶ Es wurden also durchaus Nachteile gesehen und neue Widersprüchlichkeiten erwartet, insbesondere in den stets zum heikelsten gehörenden nationalen Belangen. Und doch gab es 1949 keine sinnvolle fortschrittsfördernde Alternative.

⁵ George L. Mosse: Der Erste Weltkrieg und die Brutalisierung der Politik. Betrachtungen über die politische Rechte, den Rassismus und den deutschen Sonderweg. In: Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Hrsg. von Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen, Hans-Helmuth Knütter und Hans-Peter Schwarz, Bonn 1987, S. 127 ff.

⁶ Zitiert in Helmut Neef: Entscheidende Tage im Oktober 1949. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1979, S. 39.

Vielleicht ist an dieser Stelle des sich dem Ende nähernden Vortrags ein sehr persönliches Wort erlaubt. Der Schritt vom 7. Oktober 1949 verband sich sehr eng mit meinem Leben und Werdegang. Er bleibt auf das engste mit meinen wissenschaftlichen Positionen wie auch mit meinen weltanschaulichen Auffassungen verbunden. Für mich war und ist die Gründung der DDR die einzig mögliche Antwort auf die Spaltung Deutschlands gewesen. Sie war und ist zugleich die von stetigem Lernen getragene Erwidern auf alle unübersehbaren Bemühungen, die zweite Hälfte des Jahrhunderts wieder in jene Bahnen zu lenken, an deren Ende einst – weil keine ausreichende Erwidern erfolgte – ein 30. Januar und schließlich ein 1. September standen.

Wirksamkeit und Sprengkraft solcher Bemühungen um Jahrhundertrückschritte, um die Wiederherstellung überholter Verhältnisse, sollten nicht unterschätzt werden. Seit 1945 führten sie zu erheblichen Nachteilen für die Geschichte, und zwar immer dort, wo Kommunisten aus dem Antifaschismus ausgegrenzt wurden, wo Sozialdemokraten, Pazifisten, bürgerliche Realpolitiker regelrechter Verteufelung unterlagen, wo neue profitträchtige Fronten und Kriegsschauplätze aller Art eröffnet worden sind, wo nationalistische Unlauterkeit und Unbelehrbarkeit die Grenzen von 1945 in Frage stellten, wo dem Antikommunismus als säkularer Grundtorheit zu neuer Dominanz verholfen werden konnte. Das Resultat ist bekannt: Spaltung Deutschlands und Europas, Kalter Krieg, unendlich scheinende Spiralen des Wettrüstens, verschleißende Konflikte, geballte Attacken bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen die DDR, Mißbrauch jeden Anlasses zu grenzrevisionistischer Stimmungsmache und großdeutschem Hochmut.

Stehen wir heute, diese Frage drängt sich geradezu auf, angesichts einer außerordentlich komplizierten Situation und vielfacher Krisentendenzen, angesichts sich mehrender objektiver Schwierigkeiten und offensichtlicher subjektiver Fehler, vor einem neuen Jahrhundertschritt, der alles das aufzuheben droht, was uns bisher in diesem Jahrhundert vorangebracht hat? So oder so kann sich die Geschichte fortsetzen. Automatisch wirkende Entwicklungsgarantien gibt es nicht, wie jüngst Kurt Hager in seiner Arbeit über „Die Geschichte und das Verständnis unserer Zeit“ hervorgehoben hat.⁷ Ständige Anstrengung ist gefordert, das eine zu verhindern und das andere durchzusetzen. Wirkliche Verantwortungswahrnehmung gegenüber der Geschichte der Deutschen im 20. Jahrhundert, gegenüber ihrer Zukunft, heißt daher für mich, so schlicht es sich auch anhören mag, alles zu tun, was zu tun notwendig und was jedem zu tun möglich ist *für* eine Stärkung der DDR, für die weitere Behauptung ihrer maßstabsetzenden Friedensfähigkeit und ihres zutiefst humanistischen Grundanliegens, *für* eine den Sozialismus festigende Lösung aller Probleme.

Aus solchem Wiegen kann Gewißheit erwachsen, unter anderem darüber, daß es einen Weg in der Geschichte der Deutschen hinter des Jahr 1949 zurück ebenso wenig geben kann wie einen weltgeschichtlichen Weg von 1917 zurück zu 1789, was konservative Ideologen anlässlich des 200. Jahrestages der französischen Revolution lautstark verkündeten. Welche der in der Geschichte angelegten Alternativmöglichkeiten sich bisher realisierten – niemals stellten mich die ursprünglichen Verhältnisse wieder her.

Ein anderer Blick auf 1789 soll Sie, meine Dossen und Herren, aus meinem heutigen Nachdenken über Geschichte entlassen. Es ist der Blick auf den von Schiller erhobenen Anspruch, daß jeder, wie verschieden auch seine „Bestimmung“ in der Gesellschaft sei, aus seinen Mitteln „einen Beytrag zu legen“ habe, „unser menschliches Jahrhundert herbey zu führen“.⁸

Vielen Dank für die mir gewährte Aufmerksamkeit!

In Verantwortung für unsere Zukunft. Wissenschaftliche Vorträge von Detlef Jena, Gerhard Riege, Manfred Weißbecker, Ausgewählte Vorträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1989, S. 33-55.

⁷ Kurt Hager: Die Geschichte und das Verständnis unserer Zeit. In: Einheit, H. 7/1989, S. 599.

⁸ Friedrich Schiller: Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte? (Jenaer Reden und Schriften 1989: Zum 200. Jahrestag von Friedrich Schillers Eintritt in den Lehrkörper der Universität Jena), Jena 1989, S. 76 f.

Zwischen den Klassen

Die Weimarer Verfassung – kritische Würdigung 70 Jahre danach

In der letzten Phase der Novemberrevolution verband sich die Konstituierung der Weimarer Republik und ihres bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftssystems auf das engste mit der endgültigen Ausarbeitung der neuen Verfassung. Diese wurde schließlich vor 70 Jahren am 31. Juli 1919 in der Nationalversammlung angenommen. Allerdings stimmten nur 262 Abgeordnete der mit Kompromissen aller Art angereicherten Vorläge zu. Insgesamt 86 Abgeordnete – vorwiegend aus den Reihen der Regierungsparteien SPD und Zentrum – nahmen an der Sitzung der Nationalversammlung nicht teil; weitere 75 Abgeordnete stimmten direkt gegen sie. Am 11. August unterschrieben Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Bauer und alle Minister die Verfassung. Drei Tage später wurde sie veröffentlicht und in Kraft gesetzt.

In Erinnerung blieb vor allem der berüchtigte Ausnahme-Artikel 48, der dem Reichspräsidenten – oft sogar als „Ersatzkaiser“ bezeichnet – große und undemokratische Befugnisse einräumte, und der sich für das Schicksal der ersten deutschen Republik, für deren Zerstörung durch die Faschisten äußerst verhängnisvoll auswirken sollte. Doch zur kritischen Würdigung der Weimarer Verfassung gehört auch die Tatsache, daß Formulierungen von rund 50 Artikeln direkt in die erste Verfassung unserer Deutschen Demokratischen Republik aufgenommen worden sind. Wie läßt sich dieser Widerspruch auflösen?

Obgleich das neue Grundsatzdokument von den Forderungen der revolutionären und konsequent demokratischen Kräfte weit entfernt blieb, enthielt es: doch ein beachtliches Maß an demokratischer Substanz. Nicht ohne eine gewisse Berechtigung konnten Ebert und die Regierung erklären, die freieste Verfassung der Welt geschaffen zu haben. Läßt man die Verfassung Sowjetrußlands außer Betracht und denkt man z. B. an die Gewährung des Frauenwahlrechts, dürfte diese Aussage sogar richtig gewesen sein.

Der erste Teil, der sich mit dem Aufbau und den Aufgaben des Reiches befaßte, wurde unter anderem mit dem Satz eingeleitet: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“. In ihm spiegelte sich das demokratische Prinzip der Volkssouveränität. Dieses hatte einst die aufsteigende Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen den Feudalabsolutismus auf ihre Fahnen geschrieben. In der kaiserlichen Verfassung von 1871, in der das deutsche Volk nicht einmal erwähnt worden war, hatte es keine Rolle gespielt. Ursprünglich war von Hugo Preuß in den ersten Verfassungsentwurf sogar hineingeschrieben worden: „Alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volk“, also eine radikalere und weiterreichende Formulierung.

Die Weimarer Verfassung bot dem werktätigen Volk tatsächlich eine Reihe von Möglichkeiten, Einfluß auf die politischen Geschicke des Landes zu nehmen. Bei den Wahlen zum Reichstag, zu den Länderparlamenten und zu den kommunalen Vertretungskörperschaften sowie bei Volksbegehren und Volksentscheiden galt nunmehr das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht. Das Parlament sollte als Träger der Volkssouveränität fungieren und hatte erstmals entsprechende Rechte.

Die demokratische Substanz der Weimarer Verfassung lag vor allem in ihrem zweiten Teil („Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“). Hierin waren viele jener demokratischen und sozialpolitischen Grundrechte verankert, die in den ersten Revolutionstagen hatten erkämpft werden können. Sie bezogen sich auf die rechtliche Stellung des Individuums in der Gesellschaft und verkündeten seine „Freiheit“ sowie „Gleichheit“ für alle. Dazu gehörten insbesondere das Recht auf die Freiheit der Person (Art. 114), das Recht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 115), das Postgeheimnis (Art. 117), das Recht auf freie Meinungsäußerung (Art. 118) und auf Versammlungsfreiheit (Art. 123) sowie das Recht aller, sich zu einem „politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck“ frei in Vereinen und Gesellschaften zusammenzuschließen (Art. 124). Jedem Deutschen sollte „eine gesunde Wohnung“ gesichert (Art. 155) und die „Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben“ (Art. 163). Die Unterstützung von

Arbeitslosen, ein umfassendes Versicherungswesen sowie ein einheitliches Arbeitsrecht (Art. 163, 161, 157) galten als erstrebenswerte Ziele. „Die Ordnung des Wirtschaftslebens“ sollte dem „Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle“ (Art. 151) dienen.

Hitzige Debatten und eine „gründliche“ Prüfung von Formulierungen aller Art ergaben schließlich noch zwei wesentliche Veränderungen des Entwurfs. Ursprünglich stand der mehr oder weniger verbindliche Grundrechte-Katalog an der Spitze des gesamten Verfassungstextes; im Ergebnis schob man ihn jedoch an die zweite Stelle. Noch gewichtiger nahm sich die ersatzlose Streichung eines Artikels aus, der den Grundrechten und Grundpflichten den Charakter von „Richtschnur und Schränke für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reich und in den Ländern“ zuweisen wollte.

Das, was dennoch an demokratischen Grundrechten in der Weimarer Verfassung seinen Niederschlag fand, hatten die werktätigen Massen erzwungen. Für deren weiteres Ringen um den historischen Fortschritt hätten sie von außerordentlich großer Bedeutung werden können. Ihre Wirkungen mußten jedoch begrenzt bleiben, da sie faktisch nur einen Teil der Verfassung darstellten, und keine Entsprechung in den Prinzipien für die Organisation des Staates fanden. Die in anderen Passagen der Weimarer Verfassung fixierten Möglichkeiten einer weitgehenden Ausschließung der werktätigen Massen von der Staatsgewalt verhinderte die tatsächliche Durchsetzung der Grundrechte, ja sie ermöglichten sogar deren Mißbrauch durch die Bourgeoisie. Die Verfassung unterlag eben den von der Revolution zwar erschütterten und ins Wanken gebrachten, aber nicht beseitigten sozialökonomischen Grundlagen der politischen Macht des Kapitalismus.

Leipziger Volkszeitung, 3. August 1989, S. 7.

Rezension

Herwart Vorländer, *Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation*. Boppard am Rhein: Boldt 1988. XXIII, 544 S., 16 Abb. auf 12 Taf. gr. 8° (Schriften des Bundesarchivs. Bd. 35.) DM 80,00.

Der vor 1933 gewonnene Kreis von Mitgliedern und Anhängern der NSDAP war groß, ihm stand jedoch die Mehrheit der Wähler gegenüber. Erst nach der Errichtung der offen terroristischen Diktatur vermochte die Nazipartei, dem Faschismus eine breite und fast alle Teile des deutschen Volkes umfassende Massenbasis zu schaffen. Dazu bedurfte es also eines Herrschaftssystems mit seiner unheiligen Dreieinigkeit von Terror, Demagogie sowie von materiell-sozialer und politisch-moralischer „Bestechung durch Erfolg“, ergänzt durch ein alles überwölbendes Organisationssystem. Tatsächlich erreichten die deutschen Faschisten einen Masseneinfluß, den es in seiner Intensität und Wirkung bislang noch nicht gegeben hatte und der für den Weg zum zweiten Weltkrieg eine verhängnisvolle Rolle spielen sollte.

Alle nationalsozialistischen Organisationen waren durch den hohen Grad ihrer Orientierung an den allgemeinen machtpolitischen Funktionen der terroristischen Diktatur gekennzeichnet. Sie fungierten auf allen Ebenen und in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens als eine den Staatsapparat ergänzende, dessen Kräfte potenzierende Bespitzelungs- und Verfolgungsinstanz, als ein politisch-soziales Kontrollorgan. Ihre Bedeutung ergab sich im einzelnen aus dem jeweiligen Beitrag, den sie beim Aufbrechen der traditionellen gesetzlichen und moralischen Schranken bürgerlicher Macht, bei deren Ersetzung durch bürokratisch-perfektionierte Willkür, bei der Demonstration von Allgewalt und Alltäglichkeit des Regimes zu leisten vermochten. Darüber hinaus stellten sie ein stets einsatzbereites und rasch wandlungsfähiges Instrument dar, das zeitweilig sogar die grundsätzlich unüberwindbare Diskrepanz zwischen den weitgespannten expansionistischen Zielen des Hitlerregimes und deren unzureichenden Realisierungschancen überdecken konnte.

Jede der unzähligen faschistischen Organisationen hatte eine spezifische Funktion wahrzunehmen. Diese war relativ klar und einfach bestimmt bei den paramilitärischen Formationen sowie bei den Organisationen für klar abzugrenzende soziale Gruppen unter der Bevölkerung. Verschwommen und Kompetenzstreitigkeiten nahezu erzwingend gestaltete sich allerdings die Aufgabenbestimmung jener Organisationen, die der faschistischen „Sozialpolitik“ und der pseudosozialistischen Propaganda zu dienen hatten. Dazu gehörte neben der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAE) und der „Nationalsozialistischen Kriegsopferversorgung“ vor allem die „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt“ (NSV).

Obwohl der Wohlfahrtsgedanke, die Hilfe für Schwache und im „Kampf ums Dasein“ Unterlegene, nicht der faschistischen Ideologie entsprach, sollte gerade die NSV zu einer der größten und wirkungsvollsten nazifaschistischen Organisationen werden. Der vorliegende Band verdeutlicht dies mit seiner Darstellung (S. 1-186) ebenso wie mit dem 306 Dokumente umfassenden zweiten Teil. Herwart Vorländer stellt in seiner materialreichen Untersuchung überzeugend heraus, daß die NSV keineswegs ein „unpolitischer“ sozialkaritativer Verein war, sondern eine zentrale und systemstabilisierende, d. h. insgesamt unentbehrliche Rolle für den deutschen Faschismus spielte. Die nationalsozialistische „Wohlfahrt“ diente trotz ihrer umfangreichen Aktivitäten und ihrer großen Mitgliederzahlen (1943: 16 Millionen) nicht dem Volke. Nächstenliebe und Barmherzigkeit, Caritas und Humanität – das sind Begriffe, die weit außerhalb der Vorstellungswelt der Nazis lagen. Ihnen ging es eher um eine rasse- und erbbiologisch zu erreichende „Volksgesundheit“, um „aufbauende“ bevölkerungspolitische Vorsorge und um „Erziehung“ zur Bereitschaft, als Individuum völlig in der „Volksgemeinschaft“ aufzugehen. Die NSV, so hieß es in einer vom Verf. wiedergegebenen Selbstdarstellung, müsse die „wertvollen Eigenschaften des deutschen Charakters, insbesondere seinen nordischen Kern, stärken. Zwei wesentliche Eigenschaften des nordischen Menschen sind seine Opferfähigkeit und sein kämpferischer Geist.“ (S. 119, 373 f.) Auf dem Reichsparteitag von 1938 kleidete Goebbels diese Zielstellung in die lapidaren Worte: „Wir müssen ein gesundes Volk besitzen, um uns in der Welt durchsetzen zu können.“ Krieg als Ziel von Volkswohlfahrt – das war nicht mehr als bloße Perversion von Hilfsbereitschaft und Solidaritätsgefühl. Für Krieg und kapita-

listischen Profit preßten die Nazis in aufdringlichen und unzähligen NSV-Sammelaktionen Milliardenbeträge aus dem Volk; Ergebnisse, die weniger wegen, sondern trotz des Programms (S. 179) zustande kamen.

Es darf dem Verf. des vorliegenden Bandes eine verdienstvolle Leistung bescheinigt werden. Die NSV ist bisher kaum untersucht worden, nicht zuletzt auch wegen der komplizierten Quellenlage. Seinen Ergebnissen kann grundsätzlich zugestimmt werden. Ihm ist es gelungen, ein konkretes Bild von der „wuchernden und schillernden Vielgestaltigkeit“ der NSV im faschistischen Alltag zu zeichnen. Dieses Bild reicht von der Herausbildung der NSV in den Jahren 1932/1933 und der „Gleichschaltung“ der Wohlfahrtspflege in Deutschland bis zur kriegsverlängernden Rolle der NSV, als sie im „totalen“ Krieg häufig mehr Wirksamkeit erzielte als die NSDAP („sie wirkte noch, als der Stern der Partei längst zu sinken begonnen hatte“, S. 184). Es umfaßt die Aktivitäten des „Winterhilfswerks“, des Hilfswerks „Mutter und Kind“ ebenso wie das 1935 ins Leben gerufene „Erholungshilfswerk“, das „Ernährungshilfswerk“, das „Sudetendeutsche Hilfswerk“, die „Kinderlandverschickung“ und anderes mehr. Programmatik, Organisationsstrukturen, Kooperationsvereinbarungen und Rivalitätskämpfe – insbesondere mit der DAF, der HJ und der NS-Frauenschaft – werden ausführlich behandelt. In vieler Hinsicht erscheint die NSV „als die Alltags-Repräsentanz der Partei“ (S. 176), als deren „allenthalben präsente und ambitionierte, auf ständigen Machterwerb in allen Lebensbereichen abgestellte straffe Großorganisation“ und „all-round-Verfügungstruppe, die sich in Kriegsvorbereitung und Kriegsführung bewährte und verbrauchte“ (S. 186).

Es könnte nicht erwartet werden, daß das reichhaltige Material vollständig ausgeschöpft wird. Die Dokumentation ermöglicht weitere Forschungsarbeiten. Bei diesen wäre es sicher erforderlich, eine stärkere Verknüpfung der spezifischen Organisationsgeschichte mit der Gesamtgeschichte anzustreben. Deren Fehlen erweist sich als die größte Schwäche der vorliegenden Darstellung. Das gilt beispielsweise für die Entstehung der NSV, die der Verf. leider nicht mit der besonderen Rolle verbindet, die die soziale Demagogie für die Nazis gerade in deren Krisenjahr 1932 zu spielen hatte. Das gilt ferner für die Doppelfunktion der NSV auf parteipolitischer und auf staatlicher Ebene, die in ihrem engen Verflochtensein wohl deshalb vom Verf. nicht gesehen wird, weil er die Anbindung der NSV an das Reichsinnenministerium unterschätzt und die Satzung der NSV vom 14. August 1933 (S. 201 ff.) in seiner Darstellung (S. 19 f.) unzureichend interpretiert. Das gilt aber auch für die Entwicklungsprozesse in der faschistischen Massenbasis zwischen 1933 und 1945, die nicht reflektiert werden und nur in allgemeiner Form („Gefahr sozialer Unruhen“, S. 45 und passim) Erwähnung finden. Die Rolle der NSV aus der Sicht der Antifaschisten, beispielsweise als eines „trojanischen Pferdes“, wird lediglich einmal – mit dem Blick auf die Brüsseler Konferenz der KPD – angedeutet (S. 184). Unbefriedigend bleibt auch die ausschließliche Behandlung der Zusammenarbeit der NSV mit dem Centralausschuß für die Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche, dem Deutschen Caritasverband und dem Deutschen Roten Kreuz unter den Aspekten eines „Spannungsverhältnisses“ und einer „permanenten Konkurrenzsituation“ (S. 3). Der Frage, warum die Nazis ausgerechnet im Bereich ihrer sozialen Demagogie so viele nichtnationalsozialistische Organisationen tätig sein ließen und „offene Konfrontationen“ (S. 71) vermieden, geht der Verf. leider nicht nach. Anzumerken wäre außerdem, daß eine chronologische Anlage der Dokumentation günstiger gewesen wäre.

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Hrsg. im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 110, Heft 12 – Dezember 1989, Spalte 1015-1018.

Kleinliche Gängelei macht die Wissenschaft steril

„Die Uni im Auf- und Umbruch“ überschrieben wir einen Beitrag mit Überlegungen des Rektors, Prof. Dr. Hans Schmigalla, für den weiteren Weg der Friedrich-Schiller-Universität (Vw vom 6.12.). Heute weitere Gedanken zum Erneuerungsprozeß der FSU von Prof. Dr. Manfred Weibcker, Dekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät:

Die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät steht jetzt an einem völligen Neubeginn ihrer Selbstverständigung zur Rolle der Gesellschaftswissenschaften in dem sich erneuern-den Sozialismus unseres Landes. In unserer Diskussion gehen wir davon aus, daß sich Wissenschaft aus der Eigenverantwortung zum Nutzen der gesamten sozialistischen Gesellschaft ableiten muß. Jede Form von Gängelei oder das Vorschreiben des zu erarbeitenden Ergebnisses führt an Sinn und Nutzen unserer Arbeit vorbei.

In unsere neue Sicht wollen wir auch die Aufgaben einbeziehen, die mit der Entwicklung solcher Wissenschaftsgebiete, die unmittelbar mit dem gesellschaftlichen Leben, mit den Problemen unserer Tage und unserer Zukunft zu tun haben. Bisher waren Fragen nicht zu bearbeiten, die sich mit dem Verhältnis von Macht und Massen in der Rechtsstaatsproblematik beschäftigten oder mit der Rolle von Parteien in unserem sozialistischen System. Jetzt wollen wir darangehen, eine funktionierende soziologische Forschung aufzubauen. Jetzt wollen wir aber auch, da die Historiker sehr stark unter uns vertreten sind, dazu beitragen, ein klares Bild zu gewinnen von den Ursachen jener Fehlentwicklungen in unserem Lande, die wir alle beklagen. Insgesamt sehen sich die Gesellschaftswissenschaftler der Jenaer Universität in der großen Chance nunmehr anders. besser, wirkungsvoller und wahrscheinlich auch zufriedenstellender ihrer wissenschaftlichen und politischen Verantwortung in unserem Lande nachgehen zu können.

Das betrifft im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich immerhin 13 Sektionen, eine Vielzahl von unterschiedlichen Ausbildungsrichtungen, eine Vielfalt grober und kleiner Forschungsgebiete. Ich kann also insgesamt sagen, daß wir viel zu tun haben werden.

Wie diese neuen Aufgaben bewältigen? Und da steht für die Fakultät wie für die gesamte Universität die Aufgabe einer umfassenden Demokratisierung der Leitungstätigkeit. Man muß den Wissenschaftlichen Räten (Sektionen, Fakultäten, Senat usw.) zu einer neuen Wirksamkeit verhelfen, man muß sie zu dem. Leitungsorgan machen, das maßgeblich die Verhältnisse und die Perspektive unserer Universität mitgestaltet. In wissenschaftsstrategischen und grundsätzlichen wissenschaftlichen Fragen, auch bei Berufungen, soll künftig das Wort der Wissenschaftlichen Räte entscheidend sein. Und in Zukunft soll auch die Meinung der Studenten in den Wissenschaftlichen Rat integriert werden.

Neues Deutschland, 15.12.1989.

Personenregister

A

Abegg, Wilhelm 120
Abendroth, Wolfgang 320, 578
Abshagen, Robert 108
Abusch, Alexander 86, 118, 149, 552
Ackermann, Anton 113, 116, 552
Adenauer, Konrad 209, 245
Adler, H. 16
Albrecht, Karl 410
Allende, Salvador 6
Almirante, Giorgio 18, 19
Alpers, Ludwig 399, 401
Altner, Waldemar 118
Amandruz, Guy Gaston 21
Amann, Max 335, 635
Amerongen, Otto Wolff von 425, 426, 427
Andres, Otto 215
Apel, Hans 129
Arendt, Hans-Jürgen 557
Aretin, Erwein Freiherr von 330
Aretin, Karl Otmar Freiherr von 331
Arismendi, Rodney 20
Arndt, Walter 125
Arnold, Anton 209
Auer, Erhard 429
Augspurg, Anita 97
Augstein, Rudolf 424
Aust, Hermann 343
Axmann, Arthur 338

B

Babel, J. 239, 240
Bach, Fritz 208
Baden, Max von 39, 40, 41
Baer, Gertrud 97
Baerecke, Max 52
Ballhaus, Jolanda 327
Barbusse, Henri 86
Baring, Arnulf 606
Barlach, Ernst 82
Bartel, Walter 552, 569, 583
Bartels, Adolf 298
Barth, Emil 39, 42
Barth, Karl 89, 120
Barthou, Jean-Louis 180
Bartsch, Elisabeth 308
Basch, Victor 98
Bästlein, Bernhard 105, 108
Bauer, Gustav 53, 172, 188, 523, 648
Bauer, Hermann 428
Baum, Hans-Rainer 394
Bayern, Rupprecht Kronprinz von 202
Beazly, Raymond 438
Becher, Johannes R. 28, 91, 347, 524, 549, 550, 551, 558, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568
Becher, Kurt 524
Bechstein, Carl 343
Bechtold, Konrad 286
Beck, Ludwig 122

Becker, Erich 532
Beckmann, Engelbert 372
Behrend, Ernst 104
Behrends, Hermann 220, 226
Behrendt, Gustav 208
Beindorff, Fritz 157
Bell, Johannes 53, 324
Below, Georg von 277, 286
Bendixen, Friedrich 276
Bendorff, Fritz 372
Benjamin, Walter 82
Berendsohn, Walter A. 118, 120
Berg, Adolf vom 160, 161, 166, 167, 168, 169
Bergner, Dieter 69
Bergschicker, Heinz 393, 570, 585
Bergsträsser, Ludwig 440
Berndt, Roswitha 331, 401
Bernhard, Georg 86, 91, 92, 93, 95, 96, 98
Bernstorff, Georg Ernst Graf von 162
Berthold, Lothar 237
Best, Werner 366
Besymenski, L. 393
Bethmann Hollweg, Theobald von 542
Beukenberg, Heinrich Wilhelm 279
Beumelburg, Werner 245
Beyer, Hans 205
Beyerle, Konrad 188, 204
Biddle, Francis A. 479
Bies, Luitwin 219
Bingel, Rudolf 367
Bismarck, Otto von 113, 172, 276, 279
Bismarck-Schönhausen, Gottfried Graf von 367
Blackwell, Victor 438
Blaich, Fritz 219
Blank, A. S. 393
Blank, Herbert 316, 319
Blank, Margarete 109
Blau, Albrecht 236
Blech, Leo 118, 120
Blohm, Rudolf 76
Blomberg, Werner von 379
Boberach, Heinz 391
Bochow, Herbert 99, 105
Boehm, Max Hildebert 447, 599
Bohle, Ernst Wilhelm 385
Böhm, Max Hildebert 515
Böll, Heinrich 463
Bomert, F. 438
Bonhoeffer, Dietrich 89, 90, 120
Bönisch, Alfred 576
Borchard, Leo 103
Borchfeld, Emil 109
Borinski, Fritz 232
Bormann, Martin 335, 388, 389, 390, 391
Börner, Otto 118
Börner, Werner 214
Borsig, Ernst von 45, 46, 163, 165, 209, 279, 343, 579
Bosch, Carl 209, 403
Bosch, Robert 40, 46
Bothmer, Karl Graf von 180, 329
Bouhler, Philipp 335, 532

Bouvier, Beatrix 233
 Bracher, Karl Dietrich 574, 580, 610
 Brandes, Ernst 277
 Brandt, Günther 103
 Brandt, Peter 474
 Brandt, Willy 255
 Braun, Max 91, 92
 Braun, Otto 145, 368
 Brecht, Bert 28, 569, 583
 Bredel, Willy 98
 Bredt (Oberstleutnant) 114
 Breiting, Richard 365
 Breiting, Wilhelm 507, 508
 Breitscheid, Rudolf 91, 92, 98
 Breuer, Robert 98
 Briesemeister, Horst 557
 Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf von 53
 Brockhusen, Eberhard von 297
 Broszat, Martin 251, 252, 419, 517, 593, 605, 606, 608, 636
 Browning, Christopher R. 532
 Bruck, Arthur Moeller van den 164, 348, 447, 515, 599
 Bruckner, Ferdinand 118
 Brückner, Helmuth 354
 Brückner, Wilhelm 351
 Bruhn, Bruno 437
 Brüning, Heinrich 76, 96, 134, 137, 138, 139, 141, 142, 197, 200, 231, 357, 360, 361, 364, 365, 366, 367, 368, 418, 419, 494, 495, 496, 499, 563
 Brüninghaus, Franz 324
 Brünneck, Manfred Graf von 277
 Brunner, Alfred 290, 291, 292, 342, 429
 Brzeziński, Zbigniew 424
 Buch, Walter 335
 Bücher, Hermann 579
 Buchholz, Richard 119
 Buchrucker, Bruno Ernst 316, 319
 Buchwitz, Otto 210, 289, 552
 Budeus, Walter 108
 Budzislawski, Hermann 82, 95, 98
 Buhl, Franz von 277
 Bürckel, Josef 218, 532
 Burckhardt, Carl Jakob (Diplomat) 506
 Burckhardt, Jakob (Historiker) 244
 Burhenne, Karl 344
 Busse, Friedhelm 133
 Busse, Hermann Eris 577
 Butler, W. 423
 Buttmann, Rudolf 295, 353

C

Carter, Jimmi 133
 Chamberlain, Houston Stewart 348
 Chandra, Romesh 35
 Charisius, Eberhard 113
 Chassin, Lionel-Max 245
 Christiansen, Friedrich 339
 Christophersen, Thies 17
 Chrzanowski, Leo 119
 Churchill, Winston 232
 Claß, Heinrich 173, 277, 297

Claus, Rudolf 92
 Clausewitz, Carl von 236
 Coblenz, Hermann 161
 Conti, Leonardo 338
 Coppi, Hans 106
 Corde-Mann, Hermann 364
 Cossen, Paul Nikolaus 330
 Cossmann, Paul 177
 Covelli, Alfredo 18
 Cramer-Klett, Theodor Freiherr von 398
 Craß, ? 437
 Cunhal, Álvaro 12
 Cuno, Wilhelm 297, 437

D

Dachselt, Walter 322
 Dahlem, Franz 93, 98
 Dahn, Hanns 428
 Daniels, Alexander Edler von 114
 Daniels, Paul A. 18
 Dannehl, Franz 428
 Darré, Walther 348, 359, 404
 David, Eduard 53
 Dawes, Charles G. 435, 436, 498
 Dawling, ? 423
 Dawson, William Harbutt 438
 Debusmann, Ernst 215
 Decken, Wilhelm von der 330
 Demps, Laurenz 585, 616
 Denk, Peter 434
 Deterding, Henry 365, 579
 Deuerlein, Ernst 204
 Deutsch, Felix 45
 Deutsch, Karl W. 482
 Deutsch, Ludwig 163, 165, 183
 Dewey, John 446
 Dibelius, Otto 83
 Diere, Horst 556, 557
 Dierig, Gottfried 402
 Dietrich, Hans 352, 353
 Dietrich, Hermann 324
 Dietrich, Otto 356, 365
 Dimitroff, Georgi 8, 20, 84, 87, 106, 257, 266, 269, 544
 Dinter, Artur 295
 Dipper, Christoph 482
 Dissinger, Paul 198
 Dittmann, Wilhelm 39, 42
 Dix, Otto 82
 Döblin, Alfred 82
 Doerry, Thomas 233
 Doerschlag, Siegfried 162, 163
 Dohna, Georg Graf zu 161
 Doiwa, Karl 115
 Domin, Georg 577
 Domröse, Ortwin 204
 Donald, Robert 438
 Dönhoff, August Graf von 277
 Dönitz, Karl 391, 479
 Donohoe, James 205
 Dorn, Joseph 177, 183
 Drechsler, K. 576

Drefahl, Günther 520, 521, 522
Dregger, Alfred 423
Dress, Hans 574
Drexler, Anton 29, 335, 340, 341, 342, 352, 429, 430, 511, 597
Dreyfus, Paul 98
Drobisch, Klaus 556, 570, 585
Duems, Erich 322, 326
Duesterberg, Theodor 96, 350, 367
Dühning, Eugen 242, 243
Duisberg, Carl 40, 279, 365, 372, 505
Duncker, Hermann 237
Duncker, Käthe 237
Dunkel, Max 288

E

Ebert, Friedrich 38, 39, 40, 41, 42, 43, 52, 53, 57, 58, 136, 262, 434, 648
Eckart, Dietrich 172, 343, 344, 349, 350, 430
Eckener, Hugo 438
Eckhardt, Jochen 66
Eggersdorfer, Franz Xaver 195
Eher, Franz 429
Ehrhardt, Hermann 318, 343
Eichborn, Kurt von 157, 372
Eichholtz, Dietrich 411, 553, 570, 584, 585
Eickemeyer, Manfred 111
Eiffe, Franz Ferdinand 275
Einsiedel, Heinrich Graf von 113
Einstein, Albert 28, 46, 81
Eisner, Kurt 180, 187, 429
Elle, Paul 118
Eltzbacher, Paul 168
Embser, Johann Valentin 244, 454
Emonts, Karl 231
Engelberg, Ernst 544, 552, 569, 583
Engels, Friedrich 242, 243, 554, 555, 564, 589, 592, 610, 640
Engert, Otto 108
Epp, Franz Ritter von 127, 322, 323, 326, 327, 343, 429
Eppenstein-Bankhage, Manon 308
Erhard, Ludwig 410
Ernst, Robert 220, 223, 228, 229
Erzberger, Matthias 46, 53, 55, 178, 188, 189, 190, 282
Eschborn, Jakob 113
Escherich, Georg 173, 189
Esser, Hermann 350, 352, 354, 430

F

Falk, Alfred 97
Fallada, Hans 82
Faulhaber, Michael von 199, 203
Fedajew, Fedor 517
Feder, Gottfried 172, 298, 338, 344, 348, 352, 353, 354, 364, 372, 430
Fehrenbach, Konstantin 193, 523
Fenner, Heinz 161, 163
Fenske, Hans 204, 532
Fest, Joachim C. 33, 64, 560

Fett, M. 216
Feuchtwanger, Lion 91, 93, 96, 118, 205, 511
Fichte, Johann Gottlieb 243, 246, 529
Fiehler, Karl 339, 430
Filatov, G. S. 393
Filbinger, Hans 472
Fink, Carl 206
Fischer, Alexander 481
Fischer, Ernst Rudolf 364
Fischer, Fritz 286
Fischer, Karl 103
Fischer, Otto Christian 365, 437
Fleischer, Carl 113
Flick, Friedrich 367, 523
Florian, Friedrich Karl 532
Florin, Wilhelm 113
Fobke, Hermann 354
Föllmer, Wilhelm 322
Ford, Henry 344, 365
Formis, Rudolf 319
Förster, Friedrich Wilhelm 398
Forsthoff, Ernst 532
Franck, Wolf 93, 98
Franco, Francisco 12, 18, 27, 95
Frank, Hans 339, 355, 384, 430
Frank, Leonhard 96
Frank, Rudolf 294
Franke, Arno 370
Frankenfeld, Hans 113
Frankland, Noble 423
Frantz, Constantin 397
Franz-Willing, Georg 204
Frei, Bruno 92, 99, 118
Freiligrath, Ferdinand 88
Freisler, Roland 110
Freymuth, Arnold 82
Frick, Wilhelm 335, 351, 352, 353, 361, 366
Friedmann, Jorge 119
Friedrich II. 330
Friedrich, Ruth 103
Friedrichs, Helmuth 621
Fritsch, Theodor 294, 295, 348, 413, 414, 415
Fritsch, Werner 484
Fröhlich, Elke 636
Frowein, Abraham 303
Fuchs, Max 281
Fuhrmann, Bruno 120
Funk, Walther 364, 366, 407
Fürstenheim, Kurt 109

G

Gafkin, A. A. 393
Galen, Clemens August Graf von 104
Galkin, A. A. 69, 70, 73
Gall, Franz 119
Gansser, Emil 344, 352, 579
Gärtner, Margarete 437, 438, 439
Gebhard, Heinrich 206
Gebhardt, A. 161
Gelbke, Karl 109
Gengler, Ludwig Franz 331
Georges, David Lloyd 435

Gerlach, Hellmut von 46, 91, 97, 398
 Gerlich, Fritz Michael 198
 Gerngroß, Ruprecht 127
 Gerstenberger, Liborius 204
 Gibson (Major) 163
 Giersch, Reinhard 484
 Gies, Horst 532
 Giesberts, Johann 53
 Giesler, Hermann 33
 Gietzelt, Fritz 109
 Gilbhard, Hermann 431
 Gildemeister, Andreas 282
 Ginsberg, L. I. 393
 Gleichen-Rußwurm, Heinrich von 599
 Globke, Hans Maria 523
 Glückauf, Erich 120
 Gobineau, Joseph Arthur Comte de 74, 348
 Goebbels, Joseph 169, 268, 269, 272, 315, 337, 338,
 353, 354, 355, 360, 361, 363, 366, 369, 371, 373,
 387, 388, 389, 444, 445, 532, 621, 627, 635, 636
 Goebbels, Magda 635
 Goerdeler, Carl 112, 122
 Goerz, Hellmuth 206
 Goethe, Johann Wolfgang von 51, 88, 246, 302, 550
 Goetz, Wilhelm 126
 Goldhammer, Bruno 120
 Goldschmidt, Alfons 93, 94, 99
 Göring, Hermann 308, 339, 367, 368, 371, 372, 376,
 401, 407, 409, 479, 480, 524, 636
 Görres, Joseph von 398
 Gossweiler, Kurt 174, 292, 305, 393, 431, 553, 570,
 573, 579, 584, 585, 593, 604
 Gothein, Georg 53
 Göttgens, Peter 88
 Gottschewski, Lydia 338
 Gottwald, Herbert 396
 Grabowsky, Adolf 162
 Graefe, Albrecht von 293, 295, 297, 298, 299, 300,
 350, 352, 353
 Graefrath, B. 577
 Graf, Oskar Maria 82, 94, 102, 118
 Graf, Willi 110, 111
 Graml, Hermann 606
 Grandel, Gottfried 343
 Grassinger, Hans Georg 429, 430
 Graßmann, Peter 377
 Gröber, Adolf 39, 55
 Groehler, Olaf 570, 585
 Groener, Wilhelm 40, 137, 273, 367, 368, 448, 449,
 504, 505
 Grollmuss, Maria 556
 Grosse, Artur 314, 317
 Grosse, Ernst 206, 207, 209, 211, 213, 599
 Grotewohl, Otto 552
 Grotius, Hugo 244
 Grüber, Heinrich 90, 104
 Gruber, Kurt 338
 Gruber, Max von 280
 Grunov, Heinrich 314, 320
 Guddorf, Wilhelm 106
 Guenther, Karl-Heinz 556
 Gumbel, Emil Julius 92
 Günther, Hanno 105

Günther, Hans 68, 70, 71, 459
 Günther, Hans F. K. 347, 348
 Guth, Karl 402, 407, 410
 Gutsche, Willibald 331, 623
 Guttenberg, Georg Enoch Freiherr von und zu 330

H

Haase, Hugo 39, 42
 Hadermann, Ernst 113
 Haeften, Werner von 122, 312
 Haffner, Sebastian 33, 132
 Hager, Kurt 234, 647
 Hahn, Otto 28
 Haindl, Georg 183
 Halen, Nikolaus von 105
 Hammer, Adolph Freiherr von 330
 Hampe, August 399
 Hanfstaengl, Ernst 343, 344
 Hansen, Johannes 277
 Harnack, Arvid 99, 106, 110
 Harnack, Falk 110
 Harrer, Karl 341, 429, 430, 597
 Hartwich, Otto 434, 435
 Hasenclever, Walter 82
 Hassell, Ulrich von 122
 Hauenstein, Heinz Oskar 432, 433
 Haug, Wolfgang Fritz 578
 Hauptmann, Gerhart 82
 Hauschild, Herbert 162
 Haushofer, Karl 72, 385, 442
 Häussler, Hans 330
 Haußmann, Conrad 39, 40
 Hecker, Ewald 157, 367, 372, 402, 405
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 541
 Heiden, Konrad 91
 Heilmann, Ernst 136, 159
 Heim, Georg 177, 178, 179, 180, 188, 189, 195, 196,
 197, 199, 200, 202, 329
 Heine, Heinrich 88, 463
 Heines, Edmund 147, 150
 Heinrich, Edith 557
 Heinrich, Fritz 328
 Heinze, Wolfgang 109
 Heise, Wolfgang 69
 Held, Heinrich 175, 176, 178, 194, 195, 196, 200, 201,
 202, 203
 Heldmann, Karl 397
 Helfferich, Emil 367, 372
 Helfferich, Karl 45, 47, 162, 163, 295
 Helldorff, Wolf-Heinrich Graf von 350, 367
 Heller, Vitus 97, 109
 Hellwig, Karl August 413, 414
 Helmut, Otto 173
 Henke, Alfred 54
 Henke, Klaus-Dieter 606
 Henle, Rudolf 399
 Henlein, Konrad 224
 Henning, Wilhelm 295
 Henrich, Otto 163
 Hentschel, Willibald 414
 Herbst, Ludolf 406, 408, 410, 412
 Herder, Johann Gottfried 246

Herfurt, Paul 167
 Hergt, Oskar 47, 295
 Hering, Johannes 428
 Herle, Jacob 365, 402, 403
 Hermlin, Stephan 603
 Herold, Heinrich Wilhelm 206, 207, 213
 Herwegh, Georg 88
 Hespers, Theodor 83
 Heß, Rudolf 24, 223, 229, 335, 343, 350, 376, 381,
 382, 388, 430, 445, 479, 617, 618, 623, 625
 Hesse, Kurt 236
 Hetz, Karl 113
 Heuer, Luise 118
 Heumann, Felix 277
 Heuss, Theodor 206
 Heydrich, Reinhard 386, 615
 Heymann, Lida Gustava 97
 Hildebrand, Klaus 327, 560
 Hildebrandt, Friedrich 354
 Hilferding, Rudolf 70
 Hilgard, Eduard 365
 Hilgenfeldt, Erich 338, 339
 Hilgenstock, Fritz 294
 Hilger, Ewald 216
 Hiller, Kurt 82
 Hillgruber, Andreas 501, 560
 Hilpert, Werner 124
 Himmeler, Heinrich 226, 347, 367, 390, 391, 510
 Hindenburg, Paul von 77, 81, 125, 134, 136, 137, 145,
 150, 153, 157, 158, 195, 196, 200, 202, 264, 266,
 277, 278, 282, 285, 323, 353, 367, 369, 371, 372,
 373, 377, 379, 450, 580
 Hirzel, Hans 111
 Hitler, Adolf 12, 15, 19, 27, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 62,
 64, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87,
 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100,
 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110,
 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 120, 121, 122,
 123, 124, 125, 126, 128, 131, 132, 134, 136, 137,
 141, 145, 146, 147, 150, 151, 152, 153, 157, 158,
 159, 169, 173, 191, 194, 199, 200, 201, 202, 218,
 220, 226, 228, 229, 231, 236, 255, 258, 259, 260,
 264, 265, 266, 268, 270, 273, 274, 298, 305, 306,
 307, 310, 311, 312, 313, 315, 316, 319, 320, 326,
 335, 341, 342, 343, 344, 345, 347, 348, 349, 350,
 351, 352, 353, 354, 355, 356, 360, 361, 362, 363,
 364, 365, 366, 367, 368, 369, 371, 372, 373, 374,
 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 384, 386,
 387, 388, 389, 390, 391, 394, 395, 400, 401, 403,
 404, 407, 408, 409, 416, 418, 419, 420, 422, 423,
 424, 430, 432, 444, 445, 449, 450, 451, 452, 453,
 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 466, 470,
 471, 480, 481, 482, 483, 501, 506, 507, 508, 509,
 510, 511, 512, 513, 514, 523, 525, 531, 532, 549,
 551, 560, 563, 568, 570, 578, 579, 580, 581, 586,
 591, 594, 595, 597, 601, 602, 605, 608, 617, 618,
 619, 635, 636, 644
 Hitzer, Friedrich 431
 Hodann, Max 118, 120
 Hoegner, Wilhelm 201
 Hofer, Carl 82
 Hoffmann, Albert 625
 Hoffmann, Johannes 94, 182, 187, 188, 189, 429

Hoffmann, Karl-Heinz 17, 24, 32, 131, 137
 Hoffmeyer, Ernst 220, 226
 Hofmann-Isenburg, Herbert 119
 Hohendorf, Gerd 556
 Höhn, Reinhard 532
 Holitscher, Arthur 99
 Höltermann, Karl 232, 319
 Holtz, Emil 290
 Hölz, Max 523
 Homann, Heinrich 113
 Hompel, Rudolf ten 46
 Honecker, Erich 63, 89, 241
 Hoooven, Hans Günther van 114
 Horthy, Miklós 257
 Hub, Rudolf 557
 Huber, Ernst Rudolf 532
 Huber, Kurt 110, 111
 Huber, Rupert 109
 Huch, Ricarda 82
 Hufnagel, Josef 125
 Hugenberg, Alfred 28, 47, 76, 202, 279, 285, 356,
 360, 365, 366, 367, 403
 Hühnlein, Adolf 338
 Humboldt, Wilhelm 246
 Husemann, Walter 106
 Hussarek, Max Freiherr von 398
 Hüttenberger, Peter 392
 Hutzelmann, Hans 109

I

Ilgner, Max 408
 Irmscher, Johannes 557
 Irving, David 33, 606

J

Jackson, Robert H. 480
 Jacob, Berthold 85, 98
 Jacob, Franz 108, 121
 Jacob, Gerhard 213
 Jacob, Hans 352
 Jacobsen, Hans-Adolf 72
 Jacoby, Fritz 219
 Jaeger, Heinz 391
 Jahnke, Karl-Heinz 549
 Jahres, Georg 109
 Janus, Albert 437
 Joachimsohn, M. 209
 Jodl, Alfred 620, 627
 Jogiches, Leo 55
 John, Jürgen 402
 Jung, Edgar Julius 348
 Jung, Rudolf 342
 Jünger, Ernst 349, 452
 Jünger, Friedrich Georg 349
 Jungheim (Geheimrat) 51, 52
 Jungmann, Erich 118

K

Kabitzki, Erich 125
 Kahr, Gustav Ritter von 171, 173, 189, 190, 191, 192,
 194, 342, 350, 351

Kaiser, Georg 511
 Kaiser, Robert 339
 Kalckreuth, Eberhard Graf von 157, 372
 Kaltenbrunner, Ernst 479
 Kammer, Erich 329
 Kammer, Hilde 308
 Kannenberg, Fritz 432
 Kant, Immanuel 88, 246
 Kanzler, Rudolf 329
 Kapelle, Heinz 99, 105
 Kapp, Wolfgang 29, 142, 146, 158, 171, 172, 182,
 189, 191, 192, 265, 266, 270, 275, 276, 277, 279,
 280, 281, 282, 285, 286, 288, 290, 294, 297, 329,
 341, 344, 363, 502, 524, 579, 586, 587, 612
 Kappus, Adolf 278, 286
 Kapteina, Hugo 109
 Karg, Berta 89
 Kasper, Hans 125
 Kastl, Ludwig 365, 437, 438
 Kästner, Erich 272
 Katz, Leo 118
 Kaufmann, Erich 244, 454
 Kaufmann, Karl 354
 Kaufmann, Walter H. 331
 Kautsky, Karl 39, 44
 Kayser, Josef 115
 Kehler, Ernst 113
 Kehr, Helen 392
 Kehrl, Hans 409
 Keitel, Wilhelm 618, 620
 Kempner, Paul 437
 Keppler, Wilhelm 366, 367, 405
 Keßler, Harry Graf 81
 Kessler, Philipp 404, 407
 Keßler, Richard 204
 Ketteler, Wilhelm Emanuel Freiherr von 398
 Kettenacker, Lothar 532
 Keyserlingk, Robert H. 320
 Keyserlingk-Cammerau, Robert Graf von 372
 Kirchberg, Christian 532
 Kirchesch, Franz 398
 Kirdorf, Emil 47, 163, 279, 285, 355, 356, 357, 523
 Kirschbaum, Charlotte von 120
 Kisch, Egon Erwin 86
 Kissenkoetter, Udo 320
 Kittner, Dietrich 32
 Klauss, Ekkehart 482
 Klee, Paul 28
 Klein, Fritz 71, 569, 576, 583, 623
 Klein, Hans 552
 Klein, Matthäus 113, 115, 116
 Klein, Thomas 419
 Kleist, Peter 509
 Klepper, Jochen 84
 Klepper, Otto 92, 96
 Kleßmann, Christoph 251
 Klintzsch, Hans-Ulrich 343
 Klöckner, Florian 46
 Klöckner, Peter 46, 357, 365
 Klopfer, Gerhard 621
 Klopstock, Friedrich Gottlieb 246
 Klotz, Anton 398
 Kluthe, Hans Albert 232, 233
 Kluthe, Wilhelm 370
 Knepper, Heinrich Gustav 365
 Knilling, Eugen von 173, 189, 191, 194
 Knipping, Franz 508
 Knoblauch, Kurt 621, 625, 626
 Köbel, Eberhard 88
 Koch, Erich 168, 226, 354
 Kocka, Jürgen 545, 606
 Koenen, Wilhelm 56, 86, 91
 Koeth, Josef 53
 Kohl, Helmut 418, 644
 Köhl, Karl 204
 Kokoschka, Oscar 118
 Kollwitz, Käthe 28, 81
 Kolz, Wilhelm 209
 König, Helmut 556
 Korfes, Otto 114
 Korn, Wilhelm 314, 316, 317
 Körte, Siegfried August Wilhelm 277
 Köttgen, Carl 403
 Kratz, Waldemar 330
 Kratzsch, Gerhard 532
 Krauch, Carl 407
 Kraus, Edgar 429
 Kraus, Erwin 338
 Krause, Werner 574
 Kredel, Otto 220
 Kreiselmeier, Johannes 109
 Krekeler, Norbert 443
 Kresse, Kurt 108
 Kreuger, Ivar 365
 Kriebel, Hermann 351
 Krieger, Bogdan 328
 Krogmann, Carl Vincent 372
 Krolak, Steven 482
 Krüger, Peter 419
 Krummacher, Friedrich Wilhelm 115
 Krummacher, Gottfried Adolf 338
 Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 28, 145, 356,
 365, 372, 376, 402, 403, 404, 523
 Krupp, Friedrich 365, 437
 Kube, Wilhelm 293, 295, 299
 Kübler, Günther 314, 318, 319
 Kucharski, Heinz 111
 Kuckhoff, Adam 106
 Kuczynski, Jürgen 170, 552, 553, 569, 570, 574, 583,
 584
 Kuczynski, René 120
 Kügelgen, Bernt von 113
 Kuhlmann, Alfred 401
 Kuhlo, Alfred 172, 189
 Kühn, Wolfgang 125
 Kühne, Horst 327
 Kühnen, Michael 17, 18, 137
 Kühnl, Reinhard 320, 578
 Kunze, Richard 288, 289
 Kursell, Otto von 226
 Kurz, Gertrud 91, 118
 Kurz, Heinz 429
 Küster, Fritz 97

L

Laboor, Ernst 576
Lafrenz, Traute 111
Lambach, Walther 324
Lammers, Hans-Heinrich 532
Landsberg, Otto 39, 53
Lange, Dieter 237
Langer, Hermann 556, 557
Langevin, Paul 98
Langhoff, Wolfgang 120
Langmaid, Janet 392
Lattmann, Martin 114
Laverrenz, Wilhelm 295
Lawrence, Geoffrey 479
Leber, Julius 312
Lebius, Rudolf 332, 333
Lechleiter, Georg 99, 108
Legien, Carl 45
Lehmann, Joachim 570, 585
Lehmann, Julius Friedrich 428, 430
Lehmann-Rußbüldt, Otto 81, 93
Lehnert, Detlef 482
Leibniz, Gottfried Wilhelm 246
Leicht, Johann 175, 195, 203
Leipart, Theodor 377
Leipelt, Hans 111
Lemberg, Hans 418
Lembke, Heinz 129
Lemm, Werner 549, 557
Lenin, Wladimir Iljitsch 39, 56, 57, 266, 267, 374, 425, 446, 463, 564, 610
Lenz, Max 276
Lenzel, Josef 104
Leonhard, Rudolf 91, 99
Lerchenfeld, Hugo Graf von und zu 173, 189, 190, 193
Lessing, Gotthold Ephraim 88, 246
Lessing, Theodor 85
Lettow-Vorbeck, Paul von 161, 470
Lewerenz, Hermann 114
Lex, Hans Ritter von 177, 200, 203
Ley, Robert 335, 338, 339, 354, 377, 381, 388, 392, 445, 601, 615, 618
Lichtenberg, Bernhard 90, 104
Lieb, Fritz 93
Liebenfels, Jörg Lanz von 348
Liebermann, Max 82
Liebert, Arthur 118
Liebknecht, Karl 38, 43, 44, 48, 50, 56, 155, 164, 262, 263, 283, 304, 374, 502, 641
Liebl, Ludwig 338
Lindeiner-Wildau, Hans-Erdmann von 209
Lindemann, Fritz 122
Lindemann, Karl 405
Lindenhofer, H. von 297
Lindequist, Friedrich von 322
Litten, Hans 83
Litten, Irmgard 120
Litwinow, Maxim Maximowitsch 139
Löbe, Paul 209
Loesch, Karl Christian von 443
Lofi-Bergerhausen, Klemens Freiherr von 280

Lohalm, Uwe 415
Lohse, Hinrich 354
Lorenz, Werner 226
Lösche, Lothar 116
Losemann, Volker 418
Lossow, Otto von 191, 351
Lotter, Michael 597
Lotz, Albert 401
Löwe, Bernd P. 577
Löwenthal, Richard 251, 252, 256
Lozek, Gerhard 394
Lubbe, Marinus van der 269
Lübbert, Erich 372
Lucke, Hans von 364
Luden, Heinrich 572
Ludendorff, Mathilde 352
Ludendorff, Erich 58, 236, 296, 298, 299, 305, 344, 351, 352, 353, 430, 450, 453, 514
Lüder, Carl 244, 454
Lüders, Else 97
Ludin, Hanns 363
Lüdtke, Franz 220, 221, 223
Ludwig III. 178
Ludwig, Alois 115, 122
Ludwig, Emil 118
Luedecke, Kurt 343, 344
Lueger, Karl 348
Luppe, Hermann 231
Luther, Martin (Reformator) 235
Lüttwitz, Walther von 76, 586, 612
Luxemburg, Rosa 38, 41, 43, 44, 50, 164, 244, 262, 263, 304, 485, 566

M

Machts, Otto 119
Mackeldey, Karl 119
Mader, Erich 556
Maercker, Georg 51, 323
Mai, Gunther 419
Majer, Diemut 532
Malettke, Klaus 418
Mammach, Klaus 475
Manco, Alessandro 18
Mankiewitz, Julius 162, 163
Mann, Erika 99
Mann, Heinrich 55, 81, 85, 91, 92, 93, 94, 95, 118, 198, 230, 272, 511
Mann, Klaus 99
Mann, Thomas 64, 81, 94, 98, 102, 104, 118, 120, 198, 241, 529
Markmann, Karl 94, 119
Markov, Walter 569, 583
Marßolek, Inge 517
Marx, Karl 68, 234, 235, 243, 262, 263, 272, 519, 610
Marx, Wilhelm 195, 196
Maser, Werner 579
Matt, Franz 198
Mattheuer, Wolfgang 640
Maunz, Theodor 532
Maurenbrecher, Max 294
Mavromatis, P. 13
Mayer, Paul 118

Mayer-Koy, Josef 329
 Mayr, Karl 29, 514, 579, 586
 McKale, Donald M. 532
 Mecklenburg, Adolf Friedrich Herzog zu 322
 Mecklenburg-Schwerin, Johann Albrecht Herzog zu 275, 277, 279
 Meerheim (Staatsanwalt) 119
 Meier, Elise 119
 Meinecke, Friedrich 286
 Mendelsohn, Franz von 209
 Mendelsohn, Gustav 119
 Merck, Erwin 372
 Mergenthaler, Christian 300, 352
 Merker, Paul 95, 118
 Mervat, Karl 109
 Metzger, Max Josef 84, 111, 112
 Metzsch, Horst Karl Alfred von 236
 Meusel, Alfred 552, 569, 583
 Mewis, Karl 120
 Meyer, Erich 367
 Meyer, Hans (Meyer-Hanno) 108
 Meyer, Otto 277
 Meyer-Kaufbeuren, Wilhelm 188
 Meyer-Waldeck, Alfred 321
 Michel, Ernst 398
 Mierendorff, Carlo 81
 Miesgang, Georg 177
 Mitchell, Allan 205
 Mitzenheim, Paul 557
 Mocek, Reinhard 69
 Möhl, Arnold Ritter von 173
 Mohr, Peter 115
 Molkentin, L. 332
 Möllers, Alfred 403
 Möllmann, Wilhelm 119
 Moltke, Helmuth Graf von (der Ältere) 245, 454
 Moltke, Helmuth James Graf von 112, 312
 Momm, Harald 162
 Mommsen, Hans 251, 482
 Moro, Aldo 19
 Morus, Thomas 246
 Mosch, Hans Georg von 297
 Mossakowsky, Eugen 316
 Mosse, George L. 646
 Motzko, Josef 115
 Muchow, Reinhold 361
 Mücke, Hellmuth von 362
 Muckermann, Friedrich 98
 Muhler, Emil 199
 Mühsam, Erich 81, 103
 Müller, Albert 99
 Müller, Arno 119
 Müller, Hans 175, 203, 290
 Müller, Klaus-Jürgen 482
 Müller, Oskar 162, 188
 Münzenberg, Willi 91, 92, 98, 230, 231
 Mussolini, Benito 19, 25, 95, 169, 257, 260, 350
 Mutschmann, Martin 365

N

Naake, Erhard 557
 Nagel, Otto 28

Nassen, Paul 206
 Naujocks, Alfred Helmuth 319
 Naumann, Friedrich 44, 54, 162, 166, 542
 Nawiascky, Hans 204
 Nerz, Marie 329
 Neubauer, Theodor 108, 109, 121, 556
 Neubert, Rudolf 109
 Neumann, Oskar 110
 Nexö, Martin Andersen 86
 Nicolai, Helmut 381
 Niebuhr, Reinhold 118
 Niekisch, Ernst 318, 515
 Niemöller, Martin 89, 90
 Nietzsche, Friedrich 454
 Nietzsche, Friedrich 109
 Nikitschenko, Iona Timofejewitsch 479
 Noakes, Jeremy 532
 Nolte, Ernst 472, 482, 560, 606
 Norden, Albert 86, 552
 Norden, Günther van 482
 Noske, Gustav 42, 43, 48, 52, 53, 54, 55, 57, 163, 188, 262, 303
 Nuschke, Otto 46

O

Oberländer, Theodor 220, 223, 224, 225, 226, 227, 470, 523
 Oberlindober, Hanns 338
 Obermann, Karl 552, 569, 583
 Oduew, Stepan Fjodorowitsch 72
 Oesterle, Joseph 175
 Olbricht, Friedrich 312
 Olden, Rudolf 81, 93
 Oldenburg, Ulrich 318
 Oldenburg-Januschau, Elard von 47
 Oldenhage, Klaus 532
 Opitz, Reinhard 514, 516, 578
 Oppen-Dannenwalde, Joachim von 372
 Orlow, Dietrich 394, 617
 Ossietzky, Carl von 81, 82, 272
 Ossietzky-Viredius, Rosalinde von 118, 120
 Otto, Reni 517
 Owen, C. R. 320

P

Pabst, Waldemar 164
 Paetel, Karl Otto 316
 Paff, Werner 537
 Pagel, Walter 319
 Pankok, Otto 82
 Papen, Franz von 142, 145, 146, 147, 149, 150, 156, 158, 168, 200, 201, 266, 368, 369, 370, 371, 373, 418, 419
 Paterna, Erich 552, 569, 583
 Pätzold, Kurt 73, 418, 421, 557, 570, 585, 616
 Paulus, Friedrich 114
 Payer, Friedrich von 39, 55
 Pechel, Rudolf 441
 Peikert, Paul 125
 Peschi, Heinrich 400
 Petersen, Carl 209

Petershagen, Rudolf 127
 Petzold, Arthur 324
 Petzold, Joachim 67, 68, 69, 73, 74, 170, 292, 309, 331, 393, 431, 557, 570, 585
 Peukert, Detlef J. K. 481, 482
 Pfeiffer, Anton 175, 190
 Pflugk-Hartung, Heinz 164
 Phelps, Reginald H. 430
 Pick, Otto 94
 Pieck, Wilhelm 87, 89, 93, 100, 102, 113, 115, 141, 143, 646
 Pietrkowski, Edmund 437
 Pietrzuch, Konrad 147, 150
 Pietzsch, Albert 402, 403, 404, 405
 Pinochet, Augusto 13, 18
 Pintschovius, Karl 236
 Pixis, Erwin 171, 173
 Planck, Max 28
 Plechanow, Georgi Walentinowitsch 594
 Plumpe, Gottfried 418
 Poelchau, Harald 112
 Poensgen, Ernst 365, 367
 Poensgen, Helmuth 76
 Pohl, Hermann 413
 Pohl, Robert Ritter von 399
 Pöhner, Ernst 172, 190, 351
 Ponfick, Hans 321
 Popitz, Johannes 122
 Poser, Magnus 99, 108, 109
 Posselt, Richard 215
 Pötschke, H. 16
 Praschma, Hans Graf von 46
 Preuß, Hugo 40, 42, 50, 53, 54, 543, 648
 Probst, Christoph 111
 Przywara, Erich 398
 Puchert, Berthold 576
 Pustau, Eduard von 169

Q

Quadt zu Wykradt und Isny, Eugen von 203, 204
 Quidde, Ludwig 97, 98
 Quirnheim, Albrecht Ritter Mertz von 122, 312

R

Rachšmir, P. Ju. 393
 Rahne, Hermann 616
 Ramin, Jürgen von 294
 Ramsay, Hans von 321, 325
 Rang, Brita 556
 Rathenau, Walther 46, 55, 190, 193, 295
 Rauschnig, Hermann 91, 147, 151, 231, 232
 Reagan, Ronald 241, 644
 Rebentisch, Dieter 531, 532
 Recker, Marie-Luise 532
 Reed, Douglas 320
 Regendanz, Wilhelm 76
 Rehm, Rudolf Hans 314, 317
 Reichenberger, Emmanuel 232
 Reichert, Jakob Wilhelm 279
 Reichwein, Adolf 312, 556
 Reimann, Max 89

Reinhard, Wilhelm 339
 Reinhart, Friedrich 157, 365, 367, 372
 Reinholz, Johannes 232
 Reismann-Grone, Theodor 356
 Remarque, Erich Maria 28, 245, 272
 Renn, Ludwig (d. i. Arnold Friedrich Vieth von Golßenau) 118
 Renner, Hans 204
 Renteln, Theodor Adrian von 338, 339, 404
 Rentsch, Paul 126
 Reusch, Paul 153, 157, 163, 344, 372, 437
 Reventlow, Ernst Graf zu 294, 295, 298, 299, 319
 Ribbentrop, Joachim von 373, 385, 391, 509
 Richter, Herbert 126
 Richter, Rolf 394, 570, 573, 584, 585
 Ridder, Helmut 526, 527, 528, 529, 530
 Riefenstahl, Leni 636
 Riehl, Walther 511
 Ritter, Claus 74
 Rittmeister, John 106
 Rive, Richard Robert 277
 Röchling, Hermann 47, 216, 218, 279, 437
 Röchling, Louis 279
 Röchling, Paul 279
 Röder, Karl-Heinz 487
 Roeder, Manfred 17
 Roegele, Otto B. 636, 637
 Roemer, Wolfgang 206, 213
 Roetger, Max 279, 281
 Röhlke, ? 322
 Röhm, Ernst 29, 343, 349, 351, 352, 353, 360, 363, 364, 367, 369, 374, 379, 433, 514, 573
 Röhr, Franz 162
 Rohrbach, Paul 209
 Rohrmanze, Kurt von 372
 Rohrmoser, Günter 472
 Röhl, Wolfgang 66
 Rolland, Romain 86
 Römer, Ernst 119
 Römer, Josef 105, 108
 Romeyk, Horst 532
 Romualdi, Pino 18
 Roon, Ger van 482
 Rosanow, German 393
 Roselius, Ludwig 276, 280
 Rosenberg, Alfred 89, 221, 224, 310, 337, 347, 348, 352, 388, 430, 458, 479
 Rosikat, Erich 316
 Rossaint, Josef 89
 Roßbach, Gerhard 297
 Rosterg, August 153, 157, 365, 367, 372
 Roth, Alfred 413, 415
 Rothbarth, Maria 227
 Rothe, Greta 111
 Rothmeier, Karl 191
 Rotterdam, Erasmus von 246
 Röver, Carl 517
 Rucker, Fritz 556
 Rücker, Fritz 113, 117
 Rudenko, Roman Andrejewitsch 480
 Ruge, Wolfgang 331, 393, 553, 570, 584, 585
 Rust, Bernhard 354

S

- Sachsen-Coburg-Gotha, Karl Eduard Herzog von 344
 Sacke, Georg 109
 Saefkow, Anton 108, 121, 127
 Salomon, Franz Pfeffer von 354, 363
 Salomonsohn, Arthur 45, 163, 165
 Samuel, Richard 232
 Sarodov, K. I. 6, 8
 Schacht, Hjalmar 46, 76, 150, 151, 153, 157, 200, 209, 316, 356, 367, 371, 372, 376, 379, 405, 479, 480, 493
 Schäfer, Dietrich 277
 Schäfer, Fritz 330
 Schäfer, Renate 557
 Schäffer, Fritz 175, 191, 199, 200, 201, 202
 Schallert, Otto 206, 208, 213
 Schapke, Richard 314, 316, 319, 320
 Schaumburg-Söcking, Friedrich Graf von 399
 Scheel, Heinrich 552, 569, 583
 Scheer, Reinhard 350
 Schehr, John 143
 Scheidemann, Philipp 39, 43, 51, 53, 54, 57, 58, 262, 282, 285
 Schemm, Hans 338
 Scherer, Conrad 275
 Scheringer, Richard 110, 319, 363, 364
 Schertling, Gisela 111
 Scheubner-Richter, Max Erwin von 344
 Schieber, Walther 402
 Schiele, Georg Wilhelm 275
 Schiele, Martin 47
 Schiffer, Eugen 53
 Schilbach, Iwan Alexander 160, 166
 Schiller, Friedrich 238, 246, 302, 427, 582, 594
 Schilling, Cäsar von 162, 163, 166, 167
 Schirach, Baldur von 88, 338
 Schlange, Ernst 354
 Schlange-Schöningen, Hans 47, 232, 598
 Schleicher, Kurt von 158, 159, 319, 363, 364, 367, 368, 371, 372, 373, 379, 418, 448
 Schlenker, Max 76, 216
 Schlittenbauer, Sebastian 178, 179, 185, 398
 Schlögl, Alois 201
 Schlotterer, Gustav 408
 Schmädeke, Jürgen 481
 Schmeer, Heinrich 517
 Schmidt, Axel 162
 Schmidt, Geo A. 322
 Schmidt, Max 537
 Schmidt, Robert 53
 Schmidt-Sas, Alfred 556
 Schmitt, Carl 532
 Schmitt, Franz August 182, 183, 193, 203
 Schmitt, Kurt 365, 403, 404
 Schmittmann, Benedikt 396, 397, 398, 399, 400, 401
 Schmorell, Alexander 109, 111
 Schnee, Heinrich 206, 212, 213, 321, 326, 327, 442, 469, 470, 471
 Schneider, Franz 88
 Schneider, Michael 482
 Schneider, Paul 83, 90
 Schneller, Ernst 141, 556
 Schnitzler, Georg von 376
 Schoenaich, Paul Freiherr von 97
 Schofs, Willy 119
 Scholl, Hans 103, 109, 110, 111
 Scholl, Sophie 103, 110, 111
 Scholtz-Klink, Gertrud 338, 339
 Schönborn, Erwin 17, 32
 Schönerer, Georg Ritter von 348
 Schönhoven, Klaus 204
 Schopen, Edmund 286
 Schreiner, Albert 236, 237, 552, 569, 583
 Schrenk, Franz 431
 Schreyer, Hermann 331
 Schröder, Johannes 115
 Schröder, Kurt von 153, 156, 157, 367, 372, 373, 376
 Schubert, Wilhelm 119
 Schuchardt, Ottomar 399
 Schücking, Walther 97, 98
 Schüddekopf, Katharina 111
 Schulenburg, Fritz Dietlof Graf von der 122
 Schultz, Nikolaus von 125
 Schultze, Walter 338
 Schultze-Pfaelzer, Gerhard 125
 Schultz-Hencke, Harald 599
 Schulz, Gerhard 204
 Schulz, Otto 294
 Schulze-Boysen, Harro 99, 106, 107
 Schumacher, Kurt (Bildhauer) 106
 Schumann, Georg 99, 108
 Schumann, Wolfgang 75, 393, 570, 585
 Schurz, Carl 438
 Schwantes, Martin 556
 Schwarz, Franz Xaver 382
 Schwarzenstein, Herbert Mumm von 105
 Schwarzschild, Leopold 91, 92, 95, 96, 98
 Schweckendieck, Ernst 281
 Schweinitz, Bolko 518, 519
 Schwend, Karl 177, 204
 Schweyer, Franz 399
 Sebottendorff, Rudolf von 428, 429, 430
 Seeckt, Hans von 191, 351, 448
 Seeliger, Karl 402
 Seghers, Anna 99
 Seier, Hellmut 419
 Seitz, Theodor 321, 322, 324
 Seitz, Walter 103
 Seldte, Franz 404
 Sesselmann, Max 290, 428
 Severing, Carl 145, 319
 Seydlitz, Gertrud von 344
 Seydlitz, Walther von 114
 Shawcross, Hartley 480
 Shirer, William L. 606
 Siebel, Fritz 162, 163, 164
 Siebert, Ludwig 203
 Sieg, John 99, 106, 107
 Siemens, Carl Friedrich von 45, 46, 163, 165, 403, 493
 Siemens, Wilhelm von 279, 281, 285
 Silverberg, Paul 47, 316, 372
 Simon, Gustav 215, 218
 Simone, André (d. i. Otto Katz) 86
 Smith, Jan 18
 Soden, Karl Oskar von 398

Söder, Günter 554, 589
 Sogemeier, Martin 76
 Solf, Wilhelm 112
 Solz, Adam von Trott zu 122
 Sommer, Walther 621
 Sönnichsen, Nikolai 115
 Sorge, Kurt 47, 437
 Speck, Karl Friedrich 175, 178, 188, 197
 Speckner, Herbert 204
 Speer, Albert 339, 389, 409, 410, 479, 606
 Spengler, Oswald 348, 447
 Spiecker, Carl 96, 98, 230, 231, 232, 233, 318
 Spiewok, Eduard Karl 228
 Springorum, Fritz 153, 157, 163, 372, 373, 579
 Spruner, Karl von 329
 Stachura, Peter D. 392
 Stadtler, Eduard 44, 45, 160, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 447, 515, 598, 599
 Stahl, Rudolf 402
 Stalin, Josef 644, 645
 Stapel, Erich 293
 Stapelfeldt, Franz 517
 Staudinger, Paul 209
 Staufen, Konradin von 463
 Stauffenberg, Claus Schenk Graf von 122, 312, 313
 Stauß, Emil Georg von 47, 365
 Steffelbauer, Schwantes 556
 Stegerwald, Adam 46, 162
 Stegmann, Dirk 286, 287, 578
 Stegmann, Wilhelm 374
 Steidle, Luitpold 114
 Steinacher, Hans 229, 469, 524
 Steinbach, Peter 481, 482
 Steinbrinck, Otto 367
 Steinfurt, Leopold 277
 Stelter, Hans 293, 294, 295
 Stenbock-Fermor, Alexander Graf 105
 Stennes, Walter 317, 318, 363
 Stern, Leo 574
 Stiehler, Gottfried 643
 Stierer, Hans 232
 Stinnes, Hugo 45, 47, 163, 165, 274, 279, 285, 291, 344, 505
 Stirling, David 18
 Stöcker, Helene 97
 Stöhr, Franz 299
 Stöhr, Hermann 104
 Stößlein, Herbert 113
 Strasser, Gregor 298, 314, 315, 317, 319, 320, 335, 337, 352, 353, 354, 355, 362, 363, 370, 371, 372, 373, 374, 379, 515
 Strasser, Otto 98, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 353, 354, 360, 362, 363, 371, 432, 515
 Strauß, Bruno 119
 Strauß, Franz Josef 16
 Strauss, Ottmar 437
 Streicher, Julius 290, 291, 292, 337, 352, 353
 Stresemann, Gustav 39, 47, 191, 207, 209, 211, 305, 448, 449, 469, 493, 498, 499
 Stuckmann, Horst 10
 Stülpnagel, Joachim von 618
 Stülpnagel, Otto von 434
 Stumm-Halberg, Ferdinand Carl Freiherr von 216

Stürmer, Michael 472, 606
 Stutz, Rüdiger 484
 Suhr, Albert 111
 Sywottek, Arnold 481, 482

T

Tafel, Paul 171, 172, 173, 174, 430
 Taube, Max 328, 329
 Tedeschi, Mario 19
 Tempel, Wilhelm 338
 Tengelmann, Ernst 365
 Tenner, Konstanze 66
 Teppe, Karl 531, 532
 Terboven, Josef 532
 Tettau, Georg A. Freiherr von 277
 Teubner, Hans 120
 Thälmann, Ernst 65, 77, 81, 93, 99, 134, 136, 141, 142, 143, 144, 154, 155, 270, 357, 376, 493, 580
 Thamer, Hans-Ulrich 578, 617
 Thiele, Ernst Otto 223
 Thierack, Georg 339
 Thimm, Erich 432
 Thimme, Friedrich 586
 Thoma, Peter 320
 Thomas, Georg 406
 Thomey, G. 623
 Thorez, Maurice 154, 155
 Thormann, Ernst Werner 398
 Thyssen, Fritz 28, 47, 153, 163, 213, 344, 355, 356, 357, 365, 366, 367, 372, 379, 403, 437, 438, 494, 523
 Tiedje, Johannes 220, 223
 Tirpitz, Alfred von 275, 277, 278, 280, 281, 282, 284, 285, 444
 Tittmann, Fritz 352
 Todt, Fritz 339, 407, 409
 Togliatti, Palmiro 563
 Toller, Ernst 81, 82, 86, 93, 511
 Tramm, Heinrich 277
 Traub, Gottfried 172, 281, 284
 Treitschke, Heinrich von 454
 Trendelenburg, Ernst 402
 Treviranus, Gottfried Reinhold 96, 231
 Trimborn, Karl 39
 Trott zu Solz, Adam von 439
 Truman, Harry S. 488
 Tschammer und Osten, Hans von 339
 Tucholsky, Kurt 28, 82, 272
 Türk, Ernst 115
 Turner jr., Henry A. 259, 273, 579
 Turner, Harald 532
 Tyrell, Albrecht 292

U

Uhl, Klaus Ludwig 131
 Uhrig, Robert 99, 105, 108
 Ulbricht, Walter 93, 95, 113
 Unruh, Fritz von 101

V

Vabres, Henri Donnedieu de 479

Vahlen, Theodor 352
Ventzki, Rudolf 372
Verner, Heinrich 109
Vialon, Friedrich Karl 523
Vilmar, Fritz 253
Vogel, Heinrich 90, 109
Vogel, Theodor 215, 216, 217
Vögler, Albert 45, 47, 153, 157, 163, 356, 365, 367,
372, 373, 376, 403, 409, 523
Voigt, Hermann 216
Vorländer, Herwart 650
Vorster, Balthazar Johannes 18

W

Wächtler, Fritz 338
Wagener, Otto Wilhelm 364, 403
Wagner, Gerhard 338
Wagner, Lothar 557
Wagner, Oskar 231
Waibel, Hermann 408
Waldeck und Pyrmont, Josias Erbprinz zu 213
Walker, Walter 18
Walter, Georg 231
Wangenheim, Conrad Freiherr von 277, 279, 281, 285
Warnke, Herbert 120
Wartenberg, Peter Graf Yorck von 112, 122
Wartenburg, Ludwig Yorck von 294
Weber, August 118, 120, 232
Weber, Christian 343
Weber, Hermann 481
Weber, Josef 119
Weber, Max 58, 286, 448, 503, 504
Wehberg, Hans 97, 98
Weidenfeld, Werner 472
Weinert, Erich 58, 59, 113, 115, 120
Weismantel, Leo 198, 204, 398
Weiß, Bernhard 512
Weiss, Wilhelm 294, 337
Welk, Ehm 82
Wels, Otto 499
Wendt, Hans 318, 319, 363
Wenkel, Horst 557
Werfel, Franz 82
Wessel, Horst 23
Westarp, Kuno Graf von 295
Westheim, Paul 99, 119
Wette, Wolfram 617
Wicklmayr, Rainer 130
Wiechert, Ernst 82
Wiedemann, Albert 322
Wiese, Hans R. 470
Wiesemann, Falk 204

Wieser, Friedrich 290
Wilhelm Ernst, Großherzog 52
Wilhelm I. 456
Wilhelm II. 37, 277, 328, 330, 468, 470
Willms, Bernard 472
Wilson, Woodrow 324
Winkler, ? 321
Winkler, Heinrich August 498
Winterfeld, Ludwig von 365
Winzer, Otto 552
Wirth, Günter 175
Wirth, Matthias 193, 197, 198
Wissell, Rudolf 53
Witthoefft, Franz Heinrich 372
Woermann, Kurt 157, 325, 326, 372
Wohlmuth, Georg 175, 182, 203
Wolf, Friedrich 115
Wolf, Günter 579
Wolf, Walter 556
Wolf, Willy 556
Wolff, Otto 357, 437
Wolff, Theodor 41, 46
Wolter, Kurt 119
Wortmann, Karl 286
Wrede, Carl Fürst von 343, 344
Wulle, Reinhold 293, 294, 296, 297, 299, 300, 301,
352

X

Xylander, Rudolf Ritter von 295

Y

Young, Owen D. 300, 325, 356, 359, 360, 435

Z

Zander, Elsbeth 338
Zangen, Wilhelm 402, 406, 407, 408, 409, 523, 524
Zehrer, Hans 318, 349
Zenner, Maria 219
Zetkin, Clara 149, 256, 613, 643
Ziese, Carl 277
Zillessen, Otto 215
Zimmermann, Werner Gabriel 204
Zimmet, Karl 109
Zirker, Milly 99
Zott, Josef 330
Zumpe, Lotte 393, 553
Zwanzger, Johannes 104
Zweig, Arnold 93, 117, 511
Zweig, Stefan 81, 82